Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries and Member Libraries

http://www.archive.org/details/deutschegeschich00heiguoft

77

I

Bibliothek

Deutscher Geschichte

unter Mitwirkung von

O. Gutsche, W. Schultze, E. Mühlbacher, M. Manitius,
J. Jastrow, G. Winter, Th. Lindner, V. v. Kraus, G. Egelhaaf,
M. Ritter, R. Koser, K. Th. Heigel

herausgegeben von

H. v. Zwiedineck-Südenhorst.

Stuttgart 1899.
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

H4b58a

Deutsche Geschichte

vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zur Auflösung des alten Reiches

Von

K. Th. Heigel.

Erster Band.

Vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zum Feldzug in der Champagne.

(1786—1792.)

9/125
1718108.

Stuttgart 1899.

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Vorrede.

Das deutsche Volk darf sich Glück wünschen, daß ihm ein so wichtiger Abschnitt seiner Geschichte, wie die Zeit vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes, von zwei Meistern, Häusser und Sybel, geschildert worden ist. So reich an wichtigen Begebenheiten, an Umwälzungen, die mit der Revolution in Frankreich begannen, aber nicht endigten und nach einem Jahrhundert noch nachwirken, so furchtbar und fruchtbar war jene Zeit, daß schon im Jahre 1811 ein deutscher Schriftsteller, Karl Reichard, in seinen „Modernen Biographien" ohne Uebertreibung sagen konnte: „Die zwanzig Jahre seit dem Ausbruch der Revolution verdienten um ihrer großen, sich gewaltsam häufenden Begebenheiten willen den Namen eines Jahrhunderts."

Für Deutschland brachten jene Jahre das schwerste Verhängnis, Kriegsunglück, Fremdherrschaft, den Zusammenbruch des Reiches, dann aber auch das Herrlichste, den siegreichen Kampf des Volkes um seine höchsten Güter. Diese wechselvolle und lehrreiche Geschichte von der Demütigung und Wiedergeburt der deutschen Nation haben die genannten Gelehrten, die beide mit staatsmännischer Einsicht den stillen Geist des Forschers verbanden, in unübertrefflicher Weise geschrieben.

Mit solchen Meistern in Wettbewerb zu treten, erschien mir, als ich den Auftrag erhielt, den ersten Teil des nämlichen Zeitabschnittes für die „Bibliothek deutscher Geschichte" zu behandeln, von vornherein unmöglich; ich konnte nur an eine Nachlese denken und für meine Darstellung nur einige Teilnahme erhoffen,

indem ich meine Aufgabe von einem anderen Gesichtspunkte als meine großen Vorgänger auffaßte und das Wissen von jenen Ereignissen durch Aufschluß neuer Quellen bereicherte.

Ich habe mich bestrebt, mehr Reichsgeschichte zu geben. Freilich ist es dankbarer, sich auf die Politik der zwei größten deutschen Staaten zu beschränken. Die Wandlungen, wie sich diese beiden Mächte einander nähern, sich abstoßen und dieses Schauspiel sich immer wiederholt, ist in allen Lagen interessant. Nur möchte ich mich gegen eine Art teleologischer Geschichtsbetrachtung mancher Schriftsteller verwahren, als hätten der große Kurfürst und Friedrich II. bei ihren Entschlüssen auch schon die Schlachten bei Königgrätz und Sedan vorhergesehen und vorausbedacht.

Die Archivalien über die Reichsangelegenheiten, z. B. über die Kaiserwahlen jenes Zeitalters, waren vor mir kaum von anderen Forschern zur Hand genommen worden; ich hoffe also wenigstens nach dieser Richtung eine Lücke ausgefüllt zu haben. Aus dem nämlichen Grunde, weil Sybel und Häusser nur flüchtig darüber hinweggingen, behandelte ich manche Ereignisse, z. B. den Aufstand in den Niederlanden, den Krieg in Holland u. a. ausführlich, während ich über solche, die hinlänglich beleuchtet worden und allgemein bekannt sind, mich kürzer faßte.

Von erschöpfender Ausbeutung des Quellenstoffes kann natürlich nicht die Rede sein; daran ist bei neuerer Geschichte überhaupt nicht zu denken. Allein ich darf wohl behaupten, daß ich wenigstens den größten Teil der auf die politischen Vorgänge bezüglichen Urkunden mit redlichem Bemühen durchforscht habe, um daraus ein umfassendes, treues Bild der Ereignisse und Zustände zu gewinnen. Der in den Wiener Archiven gelagerte Quellenstoff ist in Vivenots Werk der Oeffentlichkeit übergeben. In preußischen und bairischen Archiven habe ich die einschlägigen Akten und Briefschaften selber durchgesehen, wenigstens etwas genauer, als es meinen Vorgängern möglich war. Auf manche Begebenheit fällt demzufolge in meiner Darstellung mehr Licht, und ich darf sagen, auf manche ein neues Licht.

Freilich, vorsichtige Behandlung ist auch bei diesen Quellen ersten Ranges geboten. Einer, der's am besten wissen mußte, Bismarck, äußert sich sehr argwöhnisch über die Benützung der Gesandtschaftspapiere durch die Historiker: „Die Depeschen und Briefe sind, auch wo sie einmal etwas enthalten, denjenigen, welche

die Personen und Verhältnisse nicht kennen, nicht verständlich; wer weiß da nach 30 Jahren, was der Schreiber selbst für ein Mann war, wie er die Dinge ansah, wie er sie seiner Individualität nach darstellte" u. s. w. Die Schwierigkeit, sich diese Fragen zu beantworten, liegt auf der Hand, doch der redliche und kritische Forscher wird sich schließlich doch über die Persönlichkeit des Verfassers und den Wert seiner Berichte klar werden. In zweifelhaften Fällen hat er ja für die Geschichte neuerer Zeit ein riesiges gedrucktes Material zur Kontrolle vor sich, zeitgenössische Berichte und Aeußerungen aller Art, die zwar nicht amtlich, aber trotzdem und zuweilen eben deshalb vollwichtige Zeugnisse sind. „Der Hauptdienst," sagt Taine, „den die litterarischen Schriften dem Historiker erweisen, besteht darin, daß sie ihm die erloschenen Gefühle vor Augen führen." Aber nicht nur dem Geschichtschreiber, auch seinen Lesern vermitteln die Stimmen der Zeit das leichtere Verständnis dieser Zeit. Deshalb schöpfte ich aus der Litteratur jener Tage reichlicher als meine Vorgänger.

Die politische Geschichte war mir wie billig das Wichtigste, doch bemühte ich mich auch nachzuweisen, wie über diese wechselnden Ereignisse damals in den verschiedenen Volkskreisen *gedacht* wurde; insbesondere suchte ich darzulegen, wie sich der Eindruck der französischen Revolution auf den deutschen Volksgeist mit ihrem Fortschreiten veränderte. An sich wertlose Erzeugnisse der damaligen Tageslitteratur waren für diesen Zweck sehr schätzbar, denn solche Flugblätter und Leierkastenverse drücken nicht selten gerade die Stimmung und Gesinnung der großen Mehrheit aus.

Von unserer klassischen Litteratur, überhaupt von Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe und dem Einfluß der politischen Ereignisse auf sie soll im zweiten Teil noch ausführlicher die Rede sein. Wer das Gesamtleben einer Nation auch nur während einer Spanne Zeit zu schildern hat, muß freilich alles übergehen, was nicht für das Ganze charakteristisch, kein Wahrzeichen der Zeit oder Saat für die Zukunft ist.

Gerade *der* Abschnitt der Weltgeschichte, den ich zu behandeln hatte, ist wie kaum ein anderer je nach der Parteien Gunst und Haß verschiedenartig beurteilt worden. Wie leidenschaftlich z. B. stritten sich die Historiker über den Ursprung der Revolutionskriege! Ich gab mir Mühe, streng sachlich zu schildern. Allein das *Unterbewußtsein*, die Liebe zur engeren Heimat und zu den Stammesgenossen wird die Arbeit auch des unparteiischsten Forschers beeinflussen.

Und bei allem Streben nach Objektivität — sein Gewissen kann er nicht, soll er nicht unterdrücken! Er wird immer cum studio und manchmal cum ira schreiben müssen.

Um dem Leser die Kontrolle meiner Darstellung zu ermöglichen, glaubte ich von Angabe der Beweisstellen in Anmerkungen nicht absehen zu dürfen; im übrigen nahm ich von gelehrtem Beiwerk Umgang; kritische Erörterungen wurden nur in den wichtigsten Fällen aufgenommen, sonst beschränkte ich mich darauf, zu erzählen, „wie es geschehen ist".

K. Th. Heigel.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorrede . . . . . V–VIII

Erstes Buch.

Vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Vertrag von Reichenbach. 1786 bis 1790.

Erster Abschnitt . . . . . 4—28
Friedrich der Große und das deutsche Volk 4—28.

Zweiter Abschnitt . . . . . 29—58
Joseph II. 29—58.

Dritter Abschnitt . . . . . 59—116
Der Thronwechsel in Preußen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten 59—116.

Vierter Abschnitt. . . . . 117—150
Der Aufstand in den österreichischen Niederlanden 117—130. Der Kampf zwischen der oranischen und der patriotischen Partei in Holland und die preußische Intervention 131—150.

Fünfter Abschnitt . . . . . 151—178
Die europäische Lage im Jahre 1787 151—154. Friedrich Wilhelm II. und die öffentliche Meinung 155—160. Graf Hertzberg 161—162. Kaiser Joseph II. und die orientalische Frage 162—168. Der Türkenkrieg von 1788 169—172. Die Tripelallianz und die Kaiserhöfe 173—178.

Sechster Abschnitt . . . . . 179—216
Preußen und die Kurie 179—182. Das Wiederaufleben des Nuntiaturstreites 183—184. Das Projekt einer römischen Königswahl 185—186. Irrungen und Einungen innerhalb des Fürstenbundes 187—188. Preußen und die orientalische Frage 189—190. Der Türkenkrieg von 1789 191—194. Der Abfall der österreichischen Niederlande 195—208. Der Lütticher Streit 209—216.

Siebenter Abschnitt. . . . . 217—238
Aufstände und Unruhen in kleineren deutschen Reichsgebieten 217—220. Gärung in den österreichischen Staaten 221—222. Preußens Bündnis mit Polen und der Pforte 223—226. Joseph II. und die französische Revolution 226—228. Der Weltkrieg in Sicht 228—229. Das Lebensende Josephs II. 230—234. Urteile der Zeitgenossen über Joseph II. 235—238.

Seite

Achter Abschnitt . . . . . 239—270
Leopold in Toskana 239—246. Die Uebernahme der Regierung in den österreichischen Erblanden 247—250. Annäherung an Preußen 251—258. Vorbereitungen zur Kaiserwahl 259—260. Der Reichenbacher Vertrag 261—270.

Zweites Buch.

Vom Abschluß des Reichenbacher Vertrages bis zum Feldzug in der Champagne. 1790 bis 1792.

Erster Abschnitt . . . . . 273—326
Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist 273—326.

Zweiter Abschnitt . . . . . 327—377
Zurückeroberung der österreichischen Niederlande 327—342. Wiederherstellung der Ruhe in den Erblanden 343—346. Der Wahltag in Frankfurt 347—356. Die Kaiserwahl und die öffentliche Meinung 357—358. Das Projekt einer Wahl des Erzherzogs Franz zum römischen König 359—360. Wahl und Krönung Leopolds II. 361—366. Das Ende des Lütticher Streites 367—374. Neue Spannung zwischen Oesterreich und Preußen 375—377.

Dritter Abschnitt . . . . . 378—448
Preußen und Polen 378—382. Der Kongreß in Sistowa 383—384. Der Staatsstreich in Polen 385—390. Preußen und Oesterreich und die französische Revolution 390—391. Der Kongreß in Sistowa 391—392. Leopold II. und die französische Revolution 393—397. Friedrich Wilhelm II. und die französische Revolution 397—398. Bischoffswerder und Hertzberg 399—405. Leopold II. und die französische Revolution 405—406. Bischoffswerder und Hertzberg 406—408. Leopold II. und die französische Revolution 408—413. Die Vereinigung von Ansbach und Baireuth mit Preußen 413—417. Der Streit mit Frankreich über die Rechte der Reichsfürsten im Elsaß 417—419. Die Emigranten in Deutschland 419—423. Leopold II. und die französische Revolution 423—426. Frankreich und die europäischen Mächte 426—432. Die Zusammenkunft Leopolds und Friedrich Wilhelms in Pillnitz 433—437. Die Pillnitzer Deklaration 437—448.

Vierter Abschnitt . . . . . 449—574
Oesterreich und Preußen vor den Revolutionskriegen 449—452. Katharina II. und die deutschen Mächte 453—456. Marie Antoinette und die Parteien in Frankreich 457—458. Leopold II. und die französische Revolution 458—463. Marie Antoinette und die Parteien in Frankreich 463—468. Kaunitz über die französische Revolution 469—470. Wachsende Kriegsgefahr 471—489. Polen und die deutschen Mächte 489—495. Frankreich und Preußen 495—500. Bundesvertrag zwischen Oesterreich und Preußen 501—506. Tod Leopolds II. 507—514. Die französische Kriegserklärung 515—532. Der Krieg und das Deutsche Reich 533—545. Der Wahltag in Frankfurt 545—554. Der Fürstenkongreß zu Mainz 554—556. Der Krieg und das Deutsche Reich 556—568. Preußen und Polen 568—574.

Erstes Buch.

Vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Vertrag von Reichenbach. 1786 bis 1790.

Erster Abschnitt.

Friedrich der Große und das deutsche Volk.

Die Regierung Friedrichs II. zerfällt in zwei zeitlich völlig gleiche Abschnitte. Von dem ersten Einmarsch preußischer Truppen in Schlesien bis zum Hubertusburger Frieden, der ihm den Gewinn der neuen Provinz sicherte, hielt er mit nur zehnjähriger Unterbrechung durch kriegerische Thaten ohne gleichen die Welt in Atem; während der folgenden dreiundzwanzig Jahre war er ein Friedensfürst in der vollsten und schönsten Bedeutung des Wortes. Wie er den Wohlstand seines Staates hob und sicher stellte, wie er die verschiedenen Stämme zu einer einzigen, selbstbewußten Nation erzog, ist gewiß nicht weniger bewundernswert als das Werk des Feldherrn. Die Mehrheit der Zeitgenossen urteilte freilich anders. Ihnen schien die geräuschlose Thätigkeit ein Ausruhen, der Verzicht auf persönlichen Ruhm zu Gunsten der allgemeinen Wohlfahrt ein Nachlassen der geistigen Kraft zu sein. Denn der Lärm und die Wechselfälle des Krieges allein halten die stumpfe Menge in Spannung, und sie ist von jeher gewohnt, die Größe eines Fürsten einzig nach seinen soldatischen Erfolgen zu messen. Der Siege von Torgau, Roßbach und Leuthen sich erinnernd, wollte man nicht begreifen, daß der Held im böhmischen „Kartoffelkrieg" so vorsichtig seine Soldaten und seinen Kriegsruhm schonte.

Uebrigens war Friedrich in der That ein anderer geworden. Nur nicht ein Schwächerer. Die seelischen Erschütterungen und das Mühsal der schlesischen Kriege hatten ihn vor der Zeit gealtert. Was von Schwärmerei, Fügsamkeit und Weichheit in ihm gewesen war, wurde von seiner hervorragenden Eigenschaft, Thatkraft, aufgesogen. Er war streng, starr, eigenwillig geworden. Die Welterfahrung machte ihn zum Menschenverächter. Es gab nichts Großes mehr für ihn als die Pflicht. Seine Geringschätzung des Menschen hielt ihn nicht ab, der Menschheit zu nützen. Ein wahrhaft leidenschaftlicher Arbeitstrieb verband sich noch immer mit einer unverwüstlichen Arbeitskraft. „Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich handle." In Einrichtung und Verwaltung des Staates däuchte ihm nichts unter seiner Würde, nichts außerhalb

seiner Königspflicht. Er hielt die Regelung der großen Wasserstraßen sicherlich für wichtiger als die Pflasterung eines Ackerstädtchens, doch er sorgte für die eine wie die andere mit der gleichen Aufmerksamkeit und Strenge.

Die Aufgabe, die der König nach dem Friedensschlusse vor sich sah, würde einen Fürsten von glänzenden Geistesgaben, aber schwachem Willen in Verzweiflung gestürzt haben.

Das Land war verwüstet, die Bevölkerung vermindert und verarmt, die gesetzliche Ordnung gelockert. Günstig für Friedrich war der einzige Umstand, daß in der eroberten Provinz seine Anhänger gegen die Mißvergnügten eine erdrückende Mehrheit bildeten. An der Einnahme der Stadt Schweidnitz durch Laudon z. B. mag böser Wille mitgeholfen haben, doch der Fall Warkotsch, dieses gegen den König selbst gerichtete Unternehmen, mißglückte und blieb vereinzelt. Nach den Opfern des Krieges jedoch war Friedrich der schlesischen Bevölkerung doppelt sicher, denn „der menschlichen Natur ist es gemäß, sich durch das Gute, was man anderen erzeigt, ebenso sehr zu verbinden, wie durch das, was man empfängt" (Machiavelli). Immerhin ist es kaum zu viel gesagt, daß die Aufgabe des Königs die Gründung eines neuen Staates war.

Die erste, die größte Sorge war die wirtschaftliche. Da jedoch kein blühender Ackerbau möglich ist ohne blühenden Gewerbefleiß und umgekehrt, galt es Neuerungen, Erziehung, Anregung und Versuche in allen Zweigen. „Die Arbeit des Königs für Landeskultur und Landbau — urteilt ein Kenner [1]) — ist nicht frei von einzelnen Lücken, Mißgriffen und inneren Widersprüchen. Nichtsdestoweniger bildet sie in ihrer Gesamtheit noch einen reichen und wohlgegliederten Organismus, in welchem eine Funktion die andere fördert, keine ohne Bedeutung für die Entwickelung des Staates ist. Keine Regierung eines andren Landes entfaltete damals eine solche Summe rastloser Thätigkeit für den einen Kulturzweck."

Erziehung, Bildung ist aber nicht immer die Frucht der Freiheit. Wenn Friedrich die Seinen unter Umständen zur Wahrnehmung ihres Vorteils zwang und keinen Widerstand duldete, befand er sich im Rechte des Erziehers.

Sagen wir ohne Umschreibung: Friedrich beanspruchte für sich absolute Macht „ohne Gegengewicht und ohne Kontrole," und er war unbeschränkter Herr in seinem Reiche. Dies nun ist der heikle Punkt.

Die Mehrzahl der Bücher über die Großen und Größen der Geschichte sind, was im Zeitungsstil „offiziös" genannt wird; daneben aber behauptet sich die öffentliche Meinung, die oft ganz anders lautet. Die „öffentliche Meinung" ist das, was man sich über Menschen und Ereignisse unter vier Augen sagt. In diesen ungedruckten Dialogen über Friedrich kommt heute noch und immer wieder der Gegensatz zur Sprache, der zwischen den Staatslehren und den Staatshandlungen des großen Monarchen besteht. Man beruft sich dabei namentlich auf den Antimachiavell. „Antimachiavel ou Examen du prince de Machiavel", 1739 geschrieben, das Buch eines Kronprinzen! Ein Thronfolger hat nur Ziele.

[1]) Stadelmann, Preußens Könige und ihre Thätigkeit für die Landeskultur, II, 237.

Wenn er von lebhaftem Geiste ist und warm empfindet, wird er sich dieselben so weit wie möglich stecken und die freisinnigste Regierung für die wünschenswerte halten. Auf den Thron gelangt, wird er, muß er mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Widrige Winde und Wolken zwingen ihn, zu kreuzen; er wird auch zeitweilig verschlagen. Weil er den Kurs ändert, scheint er der Welt ein anderer. Aber welcher Staatsmann, der am Ruder stand, ist jemals in gerader Linie zum Ziel gelangt?

Ueber das Ziel war sich Friedrich völlig klar. „Nicht zum Vergnügen," schreibt er an Voltaire, „nicht zur Prunkstellung, sondern nur zur Arbeit ist der Fürst an die Spitze des Staates gestellt; er hat die Pflicht, seine Unterthanen glücklich zu machen . . . Der Fürst verhält sich zum Volk, wie das Herz zu dem mechanischen Bau unseres Körpers. Das Herz bekommt Blut aus allen Gliedern des Körpers und treibt es wieder bis zu den äußersten Teilen hin; der Fürst empfängt von seinen Unterthanen Treue und Gehorsam und gibt ihnen dafür Wohlstand, Ueberfluß, Ruhe, überhaupt alles, was zum Besten und zum Fortschritt der Gesellschaft beitragen kann." „Der Fürst ist der Vormund des Volks," sagt er ein andermal (Antimachiavell). „Des Fürsten Interesse ist schlechtweg eins mit der Wohlfahrt des Staats" (Essai sur les formes du gouvernement). „Wenn die monarchische Regierungsform den Vorzug vor der republikanischen haben soll," sagt er im Buch von der Regierungskunst, „so muß der Souverän alle seine Kräfte aufbieten, um die Stellung auch auszufüllen, in welche er gesetzt ist; . . . er muß fürs Ganze sehen, denken, handeln!" Den „ersten Diener" des Staats nannte er sich, und das war bei ihm nicht wie bei manchem anderen eine Redensart: bis zum letzten Atemzug stellte er seine ganze Kraft in den Dienst des Vaterlands. Noch auf dem Sterbebette empfahl er seinem Nachfolger als ersten Grundsatz, nicht an den persönlichen Vorteil, sondern immer nur an das Wohl des Landes zu denken. So hatte er am Vorabend der Schlacht bei Roßbach seine Minister schwören lassen, daß sie, falls er in die Hände des Feindes geriete, den Krieg für das Vaterland fortführen sollten, „als ob er gar nicht auf der Welt gewesen wäre". Wie anders bei Napoleon I., für den der Staat nie etwas anderes war, als er selbst! Diese Pflichttreue, diese herbe Selbstverleugnung, diese immer stramme Bevorzugung des „Dienstes" wurden denn auch von Freund und Feind anerkannt und bewundert. Sogar Marie Antoinette, die dem Eroberer Schlesiens nie verzeihen konnte, daß er ihre Mutter gedemütigt hatte, ließ dem Sterbenden Gerechtigkeit widerfahren. „Uns hat er viel Böses zugefügt," schrieb sie an ihre Schwester Christine, „für die übrige Welt ist er ein Störenfried, für sein eigenes Land aber war er ein König." Napoleon I. rühmte gegenüber Frau von Remusat, der alte Fritz sei einer von den Regenten gewesen, die ihr Handwerk am besten verstanden. Und doch läßt sich erst heute, da einige dreißig Bände von Friedrichs „politischer Korrespondenz" vorliegen, da auch Tausende von Entschließungen aus allen Gebieten der Staatsverwaltung bekannt gemacht sind, der rechte Begriff von der Mannigfaltigkeit, Schärfe und Tiefe dieses seltenen Genius gewinnen.

Im Antimachiavell hatte der Kronprinz Friedrich den englischen Konstitu-

tionalismus gepriesen, die Staatsform, die das Parlament zum Schiedsrichter der Könige mache und dem Fürsten alle Macht gebe, Gutes zu thun, alle Macht, Schlimmes zu thun, entziehe. Aber die Erkenntnis der besten Staatsform ist noch kein zulänglicher Grund zu ihrer Einführung. „Es sind Brandenburger," sagte er selbst später, „und keine Engländer!" Ueberdies machte der Tod des Kaisers allen Theorien ein Ende. „Dieser Todesfall" schreibt Friedrich an Voltaire „zerstört alle meine friedlichen Gedanken. Ich glaube, im Monat Juni wird es mehr auf Pulver, Soldaten und Trancheen ankommen als auf Schauspielerinnen, Balletts und Schauspiele . . . Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie den Druck des Antimachiavel beendet haben. Augenblicklich kann ich nicht daran arbeiten, da ich mit Geschäften überhäuft bin." Und an Podewils schreibt er: „Lieber Podewils, ich habe den zum Marsche bestimmten Regimentern befohlen, Pferde anzukaufen und sich marschfertig zu halten" . . . . Ein Trompetenstoß im Mittagszauber einer Sommerlandschaft! Der Ruf zu den Waffen war verhängnisvoll. Er riß die überraschten, widerwilligen Völker in lange blutige Kämpfe. Nichtsdestoweniger war er Deutschlands Weckeruf und Morgenbotschaft . . .

Dreiundzwanzig Jahre regierte dann Friedrich, wie wir eingangs erwähnt haben, unter dem Zeichen des Krieges, denn die Pause nach dem Dresdener Frieden war nur die Stille vor neuem Gewitter. Preußen, ein kleines Eiland in einer unheimlich bewegten, dumpfgrollenden See! Er und seine fünf Millionen Unterthanen hatten hundert Millionen gegen sich; der Einzelne gegen die Welt! Und er ist, der Einzige! nicht unterlegen: Er wurde geschlagen, nie besiegt. Er sog Kraft aus dem Unglück. Friedrich der Kühne wurde Friedrich der Große.

Ein Reich, in dem sieben Jahre lang die Panduren hausten, hat zunächst andere Bedürfnisse, als eine Verfassung. So blieben denn auch in der neuen Aera die alten Regierungsgrundsätze maßgebend. Alles für das Volk, nichts durch das Volk. Er selbst weist die Plätze in seinem Staate an, er entscheidet, was für ein Amt einem jeden angemessen ist. Im Adel erblickt er — nach seinem eigenen Ausdruck — eine Brutanstalt tüchtiger Offiziere. Deshalb begünstigt er ihn auf jegliche Weise und duldet nicht, daß Edelgüter an Bürgerliche übergehen. Das Landvolk ist dazu da, die Erde zu bearbeiten und Soldaten zu liefern; deshalb duldet er nicht, daß ein Bauer auswandert oder einem andern Erwerbszweig sich zuwendet. Er läßt sächsische Schullehrer kommen, damit seine brandenburgischen Bauern besser unterrichtet werden, zieht aber für diese Bildung sehr enge Grenzen, — nur was das praktische Bedürfnis erheischt, brauche der gemeine Mann zu wissen. „Aufklärung ist ein Himmelslicht für diejenigen, welche auf der Höhe stehen, ein verzehrender Feuerbrand für die große Menge!" Das Volk soll so geartet und gebildet und ausgerüstet sein, wie er es will, soll um seinen Fürsten geschart sein, wie ein Armeekorps um seinen Führer; das Volk soll eine Maschine sein, an welcher alles Räderwerk, der Fürst allein Motor; das Volk soll gehorchen, entweder mit Verständnis für die bessere Einsicht des Oberhauptes oder in stummer Ergebenheit.

Harte Grundsätze, nach denen er auch unerbittlich verfuhr! Aber hatte er

nicht eben diesem straffen, dennoch patriarchalischen Regiment seinen wunderähnlichen Erfolg zu danken gehabt? Und trotz dieses echt altpreußischen Geistes im neuen Staat waren Friedrichs Arbeit und Erfolg Frucht für das gesamte deutsche Volk.

Bei der allgemeinen Herabstimmung des Nationalgefühls waren sich die Deutschen kaum bewußt geworden, daß Friedrichs Siege in einem Bruderkrieg erfochten wurden. Der religiöse Gedanke war in den Völkern nicht mehr so mächtig, daß sie die Waffengänge in Schlesien und Böhmen als einen Religionskrieg auffaßten, trotzdem man es in den leitenden Kreisen — katholischen wie protestantischen — versuchte, sie als Kämpfe um den Glauben darzustellen. So nahmen denn viele auch im feindlichen Lager herzlichen Anteil an den überraschenden Erfolgen eines Fürsten, der seinen jungen Staat gegen eine Welt in Waffen verteidigte. Auch im deutschen Süden, dessen Söhne in den Regimentern der „Reichstruppen" standen, freute man sich über Roßbach und gönnte den Franzosen, die sich seit einem Jahrhundert als die Herren des deutschen Reichs aufspielten, die empfindliche Züchtigung. Es ist eine längst anerkannte Thatsache, daß Friedrichs Sieg bei Roßbach am meisten dazu beigetragen hat, den schädlich ausgearteten Einfluß der Franzosen zu brechen. Der deutsche Nationalstolz wachte wieder auf, und damit wieder der Mut und der Drang zu selbständiger nationaler Schöpfung, so daß mit Recht Roßbach als die Hippokrene der Deutschen gefeiert ward. Deshalb steht der siebenjährige Krieg am Eingang des goldenen Zeitalters unserer Litteratur, wie die Perserkriege am Eingang der Perikleischen Zeit. Kein anderer hat diese mächtige Wirkung der Thaten Friedrichs beredter geschildert als Macaulay, der sonst so abfällig über unseren Helden urteilt. „Die Nachricht von der Schlacht bei Roßbach erregte die Gemüter der ganzen ungeheuren Bevölkerungsmenge von den Alpen bis zum baltischen Meere und von den kurländischen Grenzen bis zu denen von Lothringen. Westfalen und Niedersachsen waren überschwemmt gewesen von einem Heer fremder Eindringlinge, die eine unverständliche Sprache redeten und deren mutwillige und zügellose Sitten die stärksten Gefühle von Widerwillen und Haß erregt hatten. Jenes große Heer war nun in die Flucht geschlagen von einer kleinen Schar deutscher Krieger, unter der Führung eines Fürsten, der väterlicher- und mütterlicherseits aus deutschem Blute stammte und dessen blondes Haar und dessen klares blaues Auge ihn als Germanen verkündeten. Seit der Auflösung von Karls des Großen Reich hatte die germanische Rasse noch nie einen solchen Sieg über die Franzosen gewonnen. Die Kunde davon rief einen Sturm der Freude und des Stolzes hervor in der ganzen großen Völkerfamilie, welche in den verschiedenen Mundarten der alten Sprache des Arminius redete. Friedrichs Ruhm begann einigermaßen den Mangel einer gemeinsamen Regierung und einer gemeinsamen Hauptstadt zu ersetzen. Er wurde ein einigender Mittelpunkt für alle echten Deutschen, ein Gegenstand wechselseitiger Beglückwünschung für den Baier wie für den Westfalen, für den Bürger von Frankfurt wie für den von Nürnberg. Damals erst wurde es offenbar, daß die Deutschen wirklich eine Nation waren. Damals zeigten sich die ersten Spuren jenes patriotischen Geistes, welcher 1813 die große Befreiung Mitteleuropas vollbrachte und

welcher noch heute die alte Freiheit des Rheins gegen fremden Ehrgeiz behütet und noch lange behüten wird." Nicht Preußen und den Preußen wandte sich die Sympathie des deutschen Volkes zu: nur dem König galt die Bewunderung. Goethe hat dafür den treffenden Ausdruck getroffen: das Volk war „fritzisch" gesinnt. „Denn was ging uns Preußen an? Es war die Persönlichkeit des großen Königs, die auf alle Gemüter wirkte!" Unter den Geschichtsforschern dürfte der Badenser Ernst Posselt der erste gewesen sein, der von der Tragweite des preußischen Sieges die volle Erkenntnis besaß und ihr begeisterten, ja überschwänglichen Ausdruck gab: „Du Erster unter den Helden! Was war Europa *vor* Dir? Während die Bourbonen an den zarten Brüsten ihrer Weiber und die Oesterreicher mit dem Rosenkranz spielten, machten ihre Condés und Eugens den Erdkreis zittern. Außer ihnen galt etwa nur noch England. Die übrigen Majestäten blähten sich unter ihrem Hofgesinde oder wurden von jenen Uebermächtigen im Fall der Noth als Lückbüßer gebraucht. Portugal ließ Ketzer braten, Holland fraß seine Staatsmänner, und selbst Preußen schlug sich wie ein braver Degen nur für fremden Vorteil herum. Verschüttet im Gewühl ungeheurer Absichten und kleinlicher Mittel lag alle wahre Staatskunst. Du *kamst*, da ward es Tag und da lernte das Volk seinen Werth und die Majestät ihre Pflicht; da thaten deine Donner bey Roßbach und bey Lissa den Uebermächtigen die große Lehre kund, daß in dem Geist und in dem Herzen *eines* Mannes die Kraft von Heeren liegen kann; da entstand der Pariser und Hubertusburger Frieden, entstanden Josephs Reisen, Gustavs Königsreden, Ludwigs XVI. états généraux und Achtung des Bauernstandes und Sieg des *erworbenen* Verdienstes über das Geerbte und Denkfreyheit und Preßfreyheit; da war der Begeisterung fürder kein Flug, der Weisheit keine Tiefe gefährlich; da wurde unbesorgt und unbestraft unter deinen Augen geschrieben *wider* dich — und du lächeltest und freutest dich, daß dir dein großes Werk gelungen sei, du Schöpfer deines Zeitalters!" — Wie die große Persönlichkeit des Königs auf andere größere Geister wirkte, zeigt Lessings Beispiel. Sein höchstes Ziel sei eine Anstellung in preußischen Diensten, schreibt er 1757 an Gleim, damit er nicht länger nötig habe, seinen Bekannten nur ins Ohr sagen zu dürfen, daß der König von Preußen dennoch ein großer König sei. Die kriegerischen, welterschütternden Ereignisse bilden den Hintergrund des heiteren Bühnenspiels, dessen Verwickelungen so einfach, dessen Gestalten gleichwohl unvergänglich sind: *Minna von Barnhelm* ist die edelste künstlerische Verherrlichung des preußischen Waffenruhmes. Und unter dem Eindrucke der mächtigen Erfolge Friedrichs führte Lessing in seinen kritischen Schriften tödliche Streiche gegen die Verwelschung des Geschmacks der Deutschen. Noch unmittelbarer wirkten die Ereignisse auf die Geschichtschreibung. Man wird in unserer historischen Litteratur *vor* dem Zeitalter Friedrichs des Großen nirgends eine Sprache von solchem Freimut und solcher Begeisterung finden, wie in der oben angeführten Stelle aus Posselt. Und Freimut und Herzenswärme, dünkt mich, sind dem Geschichtschreiber ebenso unerläßlich wie Urteilsschärfe, zumal wenn er von vaterländischen Dingen schreibt. Justus Möser sagt richtig: „Unser *historischer Stil* hat sich in *dem* Maße gebessert, wie sich der preußische

Name ausgezeichnet und uns unsere eigene Geschichte wichtiger und werther gemacht hat."

Diese Wirkung erlosch auch nicht, als Friedrich sein Schwert in die Scheide steckte. Nimmer dürfte jenes Zeitalter nach ihm benannt werden, wenn der siegreiche Held dem geistigen Leben der Nation gleichgültig gegenüber gestanden hätte. Dem war aber nicht so! Nichts däuchte ihn verkehrter als die Meinung, ein unwissendes und dummes Volk sei leichter zu regieren als ein aufgeklärtes. Der Fachgelehrte wird zwar mit Friedrichs Lehrplan für die Ritterakademie, in welcher die Söhne aus adelichen Häusern unterrichtet und erzogen werden sollten, nicht in allen Punkten einverstanden sein. „Die Auctores classici müssen auch alle ins Deutsche übersetzt werden, damit die jungen Leute eine Idee davon kriegen, was es eigentlich ist; sonsten lernen sie die Worte wohl, aber die Sache nicht." Den Geist der Sprache kann füglich der nicht schätzen, der ihrer nicht mächtig ist, aber vom Inhalt der griechischen und römischen Litteratur hatte Friedrich die höchste Meinung. Ihre Kenntnis galt ihm als das mächtigste Bildungsmittel, auf sie setzte er seine Hoffnung, daß auch der Deutsche dereinst seine großen Schriftsteller haben werde, wie der Italiener, Engländer und Franzose.

Wie er selbst unermüdlich bestrebt war, seinen Geist zu bilden, so war er stets bereit, eines andern Suchen nach Wahrheit zu fördern und zu unterstützen. Kant sagt im Aufsatz: „Was ist Aufklärung", der 1784 in der Berliner Monatsschrift erschien: „Ich höre von allen Seiten rufen: Räsonnirt nicht! Der Offizier sagt: Räsonnirt nicht, sondern exercirt! Der Finanzrath: Räsonnirt nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: Räsonnirt nicht, sondern glaubt! Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: Räsonnirt so viel ihr wollt, aber gehorcht!" — „Kant hätte noch mehr sagen können," setzt Trendelenburg in seinem Essay über Minister Zedlitz hinzu, „dieser Herr wollte sogar, daß als denkende Wesen die Menschen raisonniren lernten und stellte seinem Minister die Aufgabe, es lehren zu lassen."

Der Krieg mit den alten Monarchien Europas war glücklich beendigt, — nun galt's, den Krieg im Namen der fortschreitenden Aufklärung siegreich zu Ende zu führen. Das Wort: „Die Religionen müßen alle toleriret werden und muß der Fiskal nur das Auge darauf haben, daß keine der andern Abbruch thue, denn hier muß ein Jeder nach seiner Façon selig werden," kennzeichnet am deutlichsten den Anbruch einer neuen Zeit. Mochte immerhin er selbst, auch darin wie in vielem seinem Namensgenossen, dem Hohenstaufen Friedrich II., ähnlich,[1]) von leidenschaftlichem Haß gegen allen positiven Glauben erfüllt sein und in Briefen und Gedichten alles Kirchentum mit bitterem Hohn verfolgen, so war doch die Handlungsweise des Regenten von dieser persönlichen Stimmung niemals beeinflußt. „Wenn nur der Papst" schreibt er an d'Alembert „seine Lehrsätze gegen Moral vertauscht und Barmherzigkeit predigt, so werde ich ebenso wenig sein Feind sein, als der Feind des Dalai Lama, der da thronet zu Tibet." „Wenn der Kaiser Klöster aufhebt," schreibt er ein andermal an den nämlichen, „so baue ich dagegen abgebrannte katholische Kirchen wieder auf und lasse überhaupt einem Jeden die Freiheit, nach seiner Weise zu denken."

---

[1]) Boeckh, Ueber Friedrichs des Großen classische Studien, 17.

Und nicht bloß Gedankenfreiheit gab er dem Volke, — auch für Rede- und Preßfreiheit war sein Beispiel epochemachend. „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen," sagte er zu Podewils, „müßen nicht geniert werden." Freilich entspricht auch hier die Handlungsweise nicht immer den aufgeklärten Worten. Als die Kölnische Zeitung ihn angriff, wies er seinem Vertreter in Köln 100 Dukaten an, um handfeste Leute zu dingen, die den mißliebigen Zeitungsschreiber prügeln sollten. Der Leiter der Erlangischen Zeitung mußte sogar dem preußischen Obersten, der ihn auf königlichen Befehl hatte züchtigen lassen, für die empfangenen Hiebe noch eine Quittung ausstellen. Als Hamann eine Streitschrift gegen des Königs Abhandlung über die deutsche Litteratur zu schreiben unternahm, gab ihm Nicolai, der die Berliner Zustände am besten kennen mußte, den freundschaftlichen Rat, er möge „seine Philippicam im Pult ruhen lassen," damit er nicht etwa unfreiwillig in Spandau oder Stettin Quartier bekäme. Weder das Journal de Berlin, noch die Spenersche Zeitung erhoben sich nach Inhalt oder Form irgendwie über die Organe anderer Hauptstädte. Ja, Lessing, durch die Ablehnung seiner Bewerbung um die Berliner Bibliothekarstelle gereizt, wirft 1769 in einem Briefe an Nicolai die Behauptung auf, die gerühmte Berliner Preßfreiheit beschränke sich auf die Freiheit, gegen die Religion zu schreiben. „Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Unterthanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist." Allein Lessing urteilt, wie bemerkt, nicht unbefangen; der gerechte Unwille über die Bevorzugung eines Pernety macht ihn ungerecht; er übersieht, daß es zwar abscheulich ist, Sottisen gegen die Religion zu Markt zu bringen, daß aber immerhin darin ein Fortschritt liegt, daß auch ein freches Wort nicht sofort den Büttel in Aktion bringt. Volle Freiheit in Wort und Schrift ist im Staat eines absoluten Herrschers überhaupt unmöglich, doch war der Engländer Moore, der 1775 nach Berlin kam, überrascht von dem Freimut, womit hier öffentliche Angelegenheiten besprochen werden durften. Ein noch günstigeres Urteil glaubt der Verfasser einer Serie von Artikeln „über Berlin" in der Berlinischen Monatsschrift aus den Jahren 1783 und 1784 fällen zu dürfen: er rühmt nicht nur die nach des Königs Willen neugeordnete Justizpflege, „die unparteiisch dem Bauern gegen den Edelmann, dem Privatmann gegen den Minister, dem Unterthan gegen den König Recht giebt," sondern auch die Einwirkung der väterlichen Strenge und Milde des Königs auf des Brandenburgers freien Sinn, guten Mut und frohes Herz. Straffes persönliches Regiment hielt Friedrich für unbedingt notwendig, aber nicht Unmündigkeit des Volkes. Vor allem genoß wissenschaftliche Forschung unbedingte Freiheit. Mochte er selbst die deutschen Gelehrten noch so gering schätzen — und war es z. B. unverdient, wenn er eine volle Schale des Zornes über den Professor Titius in Wittenberg ausgoß, der über einen von Friedrich

in die Zeitungen geschmuggelten schlechten Witz, wonach irgendwo der Hagel einen Ochsen erschlagen haben sollte, eine von Gelehrsamkeit triefende, umfassende Abhandlung schrieb! — die Achtung vor der Wissenschaft hat er nie verletzt und verloren. Eine freiere Bewegung in Wissenschaft und Litteratur tritt denn auch unverkennbar hervor. „Er hat den bürgerlichen Mut großgezogen und dem deutschen Volke das zurückgegeben, was ihm so lange abhanden gekommen war, einen Charakter." Ein in jenen Tagen seltener Mut der Ueberzeugung ist charakteristisch für die Philosophen des Friedericianischen Zeitalters, und ebenso treffen die Mendelssohn, Engel, Möser, Garve darin zusammen, daß sie praktische Lebensweisheit anstreben, die Pflichten und die Bestimmung des Menschen, wie des Bürgers festzustellen trachten. Die politischen Wissenschaften fanden jetzt erst einen wirklichen Inhalt; eine neue Wissenschaft, die Statistik, trat an ihre Seite. Und wenn auch jede unmittelbare Anregung fehlte, vom frischen Hauch seiner Wirksamkeit waren auch die politischen Schriftsteller, die K. F. Moser, Häberlin, Schlözer u. a. belebt. Der einflußreichste und in gewissem Sinn bedeutendste unter ihnen, Schlözer, hatte für die große Persönlichkeit des Preußenkönigs nicht das volle Verständnis; er spricht wiederholt von einer „wilden Größe"; welfische und russische Einflüsse spielen dabei mit. Als sich aber für ihn Aussicht eröffnete, aus hannöverischem Dienste in preußischen übertreten, eine Professur in Halle erlangen zu können, war er mit Freuden dazu bereit. „Ich sehe" schreibt er am 22. April 1778 an Minister Zedlitz „die preußische Regierung als die allerakti vste der Welt in unsrem saeculo an." Besseres Los könne man sich nicht wünschen, als ein Rad oder Rädchen in dieser außerordentlichen Maschine zu sein; mit Recht habe ein Franzose geäußert: „Hätte die preußische Regierung, wie Frankreich seit einem Jahrhundert, über 30 Millionen Menschen zu gebieten gehabt, so würde Frankreich schon längst eine preußische Provinz sein." Nicht anders war es mit Johannes Müller. Als ihm Zedlitz 1773 eine Rektorstelle anbieten ließ, sagte er mit Freuden ja; freilich pries er, als die Anstellung auf Hindernisse stieß, sein Glück, daß er nicht unter das Zwangsregiment eines absolutistischen Monarchen gekommen sei, aber wie wenig Ernst es ihm damit war, beweist die Thatsache, daß er fortfuhr, historische Schriften in französischer Sprache abzufassen, damit das Auge des großen Königs auf ihn gelenkt werde. Und als dies endlich gelang und König Friedrich dem schon berühmten jungen Schweizer Audienz gewährte, äußerten sich Freude und Entzücken bei diesem in ausschweifender Weise. Er vergleicht Friedrichs Haupt mit demjenigen des Gottes von Cythere; nie habe er einen jüngeren Greis, niemals lebhaftere Augen, feinere Züge, milderen Gesichtsausdruck gesehen. „O Friedrich, Friedrich, ich werde dich nie aus dem Gedächtnis verlieren, so wie ich dich in diesem göttlichen Augenblick sah; müßte ich hundert Jahre alt werden und dich niemals wiedersehen, so werde ich mich immer daran erinnern, daß ich Cäsar und Alexandern gesehen habe." [1]) Und obwohl Müller die erhoffte Anstellung

[1]) Weit weniger günstigen Eindruck empfing der König von seinem Gaste. „Ihr Herr Mayer" schrieb er an d'Alembert, der den Historiker warm empfohlen hatte, „ist hier gewesen; ich gestehe, daß ich ihn sehr für das Kleine fand."

vorerst nicht erlangte, wirkte der Eindruck der Begegnung auf Friedrich so stark nach, daß ihn nach längerem Aufenthalte im Braunschweigischen das Wiederbetreten preußischen Gebiets in freudige Aufregung versetzte: „Ich hätte den Zöllner umarmen mögen, weil er ein Preuße war. Mit den Preußen und für die Preußen will ich leben und sterben, oder ich will nicht leben!“ (29. März 1781.) Tüchtigkeit, Strenge, Schärfe und Ausdauer bezeichnet Goethe, der sonst auf Berlin nicht gut zu sprechen war, als „spezifisch preußische“ Tugenden, und er wünscht deshalb, daß der deutsche Geist nach dieser Richtung ebenso in preußische Schule komme, wie seit den Siegen Friedrichs die Rekruten in allen Ländern nach preußischem Reglement gedrillt würden.

Mit besonderem Nachdruck pflegt von den Gegnern des Königs auf die abfälligen Urteile Winckelmanns hingewiesen zu werden. In der That fühlte sich dieser Gelehrte, der „das Reich des Schönen für Deutschland öffnete“ (Gervinus), der verspätete Humanist, der in der heiteren Kunst der Alten lebte, von den Greueln des siebenjährigen Kriegs so abgestoßen, daß er nur mit Abscheu von seinem Vaterland und seinem König sprach. „Es schaudert mich,“ schrieb er an Usteri, „wenn ich an den preußischen Despotismus und an den Schinder der Völker gedenke, welcher das von der Natur selbst vermaledeite und mit libyschem Sande bedeckte Land zum Abscheu der Menschen machen und mit ewigem Fluche belegen wird. Meglio farsi Turco circonciso che Prussiano!“ „Mein Vaterland“ schrieb der Altmärker nach seiner Uebersiedelung in die Kunststadt Dresden „vergesse ich gern . . . Mein Vaterland ist Sachsen, ich erkenne kein anderes, und es ist kein Tropfen preußischen Blutes in mir!“ Doch der Groll — o! über die Charakterfestigkeit der „Leuchten der Wissenschaft“! — verschwand, als eine Berufung in Dienst des Berliner Hofes in Aussicht stand. Doch die berüchtigte Kabinetsordre Friedrichs: „Für einen Deutschen sind 1000 Thaler genug!“ setzte dieser Hoffnung ein Ziel. Trotzdem brach in Winckelmann am Abend seines Lebens die Liebe zur Heimat durch; nicht das selbstgewählte Vaterland Sachsen wollte er nochmals sehen, sondern „sich dem großen Könige darzustellen, war sein Stolz“ (Goethe). Auf eine ähnliche Bekehrung stoßen wir bei Herder. In seiner Philosophie der Geschichte fand er für die Kriegsthaten und die Staatskunst König Friedrichs nur Worte des Unmuts und des Widerwillens, aber schon seine Abhandlung „über den Einfluß der Regierungen auf die Wissenschaften und der Wissenschaften auf die Regierungen“ liest sich wie eine Lobschrift auf die erzieherischen Tugenden, die Fürsorge, die Volksfreundlichkeit des Königs, und vollends dem Toten zollt Herder in der ersten Sammlung der Humanitätsbriefe begeistertes Lob.

Auch auf die Kunst erstreckte sich der Einfluß des Königs. Nicht immer in wohlthätigem Sinne. Durch persönliche Einmischung des hohen Bauherrn wurden nicht selten gerade die glücklichsten Ideen des geschickten Genossen aus den Rheinsberger Tagen, des Majors von Knobelsdorff, beeinträchtigt, und nach dem Tode dieses Künstlers kam die helle Mittelmäßigkeit obenauf. Doch entbehrt das Friedericianische Berlin nicht eines großen Zuges, und die Rokokoräume in Potsdam gehören in Bezug auf feine und reizende Behandlung aller

Einzelheiten zu dem Glücklichsten, was dieser Geschmack überhaupt hervorgebracht hat. [1])

Aber es war französische Kunst, und die Schöngeister und Gelehrten, die in jenen Räumen den König umgaben, waren fast ausschließlich Franzosen. Die Ironie des Schicksals fügte, daß derjenige, der den Ruf französischer Unüberwindlichkeit bei Roßbach vernichtete, der damit zur Befreiung des deutschen Geistes das beste und höchste gethan hatte, selbst sein Leben lang in den Banden der einseitigsten französischen Geschmacksrichtung blieb. Der französische Klassizismus stak ihm so im Blute, daß er vor d'Alembert erklärte, er möchte weit lieber die Athalia gedichtet, als die Triumphe des siebenjährigen Krieges erfochten haben. Die Deutschen galten ihm wie seinem Voltaire nur als „Barbaren", die deutsche Sprache war für ihn nur das, was für den Gebildeten der provinziale Dialekt ist. Zugegeben, daß ihn Herr Hofpoet Pietsch und andere „Dichter", die er in seiner Jugendzeit zu lesen bekam, wenig befriedigen konnten, daß ihm der Formalismus und die Selbstüberhebung der Gottsched und Lambert, mit denen er persönlich in Berührung trat, lächerlich erscheinen mußten, aber er verschloß seine Augen auch vor den glänzenden Fortschritten, welche deutsche Litteratur und Wissenschaft unter seiner Regierung und unter dem Einfluß seiner eigenen Thaten und Bestrebungen machten; er wußte das wirklich Gute, ja, das wirklich Große von der Spreu der herkömmlichen Produktion nicht zu sondern. Er sah in der Messiade nur eine „sehr überflüssige Nachahmung Miltons"; er nannte Goethes Götz eine abscheuliche Nachahmung der schlechten Stücke Shakespeares; er behauptete von Johannes Müller, er leide, wie alle Deutschen, an dem Uebel der Logodiarrhoe; er strich Mendelssohns Namen aus der Liste der für die Akademie Vorgeschlagenen; er ging in seiner Unbefangenheit so weit, daß er trotz mangelhaftester Kenntnis der deutschen Litteratur sich auch noch zum Richter aufwarf und nur den Mut derjenigen Schriftsteller rühmte, die „nicht mehr erröteten, Deutsche zu sein". In einem Gespräch mit Mirabeau nahm der König, als er gefragt wurde, weshalb der Cäsar der Deutschen nicht auch ihr Augustus geworden, weshalb er sich so ablehnend gegen die deutschen Dichter und Gelehrten verhalten, es als ein Verdienst in Anspruch, daß er die freie Entwickelung dieser Männer nicht gestört habe. Auch dieses Wort ist verteidigt und gelobt worden; man hat gesagt, der König habe durch seine Nichtbeachtung der deutschen Litteratur die besseren Kräfte angespornt, das ungünstige Urteil des Königs durch immer bedeutendere Leistungen zu widerlegen! Das heißt denn doch in Ehrfurcht „erblinden"! Die Zeitgenossen urteilten darüber anders. Als Herzog Karl August von Weimar den Vorschlag Klopstocks, daß deutsche Kunst und Litteratur von Reichswegen unterstützt werden sollten, bei Kaiser und Reichstag zu befürworten gedachte, wollte er die Vorbereitungen in aller Stille ohne Wissen des „deutsch-französischen" Friedrich getroffen wissen. Auch waren nicht alle von des Königs hartem Urteil Betroffenen so duldsam wie Goethe, der an Mösers Tochter schreibt, es habe für ihn nichts Befremdendes, daß der König seines Stückes in Unehren erwähne, denn „ein billiger und

[1]) Woltmann, Baugeschichte Berlins, 95.

toleranter Geschmack möchte wohl keine auszeichnende Eigenschaft eines Königs sein; vielmehr dünkt mich, das Ausschließende zieme sich für Große und Vornehme".[1]) — „Alles soll Ein Leisten, Ein Schuh sein," klagte Hamann, „Fabriken und Heerdienst, sowie (unleserliches Wort) und Kritik!" — „Was sollen Engländer, Franzosen, Italiäner von uns Deutschen denken," schrieb Prinz August von Gotha an Herder, „wenn ein großer König an der Spree so von unserm jetzigen Zustande schreibt!" Und Klopstock, der schon früher geklagt hatte:

„Sagt's der Nachwelt nicht an,
Daß er nicht achtete,
Was er werth war, zu sein!"

antwortete auf den Angriff des Königs mit dem Gedicht „Rache": „Lange erwarteten wir, du würdest Deutschlands Muse schützen, auch so mit Ruhm dich krönen, durch den schöneren Lorbeer decken des anderen Blut ... Sich nicht zu rächen, war er schonend genug, der Deutsche, ... doch du selber hast ihn an dir gerächt ... du erniedertest dich, Ausländertöne nachzustammeln, dafür den Hohn zu hören: Selbst nach Arouets Säuberung bleibe dein Lied noch tudesk!" Selbst die spezifisch „preußischen" Dichter, Gleim, Ramler, die Karschin, beklagten wehmütig die Abwendung des Sohnes vom Vaterland.[2])

Noch anderes trug dazu bei, die Bewunderung des Siegers von Zorndorf, des „Nestor und Ulysses im Fürstenrat", herabzumindern. Jenen Kreisen, welche die Messiade mit brünstiger Andacht lasen, mußte der Schüler Voltaires, der nicht minder rücksichtslos wie sein Meister die „Fasen" und das „fromme Gefasel" verhöhnte, wie der Antichrist vorkommen. Und auch im katholischen Lager konnte der Mann, der sich zwar als Regent keine Ungerechtigkeit erlaubte, von dem man aber wußte, daß er bei seinen d'Alembert und d'Argens stets von „der Hure von Babylon" und dem „Hohenpriester des Baal" spreche, nur mit Bitterkeit beurteilt werden. Spricht doch sogar Lessing sein Bedauern aus, daß das schlechte Beispiel eines Cynikers auf dem Throne im Volk die Achtung vor Heiligkeit und Religion untergraben und das von oben unterstützte „rationalistische Berlinertum" allenthalben schlimme Früchte reifen werde.

In Sachsen hatte die Bevölkerung das schwere Leid, das die schlesischen Kriege über das Land gebracht hatten, auch in den Friedensjahren nicht vergessen, und Friedrichs Sparsamkeit erschien den an die üppige Pracht des

---

[1]) Uebrigens scheint die Schrift, die Goethe als Antwort auf Friedrichs De la littérature Allemande 1781 ausarbeitete, die aber nicht veröffentlicht, sondern, wie es scheint, von Goethe selbst wieder vernichtet wurde, eine ziemlich derbe Zurückweisung enthalten zu haben. (B. Suphan, Friedrichs des Großen Schrift über die deutsche Litteratur, 53.)

[2]) An Verteidigern fehlte es dem Könige allerdings auch schon damals nicht. Der Verfasser jener oben erwähnten Artikel „Ueber Berlin" (Berlinische Monatsschrift, Jahrg. 1784, 557) sagt: „Ich frage Sie, aber nur Ihnen möchte ich diese Frage thun, der Sie von meinem Patriotismus überzeugt sind: Was haben wir denn selbst itzt für große Schriftsteller im Fach der Geschichte? im Fach der Politik? für angenehme Uebersetzungen der Alten? Alles dies hat mancher jüngere Barde nicht bedacht, der im Grunde doch bloß übel nimmt, daß der König von Preußen Voltairen und Algarotti Pensionen gab und ihm keine gibt."

Dresdener Hofes Gewohnten als „preußische Knauserei". Hinwieder spottete man in Hannover, wo die wachsende Macht des Nachbarstaates natürlicherweise Eifersucht und Mißbehagen weckte, über das „preußische Drillsystem". In anderen deutschen Landen hatte man bei aller Bewunderung und Begeisterung für den König doch auch Mitleid mit seinen Unterthanen, die für den Heros heroische Opfer bringen müßten. Wieland sprach in einem Briefe an einen Freund sicherlich die Meinung vieler aus: „König Friedrich ist zwar ein großer Mann, aber vor dem Glücke, unter seinem Stocke sive Scepter zu stehen, bewahre uns der liebe Gott!"

Ja, im eigenen Lande walteten ähnliche Empfindungen. Kein Zweifel, der Fürst, den „der Neid und der Haß zweier Weltteile nur drücken, nicht beugen konnten" (Posselt), war in Preußen, dem er in der Reihe der ersten Mächte einen Ehrenplatz erkämpft hatte, keineswegs beliebt. Diese auffällige Thatsache erklärt sich weniger aus dem Druck, der unbestreitbar auf der preußischen Bevölkerung lastete; auch mit den Resten der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Freiheit der Persönlichkeit war aufgeräumt worden; der Staat mischte sich in alle Familiensachen, der Einzelne war nichts, der Staat alles; der Machtstellung des Staates wurde jede Rücksicht auf Ueberlieferung und alten Brauch geopfert. Allein solcher Druck war vom aufgeklärten Despotismus überhaupt untrennbar. Und doch hat es harte Zwingherren gegeben, die in ihrem Lande nichtsdestoweniger volkstümlich und beliebt waren. Die Unbeliebtheit Friedrichs erklärt sich vornehmlich aus dem damals und heute noch landläufigen, erst in allerneuester Zeit berichtigten Urteil über seine Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Friedrich, der „gekrönte Realist", wie ihn Carlyle nennt, sah, seit die Waffen ruhten, im „Nützlichen", in Hebung der leiblichen Wohlfahrt des Staates seine erste Aufgabe. „Durch die Herren Encyklopädisten" schreibt er 1771 an Voltaire „bin ich ein ganz anderer Mensch geworden; sie haben ja so viel gegen die gedungenen Henker geschrieen, die Europa in ein Blutbad tauchten, daß ich mich fortan wohl hüten werde, ihrer Kritik neue Nahrung zu geben." Hebung des Ackerbaues, vor allem aber der Gewerbe und Gewerke, wie des Handels war demgemäß seine Herzenssorge. „Man muß mit dem Ackerbau anfangen," schreibt er 1773 an Voltaire, „dann zum Fabrikwesen und endlich zu einem kleinen Handel fortschreiten. Sobald alles dies feste Wurzel gefaßt hat, entsteht Wohlstand, und ihm folgt der Ueberfluß, ohne welchen die Künste nicht gedeihen können. Die Musen verlangen, daß der Fuß des Parnaß von dem Pactolus benetzt wird. Erst muß man etwas zu leben haben, ehe man sich unterrichten und frei denken kann."

Die unbedingte Verurteilung der damaligen Steuerverwaltung, der Einführung der französischen Regie durch Friedrich ist von Gustav Schmoller auf Grund der Kabinetsbriefe des Königs, der sogenannten Minuten, kritisch geprüft worden. Nun erscheinen die Thatsachen in einem ganz andern Lichte, und für jeden Unparteiischen ist der Beweis erbracht, „daß die folgenschweren Entscheidungen vom Frühjahr 1766 nicht in erster Linie zurückgehen auf eine unmotivirte Mißstimmung über seine deutschen Beamten, nicht bloß auf

zufällige Todesfälle im Kreise der Minister oder auf Forderungen einer Accise-erhöhung, welche die deutschen Beamten abgelehnt hätten. Nein, es handelte sich um große fundamentale Fortschritte in der Organisation der Staatsverwaltung überhaupt und der indirekten im speziellen." Die Einrichtungen Frankreichs gaben Anstoß und Vorbild, aber sie wurden nicht kopiert. Gerade dasjenige, was in Frankreich so unheilvoll wirkte, die Steuerpacht, fand in Preußen nicht Annahme, und was der französischen Steuertechnik und Beamtenmaschinerie entlehnt wurde, war unzweifelhaft ein Fortschritt, da man erst dadurch aus dem Gebiet der alten Stadt-Wirtschaftspolitik in das der Staats-Wirtschaftspolitik kam. „Die Regie wurde gerade, weil sie allen lokalen, provinziellen, ständischen und hergebrachten Sonderrechten und Privilegien entgegen gestellt war, weil sie nur als königliche zentralistische Behörde sich fühlte, nach allen Seiten hin die Trägerin des monarchischen Staatsgedankens."

Aber die großen Massen kannten ebensowenig die Vorgeschichte, wie die ferne liegenden Ziele der königlichen Beschlüsse. Sie sahen nur die gegenwärtigen Wirkungen, eine neue Geschäftsführung und die Leitung in den Händen Fremder. Die natürliche Abneigung gegen die Ausländer machte sie gegen die jeweiligen Mißgriffe doppelt empfindlich. Nicht der gewandteste Redner würde sie überzeugt haben, daß die Denunziationen der sogenannten „Kaffeeschniffler" für die preußische Staatsentwickelung von irgend welchem Nutzen seien. Die Gebildeten hinwieder konnten sich mit der eigentlichen Tarif- und Handelspolitik des Königs nicht befreunden. Er ging ihnen in seinem Eifer für den Schutzzoll zu weit. Alles in allem, Mißvergnügen und Unzufriedenheit waren in weiten Kreisen verbreitet. Als Goethe 1778 nach Berlin kam, war er höchlich befremdet, „über den großen Menschen seine eigenen Lumpenhunde räsonnieren zu hören." [1])

Wie wenig dankbare Erinnerungen das Mißbehagen über ein gegenwärtiges Uebel zu mildern vermögen, ersehen wir aus der Entrüstung Berlins über die königlichen Verfügungen im bekannten Arnold Müllerschen Prozeß. Als der Großkanzler von Fürst, weil er das Urteil des Kammergerichts verteidigt hatte, plötzlich in Ungnaden entlassen wurde, machte ihm andern Tags die vornehme Berliner Gesellschaft „in langer Wagenreihe" ihre Aufwartung. Und doch hatte der König 30 Jahre lange jedes Eingriffes in Prozeßsachen sich enthalten. Und doch hatte er — drei Tage nach seiner Thronbesteigung — die Folter abgeschafft, und doch war er es gewesen, der schon im Jahre 1746 dem Etats-

---

[1]) „Von der Bewegung der Puppen kann man auf die verborgenen Räder, besonders auf die große alte Walze, F. R. gezeichnet, mit tausend Stiften schließen, die diese Melodien hervorbringt." .... „Es ist ein schön Gefühl, an der Quelle des Kriegs zu sitzen in dem Augenblick, da sie überzusprudeln droht." (Goethe an Charlotte v. Stein, Berlin, 17. Mai 1778.) „Auch in Berlin war ich im Frühjahr: ein ganz ander Schauspiel! Wir waren wenige Tage da, und ich guckte nur drein wie ein Kind in Schön-Raritäten-Kasten. Aber du weißt, wie ich im Anschaun lebe; es sind mir tausend Lichter aufgegangen. Und dem alten Fritz bin ich recht nah worden, denn ich hab sein Wesen gesehn, sein Gold, Silber, Marmor, Affen, Papageien und zerrissenen Vorhänge, und hab über den großen Menschen seine eigenen Lumpenhunde räsonniren hören." (Goethe an Merck, 5. August 1778.)

minister von Cocceji den Befehl erteilt hatte, „ein Teutsches Allgemeines Landrecht zu verfertigen, welches sich bloß auf die Vernunft und Landesverfassungen gründet, . . . damit einmal ein gewisses Recht im Lande etabliert und die unzähligen Edikte aufgehoben werden mögen". Uebrigens hatte der Arnoldsche Prozeß für die Rechtspflege die segensreichste Folge. An die Stelle Fürsts trat Kasimir Freiherr von Carmer. Ihm und seinem großen Mitarbeiter, Karl Gottlieb Svarez, gelang das Riesenwerk, die Gerichtsverfassung, die Prozeßordnung und das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten zu vollenden.

Dem scharfsinnigen Monarchen — „der alte Fritz, der alles wußte, was er wissen wollte!" dies köstliche Wort legt Goethe in den „Aufgeregten" dem Chirurgus Breme von Bremenfeld in den Mund — konnte die Mißstimmung im Lande nicht verborgen bleiben, mochte Hertzberg noch so schwungvoll in akademischen Reden das Glück des Landes und die Liebe des Bürgers preisen! Um so schroffer lehnte der Gekränkte es ab, um die verlorene Neigung zu buhlen. Seine Geringschätzung steigerte sich zur Menschenverachtung. Als von einem Schulmann Sulzer gesprächsweise bemerkt wurde, die moderne Pädagogik gehe von dem Grundsatze aus, daß der Mensch von Natur mehr Neigung zum Guten als zum Bösen habe, unterbrach ihn Friedrich: „Mehr Neigung zum Guten? Ach, mein lieber Sulzer, er kennt nicht diese verdammte Rasse, wie ich sie kenne!" Auch das bekannte Wort: „Ich bin es müde, über Sklaven zu regieren!" ist aus des Königs pessimistischer Weltanschauung abzuleiten, wenn es auch durch die nachfolgenden Ereignisse in anderes Licht gerückt wurde und heute wie eine Prophezeiung des 4. August 1789 sich anhört. Friedrich ragte bereits in eine neue Zeit hinein, die ihn nicht mehr würdigte, die er nicht mehr verstand. Er zog sich immer mehr in die Einsamkeit zurück; er hatte niemand um sich, der ihn aufrichtig liebte; er kannte kein Vergnügen, keine Erholung, er lebte nur noch dem, was er als seine Regentenpflicht betrachtete. Nur wenn er einmal zur Parade nach Berlin kam, lebte die alte Popularität wieder tagelang auf. „Sie können sich nicht vorstellen," schreibt der englische Gesandte Elliot an einen Verwandten in London, „wie das Volk sich freute, ihn zu Pferde zu sehen: alles Klubgeschwätz von einem Lande, das unter dem Gewicht seiner Lasten stöhnt, und von einer Nation, die mit einer Rute von Eisen beherrscht wird, verschwand vor dem aufrichtigen Zuruf aller Bevölkerungsschichten, die sich verbanden, ihre Begeisterung für ihren großen Monarchen zu bezeugen." Der brausende Zuruf der Menge überraschte auch einen Hamburger Bürgersohn, der 1783 einer Parade in Berlin anwohnte; auch der „Republikaner" fühlte sich von Ehrfurcht bezwungen, als er des Mannes gewahr wurde, „dessen Name alles Denkwürdige eines halben Jahrhunderts bezeichnete". Freilich mußte er sich sagen, daß diese verwelkte Erscheinung kaum noch der Gegenwart angehöre. [1])

[1]) R. Koser, Die letzten Tage Friedrichs des Großen, in der deutschen Rundschau, 48. Band, 195.

Am 17. August 1786 morgens 2 Uhr erlosch der letzte Lebensfunke. Die Todesanzeige in der Berlinischen Zeitung ist von Hertzberg verfaßt. „Wenn die allergerechteste Bewunderung reden will, so macht der allergerechteste Schmerz verstummen. Sein Volk betete ihn an, Europa suchte ihm nachzuahmen, die Welt bewunderte ihn und die Nachwelt wird erstaunt die Geschichte seiner Thaten kaum glaublich finden. Wenige Könige waren so groß wie Er, noch weniger so gut wie Er, kaum Einer so groß und gut zugleich wie Er! Wer Gefühl für Geistesgröße und für Thätigkeit zur Beförderung für Menschenglück hat, wird seinen Namen nie anders als segnend aussprechen!" „Gleichwie in einer freien Republik" schrieb Johannes Müller in seiner Darstellung des Fürstenbundes „um einen patriotischen Konsul oder um einen großen Senator, der zu seinen Vätern geht, alle Guten und Edlen trauern, doch mit Maß, weil immer das Vaterland bleibt, und weil nicht körperliches Dasein, sondern die bleibenden Maximen und das unsterbliche Beispiel seine Säule gewesen, — so im Reich, als der König von Preußen starb. Wir wissen aus mehreren Provinzen, Republiken und Königreichen, daß . . . von den Thronen bis in die Hütten, von den grauen Zeitgenossen seiner ersten Siege bis auf das unmündige Alter wenige Menschen ohne ganz besondere Rührung das Wort seines Todes nachgesprochen . . . Die Welt weiß, daß als König, Staatsmann und Feldherr wenige aus allen Jahrhunderten der Universalhistorie die Vergleichung mit ihm aushalten!" „Wir sind darüber einig," schrieb Herder in den „Humanitätsbriefen", „daß wenn Ein großer Name auf Europa mächtig gewirkt hat, es Friedrich gewesen. Als er starb, schien ein hoher Genius die Erde verlassen zu haben; Freunde und Feinde seines Ruhms standen gerührt; es war, als ob er auch in seiner irdischen Hülle hätte unsterblich sein mögen!"

Das hochgespannte Lob war für einen Friedrich nicht zu überschwenglich, nur die Schilderung der Volksstimmung entsprach nicht völlig der Wahrheit. Die Wirkung der Todesnachricht war eine ganz andere. In weiten Volkskreisen atmete man förmlich auf und äußerte unverhohlen seine Freude über das Ende des lästigen Regiments. In jenen Tagen hielt sich Graf Mirabeau, dessen Name binnen wenig Jahren dem Erdkreis bekannt werden sollte, der sich aber bisher fast nur durch Schriften von zügelloser Sinnlichkeit und Abenteuer von bedenklichster Art bekannt gemacht hatte, als Flüchtling in Berlin auf. Er war, obwohl sein aufdringliches Gebaren dem König beschwerlich fiel, in Sanssouci empfangen worden und würde, falls ihm ein einflußreiches Amt eingeräumt worden wäre, gar gern in Berlin geblieben sein. Mirabeau schildert nun den Eindruck, den die Nachricht vom Tode des Königs in Berlin hervorrief, mit den häßlichsten Farben. „Ich, der ich ihn gesehen, gehört habe, ich, der ich bis in das Grab den süßen Stolz nähren werde, daß ich ihm Interesse eingeflößt habe, ich schaudere noch, und meine Seele ergrimmt über das Schauspiel, das Berlin meinen staunenden Augen am Todestag des Helden, der die Welt vor Erstaunen verstummen und vor Bewunderung reden machte, darbot. Alles war totenstille, aber niemand war traurig; alles war beschäftigt, aber niemand war betrübt; nicht ein Bedauern, nicht einen Seufzer, nicht ein Lob bekam man zu hören! Darauf laufen also so viele gewonnene Schlachten, so

viel Ruhm, eine Regierung von beinahe einem halben Jahrhundert, angefüllt mit Wundern, hinaus? Man war ihrer bis zum Abscheu überdrüssig ... Was erwarteten sie denn? Den Raub des Schatzes. Der einzige General Möllendorff weinte." [1])

Dohm, der damals schon in preußischem Staatsdienst stand und mit Mirabeau in Berlin verkehrt hatte, [2]) stellt in seinen Denkwürdigkeiten die Berechtigung des von Mirabeau erhobenen Vorwurfes nicht in Abrede, sondern sucht denselben nur einzuschränken: „Hofleute, Militär, Geschäftsmänner, diese alle, oder doch die meisten von ihnen mögen freilich allein, wenigstens vorzüglich mit dem Einflusse beschäftigt gewesen sein, den die große Veränderung zunächst auf ihr Schicksal haben werde. Aber Mirabeau sah nicht den Bürger, den Bauer: diese wußten sehr wohl, was sie an dem Könige verloren hatten."

Auch im Reich und im Ausland mochten viele vom Tode des Beneideten, Gefürchteten mit Genugthuung hören, aber überall lebte das Bewußtsein der unvergleichlichen Bedeutung des Toten. Wir haben schon gehört, daß Marie Antoinette nicht umhin konnte, ihrem Feinde das Lob eines großen Regenten zu zollen. Kaiser Joseph II. schrieb, nachdem ihm das Ableben des Nebenbuhlers durch den Prinzen von Reuß angezeigt worden war, an seinen Staatskanzler Kaunitz: „Als Soldat beklage ich den Tod eines großen Mannes, der für immer epochemachend in der Geschichte der Kriegskunst bleiben wird; als Bürger bedaure ich, daß dieser Tod 30 Jahre zu spät eingetreten ist, denn 1756 wäre er vortheilhafter gewesen als 1786." In Nordamerika wurden Trauerfeierlichkeiten für den Freund der Freistaaten veranstaltet. In Paris verdrängte die Botschaft aus Sanssouci für den Augenblick sogar das Interesse am neuesten Klatsch über die „Autrichienne". In dem sizilianischen Städtchen Caltanisetta ließen sich die nach antiker Weise auf dem Marktplatz sitzenden Einwohner von dem Gaste ihrer Stadt, Goethe, immer wieder von dem großen Preußenkönig erzählen, und Goethe hielt für geraten, den Tod des Königs zu verschweigen, „um nicht durch eine so unselige Nachricht den Wirten verhaßt zu werden".

Abgesehen von den allgemeinen Nachrichten über die Aufnahme der Todesnachricht können wir uns über das Urteil der Zeitgenossen über Friedrich nur aus der in den nächsten Jahren angewachsenen Litteratur über ihn eine Meinung bilden.

Wie mannigfaltig äußern sich da Gefühle der Rührung, des Schmerzes, der Bewunderung, der Achtung, des Grolles, des Hasses! In Predigten und Freimaurerreden, in Gedichten und Abhandlungen, in Büchern und Briefen! „Welcher Unterschied," heißt es in einer Flugschrift „Wünsche in Rücksicht auf eine Biographie von König Friedrich II.", „zwischen den Thränen, die über

---

[1]) Mirabeaus Mitarbeiter, J. Mauvillon, bezeugt ausdrücklich, daß diese ganze Stelle von Mirabeau selbst herrühre. (De la monarchie Prussienne, I, 193.)

[2]) „Mirabeau verstand die Kunst zu fragen in einem Grade, von dem es schwer ist, dem einen Begriff zu geben, der seinen Unterredungen nicht beigewohnt hat." (Dohm über Mirabeau, herausg. von L. Geiger in den Akad. Blättern I, 13.)

Friedrich Wilhelms Wangen strömten, da er zum erstenmal Sanssouci betrat, und zwischen der Empfindung des gutmütigen Bauern in Baiern, welcher auf die Nachricht von Friedrichs Tod einige Groschen hervorlangte, um zur Befreiung seiner Seele eine Messe lesen zu lassen!" In Berlin erschien ein Kupferstich: „Friedrichs Abschied von der Erde". Der König steigt in den Olymp empor, trauernd stehen die Seinen, die Königin-Witwe als Ceres, Ferdinand von Braunschweig als Hannibal, Graf Hertzberg als Solon, General Möllendorff als Alkibiades (!). Gleichzeitig entstand in Wien ein Pamphlet „Der Rachetag", auf dessen Vignette sich eine geborstene Säule zeigt, von welcher das Standbild Friedrichs durch eine Erdspalte zur Unterwelt versinkt! In den Gedächtnisreden der Prediger und Beamten in Preußen kam natürlich fast ausschließlich die Loyalität zu Wort. Die Karschin preist den „Alleinzigen", Gleim fordert alle Dichter auf, „ihn zu singen, den Einzigen, den Unersetzlichsten, den Nichtgestorbenen, den Ewiglebenden!" Auch Schubart, der seit neun Jahren auf dem Hohenasperg schmachtete, gab in einem Gedicht „Friedrich der Einzige, ein Obelisk", dem Schmerz und der Betrübnis so überschwenglichen Ausdruck, daß man an der Aufrichtigkeit zweifeln muß. Er gedenkt der Pein, die bei Friedrichs Tod den „silberlockichten Grenadenschwinger" Gleim durchwühle, und den Barden Ramler mit gesunkener Tuba, und die Karschin, Borussiens Bardale; doch was sie klagen und singen, dringe nicht an die Ohren des Volks, denn „des Greisen keuchender Totenruf, des benarbten Kriegers Schädelschlag, der Witwe Geächz, des Waisen Geheul, der Armen Geschluchz übertäubten in Borussiens Gauen all ihrer Sänger weinende Klage". Da klingt viel aufrichtiger, weil viel natürlicher, wenn ein Baier, Franz Xaver Huber, in einem Liede „Der Baier am Grabe Friedrichs" den Retter der Selbständigkeit Baierns feiert:

„Der Vater wird es seinem Sohn,
Und der dem Enkel sagen,
Wie gut es war dem Baierland
In König Friedrichs Tagen.
Sie werden dann mit Segen noch
Sein Angedenken feiern,
Der keiner war von Wittelsbach
Und doch so gut den Baiern."

Auch die Münchner Zeitung feierte in einer Ode „Friedrich II. und Maximilian III. im Reiche der Toten" den Anwalt der Selbständigkeit Baierns. Friedrichs Geist bringt dem einsam und traurig im Elysium irrenden Schatten des in Baiern unvergessenen Maximilians III. die tröstliche Nachricht, daß in Straßburg ein Wittelsbachischer Sprößling — Ludwig I. — das Licht der Welt erblickt habe und damit die Zukunft Baierns gesichert sei. . . .

„Da heitert Maxens Stirn sich auf,
Vertraulich ging das edle Paar
Abseits. Von was die Rede war,
Weiß ich noch nicht, doch denken könnt ihr's, Baiern!"

Die Münchner Zeitung weiß auch von einem Testament Friedrichs zu berichten, wonach ohne Benachteiligung irgend einer Macht ein ewiger Friede in Europa gestiftet und allzeit erhalten werden könnte; Abschriften des Planes seien bereits an alle europäischen Kabinette versendet. Demgemäß soll eine gewisse Anzahl großer Mächte ihre Herrschaft so befestigen und Monarchien von so weitem und dauerhaftem Umfang besitzen, daß eine nicht zu erschütternde Masse dadurch erwachse; alsdann werde es den Staaten zweiter Ordnung nicht mehr möglich sein, einen Krieg zu unternehmen, Europa werde kaum noch von einer heftigeren Erschütterung heimgesucht werden. „Der Gottheit ähnlich, welche sie vorstellen, dürfen die Joseph, Katharina, Ludwig, Gustav nur wollen, und der große Entwurf Friedrichs des Einzigen wird Wirklichkeit sein."

Nur rhetorisches Wortgeklingel vernehmen wir aus dem Eloge de Frédéric, den in Paris der „Oberstallmeister und Historiograph Sr. Kön. Hoheit des Grafen von Artois, Mr. Laureau" veröffentlichte; dagegen zählt ein Eloge du roi de Prusse aus der Feder eines französischen Offiziers Guibert zu den gediegensten Leistungen militärischer Kritik über Friedrichs Thaten. Von Lobsprüchen trieft die Ode eines Spaniers, „Der Held des Nordens" von Don J. M. de Meras y Alfonso, — von Gift und Galle schäumt über ein „Lebensbild", das ein „freimütiger Mann", ein österreichischer Gelehrter Richter, in Amsterdam herausgab. Ein berühmter Kenner griechischer Geschichte, der Engländer John Gillies, schrieb ein Schriftchen „Ein Blick auf die Regierung Friedrichs II.", worin zwischen Friedrich und König Philipp von Makedonien eine Parallele gezogen wird; beide heben ihre von rohen, unwissenden und unfreien Barbaren bevölkerten Staaten aus kleinen Anfängen zu bedeutender Machtstellung empor, durch Tapferkeit und Energie, aber auch durch Tücke und Hinterlist und ohne jede Scheu in der Wahl der Mittel. —

Unmittelbar nach dem Ableben des Königs traten auch die Anekdotensammler auf den Plan. Lebten ja doch tausend und aber tausend Erzählungen vom „alten Fritz" im Munde des Volks, wie er im Feldlager unter Generälen und Gemeinen, in Sanssouci im Kreis seiner Minister und Hofgelehrten, bei Audienzen von Würdenträgern und Bittstellern seinem Witz die Zügel schießen ließ. Das von Nicolai und anderen gesammelte Anekdotenmaterial ist für die Kenntnis des Helden nicht ohne Wert, denn indem uns so viele intime Züge vorgeführt werden, könnten wir am ehesten ein annähernd getreues Porträt erhalten, doch leider ist nur gar zu vieles erfunden oder wenigstens nicht genug beglaubigt!

Nicht auf höherer Stufe stehen die unmittelbar nach dem Ableben Friedrichs zur Stillung der ersten Neugierde des Publikums veröffentlichten, nur auf oberflächlichster Benützung der Quellen beruhenden „historischen Gemählde" und „Lebensbilder". Auf die Tradition, die sich allmählich über den „alten Fritze" bildete, ist kaum ein anderes Buch von so wirksamem Einfluß geworden, als die „Zuverläßigen Beyträge zur Regierungsgeschichte Friedrichs II." und ein paar andere Schriften des Berliner Konsistorialrats und Gymnasialdirektors Anton Büsching, eines eifrigen Sammlers auf den Gebieten der Geschichte und Statistik. In der That wird uns von Büsching der alte König menschlich näher gebracht

als irgendwo, aber „der Spiritus, ich meine, der Geist" hat sich bei der Erzählung des Herrn Rektors gänzlich verflüchtigt. Wir erfahren, wie viel oder — wenig Hemden der König besaß, wie er bei Tisch die gewöhnlichen Anstandsregeln außer acht ließ, wie er in vertrautem Kreise am liebsten mit Zötchen sich unterhielt, wie er in Rede und Schrift grobe, grammatikalische Schnitzer machte u. dgl. Manches stammt aus Mitteilungen des Kriegsrats von Schöning, der in der nächsten Umgebung des Königs lebte, und darf wohl als beglaubigt gelten, — manches aber, z. B. gerade der skandalöse Klatsch über den Hang des Königs zu widernatürlichen Ausschweifungen, wird von dem gelehrten Pedanten ohne jede Beglaubigung den Lesern aufgetischt; schon bald nach dem Erscheinen der Biographie wurde der Spott laut, Büschings vorzüglichste Geschichtsquelle sei die Unterhaltung der Gäste im Café „zur neuen Welt" gewesen. Von den Stellen aus Briefen und Kabinettsbefehlen des Königs mag wohl das meiste echt sein, allein da der „Geschichtschreiber" nur das Wunderliche, Willkürliche, Auffällige herausgesucht hat, erhalten wir eben doch nur ein Zerrbild. Man sprach deshalb die Vermutung aus, Büsching habe wohl den König mit Absicht herabgesetzt, weil dieser vom Klerus so geringschätzig gedacht und geschrieben habe; Brettschneider z. B. nannte Büschings Beiträge das Werk „eines boshaften Pfaffen, der dafür auf die Festung gehört", — aber Dohm nimmt ihn gegen diesen Vorwurf in Schutz; Büsching habe im guten Glauben gehandelt, daß er nur dann den Pflichten der Gerechtigkeit genüge, wenn er auch die Schwächen eines Helden hervorhebe. Insbesondere in den „Zuverläßigen Beyträgen" werden unter Zugrundelegung statistischer Tabellen auch die Verdienste des Königs um Zuwachs der Bevölkerung, Anlage neuer Städte und Dörfer, Hebung des Fabrikwesens, Anbau öder Gründe, Ordnung der Finanzen 2c. mit warmem Lobe bedacht.

Neben dem Rektor des Berlinischen und Kölnischen Gymnasiums mag füglich der hannöverische Leibarzt und Hofrat Zimmermann genannt werden. Der vielgesuchte und vielgenannte Arzt wurde im Juni 1786, als der König schon ein Sterbender war, nach Potsdam gerufen und unterwarf seinen Patienten einer wunderlichen Kur. Als er deshalb angegriffen wurde, verteidigte er in einer eigenen Schrift sein Verfahren, blieb aber dabei nicht stehen, sondern schilderte die in der Residenz des Königs empfangenen Eindrücke überhaupt. Zimmermanns Leistung wird am besten durch das witzige Wort Hippels gekennzeichnet, das Buch müsse eigentlich den Titel führen: „Zimmermann I. und Friedrich II." Vom Standpunkt des gläubigen Lutheraners wendet sich der Verfasser entrüstet gegen die „Aufklärungssynagoge" und „Quacksalberliga", die Nicolai und Genossen in Berlin, und gegen das gottlose Treiben in Potsdam. Der Trotz, den man hier dem Himmel entgegensetzt, verursacht dem Radamantchen Herzensbeklemmung; er muß den „schrecklichen" König bedauern, der mit so unerschrockenem Sinn seinem Ende entgegensah.

Diese Auslassungen erregten den Unwillen des bekannten Aufklärers und theologischen Abenteurers, Karl Friedrich Bahrdt, der wiederholt auf Wunsch des Königs vom Kultusminister Zedlitz gegen den orthodoxen Senat der Universität Halle in Schutz genommen, unter Friedrichs Nachfolger aber alsbald wegen

einer Satire auf das preußische Religionsedikt in die Magdeburger Zitadelle geschickt worden war. Der Titel der an Grobheit unübertreffbaren Schrift lautet: „Mit dem Herrn von Zimmermann, Ritter des St. Wladimirordens von der dritten Klasse, königlichen Leibarzt und Hofrat in Hannover ꝛc., deutsch gesprochen von Dr. Carl Friedrich Bahrdt, auf keiner Universität weder ordentlichem noch außerordentlichem Professor, keines Hofes Rat, keines Ordens Ritter u. s. w." Nicht wie ein Ritter, sondern wie ein Troßbube habe Zimmermann den großen König angegriffen. Wenn darüber gezetert werde, daß der König weder an Gott noch an Ewigkeit geglaubt und als Unchrist den Weg ins Jenseits angetreten habe, so sei dies nur der alte Mönchstrug, der jeden, der nicht den gewöhnlichen Kirchenglauben habe, des Mangels an Glauben überhaupt bezichtige. „Friedrich hat, wie alle scharf denkenden Philosophen, das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Seele nur bezweifelt, weil er die Gründe für beides nicht entscheidend fand. Das ist das einzige, was man von ihm annehmen kann, wenn man seine Schriften gelesen hat." Ebenso wenig habe er das Nichtsein Gottes als eine erwiesene Wahrheit angesehen, dürfe also gar nicht als Atheist bezeichnet werden. Und was habe überhaupt Glaube oder Unglaube bei der Beurteilung eines solchen Mannes zu thun? „Wissen Sie in der ganzen Weltgeschichte einen König, der bei dem orthodoxesten Kirchenglauben so weise und so gut war und so unaussprechlich für sein Volk gearbeitet und so unbeschreiblich viel Gutes gestiftet und mit so anbetungswürdiger Herzensgüte das Gute so geliebt und sich über das Gute so gefreut habe, wie Friedrich bei seinem Unglauben?" Statt sich in Sanssouci über den Mangel an gläubigem Sinn zu entsetzen, hätte der „armselige Ritter mit seinem lutherischen Katechismus" vielmehr seiner Pflicht als Arzt nachkommen und den Kranken einer vernünftigeren Kur unterwerfen, der Schuster hätte bei seinem Leisten bleiben sollen.

Der Streit zwischen dem Vertreter orthodoxen Kirchentums und dem längst allem Positivismus entfremdeten Libertin dauerte fort, Kotzebue mischte sich ein mit dem Pasquill, „Dr. Bahrdt mit der eisernen Stirn", auch für den Freimaurer traten leidenschaftliche Anwälte auf, doch all der wüste Lärm förderte in nichts die Erkenntnis Friedrichs II., und somit haben wir nicht Anlaß, darauf einzugehen.

Auf wissenschaftlichen Boden gelangen wir erst mit Ernst Posselts Beiträgen zur Geschichte des großen Königs. In seinen Reden kommt er wiederholt auf Friedrich zu sprechen; er hält aber die Zeit noch nicht für reif, die Geschichte des Königs zu schreiben. „Deine nahe Größe drückt noch zu schwer auf uns, du Held des achtzehnten Jahrhunderts! Wer trägt den Strahl der Sonne, die g'rad über ihm glüht?" Erst „wenn die Päane verhallt sein werden und der Stimme des Neides niemand mehr horchen wird, dann wird Er in seiner ruhigen Größe vor das Gericht der Nachwelt und der Wahrheit treten!" Friedrich ist für Ernst Posselt der „Retter der deutschen Freiheit", diesen Ruhm habe er sich als Stifter des Fürstenbundes erworben; es wird daher an anderer Stelle darauf zurückzukommen sein.

Einen erfreulichen Beitrag lieferte Wilhelm von Archenholtz, der selbst bis

1763 in der preußischen Armee gedient hatte, mit seiner zuerst im Berliner historischen Taschenbuch veröffentlichten Geschichte des siebenjährigen Kriegs. Die durch frische, anschauliche Darstellung und warmen Patriotismus ausgezeichnete Studie verdient den Beifall, der ihr geworden, und die Anhänglichkeit des Publikums bis zum heutigen Tag.

Als „wichtigste" litterarische Erscheinung nach Friedrichs II. Ableben feiert die Berlinische Monatsschrift die in römischem Lapidarstil geschriebene Gedenkschrift des kaiserlichen Hofrats Melchior von Birkenstock. Das Latein wählte der Verfasser, weil es der Würde des Gegenstands am besten entspreche und zugleich „weil in unsern Tagen das echte Römerlatein immer seltener und selbst aus den Hörsälen verdrängt werde". Es erschienen übrigens sofort mehrere Uebersetzungen, darunter eine von Minister Hertzberg — ein Beweis, welch gewaltiges Aufsehen die Kundgebung aus Wien in Preußen wachrief. Im allgemeinen zollt Birkenstock dem „zum Olymp Emporgestiegenen, doch längst schon als Halbgott Bewunderten" enthusiastisches Lob, ihm, der „ein wahrer Selbstherrscher im Staat, im Rat, im Heer, . . . ein Despot, aber auch würdig, es zu sein, aller Fürsten Beispiel und Lehrer, doch unerreichbar als Herrscher!" Zwar habe Germaniens Schutzgott mit Ingrimm betrachtet, daß der große Sohn Deutschlands nur um Galliens feinere Muse buhlte und die deutsche verhöhnte, doch der Gott habe versöhnt gelächelt, als jener zuerst wieder die durch den Haß der Auguren und die Ränke der Priester verfolgte Philosophie ihrer Fesseln entledigte und zu sich emporhob, der Sekten lachte und den Aberglauben der Schwärmer zerstörte. Man sieht, die Lobsprüche stammen aus dem Kreise der Wiener Aufklärer, doch erinnern an die Wiener Herkunft auch die Rügen und die gewundenen Aussprüche über Friedrichs Politik in den schlesischen Kriegen und bei Stiftung des Fürstenbundes. Daß die Wiener Nänie „in Absicht auf Darstellung der feineren Züge des Charakters", wie sogar Schlözer rühmend hervorhebt, von keiner einheimischen übertroffen wurde, mag richtig sein, aber poetischen oder wissenschaftlichen Wert kann sie nicht beanspruchen.

Von wirklicher, dauernder Bedeutung war unter allen durch Friedrichs Tod hervorgerufenen litterarischen Erscheinungen nur das Werk jenes Franzosen, der am 25. Januar 1786 im Stadtschloß zu Potsdam dem König gegenübergestanden war, der Vertreter einer neuen Zeit dem größten Vertreter des zur Rüste gehenden Jahrhunderts. Allerdings ist das vierbändige Werk „De la monarchie Prussienne sous Frédéric II" nicht von Mirabeau allein verfaßt, der größere Teil stammt von einem Ingenieuroffizier in Braunschweig, J. Mauvillon, aber Mirabeau leitete das Ganze, und auch sein Anteil an den einzelnen Partien ist zweifellos beträchtlicher, als Mauvillon in der nach Mirabeaus Tod erschienenen zweiten Auflage zugeben will. Mirabeau hatte sich nur zweimal kurze Zeit in Berlin aufgehalten, aber er hatte scharfe Augen und er verstand es, sich von allen Seiten die nötigen Aufschlüsse zu erholen; „es war ganz unmöglich," versichert Dohm wohl aus eigener Erfahrung, — „seinen Fragen, die oft gar nicht das Ansehen von Fragen hatten, auszuweichen." Mirabeaus Buch ist häufig als „Pamphlet" bezeichnet worden; gewiß mit Unrecht! Der Verfasser läßt in der vorausgeschickten Uebersicht über die Entwicklung der brandenburgischen

Geschichte und auch sonst an vielen Stellen den ungewöhnlichen Anlagen und Regententugenden Friedrichs volle Gerechtigkeit widerfahren. Freilich will er den Nachweis liefern, daß der König trotz hervorragender Geisteskräfte, trotz der Größe und Festigkeit seines Charakters nicht vermocht habe, seine Unterthanen glücklich zu machen. Ein wahrhaft weiser Regent darf nicht, wie Friedrich, dem Merkantilismus huldigen, sondern darf nur Physiokrat sein, — das ist das Dogma, um welches sich die ganze Schilderung der preußischen Monarchie bewegt. Die Begünstigung, die der König dem Fabrikwesen zu teil werden ließ, die Begierde, alles Mögliche und Unmögliche zu monopolisieren, die übertriebene Sparsamkeit in manchen Teilen der Staatsverwaltung, die drakonische Strenge im Militärwesen werden hart getadelt, Hertzbergs historisch-statistische Exkurse der Schönfärberei bezichtigt. Dagegen wird der König gegen den Vorwurf unerlaubter Selbstsucht in Schutz genommen. „Seines eigenen Vorteils wegen, möchte einer sagen, hat er solchen Arbeitseifer entwickelt; um seinetwegen hat er seine Unterthanenzahl, seine Einkünfte, seine Macht zu steigern getrachtet: mag sein, aber darin besteht eben die weise Einrichtung der Natur der Dinge, daß der wahre Vorteil des Landesfürsten und das Wohl der Unterthanen gar nicht voneinander zu trennen sind."

Das Werk Mirabeaus rief bei allen denjenigen, die sich getroffen fühlten, einen Sturm des Unwillens wach. Graf Hertzberg nahm in seiner nächsten akademischen Festrede Veranlassung, die „grundlosen und unverschämten" Behauptungen des Franzosen zurückzuweisen; der Generaldirektor des Accisewesens, de la Haye de Launay, leugnete die Richtigkeit der von Mirabeau zu Grunde gelegten Berechnungen; Nicolai ließ in der Allgemeinen deutschen Bibliothek eine „vernichtende" Kritik erscheinen. Aber es fehlte auch nicht an Lob und Zustimmung, ja, Mauvillon behauptet in der Vorrede zur zweiten Auflage, das verlästerte Buch habe sich des lebhaften Beifalls des gegenwärtig in Preußen regierenden Königs zu erfreuen gehabt, und diese Versicherung ist nicht unglaubwürdig. Daß das Buch „sehr viel wahre und scharfsinnige Bemerkungen" enthalte, hebt auch Dohm in seinen Denkwürdigkeiten rühmend hervor.

Eine lange Reihe gleichzeitiger litterarischer Erscheinungen, die sich mit König Friedrich beschäftigen, können wir füglich übergehen, da darin wesentlich neues nicht geboten ist und nur aus des Autors Vorliebe oder Abneigung sich die Entstehung erklärt. Von ihnen gilt der Spott in Klopstocks Ode „Der Nachruhm":

„Und nun setzen die Richter sich hin und richten die Schatten,
Weiser Entscheidungen voll,
Alles, nachdem bei dem glimmenden Docht der Erzählende dunkel
Oder dunkler es sah!"

In helleres Licht die geschichtliche Persönlichkeit zu setzen, war überhaupt erst möglich, seit sich eine reiche Quelle erschloß, die autobiographischen Aufzeichnungen des Helden selbst.

Der geheime Finanzrath Wöllner, dessen Name in den nächsten Jahren häufiger als jeder andere genannt wurde, machte in seiner Antrittsrede bei

Aufnahme in die Berliner Akademie am 30. November 1786 die überraschende Eröffnung, daß im Archiv ein von 1740 bis 1779 reichendes Memoirenwerk Friedrichs verwahrt werde und Friedrich Wilhelm II. bereits die Erlaubnis zur Veröffentlichung gegeben habe. In der Akademiesitzung vom 25. Januar 1787 verlas Hertzberg die berühmte Einleitung zur Histoire de mon temps, die, wie das ganze Werk, „völlig im Geschmack des Thukydides geschrieben, von überraschender Unparteilichkeit und Bescheidenheit getragen sei". [1])

Die Herausgabe der hinterlassenen Schriften des Weisen von Sanssouci (15 Bände 1788, 4 Supplementbände 1789) fand in den Sturmjahren, während alle Augen auf Frankreich gerichtet waren, nicht die gebührende Beachtung. Im allgemeinen war die Aufnahme eine ungünstige. Viele waren verletzt durch harte Aeußerungen in den Briefen des Königs. Auch auf Johannes Müller mußte abkühlend wirken, daß er zu lesen bekam, wie wenig schmeichelhaft König Friedrich von ihm dachte; trotzdem ließ er in einer Anzeige der Oeuvres posthumes in der Allgemeinen Litteraturzeitung dem seltenen Geistesgepräge des Werkes alle Gerechtigkeit widerfahren. „Wo ist nun das Land, wo das Volk und das Jahrhundert, das stolz sein dürfte auf einen Weisen, der besser geherrscht, auf einen König, der besser geschrieben, ja, das stolz sein dürfte auf einen größeren Mann?" Andere aber, Freunde der neuen fränkischen Freiheit, z. B. Großing, urteilten seit dem Bekanntwerden der Ideen und Absichten des verstorbenen Monarchen, er habe zu viel Eigenwillen gehabt, um ein guter Staatsmann, zu viel Geiz, um ein guter König, zu viel Eigenliebe, um ein aufrichtiger Schriftsteller zu sein. In den Kreisen der Anhänger des alten Glaubens und der alten Ordnung — man beachte die Flugschriften „Gesinnungen eines Theologen über den Schriftsteller Friedrich", „Gesinnungen eines Rechtsgelehrten über Friedrichs Werke" u. a. — entsetzte man sich über die materialistischen und skeptischen Anschauungen eines legitimen Monarchen. Es sei gar nicht zu glauben, daß solche Blasphemien wirklich von einem Könige ausgingen, wird in einer Flugschrift bemerkt, man könne nur annehmen, daß vieles von „der Höllenbrut der illuminierten Freigeister und falschen Aufklärer" unterschoben worden sei.

So schwankte das Urteil über den König hin und her,

„Bald hoch zu der Wolke gehoben,
Bald gesenkt in den Staub" . . .

Den einen war er Romulus und Numa, Titus und Cäsar in einer Person, den anderen Julian und Nero.

Manche, welche die Größe des Monarchen wie des Menschen erkannten und anerkannten, wollten doch an ein glückliches Wachstum der von ihm gelegten Keime nicht glauben. Hielt doch z. B. ein so scharfsinniger Politiker wie Fürst Kaunitz hartnäckig daran fest, daß der Einfluß des großen Monarchen auf seinen Staat und das deutsche Volk nur ein vorübergehender sein, daß

[1]) Berliner Monatsschrift, Jahrg. 1787, 167, 172.

nach dem Tode des klugen Regenten die Großmacht von selbst wieder zum Kurfürstentum Brandenburg herabsinken werde. Erklärte doch selbst Justus Möser, hinter dem König stehe nicht sein ganzes Volk, und das preußische Volk habe zwar einen großen König, sei aber deshalb noch keine große Nation.

Und als die Tage der Erniedrigung Preußens kamen, als wie eine schwarze Sturmwolke die Gefahr heraufzog, daß der Name Preußen aus der Reihe der selbständigen Mächte wieder gelöscht werden sollte, — da schien es, als ob jene recht behalten sollten, die in Friedrich II. nur ein glänzendes Meteor erblickten.

Dennoch waren es falsche Propheten! Nur vorübergehend konnte der Einfluß des großen Mannes verdunkelt werden, sein Geist lebte in seinem Volke fort. Er blieb nach Goethes schönem Wort der „Polarstern", das Symbol des Nichtuntergehens, das leuchtende Zeichen für die Epigonen, die das Staatsruder zu lenken hatten. Häufig wurde Friedrich II. von Zeitgenossen und Nachwelt mit Luther zusammengestellt. Ein nach Friedrichs Ableben in Schubarts Vaterländischer Chronik erschienenes Totengespräch führt den Abgeschiedenen im Elysium mit Luther zusammen und läßt den Reformator ausrufen: „Ja, Fritze, einen Wurf hast du ins Zeitenmeer gethan, dessen Kreise sich tausendfältig bilden und noch an die Ufer der Ewigkeit schlagen werden!" Mochten auch sonst die beiden größten Söhne Deutschlands wenig Berührungspunkte haben, in einem kommen sie sich wirklich gleich: in der mächtigen Wirkung auf das Volk! Hätte nicht die Erinnerung an Friedrich und Friedrichs Ruhm die Enkel belebt, so würden sie, einmal schmählich unterworfen, sich nimmer so rasch und so kräftig aufgerichtet haben, wie es in der Spanne Zeit zwischen Jena und Leipzig sich vollzog; der Gedanke an ihn war ein Halt in der tiefsten Erniedrigung; der Stolz auf ihn gab Kraft zur Erhebung aus tiefem Fall.

Und was für Preußen geschah, geschah für Deutschland. Gleichwie in den Tagen von Prag und Roßbach das deutsche Volk sich daran gewöhnt hatte, gegenüber dem von Russen und Franzosen, Ungarn und Kroaten verteidigten Erzhause in König Fritz den Vertreter deutschen Wesens und deutscher Interessen zu erblicken, so fehlte es auch fortan nicht mehr an Ereignissen und Wendungen, bei welchen das deutsche Bewußtsein mit dem preußischen zusammenfiel. Gerade der strengste Kritiker des Regenten Friedrich, Graf Mirabeau, hat diese Gemeinschaft der Interessen am schärfsten erkannt. Ueber dem frischen Grab des Königs richtete Mirabeau im letzten Abschnitt seines Werkes ein feierliches Wort ans deutsche Volk. Er beschwört die Deutschen, dem Banner des Hauses Brandenburg zu folgen und sich um diese Macht zu scharen, denn „die preußische Monarchie ist offenbar das Palladium der deutschen Freiheit, und diese hat den entschiedensten Eindruck auf den Wohlstand von Europa . . . Jeder Freund der Menschheit muß also mit euch Anteil nehmen an der Erhaltung dieses edlen Gebäudes und wäre es auch nur, weil es vorzüglich das Werk jenes außerordentlichen Mannes ist, dessen Bewunderung jeder denkende Geist sich selbst zum Gesetze macht."

Die Apostrophe bezieht sich auf den deutschen Fürstenbund, den Mirabeau als das eigentliche Meisterwerk Friedrichs bezeichnet. Da aber Hand in Hand

damit eine Verteidigung und Lobpreisung der deutschen Kleinstaaterei geht, so mußte dieses Lob im Munde des Franzosen Mißtrauen erregen. Den einsichtigeren und unbefangenen Politikern konnte vielmehr nicht entgehen, daß die Machtstellung, welche Friedrich der Große seinem Staate erkämpfte, zum Nachteil des habsburgischen Hauses erkämpfte, am meisten dazu beitrug, den Zusammensturz des Deutschen Reiches zu beschleunigen.

Und doch hatte Mirabeau recht! Die politische Erneuung, die Auferstehung eines neuen, lebensfähigen Deutschland konnte nur von der Seite ausgehen, von welcher vorzugsweise die Zerrüttung der alten Ordnung gekommen war, — der Speer allein, der die Wunde geschlagen hatte, konnte auch die Heilung bringen.

Zweiter Abschnitt.

Joseph II.

Gewisse Namen haben schlimmen Klang. Wir finden aber in dem absolutistischen Zeitalter nach Beendigung des siebenjährigen Kriegs auf den europäischen Thronen eine Fülle von glänzender Begabung, redlichem Willen, unermüdlichem Eifer! Während das junge Preußen durch den großen Friedrich zu einem Staat von europäischer Bedeutung emporgehoben wurde, wuchs in der altehrwürdigen Wiener Hofburg ein Fürst heran, der wenigstens an Pflichttreue und Reinheit der Absichten von keinem andern Monarchen übertroffen wird.

Parteigeist und persönliche Befangenheit haben es mit sich gebracht, daß die meisten Historiker, um die Vorzüge des einen Helden leuchtender hervortreten zu lassen, den Nebenbuhler verdunkeln. Weshalb sollte man nicht an dem einen, wie an dem andern Vertreter aufgeklärten Menschentums und pflichttreuen Fürstentums seine Freude haben und nicht, wie Goethe einmal in Bezug auf sein Verhältnis zu Schiller forderte, lieber stolz darauf sein, „daß zwei solche Kerle vorhanden seien?“ Freilich steht fest, daß Joseph als Feldherr nicht entfernt an die Größe Friedrichs reicht, daß Josephs Wirtschafts- und Finanzpolitik der genialen, das Jahrhundert überholenden Regierungskunst des Königs nicht ebenbürtig ist und daß auch überraschenderweise bei dem ob seiner Strenge gefürchteten Preußenkönig mehr die Milde, bei dem ob seiner Volksfreundlichkeit berühmt gewordenen Joseph mehr die Härte als Grundzug des Charakters erscheint.

Goethe hat im siebzehnten Buch von „Wahrheit und Dichtung“ von den öffentlichen Zuständen jener Epoche, in welcher die Feudalverfassung zur Rüste ging, ein anmutiges, freilich nur die Lichtseiten hervorhebendes Bild entworfen. Mit den Monarchen der beiden deutschen Hauptmächte wetteiferten noch andere weltliche und geistliche Fürsten in Beseitigung von eingenisteten Mißbräuchen und in Einrichtungen zu Gunsten edler Menschlichkeit; sie trugen den Geist der Reform ins Gebiet der Staatswirtschaft, des Unterrichtswesens, der Rechtspflege. Die

Leibeigenschaft wurde aufgehoben oder doch gemildert, die Rechtsprechung von hemmenden Fesseln befreit, das Strafrecht verlor seine unmenschliche Strenge, dem Lehrstande ward eine würdigere Stellung eingeräumt, den Religionsparteien Duldsamkeit zur Pflicht gemacht, Luft und Licht drangen in die dumpfen Gelasse von Staat und Kirche. Mit welchem Jubel wurden die Finanzreformen Turgots begrüßt, die Abschaffung der lettres de cachet, die Aufhebung der engherzigen Preßbeschränkungen! Wie lebhaft nahm man Partei für Gustav III. in seinem Kampfe mit der staatsfeindlichen Uebermacht der Aristokraten! Welch freudige Anerkennung zollte man der schlichten Größe Washingtons und Franklins! „Die heiterste Hoffnung verbreitete sich über die ganze Welt, und die zutrauliche Jugend glaubte sich und ihrem ganzen Zeitgeschlechte eine schöne, ja herrliche Zukunft versprechen zu dürfen!" „Wenn heute," sagt Kant im Jahre 1784, „die Frage gestellt wird: Leben wir jetzt in einem aufgeklärten Zeitalter? so ist die Antwort: Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung. Daß die Menschen, wie die Sachen jetzt stehen, im ganzen genommen, schon im Stande wären oder darein auch nur gesetzt werden könnten, in Religionsdingen sich ihres eigenen Verstandes ohne Leitung eines andern sicher und gut zu bedienen, daran fehlt noch sehr viel. Allein daß jetzt ihnen doch das Feld geöffnet wird, sich dahin frei zu bearbeiten, und die Hindernisse der allgemeinen Aufklärung oder des Ausganges aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit allmählich weniger werden, davon haben wir doch deutliche Anzeigen."

Allein dieses hoffnungsvolle „Zeitalter der Aufklärung" hatte eine trübe Kehrseite, und nirgends traten die Schatten so scharf und unvermittelt hervor, wie im Charakterbild Josephs II.

Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß zu den Zuständen, welche gemeinhin als Josephinische Aera bezeichnet werden, schon unter Maria Theresia der Grund gelegt worden sei. Bis ins Jahr 1747 lassen sich die Hauptzüge des neuen Systems zurückverfolgen; fortan verloren die Lobkowitz, Harrach, Dietrichstein, Kinsky, die Vertreter des ständischen, streng katholischen Oesterreichs, Stellung oder Einfluß, die Kaunitz, Choteck, Hatzfeld, Rosenberg, Vertreter des aufgeklärten Absolutismus, traten an ihre Stelle.

Nach dem Tode des Gemahls ernannte Maria Theresia ihren Sohn Joseph zum Mitregenten, aber sie war nicht gesonnen, ihm einen selbständigeren Wirkungskreis zu überlassen, als ihn der zärtlich geliebte, trotzdem ängstlich in untergeordnete Stellung verwiesene Gatte innegehabt hatte. Der junge Mann von leicht erregbarem Temperament, voll Ehrgeiz und Thatendrang, empfand als schwer zu ertragende Demütigung, daß er, obwohl mit der Krone des römischen Reichs geschmückt, in allen wichtigen Fragen an die Entscheidung der Mutter gebunden war. Immer wieder kehrt in seinen Briefen die Klage, daß er nur den „leeren Titel eines Mitregenten" führe; immer wieder begab er sich auf Reisen, um nicht, wie er in einem Briefe an Marie Antoinette spottet, „in Wien als fünftes Rad am Wagen figurieren zu müssen".

Schon damals war die allgemeine Aufmerksamkeit auf die ungewöhnliche Erscheinung gerichtet. Dieser junge Mann von guter Figur, mit hoher Stirne, sanft gebogener Nase, hellen, blauen Augen, — das „Kaiseraugenblau" war

eine Zeitlang eine beliebte Modefarbe in Wien — der in der Residenz nur die Uniform seines Regiments und auf Reisen das bekannte Wertherkostüm trug, der nicht besser speiste als ein Lieutenant und nichts anderes dazu trank als Wasser, der jedem Bittsteller freien Zutritt gewährte, der alles selbst kennen zu lernen suchte, der überall Werkstätten und Manufakturen besuchte, der den arbeitsamen Landmann lobte, den unternehmenden Bürger aufmunterte, den übermütigen Edelmann geringschätzte, — das war ein anderer Fürst als die Karl und Ferdinand, die nach spanischem Vorbild in unnahbarer Majestät gethront hatten!

Diese Betrachtung machte auch außerhalb Oesterreichs allerlei Hoffnungen rege. 1771 schrieb Wieland, der den seraphischen Ueberschwang seiner Jugendperiode schon abgestreift hatte und in den Fußstapfen Lafontaines und Crebillons wandelte, einen etwas ernsteren, didaktischen Roman „Der goldene Spiegel", „eine Art von summarischem Auszug des Nützlichsten, was die Großen und Edlen einer gesitteten Nation aus der Geschichte der Menschheit zu lernen haben." Das Buch war dem Kaiser Tai-Tsu, dem „vorurteilslosesten unter den Söhnen des Himmels" zugeeignet, d. h. dem jungen Joseph; Wieland schmeichelte sich, das Gemälde eines idealen, durch Philosophen geleiteten Staates werde dem reformlustigen Kaiser gefallen und vielleicht dem Verfasser zu einflußreicher Stellung in Wien verhelfen.

Freilich fand das Auftreten des jungen Kaisers nicht allseitige Zustimmung. In den Kreisen der Edelleute erregte es Anstoß, daß ein Mitglied des Erzhauses um den Beifall der Menge buhle und zur Unzeit am Gefüge der Stände rüttle. Der Klerus war ungehalten, daß ein Sohn der frommen Maria Theresia in Paris mit Buffon und anderen Gelehrten der neuen Richtung freundschaftlich verkehrte, wenn es auch beifällig aufgenommen wurde, daß Joseph an Ferney demonstrativ vorbeifuhr, ohne Voltaire zu besuchen. Am Hofe zu Versailles spottete man über den deutschen Sonderling; seine Schlichtheit nannte man Mangel an Politesse, seine Offenheit Cynismus, seine Sparsamkeit Geiz.

„Wenn ich nach Hause zurückkehre," schreibt Joseph an die Schwester, „so komme ich mir jedesmal höchst überflüssig vor; ich habe den Drang, zu arbeiten, viel zu arbeiten, aber was kann meine Arbeit fruchten?" Wohl war er seit 8. August 1765 römischer Kaiser deutscher Nation, und Joseph fühlte sich auch mehr als seine habsburgischen Vorfahren als Deutscher und als Oberhaupt des Deutschen Reichs. Aber die Versuche, in Erfüllung der Pflicht eines Reichsoberhaupts dem erstarrten Reichskörper neue Lebenskraft einzuflößen, scheiterten in kläglicher Weise. Nach seinem Regierungsantritt suchte er im Reichshofrat, der zur Versorgungsanstalt für unfähige Edelleute und unfruchtbare Gelehrte herabgesunken war,[1]) eine raschere und unparteilichere Geschäftsführung durchzusetzen, doch die verrostete Maschine war nicht mehr in Stand zu bringen. Nicht besser ging es mit dem Reichskammergericht. Welcher Geschäftsgang sich hier eingebürgert hatte, erhellt daraus, daß einzelne Prozesse schon hundert und noch mehr Jahre dauerten, z. B. war der Prozeß wegen des Anspruchs der Grafen von

[1]) Moser, Patriotisches Archiv, X, 347. F. C. v. Moser war selbst Mitglied des Reichshofrats.

Bentheim-Tecklenburg auf die Herrschaft Bedbur seit dem Jahre 1600 unerledigt. „Zwangigtausend Prozesse," so versichert ein klassischer Zeuge, Goethe, der 1772 selbst am Reichskammergericht in Praxis gestanden war, „hatten sich aufgehäuft, jährlich konnten sechzig abgethan werden und das Doppelte kam hinzu." Es war, wie Lichtwer spottet, ein Gericht, das

„nie jemand unrecht that,
Denn eh' der Reichsschultheiß ein Urteil publizierte,
Verstarb Partei und Advokat."

Die vorgeschriebenen Visitationen hatten seit 166 Jahren gänzlich aufgehört. Nun beschloß Kaiser Joseph, den verrotteten Zuständen ein Ende zu machen, „auch hier sollte aufgeregt, gerüttelt und gethan sein". Er brachte die Visitationen wieder in Gang, aber wenn das Tempo vorher zu langsam gewesen war, so kam jetzt durch das Drängen des Kaisers eine Hast, eine Ungeduld in die Verhandlungen, die ebensowenig eine gesunde Entwickelung fördern konnten, und der Zwiespalt der Höfe, der bei mancher Gelegenheit in heftigen Streit ausschlug, brachte die Reform vollends zu Fall. Nach zehn Jahren wurde die Visitationskommission wieder aufgelöst, und alles blieb beim Alten. Es kam so, wie es der Göttinger Professor Pütter klagend vorausgesagt hatte, daß „zu einer Zeit, die die Vorsehung bestimmt zu haben schien, in Ruhe und Friede die innerliche Wohlfart des Reiches auf ganze Jahrhunderte zu befestigen, unter der Regierung des besten Kaisers, bei der preiswürdigsten Gesinnung der gesamten hohen Reichsstände dennoch ein schon so weit gekommenes Werk, wonach bisher eine ganze Reihe unserer Vorfahren geseufzet, auf einmal unvollzogen ersticken und daß also selbst der Schein, ein Gesetz pünktlich zu befolgen, dessen Wesen zernichten sollte! O tempora, o mores!" [1]) Die ganze Reichsverfassung war ja erstorben; daß dieselbe überhaupt noch Dauer hatte, wollten einige Politiker, wie Friedrich II. ironisch bemerkt, „gewiß mit Unrecht" aus dem deutschen Nationalphlegma erklären. Nichts kennzeichnet diese Auflösung besser, als ein Zug in Goethes Darstellung der Krönungsfeier Josephs II. Jedermann — dessen weiß sich der Erzähler zu erinnern, — war dem Sohne Maria Theresias „wegen seiner schönen Jünglingsgestalt geneigt," aber — der eigentliche Held der Frankfurter Festtage war der kurbrandenburgische Wahlbotschafter, Herr von Plotho. „Aller Augen waren auf ihn gerichtet, besonders wo er ausstieg. Es entstand jederzeit eine Art von frohem Zischeln, und wenig fehlte, daß man ihn applaudierte, Vivat oder Bravo zugerufen hätte." Und weshalb? Weil Plotho seinerzeit bei Ausbruch des siebenjährigen Kriegs den kaiserlichen Notarius April, der ihm, von einigen Zeugen begleitet, die gegen König Friedrich ergangene Achterklärung zu insinuieren gedachte, mit der lakonischen Gegenrede: „Was! Er insinuieren?" die Treppe hinuntergeworfen hatte oder hatte werfen lassen. „So hoch stand der König und alles, was ihm mit Leib und Seele ergeben war, in der Gunst der Menge, unter der sich außer den Frankfurtern schon Deutsche

[1]) Patriotische Gedanken über einige das Kayserliche und Reichskammergericht und dessen Visitation betreffende Fragen (1768), 58.

aus allen Gegenden befanden." In keinem von allen diesen deutschen Männern tauchte der Gedanke auf, daß es widersinnig sei, wenn eine dem Vertreter von Kaiser und Reich zugefügte Beleidigung von Bürgern des Reichs auch noch mit Beifall aufgenommen werde. Ein Kaiser zumal, der aus eigener Macht nicht eine Kompagnie Soldaten marschieren lassen konnte, hatte nur auf Komplimente, nicht auf wirkliches Ansehen zu rechnen.

„Der römische Kaiser" spottet d'Alembert in einem Briefe an König Friedrich „ist eine Bildsäule, welche man, weil es so herkömmlich ist, verehrt, aber nicht fürchtet!"

Am Wiener Hof selbst war der einflußreichste Mann nicht der Sohn der Kaiserin, sondern der Kanzler. Kaunitz hatte sich als Gesandter in England, insbesondere aber am französischen Hofe den Ruf eines klugen Diplomaten erworben und bewährte sich nach seiner Aufnahme ins Ministerium als ebenso umsichtiger Staatsmann. Sein Hauptwerk war der Vertrag von Versailles vom 1. Mai 1756, wodurch Frankreich mit seinem „historischen" Gegner Oesterreich ausgesöhnt und in den großen Bund der Mächte, welche die Demütigung Preußens anstrebten, aufgenommen worden war. Die Eifersucht des Thronfolgers auf den Einfluß des „Großveziers" hatte schon 1761 in einer Staatsratssitzung zu einer ärgerlichen Scene geführt und brach auch in der Folge, wie sehr sich die Kaiserin Mühe gab, ihren Sohn versöhnlich zu stimmen, bei manchem Anlaß aufs neue hervor.

Es bestand schon ein natürlicher Gegensatz zwischen dem jungen Kaiser, der die ersten Tugenden eines Mannes in soldatischer Abhärtung und spartanischer Einfachheit der Bedürfnisse erblickte, und dem Lebemann Kaunitz, der auf elegante Erscheinung und Toilettenkünste stolzer war, als auf seine Begabung. Dazu kam, daß der Kanzler mit Recht auf die Ueberlegenheit seiner Erfahrung, seiner Studien, seines Scharfblicks pochte, während Joseph von seinem Beruf, wie von seinem Geist und redlichen Willen eine nicht minder hohe Meinung hatte. Zwischen beiden stand, nach Kräften auf friedliche Vermittelung bedacht, die Kaiserin. Maria Theresia war von der Natur mit ungewöhnlicher Herrscherbegabung ausgerüstet und verband damit unermüdlichen Eifer und den besten Willen; die Regententafel des achtzehnten Jahrhunderts hat kaum eine zweite so sympathische Erscheinung aufzuweisen. Von „Frauenpolitik" kann bei ihr nur insofern gesprochen werden, als sie sich in einzelnen Fällen gegen ihre eigene Ansicht, ja sogar gegen ihre fundamentale Auffassung von Recht und Moral entweder vom Sohne, der ihrem Herzen am nächsten stand, oder von ihrem ersten Diener, dessen weltmännische Beredsamkeit sie blendete, zu wichtigen Unternehmungen bestimmen ließ. So z. B. in der polnischen, in der bairischen Frage.

Als der schon seit Anfang des Jahrhunderts wiederholt zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg besprochene Plan einer „Entgliederung" Polens 1764 neuerdings auftauchte und zu einem Bündnis jener Mächte führte, drang Joseph, obwohl er den Eroberer Schlesiens ebenso bitter haßte, wie er den Sieger von Torgau und Leuthen bewunderte, sofort auf Teilnahme Oesterreichs an dem Gewinn versprechenden Geschäft. Dagegen sträubte sich der Rechtssinn Maria Theresias lebhaft gegen die Vergewaltigung des polnischen Volkes, und

Kaunitz suchte wenigstens die Begehrlichkeit Josephs zu zügeln und die angestrebte Aneignung polnischen Gebiets in den Schranken einer Maßregel zur Sicherung des eigenen Landes zu halten. Im wesentlichen drang Kaunitz mit seinen Vorschlägen durch, was den Thronfolger zu ungnädigen Auslassungen über den allzu ängstlichen „Cunctator zur Unzeit" reizte.

Der rechtlichen Begründung entbehrte auch das Vorgehen Oesterreichs im bairischen Erbfolgestreit. Dies empfand niemand so aufrichtig, wie Maria Theresia. Allein Joseph forderte stürmisch, man dürfe die günstige Gelegenheit, die das Erlöschen des bairischen Stammes der Wittelsbacher biete, nicht unbenützt lassen, und man muß gestehen: er war von großen Gesichtspunkten dabei geleitet. Sein ganzes Streben ging ja dahin, Oesterreich in einen geschlossenen Einheitsstaat umzuwandeln, in welchem dem deutschen Element die leitende Stellung zugedacht war; der Plan wäre aber nur durchführbar gewesen, wenn das Deutschtum in Oesterreich durch beträchtlichen Zuwachs an rein deutschem Gebiet gekräftigt worden wäre. Auch diesmal stand Kaunitz in der Mitte. Einerseits unterstützte er den Plan Josephs gegen die Gewissenszweifel der Kaiserin, anderseits trachtete er die allzu weitreichenden Gelüste Josephs auf das Maß des positiv Erreichbaren herabzustimmen. In geordneten Finanzen, einem tüchtigen Kriegswesen und einer vorsichtigen Politik sah er die notwendigen Grundlagen zu Wohlfahrt und Stärke des Staates. Mit den beiden ersten Erfordernissen aber sah es im Kaiserstaat nicht zum besten aus, das konnte sich Joseph so wenig wie Kaunitz verhehlen. In jedem Briefe an die Mutter betonte Joseph, seit sich aus dem Streit um das bairische Erbe der dritte Krieg mit Preußen entsponnen hatte, die Ueberlegenheit der preußischen Waffen; er kann sich banger Besorgnisse nicht erwehren; trotzdem drängt der Heißblütige immer auf Entscheidung, rasche Entscheidung. Allein gerade dieser jugendliche Ungestüm erschreckte ebenso die Kaiserin, die den zärtlich geliebten Sohn nicht länger den Gefahren des Feldzugs preisgegeben wissen wollte und die Strafe des Himmels für ihr ungerechtes Beginnen fürchtete, wie den Kanzler, der im Bewußtsein der Schwäche Oesterreichs nicht alles auf eine Karte setzen wollte. Daß sich die Mutter dazu herbeiließ, ihren Todfeind Friedrich ohne Wissen des Sohnes um Frieden anzugehen, däuchte Joseph eine unauslöschliche Schmach. Er verglich sich einem Soldaten, der, wenn man seine Dienste nicht mehr brauche, einfach verabschiedet werde, einem Kavalier, dem man verbiete, seine angegriffene Ehre reinzuwaschen. Das Verhältnis zur Mutter wurde immer gespannter. Maria Theresia ergießt sich in einem kurz vor ihrem Tode an Kaunitz gerichteten Schreiben in bittere Klagen; es sei nachgerade unerträglich, wie ihr Sohn in seiner krankhaft überreizten Stimmung sie „herabkanzle und durchgeißle". Kaunitz gab ihr recht. „Die Mutter, und welche Mutter! der Bruder, die Diener jeder Art, alle Welt wird in gleichem Geschmacke behandelt. Man wird eines Tages das haben, was man verdient hat, keinen einzigen Freund, und zu Dienern Schurken oder gesinnungslose Leute. Welche Aussicht!" Auch ihren Sohn selbst warnte Maria Theresia mit mütterlicher Besorgnis. „Ich muß fast zweifeln," schreibt sie, „ob du noch aufrichtig bist. Ich muß fürchten, daß du niemals einen Freund finden wirst, der dem Joseph, auf dessen Rechnung du

so viel bürdest, von Herzen ergeben ist; denn nicht vom Kaiser, nicht vom Mitregenten gehen so ironische, boshafte, häßliche Worte aus, sie kommen aus dem Herzen Josephs, und das ist es, was mich beunruhigt, was einst das Unglück deiner Tage sein wird und das Unglück der Monarchie, von uns allen nach sich ziehen wird .... Wie hervorragend auch deine Talente sein mögen, es ist unmöglich, daß du all die Erfahrung hast, Vergangenheit und Gegenwart kennst, um alles allein thun zu können .... Du prahlst immer nur mit esprit, du läufst ihm nach, wo du ihn zu finden glaubst, ohne weitere Ueberlegung. Ein witziges Wort, eine gewählte Redensart, das fesselt dich ganz und gar, mag es nun zu lesen oder zu hören sein, du wendest es dann bei der nächsten Gelegenheit an, ohne genügend zu bedenken, ob es auch passe ...."

Und diese Sorgen der Mutter wuchsen, da sie sah, daß ihr Sohn sich immer mehr der Kirche entfremde und, gleich dem verhaßten Friedrich den Lehren der Freidenker lauschend, das geheiligte Band zwischen Staat und Kirche lösen wolle. „Daß du gut sprechen und schreiben kannst, das weiß ich wohl; ich hoffe sogar noch, daß dein Herz das Rechte empfindet, aber dein Eigensinn und deine Vorurteile werden das Unglück deiner Tage sein und sind thatsächlich schon das meinige!"

Kein Zweifel, Maria Theresia urteilte zu streng, wenn sie die Ursache der Entfremdung nur in Josephs „Eigensinn" erblickte: die Widersprüche in der Denk- und Empfindungsweise von Mutter und Sohn sind die gähnende Kluft zwischen der alten und der neuen Zeit.

Auch im Verhältnis zu den Geschwistern gibt sich, wenn nicht Eigensinn, doch ein stolzer Eigenwille kund. Er war seinem jüngeren Bruder Leopold aufrichtig zugethan, aber er vergaß keinen Augenblick, daß er der Erbe des Thrones und das Oberhaupt der Familie, und duldete keinen Widerspruch. Als es wegen der Verlassenschaft des Vaters zwischen den Söhnen zum Streit kam und der jüngere in energischer, aber durchaus sachlicher Weise sein Recht verteidigte, fand Joseph die Ausdrücke zu stark und das Benehmen des Bruders höchst anstößig. Um ernsten Zwist zu verhüten, bewog Maria Theresia den jüngeren zum Nachgeben, obwohl sie dem älteren unrecht gab. „Einem jungen Fürsten, der ein wenig eitel geworden ist durch den an ihn verschwendeten Weihrauch, der ohnehin dazu Anlage hat, ist eben alles anstößig, auch das Geringfügigste, was ihm im Wege steht oder Widerstand leistet." Ueber Schwester Marie Antoinette urteilte Joseph, wenigstens bevor er sie bei seinem Pariser Aufenthalt näher kennen gelernt hatte, mit fast grausamer Härte; in vielen Briefen ergeht er sich in Ausdrücken der Entrüstung über das unvorsichtige Betragen der Königin, die notwendigerweise den Schein auf sich lade, als ob sie das Laster nicht bloß dulde, sondern teile. Doch zu ähnlichen Warnungen fühlte sich ja auch die Mutter verpflichtet, und die Besorgnis war nicht unbegründet: schon türmten sich dunkle Wolken auf, Vorboten des Sturmes, der sich bald gegen die Königin und das Königtum erheben sollte!

Um über Joseph gerecht zu urteilen, darf man auch nicht unbeachtet lassen, daß er die in der Kritik anderer an den Tag gelegte Strenge auch gegen sich übte. Doch von den Vorwürfen, die in den Briefen der Kaiserin und des

Kanzlers zum Ausdruck kommen, ist wenigstens der eine begründet: der Hang zu Mißtrauen und Mißachtung gegenüber den bestbewährten und treuesten Dienern des Hauses ist ein häßlicher Schatten im Charakter Josephs. Obwohl z. B. Kardinal Herzan als Vertreter des Kaisers in Rom lange Jahre mit Geschick und einer Gefügigkeit gegen seinen Hof, die an einem Kirchenfürsten füglich überraschen muß, die schwere Aufgabe durchführte, den Papst von ernstem Widerstand gegen die in Wien beliebten kirchlichen Neuerungen zurückzuhalten, nannte ihn Joseph doch einen Wicht, einen „Halunken erster Klasse".[1]) Dem Drang, durch ein drastisches Wort die Lacher auf seine Seite zu ziehen, konnte er niemals widerstehen. „Er redete" sagt Hormayr „gar so gern in lauter lieux communs und regierte in proverbes." Wenn die Mitteilung des genannten Historikers Glauben verdient, wies Joseph das Gesuch des von ihm selbst hochgeschätzten Sonnenfels mit dem Verschen ab: „Icarus Icarias nomine fecit aquas," und als die ungarische Hofkanzlei ihn bestürmte, sich in Buda krönen zu lassen, erwiderte er: „Pueri puerilia tractant!" Durch solche „Scherze", die nicht einmal witzig waren, entfremdete er sich manchen aufrichtigen Diener.

In den Briefen der Mutter kehrt auch immer wieder die Klage, daß ihr Sohn gerade den Mann zum Vorbild gewählt habe, der ihr das schwerste Herzeleid bereitete und seiner unchristlichen Gesinnung wegen Abscheu einflößte. „Der Held, der so viel von sich reden macht, dieser Eroberer, hat er einen einzigen Freund? Muß ihm nicht die ganze Welt Mißtrauen entgegen bringen?" Die Mutter habe ganz recht, erwidert darauf Joseph, „der König darf von einem Mann von Ehre nicht nachgeahmt werden, von einem Mann von Charakter, den ich nicht aufgeben will für alle schönen Vorbilder, wenn sie damit nicht vereinbar sind;" doch dieser Abscheu dürfe nicht abhalten, andere große Eigenschaften jenes Mannes zu bewundern; nur dem Kriegsmeister, dem Regenten wolle er nacheifern.

Da lag der Wunsch nahe, das Vorbild näher kennen zu lernen, und als im Sommer 1769 überdies die Staatsklugheit erheischte, die Ansichten des Königs über die Weltlage zu erforschen, erbat sich Joseph von Friedrich eine Zusammenkunft. „Er ist ein Genie," schrieb Joseph nach der ersten Begegnung in Neiße an die Mutter, „ein Mann, der bewundernswürdig spricht, aber aus jedem Worte fühlt man heraus, daß er falsch ist."

Das in Wien und Berlin gleichmäßig empfundene Bedürfnis, eine einseitige Machtvergrößerung Rußlands auf Kosten Polens zu verhindern, führte im Herbst 1770 zu einer zweiten Zusammenkunft der Monarchen in Mährisch-Neustadt. Aus den dort ausgetauschten schmeichelhaften Versicherungen hätte gefolgert werden können, daß die beiden Monarchen die freundschaftlichste Gesinnung hegten und von Nutzen und Notwendigkeit eines innigen Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen durchdrungen gewesen wären. In der That gingen auch beide Mächte in der polnischen Frage eine Zeit lang mit einander. Allein aus den Berichten des Fürsten Kaunitz an die Kaiserin und den Briefen Friedrichs an Bruder Heinrich erhellt, wie wenig Ernst es beiden Teilen mit

[1]) Der Brief Josephs an Leopold vom 31. August 1780, der diese Stelle enthält, ist bei S. Brunner, Theologische Dienerschaft Kaiser Josephs II., S. 54, zum erstenmal veröffentlicht.

der zur Schau getragenen Versöhnung war. Jeder glaubte an Wachsamkeit und Klugheit dem andern überlegen zu sein. Kaunitz freut sich, den durch Glück emporgekommenen Soldatenkönig überlistet zu haben, und König Friedrich macht sich weidlich lustig über die Eitelkeit des alten Diplomaten und die Abhängigkeit des Kaisers von seinem „väterlichen" Lehrmeister. Wie sich das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen seit der Abtretung Schlesiens gestaltet hatte, kennzeichnet Friedrich am aufrichtigsten in einem Briefe an den Erbprinzen von Braunschweig: „Es steht nun einmal im Buche des Schicksals geschrieben: Rom und Karthago können nicht neben einander bestehen."

Ein Realpolitiker wie König Friedrich dachte wohl keinen Augenblick daran, das russische Bündnis den zweideutigen Versprechungen eines Kaunitz zu opfern, und er schloß sich noch enger an Rußland an, seit zu Tage trat, daß Joseph die Absichten auf Baiern keineswegs aufgegeben habe. Bei den Teschener Friedensverhandlungen hatte das russische Kabinett die Pläne Josephs besonders wirksam durchkreuzt, während das Bündnis mit Frankreich, auf welches Maria Theresia immer das Hauptgewicht legte, nicht die erwarteten Früchte getragen hatte. Diese Erfahrung ließ Joseph in einer grundsätzlichen Aenderung des politischen Systems das Heil erblicken. Auf dem russischen Throne saß Katharina II., eine willensstarke, große Regentin, aber immerhin eine Frau: darauf baute Joseph seinen neuen Plan. Er hoffte persönlich das Vertrauen und die Freundschaft der Zarin zu gewinnen und auf solche Weise den preußischen Nebenbuhler aus dem Felde zu schlagen. Dagegen wollte Maria Theresia, die der Zarin ihr unweibliches, freigeistiges Wesen nicht verzeihen konnte, von der Annäherung an Rußland, die nicht bloß in Berlin, sondern auch in Versailles verstimmen mußte, nichts wissen. Aber durch seinen Ungestüm riß Joseph auch diesmal die Widerstrebende mit sich fort; er ließ zuerst ohne Wissen der Mutter durch seinen Gesandten in Petersburg eröffnen, daß er den lebhaften Wunsch hege, die von ihm bewunderte Zarin kennen zu lernen, und als aus Petersburg freudige Zustimmung eintraf, wagte sich auch die Kaiserin nicht mehr zu widersetzen, um so weniger, da auch Kaunitz das Vorhaben des Kaisers billigte.

So erfolgte die erste Begegnung mit der Zarin zu Mohilew am 4. Juni 1780. Für das Gelingen der daran geknüpften Absichten war ein Wort entscheidend. Katharina warf einmal mitten im Gespräch die Frage hin, es sei doch wunderbar, daß ein römischer Kaiser nicht Rom als Hauptstadt besitze. Joseph erwiderte lachend, er habe freilich von Cäsar Augustus her ein altes Anrecht, aber er könne es ja nicht geltend machen, da an der Erhaltung der italienischen Staaten zu viele Mächte beteiligt seien; dagegen, so fügte er mit Nachdruck hinzu, werde es ja wohl ein Leichtes sein, daß sich Kaiserin Katharina ihr Rom aneigne, die Stadt Konstantins am goldenen Horn. Dieses Wort gewann ihm für alle Zeit die Gunst der Zarin, besiegte den Einfluß König Friedrichs in Petersburg, wurde Grund- und Eckstein des Bündnisses, das in den nächsten Jahren zur Reife kommen, für Joseph und seinen Staat aber nur verderbliche Folgen bringen sollte.

Nach seiner Rückkehr drängte Joseph fort und fort, man möge aus der veränderten Sachlage so rasch wie möglich Nutzen ziehen. Maria Theresia teilte

aber die Freude ihres Mitregenten über den Erfolg seiner russischen Reise nicht und weigerte ihre Zustimmung zu jedem Schritte, der das gute Einvernehmen mit Frankreich stören könnte. Nur mit Mühe verhütete Kaunitz, daß der neue Gegensatz in offenen Streit überging.

In solchen Stunden des Unmuts mochte sich wohl in Joseph der heiße Wunsch nach dem Alleinbesitz der Krone regen. Am 29. November 1789 ging derselbe in Erfüllung, freilich um einen Preis, den Joseph selbst, der seine Mutter trotz alledem aufrichtig liebte, niemals zugestanden hätte: Maria Theresia wurde in der kaiserlichen Gruft bei den Kapuzinern mit ihrem treugeliebten Gatten vereinigt.

König Friedrich war sich sofort klar über die Tragweite des Thronwechsels in Oesterreich. „Voilà un nouvel ordre des choses!“

Jetzt war für den Vierzigjährigen der Augenblick gekommen, ins Leben zu rufen, was er in den vor Jahren niedergeschriebenen „Rêveries“ als Ziel seines Lebens, als Richtschnur seiner Denk- und Handlungsweise bezeichnet hatte. Ein völlig centralisiertes Gemeinwesen zu schaffen, dessen Oberhaupt sich mit voller Freiheit bewege, aber in Förderung des Gemeinwohles seine erste und ernsteste Pflicht erkenne: das war Josephs II. Regierungsideal. Absolute Gewalt beanspruchte er noch entschiedener als König Friedrich. Ein Monarch, der an Eidschwüre und Gesetze gebunden sei, werde nimmer im Stande sein, Großes zu vollbringen; nur im Besitz voller Freiheit könne er sich jeder Rücksicht auf die eigene Person entäußern und ausschließlich das Gemeinwohl im Auge behalten.

Dieser „Traum“ seiner Jugendzeit sollte jetzt verwirklicht werden: dahin zielten die zahllosen Verordnungen und Gesetze, die in raschester Folge mit überstürzender Hast aus dem Kabinett des Kaisers kamen. „Daß ein Kaiser,“ sagt Johannes Müller in seiner Darstellung des Fürstenbundes, „der mit freiem Blick und viel umfassendem Genie fast ganz Europa gesehen, die lange stillschweigend auf Oesterreich angewandten Beobachtungen ins Werk setzen werde, dieses erwartete ein jeder; wenige versahen sich der kühnen, schnellen Manier, die sich durch keine eingewurzelte Meinung, durch kein urkundliches Recht hemmen ließ.“ Mäßigung war der in schwungvollen Plänen und überschwänglichen Hoffnungen sich verzehrenden Natur Josephs ebenso unmöglich, wie ein sich Begnügen mit allmählich heranreifenden Erfolgen. Ein Wort ist dafür bezeichnend: „Von dem, was ich unternehme, will ich auch sogleich die Wirkung empfinden. Als ich den Prater und den Augarten herrichten ließ, nahm ich auch keine jungen Sprossen, die erst der Nachwelt einst gedient hätten; nein, ich ließ Bäume pflanzen, unter deren Schatten ich selbst und meine Mitmenschen Vergnügen und Vorteil finden mögen.“ Hof, Staat, Kirche und Volk sollten im Sinn jenes als Ideal aufgestellten „despotisme lié“ umgestellt werden.

Aus den zahlreichen, bisher nur lose verbundenen Ländern und Völkern sollte ein Kaiserstaat im wahren Sinne des Worts geschaffen werden. Es sollte in Zukunft — das war wenigstens das Ziel der Maßnahmen Josephs II., wenn auch vorerst die Chefs der Provinzialbehörden belassen, ja sogar mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet blieben, — nicht mehr Ungarn und ein Königreich Ungarn, nicht mehr Tiroler und eine Grafschaft Tirol, nicht mehr Böhmen und

ein Königreich Böhmen geben, sondern nur noch Oesterreicher und ein Kaisertum Oesterreich. Zu diesem Zwecke sollten alle Sonderrechte, Verfassungen und Privilegien der einzelnen Provinzen aufgehoben werden; die historisch entwickelten Eigentümlichkeiten der verschiedenen Kronlande wurden nicht berücksichtigt, für alle sollten die nämlichen Verwaltungsprinzipien und Verwaltungsnormen in Geltung treten.

Ebenso sollten, wenn auch die Standesunterschiede erhalten blieben, doch die Standesvorrechte verschwinden. Schon Maria Theresia hatte getadelt, daß ihr Sohn „die Zernichtung der Großen plane, unter dem speciosen Vorwand, den mehreren Teil zu konservieren". Der Vorwurf ging zu weit. Joseph wollte nicht den Adel beseitigen, aber er suchte nicht wie seine Vorfahren die sozialen Vorrechte, Sitten und Vorurteile zu erhalten. Er entzog dem Grundadel die Bauernschaft, forderte gleiche Steuerpflicht, gestattete die Fideikommisse zu allodisieren, unterwarf die Edelleute dem allgemeinen Landrecht und den Kriminalbehörden. Edelmann, Bürger und Bauer sollten gleich sein vor dem Gesetz, d. h. vor dem absoluten Willen des Oberhauptes; diese oberste Gewalt selbst aber sollte nur höheren sittlichen und patriotischen Zwecken dienen, dem Gemeinwohl, der res publica.

Aus den nämlichen Gründen sollte auch die Ausnahmstellung des Klerus aufhören. Die Seelsorger sollten nur noch Staatsbeamte sein, wie die Richter und Bürgermeister. Zugleich schien, damit der Kaiser thatsächlich der Herr im Lande werde, Einschränkung der geistlichen Macht überhaupt und vor allem des päpstlichen Einflusses geboten zu sein; es sollten nicht länger 60000 Ordensleute, durchaus abhängig von ihren römischen Obrigkeiten, einen Staat im Staate bilden.

Um dieses großartige Reformwerk durchzuführen, entfaltete Joseph eine unermüdliche Thätigkeit. Er gönnte sich keine andre Erholung, als einen Spaziergang im Augarten und abends ein Plauderstündchen im Salon der Fürstin Liechtenstein oder im Billardzimmer des Fürsten Kaunitz. Er versagte es sich, der schönen Litteratur Aufmerksamkeit zu schenken oder wissenschaftlichen Studien obzuliegen, denn er sah jede nicht den Regierungsgeschäften gewidmete Stunde für verloren an. Seine Arbeitskraft war erstaunlich, und er ließ sich alle Verwaltungszweige gleichmäßig angelegen sein. „Er war ein geborner Bureaukrat," sagt Ranke, „thätig im Kleinsten, aber immer in einer Anschauung des Ganzen, die seinem hohen Standpunkte entsprach". Sein sanguinisches Temperament ließ ihn die feste Zuversicht hegen, daß er aus eigener Kraft das Schwere zu leisten vermöge, aus der Vereinzelung Einheit, aus der Verschiedenheit Gleichheit, aus der Verwirrung Ordnung zu schaffen.

Mit der Reform des Hofwesens wurde der Anfang gemacht. „Cette république féminine", wie er in einem Briefe an Leopold den Hofstaat der Mutter verspottet, sollte aufgelöst werden. Die spanische Manteltracht verschwand; auch als Alleinherrscher trug Joseph nur den einfachen Militärrock ohne Auszeichnung. Zugleich verschwand die spanische Etikette; die langen Titulaturen wurden abgeschafft, wie die endlosen Zeremonien bei Hoffesten und Staatsaktionen. Aus Fürst Khevenhillers Memoiren erhellt, welche Aufregung diese „Revolution von Oben" in den Hofkreisen hervorrief. „Wenn es so fortgeht,

werden wir von einer Ordnung am Hofe wenig mehr wissen." Dabei wurde gar zu einseitig auf Ersparungen Bedacht genommen; es macht einen peinlichen Eindruck, daß nach und nach alle Geschwisterte und Verwandten des Kaisers, um dem öden, ärmlichen Hofleben zu entrinnen, der Residenz den Rücken kehren.

Allgemein war nach Josephs Regierungsantritt erwartet worden, daß der einflußreichste Ratgeber der Kaiserin, Fürst Kaunitz, der dem Kaiser so häufig unbequem gewesen war, nicht mehr lange an der Spitze des Ministeriums bleiben werde. Doch das Verhältnis hatte sich in der letzten Zeit etwas günstiger gestaltet, da Kaunitz den beiden Lieblingsplänen des Kaisers nicht mehr widerstrebt hatte; er hatte die russenfreundliche Schwenkung der österreichischen Politik gebilligt und die auch nach dem Teschener Frieden heimlich fortgesetzten Bemühungen für eine Abrundung Oesterreichs durch baierisches Gebiet wenigstens nicht zu vereiteln gesucht. Auch gegen die geplante kirchenpolitische Reform war von dem warmen Verehrer der französischen Aufklärungsphilosophie Widerstand nicht zu befürchten. So erklärt sich, daß der früher so mißliebige „Großvezier" an der Spitze des Ministeriums blieb. „Bleiben Sie mein Freund," schrieb Joseph nach Maria Theresias Ableben, „werden Sie auch meine Stütze und helfen Sie mir die schwere Bürde tragen, die mir jetzt aufgeladen ist." Den maßgebenden Einfluß aber, den der Kanzler zu Lebzeiten der Kaiserin ausgeübt hatte, besaß er unter Joseph nicht mehr. Daß der Monarch selbst alle Kräfte des Staates zu leiten habe, war ja der erste Grundsatz in Josephs System.

Nichts desto weniger war auch dieser stolz auf seine Selbständigkeit pochende Regent nicht völlig unabhängig von seiner Umgebung, ja, nicht selten war er nur das Werkzeug in den Händen von Dienern, die um so mächtiger waren, je geschickter sie ihre Macht zu verhüllen wußten.

Es ist natürlich eine groteske Uebertreibung, wenn Sebastian Brunner fast alles, was unter Joseph II. im Interesse der Aufklärung für den Staat und gegen die Kirche unternommen wurde, als Werk der Freimaurer angesehen wissen will; nur um der Glorie oder des zeitlichen Gewinnes der Logenhäupter willen habe der Kaiser alles thun müssen, wie ein Figürchen im Puppenspiel, das an Fäden durch unsichtbare Hände gelenkt wird. Immerhin waren die geheimen Orden von mächtigem Einfluß. Schon die in jenen Jahren erwachsene umfangreiche Litteratur über Freimaurerei beweist, welche Ausdehnung und Bedeutung die geheimen Orden gewonnen hatten. Die mysteriöse Spielerei war in die Mode gekommen. Freimaurerlieder waren allenthalben im Schwang, Freimaurerzeichen wurden als joujoux an den Uhren getragen, die Damen bedienten sich weißer Müffe à la franc-maçon, in Schauspiel und Oper spielten Winkelmaß und Kelle eine bedeutsame Rolle. Wichtiger war, daß sehr viele angesehene und einflußreiche Männer den Logen angehörten, und es ist gewiß kein Zufall, daß immer zahlreichere Mitglieder des Ordens in die unmittelbare Umgebung des Kaisers kamen. Auf Rechnung dieser Kresel, Born, Eibel u. a. ist sicherlich manche Uebertreibung des Josephinismus zu setzen. Am entschiedensten spricht Ranke diesen Vorwurf aus. „Sei es, daß Joseph mehr von Jansenisten oder mehr von Ungläubigen umgeben war, sie boten ohne Zweifel einander auch

hier die Hand, wie in dem Angriff auf die Jesuiten; allen zusammenhaltenden, auf eine äußerliche Einheit der Kirche abzielenden Institutionen machte er ohne Unterlaß den Krieg." [1])

Allerdings läßt sich nicht genau feststellen, welchen Grundsätzen der Kaiser selbst in Bezug auf die einzelnen Fragen der inneren Politik huldigte, bei welchen Vorgängen und Verordnungen die Anregung unmittelbar von ihm ausging. [2]) Schon deshalb nicht, weil sich noch zu Lebzeiten Josephs vielfach tendenziöse Erfindungen breit machten. So ist z. B. das bekannte offene Schreiben an Kardinal Herzan in Rom, das mit den Worten anhebt: „Seit ich den Thron bestieg und das erste Diadem der Welt trage, habe ich die Philosophie zur Gesetzgeberin meines Reiches gemacht!" ein Schriftstück, das von allen älteren Biographen als eine Art Regierungsprogramm des Kaisers angesehen wurde, von Arneth als Fälschung nachgewiesen worden. Auch ist aus den von Brunner veröffentlichten Berichten jenes Gesandten zu entnehmen, daß vieles, was der Initiative des Kaisers zugeschrieben wurde, vom österreichischen Klerus selbst ausging. [3]) Die josephinische Richtung entsprach ja einem Zuge der Zeit.

Schon 1763, also noch bevor sich Joseph in öffentliche Angelegenheiten einmischte, war jenes vielgenannte Buch des Justinus Febronius „über den Zustand der Kirche" erschienen, das auf die Anschauungen der Zeitgenossen über Staats- und Kirchenrecht bedeutsamen Einfluß übte. Gegenüber der kirchlichen Tradition war hier die Behauptung aufgestellt, der Papst sei nur der Erste unter den Bischöfen, ein Konzil stehe über dem Papst, die Kirche zwar sei untrüglich, nicht aber der Papst; kurz, der ganze Inhalt der Schrift war ein fortgesetzter Angriff auf die monarchische Verfassung der katholischen Kirche. Und doch verbarg sich unter dem Pseudonym Febronius einer der höchsten Würdenträger der Kirche in Deutschland, Johann Nikolaus von Hontheim, Weihbischof von Trier. Zwar gelang es den Vorstellungen und Drohungen des Kurfürsten von Trier, den Verfasser zum Widerruf zu bewegen, aber zugleich drang ein Wort Hontheims in die Oeffentlichkeit: „Die Sätze meiner Schrift hat die Welt gelesen, geprüft und angenommen; mein Widerruf wird denkende Menschen so wenig

---

[1]) Ranke, Die römischen Päpste, 3. Bd., 209.

[2]) Ueber die Frage z. B., ob das bekannte abfällige Urteil über die Freimaurerei im Patent vom 17. Dezember 1785 von Joseph selbst herrühre, ob dieselbe seinen wirklichen Ansichten entspreche u. s. w., ist schon von den Zeitgenossen in zahlreichen Flugschriften gestritten worden. Die Schrift: „Was ist Gaukeley, oder vielmehr: Was ist nicht Gaukeley?" nimmt den Kaiser in Schutz gegen den Verdacht, als ob aus seinem Munde ein solches Verdikt stammen könnte; der Urheber des Patents sei gar wohl bekannt, aber „ich schone deines Namens, herostratische Seele! um nicht etwa die Ohren der Edleren damit zu besudeln. Dein Bewußtsein, daß du von würdigen Männern der Unwürdigste gescholten wardst, soll dir zur Strafe noch bei später Nachwelt verbleiben. Gaukeley war dein Ausdruck und nicht der Ausdruck des Weisen: so eine Stimme wäre ein Afterklang seines erhabensten Geistes!" Dagegen spottet ein anderer Freund der Maurerei in „Vier Briefen, abgefasset von dreyen hellstrahlenden Kirchenlichtern über den guten Einfall des Kaisers, den Freymaurern ein Gebiß anzulegen," über das widersinnige Vorgehen, den Jesuitismus ausrotten zu wollen und die treuesten Bundesgenossen in diesem Kampfe mit kaltem Hohn zurückzustoßen.

[3]) S. Brunner, Theologische Dienerschaft, 9.

bewegen, diese Sätze zu verwerfen, als so manche versuchte Widerlegung." Als dem Fürsten Kaunitz erzählt wurde, Hontheim habe den Febronius widerrufen, erwiderte er: „Hat er ihn auch widerlegt?" Insbesondere auf den deutschen Episkopat übte der Febronius gewaltige Wirkung. Die gallikanischen Lehren für die deutsche Kirche anzupassen, die ganze Kirche in eine aristokratische Republik lediglich unter dem Vorsitz des Papstes zu verwandeln, das Kirchenrecht mit den Staats- und Rechtsanschauungen der Gegenwart zu versöhnen: diese Wünsche drangen in alle Schichten des höheren Klerus in Deutschland.

Deshalb fanden die kirchenpolitischen Reformen Josephs bei einem namhaften Teile des österreichischen Klerus ebensoviel Beifall, wie sie in andren Kreisen unbedingt verurteilt wurden. Echt febronianisch war die erste Verordnung vom 14. März 1781, wodurch der Verkehr der geistlichen Orden mit den Obrigkeiten in Rom beschränkt wurde, sowie die Verordnung vom 26. März 1781, welche die Veröffentlichung der päpstlichen Bullen, der Hirtenbriefe und sonstiger Kurrenden der Bischöfe von der Genehmigung der Landesregierung abhängig machte. Ein Mandat vom 4. Mai forderte, daß die Bullen Unigenitus und In coena Domini, in denen eine widerrechtliche Ausdehnung der päpstlichen Gewalt zum Ausdruck käme, aus allen Ritualen herausgerissen werden sollten. Desgleichen mußte in allen Brevieren die Stelle, wo erzählt wird, daß Papst Gregor VII. dem Kaiser Heinrich IV. wegen unchristlichen Lebenswandels die Herrschaft entzogen habe, mit Druckerschwärze überstrichen werden. Ein Edikt vom 1. Oktober 1781 legte den Landesbischöfen einen Eid auf, daß sie, falls die Unterthanenpflicht mit dem Gehorsam gegen den Papst nicht in Einklang zu bringen wäre, nur auf das Landesgesetz zu achten hätten. Ferner wurde, auf daß endlich der jesuitische Geist aus Kirche und Schule in Oesterreich entwiche, allen Oesterreichern der Besuch des Collegium germanicum in Rom verboten. Dagegen sollten die Novizen geistlichen Standes in neuen, unter staatliche Aufsicht gestellten Priesterseminarien Aufnahme finden; hier sollten sie fern von scholastischem Getöse in allen, den Kindern Levis nützlichen Wissenschaften und Uebungen unterwiesen, aber auch darauf hingewiesen werden, daß sich die Wirksamkeit des Klerus auf geistliche Dinge zu beschränken habe, wie ja auch den Aposteln von Christus selbst nur geistliche Verrichtungen auferlegt worden seien.

Die wichtigste und rühmlichste That Josephs auf kirchenpolitischem Gebiet war das Toleranzpatent vom 20. Oktober 1781.[1]) Duldsamkeit gegen Andersgläubige hatte er schon in den Briefen an die Mutter als erste Christenpflicht bezeichnet. Vor dem Freidenker van Swieten ließ er sich darüber noch freimütiger aus: „Toleranz ist ein redender Beweis von den Fortschritten des menschlichen Geistes, der sich durch die Macht des Aberglaubens kühn einen Weg gebahnt, welchen Jahrtausende vorher die Zoroaster und Confutse gewandelt, und der zum Glück für die Menschheit zur Heerstraße der Monarchen geworden ist." Dessenungeachtet glaubte er nicht eine förmliche Gleichstellung der Akatholiken mit den Katholiken zum Gesetz erheben zu dürfen; dem von ihm aufgestellten Centrali-

[1]) G. Frank, Das Toleranzpatent Kaiser Josephs II., 37.

sierungssystem entsprach es vielmehr, daß auch er nur eine Staatsreligion, natürlich die katholische, anerkannt wissen wollte. Demnach sollte nur diesem Bekenntnisse öffentliche Ausübung zustehen; den Akatholiken blieb es nach wie vor verwehrt, neue Kirchen zu errichten; nur Bethäuser (ohne Glocken und Türme, sowie ohne öffentlichen Eingang von der Gasse) waren ihnen gestattet, und innerhalb dieser Räume sollten sie in Ausübung des Gottesdienstes nicht behindert werden. Dagegen sollten sie in bürgerlichen Verhältnissen den Katholiken völlig gleichgestellt sein; alle Hindernisse in Bezug auf Zulassung zu Häuser- und Güterankauf, zu Bürger- und Meisterrecht, akademischen Würden, Zivilämtern ꝛc. wurden aufgehoben. Damit trat Oesterreich in die Reihe jener Staaten, in welchen der Wert des Bürgers nur nach der Erfüllung seiner Pflichten gegen den Staat, nicht nach seinem Glauben bemessen wird. Von einer Bevorzugung der Protestanten kann nicht gesprochen werden; die ungarischen Protestanten glaubten sogar über unbillige Beschränkung ihrer historischen Rechte Beschwerde erheben zu müssen; in Böhmen wurden die Kreisämter durch ein Hofdekret angewiesen, die Bevölkerung zur Standhaftigkeit im rechten Glauben zu ermahnen und den Leuten zu erklären, daß die von der katholischen Kirche getrennten Sekten kein wahres Priestertum hätten. Immerhin wurde der Ausbreitung des Protestantismus durch das Toleranzpatent Vorschub geleistet. Binnen kurzer Zeit stieg die Zahl der Protestanten in den Kronlanden um das Doppelte, die Zahl der Bethäuser um das Sechsfache.

Es darf nicht unbemerkt bleiben, daß Leopold, der als Nachfolger des Bruders vieles wieder aufhob, was Joseph in Staat und Kirche angeordnet hatte, bei Erlaß des Toleranzedikts begeistertes Lob spendete. „Die Religion wird dir zu danken haben, daß du Europa aufgeklärt und die wahre Religion vom Aberglauben und von den Mißbräuchen gereinigt hast, welche sich darin eingeschlichen hatten und welche viele beklagten, ohne gleich dir den Mut zu besitzen, sie Stirn an Stirn und an der Wurzel des Uebels anzugreifen."

Durch kaiserlichen Erlaß vom 29. November 1781 wurden alle jene Ordenshäuser, deren Angehörige „weder Schule halten, noch predigen, noch den Beichtstuhl versehen, noch den Sterbenden beistehen, noch sonst in studiis sich hervorthun," d. h. also jene Klöster, deren Konventualen sich ausschließlich der Beschaulichkeit und Askese widmeten, für aufgehoben erklärt. Nichts hat dem Kaiser so viele Gegner wachgerufen, als dieser gegen die Klöster geführte Schlag. In jüngster Zeit hat Brunner aus den Akten neue, unerfreuliche Mitteilungen gezogen; dieselben sind im liberalen Lager nicht genügend gewürdigt worden, wohl deshalb, weil sich der Berichterstatter in übertreibenden Zusätzen und Nutzanwendungen gefällt. Der unbefangene Historiker muß aber daraus entnehmen, daß unter den Aufklärern der josephinischen Periode die unsauberen Elemente vorherrschten und das kirchenstürmerische Treiben dieser Leute keine Billigung verdient. Nicht so fast, *was* geschehen ist, sondern *wie* es geschehen ist, muß getadelt und beklagt werden. Wenn man vernimmt, daß zur Zeit des Ablebens der Kaiserin Maria Theresia 2067 Klöster mit etwa 60000 Mönchen und Nonnen bestanden und deren viele über Eigentum im Wert von ausgedehnten Herrschaften verfügten, so kann man sich der Anschauung nicht verschließen, daß eine solche

Ausdehnung des Ordenswesens, insbesondere ein so ungeheurer Besitz der toten Hand im Interesse einer gesunden Staatswirtschaft eingeschränkt werden mußte. Joseph selbst wollte auch das säkularisierte Klostergut nicht zu weltlichen Zwecken verwendet wissen. In einem Handbillet an den Grafen Blümegen vom 27. Februar 1782 erklärte er, nach Vollzug der Aufhebung der vitam contemplativam führenden Klöster — an Zahl etwa 700 — wolle er das Vermögen nur einer großen Religions- und Pfarrkasse zuweisen, „deren Einkünfte allein zu Beförderung der Religion und des damit so eng verknüpften und so schuldigen Besten des Nächsten zu verwenden seien." Mit den stattlichen Klostergebäuden hatte er allerlei, zum Teil großartige Pläne vor. So z. B. sollte das Königskloster nahe bei der Hofburg in Wien in eine Fremdenherberge in größtem Maßstab umgewandelt werden; noch liegen bei den Akten die Bauriſſe. Das Portal der Hauptfassade trägt die Ueberschrift: Domicilium nationum! Es wagte aber kein unternehmender Kapitalist, den Plan zu verwirklichen. So erwies sich manche Idee als unausführbar. Auch führte die Räumung von Kirchen und Klöstern nicht selten zu unwürdigen Ausschreitungen; ein großer Teil des Klostervermögens kam nicht den geplanten Zwecken, sondern nur gewissenlosen Beamten und Spekulanten zugute. Es soll sich das Wunder ereignet haben, daß silberne Engel von den Altären geradenwegs in die Rocktaschen der kaiserlichen Kommissäre flogen. In Innsbruck hieß die Gattin eines Beamten „Muttergottes von Waldrast," weil sie bei festlichem Anlaß ein kostbares Geschmeide trug, das noch vor Kurzem den Hals der Madonnenstatue jener Wallfahrtskirche geschmückt hatte. [1]) Wie Friedrich II. seine französischen Regiebeamten gelegentlich als „Räuber" bezeichnete, so mußte auch Joseph II. einmal das Geständnis machen, seine Absichten in Bezug auf Verwendung des Religionsfonds seien von Pharisäern getadelt, von betrügerischen Zöllnern mißbraucht worden.

Doch über den ärgerlichen Ausschreitungen dürfen die Lichtseiten nicht vergessen werden. Die unversöhnlichen Gegner des Josephinismus pflegen zu verschweigen, daß von einer Aufhebung der Klöster unter Joseph II. gar nicht gesprochen werden kann, sondern nur von einer Reduktion; es blieben ja noch immer 1425 Klöster bestehen, deren Mitglieder sich nach wie vor dem Unterricht oder der Krankenpflege widmen konnten und in ihren Einkünften nicht geschmälert wurden. Und mag auch ein erheblicher Teil des Vermögens der aufgehobenen Klöster verschleudert worden sein, der größere konnte doch zur Hebung des weltlichen Klerus und zu wohlthätigen Stiftungen verwendet werden. Noch wichtiger war, daß ein so ausgedehnter Grundbesitz der freien Arbeit überlassen und für Tausende eine Quelle des Wohlstands wurde. Ein Historiker, der für die Aufhebung der Klöster in Inneröſterreich zum erstenmal das gesamte authentische Material, Klosterakten, Protokolle, Inventare, Berichte der Aufhebungskommissäre ꝛc. benützt und insbesondere die sozialen Wirkungen der Klosteraufhebung einer besonnenen und gründlichen Untersuchung unterzogen hat, faßt sein Urteil in die schwerwiegenden Worte zusammen: „Joseph II. hat damit Oesterreich

[1]) Jäger, Kaiser Josephs II. und Leopolds II. Reform und Gegenreform, 78.

vor einer Revolution von unten bewahrt, welche in Frankreich mit zerstörerischer Hand alles Kirchentum vernichtete." [1])

Um die Anhänger der „alten Schule des Priesterstandes" von den wohlwollenden Absichten der Regierung zu überzeugen, sollte durch Litteratur und Tagespresse auf die Gemüter eingewirkt werden. Volle Censurfreiheit wurde nicht gewährt. Nur in Bezug auf die Person des Kaisers hob die Censurverordnung vom 11. März 1781 fast jede Beschränkung auf, so daß z. B. eine gelegentlich der Papstreise veröffentlichte Flugschrift, die den anstößigen Titel führte: „Was wäre zu thun, wenn der Kaiser exkommuniziert würde?" ja sogar das „1784 in Berlin" gedruckte, angeblich von einem Ritter von Steinsberg verfaßte zotige Pamphlet, „Der 42jährige Affe, ein ganz vermaledeites Märchen", ungehindert verkauft werden durfte. Dagegen wurde 1784 eine deutsche Uebersetzung von Voltaires Werken verboten, und in Bezug auf polemische Schriften über Religion und Kirche läßt sich ein einheitliches, folgerichtiges Vorgehen der Censurbehörden nicht erkennen.

Im allgemeinen bietet das Schriftwesen in Oesterreich unter Joseph II. ein unerquickliches Bild. Kaiser Joseph selbst ist nicht frei von Schuld. Die Lobredner hoben ihm zum Ruhme hervor, daß er nicht, wie Friedrich II., die französische Litteratur liebte, daß er mit Voltaire und den anderen litterarischen Größen des Nachbarreiches nichts zu schaffen haben wollte. Goethe stimmt dieser Ansicht nicht bei. „Das gereichte diesem Fürsten nicht einmal zum Ruhme," sagt er in „Wahrheit und Dichtung", „denn es hätte ihm und seinen Unternehmungen nicht geschadet, wenn er bei so schönem Verstande, bei so herrlichen Gesinnungen etwas geistreicher, ein besserer Schätzer des Geistes gewesen wäre." Goethe trifft auch hier das Richtige: es geht ein gar nüchterner Zug durch die ganze Josephinische Aera. Joseph selbst besaß weder für die Litteratur, noch für die bildenden Künste Verständnis oder auch nur Neigung. Herder, der anfänglich große Hoffnungen auf den Kaiser gesetzt hatte, urteilte später über den „großen Wollenden" im Gegensatz zu König Friedrich, „der zu thun wußte," sehr ungünstig, hauptsächlich auch deshalb, weil der Kaiser den Wert und die Bedeutung guter Litteratur so gar nicht geschätzt und „im Grund genommen den ganzen Bücherhandel für einen Käsehandel angesehen hat". Die auffällige Thatsache erklärt sich teils aus Josephs Anlagen, teils aus den Eindrücken der Jugendzeit.

In Oesterreich war das Gebiet der schönen Litteratur seit Jahrhunderten brach gelegen. [2]) Um einen regeren Wetteifer mit den litterarischen Leistungen

---

[1]) Ad. Wolf, Die Aufhebung der Klöster in Innerösterreich 1782—1790, 165.

[2]) In den 1777 anonym erschienenen, angeblich aus dem Französischen übersetzten „Denkwürdigkeiten aus Wien" findet sich eine merkwürdige „Verhältnistabelle der Chronologie des Geschmacks zwischen Deutschland und Wien", die den Beweis erbringen soll, daß jede Gattung der Litteratur von den Romanen „im Geschmacke der Banise" bis zu „Werthers Passionskollekten" in Wien erst acht oder noch mehr Jahre später als im übrigen Deutschland bekannt wurde. Blumauers „Beobachtungen über Oesterreichs Aufklärung und Literatur" (1782) sind immerhin lehrreich, wenn sich auch die Kritik selbst nur wenig über die gescholtene Produktion erhebt.

des deutschen Nordens zu erwecken, wurde 1760 in Wien die „Deutsche Gesellschaft" gestiftet. Von diesem Zeitpunkt an läßt sich in Oesterreich zwar eine überraschende Regsamkeit auf litterarischem Gebiet beobachten — man will binnen zwei Jahren 1100 einheimische Autoren gezählt haben, — nicht aber ein Aufschwung. Gewiß waren insbesondere die auf Hebung der Muttersprache gerichteten Bestrebungen der Sonnenfels, Riegger, van Swieten u. a. dankenswert, aber Leistungen von hervorragender Bedeutung gingen auch aus diesem Kreise nicht hervor; all die Dramen, Satiren 2c. des Staatsrats v. Gebler, des Feldmarschalls v. Ayrenhoff, des Schauspielers Stephanie und anderer vom Lokalpatriotismus hochgestellter Schriftsteller sind heute verschollen. Wenn der Berliner Nicolai in seinen Litteraturbriefen erklärte, Oesterreich habe keinen Schriftsteller aufzuweisen, der die Aufmerksamkeit des übrigen Deutschland verdiene, so war diese Behauptung, die Sonnenfels entrüstet als „Nationalbeschimpfung" zurückwies, im ganzen und großen richtig. Als nun Kaiser Joseph den Kampf gegen Zelotismus und Aberglauben eröffnete, fand er nur allzu viele litterarische Bundesgenossen. Einzelne waren ernst und ehrlich bestrebt, den pedantischen Scholastizismus zu befehden, schädliche Vorurteile auszurotten und den Forderungen der Vernunft, die ja Gott selbst in den Menschen gelegt hat, freie Bahn zu öffnen, aber die eigentlichen Helden der Aufklärung, die den größten Lärm machten, waren traurige Litteratoren. In welch schalen Dityramben auf die Aufklärung, in welch seichter Reimerei und leerem Phrasengeklingel gefielen sich diese Haschka, Alxinger, Blumauer und hundert andere! Auch hier zeigte sich, wie richtig König Friedrich eine gewisse Gattung gesetzgeberischer Philosophen beurteilte: „Ich habe zwar die größte Hochachtung für die Lehren solcher Philosophen, aber in Wahrheit muß ich gestehen, daß Toleranz nicht die herrschende Tugend dieser Herren ist!" Denn nicht wenige von den in Rautenstrauchs Biedermannschronik gepriesenen Aufklärern waren unduldsame und ungerechte Zeloten. Manche, z. B. Eibel, der Verfasser der Schriften: „Was ist der Papst?" „Die Schädlichkeit der Ohrenbeicht" 2c. hatten früher dem Jesuitenorden angehört oder doch gute Dienste geleistet, und suchten nun die Aufrichtigkeit ihres Uebertritts zur Sache der Aufklärung durch überschwängliche Hymnen auf den Kaiser oder cynischen Spott über kirchliche Einrichtungen zu erhärten Die nämlichen Leute, die sich über die Rosenkranzandacht weidlich lustig machten, schwangen unablässig das Weihrauchfaß vor „dem Gottgesandten", der „Wollust der Nationen", dem „Erwecker und Erretter, der den Mönchen das tyrannische Scepter entwunden, den Geist aus dem Schlaf der Dummheit gerüttelt, die Fahne der Liebe über dem Grab des Aberglaubens aufgepflanzt" habe! Welcher Nutzen konnte gestiftet werden mit der Monachologia, der Anatomia monachi und andren Pamphleten des Exjesuiten Born, des mutmaßlichen Originals des Schikanederschen Sarastro! Mit den „Briefen aus dem Noviziat", den „Marokkanischen Briefen", dem „Faustinus" 2c. des Johann Pezzl! Von seinen Wiener Freunden freilich wurde dieser Satiriker mit Voltaire verglichen, aber treffend ist gesagt worden, der Herr Privatsekretär des Fürsten Kaunitz verhalte sich zu dem Philosophen von Ferney ungefähr so, wie der „Faustinus" zu Goethes „Faust." Was soll man dazu sagen, daß Rautenstrauch in seiner Biedermanns-

chronik auch den Sekretär der Wiener Nuntiatur, Egisti, aufführt, einen Mann, der die geheime Korrespondenz seines Herrn gegen klingenden Lohn an die Staatskanzlei auslieferte!

Als eine nach jeder Richtung erfreuliche Erscheinung kann auch der Fähigste des ganzen Kreises, Joseph v. Sonnenfels, nicht gelten. Dieser Gelehrte, der nach bewegter Lehr- und Wanderzeit 1763 zum Professor für Kameral- und Polizeiwissenschaft ernannt wurde, erwarb sich um Hebung des geistigen Lebens in seinem Vaterlande großes Verdienst. Insbesondere gilt dies von seinen Bemühungen um die Reinigung des Bühnenwesens, das in Wien einer unglaublichen Verwilderung anheimgefallen war. Hier führte der Hanswurst, der in Prehauser einen in seiner Art vollendeten Vertreter hatte, noch in den sechziger Jahren unbestritten das Scepter; Stücke voll Teufeleien, Zoten und Unsinn, wie „Megära, die fürchterliche Hexe, oder die bezauberten Hängeleuchter" und dergleichen traurige Possen und possenhafte Trauerspiele waren das Entzücken des Publikums. Aber „Der Mann ohne Vorurteil", die von Sonnenfels gegründete Zeitschrift, rückte dem Unwesen tapfer zu Leibe und verdrängte zuletzt doch die Hanswurstiade von der Bühne. In der Frage, ob Sonnenfels' „Briefe über die Wienerische Schaubühne" völlig unabhängig von der „Hamburgischen Dramaturgie" entstanden sind, dürfte die Antwort kaum zu Gunsten des Wiener Gelehrten ausfallen; immerhin sind darin viele schätzenswerte Winke über dramatische Kunst und Bühnentechnik gegeben. Auch Mißstände anderer Art bekämpfte „der Mann ohne Vorurteil" mit ebensoviel Freimut wie Beredsamkeit.

Allein davon abgesehen, daß Sonnenfels seinen Einfluß nicht immer auf ehrenhafte Weise verwertete — es hätte ihn fast seine Stelle gekostet, daß er einmal bei Einführung einer neuen Straßenbeleuchtung seinem Bruder Franz unerlaubten materiellen Gewinn zuwendete,[1]) — auch die maßlose Selbstüberhebung, die sich in den Briefen und der Selbstbiographie dieses Protagoras kundgibt, ist nur geeignet, das wirkliche Verdienst zu verdunkeln. Ueberdies läßt sich aus den von Hermann Rollet veröffentlichen Briefen Sonnenfels' an Klotz folgern, daß Sonnenfels zwar nicht die Berufung Lessings nach Wien geradezu verhindert, daß aber der um seine Stellung als Mittelpunkt des schöngeistigen Lebens in Wien besorgte Gelehrte wenigstens dazu beigetragen hat, den Verfasser von „Minna von Barnhelm", der „nicht den Ruhm eines so guten Mannes habe", in Wien unmöglich zu machen.[2]) Als Lessing, bald nachdem seine auf Wien gesetzten Hoffnungen vereitelt worden waren, auf der Rückreise aus Italien die Kaiserstadt berührte, fand er zwar bei Kaiser Joseph, der insbesondere an „Emilia Galotti" Gefallen gefunden hatte, ehrenvolle Aufnahme, ging aber den ehemaligen Gönnern, dem „großen Geschmeiß", aus dem Wege

---

[1]) Wilhelm Müller, Joseph von Sonnenfels, 39.

[2]) Lessings Braut, Eva Königs, scheint das Richtige zu treffen, wenn sie in einem Briefe an ihren Bräutigam über Sonnenfels bemerkt, es sei „seinem Charakter nach unmöglich, daß er wünschen sollte, Sie an der Seite zu haben. So stolz er ist, so fühlt er doch den Unterschied zwischen sich und Ihnen."

und versicherte, von einer Anstellung in kaiserlichen Diensten nichts mehr wissen zu wollen.

Um die nämliche Zeit, da der Streit zwischen Lessing und Sonnenfels ausbrach, wurde auch in Klopstock die Hoffnung rege, in Wien einen ausgedehnteren Wirkungskreis zu finden. Der Dichter hatte dort einflußreiche Freunde; von ihnen wurde der schon früher ins Auge gefaßte Plan einer kaiserlichen Akademie wieder aufgegriffen. „Der Kaiser liebt sein Vaterland, und das will er auch durch Unterstützung der Wissenschaften zeigen. Nur dies darf ich sagen!" Diese in die Widmung der „Hermannsschlacht" eingeflochtene, geheimnisvolle Erklärung bezog sich auf die von ihm mit Fürst Kaunitz und andren kaiserlichen Beamten eröffneten Verhandlungen.

Eine Akademie der Künste und Wissenschaften unter Klopstocks Leitung und zugleich ein Nationaltheater, mit Lessing an der Spitze! Als der Kaiser dem „ersten Barden" sein in Gold mit Brillanten gefaßtes Brustbild „nicht zur Belohnung, sondern zur Bezeugung Seiner Hochachtung" übersandte, glaubte der Dichter darin eine sichere Gewähr für die Erfüllung des stolzen Wunsches erblicken zu dürfen; allein Joseph ließ den Gedanken an jene Berufungen, wenn es ihm damit überhaupt ernst gewesen war, jedenfalls bald wieder fallen. Umsonst ließ der enttäuschte Dichter in der Ode „Die Roßtrappe" (1771) einen Mahnruf ergehen:

„Dein ehrenvoll Wort (des Worts Ankündiger trauert!)
Hältst du das dem Vaterland nicht, so schweigt
Auch von dir die ernste Wahrheitsbezeugerin,
Die Vertraute der Unsterblichkeit, Deutschlands Telyn!" . . .

Als Joseph die Alleinregierung übernommen hatte und mit seinem antirömischen Reformwerk hervortrat, richtete Klopstock nochmals als Wortführer des protestantischen Deutschlands begeisterte Verse „an den Kaiser", der

„. . . den Priester wieder rufet zur Jüngerschaft
Des großen Stifters, machet zum Unterthan
Den jochbeladenen Landmann, machet den Juden zum Menschen . . .
Wer hat geendet, wie du beginnst?!"

Damals sang auch Herder in edler patriotischer Wallung:

„O Kaiser, du, von neunundneunzig Fürsten
Und Ständen wie des Meeres Sand
Das Oberhaupt, gib uns, wonach wir dürsten,
Ein deutsches Vaterland,
Und ein Gesetz und eine schöne Sprache
Und redliche Religion!" . . .

Welch eine Perspektive eröffnet der Gedanke: wenn ein praktischer und zugleich ideenreicher Kopf wie Herder, ein Klopstock mit seinem patriotischen Feuereifer, ein Lessing mit seinem das Jahrhundert überholenden Weitblick als Bundesgenossen Josephs in Wien gewirkt hätten! Wie anders würde seinen

Reformen der Boden geebnet, wie anders ihr Einfluß im ganzen Reiche gekräftigt und aktuell geworden sein! Statt der nichtigen Aufklärichtpoesie der Blumauer und Haschka ein geistiges Streben und Schaffen, wie es einige Jahrzehnte später das kleine Weimar sah — Wien wäre nicht mehr bloß die Residenz des Kaisers und der Sitz des Reichshofrats gewesen, sondern in Wahrheit Hauptstadt und Mittelpunkt Deutschlands geworden!

Doch echte Geisteskraft blieb unbeachtet, während die unberufensten Schreibgesellen, wenn sie nur der Emanzipation des Staates und der Kirche das Wort redeten, zu Einfluß und Ansehen gelangten.

Daraus erklärt sich, daß Joseph, obwohl er keineswegs ein Freigeist war wie Friedrich II., sondern an den Dogmen der Kirche immer festhielt, wie ein zweiter Julian gehaßt und verlästert werden konnte.

Der „Revolution von oben" setzten alle, die aus Gesinnungstreue oder Egoismus an den alten Institutionen festgehalten wissen wollten, erbitterten Widerstand entgegen. Im Namen dieser Partei ergriff Kurfürst Klemens Wenzeslaus von Trier das Wort; in einem offenen Schreiben an den Kaiser forderte er Zurücknahme der gegen die heiligsten Rechte der Kirche verstoßenden Maßregeln, sonst werde auf den Sturm gegen die Altäre bald der Sturz der Throne folgen. Joseph wies aber die Einmischung barsch zurück, „nicht als Gesetzgeber, nicht als Moralist, sondern als guter Soldat, der den gesunden Menschenverstand und den ehrlichen Köhlerglauben an der Hand hat".

Da versuchte ein mächtigerer Schutzherr sein persönliches Ansehen zu Gunsten des bedrängten Kirchentums geltend zu machen. Das Unerhörte wurde Ereignis: die Welt sah wieder wie im elften und zwölften Jahrhundert einen Papst nach Deutschland kommen.

Vergebens suchte der kaiserliche Gesandte, Kardinal Herzan, im Namen seines Herrn, den Plan zu hintertreiben: Pius VI. hielt daran fest, um wenigstens, wie er zum spanischen Gesandten sagte, seine Hirtenpflicht erfüllt zu haben, wenn ihn sein Vertrauen auf die Güte und den Religionseifer des Kaisers täuschen sollte. Herzan glaubte an so lautere Beweggründe nicht. „Mir deucht," schreibt er an Kaunitz, „daß die Eigenliebe die Ruhmbegierde als einen Gewissensdrang ansehen macht." Auch Joseph erblickte in der Reise nur den „Ausfluß jener den Papst ganz und gar beherrschenden mysteriösen Sehnsucht, als Retter der Kirche zu erscheinen, die doch von niemand angegriffen ist". Als ehrfurchtsvoller Sohn der Kirche will er seinen Gast begrüßen, aber auch als „ein Mann, der erhaben ist über Phrasen und etwaige dramatische Scenen, mit denen man ihn zu ködern gedächte", als „ein Regent, der keine andere Rücksicht kennt als das Wohl seines Staates". Der Verdruß über den unwillkommenen Besuch spricht sich drastisch aus in der Antwort auf die Anfrage einiger Bischöfe, ob sie dem Papst in Wien ihre Ehrfurcht bezeigen dürften: „Wien steht Jedermann frey, der sich nicht in den Fall gesetzt hat, es vermeiden zu müssen, also können, ihrem Vorwitze Genüge zu leisten, Bischöfe hinkommen oder ausbleiben, wie sie wollen."

Welch schroffer Gegensatz sich schon zwischen Anhängern und Gegnern der Reform ausgebildet hatte, läßt sich aus den Gelegenheitsschriften der beiden

Parteien erkennen. Die in febronianischem Geist geschriebene Flugschrift: „Was ist der Papst?“ rief eine Flut bitterer Erwiderungen hervor, ebenso die Schrift „Beweis, daß vormals die Päpste den römischen Kaisern unterthan gewesen“. Ein anderer Autor wirft die Frage auf: „Was wäre zu thun, wenn der Kaiser exkommuniziert würde?“ und gibt die Antwort: „Zu lachen, aus vollem Halse zu lachen!“ „Wie,“ ruft P. Merz, „soll also der Kaiser den Kirchenbann nicht achten dürfen? Nein, mein Herr, denn der Kirchenbann würde ungültig sein und gar keine Wirkung haben, denn er hat nie in die Rechte andrer eingegriffen und ist nie zur Ketzerei abgefallen!“

Joseph selbst hegte Sorge, es möchte zu ärgerlichen Auftritten kommen. Die Befürchtung war unbegründet. Wohl strömten Hunderttausende täglich zusammen, um den Papst zu sehen, und wo derselbe sich zeigte, warfen sich die Gläubigen scharenweise in den Staub. Auch der Kaiser versäumte keine Gelegenheit, dem Oberhaupt der Kirche die schuldige Ehrfurcht zu bezeigen, aber er blieb ceremoniös und zurückhaltend, solange Pius innerhalb der Mauern von Wien weilte. Bei den Verhandlungen mit dem Papste und anderen geistlichen Würdenträgern wich er keinen Finger breit von der Stellung zurück, welche er bisher in kirchenpolitischen Fragen eingenommen hatte. „In Bezug auf die Geschäfte“ schrieb er am 29. März an Bruder Leopold „sind der Papst und ich auf demselben Standpunkt, als wenn er nicht hierher gekommen wäre.“ Als Pius wiederholt seine Abreise verschob, wurde der Kaiser ungeduldig. „La seccatura fängt an, peinlicher zu werden.“ Nach vierwöchentlichem Aufenthalt verließ Pius die Kaiserstadt. Daß er verstimmt war und in der Erfolglosigkeit seiner Reise eine Demütigung erblickte, geht aus verschiedenen Aeußerungen, sowie aus den Erklärungen, welche er nach der Heimkehr im Kardinalskollegium abgab, unzweifelhaft hervor. Ebensowenig kam es gelegentlich des kurzen Gegenbesuches, den Joseph im Dezember 1783 in Rom abstattete, zu einer Aussöhnung. Man hat Nachwirkungen der Besuche darin erblicken wollen, daß in der nächsten Zeit keine durchgreifenden Neuerungen auf kirchlichem Gebiet angeordnet wurden, — daß durch Erlaß vom 25. April 1784: „Da durch dieses Jahr der Beweis klar vorhanden liegt, daß unendlich viel Broschüren nur geschmiert werden und schier keine einzige noch an das Tageslicht gekommen ist, die der hiesigen Gelehrsamkeit Ehre gemacht oder dem Publico einige Belehrung verschafft hätte,“ die Veröffentlichung der Flugschriften von Erlegung einer hohen Kaution abhängig gemacht wurde, — daß der Kaiser in das zur Regelung der Logenverhältnisse des Freimaurerwesens erlassene Patent vom 16. Dezember 1785 die höhnische Bemerkung einflocht, „die Geheimnisse des Ordens seien ihm ebenso unbewußt, als er deren Gaukeleien zu erfahren jemals vorwitzig genug gewesen sei“. Allein aus den Briefen Josephs läßt sich ersehen, daß sein Eifer für die Emanzipation des Staates nicht erkaltet und sein Mut nicht gebrochen war.

Davon gibt auch Zeugnis das in der Geschichte des Unterrichtswesens epochemachende Schulgesetz vom 26. August 1784, in welchem eine Reihe von ethischen Momenten zum erstenmal auftritt, die in anderen Staaten erst nach und nach Eingang fanden und heute wenigstens zum größeren Teil in den Kanon der modernen Pädagogik aufgenommen sind.

Das überraschend strenge Vorgehen gegen die Universitäten stand im Einklang mit Josephs Prinzipien: Beseitigung aller Sonderrechte, Gleichstellung aller vor dem Gesetz! Die aus dem Mittelalter herübergekommenen Einrichtungen und Freiheiten wurden einfach abgeschafft, die Einkünfte in die Hände des Staates gegeben. Den Lehrern, die alle Vorrechte einbüßten, war doch nur ein dürftiger Ersatz geboten durch die Verfügung, daß sie künftig vor Gericht mit „Herr" angeredet werden sollten!

Doch wenn sich auch einzelne und Körperschaften zu Klagen über die Härte der Reformen genötigt sahen, für die Allgemeinheit hatte Joseph immer ein fühlendes Herz und eine offene Hand. Davon geben viele hundert humanitäre Gründungen rühmliches Zeugnis. Die hervorragendste Schöpfung war das nach dem Vorbild des Hôtel-Dieu in Paris errichtete allgemeine Krankenhaus in Wien, das sich zur tüchtigsten Pflanzschule ärztlicher Kunst aufschwang und diesen Ruf seit einem Jahrhundert festhält. Das Josephinum für Militärärzte, das erste Findelhaus, das erste Taubstummeninstitut in Wien, zahlreiche Spitäler, Irrenhäuser, Waiseninstitute, Besserungsanstalten und ähnliche Stiftungen sind unter den Auspizien des gekrönten Menschenfreundes ins Leben getreten.

Humane Beweggründe und zugleich physiokratische Grundsätze leiteten Joseph bei Vollendung der Urbarialgesetzgebung, welche schon von Maria Theresia in Angriff genommen worden war und in der völligen Aufhebung der Leibeigenschaft (1785) gipfelte. Als überzeugter Anhänger der Lehren Quesnays hoffte Joseph, der deshalb mit besserem Fug, als weil er eines Tags in Mähren den Pflug in die Hand genommen hat, den Namen eines „Bauernfreunds" führen kann, durch Befreiung der Arbeitskraft des Landmanns die Wohlfahrt des nützlichsten Standes und nicht minder den Nationalreichtum zu fördern. Die segensreiche Wirkung dieser That wird heute niemand mehr in Abrede stellen, wenn auch sonst gerade manche volkswirtschaftliche Maßnahmen den strengen Tadel Häussers berechtigt erscheinen lassen, daß Joseph „das alte Wesen von Grund aus zerrüttete, den zähen und erstarrten Stoff den gewaltsamen Experimenten physiokratischer und encyklopädistischer Aufklärung unterwarf und eine Verwirrung und Gärung hervorrief, deren Nachwirkungen weit über seine Regierungszeit hinausreichten". Die Aufstellung einer gerechten, gleichmäßig verteilten Grundsteuer bezeichnete er selbst als das Hauptwerk seines Lebens, aber das Endergebnis, das Steuerpatent vom 1. November 1789, konnte niemand befriedigen.

Für die Urproduktion, den Ackerbau, sollten auch die Juden herangezogen werden; hauptsächlich aus dieser Rücksicht auf das praktische Staatsinteresse ist die Stellung Josephs zur Judenfrage zu erklären, philanthropische Gründe traten erst in zweiter Reihe hinzu. Die Juden sollten gezwungen werden, dem Staat nützlichere Dienste zu leisten, und dafür eine etwas günstigere soziale Stellung erlangen. An eine Emanzipation der Juden dachte Joseph noch gar nicht. Immerhin bedeuten die Judenpatente einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den Zuständen unter Maria Theresia, welche jede Ansiedlung von Juden schlechtweg verbot, da sie „keine ärgere Pesten vorn Staat kenne, als diese Nation".

Auf das Ansiedlungswesen nahm Joseph nicht minder eifrig Bedacht, als König Friedrich, und entsprechend seiner Lieblingsidee, dem deutschen Element zur Herrschaft in den Kronlanden zu verhelfen, wurde insbesondere die Ansiedlung von Deutschen in allen Ländern magyarischer und slavischer Zunge von Staats wegen unterstützt.

Im allgemeinen kann Josephs volkswirtschaftliche Politik als eine schutzzöllnerische bezeichnet werden. Gerade Oesterreich, so wurde gefolgert, mit seinem Reichtum an Naturprodukten aller Art könne sich am leichtesten frei machen vom Ausland; man brauche also nur die ausländische Konkurrenz abzuwehren, so werde die Produktion im Lande erstarken. Aber der ganze Staat müsse im Auge behalten werden; das gegen das Ausland abgeschlossene Zollgebiet soll alle Teile der Monarchie umschließen. „Die Zollschranken, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Provinzen hemmen, müssen fallen," — in diesen Worten kommt auch wieder sein Zentralisierungssystem zum Ausdruck, — „alle Erbländer müssen als eins angesehen werden, während bisher jeder Herr nur auf seine Herrschaft sehe, jeder Kreishauptmann nur auf seinen Kreis, jedes Land nur auf sein Wohl bedacht sei und kein Mensch das Ganze der Monarchie ins Auge fasse." Mit welchem — man kann sagen — leidenschaftlichem Eifer der Kaiser die gewerbliche Thätigkeit zu fördern suchte, wie unermüdlich er bemüht war, die Lebensbedingungen jedes einzelnen Fabrikationszweiges kennen zu lernen, bezeugen die von Meynert mitgeteilten Handbillets; andrerseits zeigt sich auch hier wieder, wie Joseph durch doktrinäres und despotisches Vorgehen nicht selten Schädliches schuf, wo er in menschenfreundlicher Absicht das Beste anstrebte. Ein wirklicher Aufschwung läßt sich in der Woll- und Leinwandindustrie in Böhmen, Mähren und Schlesien beobachten.

Ganz modern — wenn dieser Ausdruck gestattet ist — zeigt sich Joseph in seiner Handelspolitik. Auf Hebung des Verkehrs in den Donauländern und auf vorteilhafte Handelsverträge mit den befreundeten Staaten richtete er sein Hauptaugenmerk, und wohl mit Recht erklärt Adolf Beer, die handelspolitische Stellung Oesterreichs in den Balkanländern und im Orient würde sich weit günstiger entwickelt haben, wenn Josephs Nachfolger an ähnlichen Bestrebungen festgehalten hätten. [1])

Im Jahre 1786 erschien in der Monatsschrift „Deutsches Museum" eine Reihe von Artikeln „Aphorismen zur allgemeinen Kunde der gesamten kaiserlichen Staaten"; es darf wohl angenommen werden, daß die empfehlende Anzeige unmittelbar aus österreichischen Regierungskreisen stammte. Als goldene Frucht der sechsjährigen Regierung Josephs wird gefeiert, daß die Bevölkerung auf 19½ Millionen gestiegen sei; das glänzende Ergebnis sei nur zu erzielen gewesen durch treue Pflege der physischen und sittlichen Kultur, Duldung aller Religionsbekenntnisse, Aufhebung der Klöster, Zivilisierung der Juden und Zigeuner, Aufmunterung der Kolonisation, Errichtung neuer Fabriken und lebhafte Förderung des Handels.

Im Osten und im Westen Länderzuwachs zu erlangen, — dort, um der

[1]) Adolf Beer, Joseph II., im Neuen Plutarch, 9. Bd., 146.

Industrie und dem Handel der Kronlande ein neues Absatzgebiet zu schaffen, — hier, um durch Erwerbung einer rein deutschen Provinz dem deutschen Element im vielsprachigen Oesterreich den Supremat zu sichern: das waren die Zielpunkte für Josephs auswärtige Politik. Daraus erklären sich die Annäherung an Rußland und die Anschläge auf Baiern. In diesen Hauptpunkten verhielt sich jetzt auch Fürst Kaunitz nicht mehr ablehnend. Der Vergrößerungssucht Rußlands, erklärte er, könne nicht gesteuert werden, also müsse Oesterreich Hand in Hand mit Rußland Ländergewinn erstreben; ebenso werde es großen Vorteil bringen, Baiern gegen die Niederlande einzutauschen, da der Besitz an der weit abliegenden Nordseeküste immer eine gewisse Abhängigkeit von Frankreich mit sich bringe, die Abrundung durch Baiern dagegen den Kaiserstaat nach jeder Richtung selbständig mache.

Bei der Zusammenkunft mit der Zarin in Mohilew war zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei mächtigsten Ostreichen der Grund gelegt worden. Katharina hatte den ritterlichen, gescheiten Fürsten, der sich so freimütig und vertraulich zu geben wußte, in der That lieb gewonnen. „Ich käme niemals zu einem Ende", schrieb sie an Baron Grimm, „wenn ich Josephs Lob singen wollte; er ist der solideste, tiefste und geschickteste Kopf, den ich kenne; der muß früh aufstehen, der ihm den Rang ablaufen will!" Der günstige Eindruck war von Dauer. Noch lange nach Josephs Tod klagte sie die Oesterreicher an: „Sie hatten einen Adler, aber sie erkannten ihn nicht!" Auch Josephs Urteil über Katharina lautete im allgemeinen nicht ungünstig, aber er war überhaupt nicht der Mann, der sich durch persönliche Eindrücke und Neigungen beeinflussen ließ; er gab in Petersburg schöne Worte, weil er sich vom Zusammengehen mit Rußland glänzenden Vorteil versprach. In dieser Hoffnung bestärkten ihn Beteuerungen der Zarin, die keineswegs den thatsächlichen Verhältnissen entsprachen. Die Türkei wurde als ein unrettbar der Auflösung verfallenes Land geschildert; die Teilung des türkischen Besitzes auf der Balkanhalbinsel sei nur noch eine Frage der Zeit. Kaiser Joseph trug zwar, als wegen des Einfalls der Russen in die Krim der Krieg mit der Pforte unmittelbar bevorzustehen schien, trotz aller Freundschaftsschwüre Bedenken, für Wiederherstellung des griechischen Kaisertums seine Truppen zu opfern, aber er hielt durch seine Rüstungen und durch seine offene Parteinahme für die russischen Ansprüche die europäischen Mächte von thatkräftiger Unterstützung der Türkei ab, so daß im Divan selbst die Friedenspartei das Uebergewicht erlangte. Katharina erkannte willig an, daß Rußland den Oesterreichern, wenn diese auch nur Gewehr bei Fuß sich aufgestellt hatten, den Besitz der Krim zu danken habe. Nie werde Rußland säumen, schrieb sie am 1. Dezember 1783 an Joseph, ebenso dienstwillig das österreichische Interesse zu wahren, wie Joseph ihr zuliebe das russische gefördert habe. Und als Joseph darauf vertraulich eröffnete, die Gelegenheit zur Vergeltung sei schon gekommen, denn er trage sich mit der Absicht, die Niederlande gegen Baiern und das Erzstift Salzburg zu vertauschen, und Rußland werde dabei gute Dienste leisten können, gab die Zarin freundliche Zusage. Es sei ihr nur willkommen, daß sie ihr Versprechen einlösen könne; die Erstarkung Oesterreichs komme ja auch ihrem eigenen Staat zugute; sie habe unverzüglich

ihren Gesandten Romanzow beauftragt, am Zweibrückenschen Hofe für die Wünsche des Kaisers zu wirken.

Es war ein öffentliches Geheimnis, daß die Tauschverhandlungen mit Karl Theodor auch nach dem Teschener Frieden fortgesetzt wurden. Wenn sie nicht rascher den gewünschten Erfolg hatten, so lag die Schuld nur daran, daß man sich über die Höhe des Preises nicht einigen konnte; der Kurfürst verlangte die ganzen österreichischen Niederlande, der kaiserliche Gesandte Graf Lehrbach hoffte noch, die Forderung herabzudrücken. Der Widerstand des Kurfürsten wäre also durch weiter reichende Zugeständnisse zu besiegen gewesen, aber um den Teschener Vertrag unschädlich zu machen, mußte auch die Zustimmung der Zweibrückenschen Agnaten erlangt werden. Doch alle Versuche, den Herzog Karl August für den Tauschhandel zu gewinnen, blieben erfolglos, und auch die Vorstellungen des Grafen Romanzow führten nicht zum Ziel; als die Sprache der Unterhändler drohender wurde, legte der Herzog beim Reichstag gegen die „auf Entfernung des Wittelsbachischen Hauses aus dem deutschen Reich" zielenden Umtriebe des Wiener Hofes Verwahrung ein und nahm die Hülfe des Königs von Preußen in Anspruch. Die ungewöhnlich heftige Ausdrucksweise, deren sich König Friedrich in den Verhandlungen wegen der ländergierigen, despotischen Anschläge des Kaisers bedient, verrät seine Erregtheit. Mit jugendlichem Ungestüm rüstete er sich zur Abwehr. „Zum Schutze der deutschen Freiheit" griff er auf die schon früher im preußischen Ministerium und im diplomatischen Verkehr mit andren deutschen Staaten mehrfach erörterte Idee eines „Fürstenbundes nach dem Vorbild desjenigen von Schmalkalden" zurück. Gegen die Tyrannei des Kaisers, erwidert er auf abmahnende Vorstellungen Hertzbergs, helfe nur festes Zusammenhalten aller bedrohten Staaten, gleichwie ja niemand im stande sei, ein Pferd auf einmal des ganzen Schweifes zu berauben, während dies leicht zu erreichen sei, wenn ein Haar nach dem andern ausgezogen werde.

Der Hülferuf des Herzogs von Zweibrücken, der fest und feierlich erklärte, er wolle lieber unter den Ruinen seines Landes sein Grab finden, als zu ungerechter Gewaltthat seine Zustimmung zu geben, rief auch bei den übrigen Reichsständen lebhafte Aufregung wach. Unter dem Eindruck dieser Stimmung gelang, was sonst wohl keine Kunst preußischer Diplomaten, keine Waffenthat preußischer Heere zu stande gebracht hätte: die Vereinigung geistlicher und weltlicher, katholischer und protestantischer Reichsstände unter Schutz und Leitung Preußens. Am 23. Juli 1785 wurde der von Hertzberg entworfene und vom König selbst verbesserte „Entwurf einer reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten" von Brandenburg, Sachsen und Hannover angenommen, und binnen kurzem trat die Mehrheit der Reichsstände, darunter auch der Kurfürst und Erzbischof von Mainz, dem Bündnis bei. Umsonst stellte Joseph seine Umtriebe am Münchener Hofe in Abrede und beschwerte sich über die arglistigen Verdrehungskünste des Berliner Kabinetts. „Wenn der König von Preußen die Hölle gegen mich aufhetzen könnte, so würde er es gewiß thun, ohne auf die Folgen zu achten; mag daraus entstehen, was da will, wenn nur er seine Wut auslassen kann!"

Doch diese Klagen änderten nichts an der Thatsache, daß Joseph eine

schwere Niederlage erlitten hatte. Zur Zeit des baierischen Erbfolgekriegs hatte Joseph den König von Preußen seinen „Gegenkaiser" genannt; jetzt nahm Friedrich in der That eine solche Stellung ein. Von allen Seiten wurde dem „Retter der deutschen Freiheit" zugejubelt.[1]) Die „Darstellung des Fürstenbundes" von Johannes Müller ist ein begeisterter Aufruf zum Kampf wider die österreichische Weltmonarchie. „Der Fürstenbund ist, wenn er seine Aufgabe löst, der Stolz der Gegenwart, die Hoffnung der Zukunft."

„Wer für das Gesetz ist," schrieb Ernst Posselt, „für den ist der teutsche Bund; wer wider das Gesetz ist, wider den ist der teutsche Bund; er ist für die Verfassung des Reichs, was für ein ehrwürdiges Gebäude aus den Zeiten der Vorväter die starken Säulen sind, womit der Enkel es unterstützt! .... Vorbei ist jetzt die Zeit der Ferdinande und Karl, die Zeit der eisernen Gewaltthat!" Nicht bloß war der nächste Zweck der Vereinigung, die Einverleibung Baierns zu verhüten, glücklich erreicht: der Fürstenbund von 1785, der Sieg der konservativen und territorialen Politik Friedrichs über Josephs imperialistische Tendenz hatte eine noch weit wichtigere Bedeutung. Zum erstenmal tauchte in deutschen Politikern der Gedanke einer Einigung Deutschlands mit Ausschluß Oesterreichs und unter Führung Preußens auf, der Gedanke, der immer festere Wurzeln trieb, bis das Jahr 1871 die Erfüllung brachte. Schon König Friedrich selbst erkannte die Tragweite seiner moralischen Eroberung; der Fürstenbund wurde Eckstein eines neuen politischen Systems: während gerade Friedrich bisher darauf hingewirkt hatte, das Verhältnis Preußens zum Reich zu lockern und bedeutungslos zu machen, sollte fortan deutsche Politik der Grundpfeiler der europäischen Machtstellung Preußens sein.

Und während Joseph durch unvorsichtige Bedrohung der Integrität des Reichsgebiets seinen Einfluß in Deutschland einbüßte, tauchten neue Gefahren auf, die den Bestand der österreichischen Monarchie selbst in Frage stellten.

Das nämliche Volk, das den Thronfolger Joseph vergöttert hatte, war, kaum daß der Ersehnte den Thron bestiegen hatte, verstimmt, mißtrauisch, unzufrieden. Früher war er der Träger aller Hoffnungen, der Vermittler zwischen Regierung und Volk gewesen; der Selbstregent, der sich in seiner „stuartisierenden" Weise, wie Schlözer rügte, alles zu wissen und alles zu thun vermaß, war fast allen unbequem. Es trat zu Tage, wohin ein unitarisch-absolutistisches Regierungssystem trotz der redlichsten Absichten des Regenten nur zu leicht führt: zu bureaukratischer Bevormundung. Ein Fürst, der auch Gedanken und Gefühle der Unterthanen zum Guten lenken will, erscheint gleichmäßig den Freunden des Guten wie des Bösen als Hindernis der Freiheit und des Glücks.

Besonders unzufrieden war man in Ungarn. Die Idee, aus den ver-

---

[1]) Behauptungen des Abenteurers Trenck sind nicht ernsthaft zu nehmen, doch ist immerhin für die allgemeine Furcht vor der „Habgier" Josephs bezeichnend, daß Trenck das Märchen auftischt, der „Kapitän-Bassa" in Konstantinopel habe dem preußischen Gesandten den zwischen Oesterreich und Frankreich verabredeten Plan einer Teilung Deutschlands enthüllt, und zur Abwehr dieses Unheils sei der Fürstenbund gestiftet worden. (Trenck contra Mirabeau, 36.)

schiedenartigen Bestandteilen der österreichischen Monarchie einen einheitlichen Staat zu bilden, war das Vermächtnis Maria Theresias. Joseph ging aber, um zu diesem Ziel zu gelangen, allzu hastig, allzu rücksichtslos gegen Tradition und historische Rechte vor. Der Zumutung, sich als König Ungarns in Preßburg krönen zu lassen, setzte er ein barsches Nein entgegen; die Krone des heiligen Stephan ließ er nach Wien bringen und gewissermaßen als Kuriosität in der Schatzkammer niederlegen. Den ungarischen Reichstag rief er nicht mehr zusammen; die Komitatsversammlungen wurden durch kaiserliche Kommissionen ersetzt. Das Deutsche wurde zur alleingültigen Geschäftssprache erhoben. „Die deutsche Sprache ist Universalsprache meines Reiches," schrieb er an einen Magnaten, „ich bin Kaiser des deutschen Reiches, demzufolge sind die übrigen Staaten, die ich besitze, Provinzen, die mit dem ganzen Staate in Vereinigung einen Körper bilden, wovon ich das Haupt bin . . . Wäre das Königreich Ungarn die wichtigste und erste meiner Besitzungen, so würde ich die Sprache desselben zur Hauptsprache meiner Länder machen; so aber verhält es sich nicht."

Für die Entwickelung und Ausbreitung der deutschen Sprache ist die Vorliebe Josephs für deutsches Sprachtum, die als Gegenstück zu Friedrichs des Großen Abneigung wohlthuend anmutet, epochemachend geworden. Die Magyaren fühlten sich aber gerade durch die Zurücksetzung ihrer Landessprache am schwersten verletzt.[1]) Der ungarische Adel machte wie ein Mann Front gegen den Kaiser; da und dort wurden die Steuern verweigert; in Siebenbürgen kam es 1784 zu Unruhen, die nur mühsam durch Waffengewalt gedämpft wurden.

In den deutschen Provinzen stand es nicht viel besser. Hier gab es eine radikale Partei, denen sogar das Tempo der Josephinischen Reformen im Interesse der Aufklärung noch zu schleppend erschien. So wird der Kaiser z. B. in einer Flugschrift „Ein Verteidiger des Volks an Kaiser Joseph" (1785) „ein hinter seiner Zeit zurückgebliebener Despot" genannt; man bediene sich in Oesterreich großer Worte, liebäugle aber immer noch mit dem Alten, wie in der Zeit der Ferdinande; insbesondere die Verordnung gegen die Auswanderung verdiene als „Brandmal der Sklaverei" verurteilt zu werden.

Weit zahlreicher aber waren die frondierenden Gegner der kirchlichen Neuerungen, als deren Haupt der Erzbischof von Wien, Kardinal Migazzi, anzusehen war. Josephs Wunsch, die „apostolische Einfachheit" des christlichen Gottesdienstes wiederhergestellt zu sehen, rief eine Reihe von Verordnungen hervor, die von den Gläubigen als unerträgliche Einmischung der weltlichen Gewalt aufgefaßt wurden. Zahl und Form für die Gottesdienste wurden aufs genaueste vorgeschrieben, Amulette, Rosenkränze ꝛc. verboten; in der Christnacht durfte keine

[1]) Merkwürdigerweise wurde das Sprachedikt auch von Deutschen in Ungarn verurteilt. In Schlözers Staatsanzeiger (Jahrg. 1788, 339) führt ein in Ungarn lebender Deutscher, Matthias Rath, bittere Klage über den „unseligen Gedanken", in den österreichischen Staaten, in denen das deutsche Element keineswegs die Oberhand habe, das Deutsche zur Staatssprache zu erheben. Die unerträgliche Vergewaltigung sei nur den evangelischen Deutschen in Ungarn zuliebe angeordnet, obwohl diese als der ungebildetste Teil der österreichischen Bevölkerung gelten müßten.

Mette besucht, am Johannistag kein Sonnwendfeuer angezündet, bei den Prozessionen nicht mehr geschossen werden; aller unnötige Zierat in den Kirchen, alle Martertafeln, Feldkreuze und ähnliches „solches Gezeug" sollten verschwinden. Böses Blut machte namentlich eine im Interesse der Gesundheitspflege erlassene Verordnung vom 26. Juni 1784, wonach alle Verstorbenen, hohen, wie niederen Standes, in Leinwandsäcke eingenäht, mit Kalk besprengt und dann ohne Truhen in die Erde gelegt werden sollten. Als von allen Seiten Verwahrungen einliefen, nahm die Regierung das Mandat zurück, doch nicht ohne neuerdings zu verletzen durch den Spott, es habe sich nicht voraussehen lassen, welch hohen Wert die Leute darauf legten, daß ihre Körper länger ein stinkendes Aas blieben!

Solche Uebertreibungen und Uebergriffe reizten sogar Ausländer und Protestanten zu heftigem Widerspruch. Die leidenschaftlichsten Anklagen richtete der Verfasser der rasch berühmt gewordenen Geschichte der Eidgenossenschaft, Johannes Müller, gegen den „gekrönten Revolutionär", gegen den „Friedensstörer, der Staat und Kirche aus den Angeln reiße". Alle Welt war erstaunt, in einer durch die Reise Pius' VI. nach Wien veranlaßten Schrift des protestantischen Schweizers eine Verherrlichung der katholischen Hierarchie auf Kosten des freiheitsfeindlichen Kaisertums zu finden. „Ohne die Hierarchie hätte Europa keine Gesellschaft, welche, geschähe es auch wegen ihres eigenen Vorteils, über den allgemeinen Vorteil unaufhörlich wachen müßte. Von dem an war eine Freistatt wider den Zorn der Potentaten: der Altar; es war eine Freiheit wider den Mißbrauch des priesterlichen Ansehens: der Thron; und in dem Gleichgewicht lag öffentliches Wohl. Von dem an konnte jeder seinen Herrn wählen unter mehreren Fürsten: solang die Welt einem einigen diente, war Freiheit nur, wo Cato sie fand." Freilich war auch bei dieser Schwenkung Müllers das persönliche Interesse im Spiel. Indem er die eben genannte Schrift dem Kardinal Albani übersandte, bot er seine Feder zur Verteidigung des päpstlichen Stuhles und der Religion förmlich an, fügte aber mit wunderlicher Unbefangenheit hinzu: „Allein, wenn diese Partei nicht will, daß ich ihrer Sache mein Talent widme, wäre es klug von mir, mich mit der andern Partei zu entzweien?" Auch nachdem die Aussicht, in Rom zu Einfluß und Würden zu gelangen, geschwunden war und damit der schwärmerische Religionseifer des Historikers sich verflüchtigt hatte, setzte er den Federkrieg gegen Kaiser Joseph — vorwiegend in preußischem Interesse — fort. Die schon erwähnte Schrift über den Fürstenbund bekämpft ebenso den Religionsverächter, wie den Feind der deutschen Freiheit. „Es ist immer patriotisch, wider Ideen, die sich gegen die Gesetze erheben, mißbilligend zusammenzutreten!" ... „Wenn die Hierarchie ein Uebel wäre, besser doch als Despotie! Sie sey eine leimene Mauer, sie ist's doch gegen Tyrannei; der Priester hat sein Gesetz, der Despot hat keins!"

Auch im Kaiserstaat selbst kam es da und dort zu Kundgebungen gegen Josephs Kirchenpolitik. Noch immer liefen von geistlichen und weltlichen Behörden, Prälaten und Schriftstellern Verwahrungen gegen das Toleranzpatent ein. Eine Flugschrift „Ob Seine Majestät die Toleranz einführen können?" bestritt dem Landesherrn das Recht, andere Bekenntnisse zu dulden, denn es sei seine Pflicht, zu verhüten, daß seine Bürger nach dem Tode der Teufel hole.

Als die erste evangelische Kirche in Wien fertig gebaut war, fand sich alsbald ein Pasquill angeheftet, das den Kaiser als Verführer der Braut Christi verlästerte. Joseph ließ die Schmähschrift drucken und zum Besten der protestantischen Armen öffentlich verkaufen.[1]) Was nützte es, daß er zugleich eine Erklärung erließ, er beabsichtige als gehorsamer Sohn der katholischen Kirche nicht ihre Schädigung, nur ihre Reinigung? Wer gegen religiöse Ueberzeugungen kämpft, darf nicht an kühle Ueberlegung appellieren! „Der Kaiser," so urteilt ein englischer Diplomat, „achtet nicht genug auf die allgemeinen Vorurteile und Schwächen der Menschen, räumt ihnen zu wenig ein und bedenkt zu wenig, mit welcher außerordentlichen Vorsicht allgemeine Neuerungen, selbst wenn sie weise sind, eingeführt werden müssen. Er fühlt nicht genug, daß der geringste Schein einer Unterdrückung ein wahres Uebel ist, weil die Menge ebenso sehr vor dem Scheine flieht, wie sie vor wirklicher Unterdrückung fliehen würde." Durch die in den Kultus eingreifenden polizeilichen Anordnungen und Verbote fand sich das Volk in seiner Andacht, in seinen heimatlichen Anschauungen, in liebgewordenen Gewohnheiten verletzt. Die meisten Verbote blieben einfach unbeachtet, besonders an Orten, die nicht unmittelbar unter Aufsicht der Regierung standen; der Ausführung wurde da und dort sogar Widerstand entgegengesetzt. Als in der Hauptkirche des tirolischen Städtchens Hall auf kaiserlichen Befehl ein paar Seitenaltäre abgebrochen werden sollten, rotteten sich Bürger und Bauern zusammen, „um das Heiligtum gegen Absolons Söhne zu schützen", und vertrieben die Arbeiter aus der Kirche. Weit gefährlichere Folgen hatte der Kulturkampf in den Niederlanden. Hier blieb es nicht bei Protesten und Demonstrationen, hier kam es zu blutigem Aufruhr. Brüssel sah das Vorspiel der grauenhaften Tragödie, deren Schauplatz bald der prunkvolle Wohnsitz der Könige Frankreichs werden sollte!

In diesen Tagen, da sich gleichsam der erste Zug an der Sturmglocke der Revolution vernehmen ließ, starb Friedrich II.

Kaiser Joseph hatte ehedem auf den Tod seines Nebenbuhlers weitreichende Hoffnungen gesetzt, und sein Kanzler hatte ihn darin bestärkt, indem er erklärte, es gebe wohl eine Großmacht Friedrich II., aber keine Großmacht Preußen; wenn Preußen jenen Regenten nicht mehr an der Spitze habe, werde sich bald zeigen, wer der Herr im Reiche sei.

Doch jetzt, da diese Wendung eingetreten war, nahmen den Kaiser ganz andre Aufgaben in Anspruch. Es galt, der wachsenden Unzufriedenheit im Lande Herr zu werden und den Abfall ganzer Provinzen zu verhüten. Im guten Glauben an sein Recht und von der Ueberzeugung beseelt, daß die Rücksicht auf das Staatswohl jede andere ausschließe, trat Joseph mit schonungsloser Strenge auf. Wie ein Philipp II. hielt er militärische Maßnahmen für ausreichend, um der Gefahr die Spitze zu bieten; doch er mußte die Erfahrung machen, daß die absolute Monarchie sich ausgelebt habe und eine *neue* Zeit auch neue Regierungsgrundsätze erheische.

[1]) So wird auf dem Titelblatt behauptet; Nicolai hält auf Grund genauer Information die Behauptung für erdichtet. (Reise durch Deutschland, III, 29.)

Dritter Abschnitt.

Der Thronwechsel in Preußen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

Als Friedrich Wilhelm II. am 17. August 1786 die Regierung übernahm, begrüßte ihn das preußische Volk mit frohen Hoffnungen. Auch in jenen Kreisen, denen es nicht an Verständnis für die Größe des Vorgängers mangelte, war eine Stimmung vorherrschend, die wohl am besten durch Schlözers Wort gekennzeichnet wird: „Der gütige König (Friedrich Wilhelm) wird wohl nie die furchtbare Größe seines Oheims erreichen, aber in Güte des Charakters und Herzens und in ernstlicher Beglückung seiner Unterthanen läßt er ihn weit zurück.“ [1]) Das Hamburger Politische Journal erwähnt aus einer kurz vorher erschienenen Studie eines Franzosen über Friedrich II. ein günstiges Urteil über den Thronfolger: derselbe sei ein Mann „von angenehmem, zugleich Ehrfurcht erweckendem Ansehen, ziemlich kaltem, natürlich ernsthaftem Charakter, starker Urteilskraft, über jede Eitelkeit erhaben“; es sei zwar nicht unbedenklich, daß er das gesellige Vergnügen ungemein liebe und für die Schönheit in Kunst und Natur allzu starken Affekt hege, aber auch diese Fehler würden ihn nicht hindern, ein ebenso großer General wie guter König zu werden. [2]) Ganz anders freilich urteilte und prophezeite ein anderer Franzose, dessen Scharfblick nicht in Zweifel gezogen werden kann, Graf Mirabeau, der als geheimer Emissär der französischen Regierung in Berlin weilte und für Ludwig XVI., Talleyrand und Calonne Stimmungsberichte entwarf: „Was ich für das Ganze prophezeien kann? Nichts als Schwäche und Verwirrung. So viel scheint sicher, daß die kleinen Intriguen, die schönen Künste, die Blauröcke, die Subalternen, die Garderobiers und vorzüglich die Sekte der Illuminaten den neuen König am Gängelband haben!... Hat der neue König ein System? Ich glaube es nicht! Hat er Verstand? Ich

[1]) Schlözers Staatsanzeigen, Jahrg. 1786, 438.

[2]) Politisches Journal, Jahrg. 1786, 26.

bezweifle es. Hat er Charakter? Ich weiß es nicht!“ [1]) Mirabeaus Schilderungen sind aber nur mit äußerster Vorsicht aufzunehmen; er war verstimmt, weil sein aufdringliches Anerbieten, dem neuen Monarchen als Mentor zur Seite zu treten, unbeachtet geblieben war und weil er sehen mußte, daß nicht Prinz Heinrich, der Freund und Gönner des Franzosentums in Litteratur und Politik, sondern Graf Hertzberg, der überzeugungstreue Anhänger des Bündnisses mit England, maßgebenden Einflusses bei Friedrich Wilhelm sich erfreute. Allerdings zeigt sich auch Graf Hertzberg nicht als aufrichtiger Freund der Wahrheit, wenn er seinen Nachruf an den großen Friedrich mit der feierlichen Erklärung schließt, die Nation könne sich getrost vor Augen halten, daß der Verstorbene durch Beispiel und Lehre einen Nachfolger herangebildet habe, in welchem er nach seinem eigenen Zeugnis wieder aufleben werde. [2]) Und doch wußte Hertzberg am besten, daß König Friedrich von seinem Neffen nur geringe Meinung gehegt hatte und daß Friedrich Wilhelm gerade in rückhaltloser Umkehr von der äußeren und inneren Politik seines Vorgängers für den Staat das Heil, für sich den Weg zum Ruhme erblickte. Vorsichtiger und deshalb richtiger urteilte der kaiserliche Gesandte am Berliner Hofe, Fürst Reuß, über den Thronerben kurz vor dessen Regierungsantritt: „Soviel ich die Gemütseigenschaften des Kronprinzen zu beurteilen mich unterfangen kann und dazu Gelegenheit hatte, so scheinen Redlichkeit und Wohlwollen seinen Charakter zu bestimmen. Er ist überaus herablassend und leutselig und hat dabei einen edlen Anstand ... Ob er einen festen und standhaften Charakter wirklich habe und in diesem Falle (gegenüber Günstlingen) beibehalten werde, muß sich erst zeigen.“ [3])

Friedrich Wilhelm, geboren am 25. September 1744 in Berlin, war der Sohn des ältesten Bruders König Friedrichs II., jenes unglücklichen Prinzen August Wilhelm, der durch eine im Juli 1757 in Böhmen erlittene Schlappe die Ungnade des Bruders auf sich geladen hatte und bald dem Schmerz über die unverdiente Kränkung erlegen war. Nun konnte sein ältester Sohn, Friedrich Wilhelm, als Erbe des Thrones gelten; der Oheim selbst nahm sich der Erziehung des Knaben wenig an, ließ ihn aber durch tüchtige Lehrer unterrichten. Dem Geschmack der Zeit und der Richtung des Königs entsprechend, mußte die Muttersprache hinter der französischen zurückstehen; Friedrich Wilhelm vermochte sich denn auch in deutscher Sprache nicht viel gewandter auszudrücken als sein Oheim; doch während dieser sein lebenlang französischer Sprache und Litteratur den Vorzug einräumte, hegte der Neffe entschiedenen Widerwillen gegen das welsche Schrifttum. Der Kronprinz entwickelte sich zu einem Jüngling von seltener Schönheit; trotzdem wendete der König dem reicher begabten und aufgeweckteren jüngeren Bruder Heinrich wärmere Neigung zu und verhehlte nicht, daß er diesem lieber die Krone zuwenden würde. Als an

[1]) Geheime Geschichte des Berliner Hofes oder Briefwechsel eines reisenden Franzosen vom 2. Juni 1786 bis zum 19. Januar 1787. A. D. Franz, S. 64.

[2]) Hertzberg, Mémoire sur la dernière année de la vie de Fréderic II., 4: „qui le recommence, selon sa propre expression, qui continue son administration dans les mêmes principes en les rectifiant, lorsque l'imperfection humaine le rend nécessaire.“

[3]) G. Wolf, Oesterreich und Preußen von 1780—1790, 223.

Friedrich Wilhelm ein stark ausgeprägter Hang zur Sinnlichkeit zu Tage trat, mußte er sich, erst 21 Jahre alt, auf des Königs Befehl mit Elisabeth von Braunschweig vermählen, aber die erzwungene Ehe wurde von beiden Gatten als drückende Last empfunden. Dagegen sah der Liebesbedürftige alles Glück der Erde in vertrautem Umgang mit einem bürgerlichen Mädchen, dem damit das traurige Los zufiel, als „Preußens Pompadour" in der Geschichte zu erscheinen. Wilhelmine Enke, die Tochter eines Hofmusikers, wußte den Prinzen durch glückliche Unterhaltungsgabe und hübsche Gestalt an sich zu fesseln, und das Verhältnis mit der durch Scheinehe mit einem Kammerdiener Rietz verbundenen, 1796 zur Gräfin Lichtenau erhobenen Gunstdame erhielt sich, wenn auch unter wechselnden Formen, bis zum Ableben Friedrich Wilhelms. Die Schmeichelreden in huldigenden Briefen, die an die Gräfin in den Tagen ihres Glückes gerichtet wurden,[1]) haben nicht mehr Wert als die höhnischen Auslassungen über „Madame Mind", „Gräfin Dunkelheim" 2c. in den gegen sie gerichteten Pamphleten; immerhin dürfte die warme Teilnahme, die auch von unabhängigen geistvollen Männern, u. a. von Lavater,[2]) der Gräfin gewidmet wurde, als Beweis gelten, daß sie in jungen und alten Tagen in der Kunst, zu gefallen, eine Meisterin war. Je unwiderstehlicher sich der Prinz zur Freundin hingezogen fühlte, desto unleidlicher wurde ihm das eheliche Band, und als dasselbe 1769 gelöst worden war, gestaltete sich auch die zweite Ehe mit Luise von Hessen um nichts erfreulicher.

Wohl kaum aus innerem Drang, sondern nur dem Oheim zu Gefallen knüpfte Friedrich Wilhelm 1770 mit Voltaire einen Briefwechsel an; das Thema, die Frage von der Unsterblichkeit der Seele, mag den Prinzen angezogen haben, aber die Briefe an den Philosophen rühren nicht von ihm selbst her, sondern sind von seinem alten Lehrer, dem Schweizer Beguelin, aufgesetzt.

Daß König Friedrich den Neffen schlecht, ja schimpflich behandelt habe, ist nur eine Sage, die hauptsächlich auf die wenig verlässige Erzählung Dampmartins, des Hofmeisters im Hause der Madame Rietz, zurückzuführen ist.[3]) Der König zeichnete ihn sogar bei manchen Gelegenheiten aus; unter anderem nahm er ihn zur Zusammenkunft mit Kaiser Joseph nach Mährisch-Neustadt mit. „Ein junger Mann von stattlicher Erscheinung und gutmütigem Wesen," so schildert Herzog Albert von Sachsen-Teschen in seinen Memoiren den Kronprinzen von Preußen, den er in Neustadt kennen gelernt hatte, „doch von irgend welchen hervorragenden Anlagen konnte ich nichts an ihm entdecken." Nicht anders urteilte König Friedrich selbst. Zwischen Oheim und Neffen bestand ein natürlicher Gegensatz, der eine aufrichtige Neigung von vornherein ausschloß. Die weiche, zu Gefühlsschwärmerei neigende Gemütsart Friedrich Wilhelms war in den Augen des Königs ein Fehler, während dem Prinzen für die opfer-

---

[1]) In großer Zahl mitgeteilt im zweiten Band der Apologie der Gräfin Lichtenau. (Leipzig 1808.)

[2]) Apologie, II, 191, 196.

[3]) Quelques traits de la vie privée de Fréderic Guillaume III. par A. H. Dampmartin (1811), 7.

willige Pflichttreue, wie für den Wahrheitseifer des Königs, der allein ihn dem Christentum entfremdet und in die Arme der französischen Aufklärungsphilosophie getrieben hatte, das Verständnis mangelte. Dazu kamen noch andere Momente. Dem sparsamen König war es ein Greuel, daß der Neffe dem Hang zu Vergnügen und Freigebigkeit nicht bloß seine Einnahmen opferte, sondern bei Berliner Kapitalisten, ja sogar bei fremden Höfen Geld borgte; 1775 erbat sich der preußische Thronfolger in Wien ein Darlehen von 100 000 Dukaten, und Kaiser Joseph bewilligte dasselbe, obwohl es ihm nicht unbedenklich erschien, da der Prinz auch schon von seiner Schwester, der Prinzessin von Oranien, sowie von der französischen Regierung große Summen entliehen hatte. König Friedrichs Leben war ein unausgesetztes Schaffen und Wirken zum Wohl seines Staates; dagegen hatte der Thronerbe zwar ein hohes Bewußtsein seiner von Gott verliehenen Stellung, aber wenig Interesse an ernster Beschäftigung, an wissenschaftlichen Studien oder militärischen Uebungen. Den strengen König fürchteten alle, auch diejenigen, die ihn liebten; dem gutmütigen Prinzen war niemand gram, aber er genoß nicht die Achtung, ohne welche aufrichtige Liebe nicht denkbar ist. Denn er war allzu unbeständig und unselbständig; insbesondere wenn es sich um Religion oder um Frauen handelte, war er von beklagenswerter Schwäche. Abgestoßen vom trockenen Rationalismus, sprang er ins andere Extrem über; er überließ sich religiöser Schwärmerei und glaubte sein und seiner Unterthanen zeitliches und ewiges Heil am besten zu fördern, wenn er sich von Erleuchteten, die sich des unmittelbaren Verkehrs mit der Gottheit zu rühmen hatten, in religiösen Fragen und weltlichen Geschäften leiten ließ. Es war ja die Zeit der Offenbarungen Swedenborgs, der Wunderkuren Gaßners, der Entzückungen Jung-Stillings, der empfindsamen Kundgebungen Lavaters, die Zeit, in welcher Hunderttausende sehnsüchtig und vertrauend den Lehren lauschten, die über das Hereinragen einer Geistersphäre in unsere Welt Aufklärung in Aussicht stellten.

Allein auch dieser in Friedrich Wilhelm besonders stark entwickelte, religiöse Drang nach übersinnlichen Gnadenwirkungen hielt ihn nicht ab, sinnlichen Neigungen zu fröhnen, und so wurde er immer abhängiger von jenen Listigen, die den einen oder den anderen Trieb sich dienstbar zu machen wußten.

Madame Rietz hatte auf Befehl des Königs die Hauptstadt verlassen und ein Landhaus in Charlottenburg bezogen. Hier gab es Feste und heitere Schauspiele, hier fanden sich aber auch geistliche und weltliche Würdenträger zu ganz anderen Zwecken ein. Hier versammelten sich, als der Gesangbuchstreit die Gemüter mächtig erregte, die Gegner der vulgären Aufklärung und der christuslosen Philosophie, die am Lehrbegriff der Bekenntnisschriften der Reformation gegenüber der modernen Kritik festhielten; hier wurden die Streitschriften gegen die Allgemeine deutsche Bibliothek und die Berliner Monatsschrift beraten; es trat zum erstenmal zu Tage, welche Hoffnungen sich an den künftigen Regenten Preußens knüpften.

Im baierischen Erbfolgekrieg fand der Kronprinz Gelegenheit, Proben seiner Tapferkeit abzulegen. Nach dem Gefecht bei Trautenau sprach sich Friedrich in überraschend herzlichen Worten über den Anteil seines Neffen am

glücklichen Erfolg des Tages aus. Es schien sich eine vertraulichere Annäherung zwischen beiden vorzubereiten, allein der günstige Eindruck verlor sich wieder infolge des Mißlingens der Mission nach Petersburg. Friedrich Wilhelm vermochte nicht die Zarin, die durch den geistvollen Joseph gewonnen worden war, zu Gunsten Preußens umzustimmen, ja, Katharina verhehlte gar nicht, daß sie den Prinzen, der seit der vielversprechenden Jugendzeit nur an Embonpoint, aber nicht an Geist zugenommen habe, herzlich gering schätze. Der Mißerfolg in Petersburg wirkte auf das Verhältnis zwischen Oheim und Neffen ungünstig zurück, und wenn dieser überhaupt die Hoffnung gehegt hatte, einen seiner Stellung entsprechenden, wichtigeren Wirkungskreis zu erlangen, so sah er sich darin enttäuscht. Der Aufenthalt am Hofe, wo die Abneigung des Königs bekannt war, konnte nur lästig sein, der Dienst in der großen Kaserne Potsdam gewährte ihm keine Befriedigung, zu wissenschaftlichen Studien fühlte er sich nicht hingezogen, — um so enger schloß er sich also an „Freunde" an. Neben Madame Rietz, der er, wie der Apologet Dampmartin sagt, „die Zärtlichkeit eines Vaters, die Treue eines Freundes, die Leidenschaftlichkeit eines Geliebten zuwendete," gewann immer stärkeren Einfluß ein aus Sachsen gebürtiger verabschiedeter Offizier, der ihm während der Campagne in Böhmen näher getreten war, Johann Rudolf von Bischoffswerder. Durch ihn wurde der Kronprinz in den Orden der Rosenkreuzer eingeführt. Dieser im 17. Jahrhundert von schwäbischen Theologen, vermutlich in Tübingen gestiftete, auch in Norddeutschland weit verbreitete Geheimbund rühmte sich des Besitzes einer uralten Theosophie und besonderer geheimer Wissenschaften und Künste, die der angebliche Stifter, Christian Rosenkreuz, von indischen Brahmanen und ägyptischen Priestern erlernt haben sollte. Im allgemeinen scheint der Orden eine katholisierende Richtung verfolgt zu haben, ja, er wurde geradezu mit dem zwar aufgehobenen, aber nicht erloschenen Orden der Jesuiten in Zusammenhang gebracht.[1]) Dem nach Berlin verpflanzten Zweig läßt sich solche Tendenz nicht nachweisen, dagegen gefiel man sich hier in spiritistischem Spuk und alchimistischen Experimenten. Ob Bischoffswerder die geheime Genossenschaft nur zu ehrgeizigen Zwecken ausbeuten wollte, ob er an die ausgekramten Mysterien und Wunder glaubte, ist nicht festzustellen; jedenfalls wußte er seinen Strebegeist geschickt zu verbergen. Niemand ahnte, daß dieser Falstaff ohne Humor, der nur für Wiederherstellung der alten Rechtgläubigkeit und die Freuden einer wohlbesetzten Tafel Interesse zeigte, einst eine so bedeutsame Rolle im Staate spielen werde. Vorerst begnügte er sich damit, der wenig beachtete Freund des einflußlosen Prinzen zu sein, und das Vertrauen des Bruders Ormesus Magnus — so stolzen Namen führte der fürstliche Genosse im Kreise der Fratres roseae et aureae crucis — zu seinem uneigennützigen Freunde und Führer wuchs, seit er sich durch das Allheilmittel des Vaters Rosenkreuz von einem lästigen Geschwür befreit glaubte.

Und noch ein anderes Mitglied der Brüdergemeinde wußte sich dem Prinzen unentbehrlich zu machen, ein Mann von hoher Begabung, aber intrigant und

[1]) Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit, V, 47.

herrschsüchtig, Johann Christoph Wöllner. Derselbe hatte Theologie studiert und war als Pfarrer der herrschenden aufgeklärten Richtung zugethan gewesen. Er trat auch als Schriftsteller für die landwirtschaftlichen Reformen König Friedrichs auf, aber die Absicht, sich den König geneigt zu machen, wurde nicht erreicht; Friedrich konnte dem „betriegerischen und intriganten Pfafen" nicht verzeihen, daß der Bürgerliche die Hand der Tochter eines Generallieutenants erschlichen habe, und wies ein Gesuch um Verleihung des Adels mit höhnischen Worten ab. Dagegen erlangte Wöllner, nicht bloß durch einflußreiche Freunde, sondern auch durch seine tüchtigen wirtschaftlichen Schriften empfohlen, bei Prinz Heinrich eine Anstellung als Kammerrat. Erst in vorgerücktem Mannesalter trat er in den Rosenkreuzerorden ein, und bald zählte der bekehrte Rationalist zu den angesehensten Weisen der Loge. Mit phantastischen Versuchen, die Universaltinktur zu gewinnen, gingen sehr praktische Bestrebungen, bei welchen Ormesus Magnus die erste Rolle spielte, Hand in Hand. Schon am 30. November 1780 schreibt Bischoffswerder an einen „Oberdirektor" Bruder Rufus: „Aeußerte F. W. für den hochwürdigen Bruder Heliconus (Wöllner) viel Liebe und Zutrauen." Der wohlmeinende Prinz war hocherfreut, den Mann gefunden zu haben, mit dessen Hülfe er einst im stande sein werde, den schwierigen Anforderungen des Herrscheramts ehrenvoll zu genügen. Wöllner hielt dem Prinzen Vorlesungen über Regierungskunst; die hier ausgesprochenen Mahnungen und Warnungen wurden später die Richtschnur für Friedrich Wilhelms Regierungsthätigkeit. Von den Grundsätzen Friedrichs II., so verlangte der Lehrer, muß zur inneren Politik Friedrich Wilhelms I., von den Irrungen der französischen Aufklärung muß zur „reinen Religion Jesu" zurückgekehrt werden, und das erste und beste Mittel, Religion und Moral wieder in Achtung zu setzen, ist das Beispiel des Oberhauptes.

Man hat in Wöllner einen verkappten „Sendling Roms" gewittert, aber die Beschuldigung ist völlig unbegründet.[1]) Auch vertrat er in ökonomischen und sozialen Fragen durchaus nicht ein reaktionäres Programm; er empfahl Aufhebung der Leibeigenschaft, Begünstigung eines freien Bauernstandes gegenüber dem allzu mächtigen Großgrundbesitz, Verbesserung der sozialen Stellung der Juden, Abschaffung der Werbung im Ausland, Stiftung von humanitären Anstalten und andere in Oesterreich von Joseph II. ins Leben gerufene Reformen, und der Kronprinz ging auf die beredt verteidigten Neuerungen bereitwillig ein.

Doch in den letzten Regierungsjahren Friedrichs II. gewann noch ein dritter die Gunst und das Vertrauen des Thronerben.

Die Lebenskraft des Königs ging erschreckend schnell zur Neige; wiederholt wurde ein jähes Ableben befürchtet. Die Aussicht auf den bevorstehenden Umschwung gab dem Thronfolger erhöhte Bedeutung. Gerade derjenige von den Kabinettsministern, der auf die Leitung der auswärtigen Politik, soweit überhaupt unter König Friedrichs Regierung davon gesprochen werden konnte, maßgebenden Einfluß übte, Graf Hertzberg, schloß sich, durch zeitweilige Bevorzugung des

[1]) Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis zu den Freiheitskriegen, I, 80.

Grafen Finkenstein verletzt, an den Kronprinzen an; er arbeitete, was ja überhaupt seine liebste Beschäftigung war, Denkschriften über verschiedene aktuelle Fragen aus und suchte den Prinzen auf solchem Wege mit seinen politischen Grundsätzen zu befreunden. Die Machtstellung Preußens sei sogar noch einer Steigerung fähig, versicherte der selbstbewußte Staatsmann, wenn mit einigen Prinzipien, die sich überlebt hätten, entschieden gebrochen und neuer Wein in neue Schläuche gefüllt würde. Daneben erging sich der Minister mit kluger Berechnung in bitteren Klagen über des Königs Eigensinn; Friedrich Wilhelm tröstete: „Ich rate Ihnen, Ihren hiesigen Aufenthalt wie einen Feldzug anzusehen, wo man für das allgemeine Beste dulden muß, und noch einmal Ihre Geduld zu stärken" (9. Juli 1786). So konnte Hertzberg getrost den kommenden Ereignissen entgegensehen, und diese vertrauensvolle Stimmung wurde, wie erwähnt, von der Mehrheit des preußischen Volkes geteilt.

Die günstigen Erwartungen wurden auch nicht enttäuscht. Was nach dem Tode Friedrichs II. über das Auftreten und die ersten Anordnungen des neuen Königs in die Oeffentlichkeit drang, konnte nur beifällig aufgenommen werden. Friedrich Wilhelm legte die zarteste Pietät für den großen Toten an den Tag; nur in einem Punkt erklärte er, werde der letzte Willen des Königs nicht beachtet werden: ein so großer Fürst dürfe nicht seinem Wunsche gemäß prunklos bestattet werden, der Dank der Nation müsse sich in einer glänzenden Leichenfeier kundgeben.

Am 18. August 1786 hielt Friedrich Wilhelm II. Einzug in Berlin. Schon die freundliche Miene und der leutselige Gruß des Monarchen gewannen ihm viele Herzen. Unverzüglich wurden alle Schulden aus der Kronprinzenzeit getilgt, die nachsichtigen Gläubiger wurden mit Auszeichnungen, die Armen mit reichen Spenden bedacht. Dankbar wurde auch bemerkt, daß der neue Herr im Verkehr mit Beamten und Offizieren sich nicht mehr des despotisch klingenden „Er" bediente. Im Ministerrate betonte der König seine Wahrheitsliebe, den Generälen gab er die Versicherung, daß er stets an preußischer Zucht festhalten wolle; durchgreifende Aenderungen halte er nicht für geboten, denn der große König sei in Auswahl seiner Diener so glücklich gewesen, daß der Nachfolger nichts besseres thun könne, als die Bewährten sich so lange wie möglich zu erhalten.[1]) Da die Beziehungen zwischen Hertzberg und dem Thronfolger geheim geblieben waren, war man in weiten Kreisen freudig überrascht, als der König diesen Minister, in welchem das auswärtige System Friedrichs verkörpert schien, nicht bloß nicht entließ, sondern durch Verleihung des schwarzen Adlerordens auszeichnete und ihm trotz offener Opposition des Prinzen Heinrich den maßgebendsten Einfluß auf die Leitung der Politik einräumte. Im ganzen Lande herrschte eine frohe, gehobene Stimmung.

Wenn man sich der oben erwähnten Aussprüche Mirabeaus über den Thronfolger erinnert, wird man nicht ohne Befremden unter den sich und dem Könige Glück Wünschenden den Grafen Mirabeau gewahr werden. Am Tage

[1]) Journal politique, 1786. Septembre, 12, 29 etc.

der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms überreichte ihm der „diplomatische Lakai der französischen Gesandtschaft", wie der Gesandte D'Esterno den unbequemen Rivalen bezeichnete, einen Brief, der bald darauf, angeblich weil das Gerücht verbreitet gewesen wäre, Mirabeau habe eine Satire auf Friedrich II. vorgelegt, auch im Druck erschien; es sollte nichts anderes damit beabsichtigt sein, als „dem neuen Regenten die Hoffnungen und Wünsche der Redlichen vor Augen zu bringen". Der uneigennützige Marquis Posa beginnt mit Lobsprüchen auf den verstorbenen König; mit dem Tode dieses großen Mannes sei aber das Zeitalter des Absolutismus und des Militarismus abgelaufen, jetzt sei die aufgeklärte Menschlichkeit berufen, den Thron zu besteigen. Jetzt müsse die militärische Sklaverei ein Ende haben; die allgemeine Wehrpflicht, diese aus einem eisernen Zeitalter und einem halb barbarischen Lande stammende Einrichtung soll aufgehoben und eine Miliz nach Art der schweizerischen eingerichtet werden; dadurch könne der Kriegsdienst ein Gegenstand des Wetteifers und des Ruhmes werden, während bisher nur willenlose Herden zur Schlachtbank zogen. Ebenso soll mit allen anderen Zwangsmitteln der Tyrannei aufgeräumt werden. Niederwerfung des Aristokratismus, dieser Geißel aller Monarchien und Republiken, Gleichstellung aller Stände, Glaubens- und Gewissensfreiheit, vollkommene Preßfreiheit, freisinnige Reform des Schulwesens, Abschaffung des Lotto, Ersetzung der Zölle, des ungerechtesten Ueberrestes der Feudalbarbarei, und der den armen Mann belastenden indirekten Steuern durch direkte Grundsteuer, Aufhebung der Monopole, — schon zeigt sich die ganze Konstitution von 1791 in diesen Vorschlägen, die dem hohen Adressaten durch allerlei schmeichelhafte Anspielungen schmackhafter gemacht werden sollen!

Friedrich Wilhelm scheint in der That der Ansprache, die ihn als Friedensfürsten feierte, freundliche Aufmerksamkeit gewidmet zu haben; Mirabeau versichert, es sei ihm nicht bloß für sein Werk über die preußische Monarchie, das er gerade unter der Feder hatte, auf Befehl des Königs amtliches Material zur Verfügung gestellt, sondern auch ein Posten im Staatsdienst angeboten worden.[1]) Wahrscheinlich ist dies nicht. Allerdings war manches in den physiokratischen Ansichten Mirabeaus mit den Grundsätzen der neuen Regierung vereinbar, aber die an die Spitze gestellte Forderung stand, wie in allen Gegenschriften von Arnim, Zimmermann u. a. hervorgehoben wurde, in so schroffem Gegensatz zur altpreußischen Tradition, daß es schon um dessen willen unmöglich war, dem radikalen Antragsteller einen Einfluß einzuräumen, wie er ihn erhofft haben mochte.

Auch andere Rücksichten schlossen solche Begünstigung aus. Mit den Franzosen und dem Franzosentum sollte ja jetzt bei Hofe und im Staate aufgeräumt, dem deutschen Element zur gebührenden Herrschaft verholfen werden; dieser namentlich von Hertzberg betriebene Wunsch wurde gewissermaßen zum Regierungssystem erhoben. Lauten Beifall fand im ganzen Lande ein vom König im Ministerrat gesprochenes Wort: „Wir sind Deutsche und wir wollen es bleiben![2])

[1]) Stern, Das Leben Mirabeaus, I, 207.

[2]) Journal politique, 1786. Novembre, 7.

In Staat und Gesellschaft, Kunst und Wissenschaft trat demgemäß ein Umschwung zu Tage.

Die wirtschaftliche Reform, auf welche noch zurückzukommen sein wird, führte zur Entlassung der vielen Franzosen, welche bisher die Verwaltung des Zoll- und Steuerwesens fast ausschließlich in Händen gehabt hatten; wo ein Ersatz notwendig war, traten deutsche Beamte ein.

Auch die Akademie der Wissenschaften verlor das französische Kleid, das den einheimischen Gelehrten mit Recht anstößig gewesen war; die Vorträge sollten fortan auch in deutscher Sprache gehalten werden können, die Mitglieder erhielten ausreichenden Gehalt, zahlreiche deutsche Schriftsteller und Gelehrte: Ramler, Engel, Garve, Selle, Wöllner, Bode u. a. wurden zu Mitgliedern ernannt, in Zukunft sollte der Körperschaft das Recht freier Wahl ihrer Mitglieder zustehen. Die einheimische Litteratur sollte nicht länger neben der glänzenderen Schwester als Aschenputtel dienen. Gleim, der an den König die Bitte um Förderung der deutschen Dichtung gerichtet hatte, erhielt willkommene Antwort: mit Vergnügen werde der König der deutschen Muse, für welche der „alte Grenadier" mit so echt deutscher Treuherzigkeit eintrete, seinen Schutz zuwenden, „besonders wenn sich alle Deutschen bemühen, Euch zu gleichen und, jeder in seiner Art, den Eurigen gleich Werke liefert". Ehrenvolle Auszeichnung wurde Ramler zu teil. Das Ansehen Ramlers stützt sich heute im wesentlichen nur auf die Thatsache, daß Lessing ihn als Kritiker hochschätzte; die öden Dichtungen finden kaum noch Beachtung. Damals galt aber Ramler als der erste Dichter in preußischen Landen, und es war immer schmerzlich empfunden worden, daß König Friedrich dem berühmten Manne so wenig Beachtung schenkte. Dagegen wies ihm Friedrich Wilhelm einen beträchtlichen Ehrensold an und betraute ihn mit der Leitung des neuen Nationaltheaters. Jetzt kamen auch bessere Zeiten für die Karschin, die unentwegt, obwohl der Angebetete sich wenig dankbar zeigte, das Lob des großen Friedrichs gesungen und einmal, als ihr das angebotene Douceur doch gar zu geringfügig erschienen war, sogar einen guten Vers gedichtet hatte:

„Zwei Thaler sind zu wenig
Für einen großen König!"

Jetzt aber ging, wie es in der Biographie der Dichterin aus der Feder ihrer Tochter heißt, „die Sonne des neuen Monarchen so sanft und wohlthätig auf, daß alle Welt die Karschin aufmunterte, die allgemeine Gnade zu benutzen". Dies ließ sie sich nicht zweimal sagen, und „Preußens Titus" erwies sich gegen „Preußens Sappho" dankbarer als sein Vorgänger. Es wurde ihr zu Ehren ein Fest veranstaltet, wobei Wöllner, der in schwarzem Sammetkostüm, ein goldenes Kreuz um den Hals, erschienen war, die Gefeierte sogar mit Versen begrüßte:

„Freu' dich, Deutschlands Dichterin,
Freu dich hoch in deinem Sinn,
Der König hat befohlen mir,
Ein neues Haus zu bauen dir!"

Wirklich erhielt sie als königliches Geschenk ein Eckhaus am Haakeschen Markt, das ihr jährlich hundert Thaler einbrachte, und konnte fortan sorgenlos „des teuren Friedrich Wilhelms goldne Zeit" besingen.[1])

Die Ausgezeichneten und Beschenkten zählten, wie man sieht, nicht zu den bedeutenden Vertretern der deutschen Litteratur, nach Weimar drang kein Strahl der königlichen Gnade, — immerhin war es eine erfreuliche Erscheinung, daß in „Sparta" die heimische Dichtkunst beachtet und aufgemuntert wurde.

Wichtiger war, was zur Förderung des deutschen Bühnenwesens geschah. Schon unter dem verstorbenen König hatte der aufgeweckte Karl Theodor Döbbelin als Direktor einer deutschen Truppe den Versuch gewagt, das Berliner Publikum mit gediegeneren deutschen Dramen zu befreunden, 1763 war sogar „Nathan der Weise" auf dem Theaterchen an der Kochstraße zur ersten Aufführung gelangt, aber der Kampf mit dem französischen Schauspiel, das sich ausschließlich der Gunst des Hofes und der Gebildeten erfreute, war zu ungleich; die deutschen Schauspieler hatten, um nur überhaupt ein Publikum zu finden, immer wieder zum Hanswurst zurückkehren müssen.

Das Wort: „Wir sind Deutsche und wollen es bleiben!" setzte dieser Erniedrigung ein Ende. Schon im November 1786 durfte Döbbelins Truppe das prächtige Schauspielhaus auf dem Gendarmenmarkt beziehen; der König selbst wohnte der ersten Aufführung bei, die verachtete deutsche Bühnenkunst kam zu Ehren und vergalt diese Auszeichnung mit glänzendem Aufschwung. Im nächsten Jahre traten Ramler, Johann Jakob Engel, der feinsinnige Verfasser der „Ideen zur Mimik", und ein geheimer Oberfinanzrat von Beyer an die Spitze der zum königlichen Nationaltheater erhobenen Bühne. Welch bedeutsamer Faktor im deutschen Kulturleben das Berliner Theater in den nächsten Jahren wurde, erhellt schon daraus, daß hauptsächlich von hier aus Shakespeare für die deutsche Bühne gewonnen wurde, daß hier Fleck, Iffland, die Schick, die Unzelmann u. a. ihre schönsten Triumphe feierten.

Auch in der Musik errang das deutsche Element ehrenvollen Sieg. Unter Friedrich II. hatten fast ausschließlich Vertreter der deutsch-italienischen Schule, namentlich Graun und Hasse, das Berliner Opernhaus beherrscht; jetzt kam dank den Bemühungen des Kapellmeisters Reichardt neben den älteren Italienern auch Glucks Muse zur Geltung. Gleichzeitig wurden durch den von Fasch gegründeten Gesangverein, aus welchem sich die Berliner Singakademie entwickelte, die großartigen Schöpfungen Bachs zum erstenmal in würdiger Weise dem Publikum vorgeführt. Friedrich Wilhelm selbst war ein warmer Verehrer der Musik, ja, er hegte wohl nur für diese Kunst aufrichtiges Interesse; er pflegte in den Kammerkonzerten den Cellopart mit Fleiß und Sorgfalt zu spielen, „als ob er dafür bezahlt würde". Mozart schrieb für ihn mehrere Streichquartette; als der Meister im Mai 1789 Berlin besuchte, wollte ihn der König durch stattliche Anerbietungen in seiner Umgebung festhalten, aber der Plan scheiterte an Mozarts Anhänglichkeit an den Kaiser und die Kaiserstadt.

Nicht minder erfreulichen Aufschwung nahmen die bildenden Künste. Es

[1]) Pröhle, Friedrich der Große und die deutsche Litteratur, 186.

war den Berlinern immer anstößig gewesen, daß Friedrich II. fast ausschließlich französische Baumeister schätzte und beschäftigte. Beim Einsturz des von Gontard erbauten Kirchturms auf dem Gendarmenmarkt war der Unwille über die Franzosen, die „mit Pfefferkuchen, statt mit Steinen bauten", zu stürmischem Ausdruck gekommen, aber der König hatte sich in seiner Vorliebe nicht beirren lassen. Jetzt wurden endlich auch deutschen Baumeistern dankbare Aufgaben übertragen. Langhans begann den Bau des Brandenburger Thors; es war nur eine freie Nachbildung der Propyläen, aber die Durchführung in edlen Verhältnissen und reinstem Stil lieferte den Beweis, daß Winkelmann und Lessing nicht vergeblich gelehrt hatten. In Potsdam wurden das Marmorpalais und andere Hofbauten aufgeführt und mit plastischem Schmuck von Schadows Meisterhand ausgestattet. Die Akademie der bildenden Künste erhielt einen verständnisvollen Leiter in Chodowiecki und eine verständige Verfassung. Für die deutsche Kunst in Berlin schien ein „glorreicher Sommer" anzubrechen. Nicht alle glücklichen Neuerungen waren auf die Anregung des Königs zurückzuführen, aber er hatte jederzeit für Künstler und Kunst ein Wort der Anerkennung und Aufmunterung, so daß er das Lob eines Kunstfreundes nicht unverdient genoß.

Auch was von des Königs Frömmigkeit verlautete, wurde anfänglich von der Mehrheit der Bevölkerung mit Genugthuung aufgenommen. Der skeptische Nationalismus der Fridericianischen Aera hatte im eigentlichen Volke niemals Wurzel gefaßt, und auch in den höheren Kreisen waren viele des trockenen Tones satt und wandten sich vertrauensvoll wieder den Altären zu. Auch führte der König eine überaus gemäßigte Sprache. „Ich will in meinen Staaten keine Fanatiker und keine Schwärmer haben," schrieb er bald nach seinem Regierungsantritt an Minister Zedlitz, „aber ich will auch nicht, daß die Narren und Buchhändler sich auf Kosten der Religion bereichern." Das Schulwesen, das noch immer in ärmlichen Anfängen steckte, schien endlich besseren Zeiten entgegenzugehen. Obwohl der Kultusminister Zedlitz den Fridericianischen Grundsätzen huldigte, beließ ihn Friedrich Wilhelm im Amte, ja, sogar der freisinnige Schulgesetzentwurf vom 24. Januar 1787, der die Leitung des gesamten Schulwesens einem fachmännischen Kollegium übertrug, erhielt die Zustimmung des Monarchen. Dem ländlichen Unterrichtswesen wurde jetzt erst regere Aufmerksamkeit zugewendet. Bisher waren die Lehrer fast überall auf die Wohlthätigkeit der Gemeinde angewiesen gewesen; es gab nur 195 Schulmeisterstellen, die ein Einkommen über 100 Thaler abwarfen, 30 Lehrer hatten weniger als 80 Thaler Gehalt, 1 Lehrerstelle warf nur 20 Thaler ab; nicht selten war der Hirte oder der Nachtwächter auch im Besitze des Schulamts; seit 1779 waren viele Invaliden angestellt worden, darunter solche, die selbst nicht lesen und schreiben konnten. Jetzt wurde ernstlich für Aufbesserung der Lehrergehalte, Errichtung von Schulhäusern 2c. Sorge getragen; Aufgabe der ins Leben gerufenen Zentralstelle sollte es sein, durch zweckmäßige Anordnungen und schärfere Ueberwachung eine Hebung der Qualität der Lehrer und damit des Unterrichts allmählich zu erreichen. [1])

[1]) Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur, III, 51.

Ungeteilte Zustimmung fand auch die Wiederaufnahme des Rechtsverfahrens in der viel erörterten Müller Arnoldschen Sache. König Friedrich hatte den — wie sich später herausstellte — unbegründeten Verdacht gefaßt, daß das Kammergericht einem unbemittelten Kläger, dem Müller Arnold zu Pommerzig, aus Rücksicht auf vornehme Beklagte Unrecht zugefügt habe, und war mit äußerster Strenge gegen die beteiligten Richter vorgegangen; dieselben waren entlassen und mehrere Monate in der Festung Spandau gefangen gehalten worden; in der redlichsten Absicht, die Heiligkeit des Rechts zu wahren, hatte der König eine ungerechte Gewaltthat verübt. Jetzt wurde der Prozeß wieder aufgenommen; ein königliches Reskript vom 14. November 1786 erklärte, daß sich die volle Unschuld der fünf Kammergerichtsräte herausgestellt habe und diejenigen, die wieder in königliche Dienste treten wollten, auf konvenable Weise bei vorkommender Gelegenheit angestellt werden sollten. Diese Entscheidung wurde überall mit Genugthuung begrüßt; in Schlözers Staatsanzeigen erschien anläßlich der Thatsache, daß „das Verbrechen des in den Tagebüchern der preußischen Geschichte so berühmt gewordenen, schrecklichen 11. Dezember 1779" gesühnt worden sei, eine warme Lobrede auf Preußens Fürsten, der mehr das Ideal eines Vaters seiner Unterthanen als eines Eroberers vor Augen habe. „Die Armee wird unter ihm gewiß noch besser gebildet, als sie vorher war, und immer die erste der Welt bleiben. Aber auch dem Zivilstande wird die ihm gebührende Würde wiedergegeben, von der der verstorbene König oft zum größten Nachteil gar nichts wissen wollte." Die Uebertreibung lag so offen zu Tage, daß sich ein Verehrer des alten Königs gedrungen fühlte, in einer Zuschrift an Schlözer Verwahrung einzulegen; Friedrichs Wert sei im Ausland besser gekannt und geschätzt als in Deutschland, wo man, weil ein Irrtum entdeckt und berichtigt worden sei, vor allen Lichtseiten des früheren Regiments sich verschließe. „Aber Friedrich bleibt doch der große Friedrich!" [1])

Wenn in der Arnoldschen Sache die prinzipielle Bedeutung im Vordergrund stand, so waren andere Fälle, in welchen Friedrich Wilhelm mehr Milde walten ließ als sein Vorgänger, um der beteiligten Persönlichkeiten willen von Interesse. Der Rittmeister Gebhard Lebrecht von Blücher, der sich im siebenjährigen Krieg durch frischen Wagemut hervorgethan, doch in den Friedensjahren den Ruf eines Verschwenders und Raufbolds auf sich geladen hatte, war 1773 beim Avancement übergangen worden; die Beschwerde des Gekränkten hatte der König mit dem drastischen Wort abgefertigt: „Der Rittmeister Blücher kann sich zum Teufel scheren!" Darauf hatte Blücher seine Entlassung genommen, und aus dem schneidigen Reiterführer war ein betriebsamer Landwirt geworden. Nach Friedrichs Tod aber regte sich in Blücher das Soldatenblut, er bat um Wiederverwendung, und Friedrich Wilhelm leistete, indem er ihn als Major in sein Regiment wieder eintreten ließ, dem preußischen Staat einen nützlichen Dienst. Nicht geringeren Gewinn brachte das wohlwollende Verhalten gegen Hans von York, der als Junker wegen Ungehorsams kassiert worden war, jetzt

[1]) Schlözers Staatsanzeigen, Jahrg. 1787, 231.

aber mit Rücksicht auf rühmliche Führung im Feldzug der Holländer in Indien wieder in die preußische Armee aufgenommen wurde.

Auch in militärischen Kreisen wurde gebilligt, daß der neue König, um nicht mehr allein die Verantwortung für die Fortentwickelung des Heerwesens zu tragen, ein eigenes Kriegsministerium berief. Der Sold der Offiziere wurde erhöht, die Werbung im Ausland eingeschränkt, das Invalidenwesen geordnet, für Hebung von Artillerie und Genietruppen, die von König Friedrich etwas geringschätzig behandelt worden waren, durch Errichtung von Bildungsanstalten Sorge getragen.

Noch einschneidender und umfassender war die Reform der Zivilverwaltung. Als Vorbild dienten die Einrichtungen unter Friedrich Wilhelm I., für dessen patriarchalisches, deutsches Regiment der Enkel bei jeder Gelegenheit besondere Vorliebe an den Tag legte. Unmittelbar nach dem Thronwechsel wurde wieder ein Generaldirektorium „zur Verwaltung der allgemeinen Staatswirtschaft" berufen; die „von Sr. Königl. Majestät Allerhöchstselbst auf das Genaueste bestimmte und revidierte Instruktion vom 28. September 1786" setzte die Kompetenzen des Generaldirektoriums, der obersten Finanzbehörde, des Kriegsministeriums und des Domänendirektoriums fest, sowie die Grundsätze, wonach alle Finanz- und Kameralgeschäfte zu verwalten seien.[1])

Als oberster Grundsatz war darin festgesetzt, daß dem Lande jede mit der Verfassung des Staates verträgliche Erleichterung gewährt werde. Diese Tendenz führte zur Abschaffung der französischen Regie; auch die Tabaks- und Zuckermonopole wurden aufgehoben, im Acciswesen sollte für Verhütung von Plackerei und Bedrückung Sorge getragen werden. Die wichtigste wirtschaftliche Neuerung war die Abschaffung der Kornzölle; der Getreidehandel sollte, wie es ebenso Justus Möser in seinen „Patriotischen Phantasien" wie Mirabeau in seinem offenen Briefe gefordert hatten, gänzlich freigegeben werden. Welchen Einschränkungen und Schwankungen diese Anordnung schon in nächster Zeit unterlag, wird später zu beleuchten sein. Der Versuch, eine allgemeine direkte Steuer einzuführen, mißlang.

Der Landeskultur wurde im ganzen nicht so eifrige Pflege zugewendet, wie unter dem vorigen König, insbesondere die Kolonisation wurde fast gänzlich fallen gelassen; es konnte aber auch mindestens zweifelhaft erscheinen, ob die darauf zielenden Bestrebungen, die eine Menge schlechte Elemente in den Staat gelockt hatten, Nachahmung verdienten oder nicht. Dem Programm Mirabeaus entsprach es, daß fast allen Bürgerlichen, welche Edelmannsgüter kaufen wollten, im Gegensatz zur Gepflogenheit König Friedrichs die Erlaubnis gewährt wurde. Einzelne Zweige, z. B. die Pferdezucht, erfreuten sich dankenswerter Förderung; die Forstwirtschaft nahm glücklichen Aufschwung.

Von höchster Tragweite war es, daß Friedrich Wilhelm auch über die Grenzen seiner Gewalt Anschauungen, welche sich den Theorien Mirabeaus näherten, zu huldigen schien. Aus Anlaß der Klage eines entlassenen Beamten, die durch alle Instanzen gegangen war, sprach sich der Großkanzler von Carmer freimütig

[1]) Stadelmann, III, Urkunden, 125.

dahin aus, daß „Officiales publici ohne gegründete Ursache nicht dimittiert werden können," und Friedrich Wilhelm erklärte sich mit dieser Ansicht einverstanden. Damit war mittelbar zugegeben, daß die Beamten nicht als Diener des Fürsten, sondern des Staates zu betrachten seien — ein Grundsatz, der unweigerlich die Lehre von der absoluten Gewalt des Fürsten aus dem geltenden Staatsrecht verdrängen mußte.

Fast überall glückliche Neuerungen oder doch verheißungsvolle Anfänge! Und da auch die auswärtige Politik günstige Erfolge erzielte, konnte nicht ausbleiben, daß fast das ganze preußische Volk mit froher Genugthuung auf seinen volksfreundlichen Fürsten blickte. Als das erste Jahr der Regierung Friedrich Wilhelms abgelaufen war, feierte Hertzberg in einer akademischen Rede, was alles vom König und — von ihm selbst geleistet worden war. Er glaubte nachweisen zu können, daß der neue König „das Regiment Friedrichs II. ganz in dessen Grundsätzen, mit der nämlichen Rührigkeit, Treue und Sorgfalt für das allgemeine Beste, nur mit mehr Güte und Milde, mit mehr Gefühl für die allgemeine Billigkeit in der That wieder von vorne angefangen und fortgeführt hat". Der akademische Panegyrikus an sich hätte geringe Bedeutung zu beanspruchen, aber das Lob fand thatsächlich Widerhall im ganzen Lande; das Geleistete galt als Unterpfand einer glücklichen Zukunft.

Doch waren für Eingeweihte und aufmerksame Beobachter von vornherein dunkle Punkte wahrnehmbar.

Vor allem mußte die Unselbständigkeit des gefeierten Monarchen Bedenken erregen. Fast sämtliche bisher so günstig verlaufene Neuerungen waren im wesentlichen auf den Einfluß von Hertzberg, Möllendorff, Carmer u. a. zurückzuführen. Da lag die Besorgnis nahe, daß einmal eine weniger erwünschte Einwirkung ebenso leicht den Regenten zu schädlichen Entschlüssen bewegen könnte.

Diese Befürchtung war um so begründeter, als sich Friedrich Wilhelm auch als König von jenen Beziehungen, in welche ihn sein sinnliches Temperament verstrickt hatte, nicht loszureißen vermochte. Das Privatleben des Königs bot noch immer Stoff für die pikanten Stimmungsberichte, welche Mirabeau aus Berlin an Calonne und Talleyrand richtete und König Ludwig XVI., wie Talleyrand versicherte, „viel schmackhafter befand, als die Depeschen des beglaubigten Gesandten". Bibel und Gesangbuch waren wieder hoffähig geworden, aber die Rückkehr zur Frömmigkeit setzte den unsittlichen Zuständen in den höchsten Kreisen keineswegs ein Ende. Obwohl Luise von Hessen ihrem Gatten sechs Kinder geschenkt hatte und das eheliche Verhältnis scheinbar ungestört fortdauerte, ging der König noch eine morganatische Verbindung mit einer Hofdame der Königin, Julie von Voß, ein. Der Verstoß gegen Sitte und Moral wurde dadurch um nichts weniger peinlich, daß das Oberkonsistorium, mit Luthers Billigung der Doppelehe Philipps von Hessen sich entschuldigend, zur unwürdigen Doppelehe seine Zustimmung gab. Natürlich steigerten sich auch in erschreckender Weise die Anforderungen an die königliche Privatschatulle. „Der König von Preußen" spottet Kaiser Joseph in einem Briefe an seinen Bruder Leopold (8. Februar 1787) „hat endlich Fräulein Voß zu seiner Maitresse erklärt; er

hat ihr zum Anfang eine Anweisung auf zwei Millionen gegeben; das heißt ein Vergnügen teuer bezahlen, das er billiger haben könnte!" Als die Gräfin Ingenheim — dieser Titel war der Nebengattin eingeräumt worden — schon nach Jahresfrist der Aufregung und den Anstrengungen des Kampfes mit nimmer endenden Hofkabalen erlag, kamen andere Gunstdamen an die Reihe. Auch Mirabeau, der in seinen geheimen Berichten die sinnliche Schwäche des Königs bitter verurteilte, gab sich alle Mühe, einer französischen Sirene, Madame Joly de Fleury, einen solchen Posten zu verschaffen. Neben allen anderen Lieblingen wußte sich aber Madame Rietz dauernd in der Gunst des Königs zu behaupten.

Gefährlicher war der Einfluß der Genossen des Rosenkreuzerbundes. Bischoffswerder, von König „Ormesus Magnus" zum Generaladjutanten erhoben, wußte um so sicherer alles Erwünschte durchzusetzen, je weniger er jemals einen eigenen Willen zu erkennen gab. „Nichts zu scheinen, alles zu sein, war Bischoffswerders Politik" (Philippson). Mit der Rietz stand „der Unergründliche" auf bestem Fuße, und der Dritte im Bunde war Wöllner. Im Hause des letzteren war eine eigene Schaubühne für Geisterseherei eingerichtet; hier richtete u. a. der Schatten Cäsars, von dem geschickten Bauchredner Steinert dargestellt, an den König wohlberechnete Worte. Durch natürliche und „übernatürliche" Mittel wußten die Listigen sich in der Gunst des Königs immer mehr festzusetzen und für sich und ihre Werkzeuge hohe Belohnungen zu erreichen. Wöllner wurde nicht bloß nobilitiert, sondern auch zum Mitglied der Akademie ernannt, und ihm, dem leidenschaftlichen Gegner der Aufklärung, wurde der gesamte schriftliche Nachlaß Friedrichs II. ausgehändigt, damit er die zur Veröffentlichung bestimmten Stücke auswähle. Die Ausgabe der Oeuvres posthumes litt denn auch an beklagenswerten Mängeln; Gibbon soll den übereilten, unwissenschaftlichen Abdruck als Schmach für die deutsche Nation bezeichnet haben.[1]) Natürlich war aber Wöllner nicht gesonnen, mit „akademischen" Auszeichnungen sich zu begnügen. Es war von vornherein darauf abgesehen, daß Wöllner den Vertreter der aufgeklärten Grundsätze Friedrichs II., den Kultusminister Zedlitz, verdrängen und selbst an die Spitze des Kirchen- und Schulwesens treten sollte, um den großen Kampf für Wiederaufrichtung der Religion und Reinigung der Kirche zu eröffnen. „Wenn Ormesus Magnus" schrieb er schon im August 1786 an Bruder Farferus (Bischoffswerder) „etwa den Plan hat, daß ich ihm das geistliche Departement im Lande wieder emporheben soll, eine Sache, die ihm der Orden sehr hoch anrechnen würde, so stände ihm alsdann nichts im Wege, mir sothanes Departement als Ministre anzuvertrauen, und ich würde meine noch übrigen sechs Lebensjahre hindurch recht fleißig sein, die Aufklärer zu demütigen. Selbst die Ordensobern würden vielleicht nicht böse sein, wenn Ormesus Magnus ihren Ober-Haupt-Direktor in profanen Verhältnissen distinguierte." Als Zedlitz nicht sofort zu Fall gebracht werden konnte, änderte Wöllner seinen Plan. Drastisch kennzeichnen die Worte, die er am 7. Oktober an den König selbst richtete, das Strebertum des frommen Mannes! „Die neue Instruktion für das Generaldirektorium wird heute daselbst publicirt. Ich merke

[1]) Dohm, Denkwürdigkeiten, V, 50.

indessen doch, daß alle Minister bis auf den einzigen Werder (de Launays Nachfolger) noch den Satan im Herzen haben und ihre Departements-Souveränetät nicht ganz verlieren wollen ... Ich habe von jeher so gern Minister des geistlichen Departements werden wollen; wage ich wohl zu viel, Ew. Königliche Majestät zu bitten, mir unterdessen den vakanten Platz als Finanzminister zu geben? Ich kann dem ohnerachtet noch immer alle Immediat-Commissiones Ew. Königlichen Majestät besorgen." [1]) Allein auch dieser Sturm war verfrüht; der Ministerposten wurde dem Ordensbruder abgeschlagen, aber es erfolgte wenigstens die Ernennung zum geheimen Oberfinanzrat und Chef des Baudepartements, und obwohl diese Stellung nicht das mindeste Anrecht gab, gingen fortan alle Anträge des Generaldirektoriums durch seine Hand. Ihm war auch die sogenannte Dispositionskasse anvertraut, in deren Bestände kein anderer Minister Einblick hatte. König Friedrich hatte daraus jährlich für seinen eigenen Bedarf etwa eine halbe Million entnommen, unter dem Nachfolger wurde schon im ersten Jahre der dreifache Betrag zur Bestreitung außerordentlicher Hofausgaben verbraucht. Wurden aber je einmal Mittel zu anderen Zwecken bewilligt, so erklärte Wöllner, es sei lediglich als Ausfluß königlicher Gnade zu betrachten, so daß Friedrich Wilhelm selbst eine staatsrechtlich nicht begründete Anschauung von seiner Finanzhoheit in sich aufnahm. Die wichtigsten Aemter im Finanzfach waren im Besitz von drei Brüdern Beyer, die dem Rosenkreuzerorden angehörten und intime Freunde Wöllners waren; die Frau des einen rühmte sich offen, die Erhebung Schulenburgs zum Minister durchgesetzt zu haben.

Es erregte peinliches Aufsehen, als über solche Vorgänge hinter den Coulissen, insbesondere über das Treiben der Kamarilla, die „aus Geisterseherei und jesuitischer Freimaurerei Profession machte", eine Flugschrift „Geheime Briefe über die preußische Staatsverwaltung seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II." (Utrecht 1787) die auffälligsten Enthüllungen brachte. Offenbar stammten dieselben aus eingeweihten Kreisen; der geheime Finanzrat v. Borcke wurde als Verfasser genannt. Dem König selbst war darin warme Anerkennung gezollt, doch mit der Einschränkung, daß zwar zur Zeit noch der Einfluß des staatsklugen, einsichtsvollen Hertzberg überwiege, daß aber zu besorgen sei, die Einmischung selbstsüchtiger Günstlinge werde bald alle Männer von Kopf und Herz aus der Umgebung des Königs verdrängen. Vielleicht war Hertzberg selbst an der Abfassung nicht ganz unbeteiligt. Eine Verteidigungsschrift für Wöllner und Bischoffswerder mit dem rätselhaften, geschmacklosen Titel „Imakoromazypziloniakus" sucht den Verfasser der „Geheimen Briefe" im Lager der schwer getroffenen Merkantilisten.

Doch gerade dieser Gegensatz überdauerte kaum die Anfänge der neuen Regierung. In wirtschaftlichen Fragen zeigten sich zuerst die Wirkungen eines Mangels an Entschlossenheit und Konsequenz, die allmählich auch auf anderen Gebieten der Regierungsthätigkeit zutage traten. „Es fehlt der Politik Friedrich Wilhelms II. an der Einheit des alles beherrschenden Gedankens, die unter

[1]) Preuß, Zur Beurteilung des Staatsministers von Wöllner, in der Zeitschr. für preuß. Geschichte und Landeskunde, III, 90.

seinem Vorgänger die Kräfte des Staates gebildet hatte." [1]) Dieser von Ranke gegen die auswärtige Politik gerichtete Vorwurf gilt auch für die innere, es fehlten nicht bloß die Welt- und Menschenkenntnis Friedrichs II., sondern auch die Selbständigkeit und Thatkraft Friedrich Wilhelms I. Mit dem aufwuchernden Koterie- und Protektionswesen, das manchen Ratgebern, „die unter den beiden Regierungsvorgängern unmöglich gewesen wären", entscheidenden Einfluß einräumte, [2]) war die Durchführung eines einheitlichen wirtschaftlichen und handelspolitischen Systems überhaupt nicht vereinbar.

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als wolle die preußische Regierung nach englischem Vorbild in völlig neue Bahnen einlenken. Freigebung des Getreidehandels wurde verkündigt, aber damit stand schon die Aufrechthaltung der staatlichen Kornmagazine in Widerspruch, und von freihändlerischer Politik war vollends nicht mehr zu reden, seit ein 1788 erlassenes Edikt, „um einem Getreidemangel vorzubeugen und dem Kornwucher zu steuern", für Preußen und Pommern die Ausfuhr von Gerste und Hafer gänzlich verbot. Bald folgte eine zweite Verordnung, welche die Ausfuhr von Getreide aus allen Provinzen durch hohen Aufschlag einschränkte, und im Januar 1789 wurde die Ausfuhr aller Arten von Getreide ins Ausland „gänzlich und bis auf weitere Verfügung schlechterdings" verboten. Daneben wurden aber gelegentlich wieder Anordnungen getroffen, welche nur in einem Gemeinwesen mit unbeschränkter Handelsfreiheit am Platze gewesen wären. Nicht anders ging es auf anderen Wirtschaftsgebieten; trotz des Widerstrebens des Generaldirektoriums, insbesondere des Ministers Struensee, eines eifrigen Anwalts englischer Oekonomie, nahm eine rückschreitende Bewegung immer rascheres Tempo an, bis wieder die verlassene Bahn der Wirtschaftspolitik Friedrichs II. erreicht war.

Wie die geplanten Reformen allmählich erlahmten und endlich sogar das Gegenteil des Angestrebten zum Gesetz erhoben wurde, zeigt sich am deutlichsten in der Lotteriefrage. „In Ihren Staaten" — so hatte Mirabeau dem neuen König zugerufen — „gibt es eine reißende Plage, die Sie gar nicht geschwind genug austilgen können; ohne Zweifel würde eine solche Wohlthat den ersten Tag Ihrer Thronbesteigung am würdigsten auszeichnen: ich meine das Lotto, das nur noch schändlicher und entsetzlicher wäre, wenn Sie selbst daraus Nutzen ziehen wollten!" In der That zeigte sich Friedrich Wilhelm entschlossen, das unsittliche Spiel, das selbst des Armen letztes Gut, die Hoffnung, vergiftet, aufzuheben. Er war ungehalten, als das mit Prüfung der Frage betraute Generaldirektorium lediglich die materielle Seite, den Nutzen für die öffentlichen Kassen, berücksichtigte, und wiederholte gehobenen Tones die Forderung, daß „eine so schädliche Quelle, daraus das Unglück so vieler tausend Unterthanen entspringt, je ehender je lieber verstopft werde". Als aber das Generaldirektorium den Grundsatz aufstellte, daß an den Kontrakten der Lottopächter vorerst nicht gerüttelt werden dürfe, beruhigte sich der König, und noch ehe die Kontrakte abgelaufen waren, wurde bestimmt, daß die Lotterie fortan zum Besten des

[1]) Ranke, Hardenberg, I, 162.
[2]) Stadelmann, III, 7.

Invalidenfonds vom Oberkriegskollegium, also vom Staat selbst betrieben werden soll.

Die trübste Wendung vollzog sich auf dem kirchenpolitischen Gebiete. Ohne Zweifel war es geboten, — auch von Philippson wird diese Notwendigkeit anerkannt — den Ausschreitungen der Aufklärungsepoche, die der positiven Religion förmlich den Krieg erklärt und den Gläubigen die Stellung von Heloten aufgenötigt hatte, entschlossen entgegenzutreten. Waren doch die meisten geistlichen Behörden mit Männern besetzt, die alles andere, nur nicht Geistliche waren! Wenn also der Monarch dem Minister Zedlitz erklärte, er „wolle nicht mehr leiden, daß man in seinem Lande die Religion Jesu untergrabe, dem Volk die Bibel verächtlich mache und das Panier des Unglaubens, des Deismus und Naturalismus öffentlich aufpflanze", so brauchte diese Kundgebung noch nicht mit Mißtrauen oder Besorgnis aufgenommen zu werden; es war eben der Rückschlag gegen die allzu üppig ins Kraut geschossene Freigeisterei der Fridericianischen Periode! Allein das eine Extrem wurde nur verlassen, um ins andre überzugehen; jetzt wurde das Sadducäertum verfolgt, aber einem gleißnerischen Pharisäertum zum Sieg verholfen. Darüber war doch kein Zweifel möglich, daß Geheimbündler und Glücksritter, wie Wöllner und Bischoffswerder, nicht die rechten Männer sein konnten, um die Herrschaft der Gottesfurcht und guten Sitte aufzurichten! Solange noch Zedlitz am Ruder stand, war eine Reaktion im Kirchen- und Unterrichtswesen unmöglich, aber seine Zeit war abgelaufen. Als im Verhalten des Königs eine Abnahme des Vertrauens bemerklich wurde, bat der Minister um seine Entlassung; der Monarch ging nicht sogleich darauf ein, doch konnte er dem Drängen der Rosenkreuzer nicht lange widerstreben; am 3. Juli 1788 erhielt der „Werkmeister der fridericianischen Schulreform" den Abschied, und noch am nämlichen Tage wurde Wöllner zugleich zum Justizminister und zum Chef des geistlichen Departements in allen lutherischen Kirchen-, Schul- und Stiftssachen ernannt.

Wenige Tage später (9. Juli 1788) erschien das längst vorbereitete Edikt, die Religionsverfassung in den preußischen Staaten betreffend. Dadurch sollte erreicht werden, daß „besonders nach dem Exempel des in Gott ruhenden Großvaters Majestät" die christliche Religion der protestantischen Kirche in ihrer ursprünglichen Reinigkeit und Echtheit wiederhergestellt werde. Die Ausbreitung der Irrlehren der Sozinianer, Deisten, Naturalisten und andrer Sekten sollte gehemmt, insbesondere für den geistlichen Stand der strenge Bibelglaube wieder zum Gesetz erhoben werden.

Das Religionsedikt hat noch in jüngster Zeit an Paul Cassel einen Anwalt gefunden. Das mit einem heiligen Ernst abgefaßte Werk dürfe nicht geschmäht, sondern müsse bewundert werden; es sei nur als Protest gegen französische Frivolität und aufklärerische Flachheit aufzufassen, und Friedrich Wilhelm habe, indem er sich dazu aufraffte, „eine That gethan, die mehr moralischen Mut zeigte, wie eine Schlacht ꝛc." [1])

Unbedingt ist zuzugeben, daß der König von bester Absicht beseelt war,

[1]) P. Cassel, Friedrich Wilhelm II., 87.

aber in der Politik werden nicht die Triebfedern, sondern die Resultate beurteilt. Gewiß verdient auch weniger das Edikt selbst, als die Ausnützung der unschuldig klingenden Worte getadelt zu werden. Das Edikt will ja „die Störer des Gottesdienstes und der kirchlichen Verfassungen" nur zum Schutz „der wichtigsten Angelegenheit, nämlich der völligen Gewissensfreiheit" zurückdrängen, aber unter diesem Vorwand wurde die Gewissensfreiheit selbst nicht mehr geachtet. Der alte Geist der symbolischen Orthodoxie sollte wieder erweckt, die Schule „von Zedlitzschen Einflüssen" gereinigt, d. h. nach engherzig konfessionellen Gesichtspunkten geleitet werden; Kirchen- und Schulämter gelangten nur noch an „gesinnungstüchtige" Bewerber; mißliebige Prediger wurden trotz günstigen Ausgangs der Untersuchung oder sogar ohne Untersuchung und Urteil entlassen.[1])

Im Religionsedikt war Aufrechthaltung „der den preußischen Staaten von jeher eigentümlich gewesenen Toleranz der übrigen Sekten und Religionsparteien" zugesichert, zugleich aber öffentlicher Gottesdienst nur den drei Hauptkonfessionen und den bisher öffentlich geduldeten Sekten gestattet; dies war doch offener Bruch mit jener Tradition, die zu Preußens Wachstum nicht weniger beigetragen hatte, als die Siege von Fehrbellin und Leuthen! Und mußte nicht Gläubigen und Freidenkern anstößig erscheinen, daß die Forderung „Religion und Moral" von einem Hofe ausging, wo so lockeren Sitten gehuldigt wurde, und von Würdenträgern, die trotz ihrer Frömmigkeit für die Sittenlosigkeit des Hofes keine Augen hatten!

Die Veröffentlichung von unziemlichen Protesten gegen das Religionsedikt bot erwünschten Anlaß zu strengerem Vorgehen gegen das freie Wort. Da „die Preßfreiheit in Preßfrechheit ausartete, mithin gegen das Edikt allerlei aufrührerische Scharteken gedruckt werden", verlangte der König Vorschläge, wie die Censur „wieder auf besseren Fuß eingerichtet werden" könne. Am 19. Dezember 1788 erschien das „Erneute Censuredikt für die preußischen Staaten." Dasselbe war nicht milder und nicht strenger als die Verordnungen in den meisten andern deutschen Staaten; immerhin bot es Wöllner und seinen Leuten eine neue Handhabe zu strengem Einschreiten gegen die Widersacher des Obskurantismus.

Die für das Oberschulkollegium erteilte Instruktion, die Magna Charta des preußischen Schulwesens, erlitt mehrfache Abänderungen. Alle Lehrbücher, in welchen sich noch „Windbeuteleien der schönen sogenannten Aufklärung" fanden, wurden verboten; zum lutherischen Religionsunterricht durften nur „die christliche Lehre im Zusammenhang", für den reformierten nur der „kurze Unterricht in der christlichen Lehre" benützt werden. Auch die Universitäten, insbesondere die theologischen Fakultäten, sollten von „neumodischen" Lehrern gesäubert werden; die Hochschulen sollten endlich einmal aufhören, „Warten der falschen Aufklärung und Heimstätten der Sittenlosigkeit" zu sein. Darauf zielte u. a. das Verbot von theatralischen Aufführungen in den Universitätsstädten, damit die Jugend keine Gelegenheit habe, die edle Zeit und ihr Geld unnützerweise zu vergeuden. Ja,

[1]) Preuß, III, 71. Rethwisch, Der Staatsminister Frhr. v. Zedlitz und Preußens höheres Schulwesen im Zeitalter Friedrichs des Großen, 209.

das Verbot theatralischer Vorstellungen wurde auf alle preußischen Städte ausgedehnt; nur das Nationaltheater in Berlin und die privilegierten Truppen Döbbelins und Wäsers durften weiter spielen, damit das Publikum „nur gehörig qualifizierte Schauspiele" zu sehen bekomme.

Und dieses Verbot wurde erlassen zu einer Zeit, da über die Separataufführungen von Singspielen und Balletten auf dem Theaterchen der Madame Rietz die pikantesten, wenn auch teilweise falsche oder übertriebene Gerüchte im Umlauf waren! — —

An Gründen zu Unzufriedenheit und Mißbehagen fehlte es also nicht: trotzdem muß überraschen, daß der Versuch, den christlich-konservativen Staat wieder aufzurichten, eine so leidenschaftliche, stürmische Opposition hervorrief, daß der Name des Monarchen, der eben noch als der Vielgeliebte gefeiert worden war, fast untersank in einer Flut von Schmäh- und Lästerschriften, wie sie kaum in der Sansculottenpresse Frankreichs ihres Gleichen fanden. Freilich haben auch an dieser schmutzigen Litteratur die Franzosen wesentlichen Anteil. Das Beispiel Mirabeaus, auf dessen „Geheime Geschichte des Berliner Hofes" nochmals zurückzukommen sein wird, beweist, wie schwer es den verwöhnten Franzosen fiel, daß ihnen der neue König die bevorzugte Stellung, die sie unter dem Philosophen von Sanssouci genossen hatten, entziehen wollte. Wie lächerlich erscheint dem selbstbewußten Manne der Versuch, die französische Ueberlegenheit zu bestreiten! wie bitter verhöhnt er die Berliner „Deutschtümelei", die ein Barbarenvolk ohne Kunst und Litteratur im Handumdrehen den Trägern der Civilisation gleichstellen wolle. Auch die Revolution warf schon ihre Schatten voraus, der Kampf gegen die Regierungen lag sozusagen in der Luft, — da konnte heftiger Widerstand gegen das Pharisäertum der Wöllner und Genossen nicht ausbleiben.

Natürlich ging sofort der abenteuerliche Bahrdt unter die Pasquillanten. In ihm regte sich der alte Illuminat; zwischen Rosenkreuzern und Illuminaten herrschte ja grimmige Fehde, obwohl Zwecke und Ziele der beiden Geheimbünde im wesentlichen aufs Nämliche hinausliefen. Bahrdt schrieb ein Lustspiel „Das Religionsedikt" (Thenakel 1789), in welchem der Mangel an Witz durch zügellose Gemeinheit verdeckt werden soll; das Machwerk trug dem Verfasser ein Jahr Festungshaft auf der Magdeburger Citadelle ein. Eine „Geschichte aus der Planetenwelt: dreyerley Wirkungen" (Germanien 1789) schildert in lüsterner Sprache, wie ein sanftmütiger, liebreicher Regent, verführt vom Sinnentaumel einer „in Luxus ersoffenen" Stadt und insbesondere des Liebestempels der Madame Rietz zu einem verächtlichen Schwächling herabsinkt. Noch unflätiger ist die Schrift „Saul der Zweyte, genannt der Dicke, König von Kanonenland". Auch hier wechseln Ausfälle gegen Berlin, das zweite Ephesus, wo sich alles vereinigt, um Geld und Gesundheit, Unschuld und Ruhe zu rauben, mit wollüstigen Schilderungen der Mysterien des Hauses Rietz und mit Verwünschungen der Henker der Glaubensfreiheit. Vom Religionsedikt heißt es: „So etwas war seit Nebukadnezar nicht erschienen, ganz natürlich mußte es also auch allgemeine Sensation erregen." „Wurm (Wöllner), Wurm! Dein Glaubensedikt hat dich verewigt! Fest hast du deinen Namen der Kirchen- und Ketzergeschichte einver-

leibt! Nach Jahrhunderten wird man ihn noch mit Widerwillen und Abscheu aussprechen!"

Weshalb in dieser Schlammflut vorwärtsdringen? Das Mitgeteilte genügt, um die Erbitterung der Radikalen zu kennzeichnen. Mit Ekel wenden wir uns ab von Erzeugnissen, für welche Cosmann den rechten Namen „Schund- und Schartekenlitteratur" gefunden hat, aber die Entrüstung über Ausschreitungen darf nicht übersehen lassen, daß auch die gemäßigten Freiheits- und Vaterlandsfreunde den Uebergang des Regiments an mangelhaft befähigte oder gewissenlose Streber und Frömmler bitter beklagten. Gewiß hat Dampmartin recht, wenn er in seiner Verteidigungsschrift für die „preußische Pompadour" als Thorheit zurückweist, daß nach dem Unglückstag von Jena alle Schuld an Preußens Verfall auf Friedrich Wilhelm II. und das Kleeblatt Rietz-Wöllner-Bischoffswerder abgeladen wurde. Schädlich haben aber der Zelotismus, die Heuchelei, die Verschwendung dieser Dunkelmänner, die fast ein Jahrzehent hindurch die innere Politik Preußens beherrschten, unzweifelhaft gewirkt. König und Volk wurden einander entfremdet, damit war dem stolzen Bau Friedrichs des Großen die kräftigste Stütze entzogen. —

In Kursachsen war man seit langem gewohnt, auf einen Gegensatz zwischen dem waffenklirrenden Sparta an der Spree und dem Sitze schöner Künste und geselliger Bildung, Elb-Athen, wohlgefällig hinzuweisen. „Nirgend" so rühmte sogar Voltaire „waren die Genüsse des Friedens so reich versammelt, nirgend waren die Huldigungen für die Kunst so enthusiastisch, nirgend der Zusammenfluß der Fremden so lebhaft wie in Dresden, dem glänzendsten Hofe Europas". [1])

Das war kaum zu viel gesagt. War doch schon unter dem cynisch-genialen August dem Starken, der durch sein „Königs-Dessin" der geschichtlichen Stellung des Kurstaates die Lebensadern unterbunden und durch leichtfertige Kriege den Wohlstand des Landes gestört hatte, die polnisch-sächsische Residenz die erste Kunststadt des Reichs geworden, eine üppig schöne, in den Norden vorgeschobene Kolonie des Südens! Welches deutsche Bauwerk konnte sich messen mit der originellen und grandiosen Architektur des Zwingers, der doch nur als Vorhof für ein noch prächtigeres Schloß gedacht war! Sogar die Lustbauten des prachtliebenden Max Emanuel von Baiern waren den Schöpfungen Augusts nicht ebenbürtig. In diese Prunkräume lud der König die dramatische Kunst Frankreichs zu Gast; hier wurden die Opern Lullys, die Schauspiele Corneilles und Racines ebenso glänzend wie gediegen aufgeführt. Freilich war damit nur stattliche Bethätigung fürstlicher Würde beabsichtigt, mit dem Volksleben hatte diese Kunst keine Gemeinschaft, sie war nur eine künstlich getriebene Blüte, aber die Pflege war deshalb nicht weniger verdienstlich. „Die politische Geschichte" sagt Hettner „hat gar manche trübe Schatten aus der Regierungsgeschichte Augusts des Starken und Augusts III. hervorzuheben; der Kunstgeschichte wird das schönere Los zu teil, der mit Anspielung auf den Namen August bei den Zeitgenossen beliebten Bezeichnung eines neuen

[1]) Voltaire, Siècle Louis XV, 31.

Augusteischen Zeitalters eine gewisse Wahrheit und Berechtigung zuerkennen zu können."

Der böse Dämon Sachsens unter August III. war der allmächtige Major domus, Graf Brühl, der Jahrzehente lang die Leitung der gesamten Zivil- und Militärverwaltung in Händen hatte. Nachdem die Bekämpfung der schwer bedrängten Tochter und Erbin des letzten Habsburgers nicht den erhofften Gewinn gebracht hatte, wechselte er die Politik; fortan ließ er kein Mittel unversucht, das den glücklicheren Nebenbuhler König Friedrich von Preußen schädigen konnte; den sächsischen Premierminister trifft in erster Reihe die Verantwortung für den siebenjährigen Krieg, der doch die schlimmsten Folgen für Sachsen selbst im Gefolge hatte. An Brandschatzungen allein hatte das unglückliche Land mehr als siebzig Millionen Thaler zu zahlen.[1]) „Es ist eine betrübte Erinnerung des Kriegs", heißt es in einer von Baron Gartenberg an Brühl gerichteten Denkschrift, „wenn man auf den Rathäusern der Städte eine Reihe Schlüssel zu unbewohnten und von den Einwohnern unerschwinglicher Abgaben wegen verlassener Häuser antrifft." Doch am Könige und seinem Minister gingen die Erfahrungen der Kriegsjahre spurlos vorüber, bei Hofe dauerte die maßlose Verschwendung fort, die Unterthanen seufzten unter der kaum noch erträglichen Steuerlast. Als August III. starb (5. Oktober 1763), kam erst zu Tage, wie gewissenlos sein Minister mit den öffentlichen Geldern umgegangen war. Glücklicher Weise war aber auch in der Brühlschen Periode die Verschwendung mit Kunstliebe und Geschmack Hand in Hand gegangen. Wie unter August II. die französische Kunst in Dresden eingezogen war, so herrschte unter dem Nachfolger die italienische. Die von Gaetano Chiaveri gebaute Hofkirche zählt zu den schönsten Schöpfungen des italienischen Barockstils; eine ebenso edle Zierde der Stadt ist das Werk des einheimischen Georg Bähr, die der Peterskirche in Rom nachgebildete Frauenkirche. Der in Rom gebildete sächsische Hofmaler Raphael Mengs zählte zu den gefeiertsten Größen des Zeitalters; für den Grafen Brühl malte Canaletto die lebensvollen und getreuen Ansichten sächsischer Städte; vor allem: damals kamen die köstlichen Meisterwerke des Cinquecento und der Renaissance in die Dresdener Galerie, 1743 Holbeins Madonna, 1753 Raphaels Sixtina. Die Oper war von Hasse und seiner schönen Gattin Faustina beherrscht; aus italienischer Schule stammten die „Talestri" und andere beachtenswerte Werke der Kurprinzessin Maria Antonia, Kaiser Karls VII. Tochter, die mit schwärmerischer Hingebung den Musen huldigte. Dem König soll nicht vergessen werden, daß er mit den Worten: „Dieser Fisch soll in sein rechtes Wasser kommen!" den Verfasser der „Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke in Malerey und Bildhauerkunst" nach Rom schickte. Wie berauschend die Schätze der kunstsinnigen Wettiner auf einen empfänglichen Kopf wirkten, zeigt sich gerade an dem Altmärker Winckelmann, der sich aus den Kasematten einer Zwingburg in die Gärten Armidas versetzt glaubte und, um dieser schöneren Welt leben zu können, Heimat und Glauben abschwor. Auch Herder feiert entzückt diese Reize:

[1]) Flathe, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen, II, 502.

„Blühe, deutsches Florenz, mit deinen Schätzen der Kunstwelt,
Stille gesichert sei Dresden-Olympia uns.
Phidias-Winckelmann erwacht an deinen Gebilden,
Und an deinem Altar sprossete Raphael Mengs!"

Doch es war ein Glück für Sachsen, daß es 1768 in Friedrich August IV. einen schlichteren, sparsameren Regenten erhielt. Nun wurde endlich versucht, den zerrütteten Finanzen aufzuhelfen; der Willkür der Höflinge und Beamten, die unter den Vorgängern auch in Sachsen eine „polnische Wirtschaft" geführt hatten, wurde gesteuert, der ganzen Staatsverwaltung wieder das Gepräge der Ehrlichkeit und Ordnung zurückgegeben. Eingedenk der Nachteile, welche die Verquickung sächsischer und polnischer Interessen dem Stammlande schon gebracht hatte, verzichtete der Kurfürst auf die polnische Krone. Im bairischen Erbfolgestreit schloß er sich, um seine Ansprüche als Gatte einer bairischen Prinzessin an die Allode der bairisch-wittelsbachischen Linie durchzusetzen, an Preußen an; die Verwendung des Gewinns, den ihm der Teschener Friede brachte, fand aufrichtigen Beifall. Als Friedrich II. die deutschen Fürsten aufforderte, den fortgesetzten, auf Eintausch Baierns gerichteten Umtrieben Josephs II. einen Damm entgegenzusetzen, ließ sich Friedrich August nach einigem Zögern zur preußischen Auffassung bekehren und trat (23. Juli 1785) dem Fürstenbunde zur Erhaltung des bedrohten Reichssystems bei.

Diese ruhige, besonnene Leitung der auswärtigen Politik trug wesentlich zum erfreulichen Aufschwung der inneren Verhältnisse bei. Der lange Friede wirkte wohlthätig auf Ackerbau, Handel und Gewerbe, und so gelangten die gescheiten, rührigen Bewohner des Kurstaates allmählich wieder zu dem früher sprichwörtlichen Wohlstand. Der rationell gepflegte Bergbau blühte auf; die Industrie entwickelte sich freier und glücklicher als in den größeren Nachbarstaaten. Neben dem durch Fürstengunst geförderten Dresden behauptete Leipzig, das sich eines regsamen, reichen Bürgerstandes und einer bedeutenden Hochschule rühmen konnte, ehrenvollen Rang unter den deutschen Städten. Leipziger Studenten wurden die Reformatoren unsrer Litteratur. Die Herausgeber und Mitarbeiter der „Neuen Beiträge", die den Mut fanden, unabhängig von Gottsched neue Wege einzuschlagen und die Poesie aus dem Bannkreis der Gelehrsamkeit herauszuführen, hatten soeben in Leipzig ihre Studienjahre zurückgelegt; in die Leipziger Tage fielen Lessings erste dramatische Versuche; in den Hörsälen und im gesunden Volksleben Leipzigs holte sich der junge Goethe fruchtbare Anregung. Schon war Leipzig die unbestrittene Metropole des deutschen Buchhandels, und damit hängt auch zusammen, daß den Lehrern und Schriftstellern jener Stadt universellere Bildung, weiterer Blick, freierer Ton nachgerühmt wurden. „Mein Leipzig ist ein Klein-Paris, das bildet seine Leute!" —

Die kurhannöverschen Lande wurden, seit Georg I. am 31. Oktober 1714 in Westminster als König von Großbritannien und Irland gekrönt worden war, von London aus regiert. Zwischen Welfen und Hohenzollern bestand, obwohl sie Nachbarn und Religionsverwandte waren, nur selten aufrichtiges Einvernehmen; die Nebenbuhlerschaft um die erste Stellung im deutschen Norden schuf einen natürlichen Gegensatz. Namentlich Georg II. war ein leidenschaft-

licher Gegner Preußens, nicht bloß solange er in den schlesischen Kriegen als Bundesgenosse Maria Thereſias mit der „pragmatischen" Armee gegen Preußen und Franzosen operierte, sondern auch nachdem er durch die hannöversche Konvention von 1745 ganz andre Pflichten auf sich genommen hatte. Der konstitutionelle Regent Englands hatte, wie aus der Geheimkorrespondenz Georgs mit den hannöverschen Räten nachgewiesen werden konnte[1]), ebenso sein „Geheimnis des Königs", wie der absolute Monarch von Frankreich. Als König von England mahnte Georg seine Minister, für den Frieden zwischen Preußen und Oesterreich zu wirken; als Kurfürst von Hannover, von der Absicht getragen, aus preußischem Gebiet „ein namhaftes Avantage zurechtzuschneiden", suchte er durch jedes Mittel die Versöhnung zu hindern. Wie so häufig in der Aera der ersten beiden George, mußte sich das englische Interesse dem hannöverschen unterordnen, wurde England, wie Lecky sagt, mit hannöverschem Ruder gesteuert.

Doch die Bereitwilligkeit König Friedrichs, die Erhaltung der von Frankreich bedrohten Lande des welfischen Hauses zu verbürgen, führte zwar nicht in der Gesinnung Georgs, doch in der Politik des hannöverschen Kabinetts einen Umschwung herbei. Infolge des Vertrags von Westminster vom 16. Januar 1756 stand England im neuen Kriege zwischen Preußen und Oesterreich als Bundesgenosse an Friedrichs Seite, und die hannöverschen Truppen leisteten zur Befreiung des deutschen Bodens von französischer Invasion treffliche Dienste. Inmitten der Stürme des siebenjährigen Kriegs starb Georg II. (25. Oktober 1760).

Sein Sohn Georg III., der sechzig Jahre lang in der wichtigsten Periode der Weltgeschichte über die aufgeklärteste Nation der Erde das Szepter führen sollte, war in England und nach englischen Grundsätzen erzogen worden. „In England geboren und erzogen," sprach er am Schluß seiner ersten Rede im Parlamente, „rühme ich mich, ein Brite zu heißen und zu sein." Das war keine Phrase; das deutsche Blut gewann niemals Einfluß auf Georgs III. Anschauungs- und Handlungsweise, er fühlte sich ganz als Engländer, Hannover war ihm nur eine kleine Provinz des britischen Reiches.

Am Bunde mit Preußen hielt Georg III. vorerst fest; an der Ehrenhaftigkeit seines großen Ministers Pitt scheiterten alle Versuche, England zu einem Separatfrieden zu verlocken, obwohl von österreichischer Seite warnend vor Augen gebracht wurde, welche Gefahr die Kurlande „bey dem in statu quo bleibenden aggrandissement des preußischen Hofes, sowohl der Nachbarschaft, als viel andrer despotischer Absichten und unter der Asche glimmenden Ansprüchen halber" bedrohe. Als aber die Kriegslust im erschöpften England abnahm, wurde die Stellung Pitts unhaltbar, und der Günstling des Königs, der Schotte Bute, trat an die Spitze des Kabinetts. Nun erlahmte die Kriegführung auf dem Kontinent; Lord Bute forderte dringlicher als Maria Thereſia, daß Preußen ein namhaftes Opfer an Land und Leuten bringe, und da König Friedrich diese Zwangslage nicht anerkennen wollte, wurde mit Aufopferung der Interessen des Bundesgenossen am 10. Februar 1763 der Pariser Friede ge-

[1]) Borkowsky, Die englische Friedensvermittlung im Jahre 1745, 6.

schlossen. Pitt hatte sicher nicht unrecht, wenn er beklagte, daß dieser Friede den Ruhm des Krieges beflecke, aber Bute berief sich auf das Beispiel des Landmannes, dessen Vorteil nicht bloß erheische, daß die Feldfrucht üppig heranreife, sondern daß sie auch glücklich in die Scheuer gebracht werde. Die Errungenschaften des Pariser Friedens waren ja ungemein günstig. Die Kämpfe diesseits und jenseits des Ozeans hatten die Unwiderstehlichkeit der englischen Marine bewiesen; die Frucht ihrer Siege war ein mächtiger Aufschwung der kolonialen Machtstellung Englands. Doch England zog nicht lange Nutzen aus dem Sieg der germanisch-protestantischen Rasse über die romanisch-katholische in Nordamerika. Bald führte der natürliche Gegensatz des Charakters und der Interessen des Mutterlandes und der Kolonien zum Abfall der bedeutendsten transatlantischen Staaten; die Hartnäckigkeit des Königs, der jedes Zugeständnis verwarf und in den versöhnlichen Ratschlägen Burkes und Fox' nur verkappte Rebellion witterte, machte den Bruch unheilbar. „König Georg III.," sagt Lord Brougham, „war ein Mann von beschränktem Geist, dessen Grenzen auch die sorgfältigste Erziehung nicht zu erweitern vermocht hatte, und von hartnäckigem Charakter, den wohl keine Erziehung hätte mildern können; er hatte in seinen Anschauungen und Neigungen viel von jener Entschlossenheit, die auch kleinen Menschen, die ohne Unterscheidungsgabe und mit ebensoviel Festigkeit für das Gute wie für das Schlechte eintreten, einen Schein von Gleichmut gibt, der oft für Seelengröße angesehen wird und damals mehr als einmal die Ehre zu ersetzen hatte. In allem, was sich auf Ausübung der königlichen Herrschaft bezog, war er der Sklave einer tief eingewurzelten Selbstsucht, und keine Regung von Güte fand Zutritt zu seiner Seele, wenn es sich um Erhaltung oder Ausübung seiner Macht handelte. In allen andren Dingen war er sanft und friedfertig; wenige Fürsten sind so musterhafte Familienväter und so treue Freunde gewesen. Doch von dem Augenblick an, wo es sich um sein Königsrecht handelte oder wo sich seine Bigotterie angegriffen glaubte, bäumte sich ein unbeugsamer Stolz in ihm auf, und bittere Feindseligkeit, berechnete Kälte und unversöhnlicher Groll füllten seine ganze Seele". [1])

Das Urteil des leidenschaftlichen Whig, der im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Burke sogar in den Ideen Dantons und Robespierres berechtigte und erhabene Wahrheiten erblickte, ist nicht maßgebend; in manchen Fällen wird die unbefangenere Nachwelt die Ehrenhaftigkeit und die Charakterstärke Georgs III. rühmen, wo Brougham Selbstsucht und pedantische Hartnäckigkeit zu tadeln findet. Doch ist unzweifelhaft, daß in der amerikanischen Frage zu viel Beharrlichkeit, zu wenig Staatsklugheit entwickelt wurde. Georg hatte kein Verständnis für die Strömung der Zeit; er sah in allem, was Franklin für die Kolonien forderte und der staatsmännische Pitt bewilligen wollte, unstatthafte Zugeständnisse an Volksverführer; er glaubte merkantile Kunstgriffe ablehnen zu müssen, wo es sich um weltgeschichtliche Prinzipien handelte. Als der Sturm losgebrochen war, wähnte der König noch immer, durch kleine Mittel

[1]) Brougham, Esquisses historiques des hommes d'état du temps de George III. traduites par Legeay, 14.

und halbe Maßregeln alles gut machen zu können, und als er endlich aufrichtig einlenken wollte, war es zu spät: die Trennung der beiden Weltteile war vollendete Thatsache. England sah sich genötigt, die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anzuerkennen, aber dieser Verlust wurde zur nämlichen Zeit fast aufgewogen durch die Ausdehnung der britischen Macht in Indien. Gewiß, die Anfänge der indo-britischen Herrschaft sind wenig ehrenvoll, die hinterlistige Handlungsweise Lord Clives und die Gewaltthaten Warren Hastings verdienen gebrandmarkt zu werden, doch die Fortentwickelung der englischen Kolonialpolitik weist einen Zug von Größe auf, wie er kaum auf einem andren Blatt der Weltgeschichte sich findet. Mit dem Monopol- und Ausbeutungssystem wurde aufrichtig gebrochen, die neuen Gebiete erhielten eine treffliche Organisation, den Eingeborenen wurden freieste wirtschaftliche Bewegung und volle Religionsfreiheit gewährt, die Ueberlegenheit der neuen Herren wurde ihnen so schonungsvoll und doch so überzeugend vor Augen gebracht, daß sie — von wenigen vorübergehenden Störungen abgesehen — in der Herrschaft der Europäer ihr Glück und ihre Größe zu erblicken sich gewöhnten. Die Weltgeschichte hat kein zweites Beispiel aufzuweisen, daß ein verhältnismäßig so kleiner Staat, der noch vor zweihundert Jahren keinen Fuß breit überseeischen Gebiets sein eigen genannt hatte, sich über den ganzen Erdball zu einem Weltreich ausdehnte, von dem in Wahrheit gesagt werden kann, daß darin die Sonne nicht untergehe. Durch einen dreiundzwanzigjährigen Krieg mit der französischen Nation wurden die neuen Errungenschaften glücklich verteidigt, und nach dem Zusammensturz des Napoleonischen Kaiserreichs konnte die Alleinherrschaft Englands zur See als gesichert gelten. Mag immerhin das Hauptverdienst großen Staatsmännern, wie Lord Chatham und Pitt dem Jüngeren, tüchtigen Heerführern, wie Elliot und Wolfe, kühnen Seefahrern, wie Rodney, Howe und Nelson, gebühren, so ist es doch sehr die Frage, ob England die furchtbaren Erschütterungen jener Zeit überwunden hätte, wenn nicht den Thron ein Monarch innegehabt hätte, der zwar nicht immer der Zustimmung, aber jederzeit der Achtung und der Zuneigung seiner Völker sich erfreute.

Unter den beiden Vorgängern Georgs III. hatte Hannover seine eigene Verwaltung gehabt, und die Könige selbst hatten längere Zeit in diesem Lande verweilt; seit 1760 aber war der Sitz der hannöverschen Kanzlei, von welcher die wichtigsten Entscheidungen ausgingen, in London. Da der Regent selbst in seinem deutschen Lande niemals mehr Hof hielt, konnte es nicht ausbleiben, daß dem Adel erhöhte Bedeutung zufiel, so daß wohl von einer oligarchischen Regierungsform in Hannover gesprochen wurde. Dagegen kam dem Lande zu statten, daß es nicht gleich anderen Nachbarstaaten die ungeheuren Kosten eines Hofhalts à la Versailles zu bestreiten hatte; es erfreute sich geordneter Verhältnisse und stattlichen Wohlstandes; in der Zwangslage, daß die Landessöhne unter britischer Flagge fast überall mitfechten mußten, wo britische Interessen zu verteidigen waren, sahen die Unterthanen Georgs III. nichts Unnatürliches.

Eine eigentümliche Bedeutung gewann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die hannöversche Landesuniversität Göttingen. An dieser 1734

gegründeten Hochschule hatten freie Forschung und selbständige Pflege der Wissenschaft eine würdige Heimstätte gefunden. Früher als anderswo wurde hier mit dem Grundsatz, daß die Gelehrsamkeit um ihrer selbst willen ehrwürdig sei, gebrochen und die Forderung aufgestellt, daß die Wissenschaft in engste Verbindung mit dem Leben gesetzt werden müsse, daß also eine Hochschule die Aufgabe habe, ihre Schüler zu praktischen und patriotischen Bürgern heranzubilden. Der beredte Theologe Mosheim, der feinsinnige Pädagoge Gesner, der bahnbrechende Vertreter echter Altertumswissenschaft, Christian Gottlob Heyne, und viele andre tüchtige Gelehrte und Lehrer entfalteten eine für ganz Deutschland ersprießliche Wirksamkeit. Von besonderer Wichtigkeit aber wurde der Aufschwung, den in Göttingen die Geschichtswissenschaft und die Publizistik nahmen. Ludwig Spittler erfaßte zuerst die Geschichte, die bis dahin unfrei gewesen war und im Dienste der Theologie oder der Jurisprudenz oder der Humaniora gestanden hatte, als etwas Selbständiges und schrieb zum erstenmal lebendige Volksgeschichte.

Noch bedeutsameren Einfluß übte ein andrer Göttinger Historiker nicht so fast auf den Entwickelungsgang der historischen Wissenschaft, obwohl es auch hierfür von Wichtigkeit war, daß er zuerst in Gibbons Bahnen einlenkte, als auf die Belebung des politischen Sinnes in Deutschland, August Ludwig von Schlözer. Eine liebenswürdige Erscheinung in der Litterärgeschichte ist er nicht. Sein Witz ist schwerfällig, sein Selbstbewußtsein macht fast komischen Eindruck, seine Verachtung des bel esprit verführt ihn zu pedantischer Einseitigkeit; trotzdem ist sein Verdienst gar nicht hoch genug anzuschlagen. Durch ausgedehnte Reisen hatte er seinen Gesichtskreis erweitert, ohne daß durch diesen universellen Zug die deutsche Solidität der Arbeit und die Unbefangenheit des Urteils geschädigt worden wären. Die Geschichte gestaltete sich in seinem Geiste als zusammenhängende Entwickelung in organischer Einheit; nicht bloß die äußeren Schicksale des Volkes beobachtete er, noch mehr beschäftigte ihn das Wachstum desselben von innen heraus: die ursprüngliche Zusammensetzung aus verschiedenen Bestandteilen, die Veränderungen des staatlichen Wesens, die agrarischen Verhältnisse, Handel und Wandel, Kunst und Litteratur. Da schlug sich ihm von selbst die Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart; um die Zeitgenossen über die wichtigsten Vorkommnisse des politischen, sozialen und litterarischen Lebens aufzuklären und zugleich der Nachwelt zuverlässigen historischen Stoff zu überliefern, gab er (1776—1782) den „Briefwechsel meist historischen und politischen Inhalts“ und (1782—1793) die „Staatsanzeigen“ heraus.

Der glänzende Erfolg dieser Unternehmungen — die Staatsanzeigen hatten zeitweilig einen Absatz von 4400 Exemplaren — beweist, daß sie einem Bedürfnis des Zeitalters entsprachen. Der Freimut, womit Schlözer und seine Mitarbeiter wenigstens die nicht-hannöverschen Vorgänge besprachen und die Gewaltthaten kleiner Despoten öffentlich rügten, war in Deutschland etwas ganz Neues, und die ungewöhnliche Erscheinung war von gewaltiger Wirkung. Immer weitere Kreise bekehrten sich zum Grundsatz: die schrankenlose Oeffentlichkeit ist der gerechteste Richter! Bot sich doch sogar ein so feingebildeter Fürst, wie Herzog

Karl von Sachsen-Meiningen, als Mitarbeiter an, um „Aufklärung und Duldungsgeist zu befördern und Bosheit und Dummheit zu entlarven und zu unterdrücken!" Dem Herausgeber zollt der Herzog warmes Lob. „Ihr Briefwechsel wird überall gelesen," schrieb er (23. Juni 1781), „er ist jetzt das einzige Buch seiner Art, das so allgemeinen Nutzen stiftet und so manche gute Idee in dem Herzen eines wohldenkenden Regenten erweckt . . . O bester Mann! fahren Sie doch ja fort, uns so viel Gutes und Nützliches bekannt zu machen und lassen Sie sich nie durch etwas abschrecken, Ihr Journal fortzusetzen!" [1]) Noch überschwenglicher schrieb ein aktiver Diplomat, Graf Schmettow (12. November 1786): „Sie, Herr Professor Schlözer, haben der Welt mehr genutzt, als selbst Luther. Glauben Sie es mir, daß sich wirklich schon böse Minister und Fürsten vor Ihnen fürchten! So sind unzählige Gottlosigkeiten Ihrentwegen unterblieben. Feinde haben Sie sich freilich gemacht, auch war kein Monsignore, kein Abbate in Rom Luthers Freund, aber Gott und ehrliche Menschen, die das Gute zu schätzen wissen, müssen Ihnen wohlwollen, und wenige oder gar keine Ihrer Mitmenschen werden auf dem Todbette des gethanen Guten so gewiß und ruhig entschlummern können, als Sie!" [2]) Freilich stehen diesen Urteilen über die Göttinger Publizistik zahlreiche minder günstige und ablehnende gegenüber. Heyne, der Göttinger Kollege, macht sich über den „politischen Pausback" weidlich lustig; Meusel beklagt, daß der „stolze Zeus des politischen Himmels" sich auch zum Despoten im litterarischen Reiche aufschwingen wolle; Goethe schreibt 1780, der ganze Göttinger Briefwechsel sei „die Unternehmung eines schlechten Menschen", und nennt auch später noch Schlözer den „deutschen Aretino". Als Schlözer 1781 mit dem Fürstbischof von Speier, weil in dessen Ländchen noch mittelalterliche Steuern und Frondienste üblich waren, schonungslos ins Gericht ging, wurde er als „gemeinschädlicher Pamphletist" bei seinem Landesherrn verklagt. Georg III. erklärte aber, daß er sich „zur Ahndung freimütiger Bemerkungen eines politischen Privatschriftstellers nicht für qualifiziert" ansehe. Schlözer frohlockte, daß keine hohe Hand lang genug sei, um einen Hannoveraner zu bedrücken! Nun führte der Bischof in einem öffentlichen Rundschreiben an die Reichstagsabgeordneten Klage über Schlözer; das ganze Reich sollte sich in Bewegung setzen gegen die Nachsicht, deren sich die „schamlose Frechheit eines in allem Betracht niederträchtigen Schriftstellers" bei seiner Regierung erfreue.[3]) Doch erst die Reaktion, die infolge der Ausartung der freiheitlichen Bewegung in Frankreich auch in Hannover der freien Meinungsäußerung engere Schranken zog, setzte der politischen Wirksamkeit Schlözers, die ohne Zweifel mehr Nutzen als Schaden gebracht hat, ein Ende. —

In Pfalz-Baiern herrschten trübe Zustände; es waren, wie Westenrieder sagt, „die in vieler Rücksicht traurigen Jahre, wo ein häßlicher Parteigeist und eine alle persönliche Sicherheit zerstörende Verfolgungssucht schamlos herrschten." [4])

[1]) Christian v. Schlözer, A. L. v. Schlözers öffentliches und Privatleben, II, 209.

[2]) Ebenda, II. 119.

[3]) Kurze Bemerkungen, wie sich gegen den göttingischen Professor Schlözer zu benehmen sei! (1784.)

[4]) Beyträge, VI, 405.

Zweimal im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts war der Versuch bairischer Fürsten, durch Unterstützung Frankreichs das Ziel ehrgeiziger Wünsche zu erreichen, mit Verwüstung des Landes bestraft worden; die Folge war eine klägliche Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse des mit natürlichen Quellen des Reichtums so gesegneten Staates. Auch die innere Politik jener ehrgeizigen Wittelsbacher war nicht glücklicher gewesen. Mit dem Schimmer der Hofhaltung stand in trübem Widerspruch die Verarmung des Landes, aber diesem materiellen Niedergang entsprach nur zu getreu der Verfall des geistigen Lebens. Man braucht nicht an das verächtliche Wort Friedrichs II. über Baierns Bewohner zu erinnern, auch von aufgeklärteren Eingebornen wurde zugestanden und beklagt, daß der bairische Stamm, in der glänzendsten Periode des Mittelalters ein Hauptträger deutscher Bildung, seit Jahrhunderten fast auf allen Kulturgebieten hinter andern deutschen Stämmen zurückgeblieben sei. Westenrieder, selbst ein würdiger Geistlicher, gesteht freimütig, daß nirgend die Bevormundung durch den Klerus so schädlich gewirkt habe, wie in Baiern; wüster Aberglaube beherrschte die Menge, die, in stumpfer Selbstgenügsamkeit versunken, jedem Fortschritt abhold war. „Man wollte schlechterdings, daß alles in dem Zustand von Ruhe beharren sollte, in welchem ... das Vaterland seit einigen Menschenaltern erhalten worden war. Jede auch noch so kleine Verbesserung hieß man eine Neuerung, und mit jeder Neuerung verband man den Begriff einer Gefahr ... Man fürchtete sich vor jedem ungewöhnlichen Laut und argwöhnte überall ein verborgenes Gift ..." [1]) Eine Klage, die auch im Munde der geistvollen Tochter Neckers, die an der Wende unsres Jahrhunderts deutsches Volkstum beobachtete, noch wiederkehrt. In ihrer Schilderung des süddeutschen Volkscharakters sagt Frau von Staël: „Hier verharrt man in einem Zustand eintönigen Behagens, der für die Regsamkeit der Geschäfte, wie des Geistes gleich schädlich ist. Der sehnlichste Wunsch der Bewohner dieser friedlichen und fruchtbaren Landschaften erstreckt sich nur darauf, weiter zu leben, wie bisher, und dieser Wunsch genügt nicht einmal, sich das zu erhalten, womit man sich zufrieden geben will."

Der wohlgesinnte, volksfreundliche Max Joseph III. hatte sich ernstlich angelegen sein lassen, die Landeskultur zu heben und die Volksbildung zu fördern. Die Stiftung der Münchner Akademie der Wissenschaften ist ein bedeutsamer Markstein in der Geschichte des geistigen Lebens in Süddeutschland. Es ging fortan aufwärts, aber nur langsam. Ebenso die stammverwandten Oesterreicher, wie die Norddeutschen, blickten mit Geringschätzung auf die Baiern, und diese übten wunderliche Vergeltung, indem sie sich nur noch trutziger von der Gemeinschaft mit den deutschen Brüdern absonderten. Der „kurfürstliche Hofpoet" Matthias Ettenhueber klagt zornig über die Zurücksetzung seiner Landsleute:

„Denn, wie ein Wiener sagt, kann es ohnmöglich sein,
Daß sich ein dummer Bayr stellt bey der Dichtkunst ein,
Nur Sachsen, Sachsen ist das Stammhaus der Poeten!
G'nug, wenn man am Parnaß uns läßt den Blasbalg treten!

[1]) Westenrieder, Geschichte der bairischen Akademie der Wissenschaften, I, 7.

Ein Bierschlauch und Poet! Der Bayr ein Musensohn!
O dieses wär' zu viel für eine Nation,
Die nach der Hefe riecht! Wie soll in unserm Magen
Der reine Dichterfluß sich mit dem Schleim vertragen!" [1])

Doch Ettenhueber selbst äußert an andrer Stelle seinen Unwillen über das Phäakentum seiner Umgebung:

„Des Schwelgens ist kein End', es schwelget Jung und Alt" ...

und ein andrer bairischer Publizist, Andreas Zaupser, spricht sein Bedauern aus, daß „die dicken Säfte des guten Bieres ... ihnen (den Baiern) vieles von der Schnellkraft benehmen und also zu feinen oder raschen Empfindungen untauglicher machen." [2])

Kaiser Joseph beurteilte die Sinnlichkeit des bairischen Volkes in Religion und Leben nicht glimpflicher, als König Friedrich. Als der Papst im April 1782 München besuchte, wies Joseph seinen Gesandten Lehrbach an, zu „invigiliren", wie die Anwesenheit des seltenen Gastes auf Fürsten und Volk in Baiern einwirke. „Wenn Sie mich etwas auch von den dummen Zügen der baierischen Andacht und Schwärmerei ... benachrichtigen können, so werde ich Ihnen dafür verbunden seyn." [3]) Graf Lehrbach weiß denn auch allerlei zu erzählen, wie die „noch äußerst rohe und materielle" Münchner Bevölkerung den Papst förmlich anbete; allerdings seien auch viele über den Besuch des Papstes ungehalten, nämlich diejenigen, welche die Besorgnis ergriffen habe, daß infolge des Zusammenflusses so großer Volksmassen in München allzubald Mangel an Sommerbier eintreten könnte.

Regent der bairischen Lande war seit 1777 Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach. Ihm wird im „teutschen Staatsalmanach" des schwäbischen Satirikers Weckhrlin (1784), worin die einzelnen Fürsten und Staatsmänner nach ihren Verdiensten klassifiziert sind, unter den Gönnern der Künste und Wissenschaften der erste Platz zugesprochen. [4]) Dagegen ist in Weckhrlins statistischer Tafel,

---

[1]) Reinhardstöttner, Studien zur Kultur- und Literaturgeschichte Altbayerns, I, 13.
[2]) Der Zuschauer, I, 83.
[3]) Brunner, Theologische Dienerschaft ꝛc., 480.
[4]) Wekhrlin, Graues Ungeheuer, 1784, I, 163.

Gesetzgebung, Staatswirthschaft, Kultur, teutscher Patriotismus, allgemeines Menschenwohl:

Räthe:	Sekretäre:
Friedrich der Einzige.	Feldmarschall Lacy.
Karl Friedrich v. Baden.	Baron Herzberg.
Joseph II.	Kanzler Carmer.
Wilhelm, Graf v. Hanau.	Baron Fürstenberg zu Münster.
Karl Wilhelm Ferdinand v. Braunschweig.	

Künste, Wissenschaften, Aufklärung, Nationalglanz:

Räthe:	Sekretäre:
Karl Theodor v. Pfalzbaiern.	Friedrich Wilhelm, Prinz v. Preußen.
Friedrich, Landgraf v. Cassel.	Baron v. Dalberg zu Mainz.
Leopold v. Anhalt.	Graf Firmian zu Salzburg.
Ernst II. v. Gotha.	
Karl Joseph, Kurfürst v. Mainz.	
Karl August v. Weimar.	

„wie viel Genie, Witz, Wissenschaft und Geschmack im vierten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts die einzelnen Städte Teutschlands besitzen," der Residenz Karl Theodors so ziemlich der letzte Platz angewiesen.[1])

Sehen wir einmal zu, inwiefern die beiden auffällig abweichenden Urteile Geltung beanspruchen können.

Am 30. Dezember 1777 übernahm Karl Theodor, der in der rheinischen Pfalz schon seit 1742 die Zügel geführt hatte, die Regierung über Baiern. Auch schon als Kurfürst von der Pfalz hatte er durch kirchenpolitische Maßregeln bei dem evangelischen Teil der Bevölkerung Anstoß erregt. Der Beschwerden über Verletzung der im westfälischen Frieden und im sogenannten Halleschen Rezeß von 1685 den Protestanten zugesicherten Rechte gab es, wie ein Ankläger in den „Staatsanzeigen" versichert, so viele, daß der reformierte Kirchenrat schon 1754 „ganze Volumina vorlegte", da „der Judenschaft mehr Freiheit zustand als der reformierten Kirche". Hauptsächlich um dieser Bedrückung willen wanderten viele tausend Familien nach Amerika aus. „Es sind wenige Beispiele in der Weltgeschichte," bemerkt dazu Schlözer, „daß ein Land seine Intoleranz so hart hat büßen müssen; die Bedeutung des Wortes ‚Pfälzer' für ‚Kolonist' in der englischen Sprache bleibt ein dauerndes Beispiel davon."[2]) Die Rechtspflege, wie die Verwaltung krankten an der Käuflichkeit der Aemter und der Beamten, und die 5500 Mann starke Armee mit einem Stab von Generalen und Offizieren, der an Zahl den preußischen fast überbot, erregte den Spott der Zeitgenossen. Doch diese Mängel hinderten nicht, daß Karl Theodor, selbst ein echter Pfälzer, der Liebling der Pfälzer war. Das elegante Treiben in Mannheim, der jüngsten unter den deutschen Residenzen, die Bewunderung, die von Fremden aller Nationen dem „deutschen Mäcen" entgegengebracht wurde, wirkten so bestrickend auf die Rheinländer, daß sie mit Stolz sich ihres Landesherrn rühmten. Auch fehlte es Karl Theodor keineswegs an Eigenschaften, die einem Regenten die Liebe des Volkes erwerben. Er war von milder, heiterer Sinnesart, frei von Mißtrauen und übertriebener Strenge; erst in vorgerücktem Lebensalter unter dem Einfluß seiner Umgebung wurde er unduldsam und hart gegen alle,

---

Nationalerziehung, Industrie der Tugend, Philantropie:

Räthe:

Karl, Herzog zu Württemberg.
Karl Wilhelm, Graf zu Nassau-Usingen.
Heinrich v. Bibra, Fürstbischof zu Fulda.
Franz Ludwig v. Erthal, Fürstbischof zu Würzburg.

Sekretäre:

Ferdinand, Prinz v. Braunschweig.
Herr v. Rochow.

[1]) Graues Ungeheuer, 1784, I, 12.

	Genie	Witz	Wissenschaft	Geschmack
Berlin	15	20	15	10
Göttingen	5	5	25	0
Leipzig	10	10	20	5
München	5	0	15	0
Mannheim	10	10	10	5
Wien	10	5	15	5

[2]) Schlözer, Staatsanzeigen, 1786, 294.

die sich seinen Ansichten und Absichten nicht fügen wollten. [1]) Seine ritterliche Erscheinung und seine gesellschaftlichen Talente gewannen ihm den Ruf des „ersten Kavaliers des heiligen römischen Reichs", dem die vielen Liebesverhältnisse, in welche ihn seine Sinnlichkeit verstrickte, und die Vorliebe für die Jesuiten nicht allzu schwer angerechnet wurden. Zog doch der nämliche Fürst den großen Cyniker Voltaire als gefeierten Gast in seine Residenz [2]) und spendete wenigstens berühmten Gelehrten des Auslands mit freigebiger Hand Gold und Weihrauch! Vor allem aber rühmte man sein Verständnis für darstellende und bildende Kunst. „Die Kunst ist seine eigentliche Sache", versichert der Reiseschriftsteller Rießbeck, „ein Engländer soll ihm deshalb das sonderbare Kompliment gemacht haben, er verdiente eigentlich ein Privatmann zu sein." [3]) Die Stiftung der Akademie der Wissenschaften und der deutschen Gesellschaft in Mannheim, die Bereicherung der Galerien, die Ausführung prunkvoller Bauten, die Gründung der ersten deutschen Hofbühne unter dem Beirat Lessings und Wielands, die glänzenden Leistungen der Mannheimer Oper wurden als „schätzbare Denkmale des Freundschaftsbundes eines großen deutschen Fürsten mit den Musen" im ganzen Reiche gefeiert.

Nun wurde dieser Fürst, der sich seit 35 Jahren in ein nicht bloß von Schmeichlern bewundertes, sondern seinen Unterthanen wirklich zusagendes Regierungssystem eingelebt hatte, durch Max Josephs III. Tod zur Regierung über Baiern berufen, und zwar war er durch die Hausverträge verpflichtet, in der bairischen Hauptstadt dauernden Wohnsitz zu nehmen. Die sonnigen Rebgelände der Pfalz sollte er vertauschen mit der rauhen, waldbedeckten bairischen Hochebene; statt der leichtblütigen, leichtlebigen Pfälzer sollte er derbe, verschlossene, gegen alles Fremde voreingenommene Altbaiern um sich haben! Ihnen sollte er erst Vertrauen und Zuneigung abringen, ihnen sollte er, der selbst auf Nachkommenschaft kaum noch hoffen konnte, den Verlust einer fünfhundertjährigen Dynastie, eines vergötterten Regenten, wie es Max Joseph III. gewesen war, ersetzen! Die Aufgabe erschien ihm so schwierig und so wenig lockend, daß er nicht Bedenken trug, mit dem Erzhause in Verbindung zu treten, um ganz Baiern oder doch einen Teil gegen angemessene Entschädigung abzutreten. Der Widerstand der Zweibrückenschen Kognaten, die an Preußen eine Stütze fanden, verhinderte zwar den Tausch, aber der Plan wurde nur vertagt, nicht aufgegeben; bis an sein Lebensende blieb der Kurfürst willfährig, auf neue Verhandlungen mit Oesterreich einzugehen. Dieser Wunsch war in Baiern ein öffentliches Geheimnis und wurde als unerträglicher Schimpf empfunden. Die Gattin des Herzogs Clemens, Maria Anna, die schon 1778 in den Tagen der höchsten Gefahr durch

---

[1]) So urteilt namentlich Westenrieder. Karl Theodor, der „im Grunde und für sich sehr liberal dachte", sei nur „mittels der bösartigen Vorspiegelungen und mittels der schwärzesten, unverantwortlichsten Verunglimpfungen und Verläumdungen der Nation" scheu und argwöhnisch gemacht worden. (Beyträge, VI, 397.)

[2]) Vgl. den teilweise nach ungedruckten Originalkorrespondenzen im kgl. geh. Hausarchiv zu München bearbeiteten Aufsatz „Karl Theodor von Pfalzbaiern und Voltaire" in Heigel, Essays aus neuerer Geschichte, 145.

[3]) Briefe eines Franzosen über Deutschland, I, 82.

Appell an König Friedrich die Selbständigkeit Baierns gerettet hatte, stand an der Spitze der „Patrioten", die dem „Pfälzer" offen und heimlich Opposition machten. „Man sieht noch allgemein," so schildert der österreichische Gesandte, Graf Lehrbach, dem Kaiser die Stimmung der Münchener Bevölkerung, „die Ergebenheit des Herrn Kurfürsten für den Allerhöchsten Hof mit den gehässigsten Augen an; es ist fast kein Haus, in welchem man nicht das in Kupfer gestochene Porträt des Königs Friedrich II. von Preußen aufhängt und als Schutzgott Baierns verehrt, und der Herzog Karl von Zweibrücken, welcher früher (wegen seiner Verschwendung) sozusagen der Abscheu und das Schreckbild der Nation gewesen, ist von dieser durch die Einwirkungen der Herzogin Klemens (Maria Anna) und ihrer Anhänger der Liebling geworden und hat in allen Geschäften den mächtigsten Einfluß, während man den Absichten und Verordnungen des Herrn Kurfürsten mit Verachtung und Leichtsinn zu begegnen pflegt." [1])

Rasch war die gehobene Stimmung verflogen, der beim Einzug des Kurfürsten Ettenhueber Ausdruck gegeben hatte:

„Ein Fürst, ein Volk, ein Herz und Sinn,
Und Pfälzer, ihr seid unsre Brüder!" [2])

Schon wenige Monate später mußte Ettenhueber zur Strafe für einige Stachelverse über das lüsterne Oesterreich ins Gefängnis wandern. Die Altbaiern klagten über Zurücksetzung gegenüber den „Krischern", die im Staat und Heer die ersten Stellen bekämen und ihr Hauptgeschäft darin erblickten, den Landesherrn gegen die eigenen Unterthanen aufzuhetzen.

Die einflußreichste Stellung am Hofe nahm der Beichtvater des Kurfürsten, der Mannheimer Exjesuit P. Ignaz Frank, ein. Nachdem seine rührige Thätigkeit für den Tauschhandel mit Oesterreich nicht den gewünschten Erfolg gefunden hatte, eröffnete er ebenso leidenschaftlichen Kampf mit den altbairischen Patrioten, wie mit den „Aufklärern", die den üppig wuchernden Wunder- und Aberglauben einschränken wollten. Wie notwendig für Baiern solche Reformen waren, dafür bietet die von Zaupser herausgegebene Zeitschrift „Der Zuschauer", die für München eine ähnliche Bedeutung hatte, wie für Wien „Der Mann ohne Vorurtheil", eine Fülle trauriger Beispiele. [3]) In München lese man, so klagt Zaupser, nur „Melusinen und Heumonskinder, Münchener oder Augsburger Zeitung und den Pater Kochem". Die erste Ausgabe von Goethes Werken von 1787 wurde nur von einem einzigen Münchner bestellt, [4]) während eine Schrift mit dem schönen Titel: „Wundersame Begebenheit der mirakulosen

[1]) Erhard, Bayerische Patriotenverfolgung, 61.

[2]) Reinhardstöttner, I, 49.

[3]) Manche wollten deshalb auch in der Rettung der Selbständigkeit Baierns kein Glück erblicken. Die Flugschrift „Es wird doch noch geschehen oder 36 Hypothesen über die Möglichkeit des bairischen Ländertausches" (Frankfurt und Leipzig 1786) gibt der Hoffnung Ausdruck, es werde doch noch gelingen, das versumpfte Baiern zu seinem Heile unter das Szepter des aufgeklärten Josephs zu bringen.

[4]) Max Koch, Ueber Westenrieders schönwissenschaftliche Thätigkeit, im Jahrbuch für Münchner Geschichte, IV, 44.

Augenwendung des gnadenreichen Vesperbildes in der St. Peterskirche, auf Verlangen vieler marianischer Verehrer und Pflegkinder zum Druck befördert, als ein Schröckenbild allen Freygeistern vor Augen gestellt", reißenden Absatz fand. Unmittelbar nach dem Regierungsantritt Karl Theodors wurden die aufklärenden Bestrebungen der Akademiker, wie sich aus dem Verhalten der amtlichen Presse entnehmen läßt, noch eine Zeitlang von oben unterstützt, aber schon 1780 begann die Verfolgung der von Jost, Gruber, Kreuttner u. a. mit Kores, Dathan und Abiron verglichenen Aufklärer. Als vollends aus geheimen Papieren einiger Mitglieder des Illuminatenordens angeblich staatsverräterische Pläne dieses geheimen Ordens aufgedeckt wurden, überließ der geängstigte Kurfürst, um Thron und Altar zu retten, fast ausschließlich den P. Frank und Genossen die Zügel. Wohl war es, mochte man auf das ärgerliche Leben des Stifters Weishaupt oder auf die Zwecke des Bundes blicken, nicht unberechtigt, daß die Regierung gegen die gefährlichen Streber einschritt und der Aufrichtung eines Staates im Staate vorzubeugen suchte,[1]) aber schon die Ergebnisse einer oberflächlichen Untersuchung wurden dazu benützt, den Fürsten zu extremen, gehässigen Maßregeln zu drängen. Das Bücherzensurkollegium erhielt verschärften Befehl, gegen alle „der schlechten Aufklärung dienenden" Schriften einzuschreiten. Frank und sein rührigster Mitarbeiter, Johann Kaspar von Lippert, vom Volk schlechtweg „der Edle von", von Westenrieder wunderlicherweise der „bairische Robespierre" genannt, bildeten eine Art Inquisitionsgericht, das sich zur Aufspürung und Bestrafung von Illuminaten jegliche Willkür erlaubte, auch gegen die tüchtigsten und unbescholtensten Männer, die nur durch unvorsichtige Aeußerungen oder durch Lässigkeit in Beachtung der Kirchengebote Verdacht erregt hatten. Das „gelbe Zimmer" in der Residenz, in welchem die „Spezialkomission" tagte, war der Schrecken des Landes. Die Verfolgung artete in eine unwürdige Hetze aus, so daß in München, wie Andreas Buchner, selbst ein Kleriker und ein besonnener Forscher, bezeugt, „kein Mann von Kopf noch eine Nacht ruhig im Bette schlafen konnte". Wer der Zugehörigkeit oder auch nur der Hinneigung zum Illuminatismus schuldig befunden wurde, erhielt, wenn er niederen Standes war, eine „leibskonstitutionsmäßige Anzahl Karbatschstreiche" und wanderte ins Arbeitshaus; Beamte oder wohlhabende Bürger büßten mit langer Gefangenschaft und Landesverweisung. Die Illuminatenhetze in Baiern erregte widerwärtiges Aufsehen im ganzen Reiche. Schlözer richtete deshalb 1788 eine zornige Philippika gegen das „Kuttenregiment" in Baiern. Seit einigen Jahren spiele dieses Land vor den Augen Deutschlands eine Rolle, die ebensowenig der Philosophie des Jahrhunderts Ehre mache, wie sie den günstigen Erwartungen entspreche, die das aufgeklärte Regiment Maximilians III. erregt habe; jetzt dagegen empfehle sich die Anlegung eines „bairischen Martyrologiums", einer Liste jener Männer, die um ihrer aufgeklärten oder patriotischen Gesinnung willen barbarische Strafen erlitten. In langer Reihe folgen dann die Namen und die Leidensgeschichte der Führer der „antiwienerischen patriotischen Partei" Andrée, Lori, Obermayr ꝛc.,

[1]) Die Zwangslage der Regierung wird auch von Schubart anerkannt (Vaterländische Chronik, Jahrgang 1787, I, 44).

und der wirklichen und angeblichen Illuminaten Weishaupt, Milbiller, Fronhofer, Hillesheim, Zaupser u. a.[1]) Auch der Züricher Rießbeck, der, wie erwähnt, in den „Briefen eines reisenden Franzosen über Deutschland“[2]) dem Charakter und den Anlagen Karl Theodors hohes Lob zollt, beklagt zugleich, daß der Fürst diese Vorzüge gar nicht entfalten könne, da er völlig eingehüllt werde von einer übergroßen Schar von Beamten, die nichts zu arbeiten, und Offizieren, die nichts zu kommandieren haben ... „Die Triebfedern der Hofmaschine aber stecken in einer Kutte oder in einem Cotillon!“

Es wäre jedoch ungerecht, wollte man annehmen, daß an der bedauerlichen Entfremdung zwischen Fürst und Volk nur der Regierung alle Schuld beizumessen wäre: für vieles findet sich die Erklärung in den verknöcherten sozialen Verhältnissen des Kurstaates. Ein Beispiel möge genügen. Als der Kurfürst die gewiß nicht unbillige Anordnung traf, daß es auch Händlern und Handwerksleuten aus der Vorstadt Au gestattet sein sollte, in München Lebensmittel zu verkaufen und Arbeit zu suchen, hielten sich die Bürger der Hauptstadt dadurch „in ihrer Nahrung beschränkt“, und der Stadtrat erlaubte sich, in wenig ehrerbietiger Weise Gegenvorstellungen zu machen. Darauf reiste der Kurfürst plötzlich nach Mannheim ab, und als nun auch die vielen Hofbeamten und Lakaien und Trabanten Befehl erhielten, dorthin überzusiedeln, gab es in der ganzen Stadt großen Jammer. Der Zorn der Bürgerschaft lenkte sich auf den Magistrat, der „den Ruin der Stadt herbeigeführt habe“. Der Landesherr wurde demütig ersucht, in seine getreue Residenz zurückzukehren, und als er endlich diesen Bitten Folge leistete, wurde der „erhabene Wohlthäter“ in überschwenglicher Weise gefeiert. Bald darauf aber kam es wegen einer öffentlichen Danksagung für die Verschönerung der Stadt — unter Karl Theodor wurde der „englische Garten“ aus einer sumpfigen Niederung hervorgezaubert — zwischen dem taktlosen Stadtrat und dem Günstling des Kurfürsten, dem hochbegabten und verdienten Amerikaner Benjamin Thompson, nachmals Grafen von Rumford, zu neuem Zwist. Nun verhängte Karl Theodor über die Widerspenstigen, „weil sie den Ausdruck schuldigen Dankes verhinderten“, schwere Strafen. Der Bürgermeister und mehrere Räte wurden ihres Amtes entsetzt und mußten vor dem Bild des Landesherrn knieend Abbitte leisten. Mißstimmung herrschte demnach im Volk, wie auf dem Throne, und so gewährt die Geschichte der Regierungszeit Karl Theodors in Baiern ein trübes Bild. —

Bei keinem andren Stamme waren die Charakterzüge, wodurch sich im achtzehnten Jahrhundert der Süddeutsche vom Norddeutschen unterschied, so stark ausgeprägt, wie in Schwaben: eine gewisse urwüchsige Biederkeit, stolze Freiheitsliebe und derber Freimut, Hang sowohl zu poetischem Gefühlsleben wie zu philosophischer Abstraktion, aber auch Originalitätsucht, Rechthaberei und Neigung zu schildbürgerlicher Kleinmeisterei. Jene Vorzüge schwäbischen Geistes und Charakters offenbaren sich am herrlichsten in Friedrich Schiller; die Untugenden

---

[1]) Schlözers Staatsanzeigen, Jahrgang 1788, 263. — Spanische Inquisition in Baiern unter der Regierung Karl Theodors (Helmstedt 1804).

[2]) 1783 erschienen, neue Folge 1790.

werden augenfällig, wenn wir uns z. B. mit der Leidensgeschichte des trefflichen Juristen und Staatsmannes Johann Jakob Moser vertraut machen. Nachdem er Jahrzehnte hindurch in Amtsstuben und Ausschußsitzungen gegen das Zopftum seiner Landsleute angekämpft hatte, wurde er zu guter Letzt wegen seiner mit aller Loyalität geführten Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte des württembergischen Volkes vom Landesvater mit fünfjähriger Kerkerhaft bedacht.

Ebenso wie persönliche Eigenart im schwäbischen Volke am stärksten entwickelt war, war auch kein andres Stammesgebiet im Deutschen Reich so mannigfach gegliedert, wie das schwäbische. Kein andrer Kreis hatte so viele und verschiedenartige Stände, so viele protestantische und katholische, geistliche und weltliche Fürsten, geistliche und weltliche Stifter, Grafen und Herren, unabhängige und „korrespondierende" Reichsstädte. Im Laufe der letzten drei Jahrhunderte hatten sich aber die Macht und das Ansehen des Herzogtums Württemberg in solchem Grade gesteigert, daß nach und nach das alte schwäbische Herzogtum in ihm aufging.

In Württemberg regierte sechzig Jahre (1737—1797) Herzog Karl Eugen, der im Gedächtnis des ganzen deutschen Volkes namentlich deshalb heute noch fortlebt, weil er als „militärisches Waisenhaus" jene Schule gestiftet hat, die den jungen Schiller zu ihren Zöglingen zählte.

Karl Eugen war am Hofe Friedrichs II. erzogen worden, und für ihn hatte der große König jenen Fürstenspiegel verfaßt, in welchem so eindringlich wie beredt die Pflichten der Fürsten gegen die Völker verkündigt sind.[1]) Doch die treffliche Anleitung brachte nicht die erhofften Früchte. Ueber das Mißregiment Karl Eugens in den ersten Jahrzehnten seiner Regierung gab es nur eine Stimme. Die Verirrung des Fürsten, im kleinen Lande den absoluten Monarchen in großem Stile zu spielen, wurde eine Quelle des Unheils für das Land. Als Karl Eugen bei seinem eigenmächtigen und gewaltthätigen Vorgehen noch auf ein schwaches Hindernis, die württembergische Landschaft, stieß, scheute er sich nicht, die verbrieften und von ihm beschworenen Landesrechte einfach umzustoßen und an die Stände unerhörte Zumutungen zu stellen. Dem Abgeordneten der Stadt Tübingen, der gelegentlich einer Beschwerde das Wort Vaterland aussprach, fiel er ins Wort: „Was Vaterland, ich bin das Vaterland!" — Um sich gegen die Gewaltthätigkeit seines Herrn zu sichern, erbat und erwirkte der Landschaftskonsulent J. J. Moser die Verleihung des Charakters eines dänischen Etatsrats, aber auch diese Vorsicht bewahrte ihn nicht vor der schon erwähnten Bestrafung; er wurde wegen „unruhigen Betragens und ohne genugsame Beurteilungskraft affektierter Zaumlosigkeit" auf dem Hohentwiel eingekerkert.[2]) Die Ausgaben des verschwenderischen Fürsten standen durchaus nicht im Verhältnis zu den Einkünften, und die Finanzkünste, zu denen er seine Zuflucht nahm, waren um nichts reinlicher, als die unter seinem Vorgänger von dem berüchtigten Juden Süß ersonnenen Praktiken. Da aber trotz alledem in Stuttgart

[1]) Miroir des princes ou instruction du roi pour le jeune Duc Charles Eugène de Wurtenberg; Oeuvres de Frédéric le Grand, IX, 1.

[2]) A. Schmid, das Leben J. J. Mosers, 281.

das freie Wort nicht verstummen wollte, und der ständische Ausschuß gerichtliche Klage beim Reichshofrat einleitete, wählte der Herzog Ludwigsburg zu seinem Wohnsitz. Hier vergeudete er ungeheure Summen für Schloßbauten, Mummenschanz, Jagden ꝛc., getreu seinem Vorbild Ludwig XV. in Versailles. Daneben wurde für das Militärwesen unnötiger Aufwand entfaltet, indem nicht bloß eine übergroße Armee mit zahlreichem Offizierkorps auch in Friedenszeit aufgestellt blieb, sondern auch häufig kostspielige militärische Schauspiele, Lustlager ꝛc. veranstaltet wurden. Das jährliche Militärbudget im Betrage von 1 600 000 Gulden überstieg bei weitem den Bedarf der übrigen kleineren Staaten.

In Karl Eugens Regierung lassen sich aber zum Glück für das Land zwei völlig verschiedenartige Perioden unterscheiden: nach dreiunddreißig Jahren einer despotischen, sinnlos verschwenderischen Wirtschaft leitet der sogenannte Erbvergleich von 1770, der die zur Tilgung der ungeheuren Schuldenlast notwendige Aussöhnung mit den Ständen brachte, in die Periode eines sparsamen, zurückgezogenen Lebenswandels und einer höchst verdienstvollen Thätigkeit hinüber. Es wurde zwar in Versailles und an gesinnungsverwandten deutschen Höfen weidlich gespottet über das am fünfzigsten Geburtstag des Herzogs, 11. Februar 1778, von allen Kanzeln verlesene Schriftstück, worin er der Reue über seine Ausschweifungen und dem Vorsatz der Besserung Ausdruck lieh, aber wenn auch die Form der Umkehr nicht gerade der Würde des Thrones angemessen war, so gereicht doch die Sinnesänderung, zu welcher namentlich auch der günstige Einfluß der zweiten Gemahlin, der geistvollen Franziska von Hohenheim, beitrug, dem Fürsten zur Ehre. Seither kamen die auch von Schiller gerühmten glücklichen Anlagen des Mannes, sein Scharfblick und seine Bildung, zu erfreulicher Geltung, und die noch immer beträchtlichen Summen, die für Bauten, Sammlungen, Bühne ꝛc. verwendet wurden, kamen nicht mehr dem Vergnügen und der Ruhmsucht des einzelnen, sondern dem Aufschwung von Kunst und Wissenschaft im Lande zu gute. —

Wie im Zeitalter des Absolutismus durch Wirksamkeit und Beispiel eines pflichttreuen Regenten das Wohl des Landes gefördert und das Ansehen eines kleinen Staates weit über das Verhältnis seiner Macht gehoben werden konnte, beweist ein Blick auf Baden und auf Karl Friedrich, der neben dem Türkensieger Ludwig wohl als der bedeutendste und ohne Nebenbuhler als der edelste in der Reihe der Zäringer bezeichnet werden muß. Es wird erzählt, er habe einmal die scherzhafte Aeußerung gemacht, sein Nachbar in Württemberg thue alles, um sein Land zu Grunde zu richten, während er selbst alles thue, um das seinige emporzubringen, trotzdem vermöge keiner von beiden sein Ziel zu erreichen. Das allzu bescheidene Wort entspricht nicht der Wahrheit: das äußere Wachstum des Staates, wie der Aufschwung der Landeskultur geben von der ersprießlichen Wirksamkeit des badischen Regenten rühmliches Zeugnis. Die Markgrafschaft Baden, in deren Besitz sich die Linien Baden-Baden und Baden-Durlach teilten, umfaßte bis zum Lüneviller Frieden nur siebenundsiebzig Quadratmeilen. Nur ein etwa neunundzwanzig Quadratmeilen umfassender Teil kam 1746 unter das Scepter Karl Friedrichs. Doch bald herrschte innerhalb und außerhalb des Ländchens nur eine

Stimme, daß dasselbe musterhaft verwaltet werde und das Wort: „landesväterliches Regiment" in Baden nicht als leere Phrase anzusehen sei. Die Finanzen waren trefflich geordnet, das Schulwesen erfreute sich besonderer Fürsorge des Regenten, die Rechtspflege wurde durch Reformen in Josephinischem Geiste gehoben. Wie ernst es sich Karl Friedrich angelegen sein ließ, die für das allgemeine Wohl förderlichste Wirtschaftspolitik sich anzueignen, erhellt aus seinem merkwürdigen Briefwechsel mit dem älteren Mirabeau und Du Pont, den hervorragendsten Vertretern der physiokratischen Schule. Insbesondere die Schriften des Marquis Mirabeau hatten den lernbegierigen Fürsten lebhaft angeregt, ebenso „l'ami des hommes ou traité de la population", worin aus dem Satze: Homo miser sacerrima res die Lehre gezogen wird, daß die Hebung des verkommenen Bauernstandes als erste Fürstenpflicht zu gelten habe, wie die „Théorie de l'impot", dieser Notschrei gegen die übliche Steuerverpachtung und andre merkantilistische Praktiken. Karl Friedrich begnügte sich aber nicht mit akademischer Zustimmung, sondern schritt zu praktischer Verwertung. Er beschloß, die von den Physiokraten verlangte Besteuerung, den impot unique, einzuführen; daran sollten sich andre wirtschaftspolitische Reformen im Geiste der „neuen Ordnung" reihen. Als dabei Schwierigkeiten erwuchsen, wandte sich Karl Friedrich an Mirabeau selbst. „Meine Eigenschaft als Mensch", schrieb er am 22. November 1769 an den Franzosen, „ermächtigt mich, Ihre Freundschaft für mich zu fordern, und legt mir die Pflicht auf, sie zu verdienen, indem ich mich bestrebe, meinesgleichen nützlich zu sein." Vor allem will er von Mirabeau hören, wie am besten der im badischen Ländchen herkömmlichen allzu großen Teilung der bäuerlichen Güter entgegengewirkt werden könne. [1]) Schon diese Frage beweist, welch scharfen Blick der Fürst für die geplanten Reformen mitbrachte. Die späteren Briefe zeigen ihn als eifrigen Schüler der physiokratischen Lehre. Doch die Vorliebe für die Landwirtschaft verleitete ihn nicht zur Geringschätzung der Gewerbe und des Handels. „Die Zufriedenheit und Opulenz des ganzen Volks" zu festigen, bezeichnet er selbst als „schwer zu erreichendes, aber den Fürsten erst wahrhaft zum Fürsten erhebendes Ziel".

Ein reicheres Feld war dieser Thätigkeit eingeräumt, seit Karl Friedrich nach dem Ableben August Georgs, des letzten Markgrafen von Baden-Baden (21. Oktober 1771), die seit Jahrhunderten getrennten badischen Lande unter seinem Szepter wieder vereinigte. In dem neu erworbenen Gebiet herrschte das katholische Bekenntnis vor; damit erwuchsen dem protestantischen Fürsten schwere Pflichten, die ihm aber gar nicht unwillkommen waren. „Möge die göttliche Vorsehung," schrieb er an Du Pont, den er zum Erzieher seines Sohnes bestellt hatte, „mir so viel Kraft und Klugheit geben, als erforderlich ist, um meine alten und meine neuen Unterthanen so glücklich zu machen, wie ich es möchte, dann werde auch ich es sein, insbesondere wenn ich unter den verschiedenen Bekenntnissen den Geist der Eintracht und der Brüderlichkeit herrschen sehen

[1]) Knies, Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Dupont, 3. — Emminghaus, Karl Friedrichs von Baden physiokratische Verbindungen, Bestrebungen und Versuche, in Hildebrands Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 19. Band, 1. Heft.

werde." [1]) Mit Milde und Geduld ging er an kirchenpolitische Reformen; von der Hast und der Gewaltthätigkeit des Josephinismus hielt er sich glücklich fern. „In jenem religiösen Mittelgebiet, das zwischen dem dogmenlosen Pietismus und der fromm schwärmenden Humanität liegt, wurzelt Karl Friedrichs Bildung." [2]) Es war ungerecht, daß sich die katholischen Unterthanen Baden-Badens über Bedrückung beklagten, und es war eine unverdiente Kränkung für den wohlwollenden Fürsten, daß jene Mißvergnügten sogar einen Prozeß beim Reichshofrat anstrengten. Karl Friedrich ließ jedoch niemals die katholischen Unterthanen im allgemeinen den Trotz einzelner entgelten und brachte endlich alle zur Einsicht, daß sie sich glücklich schätzen dürften, einem so aufgeklärten, aber zugleich duldsamen und friedfertigen Herrn untergeben zu sein. Einen treuen Berater hatte Karl Friedrich an seinem Minister Wilhelm von Edelsheim, einem der hervorragendsten deutschen Staatsmänner jenes Zeitraums. „An fast allen Reformen hat der ‚Choiseul von Karlsruhe', wie man ihn damals im Hinblick auf seinen allmächtigen Einfluß wohl bezeichnet hat, Anteil, fast überall hat sein klarer, praktischer Blick das Richtige zu treffen gewußt." (Obser.) Nachdem ein Dekret vom 23. Juli 1783 die Leibeigenschaft aufgehoben und die am schwersten drückenden Zölle und Auflagen beseitigt hatte, wurde dem Markgrafen ein „allgemeiner Landesdank" votiert; die Antwort des Gefeierten enthielt goldene Worte über Freiheit und Vaterlandsliebe, die im Munde des Volksfreundes nicht als Phrasen erschienen. Es war von unberechenbarer Wichtigkeit, daß gerade in der Zeit, da in Frankreich die Revolution aufloderte, wenigstens in dem größten deutschen Nachbarstaat ein Fürst regierte, der, wie Goethe rühmt, „besonders wegen seiner vortrefflichen Regierungszwecke unter den deutschen Regenten hoch verehrt war", und daß hier Fürst und Volk in glücklicher Eintracht lebten.

„Der materielle Wohlstand kann sich nicht befestigen, wo die geistige Entwickelung zurückbleibt." Dieser Gedanke kehrt in Karl Friedrichs Kundgebungen immer wieder. Die erste Gattin des Markgrafen, Karoline Luise, galt für eine Gelehrte. Der Schwede Björnstahl, der 1773 den Hof in Karlsruhe besucht hatte, wußte seinem Landsmann Linné nicht genug zu rühmen, welch eifrige Schülerin der große Botaniker in einer deutschen Fürstin gefunden habe. Karoline war vergeblich bemüht, Linné selbst zur Uebersiedelung nach Karlsruhe zu bewegen. Voltaire war wiederholt ein Gast der markgräflichen Residenz; er glaubte offenbar der Markgräfin das denkbar höchste Lob zu spenden, wenn er vor d'Hermanches erklärte: „Es gibt keine Französin, die sich mit der Markgräfin von Baden an Geist, Kenntnissen und Freiheit messen könnte." Wichtiger war des Markgrafen Verständnis für die Befreiung des deutschen Geistes von der französischen Herrschaft; nicht an ihm lag die Schuld, daß nicht Karlsruhe, sondern Weimar der Mittelpunkt deutscher Bildung und deutschen Schrifttums wurde. Als für Klopstock die Aussicht einer Berufung nach Wien entschwunden war, erließ der Markgraf an den „Sänger der Religion und des

[1]) Knies, 134.

[2]) Hausrath, Die kirchengeschichtliche Bedeutung der Regierung Karl Friedrichs, 4.

Vaterlandes" eine schmeichelhafte Einladung; die Ernennung zum Hofrat sollte den Dichter dauernd an Karlsruhe fesseln. Als aber die Höflinge über das bärenhafte Gebaren des Dichters, der auch im Schlosse seine Pfeife schmauchte und die Titel und Würden seiner Umgebung nicht respektierte, zu spotten begannen, empfahl sich der Dichter „französisch", ohne sich von seinem fürstlichen Gönner zu verabschieden. „Das abgeschmackte Abschiednehmen hat Gottsched erfunden." Klopstock gedachte jedoch des Markgrafen, eines „Mannes, mit dem man etwas sprechen könne", immer mit Liebe und Hochachtung. [1])

Auch Herder, der schon 1770 Karlsruhe besucht hatte, zollt dem Markgrafen hohes Lob. „Er ist der erste Fürst, den ich ganz ohne Fürstenmiene kenne," ... „der beste Fürst, der vielleicht in Deutschland lebt." [2]) Auf Wunsch des Markgrafen schrieb Herder die Denkschrift „Idee zum ersten patriotischen Institut für den Allgemeingeist Deutschlands", einen Aufruf zur Stiftung einer Akademie behufs Durchführung großer nationaler Aufgaben und Förderung des vaterländischen Geistes. Leider war in Deutschland gemeinsam nur der Mangel an Gemeinsinn, die Regierungen erblickten in dem genialen Vorschlag des aufgeklärten Fürsten eine Gefahr für ihre Selbständigkeit, und so blieb der Plan in der unfruchtbaren Debatte über Nätlichkeit und Nutzen des Unternehmens stecken.

In seinen letzten Lebensjahren schloß Karl Friedrich einen innigen Seelenbund mit Jung-Stilling. Nur zu dem Zwecke, „durch seinen weit ausgedehnten Briefwechsel und seine Schriftstellerei Religion und praktisches Christentum zu fördern", ohne jede amtliche Verbindlichkeit wurde der liebenswürdige Mystiker in die Dienste seines Freundes gezogen, und es braucht, um die Ausdehnung und die Bedeutung der Karlsruher „philadelphischen Gemeinde" zu kennzeichnen, nur an die Bekehrung des Zaren Alexander und der Frau von Krüdener erinnert zu werden.

Nach dem Tode seiner Gattin Karoline Luise vermählte sich Karl Friedrich zum zweitenmal (1787) auf die linke Hand mit Luise Karoline Geyer von Geyersberg, die (1796) von Kaiser Franz zur Reichsgräfin von Hochberg erhoben wurde. [3]) Die Ehe wurde später für ebenbürtig erklärt, mit dem Zusatz, daß im Falle des Aussterbens der Descendenz aus erster Ehe die männlichen Nachkommen aus zweiter Ehe zur Nachfolge berechtigt sein sollten, — einer Bestimmung, die in der Folge, als die Selbständigkeit oder doch die Unteilbarkeit Badens gefährdet wurde, entscheidende Bedeutung gewann.

An Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel haftet der Makel, daß er hessische Truppen an England zum Kampf mit den widerspenstigen Kolonieen in Amerika verkauft hat. Allerdings ist versucht worden, die Verwerflichkeit des hessischen Soldatenhandels in Abrede zu stellen. Man hat darauf hinge-

---

[1]) D. F. Strauß, Klopstock und der Markgraf Karl Friedrich von Baden, in Sybels histor. Zeitschr., I, 424.

[2]) Haym, Herder nach seinem Leben und seinen Wirkungen, I, 379.

[3]) Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, 97.

wiesen, daß die Opfer selbst für das Unrecht ihres Landesherrn und für das Schimpfliche ihrer Stellung keine Empfindung hatten; man hat sehr richtig darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Regenten von Gotha, Württemberg, Darmstadt, ja sogar der „vielgeliebte" Max Joseph III. von Baiern kein Bedenken trugen, ähnliche Geschäfte abzuschließen.[1]) Entschuldigt wird freilich der Menschenhandel des Landgrafen dadurch nicht. Es war unter allen Umständen verwerflich, daß Landeskinder für einen dem Vaterlande fremden Zweck geopfert wurden, daß überdies der größte Teil des Blutgeldes nicht zu Staatszwecken für Hebung der allgemeinen Wohlfahrt, sondern für Liebhabereien des Fürsten Verwendung fand. Freilich war die Presse nicht frei und nicht entwickelt genug, um dem Unwillen über das Schalten der Regierung öffentlichen Ausdruck zu geben, doch fehlte es nicht gänzlich an Zeichen und Zeugnissen, daß der Handel in weiten Kreisen der Bevölkerung verurteilt wurde.

Dagegen fehlt es der Periode Friedrichs II. auch nicht an Lichtseiten. Er machte aus seinem Kassel eine prächtige Stadt, wo nicht bloß der Luxus, sondern auch die Kunst eine Heimstätte hatte. Die berühmte Galerie dankt ihm die wertvollsten Erwerbungen, und unter den humanistischen Anstalten Deutschlands verfügte kaum eine zweite über so hervorragende Kräfte, wie das Kollegium Karolinum. Auch die Besorgnis, daß der Landgraf, der selbst zum Katholicismus übergetreten war, seine neuen Glaubensgenossen auf Kosten der Protestanten begünstigen werde, erwies sich als unbegründet; es wurde gewissenhaft an der Gleichberechtigung der Bekenntnisse festgehalten. —

Die Einwirkung der großen Persönlichkeit des Preußenkönigs zeigt sich besonders deutlich an Landgraf Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt und seinem Sohne gleichen Namens. Der Vater erblickte, wie König Friedrich, die erste Regentenpflicht in rühriger Sorge für Ausbildung seiner kleinen Heeresmacht, wobei er sich freilich zuletzt in militärische Spielereien verlor, — der Sohn, der sich selbst längere Zeit am Berliner Hofe aufgehalten hatte, eiferte dem großen König nach in Wertschätzung und Studium der französischen Aufklärungsphilosophie. Doch nahm der junge Fürst auch an dem Aufschwung der deutschen Litteratur regen Anteil, und sein freundschaftliches Verhältnis zu Schiller und Goethe würde gewiß noch erfreulichere Früchte getragen haben, wenn nicht schon bald nach dem Regierungsantritt Ludwigs X. das gesegnete Land der Schauplatz verheerenden Krieges geworden wäre. —

Ein entschiedener Anhänger der „neuen Lehren" war auch Kurfürst Emmerich von Mainz. Ebenso sein Regierungssystem, wie die damit erzielten Erfolge erinnern in vielem an die Reformen Josephs II. Hier wie dort war der Wunsch lebendig, den Kultus in seiner Reinheit wieder herzustellen, dem Aberglauben zu steuern, den allzu großen Besitz der Toten Hand einzuschränken, die staatsbürgerlichen Rechte auf die Angehörigen aller Bekenntnisse auszudehnen, durch Heranziehung geistlicher Einkünfte das Schulwesen zu fördern. Hier wie dort aber wurde der Erfolg geschädigt durch Uebereifer und Hast, und es

[1]) Eelkling, Die deutschen Hülfstruppen im nordamerikanischen Befreiungskrieg, 43.

mußte in einem Kleinstaat noch lästiger wirken, wenn die Regierung sich in alles und jedes einmischte, um die Unterthanen weise und glücklich zu machen. Der Tod des stattlichen Kirchenfürsten (11. Juni 1774) schien bei Hofe, wie im Staatsleben einen jähen Umschwung herbeizuführen. Der neue Herr, Friedrich Karl von Erthal, schien völlig unter dem Einfluß der Jesuiten zu stehen. Alle äußeren Formen eines geistlichen Regiments kehrten wieder, die Schulen wurden den geistlichen Orden zurückgegeben, mit der Duldsamkeit gegen Nichtkatholiken schien es zu Ende zu gehen, wie mit dem eleganten weltlichen Treiben der Residenz. Doch in solcher Strenge war die Reaktion nicht von langem Bestand. Friedrich Karl war zu ehrgeizig, als daß er sich gegen die freisinnigen Ideen, denen die Schöngeister aller Nationen begeistertes Lob spendeten, auf die Dauer verschlossen und den höfischen Prunk, der allen Standesgenossen unerläßlich erschien, gänzlich aufgegeben hätte. Als sich Gelegenheit bot, große Politik zu treiben und dem Kurfürstenstaat höhere politische Bedeutung zu gewinnen, ging er auch darauf eifrig ein. In der That gewann es den Anschein, als sollte nochmals dem Erzkanzler des römischen Reichs eine wichtigere Stellung im Staatsleben beschieden werden, und zwar fügte es die Laune des Geschicks, daß die Anregung von protestantischer Seite ausging. Als König Friedrich zum Schutze der „deutschen Freiheit" die deutschen Fürsten um sich scharte, war ihm viel daran gelegen, auch das Oberhaupt der geistlichen Fürsten für seinen Bund zu gewinnen. In Friedrichs Auftrag unterhandelte Karl August von Weimar mit dem Erzbischof, und dieser schloß sich wirklich (18. Oktober 1785) dem Fürstenbunde an. Dafür wurde Mainz als Sitz des Bundesrats in Aussicht genommen und damit dem Erzkanzler eine Art Vorsitz zuerkannt. Und es dauerte nicht lange, so fiel, wie wir sehen werden, dem Mainzer Kirchenfürsten auch die Rolle des Führers der deutschen Bischöfe im Kampf mit der Kurie zu, — die Zeit der Aribonen schien wieder anzubrechen in deutschen Landen!

Als Kurfürst von Köln war 1761 auf Clemens August, den Bruder des Schattenkaisers Karls VII., Max Friedrich von Königseck gefolgt. Jener war der grand seigneur gewesen, der die Prachtliebe und die Genußsucht der weltlichen Standesgenossen teilte und sich vieles erlaubte, was sich für einen geistlichen Fürsten wenig ziemte. Trotzdem hatte er sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, denn er war ein leutseliger Herr; Monteuil rügte sogar die ridicule et indécente familiarité des Kirchenfürsten. Für die verderbliche äußere Politik und das dadurch heraufbeschworene Unheil wurde er von den eigenen Unterthanen nicht verantwortlich gemacht, war es ja doch nichts Ungewöhnliches, daß sich ein deutscher Fürst gegen klingenden Lohn zu Liebesdiensten für Frankreich hergab. Kaum war jedoch der bisherige Koadjutor Max Friedrich zur Regierung gekommen, so verschwanden in Bonn die Maskeraden und die Reiherbeizen, die italienischen Primadonnen und die französischen Schauspielerinnen. Maximilian Friedrich war ein sittenstrenger Mann, der niemals der Pflichten seines geistlichen Amtes vergaß. Seine Sparsamkeit freilich gefiel den verwöhnten Residenzbewohnern ganz und gar nicht. Die Stimmung der Bürgerschaft fand Ausdruck in den Spottversen:

„Bei Clemens August trug man blau und weiß,
Da lebte man, wie im Paradeis!
Bei Max Friedrich trug man schwarz und rot,
Da litt man Hunger und schwere Not!"

Durch die diplomatischen Künste des Fürsten Kaunitz und die reichen Spenden des Wiener Hofes wurde erreicht, daß 1780 Maximilian Franz, der jüngste Sohn der Kaiserin Maria Theresia, zum Koadjutor gewählt wurde. Nach dem Tode Max Friedrichs (1784) folgte er in der Regierung; es war von wichtiger Bedeutung, daß in jenen Tagen, da sich im politischen und kirchenpolitischen Leben der Nation große Dinge vorbereiteten, ein Habsburger, ein Bruder Josephs II., die Würde eines Kurfürsten von Köln und Herzogs von Westfalen inne hatte. Max Franz hatte nicht das cholerische Temperament und den Aufklärungsdrang seines Bruders, doch war auch er liberalen Neuerungen nicht abhold. Er war geachtet und beliebt, denn wenn auch „große Traktamente, Bälle, Divertissements mit Birutschaden und ländlichen Festins als herrliche Ausnahmen vorkamen, so war doch Ordnung, Oekonomie der einmal festgesetzte Punkt, die bestimmte Regel des weit aussehenden Fürsten[1])." Die von ihm und seinem Kabinettsminister von Waldenfels zur Hebung der Landeswohlfahrt getroffenen Anordnungen zeugten von gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen und redlichem Eifer.[2]) Sogar von dem späteren preußischen Generalgouverneur des Niederrheines, Justus Gruner, der in seiner Schilderung der geistlichen Fürstentümer nur grau in grau malt, wird zugegeben, daß Max Franz die dankbare Verehrung des Landes verdiene.[3])

In Koblenz, der Residenz der Kurfürsten von Trier, regierte seit 1768 Clemens Wenzeslaus, der jüngste Sohn des Kurfürsten Friedrich August von Sachsen. Er war ursprünglich für die militärische Laufbahn erzogen und in der österreichischen Armee zu hohem Range befördert worden, hatte auch an der für die österreichischen Waffen unglücklichen Schlacht bei Torgau teilgenommen. Bald darauf aber trat er, ohne eigentliche theologische Studien gemacht zu haben, in den geistlichen Stand, und die Gunst des kaiserlichen Hofes verschaffte ihm eine Reihe von Bischofsitzen, zuletzt auch die Kurwürde von Trier. Auch ihm spendet die Lokalgeschichte in Anerkennung seines makellosen Privatlebens und seiner Verdienste um die Verschönerung von Koblenz dankbares Lob[4]); vom Standpunkt der deutschen Geschichte aus muß dasselbe wesentlich eingeschränkt werden. Er war ein schwärmerischer Verehrer der französischen Nation und des französischen Wesens. Solange sich diese Neigung nur in Begünstigung der französischen Künstler und Schriftsteller kundgab, mochte es hingehen, folgte er doch nur berühmten Mustern, aber nach Ausbruch der Revolution erwuchsen daraus

---

[1]) Reise auf dem Rhein (1794), II, 194. (Der Verfasser war J. Gr. Lang, Gymnasiallehrer in Koblenz.)

[2]) Ennen, Frankreich und der Niederrhein, II, 425.

[3]) Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung, oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westfalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, II, 410.

[4]) Dominikus, Koblenz unter dem letzten Kurfürsten von Trier, 49.

ernste Nachteile und Gefahren für das Kurfürstentum, wie für das ganze Reich. Koblenz wurde von Emigranten überflutet. Nicht bloß der römische Nuntius,[1]) auch unparteiische Zeugen schildern entrüstet das sittenlose, übermütige Treiben dieser Gesellschaft. Der Münchener Lipowsky, den ein Auftrag seines Kurfürsten dorthin geführt hatte, schrieb nach Hause, man sei versucht zu glauben, daß Koblenz eine französische Stadt geworden und der Kurfürst von Trier nur der Gast der umherstolzierenden französischen Prinzen und Kavaliere sei.[2]) Welch gefährliche politische Folgen diese Verbrüderung hatte, wird später darzulegen sein.

Zerfahren und haltlos war die kirchliche Politik des letzten Kurfürsten von Trier. Anfänglich hatte es den Anschein, als ob er ins Lager des aufgeklärten Klerus übertreten werde; er gestattete die Ansässigmachung von Akatholiken, verminderte die Feiertage, suchte den Scholastizismus der Landesuniversität einzudämmen, aber namentlich unter dem Einfluß des streng kurialistischen Generalvikars von Augsburg, des Exjesuiten Bock, vollzog sich allmählich ein Umschwung. Nun bewog der Kurfürst, wie erwähnt, den Weihbischof Hontheim zu Widerruf seiner antirömischen Lehrsätze; nun hielt er sich für berufen, dem reformeifrigen Kaiser ein warnendes Halt entgegenzurufen; auch der Empfang des Papstes in Augsburg im Mai 1782 wurde zur antikaiserlichen Demonstration aufgebauscht. Dagegen nahm Clemens Wenzeslaus wieder eine gänzlich veränderte Haltung gegen die Kurie ein, als infolge des Münchner Nuntiaturstreites im Sommer 1786 den deutschen Episkopat jene merkwürdige Bewegung ergriff, deren Wurzel im Grunde doch zu den verpönten Maßnahmen Josephs II. gegen den Papst und die römische Kirche zurückreichte, denn nur aus der Josephinischen Strömung schöpften die deutschen Kirchenfürsten die Anregung und den Mut, ihre geistlichen und weltlichen Interessen gegen den römischen Stuhl zu verteidigen. Schon 1769 wurden auf einem bischöflichen Kongreß zu Koblenz Beschwerden gegen die sich steigernden pekuniären Anforderungen der römischen Kurie erhoben; unter verschiedenartigen Titeln und zu den verschiedenartigsten Zwecken flossen ja jährlich ungeheure Summen nach der Metropole der katholischen Christenheit. Die in Koblenz gefaßten Beschlüsse stießen jedoch auf Schwierigkeiten und verliefen im Sande. Da wurde 1785 in München, längst gehegten Wünschen des pfalzbairischen Hofes entsprechend, eine mit allen Fakultäten nach Isidorischen Prinzipien ausgestattete Nuntiatur errichtet, offenbar in der Absicht, die ordentliche bischöfliche Gewalt innerhalb der Kurstaaten zu neutralisieren und zu schwächen. Die Ernennung des neuen Nuntius Monsignore Giulio Zoglio rief deshalb in den kirchlichen Kreisen Deutschlands gewaltige Aufregung hervor. Die Vertreter der höchsten geistlichen Aristokratie, die vier Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier und Salzburg, beschlossen, durch festes Zusammenwirken die gegen die deutsche Kirchenverfassung verstoßende Neuerung abzuwehren.[3]) Sie entsandten im Sommer 1786 Bevollmächtigte zu

[1]) Memorie storiche di monsignore Bartolomeo Pacca, 145.
[2]) Züge aus dem Leben Felix Lipowskys, im oberbairischen Archiv, 12. Band, 93.
[3]) Münch, Geschichte des Emser Kongresses und seiner Punktate, 45 ff.

einem Kongreß nach Bad Ems, und am 25. August 1786 wurde die sogenannte Emser Punktation, die in einer Reihe von Sätzen das Verhältnis des Episkopats zum römischen Stuhl regeln und der deutschen Kirche ihre ursprüngliche Verfassung und Disziplin wiedergeben sollte, an Papst und Kaiser geleitet. Mit auffälliger Entschiedenheit war dargelegt, daß der deutsche Klerus zwar den Primat des römischen Bischofs willig anerkenne, jedoch die aus den gefälschten isidorischen Dekretalen abgeleiteten Ansprüche der Kurie zurückweisen müsse. Nicht länger sollten demnach geduldet und ertragen werden die mit der bischöflichen Gerichtsbarkeit unvereinbaren Exemtionen und Reservationen, die Annaten und Palliengelder, der von Gregor VII. eingeführte Bischofseid, der den kanonischen Gehorsam in förmliche Unterthänigkeit umwandle, die eigenmächtigen Eingriffe der Nuntien in bischöfliche Gerechtsame und andre Inkonvenienzen.

Auch die Eröffnung der neugestifteten Universität Bonn, an welche Kurfürst Maximilian Franz eine Reihe von Aufklärern berufen hatte, gab Anlaß zu antirömischen Demonstrationen (Nov. 1786). Der streitbare Nuntius in Köln, Monsignore Pacca, nahm den Fehdehandschuh auf. Als in Köln der Professor der Theologie, Johann Weimer, ankündigte, er wolle eine Reihe von Thesen, welche gegen die Hierarchie der römischen Kirche gerichtet waren und dem Geiste der Emser Punktation entsprachen, in der akademischen Aula öffentlich verteidigen, erzwang der Nuntius durch Androhung hoher Kirchenstrafen die Schließung der Aula. Diese „unbefugte Einmischung Roms in deutsche Angelegenheiten" rief einen Sturm der Entrüstung wach; immer leidenschaftlicher wurde die Sprache der öffentlichen Organe. Eine Schrift Eybels: „Was ist der Papst?" fand, obwohl ihr Inhalt durch eine eigene Bulle verworfen und verdammt wurde, allgemeine Verbreitung. Die Mainzer Monatsschrift zog mit scharfen Waffen gegen die Feinde der Emser Beschlüsse zu Felde. In der „Allgemeinen deutschen Bibliothek" wurde die Anmaßung der römischen Kanonisten verspottet. Das Hamburger Politische Journal schrieb: „Man redet laut und allgemein von der Wiederauflebung der alten, oft wiederholten hundert Beschwerden der teutschen Nation gegen den päpstlichen Stuhl, welche Beschwerden hauptsächlich darin bestanden, die Freiheiten der teutschen Kirche gegen die Eingriffe der römischen Kanzley zu sichern." Eine Mainzer Korrespondenz weiß zu berichten, daß der Erzbischof seinen Amtsgenossen eine Reihe weitreichender Vorschläge empfehlen werde: Beschränkung des Fastengebots, Aufhebung der Ordens- und Priestergelübde, Reform der Domkapitelverfassung u. s. w. Zur Beratung soll eine deutsche Synode berufen werden, „von alters her eine Lieblingsidee unseres Kurfürsten, um auch durch dieses wichtige Ereignis seine Regierung zu verewigen." Unter Mitwirkung und Vortritt der ersten Kirchenfürsten des Reichs schien sich eine Trennung von Rom, die Gründung einer deutschen Nationalkirche vorzubereiten.

Das Schicksal der Emser Punktation hing vor allem von der Aufnahme bei Kaiser Joseph ab. Das bisherige Verhalten des Kaisers gegen den römischen Stuhl gestattete die Folgerung, daß er die Bundesgenossenschaft der deutschen Erzbischöfe im Kampfe mit Rom freudig begrüßen werde. Dieser

Hoffnung ist auf einem vielverbreiteten Bilde Ausdruck gegeben. Die vier Erzbischöfe sitzen einträchtig beisammen unter einem Bildnis des Kaisers, das die Unterschrift trägt: „Schirmvogt der deutschen Kirche", im Hintergrunde sieht man in einem mit päpstlichem Wappen gezierten Wagen den Nuntius abfahren. Der jüngere Bruder des Kaisers, Großherzog Leopold von Toskana, sprach sich in den Briefen an Joseph begeistert für eine entschlossene Initiative zu Gunsten der Erzbischöfe aus. Jetzt eine Nationalsynode, ein aufrichtiges, festes Zusammenwirken von Kaiser, Klerus und Volk, und das Ideal der Willegis und Aribo werde zur That und der Schimpf von Kanossa werde gesühnt werden! Schubart frohlockte:

„Deutsche zerbrachen die schändlichen Fesseln
Der kriegerischen Roma!
Schon zerren sie an den noch schändlicheren Fesseln
Der kirchlichen Roma . . .!"

Allein Kaiser Joseph verhielt sich gegenüber den antipäpstlichen Demonstrationen der Erzbischöfe überraschend kühl und ablehnend.

Anfänglich schien es, als wolle er seinen Arm nicht versagen. „Die vier Erzbischöfe Deutschlands", schrieb er am 21. November 1786 an Bruder Leopold, „haben sich wegen des Mißbrauchs der Disziplinargewalt, die sich der römische Hof durch seine Nuntien beilegt, bei mir beschwert und ihre Reformpläne vorgelegt. Ich habe sie angefeuert, sie sollten sich mit den stimmbefähigten Bischöfen ins Benehmen setzen, um gemeinsam mit ihnen das römische Joch abzuschütteln." Leopold erwiderte: „Die Vorschläge der Bischöfe scheinen mir im gegenwärtigen Augenblick von allergrößter Wichtigkeit zu sein. Ich glaube, daß sie schon deshalb, weil sie sich an Sie gewendet haben, alle geistlichen Fürsten dafür gewinnen werden, das selbstsüchtige, despotische römische Joch abzuschütteln. Man muß die Bischöfe unterstützen und aneifern, man muß die Aufhebung der Nuntiaturen in Deutschland, vor allem die in Wien, durchsetzen und nur einfache Gesandte, wie sie von anderen Staaten geschickt werden, zulassen, man muß ihnen jede Gerichtsbarkeit nehmen und niemals Geistlichen zu diesen Posten Zutritt gewähren, man muß die Bischöfe und geistlichen Fürsten Deutschlands veranlassen, zusammenzutreten und ein nationales Konzil oder eine Synode zu berufen, wo sie selbst ihre Beschwerden gegen Rom beraten, ihre Selbständigkeit wiederherstellen und alle von Rom geraubten Rechte sich wieder aneignen können." Doch der Kaiser wurde bald aus einem lauen Freunde ein Gegner der Bewegung. „Eine deutsche Nationalsynode", schrieb er an Leopold (14. Dezember 1786), „würde niemals zu Ende gehen, und gewiß würden sich die Herren dabei mehr mit anderen Dingen als mit kirchlichen Reformen beschäftigen." Offenbar fürchtete der Kaiser, die deutschen Kirchenfürsten möchten sich erlauben, die Berechtigung der vom Kaiser für Oesterreich angeordneten kirchlichen Einrichtungen zu prüfen, und glaubte vom Papste weniger besorgen zu müssen, als von benachbarten Vertretern einer Nationalkirche. Er verhieß zwar den Emser Verbündeten seinen Schutz, betonte aber, daß die Durchführung der Beschlüsse von der Zustimmung der Bischöfe, sowie der weltlichen Reichsstände abhängig sein

werde. Durch diese ablehnende Haltung des Kaisers war der römischen Kurie die Möglichkeit geboten, durch kluge Benützung der Umstände und der Schwächen ihrer Gegner den weitsehenden Plan zu nichte zu machen. Es gelang, die Eifersucht der Bischöfe rege zu machen. Der Fürstbischof von Speier, im übrigen als Anhänger der Josephinischen Ideen bekannt, wurde der Führer der Opposition gegen die „Uebergriffe" der Metropolitane; Pfalz-Baiern vertrat entschlossen seine Souveränitätsrechte, die für die Zulassung einer Nuntiatur ausreichend seien, und drohte mit Ablösung von jeder Metropolitangewalt. Auch durch die Vorgänge in Brabant wurden die Erzbischöfe eingeschüchtert: Aehnliches konnte sich jeden Augenblick am Rhein abspielen. Die Haltung des preußischen Kabinetts war lau und zweideutig; während preußische Diplomaten öffentlich zu Gunsten der Erzbischöfe auftraten, wurden von der Regierung dem römischen Stuhl weitgehende Zugeständnisse angeboten.[1]) Unter solchen Umständen konnten auch die Verhandlungen auf dem Regensburger Reichstage zu keinem andern Ziel führen, als daß den widerspenstigen Kirchenfürsten der Rat gegeben wurde, durch gütlichen Vergleich mit dem Papste eine Entscheidung über die strittigen Fragen herbeizuführen. Zuerst schloß der Mainzer durch Vermittelung Preußens Frieden mit Rom; dann trat unter dem beunruhigenden Eindruck der Vorgänge in Frankreich Clemens Wenzeslaus von Trier, „da jetzt die Einigkeit zwischen Haupt und Gliedern ganz besonders nötig sei", von der Emser Punktation zurück; Köln folgte diesem Beispiel; nur der Fürstbischof von Salzburg, Hieronymus Colloredo, der sich offen zu den Febronianischen Grundsätzen bekannte, war nicht zu bewegen, den in Ems vertretenen Standpunkt aufzugeben.

Die Organisation eigener Landesbistümer und die Emser Bewegung ließen auch den Gedanken einer Säkularisierung der geistlichen Gebiete in Deutschland wieder aufleben. Schon vor vierzig Jahren hatte Friedrich II. dieser Idee an den europäischen Höfen Eingang verschaffen wollen; Kaiser Karl VII. sollte für den Verzicht auf die österreichische Erbschaft durch säkularisierte Hochstiftsgebiete entschädigt werden.[2]) Damals war der Plan, der das Haus Oesterreich einer wichtigen Stütze beraubt hätte, gescheitert, weil die Kunde zu früh in die Oeffentlichkeit drang und bei den Reichsständen so stürmische Entrüstung wachrief, daß der Kaiser für gut fand, seine Beteiligung abzuleugnen und ein für allemal abzulehnen. Auch König Friedrich gab den Plan auf, ja, bei der Stiftung des Fürstenbundes legte er großes Gewicht darauf, daß auch geistliche Fürsten sich mit seiner Schöpfung befreundeten. Trotzdem lag der Säkularisationsgedanke schon sozusagen in der Luft. In Schlözers „Staatsanzeigen" wird schon 1786 die Frage aufgeworfen, weshalb doch in den geistlichen Fürstentümern, die doch Wahlmonarchieen seien und zu den gesegnetsten Provinzen des Reichs zählten, die Unterthanen nicht so glücklich seien, wie in

---

[1]) Münch, 351.

[2]) Daß nicht, wie Ranke, Zwölf Bücher preußischer Geschichte, V, 30, meint, Karl VII., sondern Friedrich II. der Vater des Säkularisationsprojekts war, hat Volbehr, Der Ursprung des Säkularisationsprojekts in den Jahren 1742 und 1743 (Forschungen zur deutschen Geschichte, 26. Band, 265) nachgewiesen.

andern Staaten, und die Frage wird dahin beantwortet, daß die Ursache in der Verweltlichung und dem Strebertum der Prälaten zu finden sei; deshalb könne die Aufhebung von Staaten, deren Existenz gegen die ersten staatswirtschaftlichen Grundsätze verstoße, nur noch eine Frage der Zeit sein.[1]) Man könnte einwenden, daß diese Auffassung nur aus Schlözers feindseliger Gesinnung gegen die Priesterschaft zu erklären sei, aber auch der römische Nuntius in Köln, Bartolomeo Pacca, äußerte sich auf ähnliche Weise. Im Berichte über seine Reise nach Berlin im Sommer 1786 versichert er, daß in den Ländern geistlicher Fürsten die Furcht vor bevorstehender Säkularisierung noch peinlicher empfunden werde, als selbst der Steuerdruck in den preußischen Staaten.[2]) —

Je kräftiger sich infolge des Verfalls der Reichsverfassung einzelne Staaten entwickelt hatten, desto unhaltbarer wurde die Lage der kleineren und kleinsten Souveräne. Aus diesen wunderlichen Staatsgebilden war längst die Kraft zur Behauptung ihrer Selbständigkeit entschwunden; nur die Macht der Gewohnheit und die Eifersucht der Stärkeren stützte noch die Ohnmächtigen. Welch geringen Schutz die Reichsverfassung bieten konnte, war im bairischen Erbfolgekrieg zu Tage getreten. An der Reichsverfassung hatte man gebaut und fortgebaut mit deutscher „Gründlichkeit", aber als der mittelalterlich verschnörkelte, immerhin stattliche Bau fertig war, zeigte sich in erschreckender Weise, daß die Grundfesten durch die unaufhörlich von Nord und Ost und West heraufgezogenen Stürme schweren Schaden erlitten hatten. Es bedurfte nur eines besonders heftigen Stoßes, um die verworrenen territorialen und ständischen Verhältnisse über den Haufen zu werfen.

Der Absolutismus zeigte sich nirgend in so abschreckender Gestalt, wie an den Höfen der kleinsten Machthaber. Hier wurde am eifersüchtigsten die Respektierung des Gottesgnadentums gefordert; hier wurden fremde Abenteurer gehätschelt, während die einheimischen Talente nur Bettelsuppe aßen; hier war der Adel am kläglichsten in Käuflichkeit und Wohldienerei versunken; hier gab es Präsidenten und Hofmarschälle, wie sie — freilich nicht ohne Uebertreibung — in der Sturm- und Dranglitteratur geschildert werden; hier diente das von Höflingen erfundene, „witzige" Wort zur Richtschnur: „Der Bauer gleicht einem Mehlsack; ist er auch schon geleert, so staubt er wenigstens noch, man muß ihn nur tüchtig klopfen!" Dem Wehrstand war ein unwürdiges, hartes Los beschieden. Bedauert doch sogar ein so überzeugter Anhänger der bestehenden Ordnung, wie der homburgische Geheimrat von Creuz, die Soldaten, die „durch oft wiederholte, einförmige Kriegsübungen bis zum Sterben ermüdet, in engen Monturen wie an Ketten geschlossene Missethäter gemartert, . . . halb zu Tode gepeitschet und mit Prügeln, wie die Hunde zur Jagd, also ‚zum Kriege dressieret' werden."[3]) Bitter tadelt Creuz auch die Maitressenwirtschaft, den Kleiderluxus, den Jagdunfug der kleinen Höfe. „Man wird nicht Ursache haben," sagt er in den 1767 veröffentlichten „teutschen Gedanken", „sich zu verwundern, wenn einmal

[1]) Staatsanzeigen, Jahrgang 1786, 385.
[2]) Memorie storiche di monsignore Bartolomeo Pacca, 98.
[3]) Creuz, Vermischte Anmerkungen, in Neue politische Kleinigkeiten, 37.

bey einer Hauptrevolution diesem oder jenem Hofe keine weiteren Maßregeln übrigbleiben sollten, als per notarios et testes zu protestieren. . . . Wer sieht nicht große Revolutionen voraus?" [1]) In den geistlichen Fürstentümern ließen die Landstände, die freilich auch nicht selten gegen ersprießliche Reformen sich steiften, den fürstlichen Absolutismus nicht in so gehässigen Formen zur Herrschaft gelangen; durch ständische Kontrolle wurden allzu drückende Besteuerung und übermäßige Begünstigung von Ausländern abgewehrt. Dagegen hatten sich die kleinen weltlichen Landesherren der lästigen Bevormundung längst entledigt, oder das ständische Institut war zu einer Steuerbewilligungsmaschine herabgewürdigt. Und da des Geldes nie genug vorhanden war, wurden hier noch ohne Scheu jene abscheulichen Finanzkünste angewendet, die in größeren Staaten längst verpönt waren. Der tiefste wirtschaftliche Verfall zeigte sich in den spannelangen reichsritterschaftlichen Besitzungen. Wenn eine Ortschaft besonders heruntergekommen und verlottert aussehe, sagt Moser, brauche man nicht erst nach der Herrschaft zu fragen, sicher habe man ein ritterschaftliches Dorf vor sich.

Trübselig sah es auch in den Reichsstädten aus, die ehedem der Stolz des Reiches und, wie früher die Klöster, Jahrhunderte hindurch die Träger der Bildung gewesen waren, in deren Kulturleben der deutsche Volkscharakter seinen glücklichsten Ausdruck gefunden hatte. Wohl erinnerte noch manches, zumal in den größeren Kommunen, die auf der rheinischen Bank stimmberechtigt waren, z. B. der Reichtum der Wohlthätigkeitsstiftungen, an die entschwundene Blüte. In Hamburg, Lübeck, Frankfurt 2c. fehlte es nicht an reichen Bürgern, und in vielen Familien hatten sich die Schlichtheit, die Biederkeit, die Kunstliebe der Vorfahren erhalten. Ein Paul von Stetten der Jüngere, der Geschichtschreiber seiner Vaterstadt Augsburg, kann als ein trefflicher Vertreter deutschen Bürgertums gelten, und die Schilderungen Goethes aus seinen Frankfurter Jugendtagen bieten im allgemeinen doch ein anziehendes, liebenswürdiges Bild. Doch die ängstliche Abschließung der ratsbürgerlichen Familien, das eifersüchtige Festhalten an veralteten Formen des städtischen Regiments, der Nepotismus oder die „Kettenfreundschaft", wie der deutsche Ausdruck in einer Eßlinger Satire lautet, [2]) hatten in den kleinen Republiken unendlichen Schaden angestiftet. An Stelle der großen Kämpfe des Mittelalters gab es Stürme im Wasserglas, die aber das Gemeinwesen nicht weniger schädigten als jene. An Gemeinsinn fehlte es den Herren, wie den Zünftlern, dagegen wetteiferten beide im Hang zu Wohlleben und Schwelgerei. Kirmessen und Wallfahrten, Scheibenschießen und Schwörtage gaben erwünschte Gelegenheit zu Gastereien, die größtenteils auf Rechnung der gemeinen Kasse gingen. „Nur der Bauch ist der Reichsstädter Abgott," spottet in einer 1786 erschienenen Flugschrift ein „deutscher Staatsbürger", „alle übrigen geistigen und nur den feineren Sinnen gewidmeten gesellschaftlichen Vergnügungen müssen diesem weichen!" [3]) „Man kann bey der

[1]) Creuz, 47.

[2]) Ad. Wohlwill, Weltbürgertum und Vaterlandsliebe der Schwaben, insbesondere von 1789—1815, 7.

[3]) Ueber einige Reichsstädte Teutschlands, von einem Staatsbürger, 14.

gegenwärtig beinahe allgemeinen inneren Gährung der Reichsstädte auf eine vorhandene, sehr bösartige Materie in ihrer Verfassung schließen und eine nahe Revolution, die um so weniger verhindert werden kann, als sie in der Natur der Sache liegt, vorhersagen." Für die verlotterten, verschuldeten Gemeinwesen gebe es nur eine Rettung: „ein freiwilliges, engeres Band mit dem kaiserlichen Hofe." [1] Die Satire des Zeitalters holte sich ihre Stoffe mit Vorliebe aus den Reichsstädten, es sei nur an Wielands Meisterwerk, die köstlichen „Abderiten", erinnert. Insbesondere Weckhrlin, den die Nördlinger Philister geärgert hatten, verfolgte mit grausamem Hohn die „nasenlange Nördlinger Welt", das „von der Abzehrung begriffene Augsburg", die „Schurzfleckmajestaeten" der schwäbischen Reichsstädte, die „wie Spinngewebe in der deutschen Monarchie hangen". [2] „Diese 51 Republiken, von welchen die mächtigste nicht 4000 wehrhafte Leute ins Feld stellen kann und die geringste eine Straße lang ist," versichert ein kaiserlicher Publizist, der sich unter französischem Pseudonym verbirgt, „sind ein steter Gegenstand des Spottes und der Verachtung des andren Teiles der Nation, welcher sich nicht zu ihnen rechnet." Die armen Tröpfe, deren Rolle in der Geschichte ausgespielt wäre, könnten zur Zeit nichts Besseres thun, als freiwillig den Anschluß an größere Staaten oder den Schutz des großmütigen Kaisers suchen. [3]

Doch auch in den Kleinstaaten, wie wenig erfreulich im allgemeinen die herrschenden Zustände waren, fehlte es nicht an rühmlichen Erscheinungen; auch hier gab es Fürsten, die ihren Beruf gewissenhaft auffaßten und ihren Pflichten getreulich nachkamen. Nur ein Name soll hier genannt werden, ein Name, der mit der Auferstehung des deutschen Geistes unauflöslich verknüpft ist, Karl August von Weimar. Läßt sich doch das Jahr 1771, in welchem Wieland von der geistvollen Herzogin Anna Amalia als Erzieher des vierzehnjährigen Karl August nach Weimar berufen wurde, gewissermaßen als Anfang der klassischen Periode unsrer Litteratur bezeichnen. Die Hoffnung, daß Kaiser Joseph die führenden Geister des Vaterlands um sich sammeln werde, war nicht erfüllt worden, die deutsche Muse irrte noch umher, wie die kreißende Latona, um ein Asyl zu finden, wo sie ihre Götter gebären könne, — da stieg als schirmendes Delos ein bisher wenig genanntes und bekanntes mitteldeutsches Städtchen empor, und bald zog die hier sich entwickelnde litterarische Bewegung blühenden Geisteslebens die Blicke der ganzen gebildeten Welt auf sich. Zwar der Dichter des Neuen Amadis war nicht der Mann, unsrer nationalen Poesie Schwung und Richtung zu geben, aber der junge Herzog selbst fand den Größeren, dessen Genius die Residenz an der Ilm auf ein halbes Jahrhundert zum leuchtenden Mittelpunkt des Geisteslebens der deutschen Nation erhob. Nur ein Fürst, der selbst große Eigenschaften des Herzens und des Geistes besitzt, vermag die Größe andrer

---

[1] Ueber einige Reichsstädte, 25.

[2] Anselmus Rabiosus, Reise durch Oberdeutschland, 67. Graues Ungeheuer, X, 193 ff.

[3] Philosophische Bemerkungen über die Republiken überhaupt und die freien Reichsstädte insbesondere. Aus dem Französischen des Herrn Serieux le Sonnant wörtlich übersetzt (Amsterdam 1787), 32, 52 ff.

zu erkennen und ihre Fähigkeiten zum Vorteil des Staates zu verwerten. Es zeugt vom Scharfblick des jungen Herzogs, daß er bei einem kurzen Besuche in Frankfurt die Ueberzeugung gewann, der Verfasser des Götz und des Werther sei auch andern Anforderungen, als sie an Dichter gestellt zu werden pflegen, gewachsen. Obwohl alle Welt den Schritt mißbilligte, ernannte er unmittelbar nach seinem Regierungsantritt den sechsundzwanzigjährigen Dr. Goethe zum Mitglied des Geheimen Conseil und erwarb sich damit zugleich einen Diener, Lehrer und Freund ohnegleichen. „Einen Mann von Genie," erwiderte er dem warnenden Minister v. Fritsch, „an einem andern Orte zu gebrauchen, als wo er selbst seine außerordentlichen Gaben gebrauchen kann, heißt ihn mißbrauchen!" [1]) Freilich folgte zunächst die „tolle Zeit", in welcher sich der Herzog und sein Günstling zügellos ihrem jugendlichen Uebermut überließen und das stille, steife Residenzstädtchen aus Rand und Band brachten, so daß es nicht bloß die Prüden und die Pedanten erschreckte. Der öffentlichen Meinung galt natürlich der Sturm- und Drangdichter als Verführer. Herder urteilte noch milde, indem er annahm, daß Goethe absichtlich den Herzog zu Excessen verleite, um die Schiefheiten der allzu künstlichen Erziehung gut zu machen.[2]) Noch 1785, als Goethe und Karl August längst schon zur Besinnung gekommen waren, schrieb der „reisende Franzose" (der Schweizer Rißbeck): „Goethe ist in vielen Dingen aus Grundsatz für das Natürliche, Auffallende, Kühne und Abenteuerliche; er ist der bürgerlichen Polizey ebenso feind als der ästhetischen; seine Philosophie grenzt ziemlich nahe an die Rousseausche." [3]) Ohne Zweifel war aber Karl August in seinem leidenschaftlichen Drang nach Ungebundenheit und Abenteuern der Tonangebende. „Der Herzog," erzählte Goethe später, „wußte mit seinen Kräften nicht wo hinaus, und wir waren oft sehr nahe am Halsbrechen . . . Ein Herzogtum geerbt zu haben, war ihm nichts, aber hätte er sich eines erringen, erjagen und erstürmen können, das wäre ihm etwas gewesen."

Doch in Weimar hatte es nicht wie an andern kleinen Höfen bei Trinkgelagen und Mummenschanz sein Bewenden. Die Regierung wurde niemals vernachlässigt, eher läßt sich sagen, daß zu viel experimentiert wurde, doch ist auf wichtigen Gebieten ein glücklicher Fortschritt erkennbar. Da dem Herzog, wie er gelegentlich eines Vorschlags zur Verbesserung des Gymnasiums erklärte, „der allgemeine Glaube lächerlich erschien, daß dem allermenschlichsten von allen menschlichen Begriffen, der Erziehung des Menschen, im Aktenstil und modo voti aufgeholfen werde," berief er zur Reform des Kirchen- und Schulwesens den geistvollsten Theologen des Zeitalters, Herder. Die Rechtspflege wurde durch neue Gesetzbücher gehoben; für Bergbau, Feld- und Forstwirtschaft erließ Goethe, selbst ein inniger Naturfreund, manche ersprießliche Anordnung. Doch wie Goethe trotz ernster Hingabe an die Staatsgeschäfte zu vielfältigen wissenschaftlichen Studien und poetischen Schöpfungen Muße erübrigte, so suchte auch der Herzog höher zielende Aufgaben auf; eifriger und einsichtsvoller als die meisten

[1]) Wegele, Karl August von Sachsen-Weimar, 23.
[2]) Haym, Herder nach seinem Leben und seinen Werken, II, 14.
[3]) Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland, II, 56.

Standesgenossen wandte er auch den Reichsangelegenheiten seine Fürsorge zu, und wiederholt war sein Eingreifen von wichtigen Folgen begleitet. Schon im Sommer 1778 besuchte er König Friedrich in Berlin, um sich mit ihm über die deutsche Lage und die Abwege der österreichischen Vergrößerungsgelüste zu beraten. Sogar die Idee eines Fürstenbundes tauchte damals schon in Weimar auf, freilich mit ganz andern Absichten und Zielen, als sie später dem Werke König Friedrichs zu Grunde lagen. Die im Winter 1778 von Preußen erhobene Forderung, es möge im Weimarischen die Werbung von Soldaten für den böhmischen Feldzug gestattet werden, setzte den Weimarer Hof in Verlegenheit; der Wunsch des übermächtigen Nachbars konnte nicht abgelehnt werden, andrerseits war zu befürchten, daß Oesterreich das Zugeständnis an den Gegner ahnden werde. Goethe, zu einem Gutachten aufgefordert, riet zu dilatorischer Behandlung des preußischen Antrags, zugleich aber zu freundschaftlicher Verbindung „mit wohlgesinnten Mitständen, deren Länder diesen oder ähnlichen Unannehmlichkeiten ausgesetzt seien, (um sich) solchen Zumutungen standhaft widersetzen zu können;" daraus würden sich wohl noch weitere glückliche Folgen entwickeln.[1]) Also eine Art Triasidee! Ein Bund von Mittel- und Kleinstaaten zur Behauptung ihrer Selbständigkeit gegen Oesterreich und Preußen! Den Reichsständen war ja das Recht, sich untereinander zu verbünden, durch die Reichsverfassung verbürgt, und sie hatten sich wiederholt desselben bedient, wenn das Oberhaupt nicht that, was seines Amtes, oder that, was nicht seines Amtes war. Uebergriffe der kaiserlichen Gewalt wurden aber, namentlich seit Joseph durch den Tod seiner Mutter freiere Hand gewann, immer allgemeiner befürchtet; deshalb fand der Gedanke eines Schutz- und Trutzbündnisses an verschiedenen Höfen Freunde. 1782 verhandelte der badische Minister Edelsheim darüber mit Weimar. „Jedem deutschen Herzen und besonders einem freien Fürstensinn," schrieb er an Karl August, „muß es wehe thun, die Sklaverei mit so starken Schritten auf das Vaterland stürmen zu sehen und zu fühlen, daß kein Band mehr unter den Gliedern des ganzen Körpers existiert, die, wenn sie verbunden wären, einerlei Sinn hätten und Gut und Blut für Freiheit wagen wollten, gewiß den so systematischen, langsamen Druck ihrer Nebenlieger noch lang aufhalten könnten.[2]) Zugleich spricht aber Edelsheim sein Bedauern aus, daß man sich heute nicht mehr an Frankreich und England halten könne, da diese Mächte, ehedem „starke Eichen", heute nur noch „schwache Rohre" wären. Trotz dieses Bedenkens wurden aber

[1]) Erdmannsdörffer (Aus den Zeiten des deutschen Fürstenbundes, 1885) hat zuerst auf das interessante Aktenstück aufmerksam gemacht. Noch eingehendere Würdigung ließ ihm Ottokar Lorenz (Goethes politische Lehrjahre, 1893) zu teil werden, doch scheint mir die Behauptung, es könne „kein Zweifel darüber sein, daß man es in diesem Ratschlag unsres Dichters mit nichts Geringerem, als mit der eigentlichen Ursprungsidee des Fürstenbundes zu thun hat" (S. 59), zu weit zu gehen. Lorenz ist, wenn sich ein „Kompendienschreiber" die Bemerkung erlauben darf, in denselben Fehler verfallen, den er an andern rügt, daß „sie sich durch den Namen der Unionsbestrebungen bestimmen lassen, alle ähnlichen Bündnisse unter die gleichen Gesichtspunkte zu bringen" (S. 66). Der Gedanke einer Fürstenassociation war noch früher schon in Hessen-Kassel aufgetaucht; Graf Schlieffen hatte bald nach Beendigung des siebenjährigen Krieges dahin zielende Unterhandlungen mit Kurpfalz angeknüpft.

[2]) Lorenz, 62.

mit Frankreich geheime Unterhandlungen angeknüpft; auch Karl August ließ sich — trotz der Warnungen Goethes — dazu verleiten. Die föderativen Pläne scheiterten jedoch an einem Hindernis, an welchem die unter dem Namen des Gruppensystems bis in die neueste Zeit hinein vererbte Politik immer gescheitert ist, an der Unmöglichkeit, die Eifersucht der mittleren und kleineren Staaten gegeneinander und die darin beruhende Abstoßungskraft ohne einen mit mächtiger Anziehungskraft ausgestatteten politischen Mittelpunkt zu überwinden. Ein solcher Mittelpunkt war erst gegeben, als König Friedrich, dem die Bewegung nicht unbekannt geblieben war, den Gedanken auffaßte und mit jugendlicher Kraft die Stiftung eines Bundes „nach schmalkaldischem Muster" betrieb. Karl August wirkte, obwohl ihm eine militärisch organisierte Union anfänglich Bedenken einflößte,[1]) zum Gelingen des Planes eifrig mit.[2]) Er besuchte in Friedrichs Auftrag befreundete Höfe, um die Scheu gegen einen Bund mit preußischer Spitze zu bekämpfen, doch wurde auch von ihm mit Nachdruck betont, daß er die Führung Preußens nur so lange anerkennen wolle, als die deutschen Interessen mit den preußischen zusammenfielen. Er betrachtete überhaupt den Fürstenbund weniger vom Standpunkt der Politik, als der Nationalität; das gesunkene deutsche Ansehen sollte dadurch gehoben, der Reichsverfassung wieder Lebenskraft zugeführt werden. Gerade damals, da Goethe, in dem der Dichter zum Durchbruch kam, um „den heißen Durst nach wahrer Kunst zu stillen," Mantelsack und Dachsranzen in eine Postchaise packte und nach Italien entfloh, entfaltete der Herzog, dem jetzt die Jahre „die rechte Richtung seiner Kraft gegeben" hatten, eine umfassende politische Thätigkeit. Nach dem Ableben des großen Königs steht Karl August eine Zeitlang im Mittelpunkt der Reichspolitik. Deshalb wollte man auch in Rom nicht glauben, daß der Günstling des Herzogs von Weimar nur zu antiquarischen Studien die Hauptstadt der katholischen Christenheit aufgesucht habe. Der kaiserliche Gesandte, Kardinal Herzan, hatte ein wachsames Auge auf den mysteriösen Reisenden und ließ ihn durch seinen Sekretär in der Osteria Campanella ausforschen, ja sogar Goethes Briefe wurden durch Herzans Späher aufgefangen und durchsucht.[3]) Auf kaiserlicher Seite wurde befürchtet, der Weimarische Minister trachte in Rom für eine vertrauliche Annäherung des preußischen Hofes an den römischen Stuhl und die Bewerbung eines preußischen Prinzen um die Mainzer Koadjutorie die Wege zu ebnen.[4]) In Wirklichkeit hatte Goethe keine derartigen geheimen Aufträge, und Karl August suchte nicht einem preußischen Prinzen, sondern dem Würzburger Domscholaster und Universitätsrektor Karl Theodor von Dalberg die Anwartschaft auf den Kurstuhl Friedrich Karls zuzuwenden. Dieser in den Vierzigern stehende Gelehrte, dem später eine so einflußreiche Rolle beschieden sein sollte, begann bereits die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

---

[1]) Lorenz, 79.

[2]) Ranke, die deutschen Mächte und der Fürstenbund, I, 216 ff.

[3]) Brunner, Theologische Dienerschaft, 151, veröffentlicht einen Brief der Frau Rath an ihren Sohn vom 17. November 1786, der in den Akten der Gesandtschaft liegen geblieben war.

[4]) Brunner, 157, 161 ff.

Welch überschwengliche Hoffnungen auf ihn gesetzt wurden, beweist Schubarts Lob. „Ich kenne keinen großen deutschen Mann, dem das Glück so viel Gerechtigkeit wiederfahren läßt, als unserm Dalberg, mir ist aber auch kein Mann bekannt, der bei so viel Genie, so tiefer Gelehrsamkeit die bewunderungswürdigste Welt- und Menschenkenntnis besitzt, der zwischen der päpstlichen Hierarchie und den Rechten der deutschen Kirche so äußerst geschickt zu balancieren weiß, und der bei Katholiken und Protestanten in gleich großer Verehrung steht, als Dalberg." [1])

Dalberg galt als gemäßigter Anhänger der liberalen Grundsätze Emmerich Josephs; in der Emser Bewegung hatte er sich klug zurückgehalten, so daß er im deutschen, wie im römischen Lager als Bundesgenosse angesehen war. Durch Begünstigung dieses Diplomaten in der Soutane hofften die preußische Regierung und ihre Freunde, den österreichischen Einfluß in Mainz abzuwehren und dem Fürstenbunde einen nützlichen Anhänger zu sichern. [2])

Die Stiftung des Fürstenbundes ist nicht bloß im allgemeinen eine wichtige Etappe auf dem Wege der Hohenzollern zum Kaiserthrone, [3]) sondern auch von so wesentlicher Bedeutung für die Kabinettspolitik der nächsten Jahre, daß wenigstens mit ein paar Worten nochmals darauf zurückgegriffen werden muß.

Wir haben beobachtet, wie durch Friedrichs des Großen Erscheinung zum erstenmal seit Jahrhunderten eine kräftige Regung politischen Selbstgefühls in Deutschland wachgerufen wurde. Es gab noch keine preußische Partei, aber gewiß war schon in vielen die Ueberzeugung lebendig, daß dem preußischen Staat, der einen großen Kurfürsten und einen großen König gehabt hatte, die Führung Deutschlands beschieden sein werde. Der Verfasser der „Lebensläufe in aufsteigender Linie", Theodor von Hippel, hat einige Jahre später klar und bündig dieser Anschauung Ausdruck gegeben: „Den preußischen Staat halte ich für den einzigen, welcher dem Despotismus in Deutschland und einer deutschen Universalmonarchie entgegenzuarbeiten im stande ist und aus dem Menschenrecht und wahre Aufklärung ausgehen könnten." [4]) Durch das Bündnis Kaiser Josephs mit Rußland und Frankreich in die Enge getrieben, suchte König Friedrich Hülfe in engerem Anschluß an die lebenskräftigeren deutschen Staaten, um „zugleich die allgemeine Stellung Preußens in Europa und die besonderen Verhältnisse Deutschlands aufrecht zu erhalten." [5])

Durch den „Associationstraktat" vom 23. Juli 1785 verbanden sich die

---

[1]) Vaterländische Chronik, Jahrgang 1788, 426.

[2]) Brunner, 163.

[3]) Ottokar Lorenz glaubt, daß erst von Dohm die Geschichte des Fürstenbundes so gedreht und gewendet worden sei, daß sie „unserm historischen Gemütsleben zu einer Art von Versöhnung zwischen dem gewaltigen Sieger von Roßbach und dem deutschen Reichsstandpunkt" verhalf, und will die außerdeutschen Bestrebungen stärker betont wissen, doch nennt auch er an andrer Stelle die Union „ein mit Recht als Vorbild für die Entwickelung unsres heutigen deutschen Reichs gepriesenes Einigungswerk". (Goethes politische Lehrjahre, 67, 76.)

[4]) Biographie des königl. preuß. geh. Kriegrats v. Hippel in Königsberg, 157.

[5]) P. Bailleu, Der Ursprung des deutschen Fürstenbundes, in Sybels hist. Zeitschrift, 41. Bd., 410.

drei Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Braunschweig-Lüneburg zu gemeinsamer Abwehr der österreichischen Uebergriffe und zur Aufrechthaltung des bestehenden Reichssystems; unter den geheimen Artikeln war namentlich der eine von Wichtigkeit, daß die drei unierten Kurfürsten bei einer künftigen Königswahl nur nach gemeinschaftlichem Uebereinkommen zu Werke gehen sollten [1]). Zugleich wurde allen patriotischen Ständen der Eintritt in das Bündnis vorbehalten. Zunächst folgten die Herzoge von Sachsen-Weimar, Gotha, Zweibrücken, Braunschweig-Wolfenbüttel, der Landgraf zu Hessen-Kassel, die Markgrafen von Ansbach und Baden und der Fürst von Anhalt-Dessau; später noch der evangelische Bischof von Osnabrück und die beiden Mecklenburg. Vorwiegend waren es also norddeutsche und protestantische Mitglieder; um so wichtiger war es und um so freudiger wurde es von König Friedrich begrüßt, daß auch der erste Kirchenfürst des Reichs, Friedrich Karl von Mainz, seinen Beitritt erklärte.

Johannes Müller, der kurz vorher in mainzische Dienste getreten war, erklärte in einer Flugschrift, es sei eine Ehrenpflicht, daß „derjenige, der nicht für sich und seine Familie, sondern für das Reich der Deutschen Kurfürst und für die germanische Kirche der erste Erzbischof sein will", durch seinen Beitritt einen Bund sanktioniere, den „unschuldsvolle edle Gerechtigkeit und gemeines Wohl empfahlen, die Herzen des Volkes billigten . . ." „Es ist Zeit, sich über die Routine zu erheben: sey katholisch oder protestantisch, du bist ein freier teutscher Mann, dessen Voräldern lieber haben sterben wollen als dienen!" [2])

Es war ein bedeutsamer Sieg Friedrichs über die Kaiserpolitik Josephs! Mochten immerhin, abgesehen von Pfalz-Baiern, dessen Regent aus persönlichen Gründen gegen Oesterreich nicht einmal sein Hausrecht wahrte, die meisten kleineren und kleinsten Reichsstände dem Bunde fernbleiben, so umfaßte derselbe doch gerade die kräftigsten deutschen Staaten, und durch den Beitritt des Mainzers war ihm sogar eine Mehrheit im Kurfürstenkollegium gesichert. Ob Friedrich, wie wohl behauptet worden ist, ernstlich sich mit dem Gedanken trug, die Union an die Stelle des alten Reichssystems zu setzen und das staatsrechtliche Verhältnis der Stände untereinander und zum Reichsoberhaupt in einen Verband souveräner Staaten unter preußischer Hegemonie und mit Ausschluß Oesterreichs zu verwandeln, ist mehr als zweifelhaft.

Die Verbündeten waren ja durchaus nicht geneigt, für die Durchführung des Bundesgedankens wesentliche Opfer zu bringen; sie beobachteten das Anwachsen Preußens nicht weniger argwöhnisch, als die kleineren Reichsstände die Ausdehnung der kaiserlichen Macht. Joseph selbst beeilte sich, dem Reichstage anzuzeigen, daß alle Unterhandlungen wegen eines Ländertausches aufgegeben seien [3]); mit der Beseitigung dieser Gefahr verflüchtigte sich auch das Interesse der Fürsten an der Union, und wir haben keinen Anhaltspunkt für die Annahme, daß Friedrich selbst noch weitere Schritte zum Ausbau seines Unternehmens beabsichtigt habe.

---

[1]) Ranke, I, 232 ff.

[2]) J. v. Müller, Vom Fürstenbunde; sämtliche Werke, IX, 292, 295.

[3]) Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit, III, 129.

Lebhafte Teilnahme wurde dem Werke fast nur noch von Karl August von Weimar zugewendet. Nach Friedrichs II. Ableben ließ er durch seinen ehemaligen Erzieher, Grafen Görtz, der in preußische Dienste übergetreten war, dem Berliner Hofe eine Reihe von Vorschlägen zum Ausbau der Union unterbreiten. „Sollte auch der Hof, dem Sie jetzt dienen, dadurch ein wenig das Ansehen der Oberdirektion verlieren, so werden Sie doch alles anwenden, um Deutschland diesen Dienst zu leisten. So innig ich persönlich dem preußischen Hause und den Gliedern desselben ergeben bin, so muß ich doch, vermöge meines Standes, noch mehr dem allgemeinen Vaterlande und dem Staate, dessen Mitglied ich bin, anhänglich sein." Von den Vorschlägen des Herzogs war namentlich einer von eminent praktischer Bedeutung; die politische Union sollte auch zu einer kommerziellen gestaltet, das heißt: es sollte ein deutscher Zollverein gegründet werden. Auch die Einführung eines allgemeinen deutschen Gesetzbuches für Zivil- und Strafrecht wurde als wünschenswert bezeichnet. [1])

Friedrich Wilhelm II., der als Kronprinz regen Anteil an der Stiftung des Bundes genommen hatte, ja denselben gewissermaßen als sein eigenes Werk betrachtete, begrüßte den Gedanken, mittels der Union eine Reichsreform durchzusetzen, mit ungeheuchelter Wärme. Weniger ernst gemeint waren die Dankesworte, die Minister Hertzberg den „weisen Wünschen" des Herzogs von Weimar spendete; er schlug zugleich Aenderungen vor, die für die Unionsfürsten unannehmbar, ja verletzend waren. Der eitle Hertzberg, schrieb Karl August an den mainzischen Landjägermeister von Stein, habe „nur ein Herz für seine eigenen Subeleien" und wolle nichts florieren lassen, was von andern ersonnen sei. Doch auch dem Kurfürsten von Mainz war der Weimarische Entwurf anstößig; es werde peinlichen Eindruck hervorrufen, meinte er, wenn die Union als „reformieren wollender Reichsteil" auftrete; der geplante Kongreß werde als „Gegenreichstag" erscheinen und den Kaiser zu Repressalien reizen. Nicht tröstlicher waren die Erklärungen aus Sachsen und Hannover. Sachsen wollte den geistlichen Kurfürsten von Mainz nicht als gleichberechtigt anerkennen, und Hannover brachte in Erinnerung, daß die Einigung keineswegs eine Umgestaltung der Reichsverfassung bezweckt habe. Karl August ließ es sich eifrig angelegen sein, die gegen seine Reformpläne erhobenen Einwände zu entkräften. Eine starke Macht, die Gewohnheit, schrieb er an den sächsischen Konferenzminister Löben, stehe seinem Versuche, die alte deutsche Denkart zu wecken, feindlich entgegen; trotzdem wolle er nicht ablassen von seinem Werke; dem Geiste der Trägheit, der auf den Reichsfürsten seit dem westfälischen Frieden laste, müsse ein Ende gemacht, der deutsche Nationalgeist müsse wieder lebendig werden. „In den Mahnungen und Warnungen des Herzogs", sagt Ranke, „atmet ein Geist, der fähig war, nicht allein die Union zu beleben, sondern die Nation überhaupt." Doch läßt sich nicht leugnen, daß die Vorschläge des Herzogs, der allen, also auch den schwächsten Mitgliedern der Union gleiche Rechte und Pflichten zugeteilt wissen wollte, nicht nur mit der Form der Reichsverfassung und der hergebrachten Gliederung der Stände unvereinbar, sondern auch für die mächtigeren Reichsstände

[1]) Wegele, 50.

unannehmbar waren. Auch unter Habsburgischem Einfluß wurde der Ausbau der Union bekämpft. Der Zusammensturz des Reiches sei unausbleiblich, erklärte eine Schrift „Etwas vom Patriotismus im deutschen Reich", wenn die angeblich „patriotische Bruderschaft" fortfahre, die geheiligte Würde des Reichsoberhaupts anzufallen und zu entehren; es heiße die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn gegen Oesterreich der Vorwurf friedbrüchiger Anschläge erhoben werde, gegen Oesterreich, das doch, wie männiglich noch in frischem Andenken trage, von ganz andern Häusern hintergangen, mißhandelt und beraubt worden sei. Das Recht und das Reich vertrete der Kaiser; ein Feind des Reichs sei also jeder, der neben dem Kaiser eine neue feindliche Macht aufrichten wolle. [1])

Die Warnungen waren schon nicht mehr nötig. Zwar tauschten die unierten Höfe noch zeitweilig freundschaftlich und patriotisch klingende Versicherungen aus, aber sie wünschten weder einen aufrichtigen Anschluß aneinander, noch eine kräftige Neugestaltung der deutschen Verhältnisse.

Auch Johannes Müller, der die Schöpfung der Union so freudig begrüßt hatte, konnte sich nicht mehr verhehlen, daß der Bund gestorben sei, daß man nur eine feierliche Bestattung der Leiche für überflüssig gehalten habe. In einer zweiten Flugschrift: „Teutschlands Erwartungen vom Fürstenbund" [2]) wandte er sich entrüstet gegen jene Staatsmänner, die im letzten Werk des großen Friedrichs nur einen für den Augenblick errichteten Damm gegen österreichische Gelüste sehen wollten, nicht den Grund- und Eckstein eines neuen Reichsgebäudes.

Da spreche man immer von bedenklicher Gefährdung der Reichsverfassung, aber verlohne es sich denn der Mühe, die gegenwärtigen deutschen Zustände aufrecht zu erhalten? „Ohne Gesetz noch Justiz, ohne Sicherheit vor willkürlichen Auflagen; ungewiß, unsre Söhne, unsre Freiheiten und Rechte, unser Leben einen Tag zu erhalten; die hilflose Beute der Uebermacht; ohne wohlthätigen Zusammenhang, ohne Nationalgeist zu existieren, so gut bei solchen Umständen einer mag — das ist unsrer Nation Status quo. Und die Union wäre da, ihn zu befestigen?" Dem Kaiser selbst könne ja nur erwünscht sein, wenn unter seiner Regierung dem Reiche eine neue Hoffnung erblühe, denn seit den Tagen Maximilians I., die „das Kammergericht, die Kreisverfassung und das Regiment, überhaupt Modell, Grundzüge, Vorarbeit" hervorgebracht, habe es für eine patriotische Wirksamkeit keinen günstigeren Augenblick gegeben, als die Gegenwart. Jetzt müsse endlich der Deutsche seinen Verstand und seinen Mut bewähren, um eine lebenskräftige Reform der Reichsverfassung durchzusetzen, um zu gemeinsamem Vaterlandsgeiste vorzudringen, „damit auch wir endlich sagen dürften: Wir sind eine Nation!" Doch wie kleine Geister finde der große Augenblick! Die Hoffnung der Patrioten auf Reform und Auferstehung sei dem Erlöschen nahe! „Verflucht sei der Mann, Schande komme über sein Haupt, der den Säumigen das Wort redet! ... Was Satire scheint, ist leider Ge-

[1]) Etwas vom Patriotismus im deutschen Reich. Von einem Deutschen mit deutscher Freiheit (1788).

[2]) Joh. Müller, sämtliche Werke, IX, 311.

schichte!" Dem Biedermann bleibe also nichts übrig, als gelassen und gewissenhaft seinem Fürsten weiter zu dienen, „wenn er seines Landes oder Ländchens Vater ist." „Wen aber der Geist Gottes treibt, öffentlich für die Rechte der Menschheit zu reden, der streue den Saamen vernünftiger Freiheit aus, unbesorgt, ob er die Frucht davon erlebe. Montesquieu hat mehr gewirkt, als alle Fürstenunionen."

Mit Recht nennt Wenck diese Kundgebung Müllers „einzig in der damaligen Publicistik Deutschlands." [1]) „Eine Schrift von so energischem, zuletzt fast revolutionärem Tone, nicht geschrieben im Namen einer reichsständischen Opposition gegen den Kaiser, nicht im Namen eines geächteten Fürsten, einer beeinträchtigten Religionspartei gegen die Beschlüsse der Reichstagsmajorität oder dergleichen, sondern eine Verurteilung des ganzen Reichszustandes im Namen der Nation, welcher dieser Zustand zur Schmach gereiche!" Ein Wetterleuchten zuckt durch diese Klagen und Verwünschungen. Wenn die Entrüstung über die verrottete Verfassung, die Scham ob der Erniedrigung der Nation in vielen deutschen Herzen so lebendig waren, kann es nicht befremden, daß zwei Jahrzehnte später die Zertrümmerung des alten Reichsgebäudes mehr Befriedigung, denn Mitleid erregte. „Wenn etwas nicht mehr stehen kann", heißt es schon in einer Flugschrift von 1766 ‚Noch etwas zum deutschen Nationalgeist', in Bezug auf das römische Reich, „so ist's nicht schade, wenn es in die Grube fällt."

---

[1]) Wenck, Deutschland vor hundert Jahren, I, 192.

Vierter Abschnitt.

Der Aufstand in den österreichischen Niederlanden. Der Kampf zwischen der oranischen und der patriotischen Partei in Holland und die preußische Intervention.

Die unter dem Namen Niederlande zusammengefaßten Herzogtümer und Grafschaften (Brabant, Limburg, Luxemburg, Geldern, Flandern, Hennegau und Namur) standen mit der österreichischen Monarchie nur in losem Zusammenhang. In Brüssel residierte als Stellvertreter des Monarchen ein Generalstatthalter, gewöhnlich ein Mitglied der kaiserlichen Familie oder des höchsten Adels; unter ihm standen der Staatsrat, der Geheime Rat und der Finanzrat, welche die eigentlichen Staatsangelegenheiten leiteten. Dagegen war die gesetzgebende Gewalt geteilt; die Verordnungen der Regierung bedurften der Zustimmung des ständischen Ausschusses. Auch in die innere Verwaltung der einzelnen Provinzen hatte die Regierung nicht einzugreifen. Die Rechtspflege war selbständigen Obergerichten überlassen; der Große Rat zu Mecheln genoß das Ansehen eines obersten Gerichtshofes. Als Richter und Beamte durften nur Landeskinder angestellt werden. Die bewaffnete Macht bestand aus einer Art Landwehr, die gegen den Willen der Stände nicht außer Landes verwendet werden durfte; nur in den Festungen lagen einige österreichische Regimenter. Nicht bloß neue Steuern bedurften der Genehmigung der Stände, sondern auch die alten mußten jährlich bewilligt werden. Jeder Regent mußte eidlich geloben, daß er seinen Unterthanen ein milder und gerechter Herr sein und ihre Gebräuche und Rechte nicht antasten wolle. Ja, in dem berühmtesten und freisinnigsten Freiheitsbriefe, dem „Blyde inkomst“ („joyeuse entrée“) der Herzogtümer Brabant und Limburg[1]) war sogar (Artikel 59) die Bestimmung enthalten, daß die Unterthanen, falls der Regent eines der ständischen Grund-

[1]) Eine deutsche Uebersetzung in den „Aktenstücken zur Geschichte der österreichischen Niederlande“ (1787), 50.

gesetze verletzen würde, von selbst ihrer Dienstpflicht entbunden sein sollten, bis das ihnen geschehene Unrecht wieder gut gemacht wäre [1]), eine Bestimmung, die von den Brabantern als Anerkennung des jus revolutionis ausgelegt wurde. Auch räumte der „frohe Willkomm" dem dritten Stande, der Bürgerschaft, von vorneherein eine Bedeutung ein, wie sie andre Verfassungen nicht kannten. Vom Recht der Steuerverweigerung war denn auch im Laufe der letzten Jahrhunderte wiederholt Gebrauch gemacht worden; die Regierung hatte sich für solche Notfälle ein Hülfsmittel zurechtgelegt, die „vervanghenisse", d. h. den Grundsatz, daß die Uebereinstimmung von Adel und Klerus an sich schon die Einwilligung des dritten Standes nach sich ziehe.

Wie man sieht, unterschied sich die Regierungsform der südlichen Niederlande nicht wesentlich von derjenigen in den Generalstaaten; hier wie dort war jede Provinz ein Staat im Staate, nur daß der Statthalter in Brüssel als Stellvertreter eines fremden Souveräns, des Herrn der österreichischen Erblande, anzusehen war. [2])

Trotzdem galten die Belgier als ein anhängliches, monarchisch gesinntes Volk. Auch von ihnen galt noch das Wort des Hugo Grotius: „Den Niederländern ist Ergebenheit gegen ihren Landesherrn angeboren, wie den Spaniern, nur mit dem Unterschied, daß der Niederländer die Gesetze über die Könige stellt." Namentlich Maria Theresia hatte sich allgemeiner Beliebtheit und Verehrung erfreut. [3]) „Maria Theresia war in Belgien wie eine Gottheit verehrt," versichert der Erzbischof von Mecheln, Pradt, „auch werden ihre Altäre noch lange in den Herzen der Einwohner jener Gebiete aufrecht bleiben." [4]) Zwar wollte sie das Recht der Steuerverweigerung des dritten Standes nicht anerkennen und setzte behufs geregelter Steuererhebung eine neue, den Ständen anstößige Behörde in Brüssel ein, sonst aber nahm die staatskluge Frau auf den Freiheitsstolz der Belgier gebührende Rücksicht. „Begnügen Sie sich," schrieb sie an Karl von Lothringen, den sie 1758 zum Statthalter der Niederlande berufen hatte, „der Hahn des Dorfes zu sein, und lassen Sie im übrigen den Sachen ihren Verlauf." [5]) Karl nahm diese Mahnung ernst und vertrat jederzeit mit Wärme, insbesondere gegenüber dem Fürsten Kaunitz, die belgischen Vorrechte; zum Dank dafür wurde ihm bei der fünfundzwanzigjährigen Jubelfeier seiner Regentschaft (1777) von den Brabantern auf dem Lothringerplatze zu Brüssel ein Standbild errichtet. In den Krisen der schlesischen Kriege standen

---

[1]) Mémoires historiques et politiques des Pays-Bas Autrichiennes (dédiés à l'empereur), (1784), 386.

[2]) Ruckelingen, Belgien unter Maria Theresia (aus dem Vlämischen übersetzt von Stubenrauch), 27.

[3]) Auch Conscience in seiner Geschichte Belgiens, 403, erzählt: „Jeder trauerte (beim Tode Maria Theresias), als ob seine eigene Mutter gestorben wäre; bei der Totenfeier in der St. Gudulakirche zu Brüssel hörte man nichts als Seufzen und Schluchzen. Der Fußboden der Kirche schimmerte gegen den Schein des Tageslichts, benetzt von den Thränen der Dankbarkeit und des Schmerzes."

[4]) Pradt, Ueber Belgien in den Jahren 1789—1794 (aus dem Französischen, 1821), 39.

[5]) Ruckelingen, 138.

die Belgier treu zu Oesterreich und trugen die schweren Geld- und Blutopfer ohne Widerspruch; hauptsächlich mit belgischem Kapital wurden die ungeheuren Kriegsanleihen Oesterreichs gedeckt. Belgien konnte unter den österreichischen Provinzen als eine der reichsten und als die bestkultivierte gelten. Zwar der Handel war seit hundert Jahren kläglich zurückgegangen; ihm war, seit die holländische Regierung im westfälischen Frieden die Sperrung der Schelde durchgesetzt hatte, recht eigentlich die Lebensader unterbunden. Georg Forster, der 1790 Belgien besuchte, entwirft ein trübes Bild vom Niedergang der alten Herrlichkeit der belgischen Städte und dem „traurigen Volk von Brabant"; im Hafen zu Antwerpen, der für tausend Schiffe Raum geboten hätte, sah er nur ein paar kleine Fahrzeuge liegen. Doch die belgische Industrie behauptete noch ersten Rang; Gent, Mecheln, Löwen, Brügge mit ihren zackigen Giebelhäusern und majestätischen Domen, wo man selbst heute noch im vollen Mittelalter zu wandeln glaubt, waren noch immer volkreiche, betriebsame Städte. Noch immer lieferte Gent die besten Tuche, Brügge die feinste Leinwand, Brüssel hatte seine berühmten Lederfabrikate und Antwerpen zählte zu den ersten Geldplätzen Europas.

Großen Reichtum und damit auch Einfluß besaß in Belgien der Klerus. Als Mittelpunkt geistlicher Bildung und Propaganda galt die Hochschule zu Löwen, die zu Karls V. Zeiten durch berühmte Lehrer geglänzt und die Blüte der Jugend aus allen Ländern Europas zu Schülern gehabt, seit langem aber mit den Fortschritten der deutschen Schwesterinstitute nicht mehr gleichen Schritt gehalten hatte. Immerhin beherrschte sie noch das religiöse Leben Belgiens, so daß, zumal in den höheren Ständen, eine strengere kirchliche Gesinnung lebendig war, als in Deutschland oder Frankreich.

Das klerikal-partikularistische Staatswesen Belgiens mußte einem aufgeklärten Absolutisten, wie Joseph II., besonders anstößig erscheinen, und anderseits mußten die kirchlich-politischen Reformen, die der Kaiser mit rücksichtsloser Härte durchzuführen unternahm, gerade hier auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Joseph hatte nach seinem Regierungsantritt die Huldigung der Belgier entgegengenommen und die Aufrechthaltung der Joyeuse entrée und der übrigen Freiheitsbriefe beschworen. Er ließ sich in den nächsten Jahren die Hebung des materiellen Wohlstands der Niederlande eifrig angelegen sein; nach Abschluß des Friedens von Versailles 1783 hatte es den Anschein, als ob die Forderung Kaiser Josephs, daß die Schelde wieder für den Seehandel der belgischen Staaten geöffnet werden sollte, den Krieg zwischen Holland und Oesterreich entzünden werde. Doch die Furcht, der Freundschaft Frankreichs verlustig zu gehen, ließ den Kaiser gegen eine stattliche Geldentschädigung seine Forderung zurückziehen. Wenn nun schon diese Wendung die Zuneigung der Bürger von Antwerpen und Brüssel zu ihrem neuen Herrn abgekühlt hatte, so mußte es ihren stolzen Sinn noch empfindlicher verletzen, daß Joseph in den niederländischen Staaten ein Handelsobjekt erblickte, um mit dem Kurfürsten von Baiern, dessen Gebiet sich zur Abrundung Oesterreichs empfahl, ein Tauschgeschäft einzugehen. Die Mißstimmung wandelte sich vollends in Erbitterung, als der Kaiser mit Reformplänen hervortrat, die als Angriffe auf die Religion und als Eingriffe in die

verfassungsmäßigen Rechte der Nation ausgelegt wurden. Den Belgiern war die Idee eines österreichischen Gesamtstaates an sich unfaßbar; nach Josephs Absicht aber sollten die Belgier — es lassen sich die nämlichen Worte anwenden, womit Schiller das Verhältnis Karls V. zu den Niederländern des sechzehnten Jahrhunderts kennzeichnet, — „nur ein Glied des Riesenkörpers sein, den die Ehrsucht eines Einzigen zu ihrem Werkzeuge gebrauchte, sie sollten aufhören ihr eigener Zweck zu sein, der Mittelpunkt ihres Daseins war in die Seele ihres Regenten verlegt." Den Belgiern erschien es als Unrecht, daß die in den Erblanden eingeführten Neuerungen auch vor den Grenzen Belgiens nicht Halt machen sollten, zumal Neuerungen, die nach dem Urteil der gelehrten Väter von Löwen zur Wiederkehr der „Zeiten des Jerobeam und des Kälberdienstes zu Bethel" führen mußten. Während sich in Oesterreich zahlreiche angesehene Mitglieder des Klerus selbst an der Reformpropaganda beteiligten, trat in Belgien die gesamte Geistlichkeit wie ein Mann gegen die geplante „Reinigung des Christentums" auf. Im Hause des römischen Nuntius in Brüssel wurde der Widerstand organisiert. Am 13. Juni 1786 richteten die Stände von Flandern an den Kaiser eine geharnischte Verwahrung gegen die kirchlichen Reformen; die Gemüter der weltlichen, wie der geistlichen Unterthanen seien darob in Verzweiflung geraten! Besonders die Religionskasse werde allgemein als eine abscheuliche Anstalt angesehen, deren Name schon Entrüstung hervorrufe; noch nie sei die Verletzung des heiligsten Rechtes des Eigentums von Kirchen, Klöstern und frommen Stiftungen auf so anstößige Weise von einem Despoten sanktioniert worden.[1])

Mit solchem Trotz war bei Kaiser Joseph nichts auszurichten; er ließ den Ständen eine ernste Warnung zugehen und betrieb nur noch eifriger den Ausbau seines Reformwerkes. Durch Edikt vom 16. Oktober 1786 wurden die bischöflichen Seminarien, in welchen die jungen Geistlichen bisher ihre Bildung empfangen hatten, aufgelöst und zwei staatliche Seminarien in Löwen und Luxemburg eröffnet. Die Universität Löwen erhielt eine neue Organisation, kirchlich gesinnte Lehrer wurden entsetzt, dagegen andre berufen, die als Jünger der Aufklärung den Kampf gegen „die alte Schule der Priesterschaft" mit leidenschaftlicher Entschlossenheit aufnahmen und febronianische Grundsätze verkündigten. Im neuen Generalseminar zu Löwen kam es zu Exzessen; in den Sturmpetitionen der Seminaristen war freilich nicht bloß über die Unkirchlichkeit der Lehrer, sondern auch über das dünne Bier Klage geführt. Als der Minister Belgiojoso drei Bataillone Infanterie, ein Regiment Dragoner und sechs Kanonen nach Löwen abschickte, war es mit der Revolte rasch vorbei, aber die große militärische Expedition gegen ein paar Hundert Leute machte auf die Unbefangenen einen lächerlichen Eindruck und steigerte den Unwillen in den Kreisen der Gemaßregelten.

Joseph mißbilligte zwar das Vorgehen Belgiojosos; er wäre, schrieb er, allein nach Löwen gegangen, um der Schlange des Aufruhrs den Kopf zu zertreten; im allgemeinen aber bezichtigte er die Regierung in Brüssel des

[1]) Brunner, Mysterien der Aufklärung, 484.

Mangels an Regsamkeit und Entschlossenheit. „Sie kennen meine Werkzeuge," schrieb er (21. November 1786) an Bruder Leopold, „man muß immer sechsmal treiben, bis man die Schläfrigen endlich zu etwas bringen und ihren schlechten Willen bemeistern kann." Der Vorwurf richtete sich namentlich gegen Josephs Schwester Marie Christine und deren Gatten Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen. Das Ehepaar war von Maria Theresia kurz vor ihrem Tode zu Statthaltern der Niederlande ernannt worden; die beiden Gatten sollten, wie früher einmal Klara Eugenia von Spanien und ihr Gemahl Erzherzog Albrecht, gemeinschaftlich die Regierung führen und wurden auch in amtlichen Schriftstücken „les gouverneurs" genannt.[1]) Marie Christine, deren Andenken in edelster Weise durch das Meisterwerk eines großen Künstlers, Canovas Grabmal in der Augustinerkirche zu Wien, erhalten ist, war eine bedeutende Frau. Ein Zeitgenosse, der Erzbischof von Mecheln, der als eingeweihter, wenn auch nicht unparteiischer Gewährsmann gelten kann, rühmt den durchdringenden Geist und das edle Herz der Statthalterin, sowie ihre Anhänglichkeit an das belgische Volk; doch sei sie allzu abhängig von Stolz und Herrschbegier, allzu befangen in den Vorurteilen der habsburgischen Traditionen gewesen, in Tugenden und Fehlern jener Anna von Oesterreich ähnlich, die den Kampf zwischen Königtum und Fronde ebenso oft durch ihre Nachgiebigkeit, wie durch ihre Strenge verschärfte.[2]) Auch an Margareta von Parma erinnern Charakter und Schicksale der Tochter Maria Theresias, wie sich überhaupt manche Parallele zwischen Vorgängen von 1565 und 1787 ziehen läßt. Marie Christine stand den Josephinischen Reformen an sich nicht feindselig gegenüber, aber sie hielt es für angemessen, langsam damit vorzugehen und das Volk darauf vorzubereiten.[3]) Sie sah voraus, welch gefährliche Folgen das Einschreiten gegen die Löwener Orthodoxen nach sich ziehen könne, denn hinter der aufgeregten Priesterschaft, die in der Lockerung der Verbindung mit Rom ein gefährliches Zugeständnis an den Jansenismus erblickte, stand — das wurde schon damals von unbefangenen Politikern richtig beurteilt[4]) — das in seinen religiösen Empfindungen verletzte, grollende Volk.

Trotzdem wäre es, wie der beste Kenner dieser niederländischen Verhältnisse, Theodore Juste, annimmt, um der kirchlichen Neuerungen allein willen wohl kaum zur Volkserhebung in Waffen gekommen[5]), wenn nicht Joseph auch das Palladium der Niederländer, die ständische Verfassung, angetastet hätte. Am 1. Januar 1787 erschienen kaiserliche Verordnungen, welche die gesamte Regierungsgewalt in einer einzigen Behörde, dem Generalgouvernement, konzentrierten und ein bureaukratisches System ins Leben riefen, wonach das ganze

[1]) Adam Wolf, Marie Christine, Erzherzogin von Oesterreich, I, 186.

[2]) Ueber Belgien in den Jahren 1789 bis 1794, 75.

[3]) A. Wolf, 247.

[4]) S. den, wie es scheint, von Schlözer selbst geschriebenen Aufsatz über den religiösen Charakter der Brabanter in Staatsanzeigen, 14. Band, 4. Auch das Hamburger polit. Journal nennt die Unterdrückung der „ganz ultramontanisch gesinnten" Universität Löwen bedenklich (Jahrg. 1786, 851).

[5]) Th. Juste, La Révolution Brabançonne, 87.

Land in neun Intendanturkreise unter je einem Regierungskommissär geteilt wurde, ohne daß dabei die alte Abgrenzung der Provinzen respektiert war. Desgleichen wurde für die Rechtspflege eine neue Einteilung getroffen, ohne Rücksicht auf die bestehenden zahllosen Territorialgerichte, Lehensgerichte, geistlichen Gerichte u. s. w.[1]) Ohne Zweifel war Joseph II. von volksfreundlichen Absichten geleitet. Namentlich die Justizreform entsprach einem Bedürfnis; nur durch die von Joseph eingeführte Zentralisierung konnte eine Vereinfachung der weitschweifigen, kostspieligen und verworrenen Rechtsbehandlung erreicht werden.[2]) Allein so durchgreifende Aenderungen hätten nur nach Befragung und mit Zustimmung der Stände angeordnet werden sollen. Die Aufnötigung der neuen Organisation war eine offene Verletzung der Privilegien, deren Aufrechthaltung Joseph selbst feierlich gelobt hatte. Sogar Freunde und Anwälte des Kaisers mißbilligten die „einseitige Bethätigung des absoluten Herrscherwillens".[3])

Joseph mochte hoffen, daß der Nutzen der Umgestaltung der drei Hauptgebiete des öffentlichen Lebens, Rechtspflege, Verwaltung und Kirche, die Niederländer bekehren werde, aber diese Erwartung schlug fehl. In den Niederlanden war eben Alles Privilegium, die gesellschaftliche Ordnung beruhte auf den buntscheckigen, mittelalterlichen Einrichtungen, jedermann lebte von seinem Anteil daran[4]): diese historischen Rechte sollten nun durch einen Federstrich vernichtet sein! Der Brabanter, der Hennegauer, der Luxemburger sollten ihr patriarchalisches Sonderleben opfern zu Gunsten eines Fürsten, der sich bei seinen Verhandlungen mit dem Pfälzer der niederländischen Provinzen wie einer gewöhnlichen Tauschware bedient hatte! Ein an sich geringfügiger Vorfall steigerte die Aufregung. Ein Handelsmann in Brüssel, de Hondt, wurde wegen Betrugs bei einer Lieferung für die Armee verhaftet und zur Vernehmung vor den Militärbehörden nach Wien gebracht: das war eine neue Verletzung der Grundrechte, nach welchen es nicht erlaubt war, einen Eingebornen vor einen fremden Gerichtshof zu ziehen. Die Bevölkerung aller Provinzen geriet in leidenschaftliche Aufregung. Der Rat von Brabant, der sich immer als eine Art Mittelpunkt des politischen Lebens der Niederlande angesehen hatte, glaubte den Fortschritten des absolutistischen, gewaltthätigen „Wiener Geistes" nicht länger zusehen zu dürfen. Am 19. April 1787, während sich Kaiser Joseph schon auf der Reise nach dem Chersones befand, erließen die Stände von Brabant eine Erklärung, die offene Verletzung der vom Kaiser beschworenen Verfassung lege ihnen die Pflicht auf, der Regierung den weiteren Bezug der Steuern zu versagen; der Rat von Brabant habe sich nicht eher als aufgelöst zu betrachten, als bis er auf gesetzliche Weise, d. h. mit Zustimmung der Stände aufgelöst werde; einer Wiederholung von Rechtsverletzungen, wie des Falles de Hondt, müsse ein für allemal durch eidliche Zusicherung des Kaisers vorgebeugt werden.

---

[1]) Meiners und Spittler, Göttinger histor. Magazin, Jahrg. 1787, I, 753, 758.

[2]) O. Lorenz, Joseph II. und die belgische Revolution nach den Papieren des Generalgouverneurs Grafen Murray, 8.

[3]) Ueber die jetzige Gährung in den österreichischen Niederlanden (Aus dem Französischen, Köln 1787), 46.

[4]) Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund, II, 24.

Vergebens suchte das Statthalterpaar die mißliebigen Einrichtungen zu rechtfertigen. Wenn schon bisher die Eingriffe der Regierung in das Kirchentum in den Beschwerden des Klerus und der Stände eine Hauptrolle gespielt hatten, so erregte es neue Unzufriedenheit, daß Hofrat Martini, der als Urheber der anstößigsten Julianischen Neuerungen galt, zur rascheren Durchführung der Reformen nach Brüssel geschickt wurde. Das Erscheinen des kirchenfeindlichen Aufklärers hatte die nämliche Wirkung, wie vor zweihundert Jahren die Ankunft des Bischofs Granvella, der in den Niederlanden die Inquisitionsgerichte in Gang bringen sollte: die Wirkung eines Signals zur Volkserhebung. Es fehlte auch in Brüssel nicht an Männern, die, wie Vansen im „Egmont", den Mitbürgern haarscharf nachwiesen, wie fest der Monarch gebunden sei, „keine Macht oder eigenen Willen an ihnen zu beweisen, merken zu lassen oder gedenken zu gestatten, auf keinerlei Weise!" wie der Oesterreicher aber offen die Verfassung verletzt habe und alle noch vollends zu Sklaven machen werde, wenn es nicht gelänge, einen Damm gegen die Tyrannei aufzuwerfen. Namentlich ein wenig beschäftigter Advokat, aber rühriger Agitator, Henri van der Noot, drängte zu allgemeiner Volksbewaffnung. Die Zunftmiliz wurde durch Freiwillige verstärkt; auch knüttelbewaffnete Bauern zogen in die Städte und boten ihre Hülfe gegen den gemeinsamen Feind an.[1]) Am 30. Mai kam es in Brüssel zu offener Erhebung. Die Plätze und Straßen füllten sich mit lärmenden Volksmassen, alle Mienen, alle Blicke verrieten die Lust zum Aufruhr. Während Tausende den Palast des Statthalterpaares umlagerten, überbrachte eine Deputation der Stände ein Ultimatum, das noch für den nämlichen Tag die Zurücknahme aller verfassungswidrigen Beschlüsse und die Absetzung der mißliebigen Sendboten des Kaisers verlangte. Die geängstigten Statthalter wagten keine Weigerung; um Mitternacht wurde vom Balkon des Stadthauses den noch immer versammelten Volksmassen der Rücktritt des verhaßten Ministers Belgiojoso angekündigt, die anstößigen Verordnungen sollten vorläufig suspendiert werden. Als diese Antwort von der Menge mit stürmischen Hochrufen auf Kaiser und Verfassung begrüßt wurde, gaben sich Albert und Christine der Hoffnung hin, daß die gefährliche Bewegung ein glückliches Ende gefunden habe; sie erblickten im Widerruf um so weniger ein Aergernis, da sie schon die Anordnung für ungesetzlich erachtet hatten.

Anders aber dachte Kaiser Joseph über die Wendung der Dinge in den Niederlanden. Er befand sich noch am Dniepr, als ihn die ersten Allarmnachrichten aus Brüssel erreichten; der Zorn über die Schwäche seiner Regierung brachte ihn um alle Fassung. „Prinz Albrecht und meine Schwester," schrieb er am 16. Juni an Kaunitz, „deren Unzufriedenheit mir gar wohl bekannt ist, scheinen gar nicht böse zu sein über die neuesten Vorfälle; der Brief des Prinzen beweist, daß ihm Herz, Kopf und Vernunft völlig durchgegangen sind!"[2]) Auch Kaunitz, der von seinem früheren Aufenthalt in Brüssel die Eifersucht der

[1]) Borgnet, Histoire des Belges à la fin du 18. siècle (deux. édit.), I, 83.

[2]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, ihr Briefwechsel, 268.

Niederländer auf die Selbständigkeit der Provinzen kannte, hatte immer von selbstherrlichem Auftreten abgeraten. Joseph hatte sich nur ungern gefügt; solche Nachgiebigkeit werde nur den Hochmut der Niederländer steigern und auch in Ungarn und andern reformbedürftigen Provinzen die Opposition ermutigen. Jetzt glaubte er mit grimmiger Befriedigung auf die Berechtigung seiner Auffassung hinweisen zu dürfen: verwünscht die Fügsamkeit und verwünscht die falschen Ratgeber! Auch der Zarin, die ihre Teilnahme ausgedrückt und zu Geduld und Mäßigung gemahnt hatte, antwortete er nur mit Klagen über seine unzuverlässigen Leute. „Man hat meine Abwesenheit böswillig benützt, um sich die unverzeihlichsten Exzesse zu erlauben, während meine Regierung alle erforderlichen Vorkehrungen unterließ, dann aber in schmählicher Feigheit alle Forderungen bewilligte und nun von mir verlangt, ich soll zu ihren Versprechungen einfach Ja sagen!“ [1]) „In meinem Leben habe ich niemals so gerechten Unmut empfunden,“ schrieb er am 23. Juni an Kaunitz, „ich kann Ihnen meinen Willen erst nach einigen Stunden ruhigen Nachdenkens mitteilen. Alles, was aus diesem Anlaß geschrieben und geschehen ist, ist mir ganz und gar unbegreiflich und scheint, mit kaltem Blut angesehen, von jemand herzurühren, der dem Narrenhaus entsprungen ist. Die Regierung hat offenbar den Kopf verloren; sie gebraucht Worte, wie ‚der unvermeidliche Verlust der Niederlande‘, um unerhörte Schritte zu rechtfertigen, die keinen Sinn haben, die nichts beweisen und nie etwas beweisen können. Ich bin unwiderruflich entschlossen, nimmermehr dem zuzustimmen, was die Regierung zu versprechen gewagt hat, sondern es in aller Form zurückzuweisen. Selbst auf der Bresche der Stadt Wien würde ich mich einer so entehrenden und erniedrigenden Zumutung nicht fügen, viel weniger also in dem Zustand, in welchem ich mich jetzt befinde, und mit dem Willen, dem Mut und der Unerschrockenheit, die ich in mir fühle.“ [2]) Als Kaunitz anzeigte, daß er zur Beruhigung der Brabanter die stürmisch begehrte Zurücksendung des Handelsmannes de Hondt gewährt habe, antwortete Joseph mit neuen Vorwürfen. „Indem man immer nachgab, hat man, wie jetzt klar vor Augen liegt, nichts gewonnen, sondern die Sache nur schlimmer gemacht! Das ist ja ganz natürlich, denn wenn erhitzte und unverschämte Leute sehen, daß man Angst hat, dann wagen sie alles, und ich staune, daß das Volk von Brüssel und die Narren, die es aufhetzen, nicht auch meine Hosen verlangt haben und daß die Regierung nicht, um Ruhe zu stiften, gelobt hat, daß ich sie jedenfalls schicken werde. Das, was Sie mir anraten, mein Fürst, ist eine Feigheit, und selbst wenn ich den sicheren Tod vor Augen hätte, würde mir niemand die Genehmigung entreißen. Sie werden das Schriftstück, das mir zur Schande gereicht, verdientermaßen in Stücke zerreißen und dann der Regierung zurücksenden, damit sie sieht, wie ich über die Sache denke. Wer in diesem Tone mit mir zu reden wagt, ist weder der Freund Josephs, noch des Kaisers.“ [3])

---

[1]) Arneth, Briefwechsel Josephs II. und Katharinas von Rußland, 294.

[2]) Ebenda, Anmerkung.

[3]) Brunner, Correspondances intimes de l'empereur Joseph II. avec son ami le comte de Cobenzel et son premier ministre le prince de Kaunitz, 150.

Auch dem Bruder Leopold, der in dieser Frage eine zweideutige Rolle spielte, nicht selten der Schwester Christine recht gab, aber dem Bruder nicht unrecht zu geben wagte, versicherte Joseph in jedem Briefe, er werde sich nichts abtrotzen lassen, sondern den von den Rebellen zugeschleuderten Fehdehandschuh aufnehmen. „Es handelt sich nicht mehr um die Verfassung der Niederländer oder um die Wiederherstellung des Zustandes vor sechs Jahren, nein! aufgemuntert durch ihre Erfolge gegenüber der Regierung und im Bewußtsein ihres Uebergewichts wollen sie sich unabhängig machen, oder, was aufs gleiche hinausläuft, sie wollen eine neue Verfassung und für die Königlichen Hoheiten und die Regierung, die nur Dummheiten gemacht haben, freie Vollmacht! Das soll ich mit ihnen beraten unter Garantie zweier fremder Mächte, die sie nicht nennen. Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, ob ich mich jemals auf so etwas einlassen kann!" Leopold goß Oel ins Feuer, indem er das Haus des römischen Nuntius als die Brutstätte aller Umtriebe gegen den Kaiser bezeichnete. „Rom hat das alles angestiftet, um Deutschland zu beunruhigen und die Fortsetzung der Reformen zu verhindern, welche die Bischöfe durchführen wollen, um sich nach dem von Ihnen gegebenen Beispiel der römischen Autorität und den Schwindelgeschäften des römischen Hofes zu entziehen (19. Juli 1787)." [1])

Anders aber wurde von unbefangenen Beobachtern geurteilt. Es erregte nicht geringes Aufsehen, daß der protestantische Historiker Spittler zu Gunsten der unterdrückten Niederländer seine Stimme erhob und an den Kaiser die feierliche Aufforderung richtete, er möge nicht vom Throne aus das verderbliche Beispiel der Nichtbeachtung gesetzlicher Schranken geben. „Sey gerecht, großer Kaiser!" läßt er die Niederländer den Monarchen anrufen, „du willt unsern Gottesdienst gereinigt wissen, unsere Religion soll von Aberglauben frey, unsere Hierarchie unabhängig seyn vom großen Oberpriester zu Rom. Aber sey gerecht, wir sind blos das, wozu uns deine Mutter hat erziehen und bilden lassen . . ., strafe uns nicht, daß wir treue Unterthanen und treue Zöglinge deiner Voreltern waren. Uns scheint heilig, was dir Aberglaube zu seyn scheint . . . Sey gerecht, unsere Religionsüberzeugung hat eben das Recht, das die deinige hat . . . Kannst du Ruhe fordern, wenn du deinem Volke seine Heiligthümer nimmst?!" [2]) Leidenschaftlicher ließ sich eine Stimme aus Irland vernehmen, wo die Klagen der Brabanter über Verletzung der Gewissensfreiheit natürlich das lebhafteste Mitgefühl fanden: „Du hast noch nie gesehen, was ein Volk vermag, du hast nur Tyrannen und Sklaven gesehen! Auf deinen Reisen hast du nur Automaten, Unterdrücker, Kranke kennen gelernt, du hast noch kein Volk gesehen!" [3]) Ein Flugblatt mit der aufreizenden Ueberschrift: „Warum wird Kaiser Joseph von seinem Volke nicht geliebt?" unterzog die Strenge, die übertriebene Sparsamkeit und das Bevormundungssystem des kaiserlichen Regiments einer abfälligen Kritik.

Die Anhänger der Josephinischen Reformen erblickten, wie schon Leopolds

---

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold von Toskana, ihr Briefwechsel von 1781—1790, 90.
[2]) Meiners und Spittler, Göttingisches histor. Magazin, Jahrg. 1787, I, 747.
[3]) Un défenseur du peuple à l'empereur Joseph II. (1787).

Erklärung ersehen ließ, in der ganzen Bewegung die Frucht römischer Umtriebe. „Wenn man noch im mindesten zweifeln kann," heißt es in einer vermutlich von den Aufklärern in Brüssel oder Löwen ausgegangenen Schrift, „daß die itzigen Unruhen in den Niederlanden samt und sonders von der Geistlichkeit herrühren, so ist man wahrlich mit Blindheit geschlagen." Das dumpfe Schweigen der Priesterschaft im allgemeinen, wie die prophetischen Weherufe einzelner Auguren, die häufigen Versammlungen des Klerus, die zahlreichen Flugschriften voll Klagen über den Verfall der Religion seien deutliche Beweise, wo die Anstifter der Hetze gegen den gütigsten aller Monarchen zu suchen seien.[1] „Mit einem Wort," antwortet Schubart auf die Anklagen des oben erwähnten Flugblattes, „Joseph wird nur von Dümmlingen, Fanatikern, steifen Orthodoxen und blinden Eiferern nicht geliebt, wahrhaftig aufgeklärte Seelen nennen seinen Namen mit liebevollem Entzücken."[2]

Wie mußte Josephs Unmut gesteigert werden, als er vernahm, daß einzelne Mitglieder der brabantischen Kammer mit dem französischen Gesandten in Brüssel in Fühlung getreten seien, um das Interesse Frankreichs an ihren Beschwerden rege zu machen! Trotzdem konnte er, nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte, sich nicht verhehlen, daß er vorerst den von der Schwester eingeschlagenen Weg der Mäßigung verfolgen müsse. Namentlich die entschiedene Haltung des Fürsten Kaunitz bewog ihn zur Nachgiebigkeit; der Kanzler hatte sogar, weil er des Kaisers Auffassung für unrichtig und gefährlich ansah, um seine Entlassung gebeten. Um nicht den bewährten Ratgeber zu verlieren und die angedrohte schwere Verantwortung auf sich allein zu laden, schlug Joseph zur Vermittlung vor, die belgischen Provinzen sollten Deputierte nach Wien senden, auch das Statthalterpaar und Graf Belgiojoso sollten dorthin kommen; er, der Kaiser, wolle alle hören und Klagen und Aufklärungen abwägen, um die zum Wohle des Landes erforderliche Entscheidung zu treffen. Inzwischen sollte Graf Murray, auf eine genügende Heeresmacht gestützt, die Ordnung in Belgien wiederherstellen und die Regierungsgeschäfte leiten. „Mäßigung, mit Festigkeit gepaart!" an diesem „System", schrieb Joseph am 19. Juli an Leopold, wolle er gegenüber den Widerspenstigen festhalten. „Die Nachrichten aus den Niederlanden sind noch immer nicht günstig zu nennen, wenn auch die Leute schon etwas mehr Vernunft und Anstand an den Tag legen. Es ist nun abzuwarten, was sie wegen der Abgeordneten beschließen werden. Offenbar habe ich schon durch meine Festigkeit, gepaart mit Güte, einen günstigen Umschwung erzielt, die erste Hitze ist verflogen, das Militär hat seine Befehle und ist, wenn es sein muß, zum Schlagen bereit." „In den Niederlanden ist alles ruhig," schreibt er ein paar Tage später, „der große Handstreich hat eine glänzende Wirkung erzielt." Leopold erwidert mit überschwenglichen Glückswünschen: „Ich betrachte die Angelegenheit in den Niederlanden als völlig beendigt; zur Stunde ist sicher alles wieder in Ordnung und die Aufregung spurlos verflogen. Ich bin überzeugt, daß Sie jetzt alles nach Ihrem Belieben einrichten können; diesen Umschwung

[1] Ueber die jetzige Gährung in den Niederlanden, 86.
[2] Vaterlandschronik, Jahrg. 1787, I, 97.

verdankt man Ihrem Entschluß, Strenge und Milde zugleich walten zu lassen, und der Umschwung ist um so erfreulicher, als der Stand der politischen Angelegenheiten, insbesondere in Holland, die Lage des Königs von Preußen und die nach innen und außen hervortretende Schwäche Frankreichs für neue Kombinationen und vorteilhafte Pläne Raum gewährt."

Doch die Hoffnungen des Kaisers und seines Bruders schlugen fehl. Zwar die Berufung von Abgeordneten wurde in Belgien mit Befriedigung aufgenommen, und gegen Ende Juli ging eine Deputation nach Wien ab; dagegen erregte die Berufung eines Generals auf den Statthalterposten Mißtrauen und Mißbehagen. Obwohl der hochbetagte Kommandant der kaiserlichen Truppen mit niemand weniger Aehnlichkeit hatte, als mit dem „hohläugigen Toledaner mit der ehernen Stirne", wurde von den Volksführern die Erinnerung an Herzog Alba und sein blutiges Regiment heraufbeschworen. Vor allem erregte die Kunde vom Anmarsch deutscher Truppen Besorgnis, der Diktator möchte mit leichter Mühe den Widerstand der von van der Noot organisierten Freikorps brechen und dann, um dem Kaiser gefügige Unterthanen zu gewinnen, die alte Verfassung gänzlich aufheben. Von allen Seiten, auch von den gemäßigten „Vonkisten", deren Führer der angesehene Advokat van Vonk war, und die damals noch im Gegensatz zum klerikalen Anhang van der Noots als die „Konstitutionellen" bezeichnet werden konnten, wurde der laute Ruf erhoben, das Hereinziehen fremder Truppen in die Provinzen stehe im Widerspruch mit den Privilegien der Belgier. Die Klage war begründet; andrerseits trugen die im Juli von den Brüsseler Kommissionen gefaßten Beschlüsse, die über die wichtigsten Staatsangelegenheiten mit souveräner Mißachtung der kaiserlichen Regierung verfügt hatten, so ausgesprochen revolutionären Charakter, daß der Kaiser das Recht der Notwehr für sich geltend machen konnte. Die geheimen Weisungen an Murray ließen denn auch keinen Zweifel zu, daß der Kaiser mit Waffengewalt allen Widerstand brechen, die Niederlande militärisch besetzen und dann alle bisher gemachten Zugeständnisse zurücknehmen wollte.[1]) Die Auslegung aber, daß der Kaiser nur deshalb deutsche Truppen nach den Niederlanden kommandiere, um die Bürger und Handwerker des lästigen Soldatenspieles zu entheben und ihnen für ihre zuständige Arbeit Zeit zu schaffen, konnte von den Niederländern nur als Hohn empfunden werden.

Erzherzogin Marie Christine und ihr Gemahl thaten nach ihrer Ankunft in Wien ihr möglichstes, den drohenden Sturm zu beschwichtigen, aber sie konnten sich darüber nicht täuschen, daß sie des Kaisers Vertrauen verloren hatten, daß Joseph noch immer über die Anmaßung der belgischen Stände und die Nachgiebigkeit seiner Stellvertreter aufs äußerste erregt war. Da er in den ständischen Beschlüssen einen strafbaren Eingriff in seine Souveränetätsrechte erblickte und den Grundsatz: spoliatus ante omnia in integrum est restituendus, für sich in Anspruch nahm, erließ er ein Dekret, wodurch alle seit Anfang Mai von der Regierung in Brüssel erlassenen Dekrete für ungültig erklärt wurden, — gerade in dem Augenblick, da die aus Vertretern der gemäßigten ständischen

[1]) Lorenz, Joseph II. und die belgische Revolution, 29.

Partei gebildete Deputation in Wien anlangte. Dieser Schritt des Kaisers verschärfte aufs neue den Streit, die Stände erließen offene Verwahrungen, immer häufiger kam es zu Zusammenrottungen und Ausschreitungen, immer unverhüllter wurde von van der Noot und Genossen die Befreiung vom habsburgischen Joch als Ziel der Volkswünsche verkündigt. Dadurch war die Wirksamkeit der Abgeordneten in Wien von vornherein gelähmt, und auch die Widersprüche zwischen den besänftigenden Ansprachen des Kaisers an seine Gäste in Wien und den strengen Instruktionen für den Kommandanten in Brüssel sind aus dem Gegensatz zwischen konstitutionellen und revolutionären Bestrebungen in den Niederlanden unschwer zu erklären.

Andrerseits war es für Murray keine leichte Aufgabe, den Befehlen des Kaisers nachzukommen, ohne zu einer ernsten Volkserhebung zu reizen. Die kaiserliche Forderung, daß alles wieder auf den Fuß zu setzen sei, auf dem es vor den Unruhen stand, beanspruchte auch die Wiedereröffnung des von den Ständen geschlossenen Generalseminars. Dem widersetzten sich die Stände aufs entschiedenste; die Aufhebung des allen anstößigen Instituts, erklärten sie, sei eine unerläßliche Bedingung zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung.

Auch finanzielle Schwierigkeiten bedrängten den Statthalter. Der Kaiser brauchte Geld zur Teilnahme am russisch-türkischen Kriege und wollte, wie in solchen Fällen gewöhnlich, in den Niederlanden eine Kriegsanleihe eröffnen; zur Bürgschaft sollte eine Hypothek auf die Domänen des Landes angewiesen werden. Ohne Einwilligung der Stände war über die Domänen nicht zu verfügen, an diese Zustimmung aber im Augenblick nicht zu denken. Murray riet dem Kaiser, um den Preis der Aufhebung des Generalseminars ein Don gratuit zu begehren, aber davon wollte Joseph nichts hören. Schließlich kam das Finanzgeschäft ohne ständische Beteiligung zu stande, aber die Ablehnung seines Wunsches hatte den Kaiser gereizt; es kam Befehl aus Wien, daß endlich gegen die revolutionären Vereine und Versammlungen strenger eingeschritten werde; die Nationalkokarden sollten verboten, die Freiwilligenkorps aufgelöst werden. Wenn schon die Durchführung dieser Anordnungen nicht ohne Tumult ablief, so gab die Leichenfeier eines Freiwilligen am 20. September Gelegenheit zu einer von den Komitees vorbereiteten großen Demonstration in Brüssel. Das Militär erhielt Befehl, die Straßen zu säubern, auf den größeren Plätzen wurden Kanonen aufgefahren, die in den Nachbarstädten liegenden Truppen wurden herbeigerufen, doch auch Tausende von Freiwilligen griffen zu den Waffen, und in einigen Hauptstraßen erhoben sich Barrikaden. Jeder Augenblick konnte einen Zusammenstoß bringen! Der Erfolg war kaum zweifelhaft; durch ihre bessere Ausrüstung und Disziplin hätten vermutlich die kaiserlichen Truppen den Sieg errungen, und der Absicht des Kaisers hätte nur entsprochen, „mit dem Degen in der Faust zu zeigen, wer der Herr ist." Trotzdem wollte sich Murray, sei es, daß ihn, wie der Kaiser ihm vorwarf, unsoldatische Schwäche auf einen Augenblick übermannte, sei es, daß der Wunsch, Blutvergießen zu vermeiden, alle andern Rücksichten zurückdrängte, in offenen Kampf nicht einlassen; er erließ ein Manifest, das den Aufständischen überaus weitreichende Zugeständnisse einräumte. Der Kaiser denke nicht daran, so

ward versichert, die altehrwürdigen Verfassungen der Provinzen anzutasten; alle Privilegien sollten aufrecht erhalten, dagegen die neuen Justiztribunale und Intendanturen gänzlich abgeschafft bleiben; ausdrücklich war noch hervorgehoben, daß die Regierung künftig ihr Verhalten gegen Klöster und Klerus streng nach den Bestimmungen der Joyeuse entrée bemessen werde.

Die überraschende Erklärung erregte stürmischen Jubel, Brüssel wurde glänzend beleuchtet, auch in andern Städten gab es Dankes- und Freudenfeste. Doch Joseph wollte die Versöhnung nicht um solchen Preis erkaufen. Im nämlichen Augenblick, da sich Murray zu den weitreichenden Zugeständnissen verstanden hatte, traf aus Wien der Befehl ein, den Rebellen entschlossen die Stirn zu bieten; zunächst sollten die Freiwilligencorps in allen Städten aufgelöst und entwaffnet werden. „Falls sie sich widerspenstig zeigen, mögen sie mit Gewalt der Uniform entkleidet und dann im Hemde nach Hause geschickt werden.“ [1]) Als die Nachricht von den Unruhen vom 20. September nach Wien gelangte, nahm Joseph von Murrays Schilderung des Volksjubels nach Verkündung der Proklamation keine Notiz, sondern stellte nur die trockene Frage, wie viel Tote und Verwundete der Straßenkampf gekostet habe; als der Statthalter erwidern mußte, daß ein Kampf nicht stattgefunden habe, erfolgte unverzüglich seine Entlassung. Nun wurde ein Soldat, auf dessen unbedingten Gehorsam und rücksichtslose Strenge zu zählen war, General d'Alton, mit dem militärischen Kommando in Belgien betraut; Graf Trautmannsdorff, ein junger Mann von biederem Charakter und — nach Christinens Urteil — fast allzu familiärer Leutseligkeit, sollte die Zivilverwaltung leiten. Zugleich wurden auch Prinz Albrecht und seine Gattin Christine wieder als Statthalter eingesetzt; sie sollten die Gemüter beschwichtigen helfen, aber nur repräsentieren, nicht regieren. Noch ehe die Gatten in Belgien eintrafen, kam es in Brüssel (22. Januar 1788) zum ersten Kampf. Trautmannsdorff forderte vom Brabanter Rat die Ausführung aller vor 1. April 1787 erlassenen Ordonnanzen, der Rat aber wollte sich ohne Zustimmung der Stände nicht dazu verstehen. Nun erklärte Trautmannsdorff, er werde die Herren nicht auseinander gehen lassen, ehe nicht das geheischte Dekret fertiggestellt sei; zugleich wurden die Straßen von Truppen besetzt. Als sich vor dem Palast, in welchem der Rat versammelt war, eine Menge Volkes zusammenrottete, wurde die Säuberung des Platzes befohlen; das Volk widersetzte sich; der Offizier ließ Feuer geben, und mehrere Tote und Verwundete blieben auf dem Platze.

Eine verhängnisvolle Katastrophe! Das erste Blut war geflossen, die Revolution hatte begonnen, und obwohl hier ganz andere Triebfedern wirkten, wurde die belgische Volkserhebung Beispiel und Vorbild für eine größere weltgeschichtliche Bewegung, die Umwälzung alles Bestehenden in Frankreich! —

Für den Augenblick war in Belgien durch das strenge Einschreiten der Regierung die gewünschte Wirkung erzielt: die Opposition war eingeschüchtert; doch war der feindliche Gegensatz zwischen Volk und Regierung nicht aufgehoben, sondern noch verschärft. Erzherzogin Christine beurteilte die Lage richtig. „Es

[1]) Lorenz, 51.

wäre Täuschung," schrieb sie an den Bruder, „zu glauben, daß das Volk befriedigt und eine vollkommene Ruhe hergestellt wäre. Die Geistlichkeit glaubt ihre Prinzipien nicht aufgeben zu dürfen. Furcht und Mißtrauen herrschen überall, und es ist schwer anzunehmen, daß eine Rückkehr zu andern Anschauungen, eine Harmonie der Gedanken und des Vertrauens erfolgen werde." [1]) Es war nur die Stille vor dem Sturm. —

Während sich im katholischen Belgien unter so merkwürdigen Umständen die Revolution vorbereitete, wurde auch das protestantische Schwesterland von schweren politischen Erschütterungen heimgesucht.

Auch hier führen Regungen des Freiheitstriebes zum Bürgerkrieg, und daran knüpft sich ein rascher Siegeslauf preußischer Truppen bis vor die Thore von Amsterdam. Eine Episode von weltgeschichtlicher Bedeutung, und doch Vielen nur dadurch bekannt, daß in Immermanns Münchhausen der einäugige Spielmann „der Patriotenkaspar" heißt, „weil er in den Unruhen von 1787 als fünfzehnjähriger Knabe zu den holländischen Patrioten gelaufen war". Wir sind darüber trefflich unterrichtet, denn wir besitzen ausführliche Mitteilungen und Berichte der Vertreter gerade jener Mächte, die an Erregung und Bezwingung des Aufstands den Hauptanteil hatten. Freilich, wie verschiedenartig werden die nämlichen Vorgänge und Bestrebungen von den verschiedenen Erzählern beleuchtet! Der Franzose Caillard beklagt den Erfolg der Gewalt, der Preuße Görtz feiert den Sieg des Rechts, der Engländer Harris frohlockt über den Triumph der englischen Interessen! Caillard beteuert, daß nichts in Frankreich so sehr zur Revolution ermutigt und gereizt habe, als das Fiasko der französischen Regierung in Holland; der preußische Minister Hertzberg rühmt, daß das entschlossene, kühne und uneigennützige Auftreten Preußens die Revolution, die von den Niederlanden aus die Nachbarländer zu überfluten drohte, eingedämmt und bezwungen habe.[2])

Durch die Utrechter Union vom 29. Januar 1579 trennten sich die sieben nördlichen Provinzen der Niederlande mit vorwiegend protestantischer und germanischer Bevölkerung vom katholisch-wallonischen Süden. Es war beabsichtigt, dem staatsklugen, unerschrockenen Führer des Freiheitskampfes, Wilhelm von Oranien, monarchische Gewalt zu übertragen, doch die Ermordung des Prinzen am 10. Juli 1584 verhinderte die Aufrichtung eines nationalen Königtums.

---

[1]) A. Wolf, 272.

[2]) Mémoire sur la révolution de Hollande, par le citoyen Caillard, ci-devant chargé d'affaires à la Haye, eingefügt in L. P. Ségur, Histoire des principaux événemens du règne de Frédéric Guillaume II. (1800), I, 136. — Historische und politische Denkwürdigkeiten des königl. preuß. Staatsministers Johann Eustach Grafen v. Görtz (aus dessen hinterlassenen Papieren, 1827), II, 42. — Diaries and Correspondence of James Harris, first earl of Malmesbury, ed. H. Grandson (1844), II, 68. — Recueil des déductions etc., qui ont été redigés et publiés pour la cour de Prusse par le ministre d'état comte de Hertzberg (1789), II, 413. — Außerdem sind die einschlägigen Dokumente der preußischen Archive verwertet von Th. v. Pfau, Geschichte des preußischen Feldzugs in der Provinz Holland im Jahr 1787 (1790) und v. Troschke, Der preußische Feldzug in Holland 1787 (1875), die französischen Archivalien in Une invasion Prussienne en 1787, par Pierre de Witt (1886). Interessante Schriftstücke aus dem weimarischen Archiv sind von Böthlingk, Die holländische Revolution und der deutsche Fürstenbund (1874), benützt.

Die republikanische Idee siegte; die sieben Provinzen, deren jede auch nach der Befreiung von der spanischen Herrschaft eifersüchtig ihre Selbständigkeit zu wahren suchte, einigten sich zu einem Bundesstaat; dem Hause Oranien-Nassau, das einst dem deutschen Reiche einen Kaiser gegeben hatte, diesem „Makkabäergeschlecht des Calvinismus, das in vier Generationen bis zum Aussterben des Hauptstammes keinen Sohn erzeugt hat, der nicht ein Held war und ein Protestant" (Treitschke), blieb nur das Amt eines Statthalters und Oberbefehlshabers im Felde. Wilhelm III., der Urenkel des Begründers der niederländischen Freiheit, selbst der ruhmvolle Wächter der von Ludwig XIV. bedrohten Freiheit Europas, gleich groß als Feldherr wie als Staatsmann, widerstand dem Andringen seiner Freunde, die volle Souveränetät eines erbberechtigten Fürsten aufzurichten, aber naturgemäß mußte die weltgeschichtliche Bedeutung jenes Fürsten, der überdies in England wirklich eine Krone gewann, den Einfluß und das Ansehen des oranischen Hauses wie des Statthalteramtes erheblich verstärken. „Es war ein Verhältnis höchst persönlicher Art, zu anspruchsvoll für die Beamten einer Republik, zu unsicher für ein Fürstengeschlecht, vergleichbar allein mit der Stellung, die einst das Strategenhaus der Barkiden neben dem Rate von Karthago behauptete." [1]) „Die Holländer als Bürger," sagt Friedrich II. in seiner klassischen Schilderung der Völker und Staaten Europas im achtzehnten Jahrhundert, „verabscheuen die Statthalterschaft, welche sie als den Weg zur Tyrannei ansehen, und als Kaufleute haben sie für die Politik überhaupt kein Interesse." [2]) Nicht im Demos wurzelte das Republikanertum, der Bauer und der Kleinbürger waren vielmehr die treuesten Anhänger des „Stathouder", aber die bürgerlichen Patriziate standen eifersüchtig und mißtrauisch dem militärischen Oberhaupt des Freistaates gegenüber und suchten die wirklichen oder angeblichen monarchischen Bestrebungen der Oranier zu bekämpfen. „Der Aufstand der Pariser (gegen Mazarin) war die Geburt der Armut .... Das Murren der Niederlande war die stolze und kräftige Stimme des Reichtums." Diese von Schiller gezogene Parallele paßt auch auf die Vorgänge in Frankreich und Holland im achtzehnten Jahrhundert, nur trat mit furchtbarer Deutlichkeit zutage, daß Hunger und Rachedurst der Armen gewaltigere Mächte sind, als die Aufwallungen des Selbstgefühls und der Freiheitsliebe bei den Reichen.

Weniger ihrem Umfang als ihrem Reichtum hatte die Provinz Holland zu danken, daß ihr eine gewisse Oberhoheit innerhalb der Union eingeräumt war; nicht bloß übten die Stände von Holland großen Einfluß auf die Bundeszentralgewalt, sondern der Ratspensionär von Holland hatte die diplomatische Vertretung der Staaten, sowie die Aufsicht über die Bundesfinanzen an sich gezogen, so daß er gleichsam als bürgerliches Oberhaupt dem militärischen, dem Statthalter, gegenüberstand. Doch auch die übrigen Provinzen beanspruchten selbständige Verfügung über ihr Kriegswesen und begnügten sich, wenn Kriegsgefahr es

[1]) Treitschke, Die Republik der vereinigten Niederlande, in den historisch-politischen Aufsätzen, II, 460.

[2]) Frédéric II, Histoire de mon Temps, chap. I, ed. Knoerich, 28.

erheischte, kleine deutsche Fürsten als Condottieri anzuwerben. Da auch Hader und Kämpfe der Provinzen und der Parteien untereinander kein Ende nahmen, sank das Ansehen der Republik immer tiefer. Während der Welthandel noch immer seine wichtigsten Emporien in Holland hatte, während keine andere Nation so viele Männer, deren Namen mit den wichtigsten Fortschritten menschlicher Kultur verknüpft sind, aufzuweisen hatte, stand die politische Macht seit langem nicht mehr auf der Rangstufe der wirtschaftlichen Verhältnisse. „In Gefolgschaft der englischen Macht," sagt Friedrich II. 1746 geringschätzig vom Vaterlande der Tromp und Ruyter, „schließt sich Holland an, wie eine Schaluppe den Furchen des Kriegsschiffes, dem sie angehängt ist, folgen muß."

Das wurde freilich anders, als die Generalstaaten, durch französischen Einfluß bewogen, im nordamerikanischen Befreiungskrieg auf die Seite der Kolonien traten. Doch der Zwist der Parteien wurde auch durch diese Schwenkung nicht ausgelöscht, ja, die Opposition gegen Wilhelm V. von Oranien wurde verschärft, da die Gegner, die „Patrioten", wie sie sich selbst nannten, für die im Krieg erlittenen Niederlagen dem Statthalter, der im Interesse Englands die vaterländische Marine vernachlässigt habe, die Verantwortung aufluden.[1]) Die Patrioten ergriffen jede Gelegenheit, die Befugnisse des Statthalters einzuschränken und das oranische Haus zu demütigen. Im Mittelpunkt der feindlichen Bestrebungen stand van Gyzelaer, der Pensionär von Doortrecht, „ein Mann ohne Welt", wie eine oranische Flugschrift spottet, „der vor dem Prinzen-Statthalter nicht einmal den Hut zieht und in Gegenwart von Botschaftern ein Fußbad nimmt."[2]) Auch van Berkel und Zeebergen, die Pensionäre von Holland und Haarlem, gehörten dieser Richtung an; namentlich von Berkel war es bekannt, daß er mit Nordamerikanern und Franzosen in enger Verbindung stand. Von versteckten Umtrieben gingen diese einflußreichen Pensionäre allmählich zu offenem Angriff über. Sie wollten die Statthalterschaft oder doch die Erblichkeit des Amtes beseitigen und den Schwerpunkt der Verfassung aus den Generalstaaten in die Provinzialstände verlegen. In Zeitungen und Flugschriften wurde der Grundsatz verteidigt, daß die Interessen des nach Tyrannis strebenden Prinzen unvereinbar seien mit dem Wohl eines Freistaates, daß der englische Vicekönig den Frieden der Republik bedrohe. In Stadt und Land bildeten sich Freicorps; die Ausrüstung wurde hauptsächlich von den Mennoniten bestritten, denen politische Gleichberechtigung in Aussicht gestellt worden war.[3]) Insbesondere in der Provinz Holland gab es Mißvergnügte und Neuerungssüchtige. In Holland war ja der Handel die Pulsader des öffentlichen Lebens, und bei der aufständischen Bewegung

---

[1]) „Wohl nicht ganz mit Unrecht" sei dieser Vorwurf erhoben worden, bemerkt der unbefangene, gut unterrichtete Clausewitz (Der Feldzug des Herzogs Karl Wilhelm Ferd. v. Braunschweig von 1787, in Hinterlassene Werke, IX, 258). Zweifellos ist es aber nur eine Erfindung der Patrioten, daß Wilhelm, als der Sieg der holländischen Flotte über die englische bei Doggerbank (5. August 1781) bekannt wurde, ausgerufen haben soll: „Ich hoffe wenigstens, daß die Engländer keine namhaften Verluste gehabt haben!"

[2]) Ueber die gegenwärtigen Unruhen in Holland (1787), 46.

[3]) Schreiben eines alten Staatsmannes über die wahren Ursachen des unglücklichen und gefährlichen Zustandes der Republik in Schlözers Staatsanzeigen, Jahrgang 1786, 14.

waren namentlich auch handelspolitische Interessen im Spiele. Die englische Kaufmannschaft wollte verhüten, daß der französische Handel an Holland eine Stütze finde; die französische Handelswelt bewachte ebenso eifersüchtig die freundschaftlichen Beziehungen Englands zu den Oraniern. „Liegt es nicht offen zutage," sagt Mirabeau in seinem nach dem unglücklichen Kriege von 1787 an die Bataver gerichteten Aufruf, „daß England das Haus Oranien souverän machen will, weil ihm die Niederländer noch immer zu viel Furcht einflößen, trotz der ungeheuren Verluste, welche sie vor und seit Erklärung des ungerechtesten aller Kriege erlitten haben? Würde England je daran gedacht haben, sich zur Stütze der Statthalterschaft in den Generalstaaten herzugeben, wenn es nicht des Glaubens wäre, daß diese Regierungsform am wenigsten geeignet für ein Volk, dessen Wohlstand den Briten immer ein Dorn im Auge war? Nur um die Bataver zu erniedrigen, zu vernichten oder doch allzeit in Abhängigkeit zu erhalten, um aus ihnen europäische Indier zu machen, gaben die Engländer der Republik Statthalter, die ihnen eine Erhöhung des Ansehens und deshalb einen ständigen Tribut der Dankbarkeit schuldig wären!" [1]) So wurde die holländische Frage schon vor dem Kriege auch in französischen Regierungskreisen beurteilt; die Gesandten im Haag hatten Weisung, die Patrioten auf jede Weise zu unterstützen und zu fördern, damit nicht England an einem unterwürfigen niederländischen Gemeinwesen eine Stütze zur Monopolisierung des Welthandels gewinne. In einem Staat, der „aus den wunderbarsten Elementen von Föderation, Republik, Monarchie, von delegierter Macht, Domanialbesitz und erblichen Prärogativen zusammengesetzt war" [2]), hatten fremde Gesandten, die sich in die Verfassungswirren einmischen wollten, leichtes Spiel. Das Haus des französischen Gesandten im Haag, des Herzogs von Vauguyon, war die Sammelstätte der frondierenden Patrioten. Dagegen trachtete der englische Gesandte, Sir James Harris, der mit ungewöhnlicher Rührigkeit leidenschaftliche Abneigung gegen Frankreich verband, dem Statthalter Anhänger zu werben. Die üppigen Gelage bei Sir Harris übten nicht geringe Anziehungskraft; ein guter Koch, sagte er, kann mir nützlicher sein, als ein guter Sekretär; daneben suchte er Taglöhner und Arbeiter durch reiche Geldspenden für seine „Assoziation" zu gewinnen.

Zur Verschärfung des Gegensatzes trug noch bei, daß Wilhelm V. mit einer preußischen Prinzessin, Friederike Wilhelmine, Friedrichs II. Nichte, vermählt war. „Sie sind glücklich zu preisen," soll König Friedrich zu ihr beim Abschied im Oktober 1766 gesagt haben, „Sie werden sich in einem Lande niederlassen, wo Sie alle Vorteile des königlichen Standes finden, ohne eine der damit verbundenen Ungelegenheiten empfinden zu müssen." Wie wenig zutreffend aber dieses Wort war, konnte der König bald aus den sich steigernden Klagen der Prinzessin über die Feindseligkeit der Hochmogenden und die Umtriebe der Patrioten entnehmen. Prinzessin Wilhelmine war eine Frau von ungewöhnlichen Anlagen. Nicht bloß Görtz rühmt an ihr „durchdringenden Verstand, klare

[1]) Mirabeau, Aux Bataves sur le Stathouderat (1788), 108.
[2]) Clausewitz, 259.

Ansichten, richtige Beurteilungskraft und männliche Entschlossenheit“[1]), auch der Herzog von Vauguyon erkennt an, daß sie am oranischen Hofe das männliche Element vertrete. Natürlich war aber eine so stolze, gebieterische Dame, die in einem absolutistischen Staate auferzogen war und sich als die nächste Verwandte eines großen Königs fühlte, am wenigsten dazu geeignet, zwischen ihrem Gatten und den auf volle Truhen pochenden Mynheers in Amsterdam einen Ausgleich zu fördern; Abstammung, Grundsätze und Selbstbewußtsein wiesen sie mehr darauf hin, ihren Einfluß zur Durchbrechung der peinlichen Schranken des Statthalteramtes aufzubieten. Bei ihrem Oheim fand sie jedoch wenig Geneigtheit zur Unterstützung ihrer Pläne. König Friedrich, der mit wachsendem Mißtrauen auf die Freundschaft des Kaisers mit der Zarin blickte, hielt es mehr denn je für geboten, die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich aufrecht zu halten. Sogar als die Staaten von Holland und Friesland dem Prinzen Wilhelm das Kommando über die Besatzung im Haag abnahmen, gab der König seine neutrale Haltung nicht auf; er begnügte sich, „als aufrichtiger Freund der Staaten, an deren Wohl- und Ruhestand er einen so großen und wahren Anteil nehme“, zu versöhnlicher Haltung gegen den Enkel so berühmter und hochverdienter Ahnen zu mahnen (17. September 1785).[2]) Infolge der drohenden Haltung Kaiser Josephs, der seine Ansprüche auf Mastricht und die Befreiung der Schelde nur vertagt, nicht aufgegeben hatte, gingen die Generalstaaten am 10. November 1785 mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis ein; auch diese Wendung hatte den Beifall des Königs von Preußen. „Man braucht durchaus nicht zu befürchten,“ schrieb Herr von Vergennes dem neuen Gesandten für Holland, Marquis Verac, „daß der König von Preußen sein Benehmen ändern wird; er denkt nicht daran, seine Soldaten marschieren zu lassen, um damit dem Statthalter Wilhelm einen Vorteil zu verschaffen.“

Um so unermüdlicher suchte Sir James Harris den zu gefährlicher Höhe gediehenen Einfluß Frankreichs zu brechen. Den Abschluß des Bündnisses mit Frankreich empfand er wie eine persönliche Beleidigung. „Ich würde niemals mehr eine Depesche schreiben, wenn ich je die Weisung erhielte, mich mit Frankreich auf freundschaftlichen Fuß zu setzen, diesem Staat meinen Beifall zu geben oder meine Unterstützung zu leihen!“ Der Gesandte Frankreichs, Marquis Verac, war ihm an Geschäftsgewandtheit nicht gewachsen, und an Prinzessin Wilhelmine hatte der Engländer eine entschlossene Bundesgenossin.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II., des Bruders der Prinzessin, bahnte auch in Berlin einen Umschwung zu Gunsten der oranischen Sache an. Der ritterliche König zeigte von vorn herein mehr Geneigtheit, den Statthalter zu unterstützen, und wurde darin bestärkt durch Hertzberg, der schon zu Lebzeiten des alten Königs das Einschreiten Preußens in Holland als Ehrensache bezeichnet hatte. Doch nur im Einverständnis mit Frankreich wollte Friedrich Wilhelm handeln. Der preußische Gesandte in Paris, Baron Goltz, sollte die Auf-

[1]) Görtz, II, 73.

[2]) Hertzberg, Recueil, II, 413.

merksamkeit König Ludwigs auf die „ebenso ungesetzlichen, wie dreisten Beschlüsse der Staaten von Holland" lenken; zugleich sollte Graf Görtz, der sich schon im bairischen Erbfolgestreit als gewandter Diplomat bewährt hatte und das besondere Vertrauen der Prinzessin Wilhelmine genoß, als außerordentlicher Botschafter nach Holland gehen, um in versöhnlichem Sinne zu wirken. Vor seiner Abreise (24. August 1786) hatte Görtz eine Unterredung mit dem König; er legte dar, daß sich eine entschlossene Initiative in den holländischen Händeln schon deshalb empfehle, um das etwas gesunkene militärische Ansehen Preußens wieder zu heben und dadurch auch den deutschen Fürstenbund zu befestigen; Liebesdienste in Holland werde König Georg gern damit belohnen, daß er als Kurfürst von Hannover ein treuer Bundesgenosse bleiben werde. Friedrich Wilhelm war mit dieser Auffassung nur teilweise einverstanden; das Wohl Preußens werde durch friedliches Verhalten am besten gefördert; denn wenn man Frankreich mißvergnügt mache, setze man Preußens natürlichen Feind, den Kaiser, in Vorteil. Görtz stand vor einer schwierigen Aufgabe: er sollte Frieden stiften, während weder die oranische, noch die patriotische Partei den Frieden wollte, und die ihm erteilte Instruktion „enthielt eigentlich nur das Bekenntnis, man sei außer stande, eine zu erteilen".[1]) Jedenfalls war er, um eine Versöhnung zu betreiben, zu spät gesandt worden; als er im Haag eintraf, war der Bürgerkrieg thatsächlich schon ausgebrochen. Im September 1786 ließ der Statthalter ein paar geldrische Städte, Elburg und Hattem, die sich den Holländern anschließen wollten, von seinen Truppen besetzen und brandschatzen. Darauf gaben die Provinzialstaaten von Holland eine drastische Antwort: sie suspendierten den Prinzen in seiner Stellung als Generalkapitän der Provinz Holland. Nun erklärte zwar Görtz, der Beschluß der Provinzialstaaten werde als Beleidigung für seinen königlichen Herrn aufgefaßt werden, aber Friedrich Wilhelm war nicht gesonnen, dem Wort seines Gesandten den nötigen Nachdruck zu geben. Görtz erhielt sogar eine Rüge, weil er seine Instruktion überschritten habe, und der Prinzessin wurde zu verstehen gegeben, es wäre wohl das beste, wenn ihr Gemahl, der sich nun doch einmal unmöglich gemacht habe, die Statthalterschaft an seinen Sohn abträte; den Hochmogenden wurde zwar wiederholt der freundschaftliche Rat gegeben, mit dem Statthalter Frieden zu schließen, aber zugleich auch die Versicherung, daß Preußen nicht daran denke, durch aufdringliche Einmischung die Friedensarbeit zu stören.

Darauf erfolgte aber von beiden Seiten entschiedene Ablehnung. Wilhelmine beteuerte, zur Abdankung ihres Gatten nimmer ihre Zustimmung zu geben; die Stände erklärten, ein Souverän — das holländische Volk — könne sich mit seinem Diener — dem Statthalter — überhaupt nicht um Friedensbedingungen herumstreiten. Friedrich Wilhelm fand zwar die Sprache der hochmütigen Leute unerträglich und beklagte das Schicksal seiner Schwester, betonte aber immer wieder, daß er das eigene Gehöfte nicht gefährden dürfe, um dem Nachbarhaus Hülfe zu bringen.

Auch das französische Kabinett entsandte einen außerordentlichen Vertreter,

[1]) Görtz, II, 56.

Herrn von Reyneval, nach dem Haag, um einen Ausgleich betreiben zu lassen. Wilhelm wies jedoch die „eines Oranien unwürdigen" Vermittlungsvorschläge zurück. Wie ungehalten der Franzose darob war, beweist der ungewöhnlich klobige Ton seiner Depesche an das auswärtige Amt. „Ein Prinz von Nassau, der die Stirn hat oder so schwächlich ist, seine Angelegenheiten durch seine Frau betreiben zu lassen, der sich den Ratschlägen seines Schwagers, des Königs von Preußen, widersetzt, der die Wege zur Versöhnung, die ihm der König von Frankreich zeigt, nicht einschlagen will, scheint mir ein kompleter Narr zu sein!" (3. Januar 1787).[1]) Die Franzosen erlaubten sich im Haag überhaupt eine übermütige Sprache. Caillard verstieg sich einmal vor dem Grafen Görtz zur Behauptung, Frankreichs Interesse erheische nicht bloß die Schwächung, sondern die Vertreibung des Statthalters (d'expulser le stathoudre); freilich mußte er bald darauf im Auftrag seines Ministeriums jene Auslassungen als „ebenso unschicklich wie unbegründet" zurücknehmen. Dagegen schien der Nachfolger Vergennes', Graf Montmorin, noch entschiedener in Holland auftreten zu wollen. „Sie werden den Patrioten unsre Hülfe anbieten," schrieb er an Verac, „der König ermächtigt Sie, in dieser Sache alles zu thun, was Ihnen möglich ist! . . . Wir sehen die Dinge in Holland für so wichtig an, daß wir allenfalls auch zwei Millionen dafür opfern wollen, ja selbst das Doppelte, wenn es nötig sein sollte!" Trotzdem erkannte Sir Harris schon damals ganz richtig, daß ein thatkräftiges Eingreifen Frankreichs nicht zu befürchten sei. „Das Uebel ist viel größer," schrieb er nach London, „die Heilung aber viel leichter, als man gewöhnlich annimmt. Frankreich wird sich nicht abenteuerlich in einen Krieg einlassen, denn es hat weder eine Armee, noch Geld, noch ein Ministerium!" Als der Gesandte aufgefordert wurde, sich nach London zu begeben, um vor den Ministern persönlich seine Auffassung zu vertreten, erwiderte er: „Mit großem Vergnügen werde ich dem Befehl Sr. Majestät gehorchen und noch in dieser Nacht aufbrechen. Mit noch größerem Vergnügen werde ich dann den Befehl zur Rückkehr entgegennehmen, mit dem Donner Jupiters bewaffnet, wenigstens mit jenem Donner, dessen er sich bediente, um Danaë zu verführen." Am 23. Mai fand im Hause des Lordkanzlers die entscheidende Beratung statt. William Pitt warnte vor Ueberstürzung und wies auf die schädlichen Folgen eines neuen Kampfes mit Frankreich, alle übrigen Mitglieder des Kabinets aber waren aktionslustig, und Sir Harris gab die beruhigende Versicherung, es werde für England gar nicht nötig sein, selbst in den Krieg einzutreten, es werde sich alles Erforderliche mit Geld machen lassen. Endlich siegte Harris über die Bedächtigkeit Pitts und die Sparsamkeit des Königs; es wurden ihm vorläufig 20,000 Pfund Sterling angewiesen.[2])

Inzwischen war es schon zu einem Zusammenstoß zwischen statthalterischen Truppen, die einen strategischen Punkt bei Utrecht besetzen wollten, und patriotischen Freischaren gekommen. Die Stände von Holland erhoben Klage vor den Generalstaaten, der Statthalter habe eigenmächtig seine Befugnis über-

[1]) Witt, 142.

[2]) Diaries and correspondence, II, 303. Dinner at the Lord Chancellor's.

schritten, das Grundgesetz der Union sei damit thatsächlich als aufgelöst zu betrachten; zugleich ließen sie durch ihren General, den Rheingrafen von Salm, die Stadt Utrecht in der gleichnamigen Provinz besetzen und entließen alle Offiziere, welche sich weigerten, der Provinz Holland den Treueeid zu leisten. Im Haag wurde aber der Antrag Hollands abgelehnt, und die entlassenen Offiziere wurden von den Generalstaaten in Sold genommen. Ja, in Holland selbst fehlte es dem Statthalter nicht an Anhang. Die Dockarbeiter in Amsterdam waren zum Losschlagen gegen die verhaßten Mynheers bereit; ein darauf zielender Anschlag war nur infolge der Uneinigkeit der Verschworenen zunichte geworden. Unter diesen Umständen glaubten die Stände von Holland die Initiative ergreifen zu müssen. Um „durch männlichen Entschluß die Republik zu retten", wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Verteidigung des Landes ernannt und mit diktatorischen Befugnissen ausgerüstet. Der General der holländischen Truppen war zu seinem Verdruß nicht unter den Gewählten. Graf Salm, „vornehmer, aber weniger ehrenhaft als sein Urbild Gil Blas", hatte schon bisher eine zweideutige Haltung beobachtet; bald war er nach Potsdam gegangen, um für den Statthalter preußische Hülfe zu erwirken, bald nach Versailles, um für die Patrioten ein gutes Wort einzulegen. Jetzt war er nicht wenig erbost über die erlittene Zurücksetzung; er beschwerte sich in Versailles, soll sich aber auch dem Statthalter wieder genähert haben. „Glauben Sie mir," soll er zu Graf Callenberg gesagt haben, „ich bin keineswegs ausschließlich auf Zitronen erpicht, ich könnte mich recht gut wieder an Orangen gewöhnen!"

Der Bürgerkrieg war unvermeidlich. Die Truppen des Statthalters, etwa 4000 Mann, waren den Streitkräften der Patrioten nicht gewachsen, dagegen war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, in den Generalstaaten eine Mehrheit für die oranische Sache zu gewinnen. Deshalb faßte Prinzessin Wilhelmine, um ihren persönlichen Einfluß in die Wagschale zu werfen, den Entschluß, nach dem Haag zurückzukehren.[1]) Sir Harris war nicht einverstanden, wollte sich aber, da die Prinzessin auf sicheres Gelingen hoffte, nicht geradezu widersetzen. „Wenn die Prinzessin," schrieb Harris am (25. Juni 1787) an Lord Carmarthen, „wirklich durch ihre Gegenwart erreicht, daß sich die Deputierten als Männer betragen, so will ich in ihr einen Engel verehren." Schon vier Tage später aber schreibt er: „Meine Befürchtungen waren nur zu sehr begründet, die Prinzessin von Oranien ist gestern von Freiwilligen bei Gouda gefangen genommen worden!"

Am 28. Juni frühmorgens verließ die Prinzessin zu Wagen die Stadt Nymwegen. Ihr Gefolge bestand nur aus vier Personen, einer Ehrendame, dem Obersten Bentinck, dem Kammerherrn Graf Randwyck und einem mit der Erziehung der Prinzen betrauten preußischen Offizier Stampfort. Unweit Schoonhoven stieß das Gefährte auf die Vorposten des holländischen Kordons, die

[1]) Nach Caillards Ansicht wäre dem Reiseplan der Prinzessin von vornherein die bestimmte Absicht zu Grunde gelegen, eine feindliche Begegnung herbeizuführen und dadurch das Kriegswetter über die Häupter der Patrioten heraufzubeschwören (Ségur, I, 319); aus Sir Harris Depeschen läßt sich aber ersehen, daß ein solcher Schachzug nicht geplant war.

Reisenden wurden angehalten und von einem Zug Reiterei nach Schonhooven zurückgeleitet, — die Prinzessin von Oranien war eine Gefangene. Das Bauernhaus, in welchem sie übernachtete, war mit Schildwachen umstellt, sogar im Schlafzimmer pflanzte sich ein Bürgergardist mit blankem Säbel auf. Im Verlauf der Nacht trafen einige Mitglieder der Verteidigungskommission ein. Die Prinzessin beschwerte sich über die unerhörte Gewaltthat; die Herren hatten aber dafür nur ein Achselzucken und bedeuteten der hohen Frau, daß sie ihre Reise nach dem Haag nicht fortsetzen könne. Dagegen durfte sie ungehindert am nächsten Tage die Rückkehr nach Nymwegen antreten.[1])

Sir Harris erblickte in dem Zwischenfall nicht bloß eine unerträgliche Demütigung der Prinzessin, sondern auch eine entscheidende Niederlage der englischen Politik. „Mein teurer Lord," schrieb er vom Haag an Carmarthen, „Schach der Königin und in einem oder zwei Zügen Schachmatt, das ist, fürchte ich, der Stand unsres Spieles. Die Politik hat mir schon oft Verdruß bereitet, hat mich aber noch nie in solchen Zorn versetzt, wie heute. Obwohl die wichtigsten Dinge auf dem Spiele stehen, obwohl die erste Frau der Republik in die traurigste Lage geraten ist, war auch nicht einer von den Deputierten zu bewegen, vor der gewöhnlichen Stunde sein Bett zu verlassen, und wenn sie endlich aufstanden, geschah es nur, um zu beweisen, daß sie in wachem Zustand nicht weniger gedankenlos und träg sind, als im Schlafe!" Er hoffe nichts von Preußen, er fürchte alles von Frankreich, dessen Streitkräfte schon um Givet zusammengezogen würden, er halte einen Kampf der oranischen Partei mit den Patrioten für aussichtslos und unmöglich. Doch der englische Staatssekretär teilte die trüben Befürchtungen des Gesandten nicht. „Lassen Sie sich doch," schrieb er an Harris (3. Juli), „durch das Schach der Königin nicht entmutigen, lassen Sie nur den Ritter zu Hülfe kommen, und alles ist gerettet! Ich beklage die Unannehmlichkeiten, denen die Prinzessin, deren Charakter ein besseres Los verdiente, ausgesetzt ist, aber ich hoffe, daß sich der Vorgang noch zum Guten wenden wird. Wenn der Bruder der Prinzessin, der König von Preußen, nicht der schmutzigste und schäbigste aller Fürsten ist, muß er ihr Genugthuung schaffen, koste es, was es koste ... Ich halte es für selbstverständlich, daß auf die erste Kunde von der Gefangennehmung der Prinzessin ein starkes Corps Befehl zum Vormarsch von Wesel aus erhalten wird; wenn sich der König von Preußen nicht an Frankreich förmlich verkauft hat, muß er so handeln. Achten Sie auf Mastricht und fürchten Sie nichts von den 25 Bataillons in Givet!"[2]) Natürlich! Nachdem hauptsächlich durch Englands Einmischung die Dinge in Holland so weit gediehen waren, daß das Haus Oranien mit gewaffneter Hand Genugthuung fordern mußte, sollte „der Ritter" zu Hülfe kommen, sollte Preußen das rächende Schwert ziehen!

Vorerst war jedoch Friedrich Wilhelm nicht gesonnen, England diesen Liebesdienst zu erweisen. Natürlich war er erbittert über die Verhaftung seiner

[1]) Ad. Jakobi, Vollständige Geschichte der siebenjährigen Verwirrungen und der darauf erfolgten Revolution in den vereinigten Niederlanden (1789), II, 290.

[2]) Diaries, II, 329.

Schwester. „Man hat die Prinzessin in einer Herberge festgehalten," schrieb er an seinen Gesandten in Versailles, „man hat sie von ihrem Gefolge getrennt, man hat Gardisten mit blanken Säbeln vor, ja sogar in ihr Zimmer gestellt! Ich kann in dem ungeheuerlichen Anschlag gegen eine mir so nahestehende, hochverehrte Persönlichkeit nichts anderes erblicken als eine persönliche Beleidigung!" Allein Friedrich Wilhelm wollte Familien- und Staatsangelegenheiten auseinander halten: er wollte Genugthuung fordern, aber nur für sich und seine Schwester; die oranische Sache sollte davon getrennt bleiben. Und immer nur im Einvernehmem mit Frankreich sollte gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Ohne Zweifel würde ein friedlicher Ausweg gefunden worden sein, wenn die französische Regierung der billigen Forderung Friedrich Wilhelms bereitwillig Vorschub geleistet hätte. Allein in Versailles wollte man einerseits die Freundschaft mit den holländischen Patrioten nicht aufgeben, andrerseits fehlte es zu thatkräftiger Unterstützung der Freunde ebenso an gutem Willen, wie an der nötigen Kraft. Die Haltung der französischen Regierung in der holländischen Frage kann nur richtig gewürdigt werden, wenn man sich die innere Lage Frankreichs in den kritischen Tagen vergegenwärtigt. In der Notabelnversammlung im Frühjahr 1787 war zum erstenmal die entsetzliche Finanznot des Staates aufgedeckt worden. Freilich hatte Brienne versichert, durch die vorgeschlagenen Finanzreformen sei leicht und unfehlbar Abhülfe zu schaffen. „Die auswärtigen Nationen," hatte der würdige Finanzminister ausgerufen, „mögen staunend erkennen, welch unermeßliche Hülfsquellen unsrem Frankreich zu Gebot stehen." Im Ausland mag vielleicht infolge dieser funkelnden Parlamentsreden der Kredit der französischen Finanzen wieder etwas gestiegen sein,[1]) — im Lande selbst konnte sich niemand verhehlen, daß der Staatsbankerott unabweislich bevorstehe; in dem verrotteten Hof- und Staatswesen war ja eine lebensfähige Finanzreform gar nicht möglich. Das ancien régime ging seiner Auflösung entgegen, schon regten sich auch jene finstern Gewalten, die den Sturz von Thron und Altar als Ziel verfolgten. Wenn ein Haus von Ueberschwemmung heimgesucht ist, Keller und Erdgeschoß überflutet sind, das Wasser schon in die höher gelegenen eleganten Wohnräume emporzusteigen beginnt, ist es leicht begreiflich, daß der Hausherr, wenn in der Nachbarschaft im Hause eines Freundes Feuer ausbricht, Feuerschein und Signale unbeachtet läßt! Umsonst suchte der Kriegsminister, Herr von Segur, die Aufmerksamkeit König Ludwigs auf Holland zu lenken, viermal versuchte er im Kronrat ein Memoire, das die Notwendigkeit einer militärischen Demonstration darlegen sollte, zur Verlesung zu bringen, immer wieder wußte der Finanzminister entscheidende Beschlüsse hintanzuhalten, und die Sitzungen, welche der Bildung des Lagers bei Givet gewidmet sein sollten, wurden — so versichert wenigstens der Sohn des Kriegsministers — dazu verwendet, daß der König und seine Räte die gut erzählten Anekdoten des Herrn von Malesherbes anhörten.[2])

---

[1]) Ueber die Assemblée des Notables in Frankreich, in Schlözers Staatsanzeigen, 10. Bd., 50.

[2]) Ségur, Mémoires, III, 241.

Der Berliner Hof war in zwei Lager geteilt. Das Haupt der Franzosenfreunde, die von Einmischung in die holländischen Händel nichts hören wollten, war Prinz Heinrich, der Oheim des Königs; wenn er schon früher die Vorliebe seines großen Bruders für französischen Geist und französisches Wesen geteilt hatte, so war diese Neigung noch genährt worden durch die schmeichelhafte Aufnahme, die ihm 1784 in Paris und Versailles zu teil geworden war: als die des höchsten Preises würdige femme obscure im Gegensatz zur vertu couronnée de gloire hatte ihn damals Marmontel gefeiert. „Noch einmal," schrieb Mirabeau 1786 an Lauzun, „Prinz Heinrich ist ein echter Franzose, wird Franzose bleiben und als Franzose sterben." [1]) Ueberdies war der Prinz, der im Dienstalter allen übrigen Generalen voranging, verstimmt über die am 1. Januar 1787 erfolgte Ernennung des Erbprinzen von Braunschweig zum Feldmarschall; damit war ausgesprochen, daß im Kriegsfall die Führung dem Braunschweiger zustehen sollte. Im Ministerium galt Herr von Finck als ergebener Freund der Franzosen; es wurde deshalb, als die Nichte des Ministers, Fräulein von Voß, die Gunst des Königs gewann und zu königlichen Ehren emporstieg, auch ein Steigen des französischen Einflusses erwartet. Allein die neue Gunstdame teilte nicht die französischen Sympathien ihrer Familie, sondern bevorzugte Hertzberg und das Bündnis mit England. Das mag dazu beigetragen haben, den König zu kriegerischer Aktion, die er bisher beharrlich zurückgewiesen hatte, geneigter zu machen. Dazu kam, daß die holländischen Patrioten fortfuhren, in öffentlichen Organen die Schwester Friedrich Wilhelms und ihren Gatten mit Hohn und Spott zu überhäufen und gegen Deutsche und Engländer verächtliche Ausfälle zu richten. Schlözer veröffentlichte als Probe der „unbändigen Patriotenwut" im August 1787 einen Auszug aus einer holländischen Zeitung. „Wilhelmine von Preußen, die süße Mutter des Vaterlands," war darin als Verräterin gebrandmarkt; sie pflege mit englischen Lords und preußischen Generälen geheime Unterhandlungen, um das arme Holland an die Engländer auszuliefern! An die Engländer, die den Holländern seit zweihundert Jahren mehr als 1900 Millionen erpreßten oder stahlen, die gegen Holland allzeit wie Straßenräuber oder Spitzbuben von Profession verfuhren, die unentwegt den Trotz eines Kain, die Heuchelei eines Judas, den Neid eines Laban an den Tag legten! „Ehe wir uns unter das Joch der deutschen oder englischen Verräter beugen, wollen wir lieber so lange fechten, bis alle Hoffnung entschwindet, dann unsre Städte verbrennen, unsre Deiche durchstechen, und wenn alles verwüstet ist, ein andres Vaterland suchen!" [2]) In der opregten Nederlandschen Courant wurde ausgeführt, daß Wilhelm von Oranien des Todes schuldig sei; auch der Politicke ruyer erinnerte bibelfest daran, daß das Blut der Tyrannen Gott angenehmen Geruch habe. Der Pensionär van Berkel nannte in öffentlicher Ratsversammlung das Betragen des Königs, der immer von Genugthuung spreche, während gar kein Unrecht vorliege, anmaßend und

[1]) Witt, 162.

[2]) Letzter Ausbruch der Patriotenwut in Holland, in Schlözers Staatsanzeigen, 11. Bd., 235.

tyrannisch; das holländische Volk müsse die preußischen Forderungen mit Verachtung zurückweisen. [1])

Andrerseits erhoben sich auch in Deutschland Stimmen gegen die „unmännliche" Politik, die den Frieden um jeden Preis erhalten und sogar die Beschimpfung einer Tochter des preußischen Königshauses dulden wolle. „Ich weiß nicht," schreibt Schubart im August 1787, „ob lange Friedensruhe den Charakter eines Volkes veredle oder verschlimmere? Was wir sind, sind wir durch Kriege geworden; der Krieg weckt die Geister, und im Frieden entschlafen sie ... Lieber einen Körper und Geist weckenden Krieg, als einen trägen, nervenabspannenden, geistlähmenden Frieden!" „Preußens sinniger Kriegsgeist, der Urbild für alle Welt wurde," sei wie ein Leu erwacht und warte nur auf des Königs Wort, um über die Krämer von Amsterdam herzufallen. [2])

Trotzdem würde sich Friedrich Wilhelm wohl kaum für den Krieg entschieden haben, wenn nicht England die bestimmte Versicherung gegeben hätte, daß es zur Unterdrückung der Feinde des oranischen Hauses mitwirken werde. „Die freie und offene Art," schrieb Wilhelmine an Sir Harris, „womit sich Ihr Hof aussprach, war in Berlin von stärkster Wirkung; ich kann Ihnen dafür nicht genug danken!"

Den Ausschlag gab die Nachricht, daß die Pforte an Rußland den Krieg erklärt habe. Nun war Kaiser Joseph als Bundesgenosse der Zarin im Osten festgehalten, während ihm schon der Aufstand in den Niederlanden zu schaffen machte; dadurch war also Preußen von der Furcht befreit, daß der Kaiser die preußische Intervention in Holland stören oder im Fall eines Mißerfolgs der preußischen Waffen die Anschläge auf Schlesien oder Baiern erneuern werde.

Nun wurde den in Westfalen und im Magdeburgischen liegenden Regimentern Marschbefehl gegeben und dem Herzog von Braunschweig das Kommando übertragen. Als die Kunde davon in die Oeffentlichkeit drang, fragte der französische Gesandte an, was mit den Rüstungen beabsichtigt werde. Doch schon daraus, daß Ludwig XVI. am 20. August, also gerade in den Tagen der Krisis, den Marquis Verac, den überzeugten Freund und Führer der Patrioten, aus dem Haag abrief und durch den Grafen von Saint-Priest ersetzte, ließ sich entnehmen, daß der Thatendrang Frankreichs in bescheidenen Grenzen bleiben werde. „Unter den gegebenen Verhältnissen den Gesandten zurückrufen, hieß nichts andres, als Holland und die republikanische Partei aufgeben." (Witt.)

Am 8. September überreichte Thulemeyer den Hochmogenden von Holland ein Ultimatum: binnen vier Tagen sollten sich die Stände entscheiden, ob sie die von Preußen verlangte Genugthuung zugestehen wollten oder nicht.[3]) Es war gefordert, daß die Stände wegen Beleidigung der Prinzessin von Oranien bei Friedrich Wilhelm sich entschuldigen, auch die Fürstin selbst um Verzeihung bitten und zur Rückkehr nach dem Haag einladen, endlich die Vermittlung Preußens zwischen dem Erbstatthalter und der Provinz Holland annehmen

[1]) Ad. Jakobi, II, 310.
[2]) Vaterlandschronik, Jahrgang 1787, I, 59, 76 ff.
[3]) Hertzberg, Recueil, II, 428.

sollten. Am 12. September gaben aber die Stände von Holland und Friesland eine Erklärung ab, sie könnten auf das Ansinnen des Königs nicht eingehen; zur Aufklärung der obwaltenden Mißverständnisse wollten sie eine Kommission nach Berlin entsenden.

Noch am nämlichen Tage überschritt der Herzog von Braunschweig die niederländische Grenze. Ein Manifest verkündigte, daß Preußen nicht mit den Generalstaaten Krieg führen, sondern nur von der Provinz Holland Genugthuung erwirken wolle.[1]) Das Unternehmen sollte gewissermaßen als Familienangelegenheit behandelt werden, um das französische Kabinett nicht in die Zwangslage zu versetzen, den Bundesgenossen Beistand leisten zu müssen.

Die Kriegspartei in Holland baute zuversichtlich auf französische Hülfe, waren doch fort und fort die beruhigendsten Zusicherungen gegeben worden. Noch nach dem Eintreffen des preußischen Ultimatums hatte der neue Leiter des Ministeriums des Auswärtigen, Montmorin, an Caillard geschrieben, nach seiner Ansicht sei von holländischer Seite alles geschehen, was der König von Preußen billigerweise verlangen könne; ein Einmarsch preußischer Truppen werde auch von Frankreich als Kriegserklärung aufgefaßt werden. „Seine Majestät ist fest entschlossen, als Bundesgenosse der Provinz Holland Hülfe zu leisten." Wie kläglich fiel aber diese Hülfeleistung aus! Zweihundert französische Kanoniere und einige Offiziere ohne Waffen und Uniformen nahmen Kriegsdienste bei den Patrioten, das war alles! Freilich ließ der Kriegsminister, Herr von Segur, Feldzugspläne ausarbeiten, aber es war ja für nichts gesorgt, es fehlte am Nötigsten, vor allem an Geld; auch war zu befürchten, daß die wenigen schlagfertig zur Verfügung stehenden Bataillone — das Lager bei Givet war immerhin vierzig Meilen von der niederländischen Grenze entfernt — zu spät kommen würden. Unter diesen Umständen siegte in Versailles die Friedenspolitik des Säckelbewahrers; man beschloß, auf die Patrioten zu *vergessen*. Im nächsten Frühjahr, schrieb Montmorin an St. Priest, könne und wolle man den Patrioten helfen. Nur schade, daß der Herzog von Braunschweig nicht bis zum Frühjahr warten wollte!

Kein Geringerer denn Clausewitz nennt den Einmarsch der Preußen in Holland ein „leichtsinniges Unternehmen". Nicht die Zahl der Verteidiger — die Holländer verfügten über ungefähr 20000 Mann, teils deutsche Söldlinge, teils freiwillige Schützen —, aber der Charakter des Kriegsschauplatzes und das Beispiel des unglücklichen Feldzugs der Franzosen von 1672 hätten vom Einmarsch mit so geringfügigen Streitkräften zurückhalten sollen.[2]) Damals war die Niederung westlich der Vechte durch Durchstechung der Dämme in eine wogende See verwandelt worden, und dadurch behindert hatte sogar die erdrückende Uebermacht der Franzosen nichts ausrichten können. Clausewitz selbst erklärt das Wagnis von 1787 daraus, daß man „in Berlin von den Rüstungen und dem Geist der Niederländer eine sehr kleine Idee gefaßt hatte." Vor allem wirkte der Mangel an Einheit des Kommandos lähmend auf die Operationen der Patrioten. Nicht

[1]) Recueil, II, 433; Pfau, 71.
[2]) Clausewitz, 284.

der Rheingraf von Salm, den Clausewitz schlechtweg als „Schwindler" abfertigt, sondern die Verteidigungskommission in Amsterdam hatte die militärische Leitung. In Amsterdam gab es aber neben der stärkeren Kriegspartei auch viele Orangisten und Gemäßigte, die darauf drangen, daß der Weg der Unterhandlungen nicht verlassen und die Mediation Preußens angenommen werde. Während diese Spaltung die Kriegführung der Patrioten beeinträchtigte, wurde das moralische Uebergewicht der Angreifenden durch das Vertrauen auf die Führung durch einen der berühmtesten Helden der Fridericianischen Tafelrunde gesteigert.

Auch in der Hoffnung auf den Beistand der Elemente sahen sich die Holländer betrogen. Der Herzog von Braunschweig hatte für seinen Einfall die Zeit des Neumonds gewählt, weil in diesen Tagen der Einfluß von Ebbe und Flut ein besonders geringer zu sein pflegt. Obwohl die Schleusen aufgezogen und die Dämme durchstochen waren, machte das Gewässer keine Miene, den Preußen den Weg zu versperren; die Ueberschwemmung erreichte erst, als der Hauptschlag gegen Amsterdam schon geglückt war, den gewünschten Höhegrad.[1])

Alle Operationen hatte der Herzog von Braunschweig mit der Genauigkeit eines Mathematikers vorausberechnet, und über die Bewegungen der Gegner war er, da es überall Anhänger des Statthalters gab, vortrefflich unterrichtet. So konnten seine 20 000 Mann rasch und sicher wie auf einem wohlbekannten Paradefeld den Einmarsch ins Werk setzen; das Triebwerk klappte vorzüglich. In der Provinz Geldern wurden die Preußen wie Befreier vom Volke empfangen; überall wurde ihnen ein vergnügtes Oranje boven! zugerufen; Scharen von Kindern zogen mit und sangen das alte, von den Patrioten verbotene Volkslied Wilhelmus van Nassauen; herrliches Wetter begünstigte das Vorrücken; es schien zu einem Vergnügungsfest, um nicht zu sagen zu einem Familienfest zu gehen. Um das gute Einvernehmen mit der Bevölkerung zu erhalten, wurde auf strenge Mannszucht gesehen; in Merkerk mußten wegen Plünderung drei Mann des Regiments von Marwitz Spießruten laufen, der Kapitän erhielt Arrest, der Kommandeur die Entlassung, und nur letzterem wurde auf Bitten des Offizierscorps die Strafe erlassen.

Da der Waffengang ausschließlich gegen die Provinz Holland gerichtet sein sollte, war es von wichtiger Bedeutung, daß der Rheingraf von Salm die Stadt Utrecht, die von den Preußen gar nicht angegriffen werden durfte, ohne jede Nötigung räumte. Er zog mit den deutschen Soldtruppen nach Amsterdam, aber die Bürger weigerten sich, den Verräter einzulassen; darauf liefen die Soldaten auseinander, und ihr sauberer Feldherr ward nicht mehr gesehen. In Utrecht waren nach Salms Abzug alle Bande der Ordnung gelöst, die Freiwilligen waren nicht mehr zu halten, die Bürger zerbrachen aus Zorn oder Furcht ihre Waffen, die französischen Offiziere suchten vergeblich der Verwirrung und der Fahnenflucht zu steuern. Auch im Haag vollzog sich unter dem Eindruck des siegreichen Vordringens der Preußen ein Umschwung. Die Flucht des Rheingrafen, die Uebergabe des wohlbefestigten Gorkum beim ersten Kanonen-

[1]) Troschke, 35.

schuß, das Fiasko der auf Ueberschwemmung des Kriegsschauplatzes zielenden Maßregeln, — das waren so peinliche Ueberraschungen, daß die Hochmogenden ganz und gar den Kopf verloren. „Heut früh sieben Uhr," schrieb der französische Gesandte am 18. September an Montmorin, „bat mich der Großpensionär, ich möchte unverzüglich zu ihm kommen; er führte dann die verworrensten Reden und verwickelte sich so in Widersprüche, daß mir klar wurde: entweder ist der Mann nicht mehr Meister seiner Sinne, oder er will bereits auf eine Umwandlung seines Verhaltens vorbereiten." [1]) Orangefarbene Kokarden flogen an alle Hüte; wer sich nicht damit versehen wollte, war der Beschimpfung auf offener Straße ausgesetzt; eine Fahne der Patrioten wurde vor dem Hause des englischen Gesandten in Stücke zerrissen; Gyzelaer und andere Führer der aufständischen Bewegung mußten eiligst nach Amsterdam flüchten.

Schon am 20. September konnte Prinz Wilhelm im Haag feierlichen Einzug halten. Kirchtürme, Häuser, Schiffe waren mit oranischen Flaggen geschmückt; die Kutsche des Statthalters wurde von Bürgern durch die Straßen gezogen, des jubelnden Zurufes war kein Ende. Es war zugleich ein Tag stolzen Triumphes für Sir Harris. „Ich bin kein Anhänger der sentimentalen Mode," schrieb er an Sir Carmarthen, „aber meine Augen wurden feucht, als ich hier mit dem Fürsten wieder zusammentraf . . ."

Nur in vereinzelten Fällen stießen die preußischen Truppen auf ernsteren Widerstand. In den Stadträten wurden die patriotischen Mitglieder durch Orangisten ersetzt, ganze Abteilungen Patrioten ohne Führer ergaben sich ohne Flintenschuß, auf den Wällen von Festungen, die nur durch regelrechte Belagerung oder blutigen Sturm hätte genommen werden können, wurde beim Anmarsch der Preußen das Orangebanner aufgezogen. Welche Panik unter den Patrioten ausgebrochen war, beweist die Thatsache, daß eine holländische Fregatte mit zehn Kanonen, die auf eine Sandbank des Lek geraten war, sich an ein Grenadierbataillon und eine Schwadron Husaren ergab.

Nur in Amsterdam behielten die Bürger ruhig Blut; die reichste Stadt der Niederlande schien mannhaften Widerstand entgegensetzen zu wollen. Gerade deshalb schien es geboten, auch diese Position der Patrioten zu nehmen. „Lassen Sie sich nicht durch die drohende Sprache der Franzosen abschrecken," schrieb Sir Harris an den Herzog von Braunschweig, „Frankreich wird in Schach gehalten; der König von Großbrittanien läßt die Ausrüstung einer staatlichen Flotte betreiben." Herzog Ferdinand erwiderte kurz, er sei von der Notwendigkeit des Vormarsches gegen Amsterdam überzeugt und sei entschlossen, ihn auszuführen.

Es konnte in Versailles nur als bittere Ironie empfunden werden, daß ein Schreiben der Generalstaaten Sr. Allerchristlichsten Majestät die Wiederherstellung der Ordnung in Holland anzeigte; der wohlwollende Bundesgenosse werde gewiß mit Befriedigung vernehmen, daß die Irrungen mit dem Herrn Statthalter glücklich beigelegt seien und die Verständigung mit dem preußischen Hofe bevorstehe, so daß die Bitte um französische Vermittlung außer Kraft gesetzt

[1]) Witt, 275.

werde und die Hülfe Sr. Majestät nicht mehr nötig sei. Gleichzeitig ertönte freilich ein Klageruf aus Amsterdam: Europa dürfe sich nicht länger gleichgültig verhalten, der Sturz des Eckpfeilers werde den Zusammenfall der vereinigten Provinzen nach sich ziehen. Doch die Gelegenheit war einmal versäumt; die Rüstungen wurden zwar mit demonstrativem Lärm fortgesetzt, aber das französische Kabinett konnte nicht mehr daran denken, seine unthätige Haltung aufzugeben.

Herzog Ferdinand war wegen des Widerstandes, den er vor den Mauern Amsterdams zu erwarten hatte, nicht ohne Besorgnis; eine regelrechte Belagerung bot erhebliche Schwierigkeiten, der Winter war nicht mehr fern, und infolge starker Regengüsse hatte das Wasser in den überschwemmten Landstrichen eine gefährliche Höhe erreicht. Der Herzog knüpfte deshalb nochmals mit den Führern der Patrioten Unterhandlungen an; er forderte Entwaffnung der Freischaren, Wiedereinsetzung der alten Magistrate und Beitritt zu den im Haag gefaßten Beschlüssen, vor allem Abbitte vor der Prinzessin von Oranien. Die Bedingungen wurden aber in Amsterdam verworfen, und ebenso fanden neue Anträge der Patrioten nicht die Zustimmung des Statthalterpaares.

Nachdem Herzog Ferdinand selbst, um sich über die Aussichten einer Belagerung oder eines Sturmes zu unterrichten, einen Ritt bis hart an die Vorwerke von Amsterdam gewagt hatte, wurde am 28. September in den Gemächern der Prinzessin im Haag Kriegsrat gehalten. Der Herzog legte dar, daß nur ein rascher Angriff zum Ziele führen könne, und da auch Sir Harris auf möglichste Beschleunigung drang, wurde der Sturm beschlossen.

Zur Verteidigung der nach Amsterdam führenden Dämme waren nicht bloß an den wichtigsten Punkten Schanzen aufgeworfen [1]), sondern auch Kriegsschiffe im Zuydersee und Y-Strome aufgestellt; nur das Haarlemer Meer, auf welchem man von Südwest bis in die Nähe von Amsterdam vordringen konnte, war ohne Deckung geblieben. Dieser Fehler war von Herzog Ferdinand nicht übersehen worden; eine preußische Abteilung setzte in Fahrzeugen über das Haarlemer Meer und griff die Belagerten im Rücken an. Nach Clausewitz war namentlich diese Flankenbewegung entscheidend für den glücklichen Erfolg. Gleichzeitig (1. Oktober) wurden alle Vorwerke an der Stirnseite angegriffen. Der erste Sturm auf Oudekerk mißlang und kostete beträchtliche Opfer, aber die Preußen erneuten, wie es in einem Berichte heißt, „mit der ihnen eigenen Herzhaftigkeit" immer wieder den Angriff, bis zuletzt alle Schanzen, zuletzt auch das wichtige Amstelveen genommen waren. [2])

Schon tags darauf erbat sich der Stadtrat einen Waffenstillstand, bis eine nach dem Haag entsandte Deputation zurückkehren würde. Der Herzog ging darauf ein, traf aber für alle Fälle die nötigen Vorkehrungen zum Hauptangriff auf die Stadt. Zugleich betrieb er bei den Generalstaaten die Ausfertigung

---

[1]) Eine genaue Schilderung der Befestigungsarbeiten der Patrioten bietet Rogalla von Bieberstein, Die Preußen vor Amsterdam 1787, nach niederländischen Quellen (Deutsche Revue, Jahrg. 1889, I, 231).

[2]) Polit. Journal, Jahrg. 1787, II, 950.

von Marschpatenten für die noch bei den Patrioten stehenden regulären Truppen; die Kommandeure der wichtigsten Posten zogen ab, und die Preußen nahmen von den verlassenen Werken Besitz. „Im Promenieren," spottet General Kalckreuth in seinem Berichte, „wurde so ein Dutzend Geschütze genommen." Da nunmehr von drei Seiten die preußischen Batterien gegen die Stadt gerichtet waren, wagten die Belagerten den Widerstand nicht mehr fortzusetzen. Die unmittelbare Umgebung unter Wasser zu setzen, wie man es 1650 zur Abwehr Wilhelms II. gethan hatte, wäre ein kostspieliges Mittel gewesen, ohne daß ein Bombardement dadurch ausgeschlossen gewesen wäre. [1]) So kapitulierte denn die Stadt am 10. Oktober unter den vom Statthalter geforderten Bedingungen; die Rädelsführer der patriotischen Bewegung, voran die Diktatoren von Woerde, wurden abgesetzt; die meisten flohen nach Frankreich, worauf ihre Häuser vom Pöbel geplündert wurden. Um das Selbstgefühl der Besiegten zu schonen, verzichtete Herzog Ferdinand auf feierlichen Einzug; nur das Leydener Thor wurde von den Preußen besetzt, die Stadt selbst von Truppen des Statthalters. Gegen Ende Oktober zog die preußische Armee aus Holland ab, bloß eine Abteilung von 4000 Mann unter General Kalckreuth blieb auf Wunsch des Statthalters vorerst noch zurück, ohne daß die Niederlande für den Sold aufzukommen hatten. Friedrich Wilhelm wollte auch auf jeden Ersatz der Kriegskosten verzichten; später ließ er sich von seiner Umgebung bestimmen, eine halbe Million Gulden zu fordern; die ganze Summe wurde jedoch unter die heimgekehrten Truppen verteilt. Das großmütige Verhalten des Siegers erleichterte die Verständigung der gemäßigten Patrioten mit dem Statthalter; die Unterworfenen wetteiferten in Dienstbeflissenheit und Gefügsamkeit, das beste Einvernehmen schien hergestellt, die Versöhnung besiegelt zu sein. Die Stände von Holland und Westfriesland ließen sogar auf den Sieg des Braunschweigers eine Denkmünze schlagen und widmeten dem Herzog ein in Gold geprägtes Exemplar „als Zeichen nie erlöschender Dankbarkeit".[2]) Sir James Harris wurde von seiner Regierung als Lord Malmesbury in den Peerstand erhoben; Friedrich Wilhelm gab ihm den preußischen Adler ins Wappen, und der Statthalter bat ihn, die Devise des oranischen Hauses zu führen: „Je maintiendrai". —

Die Einnahme von Amsterdam, die den raschen Siegeszug der Preußen krönte, machte in ganz Europa gewaltigen Eindruck. Das Hamburger politische Journal brachte in seinem Oktoberheft eine ausführliche Schilderung der Expedition, die mit dem stolzen Glückwunsch schließt: „Diese Thaten haben der Weisheit und den Feldherrntalenten des Herzogs von Braunschweig ewige Ehre gemacht und seinen Ruhm über den der Condé und Turenne, die vor 115 Jahren Holland mit mehr denn 100000 Mann bekriegten und Amsterdam nicht einnehmen konnten, erhoben!" [3]) Goethe schrieb von Castel Gandolfo (12. Oktober 1787) an Herder: „Das wäre die erste Expedition, wo sich unser Jahrhundert in seiner ganzen Größe zeigt! Das heißt eine sodezza! Ohne Schwertstreich,

[1]) Clausewitz, 310.
[2]) Jakobi, II, 357.
[3]) Polit. Journal, Jahrg. 1787, II, 954.

mit ein paar Bomben, und niemand, der sich der Sache annimmt!“ [1]) Auch Karl August preist die unvergleichliche Sicherheit des Auftretens der preußischen Armee und ihres Führers. Kühler beurteilt Herder den preußischen Erfolg; er rühmt zwar die „schön geführte Unternehmung des Herzogs“, mißbilligt aber, daß Preußen „in einer subalternen Privatbeziehung“ Exekutionstruppen verwendet habe (10. Dezember 1787). Doch solche Bedenken tauchten jedenfalls nur vereinzelt auf; wo man sich nicht des Sieges der Preußen freute, sah man mit Befriedigung die moralische Niederlage Frankreichs. Sogar Kaiser Joseph schrieb nicht ohne Schadenfreude an Bruder Leopold: „Frankreich hat Holland verloren, für das es so viel Mühe und Sorge aufgewendet hat. Der König von Preußen hat eine dankbare Rolle gespielt; wenn Frankreich den Schimpf vergißt, den ihm Preußen angethan, dann hat es einen guten Magen.“ [2]) Hertzberg, der im Gegensatz zu seinem Amtsgenossen Fink von Finkenstein das Bündnis mit England und den Einmarsch in Holland empfohlen hatte, benützte die Festsitzung der Akademie zu einer stolzen Siegesfanfare. Es war nicht gerade taktvoll, daß er den Amsterdamer Jean Mandrillon, der nach Berlin gekommen war, um dem Könige im Namen der gemäßigten Patrioten Friedensvorschläge zu unterbreiten, zu der Siegesfeier einlud, und es war geschmacklos, daß er den Herzog von Braunschweig mit Cäsar verglich und an das veni, vidi, vici nach der Schlacht bei Zela erinnerte, — er hätte, meint Mandrillon, höchstens sagen können: „veni, vidi, intravi!“ [3])

Die Demütigung Frankreichs lag zu Tage. Das englische Kabinett stellte sogar in Versailles das Ansinnen, daß die durch den preußischen Sieg geschaffene Sachlage förmlich durch eine Urfehde-Erklärung Frankreichs anerkannt werde, und nicht minder tief als Frankreichs Ansehen war offenbar Frankreichs Selbstvertrauen gesunken, denn der demütigenden Forderung wurde nachgekommen. Montmorin erklärte: „Seine Majestät trägt kein Bedenken, die Versicherung zu geben, daß jener oben erwähnten Anzeige (eine preußische Invasion Hollands nicht dulden zu wollen), keine Folge mehr gegeben werden soll und wegen der holländischen Vorgänge keine feindliche Absicht gehegt wird.“ (27. Oktober 1787.) [4]) Die peinliche Niederlage Frankreichs weckte sogar Besorgnis, daß das europäische Gleichgewicht allzu empfindlich gestört und ausschweifenden Eroberungsplänen die Bahn geöffnet wäre. In einem merkwürdigen Briefe an Karl August (17. November 1787) sprach Goethe, der sich eben in Rom aufhielt, die Befürchtung aus, daß Kaiser Joseph und die Zarin aus dem Umschwung in Europa den Hauptgewinn ziehen möchten. „Mir scheint es für Freund und Feind bedenklich, daß Frankreich so weit herunter ist!“ Wenn diejenigen Staaten, die allein den Kaiserhöfen Schach zu bieten vermögen, sich untereinander befehden,

---

[1]) Böthlingk, 49. In der Suphanschen Sammlung findet sich der Brief nicht.

[2]) Arneth, Joseph II. und Leopold, II, 141.

[3]) Mémoires pour servir à l'histoire de la révolution des provinces unies en 1787, par J. Mandrillon (Paris 1791), 72.

[4]) Hertzberg, Récueil des déductions etc., II, 438. — Witt nennt diese Erklärung des Kabinetts von Versailles „catégorique“ (a. a. O., 298). Eine merkwürdige Auffassung!

wer soll dann verhindern, daß Katharina Konstantinopel und Joseph Italien für sich nehmen? „Man legte sich mit ein paar Linienschiffen in den Golf von Neapel und bäte sich zwei Thore von Rom aus, so wäre die Sache gethan!“ Die Stimmung des Volks und sogar des Klerus in Italien sei einem solchen Putsch durchaus günstig. „Noch gestern sagte ein siebzigjähriger Mönch: Wenn ich nur noch in meinen alten Tagen erleben sollte, daß der Kaiser käme und uns alle aus den Klöstern jagte, selbst die Religion würde dabei gewinnen.“ [1])

In Frankreich selbst wurde die Haltung der Regierung als unverantwortliche Vernachlässigung der durch eine glorreiche Tradition auferlegten Pflichten empfunden. Von der Erregtheit der Volksstimmung zeugt Mirabeaus Schrift: „Aux Bataves sur le Stathouderat.“ „Ein Tag der Trauer war's für ganz Europa, an dem die preußische Invasion eure edlen Pläne, unglückliche Bataver, zerstört hat! Ueberall wurden durch tiefe Entrüstung die Erfolge eurer Bedrücker verdunkelt; überall brannten die Völker, obwohl sie ihrer Rechte beraubt sind, vor Begier, von ihren Herrschern zur Rache für den euch zugefügten Schimpf aufgerufen zu werden! Doch die Fürsten allein haben diese heilige Begeisterung, die einen neuen Kreuzzug anzufachen schien, nicht geteilt; sie haben eurer Unglück halb mit Staunen, halb mit Schrecken betrachtet, wie man den Blitz herniederfahren sieht. Ach, ihr werdet nicht einen finden, der so großmütig wäre, euch seinen Schutz anzubieten, so uneigennützig, daß er nicht einen Preis auf seine Dienste setzte, so großdenkend, daß er eure Rechte zu eigenem Nachteil anerkennen würde, so wahrhaft ruhmliebend, daß er seine Völker durch den Hinweis auf euer Beispiel ermutigen möchte, auch von ihm Rechenschaft über seine Herrschaft zu fordern!“ Doch wie! Sollten denn die Bataver auf die Opferwilligkeit eines Fürsten angewiesen, sollten sie nicht selbst im stande sein, ihre Ehre und ihre Freiheit wieder zu erringen? Gewiß, sie würden sich im günstigen Augenblick wieder ermannen und nochmals den Haß bekunden, der sie, soweit ihre Geschichte zurückreiche, gegen Tyrannen immer beseelt habe. Ganz Europa werde dann die stolzen Waffen der Bataver segnen! „Denn wer könnte vergessen, daß ihr das älteste der freien Völker waret, daß ihr niemals aufgehört habt, es zu sein, daß ihr einen Boden, wo die Elemente nur den Grundstoff liefern, ertragsfähig und fruchtbar gemacht und mit Städten bedeckt habt, daß ihr zuerst vor zweihundert Jahren jene erhabene Duldsamkeit eingeführt habt, ohne welche weder unter den Gliedern einer Familie, noch unter den verschiedenen Staaten Eintracht bestehen kann, daß ihr den unglücklichen Wadtländern hülfreiche Hand geboten, daß ihr mehr als einmal die Freiheit des Ozeans wiederhergestellt, Europa den Frieden wiedergegeben, die Könige durch Vergleiche versöhnt habt, daß keine andre Nation der neuen Zeit vor euch verstanden hat, Reichtum mit Freiheit zu verbinden, daß ihr, von der Vorsehung in ein Land gesetzt, das Ueberschwemmungen, ansteckenden Krankheiten und allen damit verbundenen Verheerungen preisgegeben ist, darin wie auf einem Ehrenposten treu ausharret, um alle Hülfsmittel der Intelligenz und des Mutes zu

[1]) Goethes Werke, IV. Abth., 8. Bd., 295.

entfalten!" Gegen „Nabuchodonosor", den König der Preußen, führt Mirabeau in diesem Aufruf eine ganz andre Sprache, als ein Jahr vorher in seinem Glückwunsch zur Thronbesteigung. „Du, Nachfolger eines Helden, der immer nur den Despotismus des Genius ausübte! Der du selbst solche Größe hättest erreichen können, wenn du Schritt für Schritt die Preußen zu politischer Freiheit erhoben und ihnen die einzige Wohlthat erwiesen hättest, deren sie der große Friedrich nicht teilhaftig machte, weil er sie derselben nicht für würdig erachtete! Du hast dich jetzt nicht geschämt, dich zum Werkzeug eines zornigen Weibes herzugeben und einen freien Staat mit Füßen zu treten! Hättest du wenigstens nicht den Augenblick gewählt, da der mächtige Verbündete Hollands durch ein gebieterisches Schicksal gefesselt war, man hätte dann nur deine Barbarei gesehen, ohne dich der Feigheit zu zeihen; rasche Strafe würde dich ereilt und damit die Scheußlichkeit deines Unterfangens sich gemindert haben! Zittere, die Rache wird nun nur um so schrecklicher sein!" Und wieder, wie in jenem an Friedrich Wilhelm gerichteten Memorandum stellt Mirabeau eine Reihe von „droits inaliénables et imprescriptibles" auf, deren Durchführung er jetzt nur noch von den sich selbst befreienden Völkern erwartet: „Alle Menschen sind frei geboren, alle Menschen sind einander gleich, alle Macht geht vom Volke aus, jede Obrigkeit, mag sie zur Gesetzgebung, zur Verwaltung oder zum Richteramt berufen sein, ist dem Volk zur Rechenschaft verpflichtet" [1]) u. s. w.

Die Wirkung solcher Feuerworte darf nicht unterschätzt werden. Wie Mirabeau, sahen sich auch andre Apostel der Revolution ermutigt durch die Schwäche der französischen Regierung, die ebenso die königliche Macht zu Grunde richten mußte, wie sie die königliche Würde preisgegeben hatte. Auch in Holland verhallte der Ruf des Anwalts der Völker nicht ungehört. Die Hoffnung, daß der preußische Sieg die oranische Sache stützen und kräftigen werde, war trügerisch. Trotz des Jubels, womit die Wiederherstellung der Ordnung begrüßt worden war, gewann die Auffassung Boden, daß die Einmischung der Fremden in heimische Verfassungsfragen eine Kränkung der nationalen Ehre bedeute, das Volk wendete sich von den Oraniern ab, und durch diese Entfremdung wurde, als wenige Jahre später die Revolutionsheere, vereint mit den verbannten Patrioten, den Hollandsdiep überschritten, der Sturz der Dynastie beschleunigt.

Ja, für Preußen selbst hatte der leicht errungene Sieg in den Niederlanden eine verhängnisvolle Kehrseite. Mit Genugthuung konnte der Preuße auf die glänzende Probe der Schlagfertigkeit und der Tüchtigkeit des Heeres blicken; wäre es nur bei dieser berechtigten Hebung des nationalen Selbstgefühls, die in der Erbauung des Brandenburger Thores im Westend von Berlin Ausdruck fand, geblieben! Doch der mühelos errungene Sieg verführte zur Ueberhebung, insbesondere manche Aeußerungen aus militärischen Kreisen zeugen von maßlosem Selbstvertrauen. „Für Preußen die glänzendste Epoche," heißt es in einem Briefe des Generals Kalckreuth, „mit dem ersten Tempo des Degens

[1]) Mirabeau, Aux Bataves, 117.

bringt es ganz Europa zum Gehorsam.“ [1]) Mit schwachen Streitkräften hatte Herzog Ferdinand von Braunschweig ein von Verteidigungsmitteln keineswegs entblößtes Nachbarland angegriffen, und das Wagnis war gelungen. 1792 zog der nämliche Fehler des Feldherrn, der wieder mit unzulänglicher Macht den Einfall in Frankreich gewagt hatte, eine demütigende Niederlage nach sich. Durch Frankreichs Schwäche im holländischen Streit getäuscht, mußte Preußen ein Lustrum später die Erfahrung machen, daß die Engpässe der Argonnen weniger leicht zu nehmen seien, als die Schleusenschanzen vor Amsterdam.

---

[1]) Militär. Litteraturzeitung, Jahrg. 1875, 200.

Fünfter Abschnitt.

Die europäische Lage im Jahre 1787. Friedrich Wilhelm II. und die öffentliche Meinung. Graf Hertzberg. Kaiser Joseph II. und die orientalische Frage. Die Tripelallianz und die Kaiserhöfe. Der Türkenkrieg von 1788.

Im ersten Hefte der „Vaterländischen Chronik" hält Schubart eine Ueberschau über die Weltlage um die Mitte des Jahres 1787.[1]) Er staunt über den gewaltigen Umschwung im letzten Jahrzehent, das er als Gefangener auf dem Hohenasperg vertrauert hatte. Seine Betrachtung dringt nicht in die Tiefe, ist auch aus begreiflichen Gründen — er hat auf dem Hohenasperg Vorsicht gelernt — nicht frei von Schönfärberei; immerhin gewährt es Interesse, zu hören, wie ein Deutscher von Herz und Kopf die letzten Wandlungen und die bevorstehenden Wechselfälle am Vorabend der großen Revolution beurteilt. Vor allem ist beachtenswert, wie unbefangen der Oberdeutsche bei aller Bewunderung Kaiser Josephs die Entwickelung Preußens würdigt und diesem Staate den Beruf, Deutschland um sich zu scharen, zuspricht. Man sieht: der Fürstenbund hat abgeblüht, aber die Samenknospe ist geblieben, die Frucht geht, wenn auch langsam, der Reife entgegen. —

Maria Theresia, die edle, fromme Fürstin, ist heimgegangen, und ihren Thron hat der kühnste Reformator aller Zeiten, Joseph II., eingenommen. „Was man in Jahrhunderten nicht that, that er in wenig Jahren. . . . Er stupfte die Eichel, wollte den Eichbaum sehen und — sah ihn!" Man schaute in der Kaiserstadt an der Donau einen Papst, doch nicht in der trotzigen Stellung eines Hildebrand vor Heinrich IV., sondern als demütigen Bittsteller, der von seinem Kaiser und Herrn Schonung erwirken will. Man sah, wie Friedrich der

---

[1]) „An mein Vaterland", in Schubarts Vaterländ. Chronik, 1787, 1; „Zeichen der Zeit", ebenda, 105.

Einzige sein Leben mit einer „Götterthat" beschloß, mit der Stiftung des Fürstenbundes, an den sich noch immer die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft knüpfen. Man sah in Amerika durch Weisheit und Kühnheit einen neuen Freistaat erstehen und in Europa den alten batavischen Freistaat durch Feigheit und Thorensinn zum Niedergang sich neigen.

Auch anderwärts regt sich der Geist der Neuerung und des Aufruhrs. Im Lüttichschen gärt es; in Trient hat das Volk, erbost über die neue Militärkonskription, die kaiserlichen Adler zertrümmert; in Venedig will das Volk nicht länger als Knecht der Signoria dienen; in Toskana hetzt der Bischof von Pistoja gegen die Reformen des aufgeklärten Leopold; in Irland zerrt der Dämon Revolution schon lange an der Kette. Bald streut die Aufklärung den Samen der Unzufriedenheit aus und macht das leicht mißverständliche Wort Freiheit die Köpfe der Halbgebildeten schwindeln, — bald widersetzt sich der finstere Geist der Unduldsamkeit wohlthätigen Reformen, um seine alte Zwingherrschaft aufrecht zu erhalten. „Ohne den Scharfblick der großen politischen Seher, eines Kaunitz, Hertzberg, Pitt, ohne den Tubus der Apokalyptiker und ohne die Retorte des Bako und Leibniz läßt sich jetzt bloß mit gesunden Augen und schlichtem Menschensinne aus den Zeichen der Zeit auf große, in Staatsverfassung, Religion und Wissenschaft tiefeingreifende und revoltierende Ereignisse schließen .... Das europäische Staatssystem ist allen Anzeichen zufolge einem großen Umschwunge sehr nahe!"

Der türkische Mond scheint immer trüber und wird bald ganz ins Meer sinken, — fort mit den Barbaren nach Asien! Dem persischen Schah lahmt der von Wollust entnervte Arm am Säbelgriff; der Sinesier genießt viel und handelt wenig; Japan ächzt unter dem Joch eines Tyrannen. Von Afrika „belecken unsre Kenntnisse nur die Südspitze und die am Rand ertürmten, hochtrotzenden Freistaaten". Das sengende Klima, die wilden Tiere und Menschen, die ihre Wildheit den Tieren abgelernt zu haben scheinen, scheuchen den forschenden Wanderer noch immer vom Kern des Landes zurück." Amerika, auf dessen jungfräulichem Boden Washington, größer als Brutus, den neuen Freistaat gegründet hat, reckt jugendkräftig seine Glieder.

In Europa ist zwar „noch nicht der Tag angebrochen, aber es hat zu dämmern begonnen". In Portugal freilich ist der Geist des großen Pombal erloschen, ohne Spuren der Aufklärung zu hinterlassen, und in Spanien fliehen die Musen vor der Mordfackel der Inquisition, aber Italien will nicht mehr bloß mit goldenen Aepfeln spielen, sondern sinnt auf Ermannung und Thaten. Glücklich durch seine vollkommene Staasverfassung, stark durch die Kraft seines Volkes behauptet England ersten Rang unter den Mächten. Nicht minder fest und gesichert — hier tritt zu Tage, daß Schubart die politischen Verhältnisse weniger scharf erfaßt, als Forster[1]) und Johannes Müller[2]); er ahnt gar nicht, daß in Frankreich in Wirklichkeit die Macht schon den Händen des Königs entglitten, daß nicht bloß eine Revolution, sondern die Auflösung nahe ist! — erhebt sich

[1]) G. Forsters Werke, VII, 159, 180, 183.

[2]) Joh. Müller an seinen Bruder, Kassel, 23. November 1782; ges. Werke, 30. Bd., 81.

Frankreich über die Nachbarn. „Gesunde Politik, immer tiefer wurzelndes, weises Finanzsystem, geübte Land- und Seemacht erhalten dies Reich bei aller Kleinheit, zu der sich der Nationalgeist immer tiefer hinabneigt, in Würde und Ansehen, und was diese Krone am meisten empfiehlt, sie macht es sich zu unsrer Zeit zum Geschäft, das System des Friedens über Europa zu verbreiten: neben der Lilie weht die Palme!" Holland, das moderne Tyrus, geht dem Verfall entgegen; der Schimpf, den die falschen Patrioten der mit dem Oelzweig des Friedens reisenden Statthalterin zufügten, wird schlimme Früchte tragen! Rußland, der schreckhafte Koloß, wird ganz Europa aus dem Gleichgewicht bringen, wenn es sich erst in seiner ganzen Größe aufrichtet. „Sechsundfünfzig Millionen Menschen zu einem Zwecke wirksam, was vermögen diese!" Schweden erhält durch Gustavs gelassene Weisheit sein altes Ansehen zurück. Dänemark wartet des elektrischen Funkens, der sein tapferes Volk wieder beleben wird. In Polen scheint der brausende Geist der Nation zur Ruhe gelangt zu sein, das Land sonnt sich im Lichte der Redlichkeit seines Stanislaus, aber wehe, wenn es diesen König verliert! Jeden Patrioten schaudert es, daran zu denken!

Frieden und Glück sind auch in Deutschland eingekehrt. Joseph und Friedrich Wilhelm sichern den Frieden und spenden das milde Licht der Aufklärung, ohne daß deutsche Sehnenkraft erlahmt wäre. Die Fürsten gelobten, „jede Gewaltthat der Alleinherrschaft" — das Wort paßt schlecht zu dem Lobgesang auf den Kaiser! — mit vereinten Kräften abzuwehren; so erstand „der unsre Freiheit so fest gründende deutsche Fürstenbund". Auch in den Bischöfen des Reichs regt sich apostolischer Geist; die Fessel der Hierarchie wurde mutig abgestreift. Ein frischer, mutiger Ton herrscht im Denken, Reden und Schreiben der Deutschen! Sogar das trotzige England fängt an, deutschen Geist besser zu würdigen. In der Litteratur fehlt es freilich nicht an trüben Erscheinungen. Die Nachäffung der Nachbarn über dem Rhein ist noch nicht aufgegeben; die deutsche Sprache donnert nicht mehr wie zu Hermanns und Luthers Zeiten, sondern girrt, wie eine Flöte in der Maiennacht; „der deutsche Genius läßt sich von Gnomen das Haar kräuseln, von Nixen mit Eau de Levant besprengen und von Elfen bebändern und bemaschen". Leichtsinniges Getändel gilt mehr als ernstes Studium, Duodezalmanache und wollüstige Romane beherrschen den Markt. Die Wissenschaft ist ins Zeichen der Encyklopädien getreten; sie sucht das Fett von allen Suppen abzuschöpfen, hat aber dem Volke nichts aufzutischen als eine Kapuzinersuppe. Die Zeitungen begnügen sich, zinngießermäßig zu politisieren und ihre Leser mit schalen Märlein und kühlen Facetien zu unterhalten. Aber noch leben und wirken große deutsche Männer, noch leben Klopstock, Wieland, Herder, Goethe, Lavater, Gerstenberg, Schiller, die Grafen Stolberg, Claudius, Bode, Gedicke, Engel, Garve, Nicolai, Möser und Moser, Männer, die für die Ehre ihres Vaterlandes arbeiten und den austretenden Strom immer wieder ins Bett zurückdrängen.

Vor allem ist Preußen berufen, Deutschland groß und stark zu machen. Seit den Tagen des Großen Kurfürsten, der mit kleiner Macht große Thaten vollbrachte, baute jeder Regent planmäßig weiter an der Schöpfung des Staates, der fortwährend die Augen der Welt auf sich zog. Auf Friedrich Wilhelm I., den

Schöpfer des Systems, und auf Friedrich den Großen, den Erweiterer, folgte Friedrich Wilhelm II., der Vollender! „Er ist ganz Gnade und Milde" — hier führt die Dankbarkeit das Wort, denn Schubart erhielt durch Vermittelung Friedrich Wilhelms die Freiheit —, „die stille Größe dieses Regenten verdient den schönsten Lorbeer. Religion gilt ihm als das erste, aber nicht weniger eifrig wirkt er für Verbesserung der Erziehungsanstalten, für Förderung des Kunstfleißes, der Landwirtschaft, des Handels und der Gewerbsamkeit. Die Krieger sind noch von jenem Geist beseelt, der zu Friedrichs Zeiten mit halben Welten rang und obsiegte. Der Patriot weint vor Freude, daß nunmehr Vaterlandssprache, Vaterlandsgeist an der Spree wieder Geltung haben und in den Sälen der Akademie die Namen der Engel, Garve, Ramler, Selle und dein Name, Hertzberg, des Auslands Namen übertönen!"

„Mit einem Wort: kein Land kann sich derzeit rühmen, so große Staatsmänner, Krieger, Weise, Künstler und vortreffliche, Licht und Kraft im Staat verbreitende Männer so gedrängt nahe beisammen zu haben, als Preußen, der Liebling der Vorsehung!"

Schubart blieb ein Bewunderer Preußens und ein Anwalt Friedrich Wilhelms II. Noch im Sommer 1788 schreibt er: „Glücklich ein Reich, drin ein Friedrich Wilhelm gebeut, ein Finkenstein spricht, ein Hertzberg seine Essays schreibt und ein Möllendorff handelt!" [1]) Sogar das Religionsedikt sucht er trotz seines Widerwillens gegen den „obersten Bischof und Pädagogarchen des preußischen Staates", Herrn von Woellner, zu rechtfertigen; angesichts der schmachvollen Schriften gegen Religion und Vaterland, wie sie in jüngster Zeit aufgewuchert seien, könne einem Fürsten nicht verargt werden, wenn er sich und den Staat auf die Reagierenden in Kirche und Gesellschaft stützen wolle. Freilich sei nicht zu billigen, daß auf die „bisherige, nicht selten übertriebene Denkfreiheit" jetzt ein „Denkzwang" gefolgt sei, eine kommandierte Frömmigkeit, die dem freien Geist der Nation nicht anstehe und Preußens Ruf zu schädigen drohe. Unbegreiflich sei auch die Liebelei des Berliner Hofes mit der Kurie. „Eine der seltsamsten Erscheinungen in Berlin ist — der päpstliche Geschäftsträger, Graf Guiccioli: was würde der große Friederich, was der orthodoxe Friedrich Wilhelm, was die alten königlichen und kurfürstlichen Verfechter der protestantischen Freiheit sagen, wenn sie dies Phänomen von ihrem Sternensitze erblickten?" „Doch," setzt Schubart resigniert und vorsichtig hinzu, „der preußische Staat ist schon einmal von der Vorsehung auserlesen, der Welt ungewöhnliche Schauspiele zu geben .... Der Erfolg muß erst die Weisheit der neuen Verordnungen rechtfertigen!" [2])

Doch in andern Kreisen wurde die innere Politik des Berliner Kabinetts weniger nachsichtig beurteilt. Es wurde schon dargelegt, wie sich unter dem Eindruck der kirchenpolitischen Neuerungen eine Gegnerschaft bildete, aus deren Reihen heftige Angriffe gegen den König und die von ihm begünstigten Geheim-

[1]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1788, 632.
[2]) Ebenda, Jahrg. 1789, 172.

bündler und Glücksritter gerichtet wurden. [1]) Doch auch die keckſten Pamphlete aus deutſcher Feder überragte an leidenſchaftlicher Hitze eine Schrift jenes Franzoſen, der ein Jahr vorher die Thronbeſteigung des preußiſchen Monarchen ſo freudig und begeiſtert begrüßt hatte. Da die „Geheime Geſchichte des Berliner Hofes“ trotz aller Erwiderungen und Widerlegungen die Beurteilung Friedrich Wilhelms II. bis auf den heutigen Tag über Gebühr beeinflußt hat, muß darauf näher eingegangen werden.

Im Sommer 1787 erſchien zuerſt eine franzöſiſche, bald darauf auch eine deutſche Ausgabe von Briefen eines reiſenden Franzoſen mit Nachrichten intimſten Charakters über den Berliner Hof. Obwohl Graf Mirabeau nicht genannt war und wenigſtens anfänglich ſeine Autorſchaft abzuleugnen ſuchte [2]), war über den Verfaſſer niemand im Zweifel. Heute wiſſen wir gewiß, daß der „Geheimen Geſchichte“ im Weſentlichen die Briefe zu Grunde liegen, die Mirabeau während ſeines Aufenthalts in Berlin an ſeine Gönner, Abbé Talleyrand und den Herzog von Lauzun, gerichtet hatte und die zur pikanten Lektüre für den Hof von Verſailles beſtimmt waren.

Die erſten Stücke enthalten Stimmungsbilder vom Hofe des großen Friedrichs, deſſen Leben zur Neige geht, ſo daß der Thronfolger ſchon den Mittelpunkt des Hoflebens bildet. Mirabeau, der häufig im Hauſe des Prinzen Heinrich verkehrte, war gut unterrichtet, und ſah und hörte manches, was ſich den Augen des großen Publikums entzog; auch ſonſt fehlte es damals einem Franzoſen in Berlin nicht an dienſtwilligen Zuträgern; insbeſondere der Kampf der Parteien um die Gunſt des künftigen Herrſchers iſt ſicherlich im allgemeinen getreu nach dem Leben gezeichnet. Vom ſterbenden Könige wird mit ehrfurchtsvoller Bewunderung geſprochen, und im Urteil über den Thronfolger und ſeine Freunde die Grenze erlaubter Kritik nicht überſchritten. Einen andern Ton aber ſchlagen die ſpäteren Briefe an. Da ſich der Verfaſſer inzwiſchen überzeugt hat, daß eine Berückſichtigung ſeiner Wünſche nicht zu erwarten iſt und der franzöſiſche Einfluß überhaupt vom Hofe verdrängt werden ſoll, tritt die Luſt am Skandal in den Vordergrund, das Urteil wird ſchärfer, der Ton leidenſchaftlicher. Um die für Klatſch und Mediſance ſehr zugänglichen Leſer in Verſailles und Trianon zu amüſieren, die Gegner der Franzoſen in Berlin anzuſchwärzen und die Perſönlichkeit des Berichterſtatters intereſſant zu machen, wird entſtellt und verzerrt, gefälſcht und beſudelt, ſo daß ſich nur noch eine Sammlung von Karikaturen darbietet. Man wird beim Leſen des Gedankens nicht los: Welch ein Unglück iſt es, über großes Talent zu verfügen, wenn man nicht den Charakter beſitzt, um es zum Guten zu verwerten! Wie widerlich wirkt durch handgreifliche Uebertreibung

---

[1]) In der „Allgemeinen deutſchen Bibliothek“ wurden von Profeſſor Hencke nicht weniger als 59 Schriften über das Religionsedikt beſprochen (Reiche, Die polit. Litteratur unter Friedr. Wilhelm II., 16).

[2]) Die Redaktion der Berliniſchen Monatsſchrift begleitet die Nachricht, daß Mirabeau in einem Briefe an einen Freund in Deutſchland (8. November 1788) die Autorſchaft von ſich abgewälzt habe, mit den Worten: „Wir freuen uns, von einem ſo talentvollen Manne, als wofür Graf Mirabeau allgemein erkannt wird, eine ſo poſitive Erklärung bekannt zu machen.“ (Jahrg. 1789, I, 168.)

das Zerrbild von Friedrich Wilhelm, der „bald wieder Markgraf von Brandenburg sein wird". „Aus drei Bestandteilen ist der Charakter des Königs zusammengesetzt: aus Falschheit, die er für Gewandtheit ansieht, Eigenliebe, die sich beim geringsten Anlaß verletzt glaubt, und einer Verehrung des Goldes, die bei ihm nicht so fast Geiz ist, als eine Leidenschaft, zu besitzen. Das erste von diesen Lastern macht ihn mißtrauisch gegen jedermann, denn wer grundsätzlich betrügt, hält sich immer für betrogen. Das zweite Laster bewirkt, daß er immer mittelmäßigen oder ganz unbedeutenden Leuten den Vorzug einräumt. Das letzte trägt dazu bei, daß er ein so stilles und einsames Leben führt, wodurch jene andern Fehler noch verstärkt werden!" [1]) Was sonst von läppischen und lasterhaften Gewohnheiten des Monarchen und von tollen Episoden des Hoflebens erzählt wird, entzieht sich der Wiedergabe. Und wie das Privatleben schändlich, so sei die Regierung kopflos und deshalb der Verfall des Staates nicht mehr aufzuhalten. „Nie ließ sich einem Reiche ein rascherer Rückgang prophezeien! Man unterwühlt es von allen Seiten auf einmal. Man vermindert die Quellen der Einkünfte; man steigert ins Maßlose die Ausgaben; man achtet keine Grundsätze; man handelt nach bloßen Einfällen; man schwächt die Armee; man benimmt den Wenigen, die zu brauchen wären, allen Mut; man macht selbst diejenigen mißvergnügt, um deren willen man alle andern verletzt hat; man entfernt alle Ausländer von Verdienst; man umgibt sich nur mit unbedeutenden Leuten, nur um das Ansehen zu haben, als ob man allein regiere." [2]) So ist das arme Preußen nur noch „ein Land, in das die Priester, die Visionäre und die Buhlerinnen sich teilen werden". „Fäulnis vor der Reife!" in dieses Schlagwort faßt Mirabeau seine Charakteristik des preußischen Staates zusammen. „Bordelle auf den Fittichen des Adlers, und ich will ihn mit leichter Mühe aufs Haupt schlagen! Möge dieses Wort des Kaisers nicht ein prophetisches sein!" —

Das Pamphlet wurde zwar, wie es bei Libellen dieses Schlages herkömmlich, mit Begierde verschlungen, — binnen kurzer Zeit waren 20 000 Exemplare vergriffen [3]) — rief aber bei besonneneren Lesern nur Unwillen und Entrüstung hervor. Prinz Heinrich, der Oheim des Königs, der selbst die Sendung Mirabeaus nach Berlin erwirkt hatte [4]) und nun sein Vertrauen schmählich vergolten sah, behandelte die Tölpelei, wie sie es verdiente; er verteilte selbst eine größere Anzahl Exemplare an Bekannte — so hätte es damit wohl auch der alte Fritz gehalten! [5]) Die preußische Regierung drang in Paris auf Verbot der Lästerschrift und Bestrafung des Verfassers; nach langem Zaudern wurde zwar das Buch durch Henkers

---

[1]) Histoire secrète de la cour de Berlin ou correspondance d'un voyageur français, depuis le 5 juillet 1786 jusqu'au 19 janvier 1787; Oeuvres de Mirabeau, ed. M. Mérilhou. VI, 380.

[2]) Ebend., 302.

[3]) Ebend., VI, S. V.

[4]) Mézières, vie de Mirabeau, 112.

[5]) Auch Goethe übte an der Schmähschrift lakonische Kritik. „Mirabeaus Buch," schrieb er an Charlotte von Stein, „will ich schicken, wenn's möglich ist. Die Herzogin hat es wieder holen lassen und es soll fort. Du verlierst nichts an dieser Lektüre." (Briefe, IX, 90.)

Hand verbrannt (10. Februar 1789), doch weigerte sich das Pariser Parlament, gegen den Verfasser einzuschreiten.[1])

Hertzberg, der in Mirabeaus Schrift als ein aufgeblasener Hohlkopf geschildert ist, „für den unterm Monde nichts Wert hat als Hertzberg und Preußen",[2]) gab seiner Entrüstung in einer akademischen Festrede, welche die Errungenschaften des zweiten Regierungsjahres Friedrich Wilhelms II. feierte, pathetischen Ausdruck. Er vergleicht den ungenannten, nur allzu bekannten Verfasser mit Herostrat, Prokop und Aretino, die er an Schamlosigkeit und Tücke noch übertreffe.[3]) Der Redner vermengt aber unbilligerweise die „Geheime Geschichte" mit dem Werk „über die preußische Monarchie", dem sich ernstere Bedeutung nicht absprechen läßt.

Mit patriotischem Eifer wandte sich der Historiker Ernst Posselt gegen „den Franzosen, der Nichts ist für das Gute, Alles für das Böse!"[4]) gegen den „modischen Pasquino", der vor sein Faunenantlitz die Maske des Sittenrichters band. Mirabeau sei nach Berlin gegangen, um sich Friedrich Wilhelms Gunst zu erbetteln, aber zu seinem Leidwesen sei vom königlichen Tische kein Brosämlein abgefallen und die dem König zugedachte Aspasia, die Marquise von Fleury, sei zurückgewiesen worden, ja endlich seien der Kuppler und sein Helfershelfer, Marquis Luchet, aus Berlin so gut wie weggejagt worden. „So haben wir ... den Schlüssel zu diesem Archiv von Lügen, Schmähungen, Widersprüchen und Bosheiten aller Art, die er gegen den preußischen Staat überhaupt, gegen dessen weisen und menschenfreundlichen König und gegen eine Reihe von Männern zusammengetragen hat, welche auf die Verehrung der Zeitgenossen die gerechteste Ansprache haben." Neidische Verleumdung sei es, wenn behauptet werde, daß Preußen, durch die Kriegs- und Staatskunst eines Friedrich künstlich in die Höhe geschraubt, ohne ihn herabzusinken beginne. „Ein Staat, wider aller Völker Macht von Gott selbst erhalten durch dich, ist bestimmt, unsterblich zu sein, wie du selbst!"

Dankbarkeit und Eitelkeit ließen auch den bekannten Abenteurer Baron Trenck zur Abwehr Mirabeaus schreiten.[5]) Friedrich Wilhelm hatte ihm den größten Teil der von König Friedrich in Beschlag genommenen Familiengüter zurückgegeben; dafür wollte sich Trenck erkenntlich zeigen, um so lieber, da damit erwünschte Gelegenheit geboten war, die eigene Persönlichkeit gegen den berühmten Mirabeau auszuspielen. Weil er wie kein andrer die Trieb-

---

[1]) Stern, Das Leben Mirabeaus, I, 285.

[2]) Histoire secrète, 89.

[3]) Geschichte des zweiten Regierungsjahres Friedrich Wilhelms II., vorgelesen von Hertzberg in der königl. Akademie der Wissensch. am 21. August 1788, 156.

[4]) Ernst Posselt, Ueber Mirabeaus Histoire secrète de la cour de Berlin (1789). Die Schrift ist „dem Geiste Friedrichs des Großen" gewidmet. Das Titelkupfer zeigt folgendes Bild: „Eine Bildsäule Jupiters; der Gott sitzt da, in ruhiger Majestät, den Donnerkeil in der Hand und zur Seite den Adler. Ein mutwilliger Knabe wirft einen Stein nach ihm. Will sagen: so wenig Jupiter dem Werfen des mutwilligen Knaben zürnt oder sich irgend dadurch entehrt hält, so wenig achtet Friedrich Wilhelm II. der Lästerungen eines Mirabeau."

[5]) Trenck contra Mirabeau oder politisch-critische Beleuchtung der geheimen Geschichte des Berliner Hofes von Fhrn. Friedrich von der Trenck. Aus dem Franz. (?) 1789.

federn der preußischen Maschine kenne, wird versichert, sei er berufen, dem Pariser Charlatan darzuthun, wie wenig Richtiges und Wahres er in Berlin ergattert habe. Wie geschmacklos die Ehrenrettung des Königs durchgeführt wird, mag ein Beispiel beweisen. Den Vorwürfen bezüglich der sinnlichen Ausschweifungen des Königs begegnet der Anwalt mit zwei Fragen und Antworten: „Ist es wahr, daß der König von Preußen die Frauen liebt? Niemand zweifelt daran. Ist das bei einem König ein Verbrechen? In dem Zustand, in dem sich heute Preußen befindet, darf der König den Myrthen Cupidos vor dem Lorbeer des Mars den Vorzug geben!" Von einer „kritischen Beleuchtung" der Schrift Mirabeaus ist keine Rede; mit den allgemeinen politischen Betrachtungen des Franzosen erklärt sich Trenck einverstanden, denn er ist „ein Gegner jeder willkürlichen Macht, also des österreichischen wie des preußischen Systems".

Dagegen ist es Herrn Hofrat Zimmermann gerade um die Rettung des Berliner „Systems" zu thun.[1]) Er nennt zwar seine Schrift eine „Verteidigung Friedrichs des Großen", bietet aber im Wesentlichen eine Apologie der Männer, die das Vertrauen des regierenden Königs erworben hatten. Minister Wöllner werde in Mirabeaus „boshafter Charteke" nur deshalb mit Hohn und Spott verfolgt, weil er „so voll unüberwindlichen Mutes für die Sache Gottes, gegen die Ausrottung des Christentums und den wilden Strom der Aufklärung" ankämpfe. Bittres Unrecht werde seinem „teuren Freunde", dem Kammerherrn Marchese Luccheſini, zugefügt, und ebenso wenig verdiene Luccheſinis Schwager, Oberst Bischoffwerder, den Vorwurf, als ob er sich zum Mitregenten des Königs hinaufschrauben wolle; der Oberst besorge einzig und allein die Korrespondenz für die Kavallerie, wie sie Herr von Geusau für die Infanterie zu überwachen habe. Mirabeau speie nur deshalb Gift und Galle, weil ihn die beiden schönen Töchter des Obersten zu häßlich befunden hätten; wie uneigennützig der Vertraute des Königs geblieben sei, erhelle daraus, daß jene Mädchen unlängst zur Klage gezwungen waren: „Wir haben nicht Geld genug, um täglich in die Komödie zu gehen!" Dem König sei das höchste Lob zu spenden, daß er Männer „voll so ausgezeichneter, wahrer, moralischer Erhabenheit und Größe" der Freundschaft und des Vertrauens würdige.

Glücklicherweise hat König Friedrich Wilhelm diese „Ehrenrettungen" nicht nötig. Das von dem französischen Spion gezeichnete Bild ist schon deshalb unwahr, weil es nur die Schatten zeigt und nicht das Licht. Schon aus den äußeren Regierungshandlungen läßt sich entnehmen, wie übertrieben die Klage über die Trägheit und den Stumpfsinn des Königs, der „nur für Lottospiel und tändelnde Musik Interesse zeige". Vom gewöhnlichen Verkehr mit den Ministern abgesehen, pflegte Friedrich Wilhelm einen großen Teil des Jahres auf Reisen in seinem Königreiche zu verwenden; dabei hielt er Musterungen und Manöver ab, beriet mit den Beamten über die Bedürfnisse der einzelnen Provinzen und Städte, besichtigte Fabriken und Manufakturen und ließ es auch an Aufmunterung von

[1]) Zimmermann, Verteidigung Friedrichs des Großen gegen den Grafen von Mirabeau (1788).

Kunst und Künstlern nicht fehlen. Daß die Regierung in ihren Bemühungen um die Landeskultur nicht immer glücklich war, daß der Tabakbau, die Seidenraupenzucht und ähnliche Schöpfungen die sorgfältige Pflege schlecht belohnten, kann nicht dem Regenten zur Last gelegt werden; daß im zweiten Jahr der Regierung Friedrich Wilhelms die Zölle erheblich herabgemindert wurden und die Stadt Stettin Erlaubnis zur Getreideausfuhr erhielt, wird von Hertzberg als wichtige Errungenschaft gefeiert.[1]) Von der menschenfreundlichen Gesinnung des Königs gab es manch freundlichen Zug zu erzählen. Als er sich bei einer Feuersbrunst in Breslau eifrig am Rettungswerk beteiligt hatte, rühmte sogar der Republikaner Georg Forster die Pflichttreue „eines Fürsten, dessen Unterthanen die beruhigende Ueberzeugung hätten, daß ihr Oberhaupt bei Tag und Nacht auf seinem Posten verharre".[2])

Freilich, ein Herabsinken von der hohen Stellung, welche Preußen unter Friedrich dem Großen eingenommen hatte, ist unverkennbar; ohne daß es im einzelnen nachzuweisen wäre, trat allmählich in der ganzen Verwaltung eine Abnahme der Kräfte ein, die schließlich zur Katastrophe des Jahres 1806 geführt hat. Am deutlichsten läßt sich der ungünstige Umschwung auf dem Gebiet der Geistespflege erkennen. Bei der ersten Geburtstagsfeier des Königs, am 25. September 1786, hatte der Akademiker Engel das stolze Wort ausgesprochen: „Unter den Monarchien Europens ist die unsrige fast die einzige, wo Staatsklugheit und Menschenliebe jene entehrenden Fesseln des Gewissenszwanges nicht bloß weiter gehängt, nicht bloß erträglicher und leichter gemacht, sondern sie zerrissen und zerbrochen haben."[3]) Schon im nächsten Jahre würde Engel diese Erklärung nicht mehr abgegeben haben oder nicht mehr abgeben haben dürfen. Unter dem Einfluß der Wöllner und Bischoffwerder und rühriger Mitwirkung der bei Hofe begünstigten Geheimbünde wurde die Forderung „Religion und Moral" im Sinne des strengen Bibelglaubens ausgebeutet. Das Schulwesen wurde nach klerikalen Gesichtspunkten reformiert, mißliebige Prediger wurden trotz freisprechender Urteile des Kammergerichts entlassen oder ohne Untersuchung und Urteil bestraft, kurz, wie Preuß sagt, „die Geistesdespotie Wöllners setzte in dem Kulturstaat Preußen den Segen der Denk-, Preß- und Rechtsfreiheit zur Zeit des großen Königs in ein neues, zuvor immer noch nicht allseitig genug erkanntes Licht".[4]) Dem Einfluß der Dunkelmänner suchte das „Kränzchen" entgegenzuarbeiten, in welchem sich der Minister von Struensee, der geheime Finanzrat Wlömer, die Pröbste Teller und Zellner, Bibliothekar Biester und andere Gesinnungsgenossen „zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten" versammelten.

Günstigeren Eindruck gewährt die äußere Politik Friedrich Wilhelms in diesen Jahren. Wir besitzen zur Feststellung des objektiven Thatbestandes eine

---

[1]) Geschichte des zweiten Regierungsjahres ꝛc., 168.

[2]) G. Forster, Schriften politischen Inhalts, 35.

[3]) J. J. Engel, Schriften, IV, 81.

[4]) Preuß, Zur Beurteilung des Staatsministers von Wöllner, in der Zeitschr. für preuß. Gesch., III, 79.

zuverlässigere Quelle als die Panegyriken Hertzbergs: die eigenhändigen Schriftstücke des Königs. Aus Hunderten von Signaten, Depeschen und Briefen läßt sich der Vorwurf Mirabeaus am sichersten widerlegen. Der König hat auf politischem Gebiet nicht nur eine rege Thätigkeit entfaltet, sondern auch in manchen Fällen mehr Scharfsinn und Staatsklugheit an den Tag gelegt, als der von den Zeitgenossen so hoch gefeierte Hertzberg. Max Duncker und Paul Bailleu haben aus dem Briefwechsel des Königs mit seinem Minister nachgewiesen, daß Hertzbergs Ansichten und Ratschläge durchaus nicht immer die glücklicheren waren.[1]) Der Minister war aus der archivistischen Laufbahn hervorgegangen; „gelehrte und politische Bestrebungen durchdrangen sich fortan in ihm, einander fördernd, aber nicht minder auch hemmend." Seine Geschichtskenntnisse und seine Vertrautheit mit den Archiven ließen sich bei Abfassung amtlicher Noten trefflich verwerten, aber es wurde darauf zu viel Gewicht gelegt; der Politik Hertzbergs haftet ein gewisser doktrinärer Zug an; er glaubte durch diplomatische Kunstfertigkeit und gelehrte Auseinandersetzungen auch da zum Ziel zu gelangen, wo es lohnender gewesen wäre, ohne Umschweife eine gesunde Interessenpolitik zu verfolgen. Er wäre ein vorzüglicher Hülfsarbeiter eines großen praktischen Staatsmannes gewesen, ihm selbst fehlte der große Zug; er gehörte zu jenen Politikern, die in der Staatskunst ein Monopol ihrer Kaste erblicken und mehr der Schablone nach berühmten Mustern als den Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung tragen. Fremden Diplomaten mißfielen die Eitelkeit und die Ruhmbegierde des preußischen Ministers. Der schwedische Gesandte in Berlin, von Carisien, dem Scharfsinn und Objektivität nachgerühmt werden, schreibt 1793 — also allerdings erst nach dem Sturze Hertzbergs —: „Mit einer ganz übertriebenen Ansicht bezüglich der preußischen Macht, für die, wie er glaubte, nichts unmöglich sei, vereinigte er ein brennendes, unruhiges Verlangen, die Grenzen Preußens noch weiter auszudehnen und dadurch sein Ministerium zu einem in der Geschichte glänzend dastehenden zu machen . . . Aufs höchste von seiner vermeintlichen Ueberlegenheit als Staatsmann, Landwirt und Gelehrter eingenommen, zeigte Graf Hertzberg im übrigen täglich seine schwache Seiten, deren sich die Personen, welche seiner Eitelkeit schmeichelten, mit Vorteil zu bedienen wußten, um ihm die geheimsten Pläne zu entlocken."[2])

Wir haben gesehen, daß Hertzberg den Gedanken eines festeren Bundes deutscher Fürsten, den Karl August von Weimar neuerdings angeregt hatte, geringschätzig ablehnte und damit den Beweis lieferte, daß er für den eigentlichen Beruf Preußens nicht das volle Verständnis hatte. Wir haben gesehen, daß er zur kriegerischen Aktion in Holland drängte, die zwar dem preußischen Heere ehrenvollen Lorbeer, dem preußischen Staate aber keinen Vorteil brachte. Nach siegreicher Beendigung „seines" Feldzugs suchte er um jeden Preis eine Verwickelung Preußens in neuen Krieg fernzuhalten, einem blutscheuen Arzte

---

[1]) Friedrich Wilhem II. und Graf Hertzberg, von M. Duncker, in Sybels histor. Zeitschr. Jahrg. 1877, 1. Graf Hertzberg, von P. Bailleu, in histor. Zeitschr., Jahrg. 1879, 443.

[2]) Arnheim, Aus einer schwedischen Gesandtschaftsrelation über Preußen von 1793, in Forschungen zur brand.-preuß. Gesch., II, 267.

vergleichbar, der auch dann noch mit Mixturen zu helfen sucht, wenn nur ein entschlossener Schnitt die Heilung bringen kann. Als das von Frankreich wohlwollend unterstützte Bündnis der Kaiserhöfe die übrigen Mächte Europas zum Widerstand nötigte, war Hertzberg dem großen Augenblick nicht gewachsen; er versäumte über der Jagd nach kleinem Gewinn die Gelegenheit, durch festes Auftreten in der orientalischen Frage die deutsche zur Entscheidung zu bringen. „Weise Mäßigung" galt ihm als einzig würdiges Regierungsprogramm, die Kunst des Worts als Allheilmittel, womit sich alles erreichen lasse; in der gefährlichsten Krisis fand er immer wieder einen Ausweg, der die Möglichkeit gewährte, „die Kräfte des Staates für die Zukunft aufzusparen".

Der König war, wie sich aus seinen Signaten ersehen läßt, mit den Grundsätzen seines Ministers durchaus nicht immer einverstanden; ihm fehlte es nicht an Mut und Entschlossenheit, um im günstigen Augenblick auch eine entscheidende That zu wagen. Friedrich Wilhelm, von oberflächlicher Bildung und ernsten Studien abhold, verfügte nicht über jene Kenntnisse, die einem Staatsmann seine Aufgabe erleichtern, aber er besaß den gesunden Menschenverstand, der ihn auch in schwieriger Verwickelung das Richtige erfassen ließ; er war, obwohl im allgemeinen indolent, ein scharfer Beobachter; er war langsam in seinen Erwägungen und zögernd und vorsichtig vor dem Entschluß, aber von dem, was er sich einmal zurechtgelegt, ganz erfüllt und dann auch zäh und beharrlich. Freilich, den Mut, auch seinem Minister Widerstand zu leisten und selbständig die Initiative zu ergreifen, besaß er nicht; erst später, als die Lage sich weniger günstig gestaltet hatte, bewog ihn Lucchesinis Einfluß, die von Hertzberg empfohlene Politik aufzugeben. Wer möchte aber aus der Anhänglichkeit an Hertzberg einen schweren Vorwurf ableiten! Sah doch alle Welt mit Hochachtung und Bewunderung auf den Staatsmann, der in vierzigjähriger Amtsthätigkeit immer ruhig, immer taktvoll, in tadelloser Haltung Kabinettsgeschäfte besorgt, mehr Traktate entworfen, mehr Staatsschriften verfaßt hatte, als alle übrigen Minister Europas, ohne daß er sich den inneren Angelegenheiten der Monarchie gänzlich entzogen oder der Pflege der Wissenschaften entsagt hätte. Man glaubt den weltmännischen Nestor der europäischen Diplomatie selbst zu hören, wenn der sonst so explosible Georg Forster die Aufgaben und Ziele preußischer Politik schildert: „Die Seele des preußischen Staates muß Anhänglichkeit an das seit einem Jahrhundert gelegte System eines regelmäßigen Fortschreitens in Macht und Größe bleiben. . . . Ein preußisches Kabinett, das anfangen wollte, die Finanzen in Verwirrung zu bringen, den Schatz auszuleeren, die Armee einem großen Eroberungsplane zu opfern, würde das Gewicht, das Preußen seit zwanzig Jahren in Deutschland und Europa behauptet, vermindern und dadurch offenbar die ironische ‚Vorschrift, wie man aus einem großen Reiche ein kleines machen könne', welche der verehrungswürdige Franklin 1774 schrieb, im Ernst zu befolgen scheinen." [1])

Auch in der orientalischen Frage hielt Hertzberg an dem Bestreben fest, „die rechte Mitte zu finden". Je entschiedener Oesterreich sich dem Osten zu-

[1]) G. Forster, Schriften polit. Inhalts, 191.

wandte, je mehr es sich an der unteren Donau auszubreiten suchte, desto zuversichtlicher konnte Preußen hoffen, in Deutschland die gebührende Stellung zu erringen. Jede Vergrößerung Oesterreichs im Osten war auch für Preußen von Vorteil. Dagegen sah Hertzberg, weil er eben den deutschen Beruf Preußens nicht richtig würdigte, den Inbegriff politischer Weisheit eines preußischen Staatsmannes darin, Oesterreich zu schaden, immer und überall zu schaden, freilich niemals ohne den gemessenen Ton, die diskreten Manieren, das wohlwollende Lächeln des wohlerzogenen Staatsmannes abzulegen, und immer mit solcher Behutsamkeit, daß eine direkte Kriegsgefahr nicht erwachsen könne. —

Es wurde schon dargelegt, welch gute Dienste Kaiser Joseph der Zarin (1783) im Kriege mit der Pforte leistete. Er ließ nicht bloß geschehen, daß Katharina im Widerspruch mit den bestehenden Verträgen die Krim ihrem Reiche einverleibte, sondern unterstützte die russischen Ansprüche auch noch bei den Friedensverhandlungen durch die Erklärung, daß er eine Weigerung der Pforte auch seinerseits mit einer Kriegserklärung beantworten würde. Für diese Gefälligkeit dankbar, gab Katharina die Zusage, daß auch sie den Wünschen des Kaisers in Bezug auf den Eintausch Baierns nicht mehr widerstreben werde. Der Plan scheiterte an der Aufrichtung des Fürstenbundes, aber das gute Einvernehmen der Kaiserhöfe dauerte fort; Katharina und Joseph wechselten miteinander Briefe voll Schwung und Zärtlichkeit, die von einem in die thatsächlichen Verhältnisse nicht Eingeweihten als Briefe von Liebenden angesehen werden könnten.

Im August 1786, wenige Tage vor dem Ableben Friedrichs II., eröffnete Katharina ihrem Freunde, daß sie neuerdings ernsten Anlaß habe, über den Großherrn in Stambul, der die schutzherrlichen Rechte Rußlands über Georgien bestreite, ungehalten zu sein; zugleich war mitgeteilt, daß sie die neuerworbene Krim zu besuchen gedenke, und der Hoffnung auf eine Begegnung mit dem Kaiser Ausdruck gegeben. [1]) Joseph fand diesmal den Ton des Briefes etwas hochgeschraubt und hielt es für beleidigend, daß die Einladung in Form eines Postskriptum gekleidet war; er wolle, schreibt er an Kaunitz, „à la princesse de Zerbst Catherinisée“ begreiflich machen, daß er auf delikatere Behandlung Anspruch zu erheben habe. [2]) Kaunitz beschwichtigte jedoch den Empfindlichen; der Brief der Zarin wurde in freundschaftlichster Weise mit dem Versprechen erwidert, Joseph werde, falls es ihm seine Regierungsgeschäfte erlaubten, mit Freuden der Einladung Folge leisten. Doch die Verstimmung Josephs war nicht gehoben, ja, er befreundete sich sogar mit dem Gedanken, dem Bündnis mit Rußland zu entsagen und mit dem Nachfolger König Friedrichs, dessen ganzes Auftreten ihm Vertrauen einflößte, in engere Verbindung zu treten. In einer für den Staatskanzler bestimmten Denkschrift führte er aus, welch heilsame Folgen ein aufrichtiges Zusammengehen der Häuser Oesterreich und Preußen für Deutschland und ganz Europa nach sich

[1]) Arneth, Joseph II. und Katharina von Rußland, ihr Briefwechsel, 274.
[2]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, ihr Briefwechsel, 242.

ziehen könnte.[1]) „Wenn die Häuser von Oesterreich und Brandenburg aufrichtig zu einander halten und nach gemeinsamen Plänen handeln, so haben sie nichts zu fürchten, weder von irgend einer andern Macht, noch sogar von mehreren verbündeten Mächten; sie werden die Schiedsrichter sein nicht bloß von Deutschland, sondern von Europa; sie werden von allen Mächten gesucht werden, aber selbst niemals nötig haben, die Gunst eines andern zu erbitten; der allgemeine Weltfriede wird nur von ihrem Willen abhängen; wenn sie sich einander stützen, können sie das Glück ihrer Unterthanen begründen und ihre Staaten zu Blüte und Wachstum bringen; sie können sich alle ihnen wünschenswert erscheinenden Vorteile erwerben und den andern Mächten nach ihrem Belieben Anteil zuwenden; das sind unbestreitbare Wahrheiten, die man mathematisch beweisen kann." Kaunitz war nicht wenig bestürzt, als ihm ein Systemwechsel zugemutet wurde, der unvermeidlich das eigentliche Werk seines Lebens, das Bündnis Oesterreichs mit Frankreich, vernichtet hätte. Er erbat sich Bedenkzeit, machte aber sogleich darauf aufmerksam, daß die Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und Frankreich mit einer Annäherung an Preußen kaum vereinbar sein werde. Das habe an sich nichts zu bedeuten, erwiderte Joseph, denn „wenn es möglich wäre, im König von Preußen ebenso feste Ueberzeugung von den unberechenbaren Vorteilen einer wahren und aufrichtigen Allianz zwischen unsern Staaten wachzurufen, wie ich sie hege, so könnte man, glaube ich, auf jede andre Verbindlichkeit verzichten." Zu dieser Anschauung war aber Kaunitz nicht zu bekehren. Zwischen ihm und Preußen war nun einmal Todfeindschaft gesetzt, und sein ganzes Trachten ging dahin, den Gegner in die Ferse zu stechen. „Nichts wäre erwünschter," schrieb er am 30. August 1786 an den kaiserlichen Gesandten in Berlin, „als wenn der neue König in eine vollkommene Ruhe und Sicherheit gegen uns versetzt werden könnte. Um dieses zu erwirken, müssen wir sorgfältig die Klauen verbergen, um dann, wenn man uns auffordern sollte, desto sicherer hauen zu können. . . . Dieses und nichts andres muß der ganze Endzweck unsrer Politik sein, denn daß jemals unser wahres Staatsinteresse mit dem des preußischen Hofes auf solide, dauerhafte Art vereinigt und gleichsam in eines zusammengeschmolzen werden könnte, gehört bloß unter die frommen Wünsche." Eine Vergrößerung Oesterreichs werde immer bei Preußen auf Widerstand stoßen; Kollisionen könnten also nur durch gemeinsame Partage oder mit dem Degen in der Faust gelöst werden. Das erste bleibe immer nur ein Flickmittel, deshalb verlange Oesterreichs Interesse, darauf hinzuarbeiten, daß der neue König immer mehr von kriegerischer Gesinnung abgezogen werde und die preußische Maschine an Kraft einbüße, damit Oesterreich, wenn Zeit und Umstände es erlaubten, mit aller Gewalt sich darauf stürzen und sie zerstören könne.

Weniger drastisch, aber ebenso offen, sprach sich Kaunitz gegenüber dem Kaiser aus, dessen Versöhnungswünsche er in einem Memorandum vom 10. Dezember 1786 bekämpfte.[2]) Weder Vorteile, noch Ersparnisse seien davon

---

[1]) Réflexions sur l'alliance avec la Prusse (Beilage zum Brief des Kaisers an Kaunitz vom 6. Dezember 1786); Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund, II, Anhang, 298.

[2]) Très humbles observations du prince Kaunitz etc.; Ranke, 303.

zu erwarten; alle übrigen Mächte im Osten und Westen würden sich gegen das neue Bündnis erheben, und vor allem würde das Bündnis selbst der notwendigen Festigkeit entbehren, denn wie könnte Oesterreich je des Unrechts vergessen, das ihm von Brandenburg zugefügt wurde, wie könnte der König von Preußen sich je der Furcht erwehren, daß dem schwer beleidigten Oesterreich doch nicht zu trauen sei! Die allgemeine Lage habe sich durch den Thronwechsel in Preußen ebensowenig verändert, wie die preußische Politik; auch heute noch seien die Interessen der Nebenbuhler schlechterdings unvereinbar, und es wäre unverantwortlich, um der Erwerbung eines so zweideutigen Freundes willen bewährte Verbindungen aufzugeben. „Wenn nicht auf beiden Seiten", erwiderte Joseph noch am nämlichen Tage, „die Ueberzeugung befestigt werden kann, daß die Verbindung für beide von Vorteil ist, dann lassen sich freilich nicht Dauerhaftigkeit und Vorteil davon erwarten, sondern nur schwere Nachteile und zumal ernste Gefahr für denjenigen, der die Idee zuerst aufs Tapet bringt; ich stimme also mit Ihnen überein, daß man den Gedanken fallen lassen und als ein schönes, aber zur Zeit unausführbares Luftschloß betrachten muß." Demgemäß knüpfte Joseph die Verbindung mit der Zarin wieder an, doch hatten ihn die von Kaunitz geltend gemachten Gründe nicht völlig überzeugt. Im Gegensatz zu Kaunitz war der Vizekanzler Graf Philipp Cobenzl, in welchem Kaunitz einen rückhaltslosen Vertreter seiner Politik erblickte, ein Freund des preußischen Bündnisses; mit ihm beriet sich Joseph ohne Wissen des Kanzlers noch im Februar 1787 über die Ausführung des Planes, wobei nur der Staatsreferendar Spielmann ins Vertrauen gezogen war; ja, noch im September 1787 ist von dem Systemwechsel die Rede. „Was die allgemeinen Gesichtspunkte anlangt," schreibt Joseph an Cobenzl, „so bin ich ganz Ihrer Meinung, daß es zweckmäßig wäre, durch freundschaftliche Verständigung mit dem König von Preußen zu einer Arrondierung zu gelangen und sich von Frankreich so viel als möglich unabhängig zu machen, aber mir scheinen die Mittel, um dies zu erreichen, zu gewagt und wegen der möglichen Folgen zu gefährlich. Leben Sie wohl, ich werde niemand ein Wort davon sagen." [1]) Erst 1792 wurden diese Fäden von Franz II. im Verein mit Cobenzl und Spielmann wieder aufgegriffen.

Um seinen „theuren Heros" von solchen Grillen abzuziehen, bestand nunmehr Kaunitz, der früher abgeraten hatte, auf der Reise des Kaisers nach dem Chersonnes.[2]) Da der Kaiser verstanden habe, die stolze Zarin in eine ergebene Freundin umzuwandeln, werde es ihm auch jetzt ein Leichtes sein, die hohe Frau seinen Wünschen günstig zu stimmen. „Wenn ich fünfundzwanzig Jahre jünger wäre, würde ich mir die Erlaubnis erbitten, Sie begleiten zu dürfen, ebenso um das süße Glück zu genießen, längere Zeit in Ihrer Umgebung zu verweilen, wie um beobachten zu können, welche Feinheit und Liebenswürdigkeit Sie gegenüber der Kaiserin entfalten werden." [3]) Joseph war dem Rat und

---

[1]) Brunner, Correspondances intimes de l'empereur Joseph II avec son ami le comte de Cobenzl, 60, 66.

[2]) Beer, 253.

[3]) Ebend., 244.

den Schmeichelworten des Fürsten zugänglich; am 22. Dezember zeigte er der Zarin an, daß er sich in Cherson einfinden werde.

Im Februar 1787 wurde zur Abreise gerüstet. Kaunitz gab seinem Herrn noch gute Lehren auf den Weg. Durch unauffälliges Eingehen auf die Liebhabereien und Schwächen der Zarin soll sie gefügig gemacht werden, zum Austausch Baierns und zur Vernichtung des Fürstenbundes, „der abscheulichsten Machination, welche die Tücke des Berliner Hofes ausgesonnen hat", die Hand zu bieten. Joseph schrieb denn auch an die Zarin wie ein Liebender, dessen Herz von dem Gedanken erfüllt ist, daß er bald das Ziel seiner Sehnsucht erreichen soll. „Mich drängt die Eigenliebe, dieser Trieb, der den Menschen nie ganz verläßt, Eurer Majestät zu entdecken, wie sehr Sie den Grafen Falkenstein (unter diesem Namen war er bei seinem ersten Besuche in Rußland aufgetreten) verändert finden werden. Er trägt jetzt eine Perücke; die Anspannung aller Kräfte, die zur Erfüllung einer ebenso peinlichen wie undankbaren Aufgabe notwendig war, hat ihn so alt gemacht und hat ihm auch ein gutes Stück seiner Heiterkeit geraubt. Nur sein Herz und seine Hingebung an Eure Kaiserliche Majestät sind unberührt geblieben; diese Treue kann nimmer weder durch Zeit, noch durch irgend welche Umstände einen Wandel erfahren!" — „Ich sehe mit Entzücken die Hoffnung auftauchen," erwiderte ebenso verbindlich die Zarin, „in wenig Wochen dem Grafen von Falkenstein wieder zu begegnen; meine Freude ist unbeschreiblich!"

Es ist hier nicht am Platze, auf die Reise der Zarin in der Krim, von welcher Graf Segur, der Freund Lafayettes und Washingtons, eine so anziehende Schilderung geboten hat,[1]) und auf die merkwürdige Episode: Joseph II. in Cherson, näher einzugehen. Die Briefe des Kaisers an Kaunitz und Lacy geben vom Scharfblick des Reisenden nicht gerade durchaus glückliche Proben. Er läßt sich nicht selten durch einen ungünstigen ersten Eindruck zu unbilligen und unrichtigen Urteilen verleiten. In Potemkin sieht er nur „einen ganz hübschen Jungen, der sehr wenig Geist besitzt und durch den Wandel seines Geschicks ganz außer Fassung gebracht ist". Von Katharina denkt er nicht viel besser. „Der Grundzug ihres Charakters ist eitel Vergnügungssucht." Freilich, solange Joseph bei der Zarin weilte, folgte ein originelles Fest dem andern, und diese phantastischen Reiterspiele, buntfarbigen Regatten und blendenden Feuerwerke wirkten sogar auf den nüchternen Sinn des Kaisers berauschend. „In diesem Lande ist einfach alles möglich," schreibt er an Lacy, „Zeit und Geld spielen gar keine Rolle!" „Welch merkwürdige Reise," sagte er zu Graf Segur, mit dem er abends, umschwärmt von vielen tausend reichgeschmückten Kosaken, durch die nogaische Steppe lustwandelte, „wie hätte ich mir je träumen lassen, daß ich einmal mit der Zarin und einem französischen Gesandten eine Lustfahrt durch die Steppe der Tartaren machen würde; das ist ein ganz neues Blatt in der Geschichte!" — „Auch mir erscheint es," erwiderte Segur, „wie eine Scene aus ‚Tausend und eine Nacht', ich heiße Giafar und gehe mit dem nach seiner Gewohnheit verkleideten Chalifen Harun-al-Raschid spazieren!" Auf die Dauer

[1]) Mémoires ou souvenirs et anecdotes, par le comte Ségur, III, 1.

freilich ließ sich Joseph durch die gleißenden, auf Täuschung der Kaiserin berechneten Truggebilde, die „Dörfer Potemkins", nicht täuschen. Der ärmliche Flecken Cherson war auf Potemkins Wink in einer Spanne Zeit zur blühenden Handelsstadt umgewandelt worden; da ankerten zweihundert Handelsschiffe im Hafen, zwei große Kriegsschiffe waren bereit, vom Stapel zu laufen; ungeheure Kasernen, prächtige Kirchenbauten gingen der Vollendung entgegen; ein mächtiges Thor gegen Süden trug die bedeutungsvolle Inschrift: „Weg nach Konstantinopel". Katharina war entzückt und vollbefriedigt; dem Kaiser aber entging es nicht, daß die auf den schlecht gebauten Wällen aufgestellten Kanonen ohne Gefahr für den Bestand der Werke gar nicht abgefeuert werden konnten, daß die aufgeschichteten Kanonenkugeln nicht in die Rohre paßten, daß die aus grünem Holze gebauten Kriegsschiffe in kurzer Zeit verfaulen müßten, daß bei niedrigerem Wasserstand die Schiffe den Dnjepr herauf nicht bis Cherson gelangen konnten u. s. f. Von Politik war zwischen der Zarin und ihrem Gaste nur selten die Rede; der Kaiser erkannte aber, daß Katharina vor Begierde brannte, mit den Türken anzubinden und im Süden neuen Zuwachs zu gewinnen. Er suchte, wie Fürst Kaunitz beim Abschied anempfohlen hatte, diese Kriegslust zu zügeln; der gefährlichere Feind sei Preußen, deshalb sei es geboten, zunächst gegen diesen mit vereinten Kräften aufzutreten. „Destruktion des preußischen Staates" hatte Kaunitz dem kaiserlichen Gesandten in Petersburg, Grafen Ludwig Cobenzl, geradezu als das gemeinsame Ziel der russischen und österreichischen Politik bezeichnet.[1]) Um gegen Preußen gesichert zu sein, sei kluge Aufrechthaltung der Freundschaft mit Frankreich notwendig. Auch die polnische Frage müsse bei der nächsten Erledigung des Thrones von den beiden Ostmächten allein geregelt werden.

Eine Zeitlang schien auch die Zarin zur Auffassung des Kanzlers bekehrt zu sein. Der Kriegsdurst der hohen Frau, berichtete Ludwig Cobenzl am 9. August 1787 an den inzwischen nach Wien zurückgekehrten Joseph, habe sich ersichtlich vermindert, seit der Kaiser in seinen Gesprächen über den Orient nur so geringen Eifer an den Tag gelegt habe; in diesem und im nächsten Jahre könne der Frieden wohl als verbürgt gelten.

Doch die Zuversicht des Diplomaten trog. In Stambul war die mohammedanische Bevölkerung durch die beständigen Drohungen Rußlands und die kriegerischen Demonstrationen in der Krim in heftige Aufregung versetzt worden; auch der englische Gesandte schürte die Bewegung; Abdul Hamid lief Gefahr, durch einen Aufstand entthront zu werden, wenn er noch länger zauderte, die Herausforderung der Zarin anzunehmen. So wurde der Krieg vom Diwan beschlossen und dadurch unvermeidlich gemacht, daß der Großvezier den russischen Gesandten Bulgakow ins Gefängnis der sieben Türme stecken ließ.

Die Kunde von dieser Wendung berührte in Wien peinlich. „Der Krieg, den die verfluchten Türken eben an Rußland erklärt haben," schrieb Joseph am 30. August 1787 an Bruder Leopold, „und die Gefangennahme des Ministers Bulgakow, trotz aller Drohungen und Bitten meines Internuntius und des

[1]) Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs seit 1774, 84.

französischen Gesandten, nötigen mich, ohne Widerrede den casus foederis anzuerkennen, denn Rußland ist der angegriffene Teil. Kaum habe ich ein wenig geflickt, was man während meiner Abwesenheit in den Niederlanden verdorben hatte, kommt gleich eine neue Verlegenheit, ein Krieg in diesen verfluchten Ländern, mit einem Geleit von allen möglichen Krankheiten, Pest und Hunger und überdies mit wenig Aussicht auf Gewinn." [1]) Ohne Zögern stellte er jedoch der Zarin seinen Degen zur Verfügung. „Die Türken müssen in der That den Verstand verloren haben," schrieb er an Katharina, „sonst würden sie vor solchem Wagnis sich gehütet haben. Ich kann mir denken, welche Entrüstung Eure Majestät erfüllt und teile diese Empfindung. Warum sind wir nicht in diesem Augenblick in Sebastopol? Da könnte man sich doch bei gutem Wind aufmachen, um dem Großherrn und seinen unverschämten Räten mit Kanonenschüssen guten Morgen zu wünschen! Getreu dem Gelöbnis, das mich als Verbündeten an Eure Majestät knüpft, und noch bereitwilliger aus inniger Anhänglichkeit und Freundschaft, werde ich mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften beweisen, daß ich Ihre Sache auch für die meine ansehe!" [2]) Die Antwort der Zarin floß über von Freude und Dankbarkeit; dagegen war aus den Zeilen Leopolds unschwer herauszulesen, daß er einem Kriege, der so große Gefahren mit sich bringe und so schwere Opfer heische, beklommenen Herzens entgegensehe. „Ich bin überzeugt," bemerkt er in seiner vorsichtigen Weise, „daß Sie der wirklichen Vorteile, die ein solcher Krieg der Monarchie bringen kann, vollkommen sicher sein werden." Leopold spricht es nicht deutlich aus, aber seine Worte lassen nicht daran zweifeln: er wünscht, daß Joseph dem gefahrvollen Unternehmen fern bleibe, und er glaubt, daß sich die Verwickelung meiden lasse. [3])

Warum war Joseph nicht zu dieser Anschauung zu bekehren? Ranke erhebt deshalb schwere Anklage. „Es ist wohl als der verhängnisvollste Schritt zu betrachten, daß Joseph inmitten dieser Schwierigkeiten (in Belgien, Ungarn ꝛc.) sich dennoch entschloß, an dem russisch-türkischen Krieg teilzunehmen." Beer weist den Vorwurf leichtfertigen Kriegseifers zurück; der Kaiser habe nicht anders handeln können, da er durch seinen Vertrag verpflichtet gewesen sei, Rußland zu unterstützen. Dieser Auffassung suchte Joseph selbst am französischen Hofe Eingang zu schaffen. „Die Türken," schreibt er an Marie Antoniette (5. November 1787), „haben Rußland förmlich angegriffen; ich kann mich, ohne meine Verbindlichkeiten zu verletzen, ohne wortbrüchig zu werden, der Pflicht nicht entziehen, gegen den Türken zu rechter Zeit und an rechtem Ort vorzugehen." [4]) Gewiß, das war die Pflicht des Kaisers, aber über die Zahl der zu stellenden Hülfstruppen war keine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen; es wäre also nicht nötig gewesen, mit Aufbietung so gewaltiger Streitkräfte in den Krieg einzutreten. Auch beweisen die zwischen Joseph und Kaunitz gewechselten Briefe, in denen schon über das Fell des noch nicht erlegten Bären gestritten wird, —

---

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold, II, 115.
[2]) Arneth, Joseph II. und Katharina, 299.
[3]) Alph. Huber, Die Politik Kaiser Josephs II., beurteilt von seinem Bruder Leopold, 23.
[4]) Arneth, Marie Antoinette ꝛc., 110.

Joseph wollte Serbien, Kaunitz die Moldau und die Walachei als Siegespreis verlangen — zur Genüge, daß unter den Gründen, die zur Teilnahme am Krieg mit der Pforte bewogen, die Hoffnung auf Gewinn gewichtig in die Wagschale fiel. Gewiß wurden aber auch höhere Gesichtspunkte vom Kaiser ins Auge gefaßt: er hoffte durch Kampf und Sieg das Ansehen seines Regiments zu steigern und dadurch auch seiner *inneren* Politik Achtung und Geltung zu erringen.

Joseph überschätzte die russische Macht. Segur erzählt, er habe aus seinen Unterhaltungen in Cherson die Ueberzeugung gewonnen, daß Joseph, wenn er auch die Taschenspielerkünste Potemkins durchschaute, für die Schwäche des russischen Kolosses gar kein Auge hatte; er sprach von den Streitkräften und dem Reichtum Rußlands nur mit ungemessener Bewunderung; es imponierte ihm, daß Katharina durch keine Stände und Privilegien gehindert war, ihrem eigenen Willen zu folgen. An Reichtum, sagte er, kann sich niemand mit der Zarin messen, sie kann Unsummen verschwenden und braucht doch nichts schuldig zu bleiben, „denn ihr Papier ist just so viel wert, als ihr beliebt, und wenn sie will, kann sie aus Leder Geld machen!“ Er wies darauf hin, wie der russische Soldat, gleichviel, ob er Sold empfängt, ob er in einem Bett schlafen kann, ob ihm zur Stillung des Hungers Brot gereicht wird, ohne Murren vollzieht, was ihm befohlen wird, ja, ohne Klage sich für seine Kaiserin totschlagen läßt. Mit solchen Hülfsmitteln, solchen Unterthanen, solchen Truppen muß man siegen! *Der* Gedanke aber, daß Rußland *nicht* seine ganze Kraft im Kriege einsetzen, daß Rußland *nicht* mit Aufbietung aller Kraft seinen Bundesgenossen unterstützen könnte, scheint in ihm gar nicht aufgetaucht zu sein.

Noch im Herbst 1787 wurden Truppen in Ungarn zusammengezogen. Den Oberbefehl wollte der Kaiser selbst führen, Feldmarschall Graf Lacy sollte ihm, wie vor zehn Jahren, zur Seite stehen. Obwohl im bairischen Erbfolgekrieg nichts weniger als glänzende Erfolge erstritten worden waren, genoß Lacy das volle Vertrauen des Kaisers. Das Wiedersehen mit ihm, hatte Joseph von Cherson aus geschrieben, werde wohl die einzige Freude sein, die ihn in Wien erwarte. Lacy hatte die Gunst des Kaisers hauptsächlich dadurch gewonnen, daß er rückhaltslos den reformatorischen Ideen Josephs huldigte und den auf Vergrößerung Oesterreichs zielenden Plänen zustimmte. In militärischen Kreisen dagegen erregte es Unmut, daß Lacy dem älteren Laudon, auf dessen Feldherrngaben der kaiserliche Soldat mit Recht festeres Vertrauen setzte, vorgezogen wurde; galt doch der Sieger von Kunersdorf seit König Friedrichs Tod nicht bloß in den Augen der Oesterreicher als der erste lebende Feldherr, während dem nach Art seines Lehrmeisters Daun bedächtigeren Lacy, dem „Zauderer von Torgau“, kein rechtes Vertrauen entgegengebracht wurde.

Die Russen eröffneten den Krieg mit wenig Glück. Zwar erfocht Suwarow, der Gouverneur der Krim, bei Abwehr eines Angriffes auf die Festung Kinburn, einen glänzenden Sieg (12. Oktober 1787), aber an Vordringen und Angriff konnte, da es den russischen Truppen am Nötigsten mangelte, nicht gedacht werden. „Von Rußland höre ich nur Worte,“ klagte Joseph seinem Bruder (6. Dezember 1787), „sehe aber keine Thaten; bis jetzt haben sie trotz

ihrer Großsprecherei so gut wie nichts gethan und werden auch weder im Winter, noch im Frühjahr etwas thun. Solange dieser Potemkin an der Spitze steht, ist nichts zu hoffen; wenn man nur zur Intrigue Talent und nicht einmal persönlichen Mut besitzt, kann man im Kriege nichts Großes vollbringen." [1])

Doch auch die erste Waffenthat der Oesterreicher, ein Handstreich gegen Belgrad, mißlang.[2]) Oesterreich hatte noch nie so starke Heeresmassen gegen die Türkei ins Feld gestellt; 245000 Mann Fußvolk, 37000 Reiter und 900 Geschütze sollten in Thätigkeit treten.[3]) Allein die Streitkräfte waren in zu viele Abteilungen verzettelt, und als es zum Schlagen kommen sollte, war von planmäßigem Zusammenwirken der Russen und der Oesterreicher nicht die Rede. Zwar wurde die Festung Sabac von der österreichischen Hauptarmee zur Uebergabe gezwungen (24. April 1788), dann blieb aber Joseph, statt mit den ermutigten Truppen einen neuen Sturm auf Belgrad zu wagen, mehrere Monate unthätig bei Semlin zwischen Donau und Save stehen. Lacy wollte einen Angriff der Türken abwarten und inzwischen Verstärkung an sich ziehen, aber der Aufenthalt in der sumpfigen Landschaft erzeugte Wechselfieber und Ruhr, bald lagen 20000 Mann in den Spitälern, der Soldat wurde mutlos, die Disziplin lockerte sich. Nun glaubte Joseph mit den „wie verdorrte Asiaten im Lager umherwandelnden" Truppen nichts Ernstes unternehmen zu dürfen. „Ich kann Ihnen von hier nichts andres melden," schrieb er am 18. Juli an den in den Niederlanden kommandierenden General d'Alton, „als daß wir täglich den Fliegen den kleinen Krieg ankündigen und jeder sich, so gut es geht, gegen Fieber und Durchfall zu schützen sucht; was die Türken betrifft, so scheinen sie uns vergessen zu haben, und wir erwidern ihnen ein Gleiches!" Joseph selbst, obwohl ein Mann von militärischer Haltung und Einfachheit, war kein Soldat, geschweige denn ein Feldherr; dazu fehlte es ihm an Ruhe, Kaltblütigkeit, Ausdauer; sein cholerisches Temperament ließ ihn rasch von übermütiger Zuversicht zu trüber Entmutigung übergehen; auch trieb er die Vorsicht und Zurückhaltung zu weit; seine Kriegführung, die mit dem Leben der Soldaten geizte, entsprach wohl seiner schönen Menschlichkeit, aber nicht den Vorschriften der Kriegskunst. Im August wurde er selbst krank; er konnte nicht einmal mehr selbst schreiben, nur ein Postskriptum pflegte er eigenhändig hinzuzufügen, um über seine Krankheit, die er auch dem Sekretär nach Möglichkeit verbergen wollte, Nachricht zu geben. „Was mich augenblicklich am meisten beunruhigt," schrieb er aus Jubuka am 15. August 1788, „ist der trockene Husten; meine Kräfte schwinden; ich magere ersichtlich ab, weil ich jede Nacht ohne Schlaf verbringe. Seit einiger Zeit gesellte sich zu den andern Leiden auch noch ein leichtes Wechselfieber. Es macht mir Mühe, mich auf dem Pferde zu halten, selbst wenn ich nur Schritt reite. Trotzdem

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 146.

[2]) Joseph selbst erblickt im Scheitern dieses Anschlags den Ursprung aller folgenden Kriegsfälle (Note de S. M. l'Emp. Joseph sur la campagne de l'année 1788; Arneth, II, 326).

[3]) Wiener, Kaiser Joseph II. als Staatsmann und Feldherr, Oesterreichs Politik und Kriege in den Jahren 1763—1790, in den Mitteil. des k. k. Kriegsarchivs, Jahrg. 1885, 106. — Zinkeisen, Gesch. des osman. Reiches, VI, 646.

halte ich an meiner Aufgabe fest und werde daran festhalten, solange ich mich noch fortschleppen kann, denn gerade jetzt ist, wie ich fest glaube, mein eigenes Eingreifen vonnöten." [1]) Die Nachrichten wurden aber immer verzweifelter. Durch die Unthätigkeit der Gegner ermutigt, griffen die Türken unter Jusuf Pascha das Corps Wartensleben bei Mehadia an und nötigten es zum Rückzug auf Fönisch; damit waren sie Herren der Donau bis Belgrad, und nichts konnte sie mehr hindern, in das unter der Pflege deutscher Ansiedler hoffnungsvoll aufgeblühte Banat einzufallen. Das mußte von Joseph und den Seinen als unerträglicher Schimpf empfunden werden. Sie waren bei einem alten Klephten, den sie für krank und schwach gehalten hatten, eingestiegen, um ihm einen Teil seines Raubes abzunehmen, aber der Ueberfallene verteidigte nicht bloß das Seine, sondern verfolgte die Eindringlinge in ihren eigenen Hof, der ganze Angriff endete in Schmach und Scham! —

Um nicht selbst im Rücken angegriffen zu werden, mußte Joseph den Rückzug antreten. Wie demütigend war es für ihn, dem Bruder, der das Unternehmen deutlich genug widerraten hatte, das Scheitern aller Pläne eingestehen zu müssen. Leopold drang in ihn, er möge heimkehren, um seinen kranken Körper zu pflegen und sich dem Reiche zu erhalten. „Wie könnte ich jetzt die Armee verlassen," erwiderte Joseph (20. September), „jetzt, wo alles den Kopf verloren hat, wo wir durch das unverantwortliche Benehmen der Generäle Papilla, Wartensleben, Brechainville und Aspremont gezwungen sind, den Rückzug anzutreten, das Banat dem Feinde zu überlassen, wo wir nicht einmal Siebenbürgen decken können, das ebenfalls der Verwüstung preisgegeben sein wird! Und alles dies, ohne eine eigentliche Schlacht verloren zu haben, ohne daß einer von jenen Herren zu solchem Verhalten genötigt gewesen wäre! Nein! ohne Schwertstreich haben sie die vorteilhaftesten Positionen aufgegeben, aus den nichtigsten Gründen, während wir selbst niemals den Feind angreifen konnten! Mehr des Schreckens, des Unheils, der Schmach könnte gar nicht auf uns geladen werden! Wenn ich einen Plan ausgearbeitet habe, wird er durch diejenigen zu nichte gemacht, die daran mitarbeiten sollten! Mit einem Wort, ich kann Ihnen, teurer Freund, nur so viel sagen, daß ich der Unglücklichste aller Menschen bin und moralisch und körperlich so unsägliche Qual erdulde, wie sie überhaupt denkbar ist. Lieber will ich aber unter einem Baume den Tod erleiden, als daß ich die Dinge in dem Zustand verlasse, in welchem ich sie hier sehe. Denn der Marschall (Lacy) ist selbst so verzweifelt, daß er nicht mehr weiß, was er beginnen soll." [2]) Doch dem Tiefgebeugten sollte noch mehr des Schreckens und der Schmach widerfahren! Wenige Stunden nachdem der Kaiser dem Bruder so trübe Botschaft gesendet hatte, kam es nächtlicherweile während des Marsches in der Nähe von Lugos infolge von falschen Alarmschüssen zu einem Handgemenge zwischen den Abteilungen des Nachtrabs. Die Entfernteren, durch den Lärm erschreckt, glaubten an einen Ueberfall; mit Blitzesschnelle durcheilte die Schreckenspost das ganze Heer, im Nu waren die Kolonnen in wilder Auflösung. Die Reiter brachen in die zerrissenen

[1]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, 302.
[2]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 194.

Glieder des Fußvolks ein, Kugeln schwirrten durch die Luft, denn aus Wut oder Angst begannen viele zu feuern, während die meisten ihre Waffen und alles Gepäck fortwarfen und in stürmischer Flucht ihr Heil suchten. Kein Machtwort eines Führers vermochte die Massen zum Stehen zu bringen, der Kaiser selbst wurde bis Karansebes mitgerissen. Zum Glücke für die Oesterreicher schickten sich die Türken erst nach Tagesanbruch zur Verfolgung an; inzwischen hatten sich die Kaiserlichen wieder einigermaßen gesammelt, und es gelang, die Türken abzuwehren. Immerhin fielen zahlreiche Kanonen, Troßwagen, Zelte und das kaiserliche Gepäck in die Hände der Türken. „Wer hätte es für möglich gehalten," schrieb Joseph an den Bruder, „daß sogar Offiziere und die Fuhrleute der Armee völlig den Kopf verloren, sechs Stunden bis Lugos flohen und hier noch schrieen, alles sei verloren, alles möge sich durch schnellste Flucht retten! . . . Ich weiß nicht, wie ich meinen Leiden und der allgemeinen Entmutigung noch Widerstand zu leisten vermag; ich finde keinen Schlaf mehr, nicht eine halbe Stunde dauert mein Schlummer, den Rest der Nacht verbringe ich in schmerzlichen Betrachtungen!" „Wie schmerzlich bedauere ich," schrieb Leopold, „daß die Russen so unthätig bleiben, so daß Ihnen die ganze türkische Armee auf dem Hals bleibt und alles, was im Banat mit großer Mühe angebaut worden ist, der Verwüstung anheimfällt. Weder mit der Belagerung von Oczakow, noch von Chocym geht es vorwärts, und die Flotte des Kapudan-Pascha ist in voller Stärke ins Schwarze Meer zurückgekehrt. Es scheint, daß Rußland durch den Krieg mit Schweden, wie schwach er auch geführt wird, merkwürdig in Verlegenheit geraten ist und lieber sich mit den Polen beschäftigt, als daß es gegen die Türken etwas Tüchtiges unternähme" . . . „Ich kann nachempfinden, was Sie leiden," erwiderte er auf die Botschaft von der Schreckensnacht von Lugos, „wenn Sie sehen, wie die Türken Ihre Provinzen verheeren, aber ich hoffe, daß der Feind durch die vorgerückte Jahreszeit bald gezwungen sein wird, zurückzugehen und Ihre Staaten zu verlassen, und daß man dann während des Winters unterhandeln und Frieden schließen kann; Sie haben ihn ja unbedingt nötig, da Sie so schlecht unterstützt werden von einer Bundesgenossin, die Ihnen alles verdankt, für die Sie sich großmütig aufopfern, die aber selbst nichts thun will." „Hätte man glauben sollen," schrieb der im Lager Potemkins weilende Gesandte Josephs, Prinz von Ligne, „daß dieses verfallene Osmanenland den russischen Staat in die traurigste Lage zu versetzen vermöchte? Der Plan der Türken war wohl berechnet, denn wenn der König von Schweden drei Wochen früher angegriffen und wenn es dem Kapudan-Pascha geglückt hätte, mit dem Wald von Masten, die den Liman bedeckten, die armen Fischerkähne und die Küstenfahrzeuge, welche die ganze Flotte unsrer romanhaften Fahrt auf dem Boristhenes ausmachten, zu vernichten, so ging König Gustav nach Petersburg und der Pascha nach Cherson!" [1])

Doch die Sorgen, die dem Kaiser den Schlaf raubten, beschränkten sich nicht auf den unglücklichen Feldzug; die ganze politische Lage hatte sich so ungünstig wie möglich gestaltet, und es schien nur eine Frage der Zeit, daß noch gefährlichere Feinde auf den Kampfplatz treten würden.

[1]) Gräffer, Josephinische Curiosa, I, 286.

Das Bündnis der beiden Kaiserhöfe hatte in London, wie in Berlin Besorgnis eingeflößt. Es war kein Geheimnis, daß Marie Antoinette bei ihrem Gatten mit leidenschaftlichem Eifer die Uebereinstimmung der Interessen Frankreichs und Oesterreichs vertrat[1]) und auch das Ministerium Brienne an eine Erneuerung der Allianz von 1756 unter Beiziehung von Rußland dachte. Man wußte in Berlin und London, daß sich auch Stanislaus von Polen, der abgedankte Geliebte der Kaiserin Katharina, aufs neue an seine Gönnerin angeschlossen und zum Krieg mit der Pforte polnische Hülfe in Aussicht gestellt habe. Es schien also auch eine engere Verbindung derjenigen Staaten, die eine Verteilung der Balkanhalbinsel unter die beiden Ostmächte nicht dulden wollten, geboten zu sein, und diese Idee hatte einen ebenso rührigen, wie geschickten Anwalt an Sir James Harris, dem englischen Gesandten im Haag. Bei einem Besuche, den Friedrich Wilhelm II. seiner Schwester, der Erbstatthalterin Wilhelmine, im Frühjahr 1788 in Loo abstattete, wußte Harris den König persönlich zu gewinnen; Prinzessin Wilhelmine wirkte eifrig mit. Schon in der nächsten Nacht, während sich das Gefolge der höchsten Herrschaften auf einem Ball vergnügte, wurde zwischen Friedrich Wilhelm und Harris ein Bundesvertrag abgeschlossen und Tags darauf (13. Juni 1788) in provisorischer Weise unterzeichnet. Demgemäß verpflichteten sich die beiden Mächte zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit der Niederlande und der von ihnen garantierten Verfassung; für den Fall eines Angriffs wurden gegenseitige Hülfeleistung und Gewährleistung des Besitzstandes zugesagt.[2])

Das neue Bündnis stieß in Berlin auf lebhaften Widerstand des Prinzen Heinrich und der ganzen französisch gesinnten Partei. General Möllendorff wies darauf hin, daß Preußen dadurch unter Umständen genötigt werden könnte, seine Landeskinder zum Schutz englischer Kolonien in Amerika oder Asien zu opfern. Auch Hertzberg war gekränkt, weil der Looer Vertrag ohne sein Wissen abgeschlossen worden war; da Preußen damit viel zu weitreichende Verpflichtungen eingegangen habe, arbeitete er einen neuen Entwurf aus, worin die Anforderungen herabgemindert waren. Allein das englische Kabinett bestand darauf, daß die beiden Mächte gleichmäßig die Verteidigung ihres Besitzes übernehmen müßten; um nicht isoliert zu bleiben, mußte Preußen nachgeben, und am 13. August wurde der definitive Vertrag zu Berlin unterzeichnet.[3]) Der Defensivcharakter ist darin stark betont; nur im Fall eines feindlichen Angriffs sollte jede Macht der andern mit 16000 Mann zu Fuß und 4000 Mann zu Pferd zu Hülfe kommen, doch sollten die preußischen Hülfstruppen nur in Europa verwendet werden dürfen. Andere Gesichtszüge gewinnt aber die Einigung vom 13. August, wenn die erst von Ranke bekannt gemachten geheimen Artikel berücksichtigt werden[4]). Darin ist nicht bloß eine Erhöhung der stipulierten Hülfstruppen auf 64000 Mann, sondern auch die Aufnahme von Holland und Schweden in das

[1]) Arneth, Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II., 113.
[2]) Ranke, Die deutschen Mächte und der Fürstenbund, II, 63.
[3]) Hertzberg, Recueil, II, 449, 452.
[4]) Ranke, II, 358.

Bündnis in Aussicht genommen; im gegenwärtigen Krieg der Kaiserhöfe mit der Pforte sollen die Verbündeten in allen Punkten, welche sich auf ihre Verbindung oder auf das allgemeine europäische System beziehen, vertrauliches Einverständnis pflegen.

Der Bundesvertrag mit Holland war schon am 15. April abgeschlossen worden [1]). Ein vierter geheimer Genosse war der Großfürst-Thronfolger von Rußland. Friedrich Wilhelm hatte ihm durch den Grafen Goertz mitteilen lassen, daß er infolge der Halsstarrigkeit Katharinas, die von preußischer Vermittelung im Orient nichts wissen wollte, Anschluß an England suchen müsse. Darauf erwiderte der Großfürst: „Alles, was ich vorläufig sagen kann, ist, daß meine Anhänglichkeit an das System, welches mich mit dem König von Preußen verbindet, unwandelbar ist, und daß ich von ganzem Herzen seinen Ansichten beistimme." [2])

Eine Ausdehnung des Bündnisses auf die Türkei war nicht ins Auge gefaßt; auch war der in Wien und Petersburg gehegte Verdacht, die Pforte sei von Preußen und England zu ihrem Widerstand aufgereizt worden, nicht begründet. [3]) Es lag aber in der Natur der Sache, daß die Mächte, die sich mittelbar zur Erhaltung des Besitzes der Türkei verpflichtet hatten, mit dem Diwan in enger Fühlung blieben.

Noch ehe an Schweden die Einladung zum Anschluß an das Looer Bündnis erging, hatte Gustav III. schon gegen die Kaiserhöfe Stellung ergriffen. Da ihm die allgemeine Lage günstig schien, um die an Rußland verlorenen Provinzen wiederzugewinnen, ließ er es nicht lange bei diplomatischer Fehde bewenden; schon im Juni 1788 erklärte er an Rußland den Krieg. Von welcher Siegeszuversicht er beseelt war, erhellt aus der prunkenden Erklärung im Staatsrat, er werde von allen Denkmälern russischen Hochmuts nur die Statue Peters des Großen schonen, um den Namen Gustav auf das Fußgestell eingraben zu lassen. [4])

Hertzberg dagegen wollte nicht den Krieg. Er hoffte, durch Unterhandlungen zu erreichen, daß seinem Staat das Schiedsrichteramt in den europäischen Händeln, wo möglich auch ein annehmbarer Gewinn an Land und Leuten zufiele. Er holte einen Plan hervor, den er schon dem verstorbenen König vorgelegt hatte und 1791 nochmals zur Grundlage der Verhandlungen in Reichenbach machen wollte; darnach sollten nach gemeinsamem Beschluß der Mächte die Moldau und die Walachei an Oesterreich fallen, Galizien an Polen zurückgegeben, dagegen die polnischen Gebiete von Danzig und Thorn an Preußen überlassen werden. Zu amtlicher Kundgebung des Planes in Wien scheint es nicht gekommen zu sein, aber Kaunitz erhielt über Konstantinopel davon Kenntnis. [5]) Natürlich reizte ihn der Vorschlag des „siebengescheiten" Hertzberg nur zu Hohn und Spott; wie könne man, um von andern Hindernissen zu schweigen, nur einen

---

[1]) Hertzberg, Recueil, II, 444.

[2]) Goertz, Histor. und polit. Denkwürdigkeiten, II, 205.

[3]) Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs d. Gr., I, 234.

[4]) Ségur, Mémoires, III, 405.

[5]) Beer, Die orientalische Politik, 104.

Augenblick glauben, daß die Türken sich gutwillig zu Abtretungen bequemen würden! wie könnte Oesterreich die Hand bieten, daß Preußen ohne Opfer und Risiko den Hauptgewinn davontrüge? [1]) Fürst Reuß, der kaiserliche Gesandte in Berlin, wurde angewiesen, keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß Oesterreich zu einer neuen Vergrößerung Preußens auf Kosten Polens niemals seine Einwilligung geben werde. —

Als der Türkenkrieg eine so unerwartet ungünstige Wendung nahm, wurden Stimmen laut, die an Preußen und das ganze Reich die Aufforderung richteten, dem Kreuzzug gegen die Türken beizutreten.

Möglichst lange war der Mißerfolg der Kaiserlichen verschleiert worden. In dem berufensten Organ, der „mit k. k. allergnädigster Freiheit" erscheinenden Wiener Zeitung, die den Bürger der Kaiserstadt zweimal in der Woche mit politischen Nachrichten versorgte, wurde zwar eine Unmasse von Detail über den Feldzug mitgeteilt, aber eine wirklich aufklärende, der Wahrheit entsprechende Darstellung nicht geboten. Die Münchner Zeitung brachte, um das Zurückweichen der Kaiserlichen zu erklären, Verse „eines der besten deutschen Dichter":

„Ein weiser, grauer Waffenfreund
Schlägt nicht in Eile, prüft den Feind,
Weiß seinen Vorteil wahrzunehmen
Und rasch Erbittern klug zu zähmen;
Sein Arm, sein Fuß kennt Ruhe nicht,
Er täuschet, dringet vor und weichet,
Bis er den Augenblick erreichet,
Der ihm die Siegeskrone flicht!" [2])

Ueber die Schlappen der Kaiserlichen drangen nur unbestimmte Gerüchte in die Zeitungen; in den kaiserlich gesinnten Organen wurde derartiges gewöhnlich als „böswillige Ausstreuung von Antilascyanern" zurückgewiesen. Als aber

---

[1]) Menzel, Neue Geschichte der Deutschen, VI, 215, auch noch Weiß, VII, Einl. 2, 621 u. a. benützen einen Brief Kaiser Josephs, d. d. „Wien im Jänner 1788", der die Ablehnung der von Friedrich Wilhelm II. angebotenen Vermittlung begründet. „Ich habe den Degen gezogen, und er wird nicht eher wieder in die Scheide kommen, bis ich Genugthuung, bis ich das wieder habe, was man meinem Hause entzogen." Wie die Türken die Maxime hätten, günstige Gelegenheiten zu Eroberungen auszunützen, so sei auch das Haus Hohenzollern zum Gipfel seiner Größe gelangt; in schwerer Zeit habe es der bedrängten Maria Theresia eine Provinz geraubt, und ebenso habe es auch bei der Teilung Polens den besseren Teil für sich genommen ꝛc. Der Brief ist zum erstenmal gedruckt in der Sammlung „Briefe von Joseph dem Zweyten" (Leipzig 1821), 121. Im Vorwort erklärt die Brockhaussche Verlagshandlung, daß sie die bisher noch ungedruckten Stücke von „einem im Auslande lebenden Deutschen" erhalten habe; darunter soll nach Wurzbach, biogr. Lexikon VI, 311, V, 375 und V, 311, der bekannte Exjesuit Großing zu verstehen sein. Der Brief, der auch in Schusekas Sammlung (3. Aufl., 212) Aufnahme fand, ist zweifellos als Fälschung zu betrachten; abgesehen von äußerlichen Gründen spricht gegen die Echtheit schon die Thatsache, daß Kaiser Joseph niemals, am wenigsten aber im Januar 1788, einen nach Inhalt und Ton so insolenten Brief an den König von Preußen gerichtet haben würde; er dachte ja damals, wie die Briefe an Cobenzl beweisen, noch immer an Aussöhnung und Freundschaft mit Preußen.

[2]) Münchner Zeitung, Jahrg. 1788, 619.

endlich der wahre Sachverhalt nicht mehr verheimlicht werden konnte und eine Trauerpost nach der andern aus Ungarn eintraf, wurde wenigstens in Oberdeutschland von den namhaftesten Publizisten die Sache des Kaisers als Sache aller Deutschen aufgefaßt: auf die eigentliche Volksstimmung sind freilich aus der dürftigen Presse jener Tage keine Schlüsse zu ziehen.

„Der ist kein Deutscher," ruft Schubart aus, „dem nicht das Herz über die mißliche Lage seines Kaisers blutet!" „Welch ein Schauspiel! eine Nation ohne Taktik, ohne Akademien, ohne Aufklärung packt einen christlichen Kaiser und eine genialische Kaiserin bei der Kehle und würgt sie zum Ersticken!" Jeder Deutsche müsse erröten, wenn er höre, was sein Kaiser im Kampf mit den Ungläubigen zu tragen und zu leiden habe! Freilich gäbe es im Reiche genug feile Politiker, denen Religion und deutsche Freiheit gleichgültig geworden seien, die also mit Vergnügen den Türken wieder vor Wien erblicken würden, ohne zu bedenken, daß dieser blutige Komet Zerstörung und Barbarei an seinem Schweife trage. Unfaßbar müsse es jedem Patrioten erscheinen, daß Preußen, das edle Preußen, Gewehr bei Fuß die Not des Kaisers mitansehe, immer nur mit fremden Mächten liebäugle und seine deutschen Pflichten mißachte. Die Schuld schiebt Schubart — wie wir wissen, mit Unrecht — auf die Franzosenfreunde in Berlin. Der Luftsegler Blanchard habe, als er jüngst in Berlin eine Auffahrt veranstaltete, einen Zimmergesellen gefragt, woher der Wind gehe, und die Antwort erhalten: „In Berlin weht er immer von Frankreich!" Die Langsamkeit der russischen Operationen beweise zur Genüge die „ohnehin bekannte Treulosigkeit der Asiaten." „Drei russische Heere, an 100000 Mann stark, fluten ganz nahe bei den Türken, schlagen sich aber nicht. ‚Warum, Oedipus?' fragt die Sphinx. Oedipus flüstert der Sphinx die Antwort ins Ohr. ‚Hinab in den Orkus mit so einer Politik!' ruft die Sphinx." [1])

Auch Weckhrlin tritt im Namen der Zivilisation für den Kaiser ein. In den „Hyperboräischen Briefen" läßt er zwei Ragusaner (Preußen) für die Türken beten. „Mag man immer," erläutert der eine, „in der Hofkapelle zu Warschau für die Russen, in Regensburg für die Oesterreicher beten, dem Ragusanischen Interesse entspricht nur die Niederlage Josephs und der Sieg des Türken." Doch der zweite rafft sich zu andrer Anschauung auf. „So, Freund, müssen wir als Ragusaner denken: als Weltbürger aber und als Menschen sind wir verpflichtet, den deutschen Waffen Glück zu wünschen. Es ist Zeit, daß der Barbarisme ein Ende nimmt. Der Menschlichkeit, der Kultur, den Sitten, die in so schöner Blüte stehen, ist daran gelegen, die Türkei in die Hände gesitteter Völker zu bringen, ein Interesse, das größer ist, als Gleichgewicht und Verträge!" [2])

Kühler wird aber die orientalische Krisis in norddeutschen Organen beurteilt; hier handelt es sich nur um

„ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei
Die Völker aufeinander schlagen".

[1]) Vaterländ. Chronik, Jahrg. 1788, 670, 738.
[2]) Hyperboräische Briefe, Jahrg. 1788, IV, 138.

Das Hamburger politische Journal findet das leichtfertige Verhalten des Kaisers „ohnbegreiflich" und vertraut der Weisheit Hertzbergs, daß auch dieser Handel auf eine Weise geschlichtet werde, welche die Ruhe Deutschlands im Süden und Norden sichern könne.[1]) —

Eine überraschende Wendung vollzog sich in Polen, ja, es gewann den Anschein, als ob an einer polnischen Frage ein allgemeiner Weltkrieg sich entzünden werde. König Stanislaus hatte, wie erwähnt, den Kaiserhöfen Hülfe im Türkenkrieg in Aussicht gestellt. Das neue Bündnis bedurfte aber der Bestätigung durch den Reichstag, und die Wahlen fielen im Herbst 1788 nichts weniger als russenfreundlich aus. Am 13. Oktober wurde im Reichstag ein preußischer Protest gegen das Bündnis mit Rußland vorgelesen; die Republik sei von keiner Seite bedroht, habe also ein Schutzbündnis nicht nötig; wenn sich trotzdem Polen ohne jeden Anlaß in den Krieg mit der Pforte einlasse, müsse Preußen den Traktat von 1773, der die Integrität Polens verbürgte, als gelöst ansehen.[2]) Die in warmem, freundschaftlichem Ton gehaltene Warnung machte Eindruck; es wurde zwar die Aufstellung einer Armee von 100000 Mann beschlossen, aber die Verwendung sollte nicht dem Könige, sondern einer eigenen Reichstagskommission zustehen. Als Rußland gegen diesen Beschluß Vorstellungen erhob, beharrte der Reichstag, bestärkt durch eine zweite preußische Note, bei seiner Auffassung der Lage. Ja, Walewski, der Woiwode von Siradien, forderte in offener Versammlung den Beitritt der Republik zur Tripelallianz; der Antrag wurde zwar vertagt, aber die freundschaftlichen Beziehungen der Mehrheit des Reichstags zu Preußen dauerten fort. Während König Stanislaus und die Kaiserhöfe, als sie sich zu gemeinschaftlicher Verteidigung gegen gemeinschaftliche Feinde verpflichteten, in erster Reihe zwar den Türken, in zweiter aber Preußen im Auge gehabt hatten, schien sich jetzt ein Bündnis zwischen Polen und Preußen gegen Rußland anzubahnen.

Katharina wußte freilich ein Mittel, wie der vom Westen drohenden Gefahr zu begegnen sei. Oesterreich habe ja, so schrieb sie an Joseph, ein natürliches Interesse daran, endlich einmal dem Uebermut Preußens zu steuern; es brauche nur eine Armee in Böhmen aufzustellen, so werde die Preußenfreundschaft der Polen rasch verfliegen. Doch Joseph, mehr noch durch das Mißgeschick seiner Waffen als durch seine Krankheit gebrochen, wies die Zumutung mit aller Entschiedenheit zurück. Er bedaure zwar lebhaft, schrieb er am 24. November an die Zarin, daß nun die von ihm von jeher vertretene Auffassung, daß Preußen als der grimmigste Feind der Kaiserhöfe anzusehen sei, Bestätigung finde, aber in Krieg mit Preußen könne er sich nicht einlassen. „Sie dürfen von meiner Aufrichtigkeit und Bundestreue fest überzeugt sein, so daß Sie mir glauben können: wenn ich einmal etwas als unmöglich bezeichne, dann ist auch wirklich nichts zu machen. Es ist mir nicht möglich, zu gleicher Zeit mit Preußen und der Pforte Krieg zu führen; ich kann mich nicht zu gleicher Zeit gegen beide verteidigen, denn unglücklicherweise sind meine Länder, mit Ausnahme der Lombardei, auf allen

[1]) Polit. Journal, Jahrg. 1788, 993.
[2]) Ebenda, 1070.

Seiten von diesen starken Feinden und ihren Verbündeten eingeschlossen“ [1]). Auch Leopold pflichtete der Auffassung des Bruders bei. „Ich bin ganz und gar Ihrer Ansicht, daß man sich unter keinen Umständen durch Rußland zu einem Schritt verleiten lassen darf, der Ihnen von allen Seiten Feinde auf den Hals zieht; schließlich würden Sie geopfert werden zu Gunsten eines Verbündeten, der für Sie nichts thun will und nichts thun kann, denn die Absichten der Kaiserin, mögen sie auch die besten von der Welt sein, werden weder von ihren Ministern, noch von ihren Generälen beachtet, davon hat der Feldzug des laufenden Jahres einen klaren und unanfechtbaren Beweis gegeben!“ Wie ungehalten Joseph selbst über den Bundesgenossen war, erhellt aus seinen Briefen an Kaunitz. „Von den Russen ist wirksame Unterstützung nicht mehr zu erwarten, von ihnen kann man nur Versprechungen und schöne Worte erlangen, es fehlt ihnen an Geld, an Kredit, an Energie, und ihre Zarin beschäftigt sich nur mit den Intriguen ihrer Günstlinge!“

Der Feldzug von 1788 gestaltete sich aber noch günstiger, als es nach dem Rückzug der Hauptarmee zu erwarten war. Im Oktober ergab sich die Festung Choczim, die schon seit Juni von einem aus Russen und Oesterreichern zusammengesetzten Corps unter Befehl des Prinzen Josias von Koburg belagert worden war. Ein andres kaiserliches Corps in Kroatien, an dessen Spitze im August der gefeierte Laudon getreten war, zwang schon nach wenigen Wochen das feste Dubitza zur Uebergabe und nahm am 3. Oktober Novi mit stürmender Hand. Noch kurz vor Jahresschluß gelangte auch die Belagerung der Festung Oczakow zu glücklichem Abschluß. Potemkin, der sich nur, solange es sich um Zusammenwirken mit den Oesterreichern handelte, unthätig und schwankend gezeigt hatte, war weder der läppische Ordensjäger, für den er vom Prinzen von Ligne, noch der verbuhlte Schwächling, für den er von Joseph gehalten wurde; selbst ein echter Russe, wußte er auch bei den ihm untergebenen Truppen die religiösen und nationalen Impulse zu wecken, so daß sie vor Begierde brannten, sich mit den Ungläubigen zu messen, und ungestüm den Angriff forderten. Doch erst, als er den günstigen Zeitpunkt gekommen glaubte, am Tage des Schutzpatrons des heiligen Rußland, ordnete er den Sturm an. Nach einstündigem, mörderischem Kampfe, in dem Pardon weder gegeben, noch gefordert wurde und 10000 Türken und 4000 Russen auf dem Platze blieben, war die Stadt genommen (17. Dezember 1788). Es war ein glänzender Abschluß des Feldzugs, aber Joseph, wie schmeichelhafte Glückwünsche er auch an Katharina richtete, konnte es nur als Demütigung empfinden, daß den russischen Waffen erst nach dem Abzug der Oesterreicher glorreicher Sieg beschieden war. Potemkin, der verspottete „Serailgeneral“, zog im Triumph in Petersburg ein; Joseph selbst war wie ein Flüchtling, als ein kranker, gebrochener Mann nach Wien zurückgekehrt. Zwar die Krankheit schien sich allmählich zu heben, aber der Geist konnte nicht gesunden, solange er den finsteren Mächten des Zweifels, des Grolles und des Grames verfallen war. Mit fieberhaftem Eifer oblag der Pflichttreue untertags,

[1]) Arneth, Joseph II. und Katharina, 321, 323.

während die Menge geschäftig und geschwätzig an der Hofburg vorübereilte, der Arbeit; nachts brütete er über das Scheitern seiner alten Pläne und grübelte über neue. Die Aerzte geboten Zerstreuung und Ruhe, und die Geschwister drangen in den Kranken, der Mahnung Folge zu leisten. „Du kennst weder mein Amt," erwiderte er der Schwester Christine, „noch die Art, wie es versehen sein will; ich werde mit aller moralischen und physischen Kraft, die mir noch übrig ist, auch fernerhin thun, was der Dienst und das Wohl meines Vaterlandes erheischen, — um die Folgen, die für mein Leben daraus entspringen könnten, habe ich mich nicht zu bekümmern."

Sechster Abschnitt.

Preußen und die Kurie. Das Wiederaufleben des Nuntiaturstreites. Das Projekt einer römischen Königswahl. Irrungen und Einungen innerhalb des Fürstenbundes. Preußen und die orientalische Frage. Der Türkenkrieg von 1789. Der Abfall der österreichischen Niederlande. Der Lütticher Streit.

Seit dem Frieden von Hubertusburg steht die deutsche Geschichte im Zeichen des Dualismus; aus dem Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen sind die verschiedensten Wendungen und Wandlungen zu erklären. Auch das für die Zeitgenossen überraschende Freundschaftsverhältnis Preußens, der Schutzmacht des Protestantismus in Deutschland, zur römischen Kurie ist aus jenem Gegensatz herausgewachsen. Ebenso die Absicht, einen engeren Anschluß der deutschen Erzbischöfe an den Kaiser zu verhindern, wie der Wunsch, einem Freunde des Fürstenbundes, Karl Theodor von Dalberg, die Anwartschaft auf den Mainzer Kurstuhl zu verschaffen, hatten das Berliner Kabinett bewogen, im Streit der deutschen Erzbischöfe mit Rom eine vermittelnde Stellung einzunehmen. Damals hatte Dohm, der Geschäftsträger Preußens beim westfälischen Kreisdirektorium, in Verbindung mit Johannes Müller zu Gunsten der frondierenden Erzbischöfe auf die preußische Regierung einzuwirken gesucht; die erste protestantische Macht könne und dürfe nicht anders auftreten und werde sich dadurch in katholischen, wie protestantischen Landen in Ansehen setzen.[1]) Doch die Rücksicht auf das gespannte Verhältnis des Kaisers zur Kurie ließ es dem preußischen Kabinett angemessener erscheinen, mit Rom in freundliche Beziehungen zu treten und dadurch den deutschen Katholiken klar zu machen, daß gerade das christlich-konservative Preußen, obwohl unter einem protestantischen Oberhaupt, als natürliche Schutzwehr gegen die

[1]) Gronau, Christ. Wilh. v. Dohm, 1865.

Neuerungen der Aufklärer und Freigeister zu betrachten sei. So bot sich der Welt das merkwürdige Schauspiel, daß ein römischer Nuntius einem preußischen Monarchen öffentlich huldigte und der protestantischen Regierung die Wahrung der katholischen Interessen empfahl.

Am 5. April 1788 richtete Pius VI. an Friedrich Wilhem II. einen Brief, dessen Adresse schon den überraschenden Umschwung verrät. „An den allerdurchlauchtigsten, großmächtigsten Friedrich Wilhelm, Preußens erhabenen König", lautet die Ueberschrift, „Euer Majestät" die Anrede. Zum erstenmal zollte die Kurie einem Nachkommen des letzten Hochmeisters des Deutschen Ordens königliche Ehren, während noch Klemens XI. dem großen Friedrich den Königstitel verweigert und den darauf erhobenen Anspruch eine „unerträgliche Anmaßung" genannt hatte. Jetzt richtete Pius an den großmütigen König von Preußen die Bitte, er möge den Abfall der Erzbischöfe verhüten und einem Gesandten, der alles Weitere mündlich vortragen werde, freundliche Aufnahme gewähren. „Aus dieser unsrer Sendung an Dich, allerdurchlauchtigster und großmächtigster König, kannst Du ersehen, welches Vertrauen Wir in Dich setzen und wie viel Wir Uns von Deiner Menschlichkeit (humanitate) versprechen."[1])

Der Brief sollte dem Könige, der einen Besuch der westlichen Provinzen plante, von Monsignore Pacca, dem Nuntius in Köln, überreicht werden. Hertzberg gab bezüglich der Aufnahme beruhigende Zusicherungen, und so traf denn Pacca am 6. Juni 1788 in der clevesschen Stadt Wesel ein. Es gereichte dem Legaten zu hoher Genugthuung, daß er wie ein Gesandter ersten Ranges mit königlichen Ehren aufgenommen wurde; die ganze Besatzung des Festungsstädtchens bildete Spalier, als Pacca am 9. Juni zur Wohnung des kurz vorher eingetroffenen Königs seine Auffahrt hielt. Im Berichte über die Audienz rühmt Pacca die stattliche Erscheinung des Königs, auf welche die Worte der heiligen Schrift über Saul anzuwenden seien: ab humero et sursum eminebat super omnem populum.[2]) Friedrich Wilhelm nahm das Schreiben des heiligen Vaters mit artigen Worten entgegen. Pacca rühmte den Schutz, den der hochherzige König sowohl den Katholiken seines Reiches, als der katholischen Sache im allgemeinen angedeihen lasse, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die preußische Regierung der wegen der Mainzer Koadjutorie eingegangenen Verpflichtungen eingedenk bleiben werde. Darauf erwiderte Friedrich Wilhelm, er werde in seinem Wohlwollen verharren und nach Kräften dazu beitragen, daß das Mißverständnis im katholischen Lager ein glückliches Ende nehme. Bei der Tafel suchte der Nuntius nochmals das Gespräch auf den Nuntiaturstreit zu lenken; der König ließ sich aber nicht mehr darauf ein und sprach immer nur von der Austrocknung der pontinischen Sümpfe und den Ausgrabungen in Pompeji und Herkulanum. Aus dieser Zurückhaltung will Pacca schon damals die Folgerung gezogen haben, daß es dem König nicht ernstlich um Unterstützung des heiligen Stuhles zu thun gewesen sei; schon die Freundschaft mit Kurmainz

[1]) Hertzberg, Recueil des deductions etc., II, 473.

[2]) Memorie storiche di Bartolomeo Pacca, ora cardinale di S. Chiesa, sul di lui soggiorno in Germania dall' anno 1786 al 1794, 95.

habe aufrichtiges Zusammengehen mit Rom ausgeschlossen. „Ich hielt für sicher, daß der König von Preußen, wenn unter Umständen eine bestimmte Entscheidung gefordert werden sollte, aus Gründen der sogenannten Staatsraison, die für die Kabinette so schwer in die Wagschale fällt, uns unbedenklich aufopfern würde, wie dies ja auch 1790 in Frankfurt bei den Beratungen über die kaiserliche Kapitulation in gewissem Sinne geschehen ist." Auch das Schreiben des Königs an den Papst, das dem Nuntius durch Dohm eingehändigt wurde, enthielt keine bestimmte Zusage; es war wieder nur dem Wunsche nach friedlicher Beilegung des Zwistes innerhalb der katholischen Kirche Ausdruck gegeben, ja, auch die Höflichkeitsformeln waren ziemlich knapp zugemessen.[1]) Doch blieben freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten; konnten doch die katholischen Einwohner von Cleve dem Nuntius nicht genug rühmen, wie duldsam schon „il gran re Frederico" sich verhalten habe und wie zufrieden sie mit dem gegenwärtigen Regiment seien.

Ohne Zweifel steht es mit den Weseler Vorgängen in innerem Zusammenhang, daß unerwartet im August 1788 ein kaiserliches Hofdekret den Regensburger Reichstag aufforderte, über den Nuntiaturstreit ein Gutachten abzugeben, damit endlich diese Frage durch ein Reichsgesetz geregelt werde. Das Eingreifen des Kaisers mußte um so mehr überraschen, da er sich, wie wir wissen, während des Emser Kongresses passiv verhalten hatte und namentlich dem Kurfürsten von Mainz, der immer mit Preußen unter einer Decke stecke, abgeneigt war;[2]) offenbar wollte er jetzt den mit Kurmainz befreundeten und ein Bündnis mit Rom anstrebenden Berliner Hof nötigen, Farbe zu bekennen. In der That erhob Kurmainz Klage, daß die preußische Regierung im Widerspruch mit früheren Zusagen nichts thue, um die Kurie von unerlaubten Eingriffen in die Rechte der Erzbischöfe zurückzuhalten.[3]) Welche Eingriffe gemeint waren, erfährt man aus einer Flugschrift von ungemein leidenschaftlichem Charakter, die entweder aus Wiener Illuminatenkreisen oder, was noch wahrscheinlicher ist, aus erzbischöflichem Lager stammt und den lärmenden Titel führt: „Das unqualifizierliche Betragen des Herrn Cäsar Zoglio, Nuntius in München."[4]) Die Schrift zählt eine Reihe von Fällen auf, in denen der Münchner Nuntius widerrechtlich in weltliche und geistliche Gerichtsbarkeit eingegriffen habe; zugleich wird der anmaßliche Anspruch des Papstes auf freie Verfügung über den Zehent aller geistlichen Güter zurückgewiesen und die alte Klage über die Aufrichtung

---

[1]) Im Abdruck in Hertzbergs Sammlung (Recueil, II, 475) lautet die Anrede: „Serenissime princeps et clarissime praesul"; in Paccas Memorie (S. 98) wird versichert, daß es im Original laute: „praesulum maxime".

[2]) „Ce fou", Joseph an Leopold, 5. März 1787 (Arneth II, 71).

[3]) Reuß, Deutsche Staatskanzlei, 22. Bd., 369.

[4]) Der ausführliche Titel lautet: „Das unqualifizierliche Betragen des Herrn Cäsar Zoglio, Nuntius in München und Erzbischofs zu Athen, samt der vom Pius VI. (sic) an den Herrn Nuntius erlassenen Dezimationsbulle und dem zur Reichsdiktatur den 22. August gebrachten kaiserlichen Hofdekrete, die ständigen Nuntiaturgerichte in Deutschland und derselben vermöge anmaßlicher Fakultäten und Jurisdiktion wagende Eingriffe in die erz- und bischöflichen Diözesanrechte betreffend" (Frankfurt und Leipzig, 1788).

der Nuntiatur in München wiederholt, über diesen Gewaltakt des Papstes, zwiefach unerträglich in einer Zeit, da „die Lehre der unsterblichen Männer Preira und Febron die erdichtete und erschlichene Alleinherrschaft des Papstes von den Kathedern Deutschlands verdrungen hat". „Was die Alten von den Kometen glaubten, daß die Ausdünstung ihres Schweifes die übelsten Folgen für das Wohl der Menschen verbreite, dieses kann man in Wahrheit von der Anstellung eines Herrn Nuntius in München behaupten."

Wieder suchte Dohm durchzusetzen, daß die preußische Regierung im neu entbrannten Streit feste Stellung nehmen und die Erzbischöfe durch entschlossene Verteidigung ihrer Rechte gewinnen möge. Doch in Berlin behielt der Wunsch, weder den Papst, noch den Mainzer Kurfürsten zu verletzen, die Oberhand. Hertzberg schrieb an Dohm: „Die ganze Nuntiatursache ist ein wahres Kreuz unsrer hiesigen großen Politik und sollte uns nach meinem Sinn gar nicht beschäftigen."[1]) Auch im Namen des Königs wurde an Dohm geschrieben: „Wir sind von dieser sehr verwickelten Sache, in welcher beide Teile nach den verschiedenen Verhältnissen recht und unrecht haben, sehr belästigt und Wir haben kein Interesse, noch Beruf dabei, als daß Wir aus Freundschaft für den Kurfürsten von Mainz Uns dieser Sache in Rom angenommen haben." In diesem Sinne wurde auch dem Kurfürsten von Mainz erwidert, Preußen könne sich nicht in einen so verworrenen Streit einmischen und werde nur, wenn die hadernden Parteien selbst es wünschten, die Vermittlung übernehmen. Frau von Coudenhoven, die Freundin des Kurfürsten Friedrich Karl, beurteilte die Stimmung des Berliner Hofes ganz richtig, als sie Dohm den Rat erteilte, er möge sein Sturmlaufen gegen Rom aufgeben: „Man hat mir gesagt, daß die Absicht Ihres Hofes in fraglicher Angelegenheit darauf zielt, nicht daß etwas gethan wird, sondern zu verhindern, daß etwas gethan wird."

Inzwischen hatten die Erzbischöfe in Regensburg gesonderte Erklärungen über die Nuntiaturfrage abgegeben (September 1788). Insbesondere das Kölnische Memorandum erregte den Unwillen Paccas, und im Auftrag des Nuntius veröffentlichte der in Brüssel lebende Exjesuit Feller eine Gegenschrift[2]), deren beleidigende Sprache nach dem Urteil des protestantischen Kirchenhistorikers Plank „alles übertraf, was jemals in dieser Art erlebt und erhört worden war".[3]) Der Verfasser des kölnischen Memorandums wird als frecher Betrüger, der die schamlose Kunst, Urkunden zu fälschen, zu nie erreichter Höhe gebracht habe, gebrandmarkt; den deutschen Erzbischöfen wird der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Neuerungen mit unverantwortlichem Leichtsinn die Kirche gefährden, „in einer Zeit, da ohnehin die ehrwürdigsten Wahrheiten und die bestbefestigten Grundsätze durch die furchtbaren Erschütterungen wankend gemacht werden, welche eine falsche Philosophie, verbunden mit tyrannischer Gewalt, in der politischen und der kirchlichen Welt veranlaßt."

---

[1]) Gronau, 169.

[2]) Réflexions sur les 73 articles du promémoire presenté à la Diète de l'empire (Ratisbonne 1788).

[3]) Plank, Neueste Religionsgeschichte (1790), II, 460.

Die Schrift des belgischen Jesuiten rief heftigen Span in Regensburg hervor. Die Gesandten der Erzbischöfe erneuten ihre Klagen wider den Eindringling Zoglio, doch der Vertreter von Pfalz-Baiern nahm den Angegriffenen in Schutz und erklärte, der baierische Hof werde, falls in Regensburg die Stimme der Wahrheit ungehört verhalle, seine Staaten von der Diözesangewalt der Bischöfe völlig ablösen und durch Errichtung eigener Bistümer das Wohl seiner Unterthanen, die Gewissensfreiheit und die Religion im Lande auf immer und allezeit sicher stellen.[1]) Gereizte Erwiderungen blieben nicht aus; im ganzen Reiche erscholl wieder der Kampfruf: Hie Rom, hie deutsche Freiheit! Das Straßburger Konsistorium nannte in einem Schreiben an das Speierer Ordinariat die Emser Punktation eine Sammlung von widersinnigen, harten Grundsätzen, deren Annahme nur unselige Verwirrung über die Christenheit bringen würde; in katholischen Zeitungen wurde über die Mainzer Illuminaten und die baigneurs d'Ems gespottet, und die josephinische Wiener Kirchenzeitung und andere Organe der Reformpartei vergalten mit offenen und versteckten Angriffen gegen die „Sklaven Roms".[2])

Ein Rundschreiben des Erzbischofs von Mainz vom 18. Juli 1789 berief eine Diözesansynode, auf welcher, wie es in den Tagen der Hatto, Willegis und Aribo gehalten worden sei, nützliche und notwendige Reformen für den Bereich der Erzdiözese gemeinsam beraten werden sollten. Als wünschenswerte, dem Geist des Jahrhunderts angemessene Aenderungen waren in der auf dem Boden des Emser Programmes stehenden Mainzer Monatsschrift namhaft gemacht: Verminderung der Klöster, Aufhebung der Prozessionen, Empfehlung des Bibellesens, Erlaubnis des Zurücktritts von Priestern in den Laienstand aus wichtigen Gründen, Einführung einer deutschen Liturgie, zeitgemäße Umgestaltung der geistlichen Bruderschaften u. s. w. Ueber diese und andere auf Vereinfachung und Veredelung des katholischen Kirchentums zielende Reformen sollte vorerst von den Kloster- und Pfarrkonventen Vorberatung gepflogen werden.[3])

Doch in Mainz tauchten bald ganz andere Fragen und Sorgen auf, die den Synodenplan in den Hintergrund schoben. Der Streit mit Frankreich wegen der Besitzverhältnisse im Elsaß brachte dem Kurfürsten, die neue Kaiserwahl dem Erzkanzler eine Last von Geschäften. Auch die Drohung Pfalz-Baierns, mit Zustimmung Roms die betreffenden Landesteile vom Metropolitanverband abzulösen, blieb nicht ohne Eindruck auf die Erzbischöfe. Es wäre wohl rascher zur Aussöhnung mit Rom gekommen, wenn nicht ein Manifest der römischen Kurie aufs neue Unwillen und Besorgnis im Lager der Emser Verbündeten hervorgerufen hätte. Zu Anfang des Jahres 1790 wurde dem Regensburger Reichstag ein päpstliches Breve in Form eines umfangreichen Buches: „Sanctissimi domini nostri Pii VI. responsio ad metropolitanos Moguntinum, Trevirensem, Coloniensem et Salisburgensem super nuntiaturis", vorgelegt.[4])

---

[1]) Mainzer Monatschrift von geistlichen Sachen, Jahrg. 1790, 77.

[2]) Seb. Brunner, Aufklärung in Oesterreich, 471.

[3]) Mainzer Monatschrift, 729.

[4]) Romae 1789, 336 Quartseiten. — Pacca spendet der päpstlichen Kundgebung begeistertes

Auch diese Staatsschrift wurde dem „neuen Thersites in Lüttich", dem „fanatischen Feller, der auch in seinem Journal historique et littéraire schon von verschiedenen Jahren her alles Gift der Parteilichkeit mit einer erstaunlichen Unverschämtheit ausgießt" [1]), zugeschrieben; vermutlich wurde aber das Material aus Deutschland geliefert und in Rom selbst verarbeitet.[2]) Nicht weniger schroff als in den „Réflexions" werden auch hier die deutschen Kirchenfürsten der frevelhaften Auflehnung gegen den Träger der höchsten Kirchengewalt bezichtigt, einer Felonie, die um so strafbarer, da sie zu einer Zeit auftrete, die ohnehin den Glauben und die Kirche heillosen Gefahren aussetze. Früher sei der Ruf nach Abschaffung der Nuntien von den deutschen Protestanten ausgegangen; jetzt werde von Erzbischöfen gegen rechtmäßige apostolische Gewalten schonungslos vorgegangen, während die Protestanten großmütigen Schutz gewährten. „Wir wissen, daß protestantische Fürsten ihre Ehre und ihren Ruhm darein setzen, zu verhüten, daß Neuerungen eindrängen, damit alles im gegenwärtigen Stande erhalten bleibe." Hoffentlich werde auch der Kaiser, wie er in seiner Wahlkapitulation beschworen habe, die Rechte des römischen Stuhles verteidigen. Besonders beklagenswert sei die Auflehnung des Vorstandes der Mainzer Kirche, der doch in seiner Erklärung vom 2. Mai 1787 gelobt habe, auf die Grundsätze des Emser Kongresses nicht mehr zurückzukommen und die päpstliche Autorität zu respektieren. Diesem Gelöbnis habe sich auch der damalige Koadjutor v. Dalberg angeschlossen, und der König von Preußen habe durch eine von Lucchesini unterzeichnete Erklärung vom 14. Mai 1787 für Erzbischof und Koadjutor Bürgschaft übernommen; da diese Thatsache schon von mainzischer Seite in einer deutschen Zeitschrift bekannt gegeben worden sei, brauche es auch in Rom nicht mehr als Staatsgeheimnis angesehen zu werden. Was die Nuntiaturen betreffe, so werde die römische Kurie in den Hauptpunkten niemals nachgeben; in Einzelheiten werde sich vielleicht durch unmittelbares Benehmen mit dem römischen Stuhl eine Abänderung erreichen lassen. Die Mainzer Synode möge nur zusammentreten; sobald aber die vom Trientiner Konzil gesteckte Grenze überschritten werde, sei strenge Ahndung unausbleiblich.

So hart und schonungslos würde die Kurie wohl kaum gesprochen haben, wenn sich nicht ihre Stellung gegenüber den Erzbischöfen wesentlich günstiger gestaltet hätte. Die Ausbreitung der Revolutionsideen zog insbesondere für die rheinischen Kurfürsten so viel Aufregung und Gefahr nach sich, daß eine Fortführung des Streites mit Rom sich von selbst verbot; auch die Zertrümmerung des Kirchentums in Frankreich warnte vor jeglicher Spaltung der geistlichen Gesellschaft. Unter diesen Umständen mußte Friedrich Karl, dem der preußische Gesandte Stein allen Ernstes zutraute, daß er eine deutsche Tiara anstrebe, den hochfahrenden Plänen entsagen. „Der große Streit unsrer Erzbischöfe," schrieb

---

Lob: „E quest' opera una ricca miniera di sagra pellegrina erudizione sull' importante oggetto della potestà, che ha il sommo pontifice in vigore del suo Divino primato d'inviare in ogni tempo e in ogni facoltà legati, apocrisarij, nuncij o vicarij apostolici." (Memorie storiche, 116.)

[1]) Plank, II, 483. Münch, 392.

[2]) Mainzer Monatschrift, 821, 1021.

Plank 1790, „ist ... in den verflossenen vier Jahren so geführt worden, daß alles beim alten blieb und der höchsten Wahrscheinlichkeit nach noch länger dabei bleiben wird“[1]).

Unter dem Eindruck des freundschaftlichen Verhältnisses des preußischen Hofes zum römischen Stuhl, das im Besuche des Nuntius Pacca in Wesel Ausdruck fand, vollzog sich nicht nur, wie oben dargelegt wurde, eine Annäherung des Kaisers an die Emser Verbündeten, sondern das Wiener Kabinett hielt auch den Augenblick für günstig, um den Mainzer Kurfürsten von Preußen abzuziehen und dadurch den Fürstenbund, der immerhin einmal gefährlich werden könnte, zu sprengen.

Im August 1788 kam der mainzische Geschäftsträger am Wiener Hofe, v. Helm, der mit Spielmann, dem Günstling des Fürsten Kaunitz, in Fühlung stand und mit dem mainzischen Ministerpräsidenten Albini befreundet war, an den Hof Friedrich Karls nach Aschaffenburg[2]). Der Diplomat machte kein Hehl daraus, daß er im Auftrag des Kaisers erscheine, um zu sondieren, ob der Kurfürst noch immer an dem unnatürlichen Bündnis mit Preußen festhalten wolle. Der Fürstenbund, wie er von König Friedrich gestiftet worden sei, habe in Wien keine Furcht erregt, denn ein Bund von drei aufeinander eifersüchtigen Mächten werde weder Gutes noch Böses stiften. Dagegen habe der Beitritt des Mainzers wie ein Donnerschlag gewirkt, denn damit sei der Besitz der Kaiserwürde für das habsburgische Haus in Frage gestellt. Gerade deshalb aber gewinne die Krone außergewöhnlichen Wert, und der Kaiser betrachte es jetzt schon als wichtigste Aufgabe, seinem Bruder Leopold die Nachfolge im Reich zu sichern. Warum sollte dieser Wunsch nicht zu erfüllen sein? Der Kaiser bezwecke nichts andres als die Erhaltung des Reichs, der geistlichen Fürstentümer, der Domkapitel und des Adels; von Austausch- oder Teilungsplänen sei nicht mehr die Rede. Der Kaiser stehe mit allen Mächten, den britischen Hof ausgenommen, auf bestem Fuße; der König von Preußen werde nicht müde, freundschaftliche Versicherungen zu geben, Frankreich gehe Hand in Hand mit Oesterreich. Auf die Stimmen von Trier, Köln, Böhmen und Pfalz könne das Erzhaus mit Sicherheit zählen; wenn nun auch der Erzkanzler zur Wahl des römischen Königs die Hand reichen würde, stände der Erfüllung des kaiserlichen Wunsches nichts mehr im Wege. Der Kurfürst könnte für diesen Dienst jeden Lohn vom Kaiser fordern. Doch die Sache eile, denn der Kurfürst von Pfalzbaiern sei ein hochbetagter Mann, und des Nachfolgers, des Herzogs von Zweibrücken, sei man nicht sicher. Auf ewige Zeiten würde sich der Kurfürst das Haus Habsburg zu Dank verpflichten, wenn er sich jetzt an den Kaiser anschlösse. Man habe in Wien zuverlässige Kunde, daß die drei protestantischen Mitglieder des Fürstenbundes sich untereinander dahin geeinigt hätten, daß die Kaiserkrone künftig zwischen katholischen und protestantischen Höfen wechseln sollte. Daraus könne der Kurfürst entnehmen, daß ihn die protestantischen Fürsten nicht als

---

[1]) Plank, II, 397.

[2]) Preuß. geh. Staatsarchiv. Acta, enthaltend die Correspondenz mit dem Churfürsten von Maynz und dem Obristen von Stein, betreffend die römische Königswahl 1788.

gleichberechtigten Genossen, sondern nur als Werkzeug ansähen, daß es für den Kanzler des Reichs und den Primas der deutschen Kirche nur im Anschluß an den Kaiser Ehre und Vorteil gebe.

Friedrich Karl selbst setzte den preußischen Gesandten an seinem Hofe, Obrist v. Stein, von den Wünschen und Anerbietungen des Kaisers in Kenntnis. Damit bewies er, daß er zur Zeit noch nicht gesonnen sei, vom Bündnis mit den norddeutschen Mächten abzufallen, aber die Vorstellungen Helms waren, wie Stein leicht durchschauen konnte, nicht ohne Eindruck geblieben. Friedrich Karl wollte zum Kaiser nicht nein sagen, aber auch die Bundesgenossen nicht vor den Kopf stoßen; in seiner Verlegenheit forderte er Stein auf, ihm darüber Gewißheit zu schaffen, wie sich der preußische Hof selbst zur Wahl eines römischen Königs verhalten werde, und ob in der That geheime Abmachungen zwischen den drei protestantischen Mächten beständen. Darauf wurde nach längeren Erörterungen zwischen Friedrich Wilhelm und seinen Räten Hertzberg und Finkenstein folgendes erwidert. Was Helm in Aschaffenburg über Umtriebe des Londoner Kabinetts und über ein Zusammengehen Preußens mit dem Erzhause enthüllt habe, sei eitel Erdichtung. „Es sind lauter Lügen, die dieser Mensch ersonnen hat, um sich Gehör zu verschaffen." Der Wiener Hof habe in Berlin noch kein Wörtchen von der Wahl eines römischen Königs verlauten lassen, werde sich auch gewiß hüten, dies zu thun, ehe er nicht ohnehin der Stimmenmehrheit versichert wäre. „Ich stehe in der That mit dem Kaiser auf gutem Fuße, aber von freundschaftlichen Beziehungen ist keine Rede, und es ist seit der holländischen Affäre zwischen den zwei Höfen nicht mehr verhandelt worden. Ich bin weit entfernt, mit den beiden Kaiserhöfen Hand in Hand zu gehen, um eine Teilung polnischen Gebietes vorzunehmen oder auf Kosten der Pforte Eroberungen zu machen; nicht einmal gesprächsweise wurde derartiges berührt." Etwas Wahres sei nur an der Enthüllung über das Bündnis der deutschen protestantischen Mächte. „Unter dem Siegel der Verschwiegenheit und im Vertrauen auf die Diskretion des Herrn Kurfürsten will ich ihm nicht verhehlen, daß ich mit den Kurfürsten von Sachsen und Hannover in Bezug auf die künftige Königswahl im Einverständnis stehe, ohne daß wir uns jedoch bisher über einen bestimmten Kandidaten geeinigt hätten." Jedenfalls wäre dem Kurfürsten von Mainz von allen Beschlüssen Kenntnis gegeben und nur im Einvernehmen mit ihm gehandelt worden; von einem Beitritt des Mainzers zum Bündnis werde wohl am besten, um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, Umgang zu nehmen sein.

Natürlich waren diese Eröffnungen nicht geeignet, den Argwohn des Kurfürsten zu beschwichtigen. Er verlangte nachdrücklich, in den Bund aufgenommen zu werden; die vier Unionsfürsten sollten sich sodann verpflichten, an Königswahl und Wahlkapitulation nur nach gemeinsamen Beratungen und einstimmig gefaßten Beschlüssen sich zu beteiligen.

Die mainzische Forderung stieß jedoch in Hannover und Dresden auf Widerspruch. Von hannöverscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß man den dritten geheimen Artikel des Bundesvertrags, der die Ueberlassung einer neunten Kur an Hessen-Kassel berühre, einem katholischen Kurfürsten unmöglich

bekannt geben könne, und von kursächsischer Seite wollte man die Gleichberechtigung des Mainzers nicht anerkennen; es bestehe ja die Union — so wurde hier und dort hervorgehoben —, wozu bedürfe man neuer Verträge!

Auch Hertzberg machte den König darauf aufmerksam, daß mainzische Gesandte an andern Höfen eine andre Sprache führten, als der Kurfürst selbst gegenüber dem Berliner Hofe; in Dresden z. B. habe der mainzische Gesandte erklärt, man könne ja doch bei einer Kaiserwahl im Ernst nicht an ein andres Haus denken, als an das habsburgische. Diese Ansicht decke sich aber durchaus nicht mit der Auffassung und dem Interesse Preußens; man binde sich also zu eigenem Schaden gewissermaßen die Hände, wenn man sich zu tief mit dem Mainzer einlasse.

Da auch Friedrich Wilhelm dem Minister beistimmte, wurde von Ausdehnung des Vertrags auf alle Kurfürsten des Fürstenbundes abgesehen; nur Sonderverträge zwischen Mainz einer- und Brandenburg und Hannover andrerseits wurden (24. Dezember 1788 und 1. Januar 1789) abgeschlossen, „daß die zwey Stimmen wie nur Eine seyn und nicht anders als einmüthig versprochen und ertheilt werden sollen." Sachsen weigerte sich, ein ähnliches Abkommen zu treffen, so daß der Mainzer selbst in Berlin beantragte, die Verhandlungen einzustellen und dem Dresdener Hofe zu überlassen, „wozu in Rücksicht gedachter Konvention Patriotismus und unionsmäßige Gesinnungen ihn etwa künftig noch bestimmen möchten." —

Schon wenige Wochen später gewann es den Anschein, als ob die Festigkeit der neuen Verträge auf die Probe gestellt werden sollte.

Am 14. April 1789 eröffnete Friedrich Wilhelm durch ein Billet seinen Kabinettsministern Finkenstein und Hertzberg, er habe zuverlässige Kunde, daß Kaiser Joseph den laufenden Monat nicht mehr überleben werde; sie möchten also ein Gutachten abgeben, was bei Erledigung des Kaiserthrones von preußischer Seite zu geschehen habe[1]). „Wie im gegenwärtigen Augenblick die Fürsten des Reichs gesinnt sind," fügte der König hinzu, „wäre es nicht unmöglich, dem Hause Oesterreich die Kaiserkrone zu entreißen, und sicherlich würde ein solcher Wechsel, wenn man nur das Reichsinteresse berücksichtigt, einen wesentlichen Vorteil bedeuten. Allein wenn das Haus Oesterreich seine natürlichen Kräfte behält, welcher Vorteil könnte dann für Preußen herauskommen? Die Kriege mit Oesterreich würden das Reich nicht mehr angehen, und der deutsche Fürstenbund würde uns nicht mehr nützen!"

Aus der von beiden Ministern unterzeichneten Antwort erhellt, daß von preußischer Seite vermutlich schon bei Stiftung des Fürstenbundes die Zuwendung der Kaiserkrone an eine andre Dynastie ins Auge gefaßt wurde.

Es kommt alles darauf an, erklärten die Minister, ob bei Erledigung des Kaiserthrones der Herzog von Zweibrücken schon in Besitz des Kurfürstentums Pfalzbaiern gelangt sei oder nicht; wenn das erstere der Fall ist, so muß von seiten Preußens alles daran gesetzt werden, ihm zur Kaiserkrone zu ver-

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Correspondance du Roi avec le ministère, touchant les mesures à prendre après la mort de l'empereur Joseph II, 1789.

helfen: Herzog Karl August, eventuell sein Bruder Max Joseph sind die natürlichen Kandidaten des Fürstenbundes. Dagegen wäre Karl August ohne den Besitz Baierns nicht in der Lage, die standesmäßigen Mittel aufzubringen; auch würde Karl Theodor dem verhaßten Neffen niemals seine Stimme geben und niemals dem Erzhause widerstreben; es würde also nicht möglich sein, eine Stimmenmehrheit für den Herzog zusammenzubringen. Denn auch Kursachsen, das selbst geheime Absichten auf die Krone habe, werde wohl kaum den Herzog oder einen andern nicht-österreichischen Bewerber aufrichtig unterstützen; eine Erhebung des Kurfürsten von Sachsen aber verstoße gegen das Interesse Preußens. Unter den gegebenen Umständen sei es also wohl das rätlichste, die Wahl des Bruders des regierenden Kaisers sich gefallen zu lassen; jedenfalls sei es nicht angezeigt, erhebliche Anstrengungen zu machen und großen Gefahren sich auszusetzen, um jene Wahl zu hintertreiben. Die Kaiserkrone gewähre ja im Grunde dem österreichischen Hause nur geringe Vorteile, und „solange die Habsburger im Besitz der höchsten Würde, wird die Furcht vor ihnen immer dem brandenburgischen Hause Bundesgenossen werben".

In einem Memoire vom 15. April 1789 führt Hertzberg diese Gedanken noch weiter aus. Besonders ein Satz ist für die Politik des Ministers kennzeichnend und liefert den Beweis, daß Karl August von Weimar nicht unrecht hatte, wenn er behauptete, Hertzberg habe für den deutschen Fürstenbund kein Herz und kein Verständnis. Der Kurfürst von Sachsen, heißt es nämlich, trachte weniger nach der Kaiserkrone, als nach der polnischen; zu dieser könne er aber nur mit preußischer Hilfe gelangen, „da ja Preußen überwiegenden Einfluß in Polen hat, der für Preußen zur Zeit auch viel mehr Bedeutung hat, als der in Deutschland, wo die Macht der verschiedenen Souveräne schon zu ansehnlich und zu geteilt ist, als daß der König von Preußen den größten Teil davon dem rivalisierenden Hause Oesterreich entgegenstellen könnte" [1]). Ergebnis aller Erwägungen sei: Preußen läuft keine Gefahr, wenn es nach dem Tode Josephs II. wieder einen Kaiser aus österreichischem Hause zuläßt; im Gegenteil, es soll diese Wahl, wenn sie nicht abzuwenden ist, selbst begünstigen, denn die Eifersucht und die Furcht vor dem Kaiser werden immer die deutschen Fürsten ins brandenburgische Lager treiben und den König von Preußen, der als natürliches Gegengewicht sich darbietet, zum Gegenkaiser (anticésar) erheben. Noch günstiger wäre es freilich, wenn die Krone dem habsburgischen Hause entfremdet werden könnte. Zu diesem Zweck soll das Interregnum möglichst verlängert werden, „um bis zum Tode des Kurfürsten von der Pfalz Aufschub zu gewinnen, denn dadurch würde die Lage von Grund aus geändert werden."

Zugleich wurden von Hertzberg und Finkenstein Vorschläge gemacht, wie mit Hilfe der Bundeshöfe eine klarere und würdigere Wahlkapitulation zu stande

---

[1]) „. . . . une influence prépondérante en Pologne, laquelle devient à present plus essentielle pour la Prusse que celle de l'Allemagne, où la puissance des differens souverains est déjà trop considerable et trop partagée, pour que le Roi de Prusse puisse en enlever la plus grande partie à la maison rivale d'Autriche."

zu bringen wäre, „damit die kaiserliche Macht in die engsten Schranken zurückgewiesen werde."

Ein Signat Friedrich Wilhelms vom 16. April 1789 billigte das Gutachten der Minister und ordnete an, daß jetzt schon Geheimrat Steck, der in den Reichsangelegenheiten am besten bewandert sei, mit Ausarbeitung eines für Preußen vorteilhaften Kapitulationsentwurfes betraut werden soll.

Doch erst ein Jahr später traf das Ereignis ein, dem diese Vorbereitungen galten, der Tod Josephs II. Dagegen trat der feindliche Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich noch im letzten Lebensjahre des Kaisers in der orientalischen Frage schroff zu Tage.

Kaiser Joseph hegte, nachdem der Feldzug gegen die Türken im Herbst 1788 durch die Erfolge Laudons und des Prinzen von Koburg eine etwas glücklichere Wendung genommen hatte, den aufrichtigen Wunsch, mit der Pforte Frieden zu schließen. Choiseul, der französische Botschafter in Konstantinopel, übernahm die Vermittelung. Die Vorschläge des Kaisers waren nicht unbillig; er verlangte bloß eine „sichere und konvenable Grenze" für Oesterreich und die Abtretung Oczakows für Rußland. Da Abdul Hamid selbst zum Frieden geneigt war, hätten die Verhandlungen vermutlich zu einem Ausgleich geführt, wenn nicht ein ebenso einflußreicher, wie gewandter und rühriger Gegner widerstrebt hätte, der preußische Gesandte in Stambul, von Diez. „Wir haben nichts so sehr zu fürchten," so hatte Hertzberg diesen Gesandten instruiert, „als einen Separatfrieden zwischen der Pforte und einem der kaiserlichen Höfe; Sie müssen also dies auf jede mögliche Weise verhindern." Der Gesandte selbst wäre sogar gern noch weiter gegangen; er wurde nicht müde, darzulegen, daß es für das Interesse Preußens nichts Förderlicheres gäbe, als ein Bündnis mit der Pforte und kräftige Teilnahme am Krieg mit Oesterreich. So weit wollte jedoch Hertzberg nicht gehen; er wollte Preußen nicht in den Krieg verwickeln, sondern hoffte durch kluge Ausbeutung der Lage eine erwünschte Arrondierung für Preußen zu erlangen [1]). „Wenn die Oesterreicher geschlagen und an die Donau zurückgedrängt sein werden, dann wird der König seine bewaffnete Intervention ankündigen und den kriegführenden Mächten unsern Hauptplan vorlegen." Um aber dieses Ziel zu erreichen, mußte verhindert werden, daß die Friedenspartei in Konstantinopel die Oberhand erlange. Diez stellte dem Großvezier vor, der Dreibund werde nur dann zu thätiger Hilfe gegen die Kaiserhöfe zu gewinnen sein, wenn alle Vermittelungsvorschläge abgewiesen würden. „Ich zeigte den Türken die Zähne," schrieb er (22. Dezember 1788) an Hertzberg, „ich rückte ihnen gewaltsam auf den Leib und erreichte dadurch schließlich meine Absicht; sie haben sich nun zu tief mit uns eingelassen, als daß sie zurückgehen könnten, und so haben wir sie und ihre Geschäfte in der Gewalt." Diez hatte die ganze alttürkische Partei auf seiner Seite; die große Mehrheit des türkischen Volkes erblickte im Kampf mit den historischen Feinden des Islam, Oesterreich und Rußland, einen Glaubenskrieg, den der Moslim, solange er noch eine Flinte und eine Patrone

[1]) Häusser (der den schriftlichen Nachlaß des Gesandten v. Diez benützt hat), Deutsche Geschichte, I, 235.

besitze, unerbittlich fortzuführen habe. Auch war durch den letzten Feldzug die Hoffnung auf Sieg und Triumph des Halbmondes mächtig gehoben worden. Unter diesen Umständen hatte der vermittelnde Gesandte Frankreichs einen schweren Stand. Am 19. März 1789 schrieb Joseph an seinen Bruder: „Ihre guten Wünsche für Wiederherstellung meiner Gesundheit rühren mich tief, aber ich fürchte, sie werden sich ebenso wenig verwirklichen, wie diejenigen für den Frieden; weder Friede, noch Gesundheit wird zu erlangen sein. Ich habe noch keine Antwort aus Konstantinopel; Preußen, Schweden und England schüren die Flamme, während Frankreich und Spanien nur geringes Ansehen in Konstantinopel genießen“ [1]). Als bald darauf (1. April 1789) Sultan Abdul Hamid starb und der junge, thatenlustige Selim III., ein erbitterter Gegner Oesterreichs, den Thron bestieg, war jede friedliche Einigung ausgeschlossen. Die Bemühungen der kaiserlichen Diplomatie, Frankreich und Spanien zur Mitwirkung am Türkenkrieg zu bewegen, blieben erfolglos; die ungünstige Finanzlage war hier wie dort der entscheidende Grund der Weigerung [2]).

Auch die Freundschaft der beiden Kaiserhöfe war infolge der im abgelaufenen Jahre gemachten Erfahrungen erkaltet. Joseph war jetzt voll Mißtrauen gegen die russische Politik und Kriegführung; er befürchtete, daß sein Bundesgenosse, wie er an den Prinzen von Koburg schrieb, „nur eine gute Gelegenheit ablauern wolle, um ohne Gefahr vorzurücken, während bis dahin uns die ganze Last des Feindes am Hals hinge!“ [3]) Er schickte nach Petersburg einen Operationsplan, wonach ein russisches Corps unter Romanzow, „noch ehe das Gras wüchse“, bis an die Donau vorrücken und die Walachei bis an die Aluta besetzen, ein anderes unter Potemkin nach der Moldau ziehen, die Oesterreicher dagegen die kleine Walachei besetzen sollten. Dagegen übersandte Potemkin dem Kaiser einen Feldzugsplan, der an die Oesterreicher weit stärkere Anforderungen stellte. Joseph war über die Zumutung, daß Hohenlohe und Koburg ohne russische Hülfe den Kampf in Moldau und Walachei aufnehmen sollten, in hohem Grade ungehalten. „Ich lege Ihnen hier einen kleinen Entwurf bei,“ schrieb er an Kaunitz, „der unsrer Antwort auf den von Rußland mitgeteilten Operationsplan zu Grund gelegt werden soll. Ich habe ihn noch ziemlich höflich abgethan, trotz der Abgeschmacktheit und Unverschämtheit, die darin zu Tage treten. Die Russen wollen nichts thun und sogar die Moldau den Türken überlassen, so daß wir neuerdings alle ottomanischen Truppen auf dem Hals hätten; erst wenn wir ganz allein den Anprall ausgehalten haben, werden sie vielleicht im Herbst den Versuch machen, gegen Bender oder Ackerman etwas zu unternehmen.“ [4]) „Man muß gestehen,“ schrieb er an Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, „daß die Russen die Rolle eines Alliierten spielen, nicht ich.“ [5]) Joseph trug sogar Bedenken, ob unter solchen Umständen das Bündnis mit Rußland erneuert

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 231.

[2]) Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs, 121.

[3]) Wiener, Kaiser Joseph II. als Staatsmann und Feldherr, in den Mitteilungen des k. k. Kriegsarchivs, Jahrg. 1885, 119.

[4]) Arneth, Joseph II. und Katharina II., 329, Anmerkung.

[5]) Wolf, Marie Christine, II, 10.

und in den Krieg wieder eingetreten werden sollte, doch selbst Leopold, der früher vor dem Türkenkrieg gewarnt hatte, stellte jetzt dem Bruder vor, man dürfe den einzigen Bundesgenossen nicht aufgeben, wenn man auf allen Seiten von Feinden umlagert sei. „Der Krieg mit der Pforte, die Gefahr, daß Rußland einen Separatfrieden abschließen und uns im Kampf mit der Türkei, mit Preußen, vielleicht auch mit Polen allein lassen könnte, die Ohnmacht Frankreichs, das weder jetzt noch in absehbarer Zeit Hülfe leisten kann, die Mißgunst des Königs von Preußen, der Mitglied jenes deutschen Bundes ist, den ich ganz und gar nicht für bedeutungslos halte und dessen gegen uns gerichtete Politik nur durch die persönliche Schwäche des Königs gelähmt wird, das Uebelwollen Englands, das mit Preußen und Holland eng verbunden ist und schon für sich allein im stande wäre, Frankreich im Schach zu halten und in den Niederlanden eine Spaltung hervorzurufen: alle diese Gründe bestimmen mich, die Erneuung der Allianz mit Rußland für wünschenswert zu halten, und zwar möge dies so rasch und so verbindlich wie möglich abgemacht werden! Man muß der Kaiserin schmeicheln und sie dadurch unserm Interesse günstig stimmen; besonders vorteilhaft wäre es auch, wenn man die Jugend am russischen Hofe gewinnen und den Großherzog von seiner persönlichen Zuneigung zum König von Preußen abbringen könnte." [1]) Auch Kaunitz hielt daran fest, daß das Bündnis mit Rußland nützlich und notwendig sei; im Falle eines Bruches würde die Zarin von den Beherrschern Preußens und Englands mit offenen Armen empfangen werden; der Krieg müsse also wieder aufgenommen und sogar mit Aufwand aller Kräfte geführt werden, denn nur eine glückliche Waffenthat werde zu ehrenvollem Frieden verhelfen. „Ein coup d'éclat, wie Sie es nennen," erwiderte spöttisch der Kaiser, „läßt sich nicht nach Belieben herbeiführen, sondern nur von Zeit und Umständen erwarten." Doch gab auch Joseph seinem Kanzler recht: unter den gegebenen Verhältnissen bleibe nichts andres übrig, als die Unterhandlungen in Konstantinopel abzubrechen und aufs neue das Glück der Waffen zu versuchen.

Nachdem einmal diese Entscheidung gefallen war, hätte Joseph am liebsten selbst seine Truppen gegen den Feind geführt; da aber seine Krankheit sich immer gefährlicher gestaltete und seine Umgebung wiederholt das Aeußerste befürchtete, war an persönliche Teilnahme am Feldzug nicht zu denken. Trotz der Unfälle, welche das österreichische Hauptheer unter Lacys Führung im verflossenen Jahre erlitten hatte, wollte Joseph wieder diesem Heerführer die oberste Leitung anvertrauen; als Lacy selbst seiner geschwächten Gesundheit wegen ablehnte, übertrug er das Kommando über die Hauptarmee nicht, wie es Offiziere und Soldaten sehnlich wünschten, dem Feldmarschall Laudon, sondern dem hochbetagten Hadick, doch behielt er sich selbst vor, von Wien aus alle Operationen zu leiten, so daß er als der eigentliche Oberbefehlshaber zu gelten hätte. Die Hauptarmee, die sich in Syrmien und im Banat konzentrierte, sollte von drei weiteren Corps unter Laudon, Hohenlohe und Koburg in Kroatien, Siebenbürgen und der Moldau unterstützt werden. Im Gegensatz zum Feldzugsplan

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 247.

des vorigen Jahres sollte diesmal angriffsweise vorgegangen werden, wie es Prinz Eugen in seinen Türkenkriegen immer gehalten habe, und zwar sollte der erste Hauptangriff gegen Bosnien gerichtet, im Herbst sodann wo möglich ein entscheidender Schlag gegen Belgrad geführt werden.

Die Rüstungen ließen auch diesmal zu wünschen übrig. Der Kaiser selbst führte noch am 11. Mai Klage, daß er „wochenlang Rekruten in Wien nur mit Mänteln herumschleichen sehe, weil sie keine Röcke haben." Fast täglich richtete Joseph an Hadick Befehle und Belehrungen aller Art; an Sorgfalt und Wachsamkeit wenigstens ließ er es nicht fehlen. Welche politischen Ziele er nunmehr verfolgte, erhellt aus den „Gedanken über die heurige Campagne" (Laxenburg, 21. Juni). „Es ist sicher und unleugbar," wird darin ausgeführt, „daß ein baldiger Friede mit der Pforte nicht allein wegen des unabwendbaren Unheils des Krieges, sondern besonders wegen der kritischen Lage des politischen Systems von Europa für uns äußerst wünschenswert ist." Die Schwäche Frankreichs, die Zweideutigkeit des in Rußland allmächtigen Potemkin, ja, „was das Wichtigste ist," der ungeahnte Aufschwung der Autorität Preußens, das mit England, Holland, Schweden und vielen deutschen Fürsten im Bunde stehe, in Konstantinopel den größten Einfluß besitze und demnächst wohl auch mit der Pforte in eine Allianz treten werde, „die Gewißheit, daß alles dieses bloß gegen uns gerichtet ist und auf Schwächung meines Hauses, Auflösung meiner Allianz mit Rußland und Wiedervereinigung Galiziens mit Polen zielt, damit Preußen zur Belohnung Thorn, Danzig und die Palatinate Posen und Kalisch sich aneignen könne, an allem diesem ist nicht zu zweifeln." Um aus so bedenklicher Lage zu entrinnen und wenigstens die Türken zum Frieden zu zwingen, soll man ihnen möglichst rasch einen empfindlichen Streich zu versetzen trachten; deshalb soll der größere Teil der Armee unverzüglich gegen Belgrad operieren und dabei durch eine offene Feldschlacht die Entscheidung herbeiführen.

Als Hadick immer wieder der Gelegenheit zu einem Treffen auswich, war der Kaiser über diese Aengstlichkeit sehr ungehalten, weil dadurch die Türken nur in dem Wahne bestärkt würden, daß eine kaiserliche Armee die Krummsäbel fürchte. Allmählich überzeugte er sich, daß der ehedem so kühne Reitergeneral durch Alter und Kränklichkeit verzagt und lässig geworden sei; er berief Hadick ab und übertrug das Kommando unter freudiger Zustimmung der Armee an Laudon, „den einzigen, dem es im Heere in erster Linie gebühre". [1]) Noch ehe Laudon den Oberbefehl übernahm, erstritt das Corps Koburg am 1. August im Verein mit einer kleineren russischen Abteilung einen glänzenden Sieg bei Fokschani; der Löwenanteil gebührte freilich dem Russen Suwarow, in dessen Wesen Held und Possenreißer wunderlich vereinigt waren, der sich verwegen über alle taktischen Bedenken hinweggesetzt und den kaiserlichen Feldherrn zur Annahme seines Schlachtplanes genötigt hatte. Gleichzeitig warf auch General Clerfayt die Türken, die das Schupanecker Thal überschwemmt hatten, bei Mehadia

[1]) Janko (Das Leben des k. k. Feldmarschalls Gideon Ernst Freih. v. Laudon, 402) erzählt, der Marschall habe in Soldatenkreisen solche Verehrung genossen, daß er beim Eintreffen im Lager vor Dubitza mit dem Ruf: „Es lebe der heilige Laudon!" empfangen wurde!

zurück. Durch diese Erfolge, die das erschütterte Selbstvertrauen der kaiserlichen Truppen wieder aufrichteten, wurde das Unternehmen gegen Belgrad wesentlich erleichtert. Als „Vater Laudon" trotzdem zögerte, feuerte Kaunitz ihn an, den entscheidenden Streich zu führen; es sei ja doch nur ein Kampf mit Türken und nicht mit einer preußischen Armee zu führen. „Also nur frisch voran, mein lieber Feldmarschall, audaces fortuna juvat, im Krieg muß etwas gewagt werden, das wissen Sie besser als ich!" Ebenso ungeduldig trieb und drängte der Kaiser, der es ohnehin als unerträgliche Qual empfand, daß er in seinen Schlössern den siechen Körper pflegen und einem andern die Führung seiner Truppen zu Kampf und Sieg überlassen mußte. „Sie werden mir glauben," schrieb er an Clerfayt, „wie schmerzlich es mich berührt, daß ich an dem Unternehmen nicht teilnehmen darf, daß ich wie ein elender Invalide hier bleiben muß, aber das ist nun einmal mein Schicksal." „Wir erwarten," schrieb er an Schwester Christine, „daß unsre Truppen über die Save gehen und vor die Festung Belgrad rücken werden; ich kann dir nicht beschreiben, welcher Gram, welche Unruhe mich peinigen, weil ich nicht selbst hingehen kann." Da Joseph immer wieder einschärfte, zur Rettung des von allen Seiten bedrängten Staates sei eine rasche militärische That unbedingt notwendig, ließ Laudon, seine Bedenken zurückdrängend, am 11. September die Truppen über die Save setzen; tags darauf wurde Belgrad eingeschlossen.[1]) „Jetzt sind wir drinnen in diesem Walle des Ostens," schrieb der Fürst von Ligne, der vor Belgrad die kaiserliche Flottille auf der Donau befehligte, an Graf Ségur, „die Thore haben wir nicht wie Aurora mit Rosen geöffnet, sondern mit Fingern von Feuer. Die Kühnheit und Geschicklichkeit des Uebergangs über die Save, die Raschheit des Marsches und des Eindringens in die Linien des Prinzen Eugen, die Kühnheit oder Verwegenheit der Rekognoscierung bis hart an die Palissaden, dies alles ist die Leistung von vierzehn Tagen und wahrhaft würdig der schönsten Thaten des Feldmarschalls Laudon." Noch vor der Einschließung Belgrads erfochten Koburg und Suwarow am Rymnik (11. September) einen zweiten glänzenden Sieg. Unmittelbar darauf aber wurde Suwarow infolge einer Intrigue des eifersüchtigen Potemkin von der Armee abberufen, so daß sich auch der Prinz von Koburg genötigt sah, den Rückzug gegen Fokschani anzutreten. Schon begannen in Joseph ängstliche Zweifel aufzusteigen, ob nicht auch dieser Feldzug in Ohnmacht und Ermattung endigen werde, da gelang der sehnlich erwartete „coup d'éclat"! Am 8. Oktober wurde Belgrad, nachdem die Brustwehren durch das Feuer der kaiserlichen Batterien völlig der Erde gleichgemacht worden waren, von Osman Pascha übergeben: auf den Zinnen der Festung, die 1717 Prinz Eugen als glorreichsten Siegespreis erkämpft hatte, die Karl VI. 1739 dank seiner schwächlichen Politik und der Unfähigkeit seiner Generale hatte aufgeben müssen, flatterte wieder das kaiserliche Banner. In der Brust des Kaisers stritt die Freude über den Sieg seiner Truppen mit dem Unmut, daß ihm selbst der Lorbeer versagt geblieben war. „Daß ich nicht dabei sein konnte!" schrieb er an Christine, „wie furchtbar ist es, krank zu sein!" „Mir fehlen die Worte," schrieb er an Laudon

[1]) Janko, 421.

(12. Oktober), „um Ihnen die Empfindung meiner Freude und Dankbarkeit auszudrücken; der von Ihnen dem Staat und zum Ruhme unsrer Waffen geleistete Dienst übersteigt alle meine Wünsche und krönt Ihre ehrenvollen Kriegsthaten." Laudon sollte nun noch ein möglichst großes serbisches Gebiet besetzen, da es ja bei dem Friedensschluß hauptsächlich auf das uti possidetis ankäme. Allein das Unternehmen gegen Orsova mußte wegen der Ungunst der Witterung aufgegeben werden; immerhin waren die Kaiserlichen bis Zwornik vorgedrungen und hatten so ruhmvolle Thaten vollbracht, daß Joseph mit Befriedigung auf den Feldzug zurückblicken konnte.

Doch was nützten alle Erfolge im Donauland, wenn auf wichtigerem Schauplatz, in Belgien, die Empörung siegte und den kaiserlichen Waffen nur schmachvolle Niederlage beschieden war, mächtige Parteien in Ungarn und Siebenbürgen sich gegen ihren Landesherrn erhoben und der Dreibund der nordischen Mächte, verstärkt durch Schweden und Polen, drohend gegen Oesterreich sich aufrichtete! Wenige Wochen nach Laudons und Koburgs glorreichen Siegen mußte Joseph in einem Briefe an Cobenzl das furchtbare Geständnis machen: „Noch nie hat es einen gefährlicheren Augenblick für die Monarchie gegeben, nie einen unglücklicheren, peinlicheren für mich selbst!" Als der nach Wien zurückgekehrte Laudon beim Empfang in der Hofburg den Kaiser auf sich zuwanken sah, brach er in Schluchzen aus, so erschütterte ihn der Anblick der kläglich gebrochenen Gestalt, an der nur noch die ernst und traurig blickenden Augen lebendig schienen. —

„Indem Kaiser Joseph die Krim durchwanderte," sagt Herder in den Briefen zur Beförderung der Humanität, „wohin nie ein römischer Kaiser gekommen war und nie einer zu einem solchen Zweck hätte kommen mögen, fingen die Niederlande an zu glühen, ... und im unglücklichen Türkenkriege loderten fast alle Provinzen in hellen Flammen auf!"

Wir haben gesehen, wie in den belgischen Provinzen der Widerstand der Stände und des Klerus gegen die Anordnungen Josephs, die eine Reform der Verwaltung, der Rechtspflege und des Kultus bezweckten, durch das strenge Einschreiten General d'Altons für den Augenblick bezwungen worden war [1]). Joseph hatte die ganze Bewegung von Anfang an unterschätzt. „Die Unruhen in den Niederlanden," hatte er am 13. Oktober 1787 an die Zarin geschrieben, „sind ebenso lächerlich zu Ende gegangen, wie sie angefangen haben". [2]) Sein Bruder Leopold war auch hier vorsichtiger im Urteil gewesen. „Mag immerhin der Aufstand beendigt sein," schrieb er (17. Dezember 1787), „so dauert doch die Gärung fort, da ja die Geistlichen immer wieder die Gemüter schüren, und es wird wohl lange dauern, bis man sich auf die Leute wieder

[1]) Die Münchner Staatsbibliothek verwahrt eine umfangreiche Sammlung (168 Bände und Kartons, 1872 bei Antiquar Cohen in Bonn gekauft; Belg. in Fol. 116 ^{gu}; in 4° 144 ^{f}; in 8° 224 ^{w}; Cod. gall. 838—846) Abhandlungen, Flugblätter, Zeitungen, Karikaturen ꝛc. zur Geschichte des belgischen Aufstands. Da ich für meine gedrängte Darstellung die reichhaltige Quelle nicht erschöpfend benützen konnte, seien Forscher, die sich mit dem Abfall der österreichischen Niederlande eingehender beschäftigen wollen, darauf aufmerksam gemacht.

[2]) Arneth, Joseph II. und Katharina II., 302.

verlassen kann und das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt sein wird." [1]) Die rücksichtslose Entschlossenheit, die d'Alton im Straßenkampf vom 22. Januar 1788 an den Tag gelegt hatte, fand den vollen Beifall des Kaisers. „Ich bin Ihnen dafür sehr verpflichtet," schrieb er an den General, „und ich bitte Sie, bei jeder Gelegenheit auf die nämliche Weise fortzufahren, obwohl ich glaube, daß dieses Exempel nicht ohne Wirkung bleiben wird." [2]) Wirklich trat nach jener Katastrophe auf einige Monate Ruhe ein, und vielleicht wäre der Aufstand — so urteilt wenigstens der im Oktober 1787 nach Brüssel berufene Civilgouverneur Graf Trauttmannsdorff — nicht mehr aufgelebt, wenn nicht der Kaiser, der stets von einer mechanischen, gleichförmigen Unterwürfigkeit aller Unterthanen allzugroßen Nutzen erwartete, unerbittlich auf der Durchführung seiner verfassungswidrigen Reformen bestanden hätte. Namentlich das Generalseminar in Löwen gab Anlaß zu neuen Mißhelligkeiten. „Alles hätte ein friedliches Ende genommen," versichert Trauttmannsdorff in seiner 1792 veröffentlichten Rechtfertigungsschrift, „wenn nicht der Kaiser in betreff des unglückseligen Generalseminars, von dem im Augenblicke alles abhing, so hartnäckig auf seinem Willen bestanden hätte." [3]) In der Frage: Darf der Staat die Aufsicht über die Erziehung der Geistlichen beanspruchen? trat der alte Gegensatz zwischen Staat und Kirche schroffer denn je hervor. Unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen wäre wenigstens zeitweilige Nachgiebigkeit am Platze gewesen, aber sie widersprach ebenso den Grundsätzen des Zeitalters, wie dem Charakter des Kaisers. Wieder weigerten sich die jungen Theologen, in eine Anstalt einzutreten, deren Bestehen schon ein Hohn auf die ehrwürdige Kirchenverfassung der Niederlande sei, und Lehrern zu gehorchen, die offen die Allgewalt des Staates und die Auflehnung gegen Rom predigten. [4]) Es sei dringend geboten, betonten sie in ihren Eingaben an Bischöfe und Stände, die belgische Kirche vor Ansteckung durch die in Deutschland zur Herrschaft gekommenen Irrlehren zu bewahren; sei doch in Ems offen ausgesprochen worden, daß die Metropolitangewalt über dem Primat des Papstes stehe; von den deutschen

---

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 150.

[2]) Recueil de lettres originaux de l'empereur Joseph II. au general d'Alton, commandant des troupes aux Pays-Bas, depuis décembre 1787 jusqu'en novembre 1789 (De l'imprimerie du comité patriotique à Bruxelles, 1790), 6. Der Ausschuß der belgischen Patrioten veröffentlichte diese aufgefangenen Briefe, wie im Vorwort dargelegt wird, um vor ganz Europa den Beweis zu liefern, daß die Auflehnung gegen den „blutdürstigen Tyrannen", den „Mann mit dem Tigerherzen", nach den Satzungen göttlicher und menschlicher Gerechtigkeit gestattet und geboten war.

[3]) Trauttmannsdorff, Fragmens pour servir à l'histoire des événemens, qui se sont passés aux Pays-Bas depuis la fin de 1787 jusq'en 1789, 11.

[4]) Aus diesen Kreisen stammt das Pasquill:

„La pêle au cul
A ces docteurs sortis de Vienne,
La pêle au cul.
Pourquoi Stoeger (Direktor des Generalseminars) est-il venu?
Pour voir donner (qu'il s'en souvienne)
A la doctrine Jansenienne
La pêle au cul" etc.

Rebellen werde die Vernichtung des Tridentinum angestrebt und als unausbleibliche Folge ein schmachvolles Schisma. Als ein kaiserlicher Erlaß vom 17. Juni 1788 die „von Lüge und Bosheit diktierten" Angriffe auf die Rechtgläubigkeit der Lehrer des Generalseminars zurückwies, gab der Primas der belgischen Kirche, Kardinal von Frankenberg, im Namen aller Bischöfe zur Antwort, die Prüfung der Rechtgläubigkeit stehe nicht der fürstlichen Gewalt, sondern den Nachfolgern des hl. Petrus und der übrigen Apostel zu, und verweigerte Befehlen, deren Befolgung eine Versündigung gegen Gott und die Kirche wäre, den Gehorsam. Darauf wurden die bischöflichen Seminare durch kaiserliche Kommissäre, die von kleinen Truppenabteilungen begleitet waren, geschlossen und die Zöglinge als Gefangene nach Löwen abgeführt, wo sie im Generalseminar ihre Studien fortsetzen sollten. Dabei kam es in Mecheln und Antwerpen zu Aufläufen; in Antwerpen soll der Bischof, wie d'Alton dem Kaiser versicherte, vom Fenster seines Palastes das Volk angefeuert haben, auch soll von Mönchen Geld unter die Menge verteilt worden sein.[1]) Durch Waffengewalt wurde zwar die Ruhe wieder hergestellt, aber der Streit zwischen Kardinal Frankenberg, der ganz Europa zu Zeugen der Mißhandlung des belgischen Kirchentums aufrief, und Trauttmannsdorff, den der Apologet Frankenbergs „einen Mann von schwachem, aber herrschsüchtigem Charakter, dabei ohne Religion, ganz der Sekte der Wiener Illuminaten ergeben und ihr blindes Werkzeug" nennt[2]), dauerte fort. Unzweifelhaft hatte der Vorkämpfer der römischen Kirche die große Mehrheit des belgischen Volkes hinter sich. Am 15. Juni wurde er im Namen des Kaisers aufgefordert, binnen vierundzwanzig Stunden bezüglich des theologischen Unterrichts im Generalseminar eine Erklärung abzugeben; die Erwiderung lautete kurz und bündig, daß „der in Löwen erteilte Unterricht nicht als orthodox zu betrachten sei". Zugleich verfaßte der Kardinal zur Begründung seines Urteils eine ausführlichere „Erklärung über den Unterricht des Generalseminars zu Löwen", die den Beweis liefern sollte, daß die heillose Schöpfung des Wiener Illuminatismus nur Irrlehrer und Verführer der Jugend beherberge und die Aufhebung der Anstalt ebenso im Interesse der Rechtgläubigkeit, wie aus schuldiger Rücksicht auf die Privilegien des belgischen Volkes geboten sei[3]). Kaiser Joseph soll im Unmut über den unbotmäßigen Ton des Schriftstückes an den Rand geschrieben haben: „Der Erzbischof muß sich beugen, oder er muß zerschmettert werden"[4]). Dagegen wurde die Brandschrift in Belgien mit Jubel aufgenommen. Der Biograph des Kardinals findet des Frohlockens kein Ende, da er auf das „Meisterwerk evangelischer Mäßigung

[1]) Recueil de lettres, 44.

[2]) Theiner, Der Kardinal Johann Heinrich Graf von Frankenberg, 106.

[3]) Die Denkschrift findet sich in der alle wichtigeren Aktenstücke zur Geschichte des Verfassungs-, wie des Kirchenstreites in Belgien umfassenden Sammlung, die von 1787 bis 1789 „de l'imprimerie des nations" gedruckt wurde (Recueil des Répresentations, Protestations et Réclamations faites à S. M. J. par les Répresentants et Etats des Provinces des Pays-Bas Autrichiens, Supplément, 14. tom., 3).

[4]) „L'archevêque doit plier ou casser" (Gerlache, Hist. du royaume des Pays-Bas, 126).

und theologischen Scharfsinns" zu sprechen kommt. „Ganz Belgien jauchzte bei Erscheinung der Erklärung vor Freude und Bewunderung auf und begrüßte sie als das nahe Ende seiner Leiden und als die heitere und glückliche Morgenröte der endlichen religiösen Befreiung. Das Werk wurde durch die Umstände ein wahres Volksbuch und erhielt in wenigen Wochen mehrere Auflagen; es wurde selbst in alle belgischen Mundarten übertragen, um es den Gläubigen aller Stände nur recht zugänglich zu machen. Der Name Frankenbergs lebte in allen Herzen; ihn sprachen mit Ehrfurcht die Mitglieder der Stände aus, die Magistrate, die Gelehrten, die Bürger, wie die Krieger; er hallte in lieblichen Nationalgesängen von den Lippen der Greise, wie der Mütter und der Säuglinge (sic) wieder; alle feierten ihn als den gottberufenen und gottbegeisterten Erretter ihres und ihrer Väter Glaubens! Selten hat ein Werk einen größeren und dauernderen Eindruck auf eine Nation ausgeübt, als Frankenbergs Erklärung auf die belgische, sie wurde sozusagen der erste Grundstein, ja das Fußgestell ihrer Freiheit und Unabhängigkeit" [1]). Frankenberg selbst erschrak über die Wirkung des Protestes, die sich allenthalben in Kundgebungen gegen den Landesherrn äußerte; auf Trauttmannsdorffs Ersuchen suchte er in einem Hirtenbriefe unter Berufung auf Christi Wort: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!" das aufgeregte Volk zu beschwichtigen, jedoch nicht, ohne an den Kaiser die erneute Mahnung zu richten, er möge die Kirche nicht länger beunruhigen und die unseligen Mandate zurücknehmen. In leidenschaftlicherem Tone beschwor eine anonym veröffentlichte Flugschrift: „152 Absurditäten, nachgewiesen in Edikten, Ordonnanzen und Grundsätzen der Gesetzgebung, welche unter dem Namen Josephs II. seit seinem Regierungsantritt erschienen sind," den „unglücklichen und bethörten" Fürsten, er möge endlich die Ränke, womit falsche Priester und gottlose Schriftgelehrte seine schöne Seele und sein edles Herz umgarnt hätten, erkennen und zunichte machen. Als in belgischen Städten eigene Gebete „für Erleuchtung des Landesherrn" angeordnet wurden, that die Brüsseler Regierung das Schlimmste, was sie thun konnte; sie verbot alle „außergewöhnlichen" Andachtsübungen, da sie nur dazu bestimmt seien, verbrecherische Anschläge gegen die Regierung zu verhüllen.

Der Zwiespalt zwischen Volk und Regierung kam zu offenem Ausdruck, als die Stände des Hennegau die Steuern verweigerten; erst wenn die Regierung auf den gesetzlichen Weg zurückgekehrt wäre, sollten die von der Regierung gewünschten Steuern wieder bewilligt werden. Nun hielt nicht bloß d'Alton, der, wie sein Kollege klagt, immer nur durch rücksichtslose Strafen zu wirken suchte, immer erobern und besiegen wollte und jeden Tag neue Gewaltthat plante [2]), sondern auch Trauttmannsdorff, der im allgemeinen Ueberredung und Nachsicht für wirksamere Mittel ansah, strenges Auftreten für geboten. Sogar der feinsinnige Fürst von Ligne, der einem alten belgischen Geschlechte entstammte und 1781 auf seinem Schlosse Belveil den Kaiser bewirtet hatte, riet zu ernsten Maßregeln. „Wenn ich heute nach Belgien käme," sagte er zu Joseph, „würde

[1]) Theiner, 196.

[2]) Trauttmannsdorff, 13.

ich als Patriot — ein Wort, das freilich widerlich zu werden anfängt, — als Bürger — ein ebenfalls schon entstellter Name — und wenn das nichts hälfe, als österreichischer General reden und handeln, hier einen Erzbischof, dort einen Priester, einen dicken Mönch, einen Professor, einen Brauer und einen Advokaten einstecken". [1]) Der Kaiser selbst war durch „die Impertinenzen, die in Belgien zur Mode, zum guten Ton zu gehören scheinen", insbesondere durch die Steuerverweigerung im Hennegau aufs äußerste gereizt. „Man will von der Verlegenheit, in die mich der Türkenkrieg gebracht hat, profitieren," schrieb er an Trauttmannsdorff (8. Januar 1789), „man glaubt mich in Geldnot und will mir deshalb demütigende und gefährliche Zugeständnisse entreißen, aber sie haben sich in mir getäuscht, ich bin fest und unwiderruflich entschlossen, nicht zu wanken und zu weichen". [2]) Ein Signat vom 7. Januar 1789 wies den Civilgouverneur an, die Stände von Flandern und Hennegau, die das Band des Friedens zwischen Volk und Landesherrn zerschnitten hätten, nicht mehr zu berufen; die Beamten sollten nur noch dem Souverän verpflichtet, alle Kassen und Archive von der Regierung übernommen werden. Diese Strenge schreckte zwar für den Augenblick die Stände von Brabant, unter denen der privilegierte Adel das Uebergewicht hatte, so daß sie sich zur Annahme der kaiserlichen Forderungen bereit zeigten, aber die Hennegauer beharrten bei ihren Beschlüssen. Darauf erklärte der Kaiser alle Rechte und Privilegien dieser Provinz für aufgehoben; vom Rate von Brabant wurde durch Reskript vom 18. Juni verlangt, daß der gegenwärtige Steuersatz ein für allemal als bewilligt und das Recht der Gesetzespromulgation als aufgehoben gelten sollten; der dritte Stand sollte eine neue Organisation erhalten. Als der Rat seine Zustimmung versagte, wurde noch am nämlichen Tage die Aufhebung der joyeuse entrée verfügt. „Ich habe mich entschlossen," schrieb Joseph an d'Alton, „alle Schwierigkeiten rasch abzuschneiden. Wenn es ohne Waffengewalt abgeht, um so besser; wenn nicht, muß man zum Schwert greifen mit Festigkeit und Energie, darf nicht mehr zaudern und zweifeln, darf nichts anfangen, ohne es zu Ende zu bringen, darf nicht abstehen, ehe die Unterwerfung durchgeführt ist. Ob eine solche Operation mehr oder weniger Blut kostet, kann nicht in Betracht kommen!" [3]) D'Alton triumphierte: „Der 18. Juni ist ein Glückstag für das Haus Oesterreich; am 18. Juni wurde die Schlacht von Kollin geschlagen, die dem österreichischen Staate Rettung brachte, und am nämlichen Tage wurde der Kaiser wieder Herr der Niederlande." Dem Kardinal Frankenberg wurde verboten, seinen Palast zu verlassen; viele Rädelsführer der Bewegung wurden verhaftet; die Bauern von Tirlemont, die gegen die Gefangennehmung eines populären Brauers demonstrierten, wurden mit Pulver und Blei zu Paaren getrieben. Erzherzogin Christine und Herzog Albrecht waren mit der „Kriegserklärung an das eigene Land" nicht einverstanden. Herzog Albrecht mißbilligt in seinen Memoiren mit Entschiedenheit den „Despotismus, der durch Militärgewalt die Stimme des Volkes zum

[1]) Gräffer, Josephinische Curiosa, I, 270.
[2]) Wolf, Marie Christine, II, 4.
[3]) Recueil de lettres, 28.

Schweigen bringen wollte". Trauttmannsdorff, der diese Stimmung kannte, drang auf die Entfernung des Statthalterpaares, und auch der Kaiser meinte, seine Schwester möge lieber die schöne Galerie in Düsseldorf, als veraltete Privilegien studieren und bewundern. Als durch die strengen Maßnahmen der Regierung die Ruhe wieder hergestellt schien, schrieb er befriedigt an die Schwester (26. Juli): „Endlich ist in Brabant unsre Parthie gewonnen und mit bestem Erfolg, in aller Ruhe; man wird das Phantom vergessen, das dort seit zwei Jahren Alle unglücklich gemacht hat. Man sprach von der Konstitution, ohne sie zu kennen, ohne einen anderen Vorteil zu haben, als die Illusion und das Recht, Grobheiten sagen zu dürfen."

Doch die Hoffnung, daß der legitimen Sache ein leichter Sieg zufallen würde, erwies sich als trügerisch. Der Aufstand in den Niederlanden sog neue Nahrung aus der revolutionären Bewegung in Frankreich; die Erstürmung der Bastille in Paris, der „Sieg der Pariser über die absolute Fürstenmacht" hob auch in Gent und Brüssel das Selbstvertrauen und den Mut der Oppositionsparteien; auch hier fühlte und regte sich der dritte Stand, und diese Neuerungssüchtigen verbanden sich mit den Mißvergnügten der privilegierten Stände, deren Verlangen auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet war. In Brüssel tauchten Maueranschläge auf, welche die lakonische Aufforderung enthielten: Ici comme à Paris. Als Führer der Patrioten, die für die Rechte des Klerus und der Stände eintraten, konnte der rührige van der Noot gelten; die Regierung hatte beabsichtigt, ihn festzunehmen, aber er war rechtzeitig entflohen und suchte nun im Ausland Bundesgenossen für seine Partei zu werben. Aus dem Nachlaß des Ratspensionarius in Holland, L. P. van de Spiegel, sind die authentischen Schriftstücke veröffentlicht worden, die über den Verlauf der Verhandlungen van der Noots im Haag, in Berlin und London Aufschluß geben [1]). Im Haag suchte der Agent die Gunst des Ratspensionarius durch lockenden Hinweis auf eine Wiedervereinigung der gesamten Niederlande zu gewinnen; man könnte ja, meinte er, einen Sohn des Prinzen von Oranien zum Statthalter der südlichen Provinzen ernennen! Van de Spiegel ging zwar auf diesen Gedanken nicht näher ein, gab aber das wohlwollende Versprechen, die Republik werde dem stammverwandten Nachbarn hilfreiche Hand bieten, sobald die Unabhängigkeit Belgiens nur einigermaßen gesichert scheine [2]). Beim Abschied erhielt van der Noot eine Empfehlung an van Reede, den holländischen Gesandten in Berlin, der ihn bei Hertzberg einführen sollte. Gleichzeitig empfing der preußische Minister ein Memorandum des Staatspensionars, worin auseinandergesetzt war, welche Vorteile die Unabhängigkeit Belgiens für den Dreibund bieten würde; vor allem aber müsse verhütet werden, daß die Belgier in Frankreich Hülfe suchten. Hertzberg war der Idee zugänglich, obwohl er schon bei der ersten Zusammenkunft mit van der Noot erkannt hatte, daß man mit dem unreifen Roturier nicht ein Bündnis ein-

[1]) Von einem Enkel herausgegeben (Résumé des Négociations, qui accompagnèrent la révolution des Pays-Bas Autrichiens, par L. B. J. van de Spiegel, 1841).

[2]) Von diesem Bescheid erhielt auch Trauttmannsdorff Kenntnis (Notes que Mr. le comte de T. a remise au cabinet de Vienne, 19).

gehen könne und der von ihm entwickelte Plan vorerst sehr geringe Aussicht auf glückliches Gelingen biete. Er gab freundliche Worte, die sich im allgemeinen mit dem unbestimmten Versprechen des Holländers deckten [1]). Dagegen war von Pitt, dem Leiter der englischen Politik, nicht einmal eine Audienz für den belgischen Demagogen zu erreichen.

Für van der Noot sollen in erster Reihe Gründe von persönlicher Natur bestimmend gewesen sein: die Erbitterung über den Versuch, ihm die Freiheit zu entziehen, und hochfahrender Ehrgeiz. Das ist auch glaublich, denn es wäre sonst unbegreiflich, wie der „Retter des Altars" für die Hülfe Hollands einen so bedenklichen Preis anbieten konnte; eine Unterordnung Belgiens unter das oranische Haus war ja mit den katholischen Interessen schlechterdings nicht vereinbar.

Von ganz anderen Ideen war der Führer der demokratischen Partei, Jean François Vonck, Advokat beim großen Rat von Brabant, getragen; ihm war das Vorgehen des Kaisers gegen den Klerus nicht anstößig, aber er war ein Gegner Josephs als Anhänger des von Montesquieu gelehrten und soeben von der französischen Nationalversammlung zur Grundlage des Staatslebens erhobenen Grundsatzes von der Souveränetät des Volkes. Zunächst strebten er und seine Gesinnungsgenossen nur die Wiedereinführung der alten Verfassung an; bald aber wurde ihr Ziel die Losreißung des Vaterlandes von der Verbindung mit einem „fremden Staat, der Belgien nur als erobertes Land betrachte und ausbeute". Vonck stiftete im Verein mit angesehenen Vertretern der Bourgeoisie den Geheimbund „pro aris et focis", der im Oktober 1789 nahezu 50 000 Mitglieder zählte und über reiche Geldmittel und Waffenvorräte verfügte. Auf Unterstützung von seiten Hollands oder Preußens wollte sich Vonck nicht verlassen; von fremden Genossen sei überhaupt nichts Gutes zu erwarten, da sie den belgischen Befreiungskampf nur für ihre eigenen Interessen ausnützen würden; die wehrhaften Bürger der Niederlande selbst sollten den kaiserlichen Söldlingen die Spitze bieten. Immerhin wurde auch von den Vonckisten auf wohlwollendes Entgegenkommen Mirabeaus und der französischen Freiheitsfreunde gerechnet.

Joseph verhehlte sich nicht, daß durch die Umwälzung in Frankreich für die Nachbarstaaten, vor allem für Belgien, das mit unzähligen Fäden an Frankreich geknüpft war, eine ernste Gefahr heraufbeschworen war. „Sorgen wir," schrieb er am 29. Juli an Schwester Christine, „daß dieses Beispiel nicht auch bei uns die Köpfe verdrehe!" [2]) Allein weder der Kaiser, noch die Regenten in Brüssel fanden zur Verhütung der Ansteckung die geeigneten Mittel. Es wäre, wie ein Kenner der belgischen Verhältnisse versichert, nicht unmöglich oder allzu schwierig gewesen, den natürlichen Gegensatz zwischen van der Noot und Vonck, zwischen den Anhängern der alten Ordnung und den Freunden der neufränkischen Freiheitslehre, zu Gunsten der Regierung auszubeuten, oder doch die Vereinigung

---

[1]) Van de Spiegel, Pièces justificatives, 70. — Rapedius de Berg, Mémoires et documents pour servir à l'histoire de la révolution Brabançonne, par P. A. F. Gérard, II, 277.

[2]) Wolf, II, 17.

der beiden Parteien zu verhindern[1]). Die gemäßigten Vonckisten wären, solange ihr Geheimbund noch in den Anfängen steckte, durch einige freisinnige Zugeständnisse zu gewinnen gewesen, aber Joseph wollte durchaus nicht, wie er es nannte, vor dem Volksdespotismus das Knie beugen. Als ihm Trauttmannsdorff den Entwurf einer Konstitution für Belgien vorlegte, sandte er ihn zurück mit dem Bemerken, ein Souverän könne sich eine solche Mischung französischer und englischer Ideen nimmer aufdrängen lassen; die Brabanter möchten nur ja nicht glauben, daß ihr Herzog so zaghaft die Flinte ins Korn werfen werde, wie der König von Frankreich. Sogar der Klerus hätte damals unschwer bewogen werden können, den Widerstand gegen die Staatsgewalt aufzugeben. In der französischen Nationalversammlung war offen der Grundsatz ausgesprochen worden: die Wesenheit des Klerus widerspricht den allgemeinen Menschenrechten, die Existenz eines Klerus ist mit der neuen Lehre vom Gesellschaftsvertrag nicht vereinbar! „Stehen innerhalb einer allgemeinen Gesellschaft besondere Gesellschaften," sprach Mirabeau, „so stören diese die Einheit der Prinzipien und das Gleichgewicht der Kräfte der ersteren; große Korporationen können durch die aus ihrem Zusammenhalten erwachsende Stärke und die von ihren Interessen gebotene Widerstandsfähigkeit dem Staate selbst gefährlich werden." Folgerichtig dürften die Geistlichen nicht mehr eine geschlossene Kaste mit Grundbesitz bilden, sondern nur Sittlichkeits- und Unterrichtsbeamte sein. Mirabeau und die Seinen forderten also, wie Joseph II., daß alle Diener der Oeffentlichkeit ausschließlich der Regierung unterstellt sein müßten. Doch in Frankreich, wo nur noch die Leidenschaft regierte, wurden aus dieser Lehre ganz andre Konsequenzen gezogen, als in den kaiserlichen Erblanden: auf die Einziehung der alten Kirchengüter und die Auflösung der alten Religionsgemeinden folgte die Mißhandlung der „eidweigernden" Priester, folgte ein Sturmlaufen gegen alles Kirchentum, gegen die Religion selbst. Eine so radikale Umwälzung mußte den belgischen Klerus erschrecken; diese Stimmung hätte von der Regierung benützt werden sollen, und sicher hätte der Klerus und damit die Bauernschaft durch rechtzeitiges Einlenken beschwichtigt werden können. Allein auch auf kirchenpolitischem Gebiet wollte Joseph keine Zugeständnisse machen, ja, im Oktober wurden in Belgien, wo doch die religiösen Orden zum Blut der Nation gehören, neuerdings zwölf große Abteien unter weltliche Verwaltung gestellt.

Auch der Zwist zwischen d'Alton und Trauttmannsdorff wirkte lähmend. Wie eine Maschine, deren Motoren nicht planmäßig in einander greifen, ihren Zweck nicht mehr erfüllen kann, so ist eine Regierung in stürmischen Zeiten verloren, wenn die einzelnen leitenden Gewalten nicht einträchtig zusammenwirken. Aus dem Gegensatz der Tendenzen der beiden Kommandierenden erklärt sich die widerspruchsvolle Haltung der Brüsseler Regierung; sie machte sich Feinde und verletzte die Freunde, sie wollte nicht vernichten und wußte nicht zu gewinnen.

Inzwischen ließ sich in dem holländischen Städtchen Breda ein comité patriotique unter dem Vorsitz van der Noots nieder. Von hier aus wurden die Verhandlungen mit dem Ausland fortgesetzt, Aufrufe zur Bildung von Freischaren

[1]) Borgnet, Histoire des Belges à la fin du 18. siècle, I, 146.

erlassen; in einem Brandbrief des Advokaten van den Eynde wird die Auswanderung nach Breda mit dem Auszug der römischen Plebejer auf den heiligen Berg verglichen.[1]) Endlich erhielt die Regierung durch Verrat Kenntnis von dem Geheimbund und ließ Schuldige und Verdächtige in großer Zahl verhaften; doch Vonck entkam, als Priester verkleidet, und auch Kardinal Frankenberg war, als Soldaten in den erzbischöflichen Palast eindrangen, nicht zu finden.[2])

Nun glaubte der Ausschuß von Breda, ermutigt durch die Vorgänge in Frankreich, wo das Königtum am 5. Oktober eine neue Niederlage erlitten hatte, und im Vertrauen auf die Sympathien der großen Mehrheit der Bevölkerung, zum Angriff schreiten zu dürfen. In der Nacht vom 23. Oktober überschritt eine Freischar, in der sich auch Geistliche und Mönche befanden[3]), die Grenze. Den Oberbefehl führte Jean van der Mersch, ein verabschiedeter General, der sich im siebenjährigen und im baierischen Erbfolgekrieg ausgezeichnet hatte und außer strategischen Kenntnissen auch ein schätzbares organisatorisches Talent besaß. Auf ihn setzten die Vonckisten festes Vertrauen, während er von van der Noot, der sich gebarte, als habe er schon viele tausend Preußen und Holländer zu kommandieren, mehr gehemmt als gefördert wurde. Die Freischaren bestanden aus etwa 3000 Mann, schlecht bewaffneten und nichts weniger als kampflustigen Leuten; nicht wenige scheinen an die von Herrn Friedensrichter Schaal ausgesuchten Rekruten erinnert zu haben. Aber der Fürst von Ligne hat recht: „Solche bewaffnete Volkshaufen sind acht Tage lächerlich und acht Tage später gefährlich! . . . Das Volk lernte rasch, daß es kräftigere Arme besitze, als es selbst geglaubt hatte, und die Regierung lieferte leider nicht den Beweis, daß sie mehr Kopf habe, als jenes!"[4]) In allen belgischen Städten, hier laut, dort in der Stille, wurde das Bundeslied der Patrioten gesungen:

„Pour leur chere patrie
Les Belges remontrants
Au risque de leur vie
Maintiennent leur serments:
Lion Belgique,
Dès qu'on te pique,
Tu sais montrer les dents!"

Und die Vlamen sangen:

„Boer-jongers Patrioten
Hebt couragie, schept maer moed
Nog een wenig 'tsol wol hotten
Alles maer in orden doet."

---

[1]) Gérard, Rapedius de Berg, II, 301.

[2]) Ein Spottbild zeigt den Kardinal, wie er sich hinter einem Vorhang versteckt, mit der Ueberschrift: „Et iterum modicum et non videbitis me."

[3]) Das Waffentragen der Geistlichen wird auf vielen Bildern verspottet. So ist z. B. der Abt von Tongerloo dargestellt in Soutane mit Kanonenstiefeln und Sporen, das Biret auf dem Haupt, den Säbel an der Seite; ein andres Bild zeigt einen Kapuziner mit Husarenmütze und Säbel ꝛc.

[4]) Mémoires du prince de Ligne; Oeuvres V, 108, 109.

Mit ungenügenden Streitkräften rückte van der Mersch am 25. Oktober in Turnhout ein. Tags darauf versuchte der kaiserliche General Schröder mit ein paar Bataillons die Stadt zu entsetzen, ließ sich aber in einen Hinterhalt locken und mußte das Feld räumen. Dieser Erfolg hob das Selbstvertrauen und mehrte den Anhang der Patrioten; eine Stadt nach der andern erklärte sich für das Programm von Breda, die wenigen Anhänger der Krone schwiegen, in kurzer Zeit verfügte van der Mersch über ein stattliches Heer. Die Nachricht von der Niederlage bei Turnhout traf in Wien gerade während der Feier der ruhmvollen Erstürmung Belgrads ein; mit einem Schlag war die Siegesfreude Josephs zu nichte! Freilich schrieb er an Leopold leichthin: „In den Niederlanden ist endlich die Bombe geplatzt; die Entdeckung eines Komplottes trug dazu bei, den Einmarsch der sogenannten patriotischen Armee in Brabant zu beschleunigen; unglücklicherweise beging General Schröder die Dummheit, sich mit nur zwei Bataillons zu schlagen, und wurde zum Rückzug gezwungen.“ [1]) Joseph faßte aber die Lage in den Niederlanden sehr ernst auf. Nicht mit Unrecht tadelte er, daß d'Alton den Rebellen nicht sogleich an der Grenze entgegentrat und mit allen verfügbaren Kräften den Vormarsch verhinderte. „Man muß aus dieser unglückseligen Lage herauszukommen suchen, sobald als möglich; wenn es nicht gelingt, vor Anbruch des Winters die Ruhe herzustellen, werden sich für Belgien und die ganze Monarchie die verhängnisvollsten Ereignisse einstellen.“ [2]) Graf Segur, der auf der Rückreise von Petersburg einige Tage in Wien verweilte, fand den „Grafen von Falkenstein“ völlig gebeugt und gebrochen. „Ein allgemeiner Wahnsinn,“ klagte der Kaiser, „hat die Völker ergriffen; die Brabanter z. B. haben sich empört, weil ich ihnen das geben wollte, was Ihre Nation mit großem Geschrei verlangt!“ [3]) In einem Briefe an seine Schwester Christine (3. November) zieht Joseph einen wenig glücklichen Vergleich zwischen der französischen und der brabantischen Revolution: „Was diese Franzosen thun, um sich eine gute Konstitution zu geben, indem sie sie zerstören! Dieselbe Thorheit herrscht zum Teil in Brabant. Es besteht nur der Unterschied, daß der französische Rausch vom Champagner kommt; er kommt rasch, ist aber leicht und verschwindet wieder rasch, während jener der Brabanter vom Bier kommt; der ist also langwierig und hartnäckig“. [4]) Da auch in der Hauptstadt die Aufregung mit jedem Tage höher stieg, wurde Christine von Trauttmannsdorff zur Abreise gedrängt; die Erzherzogin weigerte sich, um nicht den Schein der Flucht auf sich zu laden, doch Trauttmannsdorff zeigte ein Billet des Kaisers, das die Abreise des Statthalterpaares befahl. Als nun Christine und ihr Gemahl die Residenz verließen, zeigten sich die nämlichen ungünstigen Folgen, wie bei der Flucht der französischen Prinzen; ein Teil des Adels verließ ebenfalls das Land, ein andrer schlug sich auf die Seite der Patrioten. Auch wurde die Politik der Regierung nach dem Abzug des Statthalterpaares nicht einheitlicher und fester.

---

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., 285.

[2]) Gérard II, 360.

[3]) Ségur, Mémoires ou Souvenirs et anecdotes, III, 554.

[4]) Wolf, II, 19.

D'Alton, der gegen van der Mersch immer nur künstliche Feldzugspläne entwarf, suchte Brüssel und die übrigen noch von den Kaiserlichen besetzten Städte durch äußerste Strenge vom Abfall zurückzuhalten, Trauttmannsdorff dagegen hoffte, durch sein „System der Moderation" die Oberhand zu gewinnen. Nicht einmal die Proklamationen der Patrioten führten so leidenschaftliche Sprache, wie die Briefe Trauttmannsdorffs an den Kaiser, worin er die mörderische Politik seines Kollegen beklagte. „Ich habe bisher immer nur im stillen geseufzt über die Handlungsweise des Grafen d'Alton," schrieb er (19. November), „heute zwingt mich endlich mein Gewissen, offen zu erklären, daß er in der letzten Zeit die Hauptschuld trägt an allen entscheidenden Unfällen. Ich rede gar nicht von dem Mißerfolg unsrer militärischen Operationen; leider ist es ja klar, daß dadurch Ew. Majestät alle diese Länder verlieren werden, sondern nur von der Ungerechtigkeit, womit man gegen Eurer Majestät Unterthanen vorgeht, unter dem Vorwand, man müsse Geiseln haben, oder die Anstifter des Aufstandes entfernen; das muß natürlich zur Empörung reizen und die ganze Nation zur Verzweiflung bringen. Die Auswanderung, dieser Hauptquell unsres Unglücks, ist wenigstens teilweise aus dieser Ursache entsprungen; jedermann flüchtet, ehe er weggeschleppt wird, denn jedermann ist dieser Gefahr ausgesetzt! ... Es wird keine Form mehr beachtet; niemand wird vor den zuständigen Richter geführt; das Säbelregiment, gegen das sich ganze Provinzen erklärt haben, besteht in der That. Darüber beklagen sich auch nicht bloß die Bewohner dieses Landes. Gestern kamen der Gesandte von Holland und der Geschäftsträger von Frankreich zu mir und fragten, ob ich hier bleiben werde, denn sie möchten im Falle, daß ich abreisen würde, nicht den außerordentlichen Maßregeln des Generalkommandanten ausgesetzt sein. Sicherlich herrscht darüber nur eine Stimme: Es gibt heutzutage in Europa kein Land, dessen Bewohner weniger Sicherheit der Person und des Eigentums genießen, als dasjenige, wo sich Ew. Majestät wiederholt dafür verbürgt haben!"[1] Jedenfalls war die drakonische Strenge d'Altons schon deshalb nicht am Platze, weil er gar nicht über die Kräfte verfügte, um seine Strafmandate durchzuführen. „Es ist immer eine Thorheit," sagt Gerard in seiner Biographie des belgischen Staatsmannes Rapedius de Berg, „ein Volk mit Gewalt bezwingen zu wollen, wenn man dazu nicht die ausreichende Macht besitzt. Graf d'Alton sprach davon, Gent anzuzünden, um ein warnendes Beispiel aufzustellen, und er hatte weder das Material, um es in Brand zu schießen, noch viel weniger die Leute, um ein solches Unternehmen auszuführen und für die Folgen einzustehen."[2]

Als eine Stadt nach der andern von den ungeschickt verzettelten Oesterreichern geräumt werden mußte und der Verlust des ganzen Landes in drohende Nähe rückte, hielt auch Joseph einen Systemwechsel für geboten; er stellte d'Alton vor, man dürfe auch empörte Unterthanen nicht wie Türken behandeln, und ermächtigte Trauttmannsdorff zur Zurücknahme der Anordnungen, die den Auf-

---

[1]) Trauttmannsdorff, Fragmens, 94. — Die Anklagen werden zurückgewiesen in einer nach d'Altons Tod erschienenen Schrift: Memoires pour servir à la justification de feue son excellence le general comte d'Alton.

[2]) Gérard, II, 402.

ruhr entfacht hatten. Am 21. November wurde die Aufhebung der Stände widerrufen, der Rat von Brabant wieder eröffnet, am 25. November sogar das Generalseminar geschlossen und eine allgemeine Amnestie bewilligt. Trauttmannsdorff scheint mit diesen Zugeständnissen sogar seine Instruktion überschritten zu haben; wenigstens schrieb Joseph an Leopold (6. Dezember): „Unsere Sache in den Niederlanden steht sehr schlecht. Der Minister hat alles mögliche zugestanden, aber ich glaube, er hat damit nicht nur keine gute, sondern eine schlechte Wirkung erzielt, da die Aufständischen dadurch nur kühner gemacht worden sind. Der Generalkommandant hat völlig den Kopf verloren; seine Dispositionen waren schlecht ausgedacht und noch schlechter ausgeführt; jetzt will er sich in Brüssel konzentrieren und hat alles übrige aufgegeben." [1]) In der That war der Widerruf der fatalen Maßnahmen nicht mehr im stande, die Belgier zu beschwichtigen und wurde nur als Zeichen von Schwäche und Furcht angesehen. Als sich Trauttmannsdorff sogar auf Unterhandlungen mit dem Ausschuß in Breda einließ, bekam sein Gesandter Worte zu hören, die nur als Abweisung aufzufassen waren. Die errungenen militärischen Vorteile hatten den Mut der Patrioten gehoben; auch galt ihnen die Unterstützung, welche Preußen den aufständischen Lüttichern gewährte, als Beweis, daß auch sie im Notfall auf Hilfe zählen dürften. Am entschiedensten gingen die Stände von Flandern vor; am 25. November erklärten sie den Kaiser aller Gewalt und Rechte, die er als Graf von Flandern ausgeübt, für verlustig und verkündigten die Unabhängigkeit ihrer Provinz.

In diesem kritischen Augenblick beging d'Alton den Fehler, mit van der Mersch, der aus Furcht vor der Leidenschaft der Menge und aus Achtung vor den historischen Prinzipien einen friedlichen Ausgleich gewünscht hätte, einen Waffenstillstand abzuschließen (2. Dezember). „Dieser Moment," urteilt Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, „entschied den Verlust der Niederlande für den Kaiser." Nun war auch die Disziplin der kaiserlichen Truppen, die immer zurückweichen mußten, ohne besiegt zu sein, schon so gelockert, daß ganze Scharen zu den Patrioten übergingen. Als auch in Brüssel der Aufstand ausbrach, haderten Trauttmannsdorff und d'Alton über die Mittel, die zur Dämpfung der Unruhen anzuwenden wären, solange, bis der größte Teil der Besatzung mit den Bürgern sich verbrüderte und die Stadt nicht mehr zu halten war. Wie kopflos die Verteidigung geleitet war, beweist die Thatsache, daß der Schatz, die Kriegskasse und die Archive, deren Flüchtung keine Schwierigkeit geboten hätte, bei der Räumung von Brüssel in die Hände der Sieger fielen. Den Rest der Truppen führte d'Alton nach Luxemburg, das dem Kaiser treu blieb. Hier mußte auch Graf Philipp Cobenzl, den der Kaiser nach den Niederlanden abgeordnet hatte, um zu retten, was zu retten wäre, Halt machen; ohnmächtig mußte er zusehen, wie die belgischen Provinzen sich als unabhängige Republik konstituierten. Denn dieses Ziel wurde jetzt von allen Parteien, ebenso von Adel und Klerus, wie vom Bürger- und Bauernstand angestrebt. Der Domherr van Eupen sprach im Haag, wo er als Vertreter des Bredaer Ausschusses weilte,

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 293.

offen aus: „Jetzt, da wir Brüssel haben, wollen wir einen Kongreß aus den Deputierten der Provinzen berufen; in ihm soll die Souveränetät der Nation repräsentiert sein."

Am 18. Dezember zog van der Noot, der „Befreier Belgiens", unter unermeßlichem Jubel der Bevölkerung feierlich in Brüssel ein; die neuen Republikaner fühlten sich beglückt, wieder einem Oberhaupte zujubeln zu dürfen. „Nie waren die alten Herrscher Belgiens mit größerem Prunk aufgenommen worden." [1]) Am Thore von St. Gudula erwartete ihn der Klerus — auch Kardinal Frankenberg, der sich bisher versteckt gehalten hatte, war wieder aufgetaucht — und geleitete ihn zum Tedeum in das Münster. Mittags folgte ein Festmahl, das die adeligen Damen dem „belgischen Franklin" gaben. Abends wurde im Theater, wo van der Noot in der kaiserlichen Loge Platz nahm, Voltaires „Mort de César" aufgeführt. Alle Anspielungen auf Freiheitsliebe und Tyrannenhaß wurden stürmisch beklatscht. Der Jubel erreichte den Höhepunkt, als eine Schauspielerin in der kaiserlichen Loge erschien und dem gerührten Triumphator eine Bürgerkrone aufs Haupt drückte. [2])

Dagegen trafen die letzten Nachrichten aus den Niederlanden das Haupt des kranken Kaisers wie Keulenschläge. Wie schmerzlich er es empfand, daß Provinzen, deren Treue unter seinen Vorfahren nie in Wanken geraten war, von ihm abfielen, erhellt aus den verzweifelten Briefen an die Geschwister. „Von den Niederlanden kommt keine Nachricht mehr," schrieb er (28. Dezember) an Leopold, „dort ist alles verloren! Es fehlt uns an Truppen und Subsistenzmitteln; die Mannschaft desertierte in ganzen Compagnien; es wird als ein Glück zu betrachten sein, wenn wir Luxemburg halten können. Kein Schimmer von Hoffnung erhellt dieses Mißgeschick, ein Ausgleich ist nicht mehr möglich, die Feder sträubt sich, alle Einzelheiten meiner traurigen Lage darzulegen." [3]) „Was soll ich über das Mißgeschick in den Niederlanden sagen!" schrieb er an Christine (28. Dezember), „es richtet mich in meinem leidenden Zustande vollends zu Grunde. Ich kann nicht mehr atmen, nicht schlafen, mich nicht rühren, so daß ich die ganzen Nächte sitzend zubringen muß. Du kannst dir meine Qualen vorstellen. Für den Augenblick sind die Niederlande völlig verloren. Man muß die Ereignisse und die Gelegenheit, das Land wieder zu erobern, abwarten; alle Wege der Versöhnung sind verschlossen, alle Nachsicht, die ich walten ließ, war verschwendet." Die Mitglieder der Regierung in Brüssel schoben sich wechselseitig die Schuld zu. „Unser Herr," schrieb Christine an Eleonore Liechtenstein (25. Dezember), „kann von dem unseligen d'Alton, wie Augustus von Varus verlangen, daß er ihm seine Legionen oder Regimenter wiedergebe und dazu das Land, das unwiederbringlich verloren ist. In Bezug auf Trauttmannsdorff ist nur zu fühlbar alles eingetroffen, was ich von seinem Leichtsinn und seinem Mangel an Einsicht befürchtet habe!" „Besonders durch den unseligen d'Alton hat der Kaiser das Land, eine Armee von 22000 Mann, Geld und Geschütze

[1]) Th. Juste, Hist. du règne de l'empereur Joseph II et de la révolut. Belge, I, 305.
[2]) Borgnet, I, 143.
[3]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 305.

verloren. Dieser Mann will immer die Schuld auf andere schieben, während er allein der Schuldige ist. Diese Fremden haben ja kein Herz für die Monarchie, weder für den Souverän noch für das Land!" Ein andermal glaubt aber Christine die Hauptschuld auf den Bruder schieben zu müssen. „Die Lage des Kaisers ist entsetzlich," schreibt sie (22. Januar 1790) an die Freundin, „seine Aufregung muß bei dieser Häufung von Krankheit und Uebeln aller Art furchtbar sein. Nach meiner Ansicht hat er sich dies alles selber zugezogen. Er hat auf seine eiserne Gesundheit getrotzt; er hat gegen alle göttlichen und menschlichen Gesetze gehandelt, indem er jene nicht hören wollte, die ihm aus Anhänglichkeit die Wahrheit sagten, auch wenn sie nicht angenehm zu hören war. Nun haben wir das Ergebnis. Die schönste, reichste, anhänglichste aller Provinzen ist verloren und damit eine Hauptfinanzquelle. Fortgerissen von der Thorheit eines ehrgeizigen Weibes (der Zarin), mit welchem er sich niemals hätte persönlich einlassen sollen, eröffnete er den unseligen Krieg, der sein Land verwüstet, Menschen und Geld verzehrt hat und zuletzt noch einen Krieg mit Preußen in drohende Aussicht stellt. Alle, die sein Land und seine Familie lieben, sind untröstlich." [1])

Im Groll über den Triumph der Revolution verstand sich Joseph sogar zu einem Schritte, der für ihn nach allem, was geschehen war, eine Demütigung sondergleichen war: er ließ durch Kardinal Herzan den Papst bitten, es möge auf die belgischen Bischöfe zu Gunsten des Erzhauses eingewirkt werden. Dem Gesuche wurde auch willfahrt. Wie mochte dem Kaiser das Herz pochen, als er las, wie Papst Pius, von dem er stets nur in geringschätziger Weise gesprochen hatte, mit eindringlichen Worten die belgischen Bischöfe aufforderte, zur Treue gegen ihr angestammtes Herrscherhaus zurückzukehren [2])!

Doch auch dieses Mittel konnte den Zusammensturz des kaiserlichen Regiments in den Niederlanden nicht mehr aufhalten. Die Bischöfe weigerten sich, der Mahnung des heiligen Vaters Folge zu leisten. Der seitherige Beherrscher der Niederlande, erwiderten sie, habe zu oft das Vertrauen der Belgier getäuscht, als daß sie jetzt den milden Verheißungen Glauben schenken könnten; die Nation habe nichts andres gethan, als was sie thun durfte und mußte; den geistlichen Hirten des Volkes obliege als höchste Pflicht, den alten Glauben, den Stolz des belgischen Volkes, zu schützen, den Wolf vom Schafstall abzutreiben und die schändliche Seuche, welche die Nation angesteckt hätte, fernzuhalten. [3])

Am 7. Januar 1790 traten die Abgeordneten der einzelnen Provinzen in Brüssel zusammen. Vor Beginn der Sitzungen hielt Abbé van Eupen in St. Gudula die Festpredigt. „Unser Volk verlacht die philosophischen Thorheiten des Tages; es weiß, daß seinen Waffen durch seine Frömmigkeit der Sieg geworden ist; es hat gesehen, daß unser Glück das Werk des Gottes Israels ist!" [4]) Im Kongreß führte Kardinal Frankenberg den Vorsitz. Schon am 10. Januar gelangte die Bundesakte für die Vereinigten belgischen Staaten zu einstimmiger

[1]) Wolf, II, 33. 38.
[2]) Brunner, Theologische Dienerschaft ꝛc., 191.
[3]) Wolf, Gesch. der kathol. Kirche unter Pius VI., III, 618.
[4]) Gachard, Documens sur la Révolution Belge, 24.

Annahme. Freilich war die neue, in den Hauptzügen der holländischen nachgebildete Verfassung, wie sich bald zeigen sollte, nicht im stande, die im Volk klaffenden Gegensätze zu überbrücken, war also schon, ehe die einzelnen Verfügungen ins Leben traten, dem Untergang verfallen. Vorerst aber schien die Herrschaft Oesterreichs am Niederrhein vernichtet zu sein, denn der glückliche Ausgang des Befreiungskampfes brachte dem neuen Staat auch Bundesgenossen. Lange hatte Pitt widerstrebt, zur Unterstützung des belgischen Aufstandes die Hand zu bieten; endlich gewann die Rücksicht, daß die Belgier um jeden Preis von Anlehnung an Frankreich abgehalten werden müßten, die Oberhand. War doch bekannt, daß Mirabeau, der „große Mirabeau", wie er seit kurzem von halb Europa genannt wurde, die Zusage gegeben habe, die Sache der Freiheit auch in Belgien zu verteidigen, ja daß sogar schon eine französische Heeresabteilung an der Grenze des Hennegau zusammengezogen werde.[1]) In Berlin hoffte man, daß sich der neue Staat nicht bloß an das Deutsche Reich — was der Herzog von Arenberg, der Führer der belgischen Magnaten, schon in Aussicht gestellt hatte —, sondern auch an den Fürstenbund anschließen werde.[2]) Demnach wurde in Berlin am 9. Januar 1790 von den Vertretern der drei verbündeten Mächte ein Vertrag vereinbart, des Inhalts, daß die drei Mächte stillschweigend die Unabhängigkeit Belgiens anerkennen, die damit zusammenhängenden Fragen gemeinsam beraten und für alle Folgen ihrer Beschlüsse mit vereinten Kräften einstehen sollten.[3]) Damit war eine revolutionäre Schöpfung von Vertretern der Legitimität gewissermaßen sanktioniert worden, — ein gefährliches Beispiel in jenen Tagen, da die Revolution in Frankreich schon das Königtum besiegt hatte und ein stürmischer Freiheitsdrang vom Westen her das ganze Abendland durchzog! Freilich, der Aufstand in Belgien war, mochten immerhin die Manifeste der Patrioten mit Citaten aus Holbach und Helvetius verziert sein, vom Anfang bis zum Ende grundverschieden von der Bewegung in Frankreich. Dafür ist besonders ein Vorgang in Löwen, der als letzte Scene des Schauspiels gelten kann, charakteristisch. Am 12. Januar legte eine lärmende Menge Feuer an das stattliche Gebäude, das zur Aufnahme des Generalseminars errichtet worden war; was die Flamme nicht verzehrte, wurde mit dem Brecheisen zertrümmert, kein Stein sollte erhalten bleiben! An Stelle des verhaßten Gebäudes aber kam ein Standbild der Religion mit dem Wappen der vereinigten Staaten Belgiens. —

Nicht von Preußen — dies hebt Ranke mit Nachdruck hervor —, sondern von der belgischen Hierarchie war die Idee ausgegangen, die österreichischen Niederlande, das alte Stammgut der Habsburger, in eine unabhängige Republik zu verwandeln. Doch kam Niederrhein, wie auf der Balkanhalbinsel, hatte preußischer Einfluß die Gegner Oesterreichs ermutigt und gestärkt. Noch auf

---

[1]) Mémoire mis sous les yeux de Sa Maj. le Roi de Prusse le 13. nov. 1789; van de Spiegel, Resumé etc., 125. — Note remise à Mr. de Reede, 159.

[2]) Mémoire de mr. de Stein; Ranke, II, 134.

[3]) Convention entre les Rois de Grande Bretagne et de Prusse et les Etats-Généraux des Provinces Unies des Pays-Bas, le 9. janv. 1790; van de Spiegel, 149.

einem dritten Schauplatz trat Preußen dem Kaiser, und zwar nicht als dem Beherrscher der österreichischen Monarchie, sondern als dem Oberhaupt des deutschen Reiches feindlich gegenüber: auch im Lütticher Streit schlug sich der Berliner Hof, ohne eine Solidarität monarchischer Interessen anzuerkennen, auf Seite der Aufständischen, während Kaiser Joseph auch hier als Vertreter der Stabilität und Legitimität die Volksbewegung zu unterdrücken trachtete.

Der Anlaß zum Lütticher Streit war der geringfügigste von der Welt. In dem zum Hochstift gehörigen Badeorte Spaa war von alters her das Hazardspiel eingebürgert. Gleich seinen Vorgängern, die kein Bedenken trugen, aus der Konzessionierung von Spielpächtern Gewinn zu ziehen, hatte Bischof Konstantin von Hoensbroech dem Besitzer eines Tanz- und Spielhauses einen Freibrief ausgestellt, nach welchem kein andrer zur Haltung eines solchen Hauses befugt sein sollte. Darüber kam es zum Streit mit Spaaer Bürgern, die einen zweiten Spielklub errichten wollten; von bürgerlicher Seite wurde behauptet, der Hazardoktroi gehöre zu jenen landesherrlichen Befugnissen, deren Ausübung von der Zustimmung der Stände abhängig sei. Der Handel kam vor das Reichskammergericht. Beide Parteien beriefen sich auf den Fexher Vertrag von 1316, wodurch festgesetzt worden war, welche Rechte der regierende Bischof aus eigener Zuständigkeit und welche er nur mit Genehmigung der Stände (par les sens du pays) ausüben sollte.[1]) Da die Entscheidung des Reichskammergerichts, wie gewöhnlich, auf sich warten ließ, kam es in Spaa zu ärgerlichen Scenen; der Bischof entsandte zum Schutze der dortigen Polizei eine Truppenabteilung, was von den Gegnern als neue Rechtsverletzung angesehen wurde.

Doch der Streit um die Spielhölle war nur die Veranlassung zur Auflehnung, die Ursachen lagen tiefer. Eine 1790 anonym erschienene, vermutlich aus Wiener Illuminatenkreisen hervorgegangene Flugschrift „Patriotenstimme eines freimütigen Teutschen über die dermaligen Empörungen, Unruhen und Gährungen in- und außerhalb des teutschen Reiches", die im übrigen mit Entschiedenheit für die Rechte des Bischofs eintritt, führt die Unzufriedenheit der Lütticher auf die Mängel zurück, welche dem geistlichen Regiment überhaupt anhafteten. „Eigentum wird immer besser verwaltet und im Wert zu erhöhen gesucht, als ein Gut, welches man nur auf einige Jahre besitzt, um es hiernächst wieder an einen Fremden zu überlassen." Schädliche Wirkung müsse es nach sich ziehen, daß in der Regel Ausländer, die mit den Landesverhältnissen

[1]) Borgnet, Histoire de la révolution Liègeoise de 1789, I, 15. — Eine Denkschrift „Coup d'oeil sur l'histoire et la constitution du pays de Liège et sur les démêlés en 1786" (1789) verteidigt die bischöflichen Rechte; Schlözer zollt (Staatsanzeigen, Jahrgang 1790, XIV, 314) den staatsrechtlichen Ausführungen im allgemeinen Beifall, erlaubt sich aber bitterböse Glossen über das bischöfliche Regiment in Lüttich. Bemerkenswert ist ein Wort Schlözers über das Ständewesen: „Die hier oben gebrauchte Wendung, als stammten alle Land- oder Reichsstände samt allen ihren Rechten bloß von der Gnade und dem freien Willen des Alleinherrschers her, ist lange nicht mehr Mode. Stände sind früher, wie der Fürst; sie erschaffen ihn erst. Daß sich hie und da nachher der Schöpfer von seinem Geschöpfe hat vernichten lassen, gehört unter die Unbegreiflichkeiten des Menschengeschlechtes."

nicht genügend vertraut seien, an die Spitze der Hochstifter kämen, meist hochbetagte Männer, die sich nicht mehr in den neuen Beruf einleben könnten. Auch hätten die geistlichen Fürsten nicht selten sehr hohe Summen für ihre Wahl und für die Bestätigung durch Kaiser und Papst zu zahlen; für die Familie müsse möglichst rasch und ausgiebig gesorgt werden u. s. w.

Auch dem kleinen Lütticher Staat war aus solchen Ursachen eine schwere Schuldenlast erwachsen; die Folge war, daß die Unterthanen, und zwar, da Klerus und Adel befreit waren, fast ausschließlich die Angehörigen des dritten Standes über harten Steuerdruck zu klagen hatten. Dazu kam, daß Bischof Hoensbroech, den die oben erwähnte Flugschrift als „einen Mann von vorzüglichen Geistesgaben, doch etwas zu feurig, zu rasch in der Ausführung seiner Entschlüsse" bezeichnet, seine Kronrechte nicht bloß festzuhalten, sondern womöglich zu erweitern trachtete und deshalb als Feind der alten Landesverfassung angesehen war. Im allgemeinen galt die Lütticher Verfassung als eine der freisinnigsten des Kontinents; „sie verdient", sagt der Reichskammergerichtsrat Hoscher (1789), „von den freien Engländern beneidet zu werden und der künftigen französischen Konstitution zum Muster zu dienen!" [1]) Als Mirabeau 1787 bei einem Bankett in Lüttich vernahm, daß große Unzufriedenheit im Lande herrsche, soll er gesagt haben: „Ja, was haben denn Sie noch zu wünschen, meine Herren? Wir Franzosen suchen nur deshalb eine Revolution zu machen, um einige von den Bürgschaften der Volkswohlfahrt zu erlangen, die Sie seit Jahrhunderten besitzen!" [2])

Noch war der Prozeß um den Spieloktroi nicht zum Austrag gebracht, als ein neuer Streit zwischen Bischof und Ständen entbrannte. Um dem drückenden Getreidemangel abzuhelfen, hatte der Bischof ein Verbot der Getreideausfuhr erlassen, wieder ohne die Genehmigung der Landstände einzuholen. Ob dieser Eigenmächtigkeit wuchs die Erbitterung im Lande; wie in Belgien vereinigten sich auch hier die Unzufriedenen zu einem geheimen Klub, der Société patriotique; bald tauchten aber auch öffentlich in Lüttich, Verviers, Spaa und andern Städten farbige Kokarden, „die legalen Herolde des Aufruhrs", wie sie in der bischöflichen Anklageschrift genannt werden, auf. Die beiden vom Bischof wegen ihrer „Neigung für das französische Freiheitsspiel" abgesetzten Bürgermeister Fabri und Chestret und der Verfasser der demokratischen „Lettres sur le pays de Liège", Bassenge, waren die populärsten Häupter der Opposition. Immer stürmischer verlangten die Patrioten Zurücknahme des Edikts von 1684, wodurch Bischof Maximilian Heinrich von Baiern widerrechtlich den Anteil des dritten Standes an der Landesvertretung eingeschränkt und dem Landesherrn größeren Einfluß auf die Gemeindewahlen gesichert hatte.

Da kam die Nachricht von der Erstürmung der Bastille nach Lüttich. „Ein lange niedergedrücktes und, wie es schien, für jedes Gefühl von Freyheit gelähmtes Volk", sagt Dohm in seiner Verteidigung der preußischen Politik in

[1]) Hoscher, Beyträge zur neuesten Geschichte der Empörung deutscher Unterthanen, Vorrede, 46.

[2]) Henaux, Constitution du pays de Liège, Préface, VIII.

der Lütticher Frage, „hatte plötzlich seine Kraft gefühlt, und seine Kraft war Recht geworden; was wenige Wochen vorher Verbrechen, der ausgesuchtesten Strafe würdig gewesen wäre, ward itzt von einem Ende Europa's zum andern mit zujauchzendem Beyfall vernommen, und selbst die Ausschweifungen eines Volks, das zum rächenden Richter sich erhoben hatte, schienen der Entschuldigung fähig." [1]) Wenn der Beamte eines monarchischen Staates in einer offiziösen Schrift so duldsam die in Wahrheit gar unrühmliche Katastrophe bespricht, so begreift sich leicht, welchen Eindruck das Ereignis bei heißblütigen Wallonen, die, wie Dohm sagt, „von jeher mehr Gallier als Deutsche waren", hervorrufen mußte. „Ihr prozeßlustige Unterdrücker des Rechts!" wagte Bassenge im „Avant-coureur" zu schreiben, „schaut hin auf Paris und zittert!"

Am 17. August brach in Lüttich die Revolte los. Die Patrioten bemächtigten sich des Rathauses; dem heimkehrenden Chestret „wallete der brausende Strom des Volkes bis an's Margarethenthor mit entblößten Degen entgegen, spannte die Pferde von seinem Wagen ab und ziehete denselben im Triumph nach Hause". [2]) Tags darauf wurden den vom Bischof ernannten Beamten Schlüssel und Archive abgenommen und die Führer der Patrioten, Fabri und Chestret, von der auf dem Marktplatz versammelten Menge zu Bürgermeistern gewählt. „Das Beispiel der Franzosen", schrieb der gemäßigte Fabri später an Lonhienne, „hatte unsre Köpfe erhitzt, man überstürzte sich am 18. August, und ich wurde fortgerissen wie alle Andern." [3]) Zweifellos war es, wie auch von Georg Forster in seiner Beschreibung des Lütticher Aufstandes zugestanden wird, ein ungesetzliches Vorgehen. „Wider die Form haben die Lütticher gesündigt!" [4]) Gewaltthaten wurden nicht verübt. „Die Lütticher Nation", rühmt eine Denkschrift der Stände, „hat der Welt das seltene, das einzige Beispiel einer ohne Rache, ohne Blutvergießen, in der Form eines öffentlichen Festes vor sich gegangenen Revolution gegeben!" Deshalb will auch der einheimische Historiker des Lütticher Landes, Henaux, die Erhebung nicht als Revolution angeschaut wissen. „Man hat ja nicht eine neue Verfassung verkündigt: nur die alte wurde wieder hergestellt, indem man dem Volke die Wahl seiner Magistrate zurückgab und dem dritten Stand seine Vorrechte." [5]) Abfall vom Landesherrn war noch nicht beabsichtigt, denn als Hoensbroech auf Einladung des neuen Bürgermeisters Chestret, mit rot-gelber Kokarde auf dem Habit, nach Lüttich kam, wurde er mit brausendem Jubel begrüßt; auch ihm wurden, wie kurz zuvor dem demokratischen Bürgermeister, die Pferde ausgespannt; loyale Patrioten zogen den Wagen bis zum Rathaus. Hier unterzeichnete Hoensbroech „ohne Widerstand" — versichert die Denkschrift der Patrioten, — „umringt von gezückten Schwertern" — behauptet der Bischof, — eine ihm vorgelegte Erklärung, welche die Bestätigung des neuen Magistrats und die Abschaffung des

[1]) Dohm, Die Lütticher Revolution im Jahr 1789 und das Benehmen S. K. Maj. von Preußen bey derselben (1790), 15.

[2]) Kurze Uebersicht des Lütticher Aufruhrs vom Jahr 1789 (1789), 3.

[3]) Borgnet, I, 148.

[4]) G. Forster, Schriften politischen Inhalts, 241.

[5]) Henaux, Histoire du pays de Liège, II, 277.

Edikts von 1684 aussprach. Dann kehrte er unbelästigt nach seinem Lustschloß Seraing zurück. Die Berufung der Stände auf den 31. August wurde vom Bischof in einer an den neuen Stadtrat gerichteten Zuschrift förmlich gutgeheißen; der Landtag sollte beraten, wie die Steuern und Abgaben gerechter verteilt und die Lasten der ärmeren Bevölkerung erleichtert werden könnten.

„Heiter, wie eine Morgenröte, die einen schönen Tag verkündigte, war der bisherige Zustand der Dinge in Lüttich." [1]) Da verbreitete sich plötzlich die Kunde, Bischof Konstantin habe sich heimlich auf fremdes Gebiet nach der Abtei St. Maximin bei Trier geflüchtet (27. August); damit war ausgesprochen, daß die Zustimmung des Bischofs zu den volkstümlichen Neuerungen nur als erzwungen angesehen werde, mithin der Rechtskraft entbehre. Gleichzeitig erschien ein Dekret des Reichskammergerichts, das die Vorgänge in Lüttich mit dem Namen Rebellion brandmarkte und die Fürsten des westfälischen Kreises zur Exekution aufforderte.

Mochte auch die Furcht vor ansteckender Wirkung der ersten Nachahmung des französischen Beispiels in einem deutschen Staate die Strenge des Reichskammergerichts verschärft haben, so war doch gegen Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit des Urteils nichts einzuwenden. Durch die Nichtbeteiligung des Landesherrn und zahlreicher Mitglieder des Domkapitels war auch die Gesetzlichkeit der Beschlüsse der am 31. August eröffneten Ständeversammlung in Frage gestellt. Unter dem Einfluß der fortschrittlichen Elemente wandelte sich der Widerstand gegen das absolutistische Regiment des Bischofs mehr und mehr in einen Ansturm gegen das Feudalsystem. Auch Gewaltthaten blieben nicht aus. In den Massen spukte die französische Theorie des neuen Gesellschaftsvertrages; dazu kam die Erregung infolge der seit dem Siege des Volkes noch höher gestiegenen Teuerung; die Leidenschaften des Magens wirkten zusammen mit den Leidenschaften des Gehirns, so daß bei den Unruhen im Oktober das radikale Element die Oberhand gewann. Bewaffnete Pöbelrotten brachen ins Rathaus ein; sie verlangten, daß das reiche Vermögen der frommen Stiftungen unverzüglich unter das Volk verteilt werden sollte. Eine Zeitlang war zu befürchten, daß die Bewegung in einen Krieg gegen den Besitz und die Besitzenden ausarten und die rohe Gewalt in der Stadt die höchste Macht im Staate werde, doch gelang es der Bürgergarde, die Beutesüchtigen abzuwehren und die Ordnung wieder herzustellen. Die Stände richteten nun an das Reichskammergericht eine Denkschrift, welche die Zurücknahme des Exekutionsdekrets forderte; [2]) zugleich wurde der Bischof eingeladen, in die beruhigte Hauptstadt zurückzukehren. „Hätte jetzt der Bischof", meint Forster, der den Lütticher Streit in maßvoller Weise beurteilt, „die Ruhe und das Glück seiner Unterthanen gewollt, anstatt sich auf den übertriebenen Punkt des Rechts zu steifen, wo es das größte Unrecht wird, so wäre seine Sanktion das Unterpfand des schönsten Friedens geworden." Konstantin glaubte jedoch mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen Verführer und Verführte vorgehen zu müssen; er begehrte schleunigen Vollzug der Exekution

[1]) Dohm, 41.

[2]) De rebus Leodiensibus novissimis simplex et dilucida expositio, Augusto camerae imperat. iudicio trium ordinum Leodiensium nomine die 5. oct. 1789 oblata.

in einer Denkschrift, welche von den Lütticher Zuständen eine so düstere Schilderung entwarf, daß sie nach dem Urteil des Reichskammergerichtsrats Hoscher „nur von Miltons Hölle übertroffen werden kann". [1])

Schon in diesem Schriftstück wird über die „arglistige Negotiation" des preußischen Hofes und besonders über das Auftreten des preußischen Bevollmächtigten in Lüttich Beschwerde erhoben. Im September war der clevesche Kreisdirektorialrat v. Dohm im Auftrag seiner Regierung nach Lüttich gekommen, um den wahren Sachverhalt zu erforschen und nach Möglichkeit zwischen Fürsten und Volk zu vermitteln. Er suchte in versöhnlichem Sinne auf die Gemäßigteren einzuwirken, machte jedoch auch kein Hehl daraus, daß er die Bestrebungen der Patrioten, so weit sie auf gleichmäßigere Verteilung der Steuerlast und Hebung des dritten Standes gerichtet waren, für zeitgemäß und berechtigt ansehe. Das Auftreten des Gesandten stand im Einklang mit den Intentionen seiner Regierung. Hertzberg selbst gewährte dem Bürgermeister Fabri, der als Vertrauensmann der Lütticher Stände nach Berlin gekommen war, freundliche Aufnahme und erklärte, die preußische Regierung werde zu erreichen suchen, daß der Bischof das verhaßte Edikt von 1684 widerrufe; dagegen werde sich Preußen als deutscher Reichsstand der Mitwirkung an der vom Reichsgericht angeordneten Exekution nicht entziehen können. [2]) Man dürfe in der Lütticher Sache, schrieb Hertzberg an Dohm, das Recht nicht mißachten, aber auch die Politik nicht unberücksichtigt lassen; die Unterdrückung der Lütticher Stände könne man schon deshalb nicht zugeben, weil sonst auch den Brabantern Zweifel an der Aufrichtigkeit der preußischen Freundschaft aufsteigen würden; vor allem aber gelte es, die Lütticher wie die Brabanter von der Bundesgenossenschaft mit dem revolutionären Frankreich zurückzuhalten. Als sich die Kreistruppen zum Einmarsch in Lüttich sammelten, eröffnete Dohm den Ständen in vertraulicher Weise, daß die Meinung Preußen-Cleves nicht dahin gehe, entsprechend der Forderung des Bischofs und des Kapitels einfach den vorigen Zustand wieder herzustellen, sondern daß ein vernünftiger Vergleich zwischen Regierung und Ständen getroffen werden soll. [3])

Oeffentlich wurde, als im Oktober neun Bataillons preußischen Fußvolks unter Kommando des Generallieutenants v. Schlieffen in das Hochstift einrückten, bekannt gegeben, die Besetzung erfolge, um den gestörten Ruhestand des Landes wieder herzustellen und der Weiterverbreitung bedrohlicher Ideen zu begegnen. Auch kölnische und pfalzbairische Exekutionstruppen sollten mitwirken, allein das kölnische Fußvolk machte, da der Kurfürst von Köln seine Leute nicht unter preußisches Kommando stellen wollte, an der Maas Halt; nur etwa tausend Pfälzer vereinigten sich mit den Füsilieren Schlieffens. Dem Vormarsch der Kreistruppen wurde, obwohl in Lüttich Anstalten zur Verteidigung getroffen worden waren, kein Widerstand entgegengesetzt; sogar von der Zitadelle von Lüttich konnte in aller Ruhe Besitz genommen werden (30. November). Nichts-

[1]) Kurze Uebersicht des Lütticher Aufruhrs vom Jahr 1789.
[2]) Juste, La révolution Liègeoise de 1789, 17.
[3]) Gronau, 180.

destoweniger war die Volksvertretung entschlossen, das angefangene Werk zu vollenden und nicht eher zum Gehorsam unter den Landesherrn zurückzukehren, bis eine den Volkswünschen entsprechende Reform der Verfassung durchgeführt wäre. Natürlich trug auch das überraschende Gelingen des Kampfes der belgischen Freischaren dazu bei, die Nachbarn zu ermutigen und im Widerstand zu bestärken. „Ein undisziplinierten Volk," sagt Dohm, „wagte es, 18000 Mann der disziplinierteften Truppen anzugreifen, und die Nachricht von seinem Angriffe und seinem Siege erscholl zugleich; die Eroberung von Gent und so vielen andern wichtigen Städten bewiesen fast zuerst das Dasein einer Macht, über die man wenige Wochen früher noch als chimärische Zeitungserfindung gelächelt hätte." Die Vonckisten in Brabant waren zum Bündnisse bereit, und auch in Lüttich fehlte es nicht an Stimmen, welche die Vereinigung der stammverwandten Nationen im Zeichen der Freiheit und Gleichheit forderten.

Um die Loßreißung des Hochstiftes vom deutschen Reich zu verhindern, durfte — dies wird von Dohm gewiß mit Recht hervorgehoben — an einseitiger Verteidigung der bischöflichen Rechte nicht festgehalten werden. Sogar das neue Erkenntnis des Reichskammergerichts vom 4. Dezember suchte einzulenken; es wurde zwar auf der Bestrafung der Friedensstörer bestanden, aber auch dem Fürstbischof die Mahnung erteilt, „die Beschwerden des Volkes gänzlich zu entfernen". Jetzt wurde aber vom patriotischen Ausschuß die Kompetenz des Kammergerichts überhaupt bestritten; keines der Reichsgerichte dürfe sich in Privatstreitigkeiten zwischen Regierung und Ständen von Lüttich einmischen; nur dem König von Preußen stehe das Recht der Vermittlung zu, auf Grund eines Freibriefs Kaiser Maximilians I., der den Herzogen von Cleve die Aufgabe überwies, die lüttichsche Nation bei ihren Rechten und Freiheiten zu schützen und in ihren Streitigkeiten mit den Bischöfen den Schiedsspruch zu fällen.

Doch weder das Reichskammergericht, noch die Mitstände des westfälischen Kreises wollten dieses Vorrecht Preußens gelten lassen, da ja die angezogene Bestimmung jenes alten Freibriefes durch die später von Kaiser und Reich festgesetzte Kreiseinteilung aufgehoben worden sei. In der entscheidenden Direktorialkonferenz stimmten die Delegierten von Köln und Pfalzbayern (Münster und Jülich) für unbedingte und unverzügliche Vollstreckung des Wetzlarer Urteils; Preußen (Cleve) aber erklärte, es sollte unter der Bedingung, daß ungestörte Ruhe erhalten bleibe und die nicht zu Recht gewählten Beamten ihre Stellen niederlegten, für Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Zustände vor 1684 Sorge getragen werden.[1]) Dohm gab sich Mühe, auch dem Bischof klar zu machen, daß unter den gegebenen Verhältnissen kein andrer Ausweg möglich sei; Erhaltung eines Reichslandes für das Reich, Abwendung eines traurigen Bürgerkriegs, Abwehr des revolutionären Treibens von Deutschland, das seien Gründe von solcher Wichtigkeit, daß um ihretwillen auch von Vollziehung eines reichsgerichtlichen Urteils abgesehen werden dürfe; unter solchen Umständen könne wohl von einem geistlichen Fürsten erwartet werden, daß er sein gutes Recht dem Wohl seines Volkes aufopfern werde. Auch Friedrich Wilhelm selbst suchte

[1]) Dohm, Anlagen, 141.

die preußische Politik vor Bischof Konstantin zu rechtfertigen; ein ernster Waffengang mit den empörten Unterthanen des Bischofs, führte er in einem eigenhändigen Schreiben (31. Dezember) aus, könnte leicht für die schwachen Exekutionstruppen Niederlage und Schande, für den rechtmäßigen Herrn von Lüttich den Verlust des Fürstentums nach sich ziehen; der Bischof möge in seine Residenz zurückkehren, das Kreisdirektorium werde bis zur Aufrichtung einer neuen Verfassung Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten. Doch es war verlorene Liebesmüh. Bischof Hoensbroech ließ fünf Wochen lang gar nichts von sich hören; endlich kam zwar eine Antwort (8. Februar 1790), aber sie lautete entschieden abschlägig und war — nach Dohms Auffassung — in den „anzüglichsten und widrigsten Ausdrücken" abgefaßt. Erst wenn in Lüttich alles wieder in den Zustand vor der Rebellion zurückgebracht und dem kammergerichtlichen Spruche vollkommen Genüge geleistet sein werde, könne von Versöhnung und Verfassungsreform die Rede sein.[1])

„In dieser mißlichen Lage" — mit diesen Worten schließt Dohm seinen im Februar 1790 kurz vor Josephs II. Ableben geschriebenen Bericht — „befindet sich anjetzo die so berufene Lütticher Exekutionssache." Preußen habe dabei nur „nach patriotischen und konstitutionsmäßigen Grundsätzen" gehandelt und dafür, daß das Hochstift vor dem Untergang bewahrt und bei dem Deutschen Reich erhalten worden sei, aller deutschen Patrioten Anerkennung und Dank verdient.

Die Rechtfertigung Dohms ist nicht unbegründet, nur verschweigt sie, wie es die Weisheitsregeln der Diplomatie vorschreiben, das ausschlaggebende Moment. Auch in der Lütticher Frage standen sich Preußen und Oesterreich feindlich gegenüber; sollte sich Preußen um eines reichsgerichtlichen Erkenntnisses willen in Kampf mit einem Volke einlassen, das unter Umständen bald im Krieg mit Oesterreich als Bundesgenosse nützliche Dienste leisten konnte?

Natürlich entging dem Wiener Kabinett nicht, welche Berechnung der auffälligen Begünstigung der Wallonen zu Grunde lag. Doch auch von andern Reichsständen wurde das Verhalten Preußens ungünstig beurteilt. „Bei Lüttich ist auch ein Bock geschossen worden," urteilt sogar Forster, „der König ist dadurch um das Zutrauen des Reichs gekommen."[2]) Der Kurfürst von Mainz, obwohl mit Preußen verbündet, mißbilligte aufs entschiedenste die Verletzung der Reichsverfassung. „Es kann der Einsicht Eurer Majestät nicht entgehen, daß die übelsten Folgen entstehen werden, wenn von dem Mächtigsten der unierten deutschen Fürsten das gehäßige Beispiel einer solchen Veränderung in der deutschen Verfassung gegeben werden sollte."[3]) In Wetzlar wurde als Beleidigung empfunden, daß der Herzog von Cleve „so eigenmächtig und dem übernommenen Auftrage widersprechend" vorgehe. Nicht minder heftige Vorwürfe wurden vom Standpunkt der öffentlichen Moral aus erhoben. „Also ein deutscher Fürst," ruft die ‚Patriotenstimme', „der selbst von seinen Unterthanen einen blinden Gehorsam fordert, genehmigt nicht nur, sondern unterstützt die Empörung,

[1]) Polit. Journal, Jahrg. 1790, 59.
[2]) G. Forster, Schriften, VIII, 108.
[3]) Polit. Journal, Jahrg. 1790, 175.

statt daß es Pflicht von ihm wäre, seinen Reichsmitfürsten bey Ehre und Würde zu schützen." Ein fliegendes Blatt aus jenen Tagen zeigt den König von Preußen, wie er am rechten Arm den päpstlichen Nuntius im Ornat mit Hirtenstab und Jesuitenhütlein, am linken einen mit Säbel und brennender Fackel ausgerüsteten Blousenmann führt; die Ueberschrift lautet: „1789 — Von Gottes Gnaden!"

Die Parteinahme Preußens für die Aufständischen in Lüttich hängt zusammen mit der laxen Politik, die Hertzberg gegenüber der französischen Revolution für erlaubt ansah. Begrüßte er doch den Bastillensturm als einen außerordentlichen Glücksfall für Preußen! Frohlockend schrieb er an den König: „Die Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich ist vernichtet, Oesterreich kann nicht mehr auf Frankreich zählen!" [1])

Gewiß, Nutzen und Gewinn waren durch das Bündnis mit der Revolution zu erreichen, aber es war nicht der Weg, auf dem ein Hohenzoller zur Lösung der deutschen Frage gelangen konnte.

---

[1]) M. Duncker, Friedrich Wilhelm II. und Graf Hertzberg; Hist. Zeitschr., 37. Bd., 8.

Siebenter Abschnitt.

Aufstände und Unruhen in kleineren deutschen Reichsgebieten. Gärung in den österreichischen Staaten. Preußens Bündnis mit Polen und der Pforte. Joseph II. und die französische Revolution. Der Weltkrieg in Sicht. Das Lebensende Josephs II. Urteile der Zeitgenossen über Joseph II.

Zwischen dem Abfall der Niederlande von der österreichischen Herrschaft und dem Aufstand der Wallonen im Maasgebiet besteht ein schroffer Gegensatz. Im revolutionären Frankreich wurde dies klar erkannt. „Die belgischen Provinzen können uns kein Interesse einflößen," schreibt die Gazette de France am 3. Juni 1790, „hüten wir uns, sie zu stören! In diesen festlichen Tagen haben sie Altäre zu errichten, die Bilder der hl. Jungfrau mit Blumen zu schmücken, Mönche in reiche Chorgewänder zu hüllen und hunderttausend Kerzen zu den Füßen ihrer Bilder zu verbrennen. Was kümmert's uns, wer der Hirt dieser groben Hammelherde sein wird! Anders dagegen verhält es sich mit den braven Lüttichern: ihnen wünschen glückliches Gelingen alle Wohlgesinnten, alle Feinde der Unterdrückung!"[1])

Die Ausbreitung der Revolution in den zwei letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts läßt sich mit einer Epidemie vergleichen, mit einer jener Volkskrankheiten, von der rasch hintereinander verschiedene Länder heimgesucht werden. Sie fordern innerhalb derjenigen Bevölkerungsgruppe, in welcher die Vorbedingungen in gefährlichster Fülle vorhanden sind, die zahlreichsten Opfer; sie haben ihren Aufschwung, ihren Höhepunkt und ihr allmähliches Verlöschen.

Doch müssen wir auch bei diesem Vergleiche gewisse Grenzen ziehen. Der Ansteckungsstoff kam von Westen. Die erste Anregung, die Aeußerung des Volkswillens im Gegensatz zur bestehenden Gewalt, ging von Amerika aus; man kann weder den Gedanken, noch die Apostel, die Franklin und Washington, tadeln,

[1]) Henaux, Hist. du pays de Liège, II, 286.

doch in Europa unterlag die fortschrittliche Idee verschiedenen Wandlungen, je nach der Gesundheit des Volkes und je nach den größeren oder kleineren Sünden der Gewalthaber. Eine Auflehnung der Massen gegen die herrschende Macht fand an vielen Punkten statt, doch anders äußerte sich dieser Widerstand in Holland als in Frankreich, anders in Ungarn als in Schweden. Je unnatürlicher die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände waren, desto größer war die Gefahr, daß die ursprünglichen Ideen ausarteten. Ein und derselbe chemische Stoff kann ja durch verschiedenartige Verbindungen ebensowohl zum Segen wie zum Verderben wirken. Während über diesen Staat nur ein wohlthätiges Gewitter niederging, loderte ein andrer beim ersten Blitz in Flammen auf.

Wir werden noch an andrer Stelle zu untersuchen haben, wie der Revolutionsgedanke und vor allem das französische Beispiel auf den deutschen Volksgeist eingewirkt haben und warum es in deutschen Landen nicht zum Umsturz aller Dinge gekommen ist, — hier sei nur in Kürze auf einige Symptome hingewiesen, die noch zu Lebzeiten Josephs II. in deutschen und österreichischen Landen hervortraten.

Im August 1789 kam es zu Unruhen in der Nachbarschaft des Elsasses. In der unter österreichischer Herrschaft stehenden Landvogtei Ortenau empörten sich die Bauern gegen die Städte, denen sie fronen und Holz liefern mußten; in der Reichsstadt Gengenbach durchwühlten die Delegierten der Aufständischen „mit feurigen Augen" Registraturen und Archive, ohne „das große rote Buch" zu finden, in dem zu lesen wäre, daß sie ihren Herren keine Leistungen schuldeten.[1]) Die gräflich Leyenschen Unterthanen, die Bewohner von Saarbrücken und St. Johann in der nassauischen Grafschaft Saarbrücken, die gräflich Bentheimschen Unterthanen von Burgsteinfurth, die Bauern in der zum Hochstift Straßburg gehörigen Herrschaft Oberkirch und an andern Orten rebellierten samt und sonders wegen angeblichen Mißbrauchs der herrschaftlichen Waldnutzungen. Die straßburgischen Unterthanen äußerten dabei, sie meinten es gewiß nicht schlecht mit ihren Herren, denn sie wollten ihnen nicht, wie es in Frankreich üblich, die Köpfe abschlagen, sondern nur ein paar überflüssige Federn ausrupfen. Eine Revolte in Trier hätte sich leicht zu einem Gegenstück zum Lütticher Streit auswachsen können. Die Bürgerschaft verlangte Wiederherstellung der alten Zunftverfassung und andrer aufgehobener Anstalten und Gebräuche, Straßenanschläge reizten das Volk zur Erhebung gegen den Tyrannen, da setzte der Kurfürst rasch aus beliebten Mitgliedern des Domkapitels und der Bürgerschaft eine Kommission zusammen, die, mit unumschränkter Gewalt ausgestattet, allen berechtigten Beschwerden ohne weiteres Benehmen mit der Regierung abhelfen sollte, und diese Nachgiebigkeit dämpfte das Feuer, ehe es zum Durchbruch kam. Ebenso klug und gnädig verfuhr Friedrich August von Sachsen, als die Bauern in Meißen, Torgau und andern Orten ihren Herren den Gehorsam weigerten, Aufhebung der Fronen forderten und mit Niederbrennung der Schlösser drohten. Die bewaffneten Rotten wurden durch Militär auseinander gejagt; zugleich wurde aber auch eine Kommission berufen, welche die Klagen der Unterthanen untersuchen und geeignete Abhülfe

[1]) Hoscher, 112.

treffen sollte. „Ein schöner Zug von deutscher Fürstenehre," bemerkt dazu Georg Forster, und Reichskammergerichtsrat Hoscher rühmt in seiner aktenmäßigen Darstellung der erwähnten Unruhen auf deutschem Boden den glücklichen Gegensatz zwischen Frankreichs und Deutschlands gesellschaftlichen Verhältnissen. In Deutschland, wo Militär und Bürgerschaft von Pflichttreue durchdrungen sind, „ist es nicht so leicht möglich, daß der Pöbel den Meister spielen, daß er den Herrn mit Füßen treten kann, ebenso als auch die Gesetze Deutschlands den Unterthan gegen Unterdrückung sicher stellen und ihm Hülfe verschaffen"![1])

Gefährlichere Bedeutung als in diesen kleinen Reichsgebieten drohte der Widerstand gegen die Staatsgewalt in den kaiserlichen Stammlanden zu erlangen. In Ungarn erlitt das Josephinische System eine nicht minder empfindliche Niederlage, als in Belgien. Es wurde schon dargelegt, wie fest und beharrlich Joseph trachtete, die bunt durcheinander gewürfelten Stämme im unteren Donaugebiet, Szekler und Magyaren, Rumänen und Raizen, in geistige Abhängigkeit von der deutschen Kultur zu bringen und auf solche Weise seinen Einheitsstaat über Ungarn auszudehnen, wie aber diese Tendenz besonders bei den Magyaren auf erbitterten Widerstand stieß. Die ungarische Hofkanzlei wies das kaiserliche Mandat, das die deutsche Sprache zur Amtssprache erhob, als verfassungswidrig zurück; das war der beste Weg, um den Kaiser im Glauben an die Notwendigkeit seiner Anordnung zu bestärken. Die Wegführung der Stephanskrone nach Wien, die Aufhebung der munizipalen Sonderrechte, die Einsetzung von königlichen Kommissären statt der verfassungsmäßigen Obergespane, die neue Justizordnung, die Aufhebung der Leibeigenschaft und andre „Gewaltmaßregeln eines nicht gekrönten Königs" riefen jenseits der Leitha ebenso heftigen Unmut wach, wie sie von Anhängern des Josephinismus begeistert gepriesen wurden. „Wir sehen keinen geringeren Endzweck," so rühmt ein Artikel im Hamburger politischen Journal das „großartige Germanisierungswerk" im Osten, „als ein ungeheures, von der Natur herrlich bedachtes Reich durch den Segen der Kultur noch einmal aus sich selbst zu erzeugen, es zu verdoppeln, fünf Millionen unglücklicher Menschen zu zehn Millionen glücklicher umzuschaffen, ein neues Reich ohne Blutstropfen der Unterthanen und ohne Erbitterung der Nachbarn zu erobern, und diesen mächtigen Staat mit der Monarchie Oesterreich durch Gleichheit der Verfassung, Gesetzgebung, Sprache und Sitten innigst zu vereinen!"[2]) Dagegen erblickte man in Ungarn im Streben des Kaisers, seine Staaten „zu einem Kodex der Gesetze, zu einem Erziehungssystem, zu einer Monarchie zu verschmelzen", einen Angriff auf die heiligsten Volksinteressen. Eine nationale Bewegung griff um sich, wie sie Ungarn noch nie gekannt hatte.

Es war ein entscheidender Wendepunkt im Verhältnis der alten bajuwarischen Ostmark zu den Ländern der anstoßenden Donauniederung. Die Ueberspannung des Prinzips der Germanisierung hatte ein mächtiges Aufstreben aller bedrohten Nationalitäten, in erster Reihe des Magyarentums, das sich im Kampfe

[1]) Hoscher, Vorrede, 19.
[2]) Polit. Journal, Jahrg. 1786, 657.

mit dem überlegenen Gegner erst der eigenen Kraft bewußt wurde, zur Folge. Namentlich gegen das Sprachedikt wurde von den Vertretungen der einzelnen Gespanschaften leidenschaftlicher Protest erhoben. In ihrem Mißbehagen über die herrschsüchtigen „Schwaben" verstiegen sich magyarische Autoren zu den wunderlichsten Aussprüchen. Es sei unerfindlich, wie der deutschen Kultur vor der ungarischen der Vorrang eingeräumt werden könne, — so erklärte ein Deutsch-Ungar, Matthias Rath, evangelischer Prediger in Raab, — seit kurzem erst hätten die Deutschen einen Klopstock, während die Ungarn schon vor hundert Jahren Dichter hatten, denen kein deutscher Poet an die Seite zu stellen sei.[1]) Ohne Rücksicht auf die Thatsache, daß die Magyaren in Ungarn nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, kehrte der Refrain immer wieder: „Ungarn ist Ungarn; wer da lebt, soll ungarisch lernen!" Bisher hatten sich die Gebildeten fast geschämt, die magyarische Sprache zu gebrauchen; jetzt wollten sie nur noch das eigene Idiom gelten lassen und stießen das Deutsche haßerfüllt zurück; in mehreren Ortschaften wurden das Sprachedikt und andre deutsche Schriften feierlich verbrannt.

Auch die Mode gewann politische Bedeutung. Der deutsche Hut wurde vervehmt; der Patriot durfte nur noch das Nationalgewand tragen. „Die deutschen Insassen," berichtet Pastor Keresztesi in seinem Tagebuch, „versteckten sich oder kleideten sich in magyarische Tracht, denn sie besaßen anders nicht viel Mut; der magyarische Eifer verstieg sich so weit, daß man die deutsche Tracht, die in halb Europa getragen wurde, verhöhnte und verbrannte ... Im ganzen Vaterlande waren sämtliche Gespanschaften in Gärung. Anfänglich flossen die Beschwerdeschriften nur heimlich und flüsternd, endlich verständigten sie sich durch Rundschreiben derart, daß die gespannten Saiten überall den gleichen Ton von sich gaben."[2]) Am lautesten klagten die Junker und Herren, die auch in ihrem Standesgefühl beleidigt waren; drang doch der Kaiser auf Gleichstellung aller vor dem Gesetz und ließ — was ganz besonderen Unmut erregte! — die Paläste der Magnaten gleich den Häusern der Bürger mit fortlaufenden Nummern versehen! In Ungarn sei recht eigentlich der Adel der Träger der Revolution, versichert eine 1790 herausgegebene Flugschrift mit dem sensationellen Titel „Babel; Fragmente über die jetzigen politischen Angelegenheiten in Ungarn". Nirgend in der Welt sei der Adel maßloser in seinen Ansprüchen und zuchtloser in seinem Auftreten; jeder Edelmann wolle König sein auf seinen paar Hufen. Wenn aber jemand auftritt und den „rohen Hunnensinn" zu zivilisieren trachtet, dann spielen sich die Herren, die auf ihren eigenen Höfen ein kannibalisches Faustrecht üben und den Bauersmann halb zu Tode prügeln, als lauter Montesquieus und Franklins auf. Einen Schnürrock tragen, gilt als vollgültiger Beweis des Patriotismus; dagegen machen sich diese Afterpatrioten und falschen Rakoczys kein Gewissen daraus, das Vertrauen der Nation zu ihrem rechtmäßigen König zu untergraben. Namentlich die Protestanten sind sogar zu verräterischem Anschluß an Religionsverwandte im Lager der Feinde Oesterreichs bereit; man beachte doch die merkwürdige Erscheinung, daß „dermalen vier protestantische

[1]) Krones, Ungarn unter Maria Theresia und Joseph II., 42.
[2]) Ebenda, 52.

Höfe mit Ausschluß aller katholischen ein Bündnis gemacht und in dieses Bündnis niemand sonst als den Türken aufgenommen haben!" Der eigentliche Erbfeind Oesterreichs, der wohlbekannte protestantische Fürst im Norden, ist auch in Ungarn Anstifter und Helfershelfer der Revolution!

Die Protestanten in Ungarn hatten das Toleranzedikt mit freudigem Dank begrüßt, aber bald verschwand diese Stimmung und machte andern Gefühlen Platz; sie wollten die Duldung, so erklärten sie, nicht als willkürliches Geschenk des Königs entgegennehmen, sondern begehrten eine reichsgesetzliche Anerkennung und Verbürgung ihrer Rechte. Sie sahen sich trotz des Toleranzpatents von allen hohen Aemtern und Würden ausgeschlossen, die Ausübung des Gottesdienstes war erschwert, das Eherecht beschränkt, die Zensur gerade ihnen gegenüber streng gehandhabt; sie beschwerten sich deshalb über das „Wiener Illuminatenregiment" nicht weniger leidenschaftlich als der Primas Batthiany und seine Bischöfe. Ob gerade von protestantischen Kreisen die Verbindung mit Preußen angeknüpft wurde, muß, da in den betreffenden Korrespondenzen niemals Namen der Beteiligten genannt sind, dahingestellt bleiben. Unwahrscheinlich ist es nicht, daß die konfessionellen Beziehungen den Ausschlag gaben; erblickte doch der protestantische Teil der Bevölkerung Ungarns seit mehr denn hundert Jahren in den Kurfürsten und Königen von Brandenburg-Preußen ihre Schutzherren! Der große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. hatten sich wiederholt bei Kaisern und Päpsten der ungarischen Protestanten angenommen. Auch diesmal wurde die antihabsburgische Bewegung in Ungarn von preußischen Staatsmännern wohlwollend in Berechnung gezogen. Der preußische Gesandte in Konstantinopel gab schon im Frühjahr 1788 den Rat, die Mißstimmung in Ungarn nicht unbenützt zu lassen und die Aufrichtung eines unabhängigen Königreichs jenseits der Leitha zu unterstützen.[1]) Hertzberg nannte damals die Idee „ebenso barock wie unausführbar";[2]) als aber die Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich näher rückte, befreundete sich auch die preußische Regierung mit jenem Vorschlag. Als ein Herr von Hompesch, der sich für einen Abgeordneten der ungarischen Malcontents ausgab, im April 1789 nach Berlin kam, nahm ihn der König förmlich in seine Dienste; ja, in einem Briefe an Hertzberg stellte Friedrich Wilhelm sogar die Behauptung auf, daß er selbst als Nachkomme der Anjou Anspruch auf Ungarns Krone habe, — eine Auffassung, gegen welche sogar der in genealogischen Fragen sattelfeste Hertzberg entschiedenen Protest erhob. Die Verbindung mit Ungarn blieb aufrecht erhalten; wiederholt werden in Berliner Kabinettspapieren hommes de confiance erwähnt, die über die Beschwerden der ungarischen Stände Beratung pflogen.

Es ist wenig bekannt, daß auch Herzog Karl August von Weimar in diese Angelegenheit verflochten war. Als Friedrich Wilhelm von ungarischen Herren um Rat gefragt wurde, welchen Fürsten die befreite Nation zum Oberhaupt wählen sollte, verwies der König auf Karl August; es wurden auch wirklich mit

---

[1]) Häusser, I, 225.

[2]) Marczall, Preußisch-ungarische Verhältnisse 1789—1790, in den Litterar. Berichten aus Ungarn, Jahrg. 1878, II, 28.

Weimar Unterhandlungen angeknüpft, allein Karl August zeigte keine Lust, sich auf den abenteuerlichen und gefährlichen Plan näher einzulassen.[1])

Von schriftlichem Verkehr wurde vorsichtig abgesehen. Als von Wien aus die Nachricht verbreitet wurde, Hertzberg habe bei den Verhandlungen in Reichenbach den österreichischen Kollegen ungarische Korrespondenzen ausgeliefert, wurde über diesen Schachzug, wie Jacobi nach Berlin berichtet, weidlich gelacht, „da über die Vorstellungen der Ungarn keine einzige Aufzeichnung existiert".[2]) Worauf diese Vorstellungen zielten, erhellt aus der Instruktion Friedrich Wilhelms für Hertzberg vom 11. Juli 1790; die Ungarn verlangten, daß der König von Preußen als Herzog von Schlesien und Rechtsnachfolger der schlesischen Stände die ungarische Verfassung gewährleiste, da durch König Matthias 1606 den schlesischen Ständen dieses Recht eingeräumt worden sei.

Die anfänglichen Mißerfolge der kaiserlichen Waffen im Türkenkrieg leisteten der magyarischen Bewegung Vorschub. Die Gespanschaften wagten zwar nicht, die geforderten Rekruten und Steuern zu weigern, knüpften aber an jede Bewilligung das Begehren, der Kaiser möge die verletzte Kontinuität der Landesverfassung wieder herstellen. Auch Siebenbürgen, wo das bürgerliche Element überwog, beteiligte sich am Kampf gegen die zentralisierenden Tendenzen des Kaisers; hier hatte insbesondere die Aufhebung der Selbstverwaltung der Gemeinden böses Blut gemacht. Als zur Fortsetzung des Türkenkriegs immer neue Opfer gefordert wurden, ohne daß „der König mit dem Hut" Miene machte, einen Reichstag einzuberufen, nahmen die Komitate zu dem letzten gesetzlichen Mittel ihre Zuflucht; sie stellten an den Iudex curiae, der in Ermanglung eines Palatins der höchste Beamte des Königreichs war, das Begehren, er möge die Rechte des Landes wahren und kraft seines Amtes selbst einen Reichstag berufen. Es war noch nicht die Revolution; es waren nur unbegründete Gerüchte, wenn in Wien von blutigen Zusammenstößen in Debreczin und Ofen erzählt wurde; aber es fehlte nur noch der Tropfen, der den vollen Krug zum Ueberfließen brachte!

Auch in den deutschen Erblanden mehrten sich die Anzeichen von Unzufriedenheit und Oppositionslust. Insbesondere das Tiroler Volk, das „viel erträgt, nur keine Neuerung im altgewohnten gleichen Schritt des Lebens", grollte ob der kirchlichen Neuerungen und ob der Nichtbeachtung der hochverehrten ständischen Privilegien. Die Forderung eines offenen Landtages spielte hier eine ähnliche Rolle, wie in Ungarn die Garantie der Verfassung, und auch hier stand fast der gesamte Klerus auf Seiten der Opposition.[3]) Die Aufregung über das Regiment der Freigeister und Freimaurer machte sich in den deutschen Provinzen nur in Protesten und Pamphleten Luft, aber jeder Tag konnte ernste Unruhen bringen.

Unter diesen Umständen mußte dem Kaiser alles daran gelegen sein, seine Truppen zu freier Verfügung zu bekommen, und dazu war der Friede mit der

---

[1]) Marczall, 31.

[2]) Preuß. Staatsarchiv, Acta, betreffend die Convention von Reichenbach, 1790.

[3]) Egger, Geschichte Tirols, III, 126.

Pforte erforderlich. „Der Friede mit den Türken," schreibt er (2. Oktober 1789) an Katharina, „wird um so wünschenswerter, da immer offener und peinlicher zu Tage tritt, mit welch gefährlichen Anschlägen der König von Preußen sich trägt; auch der Wahnsinn, der, hervorgerufen durch die Freiheitsphrasen der Franzosen, heute fast in allen Köpfen spukt, läßt es angezeigt erscheinen, daß zwei so große Mächte, wie die Ihre und die meinige, sich fest aneinander schließen, um alle Ausschreitungen niederzuhalten." [1]) Des Umweges durch die französische Botschaftskanzlei überdrüssig, beauftragte Joseph den Feldmarschall Laudon, unmittelbar mit dem Großvezier in Unterhandlung zu treten. Unter dem Eindruck der schweren Niederlagen bei Fokschani und Belgrad hatte die Friedenspartei in Stambul die Oberhand gewonnen, doch wußte der einflußreiche, rührige Diez die Verständigung mit dem Kaiser immer wieder aufzuhalten. Da zwischen Oesterreich und Preußen offene Feindschaft aufgewachsen war und auf beiden Seiten ein entscheidender Waffengang ins Auge gefaßt wurde, drängte auch Hertzberg, dem früher ein offenes Zusammengehen mit dem Türken „inconvenable" erschienen war, zum Abschluß eines Bündnisses mit der Pforte. Doch auch dieser Wunsch stieß bei den mißtrauischen Moslemin auf Schwierigkeiten. „Ich mache jeden Tag," schrieb Diez (1. November 1789) an Hertzberg, „dem Ministerium, dem Serail und den Ulemas die stärksten Vorstellungen, aber ich kann keine genügenden Erklärungen erhalten." Durch Bestechung eines Dragoman war der Divan in Besitz der Korrespondenz zwischen dem preußischen Gesandten und seiner Regierung gekommen, wußte also, was er von Berlin zu hoffen und zu befürchten habe, und verwertete diese Kenntnis, um günstigere Bedingungen zu erlangen. [2]) Diez suchte den unerwarteten Widerstand durch alle möglichen Künste, sogar durch eine mit Hülfe der Ulemas in Scene gesetzte Palastrevolution zu brechen, umsonst! Es handelte sich insbesondere darum, die Pforte zur Abtretung von Oczakow und der Krim an die Russen geneigt zu machen; dann wäre ein Separatfriede mit Rußland leicht zu stande gekommen; Oesterreich allein wäre nicht im stande gewesen, den Krieg weiter zu führen, hätte also die von Preußen vorgeschriebenen Bedingungen, den „großen Plan" Hertzbergs, annehmen müssen. „Uns kommt zu statten," schrieb der Minister (8. Dezember) an Diez, „daß alle belgischen Provinzen sich empört haben, was die Kräfte des Kaisers furchtbar spaltet. Die Ungarn und Galizier stehen auf dem Punkte, dasselbe zu thun, wenn die Pforte festhält. Sparen Sie also weder Geld noch Mühe, um die Hauptsache zu erreichen! Auch die Polen warten nur auf unser Bündnis mit den Türken; in Moskau selbst herrscht große Aufregung. Niemals sind die Chancen für uns so günstig gewesen!" Allein die Herren im Divan wußten immer neue Vorwände zu finden, um die Verhandlungen hinzuhalten; noch zu Neujahr mußte Diez bekennen, die Bündnisfrage stehe genau noch auf dem nämlichen Punkte, wo er vor Monaten so hoffnungsvoll angeknüpft habe.

Freilich ging es den österreichischen Staatsmännern nicht besser. Der Kaiser wollte jetzt aufrichtig den Frieden, die allgemeine Lage nötigte ihm ja

[1]) Arneth, Joseph II. und Katharina II., 339.
[2]) Häusser, I, 238.

diesen Wunsch förmlich auf, er sah seinen Staat auf allen Seiten von dräuenden Wellen umspült: nur ein rascher Friede mit der Pforte konnte Rettung bringen. „Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach im Frühjahr mit Preußen und Polen den Krieg haben," schrieb er an Leopold (3. Dezember), „Frankreich kann und will uns nicht helfen, Rußland ist gänzlich erschöpft, die Niederlande stehen in Aufruhr, der Geist der Empörung hat auch Ungarn und Galizien erfaßt, uns selbst beginnen die Mittel zum Widerstand zu fehlen, — alles dies macht mich zittern! Es bedarf eines Wunders, wenn wir heil aus diesen Gefahren hervorgehen sollen!"[1]) Dazu kam noch die Furcht, daß Rußland einen Separatfrieden eingehen und Last und Leid des Krieges auf Oesterreich allein abladen möchte. Auf die Freundschaft der Zarin glaubte Joseph bauen zu dürfen, aber er fürchtete Potemkin, dessen Umtriebe im Hauptquartier des Großveziers die Verhandlungen nicht wenig erschwerten. Die Pforte war nicht abgeneigt, mit Rußland einen Separatfrieden zu schließen, damit die ganze türkische Streitmacht zur Wiedereroberung Belgrads aufgeboten werden könnte. Um diese Wendung abzuwehren, gingen die österreichischen Räte Stürmer und Wallenburg im Januar 1790 nach Schumla, wo bereits ein Gesandter Potemkins eingetroffen war; wenn nicht der Friede, sollte doch wenigstens ein zweijähriger Waffenstillstand erwirkt, vor allem aber ein Sonderfriede der Pforte mit Rußland verhindert werden.[2]) Zur Unterstützung seiner Wünsche wandte sich Joseph auch unmittelbar an die Zarin (6. Januar 1790). „Mein körperliches Leiden, der schwere Schlag, den ich durch den Verlust der Niederlande erlitten habe, der Angriff, der mir im kommenden Frühjahr von seiten Preußens bevorsteht, alles dies erfüllt meine Seele mit Sorge und Bitterkeit. Ew. Majestät wissen, wie heiß ich den mir anvertrauten Staat liebe, und werden also meinen Zustand begreifen. Ich wünsche lebhaft, daß der Friede mit der Pforte zu stande komme; wenn es aber nicht gelingen, oder wenn ich bei dem Versuch, eine rebellische Provinz wieder zu gewinnen, in Krieg mit Preußen und Polen verwickelt werden sollte, so möge mir, wie bisher ich Eurer Majestät zur Seite gestanden habe, nunmehr Ihre hülfreiche Hand geboten werden, damit mir mein väterliches Erbe, Ihnen ein verlässiger Bundesgenosse erhalten bleibe. Nur weil ich seit zwei Jahren als Ihr Verbündeter mit den Türken Krieg führe, bin ich in so verzweifelte Lage geraten, aus der mich jetzt nur Ihre Freundschaft und Ihr guter Wille befreien können." Die Antwort Katharinas lautete beruhigend. „Ich mache mir ein Vergnügen daraus, meine Schuld gegen Ew. Majestät abzutragen; Ihre Zuversicht soll Sie nicht betrogen haben, und ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich jedes bei der gegenwärtigen Lage zulässige Mittel ergreifen werde, um Sie gegen den ungerechten Angriff eines neuen Feindes zu verteidigen."[3]) Es war an sich nicht wahrscheinlich, daß Rußland seinem Bundesgenossen in einem Krieg mit Preußen Hülfe versagen würde, aber vorerst war die Haltung Rußlands trotz der glatten Worte der Zarin nichts weniger als bundesfreundlich. In Peters-

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 293.
[2]) Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs, 130.
[3]) Arneth, Joseph II. und Katharina II., 346, 348.

burg hüllte man sich dem Grafen Cobenzl gegenüber in geheimnisvolles Schweigen; es war nicht zu ergründen, ob das russische Kabinett den Frieden wolle oder nicht, und auf welche Bedingungen es sich einlassen werde. Seit der Angriff Gustavs III. zu Wasser und zu Land zurückgeschlagen worden war, bestand für das Zarenreich keine ernste Gefahr mehr, denn die Spitze des polnisch-preußischen Bündnisses, das im Dezember 1789 die Zustimmung des polnischen Reichstages gefunden hatte, war gegen Oesterreich, nicht gegen Rußland gerichtet. So faßte auch Joseph die Lage auf; sein bester Feldherr sollte den Preußen entgegengestellt werden, Laudon sollte den Oberbefehl in Böhmen übernehmen, „weil dieses der Teil meines Staates ist, der am gefährlichsten bedroht und an dessen Erhaltung folglich auch der Monarchie am vorzüglichsten gelegen ist" (6. Januar 1790). Da es aber fast unmöglich schien, den Krieg nach zwei Seiten mit Erfolg zu führen, wurden die Bemühungen, mit der Pforte zum Frieden zu gelangen, fortgesetzt.

Doch die Vertreter des Kaisers stießen bei ihren Verhandlungen mit dem Großvezier und dem Reis-Effendi auf die nämliche orientalische Verschmitztheit, die den preußischen Gesandten zur Verzweiflung brachte. Die Türken kargten niemals mit Versicherungen ihrer Friedensliebe, aber wenn die Oesterreicher über die Bedingungen sprechen wollten, begann der Großvezier Anekdoten aus seinem Leben zu erzählen oder der Reis-Effendi sprach über das alte Rom und das moderne Frankreich. Freilich suchten auch die kaiserlichen Gesandten einen möglichst großen Teil der Beute des letzten Feldzugs für Oesterreich zu retten und ließen deshalb, der Instruktion des Staatskanzlers entsprechend, die nötige Klarheit und Bestimmtheit vermissen. Joseph selbst klagt darüber. „Nichts will uns gelingen," schreibt er an Leopold (28. Januar), „wir haben Pech auf allen Seiten, aber wir sind teilweise selbst schuld daran! Ich kann durchaus nicht erreichen, daß Fürst Kaunitz sich offen ausspricht. Wir hätten anfangs einige sehr vernünftige Gründe für den Frieden vorbringen können, nein! ich habe ihn nicht dazu bringen können, wir bleiben bei unsrer zweideutigen Sprache und machen alle Welt dadurch mißtrauisch. Die Zeit vergeht, der König von Preußen wird wohl schon sein Bündnis mit der Pforte geschlossen haben, es schwindet alle Hoffnung, dem Krieg auf zwei Seiten auszuweichen!"[1]) In der That brachte Diez, wie er selbst gesteht, „durch ganz verzweifelte Mittel" und durch Nachgiebigkeit in wesentlichen Punkten die Unterhandlungen zum erwünschten Ziel: am 31. Januar 1790 wurde das Bündnis zwischen Preußen und der Pforte unterzeichnet. Hertzberg hätte gewünscht, daß nur im allgemeinen preußische Vermittlung und Bürgschaft hätten zugesichert werden sollen; die Zustimmung des Diwans war aber nicht anders zu erreichen, als daß auf ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis eingegangen wurde. Mit gemeinsamen Kräften sollte die Rückgabe Galiziens von Oesterreich erzwungen, dann sollten Galizien an Polen, Thorn und Danzig an Preußen abgetreten werden.

Nicht Hertzberg, der die in Brüssel und Ofen, Warschau und Konstantinopel angeknüpften Fäden nur zu einem kunstvollen diplomatischen Gewebe benützen

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 313.

wollte und die Abtretung von Thorn und Danzig an Preußen durch überlegene Staatskunst zu erwirken hoffte, wohl aber Friedrich Wilhelm war entschlossen, zum Schwert zu greifen. Die europäische Lage war für Preußen ungemein günstig. Die Bündnisse mit England, Holland, Schweden und Polen, die Revolution in Frankreich, die mit dem Königsthron auch den Vertrag von Versailles zertrümmert hatte, der Abfall der Niederlande, der für den Kaiser den Entgang einer stattlichen Heeresmacht und einer reichen Einnahmsquelle bedeutete, der Aufstand in Ungarn, die Gärung in den deutschen Erblanden, der Fortgang des Krieges mit der Türkei, — diese Faktoren sicherten Preußen ein entschiedenes Uebergewicht, wenn es sich entschließen wollte, den Streit mit dem Nebenbuhler mit den Waffen zum Austrag zu bringen. „Oesterreich hatte sich wider seine Interessen an der Donau nur darum zum Genossen Rußlands gemacht, um seine Stellung in Deutschland gegen Preußen zu stärken; man zahlte Maß für Maß, wenn Preußen jetzt ebenso in die orientalische Frage eintrat, um die deutsche Frage zu entscheiden.“ [1]) Dazu war Friedrich Wilhelm entschlossen. Als an Stelle von Diez, der sich durch seine Minierkünste unmöglich gemacht hatte, Major v. Knobelsdorf nach Konstantinopel entsandt wurde, schärfte der König selbst dem neuen Gesandten ein, er möge im Diwan auf sofortige Eröffnung des Feldzuges dringen; die Türken sollten von Kroatien aus vordringen, der preußische Major v. Goetze sollte ihre Operationen leiten.

Mit fieberhafter Angst und Aufregung verfolgte Joseph von seinem Krankenbette aus die politischen Vorgänge. Wie hätten Körper und Seele Heilung finden können, da er täglich aufs neue den Gifttrank düsterer Nachrichten schlürfen mußte! Nicht bloß vereinzelten Entwürfen, seinem ganzen System drohte furchtbare Niederlage! Volksaufklärung war das Ziel und Streben seiner Regierung gewesen, das Himmelslicht der Vernunft sollte alle Bürger, Arm und Reich, Hoch und Niedrig, zur Geistesfreiheit leiten, — jetzt zeigten seine Gegner höhnisch auf die Flamme, die den Thron eines mächtigen Königs, des Gatten der Lieblingsschwester des Kaisers, ergriff, und bewiesen, daß sie von derselben Leuchte Nahrung nehme! Die Revolution, die schon in Belgien den Bürger gegen die Krone in Waffen gerufen hatte, richtete in Frankreich noch furchtbarer ihr Drachenhaupt empor und drohte alles Bestehende zu zertrümmern.

Den Kaiser überraschten die Pariser Vorgänge nicht. Er hatte die Gefahr, die hinter dem Glanz und Prunk des französischen Hof- und Staatswesens lauerte, früher erkannt, als die Bedrohten. Darum die auffallende Strenge gegen seinen Liebling Marie Antoinette, darum die eindringlichen Mahnungen, sie möge nicht nur die Pflichten ihres Standes nicht verletzen, sondern auch den bösen Schein meiden! Er sah über den bunt belebten Gärten von Marly und Trianon den Gewitterhimmel, er hatte während seines Aufenthalts in Frankreich Land und Leute gut studiert.

Nun traf das alles ein, was er befürchtet, aber die Konsequenz war grausamer, als die schlimmsten Ahnungen. Joseph erkannte, daß der in Paris ge-

[1]) M. Duncker, 10.

führte Schlag nicht bloß den König, sondern das Königtum treffen müsse. Diese Demütigung empfand er nicht minder schmerzlich, als das Mißgeschick seiner Truppen am Niederrhein und seiner Diplomaten an den europäischen Höfen. Aus all den prickelnden Scherzworten über die „Oesterreicherin" war ein Netz geknüpft worden, das sich fest und immer fester um das schöne Haupt zusammenzog. Im Juli 1789 zürnt der Kaiser nur über die der Schwester und ihrem Gatten zugefügte Beleidigung. „Ich überlasse es Ihnen," schreibt er (30. Juli 1789) an Leopold, „den Eindruck zu beurteilen, den die abscheuliche, schmachvolle Rolle, die man den König hat spielen lassen, auf mich gemacht hat; sie haben ihn wie einen Gefangenen nach Paris geschleppt, ihn dort unterzeichnen lassen, was nach ihrem Willen war, und ihn gezwungen, die Kokarde, das Zeichen der Empörer, an den Hut zu stecken. Man wird es später nicht glauben wollen, daß solche Dinge ohne Schwertstreich, ohne besondere Notwendigkeit sich wirklich zugetragen haben!"[1] Im Oktober schon schreibt er: „Ich zittere für die Königin!" und im Dezember muß er zornig zugestehen: „Der Pöbel von Paris ist heute der Zwingherr von ganz Frankreich!" Er verkannte aber auch nicht, daß seine Schwester und ihr Gatte das Mißgeschick teilweise selbst verschuldet hatten, und insbesondere war er ungehalten über das Treiben der königlichen Prinzen, die beim ersten Ton der Sturmglocken in Paris sich selbst in Sicherheit brachten, dann aber von fremden Höfen aus Oel ins Feuer gossen und durch ihre Umtriebe die Lage des königlichen Dulderpaares inmitten des gereizten Volkes immer unerträglicher machten. Als Graf d'Artois im Oktober 1789 aus Turin an Joseph einen förmlichen Aufruf richtete, er möge seine Macht zur Bekämpfung der Revolution aufbieten, da es Feigheit wäre, dem Treiben in Paris noch länger unthätig zuzuschauen, lehnte Joseph die Einmischung barsch und bündig ab (30. Oktober 1789). „Ich bin sicherlich weder Demokrat, noch Aristokrat, von beiden habe ich, wie ich glaube, weder den Ruf noch das Behaben!" Er müsse aber doch daran erinnern, daß Artois und die übrigen Prinzen eben auch nur Bürger ihres Staates seien, nicht für sich allein einen Staatskörper bildeten und nicht das Recht hätten, den vom König mit der Nation gefaßten Beschlüssen den Gehorsam zu versagen; Artois und seine Freunde möchten lieber mitwirken, um jener Sorte von Opposition, die als aristokratische bezeichnet werden könne und, in sich selber schwach, zu schlimmer Einwirkung aber gerade stark genug sei, ein Ende zu machen; sie möchten, kurz gesagt, nach Frankreich zurückkehren und sich mit allen andern zu gemeinsamer Arbeit für das Wohlergehen des Staates vereinigen. „Unterwerfen Sie sich der Ansicht der großen Zahl, die den Ausschlag gibt!"[2]

„Der König mit der Nation!" Dieses Wort im Munde Josephs II. verkündet die neue Zeit! Sogar dem stolzen Selbstherrscher drängte sich die Ueberzeugung auf, daß der Wille der Mehrheit einer Nation vom Leiter des Staates beachtet werden müsse, — von diesem Zugeständnis zur Anerkennung

[1] Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 264.

[2] Arneth et Flammermont, Correspondance secrète du Comte de Mercy-Argenteau avec l'empereur Joseph II et le Prince de Kaunitz, 275. — Joseph II., in der Neuen Freien Presse, Jahrg. 1890, Nr. 9157.

der Ersprießlichkeit einer thätigen Mitwirkung des Volkes an der Regierung war nur noch ein Schritt! Zugleich läßt Josephs Brief an Artois erkennen, daß seine Auffassung von Würde und Aufgabe eines Fürsten mit dem Treiben der Flitterhelden in Versailles, die das Leben nur für eine artige Komödie und den Staat nur für einen Säckel zur Bezahlung ihrer Schulden ansahen, nichts gemein habe. Hatte doch Ludwig XVI. für Bruder Artois noch vor kurzem 21 Millionen Schulden zahlen müssen! Der Prinz von Guimené, der Busenfreund Monseigneurs, hatte Bankerott mit einem Ausfall von 28 Millionen gemacht! Und diese Pflichtvergessenen sprachen jetzt von Ehre und Vaterland!

Auch in den Briefen an Mercy, den kaiserlichen Botschafter in Paris, äußerte Joseph Besorgnis, daß die verkehrte Politik der Emigranten dem Königspaar ein trauriges Geschick bereiten werde. Mit Unrecht mache das französische Volk die Königin für das Bündnis mit Oesterreich verantwortlich; davon abgesehen, gerade diese Verbindung habe den Franzosen die ersprießlichsten Dienste geleistet. „Nur dieses Bündnis, das ich trotz der Ungerechtigkeit, des Uebelwollens und der Schwäche Frankreichs aufrecht erhalte, sichert heute der französischen Nation noch einige Achtung.“ Trotz seiner glänzenden Erfolge im letzten Türkenkriege erstrebe er nichts anderes, als den Frieden, denn wenn ein allgemeiner Weltbrand drohe, müsse jeder wachsam und gerüstet auf seinem Posten stehen. „Der Schwindel, der fast alle Nationen erfaßt hat, ist zu berücksend, und all das, was in Frankreich straflos geschehen konnte, ist für die niedrigsten Volksklassen ein zu verführerisches Beispiel, als daß nicht unter solchen Umständen jedermann den Frieden wünschen müßte.“

Die Zertrümmerung des Lilienthrones, die düstere Gestaltung der europäischen Lage ließen ihn die Niederlage in Belgien um so peinlicher empfinden. „Es ist für mich eine tödliche Bitternis,“ schrieb er (3. Januar 1790) an Mercy, „angesichts der ganzen Welt entehrt, verhöhnt und von einer Handvoll Leute verjagt worden zu sein.“

Von allen Seiten zog sich schwarzes Gewölk zusammen, noch war es still in den Lüften, aber es war die bange Stille der Erwartung! In kurzer Frist können türkische Heere im Osten, preußische und polnische im Norden den Kampf eröffnen, der Feind steht in engstem Bund mit der Volksbewegung in Belgien, in Ungarn: blutige Kämpfe, wichtige Entscheidungen scheinen bevorzustehen! Ob der nächste Tag den Beginn der Feindseligkeiten bringen werde, diese Frage quälte den kranken Kaiser grausamer, als sein körperliches Leiden. Und sogar in den deutschen Erblanden widerstrebten alle dem weiland Allbeliebten, Adel, Klerus, Volk, — da brach sein starker Sinn!

Wie einst Karl V., den verschiedenen Gang der Uhren betrachtend, die Folgerung zog, daß noch weit weniger der Menschen Denken und Trachten unter ein Taktmaß zu bringen sei, so verzweifelte auch Joseph daran, die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich seinem Reformwerke entgegentürmten, zu bewältigen. Die stolze Seele verstand sich zur Resignation, zum Widerruf!

Namentlich zwei Entschließungen aus seinen letzten Tagen geben davon Zeugnis. Er widerrief seine Anordnungen für Ungarn und genehmigte die Wiederbelebung der alten Andachtsübungen und religiösen Gebräuche; er ver-

zichtete also auf Durchführung jener Aufgaben, die ihm zeitlebens als die wichtigsten gegolten hatten: Zentralisierung seiner Erblande und Reinigung des Glaubens und der Sitte seiner Völker.

Als die Stimmungsberichte aus Ungarn immer bedrohlicher lauteten, die Beschwerden immer heftiger, die Komitatsversammlungen immer stürmischer wurden, forderte Joseph von der Hofkanzlei ein Gutachten, wie das Vertrauen der aufgeregten Bevölkerung wieder zu gewinnen sei. Die Räte antworteten einmütig: nur weitreichende Nachgiebigkeit kann den Aufstand verhindern. Kaunitz beschwor den Kaiser, er möge den Wünschen der Ungarn willfahren; Leopold wies darauf hin, daß längeres Zaudern der Regierung nur eine Steigerung der nationalen Ansprüche zur Folge haben könne. [1]) So willigte denn Joseph ein, und am 28. Januar 1790 erschien ein königliches Edikt, das alle Einrichtungen und Anordnungen des Kaisers aufhob, mit Ausnahme des Toleranzerlasses, der Pfarrregulierung und der Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Grundherren und Unterthanen. „Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß ihr der alten Form der Verwaltung den Vorzug gebt und in ihr allein euer Glück zu finden glaubt, so stehen wir keinen Augenblick an, auch darin euren Wünschen nachzugeben." „Ich wünsche von Herzen," so schloß der Aufruf, „daß Ungarn an Glückseligkeit und Ordnung so viel gewinne, als ich ihm durch meine Neuerungen verschaffen wollte." [2]) Zur Erklärung seines Schrittes schrieb Joseph an seinen Bruder: „Jetzt einen Reichstag einberufen, hieße alles in Verwirrung bringen! Nur einige Forderungen bewilligen, würde nicht genügen. So mußte ich mich denn auch entschließen, alle meine Verordnungen zurückzunehmen und alle Dinge wieder in den Stand zu setzen, wie sie zu Zeiten meiner seligen Mutter waren: damit ist alles weitere abgeschnitten, die Wirkung freilich muß abgewartet werden!" Das wichtigste Zugeständnis war die Zurückbringung der Stephanskrone nach Buda. Der unermeßliche Jubel, womit die Insignien im Magyarenland aufgenommen wurden, bewies, welche Kraft die nationale Bewegung in den letzten Jahren gewonnen hatte; sogar Schlözer, der das Edikt vom 28. Januar 1790 als einen „wahren Triumph für das allgemeine Anti-Stuartsche Staatsrecht" feiert, verspottet die magyarischen Uebertreibungen. In Ofen wurde von alt und jung, hoch und niedrig auf den Straßen getanzt, wie sonst nur auf den Redouten; bei einem Festgelage im bischöflichen Palast blieb sogar der Fasttag unbeachtet; die Krone wurde zu allgemeiner Besichtigung und Huldigung in der Schloßkapelle Tag und Nacht ausgestellt, wie das hochwürdigste Gut. „Selbst der Hinkende sprang vor Freude," erzählt Keresztesi, „und alle Welt rief: Es lebe die ungarische Freiheit!" [3])

Als die Stephanskrone aus der kaiserlichen Schatzkammer mit feierlichem Gepränge abgeholt wurde, drang der brausende Jubel der Menge auch in das Gemach des kranken Kaisers. Auf seine Frage wurde ihm berichtet, das vor

[1]) Arneth, Joseph II. und Leopold II., II, 313. — Ranke, Die deutschen Mächte, II, 158.
[2]) Schlözer, Staatsanzeigen, Jahrg. 1790, Bd. 14, 121, 173.
[3]) Krones, 57.

der Hofburg versammelte Volk juble, weil es die Hungersnot als Züchtigung Gottes wegen der Gefangenhaltung der ungarischen Krone aufgefaßt habe und sich nunmehr der frohen Hoffnung auf das Ende aller Not hingebe. „Nun sehe ich," soll Joseph ausgerufen haben, „daß Gott all meine Werke zertrümmern will!" [1])

Die Briefe Josephs an Leopold lassen erkennen, welch furchtbare Seelenkämpfe ihn in jenen Tagen peinigten. Natürlich wurde dadurch sein körperliches Leiden verschlimmert; häufiges Blutbrechen und stürmisches Herzklopfen verrieten, daß der Kranke am Rande des Grabes wandle. Trotzdem widmete er jeden fieberfreien Augenblick den Regierungsgeschäften; die letzten Kräfte spannte er an, um zur Abwehr der von allen Seiten aufziehenden Gefahren die nötigen Maßnahmen zu treffen. Mit Ungeduld erwartete er den Fall Orsowas; dann, so hoffte er, würde die Pforte nicht länger den Frieden weigern, und Laudon könnte die ganze Streitmacht gegen Preußen und Polen aufbieten. Die Niederlande! Dieser Verlust bedrängte sein Gemüt am schwersten. „Ihr Land hat mich getötet," schrieb er an den Fürsten von Ligne, „die Einnahme von Gent war mein Todeskampf, die Räumung von Brüssel mein Tod. Welche Schmach! Daran sterbe ich; man müßte ja ein Klotz sein, würde man daran nicht zu Grunde gehen. Ich danke Ihnen für alles, was Sie für mich gethan haben; Laudon hat mir viel, viel Gutes von Ihnen erzählt. Gehen Sie in die Niederlande; machen Sie, daß das Land zu seinem Fürsten zurückkehrt; wenn Sie dies aber nicht zu stande bringen können, so bleiben Sie dort, opfern Sie nicht zu meinen Gunsten Ihren Vorteil auf, Sie haben ja Kinder!" Der Fürst bewahrte dem Kaiser die Treue auch über das Grab; er blieb, obwohl sein eigener Sohn unter die Fahnen van der Mersch's getreten war und Kaiser Leopold dem Vertrauten seines Bruders mit Kälte begegnete, in österreichischen Diensten.

Joseph verlangte von seinem Leibarzt Guarin ein offenes Urteil über seine Krankheit; als ihm eröffnet wurde, daß ihm nur noch kurze Lebensfrist beschieden sei, belohnte er den Freimut des Arztes mit einem reichen Geldgeschenk und einem Freiherrnpatent. Die Seelenruhe, womit Joseph dem Tode entgegenblickte, erregte aller Bewunderung. „Seine erstaunliche Fassung," schrieb der preußische Gesandte Jacobi, der an Joseph immer zu mäkeln wußte, „überrascht alle Welt und läßt sagen, er wolle bis zu seinem letzten Augenblick den verstorbenen König von Preußen nachahmen!" [2]) — „Der Dichter hat unrecht," sagte Joseph zu Graf Rosenberg, „wenn er schreibt: Du trône au cercueil le passage est terrible! Mir ist der Schritt nicht schrecklich, ich bin ruhig, es kränkt mich nur, daß ich durch so harte Lebensplage so wenig Glückliche und so viel Undankbare gemacht habe!" Jedes Wort verriet Entschlossenheit und Gelassenheit. Auch jetzt noch trug er nur einen Gedanken in der Seele: den Staat.

Am 29. Januar berief er, da seine „so äußerst zerrütteten Gesundheits-

[1]) Gräffer, Josephinische Curiosa, II, 66.
[2]) Preuß. St. A. Berichte Jacobis aus Wien.

umstände in den gegenwärtigen, wichtigen Angelegenheiten des Staates nicht mehr gestatten, den Geschäften wie vormals zu obliegen", eine Kommission, bestehend aus Konferenzrat Fürst Stahremberg, Feldmarschall Graf Lacy und Obristkämmerer Graf Rosenberg. Die Sitzungen sollten in der Hofburg nahe dem Gemach des Kaisers stattfinden, damit dieser selbst, wenn es sein Zustand erlaube, teilnehmen könne. Er beschwor seinen Bruder Leopold, so rasch als möglich nach Wien zu kommen (6. Februar). „Ich kann nur dann ruhig sterben, wenn ich den Staat in den Händen seines Oberhauptes weiß!" Doch auch dieser Trost blieb ihm versagt. „Ich wäre Ihrem Befehl entsprechend sogleich abgereist," erwiderte Leopold, „wenn nicht die Erschütterung über die überraschende Wendung mir ein Unwohlsein zugezogen hätte, das mich mehrere Tage ans Zimmer fesselte; auch habe ich natürlich für mich und meine zahlreiche Familie viele Anordnungen zu treffen." [1]) In Wahrheit wollte sich Leopold, wie er seiner Schwester Christine enthüllte, nicht als Mitregenten in die Staatsgeschäfte hineinziehen lassen, damit „es nicht den Anschein gewinne, als ob er den nämlichen Grundsätzen huldige, wie sein Bruder"; auch fürchtete er, daß Joseph sich wieder erholen und der Nachfolger in eine peinliche Lage bei Hofe kommen könnte. [2])

In Wien zweifelte niemand mehr am nahen Ende, am wenigsten der Kaiser selbst. Nach einem besonders heftigen Fieberanfall ließ er einen Priester rufen und empfing andächtig die letzte Wegzehrung. Dieser Schritt wurde namentlich außerhalb Oesterreichs als „Umkehr", als Abfall vom Philosophentum aufgefaßt. „Wie mußte die Seele des gewaltig wollenden Josephs zerwühlt worden sein," sagt Georg Forster in den Erinnerungen aus dem Jahr 1790, „welche zerfleischenden Erfahrungen mußten vorangehen, um ihm dieses Bekenntnis der Unmacht: Herr, dein Wille geschehe! diese Resignation seines Willens in das höhere Gesetz der Notwendigkeit abzuringen!" [3]) Die Folgerung beruht auf falschen Voraussetzungen. Joseph hatte bei aller Verehrung der Aufklärungsphilosophie immer an den Satzungen seiner Kirche festgehalten und wiederholt, wie die Wienerische Kirchenzeitung berichtete, „mit anderen Kindern Gottes vermengt", das Abendmahl empfangen. Alle Welt versah sich unter der Hand mit Trauergewändern, Schauspiele und öffentliche Belustigungen wurden eingestellt, öffentliche Gebete in den Kirchen angeordnet, Kuriere standen bereit, die Todesnachricht den europäischen Höfen zu überbringen.

Noch ein letzter Schlag, der schwerste, traf den Kaiser: sein einziger Liebling wurde noch vor ihm von jähem Tode hinweggerafft. Elisabeth von Württemberg, die Gattin des Erzherzogs Franz, die für Joseph kindlich schwärmerische Zuneigung hegte und ebenso zärtlich von ihm geliebt wurde, fiel bei dem Anblick des Sterbenden in Ohnmacht, wurde von einer Frühgeburt überrascht und starb unmittelbar nach der Entbindung. Als dem Kranken die Trauernachricht mitgeteilt wurde, klagte er, den Kopf auf die Arme stützend: „Und ich

---

[1]) Arneth, Joseph II. und Lepold II., II, 317, 319.
[2]) Wolf, II, 102.
[3]) G. Forster, Erinnerungen aus dem Jahr 1790, 20.

lebe noch und habe doch alles verloren! Alles auf der Welt ist mir mißglückt, jedes Glück habe ich scheitern sehen! Begrabet sie rasch, damit für meine Leiche Platz werde!" Er hatte nicht mit Unrecht als hart und rücksichtslos gegen seine Umgebung gegolten; in den letzten Tagen war er weich und mild und kargte nicht mit Dank und Anerkennung. Von Schwester Christine, von Mercy, Lacy und andern Getreuen, auch von seiner Armee nahm er herzlichen Abschied. Den ganzen Tag über arbeitete er, angekleidet auf einem Lehnstuhl sitzend, mit seinen Sekretären. Vor allem war ihm daran gelegen, das Werk, das er immer als Grundstein seiner Politik betrachtet, dem er so schwere Opfer gebracht hatte, das Bündnis der Kaiserhöfe, und dadurch seinem Nachfolger die Hülfe Rußlands im drohenden Krieg mit Preußen zu sichern. Als die Zarin ihm ein bündiges Versprechen gegeben hatte, dankte er ihr gerührt in einem eigenhändigen Schreiben (16. Februar). „In dem Augenblicke, da ich, durch meine Krankheit ganz gebeugt und gebrochen, den Tod erwarte, erhalte ich den Brief Eurer Majestät. Die Wirkung desselben ist unbeschreiblich; sie gibt mir die Kraft, mit schwacher Hand noch diese Zeilen zu schreiben. Niemals wurde ein solcher Brief geschrieben; nur Eure Majestät können das fühlen, wollen und thun, was Sie sagen. Ihre Worte sind heilig; sie sind ein Trost für mich in meinem traurigen Zustand und ein Schutz und Schirm für meinen Bruder, für dessen Gefühle und Gedanken ich gutstehe und den ich stündlich erwarte ... Ich werde also die Züge der Hand Eurer Majestät, die mich so glücklich gemacht haben, nimmer wieder sehen! Ich fühle die ganze Bitterkeit der Gewißheit, daß ich Sie zum letztenmal meiner innigen Freundschaft und höchsten Ehrerbietung versichern kann ..." [1]) Joseph ließ den Brief an die Zarin dem Fürsten Kaunitz zur Begutachtung vorlegen. Kaunitz schrieb noch am nämlichen Tage: „Voll der zärtlichen Anhänglichkeit, die Eurer Majestät längst bekannt ist, schmerzlich bewegt und tief ergriffen und zugleich erfüllt von höchster Bewunderung, kann ich diesem Schreiben sowohl mit Rücksicht auf den Inhalt als auf den Zeitpunkt der Abfassung nur Beifall zollen. Lassen Sie gütigst den ältesten und ergebensten Ihrer Diener sich ausweinen ..." Darauf erwiderte Joseph: „Mein lieber Freund! Ich bin von Ihren Worten gerührt, aber was kann ich thun, als mich dem Willen der Vorsehung unterwerfen? Seien Sie versichert, daß ich das höchste Vertrauen, das Sie vor allen andern verdienen, Ihnen niemals versagt habe, und daß es mir besonders schwer fällt, auf die Dienste Ihres glänzenden Geistes verzichten zu müssen. Ich umarme Sie und empfehle Ihnen in diesen so gefahrvollen Zeiten mein heißgeliebtes Vaterland!"

In der Nacht vom 19. auf 20. Februar unterzeichnete er noch alle ihm vorgelegten Schriftstücke. Als sich der Todeskampf einstellte, sprach er mit fester Stimme: „Das ist der Anfang des Todes!" Um 4 Uhr morgens verschied er. Die Leiche wurde mit herkömmlichem Prunk in der Hofburg aufgebahrt; Tausende drängten sich in schmerzlicher Ergriffenheit oder gedankenloser Neugierde an den Sarg, um das marmorgewordene Antlitz noch einmal zu sehen. Am 22. Februar wallte der Leichenzug zur Kapuzinerkirche, in deren Gruft Maria Theresia und

[1]) Arneth, Joseph II. und Katharina II., 349.

viele habsburgische Kaiser die letzte Ruhestätte gefunden hatten. Nach dem üblichen Zeremoniell pochte einer von den Leuten des Kaisers an das eiserne Thor der Kirche. Der Guardian fragte: „Wer begehrt Einlaß?" Die Antwort lautete: „Weiland römischer Kaiser Joseph II." Nachdem Frage und Antwort noch zweimal wiederholt waren, öffnete sich das Thor, und die Leiche wurde in der Gruft beigesetzt. —

Jacobi, der Vertreter Preußens am Wiener Hofe, versichert, der Tod des Kaisers habe nur ein allgemeines Aufatmen zur Folge gehabt. „Die Wiener Bevölkerung bezeugt gar kein Bedauern über seinen Verlust. Man kritisiert alles, was Ihro Majestät gethan hat, und zieht sogar den Abschied, den er von seiner Armee genommen hat, ins Lächerliche; er habe eben, sagt man, Komödie gespielt bis zum letzten Augenblick." Die harten Worte Jacobis verdienen aber gewiß nicht unbedingten Glauben. Auch wenn wir nicht bestimmte Zeugnisse vom Gegenteil hätten, dürften wir ohne weiteres annehmen, daß Joseph, dessen Name wenigstens den Armen und Bedrückten immer wie ein Evangelium geklungen hatte, von vielen aufrichtig betrauert wurde.

Wir können heute von der öffentlichen Meinung jener Tage nur durch Würdigung der in Zeitschriften, Tagesblättern und Privatkorrespondenzen niedergelegten Urteile der Zeitgenossen eine Vorstellung gewinnen; freilich wird auch durch hastige Journalistenmache und selbstgefällige Professorenweisheit die „Volksstimme" nur bedingt und mangelhaft zum Ausdruck gebracht.[1]) Da stoßen wir auf schneidende Dissonanzen!

Von den großen Dichtern und Denkern des Zeitalters wurde die Katastrophe in Wien wenig beachtet. Klopstock schwieg; er grollte noch über das Scheitern der Berufung nach Wien.[2]) Schiller, unser nationalster Dichter, gefiel sich in seiner Jenenser Periode noch in einem Weltbürgertum, das ihn die Entwickelung des eigenen Vaterlandes als etwas Gleichgültiges ansehen ließ. „Das vaterländische Interesse," sagt er in einem Briefe an Körner (13. Oktober 1789), „ist nur für unreife Nationen wichtig, für die Jugend der Welt; es ist ein armseliges, kleinliches Ideal, für eine Nation zu schreiben, einem philosophischen Geiste ist diese Grenze durchaus unerträglich."[3]) Bei solcher Gesinnung ist es begreiflich, daß der Dichter auch einem so bedeutenden Vertreter römischen Kaisertums kein wärmeres Interesse schenkte. Goethe, der in Joseph immer mehr den eroberungslustigen Genossen der Zarin, als den aufgeklärten Reformator erblickt hatte, flocht nach dem Tod des Kaisers in einem Briefe an Karl August nur die Bemerkung ein: „Die Römische Kaiserkrönung in Frankfurt werden wir nun doch nicht versäumen; das sind lustige Aussichten!"[4]) Dagegen widmete Herder in den „Briefen zur Beförderung der Humanität" dem „Schätzer der Menschheit" einen warmen, würdevollen Nachruf. „Vor neun

---

[1]) Guglia, Der Thronwechsel von 1790 und die öffentliche Meinung in Deutschland; Beil. zur Allg. Zeit., Jahrg. 1890, Nr. 64 ꝛc.

[2]) Muncker, F. G. Klopstock, 421.

[3]) Janssen, Schiller als Historiker, 87.

[4]) Briefwechsel des Großherzogs Karl August mit Goethe, I, 161.

Jahren, da der Kaiser auf den Thron stieg, ward er als ein Hülfsgott angebetet und von ihm das Größeste, Rühmlichste, fast das Unmögliche erwartet; jetzt trägt man ihn als ein Sühnopfer der Zeit zu Grabe!" Keiner der römischen Kaiser habe so tragisches Geschick erfahren, wie Joseph, der nicht bloß seine Absichten nicht erreichte, sondern die ganze Mühe und Arbeit seines Lebens selbst wieder ausstreichen mußte, — und doch habe keiner wahrhaft Großes so feurig gewollt und erstrebt, wie Joseph: „Nur das zu Viel war sein Verhängnis!" [1])

Von Johannes Müller stammt der Nekrolog im Journal von und für Deutschland, das als Organ des kaiserlich und josephinisch gesinnten Oberdeutschlands von dem fuldaischen Domherrn und Hofkammerpräsidenten v. Bibra herausgegeben wurde.[2]) Die Frage: War Joseph II. wirklich ein großer Mann oder verzehrte ihn bloß der Wunsch, dafür angesehen zu werden? sei noch nicht endgültig zu beantworten. Wer nur darauf sehe, daß der Kaiser seine eigenen Befehle und Gesetze häufig widerrufen mußte, daß er eine Fülle von Plänen ins Werk zu setzen suchte und unvollendet wieder aufgab, daß er immer nach Vergrößerung seiner Hausmacht trachtete, daß er an heimlicher Angeberei Gefallen fand, daß er Verbrechen gegen das Staatseigentum mit übertriebener Härte bestrafte, daß der Geist einer rein bürgerlichen Wirtschaftlichkeit sich allzu breit machte, müsse versucht sein, ihm wahre Größe abzusprechen. Dagegen werde jeder philosophisch Denkende, der Josephs religiöse Duldsamkeit, die Beschränkung des Mönchtums, die Verdienste um die Aufklärung der Nation, die Verteidigung des Bürgerstandes gegen den Druck des Adels, die rastlose Thätigkeit, Geduld und Mannhaftigkeit des Kaisers ins Auge fasse, kein Bedenken hegen, ihn den größten Männern des Altertums an die Seite zu stellen. Auch wer dem Regenten kein Lob spenden wolle, müsse doch vor seiner tragischen Größe sich beugen. „Dies ist nicht der Gang des gewöhnliches Mannes! Will man auch den Verlust Josephs II. nicht beklagen, so wird jedoch jedes gefühlvolle Herz seinen Leiden eine Thräne weihen!"

Man sieht: wie Kaiser Joseph, durch die Not gedrängt, sich zur Entsagung durchkämpfte und der in seinen Staaten übermächtigen Stimmung Zugeständnisse machte, so war auch mit dem Historiker, wohl unter dem Einfluß des Kampfes mit Rom, in den sein Gebieter, der Kurfürst von Mainz, verflochten war, eine Wandlung vor sich gegangen: Während er noch, wie oben dargelegt wurde, vor wenigen Jahren als Hüter der Bundeslade, als Anwalt der bedrängten Kirche, dem Religionsverächter Joseph schroff entgegengetreten war, rühmt er jetzt das Reformwerk und spricht von der Bekehrung mit ironischem Bedauern: „Mönche werden zuletzt ihn zum Heiligen erheben, weil er sein Leben fromm endigte und den Erzbischof von Wien um Vergebung bat!" In einem Briefe an seinen Bruder (22. März 1790) fällt Müller das an Herders Worte erinnernde Urteil: „Das Werk Josephs wird allenthalben vernichtet; er hat nichts gethan, weil er zu viel und Alles auf einmal thun wollte!" [3])

[1]) Herder, Briefe zur Beförderung der Humanität, zweite Sammlung, 48.

[2]) Journal von und für Deutschland, Jahrg. 1790, II. Stück, 175. Vgl. J. v. Müller, Ges. Werke, 38. Teil, 144.

[3]) J. Müller, Ges. Werke, 30. Bd., 263.

Die kühle Stimmung der Fürstenbundskreise kennzeichnet der in Wielands Teutschem Merkur dem „tödtlichen Hintritt" des Kaisers gewidmete Aufsatz.[1] Wieland stellt darin als die zwei wichtigsten Ereignisse des Februar 1790 den Tod Josephs II. und die Aufhebung der Mönchsorden in Frankreich einander gegenüber und mißt dem Beschlusse der Nationalversammlung höhere Bedeutung zu, denn „die Wahrheit zu sagen, die Zeit ist schon lange vorbey, da das Leben eines römischen Kayfers und in Germanien Königs von so wohlthätigen Einflüssen auf das teutsche Reich seyn konnte, daß der Tod desselben, an sich selbst betrachtet, für eine die ganze Nation betreffende Calamität angesehen wurde und in dieser Rücksicht einen sehr lebhaften und allgemeinen Schmerz erregte. Germanien hat seit dem biedern, populären und ächt teutschen kayserlichen Ritter Maximilian I. keinen Kayser mehr gehabt, den man in dem Sinne, worin Er es war, einen teutschen König und einen König der Teutschen hätte nennen können." Jetzt sei die Verbindung der deutschen Stände mit dem Reichsoberhaupt so locker geworden, „daß die heutigen Stellvertreter der alten römischen Auguste als solche dem heiligen Reiche weder viel Gutes, noch viel Böses thun könnten . . ." Der jüngst verstorbene Kaiser sei jedenfalls ein bedeutender Mensch gewesen; es sei aber zweifelhaft, „ob die Nachwelt mehr den unerschöpflichen und unermüdlichen Geist des Fürsten, der so viel Großes und Gutes dachte, wollte und anfing, bewundern oder über den Eigensinn des bösen Genius mehr erstaunen soll, der allem, woran er die Hand legte, so hartnäckig und unerbittlich entgegenarbeitete." Jedenfalls habe Joseph „den Trost im Sterben gehabt, daß sein Tod gerade in den Zeitpunkt fallen mußte, wo er, aller billigen Hoffnung nach, wohlthätig für die Welt werden kann." Schlözer, ein aufrichtiger Bewunderer der modernen Ideen Josephs, aber ein Gegner „des Despotentums, welches sich über Vertrag und Ueberlieferung achtlos hinwegsetzte," widmete dem Verewigten nicht einen besonderen Nachruf, sondern gab nur dem Abdruck der Verordnungen, wodurch in Ungarn alles wieder in alten Stand gesetzt wurde, die Ueberschrift: „Denkmal Josephs."[2] Dagegen wird der Kaiser in einem Organ, wo man es weniger vermuten sollte, begeistert gefeiert, im Hamburger politischen Journal.[3] „Kämpfend im Reiche mit Heeren von Vorurteilen, mit dem Hasse des Eigennutzes, dem Grolle des Stolzes, der Finsternis des Mönchtums, der Verjährung des Feudalsystems, dem Zorne der Faulheit, dem Neide der Großen, den Waffen der Feinde, der Hinterlist der Freunde, mit der Undankbarkeit der glücklicheren, mit der Unzufriedenheit der unerleuchteten Unterthanen, mit der Gewalt des Aufruhrs, mit dem Pabste zu Rom, mit dem Sultan zu Konstantinopel, unbesiegt und unerkannt ging er nach neunjähriger Mühe hinweg, und konnte, arbeitend für's künftige Jahrhundert, von seinen Tagen den Lohn nicht haben." Das Magazin von Meiners und Spittler bringt freundliche Anekdoten von Joseph II., damit nicht, wie es „die Stimmung des größten Teils des einheimischen und auswärtigen Publikums besorgen

[1] Teutscher Merkur, Jahrg. 1790, I, 315.
[2] Schlözer, Staatsanzeigen, Jahrg. 1790, Bd. 14, 111.
[3] Polit. Journ., Jahrg. 1790, I, 235, 241.

lasse," das Andenken eines Gerechten durch giftige Federn und Zungen entweiht werde.

Die offiziellen und akademischen Trauerreden bieten wenig Bemerkenswertes. Ein biographischer Artikel in Schlichtegrolls Sammlung von Nekrologen feiert in schwungvoller Sprache die Verdienste des Monarchen, von dem man, wie Sully von Heinrich IV., sagen könne: „Die Zeit war das Einzige, was ihm zu seinen glorreichen Unternehmungen noch fehlte." Der Weg eigener Erfahrung würde ihn sicher zum hohen Ziel geführt haben. „Man denke sich ihn als einen sechzigjährigen Mann, mit kühlerem Blut, mit der Klugheit des Alters, mit den großen und theueren Erfahrungen seiner früheren Jahre: würde er nicht vielleicht der beglückendste und glücklichste Regent der Erde geworden sein?" [1] Johann Georg Jacobi, der Bruder des Philosophen, nahm in einer zu Freiburg gehaltenen Trauerrede den Kaiser gegen jene Aufklärer in Schutz, die ihm nicht verzeihen wollen, daß er auf dem Sterbelager die Tröstungen der Kirche verlangte und empfing.[2] Der Olmützer Professor Reisinger will „ohne Zittern" „die häufigen Klagen untersuchen, die gegen Joseph gemurrt und geplärrt werden".[3] Ein Professor der „schönen Wissenschaften" in Bonn, der bald darauf zu trauriger Berühmtheit gelangen sollte, Eulogius Schneider, feierte den „kühnsten Reformer aller Zeiten" in einer schwulstigen Trauerelegie:

„Und gelangtest du zum Throne,
Griffest du dem Höllensohne
Fanatismus ins Gesicht:
Ha, da spie das Ungeheuer
Schwefeldampf und Gift und Feuer,
Ganz besiegtest du es nicht!" [4]

Als letzte, nicht schwächste Zeitstimme über Joseph sei der Nekrolog in Georg Forsters „Erinnerungen" angeführt.[5] Noch heute wird das Schlußwort gern citiert: „Aus der Fackel seines Genius ist ein Funke in Oesterreich gefallen, der nicht wieder erlischt."

Forster hat das Rechte getroffen. Nicht als deutscher Kaiser hat sich der erste Lothringer Bewunderung und Liebe verdient. Er hat die Erwartungen deutscher Patrioten — es sei nur an die Aussprüche von Karl Friedrich von Moser und dessen politischem Antipoden Creuz erinnert — nicht erfüllt. Freilich wäre es schwer gewesen, dem zur hohlen Form gewordenen Kaisertum einen lebendigen Inhalt einzugießen, damals besonders schwer, da der gewaltigste Vertreter des deutschen Partikularismus oder, wie er es nannte, „der teutschen Libertät", noch lebte, Friedrich der Große. Zwar hatte Joseph, wie dargelegt wurde, nach seinem Regierungsantritt sich bemüht, das fast eingerostete

---

[1] Schlichtegroll, Sammlung von Nekrologen, Jahrg. 1790, I, 151.
[2] Angezeigt von J. G. Schlosser im Neuen Deutschen Museum, Jahrg. 1790, 1053.
[3] Joseph der Zweite, eine Vorlesung, gehalten am 10. April 1790 von F. Reisinger.
[4] Brunner, Mysterien der Aufklärung, 525.
[5] G. Forster, Erinnerungen aus dem Jahr 1790, 25.

Räderwerk der Zentralgewalt in lebhafteren Gang zu setzen, aber der Versuch war gescheitert, ebenso infolge der ungeduldigen Ueberhastung von seiten des Kaisers, wie des Widerstands der auf ihre Souveränität pochenden Reichsstände. Trotzdem wäre es nicht unmöglich gewesen, die Bedeutung des römischen Kaisertums zu heben. Joseph hätte seine wichtigste Aufgabe darin erblicken müssen, die nationalen Interessen aufzuspüren und zu fördern; er hätte dem deutschen Volk zum Bewußtsein bringen müssen, daß es im Oberhaupt des Reichs den natürlichen Schutzherrn der geistigen und leiblichen Wohlfahrt der Nation zu erblicken habe, und daß eine festere Verbindung der deutschen Staaten nicht bloß Opfer heische, sondern auch Vorteile gewähre. Ohne Zweifel hätten manche wirtschaftliche Fragen eine Regelung nach höheren nationalen Gesichtspunkten zugelassen; es geht z. B. aus den im Journal von und für Deutschland periodisch wiederkehrenden „Anfragen zu Deutschlands Wohl" hervor, daß in solchen Dingen bereits ein zentripetales Bedürfnis empfunden wurde. Durch eifriges Bemühen, den deutschen Handel im Norden wie im Süden zu heben, eine Beschränkung der Binnenzölle innerhalb des Reichs herbeizuführen, dem deutschen Gewerbfleiß neue Absatzquellen zu erschließen, wäre auch die Bedeutung des Kaisertums gesteigert worden. Dagegen trachtete Joseph nur das materielle Wohl der habsburgischen Erblande durch strenge Abschließung vom Ausland, d. h. den deutschen Staaten, zu fördern; der deutsche Standpunkt kam gar nicht in Betracht. Noch wichtiger wäre die Würdigung des geistigen Elements gewesen. Gerade weil Friedrich II. den Aufschwung in Litteratur und Wissenschaft mißachtete, hätte Joseph dieser Seite des deutschen Kulturlebens erhöhte Beachtung widmen müssen. Doch auch dafür mangelte ihm das Verständnis; ihm wog Lessing nicht schwerer als Sonnenfels, Blumauer galt ihm so viel oder so wenig wie Wieland, Alxinger war ein bequemerer Hofpoet als Klopstock. Auch die nationale Bewegung innerhalb der deutschen Kirche, die der Nuntiaturstreit wachgerufen hatte, wurde, wie erwähnt, in Wien nur als gleichgültige Sache aufgefaßt. Vor allem hätte der Kaiser, um das Vertrauen der Reichsdeutschen zu gewinnen, durchaus gerecht und uneigennützig sein Ehrenamt verwalten müssen. Doch das Verhalten in der bairischen wie in der polnischen Frage bewies, daß auch er, wie so viele seiner Vorfahren, um einer Vergrößerung der Hausmacht willen bereit war, Macht vor Recht zu stellen, und daß er den Vorteil seines Hauses höher schätzte, als die in der Frankfurter Bartholomäuskirche beschworene Reichsverfassung. So nur konnte es kommen, daß das Vertrauen der deutschen Patrioten zum Träger der Stauferkrone erlosch und der ehedem gefürchtete Störenfried im Norden als Schirmherr des Rechts und der von ihm gestiftete Fürstenbund als heilsame Schutzwehr gegen imperialistischen Ehrgeiz angesehen wurden.

Für Oesterreich aber bedeutete das Walten des unermüdlichen, ernsten, nüchternen, echt deutschen Regenten unschätzbaren Gewinn. Der spanische Geist wurde von Joseph ein für allemal aus der Wiener Hofburg verbannt; in den seit Jahrhunderten fast brachgelegenen Boden pflanzte er Keime, die teilweise erst ein Jahrhundert später aufsproßten und zu fruchtbringenden Aehren heranreiften. Allerdings war seine auswärtige Politik auch für Oesterreich nicht vorteilhaft; es erwies sich als Fehler, daß er, um Preußen zu bekämpfen, dem

Bündnis mit Rußland und der Rücksicht auf Frankreich jedes Opfer brachte; das Ergebnis war, daß Joseph selbst am Abend seines Lebens die Lage seiner Staaten als eine verzweifelte betrachten mußte. Auch gegen die innere Politik muß der Vorwurf erhoben werden, daß er allzu hastig, ungeduldig, herrisch vorging — „il faut faire les grandes choses tout d'un coup," sagt er selbst in seinem Regierungsprogramm von 1765 [1]) —, daß seine Hochachtung vor dem Zeitgeist in Geringschätzung des Herkommens, seine Ordnungsliebe in manchen Fällen in Schablonentum, seine Strenge in Härte ausartete. Trotzdem ist Josephs Andenken mit Recht noch heute jedem Oesterreicher teuer. Schon die unvergleichliche Pflichttreue, die recht eigentlich als Grundzug seines Wesens, als faculté maîtresse in Taines Sinn, bezeichnet werden kann, erhebt ihn über die meisten Regenten der neuen Zeit. Der österreichische Bauer weiß, daß er Befreiung vom drückenden Joch der Grundherren, Rechtsschutz, mit einem Wort, eine menschlichere Existenz dem Fürsten zu danken hat, der selbst den Pflug zur Hand nahm, um den Nährstand zu ehren. Der Bürger gedenkt dankbar des aufgeklärten Monarchen, der lange vor dem Père Duchesne Gleichheit aller vor dem Gesetz zum ersten Dogma der Staatsverwaltung erhob,[2]) des Menschenfreundes, der seine Lustgärten dem Volke öffnete, jedem Bittsteller freien Zutritt gewährte, den Armen und Kranken, Blinden und Waisen hülfreiche Hand bot. Der Schulmann verehrt in ihm den Reformator des Volksunterrichts, der Soldat den Organisator der Armee; dem Deutsch-Oesterreicher gilt er als der vornehmste Träger der Idee der Reichseinheit und des Deutschtums; allen aber kam zu gute, daß er, das Wesen der Religion als Gottes- und Menschenliebe auffassend, die Unduldsamkeit und den Gewissenszwang der Ferdinandeischen Zeiten beseitigte und einer freundlicheren Auffassung des Menschentums Bahn brach. Die Josephinischen Ideen, die, von ungerechten und ungeschickten Sachwaltern mißbraucht, von vielen Zeitgenossen noch drückend empfunden wurden, sind, im Laufe der Zeit gemildert und geläutert, ein Segen der Völker geworden. Mit der Begründung des tragischen Ausgangs, der ihm selbst die Klage entpreßte: „Alle meine Pläne habe ich scheitern sehen!" wird nicht die Bedeutung eines Schicksals erschöpft. „Oft ist der Wille," sagt Herder mit Beziehung auf Joseph II., „größer als die That, das Unternehmen edler, als die Ausführung."

---

[1]) Arneth, Maria Theresia und Joseph II., ihre Korrespondenz, III, 360.

[2]) „Pauvres ou riches, tous hommes sont égaux en droits" (Lettre Du Père Duchesne aux ouvriers, 4). Der gleiche Grundsatz wird als Fundament der allgemeinen Gerichtsordnung von 1787 verkündigt (Lustkandl, Die Josephinischen Ideen und ihr Erfolg, III, 50).

Achter Abschnitt.

Leopold in Toskana.
Die Uebernahme der Regierung in den österreichischen Erblanden. Annäherung an Preußen. Vorbereitungen zur Kaiserwahl. Der Reichenbacher Vertrag.

In drangvoller Zeit übernahm Leopold von Toskana das Erbe seines Bruders. Die Friedensverhandlungen mit der Pforte waren erfolglos geblieben; Preußen hatte sich mit der Pforte verbündet, und es war kaum noch zweifelhaft, daß im kommenden Frühjahr das sieggewohnte preußische Heer die schlesische Grenze überschreiten werde. England und Holland standen auf Seite Preußens, wenn auch die Festigkeit des Dreibundes in Zweifel gezogen werden konnte. Die Niederlande, die einträglichste Provinz Oesterreichs, waren für das Erzhaus vorerst verloren; in Ungarn konnte jeder Tag den offenen Aufstand bringen; auch in den übrigen Kronländern war die Stimmung erregt, fast feindselig.

All dieser widerstrebenden Elemente Herr zu werden, war keine leichte Aufgabe, aber Leopold löste sie, nicht mit des Schwertes Schneide, nicht durch sieghafte staatsmännische Ueberlegenheit, sondern durch Vorsicht und Wachsamkeit, Mäßigung und Nachgiebigkeit, wobei ihn offenbar das Vertrauen leitete, daß die Zukunft zurückerstatten könne, was der Mißgunst des Augenblicks geopfert werde.

Man hat aus der Thatsache, daß namentlich in der inneren Politik Leopolds schroffe Widersprüche hervortreten, die Folgerung gezogen, daß er nicht umsonst solange in der Vaterstadt Machiavells gelebt, daß er dem Regentenideal des Principe nachgeeifert habe. Ernst Herrmann und andre mögen in diesen Anklagen zu weit gegangen sein, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß Leopold in vorgerücktem Lebensalter einer gewissen nüchternen Klugheit vor den früher so stark betonten philosophischen Grundsätzen den Vorzug einräumte, daß er sogar welsche List nicht verschmähte, wenn er dadurch einen Feind entwaffnen,

eine Gefahr abwenden konnte. Ohne Zweifel war Leopolds Besonnenheit für den Staat in mancher Beziehung vorteilhafter, als Josephs stürmisches Vorwärtsdrängen: trotzdem wird sich unsre Neigung lieber dem immer geraden, bei allem Ehrgeiz selbstlosen, bei aller Gewaltthätigkeit liebenswürdigen Joseph zuwenden.

Kein Zweifel, die Verwaltung Toskanas unter Großherzog Leopold war im allgemeinen gut und ersprießlich, aber was zur Erklärung der weniger glücklichen Erfolge des Kaisers und Königs Leopolds angeführt wird, dient auch zur Rechtfertigung des Vorgängers. „Freilich ist Toskana," sagt Crome, „kein großer, aus verschiedenen Provinzen zusammengesetzter Staat, bewohnt von heterogenen Nationen, freilich ist das friedliche Hetrurien keine Monarchie, welche Eroberungen zu machen oder das gepriesene Gleichgewicht von Europa aufrecht zu erhalten strebte und deswegen sein inneres Interesse dem äußeren je aufopfern mußte." [1]) Auch Weckherlin nimmt diese Entschuldigung für Joseph in Anspruch; die beiden Brüder, sagt er, seien Aerzten vergleichbar, deren einer mit Brechmitteln, Zugpflastern ꝛc. zu heilen suchte, — dies griff die Kranken so stark an, daß ihnen die Arznei verleidet wurde, — während der andre Opiate, Tisanen, Fünftelsäfte und dergleichen bot, — dies nahmen die Patienten gern, weil es angenehm roch. „Jener fand aber verhärtete Körper vor, dieser vorbereitete: hätte Joseph II. sein eigener Nachfolger sein können, so würde er ohne Zweifel Leopolds Theorie ergriffen haben." [2])

Durch Gesetz vom 14. Juli 1763 hatte Kaiser Franz I. verfügt, daß das Großherzogtum Toskana, das er einst gegen sein Stammland Lothringen hatte eintauschen müssen, niemals unmittelbar unter dem Beherrscher der österreichischen Erblande stehen, sondern dem jeweiligen zweiten Sohne zufallen sollte. Demgemäß wurde nach Franz' I. Ableben der zweite Sohn Leopold Großherzog von Toskana; am 13. September 1765 hielt der Achtzehnjährige Einzug in Florenz.

Der äußeren Erscheinung Leopolds — er war von schmächtiger, unscheinbarer Gestalt, hatte kleine Augen, aufgeworfene Lippen, dünnes Haupthaar, — fehlte jeglicher Reiz. Auch seiner Rede mangelte, was die Geister fesselt oder die Herzen gewinnt. Er besaß weder die liebenswürdigen Umgangsformen, noch den schneidigen Witz seines Bruders; dagegen war er ihm an Bildung und Kenntnissen unzweifelhaft überlegen. Schon in früher Jugend hieß er seiner Lernbegierde und seines Fleißes halber im Familienkreise „der Doktor". [3]) Der Spitzname scheint sich erhalten zu haben; wie Bischof Ricci erzählt, pflegte König Ferdinand von Neapel, der häufig in Florenz als

---

[1]) Die Staatsverwaltung von Toskana unter der Regierung Sr. Königl. Maj. Leopolds II., aus dem Italienischen übers. von Crome (1795), 2.

[2]) Weckherlin, Paragraphen, II, 94. — Roscher, Gesch. der Nationalökonomik in Deutschland, I, 634: „In einem so völlig ausentwickelten Lande wie Toskana, das seit Jahrhunderten bloß zwischen Demokratie und Cäsarismus gewechselt hatte, waren viele Dinge natürlich, für die es in Oesterreich mit seinen vielen halbmittelalterlichen Provinzen noch an jeder Unterlage fehlte."

[3]) Fischer, Leopold II., eine philosophische Rhapsodie, 14.

Gast verweilte, seinen Wirt als „Dottore“ anzureden.[1]) Weckherlin, der Leopold auf seiner Krönungsreise in einem fränkischen Städtchen sah, hebt als charakteristischen Zug hervor, daß der König, sobald der „betäubende und kleinstädtische Lärm des Empfanges“ verrauscht war, unverzüglich nach einem Buche griff und aufmerksam zu lesen begann.[2]) Schlözer, der 1782 Florenz besuchte, schildert eine anmutige häusliche Scene aus dem Palazzo Pitti, wo der Großherzog in prunkvollen Räumen wie ein schlichter Bürger lebte. Der Fürst führte den Professor in die Gemächer der Großherzogin; hier saß Marie Luise, an einem Strumpfe strickend, im Kreise ihrer Kinder; im Gespräch mit dem deutschen Gelehrten schalt sie auf die vornehmen Italienerinnen, die sich der Arbeit schämten, und sie und ihr Gatte ruhten nicht, bis Schlözer alle Schreib- und Rechnungshefte der Prinzen durchgesehen hatte.[3])

Die ersten Regierungshandlungen Leopolds zogen die Aufmerksamkeit der ganzen abendländischen Welt auf sich. Herder weist in seinem Nachruf an Joseph II. darauf hin, daß der ob seiner Reformen vielgepriesene und vielverlästerte Kaiser dieselben zum großen Teile von seinem jüngeren Bruder „gelernt und geborgt“ habe.[4]) Dies ist insofern richtig, als Joseph bis zum Tode der Mutter nur in militärischen Dingen seine eigenen Ideen durchführen konnte, während Leopold wenigstens seit 1770 als selbständiger Souverän Grundsätze der Aufklärung praktisch bethätigen konnte. Auch Leopold entwickelte darin lebhaften Eifer, war aber glücklicherweise frei von jener Ungeduld, die den Bruder, wie König Friedrich sagte, häufig den zweiten Schritt thun ließ, ehe er den ersten recht gemacht hatte. „Joseph befahl das Gute,“ sagt Erzbischof Pradt, „und zwang die Menschen, es zu nehmen; Leopold ließ ihnen Zeit, das Gute selbst zu wollen.“[5]) Wenigstens wurde den Reformen mehr Zeit zur Reife gelassen, als in Oesterreich; deshalb faßte in Toskana manches feste Wurzel, was dort wieder vertrocknete und zu Grunde ging.

Die erste Sorge galt den zerrütteten Finanzen des Staates. Im Jahre 1790, kurz vor seiner Uebersiedelung nach Wien, ließ Leopold — offenbar nach dem Vorbild des Neckerschen Compte rendu von 1781 — durch seinen Minister Francesco Gianni einen Rechenschaftsbericht über die Staatsverwaltung der letzten fünfundzwanzig Jahre ausarbeiten und der Oeffentlichkeit übergeben, „damit das Volk sich selbst überzeuge, ob die Staatsgelder gewissenhafte und wirtschaftliche Verwendung gefunden hätten.“[6]) In Zusammenhang mit der Finanzreform stand die neue Ordnung der Gemeindeverfassung; den Gemeinden wurde Selbstwahl ihrer Obrigkeiten, der Gonfalonieri, Prioren und Generalräte, eingeräumt; die Vermittelung zwischen Kommune und Regierung oblag den Gemeinde-

[1]) Potter, Das Leben und die Memoiren des Scipio von Ricci, Bischof von Pistoja und Prato, II, 162.

[2]) Weckherlin, Paragraphen, I, 38.

[3]) Schlözers Biographie, I, 323.

[4]) Herder, Ideen zur Beförderung der Humanität, 49.

[5]) Pradt, Ueber Belgien (aus dem Französischen), 73.

[6]) Governo della Toscana sotto il regno di S. M. il re Leopoldo II (1790). Ins Deutsche übertragen von Crome (s. S. 240).

kanzlern.[1]) Die beabsichtigte Einführung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für ganz Toskana scheiterte an verschiedenen Schwierigkeiten, dagegen war epochemachend die Reform der Strafgesetzgebung, wobei Beccarias Schrift: „Ueber Vergehen und Strafe" zu Grunde gelegt war, — ein Beispiel, das bei allen Völkern Europas Nachahmung fand. Die Folter, die Todesstrafe, die Gütereinziehung wurden abgeschafft; erster Grundsatz war: die Rechtspflege darf niemals aufhören, menschlich zu sein, und neben dem strengen Recht muß auch der natürlichen Billigkeit Rechnung getragen werden.

Auch uneingeschränkte Preßfreiheit wurde als Grundsatz aufgestellt; das oben erwähnte offizielle Werk citiert einen Ausspruch Leopolds: „In meinem Staat darf alles öffentlich gesagt werden!" Doch stimmten Theorie und Praxis nicht immer überein. In unerfreulichem Widerspruch mit den freisinnigen Reformen stand die Thatsache, daß die Geheimpolizei zu den wichtigsten Faktoren der toskanischen Regierung und der Polizeiminister Chelotti zu den einflußreichsten Männern bei Hofe zählte. Die auffällige Erscheinung erklärt sich aus dem verschlossenen, argwöhnischen Wesen Leopolds, worüber sich Joseph oft beklagte. „Mein Bruder ist sehr mißtrauisch," schrieb Joseph schon 1769 an die Mutter, „und sucht alle seine Handlungen zu verbergen und in ein gewisses Geheimnis zu hüllen. Ich glaube ihn richtig erkannt zu haben und kann Ew. Majestät versichern, nichts in ihm gefunden zu haben, als eine treffliche Grundlage, ausgebreitete Kenntnisse, unglaubliche Arbeitsamkeit, aber in der Wahl der Mittel und der Personen hat er nicht immer Glück, und das verdüstert ihn und macht ihn häufig mißtrauisch."[2]) „Du mit deinen glücklichen Anlagen und Kenntnissen", mahnte er den Bruder selbst, „solltest doch lieber in Gesellschaft verkehren und nicht selbstquälerisch dich in dein Kabinet begraben oder einsam umherwandeln." Freilich glaubte Leopold gerade durch den Bruder zu solcher Vorsicht genötigt zu sein. „Ich bin", schreibt er an Schwester Christine (25. Januar 1790), „von Leuten des Kaisers so umzingelt und ausspioniert, daß ich mich nicht zu rühren wage, aus Furcht, mir Unannehmlichkeiten zuzuziehen."[3]) Nun war zwar Kaiser Joseph in der That nicht frei von Eifersucht auf den Thronfolger und mochte wohl Vorkehrungen getroffen haben, um über die Vorgänge im Palazzo Pitti unterrichtet zu werden, aber es war gewiß nur krankhafte Aengstlichkeit, wenn Leopold die gleichgültigsten Briefe an die Geschwister, in denen kein Wort den strengsten Richter zu scheuen hatte, nur durch geheime Boten überbringen ließ und alle einigermaßen wichtigeren Mitteilungen mit Zitronensäure schrieb.[4]) In Becattinis „Vita privata di Leopoldo" wird höhnisch darauf hingewiesen, daß der Großherzog die Inquisitionsgerichte zwar für geistliche Dinge aufgehoben, für weltliche aber eingeführt und die geheime Angeberei förmlich in ein Systema Leopoldinum gebracht habe. Freilich werden die Angaben dieser Schrift durch ihre gehässige Tendenz entwertet, aber auch weniger verdächtige Zeugen beklagen die Vorliebe Leopolds für Sbirren und Spione.

[1]) A. Reumont, Geschichte Toskanas unter dem Hause Lothringen-Habsburg, II, 79.
[2]) A. Wolf, Leopold II. und Marie Christine, ihr Briefwechsel, 81.
[3]) Arneth, Maria Theresia und Joseph II., I, 276.
[4]) Wolf, 77.

In seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen nahm Leopold, der mit seinem Bruder Joseph in den Staatswissenschaften von Karl Freiherrn von Martini unterrichtet worden war [1]), im ganzen und großen den physiokratischen Standpunkt ein. Wie Karl Friedrich von Baden unterhielt er regen Verkehr mit dem älteren Mirabeau und suchte die im ami des hommes niedergelegten Grundsätze in die Praxis einzuführen. Die in Toskana seit langem endemische Teuerung führte hier, noch ehe Adam Smiths Lehre ihre mächtige Wirkung auf öffentliche Meinung und Gesetzgebung der zivilisierten Welt auszuüben begann, zur Freigebung des Getreide- und Viehhandels. Nach der Ansicht des Ministers Pompejo Neri wäre nur diesem System zu verdanken gewesen, daß Toskana sich langsam wieder in den „Garten Italiens" umwandelte. [2]) Zu Ehren des Freihandels wurde eine eigene Medaille geprägt, auf welcher die „Göttin des Ueberflusses" die Fackel schwingt, um die alten und veralteten Gesetze zu verbrennen. [3]) Auch mit Monopolen, Zunftzwang und andern mittelalterlichen Ueberresten wurde aufgeräumt, aber im Widerspruch mit den physiokratischen Forderungen stützte sich das Finanzwesen größtenteils auf Zölle und Accisen. An den bestehenden Agrarrechten wurde nichts geändert; die in Toskana seit undenklichen Zeiten durchgeführte Mezzeria oder Halbwinnerschaft war für den Landmann günstiger als alle andern in Italien zur Herrschaft gekommenen Systeme. Für Verbesserung der Ackergründe, für öffentliche Bauten, insbesondere Damm- und Straßenanlagen, wurden großartige Mittel — in fünfundzwanzig Jahren 9 782 846 Livres [4]) — aufgewendet, die Kultivierung des Chianathals und der Maremmen erregte Aufsehen in ganz Europa. Im Unterrichtswesen wurden glückliche Verbesserungen eingeführt; es wurden dafür 1 010 623 Livres verausgabt, also — nach Cromes Versicherung — „eine verhältnismäßig größere Summe, als irgend ein Staat für Kulturzwecke verwendete".

Ganz „josephinisch" waren die kirchenpolitischen Ideen Leopolds. Beide Brüder verfolgten die nämlichen Ziele, wenn auch auf verschiedenen Wegen. Während Joseph auch hier nach Soldatenart ohne Verzug und ohne Zugeständnisse Unterwerfung unter seinen Willen forderte, hielt Leopold für angemessener, sich der Zustimmung, womöglich auch der Mitwirkung der maßgebenden Kreise, insbesondere der Bischöfe, zu versichern; jener ordnete Neuerungen an, ohne erst darauf vorzubereiten, dieser ließ eine klug berechnete Belehrung vorausgehen. So war seine vierundzwanzigjährige Wirksamkeit „ein ununterbrochenes Fortschreiten zu einem Ziel, welches nur er und diejenigen wahrnehmen konnten, die für geräuschlose Thaten einen Sinn hatten." [5]) Nur in Bezug auf Beschränkung des Einflusses der Kurie schien ihm Joseph, wie wir oben sahen, nicht einmal

---

[1]) Hock-Bidermann, Der österreich. Staatsrat von 1760 bis 1848, 107.

[2]) Hillebrand, Ein fürstlicher Reformer des achtzehnten Jahrhunderts, in Zeiten, Völker, Menschen, IV, 247.

[3]) Wolf und Zwiedineck-Südenhorst, Oesterreich unter Maria Theresia, Joseph II. und Leopold II., 322.

[4]) Crome, II, 21.

[5]) P. P. Wolf, Gesch. der röm.-kath. Kirche unter der Regierung Pius VI., 2.

rasch und entschieden genug vorzugehen; Befreiung vom „eigennützigen und despotischen Joch des römischen Hofes“ ist das ceterum censeo, das in den Briefen Leopolds immer wiederkehrt. Geistlichen und kirchlichen Fragen wurde auch aus doktrinärem Interesse besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Leopolds Ratgeber, der aufgeklärte, intelligente, aber reizbare und unvorsichtige Scipione Ricci, Bischof von Pistoja, versichert, der Großherzog habe sich einer gründlicheren theologischen Bildung erfreut, als viele Prälaten; das Rundschreiben z. B., wodurch die toskanischen Bischöfe zu gutachtlicher Aeußerung über verschiedene kirchliche Fragen aufgefordert wurden, habe er, an den Ecclesiastique citoyen sich anlehnend, selbst entworfen. Auch Leopold war, wie sein Bruder, aufrichtig religiös; sogar der auf kurialistischem Standpunkt stehende Bischof Franzesi von Montepulciano erkannte dies an; „nur um des Vorteils der Religion und der Kirche willen“ wurden kirchenpolitische Reformen durchgeführt, an denen aber Cantu beklagenswert findet, daß es „mehr die Reformen eines Jansenisten, als eines Philosophen.“ [1]) Um der Ueberfüllung des toskanischen Landes mit Priestern und Mönchen abzuhelfen und ärgerlichen Vorkommnissen, wie sie gerade damals in Nonnenklöstern aufgedeckt worden waren, vorzubeugen, wurden mehrere Klöster aufgehoben, die übrigen unter strengere Zucht gestellt. Die geistlichen Seminare erhielten eine ähnliche Reorganisation, wie das belgische Generalseminar; die Inquisition wurde einfach „aus höchster und absoluter landesherrlicher Autorität“ aufgehoben, dem Mißbrauch mit Ablaßbriefen, Wunderbildern, Wallfahrten ꝛc. nach Kräften gesteuert. In vielen Fragen ging Leopold seinem Ratgeber Ricci noch bei weitem nicht streng und offen genug vor; für die Reform der bischöflichen Gerichte z. B., dieses „unvollständige und unverständige Werk“, lehnt Ricci jede Verantwortung ab; Leopold, so klagt er, sei in solchen Dingen von einer „Nachsicht gewesen, die an Schwäche grenze.“ [2]) Trotzdem erregten diese kirchenpolizeilichen Maßregeln, insbesondere das radikale Vorgehen gegen die weitverzweigten und mit der historischen Entwickelung des Landes zusammenhängenden Bruderschaften, im Klerus und in der kirchlich gesinnten Bevölkerung Mißstimmung. „Der Großherzog scheint nicht zu ahnen,“ schrieb der englische Gesandte Horace Mann, „daß die geistlichen Waffen eines Tages für ihn zu mächtig sein werden.“ Leopold glaubte sich dadurch zu decken, daß er 1786 die Berufung einer Synode zu Pistoja veranlaßte. In der That wurde von den Teilnehmern nicht bloß das kirchenpolitische System der Regierung gebilligt, sondern noch weit heftiger als auf dem Emser Kongreß gegen die römischen Uebergriffe Stellung genommen. Doch die Mehrheit der Bevölkerung sah darin ein verwerfliches Sturmlaufen gegen die Religion; in Prato kam es sogar aus Anlaß einer angeblichen Profanierung von Reliquien zu ernsten Unruhen.

Solche Erfahrungen im eigenen Lande, insbesondere aber die Wahrnehmung, daß die rücksichtslosen Aufklärungsversuche Josephs den Verlust Belgiens nach sich zogen, flößten dem Fürsten, der sonst für das Lob der Logen so empfänglich gewesen war, Bedenken ein; er sagte sich förmlich los von der Ideen-

[1]) Cantù, Storia di cento anni, I, 464.

[2]) Potter, II, 122, 160 ff.

gemeinschaft mit Joseph und beklagte dessen Schroffheit und Starrsinn. Belgien zu beschwichtigen, meinte er, sei wichtiger, als sich mit dem Türken herumzuschlagen, und um den Verlust einer so einträglichen Provinz abzuwenden, könne man in Nachsicht und Zugeständnissen gar nicht zu weit gehen. Da er wußte, daß seine Schwester Christine noch immer mit einflußreichen Notabeln der Niederlande in Verbindung stehe, machte er sie zur Vertrauten eines Glaubensbekenntnisses, das mit der Reformthätigkeit in Toskana schwer in Einklang zu bringen ist und jedenfalls mehr von politischen Rücksichten als von innerer Ueberzeugung diktiert war. „Ich habe zufällig erfahren," schreibt er am 25. Januar 1790 an Christine, „daß man in den Niederlanden verschiedene Gerüchte verbreitet, um mich in üblen Ruf zu bringen. Glücklicherweise sind sie alle falsch, und ich schreibe Ihnen diese Zeilen, damit Sie über die Thatsachen unterrichtet sind und mich nötigen Falles in Schutz nehmen können. Man sagt, ich unterstütze die Jansenisten, die Synode von Pistoja und den Bischof, der einer ist, ja, man erzählt, daß ich einen Vertreter der Utrechter Kirche in Florenz habe. Dies alles ist grundfalsch! Man weiß hier gar nicht, was ein Jansenist ist, noch um was es sich bei diesen Dingen handelt. Der öffentliche Unterricht, die Seminarschulen sind ganz in den Händen der Bischöfe, ohne daß sich die Regierung irgendwie einmischt. Man hält hier für Jansenisten die strengeren Bischöfe, die ihren Priestern verboten haben, Theater und Bälle zu besuchen 2c. Niemals mischt sich die Regierung in Angelegenheiten der Kirchenzucht, außer durch Vermittelung und zur Unterstützung der Bischöfe. Die Synode von Pistoja sprach nur den Beitritt zu den Forderungen der gallikanischen Kirche aus, die noch niemals des Jansenismus bezichtigt worden ist, doch habe ich ihre Grundsätze nicht gebilligt, habe nur ihre Ausübung in Bezug auf Kirchenzucht gestattet; ich habe darin nichts den Gesetzen des Landes Anstößiges sehen können, und der römische Hof, der seit zwei Jahren die Beschlüsse jener Synode prüft, hat keinen Einwand dagegen erhoben. Der jansenistische Vertreter hat nie existiert und wäre nie geduldet worden. Das sind nur abgeschmackte Lügen!" Ebenso entschieden verwahrt sich Leopold gegen die Anschuldigung, als ob er gegen den Reliquiendienst oder überhaupt gegen den Kultus der katholischen Kirche feindselig vorgegangen sei. „Mein Glaubensbekenntnis lautet: in der apostolischen, römisch-katholischen Kirche Religion zu verbleiben, zu leben und zu sterben, niemals auf Verfolgungen mich einzulassen, aber auch niemals Leute zu befördern oder auszuzeichnen, die keine Religion haben oder dies doch vorgeben, dagegen die Bischöfe zu unterstützen, denen ja in erster Reihe die Aufsicht über Geschäfte und Zucht der Kirche zusteht." [1])

Auch Leopolds Neigung zu konstitutionellen Einrichtungen, in welcher Ranke den Hauptunterschied gegenüber der unbeugsamen, imperialistischen Natur Josephs erblickt [2]), trat erst zu tage, seit er auf dem Wege nach Damaskus als „gelehriger Schüler des Zeitgeistes" die Erfahrung gemacht hatte, daß unzufriedene Völker mit Gewalt sich nehmen, was die Fürsten allzu hartnäckig

[1]) A. Wolf, Leopold II. und Maria Christine, ihr Briefwechsel, 83.
[2]) Ranke, Die deutschen Mächte, II, 172.

vorenthalten. „Ich glaube," fährt er in jenem zur Veröffentlichung bestimmten Bekenntnisse fort, „daß der Fürst, auch in einem Erbreich, nur der Angestellte und Beamte seines Volkes ist, daß er ihm alle Sorgfalt, alle Mühen bei Tag und Nacht widmen muß, daß es für jedes Land ein Grundgesetz oder einen Vertrag zwischen Volk und Fürsten geben soll, wodurch die Stellung und die Gewalt des letzteren beschränkt werden. Ich glaube, daß der Fürst, wenn er den Vertrag nicht hält, damit thatsächlich auf seine Stelle, die ihm nur unter jener Bedingung verliehen ist, verzichtet, und daß niemand mehr verpflichtet ist, ihm ferner noch Gehorsam zu leisten. Ich glaube, daß nur die vollziehende Gewalt dem Fürsten zusteht, die gesetzgebende dagegen dem Volke und seinen Vertretern, und daß das Volk bei jedem Thronwechsel durch Auferlegung neuer Bedingungen seine Macht erweitern kann."

In ähnlichem Sinne spricht sich auch das Manifest aus, das Leopold noch vor dem Ableben seines Bruders ausarbeitete und an die Statthalter schickte, damit es sogleich nach seinem Regierungsantritt in Belgien verbreitet werde.[1] Es entspricht nicht durchaus der Wahrheit, wenn darin erklärt wird, Leopold habe Josephs Angriffe auf die alte Verfassung der Niederlande niemals gebilligt, auch die Eingriffe in die Rechte der Kirche immer getadelt und widerraten; er sei für das Geschehene nicht verantwortlich zu machen, mithin auch seines vertragsmäßig gesicherten Erbfolgerechts nicht verlustig geworden. Zugleich sind weitreichende Zusicherungen in Aussicht gestellt. Es soll eine allgemeine Amnestie bewilligt werden; von den Beamten der kaiserlichen Regierung soll keiner in den Niederlanden Wiederanstellung finden, außer mit Zustimmung der Stände; die Aemter sollen nur an Eingeborene verliehen werden, und zwar soll dem Regenten nur die Wahl unter je drei von den Ständen aufgestellten Kandidaten zustehen; zu Generalstatthaltern sollen nur Mitglieder der kaiserlichen Familie berufen, als Minister und Generäle nur Eingeborene angestellt werden; das Militär soll neu formiert und nur von belgischen Offizieren befehligt werden; das Generalseminar soll für immer geschlossen, die Erziehung der Geistlichen ausschließlich den Erzbischöfen überlassen bleiben; die Stände sollen zusammentreten, wie oft und wann es ihnen belieben mag; neue Gesetze sollen nur mit Zustimmung der Stände erlassen werden; in Streitigkeiten zwischen Statthalter und Ministerium soll den Ständen die Entscheidung zufallen.[2] Sogar die Bürgschaft einer fremden Macht für Aufrechterhaltung der belgischen Privilegien wollte Leopold zugestehen, — umsonst, weder die Stände, noch der neu berufene Kongreß gaben eine Antwort.[3] Die Hoffnung, die verlorene Provinz auf friedlichem Wege wieder zu gewinnen, mußte aufgegeben werden.

---

[1]) Borgnet, I, 153.

[2]) Gachard, Documents politiques et diplomatiques sur la révol. Belge de 1790, 130. Déclaration du roi Leopold, rend. aux états des différentes provinces, d. d. 2. mars 1790.

[3]) Die ablehnende Haltung der Belgier wird in einem Gedicht: „Le dragon zélé ou épitre à mes compagnons" (handschriftlich auf der Münchner Staatsbibliothek) folgendermaßen begründet:

„Quelle paix espérer donc d'un si brusque Roi,
Qui donnoit à son frère avis, projets et loi,

Am 25. Februar 1790 traf in Florenz die Nachricht ein, daß Kaiser Joseph aus dieser Welt geschieden sei, und Erzherzog Franz in Erwartung seines Vaters, des Thronfolgers, die Regentschaft übernommen habe.

Schon 1784 war zwischen Joseph und Leopold festgesetzt worden, die toskanische Sekundogenitur sollte abgeschafft, demnach nach Josephs oder Leopolds Ableben die Vereinigung Toskanas mit den österreichischen Erblanden vollzogen werden. Leopold hatte sich dabei nicht verhehlt, daß die Festsetzung mit den Verträgen in Widerspruch stehe und das toskanische Volk sich nicht ohne weiteres solche Einverleibung in Oesterreich gefallen lassen werde, allein er hatte nicht gewagt, sich dem dringlichen Begehren des Bruders zu widersetzen. „Ich habe unterzeichnet," entschuldigte er sein Verfahren vor Schwester Christine, „denn nach meinem Tode werden die Ueberlebenden ja doch thun, was sie wollen, mag das Papier von mir unterzeichnet sein oder nicht." [1]) Er hätte hinzufügen sollen, daß auch er als Ueberlebender den Vertrag nicht als bindend ansehen werde. So geschah es nach Josephs Tode; indem Leopold die Regierung der habsburgischen Lande übernahm, trat er das Großherzogtum Toskana zu souveränem Besitz an seinen zweiten Sohn Ferdinand ab.

Vor seiner Abreise von Florenz richtete Leopold nochmals an den Bischof von Pistoja die Mahnung, tapfer im Kampfe gegen die Römlinge auszuharren, allein Ricci glaubte zu erkennen, daß die Aufmunterung nicht mehr der wirklichen Gesinnung des Fürsten entsprach, daß Leopold schon willens war, „mit den alten Gegnern Frieden zu schließen, weil er befürchtete, daß der Kampf für die Aufklärung zum Aufstand der Völker und zum Sturz der Throne führen könnte." [2]) Die nächsten Ereignisse gaben dieser Auffassung recht. Kaum hatte Leopold Toskana verlassen, kam der Zorn gegen den „Jansenisten" zum Ausbruch; Ricci mußte sich vor der aufgeregten Menge flüchten; die auf sein Geheiß entfernten wunderthätigen Heiligenbilder wurden zur Sühne feierlich durch die Straßen getragen und dann an die alten Stätten zurückgebracht. Auch Florenz wurde der Schauplatz von Unruhen; nur durch rasches Einschreiten der Bürgerwehr konnte die geplante Plünderung des Schatzes abgewehrt werden. Unter dem Eindruck dieser Vorgänge erließ Leopold als Vormund des minderjährigen Großherzogs eine

---

Qui crayonnait chez lui les desseins sanguinaires,
D'immoler ses sujets, leurs autels, leurs mystères,
Qui tout le tems, qu'il fut Toscanois souverain,
Dans le schisme et l'erreur trempa toujours sa main,
Qui fit violence au Christ et au ciel fit la guerre,
N'avoit pour Dieu que lui et son frère sur terre,
Qui regardoit pour rien les plus saints des serments,
Disoit n'être que jeux pour plaire à des enfants,
Qu'un souverain chez soi, comme ses uniformes,
De nos plus sacrés droits pouvoit changer les formes,
Qu'un contract aujourd'hui juré devant l'autel,
Demain, s'il le vouloit, cessoit d'être éternel:
Le peuple sous un Roi n'est jamais qu'un esclave,
On en fait ce qu'on veut, fût-il fidèle ou brave."

[1]) Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina. Ihre Korrespondenz, 215.

[2]) Potter, II, 233, 236.

Verordnung (6. Mai 1790), die thatsächlich einen Wechsel des bisherigen Systems bedeutete. Es wird zwar betont, daß die bisher geltenden allgemeinen Verfügungen über geistliche Angelegenheiten keine Aenderung erleiden sollen, aber die Regentschaft wird ermächtigt, nach Ermessen von den Kultusgesetzen Umgang zu nehmen, denn — diese Worte können gewissermaßen als neues Regierungsprogramm Leopolds gelten —: „Es kommt vor allem darauf an, die Ruhe wieder herzustellen und alles zu vermeiden, was die Gemüter erbittern und zu Störungen Anlaß bieten könnte."

Schon während der Reise und nach der Ankunft in Wien (6. März 1790) wurde Leopold von allen Seiten bestürmt, die unterdrückten Rechte der Stände der einzelnen Kronländer wieder freizugeben und die Josephinischen Kirchenreformen fallen zu lassen. Der Ungestüm, womit diese Forderungen erhoben wurden, erschreckte den Fürsten. „Nicht die Strapazen der Reise," schreibt er am 15. März an die Schwester Christine, „haben mein Leiden verschuldet, sondern der traurige Zustand, die grenzenlose Verwirrung des ganzen Landes; trotzdem gebe ich mich der schmeichelnden Hoffnung hin, nach und nach wieder alles zur Ruhe zu bringen." „Ich bin erdrückt von Geschäften," schreibt er am 19. März, „ich habe alles in unglaublicher Verwirrung vorgefunden; ich habe niemand, auf den ich mich verlassen oder bei dem ich mir Rat erholen kann; seit zehn Tagen arbeite ich jeden Tag siebzehn Stunden an meinem Schreibtisch und komme nicht einen Augenblick dazu, frische Luft zu schöpfen." Die Klage Leopolds beweist, daß der Staatskanzler Fürst Kaunitz den maßgebenden Einfluß, den er unter Maria Theresia und auch noch unter Joseph genossen hatte, nicht mehr besaß; er blieb zwar im Amte, aber gerade in den wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik gingen die Meinungen des Fürsten und des Kanzlers auseinander, und Kaunitz mußte die Erfahrung machen, daß der neue Herr trotz seines gelassenen Temperaments um nichts nachgiebiger oder lenksamer war, als der Feuerkopf Joseph. Auch Lacy verlor seinen Einfluß; sein System erschien dem sparsamen Fürsten, der keine Eroberungen plante, sondern nur den alten Besitz zusammenhalten wollte, allzu kostspielig.

Um zum Frieden mit dem eigenen Volke zu gelangen, erließ Leopold eine Reihe von Verordnungen, welche die Aufhebung verschiedener Einrichtungen Josephs zur Folge hatten.[1]) An Stelle der mißliebigen Steuerregulierung trat das alte Abgabensystem; mit dem Zentralisierungsplane wurde gebrochen, alle Stellen und Behörden lebten wieder auf, wie sie früher in den einzelnen Provinzen bestanden hatten; den Städten wurde freie Wahl der Magistrate eingeräumt; die anstößigsten Strafbestimmungen des Josephinischen Gesetzbuches, das Gassenkehren, das Schiffeziehen, das Anschmieden, insbesondere die Konduitenlisten wurden abgeschafft. Der Klerus erhielt wieder freiere Bewegung; die Generalseminarien wurden aufgehoben, einige säkularisierte Stifter und Klöster wurden wiederhergestellt, andre mit dem alten Besitz ausgestattet; auch die auf Reinigung und Vereinfachung des Gottesdienstes berechneten Anordnungen sollten ihre Geltung

[1]) Schels, Neueste Geschichte der Länder des österr. Kaiserstaates, I, 20. — Krones, Handbuch der Geschichte Oesterreichs, IV, 544.

verlieren. Dagegen wurde am Toleranzedikt festgehalten, die staatsrechtlichen Verhältnisse der Juden wurden sogar noch günstiger gestaltet, und die von Rom erhoffte Wiederherstellung aller Klöster blieb aus. Auch Leopold hielt grundsätzlich daran fest, daß ihm als Landesherrn in Kirchensachen die oberste Gewalt zustehe; von förmlicher Restauration in Kirchensachen kann nicht gesprochen werden.

Im allgemeinen gilt dies auch von Leopolds Verhältnis zur ständischen Verfassung. Der Landesherr hörte die über Josephs Gewaltthaten klagenden Abgeordneten der Provinziallandtage wohlwollend an und munterte sie sogar auf, ausführliche Beschwerdeschriften einzusenden. Schon im März 1790 traten alle Landtage zusammen, und der Groll über die erfahrene Mißachtung und das Beispiel der französischen Volksvertretung bewirkten, daß die Stände überall hochgespannte Wünsche und leidenschaftliche Beschwerden kundgaben. Die Regierung war jedoch nur zu unwesentlichen Zugeständnissen, nicht zu grundsätzlichen Neuerungen bereit; die Grundlagen des Staats gedachte Leopold ebensowenig preiszugeben, wie Joseph II. Dagegen ist es eine Uebertreibung, wenn Hock die Folgerung zieht, daß Leopold den Ständen jede Existenzberechtigung abgesprochen und recht eigentlich die Axt an die Wurzeln des Ständewesens gelegt habe.[1]) Für Leopold war, wie schon erwähnt, vor allem der Wunsch maßgebend, den inneren Frieden herzustellen, um den äußeren Feinden widerstehen zu können; deshalb trat er wenigstens anfänglich den zentrifugalen Bestrebungen der Provinzen nicht entgegen. Nur durch solche Nachgiebigkeit konnte er hoffen, den Dorn, der in den österreichischen Staatskörper eingedrungen war, zu entfernen, das heißt, die geheime Verbindung Preußens mit kaiserlichen Unterthanen unschädlich zu machen. Auf Preußens Hülfe pochten ja ebenso die aufständischen Niederländer, wie die zum Aufstand sich vorbereitenden Ungarn. Einige Führer der nationalen Partei waren nach Wien gekommen, angeblich um an der Bestattung Kaiser Josephs teilzunehmen, in Wahrheit, um ohne Aufsehen mit dem preußischen Gesandten Jacobi zu verhandeln. Jacobi hatte Weisung von seinem Hofe, die nationale Bewegung der Ungarn zu unterstützen. „Jacobi soll," schrieb Friedrich Wilhelm eigenhändig auf den Bericht des Gesandten vom 13. März, „den ungarischen Mecontents zu wissen machen, daß ich bereits an der Grenze Oberschlesiens die Reiterei zusammenziehe und daß die Urlauber aller schlesischen Regimenter auf den 8., die hiesigen auf den 1. April einberufen sind."[2]) Johannes Müller, damals noch in kurmainzischen Diensten stehend, beurteilte also die Lage ganz richtig, wenn er der Befürchtung Ausdruck gab, daß sich an der Kriegslust Friedrich Wilhelms ein allgemeiner Krieg entzünden könnte. „Die Zeiten werden äußerst bedenklich," schrieb er (7. Januar 1790) an seinen Bruder, „ganz gewiß ist, daß der König von Preußen (persönlich, nicht sein Ministerium) den Krieg will, durchaus!"[3])

Zwar war das englische Kabinett mit der Haltung Preußens in der ungari-

---

[1]) Hock-Bidermann, Die Verfassungskrisis in Steiermark zur Zeit der ersten französischen Revolution, in Mitteil. des hist. Vereins für Steiermark, 21. Bd., 15.

[2]) Preuß. St.A. Berichte Jacobis aus Wien.

[3]) Joh. v. Müller, Ges. Werke, 30. Bd., 249.

schen Frage nicht einverstanden, aber Preußen hatte die Hülfe der Seemächte nicht unbedingt nötig. Die preußische Armee war den durch den Türkenkrieg demoralisierten und geschwächten österreichischen Truppen mindestens ebenbürtig; Rußland wurde durch Schweden, Polen und die Türkei in Schach gehalten, der französischen Regierung war durch die inneren Wirren die Möglichkeit der Einmischung in auswärtige Händel benommen.

Unter solchen Umständen konnte auch Kaunitz nicht den Krieg mit Preußen empfehlen, aber er sah in entschlossenem, beherztem Auftreten das sicherste Mittel, den Staat aus seiner verzweifelten Lage zu retten. „Ich kann nicht einsehen," schrieb er am 16. März an Leopold, „welches Hindernis gegen rascheste Ausführung des von Marschall Laudon vorgelegten Konzentrationsplanes geltend zu machen wäre. Im Gegenteil, ich finde ihn sehr passend und halte seine Durchführung für sehr wünschenswert, damit man in Berlin aus dieser ersten militärischen That entnehmen kann, daß man im Irrtum war, wenn man das gegenwärtige Regiment für schwächer hielt, als das vorige: eine Auffassung, die gar nicht rasch genug zerstört werden kann! ... Eure Majestät werden gewiß ebenso fest überzeugt sein, daß einerseits nur die kräftigste Fortführung des Krieges mit der Pforte uns den Frieden von dieser Seite bringen kann, und daß andrerseits nur eine augenfällige Kraftentfaltung dem Berliner Hofe Zurückhaltung auferlegen und einen Angriff von dieser Seite wenigstens aufschieben kann." [1]) Leopold hielt aber auch eine solche Drohung nicht für angemessen; er glaubte alles aufbieten zu müssen, um den unseligen Türkenkrieg zum Erlöschen zu bringen und mit Preußen zu friedlicher Verständigung zu gelangen. [2])

Deshalb setzte er sich unmittelbar mit Friedrich Wilhelm ins Benehmen. Leopolds Schreiben vom 26. März ist in ungewöhnlich herzlichem Tone abgefaßt. Er erklärt, sein ganzes Regierungsprogramm lasse sich in die Worte zusammenfassen, daß er mit allen Nachbarn und überhaupt mit aller Welt in Frieden leben wolle. Den Türkenkrieg beendigt zu sehen, sei sein sehnlicher Wunsch, und da er nichts verlange, als die Grenzen des Passarowitzer Friedens, werde es leicht zum Frieden kommen, wenn erst die Türken einsähen, daß sie von Preußen und Polen keine Hülfe zu erwarten hätten. Der König möge also Europa den Frieden geben, indem er die Hand ergreife, die ihm vertrauensvoll gereicht werde; Leopold werde jeder billigen Forderung zustimmen, ja sogar dem Fürstenbunde beitreten, wenn er dazu eingeladen werde. Den besten Beweis seiner Mäßigung habe er durch sein Anerbieten für die Belgier gegeben; hoffentlich

[1]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, 361.

[2]) Ranke, Die deutschen Mächte, II, 174, der das Original im Berliner Archiv eingesehen hat, erklärt, daß das Datum undeutlich geschrieben ist und ebensogut 26 wie 25 gelesen werden kann. Der Zweifel wird dadurch beseitigt, daß das Konzept im Wiener Archiv zwar nicht von der Hand des Konzipienten, sondern von Kanzleihand, aber in voller Deutlichkeit das Datum des 26. März trägt, und daß noch weitere vier Kopien des Briefes mit „le 26 mars 1790" datiert sind. (Gütige Mitteilung des Herrn Archivrats Dr. Winter.) Nach Ad. Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs, 136, wäre das Schreiben Leopolds vom 28. März datiert; diese Angabe wird aber nicht bloß durch unsre Konstatierung aus Konzept und Kopien, sondern auch dadurch widerlegt, daß der von Kaunitz vorgelegte Entwurf zu einem Schreiben an Friedrich Wilhelm deutlich das Datum 26. März trägt.

werde jener Aufstand bald zu Ende sein, nötigenfalls aber an andrem Orte die Erkenntnis durchdringen, daß es sich dabei um eine allen Fürsten gemeinsame Sache handle.

Gelegentlich des ersten Empfanges in der Hofburg zeichnete Leopold den preußischen Gesandten Jacobi in auffälliger Weise aus. Der Diplomat schildert denn auch mit hellen Farben, welch glücklicher Umschwung sich seit der Ankunft des neuen Herrn in Wien vollzogen habe; Leopold habe keinen sehnlicheren Wunsch, als Frieden und Freundschaft mit Preußen, die explosible, streberische Politik Josephs sei endgültig aufgegeben. „Wenn es keinen Krieg mit Preußen gibt, wird sich Leopold sicherlich von Rußland abwenden, wie es den Wünschen der ganzen Nation und jedes guten Oesterreichers entspricht. Sich ruhig verhalten, allen Vergrößerungsplänen entsagen, den Nachbarn wieder Vertrauen einflößen, die Finanzen in die Höhe bringen, den Ackerbau heben, die Bevölkerung mehren und eine schöne, stattliche Armee besitzen, — das will Leopold anstreben; es ist sicherlich das glücklichste und weiseste Ziel, vorausgesetzt, daß ihm die Wahl frei bleibt." Im Lande wisse man die Mäßigung und Sparsamkeit des Fürsten, der aus Toskana einen ersparten Schatz von 28 Millionen mitgebracht habe, wohl zu schätzen; der Adel schwärme für ihn, „die Ungarn weinten vor Freude, als sie ihren Souverän sahen." Die kriegslustige Partei mit ihrem Lacy werde bei solchen Intentionen des Herrn nicht durchdringen. „Jedermann betrachtet einen Krieg mit Preußen als das größte Unglück, das über Oesterreich kommen könnte!" [1])

Leopolds Schreiben an Friedrich Wilhelm wurde durch den österreichischen Gesandten Prinzen Reuß in besonderer Audienz überreicht, — ein Vorgang, den Ranke mit Recht als „einen großen historischen Moment" bezeichnet. Das friedliche Anerbieten traf gerade in günstigem Zeitpunkte ein: zwischen England und Preußen war eine bedenkliche Verstimmung eingetreten, der Dreibund drohte aus den Fugen zu gehen.

Das Berliner Kabinett wollte dafür eintreten, daß der neue belgische Freistaat weder an Oesterreich zurückfalle, noch in engere Verbindung mit Frankreich trete. Das Ministerium Pitt hatte zu Josephs Zeiten der nämlichen Anschauung gehuldigt; seit dem Regierungsantritt Leopolds aber wurde die belgische Frage in London mit andern Augen betrachtet. Leopold habe sich ja bereit erklärt, die alten Vorrechte und Freiheiten der Niederländer zu respektieren, — damit sei jeder Grund weggefallen, gegen Oesterreich feindselig aufzutreten. Seit Verkündigung der Unabhängigkeit Belgiens nehme der Streit zwischen den einzelnen Provinzen und Ständen kein Ende; Belgien werde sich nicht als selbständiger Staat zu behaupten vermögen; sollte man, nur um das schwächliche Gefüge eine Zeitlang zu stützen, einen Krieg entzünden, der den Handelsinteressen Englands schweren Schaden bringen könnte? [2])

---

[1]) Preuß. St. A. Kabinettsakten Friedrich Wilhelms II. Immediatkorrespondenz mit dem diesseitigen Gesandten v. Podewils und dem Residenten Frhrn. v. Jacobi Klöst. Berichte Jacobis vom 3. und 7. April 1790.

[2]) Van de Spiegel, 177.

Während von Berlin noch den Brüsseler Generalstaaten die tröstliche Versicherung zuging, die Tripelallianz werde eine Unterjochung Belgiens nicht zugeben, war man in London schon geneigt, van der Noot und Genossen ihrem Schicksal zu überlassen.

Auch in der orientalischen Politik gingen die Interessen Englands und Preußens auseinander. Der englische Gesandte in Berlin ließ die Bemerkung fallen, seine Regierung habe mit Befremden vernommen, daß im preußisch-türkischen Bundesvertrag sogar von einem Angriffskrieg gegen Oesterreich die Rede sei; der König möge doch einem so bedenklichen Vertrag seine Zustimmung versagen und lieber im Verein mit England einen Ausgleich zwischen Oesterreich und der Pforte unter der Bedingung der Wiederherstellung des alten Besitzstandes betreiben.

Auf England, dies konnte man sich in Berlin nicht verhehlen, war in einem Krieg mit Oesterreich nicht zu rechnen, und nicht viel besser stand es mit Schweden und Polen, ja sogar der Türke war nur ein unzuverlässiger Bundesgenosse. Sollte man trotzdem, auf die eigene Kraft vertrauend, den Krieg wagen, den Krieg, der ja doch einmal geführt werden mußte, um für das Haus Hohenzollern eine leitende Stellung in Deutschland zu erkämpfen?

Wir haben intime Nachrichten vom Berliner Hofe in den mehr als freimütigen Briefen des Oheims des regierenden Königs, Prinzen Heinrich, an den Vertrauensmann der Zarin Katharina, Baron Grimm.[1]) Der Sieger von Freiberg glaubte sich über Zurücksetzung von Seite der leitenden Kreise beklagen zu dürfen und vergalt mit bitteren Urteilen über den König und die einflußreichen Ratgeber. Insbesondere in dem „ultramontanen Günstling des verstorbenen und des jetzigen Königs", Marchese Lucchesini, der unaufhörlich zum Kriege hetze, und in Hertzberg, der einem nicht weniger ausschweifenden Chauvinismus huldige, erblickt er unselige Dämonen, die den preußischen Staat an den Abgrund drängen. „Wir sind noch im Ungewissen über Krieg und Frieden," schrieb er am 7. März an Grimm, „ich weiß freilich nichts andres darüber, als was ich vom Publikum und von alten Freunden erfahre. Unser ‚großer' Hertzberg schürt das Feuer; er wäre würdig eines Platzes unter den Revolutionsmännern! Freilich würde er an Beredsamkeit einem Mirabeau oder Barnave nachstehen, aber dafür könnte niemand so fein wie er Beleidigungen zuspitzen. Ich hoffe, daß seiner Bosheit zum Trotz die Ruhe wieder hergestellt wird." Einige Wochen später (29. März), kurz vor dem Eintreffen des Schreibens König Leopolds in Berlin, sieht der Prinz die Lage weit drohender an. „Ich fürchte, daß meine Hoffnung getäuscht wird. Man darf auf nichts mehr schwören, seit ein Italiener die Politik leitet und beständig auf ein und dasselbe Ziel lossteuert, obwohl er in seinem Vorhaben oft gestört worden ist." „Ich glaube," schrieb er am 2. April, „daß bald die Stürme von allen Seiten losbrechen werden. Es ist unmöglich, sich von dem hiesigen Wirrsal eine Vorstellung zu machen; es läßt sich mit einer Nationalversammlung vergleichen, augenblicklich wüßte ich keine schlimmere Bezeichnung dafür zu finden. Besinnen

[1]) Lettres de Grimm à l'impératrice Catharine II, publ. par J. Grot, 373 etc.

Sie sich doch, mein lieber Freund, auf einen Ort, wo wir einige Freunde um uns versammeln und ein paar Monate in Ruhe zubringen könnten. Ich muß von hier fort. Schon der Verdacht, daß ich etwas von politischen Dingen wissen und ihnen beipflichten könnte, ist eine Beleidigung. In Wahrheit werde ich weder einer Zeile, noch eines Wortes gewürdigt. Ein Welscher, ein Narr von Minister (un fou de ministre) und ein guter Tropf (un bon homme) kochen alles unter sich aus; es sind abscheuliche Zustände!"

Prinz Heinrich urteilt offenbar nur deshalb so schwarzgallig, weil er selbst allen Einfluß auf die Regierung verloren hatte. Er hat namentlich darin unrecht, daß er den Minister Hertzberg für einen Gesinnungsgenossen Luccheſinis ansieht und zur Kriegspartei zählt. Gerade Hertzberg war es, der mit Rücksicht auf die zweideutige Haltung Englands und der übrigen Verbündeten vom Kriege dringend abriet. „Eure Majestät werden selbst am besten beurteilen, ob Sie nicht zu viel wagen, wenn Sie allein den Krieg gegen zwei so furchtbare Mächte aufnehmen und sich dabei auf drei Bundesgenossen verlassen, die samt und sonders schwach und wenig zuverlässig sind, — ob Sie nicht um einer unsicheren Hoffnung auf Gewinn willen, Gefahr laufen, Ihren Schatz, Ihre Armee, Ihr Land zu schädigen!" [1])

In diesem Augenblick, während sich in Berlin die verschiedenartigsten Einflüsse für und wider den Krieg geltend machten, traf Leopolds Schreiben ein, das mit so verbindlichen Worten dem Wunsche nach Frieden und Freundschaft mit Preußen Ausdruck gab. Schon die Rücksicht auf England gebot, das Anerbieten nicht schlechtweg abzulehnen, doch die Antwort Friedrich Wilhelms klang nicht gerade tröstlich. Preußen, so war darin erklärt, habe ein ernstes Interesse daran, den Untergang der Türkei und die Teilung des türkischen Gebiets zwischen den beiden Kaiserhöfen nicht zu dulden; die Abweisung preußischer Vermittelung habe den König zu eigenen Rüstungen genötigt; auch jetzt noch wolle er zum Frieden die Hand bieten, jedoch nur, wenn das Gleichgewicht im Norden und Osten dauernd gesichert würde.

In ähnlichem Sinne sprach sich der englische Gesandte in Wien aus. Hier konnten sich der Monarch und sein Kanzler gerade über den wesentlichsten Richtpunkt der Politik nicht einigen. Während Kaunitz alles vermieden wissen wollte, was den Bund mit Rußland lockern könnte, und kein Hehl daraus machte, daß er die Hülfe Rußlands zur Züchtigung Preußens haben wolle, war Leopold geneigt, dem Dreibund näher zu treten. Der englische Gesandte erhielt sogar die merkwürdige Weisung, er möge zwar den gewöhnlichen Verkehr mit dem Kanzler fortsetzen, aber die von ihm erhaltenen Erklärungen nicht als den Willen der Regierung ansehen; Leopold selbst werde ihm von Fall zu Fall durch den Vizekanzler Cobenzl die allein gültigen Erklärungen zugehen lassen.

Die Ständeversammlung in Wien nahm sehr stürmischen Verlauf. In bürgerlichen Kreisen wurde übel vermerkt, daß der neue Monarch dem Adel und dem Klerus wiederholt Beweise seiner Gunst und seines Vertrauens gab. „Alle, die den Fürsten näher kennen," schreibt Jacobi an seinen Hof,

[1]) Ranke, 183.

„versichern, daß sein Auftreten von heute in schroffem Widerspruch mit seinem früheren Verhalten steht." Dem Adel wurde Zurückgabe aller historischen Vorrechte verheißen; da dies die Wiedereinführung des alten Abgabensystems zur Voraussetzung hatte, murrten die Bauern; nun sollten diese durch den Klerus beschwichtigt werden, aber dazu waren neue Zugeständnisse notwendig. „Die verständigen Leute glauben, daß der König, wenn er der Nachgiebigkeit gegenüber den Ständen nicht bald ein Ziel setzt, ganz und gar von ihnen abhängig wird. Wenn erst noch die Bauern dazu kommen, so kann es, zumal wenn der Krieg mit Preußen ausbricht, zu ähnlichen Scenen kommen, wie sie Frankreich in äußerste Verwirrung gebracht haben."

Unter solchen Umständen mußte Leopold noch dringlicher den Frieden wünschen, allein seine versöhnliche Stimmung schlug um, als ihm der Preis bekannt wurde, den das preußische Kabinett auf seine Freundschaft setzte. Nach dem von Hertzberg ausgearbeiteten Plane sollte Oesterreich die größere Hälfte Galiziens an Polen zurückgeben, Polen aber die Städte Danzig und Thorn an Preußen abtreten; dafür soll Preußen seinen Einfluß auf die Pforte geltend machen, daß sie auf die von den Russen eroberte Krim verzichte und gegenüber Oesterreich sich mit den Grenzen des Passarowitzer Friedens begnüge; außerdem soll Preußen die Zurückeroberung Belgiens für Oesterreich nicht verhindern und dem König von Ungarn bei der Kaiserwahl die brandenburgische Stimme geben. Nur auf solche Weise könne das Gleichgewicht im Osten hergestellt und das Mißtrauen zwischen Oesterreich und Preußen ein für allemal ausgelöscht werden. „Seine Majestät würden darin ein Opfer erblicken, das der König von Ungarn dem Wohl der beiden Staaten und der Ruhe aller europäischen Nationen brächte." [1])

Diese Bedingungen fand Leopold unannehmbar. Galizien müsse ein für allemal aus dem Spiele bleiben, erklärte er dem englischen Gesandten; er strebe keinen Gewinn an, er wolle aufrichtig den Frieden, aber einen Frieden, der mit der Ehre des Monarchen und der Nation vereinbar sei; Oesterreich sei doch bisher im Kampfe mit den Türken Sieger geblieben; warum sollte es jetzt sogar schweren Verlust tragen, nur damit dem völlig unbeteiligten Preußen reicher Gewinn in den Schoß falle!

Leopold durfte sich um so freier aussprechen, da sich — wenigstens vorübergehend — Aussicht zeigte, daß auch Frankreich und Spanien mittelbar zur Unterstützung der österreichischen Interessen die Waffen erheben würden. Zwischen England und Spanien war es wegen des Nootkasunds in Kalifornien zu Mißhelligkeiten gekommen, und Spanien, das einem Kampfe mit England nicht gewachsen war, nahm unter Berufung auf den bourbonischen Familienpakt von 1762 die Hülfe Frankreichs in Anspruch. [2]) Am französischen Hofe war man schon längst der Frage näher getreten, ob nicht ein auswärtiger Krieg als Heilmittel gegen die Verwirrung im Innern mit Erfolg anzuwenden und der Krone dadurch

---

[1]) Preuß. St. A. Acta, betreffend die Konvention von Reichenbach 1790. Points essentiels de conciliation.

[2]) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit, I, 171.

das erforderliche Uebergewicht über die Nationalversammlung zu schaffen wäre. Lafayette, der, in der Mitte zwischen König und Volksvertretung vorsichtig steuernd, augenblicklich des mächtigsten Einflusses sich rühmen konnte, wünschte nichts sehnlicher, als die Demütigung Englands und einen Rachekrieg gegen den von Preußen beschirmten Erbstatthalter von Holland, — aber die Jakobiner waren gegen jeden Krieg, aus Furcht, daß der König die militärischen Kräfte zur Wiederbefestigung seiner Stellung verwende. Die Rechte, wie die Linke standen mit auswärtigen Mächten in Fühlung. Der österreichische Gesandte, Graf Mercy, war eifrig bestrebt, den Getreuen des Königs die Interessengemeinschaft der Häuser Bourbon und Lothringen-Habsburg überzeugend darzuthun und das Bündnis von Versailles wieder aufleben zu machen; der preußische Gesandte Graf Goltz stand mit Petion, einem der jakobinischen Führer, in Verbindung und lieferte diplomatisches Material zur Bekämpfung der Hofpartei. Als die Regierung am 14. Mai von der Nationalversammlung in Anbetracht der kritischen Lage Europas die zu vorbereitenden Rüstungen erforderlichen Mittel verlangte, stellte Lameth den Gegenantrag, es möge festgesetzt werden, daß nur der Nationalvertretung das Recht über Krieg und Frieden zustehe. Zwar erhob zu aller Erstaunen ein Mann, der bisher für den grimmigsten Feind des Königtums gegolten hatte, zu Gunsten des Kronrechts seine Stimme. Erschreckt durch den wachsenden Einfluß der radikalen Linken und damit des Pöbels und bestochen durch eine vom König zugesicherte Jahresrente, warf Mirabeau seine Autorität zur Wiederaufrichtung eines kräftigen Königtums in die Wagschale und setzte durch die Wucht seiner Rede die Bewilligung der Rüstungsgelder durch; im Hauptpunkte stimmte aber die Mehrheit nicht der Auffassung der Regierung und der Rechten bei, sondern einem vermittelnden Vorschlag, daß über Krieg und Frieden dem König zwar Antragstellung und Sanktion, der Nationalversammlung aber die eigentliche Beschlußfassung zustehen solle. Diese Einschränkung schloß für den Augenblick die Möglichkeit einer Teilnahme Frankreichs an einem auswärtigen Kriege aus, und mit dieser Gewißheit schwand auch die Aussicht auf eine Schilderhebung Spaniens gegen England.

Das Berliner Kabinett konnte nun wieder entschiedener und entschlossener gegen Oesterreich auftreten. Prinz Heinrich verurteilt in den schärfsten Ausdrücken den „eitlen, blinden Hertzberg, der Preußen in ein Labyrinth unklarer Verträge verwickelt habe und dadurch zu gefährlichem und nutzlosem Krieg gezwungen" sei. „Wenn noch in diesem Jahre der Krieg ausbricht, wird es zu keiner entscheidenden That kommen; die Stellung der Oesterreicher ist von der Art, daß man sie mit Aussicht auf Erfolg nicht angreifen kann; dies war es, was mir den Krieg von 1778 so verhaßt machte, und dies sollte ein preußischer Minister nicht vergessen haben!" [1]) Prinz Heinrich war aber, wie erwähnt, in die Regierungspolitik nicht eingeweiht und urteilte nur nach dem äußeren Schein. In Wahrheit wollte Hertzberg den Krieg vermieden wissen und lediglich durch kriegerische Drohungen und kluge Vermittelung die gewünschten Abmachungen erwirken, während der König die Ersprießlichkeit ausgedehnter Verhandlungen in

[1]) Lettres de Grimm, 384.

Zweifel zog. Hertzberg versicherte dem englischen Gesandten in Wien, sein Gebieter sei „so leidenschaftlich auf den Krieg versessen", daß er nur mit Mühe zurückzuhalten sei, den Degen zu ziehen.[1]) Der Mobilmachung stimmte auch Hertzberg zu. 30 000 Mann wurden an die ostpreußische Grenze vorgeschoben, die übrigen Truppen in Schlesien zusammengezogen, der König selbst schickte sich an, in das Hauptquartier zu Schönwalde zwischen Frankenstein und Reichenbach abzugehen. Am 7. Mai schrieb Friedrich Wilhelm an Hertzberg: „Hüten Sie sich ja, dem Jacobi Weisungen zu geben, die uns die Hände binden könnten, und beharren Sie immer auf der conditio sine qua non, daß Oesterreich einen Teil Galiziens an Polen abtreten muß." [2]) Am 26. Mai schrieb er an Jacobi: „Die niederschlesischen Truppen nehmen Aufstellung in der Grafschaft Glatz, die oberschlesischen, durch eine gute Kavallerie verstärkt, bei Neisse. Sie sind den Streitkräften, die Oesterreich zunächst entgegenstellen kann, überlegen. Außerdem sind 12 Bataillone und 20 Schwadronen im Marsch nach Schlesien, denen die Armee folgt, sobald die Antwort, die ich erwarte, mir dazu Grund gibt. Treffen Sie Maßregeln für den Fall, daß Sie Wien verlassen müssen, dort gute Verbindungen zu unterhalten." [3])

Die Antwort, die Leopold im letzten Augenblick der festgesetzten Frist nach Berlin entsandte, lautete abermals ausweichend; er sei im allgemeinen mit den preußischen Bedingungen einverstanden, könne aber in den Abtretungen der Pforte ausreichenden Ersatz für Galizien nicht erblicken (25. Mai). Doch der Ueberbringer des Briefes, Graf Zinzendorff, ließ den Minister eine vertrauliche Note des Kaisers lesen, die der Geneigtheit, den Stand vor dem Kriege anzuerkennen oder um jeden andern anständigen Preis den Frieden zu erhalten, Ausdruck gab. „Nun ist der Friede sehr wahrscheinlich," frohlockte Hertzberg (30. Mai), „Eure Majestät braucht nicht zum Angriff zu schreiten, Oesterreich wird sich ohnedies zu Zugeständnissen bereit finden lassen." Die Armee möge in Schlesien bleiben und der König an ihre Spitze treten, aber nur, um für alle Fälle gesichert zu sein und den stattliche Beute verheißenden Unterhandlungen erwünschten Nachdruck zu geben.

Mit den friedlichen Versicherungen des österreichischen Botschafters stand jedoch ein Stimmungsbericht Jacobis aus Wien (2. Juni) in schroffem Widerspruch.[4]) Laudon, so war darin berichtet, ist, seit ihm der Oberbefehl über die Armee in Böhmen übertragen wurde, der Held des Tages; die jungen Erzherzoge können sich nicht satt sehen an dem Gefeierten, sie lassen nicht ab, Fragen an ihn zu richten und ihm ihre Verehrung zu bezeigen. Nun wird es bald lebendig werden in unserm Lager, kann man auf Schritt und Tritt hören, unser Laudon wird sich gewiß nicht mit Deckung der Grenzen begnügen, er

[1]) Herrmann, Geschichte des russischen Staates, VI, Anhang V, 555.

[2]) Preuß. St. A. Papiers et actes, touchant la marche du Roi avec son armée en Silésie, la négociation, qui fut établie à Reichenbach etc. 1790.

[3]) M. Duncker, Friedrich Wilhelm II. und Graf Hertzberg; Sybels histor. Zeitschrift, 37. Bd., 17.

[4]) Preuß. St. A. Immediat-Korrespondenz mit den diesseitigen Gesandten v. Podewils und dem Residenten Frhrn. Jacobi-Klöst, 1790.

wird nach alter Römerart den Krieg stracks in Feindesland hinübertragen. Ein Wort des Generals kam in Umlauf: die Niederlande könnten wohl auch in Schlesien wieder erobert werden, sowie ein andres: im Krieg um Schlesien habe er den ersten Lorbeer erfochten, damals habe er dort einen Hut verloren, nun wolle er ausgehen, ihn wieder zu finden.[1])

Auch aus Warschau gelangte unerfreuliche Botschaft ins preußische Hauptquartier. Die Polen, so berichtete Lucchesini, immer selbstsüchtig und mißtrauisch, dächten gar nicht daran, Thorn und Danzig gutwillig abzutreten, es wäre denn, daß ihnen ganz Galizien zurückgegeben würde; dazu werde sich aber Oesterreich niemals verstehen.

„Die Polen sind Elende," schrieb Friedrich Wilhelm (17. Juni) an Hertzberg, „und verdienen nicht, was ich für sie thun wollte, ihre Undankbarkeit macht sie verächtlich in meinen Augen." Dies sei auch seine Meinung, erwiderte Hertzberg, aber zur Zeit könne man die polnische Freundschaft nicht entbehren; sie würden schon noch Vernunft annehmen und nach einiger Zeit auch mit einem Stück Galizien vorlieb nehmen.

Doch Friedrich Wilhelm, von der Ueberlegenheit seiner Truppen überzeugt, wollte von längerem Warten nichts mehr hören. Binnen drei Wochen müsse alles ins reine kommen, schrieb er (14. Juni) an Hertzberg; „es ist lächerlich, soviel Zeit zu verlieren, wenn man eine Armee, wie die meinige, besitzt; ich will nicht, daß sie durch Krankheiten und Desertion geschwächt wird, und dies müßte erfolgen, wenn das Stilliegen in den Quartieren noch länger dauern würde." [2]) Nicht bloß Hertzberg, auch Finkenstein beklagte dieses „allzu hastige" Drängen auf Waffenentscheidung, das um so weniger am Platze sei, da der König von Ungarn wirklich das Menschenmögliche thue, um den Frieden zu erhalten. „Es scheint mir Ruhmes genug zu sein," schrieb Finkenstein an den Kollegen, „den Wiener Hof zu solchen Anerbietungen bewogen zu haben." „Es hängt nur von uns ab, einen ehrenvollen und vorteilhaften Vergleich einzugehen; wenn wir darauf verzichten, räumen wir dem Feinde schönes Spiel ein und entzweien uns mit unsern Verbündeten, die solchen Widerstand nicht begreifen werden; dagegen wird der König von Ungarn als Friedensfreund in hellem Strahlenglanz erscheinen." „Gewiß wäre es sehr erwünscht, wenn der König zu einer Erwerbung, an der nun einmal sein Herz hängt, gelangen könnte, aber es ist höchst bedenklich, durch einen Krieg dieselbe erreichen zu wollen, da man ja dabei immer den gefährlichsten Zwischenfällen ausgesetzt ist. Wenn der Wiener Hof auf den status quo eingeht, vermag ich nicht einzusehen, wie man das Anerbieten zurückweisen könnte. Krieg zu führen, nur um Zuwachs zu erlangen und den Polen einen Gefallen zu erweisen, — wie sollten wir ein solches Verhalten vor Europa rechtfertigen?" [3])

Am 17. Juni richtete Leopold an Friedrich Wilhelm nochmals ein

---

[1]) Janko, Laudons Leben, 489.

[2]) Preuß. St.A. Korrespondenz zwischen Finkenstein und Hertzberg während der Reichenbacher Verhandlungen, 16. Juni bis 19. September 1790.

[3]) Ebenda. Briefe Finkensteins vom 21., 23., 30. Juni 1790.

Schreiben, das gewissermaßen als Ultimatum gelten sollte. Unter wiederholten Versicherungen freundschaftlicher Ergebenheit erbot er sich, den Fürsten Reuß und den Staatssekretär von Spielmann nach Schlesien abzuordnen, damit sie dem König oder den von ihm aufgestellten Bevollmächtigten alle nötigen Aufklärungen gäben; entweder könne „auf Grund des status quo essentiel oder auf Grund einer Ausgleichung gegenseitiger Vorteile" ein Uebereinkommen getroffen werden. „Ich bitte Eure Majestät zu erwägen, daß ich in dieser ganzen Angelegenheit alle erdenkliche Nachgiebigkeit an den Tag gelegt habe, sowohl aus Mäßigung und Liebe zum Frieden, als um der ehrenvollen Vermittelung Eurer Majestät willen. Daß ich darin bis zur äußersten Linie gegangen bin, die mir von der eigenen Ehre gezogen wird und da beginnt, wo Zugeständnisse nicht mehr durch Gründe der Billigkeit, der allgemeinen Wohlfahrt und der Interessengemeinschaft zu rechtfertigen sind. Das deutsche Reich und ganz Europa verehren in Eurer Majestät einen Fürsten, der die Macht seiner Herrschaft nur zum Schutze der Gerechtigkeit, der allgemeinen Ruhe und der eigenen Würde gebraucht; da ich die nämliche Gesinnung hege, so meine ich, wir sollten nur auf dieser neuen Bahn zum Ruhme miteinander wetteifern und mit vereinten Kräften darnach trachten, Achtung, Eintracht und Freundschaft zwischen uns aufrecht zu erhalten."

Ein so herzlich und ehrerbietig ausgesprochener Wunsch konnte nicht einfach abgelehnt werden. Friedrich Wilhelm ermächtigte also seinen Minister Hertzberg zur Eröffnung von Unterhandlungen zu Reichenbach in Schlesien. Etwas andres als der status quo, schreibt Hertzberg (24. Juni) an Finkenstein, werde sich freilich kaum erreichen lassen, „doch werde ich wenigstens alles thun, um den Krieg zu verhindern, der von polnischer Seite lebhaft gewünscht wird." Dem Ansinnen der Gesandten Englands und Hollands, zu den bevorstehenden Verhandlungen beigezogen zu werden, setzte Friedrich Wilhelm lebhaften Widerstand entgegen: „Warum soll ich Spione in Reichenbach zulassen?" Als aber Mr. Ewart erklärte, seine Regierung werde solche Zurücksetzung nicht ruhig hinnehmen, und Hertzberg vorstellte, daß die Gesandten der Seemächte wenigstens in den Hauptpunkten die preußischen Forderungen unterstützen würden, gab der König nach. Nun hielt Finkenstein den Sieg der Friedensfreunde für gesichert. „Ich sehe voraus, daß der von preußischer Seite vorgelegte Entwurf nicht unverändert zur Annahme gelangen wird, aber nach einigem Markten und Feilschen wird ein Vergleich zu erreichen sein, der den König befriedigt und den Krieg verhindert. Freilich, was werden die Türken dazu sagen und was werden die Polen beginnen?" —

Solange die Frage: Krieg oder Frieden? nicht entschieden war, konnte auch die Erhebung Leopolds auf den Kaiserthron nicht als gesichert gelten. War doch von Preußen, wie wir gesehen haben, die Uebertragung der Krone an das Haus Zweibrücken ernstlich ins Auge gefaßt worden, war doch der Plan Josephs, durch die Wahl des Bruders zum römischen König die Kaiserwahl im voraus zu regeln, am Widerstand des Fürstenbundes gescheitert.

Am 26. März, also gleichzeitig mit der ersten Einladung zu friedlicher Lösung der schwebenden Streitfragen, richtete König Leopold an Friedrich

Wilhelm die Bitte, ihm bei der bevorstehenden Kaiserwahl die brandenburgische Stimme zuzuwenden.[1]) Die Antwort beschränkte sich auf ein kühles Schmeichelwort, der König von Preußen könne sich nicht verhehlen, daß Leopold um seiner Geburt und seiner persönlichen Vorzüge willen auf die erhabene Würde gerechten Anspruch habe. In den später zwischen beiden Monarchen gewechselten Briefen wird die Wahlangelegenheit nicht mehr erwähnt.

Kaiser Joseph hatte vor zwei Jahren zuerst den Kurfürsten von Mainz zu gewinnen und dadurch den Fürstenbund zu sprengen versucht. Auf gleichem Wege wollte Leopold zum Ziel gelangen. Anfangs April kam ein außerordentlicher Gesandter des Königs von Ungarn, Graf Schlick, nach Mainz, um in herkömmlicher Weise die Stimme des Kurfürsten zu erbitten; zugleich legte er aber in geheimer Audienz dar, welche Vorteile Kurmainz von einem Ja zu erwarten habe, welchen Gefahren es durch ein Nein sich aussetze; die Rücksicht auf Preußen brauche den Kurfürsten nicht zu beunruhigen, denn Leopold selbst sei ein warmer Freund der Union und werde derselben beitreten, sobald der Friede mit Preußen erreicht sei. Friedrich Karl erwiderte ausweichend mit einem Scherzwort: die römische Krone gleiche einem Fräulein von hoher Geburt, dessen Hand nicht ohne weiteres zu erlangen sei; der König von Ungarn möge erst einmal zeigen, welches Los er der Dame zu bieten habe.[2]) Zugleich brachte der Kurfürst dem preußischen Hofe das Ansinnen Leopolds zur Kenntnis. Darauf wies Friedrich Wilhelm seinen Minister Hertzberg an, den Mainzer in den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich einzuweihen (22. April); der Berliner Hof werde ein durchaus befriedigendes Wiener Angebot nicht ablehnen, habe aber zur Zeit noch keine bindende Zusage gegeben. In der Wahlfrage würde Preußen am liebsten Hand in Hand mit Kurmainz gehen, doch dann möge der Kurfürst auch in der Lütticher Angelegenheit dem preußischen Kabinett, das vielleicht nicht ganz konstitutionell, wohl aber nach den Grundsätzen einer aufgeklärten, weitsehenden Politik gehandelt habe, nicht länger widerstreben.

Auch von Hannover wurde angefragt, ob das Berliner Kabinett der Bewerbung Leopolds zustimmen oder einen andern Kandidaten aufstellen werde? Dabei ließ man durchblicken, daß man zwar am Fürstenbund festzuhalten gedenke, aber für Ausschließung Leopolds nicht zu haben sei, da nur dieser Bewerber Aussicht habe, durchzudringen. Hertzberg selbst teilte diese Auffassung. „Ich für meine Person glaube," schrieb er an den König (Reichenbach, 6. Juli), „daß Eure Majestät Ihre Stimme dem König von Ungarn nicht wohl versagen können." Friedrich Wilhelm erhob keinen Widerspruch, ließ aber an die kurfürstlichen Mitglieder des Fürstenbundes die Aufforderung ergehen, sie möchten unter allen Umständen für Aufschub der Wahl bis zur Entscheidung in der Friedensfrage ihren Einfluß geltend machen.

Am 26. Juni wurden in dem schlesischen Städtchen Reichenbach, und zwar

---

[1]) Preuß. St. A. Acta, betreffend die Wahl eines römischen Königs nach dem Absterben Josephs II.

[2]) Ebenda. Acta, die Wahl Leopolds II. betreffend. Bericht Steins vom 9. April 1790.

in dem Hause des um die schlesische Wollindustrie verdienten Handelsmannes Sadebeck am Ring, von den Vertretern Oesterreichs, Preußens, Großbritanniens und Hollands die Verhandlungen eröffnet. Die Oesterreicher standen noch unter dem Druck der Hiobspost vom Kriegsschauplatz, wo die österreichischen Truppen bei der Belagerung von Giurgewo eine Schlappe erlitten hatten; der an sich unbedeutende Vorfall hatte als schlimmes Vorzeichen für die Fortsetzung des Kriegs peinliche Entmutigung in Wien hervorgerufen. Dagegen erhielt Hertzberg von seinem Könige einen Brief, der von dem Selbstvertrauen und der kriegerischen Stimmung im preußischen Hauptquartier Zeugnis gab. „Sie werden gut daran thun, Herrn von Spielmann ja nicht zu weit entgegen zu kommen; wenn das Gebiet, das sie an Polen abtreten wollen, zu klein ist, kann man nicht darauf eingehen; wir würden uns mit der Pforte entzweien und zugleich das Vertrauen der Polen verlieren, wenn die Entschädigung für Danzig und Thorn nicht ausreichend wäre; der status quo in pleno wäre für uns gewissermaßen ehrenhafter." „Ueberhaupt," so schließt das Schreiben, „werden Sie einsehen, daß ich hier an der Spitze meiner Armee weniger nachgiebig sein darf, als wenn ich von meinem Kabinett in Berlin aus unterhandelte." [1]) Trotz jenes Winkes seines königlichen Herrn glaubte Hertzberg den profitablen Tauschplan nicht aufgeben zu dürfen, aber er spannte die Anforderungen an Oesterreich sehr hoch. Da von Polen die Städte Danzig und Thorn, sowie ein Strich Landes längs des Obraflusses von der Mündung in die Warthe bis zum Ursprung an der schlesischen Grenze, endlich das Gebiet zwischen Netze und Warthe an Preußen abzutreten wären, müsse von Oesterreich ein entsprechender Teil Galiziens mit Brody und den Salzwerken von Wieliczka an Polen zurückgegeben werden. Auf eine solche Bedingung, erklärte Spielmann, könnte Oesterreich nur in dem Falle eingehen, wenn es Belgrad behalten dürfte. Dazu war aber Hertzbergs Einwilligung nicht zu erlangen. So schien nach der ersten Sitzung nur wenig Hoffnung auf friedliche Einigung geboten zu sein. Trotzdem schrieb Hertzberg ganz befriedigt an den König, der status quo sei beseitigt, der Entschädigungsplan wenigstens im Prinzip von den Gegnern zugestanden, das Geschäft also in bestem Zuge. Friedrich Wilhelm antwortete zustimmend: „Sie haben gut daran gethan, von Anfang an Belgrad und das Gebiet diesseits der Donau streitig zu machen; hoffentlich werden diese Herren ihre Ansprüche im Verlauf der Verhandlungen herabmindern." Nachdem an den nächsten zwei Tagen die Verhandlungen fortgedauert hatten, legte Hertzberg am 29. Juni einen Entwurf vor, der genauer die von Preußen geforderte Gebietsverschiebung festsetzte und die Bedingungen andeutete, unter welchen Rußland in den Frieden einzuschließen, sowie die Beruhigung der Niederlande zu erzielen wäre.[2])

Die Vertreter Oesterreichs hörten den Vortrag schweigend an und erklärten

---

[1]) Preuß. St. A. Papiers et actes, touchant la marche du Roi avec son armée en Silésie, et la négociation, qui fut établie à Reichenbach. Schreiben Friedrich Wilhelms vom 26. Juni 1790.

[2]) „Points préliminaires etc." bei Hertzberg, Recueil des déductions, III, 97.

sodann, sie könnten über die angeregten Fragen ohne neue Anweisung ihrer Regierung nicht verhandeln. Damit mußte man sich auf preußischer Seite zufrieden geben; die Sitzungen wurden ausgesetzt, während die Konzentrierungsmärsche der Armeen fortdauerten.

Die öffentliche Meinung in Deutschland stand, wie aus der Tagespresse zu ersehen ist, dem andauernden Wechsel zwischen friedlichen und kriegerischen Kundgebungen ratlos gegenüber. Nie habe es, klagt Schubart in der Vaterländischen Chronik, so viel Mystisches, Aenigmatisches, Unbegreifliches in den Staatsereignissen gegeben, als seit dem Ableben Josephs II. „In sengender Sommerhitze stehen jetzt drei preußische Heere, eins unter dem Könige und dem Herzog von Braunschweig, zwei besondere Heere unter Möllendorf und Friedrich von Braunschweig, und zwei große kaiserliche Heere unter Laudon und Hohenlohe, ohne daß noch eine Kriegserklärung erfolgt wäre ... Indem die Krieger in der Sonne schwitzen, arbeitet Hertzberg im Schatten an der Aussöhnung ... Mars nahm Irene mit ins Feld!“ [1]) Ueber die Friedensbedingungen waren allerlei begründete, wie abenteuerliche Gerüchte im Umlauf; Preußen fordere das ganze österreichische Schlesien, der Friede erfolge auf Betreiben der Königin von Frankreich, die zur Rettung ihres Thrones die deutsche Macht aufbieten wolle u. s. f.

Als ein Tag nach dem andern verstrich, ohne daß eine Antwort aus Wien in Reichenbach eintraf, wurde man auf preußischer Seite unruhig. Jacobi in Wien sagte dem Vicekanzler Cobenzl ins Gesicht, man wisse im preußischen Hauptquartier recht gut, daß Baron Herbert im Auftrag des Wiener Hofes in Bukarest insgeheim mit den Türken verhandle; offenbar bestehe die Absicht, das preußische Kabinett erst in Sicherheit einzuwiegen und dann plötzlich durch die Meldung eines Sondervertrags mit der Pforte aufzuschrecken, um den Reichenbacher Forderungen die Spitze abzubrechen. Darauf beteuerte zwar Cobenzl, sein Gebieter sei solcher Winkelzüge nicht fähig, doch blieb in Jacobi der Argwohn rege, daß in Reichenbach und Bukarest ein hinterlistiges Doppelspiel (double tripotage) getrieben werde.[2])

Noch ehe der alarmierende Bericht Jacobis ins preußische Hauptquartier gelangte, war hier ein Umschwung erfolgt; der König ließ das System Hertzbergs fallen und schickte sich an, die Fahne zu entrollen. Denn nur als Sieg Lucchesinis und der Kriegspartei darf es aufgefaßt werden, daß unmittelbar vor Abschluß der Verhandlungen das ganze Friedenswerk auf den Kopf gestellt und gerade das Gegenteil der bisherigen Vorschläge gefordert wurde.[3]) Am

---

[1]) Chronik, Jahrg. 1790, 436, 444, 446.

[2]) Preuß. St. A. Des Baron v. Jacobi-Kloest Relationes etc. Jacobis Bericht vom 12. Juli 1790.

[3]) Sybel, 182. Die Ansicht Zinkeisens (Gesch. der Türkei, VI, 785), Friedrich Wilhelm habe aus Furcht vor kriegerischer Verwickelung die rabulistische Politik Hertzbergs aufgegeben, ist gegenüber den Mitteilungen Hertzbergs an Finkenstein unhaltbar. Auch die Darstellung der Reichenbacher Vorgänge in v. Cölln's Vertrauten Briefen über die inneren Verhältnisse am preußischen Hofe (II, 157), wonach Lucchesini, durch eine Intrigue Bischoffswerders an Stelle des erkrankten Hertzberg geschoben, mit Spielmann die „unglückliche Konvention“ geschlossen hätte, steht mit den Akten in Widerspruch.

11. Juli brachte Lucchesini nach Reichenbach einen acht Seiten langen, eigenhändigen Brief Friedrich Wilhelms; darin war der Minister angewiesen, bei Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen einen neuen Weg einzuschlagen. „Polen hat zu erkennen gegeben, daß es ganz und gar nicht geneigt ist, auf den vorgeschlagenen Austausch mit den galizischen Distrikten einzugehen; die Türken würden alles Vertrauen verlieren, wenn man sich wegen der Entschädigung nur an sie halten wollte. In dieser Erwägung und insbesondere mit Rücksicht auf den Zeitverlust, den die hinterlistig geführten Verhandlungen uns verursachen, ist es, wie ich beschlossen habe und Ihnen hiemit eröffne, am besten, den status quo vor dem Kriege vorzuschlagen. Damit läßt sich am besten zum Frieden gelangen; daran werde ich mich halten und will, sobald die Zustimmung des Wiener Hofs eintrifft, den Grafen von Luzi über Wien ins Lager des Großwessirs senden, um der Pforte Nachricht zu geben."

Außerdem verlangte der König, in den Friedensvertrag müsse auch die Garantie der belgischen Verfassung aufgenommen werden, womit ja auch die Seemächte einverstanden seien. Endlich soll der Anspruch erhoben werden, daß König Leopold die ungarische Verfassung bestätige und die Bürgschaft des Königs von Preußen als Herzogs von Schlesien zulasse. „Sie werden selbst fühlen, wie wichtig es für Preußen ist, diese bedeutungsvolle Stellung zu gewinnen, und wie günstig die gegenwärtigen Umstände sich anlassen." „Was den status quo, an sich gewiß eine ehrenhafte Forderung, betrifft, so ist mir, wenn man ihn weigern sollte, der gerechteste Anlaß zum Kriege geboten; dann kann mir England seine Hülfe nicht versagen, und die vorteilhafte Allianz mit den Türken wird noch befestigt; anderseits ließe sich vielleicht, wenn es gelänge, den status quo vom Wiener Hofe zu erzwingen, die Verbindung Oesterreichs mit Rußland auflösen. Jedenfalls wäre es so unziemlich wie schädlich, an der Spitze einer schlagfertigen Armee die Zeit mit langen Unterhandlungen zu verlieren."

Betroffen erwiderte Hertzberg, er sei in sein Projekt nicht verliebt und habe nur im Interesse des Königs seine Vorschläge gemacht; die darauf zielenden Verhandlungen würden sicher nicht mehr Zeit gekostet haben, als man zur Beratung über Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege brauchen würde. Jetzt von den bisherigen Bedingungen plötzlich abgehen und andre aufstellen, heiße Leopold eine kaum erträgliche Demütigung auferlegen; der Anspruch auf Garantie der ungarischen Verfassung vollends sei gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung.

Nun ist der Krieg wohl nicht mehr abzuwenden, schrieb Hertzberg an den Kollegen, denn was ich dem König von Ungarn zumuten soll, kann er nicht annehmen, ohne sich selbst zu entehren. „Lucchesini ist ganz und gar für den Krieg, ebenso Herr von Jacobi; es ist nur gut, daß sie selbst an Ort und Stelle sehen werden, welche Schwierigkeiten und Gefahren der Krieg mit sich bringen wird, insbesondere in Bezug auf die Verpflegung ... Man scheint sich mit einem Feldzugsplan zu tragen, der nach meiner Ansicht niemals Erfolg haben kann, man will nämlich wiederum Böhmen angreifen ... Ich kann den Gießbach in seinem wilden Laufe nicht mehr aufhalten!"

Wenn Hertzberg trotzdem gehofft haben mochte, daß der König die War-

nung seines sonst so geschätzten Ministers beachten werde, so sah er sich enttäuscht. Ein zweiter Brief Friedrich Wilhelms vom 12. Juli wiederholte kurz und bündig die Weisung, den status quo als Grundlage der Verhandlungen zu wählen; nur die Garantie der ungarischen Konstitution wurde aufgegeben. „Was die Ungarn betrifft, so weiß ich nicht, woraus Sie entnehmen, daß ich in der Garantie eine conditio sine qua non erblicke; es kommt vor allem darauf an, daß die Ungarn selbst von mir diese Garantie fordern, was sie am 14. d. Mts. thun wollen; dann wird es immer noch Mittel und Wege geben, vor den österreichischen Ministern auf gemäßigte Art etwas davon anzubringen." Den Gesandten Englands und der Niederlande soll der neue Entschluß des Königs bekannt gegeben werden. Die ernste Zeit erheische ernstes Auftreten; England möge recht bald eine Flotte ins baltische Meer senden, um den König von Schweden zu retten und die preußischen Küsten zu decken.

Am 12. Juli erhielt Fürst Reuß endlich die Antwort auf die Vorschläge vom 29. Juni. Im Wesentlichen waren die preußischen Bedingungen angenommen; nur auf dem Besitz von Belgrad sollte bestanden und statt des geforderten Teiles von Galizien ein andrer von der Sau bis Brody angeboten werden. Nun brach Hertzberg selbst nach Schönwalde auf, um dem Könige die Vorteile einer Verständigung auf Grundlage des Wiener Angebots auseinander zu setzen. Doch alle Anstrengungen waren vergeblich; der König verlangte „in bestimmten, ja sogar strengen Ausdrücken", daß auf dem status quo bestanden werde, da nur diese Forderung für Preußen anständig und angemessen sei. Ueberdies machte er, um der genauen Beachtung seiner Anordnung versichert zu sein, den Vorschlag, daß auch Marquese Lucchesini den Konferenzen beiwohnen sollte, allein Hertzberg lehnte so beschämende Kontrole ab. Kaum war der Minister nach Reichenbach zurückgekehrt, wurde ihm ein Handbillet des Königs eingehändigt, das den gemessenen Befehl enthielt, binnen zehn Tagen müsse der Friede geschlossen sein oder die Verhandlung abgebrochen werden. „Ihre Absichten mögen ja gut sein, aber Sie schädigen das Staatswohl, wenn Sie nicht kurzweg alles abschneiden, was die Verhandlungen hinausziehen kann. Mithin ist es meine Aufgabe, Sie daran zu hindern, indem ich Ihnen aufs Bestimmteste auftrage, nur meinen Willen zu vollziehen und sich nicht mehr länger von Fürst Kaunitz narren zu lassen."

Hertzberg mußte also, wie ungern er auch auf seinen eigenen „Friedensplan" verzichtete, den Oesterreichern das neue Ultimatum kundgeben. Fürst Reuß und Spielmann, sichtlich betroffen, suchten wenigstens einige Beschränkungen des status quo, insbesondere Auslieferung der Festung Orsowa, durchzusetzen, doch Hertzberg blieb unerbittlich. „Ich war ja dazu genötigt," schreibt er an Finkenstein, „alles rundweg abzuschlagen." Die Gesandten der Seemächte unterstützten in der Sitzung die preußische Forderung, gaben aber in einer Sonderbesprechung den Oesterreichern ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, dafür zu wirken, daß zwar im allgemeinen der Stand vor dem Kriege zur Grundlage dienen, dem König von Ungarn aber unbenommen sein sollte, sich über kleine Abtretungen zur Sicherheit seines Staates unmittelbar mit der Pforte zu verständigen.

Nochmals, am 16. Juli, gab der König seinen unwiderruflichen Entschluß

zu erkennen, daß er von der Erfüllung der aufgestellten Bedingung den Frieden abhängig machen wolle. „Wir werden ja jetzt sehen, ob es der Wiener Hof auf Krieg ankommen lassen wird; die gestern eingelaufene Depesche Jacobis zeigt zur Genüge, daß sich die Verlegenheiten für den Wiener Hof, wenn er sich weigert, auf meine Absichten einzugehen, noch steigern werden. Möglicherweise wird sich der König durch die schlechte Gesinnung des Fürsten Kaunitz und den falschen Ehrgeiz des Marschalls Lacy zum Krieg verleiten lassen; jedenfalls war der feste, kräftige Entschluß, den ich gefaßt habe, das einzige Mittel, eine Unterhandlung abzuschneiden, die von Oesterreich mit hinterlistiger Absicht endlos hinausgezogen worden und für mich, der ich zum erstenmal eine Armee befehlige, wenig ehrenvoll gewesen wäre. Ich bin hocherfreut, daß Sie so getreu auf meinen Willen eingegangen sind; man darf nun von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht mehr abweichen." Auf die Meldung Hertzbergs, daß Fürst Reuß auf eine bestimmtere Erklärung Preußens bezüglich der belgischen Frage gedrungen habe, erwiderte Friedrich Wilhelm: „Und ich erwarte vor allen Dingen, daß der Wiener Hof sofort und bestimmt eine Erklärung abgibt, ob er auf den status quo eingehen will oder nicht; ehe dies nicht geschehen, werde ich mich über keinen andern Artikel äußern." Man sieht, in Schönwalde herrschte kriegslustige Stimmung; man hoffte und wünschte, daß die dem Wiener Hofe gesetzte Frist ohne Ergebnis verstreichen möchte. „Da es nicht unwahrscheinlich ist," schrieb der König am 20. Juli, „daß der Wiener Hof wieder nur eine verzögernde Antwort geben wird, so beauftrage ich Sie, ohne Aufschub an dem Kriegsmanifest zu arbeiten, damit es fertig ist, wenn diese Leute mich nochmals zum Narren halten wollen. Alle meine Maßnahmen sind getroffen; nichts kann und darf sie aufhalten, als die Annahme des unbeschränkten status quo!" Spielmann ließ das drohende Wort fallen, der Wiener Hof werde, wenn man ihn zum Aeußersten reize, vor ganz Europa den Beweis liefern, daß Preußen die Ungarn und die Galizier zum Aufstand aufgestachelt habe; Hertzberg meldete es, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen, aber auch der König ging gar nicht darauf ein, sondern wiederholte bloß den Befehl, das Manifest bereit zu halten. „Wenn die Umstände mich zum Aufbruch nötigen, werde ich es Ihnen anzeigen und werde Sie von allen Kriegsvorfällen unterrichten." Zugleich wurde der Aufbruch der Truppen auf den 25. Juli festgesetzt; von allen Seiten sollte gleichzeitig der Einmarsch in Böhmen bewerkstelligt werden.

Doch das Unerwartete traf ein. Am 23. Juli nachmittags überbrachte ein Kurier die Antwort des Wiener Hofes, und am nächsten Morgen gab Fürst Reuß die Erklärung ab: König Leopold ist bereit, auf Grund des status quo mit der Pforte Frieden zu schließen. Freilich war die Bemerkung eingeflochten, der König von Ungarn gebe sich der Hoffnung hin, daß die Pforte freiwillig unter Vermittelung des Königs von Preußen einige Grenzmodifikationen zugestehen werde.

Der Zusatz sei unbedenklich, stellte Hertzberg dem König vor, denn er enthalte weder für die Pforte, noch für Preußen eine wirkliche Verpflichtung; Preußen könne noch immer seine Vermittelung von näher zu bestimmenden Abtretungen abhängig machen.

Die überraschende Botschaft aus Wien ließ nun auch in Schönwalde eine friedlichere Stimmung die Oberhand gewinnen. Friedrich Wilhelm genehmigte die Wiederanknüpfung der Verhandlungen und übergab seinem Minister ein Memoire, das fünf Punkte als Mittel zur Ausgleichung seiner Absichten mit den Wünschen der Seemächte in Vorschlag brachte. Nachdem Oesterreich den strikten Besitzstand vor dem Kriege als Friedensbasis angenommen habe, soll derselbe auch von den Ministern der Seemächte unverzüglich garantiert werden, damit die Oesterreicher nicht wieder Zeit hätten, für die Wiederbelebung ihrer Hoffnungen zu wirken; in die preußische Gegendeklaration soll zwar eine Erwähnung dieser „Hoffnungen" aufgenommen werden, doch mit dem Beifügen, daß für den Fall einer Erwerbung des Wiener Hofes ein Ersatz für Preußen geboten werde [1]); in der belgischen Frage soll Preußen Hand in Hand mit den verbündeten Seemächten gehen; der Friede mit Rußland soll mit den schwebenden Unterhandlungen nichts gemein haben, die Sicherstellung der Türkei soll Preußen überlassen bleiben, das nur einen Frieden auf der Basis des status quo stricte zulassen werde; die Schlußverhandlungen sollen unter der Aufsicht und Vermittelung der Minister der Höfe von Berlin, London und dem Haag stattfinden.

Friedrich Wilhelm war noch nicht frei von Besorgnis, daß Hertzberg wieder in das alte Fahrwasser einlenken und zu Gunsten seines „grand dessin" den Vertretern Oesterreichs oder der Seemächte unpassende Zugeständnisse machen könnte; er wies daher den Minister an, den Entwurf der Gegendeklaration vor der Konferenz ins Hauptquartier zu senden. Hertzberg erwiderte, er werde die Erklärung nach Verständigung mit den Vertretern der Seemächte abfassen; die fünf Punkte seien auch in seinem eigenen Berichte enthalten gewesen. „Allein ich sehe wohl, daß ich Eurer Majestät Vertrauen nicht mehr genieße und nicht mehr genießen werde, daß ich nur noch Sprachrohr-Minister sein soll.[2]) Und doch glaube ich, auch bei dieser Gelegenheit beweisen zu können, daß ich die Interessen des Staats kenne und zu wahren weiß, so gut wie andre, wenn man mich nur rückhaltlos darüber sprechen ließe." Trotzdem blieb der König bei seinem Argwohn und forderte Vorlage des Entwurfes. „Die erste Pflicht eines Ministers ist, seinem Herrn zu gehorchen; ich hoffe nicht nötig zu haben, Sie daran zu erinnern." Auch der am nächsten Tage von Hertzberg vorgelegte Entwurf fand nicht die ungeteilte Billigung des Königs; es wurde noch einiges abgeändert, „damit Preußen sowohl gegenüber den belgischen Generalstaaten als der Pforte möglichst freie Hand behalte."

Am 26. Juli traten die Vertreter der vier Mächte zu neuer Beratung zusammen. Insbesondere die Forderung, daß Preußen als Bürge der belgischen Verfassung aufgestellt werde, stieß bei Reuß und Spielmann auf heftigen Widerspruch; war doch mit Sicherheit vorauszusehen, daß dann auch die Stände von Ungarn und Galizien das nämliche Zugeständnis heischen würden. Eine von

---

[1]) ... „Que dans la surdite contredéclaration Prussienne on ne parle de ces espérances que pour insister sur des espérances d'un équivalent en cas d'acquisition de la part de la cour de Vienne" ...

[2]) ... „Que je ne dois être que le Ministre Porte-voix" ...

den Gesandten der Seemächte vorgeschlagene Erklärung wurde von Friedrich Wilhelm nicht genehmigt. „Sie schien mir nach Ton und Ausdruck unannehmbar zu sein, weil sie den Eindruck zuließ, als ob ich mich entschuldigen wollte, daß ich mich in die häuslichen Angelegenheiten eines andern Staates eingemischt hätte; diese Wendung war ungeziemend, und überdies hat es sich darum nie gehandelt. Wenn der Artikel nach meiner Fassung vorgeschlagen sein wird, muß auf schleunige Unterzeichnung gedrungen werden. Den Oesterreichern darf es nicht zweifelhaft bleiben, daß ein weiterer Aufschub als Absicht, den Krieg herbeizuführen, aufgefaßt werden müßte."

Hertzberg selbst begab sich nochmals nach Schönwalde und suchte den König zu überreden, von der Garantie der belgischen Verfassung abzustehen, da sie von den Oesterreichern nun und nimmer bewilligt werden könnte, — umsonst, Friedrich Wilhelm beharrte auf seinem Entschluß.

Diese Beharrlichkeit wird durch die außerordentliche Gunst der Lage für Preußen erklärt und gerechtfertigt. Gerade am 26. Juli schrieb Graf Luzi, der auf der Reise nach Konstantinopel begriffen war, aus Wien: „Der Thron Leopolds ist bis zu den Grundfesten erschüttert. Eure Majestät hält das Geschick einer der ersten Mächte Europas in Ihrer Hand. Sollten Eure Majestät sich genötigt sehen, das Schwert zu ziehen, — niemals hat ein Krieg unter glücklicheren Auspizien begonnen! Nicht einige Unzufriedene, ganz Ungarn, die gesamte starke und kriegerische Nation ist bereit, sich zu erheben."

Nach Reichenbach zurückgekehrt, berief Hertzberg die Gesandten zur entscheidenden Sitzung. Nach langer, stürmischer Debatte wurde der preußische Entwurf angenommen. „Indem ich den Oesterreichern gewissermaßen Gewalt anthat," meldete Hertzberg abends dem König, „und immer mit dem Abbruch der Verhandlungen drohte, setzte ich durch, daß die Deklarationen unterzeichnet und ausgetauscht wurden." Auch Luccheſini war bei der letzten Konferenz anwesend gewesen und hatte, dem Prinzen Reuß die Uhr vor die Augen haltend, zum Abschluß gedrängt. „Die Oesterreicher," schrieb Hertzberg an Finkenstein, „haben nur mit heftigem Widerstreben unterzeichnet; ich war genötigt, die schwersten Drohungen gegen sie hervorzukehren. Herr von Spielmann geht morgen weg und will mit niemand mehr sprechen. Ich habe unter den peinlichsten Verdrießlichkeiten, die mir namentlich von Schönwalde bereitet wurden, zu leiden gehabt; ich müßte einen Band schreiben, wollte ich mich darüber weiter auslassen. Herr von Luccheſini hat eine Hauptrolle dabei gespielt; er ist auch zum Bevollmächtigten für den Friedenskongreß ausersehen. Ich halte es nicht für ziemlich, meine eigene Meinung über den Traktat auszusprechen; ich habe dazu nur meinen Namen und meine Feder hergegeben, alles übrige war mir von der Hand des Königs vorgezeichnet." Auch als Friedrich Wilhelm zum glücklichen Abschluß der Verhandlungen gratulierte, erwiderte Hertzberg frostig: „Es ist an mir, Eure Majestät aus Anlaß des Vertrags zu beglückwünschen, da er ja einzig und allein Ihr Werk ist." Doch auch die Verstimmung über die erlittene Zurücksetzung konnte den Minister nicht bewegen, auf „seinen" Tauschplan völlig zu verzichten. Er habe sich nochmals wegen Danzig und Thorn mit dem englischen Gesandten ins Benehmen gesetzt, meldete er dem König, und Mr. Ewart habe die Meinung

geäußert, hierüber werde am besten von Lucchesini in Warschau verhandelt werden. „Ich habe keinen Grund," antwortete der König, „mich in dieser Sache zu beeilen, denn ich will nicht, daß die Oesterreicher wieder anfangen, von Orsowa zu sprechen; dies würde aber unfehlbar geschehen, wenn sie von solchen Verhandlungen Wind bekämen."

Am 27. Juli 1790 wurde in Form gegenseitiger Erklärungen folgendes festgesetzt.[1]) Oesterreich erklärt sich bereit, mit der Pforte Waffenstillstand zu schließen, um auf Grundlage des Bestandes vor dem Kriege Friedensverhandlungen einzuleiten; dabei ist der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die Pforte zu einigen versöhnlichen Grenzmodifikationen verstehen werde. Falls der Krieg zwischen Rußland und der Türkei fortdauern sollte, wird Oesterreich nicht mehr daran teilnehmen. Von preußischer Seite wird gefordert, daß jene der Türkei angesonnenen Modifikationen jedenfalls freiwillige sein müßten, daß sodann der König von Ungarn dem preußischen Staat einen entsprechenden Ersatz leisten und das Nähere auf einem zu berufenden Friedenskongreß festgestellt werden sollte.

In einer gesonderten Erklärung versprach Preußen, in Uebereinstimmung mit den verbündeten Seemächten dafür Sorge zu tragen, daß die belgischen Provinzen unter die Herrschaft des Hauses Oesterreich zurückkehrten; dafür sollte ihnen eine Garantie ihrer alten Verfassungen gewährt werden. Ewart und de Reede gelobten im Namen ihrer Höfe, für wechselseitige Erfüllung der von Oesterreich und Preußen übernommenen Verbindlichkeiten einzutreten und auf dem Friedenskongreß die weitere Vermittelung zu übernehmen.

Noch war aber fraglich, ob Leopold den Reichenbacher Vertrag anerkennen und unterzeichnen werde. Von Finkenstein wurde es bezweifelt; da Spielmann zornig ohne Abschied Reichenbach verlassen habe, werde der Handel wohl noch ein Nachspiel haben. Hertzberg schloß sich dieser Befürchtung nicht an; die Krisis in Ungarn, erwiderte er, werde Leopold wohl nötigen, den Vertrag zu genehmigen, „allein was ist damit gewonnen? Leopold wird zustimmen, aber in einigen Jahren Rache dafür nehmen! Ich habe dies alles vorgestellt, aber man hat mir durch eigenhändige Briefe des Königs den Mund verstopft!"

Am 4. August überbrachte Fürst Reuß die ratifizierte Urkunde; Leopold hatte wirklich unterzeichnet, obwohl die preußischen Forderungen in Wien allgemeine Erbitterung hervorgerufen hatten. Fürst Kaunitz, der früher den Tauschplan des „abscheulichen, insidiösen" Hertzberg geschmäht hatte, war über das Zurückgreifen auf den status quo noch ungehaltener; er mußte, wie Hertzberg in Reichenbach, durch ein Handbillet seines Herrn förmlich gezwungen werden, zum Abschluß der Verhandlungen die Hand zu bieten.[2])

Dem Trotz der Preußen, schrieb Leopold an Schwester Christine, den Ränken der englischen und holländischen Diplomaten und dem Aufstandsgelüste

---

[1]) Preuß. St.A. Korrespondenz mit Hertzberg 1790. In deutscher Uebersetzung abgedruckt im Polit. Journal, Jahrg. 1790, 870.

[2]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, 368. — Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs, 143.

der Ungarn habe er nicht länger stand zu halten vermocht.[1]) Auch das unerwartete Ableben Laudons (14. Juli) mochte als ernste Mahnung zur Nachgiebigkeit empfunden worden sein.

Friedrich Wilhelm nahm, wie es scheint, die zustimmende Antwort Leopolds mit Befriedigung entgegen; er zog den Friedensboten zur Tafel und sprach ihm seine Freude aus, daß nunmehr der Degen in der Scheide bleiben und unverzüglich die Abrüstung beginnen könne.

Ohne Zweifel bedeutete ja der Reichenbacher Vertrag für den Augenblick einen glänzenden Erfolg Preußens, eine Niederlage Oesterreichs. In einem Glückwunsch des Grafen Goltz an Friedrich Wilhelm (1. August) sind die Lichtseiten überschwenglich gepriesen. „Niemand kann in Abrede stellen, daß der von Eurer Majestät diktierte Friede ebenso ehrenvoll für Sie und vorteilhaft für die Pforte, wie demütigend für das Haus Oesterreich ist. Eure Majestät erfreuen sich der Genugthuung, daß Sie Ihren Gegner vor ganz Europa genötigt haben, auf Bedingungen einzugehen, denen das freie Ermessen Eurer Majestät zur Grundlage diente. Ohne die Eifersucht einer benachbarten Macht zu erregen, haben Eure Majestät den glänzenden Aussichten eines Krieges entsagt und lieber Ihrem Lande Ruhe und Frieden, die Grundlagen des Glückes der Völker, erhalten. Der Vorteil für Eure Majestät besteht in der Schwächung des Gegners und in der Auflösung des Bundes zwischen Oesterreich und Rußland; aus diesem Grunde ist der Friede, der überdies von Ihrer Großmut und Selbstlosigkeit Zeugnis gibt, für Sie nicht minder glorreich, als ein glücklicher, erfolgreicher Krieg."

Diese Auffassung scheint in norddeutschen und protestantischen Kreisen die vorherrschende gewesen zu sein. Die Berliner Monatsschrift nimmt wiederholt die Gelegenheit wahr, die Großmut und die Friedensliebe Friedrich Wilhelms zu preisen.

„Teurer König! Friedenswonne
Gibst du uns zum Eigentum,
Und im Glanz der Morgensonne
Singet alles deinen Ruhm!" [2])

Ramler feierte in der Berliner Akademie den „Fürsten der Brennen", der opfermutig das Feuer, das schon ganz Europa zu erfassen drohte, ausgelöscht, der

„. . . nicht wie Pyrrhus erobern will, aber — ein besserer Pyrrhus —
Seinen Cineas hört!" [3])

Noch reichere Lobesspenden erhielt Cineas-Hertzberg, als dessen Werk der Reichenbacher Friede von der öffentlichen Meinung angesehen wurde. Das Hamburger politische Journal rühmt den „großen Mann, dessen Geist, dessen gründliche, tiefe und vieljährige Kenntnis des europäischen Staatssystems, dessen

[1]) Wolf, Leopold II. und Marie Christine, 184.
[2]) Ode von K. G. v. Raumer in der Berl. Monatsschrift, Jahrg. 1790, 201.
[3]) Ebenda, 387.

bis auf den heutigen Tag ebenso weise als glückliche Politik, dessen ebenso redliche als erhabene Vues politiques, solange er Staatsminister ist, das politische Glück von Preußen und wahrlich auch von ganz Europa gemacht haben." [1]) Die Bürgerschaft von Reichenbach bereitete am 8. August dem Minister eine Ovation, um „ihre Freude am lobpreislichen Gedeihen des Pazifikationskongresses" an den Tag zu legen. Ebenso wetteiferten in Breslau Behörden und Bürgerschaft, um dem Monarchen und dem Minister ihre dankbare Bewunderung kundzugeben. „Es floß kein Tropfen Menschenblut," läßt Schubart in der Chronik einen Preußen frohlocken, „und doch haben wir unsrer Nebenbuhlerin Austria die blutigen Lorbeerkränze vom Haupte gerissen!" [2]) Dem „Schiedsrichter von Europa" schien eine so gebieterische Stellung eingeräumt zu sein, daß die Erfolge des großen Friedrich in den Schatten gedrängt waren.

Es fehlte aber auch nicht an Stimmen, die über das Reichenbacher Werk weniger günstig, ja sogar abfällig urteilten. Weckherlin schrieb unter dem Titel: „Der Friede zu Reichenbach" ein Loblied auf den Krieg, der unter gegebenen Verhältnissen einem faulen, mit den unerbittlichen Gesetzen der Natur und der menschlichen Leidenschaft in Widerspruch stehenden Frieden vorzuziehen sei. [3]) Schlözer sah in dem „kleinmütigen" Auftreten der preußischen Politiker in Schlesien den Beginn des Verfalles der fridericianischen Macht. „Man erzählt seltsame Dinge von dem status quo in Preußen," schrieb er (19. Juli 1790) an Graf Schmettow, „kein Mut mehr in der Nation, nicht einmal ein militärischer mehr! Man soll selbst Oesterreich fürchten! Schicksal der Menschheit! Zwei Augen Friedrichs des Adlers schließen sich, und sechs Millionen Menschen werden umgestaltet; vielleicht in dreißig Jahren spricht man von Preußen, wie vor dreißig Jahren von Polen!" [4]) Der amerikanische Gesandte in Paris, Morris, schrieb seiner Regierung: „Preußen ist, obwohl es die Bedingungen des Reichenbacher Vertrages diktiert hat, vollständig hinters Licht geführt worden." Die Aeußerung bezog sich ebenso auf das Gebaren der Seemächte, wie auf das Verhältnis zwischen Oesterreich und Rußland. Auf preußischer Seite wurde, wie aus dem Schreiben des Grafen Goltz erhellt, die Sprengung des Bündnisses der Kaiserhöfe erhofft; dieses Vertrauen wurde aber enttäuscht. Leopold hatte nicht versäumt, der Zarin die Hülflosigkeit seiner Lage zu schildern und seine Nachgiebigkeit gegen Preußen als ein „für den Augenblick gebotenes Weichen vor dem Sturme" zu entschuldigen. „Da einerseits die Hoffnung fehlschlug," schrieb er am 13. Juli an Katharina, „daß wir die Pforte zum Frieden zwingen werden, andrerseits die Gefahr besteht, daß alle Streitkräfte Preußens über mich herfallen, ohne daß ich ihnen ebenbürtige entgegenstellen oder auf baldige Hülfe hoffen könnte, sah ich mich vor die grausame Wahl gestellt, entweder die ohnehin schon durch den belgischen Aufstand und die ungarischen Unruhen gefährdete Monarchie preiszugeben oder mich zu entschließen, meinen dumpfen Widerwillen zu besiegen und als Grundlage des Friedens einen

[1]) Hamb. polit. Journal, Jahrg. 1790, 925.
[2]) Chronik, Jahrg. 1790, 552.
[3]) Weckherlin, Paragraphen, I, 117.
[4]) Schlözers öffentliches und Privatleben, II, 166.

in jeder Hinsicht unangenehmen und unvorteilhaften Zustand anzunehmen." [1]) Katharina erwiderte, sie könne leider im Augenblick thatkräftige Hülfe nicht versprechen, habe also gegen Annäherung Leopolds an Preußen nichts einzuwenden, „aber ich hoffe, Eure Majestät wird mir beipflichten, daß wir auch in Zukunft trachten sollen, unser Bündnis gegen alle Angriffe und Umtriebe unsrer Feinde zu verteidigen und unter allen Umständen aufrecht zu erhalten." In Petersburg war man nicht geneigt, auf türkische Beute zu verzichten und den Krieg mit der Türkei ohne namhaften Vorteil für das eigene Reich zu beendigen, um so weniger, seit man mit Schweden — zu peinlicher Ueberraschung des Berliner Hofes — zu Werelä (14. August) einen glimpflichen Frieden geschlossen hatte. „Der König ist sehr böse über den Abfall Schwedens!" schrieb Hertzberg an Finkenstein. Hinwieder wurde die Kunde vom Reichenbacher Vertrag von den Polen, wie Goltz aus Warschau meldete, mit Entrüstung aufgenommen. „Also der König von Preußen hat uns verlassen und verraten!" Wie ein Blitz zündete die Nachricht in Brüssel! Auf Preußens Hülfe bauend, hatten die Patrioten gegen den Landesherrn sich erhoben; jetzt war es zum mindesten ungewiß, ob Preußen und die Seemächte im bevorstehenden Entscheidungskampfe den rächenden Arm Leopolds zurückhalten würden. Der Brüsseler Kongreß richtete an das Berliner Kabinett ein Schreiben, das halb flehend, halb drohend daran erinnerte, daß das Wort eines Mächtigen nicht weniger ernst verpflichte, als ein geschriebener Vertrag. Auch die Stände von Lüttich befürchteten von der Aussöhnung Preußens mit Oesterreich für sich schlimme Folgen und grollten ob der Treulosigkeit des angeblichen Verführers. Alle diese bisherigen Klienten waren fortan erbitterte Gegner. Bedauerlicherweise hatte Hertzberg versäumt, die Anerkennung des Fürstenbundes in fester Gliederung zu fordern, ja es war in Reichenbach von Deutschland und deutschen Interessen überhaupt gar nicht die Rede gewesen. Hertzberg kannte ja kein höheres Ziel, als „europäische" Politik zu treiben, und ebensowenig begriff der Italiener Luccheſini, wie nützlich und notwendig es für die jüngste und schwächste Großmacht gewesen wäre, getreu der fridericianischen Ueberlieferung im Geleise deutscher Politik zu bleiben.

In der Reichenbacher Konvention wurzelt der Baseler Separatfrieden von 1795. Der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen wurde in Reichenbach nur verhüllt, nicht aufgehoben und trat unmittelbar nach der „Aussöhnung" in alter Schärfe zu Tage. Nur eine so gewaltige Katastrophe, wie der Sturz des Königtums und der gesellschaftlichen Ordnung in Frankreich, war im stande, die Nebenbuhler zu Handschlag und Bündnis zu bewegen, aber gar bald entzweiten sich die Eifersüchtigen, die sich nicht lieben und nicht lassen konnten, aufs Neue. Da die Hülfe der verbündeten Seemächte unzureichend und unzuverlässig war, mußte Preußen im nämlichen Augenblick, da der Bund zwischen Oesterreich und Rußland wieder fester geknüpft wurde, mit Frankreich, sogar mit dem revolutionären Frankreich Fühlung suchen und auch einen hohen Preis sich gefallen lassen.

[1]) Beer, Leopold II., Franz II., Katharina II., 128, 130.

Zweites Buch.

Vom Abschluß des Reichenbacher Vertrages bis zum Baseler Frieden.
1790 bis 1795.

Erster Abschnitt.

Die französische Revolution und der deutsche Volksgeist.

„Wenn man die Revolution für das Werk von Menschen ausgeben wollte," sagt Victor Hugo, „so müßte man auch Ebbe und Flut für das Werk der Wellen ausgeben!"

Gleißende, klingende, dennoch nicht goldene Worte! Ebbe und Flut sind aus der Anziehung von Sonne und Mond, aus kosmischen Einflüssen zu erklären. Staatsumwälzungen sind Kollisionen zwischen dem bislang herrschenden Staatswillen und dem Gemeinwillen, also immer und überall Menschenwerk. An welche hülfreichen Mächte glaubt denn Victor Hugo? an den Himmel oder an die Hölle? In dem einen wie im andern Falle an ein Wunder. Wunder sind inkommensurable Erscheinungen; sie wurzeln überhaupt nicht auf geschichtlichem Boden. Wir dagegen haben mit berechenbaren Größen und Kräften, mit Menschenwerk zu thun, das eben als solches Bewunderung verdient. Bis vor kurzem war diese sowohl französischer- wie deutscherseits übertrieben. Wenn wir uns auch des natürlichen Abscheus gegen die Mörder nicht verwehren konnten, legten wir ihnen doch überraschend neue, große, redliche Absichten unter, wir gaben jedem Barrabas den Willen eines Erlösers.

Davon ist man endlich zurückgekommen. Tocqueville und Taine haben durch ihre unwiderleglichen Aufschlüsse über Ursprung und Wesen der Bewegung den Wahn beseitigt, daß wir um der Revolution willen Frankreich als die größte Wohlthäterin der Menschheit zu verehren hätten; diese beiden Forscher haben dargethan, daß die reformatorischen Gedanken der Revolutionszeit nicht französischem Geiste entsprungen, sondern von England und Amerika entlehnt sind, ja sogar von absolutistischen Herrschern, Friedrich II., Joseph II., Katharina II., herrühren. Auf ein riesiges Quellenmaterial gestützt, legt namentlich Taine die Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit gerade der volkstümlichsten Geschichtschreiber der französischen Revolution offen dar; die Thiers und Mignet, Michelet und Blanc sahen und schilderten nur das Gute, Gesunde und Zukunftskräftige

in der Bewegung; für die Uebelstände waren sie blind oder doch nachsichtig, sie zeigen uns auch den Schrecken durch einen rosigen Flor. Diese Mängel hat Taines Scharfsinn aufgedeckt, aber er selbst ist in den entgegengesetzten Fehler geraten. Ihm ist das ganze Revolutionswerk ein Abgrund von Thorheit, Elend und Verbrechen; wie die andern Schönfärber sind, ist er ein Schwarzseher. Die allgemeine Vorstellung von den Mitgliedern der Konstituante und des Konvents entsprach früher den Bildern Davids, lauter Brutusse in einer Art Wertherkostüm; wenn wir Taine glauben, waren sie samt und sonders heuchlerische Schurken, blutdürstige Dummköpfe und eitle Hanswurste.

„Alles, was Taine sagt, ist," wie Marc Monnier treffend bemerkt hat, „wahr, allein auch das Gegenteil ist es meistens nicht minder." Taine wollte die Kehrseite der Medaille zeigen. Die Fülle des Jammers und Greuels, die ihm seine Untersuchungen aufdeckten, erfüllte ihn mit Bitternis, die schmutzigen Einzelheiten verekelten ihm das Ganze; so erschien ihm das Pantheon schließlich als ein Tollhaus. Er sah die schwarzen Punkte genau, die lichten dagegen durch einen Nebel. Ohne Zweifel ist er ein Geschichtsforscher von allererstem Range, aber sein Werk ist nicht objektiv und unparteiisch, also lange noch nicht das letzte Wort über die französische Revolution und ihre Männer.

Noch ein zweiter Vorwurf, Einseitigkeit in einer andern Richtung, muß Taine gemacht werden. Ueber Einfluß und Wirkungen der Revolution auf die lateinischen und germanischen Nachbarn Frankreichs erfahren wir von Taine so viel wie nichts. Nach ihm hätte sich die Revolution in Frankreich wie auf einer weltverlorenen Insel vollzogen; nach ihm wäre der Baum der Erkenntnis ausschließlich französisches Gewächs, nur französischer Grund wäre der Nährboden für seine Wurzeln gewesen, nur gallisches Volk hätte seine Früchte gekostet.

Diese Lücke wird im Wesentlichen ausgefüllt durch Albert Sorels treffliches Werk: „L'Europe et la Révolution". Sorel zeigt uns die französische Revolution, die den einen als das Ende alles Guten, den andern als der Anfang einer neuen, besseren Zeit erschien, als den natürlichen und notwendigen Fortgang der europäischen Geschichte; er will nachweisen, daß „die Revolution keine auch noch so eigentümliche Folge gehabt hat, die sich nicht aus der Geschichte Europas ableiten und durch die vorausgegangenen Zustände des ancien régime erklären ließe". Sorel faßt aber in der Hauptsache doch nur die politischen Zustände ins Auge, den Einfluß der Pitt und Hertzberg, Leopold und Gustav auf die Entwickelung der Revolution und die gegenteilige Einwirkung. Wir nehmen mit Befriedigung wahr, daß er sich mit Vorliebe auf Zeugnisse deutscher Geschichtschreibung beruft; vor allen hat ja Sybel das große Verdienst, zuerst die Beziehungen nachgewiesen zu haben, die zwischen den englischen und preußischen, russischen und österreichischen Staatsmännern einer- und den Revolutionshäuptern andrerseits bestanden, den Einfluß gewertet zu haben, den die polnische und andre politische Fragen auf den Gang der Ereignisse in Frankreich ausübten, endlich festgestellt zu haben, daß die revolutionären Ideen in den europäischen Kabinetten ebenso Schutz und Boden fanden, wie in den Sitzungssälen und Klubhäusern von Paris.

Aber die Frage: wie wirkte die französische Revolution auf den Volks-

geist in Deutschland? ist, wie ich glaube, noch nicht erschöpfend beantwortet worden. Nicht als ob es an gründlichen Arbeiten fehlte![1]) Allein man hat sich, glaube ich, doch immer zu einseitig an die Aussprüche der großen Denker und Dichter des Zeitalters gehalten. Was Klopstock und Wieland, Schiller und Goethe, Johannes Müller und Kant über die Revolution gesagt haben, ist bekannt, aber damit ist noch nicht erklärt, wie die französischen Ideen auf die weitesten Schichten des Volkes wirkten, wie sie von Edelleuten und Bürgerlichen, Militärs und Publizisten aufgefaßt, verstanden und mißverstanden wurden!

Um darüber zu einer allerdings auch nur bedingten und mangelhaften Vorstellung zu gelangen, empfahl es sich, denselben Weg einzuschlagen, den Taine gewählt, um das Wesen des ancien régime und der neuen Gesellschaft zu ergründen; es wurden Quellen der verschiedensten Art in ungeheurer Zahl gesammelt und geprüft, nicht bloß Aussprüche jener Auserwählten der Nation, sondern auch Urteile der Tagespresse, die Stimmen von Schöngeistern und Pedanten, von boshaften und böswilligen, oberflächlichen und gründlichen Erzählern und Kritikern in Zeitungen, Briefen und Berichten, trockenen Verwaltungsakten und ätzenden Satiren, gereimter Fluch und Segen, langatmige Vorreden zu historischen und politischen Schriften, Flugblätter und Karikaturen.

Mit solchen Hülfsmitteln läßt sich die Wirkung der Revolution auf den Volksgeist wenigstens etwas genauer analysieren, als es bisher geschehen. Freilich lassen sich aus der überreichen Fülle verhältnismäßig nur wenige Züge verwerten; hoffentlich werden sie genügen, um von den leitenden Ideen, den Stimmungen und Strömungen jener Zeit ein charakteristisches Bild zu geben.

Vor allem drängt sich eine Beobachtung auf, die gegen das allzu abfällige Urteil Taines spricht: in allen Kreisen, bei hoch und niedrig, jung und alt, wurden von der großen Mehrheit der Zeitgenossen die Anfänge der Revolution mit Begeisterung begrüßt, ihr Fortgang noch von vielen mit Beifall verfolgt. „Glückseliges Zeitalter!" wird im Berliner Journal gespottet, „bald wird unser Deutschland lauter Politiker und lauter Genies haben!" „Die französische Revolution verdrängt durch ihr gewaltiges Interesse alles," klagt Archenholtz in der Minerva, „die besten Gedichte bleiben ungelesen, man greift nur noch nach Zeitungen und solchen Schriften, die den politischen Heißhunger stillen." Um der erschreckenden Vernachlässigung der früher so hoch gehaltenen Litteratur zu steuern, gründete Schiller 1794 die „Horen"; unter der Fahne der Wahrheit und Schönheit sollte wieder vereinigt werden, was durch die politischen Ereignisse aufgeregt und verwirrt worden war.

Diese allgemeine Teilnahme wäre nicht möglich gewesen, wenn die

---

[1]) K. Biedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert, II, 2, 1189. — Levi-Bruhl, L'Allemagne il y a cent ans (Revue des Deux Mondes, XCII). — Wenck, Deutschland vor hundert Jahren, II, 1. — Guglia, die ersten litterarischen Gegner der Revolution in Deutschland, in Zeitschr. für Gesch. und Pol., Jahrg. 1888. — H. Carnot, Les premiers échos de la révolution Française au delà du Rhin (Compte rendu de l'institut de France, Jahrg. 1888, 5). — Blennerhassett, Die Deutschen und die französische Revolution (Deutsche Rundschau, Jahrg. 1889, 51, 216). — Philippson, Rückwirkung der Revolutionskriege auf die inneren Verhältnisse Preußens, in Geschichte des preuß. Staatswesens vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zu den Freiheitskriegen, II, 1.

Bewegung dem Bedürfnisse der Zeit und ihr Verlauf wenigstens bis zu einer gewissen Grenze der allgemeinen Sinnes- und Denkart von damals nicht entsprochen hätte. —

Vieles wirkte zusammen, um die Deutschen auf die Idee der Volkssouveränetät vorzubereiten. Die zwei großen Schüler der französischen Aufklärungsphilosophie, Friedrich II. und Joseph II., suchten wie Gustav III. in Schweden, Leopold in Toskana, Tanucci und Caraccioli in Neapel, Pombal in Portugal, Struensee in Dänemark Natur- und Vernunftrecht in Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung ihrer Staaten einzuführen. Gewiß, die Praxis stimmte nicht immer mit der Theorie überein, auch mußten nicht selten fortschrittliche Ideen zur Vermummung andrer Pläne und Absichten dienen. Immerhin war der aufgeklärte Absolutismus eines Friedrichs, eines Josephs ein ungeheurer Fortschritt gegen den spanischen und französischen Absolutismus der Philippe, Ferdinande und Ludwige.

Die Verwandtschaft zwischen den reformatorischen Gedanken Friedrichs des Großen und der Mirabeau und Condorcet offenbart sich am deutlichsten in dem preußischen Landrecht. Friedrich II. hatte schon bald nach seinem Regierungsantritt den Pfälzer Cocceji damit betraut, „ein teutsches allgemeines Landrecht, welches sich bloß auf die Vernunft und Landesverfassungen gründet, zu verfertigen". Die Frucht der von Cocceji begonnenen, von Großkanzler Carmer und Kammergerichtsrat Svarez während der ganzen Regierungszeit Friedrichs II. fortgeführten Justizreformen war das allgemeine Gesetzbuch für die preußischen Staaten, das in den Jahren 1784 bis 1788 als Entwurf veröffentlicht und nach neuen Abänderungen 1794 unter dem Titel „Allgemeines Landrecht" mit Gesetzeskraft eingeführt wurde. Was schon in jenem Entwurf über Staatsgewalt, über Rechte und Pflichten der Bürger gesagt wird, finden wir im Wesentlichen in der französischen Verfassung von 1791 wieder. Sogar dem schönen Wort „allgemeine Menschenrechte" begegnen wir schon im preußischen Landrecht; allerdings werden sie von diesem nur zugestanden, insoferne sie sich mit dem Staatswohl vertragen. Die „Deutsche Zeitung", von Becker in Gotha herausgegeben, hat einmal die verwandten Stellen aus dem preußischen Gesetzbuch und aus der „Erklärung der Menschenrechte" nebeneinander gestellt: da haben wir einerlei Auffassung, zuweilen einerlei Ausdruck.

Unter dem Einfluß der Aufklärungsphilosophie und gefördert durch die Lässigkeit der Censur unter König Friedrich hatte man sich zumal in Berlin gewöhnt, über politische Dinge sehr frei zu sprechen. Ein schlagendes Beispiel dafür ist die Thatsache, daß im bestangesehenen Organ der Berliner Aufklärung, in der Berliner Monatsschrift vom Jahre 1783 ein Professor J. F. H. die neue amerikanische Freiheit poetisch verherrlichen und dem alten Europa die Verjagung der Fürsten und eine republikanische Verfassung als das Wünschenswerte hinstellen durfte:

„Und du, Europa, richte das Haupt empor;
Einst glänzt auch dir der Tag, wo die Kette bricht,
Du, Edle, frei wirst, deine Fürsten
Scheuchst und, ein glücklicher Volksstaat, grünest!"

„Es ist nicht denkbar," schrieb Georg Forster, „daß ein Europäer, der sich nur einigermaßen um die Schicksale seiner Gattung bekümmert, den Namen Franklin und den davon unzertrennlichen, unvergleichlichen Ruhm nicht kennte."

Sogar einem so freimütigen Manne wie Schlözer wurde diese Schwärmerei für die Republik zum Aergernis. Für den Deutschen, schrieb er, sei es eine Schande, der amerikanischen Freiheit, obschon sie noch in den Kinderschuhen stecke, auf den Knien zu huldigen, und wenig Selbstachtung zeige, wer die deutsche Größe vergißt und Deutschlands Fürsten ohne Anlaß begeifert. Im Jahre 1784, also noch unter der Regierung Friedrichs II., gibt die Berliner Monatsschrift den Fürsten den Rat, die Einführung republikanischer Verfassungen selbst anzubahnen, denn nur durch solchen Opfermut könnten sie sich nach den Großthaten Friedrichs noch neuen Ruhm erwerben. Schiller suchte den Grund, warum sein Fiesko in Berlin so viele Aufführungen erlebte, in dem republikanischen Geiste, der in der preußischen Hauptstadt weit verbreitet sei. Der Rationalismus in der Behandlung religiöser Fragen wurde auch für politische Erörterungen maßgebend. So wimmelt denn die Litteratur jener Tage von Aussprüchen einer feindseligen Gesinnung gegen die Fürsten und die monarchische Regierungsform. In den sechs Bänden, welche der bekannte Schnepfenthaler Pädagoge Salzmann über das menschliche Elend (Karl von Karlsberg oder über das menschliche Elend, 1784—1788) geschrieben hat, kehrt immer wieder die Klage: „Unsere Staaten tragen die Schuld, daß die Erde nur ein Jammerthal!" Wie ist es nur möglich, fragt ein Oesterreicher in einer Flugschrift über den Türkenkrieg von 1788, daß Millionen Menschen so tierisch dumm sind, für einen einzigen Menschen Gut und Blut zu opfern, nur weil er eine Krone trägt, und was hat der Invalide davon, daß der Staat nach allen Himmelsstrichen wächst, während er selbst nur in einer dumpfen Stube mühsam umherhumpeln kann? — „Leute, die in dummem Gehorsam sich unter das Joch jeder despotischen Obrigkeit beugen," schrieb Schubart 1776 in der „Chronik", „sind nicht besser, als das Vieh, das vor seinem Treiber hergeht und nichts mehr hört, als das Klatschen der Peitsche; ein unruhiges, zu Rebellion geneigtes Volk ist gewöhnlich ein großes Volk, so sagt der Radikale Pryce, und er hat recht!" — Auch in Republiken, heißt es im „Deutschen Zuschauer" 1787, kommen bisweilen Revolutionen vor, aber diese Unannehmlichkeiten sind vorübergehend; ganze Generationen genießen dort einer Glückseligkeit, von der man in monarchischen Staaten keinen Begriff hat! Auch die letzte Konsequenz des Illuminatismus war unzweifelhaft Befreiung der Menschheit von Fürstengewalt. „Je mehr sich die Aufklärung ausbreitet," sagt der Stifter des Ordens, Adam Weishaupt, „desto entbehrlicher werden die Fürsten, und einst, freilich erst in ferner, unberechenbarer Zukunft wird das Menschengeschlecht nur noch eine Familie und die Welt der Aufenthalt vernünftiger Menschen ohne Gewaltthätigkeiten und Ordnungsstörungen sein."

Noch lebendiger waren so radikale Anschauungen bei den Dichtern und Schriftstellern vertreten. Es braucht nur an die Sturm- und Drangperiode erinnert zu werden. Freiheitsdurstige Poeten verkündeten nicht bloß die unbedingte Berechtigung der Leidenschaft, die Emanzipation der Liebe von Gesetz

und Sitte, die Erhabenheit des Subjekts über Meinung und Achtung der Gesellschaft, sondern wandten sich feindselig auch gegen Gesetz und Ordnung. Seit J. J. Rousseau die Rückkehr zur Natur, zum ursprünglichen, unverfälschten Menschentum gepredigt und die Phantasie der Zeitgenossen an Diderots „wackren Wilddieben und Schleichhändlern" sich entzündet hatte, nahm die Schwärmerei für die Humanitätsapostel mit Flinte und Räuberhut kein Ende, und die „despotischen Kniffe" der Minister und die „tyrannische Willkür" der Amtleute konnten nicht abschreckend genug geschildert werden. Goethe kennzeichnet die Bewegung in einem Briefe an J. F. Reichardt (28. Februar 1790) folgendermaßen: „Ritter, Räuber, Wohlthätige, Dankbare, ein redlicher, biederer Tiers-Etat, ein infamer Adel . . . und durchaus eine wohlsituierte Mittelmäßigkeit, aus der man nur allenfalls abwärts ins Platte, aufwärts in den Unsinn einige Schritte wagt, das sind nun schon zehn Jahre die Ingredienzien und der Charakter unsrer Romane und Schauspiele!" Wenn sogar dem milden Claudius das Wort entschlüpft:

„Der König sei der bessere Mann,
Sonst sei der Bessere König" . . .

so feierte Graf Friedrich zu Stolberg in einem Atem:

„Tell, Hermann, Klopstock, Brutus, Timoleon",

als „Namen, flammend ins eherne Herz gegraben". Im „Freiheitsgesang aus dem zwanzigsten Jahrhundert" (1775) feiert er, „trotzend dem Pöbel, gehüllt in Schulstaub," den Anbruch einer neuen Zeit:

„Willkommen, Jahrhundert der Freiheit,
Großes Jahrhundert, willkommen,
Du schönste Tochter der spätgebärenden Zeit!"

und die Schlußstrophe prophezeit die Revolution:

„Donner entrollen deinem Fußtritt, und es stürzen dahin
Die Throne, in die goldenen Trümmer Tyrannen dahin!
Du gießest aus mit blutiger Hand der Freiheit Strom!
Er ergeußt sich über Deutschland! Segen blüht
An seinen Ufern, wie Blumen an der Wiese Quell!"

Mit dem dunklen Freiheitsdrang war das Bewußtsein erwacht, daß es schlecht stehe um das deutsche Volk, und der Glaube, daß eine Umwälzung der deutschen Verhältnisse unter allen Umständen nur bessere Zeiten heraufbringen könne. Nicht dem deutschen Patriotismus kam diese Bewegung zu gute! Gab es doch kein lebendiges deutsches Reich mehr, sondern nur noch zwei Großstaaten, die sich eifersüchtig überwachten und offen oder heimlich bekriegten, daneben einige lebensfähige und sehr viele nicht mehr daseinsberechtigte Staaten, deren Regenten sich beim Anschluß an die eine oder andre Großmacht von Nützlichkeitsrücksichten, oft nur von Laune leiten ließen! War doch der bittere Spott des Franzosen Mirabeau nicht unberechtigt, daß gerade unter den deut-

schen Fürsten immer viele bereit, „den traurigen Wollüsten von Babylon-Paris vor der rührenden Ehre, im bescheidenen Hause als Hirten des Volks zu leben, den Vorzug zu geben". Es begreift sich, daß nicht die Fürsten Träger der deutschen Einheitsidee geblieben sind, aber auch im Adel und Klerus, im Bürger- und Bauernstand war das Nationalgefühl erloschen, wurde dem Verfall des Reichs mit erschreckender Gleichgültigkeit zugesehen. Als Karl Friedrich Moser in seiner Schrift „Vom deutschen Nationalgeist" nicht etwa an deutsche Einheit, sondern nur an Eintracht und Verträglichkeit mahnte, spotteten Nicolai, Bülow u. a. über den „Wiener Byzantinismus", über die Einfalt und Engherzigkeit des Patrioten. Nicolai nennt schlankweg den nationalen Standpunkt „niedrig" und den Nationalgeist ein politisches Unding. Die einen gefielen sich in selbstgefälligem Partikularismus, die andern und zwar die besten Köpfe als Weltbürger, denen die Entwickelung des eigenen Vaterlands gleichgültig war. „Deutschland ist ein vielköpfiges Aggregat von einer großen Anzahl ganz verschiedener Völker und Staaten," erklärt Wieland im Patriotischen Beitrag zu Deutschlands höchstem Flor, „durch nichts als seine Staatsverfassung und eine gemeinschaftliche, wiewohl nicht durchgängig angenommene Schriftsprache verbunden, sonst durch alles andre, Religion, Staatswirtschaft, Polizei, Sitten, Gebräuche, Lage, Verhältnisse, Interesse, Mundarten, Grade der Kultur u. s. w. zum Teil himmelweit verschieden, getrennt und in Kollision gesetzt!" Es könne dieser Unterschiede und Gegensätze wegen, folgert er mit kühler Resignation, in Deutschland dasjenige, was man „Nationaluniform" nennen könnte, schlechterdings nicht geben. „Ich schreibe," sagt Schiller im Prospekt der Rheinischen Thalia (1784), „als Weltbürger, der keinem Fürsten dient; frühe verlor ich mein Vaterland, um es gegen die große Welt auszutauschen."

Unbestreitbar hat dieser Mangel an Gemeinsinn und Nationalgeist ebenso mitgewirkt, die Gemüter für die Revolution empfänglich zu machen, wie der endlose Jammer über die kleinliche Gegenwart, wie die dichterische Verklärung der Armen und Elenden.

Dazu kam, daß das Kirchentum in Deutschland durch die febronianische Bewegung und den Zwist der deutschen Erzbischöfe mit der römischen Kurie geschwächt war. Auch die zahlreichen geheimen Orden und Brüderschaften, die sich in erster Reihe gegen die bestehenden kirchlichen Einrichtungen wandten, bereiteten die Geister auf die Revolution vor. Ein stiller Kampf war allenthalben zwischen Volk und Regierung entbrannt. Der Absolutismus sah im Volke nur Nullen, denen erst durch die vorgesetzte Ziffer, d. i. die Regierung, ein Wert verliehen werde; nun hatten aber Montesquieu und seine Schüler zu rechnen begonnen und entdeckt, daß die dunkle, wimmelnde Masse die wahre Kraft ist und daß sie alle Macht an sich reißen könne, wenn sie einig sei.

Das bürgerliche Selbstgefühl war erstarkt, und immer härter angefochten wurden die Vorrechte des Adels. Bis vor kurzem war Deutschland so recht das Dorado der bevorzugten Stände gewesen. „In Deutschland," erzählt Goethe aus seiner Jugendzeit, „war es noch kaum jemand eingefallen, jene ungeheure privilegierte Masse zu beneiden oder ihr die glücklichen Weltvorzüge zu mißgönnen." Jetzt wurden diese Vorrechte in staatswirtschaftlichen Schriften,

wie in der schönen Litteratur bemängelt und angefochten; dagegen wurde für den Bauer, „das Lastlier der menschlichen Gesellschaft," Erleichterung gefordert; überhaupt sollen im Interesse des allgemeinen Wohlstandes die Arbeiterbienen, nicht mehr die Drohnen im Bienenstock bevorzugt sein. Sogar der wackere, nüchterne Justus Möser, dessen Freiheitsliebe keine phrygische Mütze trägt, der immer bereit, das Schädliche zu bekämpfen, das Gute in den bestehenden Einrichtungen aber ebenso lebhaft zu verteidigen, wird bitter, wenn er auf den deutschen Bauernstand zu sprechen kommt:

„Gehn viele da gebückt und welken
In Elend und in Müh,
Und andre zerren dran und melken,
Wie an dem lieben Vieh;
Und ist doch nicht zu defendieren
Und gar ein böser Brauch,
Die Bauern gehn ja nicht auf Vieren,
Es sind ja Menschen auch!"

„In Spanien ist das Pflügen so schimpflich, als in Deutschland das Abdecken. Sollten wir es etwa auch dahin bringen? Sollen wir die Hummeln ehren und die Bienen beschimpfen?" — „Einen Menschen verbrennen, weil er Jude ist," erklärt Schlözer, „und einem andern die höchsten Stellen verschließen, weil er nicht vom Adel, sind Species von einem Genus, Reliquien vormaliger Barbarei und mittelalterliche Schmutzreste." Das „Teutsche Museum" erlaubt sich den Ausfall: „Der Schornsteinfeger, der Holzhacker, der Nachtwächter, der Bettler sogar braucht Genie, aber was in aller Welt braucht der Edelmann, wenn er einmal aus einer Mutter aus gutem Geschlechte gekrochen ist?" Der junge Jean Paul zieht in den „Grönländischen Prozessen" (1783) einen witzelnden Vergleich zwischen altem Adel und altem Käse; was dort die Ahnen, das seien hier die Maden, in den Nachkommen vollends spiegele sich das Bild der Vorfahren nur noch so, wie das Bild der Sonne in der Pfütze. „Komödien und Romane," heißt es in der Berliner Monatsschrift, „wimmeln heutzutage von Deklamationen gegen den Adel!" Wenn früher in manchen Schulen, wie z. B. aus einem Programm des Görlitzer Rektors Baumeister zu ersehen ist, zwischen den Söhnen Adeliger und den Schülern, „so niedriger Geburt sind", die wunderlichsten Unterschiede gemacht wurden, — die Adeligen brauchten nicht Griechisch zu lernen, die Bürgerlichen waren von den Leibesübungen, vom Baden ꝛc. ausgeschlossen, — so gefielen sich jetzt freisinnige Pädagogen unter dem Einfluß von Rousseaus Emile in so bizarren Phantasien, daß Herder versicherte, er möchte solchen Volkstümlern nicht ein Kalb, geschweige denn ein Kind zu erziehen geben. Manche Schriftsteller glaubten schon daran mahnen zu müssen, daß wegen der Sünden einzelner Mitglieder nicht die ganze Institution verworfen werden dürfe. Der unlängst geadelte Kotzebue hielt sich für berufen, „in einer Zeit, wo die Gleichheit aller Stände der Steckenesel ist, auf welchem junge Dichter reiten", den Adel gegen „die chimärische Afterfreiheit" in Schutz zu nehmen. Möser wandte sich ebenso gegen sinnlose Gleichmacherei, wie gegen

unverdiente Geringschätzung der sogenannten niederen Stände: „Wer ist denn der Vornehme, wer der Geringe? Der Mann, der aus seinem Comptoir der halben Welt Gesetze und Königen Kredit gibt, oder der Pflastertreter, der in einem langen Mantel zu Rate geht? Der Handwerker, der Tausende dem Staate gewinnt, der Krämer, der sie hinausschickt, oder der Mann, der von seiner Besoldung lebt und dem gemeinen Wesen in Fütterung gegeben ist?" Den Vorrang des „echten Adels", erklärt Möser, wie Taine, aus „der Ehre und dem Recht, die ersten Kontrahenten und Eigentümer des Landes gewesen zu sein". Der hannöversche Geheimsekretär Brandes wirft 1787 in der Berliner Monatsschrift die Frage auf: „Ist es den deutschen Staaten vorteilhaft, daß der Adel die ersten Staatsbedienungen besitzt?" und bejaht dieselbe aus geschichtlichen und philosophischen Gründen. „Laßt also dem Adel seine Vorrechte, aber kontrolliert ihn, daß er nicht weiter greife, nicht in Rücksicht seiner Geburt sich alles erlaubt halte . . . und ihr Bürgerlichen! vergeßt nicht, daß wenn sie Edle sind, ihr Freie seid!" Auch Schubart nimmt den Adel gegen den Neid hungriger Dichterlinge in Schutz, denn jener kehre Stacheln nicht nur nach unten, sondern auch nach oben; er sei die starke und einzige Wehr gegen die Willkürherrschaft der Fürsten.

Denn auch das Mißbehagen an fürstlicher Eigenmacht und das Verlangen nach deren Beschränkung gehörten zu den Zeichen der Zeit. Der vergötterte Rousseau war zwar gegen jede Volksvertretung; trotzdem fand der Wunsch nach einer Beteiligung des Volkes an der Regierung auch in Deutschland allerorts freudigen Widerhall. Der Streit der württembergischen Landstände mit dem despotischen Karl Eugen, das Märtyrertum des Johann Jakob Moser, der mannhaft für die landschaftlichen Rechte eingetreten war, erregten Teilnahme im ganzen Reich. Entrüstet verurteilte Weckherlin die Gepflogenheit der Regierungen, mißliebige Landstände zu plagen und zu placken, und falls sie sich weder einschüchtern noch ködern ließen, kurzweg unschädlich zu machen. Möser empfahl auch für die deutschen Staaten „die englischen Regierungsformen". „Wer da soll mitthaten, muß auch mitraten, ist die uralte Formel des deutschen Rechts." Im Recht sieht er die Freiheit, und das Recht ist ihm „der Ausdruck der Mehrheit Stimmbefähigter". Der beredteste und beharrlichste Anwalt ständischer Freiheiten und Rechte war Schlözer. Er drückt seine Ansicht klar und bündig aus. „Jede Regierungsform, wo der gute Herrscher nicht durch Volksrepräsentanten gelehrt und geleitet, der nichtgute im Notfall gezügelt und gezüchtigt wird, ist unnatürlich und für die Zukunft gefährlich." Im „Fürstenspiegel" wendet er sich gegen die Ueberspannung des Gottesgnadentums der großen Fürsten, die zu Willkürakten und Gewaltthaten verleite, und gegen die Großmannssucht der kleinen, die den übertriebenen Luxus, die Gallomanie, die frivolen Finanzkünste so vieler deutschen Höfe verschulde.

Ueber die Landstände hinaus geht ein Vorschlag im Journal von und für Deutschland (1785), aus den da und dort tagenden sogenannten patriotischen Gesellschaften einen „Nationalkonseß" zu bilden, der aufrichtiger und rückhaltloser als Landstände und Parlamente den Willen des ganzen deutschen Volkes offenbaren werde.

Freilich boten die Räume und Gelasse des gotischen Bauwerkes „Deutsches Reich" am Vorabend der Revolution, wie wir gesehen haben, gar wechselvolle Eindrücke. Während in Baden der humane Karl Friedrich sein Land nach Quesnays Lehren zu fördern und heben bestrebt war, hatte das schwäbische Nachbarland ebenso unter der Willkür und Härte, wie unter der Verschwendung eines Karl Eugen zu leiden; in Pfalz-Baiern stoßen wir unter dem schlaffen und sinnlichen Karl Theodor auf das Durcheinander von verdienstvollen Kunstbestrebungen und unerträglicher Bedrückung von Wissenschaft und Litteratur; in Preußen läßt sich Friedrich Wilhelm II. von Rosenkreuzern und Gunstdamen leiten; in Oesterreich herrscht der ehrgeizige, pflichttreue, aber ungestüme und eigenwillige Joseph. Die Fäulnis in den geistlichen Herrschaften ist unheilbar, die Reichsritterschaft verkommen, an Kastengeist, konfessionellem Hader und Finanznöten kranken die Reichsstädte.

Welche Fehler und Mißgriffe der Regierungen besonders peinlich von dem deutschen Volk empfunden wurden, enthüllt eine aus dem Wiener Aufklärungslager 1790 hervorgegangene Flugschrift „Patriotenstimme eines freymütigen Deutschen über die dermaligen Empörungen und Gärungen in und außerhalb des deutschen Reichs", ohne Zweifel eine der bedeutsamsten Kundgebungen aus der Revolutionszeit. Der allenthalben emporwuchernde Geist der Unbändigkeit und Gesetzlosigkeit wird vom Verfasser verurteilt und bekämpft; „man klagt in Deutschland entweder aus Dummheit und Vorurteilen oder aus Gewohnheit, Tadelsucht und Bosheit oder aus einem unruhigen Geist"; immerhin seien viele Klagen der Unterthanen nur allzusehr begründet. „Ich glaube, daß der Hauptgrund der bestehenden Mißstimmung in der zu weiten Machtausdehnung der Regenten zu suchen seye!" Die Fürsten möchten bedenken, daß die Völker nicht bloß Pflichten, sondern auch Rechte haben, „denn es ist ein unumstößlicher Grundsatz, daß die Fürsten ihre Macht durch freiwillige Verträge mit den Unterthanen erlangt haben, nicht um selbe zum Nachteil der letzteren anzuwenden, sondern um sie nach den Landesgesetzen zu regieren". Woher hätten denn die Fürsten das Recht bekommen, ihre Unterthanen, wie das liebe Vieh, als Soldaten zu verkaufen und zu verpachten? das Getreide des Landmanns durch das gehegte Wild abfressen zu lassen? Tausende von Steuergulden für Operisten und Tänzer, für Karnevalsscherze und Pharao zu verausgaben? Nun habe die Geduld des Volks ein Ende, und dringend verlange alles nach zeitgemäßen Reformen. Insbesondere eine gerechtere Steuerverteilung sei unerläßlich geboten; der Mittelstand könne nicht länger allein alle Lasten zum Unterhalt des Staates tragen. Wozu die vielen und mannigfaltigen Steuern und Abgaben, deren Erhebung nicht selten unverhältnismäßig hohe Kosten verursache? Eine Steuer, eine allgemeine Grundsteuer, genüge, und dazu die Accise, deren Einführung durch Friedrich II. früher so leidenschaftlich beklagt worden sei und jetzt als Segen empfunden werde. Für Kaffee, Thee, Zucker, Tabak, feine Weine und andre Luxusartikel [1]) mögen recht hohe Zölle angesetzt werden, damit nicht den Unbemittelten unerschwingliche Lasten aufgebürdet werden müßten. Dem

[1]) „Worunter ich auch die Spanferkel zähle" ...

Getreidewucher soll entschlossen gesteuert, Teuerungen durch Anlage von Magazinen vorgebeugt, der Viehverkauf nach auswärts verhindert, für alle Lebensmittel ein fester Tarif eingeführt werden. Die Rechtspflege soll vereinfacht und von übermäßigen Kosten befreit, die Weitläufigkeit der Prozesse abgestellt, den rabulistischen, gewinnsüchtigen Advokaten das Handwerk gelegt werden. Insbesondere müsse der mit der Jagd verbundene Unfug ein Ende haben. Am besten wäre es freilich, wenn die Regenten einer für ihre Länder so verderblichen Passion gänzlich entsagten; jedenfalls müsse darauf bestanden werden, daß sich die Jagden auf festumzäuntes Privatgut der Fürsten und Herren beschränken. Ohne Achtung der Religion könne kein Staat bestehen, daher müsse jede Regierung für Erhaltung des öffentlichen Gottesdienstes, Heranziehung würdiger Geistlicher, Unterdrückung sittenverderbender Bücher 2c. Sorge tragen, aber nicht minder wichtig sei die Hebung des Unterrichtswesens. Mit den Schulen auf dem Lande sehe es noch traurig aus. „Kann der Schulmeister nur die Glocken läuten, dem Herrn Pfarrer Bücher und Chorrock nachtragen, Lichter anstecken und putzen und mitunter auch einen Knecht des Pfarrers abgeben, so ist er ein braver, geschickter Mann. . . . Möchten doch unsre Fürsten und Herren weniger auf Schauspiele, Opern, Jagden und Maitressen verwenden und von dem Ueberschuß die Schuldiener besser besolden, damit sie rechtschaffene und geschickte Männer in ihre Dienste ziehen könnten!" Auch dem Armenwesen soll mehr Beachtung geschenkt, das Recht auch des Aermsten auf Arbeit respektiert werden. „Arbeitslose Menschen und faules Gesindel sind allezeit am ersten bey der Hand, wenn ein Tumult entsteht, um ungestraft rauben und plündern zu können." Zu den schlimmsten Landplagen gehöre das Zahlenlotto; „möchte doch endlich durch einen Reichsschluß dieses land- und sittenverderbende Spiel von unsren Grenzen verbannt werden!" Auch dem Luxus in Stadt und Land müsse wieder eine heilsame Schranke gezogen werden; jetzt werde häufig das ganze Heiratsgut auf die Hochzeit verwendet; eine Kindstaufe koste so viel, als eine Familie ein ganzes Vierteljahr zu ihrem Unterhalt brauche; der Prunk bei den Begräbnissen verschlinge nicht selten die bescheidene Erbschaft. Das Volk müsse einfacher, gesitteter, gebildeter werden, der Landesvater mit gutem Beispiel vorangehen, sonst werde der Geist der Widersetzlichkeit immer beunruhigender aufwachsen und die Empörung auch in deutschen Landen unausbleiblich sein. —

Merkwürdig ist, daß Friedrich II., obwohl er die Unhaltbarkeit der Finanzlage Frankreichs längst erkannt hatte, den so nahe bevorstehenden Ausbruch einer Revolution nicht ahnte. Andre Geister von strenger Art aber sahen den großen Sturm, der eine Umwälzung alles Bestehenden herbeiführen werde, seit langem voraus. Der Gedanke geht bis auf Leibniz zurück. Herder macht in den Briefen zur Beförderung der Humanität auf einen überraschenden Ausspruch des Philosophen aufmerksam. Aus der Ausbreitung des Unglaubens und der Selbstsucht wird auf die Wahrscheinlichkeit einer Generalrevolution, die ganz Europa umgestalten werde, ein Schluß gezogen. „Kommt man dieser epidemischen Krankheit, deren Wirkungen bereits sichtbar zu werden beginnen, noch rechtzeitig zuvor, so lassen sich ihre Folgen vielleicht noch hemmen; nimmt sie aber überhand, so wird die Vorsehung die Menschen gerade durch eine Revo-

lution heilen, und was auch kommen mag, am Ende zum Wohle des Ganzen leiten, wenn es auch nicht ohne Züchtigung derjenigen, die durch ihre bösen Handlungen wider ihren Willen zur Beförderung des Guten beitrugen, weder erreicht werden wird, noch erreicht werden kann." In den Achtziger Jahren wurde der Ausbruch einer Revolution schon von vielen für unabwendbar gehalten. Der gut konservative Homburger Creuz ruft, da er auf den Jagdunfug der Edelleute und die Maitressenwirtschaft der Höfe zu sprechen kommt, bekümmert aus: „Wer sieht da nicht große Revolutionen voraus?" „Europa scheint auf dem Punkt einer schrecklichen Revolution," schreibt Georg Forster an Johannes Müller, „die Masse ist so verderbt, daß nur Blutlassen wirksam sein kann. Vom Thron bis zum Bauern sind alle Stände von dem, was sie sein sollen, herabgesunken, und keiner mehr, als unsre vorgeblichen Gottesgelehrten." Johannes Müller hegt die gleiche Besorgnis; in einem Briefe an seinen Bruder vom 23. November 1782 zieht er daraus die drollige Nutzanwendung: „Ich bin im Grunde des Apostels Meinung, daß nicht Heiraten besser ist, besonders für den gelehrten Stand und in unsern Zeiten: weil sich nach der Beurteilung aller großen Staatsmänner Europa zu Revolutionen bereitet, in welchen es immer besser ist, nur für sich sorgen zu dürfen." In seiner Berner Abschiedsrede 1786 sagte der Geschichtschreiber: „Große Zubereitungen und Wahrzeichen eines Uebergangs der vorigen in eine ganz neue Verfassung der menschlichen Gesellschaft bezeichnen unsre Zeit!"

Als nun zu Tage trat, daß vom Ballhaus in Versailles in der That eine Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung ausgehen werde, und der Bastillesturm zeigte, worauf diese Bewegung in Frankreich ziele, wurde das „Morgenrot einer besseren Zeit", der „Frühling der Menschheit" fast in allen Kreisen mit schrankenlosem Jubel begrüßt. Zwar behauptet ein feiner, besonnener Beobachter, der schon erwähnte Hannoveraner Brandes, in Adelskreisen und in der Geschäftswelt sei von vornherein Gesetzlosigkeit befürchtet und deshalb der ganzen Bewegung mit Mißtrauen begegnet worden, nur der Bürgerstand und die Gelehrten hätten der Erscheinung Sympathie entgegengebracht.

Allein in Bezug auf den Adel ist die Versicherung auffallenderweise nicht einmal richtig. Wenn wir die uns erhaltenen beifälligen Urteile über die Revolution sichten, zeigt sich, daß unverhältnismäßig viele aus adeligen Kreisen stammen. Eben in diesen hatte ja die flache Freigeisterei seuchenartig um sich gegriffen. Ueberaus zahlreich waren die Edelleute, allerdings meist solche ohne festen Besitz, die eine Ehre darein setzten, nicht nur die Standesvorurteile, sondern auch die ehrwürdigen Ueberlieferungen abzuschwören; sie drängten sich förmlich dazu, die Vorrechte ihres Standes zu opfern. Das Gleiche läßt sich ja auch in Frankreich beobachten: die eifrigsten Vorkämpfer des Aristokratismus waren Roturiers, die hitzigsten Demokraten Edelleute! Von einem Adeligen, Eduard von Clauer, wurde die französische Konstitutionsurkunde zuerst ins Deutsche übertragen; Clauer ist auch der Verfasser der Flugschrift „Der Kreuzzug gegen die Franken", die in ebenso leidenschaftlicher, wie geschickter Weise gegen eine Einmischung Deutschlands in die inneren Verhältnisse Frankreichs Stimmung zu machen suchte. Den gleichen Gedanken, nur in vorsichtigeren Worten zum

Ausdruck gebracht, vertritt eine von dem eben erst verabschiedeten Minister Grafen Hertzberg 1791 in der Berliner Akademie gehaltene Rede: „Ueber die Revolutionen der Staaten." Das Ziel der französischen Revolution, „welche, aufgeklärt und angetrieben von den neueren Philosophen, die bestmögliche Konstitution stiften und sogar die englische übertreffen will, indem sie Monarchie und Republik vereinigt und der Nation die gesetzgebende Macht, dem Könige die ausübende Macht zusichert, doch so, daß er den Stellvertretern der Nation untergeordnet bleibe", ist dem Redner offenbar nicht unsympathisch. Deshalb will er auch, daß Frankreich nicht gestört werde, denn die Neigung der Franzosen zur republikanischen Staatsform kann nur dazu beitragen, die dauernde Ruhe Europas und die Erhaltung des Gleichgewichts zu sichern; „dem natürlichen System der republikanischen Staatsform entsprechend, haben die Franzosen, wie sie auch offen erklärt haben, allen ehrgeizigen Plänen zur Bedrohung der Nachbarn entsagt". Der Wiener Professor Aloys Hoffmann, der am erbittertsten gegen den „philanthropisch-kosmopolitisch-demokratischen Schwindel des Zeitalters" zu Felde zog, erblickte in Hertzberg, „vor dem jederzeit alle Lichterzieher deutscher Nation in Ehrfurcht auf allen Vieren gekrochen", den schlimmsten Patron der revolutionären Propaganda; natürlich ist es nur eine boshafte Erfindung Hoffmanns, wenn er versichert, der Pariser Konvent habe den König von Preußen um Ueberlassung von Hertzbergs Porträt und Schriften ersuchen lassen.

Offen trat auf Seite der Revolutionsmänner Graf Gustav von Schlabrendorf aus Pommern, ein philanthropischer Sonderling, der den Reichsfreiherrn von Stein nach England begleitete, auch mit Friedrich Heinrich Jacobi und andern Gelehrten und Schöngeistern in Verbindung trat, dann nach Paris übersiedelte und sich eng an die Führer der Girondisten anschloß; bekannt ist die verbürgte Thatsache, daß der deutsche Graf, der als Genosse Vergniauds zum Tode verurteilt worden war, der Guillotine nur durch den Zufall entging, daß er am verhängnisvollen Morgen seine Stiefel nicht finden konnte. Aus einem alten holländischen Edelgeschlecht stammte Johann Baptist, oder wie er sich später nannte, Anacharsis von Cloots, der in Paris als „Vertreter der Menschheit" eine so abenteuerliche Rolle spielte. Zu den rührigsten Anwälten der Freiheitsidee zählte der Verfasser des bekannten Buches: „Ueber den Umgang mit Menschen," Adolf Freiherr von Knigge, der schon zur Vorbereitung der Geister auf die Revolution nicht wenig beigetragen hatte. Der seichte Lebekünstler war einer der fruchtbarsten Schriftsteller des Illuminatenkreises; die Revolution begeisterte ihn zu zahlreichen politischen Schriften, u. a. einer in Voltairescher Manier geschriebenen Geschichte der Aufklärung in Abyssinien (unter dem Pseudonym Benjamin Noldmann herausgegeben), einer Satire auf das despotische Regiment in einzelnen deutschen Staaten. Während des Feldzugs von 1792, also zu einer Zeit, da das deutsche Reich schon gegen das revolutionäre Frankreich Front machte, fiel es Goethe auf, daß am Unterrhein gerade die höheren Stände zu demokratischen Neuerungen hinneigten.

Sogar im Fürstenstande fand die Revolution Freunde und Verehrer. Insbesondere am Gothaischen Hofe waren wohl infolge des langjährigen, vertraulichen Verkehrs mit Voltaire solche Sympathien lebendig. Prinz August ruft

seinem Freunde Herder aus der Ferne ein nicht mißzuverstehendes salute della libertà zu. Ein wunderlicher Brauch war nach H. A. Reichards Erzählung bei der Frau Herzogin eingebürgert. In ihren Gemächern wurden immer die Büsten derjenigen Männer, welche in Paris gerade im Vordergrund der Aktion standen, aufgestellt; sobald der Revolutionsheld die Gunst des Volkes eingebüßt hatte, wanderte sein Brustbild auch in Gotha in die Polterkammer. Als Reichard einen „Revolutions-Almanach" ankündigte, bestellte die Herzogin, durch den Titel verführt, ein Dutzend Exemplare; als sie aber fand, daß das Büchlein gegen die Revolution geschrieben war, schickte sie erbost die Exemplare zurück.

Zu den blutdürstigsten Genossen Robespierres zählte ein deutscher Fürst, der eine Zeitlang zu wichtiger Rolle bestimmt zu sein schien. Fürst Friedrich III. von Salm-Kyrburg war, wie oben dargelegt wurde, 1787 von den mit ihrem Statthalter hadernden Generalstaaten zum Generalissimus der holländischen Armee berufen worden; als er aber beim Anrücken der Preußen Utrecht ohne Nötigung räumte, wurde er als „Verräter" von seinen Truppen verlassen. Er ließ dann ein paar Jahre nichts von sich hören; 1792 tauchte er als Enragé in Paris auf, fiel aber als Opfer des 9. Thermidor unter der Guillotine.

Die eigentlichen Träger des Revolutionsgedankens in Deutschland waren Gelehrte und Schöngeister. Sogar die Gottesgelahrtheit schien damit vereinbar zu sein. „Soviel ich alte und junge Theologen nach modernem Schnitt habe kennen lernen," versichert Reichard, „soviel Demokraten und Verteidiger der französischen Revolution habe ich kennen lernen." Zu den Klubisten in Mainz stellte der Klerus einen stattlichen Prozentsatz. Einer der verworfensten Revolutionshelden war der Exfranziskaner und ehemalige Professor des Kirchenrechts an der Straßburger Hochschule, Eulogius Schneider, der das Schreckensregiment in Straßburg leitete; sogar der Dichter der Marseillaise hat den Verfasser der Parodie: „O liebe Guillotine, wie thust du so wohl!" und ähnlicher ruchloser Scherze „le scélerat" genannt. Der katholische Pfarrer Funk, ein Freund des „Marat von Straßburg", der Franziskaner Johann Schletterbeck aus Trittberg, der Exjesuit Dorsch aus Mainz und viele andre Mönche und Weltgeistliche aus den Rheinlanden suchten ihr Heil im revolutionären Frankreich.

Natürlich muß unterschieden werden zwischen platonischen Liebhabern der Revolution, die im Freundeskreis oder im vertrauten Briefwechsel ihre Zustimmung zu den Vorgängen in Versailles und Paris aussprachen, und solchen, die heimlich oder offen danach trachteten, die französischen Theorien in Deutschland in Thaten umzusetzen.

Auf diese mehr oder minder gefährlichen „Apostel der That" wird bei der Frage nach der revolutionären Propaganda in Deutschland zurückzukommen sein. Die meisten waren „Halbstudierte", die ihren Beruf verfehlt hatten. „Der halbkluge Mensch," schreibt Heyne an Forster, „bleibt immer ein größerer und böserer Narr als der ganz dumme." In Ifflands „Kokarden" und Goethes „Aufgeregten" werden diese Magister als Schläulinge dargestellt, die im Trüben fischen wollen, als Brandstifter, die beim großen Feuer auf Beute hoffen.

Von Leuten dieses Schlages gingen die zahllosen Brandschriften aus, die

Schlözers Entrüstung wachriefen, die „Scharteken und Pasquille, die aus den infamsten Meuchel- und Winkeldruckereien kommen", die viel zu lange in deutschen Staaten geduldet worden seien. Im Zensurwesen tritt ja der kleinliche und spießbürgerliche Zug, der der inneren deutschen Politik anhaftet, besonders deutlich hervor. Auf Marat und Robespierre durfte die feurigste Lobrede gehalten werden, wenn man nur vorher vor dem eigenen Landesherrn einen Knicks gemacht hatte; der Ausbruch der roten Revolution im Nachbarstaat durfte laut gepriesen werden, wenn man nur die eigenen öffentlichen Verhältnisse alles Lobes und aller Anerkennung würdig nannte. Zu den ungestümsten, brutalsten Erzeugnissen der radikalen Litteratur gehören die zahlreichen, unter dem Pseudonym Eichbaum herausgegebenen Brandschriften.[1]) Von ähnlichem Charakter ist die „historische Skizze": „Luzifer oder gereinigte Beiträge zur Geschichte der französischen Revolution". Was Mallet du Pan und andre Fürstenknechte von den Blutthaten der Revolution geschrieben, sei alles erlogen; der beste Beweis dafür sei die Thatsache, daß es Leute, die solches schreiben, noch immer gebe. Auch aus der Schrift „Galerie ausgezeichneter Handlungen und Charaktere aus der französischen Revolution", die fälschlich Schubart zugeschrieben worden ist, läßt sich ohne Mühe die Aufforderung herauslesen, dem „glorreichen Auferstehungswerk" nicht fernzubleiben, sondern den Fürsten durch Thaten den „Willen der Völker" kundzuthun. Wenn man die Verzeichnisse der z. B. in Baiern verbotenen Druckschriften[2]) durchsieht, drängt sich zwar unmutige Klage auf, daß manche edle Geisteswerke nur deshalb, weil den Herren Zensurräten das Verständnis mangelte, der Nutznießung des Volkes entzogen blieben; andrerseits wird man peinlich überrascht durch die Beobachtung, welch üppige Schund- und Schmutzlitteratur jene Jahre hervorbrachten.

Harmloser, für die Revolution nur in der Theorie schwärmten Deutschlands Dichter und Denker, unter ihnen am wärmsten Klopstock und Kant.

Mit Jubel begrüßte der Sänger der Messiade, der gerade von keinem fürstlichen Mäcen unterhalten wurde und im republikanischen Hamburg lebte, die états généraux:

„Der kühne Reichstag Galliens dämmert schon,
Die Morgenschauer dringen den Wartenden
Durch Mark und Bein: o komm, du neue,
Labende, selbst nicht geträumte Sonne!
Gesegnet sei mir du, das mein Haupt bedeckt,
Mein graues Haar, die Kraft, die nach Sechzigen
Fortdauert, denn sie war's, so weithin
Brachte sie mich, daß ich dies noch erlebte!"

Nicht ohne komische Selbstgefälligkeit trug Klopstock fortan seine Sympathien zur Schau; er siegelte mit einem Brutuskopf, legte nach Mirabeaus Tod Trauer-

[1]) Eine reiche Sammlung politischer Flugschriften, auch solcher, die sofort nach Erscheinen in Beschlag genommen wurden, befindet sich unter den Berichten der zweibrückenschen Reichstagsgesandtschaft an Herzog Karl August (bair. Staatsarchiv, zweibrückensche Comitial-Acta 1790 ꝛc.).

[2]) Münchner Kreisarchiv. Geheimeratsakten, die zur Zensur übergebenen Schriften betr. 1785—1794.

kleider an, feierte die wichtigsten Beschlüsse der Nationalversammlung in stolzen Versen und bedankte sich für die Verleihung eines französischen Bürgerdiploms mit höfischer Unterwürfigkeit: „Es ist unmöglich, solche Ehre zu verdienen!" Klopstocks entschiedene Parteinahme für die Sache der Revolution erregte bei Freunden und Gegnern der Bewegung großes Aufsehen. Schubart knüpft in der „Chronik" an die falsche Nachricht von einer Reise Klopstocks und Stolbergs nach Paris begeisterte Worte. „Der größte Mann der Deutschen kommt mit Silberlocken, verjüngt sich im seligen Anblicke eines entfesselten Volkes und gießt auch sein Oelgefäß auf den Altar des Vaterlands!" Dagegen beklagt der Wiener Aloys Hoffmann den Abfall des gottbegeisterten Sängers, der eben mit seinem sechzigsten Lebensjahre schon vollkommen „fertig" geworden sei.

Klopstock schwärmte aber für die Revolution nur, solange sie abstrakt und auf lauttönende Reden von Freiheit und Menschenrechten beschränkt war; als sie aber die schönen Worte in blutige Thaten umwandelte und alles, was ihr im Wege stand, mit ehernem Fuße zerstampfte, erschrak er über das Ungeheure, das er nicht zu deuten vermochte; er widerrief seine Zustimmung und verwünschte, was er eben gebenedeit hatte. Er entschloß sich sogar zur Zurücksendung des französischen Bürgerdiploms:

„Wenn ich zurücksende den Siegelbrief,
Welchen mir Frankreichs herrschende Hunderte
Einst zur Belohnung des Bürgersinnes
Von der entfernten Seine sandten,
O so vernehmt, Herrscher vom Seinestrand,
Was Deutschlands Barden unwiderstehlich stark
Von euch entfernt, zurückschreckt, wegstößt,
Von Frankreichs Bürgern ewig trennt" . . .

„Deutschlands Barde" beklagte seinen Irrtum, bis er sich bei einer andern Wiedergeburt der „heiligen Menschlichkeit", diesmal in der Person eines neuen Zaren aller Reußen, tröstete.

Wichtiger ist die Stellungnahme Kants, dessen Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit über jeden Zweifel erhaben sind. Hippolyte Carnot weist in einer historischen Studie über das „erste Echo der französischen Revolution in Deutschland" mit Genugthuung darauf hin, daß sogar der Weiseste der Deutschen, der Magier des Nordens, den niemand der Leichtfertigkeit zeihen werde, für die Revolution eingetreten sei. Nun thut man zwar gut, die Mitteilung Varnhagens zu bezweifeln, daß der Königsberger Philosoph nach Proklamierung der französischen Republik mit Thränen in den Augen ausgerufen habe: „Ich sage mit Simeon: Herr, laß deinen Diener in Frieden scheiden, nachdem ich den Tag des Heils gesehen habe!" Aus Kants eigenen Worten läßt sich aber nachweisen, daß er die Grundsätze der älteren Jakobiner gebilligt hat. Er hatte ja selbst von jeher gelehrt, daß alle Gewalt nur aus dem Willen der Nation abzuleiten sei, und erblickte nun in der Revolution gewissermaßen ein Experiment, das die von der Vernunft verlangte, vollkommene Staatsverfassung schaffen sollte. Freilich war es eine Verkennung des Gedankenganges des deutschen Philosophen, wenn

er zum Gesinnungs- und Bundesgenossen der Robespierre und Danton gestempelt wurde. Hielt es doch ein Schüler Kants, der Würzburger Professor Reuß, schon im Sommer 1792 für geboten, in einer akademischen Streitschrift die Philosophie seines Lehrers gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß aus ihr die französische Revolution ihren Ursprung genommen habe! Im Glauben an die Ersprießlichkeit der Grundsätze von 1789 ließ sich Kant auch durch die Schreckensherrschaft nicht irre machen. Noch im „Streit der Fakultäten" (1798) hält er ihnen eine warme Lobrede und stellt segensreiche Folgen für die Menschheit in Aussicht.

Entschieden trat auch, um hier noch die Philosophen anzureihen, Fichte für die leitenden Gedanken der Bewegung ein. Die anonym herausgegebene Schrift „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution," an der übrigens auch seine junge Gattin, eine Nichte Klopstocks, mitgearbeitet haben soll, verteidigt offen das jus revolutionis, das Recht der Mehrheit eines Volkes, die Staatsverfassung, wenn nötig, auf gewaltsame Weise umzugestalten. „Die Menschheit ist noch weit entfernt, zu wissen, was ihr not thut, aber, wenn ich mich nicht täusche, ist das Morgenrot gekommen, und der volle Tag wird anbrechen!" Die gleiche Ansicht vertrat der Kantianer Karl Bernhard Reinhold, der aus dem Wiener Aufklärerkreise hervorgegangen war und namentlich im „Teutschen Merkur" anonym seine Arbeiten veröffentlichte. Von Friedrich Heinrich Jacobi wird niemand feste politische Grundsätze erwarten; wenigstens den Anfängen der Revolution wendete er, wie sein Bruder Johann Georg, der Poet und Professor der schönen Wissenschaften in Freiburg, aufmerksame Teilnahme zu. Zwei Tübinger Stiftler, die später die Führer berühmter Philosophenschulen geworden sind, Schelling und Hegel, sollen — die Erzählung ist nicht gut verbürgt — mit allerlei revolutionärem Brimborium in der Nähe des Universitätsstädtchens einen Freiheitsbaum aufgerichtet haben.

In Mainz, wo Friedrich Karl von Erthal, selbst ein Freund der Aufklärung, den Kurstuhl inne hatte, wo Johannes Müller, Sömmering, Heinse, Georg Forster sich aufhielten, gab es besonders viele Illuminaten und Demokraten. Nirgend wurde freier gesprochen und geschrieben, als in dieser geistlichen Residenz; die Jahrestage der Eröffnung der Konstituante und des Bastillensturmes wurden hier als „Feiertage der Menschheit" festlich begangen. Johannes Müller, der seit 1788 die einflußreiche Stelle eines geheimen Kabinettssekretärs des Kurfürsten inne hatte, begrüßte die Zerstörung der Bastille als „schönsten und wichtigsten Tag seit dem Untergang der römischen Weltherrschaft" und pries das „luftreinigende Donnerwetter, das, auch wenn es hie und da einen erschlägt, immer besser sey, als die Luftvergiftung, die Pest!" — „Gut ist immer," schreibt er (15. September 1789) an seinen Bruder, „daß die Fürsten gewahr werden, sie seyen Menschen, und daß die Vorsehung sie aus dem Schlaf rüttelt, in welchen die lange Geduld der Nation sie einwiegt." Und im nächsten Jahre schreibt er an den nämlichen: „Heute ist nun das Freiheitsfest! Ich gestehe, daß ich doch bisweilen glaube, es wird Bestand haben. Gott scheint mir dieses Werk zu thun; er will einmal eine neue Ordnung der Dinge. Der Freiheits-

sinn ist zu tief und allgemein in die Völker gefahren, und zu offenbar gewinnen sie dabey, um sich's wieder entreißen zu lassen. Gott selbst will parcere subjectis et debellare superbos." Georg Forster, der auf Müllers Betreiben als Bibliothekar des Kurfürsten berufen worden war, befreundete sich als Verehrer der englischen Verfassung leicht mit der Staatsumwälzung in Frankreich, denn es war „ein bewegterer, also ein besserer Staat;" ihn hatte längst der „deutsche Stumpfsinn" angewidert, „der nur einen Kitzel der Neugierde darüber verspürt, daß in der Ferne ohne sein Zuthun Zustände bedroht und untergraben werden." Schon früher hatte er für Mirabeau eine Lanze gebrochen; auf die unbesonnenen Streiche eines so leuchtenden Genius dürfe kein Gewicht gelegt werden: „Das Gold ist nicht minder Gold, weil man es selten oder nie ganz unvermischt gefunden hat." Im Erwachen der Franzosen zur Freiheit erblickte Forster die Reaktion der Natur gegen unnatürlichen Zwang; deshalb war ihm auch der Sprung von einem Extrem zum andern etwas selbstverständliches; die Bluthaten der Revolution schienen ihm leicht zu wiegen gegen „den systematischen Mord von Tausenden für den Ehrgeiz kriegerischer Despoten und die Vergiftung der Freuden von Hunderttausenden durch Erpressung und Unterdrückung." Die Nachtsitzung vom 4. August war ihm ein „glorreiches Ereignis, in der Welt ohne Beispiel." Mit gespannter Erwartung verfolgte er die Einführung der Volksherrschaft im Nachbarlande und wurde in seiner sympathischen Auffassung durch eine im Sommer 1790 unternommene Reise nach Frankreich noch bestärkt. „Der Anblick des Enthusiasmus im Volke," schrieb er an Heyne, „vorzüglich auf dem Champ de Mars, wo man die Zubereitungen zum großen Nationalfeste machte, ist herzerhebend, weil er so ganz allgemein durch alle Klassen des Volkes geht und so rein und einfach auf das gemeine Beste mit Hintansetzung des Privatvorteils wirkt. Wir leiden manches, sagten mir viele, und kämpfen jetzt mit großem Ungemach; selbst unser Vermögen wird eine große Verminderung leiden, aber wir wissen, unsre Kinder werden's uns danken, denn ihnen kommt es zu gute! Bei dieser Selbstverleugnung, die einen hohen, moralischen Genuß nicht ausschließt, läßt sich auf eine bessere Zukunft schließen!"

Die Genossen des Göttinger Hainbunds, die, wie aus Johann Heinrich Voß' Briefwechsel erhellt, noch immer intime Verbindung unterhielten und sich an dem Schibboleth „Klopstock" als „Geweihte" erkannten, teilten rückhaltlos die Begeisterung ihres Meisters. „Ich fühlte mich nie kosmopolitischer als jetzt," schrieb Stolberg im Oktober 1789, „und möchte das macta nova virtute! ausrufen von den Pyrenäen bis zum Rhein, von der Memel bis zur Garonne!" Voß dichtete noch 1792 den „Gesang der Neufranken":

„Wir nahn, wir nahn!
Bebt, Mietlingsscharen,
Entfliehet oder sterbt!"

und verkündete in der deutschen Marseillaise allen tyrannischen Deys und heuchlerischen Muftis den Untergang.

Feurige Freiheitsliebe glüht in den Gedichten des Schwaben Hölderlin;

in begeisterten Hymnen feierte er das Erwachen der Menschheit, und noch 1792 begrüßte er die auf deutschem Boden erscheinenden Franken als „glücklichere Brüder." Ja, sogar von Ernst Moritz Arndt, dem „Gallophobe par excellence", kann Hypolite Carnot mit Befriedigung feststellen, daß er zwar nie ein Freund der Franzosen, wohl aber als Jüngling ein Freund der französischen Ideen gewesen sei.

Nur die preußische Dichtergruppe, Vater Gleim an der Spitze, verhielt sich von vornherein ablehnend gegen die von der „Heimat der Deisten und Rationalisten" ausgehende Bewegung. Als Ausgeburt der Aufklärungsphilosophie brandmarkt Gleim die Volksherrschaft:

„Kein Wunder, daß das Tier mit seinen tausend Köpfen
Auf Königsthrone tritt und Königsköpfe frißt!
Die Ursach'? Die dürft ihr nicht tief im Brunnen schöpfen:
Weil's dumm geboren ward und dumm gelassen ist!"

Natürlich waren Gleim und die Seinen entrüstet über den Abfall Klopstocks vom deutschen Vaterland:

„Er, unser Klopstock, will die Fahnen
Des Aufruhrs tragen, Brutus sein?
Ha! welcher doch von den Satanen,
Die er erschuf, gab das ihm ein?"

In den Weimarischen Kreisen war die Aufnahme geteilt. Goethe war gereift und geläutert aus Italien zurückgekehrt; er hatte dort, wie er sagt, „sich selbst wieder gefunden", aber die Neigung zu dem brausenden Treiben der ersten Weimarer Jahre kehrte nicht wieder. Wie Herzog Karl August als Patron des Fürstenbundes sich in ernste Geschäfte versenkt hatte, so war Goethe, nach Wielands Ausdruck, „mit untadeliger Sophrosyne und aller ziemlichen Weltklugheit ausgestattet", gleich unermüdlich im Dienst des Staates, wie der Muse. Die Mißstände des ancien régime wurden von dem Dichter klar erkannt; man findet in der „Natürlichen Tochter" wie im „Reineke Fuchs" so manches kräftige Wort darüber. Auch die Rede des Richters in „Hermann und Dorothea" darf wohl als Ausdruck der Gesinnung des Dichters angesehen werden:

„Denn wer leugnet es wohl, daß hoch sich das Herz ihm erhoben,
Ihm die freiere Brust mit reineren Pulsen geschlagen,
Als sich der erste Glanz der neuen Sonne heranhob,
Als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei,
Von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit!"

Doch das Ungestüme, das Unberechenbare der Bewegung erschreckte den Dichter. „Einem produktiven, thätigen Geiste," sagt er in den Tag- und Jahresheften, „einem wahrhaft vaterländisch gesinnten und einheimische Litteratur befördernden Manne wird man es zu gute halten, wenn ihn der Umsturz alles Bestehenden schreckt, ohne daß die mindeste Ahnung zu ihm spräche, was dann

besseres, ja nur anderes daraus erfolgen solle. Man wird ihm beistimmen, wenn es ihn verdrießt, daß dergleichen Influenzen sich nach Deutschland erstrecken." Er wird dadurch an die Religionswirren erinnert: „Franzthum drängt in diesen verworrenen Tagen, wie ehemals Lutherthum es gethan, ruhige Bildung zurück." Manches ironische Wort zeugt von der „vieljährigen Richtung seines Geistes gegen die französische Revolution", die er selbst für sich in Anspruch nimmt. Er zieht aus den Pariser Vorgängen nur die Lehre, daß „auch in diesem Falle der große Haufen sich treu blieb und Wort für That, Schein für Besitz in großer Heftigkeit nahm", und weist die aufdringlichen Freiheitsapostel zurück:

„Willkür suchte doch nur jeder am Ende für sich,
Willst du viele befrei'n, so wag' es, vielen zu dienen!"

Die Größe der Erscheinung läßt er gelten. „Das konzentrierte Unheil der Pariser Bluthochzeit" macht auf ihn „einen großen, tragischen Eindruck, dessen Erhabenheit das besondere Elend vor unsern Blicken verschlingt". —

„In tyrannos!" war der Wahlspruch gewesen, den der junge Schiller auf das Titelblatt seiner „Räuber" gesetzt hatte. „Stelle mich vor ein Heer Kerls, wie ich," ruft Karl Moor, „und aus Deutschland soll eine Republik werden, gegen die Rom und Sparta Nonnenklöster sein sollen!" Doch diese leidenschaftliche Wut gegen die bestehende Ordnung war von Schiller überwunden. Indem er — zwei Jahre vor Ausbruch der Revolution — die Gestalt des Weltbürgers Posa schuf, befreite er sich aus der Unrast und Zerfahrenheit der Zeitstimmung und war nur noch „ein neidloser und ruhiger Bewunderer des großen, drängenden Menschenozeans." Im Vorwort zur Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande (1788) preist er zwar den „großen und beruhigenden Gedanken, daß gegen die trotzigen Anmaßungen der Fürstengewalt endlich noch eine Hülfe vorhanden," und will zu Ehren „einer Begebenheit, wo die bedrängte Menschheit um ihre edelsten Rechte ringt," ein „Denkmal bürgerlicher Stärke vor der Welt aufstellen," doch gegen die Volkserhebung in Frankreich, die so viele in Schillers Umgebung begeisterte, verhielt er sich kühl; die Revolution schien ihm nur ein „interessanter" Vorgang zu sein, dessen Entwickelung er ohne wärmere Teilnahme verfolgte. Immerhin verdient Beachtung, daß eine so scharfe Beobachterin wie Frau von Stein in Schiller einen verkappten Anhänger der neufränkischen Ideen erblickte und noch 1793 Zweifel hegte, ob er gänzlich bekehrt sei. Schiller selbst schrieb noch am 26. November 1792 nach dem Einfall der Franzosen in die Rheinlande an Körner: „Wenn die Franzosen mich um meine Hoffnungen (auf eine Berufung nach Mainz) bringen, so kann es mir einfallen, mir bei den Franzosen bessere zu schaffen." Während aber Körner dem „hochinteressanten Versuch einer Staatengründung nach Vernunftprinzipien" andauernd seine Neigung zuwandte, überzeugte sich Schiller mehr und mehr von der „Widerrechtlichkeit und Zwecklosigkeit" der Umwälzung. „Es ist sehr interessant," schrieb er an Körner, der für Göschen eine geschichtliche Studie über die englische Revolution schreiben sollte, „gerade in der jetzigen Zeit ein gesundes Glaubensbekenntnis über Revolutionen abzugeben, und da es schlechterdings zum

Vorteil der Revolutionsfeinde ausfallen muß, so können die Wahrheiten, die den Regierungen gesagt werden müssen, keinen gehässigen Eindruck machen!" Eine Zeitlang trug er sich mit der Absicht, ein Memoire zur Verteidigung Ludwigs XVI. zu schreiben. „Es gibt Zeiten, wo man öffentlich sprechen muß, weil Empfänglichkeit dafür da ist, und eine solche Zeit scheint mir die jetzige zu sein." Als ihm Körner vorstellte, daß „das Feuer, welches jetzt brennt, als das Werk einer höheren Hand geehrt und weder Oel noch Wasser hineingegossen werden soll", stand Schiller von seinem Vorhaben ab; er blieb aber ein Gegner der Revolution. „Ich kann," schreibt er am 4. Februar 1793 an den Freund, „seit vierzehn Tagen keine französische Zeitung mehr lesen, so ekeln diese elenden Schindersknechte mich an." Von dieser Auffassung zeugen auch die gegen Anacharsis Cloots, Eulogius Schneider und andre Umstürzler gerichteten Xenien; im „Spaziergang", im „Lied von der Glocke" wendet er sich mit Entschiedenheit gegen die unklaren, leidenschaftlichen Streber seines Zeitalters und die wahnwitzigen Jünger der Gesetzlosigkeit. Jeder Patriot soll — diese Ideen entwickelt er in den Briefen an den Herzog von Augustenburg — mit selbstthätiger freier Denkkraft das Gesetz suchen und nach Veredelung der Gefühle und sittlicher Reinigung des Willens trachten; auf dem Wege ästhetischer Selbsterziehung der Menschheit wird es gelingen, das Bestehende zu bessern und zu beleben: Der Weg zur Freiheit führt durch die Schönheit! Das „politische Geschwirre" der Zeitgenossen vermag ihn nur zu belästigen, nicht zu belehren. „Es ist im buchstäblichen Sinne wahr," schreibt er (3. August 1795) an Reinhardt, „daß ich gar nicht in meinem Jahrhundert lebe, und ob ich gleich mir habe sagen lassen, daß in Frankreich eine Revolution vorgefallen, so ist dies ungefähr das wichtigste, was ich davon weiß."

Die älteren Mitglieder des Weimarer Kreises waren samt und sonders Freunde des politisch-sozialen Umschwungs in Frankreich. Herder, durch das Schlagwort Humanität gewonnen, sprach laut und offen seine Freude aus; endlich sei die Herrschaft des kriegerischen Adels und des den Geist verödenden Klerus zu Ende, frohlockte er; wie die Reformation die geistlichen Bande gelockert habe, so werde die Revolution die letzten Fesseln der Menschheit sprengen. Es läßt sich begreifen, welches Aufsehen solche Worte in dem stillen Kleinstädtchen hervorriefen, wie der Klatsch sie von Haus zu Haus trug bis zur Residenz des Herzogs! Der Herr Vizepräsident des Oberkonsistoriums freut sich der Aufhebung des Adels, der Beschränkung landesfürstlicher Gewalt! Goethe war ernstlich böse über das unvorsichtige Gebaren des Freundes. Als Herder sich 1792 zur Badekur nach Aachen begeben hatte, schrieb Goethe, der auch hier Antonio und Tasso in seiner Person vereinigte, an das Ehepaar Herder: „Vergessen Sie nicht, Gott zu preisen, daß er Sie und Ihre besten Freunde außer Stand gesetzt hat, Thorheiten ins Große zu begehen." Der feurige Humanitätsapostel wollte sich durchaus nicht die von den Freunden empfohlene Zurückhaltung auferlegen; erst nach unliebsamem Zusammenstoß mit der Frau Herzogin erklärte er seinem Gesinnungsgenossen Knebel, er habe sich nun fest vorgenommen, „nicht mehr zu sündigen mit der Zunge." Als Georg Müller, der Bruder des Historikers, mit spöttischem Hinweis auf „den großen Politikus Wieland" ein bitteres Urteil über die „Bande

von Fanatikern", genannt französische Nationalversammlung, fällte, schwieg Herder verstimmt und ließ sich auch durch Müllers Hinweis, daß er im republikanischen Nachbarland Frankreichs sich leichter über den Charakter der neuesten Ereignisse unterrichten könne, in seiner Auffassung nicht beirren. Noch in den „Briefen zur Beförderung der Humanität" (Frühjahr 1793) spricht sich das feste Vertrauen auf heilsame Errungenschaften des „Geistes der Zeiten" aus; der Verfasser ist überzeugt, daß „seit Einführung des Christentums und seit Einrichtung der Barbaren in Europa außer der Wiederauflebung der Wissenschaften und der Reformation sich nichts ereignet hat, das diesem Ereignis an Merkwürdigkeit und Folgen gleich wäre." „Geist der Zeit, ist er der Genius der Humanität selbst, oder dessen Freund, Vorbote, Diener? Ich wollte, daß er das erste wäre, glaube es aber nicht; das letzte hoffe ich nicht nur, sondern bin dessen fast gewiß!" Erst die Hinrichtung des Königs und die eroberungssüchtige Politik der neuen Republik riefen einen Umschwung im Herderschen Hause hervor; nicht bloß Frau Karoline machte „das dreifache Kreuz über die entlarvte falsche Freiheit der Neufranken", auch ihr Gatte war über das „Wüten der Lernäischen Schlange" in Paris betroffen und klagte, daß die Welt statt eines Luthers, dessen sie zu glücklicher Reform bedurft hätte, nur einige Münzer bekommen habe. „Von der politischen Welt kein Wort mehr!" schreibt er (1. Mai 1793) an Gleim, „im jetzigen Moment dünkt sie mir wie Hamlet abscheulich: auch hieraus aber, auch aus dieser Verwirrung der Töne muß sich etwas Gutes und Großes ergeben und wir werden es noch erleben!"

Solange die Nationalversammlung tagte, bekannte sich auch Wieland, dessen „Teutscher Merkur" nicht nur in litterarischen, sondern auch in politischen Fragen vielen Gebildeten als Führer diente, zu den Grundsätzen der Revolution. In der Schrift „Ueber die Gesetzlichkeit der Anwendung, welche die französische Nation von ihrer Aufklärung und ihrer Gewalt macht," (1789) äußert er — doch nicht ohne Bedauern — Zweifel am Erfolg der Revolution, die „so bedeutungsvoll im Interesse Europas und der ganzen Menschheit Frankreich erfüllt". In den „Göttergesprächen" lehnt Jupiter ab, die Sache der Könige zu verteidigen, da ja doch jedes Volk das Recht habe, selbst zu seiner politischen Wirtschaft zu sehen. Allmählich vollzog sich aber in der Auffassung oder doch in der Sprache Wielands eine Umkehr. Der Verfasser einer 1793 veröffentlichten revolutionären Flugschrift „Doctor Martin Luther" (vermutlich Mauvillon in Braunschweig) hebt grollend hervor, daß „ein Dichter, der die Gewandtheit der Grazien aus jonischem Boden ins deutsche Vaterland verpflanzte", sich so weit vergessen konnte, von den Jakobinern als von „Pferdemelkern, Menschenfressern und Troglodyten" zu sprechen. Immerhin war Wieland noch zur Zeit der Schreckensherrschaft ein Gegner der Einmischung Deutschlands in die staatsrechtliche Entwickelung des Nachbarstaates; sei doch auch Cromwell von den europäischen Mächten als legitimes Haupt der Republik England angesehen worden, obwohl er „um nichts besser als Robespierre".

Auch Kammerherr v. Knebel, Bergrat Einsiedel und andre Genossen des Weimarer Kreises brachten der Revolution lebhafte Sympathien entgegen; sie verteidigten die Verkündigung der Menschenrechte, den Aufschwung des dritten

Standes, die neue Verfassung mit leidenschaftlichem Eifer gegen die Anhänger der alten Ordnung; „sie stritten," klagt Frau von Stein, „daß sie alle zugleich schrieen!"

Auf einen Feuerkopf, wie Jean Paul Friedrich Richter, mußte die Erklärung der Menschenrechte wie ein neues Evangelium wirken. Schon in den „Grönländischen Prozessen" (1783) hatte er die kleinlichen und doch so drückenden Verhältnisse der Gegenwart mit bitterer Ironie gegeißelt; wegen der heftigen Ausfälle gegen den Adel war er von Kotzebue „ein ungeschliffener, elender Witzling" gescholten worden. Noch revolutionärer in Inhalt und Sprache sind die Teufelspapiere (1789). Ein Neffe des Dichters, der demokratische Schriftsteller Richard Otto Spazier, versichert, sein Oheim sei zeitlebens ein glühender Bewunderer des girondistischen Freiheitsideals gewesen. Im Essay „Charlotte Corday" (1799) wird die Heldin gepriesen, die „nicht für die Legitimität einen Republikaner, sondern für die Republik einen Tyrannen" tötete. Auch ein älterer Dichter der Geniezeit, Maximilian Klinger, hielt, obwohl in russischen Diensten zu hohen amtlichen Würden emporgestiegen, mit freudiger Zustimmung zur Auflehnung des dritten Standes nicht zurück; die Greuel der Revolution verglich er mit Medeens Zauberkessel, in den die starren Glieder des abgelebten Alten geworfen werden müßten, um wieder jung und schön hervorzukommen.

Nicht weniger wohlwollend stand eine dritte Gruppe von Schriftstellern, die im Gegensatz zu den Philosophen und Dichtern als Politiker bezeichnet werden können, der Revolution gegenüber. Die Presse hatte zwar noch nicht die ausgedehnte praktische Bedeutung, wie heute, immerhin gab es schon einzelne, von namhaften Gelehrten herausgegebene Wochen- und Monatsschriften, welche die Anschauungen und Wünsche bestimmter Volkskreise vertraten und eine vermittelnde Stellung zwischen Regierungen und Regierten einnahmen. Namentlich einige Organe in dem von englischem Geiste angehauchten Hannover trugen zur Heranbildung einer öffentlichen Meinung in Deutschland wesentlich bei. Den ersten Platz unter den politischen Beratern der Deutschen nahm unbestritten Schlözer ein, doch verdankte der „Radamanthys von Göttingen", wie ihn seine Bewunderer nannten, diese Bedeutung mehr dem Freimut und der geistreichen Form, als der Festigkeit und Folgerichtigkeit seiner Urteile. Auch in Bezug auf die französische Revolution läßt sich diese Beobachtung machen. Während Schlözer — offenbar aus Rücksicht auf König Georg — gegen den Freiheitskampf der Amerikaner Partei ergriffen und den „Streit für Handkof und Contreband'" verspottet hatte, brachte er der Erhebung der Franzosen, die ihn bei seinem Pariser Aufenthalt so ehrenvoll aufgenommen hatten, die lebhafteste Zustimmung entgegen. „Eine der größten Nationen der Welt," ruft er aus, „die erste in allgemeiner Kultur, wirft das Joch der Tyrannei endlich einmal ab. Zweifelsohne haben Gottes Engelein im Himmel ein Te Deum laudamus darüber angestimmt!" In einem „Ludwig der Große, Mordbrenner in Speier im Jahre 1689" betitelten Aufsatz in den „Staatsanzeigen" bezichtigte er den regierenden König von Frankreich eines Anschlags, die Stadt Paris in Flammen aufgehen zu lassen, eines Anschlags, den man einem Kurzsichtigen, der auf Anstiften des Adels sogar den großen Necker entfernt habe, wohl zutrauen könne. Am 29. November 1789 schrieb der dänische Gesandte in Dresden, Graf Schmettow, an Schlözer: „Man kann nicht

leugnen, daß es ein Glück für Frankreich ist, das ich zwei und ein halbes Jahr bewohnt habe und etwas kenne, jetzt auf einmal das Joch abgeschüttelt zu haben. Ich billige die dabei verübten Grausamkeiten nicht, aber im Verhältnis mit dem Guten und Großen, was erzielt worden ist, will das nichts sagen. Wer vermag einen Acker zu besäen, ohne daß einige Körner auf den Steinen liegen bleiben und andre von den Vögeln gefressen werden? Indes ist kein bürgerlicher Krieg in Frankreich gewesen, der so wenig Blut gekostet hätte, als die jetzige Revolution, und keiner hat so ausnehmend große, glückliche Folgen für Frankreich und zugleich für ganz Europa gehabt. Jeder König, jeder Minister wird nun denken: veniet summa dies!" Schmettow konnte dabei auf volle Zustimmung Schlözers rechnen. Noch die Vorgänge vom 5. und 6. Oktober wurden in den „Staatsanzeigen" in Schutz genommen. „Druckerei, Pulver, Dolche und Feuer können unendlich viel Böses stiften, haben unendlich viel Böses gestiftet; wer wird aber deswegen zum Glück der Menschheit wünschen, daß solche nie erfunden wären?" Doch die günstige Anschauung schlug zu Anfang des Jahres 1790 in das Gegenteil um. In einem Artikel „Das Neueste aus Frankreich" gab Schlözer dem Bedauern Ausdruck, daß das ehedem so große, glückliche Reich einer „grenzenlosen Ochlokratie" zum Opfer falle; etwa zwölf ruchlose Cromwells und fünfzig Bösewichte zweiter Klasse hätten es fertig gebracht, daß Macht und Ansehen der Krone in Schlamm versanken: eine Contrerevolution müsse dem Monarchen, der nur deshalb unglücklich wurde, weil er sein Volk glücklich machen wollte, Rettung bringen. Das ancien régime, „den monarchischen Despotismus, der seit hundertundsechzig Jahren ein großes Volk in Fesseln hielt", wollte freilich auch Schlözer nicht wieder aufgerichtet wissen; er erinnert an England, das nach Karl I. einen Cromwell, aber nach Karl II. einen William erhielt, „und ist noch bis auf den heutigen Tag das glückliche Heim des freien Britten!" Ein andrer Aufsatz „Adresse an die Provinzen Frankreichs" wendet sich zornig gegen „die Helden der Gasse und der Gosse in Frankreich", gegen den Grafen Mirabeau, der dem Strang, aber nicht der Schande entgangen sei, den „kleinen" Robespierre, den Marktschreier Pethion, den geldgierigen, immer betrunkenen Orleans, den drolligen Barnave, die ränkesüchtigen Lameth, den undankbaren Noailles und die andren Querköpfe und Schurken, die eine Ehre darin sähen, die Henker Frankreichs zu werden. Die Provinzen möchten sich aufraffen, durch Wahlen das Unheil wieder gut zu machen, das sie durch Wahlen verschuldet hätten; nach dem Sturz des Despotismus auf dem Throne sollten sie doch nicht die dümmste Art des Despotismus, die Pöbelherrschaft, dulden! Der „Abfall" Schlözers von der Sache der Revolution erregte nicht geringes Aufsehen. Campe, Wieland und andere Freunde des Freisinns ergingen sich in heftigen Klagen über die „Göttinger Windfahnenpolitik". Schlözer erwiderte (Offene Antwort an Herrn v. P . . t auf dessen Schreiben aus Frankfurt a. M. vom 15. April 1790), er habe nicht seine Auffassung von Staats- und Menschenrechten, sondern nur seine Ansicht über die in Paris geübte Praxis gewechselt und infolge besserer Belehrung wechseln müssen. Erst jetzt wisse er, daß die Erstürmung der Bastille nichts weniger als eine Heldenthat, nur ein Akt schmählichen Verrates war; erst jetzt wisse er, daß zwischen der scheinbar so tugendhaften Nationalversammlung und

den Strolchen, die das Königsschloß in Versailles bedrohten und die Schlösser der Edelleute in Brand steckten, eine frevelhafte Verbindung bestehe. Trotzdem halte er an seinen alten Grundsätzen fest; er sehe in monarchischem und aristokratischem Despotismus ein großes Uebel, aber ebenso im ochlokratischen, und er werde der Sünden des Pariser Parlaments ungeachtet die Revolution an sich für notwendig und heilsam betrachten.

Einen ähnlichen Standpunkt nahm Schlözers Kollege, der Historiker Spittler, von vornherein ein; ohne Bewunderung und ohne Entrüstung betrachtete er aufmerksam das aufregende Schauspiel jenseits des Rheines. Er beklagt das durch eitle Rednerkünste und halbverdaute Philosophie verschuldete Unheil, er geißelt die Treulosigkeit und Gewaltthätigkeit der Pariser Helden, aber er betont auch, daß mächtige Fortschritte im Leben der Menschheit sich niemals ohne eine stattliche mixtura dementiae vollzogen und insbesondere das hochwichtige und heilsame Reformationswerk nicht minder verwerfliche revolutionäre Ausschreitungen im Gefolge hatte, als die Volkserhebung in Frankreich. Ebenfalls von einem Hannoveraner, dem geheimen Kanzleisekretär August Wilhelm Rehberg, dem Jugendfreunde des Reichsfreiherrn von Stein, stammen die trefflichen Besprechungen der Schriften von Sieyès, Mirabeau, Mounier, Lally-Tollendal u. a. in der Jenaischen Allgemeinen Litteraturzeitung. Die Aufsätze erschienen 1793 gesammelt als „Untersuchungen über die französische Revolution"; zugleich werden in zusammenhängender Darstellung „die Grundsätze geprüft, auf denen die Systeme beruhen, nach denen man Frankreich hat reformieren wollen". Das Buch übte eine ungewöhnlich starke Wirkung; nicht wenige Leser wurden durch den unanfechtbaren Nachweis der politischen Unreife der neuen Regenten Frankreichs von übertriebener Bewunderung der Revolution geheilt — Gentz z. B. leitete seine Bekehrung geradezu auf Rehbergs „Untersuchungen" zurück —; andrerseits stieß der Verfasser bei Rationalisten und Schöngeistern auf heftigen Widerspruch; Fichtes „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution" ist vorzugsweise gegen den „Sophisten der Jenaer Litteraturzeitung" gerichtet. Rehberg war aber so wenig wie Spittler ein einseitiger laudator temporis acti; für Beseitigung von Mißbräuchen tritt er als freimütiger Anwalt auf; so gibt er z. B. dem Adel den dringenden Rat, rechtzeitig selbst aufzugeben, was im modernen Staat ein- für allemal nicht mehr haltbar sei. In so bedingter Weise billigte ja sogar Justus Möser den Versuch einer sozialen Reform; er wolle die Franzosen, sagt er, als das erste Volk in der Welt anerkennen, wenn sie auf dem Wege ihrer Theorie vom Recht der Menschheit etwas Fruchtbares und Dauerhaftes zu stande brächten, doch fehle ihm der Glaube an so glückliches Gelingen. Wie ja auch Goethe meinte:

„Daß Verfassung sich überall bilde, wie sehr ist's zu wünschen,
Aber ihr Schwätzer verhelft uns zu Verfassungen nicht!" —

Es begreift sich leicht, daß Publizisten vom Schlage Schubarts und Weckherlins, die immer mit Lebenssorgen zu kämpfen hatten und nicht selten für geringe Schuld in der Festungszelle büßen mußten, den „Anbruch der neuen Zeit" mit ausschweifenden Hoffnungen begrüßten. Schubart ließ zwar die ge-

botene Rücksicht auf Herzog Karl, den „ein treues Volk nie anders als mit Wonnezähren nennt", nicht mehr aus den Augen, widmete aber den Tendenzen und den Fortschritten der Revolution bewundernde Teilnahme. Noch 1788 hatte er seinen deutschen Landsleuten den nationalen Sinn der Franzosen als Muster aufgestellt:

„Was holt vom Nachbar nicht sich übern Rhein
Mein Landsmann alles her? Die Moden, Kochkunst, Wein,
Die Sprache, die er gern statt seiner eignen spricht,
Nur daß er sie zu öfters radebricht.
Doch daß der Gallier sein Land vor allen ehrt,
Bei Rang und bei Geburt auch Kunst und Wissen schätzet,
Durch richtigen Geschmack, durch feinen Witz ergötzet, —
O würde das von ihm der Deutsche mehr gelehrt!"

Zwei Jahre später ließ er „mit Rücksicht auf den bevorstehenden Sieg der Gleichheit aller Menschen" vom Titel seiner Zeitschrift die Bezeichnung „vaterländisch" weg und nannte sie nur noch schlechthin „Chronik". „Nichts ist in der neuen Weltgeschichte so groß," schreibt er (5. März 1790), „als das, was seit einigen Monaten in Frankreich geschah: Der König ist der Erste unter einem freien Volk, die Rechte der Bürger sind auf gleichen Schalen gewogen, und Frankreich nähert sich dem Sonnenpunkte seiner Größe und Kraft." Die „schwarzen Ahndungen" der Schlözer und Schirach seien Geflunker falscher Propheten. „Nein, Bruder Franke, deine Freiheit wird vestgewurzelt stehen, wie ein Berg Gottes, wann du sie nur bewahrest durch hohen Sinn, Vaterlandsliebe, Tugend, Gottesfurcht!" Das Freiheitsfest in Straßburg zu Ehren der Errichtung der Nationalgarden begeistert den Chroniqueur zum Ueberschwang: „Man glaubte das himmlische Jerusalem zu sehen und die Geister der Seeligen in seinen kristallenen Palästen jauchzen zu hören!" Ebenso hieß der exzentrische Weckherlin, der schon im „Grauen Ungeheuer" Voltaire als den Größten im Reiche der Geister, Rousseau als Beglücker der Menschheit und Beaumarchais als das „Zünglein an der Wage" gefeiert hatte, in den „Hyperboreischen Briefen" die französische Revolution willkommen und pries sich glücklich, daß er wenigstens aus der Ferne noch das Reich der Philosophie und Toleranz sich aufrichten sehe. Die blutigen Ausschreitungen beirrten ihn nicht. „Mancher, der vom Pöbel zerrissen wurde, dürfte vor der ordentlichen Justiz nicht besser durchgekommen sein. Vergleichen Sie, beliebt's Ihnen, den Tod eines Damien mit dem eines Foulon, und lassen Sie uns gestehen, daß ein Staatsopfer noch ein erträglicherer Anblick ist, als ein Justizopfer. Sind wir von den Gesetzen etwan mehr Billigkeit gewohnt? Hätten sie weniger Scheusale begangen?" Unter dem Druck der Zensur mußte Weckherlin seine Sprache allmählich mildern. „Andre mögen Aufruhr predigen," läßt er einen Schäfer sagen, „wir, Philint, wollen Frieden predigen . . . Lernt, daß man nie etwas durch Empörung gewinnt, an die Stelle der alten Tyrannen treten neue!" Die Furcht vor der Zelle ließ ihn endlich den Kampf gegen den „Aristokratismus" und für das „Reformationssystem" gänzlich aufgeben. „Gewissen Herren möchte ich ins Ohr flüstern:

ein Philosoph schätzt den Pöbel zu gering, um seine Ruhe für ihn aufzuopfern. In seinen Augen ist die Welt nicht wert, daß sich ein Weiser um ihr Schicksal kümmert!"

Auch bedächtigere Geister verlockte der im Westen angebrochene „Völkerfrühling" zur Schwärmerei. Joachim Heinrich Campe, der Verfasser „Robinsons des Jüngeren", der eine Zeitlang als Nachfolger Basedows das berühmte Philanthropinum in Dessau geleitet, 1786 einen Ruf als herzoglich braunschweigischer Edukationsrat und Kanonikus des Cyriakusstifts angenommen hatte, ging im ersten Revolutionsjahre eigens nach Paris, „um der Leichenfeier des Despotismus beizuwohnen." Campe war von einem ehemaligen Schüler, Wilhelm von Humboldt, begleitet; in Valenciennes ließen sich beide von einer jungen Putzmacherin das Freiheitszeichen, die französische Kokarde, anheften. „Es war mir," schreibt Campe, „in diesem Augenblick zu Mute, als hätte die ganze französische Nation Bruderschaft mit mir gemacht, und hätte es hier jetzt gleich eine Bastille zu erobern gegeben: wer weiß" — — Während der erst zweiundzwanzigjährige Humboldt „klar und frostig wie die Dezembersonne" (Görres) die Pariser Eindrücke nur „mit mesure und Ueberlegung" auf sich wirken läßt, öffnet Campe „schrankenlos die Brust der Begeisterung für die Sache der Menschheit." Auch noch in den „Briefen aus Paris", die er nach der Heimkehr veröffentlichte (1790), spricht sich ein überschwenglicher Enthusiasmus aus, den man am wenigsten bei einem Manne suchen würde, dessen „festen und unschwärmerischen" Charakter Lessing besonders hervorgehoben hatte. Im Vorwort wird es als höchstes Glück des Verfassers gepriesen, daß er die „schönste Periode jener großen Weltbegebenheit" beobachten konnte, als höchste Auszeichnung für den Landesherrn, den Herzog von Braunschweig, daß der Verfasser sein Glück verkünden und seine Beobachtungen öffentlich mitteilen darf. „Nur in einem Lande, wo man nichts von Despotismus weiß, ist es erlaubt, über Despotismus und Freiheit so zu schreiben, wie ich darüber geschrieben habe; nur unter einem Trajan darf man, wie Plinius, auf die Greuel und Freveltaten der Nerone und Domitiane schelten." Entrüstet erwiderte Alois Hoffmann in der „Wiener Zeitschrift (1792): „Wie lange noch wird man dulden, daß kosmopolitische und philanthropische Schriftsteller, in deren Händen heute die öffentliche Meinung ist, dem wildesten Freiheitstaumel huldigen?" Von den Pariser Briefen des „Revolutionsrats" Campe lasse sich zur Entschuldigung nur annehmen, daß sie samt und sonders in einem Irrenhause geschrieben worden seien.

Zu den „rückhaltlosen Reformatoren", die sogar Körner für staatsgefährlich ansah, gehörte der Freund Mirabeaus, der ehemalige Ingenieuroffizier Mauvillon in Braunschweig. An diesen „arbeitsamen und bescheidenen Mitarbeiter" (Mezières) sind Mirabeaus „Briefe an einen Freund in Deutschland" gerichtet, die über die letzten Absichten des großen Volkstribunen so merkwürdige Aufschlüsse bieten. Noch im März 1790 verlangte Mirabeau von seinem Freunde ausführlichen Bericht über die moralische Wirkung der Revolution auf die Fürsten und Völker Deutschlands; Mauvillon hat in der That einen solchen Stimmungsbericht übersandt, der uns aber leider nicht erhalten blieb. Aus Mauvillons Feder dürfte auch die schon erwähnte Schrift „Doctor Martin Luther!

Deutsche gesunde Vernunft, von einem Freunde der Fürsten und des Volkes“ [1]) herrühren. Inhalt und Sprache, sowie die häufigen Hinweise auf Mirabeaus Reden und auf die Schrift „über die preußische Monarchie“ deuten auf Mauvillon; auch Alois Hoffmann hielt ihn für den Verfasser. Die Schrift soll gegen Einmischung Deutschlands in die französischen Angelegenheiten Stimmung machen, und warnt vor Unterdrückung des freien Wortes. Wie verderblich war es, — führt der Verfasser aus, — daß Karl V. und Franz I. das große Reformationswerk, das die Lehren und Sitten der Kirche reinigen sollte, nicht zum Abschluß kommen ließen! Möge nicht auch jetzt wieder verhindert werden, daß die Revolution Lehren und Sitten des Staates reinige und läutere! „Die Franzosen wollen sich nun einmal nicht wieder von Hetären und Antinoussen, Sejanen und Narcissen beherrschen lassen; wer möchte ihnen auch zumuten, daß sie zur alten Verfassung zurückkehrten, aus der Scenen hervorgingen, über die man so gern den Schleier der Vergessenheit fallen lassen möchte.“ Man lasse also Frankreich sich austoben! Nicht die Jakobiner, aber auch nicht der König und die bewaffneten Mächte Europas werden den gefährdeten Staat retten, sondern der Bauer, der wieder ruhig seinen Acker pflügt, der Kaufmann, der seinen Geschäften nachgeht, der Beamte, der seinem Amte obliegt, der Krieger, der seinen Dienst versieht — das sind die regeneratores, die Wiederhersteller des Staates. Fürsten sind nur heilig, wenn sie die Rechte der Menschheit ehren, wenn ihnen das edle Glaubensbekenntnis Knigges als Evangelium gilt. In Italien gibt es ein kleines Tier, das die Schlafenden aufweckt, wenn Skorpione und andere giftige Ungetüme in die Nähe kommen; diesem nützlichen Tier sind die Freunde der Wahrheit und der Aufklärung zu vergleichen. Vor Schurkerei und Dummheit warnen, ist nicht Verrat, sondern patriotische Pflicht: „man kann Freund der Revolution sein, ohne ein Freund der Schafköpfe zu werden!“

Aehnliche Anschauungen vertrat der Professor der Geschichte in Königsberg, Karl Ehregott Mangelsdorff, der bezeichnenderweise am Tage der Stiftung des preußischen Königtums eine Festrede „über den Geist der Revolutionen“ hielt (1790). Er sieht im Gegensatz zu Mauvillon in Preußen unter Friedrich Wilhelm II. einen Musterstaat, dessen Unterthanen „über alle Vorstellung glücklich“ seien, aber wenn es eine süße Pflicht, wohlwollenden Monarchen zu gehorchen, sei es andrerseits ein gutes Recht unglücklicher Völker, despotischen Unterdrückern den Gehorsam zu versagen. Wenn der Zwang unleidlich, das Zepter zum eisernen Stab der Pharaonen oder zur Knutpeitsche tatarischer Chane werde, dürfe das Volk dem Menschenhasser die Stirn bieten und die Greuel der Despotie von sich abwälzen.

Eine bemerkenswerte Schrift „Ueber Revolutionen, ihre Quellen und die Mittel dagegen“ (1792) stammt aus der Feder eines Hofpredigers in Detmold, Johann Ludwig Ewald. Es wird darin nicht für die Revolution, aber gegen die zur Revolution drängende absolutistische Staatsform Partei ergriffen. Wo immer die Völker sich gegen ihre Fürsten erhoben, trug das Mißregiment der Fürsten die Schuld. Auf stehende Heere können sich despotische Herren nicht ver-

[1]) „Nicht in Berlin, auch, leider! nicht in Braunschweig, eher noch in Wien,“ 1793.

lassen: haben etwa die Prätorianer und die Janitscharen die Entthronung von Tyrannen verhindert? Auch strengste Zensur kann nicht als wirksamer Kordon gegen revolutionäre Ideen gelten: nur Menschlichkeit der Regenten vermag die Regierten im Zaume zu halten. Gleichheit der Menschen ist ein utopischer Traum, Freiheit ist ein Wort, das mißbraucht werden und schädlich wirken kann, aber ein gewisses Maß von Freiheit darf keinem Menschen verkümmert werden, sonst hat er das Recht, seine Kette zu zerbrechen. Vor allem hat jeder Anspruch auf unbedingte Religions- und Gewissensfreiheit. Steuern und Abgaben müssen bestehen, aber den Unterthanen soll nicht mehr abgenommen werden, als was zu würdigem Unterhalt des Fürsten und des Staates notwendig ist. Ungerecht ist es, den Staatssäckel zur Befriedigung des Dünkels der Regenten heranzuziehen, und lächerlich ist es, daß in Deutschland der Graf als Fürst, der Fürst als Herzog, der Herzog als König auftreten will und deshalb unangemessenen Aufwand treibt. Noch anstößiger ist den Unterthanen der Mißbrauch der Jagdrechte. Die Jagd ist ein männliches und ein fürstliches Vergnügen, macht dem Fürsten den Aufenthalt im eigenen Lande wertvoll und bringt ihn der Hütte des Armen nahe, — aber wie häufig wird die fürstliche Jagd infolge der damit verbundenen Mißstände der Fluch des Landes! Wenn Hirsche und Eber die Saat des fleißigen Landmannes verwüsten, was kann da die Berufung auf ein altes Pergament helfen! Ein noch fürchterlicherer Despotismus ist der von manchen Monarchen betriebene Menschenhandel. Gewiß, der Unterthan ist schuldig, sein Vaterland mit den Waffen zu verteidigen, aber er darf nicht für fremdes Interesse um Geld geopfert werden. „Wer findet ein Wort für diesen mehr als sultanischen Despotismus? Was wäre Seelenverkäuferei, wenn das keine ist? Wie viele Flüche kamen auf das Haupt der Fürsten, die solches frevelten!" Die Fürsten möchten sich nicht länger durch die Schmeicheleien der Höflinge, die Liebkosungen der Maitressen, die Heuchelei der Beichtväter kirren lassen, sondern endlich lernen, mit eigenen Augen zu sehen. „Nur eine gerechte, gütige, väterliche Regierung kann auf die Dauer für Aufruhr sichern; Härte, Despotismus führt ihn früher oder später herbei!" Die zuverlässigste Abwehr jeder Revolution ist vertragsmäßige Beschränkung der Fürstengewalt zu Gunsten der Völker. Möge man doch die Beweiskraft der Zahlen gelten lassen: „200,000 wollen in Frankreich die uneingeschränkt monarchische, 24,000,000 die demokratische Staatsform!" — Es kann nicht wunder nehmen, daß der Verfasser dieser Schrift, der noch eine ähnliche über die Pflichten des Adels veröffentlichte, manches Widerwärtige erfuhr, so daß er sein Amt niederlegte und in die Reichsstadt Bremen übersiedelte.

Karl Friedrich Cramer, Professor der geistlichen Beredsamkeit in Kiel, der sich schon durch seine Bemühungen um Epuration der Universitätsbibliothek — er wollte alle Dogmatiken, Konziliensammlungen und ähnlichen „Käsekram" entfernt wissen — als radikaler Zelot hervorgethan hatte, kündigte 1793 eine Uebersetzung der Schriften Pethions an und feierte den hinterlistigsten der Revolutionshelden als Märtyrer der Rechtschaffenheit. Von seinen Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen, antwortete er mit einer Lobrede auf die Revolution; deshalb seines Amtes entsetzt, zog er mit seiner Familie nach Paris und legte dort eine Buch-

handlung mit Druckerei an. Goethe widmete der Uebersiedelung „Anacharsis des Zweiten" das Xenion „Deutschlands Revanche an Frankreich":

„Manchen Lakay schon verkauftet ihr uns als Mann von Bedeutung,
Gut! Wir spedieren euch hier Cramer als Mann von Verdienst!"

Auch der Historiker Ernst Posselt in Karlsruhe mußte wegen Hinneigung zu den „neufränkischen" Ideen zuerst seine Professur in Karlsruhe, dann den Posten eines Amtmannes in Gernsbach aufgeben. In der 1793 herausgegebenen Geschichte des Prozesses gegen Ludwig XVI. verurteilt er zwar jene „Wütenden, die eine der merkwürdigsten Revolutionen zum Abscheu der Welt gemacht haben," aber er bewundert die Girondisten und ihre Ideale, eine „Freiheit, in deren Genuß in einer Republik der Nordamerikaner, unter einer eingeschränkten Monarchie der Britte und unter guten Fürsten der Teutsche sich glücklich fühlt." In einer späteren Ausgabe (1802) nimmt Posselt entschiedener gegen die Revolution Partei, aber auch für die konstitutionelle Staatsform. „Was anfangs neunzehn Zwanzigstel von Frankreich die heilige Revolution nannten, heißt nun im Einklang von ganz Europa die schreckliche. Man hat einsehen gelernt, daß es Republiken gebe ohne Freiheit und im Gegenteil, wie Sieyès (den Posselt im ‚Lexikon der französischen Revolution' als den ‚Pitt der Revolution' bewundernd feiert) schon mitten im Sturm gesagt hat, die Freiheit vielleicht nirgends sicherer besteht, als in einer gehörig beschränkten Monarchie." Der Kieler Philosoph Martin Ehlers vertrat im „Teutschen Merkur" den Grundsatz, nur von politischer Stärkung des dritten Standes sei das Heil der Gesellschaft und von unbedingter Preßfreiheit der Sieg der Aufklärung zu erwarten; die französische Verfassung von 1791 ist ihm „das erhabenste Werk der Menschheit, in welchem das Verhältnis, worin die verschiedenen Zweige der Staatsmacht gegeneinander gesetzt sind, meisterhaft geraten zu sein scheint." Der junge Gentz, damals Geheimsekretär beim Generaldirektorium in Berlin, ein eifriger Kantianer, teilte die Anschauungen seines Lehrers über die heilsame Wirkung der französischen Neuerungen. „Das Scheitern dieser Revolution," schreibt er an Garve, „würde ich für einen der härtesten Unfälle halten, die je das menschliche Geschlecht betroffen haben. Sie ist der erste praktische Triumph der Philosophie, das erste Beispiel einer Regierungsform, die auf Prinzipien und auf ein zusammenhängendes System gegründet ist; sie ist die Hoffnung und der Trost für so viele alte Uebel, unter denen die Menschheit seufzt."

Allerdings gab es auch unter den Gelehrten und Schriftstellern grundsätzliche Gegner der Revolution.

Der Encyklopädist Baron Grimm, der gothaische Geschäftsträger am französischen Hofe und litterarische Vertrauensmann der Zarin Katharina und des Prinzen Heinrich von Preußen, hatte schon früher der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die mißverstandenen Lehren Rousseaus und Voltaires großes Unheil in der Welt stiften würden. Schon in den siebziger Jahren hatte er geschrieben: „Der Mensch ist weder für die Freiheit, noch für die Wahrheit gemacht; unsinnige Träumer sind es also, die es nach großen Umwälzungen in Staat und Gesellschaft gelüstet; der Gewinn wäre nicht des Opfers wert." Im Januar 1789 beklagte er den „nicht mehr auf-

zuhaltenden Sieg des Schwindelgeistes" in Europa; nach den Oktoberscenen in Versailles und Paris forderte er die Zarin auf, durch ihr mächtiges Wort den „Höllengeist der Revolution" in seinen Schlund zurückzubannen; auch in der Folge wirkte er eifrig für ein Bündnis der europäischen Höfe zur Bekämpfung der revolutionären Propaganda. Der von König Georg zum Hofrat erhobene und geadelte Schweizer Arzt Zimmermann, der auch zu den Günstlingen Friedrich Wilhelms II., Wöllner und Bischoffswerder, in vertrauten Beziehungen stand, warnte in mehreren Schriften vor dem Gift der französischen Ideen und vor den schon angesteckten Illuminaten; namentlich gegen den als „Illuminaten, Demokraten und Volksverführer entlarvten Baron Knigge" waren die nicht besonders spitzigen Pfeile gerichtet. In der von Kaiser Leopold „mit gnädigster Zustimmung" entgegengenommenen Denkschrift „Ueber den Wahnwitz unsres Zeitalters und die kräftigsten Hülfsmittel gegen die Mordbrenner, die uns aufklären wollen" empfahl Zimmermann, einen Fürstenbund in Regensburg gegen die Volksverführer zu stiften. Auch ein andrer Schweizer Arzt, Christoph Girtanner, der sich 1789 in Göttingen niedergelassen hatte, war als politischer Schriftsteller in konservativem Sinne thätig. In den „Historischen Nachrichten und politischen Betrachtungen", welche eine Geschichte der französischen Staatsumwälzung bis zum Jahr 1793 enthalten, wie in den „Politischen Annalen" suchte er der Verherrlichung der Revolution entgegenzuwirken. In der „Wahren Darstellung der großen französischen Staatsrevolution" (1792) des oldenburgischen Konsistorialrats Kruse wird die Nachgiebigkeit Ludwigs XVI. gegen die Forderungen der Mirabeau und Barnave ein „beklagenswerter Akt trügerischen Wahnes," die ganze Umwälzung in Frankreich „fehlerhaft und illoyal in ihrer Entstehung, gottlos und unmenschlich in ihrer Ausführung, schwankend und ungewiß in ihrem Bestand und Folgen" genannt. Dem fruchtbaren Schriftsteller und Bibliothekar Ottokar Reichard in Gotha waren schon 1786 auf einer Reise durch Frankreich die drohenden Vorzeichen eines gewaltsamen Umsturzes nicht entgangen; damals fühlte er „auch nicht den mindesten Trieb, sich dafür oder dagegen zu erklären." Bald gab er jedoch diese Zurückhaltung auf. „Erbittern mußte jeden gemäßigten Sinn" — so begründet Reichard in seiner Selbstbiographie den Umschwung — „das tolle Gebaren gewisser unruhiger Köpfe meines deutschen Vaterlandes, die in Schriften und Handlungen als Ausrufer und Trabanten der ‚neuen Menschenrechte' erschienen und deren Treiben ich mich mit Wort und That entgegenwarf, weil meine genaue Kenntnis der Persönlichkeit vieler dieser Weltbeglücker trotz der vorgebundenen Larve mich die wahren Beweggründe ihres Handelns hell durchschauen ließ." Er veröffentlichte deshalb eine Reihe von Flugschriften, die zur Abwehr des Jakobinertums diesseits und jenseits des Rheines mahnten, den „Aufruf eines Deutschen an seine Landsleute am Rhein", die „Adresse an den gesunden Menschenverstand" u. a. In den „Betrachtungen über die französische Revolution" des hannoverschen Geheimsekretärs Ernst Brandes, der in London die Bekanntschaft Burkes gemacht hatte, wird zwar die Notwendigkeit von Reformen in Frankreich, ja sogar der Abwehr reaktionärer Uebergriffe durch bewaffnetes Volk zugestanden, aber das Werk der Konstituante als ungeeignet und unwürdig für ein großes Reich zurückgewiesen.

Im allgemeinen aber waren die akademischen Kreise die Träger der freiheitlichen Bewegung in Deutschland. Ein Gegner der Revolution, der bairische Hofrat von Eckartshausen, nennt in einer Schrift: „Was trägt am meisten zu der Revolution itziger Zeiten bey?" den Umsturz aller Dinge geradezu ein Werk des Uebermuts der französischen Gelehrten, das durch die deutschen Kollegen nach Deutschland verpflanzt werden soll. „Die deutschen Professoren," schreibt Alois Hoffmann in der „Wiener Zeitschrift" (1792), „haben nun wirklich in corpore immer weniger Ursache, auf ein gewisses Myrrhenbündlein ihrer Kollegen stolz zu sein, die es jetzt immer lauter und lauter zu Tage legen, daß sie diejenigen Herren sind, von welchen geschrieben steht: Sie wollen sich der Meinungen der Menschen bemächtigen, das Oberste zu unterst setzen und das Unterste zu oberst, Könige in den Staub und Schulmeister auf den Thron!" In Mainz sei bereits der Anfang gemacht: dort seien zwei Professoren als gestrenge Herren an der Spitze, der Katholik Dorsch und der Protestant Forster! Der gleiche Thatendrang beseele die Herren Kästner, Weishaupt, Ehlers, Cramer, Ebeling, Brendel, Eulogius Schneider und viele andre: caveant consules! Auch der nicht genannte Verfasser einer Flugschrift „Philosophische Bemerkungen über die Republiken" behauptet, daß „keine Menschen in der Welt bei aller ihrer übrigens unverkennbaren Gelehrsamkeit schlechtere Philosophen, schlechtere Menschenkenner, schlechtere Bemerker sind, als die deutschen Professoren", und daß diese sich überall hervordrängenden Streber für alles Unheil in der staatlichen Entwickelung die Verantwortung zu tragen haben.

Natürlich sind wir über die Stimmung der Kaufleute und Industriellen weniger unterrichtet, als über diejenigen der Schreibseligen. Da die besitzenden Klassen bei einer politischen Umwälzung Gefahr liefen, die Früchte ihrer früher geleisteten Arbeit zu verlieren, bestand in der eigentlichen Geschäftswelt, wie Brandes versichert, wenig Neigung, in den Kampf für das freie Staatsbürgertum einzutreten. Immerhin hören wir, daß der erste Jahrestag der Erstürmung der Bastille, der 14. Juli 1790, in Hamburg unter vorwiegender Beteiligung der Kaufmannskreise gefeiert wurde; die Frauen erschienen in Weiß mit Schärpen in den französischen Farben; Klopstock trug seine Ode „Der Fürst und sein Kebsweib" vor und erntete rauschenden Beifall. Auch Varnhagen, dessen Familie 1794 nach Hamburg übersiedelte, versichert, daß die ganze sogenannte gebildete Welt der Revolution Glück und Gedeihen wünschte, wozu freilich das unverschämte Gebaren der zahlreichen Emigranten nicht wenig beitrug. In Leipzig, dem ersten Handelsplatz Sachsens, wurden „Die Kokarden", ein Schauspiel Ifflands, das gegen die einreißende Gesetzlosigkeit Stimmung machen wollte — das Stück schließt damit, daß die bekehrten Rebellen „mit zärtlicher Gewalt" den Fuß des Fürsten auf ihre Kokarden setzen, — und die „Weiblichen Jakobiner", eine alberne Posse Kotzebues von reaktionärer Richtung, ausgepfiffen; der Regisseur mußte auf der Bühne Abbitte leisten, daß er solche Stücke zur Aufführung gebracht habe. Noch überzeugender scheint für das Eindringen revolutionären Sinnes in die bürgerlichen Kreise in Deutschland die Thatsache zu sprechen, daß es in den zwei letzten Decennien des vorigen Jahrhunderts in fast allen deutschen Reichsstädten, mochten sie vorwiegend aristokratisches oder zünftiges

oder bürgerliches, aber nicht zünftiges Regiment haben, zu mehr oder minder heftigen Erschütterungen kam; allein diese Erscheinung ist, wie Eugen Guglia nachgewiesen hat, nicht auf unmittelbare Einwirkung der französischen Revolution zurückzuführen; der Einfluß französischer Theorien ist freilich ebensowenig zu bestreiten. Entweder wurde, wie in Nürnberg, eine Lockerung der engherzigen Optimatenherrschaft angestrebt, oder es kam wegen Holzabgabe, Steuern 2c. zum Streit zwischen Stadtrat und Bürgerschaft; auch Getreidemangel und Teuerung riefen da und dort Unruhen hervor. Entschieden revolutionären Charakter hatten eigentlich nur die erst ins Jahr 1797 fallenden Auftritte in der schwäbischen Reichsstadt Reutlingen. Hier wählten die Zünfte trotz aller Proteste des Magistrats einen bürgerlichen Zwölferausschuß; dieser begnügte sich bald nicht mehr mit dem ihm zugedachten Wirkungskreis, der sich auf Regelung der Steuerverhältnisse beschränken sollte, sondern dekretierte, offenbar an französisches Beispiel sich anlehnend, Abkaufbarkeit der Leibeigenschaft, „welche die Menschenwürde entehrt und deswegen in unsrem hellen Zeitalter, wo man die ursprünglichen Menschenrechte stets mehr schätzen lernt, mehrfällig aufgehoben wurde," Ablösbarkeit der sogenannten Gottesgaben und andrer dinglicher Rechte, Kontrole der Stadtrechnungen durch bürgerliche Revisoren u. s. w. Die Bürgerschaft hielt zu den Zwölfern, doch auf Betreiben des Magistrats verfügte der Reichshofrat die Auflösung des Reutlinger „Wohlfahrtsausschusses." Die in Hamburg zu Anfang der Neunziger Jahre ausgebrochenen Handwerkerunruhen hatten keinen politischen Charakter. In Worms entspann sich in den Achtziger Jahren ein leidenschaftlicher Kampf zwischen dem Magistrat, den sogenannten Dreizehnern, und der Bürgerschaft. Nachdem es wiederholt zu Aufläufen gekommen war, gingen die Dreizehner den Reichshofrat um Schutz „gegen die Machinationen aufwieglerischer Bürger" an, und die Reichsbehörde ließ auch in diesem Sinne ein scharfes Mandat ergehen. Darauf richteten aber die Bürger ein Immediatgesuch an den Kaiser, worin nicht bloß Zurücknahme des Spruches, der sie „dem ganzen Publico zu ihrer offentlichen Beschimpfung als Rebellen erscheinen" lasse, sondern auch Abschaffung des Dreizehnerkollegiums auf Grund der Rachtung von 1519, Aufhebung der Fleischaccise, Verbot der willkürlichen Veräußerung von Gemeindegütern 2c. verlangt waren; zugleich ließen sich die Wormser vom Domkapitel und von den katholischen Stiftern der Stadt Zeugnisse ausstellen, daß ihr Auftreten mit Rebellion nichts gemein gehabt habe. Der Kaiser wies die auf Verfassungsänderung zielenden Anträge ab, den materiellen Beschwerden wurde Abhülfe zugesichert. In gleicher Weise betonten die Dortmunder, die 1795 gegen die Willkür eines Bürgermeisters Front machten, in ihrer Beschwerdeschrift, daß sie nicht „in blindem Freyheitstaumel" sich gegen die Obrigkeit auflehnen, sondern nur notgedrungen der Verletzung der alten Privilegien ein Ziel setzen wollten. Auch die Klageschriften aus andren Städten nehmen nicht etwa Bezug auf die neuen staatsrechtlichen Theorien, sondern immer nur auf „uralte Sitte und Recht". In der Schrift „Wodurch kann das wechselseitige Vertrauen zwischen Rath und Bürgerschaft der Reichsstadt Nürnberg gänzlich und dauerhaft wiederhergestellt werden?" wird ausdrücklich der Wunsch hervorgehoben, Gott möge die liebe Vaterstadt, wie das ganze deutsche Vater-

land vor den Schrecken einer Revolution bewahren. Die nämliche Beobachtung läßt sich bei den Unruhen in Breslau und andern schlesischen Städten im Frühjahr 1793 machen. Bald da, bald dort gab es Anzettelungen, Aufläufe, Widersetzlichkeiten gegen Magistrate und militärische Behörden, aber nicht die Idee der Volkssouveränität verleitete dazu, sondern der Hunger. Zu ernsten Scenen kam es insbesondere in den Gebirgsdörfern an der böhmischen Grenze. Durch die Stockung der Leinwandausfuhr infolge des Krieges und die wucherische Gewinnsucht der Händler waren die Weber in schwere Bedrängnis geraten, die Armen rotteten sich zusammen und übten an den wirklichen oder vermeintlichen Urhebern ihres Unglücks blutige Vergeltung. Die Behörden waren des Glaubens, daß „bei dem gemeinen Manne durch die französische Propaganda schlechte Begriffe entstanden ... und dieser Geist der Unruhe gleich bei der Geburt erstickt werden" müsse, und schritten deshalb anfänglich mit großer Strenge gegen die Aufständischen ein; da der wohlwollende Monarch dieses Vorgehen mißbilligte, verfiel man auf den Gedanken, die Händler zur Zahlung hoher Leinwandpreise und zur Lieferung billigen Garnes zu zwingen, erreichte aber damit nur, daß die Märkte verödeten und den Arbeitern der Absatz fehlte. In Breslau kam es im nämlichen Jahre aus nichtigem Anlaß zu höchst bedenklichen Unruhen. Die Handwerksgehülfen ließen sich mit der Besatzung in förmlichen Kampf ein, zahlreiche Tote blieben auf dem Platze. Da sich die Aufregung auch der Bürgerschaft mitteilte, verstand sich die Staatsgewalt zu einer demütigenden Kapitulation; die Rebellen wurden sogar für die vier Tage, an welchen sie der Exzesse halber die Arbeit versäumt hatten, aus Staatsmitteln entschädigt.

Harmlosere Bilder entrollen die Prozeßakten über angebliche Verschwörungen und revolutionäre Vorgänge in bairischen Städten. In dem freundlichen Neuötting, nahe bei dem bekannten Wallfahrtsort Altötting, wurde 1794 eine notpeinliche Untersuchung wegen hochverräterischer Umtriebe zahlreicher Angeklagter eröffnet; Geheimrat von Lippert, der „Großinquisitor von Baiern", wie ihn der Volksmund nannte, leitete selbst die Verhandlungen. Was war das Ergebnis? Bei ein paar Malteser Priestern wurden allerlei „aufrührische französische Pièces", u. a. die Henriade von Voltaire (!), die Konstitutionsurkunde der Franzosen, eine Parabel vom Senfkörnlein, das zum Freiheitsbaum erwächst, eine Rede von Eulogius Schneider ꝛc. aufgefunden; im Stübchen des Bräuers Pallauf hatten die Stammgäste verdächtige Kappen getragen, an Freitagen war dort Fleisch gegessen, bei einem Bolzenschießen eine Scheibe mit einem unanständigen Bild aufgestellt worden ꝛc. 1791 kam in München zur Anzeige, daß ein protestantischer Kaufmann aus Nürnberg, Bäumler, einen geheimen Klub gestiftet habe und im Guggemoosschen Kaffeehaus nächtliche Zusammenkünfte stattfänden; die Untersuchung ergab, daß das Ganze auf Spaß hinauslief. Im nämlichen Jahre wurden mehrere Bürger, Beamte und Schauspieler in München wegen Tragens geheimer Abzeichen in Untersuchung gezogen; es stellte sich heraus, daß bei einer Hochzeit seidene Bänder mit einem verliebten Verschen und den Anfangsbuchstaben des Ehepaares unter die Gäste verteilt worden waren! Weniger unschuldig waren vielleicht die Zusammenkünfte einer „Freundschaftsgesellschaft" in der Universitätsstadt Ingol-

stadt, deren Mitglieder über die neuesten Vorfälle in Paris „geschichtliche" Vorträge hielten.

Welche Wirkung die Lehren und das Beispiel Frankreichs auf dem Lande üben würden, war vorerst nicht abzusehen. Auch in Deutschland gab es ja einige Tausend Edelleute, die es für ihr gutes Recht ansahen, von der Arbeit ihrer Hintersassen zu leben, und gab es Millionen Hörige, die niemals zu einigem Wohlstand gelangen konnten, weil die harten Frondienste und die maßlos gesteigerten Lehensabgaben jeden Aufschwung der Landwirtschaft verhinderten. Nun drang auch in die Hütten der deutschen Bauern die frohe Botschaft von der Erklärung der Menschenrechte und steigerte das Mißbehagen über die Herren, die ihr Recht an Wald und Flur, Hof und Herd in vielen Fällen gar nicht nachweisen konnten, und weckte den Wunsch nach Lösung oder doch Lockerung der drückenden Fesseln. In vielen Landschaften, in Preußisch-Schlesien, in Kursachsen, in der Grafschaft Saarbrücken, der Grafschaft Leyen, im Gebiet der Reichsstadt Gengenbach und in andern kleinen Herrschaften brachen Unruhen aus. Die Bauern forderten ihre angeblich oder wirklich in älterer Zeit innegehabten Waldrechte zurück oder weigerten Dienst und Robot; in nächtlichen Zusammenkünften ermunterten sie sich zur Widersetzlichkeit; die Schulzen standen nicht selten selbst an der Spitze der Bewegung. Die Oppenauer Thalbauern erklärten vor Gericht, sie wollten nichts andres, als ihr Recht, und wer ihnen dies versagt habe, sei „gerupft" worden, habe aber seinen Kopf noch auf den Schultern, in Frankreich werde dies ganz anders gemacht!

„Das gemeine Wesen," schrieb Johannes Müller am 10. März 1790 an seinen Bruder, „ist in äußerster Gärung, nicht sowohl der Kriege wegen, die Leopold wohl beilegen wird und niemand ernstlich will, aber wegen des alles pervadierenden Geistes der Freiheitserneuerung. Es gärt furchtbar in Jülich, Köln, Trier. . . . Ungarn ist noch unzufrieden, und jetzt fangen Böheim und Oesterreich an, sie wollen ihre großen, alten Rechte zurück. . . . Wer, o Bruder, hätte noch in Friedrichs letzten Jahren die Möglichkeit solcher Scenen geträumt? Wer gab nicht die Völker auf, als eine Million disziplinierter Krieger für die Fürsten standen? Wie weit es gehen und wie es endigen werde, kann ein menschlicher Verstand nicht voraussagen, doch ist wahrscheinlich am Ende Gewinn für die Menschheit!" — —

Im Sommer 1790 erschien im Journal von und für Deutschland, das bislang als Organ des kaiserlich und josephinisch gesinnten Oberdeutschlands gelten konnte, ein Brandartikel: Fürsten Deutschlands, habt acht! Spione durchschleichen eure Staaten und streuen verderbliche Lehre aus! Freiheit und Gleichheit lautet der Lockruf, ist der Vereinigungspunkt der Betrüger und Betrogenen! Der nämliche Aufsatz unter dem Titel „Nachricht von einer vorgeblichen patriotischen Gesellschaft, welche in Paris unter dem Namen einer Zusammenkunft von der Fortpflanzung (Club de la propagande) zusammengetreten," wurde im Münchener Intelligenzblatt und anderen Organen abgedruckt und erschien auch in breiterer Ausführung als Flugschrift unter dem Titel „An alle Mächte Europens Nachricht von einem Verschwörungsplane gegen die allgemeine Ruhe, nebst einer Rede, gehalten (von M. D.) im Club de la pro-

pagande am 21. May 1790." Der Redner (Mathieu Dumas?) bekämpft einen Grafen von M. (Mirabeau?), der die Auffassung vertreten hatte, es sei noch nicht an der Zeit, an die Organisierung der Freiheit bei anderen Völkern zu denken, und es komme nur darauf an, die Verfassung Frankreichs auf demokratischer Grundlage aufzubauen, die Nachbarstaaten würden dann schon folgen und die Szepter der Könige zu den Füßen der Völker legen. In solchem Zuwarten, erklärt der Redner M. D., liege eine große Gefahr; die Fürsten Europas würden sich unzweifelhaft zur Abwehr des Umsturzes verbinden, und dann würde es schwer halten, das freie Frankreich gegen so viele Feinde zu verteidigen; deshalb müsse schon vorher mit der Fackel der Revolution der ganze Kontinent in Flammen gesteckt werden. Diese Rede — so folgert der Verfasser der Flugschrift — lasse deutlich die allen Staaten gemeinsame Gefahr erkennen. Amerika sei als die Wiege der revolutionären Umtriebe der Gegenwart anzusehen; dort sei der Plan ausgeheckt worden, die alte Welt zu unterwerfen, und da dies nicht möglich, so lange Europa mächtige Fürsten und glückliche Völker besitze, sei Unfriede zwischen Fürsten und Völkern gesät worden; in Frankreich sei bereits die unheilvolle Saat aufgegangen, das reiche Land werde von einem Häuflein Wahnsinniger beherrscht, die gleich Spulwürmern in den Eingeweiden des Landes aufwuchsen und den ganzen Körper zernagen. Allen Mächten obliege demnach die Pflicht, die Entwürfe der Ruchlosen, die dem allerchristlichsten König den Purpur von den Schultern zerren wollten, zu vernichten; zu diesem Zwecke sei ein Kongreß zu berufen, für die Gegenwart ein weit dringenderes Bedürfnis, als in den Tagen von Cambrai. Schon entfalte der Pariser Klub zur Verpflanzung des revolutionären Gedankens ins Ausland rührige Thätigkeit; schon zähle er 666 Mitglieder, die zur Lösung der verschiedenen Aufgaben in sechs Klassen geteilt seien: die erste soll die Grundsätze der neuen Gesellschaftslehre feststellen, die zweite die gewonnenen Resultate in Zeitungen und Druckschriften bekannt machen, die dritte zur Verbreitung der Ideen Ausschüsse in allen größeren Städten Frankreichs gründen, die vierte im Ausland Propaganda treiben, die fünfte alle Mißstände des Regiments aufdecken und bekämpfen, die sechste die erforderlichen Reformen zum Zweck freiheitlicher Ausbildung des sozialen Lebens ins Werk setzen. Auf solche Weise gegliedert und mit reichen Mitteln ausgestattet, werde die „Fortpflanzungsgesellschaft" binnen kurzem ganz Europa revolutionieren.

Auch das Hamburger politische Journal teilt den Verschwörungsplan mit und knüpft daran den Aufruf: „Und nun, ihr Könige, ihr Fürsten, ihr Staatsminister, ihr Obrigkeiten in Republiken, ihr Magistrate in Städten! Ihr habt nun wenigstens Vorkenntnis! Eure Sache ist's nun, mit eurer Klugheit darüber zu denken und zu handeln. Wir haben allenthalben Freunde, sagen die Männer der Propagande, wir haben Associierte, Abgeordnete an Ort und Stelle mit Instruktionen!"

Diese „Associierten" waren nach weitverbreiteter Ansicht die Freimaurer und die Illuminaten. War diese Ansicht begründet?

Unzweifelhaft haben die Lehren der Franc-maçons auf die Revolution in Frankreich eingewirkt; von maurerischer Seite selbst wurde diese Thatsache immer zugestanden und gutgeheißen. „Die Bewegung von 1789," erklärt Jouaust in

seiner Geschichte der Loge zu Rennes, „begonnen mit rein humanitärem Charakter und in der Hoffnung auf beständige Harmonie zwischen König und Volk und zwischen Adel, Geistlichkeit und Bürgerstand, war ein teilweise in den Logen vorbereitetes großes Werk, während für den durch blinden Widerstand des Königtums, wie durch den Egoismus und die Eitelkeit des Adels und des Klerus veranlaßten schrecklichen Zusammensturz der alten Gesellschaft die Maurerei nicht verantwortlich gemacht werden kann." Der Gedanke, daß mit dem klerikal-absolutistischen System gebrochen und eine neue Ordnung auf den Widerlagen der Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe aufgerichtet werden müsse, hatte längst in den Logen Wurzel gefaßt; er kann, mag immerhin die Behandlung politischer Fragen nach den Satzungen ausgeschlossen gewesen sein, geradezu als politisches Programm der Maurerei gelten. „La parfaite union" in Rennes und andere Logen in Frankreich gaben zur Zerstörung der Bastille und ähnlichen Vorgängen öffentlich ihre Zustimmung kund. Und an der Spitze des Geheimbundes stand Herzog Philipp von Orleans! Kein Wunder, daß Marie Antoinette in den Genossen ihres Todfeindes die Anstifter alles Unheils erblickte. „Hüten Sie sich vor allen Freimaurerverbindungen," schrieb sie (17. August 1790) an Bruder Leopold, „man wird Sie wohl schon davor gewarnt haben; auf diesem Wege glauben die Bösewichte in allen Ländern das gleiche Ziel zu erreichen; möge Gott mein Vaterland und Sie vor ähnlichem Unglück bewahren!" Auch Prinz Heinrich von Preußen sah in den Geheimbünden eine ernste Gefahr. „Wenn Sie," schrieb er (11. April 1790) an den in Paris weilenden Grimm, „Ihre Chapellier, Ihre Lameth, Ihre Barnave haben, so haben wir unsere Illuminaten, unsre Illuminaten und wieder unsre Illuminaten!"

Es erregte nicht geringes Aufsehen, daß der Wundermann Cagliostro bei seiner Verhaftung in Rom im November 1789 vor dem Inquisitionsgericht erklärte, als ein in die höchsten Grade eingeweihter Maurer könne er versichern, daß Zweck und Ziel der Maurerei die Vernichtung des Despotismus und deshalb zur Zeit der Anschluß an das revolutionäre Frankreich sei. Reichard erzählt in seiner Selbstbiographie einen Vorgang, der in Gotha im Sommer 1790 Aufregung hervorrief. Logenbruder Becker verflocht in eine Festrede am Geburtstage des Herzogs die neuesten Pariser Ereignisse; beim Eintritte solcher Zeichen und Wunder, erklärte er, müsse jeder Maurer der Gleichgültigkeit entsagen und Partei ergreifen; welche Partei der Redner meinte, war leicht zu erkennen, da er die anwesenden Militärs ermahnte, „eine weise Neutralität zu beobachten, wenn ihre Hülfe bei Volksaufläufen erfordert würde." Reichard und andere Logenbrüder beschwerten sich jedoch über solche Empfehlung der Revolution und traten aus dem in politischer Beziehung verdächtigen Illuminatenbunde aus. In einer 1791 veröffentlichten Schrift „Projekte der Ungläubigen zur Aufhebung der Religiosen und Einziehung der geistlichen Güter, ins Licht gestellt aus den Werken Friedrichs des Großen," wird der Grundsatz aufgestellt, die Revolution sei nur der Rückschlag der von den Mächtigen der Erde selbst begünstigten Bewegung; von König Friedrich und seinesgleichen sei den Freimaurern zu Ansehen und Einfluß verholfen worden, jetzt werde die unheimliche Macht von unbekannten Oberen dazu aufgeboten, die Throne zu zertrümmern. Auch eine Schrift

„Ueber die Gefahr, die den Thronen durch das falsche System der Aufklärung drohet" (von Friedrich von Pries von Löwenburg), macht die geheimen Orden für das Hereinbrechen der Sturmflut verantwortlich. Insbesondere in der vom Wiener Professor Alois Hoffmann in den Jahren 1792 und 1793 herausgegebenen „Wiener Zeitschrift" kehrt diese Anklage in allen Tonarten wieder; der Herausgeber bezeichnet als Hauptzweck seiner Gründung: „dem wilden Freiheitstaumel kosmopolitischer und philanthropischer Horden einen Damm entgegenzusetzen."

Von maurerischer Seite wurde die Beschuldigung verräterischer Umtriebe mit Entrüstung zurückgewiesen. Die vereinigten drei Prager Logen erließen am 28. August 1792 eine „Erklärung an das Publikum", worin sie „voll Gefühl ihrer eigenen Unschuld, aber auch voll des Wunsches, eine falsche Beschuldigung nicht länger tragen zu dürfen", den Angeber Hoffmann aufforderten, „ohne Winkelzüge zu sagen, was er weiß, oder ebenso ehrlich zu widerrufen, als er vorsichtig anklagte." Darauf schränkte Hoffmann, der früher selbst Minervale gewesen war, seine Anklage ein; er habe unter den gefährlichen Gesellschaften nicht die echten Freimaurerlogen verstanden, sondern nur „schlechte Sekten und geldschneiderische Winkelkomplotte, die sich vor dem Publikum mit dem Schilde der Maurerei bedecken möchten;" der „wahren" Maurerei wolle er gern „ihre ehemalige Zierde und Wertschätzung überall wieder verschaffen helfen." Mit Genugthuung versichert Hoffmann, der König von Preußen selbst habe ihn „zur privilegierten Durchgeißelung der Deutschen und zumal der preußischen Aufklärer" ausdrücklich aufgefordert und habe ihm in einem zweiten Schreiben den wärmsten Dank ausgesprochen für die Aufdeckung der „heimlichen Ränke eines verborgenen Haufens übelgesinnter und schlechtdenkender Menschen." Auch Kaiser Leopold, so versichert der Publizist, habe mit ihm schon im September 1790 zu Schönbrunn „in einem schlechten Kapotrock" die Gründung eines Journals zur Bekämpfung der falschen Aufklärung besprochen; nach seiner Rundreise im Reich habe ihm der Kaiser seine Beobachtungen über den revolutionären Schwindel in Deutschland mitgeteilt, ja, er habe ihm sogar zum Danke für die loyale Haltung der Zeitschrift eigenhändig zwei Eintrittskarten zu Hofredouten überreicht. Desgleichen wird dem Kurfürsten Karl Theodor Lob gespendet, weil in Baiern jeder Beamte eidlich versichern müsse, daß er keinem geheimen Orden angehöre, sowie dem hannöverschen General Freytag wegen seiner Stiftung einer „allgemeinen Militärassociation", „um den kleinen deutschen revolutionslustigen Mirabeaus, Condorcets und Brissots, die so gerne das ganze Deutschland ebenso wie das arme Frankreich in Flammen sähen, das Handwerk niederzulegen." Sich selbst rechnet es Hoffmann zum Ruhme an, daß seine Feinde „für die hämische Geläufigkeit, nur die schlechteste Seite von einer Sache zu sehen, den Namen Hoffmannismus aufbrachten", daß er „der Heerführer der Obskuranten" genannt werde, daß Eulogius Schneider gegen ihn das Epigramm richtete:

„Von ihm (Leopold II.) geschützet, schrieb ein feiler Sklave
Pasquille auf den menschlichen Verstand
Und sagte zu den Völkern: Werdet Schafe
Und lecket freundlich eures Mörders Hand!"

Die Revolution geht von der Freimaurerei aus, dieses ceterum censeo werde er immer wiederholen, obwohl er von den deutschen Jakobinern fortwährend bedroht, von den französischen durch Bestechungsversuche beleidigt werde. „Die Schriftsteller und Illuminaten haben die heutige Revolution bewirkt", aber in Deutschland soll es ihnen nicht gelingen, denn was er über geheime Anschläge der Volksverderber erfahre, mache er durch Gegenminen unschädlich, „und du, o Nachwelt, sollst urteilen, mit welchem Erfolg!"

Nach dem Tode Leopolds II. ging die Wiener Zeitschrift ein, und Hoffmann verlor seine Professur, doch er ließ nicht ab, die angebliche Propaganda der Illuminaten zu bekämpfen. In einer Schrift „Höchst wichtige Erinnerungen über einige der ernstesten Angelegenheiten dieses Zeitalters" (1795) wandte er sich gegen Sonnenfels, der in einer akademischen Rede Bildung und Aufklärung gegen die über alles Maß hinausschießenden Vorwürfe von Obskuranten und Dilatoren verteidigt hatte. Der gefeierte „Prometheus Oesterreichs", so klagt Hoffmann, sei damit zur „Partei der drei noch lebenden deutschen Frankenaktivbürger, Klopstock, Campe und Schiller, und ihrer Vasallen Mauvillon, Knigge, Ehlers, Weishaupt, Harlem u. a. unter dem Oberbefehl des dermaligen obersten und allmächtigen Generals der alten Illuminaten, Robespierre," übergetreten, und „sein Ruhm und sein bedeutender Einfluß in litterarischen Angelegenheiten lasse ihn leider zu einem brauchbaren Werkzeug zur Konsolidierung des Illuminatismus in Oesterreich destiniert" erscheinen. Mit leidenschaftlichem Eifer wiederholt Hoffmann die alten Anklagen gegen „jene wilden Genies," die „in brandstifterischer Aufklärungssucht ihr Unwesen eigentlich schon vom Jahr 1772 [1]) an zu treiben begannen," „deren charakteristische Kennzeichen eine völlige Rustizität und ein Libertinismus, der sich über alle politischen und konventionellen Verhältnisse hinaussetzte." Der verstorbene Kaiser habe gewußt, welche Gefahren für Staat und Kirche die moderne Richtung, insbesondere das damit verbundene Klubwesen mit sich bringe, und habe oft zu erkennen gegeben, daß er die Illuminaten für schädliche Leute halte, — deshalb werde jetzt das Andenken des edlen Fürsten von pöbelhaften Kalumnianten systematisch verunglimpft. Der „deutsche Mirabeau", Mauvillon in Braunschweig, habe einen Revolutionsplan für Deutschland ausgearbeitet und an viele Freimaurerlogen und alle Illuminatenklubs zu thatkräftiger Förderung versendet. Als die streitbarsten Mitarbeiter am Werk der Zerstörung seien anzusehen „der abessinische Exvezier Baron Wurmbrandt, Knigge, der Doktor mit der eisernen Stirn, Ehren-Bahrdt, der Kontentissimus und Löschpapierdespot Nicolai, der feinnasige Jesuitenriecher Biester, der Querpfeifer Bode, dieser größte Hebebaum der französischen Revolution, der Dagon des illuminatischen Philistertums Weishaupt, der Goddam hyperheroische Kraftheld Mauvillon, der Philanthrop mit der feinen Lache, Trapp, der wohlbekannte französische Aktivbürger Klopfstock, der Räuber-Apologist Schiller, der weinerliche Jeremias des menschlichen Elends, Salzmann, der holsteinische Marat

[1]) Vermutlich wird dieses Jahr genannt, weil Wieland, der von Hoffmann als Häuptling der „Modernen" angesehen wird, 1772 an den Weimarer Hof berufen wurde und den „Teutschen Merkur" begründete.

Henings, der erzkatholische Orthodoxe und leibeigene Schildknappe des Baron Knigge, Hübner zu Salzburg, die Berliner Monatschrift, das Jenaische Intelligenzblatt, die Gothaische gelehrte Zeitung und noch andere Menschenbeglücker, Reformatoren und Illuminaten deutscher Nation." Sogar ein Engländer, der berühmte Burke, dieser zweite St. Georg, dem es wohl noch gelingen werde, den Drachen der Revolution zu töten, habe auf deutsche Illuminatenschriften als auf beunruhigende Symptome einer allgemeinen Aufwiegelung hingewiesen.

Während in der „Wiener Zeitschrift" die Gesinnungstüchtigkeit Friedrich Wilhelms II. und des preußischen Kabinetts mit warmem Lobe bedacht worden war, wendet sich die spätere Schrift Hoffmanns entrüstet gegen Preußen, das sich nicht schäme, an Frieden und Freundschaft mit der Republik zu denken und den Kampf gegen die Revolution aufzugeben. „Denn angesichts des französischen Ambassadeurs darf kein Wort mehr gegen die Ideen von Revolution, Anarchie, Freiheit 2c. geschrieben und gesprochen werden; man muß die Revolution und ihre Stifter loben, denn sie waren es, wodurch der neue Freund in jene neuen Verhältnisse geriet, wo man erst seine Rechnung dabei fand, mit ihm in Freundschaftsbündnisse zu treten." Von den Berliner Akademikern und Schreibern drohe die schlimmste Ansteckung für den deutschen Süden. „Bei uns heißt ‚Revolution' vorerst noch Stimmen und Laden, die volle Musik und der Kanonendonner sollen noch kommen." Die „Nicolaitischen Berliner Bibliothekschmiede" zeiht auch der pfalzbairische geistliche Rat Stattler in der Schrift „Unsinn der französischen Freiheits-Philosophie" des „blind französelnden Revolutionstaumels." „Die heutige französische Repräsentanten-Staatsweisheit ist noch ganz neugebacken, und was gerade das größte Unglück ist, sie ist noch dazu aus Berlin nach Frankreich durch Voltaire, Mirabeau und andere gleichen Gelüstes überbracht worden, welche sie ehevor in Berlin von wohlbekannten Freiheitsrumorknechten erlernet hatten." Von Zöllner, Bahrdt, Schulze, Zeller und andern preußischen Schriftstellern gehe nicht minder verwerfliche Lehre aus, als von den Franzosen, die über ihren König zu Gericht sitzen. Auch das „Wiener Magazin der Kunst und Litteratur" (1793—1797) und die „Eudaimonia" (1795) enthalten geharnischte Artikel gegen die Freimaurer und Illuminaten, die überall Fürstenhaß und Revolutionslust gesäet hätten. In der letztgenannten Zeitschrift wird namentlich Schiller als Vater des Uebels gebrandmarkt: „Die ‚Räuber' waren nicht bloß Vorbote der Revolution, sondern haben zur Vorbereitung am meisten beigetragen." Sogar Mozarts Zauberflöte, 1791 zum erstenmal auf dem Wiedener Theater in Wien aufgeführt, wurde nicht nur mit der Maurerei in Verbindung gebracht, — diese Beziehungen liegen ja offen zu Tage, — sondern unmittelbar als Allegorie auf die französische Revolution gedeutet. Die Königin der Nacht sei die Regierung von Frankreich, Tamino das Volk, Pamina die Freiheit, Sarastro die Weisheit, die Priester Sarastros die Nationalversammlung, Monostatos die Emigration, die drei Nymphen der Königin die Vertreter der drei Stände 2c.; das Ganze versinnliche die Befreiung des französischen Volkes aus den Fesseln des ancien régime. Es wurde sogar Unterdrückung der Oper, deren ungewöhnliche Anziehungskraft nur aus den Umtrieben der im Finstern wühlenden Geheimbündler zu erklären sei, beantragt, jedoch ohne Erfolg.

Nicht weniger abenteuerlich klingt, was eine 1791 zu London anonym erschienene Schrift „Lettres d'un voyageur" ihren Lesern aufzutischen hatte. Alle deutschen Gelehrten, so wird darin versichert, sind Illuminaten; Weimar ist der Mittelpunkt des Illuminatismus; Herder, Wieland und Böttiger haben durch ihre geheimen Verbindungen den Sturm in Frankreich angefacht und sind auch als die eigentlichen Urheber der nunmehr schon in die deutschen Rheinlande verpflanzten Revolutionspropaganda anzusehen.

Sogar in der Berliner Monatsschrift, deren Herausgeber Biester selbst von den Reaktionären zu den politischen Brandstiftern gezählt wurde, erhob 1793 ein „Misomystes" seine Stimme gegen die mit den Jakobinern unter einer Decke steckenden Geheimorden. Zwar dürfe der Vorwurf nicht schlechtweg auf alle geheimen Gesellschaften ausgedehnt werden, immerhin liege schon in der Thatsache, daß ganze Scharen von Männern sich eidlich verpflichten müßten, jeden Befehl einer unbekannten Obrigkeit blindlings zu vollziehen, eine ernste Gefahr für Fürsten und Regierungen. Insbesondere der französische Maurer Bonneville sei als gefährlicher Apostel des Gleichheitswahnes anzusehen; ehedem habe er seine Aufgabe darin erblickt, die Jesuiten aus der Maurerei zu verdrängen, jetzt trachte er selbst danach, mit allen Mitteln des Jesuitismus einen Weltbürgerbund zu revolutionären Zwecken zu stiften und insbesondere die Deutschen, die ja schon einmal den Erdball von den Fesseln des kriegerischen und später von dem noch schimpflicheren Drucke des kirchlichen Rom befreit hätten, ein drittes Mal für die Freiheit der Völker zu den Waffen zu rufen.

Immer neue „Enthüllungen" über Anstifter, Bundesgenossen und Gegner der Revolution traten zu Tage. Im September 1793 berichtete im Schleswigschen Journal ein angeblicher Wiener Korrespondent „M. Erdmann" über einen Geheimbund, der sich die Ausrottung der Freimaurerei und zugleich der Aufklärung und die Wiederherstellung der staatlichen und kirchlichen Zustände des dreizehnten Jahrhunderts zur Aufgabe gemacht habe; Großmeister der neuen Sekte „Die Eklektiker" (es kann nur der 1783 von Ditfurth, Brönner u. a. gestiftete „Eklektische Bund" gemeint sein, dessen humanitäre Prinzipien freilich mit den hier geschilderten nichts gemein haben) sei kein Geringerer gewesen, als Kaiser Leopold II.; auf kaiserliches Geheiß sei von den Spionen Hoffmann, Kob, Königsberg u. a. rührige Thätigkeit entfaltet worden, während Zimmermann, Markard, Kotzebue u. a. die Bekämpfung der falschen Philosophiegrundsätze mit litterarischen Waffen übernommen hätten. Als Antwort erschien die vermutlich von Hoffmann verfaßte Schrift „Ueber Eklektiker und Illuminaten oder Vertheidigung des verewigten Kaiser Leopold gegen die Calumnien des angeblichen Wiener Korrespondenten Erdmann." Die Behauptung, daß Leopold mit den Eklektikern in Verbindung gestanden habe, wird als „alberne Lüge" zurückgewiesen, denn die Eklektiker lägen gerade so wie die Brüder der Loge vor dem goldenen Kalb der Freiheit anbetend im Staube; noch gefährlicher freilich seien die Illuminaten, die nichts anderes bezweckten, als dem „Welterschütterungssystem der neuen Republik Bahn zu machen, demselben Anhänger zu gewinnen und alle aufrührerischen Feuerköpfe unter einem Schirme zu vereinigen."

Noch weiter greift die Anklage in den „Fragmenten zur Biographie des verstorbenen Geheimrats Bode“ (1795). Der Schriftsteller Johann Joachim Bode, der feinsinnige Uebersetzer der Werke Sternes und Smollets, seit 1778 Geschäftsführer der Gräfin Bernstorff in Weimar, war ein rühriges Mitglied des Freimaurerordens. Da er entdeckt zu haben glaubte, daß die Jesuiten und der Jesuitismus verderblichen Einfluß auf die Maurerei gewonnen hätten, übertrug er nicht nur Bonnevilles Schriften, die den nämlichen Gedanken vertraten, ins Deutsche, sondern suchte auch eine durchgreifende Reform des Ordens durchzusetzen. Auf Bodes Betreiben wurde 1782 nach Wilhelmsbad bei Hanau ein Konvent berufen, „um den Phantastereien und Beutelschneidereien listiger Betrüger und Schwärmer endlich ein Ziel zu setzen“ (W. Keller, Geschichte der Freimaurerei, 192). Die von vielen deutschen Logen beschickte Versammlung tagte unter dem Vorsitz des Herzogs Ferdinand von Braunschweig und des Prinzen Karl von Hessen, verlief jedoch erfolglos. Als nicht mehr zu bezweifeln war, daß der Konvent nicht die erhoffte Palingenesie des Maurertums bringen werde, ließ sich Bode von Baron Knigge zum Eintritt in den Illuminatenorden, von dem sich für humanitäre Weltverbesserung Größeres erwarten lasse, überreden. 1787 ging er, von Major von dem Busche begleitet, nach Paris, um auch in den dortigen Logen für seine Reformideen Anhänger zu gewinnen.

Aus diesen Bestrebungen wird nun in den „Fragmenten“ die Beschuldigung abgeleitet: In Wilhelmsbad ist zuerst der Plan gefaßt worden, die Regierungen Europas zu stürzen, um auf den Trümmern einen reinen Maurerstaat aufzurichten; Bode und von dem Busche sind also als die eigentlichen Urheber der französischen Revolution anzusehen.

Alois Hoffmann endlich weiß das Allergenaueste von dieser Verschwörung zu berichten. In der „Aktenmäßigen Darstellung der Deutschen Union und ihrer Verbindung mit den Illuminaten-, Freimaurer- und Rosenkreutzerorden“ erzählt er, im Jahre 1788 habe ein geheimes Rundschreiben in Universitäts- und Beamtenkreisen „die für die Wahrheit bewaffneten Philosophen“ zur Entthronung des Aberglaubens aufgerufen; hauptsächlich auf Betreiben des „Obersansculotten“ Bahrdt habe sich eine „Union“ gebildet, und aus diesem Lager seien seither alle Angriffe auf das preußische Religionsedikt und andere Umtriebe gegen Kirche und Staat ausgegangen. 1788 seien die deutschen Illuminaten Bode und von dem Busche nach Paris gereist, hätten dort in den angesehensten Logen das Illuminatensystem eingeführt und den Großmeister der französischen Logen, Philipp von Orleans, ferner Lafayette, Bailly, Condorcet, Mounier, Lameth, Lally-Tollendal und andere in den Illuminatenorden aufgenommen; Mirabeau sei schon 1786 auf Mauvillons Betreiben in die höchsten Grade eingeweiht worden. Mit einem Worte: von Mauvillon, Bode und von dem Busche sei „die Revolution zur Reife und in Aktivität gebracht“ worden; das Haupt der Schuldigen aber sei Knigge, der jene Apostel der That für das Illuminatensystem geworben habe.

Alle diese Vorwürfe und Anklagen wurden später, kunterbunt durcheinander gewürfelt, in den „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Jakobinismus“

des Abbé Barruel wiederholt [1]). Danach wäre die Revolution das Werk „der in der Jakobinerhöhle vereinigten Sophisten und Adepten der Hinterhaltslogen, Rosenkreuzer, Sonnenritter und Kadoschmaurer, Schüler von Voltaire und Jean Jaques, Adepten der Tempelherren, Abkömmlinge von Swedenborg und St. Martin und Weishaupts Epopten." Die Unterschiede der Verbindungen hätten wenig oder gar nichts zu bedeuten. „Unter den Freimaurern, die bei den Rosenkreuzern oder Philalethen vorhin große Träumer oder Geisterseher waren, fanden sich bald die eifrigsten Apostel von Weishaupt und seiner Revolution," und ebenso ist „von den Adepten Swedenborgs zu den von Weishaupt nur ein Schritt." Was Barruel aber von den Führern der Propaganda in Deutschland zu sagen weiß, ist nicht dazu angethan, die Glaubwürdigkeit der Angaben zu erhöhen. Als die verwegensten Verschwörer bezeichnet er „den im Preußischen sich berüchtigt gemachten Martinisten Hülmer" („nicht zu verwechseln mit dem Geheimrat Hilmer in Berlin, der sich auf eine ganz entgegengesetzte Weise ausgezeichnet hat"), „George Föster, welcher in den Mysterien von Swend Swedenborg vierzehn Tage fastete und betete, um bald die Erscheinung eines Geistes, bald den Stein der Weisen zu erhalten," auch den in Kursachsen lebenden Schriftsteller Andreas Rebmann, der „zwei Helden gleicher Art, Robespierre und Knigge, in Apologien feierte." Das ganze Gelichter stehe im Sold der Pariser Revolutionsmänner, die im ersten Kriegsjahr dreißig, im zweiten einundzwanzig Millionen aus dem öffentlichen Staatsschatz entnahmen, um die Verbreitung ihrer Ideen zu fördern und dadurch den Armeen der Ohnehosen die Wege zu bahnen. Auch die Studentenunruhen, die im Februar 1794 das Städtchen Jena in Aufregung versetzten, seien auf jene schmutzige Quelle zurückzuführen; die „Amicisten", die jenen Skandal hervorriefen, seien nichts anderes als Adepten Weishaupts, also Jünger des Gleichheitswahnes und Vorposten der französischen Heere. Habe doch ein Jenaer Student, Graf von Plettenberg, ein Neffe des Fürsten Kaunitz, unlängst in einem Bad bei Hannover das Ansinnen gestellt, daß „sein Domestik neben ihm an öffentlicher Tafel sitze, welches aber nicht zugestanden worden." „Man achte dieses nicht für ein Histörchen von einem einzelnen Thoren. Seine Thorheit ist jetzt die herrschende Thorheit unter den Studenten auf allen Universitäten Teutschlands und die Frucht der Lehren ihrer Dozenten, ohne daß die Regierungen dem Unwesen steuern."

Knigge, auf dessen angebliches Geständnis die oben erwähnten Lettres d'un voyageur ihre Anklagen gründeten, stellte jede Art von Verbindung der Maurerei mit dem Jakobinerklub in Abrede. In einer Satire „Josephs von Wurmbrand, kaiserlich abyssinischen Exministers politisches Glaubensbekenntnis mit Hinsicht auf die französische Revolution und ihre Folgen" (1792), in deren Vorwort er sich selbst als Verfasser nennt, verteidigt er sich und seine Gesinnungsgenossen gegen die „bübischen Lästerungen" eines „unwissenden Schwätzers, der Professor

[1]) Die „Mémoires pour servir à l'histoire du Jacobinisme" stützen sich in vielen Punkten auch auf Robinsons „Proofs of a conspiracy against all the religions and governments of Europe carried on in the secret meetings of freemasons, illuminati and reading societies".

des teutschen Styls ist und keine Seite ohne grammatikalische Fehler schreiben kann, der sich sogar nicht scheut, des Kaisers Majestät als Mitarbeiter seines elenden Journals anzugeben." Glücklicherweise werde solcher Unsinn im Norden Deutschlands gar nicht verstanden, denn dort sei auch der Despotismus der Edelleute und der Priester eine unbekannte Sache, dort dürfe jedermann freimütig für die Sache des Volkes und der Aufklärung eintreten. Das Urteil über eine so gewaltige Weltbegebenheit, wie die französische Revolution, bleibe am besten der Nachwelt überlassen; mit moralischen und politischen Gemeinplätzen sei dieser brausende Sturm nicht zu beschwichtigen. Die Umwälzung in Frankreich, dessen Bevölkerung den grausamen orientalischen Despotismus des Hofes nicht mehr ertragen konnte, sei sicher nicht schlechtweg zu verurteilen, — ein anderes aber sei es, den Aufruhr ins eigene Vaterland zu verpflanzen, und von dieser Schuld wisse er sich rein. Immerhin wäre es als ein Glück zu betrachten, wenn die deutschen Fürsten recht viel lernen möchten von dem warnenden Beispiel des Strafgerichts im Westen; möge endlich verzichtet werden auf das römische Recht, dieses „Alphabet des Despotismus, wonach der Wille des Fürsten das höchste Gesetz sei," möge aufgeräumt werden mit dem abergläubischen Wust, der aller Vernunft widerstreite und das wahre Christentum verhülle und begrabe. In einer anderen Satire „Des seligen Herrn Etatsrats Samuel Konrad von Schafskopf hinterlassene Papiere" (1792) verspottet Knigge seine Gegner als Mitglieder des „uralten Pinselordens", dessen Tendenz das löbliche Ziel verfolge, den Dummen und Unwissenden die Herrschaft über die Welt zu sichern. Ein in Baiern handschriftlich verbreitetes Pamphlet: „Welches ist das Verhältnis zwischen den Illuminaten und den Kapuzinern?" sucht den ironischen Nachweis zu liefern, daß die Kapuziner, „diese gebärteten Skorpionen", ein weit gefährlicherer Geheimbund seien, als die Illuminaten.

Aus dem Kreise der Mainzer Aufgeklärten ergriff kein Geringerer als der Koadjutor des Kurfürsten das Wort zur Abwehr der „Dunkelmänner"; Dalberg ist der Verfasser der 1793 anonym erschienenen Schrift „Von dem Einflusse der Wissenschaften und schönen Künste in Beziehung auf öffentliche Ruhe." Er wendet sich gegen den bei Fürsten und Staatsmännern mehr und mehr um sich greifenden Wahn, als ob die öffentliche Ruhe und die Sicherheit der Staaten durch geheime Pläne der in Klubs und Akademieen vereinigten Philosophen und Schriftsteller bedroht seien. Die Besorgnis erkläre sich aus der offenkundigen Thatsache, daß in jenen Kreisen häufig mit auffallender Bitterkeit über Verfassungen und Regierungen geurteilt werde; dennoch sei sie im allgemeinen unbegründet; man möge also das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. „Aus der nämlichen Blume saugt die Biene Honig, die Spinne Gift." Der Mann der Wissenschaft strebe natürlich im Interesse des allgemeinen Fortschritts die Aufhebung veralteter Einrichtungen und unpassender Gesetze an, habe aber nichts gemein mit den leichtfertigen Egoisten und Rabulisten, die eine Auflösung aller gesellschaftlichen und staatlichen Bande anstrebten. „Weder die Maintenon, Pompadour und Dubarry, noch die Chamillard, Choiseul und Vergennes, noch die blutsaugerischen Generalpächter gehörten dem Gelehrtenstande an, auch Necker und Mirabeau waren nicht Gelehrte von Profession."

Ebenso nahm auch Mounier, der bedeutendste Rhetor der konstituierenden Versammlung, der vor dem Schreckensregiment nach Weimar geflüchtet war, „die Philosophen, Freimaurer und Illuminaten" gegen den Verdacht hochverräterischer Umtriebe in Schutz. Seit in Frankreich der Freiheitsgedanke durch blutige Greuel geschändet werde, sei es üblich geworden, der Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts die Verantwortung für alle Ausschreitungen des Zeitgeistes aufzubürden und Voltaire und Rousseau als die Anstifter des großen Weltenbrandes zu verlästern. Wie ungerecht! Ist nicht erst durch die Philosophie der religiösen Unduldsamkeit, die bisher so grausame Verfolgungen verschuldet hatte, das Schwert entwunden worden? Hat nicht Voltaire, wenn er auch nicht frei war von Schwächen und Fehlern, am meisten dazu beigetragen, blinden Aberglauben und barbarische Vorurteile zu entthronen? War Rousseau, wenn er sich auch chimärischen Träumen allzu willig überließ, nicht ein redlicher Bürger, ein musterhafter Gatte und Vater? Wurde nicht erst durch ihn dem Reichen zu würdigem Gebrauch seiner Schätze, dem Armen zu zufriedenem Wandel der Weg gezeigt?

Die Revolution, führt sodann Mounier aus, wurde durch Ursachen notwendig gemacht, die mit der Philosophie nichts gemein hatten. Das Volk grollte ob der schlechten Finanzwirtschaft, der verrotteten Verwaltung, der Käuflichkeit des Richterstandes und andrer grauenvoller Mißstände, und aus diesem Zorne ist die Revolution erwachsen. Die römische Plebs hatte keine Philosophen, und doch zog sie, um einen heilsamen Umschwung im Staatsleben zu erzwingen, auf den heiligen Berg. Wilhelm Tell faßte den Gedanken, sein Vaterland zu befreien, obwohl er wahrscheinlich niemals ein philosophisches Buch gelesen hatte. Die Parlamente, die schon viele Schriften freier Denker als staatsgefährlich verbrennen ließen, setzten nicht selten selbst dem Willen des Monarchen Ungehorsam und Trotz entgegen. Die Entwickelung der englischen Verfassung liefert den Beweis, daß eine Teilnahme des Volkes an der Regierung keineswegs zum Untergang des Staates führen müsse, und die Aufrichtung des Freistaates in Nordamerika gab das Beispiel, wie ein Volk seine Unabhängigkeit erringen könne, — wozu also immer auf Voltaire und Rousseau deuten!

Nicht anders verhalte es sich mit der Beschuldigung, daß die Revolution von Freimaurern und Illuminaten angezettelt worden sei. Gewiß, ungefährlich seien diese Leute nicht, denn mit ihrer Hülfe könnten sich leicht Gaukler und Intriguanten an die Spitze eines Staates schwingen, aber eine Revolution gehe nicht aus solchen Kreisen hervor. Wenn Barruel aufdeckte, daß ein Novize, der die Aufnahme in höhere Grade anstrebe, „um den Tod Hirams zu rächen", einer Gliederpuppe den Kopf abschlagen müsse, wenn man darin Vorbild und Aufmunterung zum Königsmord erblicken wollte: was in aller Welt habe der unglückliche Ludwig XVI. mit König Hiram gemein? Wie Bode überall Jesuiten, so habe Barruel überall Jakobiner gewittert; beiden habe der Haß die Augen nicht geschärft, sondern verdunkelt. „Wenn auch kein einziger Freimaurer mehr auf der Welt existierte, so würden Revolutionen doch unvermeidlich sein, wenn die Regierenden ihre Finanzen zu Grunde richten, ihre Armeen mißvergnügt

machen, Unordnung in alle Teile der Verwaltung sich einschleichen lassen und dann eine große Anzahl Volksdeputierter zusammenberufen, um von ihnen Unterstützung zu verlangen." Auch müsse unterschieden werden zwischen der Gesellschaft, die sich selbst den Namen Illuminaten beilegte, und dem Popanz, der heutzutage diesen Namen trage; das Publikum habe sich daran gewöhnt, alle Charlatans des achtzehnten Jahrhunderts, Anhänger der St. Germain, Swedenborg und Cagliostro, Rosenkreuzer und Martinisten unter diesem Begriff zusammenzufassen; so sei es gekommen, daß die Schüler Weishaupts, eines aufgeklärten und achtbaren Mannes, zur Zeit verachteter und gefürchteter seien, als die Jakobiner. Freilich verdiene Weishaupts Stiftung kein Lob. „Er hätte bedenken sollen, daß, wenn die Regierungen nicht das Recht haben, die Freiheit der besonderen Meinungen einzuschränken, diejenigen, die Versammlungen veranstalten und es auf sich nehmen, irgend eine Lehre vorzutragen, auch nicht berechtigt sind, sich der Obrigkeit zu entziehen. So handelte Sokrates nicht; er forderte von seinen Schülern keinen Eid, schmeichelte nicht ihrem Ehrgeiz und Begierden, er lehrte Gerechtigkeit nicht nur seine Freunde, sondern alle Menschen, die ihn hören wollten, und lehrte sie im Senat und auf öffentlichen Plätzen." Im Interesse der Aufrechthaltung der bestehenden Gewalten und der allgemeinen Sicherheit dürfe es keine Obrigkeiten geben, die nicht vom Gesetz anerkannt seien. Immerhin habe weder Weishaupt selbst Regierungen stürzen wollen, noch sei so ruchlose Absicht bei seinen Anhängern vorauszusetzen. „Nichts wäre widersinniger, als die Ausschweifungen der Revolution der Freimaurerei in die Schuhe zu schieben, nichts thörichter, als die Revolution als das Werk von Bode und von dem Busche hinzustellen. . . . Die Fabeln von den Arbeiten des Herkules sind nicht erstaunlicher!" Wer Mirabeau gekannt habe, könne die Behauptung, daß er sich zum blinden Werkzeug unbekannter Oberen hergegeben habe, nur lächerlich finden. In Weimar habe man allerdings sowohl für das französische Volk, als für die Freiheit Sympathie gehegt, und Böttiger sei wohl nicht der einzige gewesen, der auf die gallischen Freiheitsbestrebungen einen Trinkspruch ausbrachte, doch was dann von Jakobinern und Sansculotten im Namen der Freiheit und Gleichheit gepredigt und verbrochen wurde, sei weder in Weimar noch irgendwo in Deutschland gebilligt worden. „Man irrt sich, wenn man den Regierungen dadurch nützlich zu werden glaubt, daß man alle diejenigen, die nicht sklavisch an den Vorurteilen des großen Haufens hängen und bloß durch die Macht der Vernunft die Abstellung der Mißbräuche bewerkstelligen wollen, den Regierungen gehässig macht. Diese unklugen Freunde der Machthaber sind ihnen ebenso schädlich als ihre Feinde, weil sie zu gefährlichen Maßregeln verleiten und es dahin bringen, daß die alten Mißbräuche geschätzt und heilig gehalten werden." Die Staatsmänner Europas möchten doch, statt überall Hang zu Revolutionen zu wittern, von der Revolution in Frankreich lernen und ihr Ziel darin erblicken, aus häßlichem Gefängnis die Wahrheit zu erlösen.

Gewiß hat Mounier recht. Gewiß sind die Enthüllungen über geheime Verbindung zwischen Jakobinern und Illuminaten nichts als Schauermärchen, ja, es lassen sich vor dem Ausbruch der Revolutionskriege vollgültige Zeugnisse für

die Thätigkeit einer Revolutionspropaganda auf deutschem Boden schwerlich erbringen[1]). Doch aus der Furcht der einen läßt sich auf die Hoffnungen der anderen schließen, und auf Grund der oben gesammelten Zeugnisse läßt sich als Thatsache feststellen: in weiten Kreisen Deutschlands wurde das Erwachen bürgerlicher Freiheit beifällig begrüßt, und wenn auch später der Abscheu vor den

[1]) Schon ein Blick auf die Zusammensetzung der Illuminatenlogen läßt erkennen, daß es gewiß nicht statthaft, ja daß es lächerlich wäre, die von Hoffmann und Barruel erhobene Beschuldigung auf die ganze Gesellschaft auszudehnen. Eine auf Geheiß der pfalzbairischen Regierung von einem ausgeschiedenen Genossen, dem Stadt- und Landgerichtsphysikus Winterhalter, aufgestellte Liste (Kreisarchiv München, Geheimratsakten, Illuminatenwesen betr.), die mit anderen uns bekannten Mitgliederverzeichnissen im allgemeinen übereinstimmt, zählt u. a. auf: Bruder Marentius (Graf Armansperg), Miltiades (Baron Ow), Musäus (Baron Montgelas), Numenius (Graf Kolowrat), Numa Pompilius (Graf Lodron), Orestes (Hofrat v. Pettenkofen), Pansa (Kanonikus Delling), Sulla (Baron Meggenhofen), Telemach (Graf Seefeld d. J.), Tiberius (Merz), Manes (Pfarrer Schilcher), Nestorius (Spaur, Domherr in Salzburg), Theopompus (Pr. Hasseitl), Timagoras (Dillis), Theseus (Baron Erdt), Thrasybulos (Baron Dirniz), Tamerlan (Baron Schreckenstein), Vespasian (Baron Hornstein), Ulysses (Graf Seefeld d. Aelt.), Xenokrates (Graf Portia), Romulus und Remus (zwei Grafen Stadion), Spartacus (Weishaupt), Theophrastus (Häberl), Alcibiades (Hoheneicher), Apollo (Graf Seeau), Arminiu (Dr. Krenner), Arianus (Graf Cobenzl), Attilius Regulus (Eckartshausen), Augustus (Graf Königsfeldt), Bajazzo (Zaupser), Hellanikus Lesbius (Utzschneider), Hermes (Socher), Herodianus (Wieland), Hutten (Buchner), Hannibal (Baron Bassus), Cato (Zwack), Brutus (Graf Savioli), Colbert (Baron Mändl), Cotis (Graf Rambaldi), Curtius (Graf Salern), Demoredes (Winterhalter), Diomedes (Graf Costanzo), Perikles (Baron Ecker), Philoktetes (Baron Füll) ꝛc. — Zur Mannheimer Loge gehörten nach Aussage des Kapitäns St. Julien: Graf Keith, Graf Spaur, v. Mestral, Kapitän v. Petralba, Professor Klein, Hofkammerrat Römer, Bibliothekar Drouin, Kupferstecher Verhelst, Musikus Wendling, Hofschauspieler Boeck u. a. Auch Oberstlieutenant (nachmals bairischer Kriegsminister) Graf Triva gab 1796 zu Protokoll, daß er früher dem Illuminatenbund angehört habe. Gegenschreiber Meixner erklärte 1797, daß er von Graf Costanzo zum Eintritt in den Orden vorbereitet, von Hofkammersekretär Schießl eingeführt worden sei; als Mitglieder habe er den geistlichen Rat Socher, Hofkammerrat Semmer, Hofrat Graf Savioli, Professor Trexl u. a. kennen gelernt. Nachdem schon 1784, 1785 und 1787 kurfürstliche Verordnungen den Illuminatenorden aufgelöst und die Wiedervereinigung der Mitglieder verboten hatten, erschien am 15. November 1790 ein neues Mandat. Noch immer zähle der verpönte Orden zahlreiche Mitglieder in Pfalz-Baiern; in den Versammlungen werde gegen Religion, Staat und Regierung gehetzt und als oberster Grundsatz verkündet, daß zur Durchführung der bösen Absichten jegliches Mittel angewendet werden dürfe; deshalb wird nicht bloß das Verbot der Beteiligung an geheimen Zusammenkünften erneut, sondern jeder Bewerber um ein öffentliches Amt soll eidlich beteuern, daß er keiner geheimen Gesellschaft angehöre. Die Gesuche der Bischöfe von Freising und Regensburg, es möge den Geistlichen der Illuminateneid erlassen werden, da sie schon einen ähnlichen Schwur vor der kanonischen Weihe zu leisten hätten, wurden abgewiesen. Am 5. Oktober 1796 beantragte die Oberlandesregierung selbst beim Kurfürsten, das juramentum purgatorium illuminatismi möge den Mesnern und den Schullehrern erlassen werden. Von ersteren stehe fest, daß sie „keinen weiteren Begriff als von den gewöhnlichen Stol- und anderen Andachtsverrichtungen" hätten. „Die Landschullehrer aber sind wegen der noch immer obwaltenden innerlichen schiefen Verfassung beynahe um nichts besser: sie kennen außer ihren Namen- und Christenlehrbüchel kaum ein anderes Buch; viele von ihnen wissen zuverlässig nicht, was das Wort Illuminat auf deutsch sagen will. Endesgesetzter Referent hat schon einmal von einem als Marktsbürgermeister erwählten Strumpfstricker den Eid abgenommen, der statt Illuminat sich des Wortes ‚Lemonade' gebrauchte." Darauf wurde angeordnet, daß „simple Mesner" von der Eidesleistung befreit sein, die Schullehrer aber und jene Mesner, die zugleich Schullehrer sind, dazu angehalten werden sollen.

Greueln der Revolution überwog, so wurden doch von Vielen segensreiche Folgen für das Vaterland und die Menschheit erwartet.

Da liegt die Frage nahe: Warum kam die Revolution nicht auch in Deutschland zum Durchbruch?

In der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen und im Verlangen nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung begegneten sich, wie wir gesehen haben, Franzosen und Deutsche. Mit gleicher Leidenschaftlichkeit donnerten die einen wie die andern gegen die herrschenden Mächte, mit gleichem Mangel an Klarheit und realer Gründlichkeit sprachen sie sich über die Ziele, die wünschenswerte Zukunft aus.

Doch weder das Pathos, noch die Dunkelheit der Sprache kann darüber täuschen, daß beide Völker nicht dasselbe wollten, den ungleichen Verhältnissen und dem verschieden gearteten Nationalcharakter gemäß nicht dasselbe wünschen konnten.

Die Franzosen waren ein geeinigtes Volk mit einer Centralregierung, seit acht Jahrhunderten durch ihre Könige, vor allem durch Ludwig XIV. in einem starken Nationalbewußtsein erzogen und erhalten. Was war Deutschland für den Deutschen? Ein Schock Staaten von vielerlei Umfang und allerlei Einrichtung, durch die Sprache und eine schwächliche Reichsverfassung lose miteinander verbunden. Das Stammland oder Stammländchen und dessen Regent waren das Konkrete, Kaiser und Reich ein allgemeiner Begriff. Johannes Müller sah schon im September 1789 richtig voraus, daß als festester Damm gegen Ausbreitung der Revolution der deutsche Partikularismus sich bewähren werde. „Daß Frankreichs Beispiel die Nachbarn aufweckt," schrieb er (25. September 1789), an Professor Vogt, „ist sehr natürlich; in mehr als einer Rücksicht haben sich ja gewisse deutsche Länder noch mehr zu beklagen. Es ist aber wohl nicht zu besorgen, daß in Deutschland eine gewisse Revindikation der vergessenen Menschenrechte mit solcher Barbarei wie dort vor sich gehen sollte; unser Volk ist phlegmatischer, es hatte auch keine St. Barthelemy, eher einen Dreißigjährigen Krieg. Und dann vermag auch die Menge nicht so viel; unsere Heere sind disciplinierter und, leider! die Provinzen einander zu fremd, um in irgend etwas gemeine Sache zu machen." Wer die Sonderrechte und Sonderart antastete, war für den Hessen oder Baier oder Sachsen ein Feind, mochte er von der Spree oder von der Seine kommen. Schlagbäume überall, und jeder Schlagbaum eine Kluft zwischen den Nachbarn! Darum konnte Frau von Staël sagen: „Es giebt in Deutschland zu viel neue, zu wenig gemeinsame Ideen."

Neue Ideen! O ja, der Germane dachte über die höchsten Güter der Menschheit, die Freiheit des Gewissens und das Recht der Persönlichkeit, so viel und so gern, wie der Franzose, aber der in Deutschland weit stärker als in Frankreich entwickelte Individualismus lehnte sich gegen die Freiheitsschablone des revolutionären Doktrinarismus auf. Dem Deutschen hingen sich an den kühnen Gedanken die nüchternen Einwände. Mit der Ueberlieferung und mit der Urväter Gewohnheit um einer Neuerung willen zu brechen, zauderte er, während der Franzose für die junge Göttin alles ließ, was ihm bisher lieb

oder heilig gewesen, und der neuen Fahne wahrlich bis in die Hölle folgte! So verschieden geartet die deutschen Stämme unter sich waren, einen deutschen Nationalcharakter gab es immer. Zur Wesenheit aber gehört das Temperament, und das der Germanen ist nicht das der Lateiner!

Dazu kam, daß die Deutschen trotz alledem weit religiöser geblieben waren, als ihre Nachbarn. Die Religionsverachtung war bei ihnen nicht, wie in Frankreich, ins Volk gedrungen; bei ihnen war die Religion noch immer Gegenstand der Wissenschaft, Poesie und allgemeinen Erbauung. Diesen Unterschied hielt Chateaubriand in seinen 1797 erschienenen Betrachtungen über die Revolutionen für den entscheidenden. „Die Religion behauptet sich in Deutschland durch die moralische Stärke des Volkes und durch die Tugenden und die Aufklärung des Klerus. Oft sah ich in Deutschland einen ehrwürdigen Pfarrer vor der Thüre seiner ländlichen Behausung in zwangloser Unterhaltung mit den Dörflern, die ganz gerührt schienen, und ich glaubte mich in die Zeiten versetzt, da der Gott Jakobs mit den Patriarchen am Bord der Brunnen verkehrte." Sogar der Rationalismus war in Deutschland ein anderer, als im Vaterland Voltaires. Der Protestant konnte ohne Abfall vom Bekenntnis alten Glauben mit neuen Ideen weiterbauen. Während in Frankreich das „Glaubensbekenntnis des savoyischen Vikars" nur ein geistliches Paradoxon in der Constitution civile fand, hatte es in Deutschland eine tiefe und nachhaltige Bewegung der Gemüter zur Folge. Man lese darüber bei Kant. Wie frostig war die Rhetorik, mit der Robespierre das höchste Wesen feierte, verglichen mit der Inbrunst eines Schleiermacher, wie lächerlich erscheint der Kult des Prairial neben der großartigen Reform des deutschen Protestantismus! Auch bei den Katholiken hatte die Zweifelsucht des achtzehnten Jahrhunderts nicht dem Unglauben zur Herrschaft verholfen. Joseph II. blieb trotz seines Kampfes mit Rom ein gehorsamer Sohn der Kirche und verwahrte sich gegen den Vorwurf, als wolle er die Philosophie über die Religion setzen. „Wenn alle anderen Völker der Erde," sagt Chateaubriand, „der Religion den Gehorsam und die Achtung aufgesagt haben werden, wird sie bei den Deutschen noch eine Zuflucht finden!"

Ebenso fehlte den Deutschen ganz und gar der demokratische Zug, der den Franzosen im Blute liegt. Im ersten Revolutionsjahr genügte ein Dekret, um die demokratischen Grundsätze in die Gesetzgebung und ins Leben zu führen, und die Neuerung fand nirgends Widerstand. In Deutschland wäre dies einfach undenkbar gewesen. Wie schon in der germanischen Urzeit eine Scheidung des Volkes in Edle und Gemeinfreie bestanden hatte, so war die Achtung vor historischen Rechten auch noch an der Wende des achtzehnten Jahrhunderts lebendig. Sogar jene Schriftsteller, die den Streit der Stände mit Genugthuung begrüßt hatten, wollten „das korinthische Kapitäl des Staates", wie Burke den Adel nannte, nicht schlechtweg beseitigt wissen. Jean Paul, der in den „Grönländischen Prozessen" die blinde Ehrfurcht der Massen vor „gotischen Altertümern" verspottet hatte, schuf in seinen Romanen eine Reihe von Idealgestalten aus dem Kreise der Bevorzugten der Gesellschaft. Mauvillon preist in der Einleitung zu den von ihm (1793) herausgegebenen Briefen Malouets über die Revolution das Beispiel des edlen Cimon, der zwar immer für die ärmeren

Mitbürger ein fühlendes Herz und eine offene Hand hatte, aber um der Aufrechthaltung der Verfassung willen aufs entschiedenste sich weigerte, dem gemeinen Mann volles Stimmrecht zu gewähren. Echte Humanität, erklärt er, müsse allen gemeinsam sein, aber von Brissot und seinesgleichen werde ein falscher Begriff von Humanität gepredigt, und der Ehrgeiz eines Paine, der Neid eines Forster werde nur Unruhen und Bürgerkrieg erregen. „Gewisse Schranken müssen in der menschlichen Gesellschaft bestehen bleiben."

Vor allem war auch in Deutschland — dieses Moment wird von Taine besonders hervorgehoben — *das Feudalregiment nicht so drückend, wie in Frankreich*. Der Bauer stand zwar auch in harter Dienstbarkeit, mußte alle möglichen Abgaben entrichten, peinliche Eingriffe in sein häusliches Leben erdulden, aber es hatte sich ein gewisses patriarchalisches Verhältnis zwischen ihm und seinem Herrn erhalten; in jähen Notfällen fand der Landmann Hülfe beim Gutsherrn, sicher war seinem Alter eine Zufluchtsstätte; er besann sich also, die schwere Hand abzuschütteln, die ihn zwar drückte, aber hielt. Der Bürger war in den meisten deutschen Staaten von Civilämtern und Offizierstellen nicht so streng ausgeschlossen, die Unterordnung des dritten Standes nicht so schroff durchgeführt, wie in Frankreich, wo alle wichtigeren und einträglicheren Stellen dem Adel vorbehalten waren, wo Kaufherren und Gelehrte, Handwerker und Bauern sich als Tiers-état zu einem Ganzen verbunden ansahen und gemeinsam die Befreiung vom Joch des Privilegiums anstrebten. In Deutschland rechneten sich die Graduierten gar nicht zum dritten Stande; sie bildeten eine Art Bindeglied zwischen Adel und Bürgertum. Auch der Reichtum war in Deutschland vorteilhafter verteilt. Mochte immerhin das politische Regiment in den meisten Reichsstädten in den Händen des Patriziats sein, so trennte doch den Bürgerstand nicht eine so tiefe Kluft von den Geschlechtern, daß nicht stattlicher Besitz eine Brücke gebildet und in tausend Fällen ein Connubium ermöglicht hätte. Und es gab in Deutschland keine Stadt, in der alle Lebenselemente konzentriert gewesen wären, wie in Frankreich, dessen Hauptstadt entscheidenden Einfluß auf die politische und sociale Entwickelung des ganzen Landes übte.

Auch das *fürstliche Regiment* hatte sich in den meisten deutschen Staaten weniger Blößen gegeben, wie das ancien régime im großen Nachbarreiche. Gerade in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatten, wie wir gesehen haben, nicht wenige Fürsten in Beseitigung von Mißbräuchen und in Schöpfungen zu Gunsten edler Menschlichkeit gewetteifert, Staatswirtschaft, Unterrichtswesen und Rechtspflege wohlthätig reformiert. Die Vielstaaterei erschien aus diesem Grunde vielen Zeitgenossen nicht einmal als ein Uebel. Nicht bloß der konservative Kammerherr v. Creuz behauptet, daß „ein Volk wie das deutsche, um so freier ist, in je mehr Staaten es sich teilt;" auch Wieland vertritt im „Patriotischen Beytrag zu Teutschlands höchstem Flor" die Auffassung, daß das deutsche Volk gerade infolge seiner Zersplitterung „einen höheren Grad menschlicher und bürgerlicher Freyheit" genieße, als irgend ein anderes „großes policiertes Volk in der Welt." „Der eine von den vielen Reichsständen wird immer den anderen im Schach halten, es wird also immer

Gewissens- und Redefreiheit geben, der einzelne Tyrann wird dem Abscheu der übrigen Teile der Nation ausgesetzt sein." Der aufgeklärte Absolutismus hatte in Deutschland auch viel Gutes gewirkt; das wurde vom Volke anerkannt, und es bestand auch deshalb weniger Geneigtheit, dem französischen Beispiel zu folgen. Aus allen Teilen des Reiches lassen sich Stimmen vernehmen, die zwar der Revolution grundsätzlich eine gewisse Berechtigung zuerkennen, doch den Gedanken einer Ausdehnung auf das eigene Vaterland als Undank gegen wohlgesinnte Fürsten zurückweisen. Der Wiener Poet Alxinger rühmt (1792) die Mäßigung Kaiser Leopolds, der sich in den Streit zwischen König und Volk in Frankreich nicht einmische, dagegen alle berechtigten Wünsche der eigenen Unterthanen zu erfüllen trachte!

„Wir aber in des Glückes Porte danken
Dir, weiser Schiffelenker Leopold!
Und rufen in die offne See: Ihr Franken,
Wir sind schon längst, wohin ihr kommen wollt!"

In der Schrift „Ein Wort zur Beherzigung, den Fürsten und Herren Deutschlands gewidmet" (1790) von August Friedrich Cranz, dem Herausgeber des Journals von Berlin, wird unterschieden zwischen „lasterhaften Regierungen, die das Volk nur aussaugen wollen," und „guten," die das leibliche und geistige Wohl auch des gemeinen Mannes zu heben suchen. Zu den guten Fürsten zählt der Verfasser die Herzoge von Braunschweig, Weimar und Gotha, den Markgrafen von Baden, den Landgrafen von Hessen-Homburg, den Fürsten von Anhalt-Dessau, den Kurfürsten von Köln. „In dieser Herren Ländern ist kein Aufstand zu befürchten, selbst bei aller Denk- und Preßfreiheit, aber wenn der Fall einträte, so bedürfte keiner sein Militär; jeder dieser Regenten könnte allein mit einem Donnerwetter im Munde und dem Stocke in der Hand ganze Haufen zusammengelaufener Bauern zur Ruhe verweisen." Ebenso sei in Preußen eine Revolution einfach unmöglich. „Wo Friedrichs II. schröckliches Auge hinblickte, da bebte der Unerschrockene, und um Friedrich Wilhelms Gunst buhlt das ganze Volk." Vor allem aber: noch nie habe ein preußischer Monarch die Gesetze des Landes verachtet! Die nämliche Anschauung vertritt der ungenannte Autor der „Philosophischen Bemerkungen über die Republiken." Bei einem Vergleich zwischen den Zuständen in der Schweiz und in Preußen werde der monarchische Staat nicht den kürzeren ziehen. „Es ist einfach lächerlich, die Ehrerbietung zu sehen, welche diese armen Leute (in der Schweiz) gegen ihre Herren hegen, und sie dennoch von Freiheit sprechen zu hören. Ein preußischer Bauer ist freier, als ein Bürger in der Schweiz. Man findet daselbst wohl Schuster und Schneider, welche Edelleute sind, aber keine freien Menschen!" Georg Forster gab, obwohl er mit dem Herzen schon im Lager der Vorkämpfer des freien Staatsbürgertums stand, vor Ausbruch des Krieges noch der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland vor einer Revolution gesichert sei. „Ebensowenig," schrieb er im Sommer 1790, „wie die auf Granit und Wackengebirg sich erhebenden Städte an Donau und Rhein sicherer sind vor Erdbeben als Messina und Catanea, so wird sich auch unter dem ehrwürdigen gotischen

Denkmal unserer Reichsverfassung kein Vulkan entzünden und die zierlich geschnörkelten Türmchen, schlanken Säulenbüschel und schaurigen Spitzgewölbe in die Luft sprengen." Freilich fehle es auch in Deutschland nicht an Mißbräuchen und Unterdrückung, aber auszuhalten sei es überall, und es mache ihm keine Freude, wenn sich da und dort beunruhigende Symptome zeigten. „Die Reihe ist jetzt nicht an Deutschland, durch eine Revolution erschüttert zu werden; es hat die Unkosten der lutherischen Reformation getragen, sowie Holland und England, jedes zu seiner Zeit, den Schritt, den sie zur sittlichen und bürgerlichen Freiheit vorwärts thaten, mit einem blutigen Jahrhundert haben erkaufen müssen; jetzt gilt es uns, und ich wünschte so herzlich, man möchte sich am französischen Feuer wärmen, nicht verbrennen." Der Göttinger Professor Kästner feierte in den „Gedanken über das Unvermögen der Schriftsteller, Empörungen zu bewirken," die „republikanische Freiheit der Niederdeutschen" und widmete seine Schrift dem Herzog Friedrich August von Braunschweig. Schlözer, der die Konstituante in Versailles so froh begrüßt und die Auflehnung gegen Ludwig XVI. gebilligt hatte, wies eine Ausdehnung der Bewegung auf die deutschen Lande mit Entrüstung zurück. Die Erhebung der Massen möge den Fürsten, die Ausartung des Freiheitskampfes den Völkern zur Warnung dienen. „Aus Cäsars Asche wuchsen drei Tyrannen, und auf die Trümmer des Thrones trat Cromwell." Im Dezember 1791 erschien in den „Staatsanzeigen zur Abwehr unbilliger Verdächtigung des preußischen Volkes" ein Aufsatz, verfaßt „in Potsdam von einem Patrioten des preußischen Landes und der deutschen Litteratur." Geheimrat Hillmer bestürme den Monarchen, es möge durch Verschärfung der Censur und andre strenge Maßregeln dem Eindringen der Revolution vorgebeugt werden; mit Unrecht, denn der preußische Unterthan habe solches Mißtrauen wahrlich nicht verdient. „Es ist keine Spur in allen Landen des preußischen Monarchen, daß die französischen Unruhen hier die geringste Nachahmung fänden. (Dazu bemerkt Schlözer: „So wie auch Georg III. erklärte, Er wisse, Gottlob! nichts von innerer Gefahr wegen Aufwiegelung im Schoß des lieben deutschen Vaterlandes!") Das werden alle Staats- und Geschäftsmänner, welche unser Land wirklich kennen, einmütig bezeugen. Wir sind im ganzen ein religiöses, moralisches, industriöses, thätiges, verständiges, aufgeklärtes, unverderbtes Land; ein solches Land empört sich bei einer weisen, gerechten, zweckmäßigen Regierung nicht!" Zwar werde laut und frei, wie es Männern und Deutschen gezieme, auch über Verfügungen der Regierung geredet, über schädliche Machtsprüche und Uebergriffe, doch so sei es schon lange vor den französischen Unruhen gehalten worden. „Es ist also keine Nachahmung, keine Ansteckung von dort, vielmehr ist es die schönste Schutzwehr dagegen. Diese sogar gesetzlich gestattete Freiheit, diese rechtlichen Hülfsmittel, wobei doch Achtung und Gehorsam gegen die Anordnungen der obersten Gewalt besteht, müssen jeden der Vernunft fähigen Menschen an ein Land binden, dessen Regierung ihre Macht nicht mißbraucht, nicht mißbrauchen will und kann." Jedenfalls die große Mehrheit des Volks war aufrichtig loyal, und war man irgendwo, wie z. B. in Baiern, mit einem Herrn unzufrieden, so wurden nur Verehrung und Hoffnung auf den Nachfolger übertragen.

Aber die Philosophen! Sie waren doch — wie oben gezeigt wurde — in der Mehrheit den neuen Lehren zugethan?

Mit Maß und Ziel. Auch die Gelehrten, die Dichter und Künstler zeigten sich germanischen Geblüts. Sobald in Frankreich die Göttin der Vernunft ihr weißes Kleid besudelte und, mehr Megäre als Lichtgestalt, Personen und Eigentum zerstampfte, während sie von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit brüllte, wandten sie sich schaudernd ab. Fritz Stolberg, der nicht weniger freudig, als sein Bruder, den „im Westen aufgehenden Tag" gefeiert hatte, ruft 1793:

„Bei meiner Mutter Asche! Das duld' ich nicht!
Ihr sollt nicht Franken nennen der Völker und
Der Zeiten Abschaum! nennt Westhunnen,
Dann noch beschönigend, ihre Horden . . ."

Und Johann Georg Jacobi beschwört die Fürsten:

„Aus des Pöbels tollen Händen,
Die am selbstgestürzten Herd
Vaterland und Freiheit schänden,
Winde Fürstenmacht das Schwert!"

Kant bewunderte zwar immer noch eine Verfassung mit Volksvertretung, doch wie er in seinem System der reinen, wagemutigen Vernunft die konservative praktische gegenüberstellte, war er im Leben zugleich ein unabhängiger Forscher und ein gehorsamer Unterthan. Was er von den Philosophen und der Ungefährlichkeit ihrer Spekulation sagte, konnte von allen seinen gelehrten Kollegen gelten: „Diese Klasse ist ihrer Natur gemäß nicht geeignet, Zusammenrottungen zu bewirken und Klubs zu stiften, kann also vom Argwohn, daß sie gefährliche Propaganda mache, nicht getroffen werden."

Alles in allem: Die große politische Bewegung in Frankreich hatte in Deutschland — mit unerheblichen Ausnahmen — nur eine geistige Bewegung zur Folge. Ihr Anfang war glühende Begeisterung, ihr Ende Resignation, doch nicht feiges Verzichten auf die That, sondern klare Erkenntnis der Schranken, der Kräfte und ihrer Aufgaben.

Goethe behielt recht mit seiner Mahnung, daß jeder sein eigen Feld bestelle und daß bei Neuerungen mehr die Bedürfnisse, als die Wünsche zu berücksichtigen seien, denn die Bedürfnisse haben Grenzen, die Wünsche schweifen in schrankenlose Weite; nicht in der Revolution, in der Evolution beruhe die Hoffnung besserer Zeiten; die natürliche Entwickelung der Keime zu fördern, darin bestehe die Kunst zu regieren. Goethe behielt recht, und Justus Möser, der „unvergleichliche Mann", wie ihn Goethe nennt: der Geist der Reform soll sich mit dem Geist der Tradition verbinden; beide sollen sich durchtränken, gegenseitig ergänzen und läutern; die Gesellschaft stütze sich auf die Familie, der Staat auf die selbständigen Gemeinden!

Indem später die Männer, denen die Wiedererhebung Preußens zu danken ist, die Hardenberg, Humboldt, Scharnhorst, Stein diesen Grundsätzen folgten,

bewiesen sie sich als echte und große Staatsmänner. Diese Grundsätze drangen ins Volk, und aus ihnen schöpfte die deutsche Nation — zugleich aufgeklärt und treu! — die Kraft zum Widerstand gegen den natürlichen Sohn der Revolution, den soldatischen Eroberer und Diktator.

„Nicht weil Volk und Staat in Frankreich weiter," sagt Lorenz von Stein, „sondern eben weil sie nicht so weit waren, als in Deutschland, traf dort die Revolution ein, während hier nur eine Umgestaltung stattfand." Im Volksleben der Franzosen, wo alles von äußerlichen, stürmischen Impulsen ausgeht, kommt es zu vulkanischen Eruptionen, nicht aber zu organischen Entwickelungen; die deutschen Bildungen, jene Reformen, die nicht bloß die Gesundung Preußens, sondern ein neues Deutschtum zur Folge hatten, lassen sich mit den langsam heranwachsenden neptunischen Formationen vergleichen. In Frankreich, sagt der Franzose Sorel, wo aller Boden gleich gemacht wird, ergießt sich der wilde Strom verheerend über alles Land; in Deutschland halten ihn Dämme auf, er vertieft sich zu Seen und zieht aus ihnen beruhigt und abgeklärt hervor ins Weite.

Zweiter Abschnitt.

Zurückeroberung der österreichischen Niederlande. Wiederherstellung der Ruhe in den Erblanden. Der Wahltag in Frankfurt. Die Kaiserwahl und die öffentliche Meinung. Das Projekt einer Wahl des Erzherzogs Franz zum römischen König. Wahl und Krönung Leopolds II. Die französische Revolution und die Rechte der deutschen Reichsstände. Das Ende des Lütticher Streites. Neue Spannung zwischen Oesterreich und Preußen.

Seit dem Regierungsantritt Leopolds stand der Wunsch, die verlorenen Niederlande wieder zu gewinnen und den Abfall der widerspenstigen Ungarn zu verhindern, im Vordergrund der Politik des Wiener Kabinetts. Daraus erklärt sich, daß Leopold zur nämlichen Zeit, da er, durch die Ausbreitung der Revolution erschreckt, zur Abwendung des allgemeinen Umsturzes an Hoffmann und andre Rückschrittsmänner sich anschloß und in Wien ein strenges Polizeiregiment übte, den Niederländern gegenüber eine Sprache führte, die unmittelbar an das neue Grundgesetz der französischen Gesellschaft, die Déclaration des droits de l'homme, erinnerte und nach modernem Sprachgebrauch als fortschrittlich-konstitutionell zu bezeichnen wäre.

Doch auch die weitreichenden Zugeständnisse des Manifests vom 2. März 1790 vermochten die Abneigung gegen das österreichische Regiment nicht zu überwinden; der Kongreß weigerte sich, auf Verhandlungen mit der abgesetzten Dynastie einzugehen. Zwar in den Reihen der demokratischen Partei, die den kapitalskräftigen Teil der Bevölkerung, die Besitzer der Banken, Schiffswerfte und Lagerhäuser in sich schloß, wären viele bereit gewesen, mit dem neuen Herrn Frieden zu machen; konnte doch nur unter dem Schutz und mit dem Beistand eines Monarchen eine Aenderung der Verfassung, die auch den nicht privilegierten Klassen zu politischen Rechten verholfen hätte, durchgesetzt werden! Allein diese „Vonckisten", wie sie nach ihrem Führer benannt wurden, konnten

gegen die aristokratisch-klerikale Partei, die sich willig der Leitung van der Noots überlassen hatte und im Kongreß über die Mehrheit verfügte, nichts ausrichten. Leopold mußte einsehen, daß er bloß durch Zugeständnisse und Versprechungen nicht wieder zum Besitz der verlorenen Provinzen gelangen werde; er gab jedoch die Hoffnung nicht auf, ohne Blutvergießen dieses Ziel zu erreichen, und nahm vorerst eine abwartende Stellung ein. „Für den Augenblick," schrieb er an seine Schwester Marie Christine (12. Juni 1790), „ist an einen Umschwung zu meinen Gunsten nicht zu denken, denn die Demokraten haben weder Kraft, noch Macht. Ich glaube also nichts andres thun zu können, als deutsche Truppen hinzusenden, unter dem Kommando eines geschickten, klugen und festen Mannes; der soll ins Land vorzudringen suchen, ohne sich irgend welche Ausschreitungen zu erlauben, und soll mit einer Erklärung versehen sein, die in meinem Namen dem Lande in aller Form nicht nur die schon in meinem früheren, nicht anerkannten und angenommenen Manifest gemachten Anerbietungen wiederholt, sondern auch Erhaltung und Wiedereinsetzung ihrer alten Verfassungen, Gesetze und Vorrechte verbürgt, mit solchen Aenderungen, wie sie mit Zustimmung der Provinzen und auf ihr Verlangen gemacht werden können und ihnen am angenehmsten sind; vor allem soll eine entsprechendere, ansehnlichere und gerechtere Vertretung des flachen Landes in den Ständeversammlungen mit den Ständen selbst vereinbart werden; während diese Erklärung veröffentlicht und zugleich Amnestie und Generalpardon verkündigt werden, sollen die Truppen vorrücken. Dann werden, wenn nur die Erklärung klar und gerecht abgefaßt sein wird, die Wohlgesinnten und die Landleute sich um unsre Truppen scharen und die Rädelsführer und fanatischen Patrioten sich aus dem Lande entfernen. Mit Sicherheit wäre jedenfalls dann auf günstige Wendung zu rechnen, wenn von England, Holland und Preußen Nichteinmischung gelobt oder sogar Vermittlung übernommen würde." [1])

So rasch, wie Leopold hoffte, vollzog sich die glückliche Wendung nicht; daß sie sich allmählich anbahnte, dafür sorgte der Parteihader in den belgischen Landen selbst. Es ist ja keine seltene Erscheinung, daß zwei Parteien von grundsätzlich abweichenden Richtungen zur Bekämpfung einer mißliebigen dritten sich vereinigen und in Verfolgung des nächsten Zieles einträchtig zusammenwirken; kaum ist jedoch der Sieg errungen, so kommt es zwischen den Siegern zu Zwistigkeiten und erbitterter Fehde. So auch in Belgien. So lange mit den verhaßten „Schergen des Absolutismus und des Illuminatismus" zu kämpfen war, hatten die Klerikalen, die auf dem Boden der mittelalterlichen Verfassungen standen, mit den Anhängern der neufränkischen Ideen gemeinsame Sache gemacht; nach dem Sturz der habsburgischen Herrschaft aber zerfiel das unnatürliche Bündnis. Die Klerikalen verfügten jetzt über die staatliche Autorität und die öffentlichen Gelder; Vonck war nicht einmal in den Kongreß aufgenommen worden. So trug denn das neue Staatsgefüge ein gewissermaßen theokratisches Gepräge. Da alle Mitglieder des Kongresses den Eid der Treue in die Hände Falkenbergs ablegten, erschien der Kirchenfürst als Oberhaupt der

[1]) A. Wolf, Leopold II. und Marie Christine, ihr Briefwechsel, 154.

oligarchischen Republik.[1]) Aeußerlich ordnete sich auch der Führer des Aufstands, van der Noot, der „gottgeliebte, weise, sternkundige Seher", wie ihn die Chronique Brabançonne feierte, mit allen Zeichen der Ehrerbietung dem Kardinal unter, aber der eigentliche Leiter der Regierung war weder der gravitätische Kardinal, noch der geschäftige van der Noot, sondern der Großpönitentiarius und Domprediger van Eupen. „Der eigentliche Macher, die Seele des Aufstands ist van Eupen, während van der Noot nur der Tambour und Lärmmacher ist!" So urteilt der Verfasser eines 1790 unter dem Pseudonym Lefueur erschienenen Büchleins „Abgerissene Masken", der französische Schauspieldichter Robineau.[2]) Borgnet hat freilich recht: das phantastische, schlüpfrige Pamphlet darf im allgemeinen ebensowenig als Quelle für die Geschichte des belgischen Aufstands benutzt werden, als Voltaires Pucelle für eine Lebensgeschichte der Jungfrau von Orleans.[3]) Doch die Charakterporträts der leitenden Persönlichkeiten haben gewiß neben lächerlichen Uebertreibungen manchen lebenswahren Zug aufzuweisen; dies läßt sich aus den Urteilen Forsters und andrer Zeitgenossen feststellen. Die Schauer- und Schandgeschichten, die über van der Noot zum besten gegeben werden, tragen den Stempel dreister Erfindung an sich, allein das wüste, unsittliche Treiben in den „patriotischen" Kreisen wird auch von unverfänglichen Zeugen getadelt. Van Eupen wird von Robineau geschildert als „ein Mann in den Vierzigern, mit blonden, glatt zurückgestrichenen Haaren, bleichem Gesicht, langsam im Reden, zuckersüß von Worten, der verschlagenste und feinste aller Jünger des heiligen Ignatius", der „mehr als einen Familienzug mit Mazarin und Cromwell gemein hatte." Die Behauptung, daß der Agitator in der Soutane dem Illuminatenorden angehört habe, ist mehr als unwahrscheinlich.

Aehnlich verhält es sich mit dem Quellenwert eines in dramatische Form gekleideten, ebenfalls von Robineau gefertigten Machwerks, der „Geheimen Geschichte des belgischen Aufstands."[4]) Der Verfasser will darin „zwei Frevler, die unter dem Mantel der Religion die Leichtgläubigkeit und die Gutmütigkeit der Flamänder mißbrauchten und sie an den Rand des Verderbens stießen, entlarven." Der Beteuerung, daß van der Noot für sich einen belgischen Thron aufrichten wollte, ist wohl ebensowenig Glauben zu schenken, wie der Angabe, daß van Eupen die ganze Bewegung nur um der Zurückberufung der Jesuiten willen in Scene gesetzt habe. Thatsache aber ist, daß van Eupen, weil er leichtgläubig in jedem freundlichen Worte eines englischen oder preußischen Diplomaten eine Zusage ausreichenden Schutzes erblickte oder doch diese Zuversicht

---

[1]) Wuttke, Der Kampf der Freiheitsmänner und der Geistlichen in Belgien; Raumers Histor. Taschenbuch, 4. Folge, 5. Jahrg. (1864), 326.

[2]) Les Masques arrachées ou vie privée de L. E. Henri Van der Noot et Van Eupen, par Jacques le Sueur, espion honoraire de la police de Paris et ci-devant employé du ministère de France en qualité de clairvoyant dans les Pays-Bas Autrichiens, I, 58.

[3]) Borgnet, Histoire des Belges à la fin du 18. siècle, introduction.

[4]) Histoire secrète et anecdotique de l'insurrection Belgique ou Van der Noot. Drame historique en 5 actes, dédié à Sa Majesté le Roi de Bohème et de Hongrie, traduit du Flamand de Van Schön-Schwartz (Beau-Noir = Robineau).

zur Schau trug, in erster Reihe verschuldete, daß die belgische Republik das Geburtsjahr ihrer Selbständigkeit nicht überlebte. Ihm war es vor allem darum zu thun, daß jede Anlehnung an französisches Vorbild und deshalb auch jede Bundesgenossenschaft mit dem priesterfeindlichen Frankreich vermieden werde; feindselig stand er den Vonckisten oder Progressisten gegenüber, von einer frei gewählten Volksvertretung wollte er nichts wissen. „Hüten Sie sich, davon öffentlich zu sprechen," rief er einem Vonckisten zu, „Sie würden es mit Stockstreichen zu büßen haben!" Um sich gegen ihre Gegner zu behaupten, traten die Vonckisten zu einer neuen „Vaterländischen Gesellschaft" zusammen; sie zählten einflußreiche Männer zu den ihrigen, darunter Mitglieder des höchsten Adels; dem Herzog von Ursel wurden sogar wegen dieser Verbrüderung mit der Volkspartei ehrgeizige Absichten unterschoben. Zu Voncks Anhängern zählte auch van der Meersch, der Kommandant der Kongreßtruppen, der bisher mit seinen schlecht bewaffneten, ungeschulten, disziplinlosen Leuten so erstaunliche Erfolge errungen hatte.

Doch das Kriegsglück fing an wetterwendisch zu werden, als van der Meersch, durch den Kongreß gezwungen, die Kaiserlichen in Luxemburg angriff; Marschall Bender trieb die Eingedrungenen nach Namur zurück. Van der Meersch machte kein Hehl daraus, daß er noch schlimmere Wendung befürchte, daß er deshalb am liebsten sehen würde, wenn seine Landsleute die günstigen Bedingungen Leopolds annähmen und zum Gehorsam unter den rechtmäßigen Landesherrn zurückkehrten. „Greift zu," soll er gesagt haben, „jetzt bietet man euch Gold; wer weiß, ob ihr später noch Kupfer erhalten werdet!" Da die Armee ihrem Führer treuergeben war und der vonckistisch gesinnte Herzog von Ursel über die Freiwilligen in Brüssel verfügte, wäre es anfänglich nicht schwer gefallen, das oligarchische Regiment zu stürzen; allein Vonck wollte, um nur ja den Bürgerkrieg zu verhüten, von thatkräftigem oder gar gewaltsamem Einschreiten nichts hören; er begnügte sich, dem Kongreß eine Adresse vorzulegen, worin in ehrerbietigster Sprache um Eröffnung von Verhandlungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung ersucht war. Auch mittels einer Flugschrift „Unparteiische Erwägungen über die gegenwärtige Lage von Brabant" suchte er seinen Landsleuten begreiflich zu machen, daß es zwischen oligarchischer Tyrannei und französischer Volksherrschaft noch ein besseres Drittes gebe: eine wirkliche Volksvertretung neben der gesetzmäßigen Regierung.

Trotz des vorsichtigen Verhaltens des Führers der Volkspartei kam es aber infolge der Gewaltthätigkeiten van der Noots zu lärmenden Auftritten in Brüssel. Nun durchzogen Scharen von Freiwilligen die Stadt mit dem Ruf: „Keine selbstherrlichen Staaten! Hoch das souveräne Volk!" Schon richteten sich die Bajonette der Freiwilligen gegen van der Noot und seine Anhänger, doch der Herzog von Ursel gewährte den Bedrängten ritterlichen Schutz; ja, der hochadlige Demokrat und der bürgerliche Oligarch umarmten und küßten sich vor allem Volk.

Von diesem Versöhnungsfest, das sich am 8. März 1790 auf dem großen Marktplatz zu Brüssel abspielte, entwarf Chodowiecki eine köstliche Zeichnung; die buntscheckigen Satelliten der beiden Führer, Mönche und Edelleute, Fleischer

und Haarkünstler, Matrosen und Schutzbefohlene des heiligen Crispinus, sind treffend charakterisiert.

„In Brüssel geht alles drunter und drüber," läßt Robineau den Tausendsassa Lefueur nach Paris berichten, „es ist gar nicht abzusehen, wie sich das Possenspiel noch weiter abwickeln wird; gestern haben die Demokraten gesiegt, aber sie haben ihre Gegner nicht wirklich bewältigt; sechs Kannen Blutes hätten genügt, um den belgischen Provinzen eine andre Physiognomie zu geben: die Führer des Volkes haben aber nicht gewagt, so viel zu opfern, nun werden sie es vielleicht schon in vierzehn Tagen selbst zu bereuen haben." [1]) Da es den Leuten van der Noots klar geworden war, wie nahe am Abgrund sie gestanden hatten, boten sie alle Kräfte auf, um die Oberhand zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurde das Gerücht ausgestreut, Vonck stecke mit den Oesterreichern unter einer Decke und trage sich mit dem Plane, Brüssel den Kaiserlichen in die Hände zu spielen. An den Kirchenthoren angeheftete Aufrufe forderten Erhebung gegen die Feinde der Verfassung und der Religion, und es gelang auch, das Proletariat für diese Auffassung zu gewinnen. Mit Hülfe beutesüchtiger Strolche und wild erregter Bauern führte van der Noot am 16. und 17. März die Entscheidung herbei. Es kam in der Hauptstadt zu den gröbsten Ausschreitungen. Viele Häuser angesehener Progressisten wurden geplündert, Vonck mußte entfliehen, auch dem Herzog von Ursel, der am 8. März den Minister großmütig gerettet hatte, wurde, als er im Ständehaus gegen das Treiben der Myrmidonen van der Noots Einspruch erhob, mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, er möge, wenn ihm sein Leben lieb sei, der Stadt den Rücken kehren.

Im Lager van der Meersch rief die Kunde von diesen Gewaltthaten heftige Erbitterung hervor. Viele Offiziere sagten sich vom Kongreß förmlich los; auch die Truppen wären nicht abgeneigt gewesen, gegen Brüssel zu marschieren, um mit den „sechzig Tyrannen" aufzuräumen. [2]) Allein van der Meersch stimmte zwar den Beschlüssen der Offiziere bei und ließ die Papiere eines Abgesandten des Kongresses in Beschlag nehmen, war aber zu offenem Vorgehen gegen die Regierung nicht zu bewegen. Der Kongreß hatte zum Ersatz für den verdächtigen van der Meersch auf Empfehlung der Prinzessin von Oranien einen preußischen Offizier, Baron Schönfeld, ausersehen; dem neuen Führer war ein wohlfeiler Triumph verschafft worden, indem der bestochene Kommandant von Antwerpen, Gaveau, an Schönfeld die Citadelle auslieferte und dieses Ereignis wie ein wichtiger Sieg gefeiert wurde. Als jedoch Schönfeld gegen Namur anrückte, erklärten die ihm untergebenen Truppen, sie würden gegen van der Meersch nicht fechten. Abermals schien den Vonckisten der Sieg in die Hände gespielt zu sein, allein auch diesmal ging er ihnen durch Zaudern und Zögern verloren. Als van der Meersch aufgefordert wurde, sein Verhalten vor dem Kongreß zu rechtfertigen, glaubte er sich fügen zu müssen. Kaum hatte er Namur verlassen, gewann die Regierungspartei die Oberhand, Vonck

[1]) Masques arrachées, II, 90.

[2]) Borgnet, I, 165.

und seine Anhänger konnten sich mit Mühe über die französische Grenze retten, van der Meersch wurde in Brüssel verhaftet, und die Proteste gegen das ungesetzliche Gebaren der Patrioten blieben unbeachtet. Auch in Gent, wo die demokratische Partei insbesondere infolge der Eifersucht auf die bevorzugte Stellung Brüssels zahlreichen Anhang hatte, wurde ein Anschlag gegen die Regierung mit Hülfe des Klerus unterdrückt — der Kongreß hatte gesiegt, und van der Noot trug nicht Bedenken, den glücklichen Erfolg zur Unterdrückung der Gegner auszubeuten. Alle Gefängnisse wurden mit Vonckisten angefüllt, in Brüssel mußten die „politischen Verbrecher" sogar in Klöstern untergebracht werden; die einheimische Presse wurde rücksichtslos geknebelt, nur zügellose Ausfälle gegen die „Verräter" waren gestattet, mißliebige auswärtige Blätter durften nicht eingeführt werden; die eigenen Parteigenossen van der Noots gestanden, daß der „belgische Geßler", Graf d'Alton, nicht so willkürlich geschaltet habe. Vergebens suchte der besonnenere van Eupen dem Mißbrauch der Gewalt zu steuern; er sah ein, daß die Republik unvermeidlich Schiffbruch erleiden müsse, wenn die Parteien fortfahren würden, in maßloser Wut sich selbst zu befehden, und suchte deshalb durch heimliche Verbindung mit angesehenen Vonckisten eine Versöhnung anzubahnen. Doch die gesundere Auffassung der Lage vermochte bei den verblendeten Parteigenossen nicht durchzudringen. „Wer ist der Verräter am Vaterland," schrieb der Ami des Belges (23. Juni), „der den Vonckisten Zusicherungen gemacht hat oder mit solcher Absicht sich trägt, man ergreife und richte ihn! Wir sind Christen, wir kennen nicht Feindschaft und Rache, aber wir wollen nicht Frieden und Versöhnung mit den Feinden Gottes und des Vaterlandes!" [1]) Auf ein Gerücht, daß die Vonckisten den Kardinal Frankenberg ermorden wollten, zogen Tausende von Bauern bewaffnet unter Führung ihrer Pfarrer in die Hauptstadt; Bildnisse van der Noots wurden als Feldzeichen mitgetragen, und in den Schenken, wo man sie untergebracht hatte, wurden vor ihnen, wie vor Heiligenbildern, Kerzen angezündet. Der Exjesuit Feller verfocht im Journal historique die Aufstellung von Revolutionstribunalen zur Vollendung des Werkes, das der „rührende Enthusiasmus der Landleute" in Angriff genommen habe, und noch deutlicher verlangten der Ami des Belges und der Vrai Brabançon radikale Säuberung des Landes von Ottern und Molchen. [2])

Ein anschauliches Bild von den verworrenen Zuständen Belgiens im Frühjahr 1790 wird in Georg Forsters klassischer Beschreibung der Reise nach Belgien, Holland, England und Frankreich entworfen. [3]) Mag auch die Schilderung durch den Freisinn des Verfassers über Gebühr zu Ungunsten des „Revolutionsspieles geweihter Müßiggänger" beeinflußt sein, jedenfalls hatte er damit recht, daß er die Brüsseler Verhältnisse schon damals als unhaltbar ansah. Inmitten der Freiheitstrunkenen durfte man freilich solche Besorgnis nicht laut werden lassen. „Man liefe Gefahr, gesteinigt zu werden,

---

[1]) Borgnet, I, 180.

[2]) Vgl. S. 194, Anmerkung 1.

[3]) G. Forster, Ansichten vom Niederrhein, von Brabant, Flandern ꝛc., herausg. von W. Buchner; Bibl. d. Deutschen Nationallitteratur, XIII, 128.

wenn man sich merken ließe, daß die Freiheit noch in etwas anderm bestehen müsse, als van der Noots Bildnis im Knopfloch zu tragen, daß Religion etwas mehr sei, als das gedankenlose Gemurmel der Rosenkranzbeter." Vor dem Rathaus zu Brüssel, dessen hoher Turm mit dem Standbild St. Michaels gekrönt ist, wimmelte es zwar von Bewaffneten, aber ihre Erscheinung war nichts weniger als kriegerisch; man glaubte eher auf einer Redoute als in einem Kriegslager sich zu befinden. [1]) Zumal vor den Kirchenthüren drängte sich zahlreiches Volk, denn hier waren die Mandate des Kongresses angeschlagen, daneben aber auch leidenschaftliche Aufforderungen, gegen die inneren Feinde des Vaterlands mit Feuer und Schwert einzuschreiten. Denn „das gute, christlichgelehrige Volk, das sich nach den Wünschen der Diener der Kirche gebildet hat," heißt es im Ami des Belges (9. Juni 1790), „soll gegen die falsche Philosophie des Jahrhunderts geschützt, vor Toleranz, Philosophismus, Jansenismus, Vonckismus, lauter Brüdern und Schwestern, bewahrt bleiben."

Es gab bereits, versichert Forster, eine starke royalistische Partei, die auf die Anerbietungen König Leopolds gern eingegangen wäre. „Allein die Masse des Volks hat von seinen Seelsorgern gelernt, den Namen Leopold mit Abscheu zu nennen und mit demselben, wie mit Josephs Namen, den furchtbaren, dunkeln Begriff der Irrgläubigkeit zu verbinden. Diese Schreckbilder mögen hinreichend sein, um den Ständen den Gehorsam der Brabanter zuzusichern; werden sie ihnen aber auch einst Kraft und Mut einflößen, Leopolds Krieger zurückzuschlagen? . . . Die einzig gegründete Hoffnung der Stände von Brabant und der übrigen Provinzen auf die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit liegt in der Eifersucht der Mächte Europas gegen das Haus Oesterreich." [2])

Um so peinlicher mußte in Brüssel die Nachricht von den Reichenbacher Unterhandlungen, von der Aussöhnung Preußens mit Oesterreich überraschen! Auch in England und Holland bestand nicht viel Geneigtheit, sich an einem belgischen Freistaat einen gefährlichen Nebenbuhler in Handel und Gewerbe heranzuziehen. Sogar im deutschen Reich wurden Stimmen laut, die, um die gänzliche Ausschließung Deutschlands vom Nordseegestade zu verhindern, die Wiedervereinigung der Niederlande mit Oesterreich als Reichssache betrachtet wissen wollten; habe ja doch das deutsche Reich 1732 die pragmatische Sanktion gewährleistet! [3]) Mit einemmal verloren sich die Freunde, erhoben sich auf allen Seiten Widersacher der jungen Republik. Daß das Berliner Kabinett die Liebelei mit den Brüsseler Revolutionären nur als Mittel zu vorteilhafter Auseinandersetzung mit Oesterreich betrachte, konnte nicht mehr bezweifelt werden; in Berlin wie in London wurde denn auch den Hülfe Heischenden offen erklärt, es gebe keinen andern Weg mehr, als Versöhnung mit Leopold.

Nun wurde in Paris angepocht. Der französischen Regierung kam das Ansinnen nicht ungelegen; durch eine „große Diversion" in Belgien

---

[1]) Forster, 149.

[2]) Ebenda, 205.

[3]) J. A. Schlettwein, Die Ungerechtigkeit der Trennung der Niederlande vom Hause Oesterreich (1790), 24.

wäre ja der Wiener Hof ein für allemal verhindert gewesen, sich in die französischen Angelegenheiten einzumischen.[1]) Oberst Dumouriez wurde also im Juni 1790 nach Belgien abgeordnet, um sich über die Widerstandsfähigkeit des Landes zu unterrichten und insgeheim die Uebertragung der Statthalterschaft an den Herzog von Orleans, den man von Paris gern wegbefördert hätte, zu betreiben. Allein der Vertrauensmann der französischen Regierung empfing von den belgischen Zuständen keinen günstigeren Eindruck, als Georg Forster. Van der Noot — so berichtete Dumouriez nach Paris — sei ein waghalsiger, kopfloser Masaniello und van Eupen ein heuchlerischer Schurke; beide seien nur Werkzeuge der Höfe des Dreibunds, über deren wahre Gesinnung das belgische Volk gröblich getäuscht werde. Der Armee fehle es nicht an Mut, aber an Waffen, Uniformen, Lebensmitteln, Munition, Geld, Offizieren und Kriegszucht. Ueberzeugt, daß aus diesem Chaos für Frankreich kein Vorteil erwachsen könne, verließ Dumouriez Brüssel, ließ jedoch für den Kongreß zwei Denkschriften zurück; die eine sollte die Bethörten belehren, daß sie von den fremden Mächten nur am Narrenseil umhergezogen würden, die andre sollte nützliche Winke für den Krieg mit dem übermächtigen Oesterreich geben. Nicht freundlicher als Dumouriez urteilte Desmoulins über die Entwickelung im Nachbarlande, dessen Erhebung er ehedem in schwungvoller Festschrift begrüßt hatte. „Halten wir uns nicht länger auf mit dem chinesenartigen Volke!" rief er in der Nationalversammlung, „der Verstand dieser Leute steht still, Fortschritt ist ihnen etwas Unbekanntes, ihr Denken bleibt sich immer gleich, wie ihr Bier, in diesem, wie im vorigen Jahre!"[2])

Am 27. Juli wurde der Reichenbacher Vertrag unterzeichnet. In Bezug auf Belgien war darin festgesetzt, daß die drei verbündeten Mächte die Zurückeroberung Belgiens nicht hindern sollten; dagegen sicherte Leopold den Fortbestand der alten Landesverfassung und eine allgemeine Begnadigung zu; die Gewährleistung dieses Versprechens sollte den drei vermittelnden Mächten zustehen.[3])

Als an der Aussöhnung Preußens mit Oesterreich nicht mehr zu zweifeln war, richtete der Kongreß an König Friedrich Wilhelm eine Aufforderung, er möge endlich sein Gelöbnis, den Belgiern zum Sieg verhelfen zu wollen, einlösen und für ganz Europa ein Engel des Friedens werden.[4]) Doch auf die beweglichen Vorstellungen wurde kühl geantwortet. Es sei durchaus falsch, erwiderte Hertzberg, die Sache so darzustellen, als ob Preußen die Belgier zur Revolution gereizt oder ermutigt hätte; der König von Preußen habe nur gegen Gewaltthaten, wie sie Joseph II. sich erlaubte, seinen Schutz in Aussicht gestellt; jetzt aber, da Josephs Nachfolger auf dem Throne der Habsburger nicht in Unterdrückung, sondern in Aufrechthaltung der Verfassungen seine Regentenpflicht erblicke, sei es an den Belgiern, den überflüssigen Widerstand aufzugeben und die eigenen Wünsche dem allgemeinen europäischen Interesse unterzuordnen.

---

[1]) Das Leben des Generals Dumouriez, von ihm selbst beschrieben, II, 100.
[2]) Borgnet, I, 212.
[3]) Van de Spiegel, 291.
[4]) Ebenda, 303.

Auch im Haag machte van Eupen noch einen letzten Versuch, den Nachbar zur Hülfeleistung zu bewegen. In einer Unterredung mit dem Großpensionarius van de Spiegel (11. August) legte er dar, wie vorteilhaft es für die Mächte des Dreibunds wäre, wenn dem Hause Oesterreich, das so oft die Ruhe Europas gestört und den Aufschwung friedliebender Nachbarstaaten gehemmt habe, die wichtigste Finanzquelle verschlossen bleibe, sei doch für Oesterreich in den Jahren 1754—1787 aus den belgischen Provinzen eine Einnahme von 250 Millionen Gulden geflossen! Van de Spiegel lehnte aber die Vorschläge des Kongresses als undurchführbar ab; falls es zum Bruch zwischen Preußen und Oesterreich gekommen wäre, hätte sich vielleicht die Unabhängigkeit Belgiens behaupten lassen; angesichts der Reichenbacher Konvention aber sei Unterwerfung geboten; den Freunden Belgiens bleibe nichts andres zu thun übrig, als möglichst günstige Bedingungen zu erwirken. „Wir wollen aber nicht um solche Gnade betteln!" rief van Eupen, „wir wollen nichts von Unterwerfung hören, wir werden allem, was da kommen mag, kühn die Stirn bieten! Wir fürchten niemand! Unsre Armee wird binnen wenigen Tagen 40 000 Mann stark sein; mit solchen Streitkräften wird sich der Uebergang der Oesterreicher über die Maas verhindern lassen, und wir sind entschlossen, uns bis zum letzten Blutstropfen zu wehren!" Umsonst riet van de Spiegel, den letzten günstigen Augenblick zu Unterhandlungen mit dem Wiener Kabinett zu benützen. „Nein, keine Unterhandlung mit Wien!" war van Eupens letztes Wort, „wir wollen überhaupt mit niemand zu thun haben, der nicht klipp und klar die Unabhängigkeit unsres Vaterlands anerkennt!" [1])

Wenn so stolzen Worten stolze Thaten folgen sollten, war es höchste Zeit, den Widerstand zu organisieren. Schon waren die für die Niederlande bestimmten österreichischen Regimenter im Anmarsch begriffen, und ein Versuch der Kongreßtruppen, das dem Hause Oesterreich treugebliebene Limburg zu besetzen, war durch eine Niederlage bei Olne (3. August) vereitelt worden. „Uns kann Gott allein noch helfen!" rief van Eupen im Kongreß, „nur auf Gottes Beistand und eigene Kraft können wir uns stützen!" Ein Aufruf ans Volk suchte aber wieder die trostlose Lage zu beschönigen, indem die falsche Behauptung aufgestellt war, auf dem Reichenbacher Kongreß sei in Bezug auf Belgien überhaupt kein endgültiger Beschluß gefaßt worden; nur für alle Fälle sei es geboten, das Heer in Achtung gebietenden Stand zu setzen, um Herd und Altar zu schützen. „Wir wollen der Welt zeigen, daß es noch Belgier gibt, und daß wir nicht umsonst unsre Hoffnung auf Gott den Herrn gesetzt haben. Wenn wir die Altäre Gottes verteidigen, wird er unsre Herde beschirmen." [2]) Zur Rettung des Vaterlands wurde allgemeine Volksbewaffnung angeordnet und eine Zwangsanleihe von zehn Millionen eröffnet.

In den offiziellen Ansprachen wurde immer wieder an Makkabäischen Opfermut und altrömische Heldenthaten erinnert, doch auch die schwungvollsten Worte vermochten nicht in weiteren Kreisen thatkräftigen Pflichteifer wachzurufen:

---

[1]) Van de Spiegel, 313.

[2]) Borgnet, I, 204.

nur etwa 20—30 000 Landleute folgten dem Aufgebot. Das Lager der neuen Kreuzfahrer bot ein wunderliches Schauspiel. Die Pfarrer und Vikare, mit Säbeln umgürtet, marschierten an der Spitze ihrer Pfarrkinder; bis an die Zähne bewaffnete Mönche tummelten sich zu Pferde; sogar einzelne Bischöfe versahen die Stellen von Heerführern. Die meisten Lagergenossen waren mit Jagdflinten, viele nur mit Aexten und Knütteln bewaffnet; als gemeinsames Abzeichen trugen sie rote Aufschläge an den Röcken. Den Oberbefehl führte van der Noot, der sich, um sein Leben gegen Anschläge der Verräter zu schützen, mit einer Leibwache berittener Brüsseler Bürger umgeben hatte. Gemeinsame Gebete und fromme Gesänge wechselten mit Waffenübungen. „So bereiteten sich," schrieb der Vrai Brabançon, „die Juden in der glorreichen Zeit, da Makkabäus, das Vorbild christlicher Feldherrn, sie anführte, zu ihren Feldzügen vor: durch brünstiges Gebet und heiße Andacht. So wird das Lager der Freiwilligen zu einem Lager der Heiligen werden!" ... „Ehe ein Monat vorüber ist, werden die Oesterreicher aus Luxemburg weggefegt sein!" Auch in deutschen Zeitungen wurde von Brüsseler Korrespondenten der stolzesten Zuversicht Ausdruck gegeben: „Gesättigt, schliefen die Belgier, wie der Löwe, über ihrem Glücke ein; gereizt, schütteln sie ihre Mähnen, stehen zusammen von ganzem Herzen und rächen sich als Helden!" [1])

Unzweifelhaft hätte van der Noot vor allem trachten sollen, Zeit zu gewinnen, um die Rüstungen in ausgedehnterem Maße zu betreiben und die Neulinge im Waffendienst besser einzuüben, doch ihm erschien es nützlicher, so rasch wie möglich einen entscheidenden Schlag zu führen; offenbar hoffte er, durch einen glücklichen Erfolg auf die drei Mächte, deren Vertreter am 17. September im Haag mit kaiserlichen Bevollmächtigten zur Regelung der belgischen Frage zusammengetreten waren, einen Druck zu Gunsten Belgiens auszuüben. Auf van der Noots Geheiß wurde an verschiedenen Punkten die Maas überschritten, aber die Belgier wurden überall, wo sie mit kaiserlichen Truppen zusammenstießen, geschlagen und zurückgedrängt (22.—24. September). „Die Brabanter," spottete Schubart in der Vaterländischen Chronik, „sind lauter Merkuren geworden, an Kopf und Fuß geflügelt!" [2])

Unter dem Eindruck der Niederlage wuchs der Parteihader nur um so leidenschaftlicher empor. Wenn die Bemannung eines Schiffes sich gegen ihre Führer aufgelehnt und den Kapitän und den Steuermann verjagt hat, so müssen auf die Kommandobrücke und ans Steuerruder sofort wieder seekundige Männer gestellt werden, denen alle unbedingten Gehorsam schulden. Wenn aber die Aufständischen selbst sich in Parteien spalten und das Deck der Schauplatz leidenschaftlicher Kämpfe bleibt, so wird das Fahrzeug an der nächsten Klippe scheitern. Diesem Schicksal mußte auch Belgien verfallen, da sich der ganze nationale Aufschwung in Parteiung und Selbstsucht aufgelöst hatte. Die meisten Edelleute wären am liebsten sofort unter das alte Regiment zurückgekehrt; die Aremberg, Ursel und andre vornehme Familien gaben sich kaum noch Mühe,

[1]) Münchner Zeitung, Jahrg. 1790, 686.
[2]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1790, 554.

ihre Hinneigung zu Oesterreich zu verbergen. Auch in den wohlhabenden bürgerlichen Kreisen herrschte diese Gesinnung vor, denn unter dem Gewaltregiment der Stände und infolge der Anstrengungen, welche die Selbsterhaltung erheischte, hatten Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft schwer zu leiden. Auch im Lager der Freiwilligen war der Kriegseifer gedämpft; die Führer hatten Mühe, die Mannschaft beisammen zu halten; war doch den einberufenen Bauern und Handwerkern versichert worden, der Feldzug werde in wenigen Wochen zu Ende sein!

Endlich ordnete auch der Kongreß einen Gesandten nach dem Haag ab, jedoch nicht um Unterwerfung anzubieten, sondern nur um durch Scheinverhandlungen Zeit zu gewinnen, denn noch immer berauschten sich die kriegslustigen Führer an der Hoffnung, durch Aufgebot der ganzen Bevölkerung einen glücklichen Umschwung zu ermöglichen. Durch die Brandreden und falschen Vorspiegelungen der Führer fanatisiert, wollte die Menge in ihrer revolutionären Ueberreiztheit alle von Vernunft gezogenen Schranken überspringen. Keine Verständigung mit Leopold, dem Feind des Glaubens und der Kirche! Keine Verständigung mit den Lauen und Lahmen, die mit Vernunftgründen den Verrat am Vaterland bemänteln wollen! Ein Pamphlet „Die Brüsseler Freiwilligen und der souveräne Kongreß" enthielt die leicht verständliche Aufforderung: „Damit genug für heute, aber morgen müssen wir alle Verräter, die es im Kongreß und bei andern Behörden gibt, aufsuchen: es müssen Exempel statuiert werden!" Wirklich drangen einmal ein paar Dutzend Freiwillige in die Versammlung der Stände von Brabant ein und verlangten, es sollte zum Gesetz erhoben werden, daß jeder, der sich auf Zugeständnisse an Leopold einlasse, gehängt werde. Die ungebetenen Gäste traten in brutalster Weise auf, einer schlug mit der Faust so derb auf den Tisch, daß alle Schreibzeuge überflossen. Das Straßenvolk in Waffen war jetzt Brüssels Gebieter, die Regierung völlig abhängig vom Despotismus der von Elend, Begeisterung, Furcht und Beutegier vorwärts getriebenen Massen. Van der Noot aber schien sich der Zuversicht hinzugeben, er brauche nur, wie Moses, während des bevorstehenden Kampfes die Hände gen Himmel zu heben, so werde der Sieg der Republik gesichert sein.

Am 14. Oktober richtete Leopold von Frankfurt aus, wo er kurz vorher die Kaiserkrone empfangen hatte, einen in ruhigem, aber festem Tone gehaltenen Aufruf an die Belgier. Darin war das Versprechen wiederholt, daß die Verfassungen aller Provinzen auf dem Standpunkte, den sie zur Zeit Maria Theresias eingenommen hatten, belassen bleiben sollten; nur solche Veränderungen, welche das öffentliche Wohl erheische, sollten auf konstitutionellem Wege, d. i. im Einverständnis mit den Vertretern der Provinzen getroffen werden. Zugleich wurde eine Amnestie bewilligt, von welcher nur diejenigen ausgenommen sein sollten, die etwa verhindern würden, daß das Gnadenwort des Kaisers zu allgemeiner Kenntnis gelange. Bis zum 11. November wurde zu freiwilliger Unterwerfung Frist gegeben; nach Ablauf dieses Termins werde die kaiserliche Armee einmarschieren und die Amnestie außer Kraft treten. [1])

[1]) Van de Spiegel, 325.

Diese kaiserliche Akte wurde am 31. Oktober im Haag von den Vertretern der Vermittlungsmächte, Lord Auckland, Graf Keller und van de Spiegel, den belgischen Bevollmächtigten übergeben, mit der Erklärung, daß zwischen den drei Mächten und Kaiser Leopold vollkommene Uebereinstimmung bestehe; daran ward die Mahnung geknüpft, die Belgier sollten sich rasch unterwerfen, widrigenfalls sie ebenso des Wohlwollens der drei Mächte, wie der kaiserlichen Gnade verlustig gehen würden.

Im Manifest vom 14. Oktober waren manche Zugeständnisse, die der Kaiser am 2. März durch seine Schwester Marie Christine in Aussicht gestellt hatte, nicht mehr enthalten, z. B. daß die unter der früheren Regierung angestellten Beamten nicht mehr in Wirksamkeit treten sollten, daß zu Statthaltern nur Mitglieder des einheimischen Adels oder Erzherzoge zu berufen seien, die Minister und der Oberkommandant dem Statthalter untergeordnet sein sollten u. s. w.[1])

Auch ohne solche einschränkende Bestimmungen wäre das Ultimatum in Brüssel nur mit Wutgeschrei aufgenommen worden. Die Menge gefiel sich in läppischen Kundgebungen. Das kaiserliche Schriftstück wurde unter großem Spektakel auf dem Marktplatz verbrannt. Eine „Antwort des souveränen Volkes von Brabant", ein unsäglich albernes Machwerk, wurde in Umlauf gesetzt; darin heißt es u. a.: „Da Uns berichtet worden ist, daß die angekündigte Schrift, die nur eitles Wortgepränge und hohle Versprechungen enthält, wirklich in Unserem Lande verbreitet ist, so thun Wir zu wissen, daß Wir Uns nach reiflicher Ueberlegung und kraft Unsrer souveränen Macht entschlossen haben, jene Kundgebung des Despotismus zu verurteilen, daß sie bei Tagesanbruch auf dem großen Markte Unsrer Hauptstadt zu Füßen des Freiheitshutes in Stücke zerrissen und dann verbrannt werden soll. Wir erlauben, daß dieses Unser Dekret gedruckt und an der Stange des besagten Freiheitshutes, und wo es sonst nötig erscheint, angeheftet werde. So geschehen und beschlossen zu Brüssel, Unsrer Hauptstadt, am 6. November 1790, im zweiten Jahre Unsrer Regierung. Das souveräne Volk von Brabant."[2])

Ueberhaupt läßt sich aus der durch das Kaiserwort hervorgerufenen Pamphletlitteratur am deutlichsten ersehen, welchen Grad von Fieberhitze die Aufregung in den „patriotischen" Kreisen erreicht hatte. Schon im Frühjahr hatte sich Forster über die Massenproduktion auf diesem Gebiet gewundert und geärgert. „Plumpheit im Ausdruck, der gewöhnlich bis zu Schimpfwörtern hinuntersteigt, ein schiefer oder vollends eingeschränkter Blick, ein mattes, oberflächliches, einseitiges, abgenutztes Raisonnement, und auf der aristokratischen Seite noch zu diesem allem ein blinder Fanatismus, der seine Blöße schamlos zur Schau trägt: das ist die gemeinschaftliche Bezeichnung aller niederländischen

---

[1]) Parallèle entre les conditions proposées aux Etats Belgiques par la déclaration de l'archiduchesse gouvernante en date du 2 mars 1790 et celles, qui sont contenues dans le manifeste de l'Empereur en date de Francfort du 14 octobre 1790 (par un des ministres médiateurs), 1790.

[2]) Borgnet, I, 219.

Hefte des Tages."[1]) In der Schrift „Das ganze belgische Volk" wird das Manifest ein „Werk des Hasses und der Schurkerei" genannt, Leopold „ein noch gottloserer Ränkeschmied, als Joseph II." „Er wirbt überall Räuber und Banditen, um sie gegen uns ins Feld zu schicken; er verläßt sich darauf, daß es in unsrer Armee immer noch einige Verräter gibt, sogar Offiziere von Rang, die sich nicht schämen, zum Ausgleich zu raten. Doch er stütze sich nicht auf so schwachen Beistand, denn wir sind fest entschlossen, uns um jeden Preis jener Schurken zu entledigen, sie, sowie alle andren Royalisten zu verjagen oder sogar aufzuhängen, wenn sie nicht offen ihren Verrat abschwören und ihrer Gottlosigkeit, ihren Lästerungen und Ketzereien entsagen."[2]) Eine andere Flugschrift nennt den Kaiser „gierig, wie ein Wolf, grausam, wie ein Tiger"; „er hofft wohl inmitten des allgemeinen Blutbads und Unheils eine unrechtmäßige, immerdar verabscheute und verfluchte Autorität aufrichten zu können, allein er wird, da das Maß seiner Sünden voll ist, endlich für seine Gottlosigkeit, für seine Verachtung der Menschenrechte und des göttlichen Gerichts den verdienten Lohn erhalten."[3])

Andrerseits wird in zahlreichen Flugschriften der Rückkehr unter den alten Landesherrn das Wort geredet und Leopolds Herrschertugenden warmes Lob gespendet. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wäre ja bereit gewesen, sich von der Revolution loszusagen. Namentlich in Brabant sehnten sich viele wieder nach dem Glanze eines Hofes;[4]) viele wollten sich nicht länger verhehlen, daß der Parteihader unvermeidlich die Kraft des Landes aufzehren werde, daß nur ein starker Regent die notwendige Ruhe zurückbringen könne.[5]) Das „belgische Martyrologium aus dem eisernen Jahre 1790" zieht einen Vergleich zwischen dem Kultus der Niederländer mit van der Noot und dem Tierdienst der Aegypter, die auch nur aus Furcht und Schrecken dem Krokodil göttliche Ehre erwiesen.[6]) Ein Flugblatt „Die rebellischen Engel der Niederlande" zeigt, wie der Adler triumphierend auf dem Throne sich niederläßt, während der Anhang van der Noots in toller Hast den Berg hinabflüchtet.

Den republikanischen Waffen gereichte zum Nachteil, daß General Schönfeld, der seit dem Sturze van der Meersch den Oberbefehl führte, als geborner Preuße seit dem Abschluß der Reichenbacher Konvention mit argwöhnischen Augen betrachtet wurde; Dumouriez bezichtigt ihn sogar, doch sicherlich mit Unrecht, des Verrates.[7]) Obwohl Schönfeld auf die Unzulänglichkeit seiner

[1]) Gg. Forster, I, 184.

[2]) Le peuple Belgique entier (1790).

[3]) Avis et sentiments d'un homme qui ne prétend s'attribuer que le sens commun pour juger de la conduite de Pierre Leopold etc. (1790).

[4]) Gg. Forster, I, 220.

[5]) Diese Tendenz verfolgen: Les quatre-temps d'un honnête Belge, qui pendant la révolution ne fut ni royaliste, ni patriote, ni statiste, ni Vonckiste, ni aristocrate, ni démocrate (1790); Mon hommage à Leopold II ou idées philosophiques sur la nécessité de délivrer la Belgique des moines, qui l'inondent et la détruissent (1791); Le désespoir des démocrates Brabançons (1791) etc.

[6]) Le Martyrologe Belgique l'an de fer 1790, 64.

[7]) Das Leben des Generals Dumouriez, von ihm selbst geschrieben, II, 103.

Streitkräfte hinwies, beschloß der Kongreß, am Widerstand festzuhalten, allein eine Bitte um Verlängerung des Waffenstillstandes wurde im Haag abgelehnt. „Keine Stunde Aufschub!" erwiderte Graf Mercy-Argenteau, der Vertreter Oesterreichs im Haager Kongreß.

Um nicht allein die ganze Verantwortung zu tragen, verstärkte sich der Kongreß durch Mitglieder der Provinzial-Landtage. Am 13. November eröffnete van Eupen die Verhandlungen mit feuriger Rede. Groß sei die Gefahr, aber von Verrätern werde sie übertrieben; die Hoffnung auf Hülfe brauche nicht aufgegeben zu werden; eine stattliche Schar Bastillestürmer ziehe den bedrängten Brüdern zu Hülfe; die Nachricht vom Anmarsch überlegener kaiserlicher Heeresabteilungen sei ein Märchen. Ebenso die Erhaltung der Religion, wie die Sorge ums Vaterland lege die Pflicht auf, im Kampf gegen Leopold auszuharren. Alle Anwesenden sollten, die Hand aufs Kruzifix legend, Treue geloben bis zu Sieg oder Untergang.

Allein van Eupens Anträge fanden bei der Mehrheit der Versammlung nur frostige Aufnahme. „Heute wendet ihr euch an den dritten Stand!" rief der Bürger Haut von Namur, „ihr betrachtet ihn als Vertreter des Volkes, ihr zieht ihn zu Rate, ihr wollt euch aus ihm für die Verhandlungen mit den drei Ministern einen Panzer machen! Aber glaubt ihr denn, daß ihnen die Schwäche dieses Panzers entgehen wird? Wissen sie denn nicht, daß ihr allein die öffentlichen Angelegenheiten und Interessen durch Aufstellung von Theorien, deren Schwäche euch jetzt selbst einleuchtet, beherrscht habt? Thut jetzt alles, was ihr wollt, ihr werdet euch euren Feinden gegenüber nicht mehr der Verantwortung entschlagen können, sie lastet auf eurem Haupte! Es ist eure That: tragt jetzt auch die Folgen!" [1])

In zwölfter Stunde, am Abend des letzten Tages vor Ablauf der Waffenruhe (21. November) faßte der Kongreß den Beschluß, den dritten Sohn des Kaisers, Erzherzog Karl, zum Großherzog von Belgien zu erheben; dadurch sollte der Kaiser versöhnt und, wenn nicht die Republik, doch die nationale Selbständigkeit gerettet werden. Unter den gegebenen Verhältnissen war aber diese Wahl nur eine Posse. Die Boten, welche dem kaiserlichen Feldmarschall Bender melden sollten, welches Heil dem Hause des Kaisers widerfahren sei, wurden gar nicht vorgelassen. Unmittelbar nach Ablauf des Waffenstillstandes rückten die Kaiserlichen über die Maas. Schon am nächsten Tage ergab sich Namur; die Sieger wurden wie Befreier in der festlich geschmückten Stadt empfangen. Als dem unfähigen Schönfeld der Oberbefehl abgenommen wurde, lief der größte Teil der Kongreßtruppen auseinander. Auch der neue Kommandant, General Köhler, konnte Brüssel nicht decken; die Bürger selbst dachten gar nicht mehr an Verteidigung. Van der Noot, van Eupen und andre Führer des Aufstands entzogen sich durch Flucht der Rache des betrogenen Volkes; auf Einladung des Landtags hielt Marschall Bender am 2. Dezember festlichen Einzug in der Hauptstadt Brabants. Nachdem sich in Gent das letzte Häuflein be-

[1]) Th. Juste, Hist. du règne de l'empereur Joseph II et de la révolution belge de 1790, III, 28.

waffneter Freischärler aufgelöst hatte, ergab sich auch die Hauptstadt Flanderns, nirgends stießen die Kaiserlichen auf ernsten Widerstand, fast ohne Blutvergießen wurde das ganze Land besetzt.

Gerade während der preußische Kammerherr von Reck, der die Glückwünsche seines Königs zur Kaiserkrönung nach Wien zu überbringen hatte, bei Fürst Kaunitz zu Tische saß, traf die Meldung des Grafen Palffy ein, daß der belgische Aufstand als beendigt angesehen werden könne; Palffy selbst habe, während Marschall Bender noch einige Meilen entfernt war, mit etwa 15 Husaren von Brüssel Besitz genommen. „Das ist ein Beweis," rief Kaunitz, „daß nur die Kanaille widerstrebt hat, und daß in den besseren Ständen der Nation niemand im Widerstand beharren will!" Gleichzeitig sandte der Kaiser ein Billet, worin der Freude Ausdruck gegeben war, daß die Unterwerfung sich ohne Blutvergießen vollzogen habe. Auch über die Nachricht, daß van der Noot durchs Fenster entkommen sei, war Leopold hoch erfreut. „Gott sei gedankt, daß er gerettet ist, daß ich also nicht vor die harte Notwendigkeit gestellt bin, ihn seiner Schuld entsprechend zu strafen!" [1])

Am 12. Dezember stimmte Kardinal Frankenberg im Münster St. Gudula das Tedeum an, — ein charakteristisches Gegenstück zu jenem feierlichen Empfang van der Noots nach Vertreibung der Oesterreicher! [2])

Die belgische Revolution war von Leopold besiegt, doch blieb sie Siegerin über Joseph II. Leopold selbst willigte ein, daß durch den Haager Schlußvertrag vom 10. Dezember fast alle Josephinischen Neuerungen umgestoßen wurden. Nach der von Graf Mercy und den Gesandten des Dreibunds unterzeichneten Konvention sollten alle Verfassungen, Privilegien und Gebräuche der Niederländer, wie sie von Karl VI. und Maria Theresia anerkannt worden waren, wieder aufleben. Desgleichen wurden alle Verordnungen Josephs in Bezug auf Klöster, Seminarien, Prozessionen 2c. aufgehoben, alle geistlichen Angelegenheiten unter unmittelbare Leitung der Bischöfe gestellt, die Klöster wenigstens teilweise ihrer Bestimmung zurückgegeben, die Privilegien der Universität Löwen wieder in Kraft gesetzt. Außerdem gelobte der Kaiser, nur mit Zustimmung der Stände Abgaben zu erheben, von Einführung der Konskription Abstand zu nehmen und niemals Truppen gegen Bürger aufzubieten, es sei denn zur Durchführung von Beschlüssen der einheimischen Gerichte und Obrigkeiten.

Unter diesen Bedingungen verbürgten Preußen, England und Holland dem Kaiser „auf ewige Zeiten" den Besitz der belgischen Provinzen. [3]) Schon von Zeitgenossen wurde es befremdlich gefunden, daß gerade drei protestantische Mächte dem katholischen Kaiser die Verpflichtung auferlegten, die Reform des

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Acta, betreffend die Schickung des Kammerherrn von Reck nach Wien 1790.

[2]) Juste, III, 91. In Theiners Biographie des Kardinals Frankenberg wird die Feier in St. Gudula nicht erwähnt. Die Behauptung, die Belgier hätten sich nur deshalb dem Kaiser unterworfen, weil die Franzosen „nach diesen schönen Provinzen geizten" (S. 219), ist natürlich nicht aufrecht zu halten.

[3]) Hertzberg, Recueil etc., III, 234.

Kirchenwesens, die Joseph II. mit Anlehnung an die Tendenzen der Reformation durchgeführt hatte, zu vernichten. Die Unterwerfung des von so unfähigen Köpfen geleiteten Belgiens wäre auch ohne Zustimmung der drei Mächte nicht allzu schwer gefallen; wenn sich Leopold trotzdem zu so weitreichenden Zugeständnissen herbeiließ, so geschah es wohl mit dem Vorbehalt, eine günstigere Gelegenheit zur Wiedererlangung unbeschränkten Einflusses abzuwarten.

„Dem Grafen Mercy," schrieb Leopold an seine Schwester Marie Christine, „haben wir die Erhaltung der Niederlande zu verdanken! Ihr Sekretär tanzt in meinem Zimmer vor Freude!" [1] Mercy wurde denn auch dazu ausersehen, bis zu völliger Beruhigung des Landes an Stelle des Statthalterpaares die Verwaltung zu übernehmen,[2] — eine Aufgabe, die Erzbischof Pradt mit Rücksicht auf den noch immer die Gemüter verwirrenden Parteigeist mit dem Auftrag verglich, eine Schachtel mit Flöhen offen zu halten, ohne daß einer der behenden Insassen heraushüpfe.

Den Ausgang der belgischen Revolution verspottet Weckherlin in folgender Fabel. Die Schafe in Elis empörten sich wider ihren Gebieter. Zuerst wurde Pan abgeschickt, damit er den Rebellen auf der Flöte süße Weisen vorpfeife und sie dadurch zur Ruhe bringe. Als dies nicht half, sollte Aeskulap seine Kunst versuchen, doch auch die Mittel des Arztes schlugen fehl. Da ergrimmte Jupiter; er schüttelte die Locken seines Hauptes, und die ganze Herde stob auseinander. Ein paar Wölfe im Schafspelz, die den Aufruhr angefacht hatten, entkamen. „Und so ungestraft lässest du sie entrinnen?" fragte der Rat der Götter. Doch Zeus antwortete: „Würde mir ihre Haut den Schaden ersetzen?" [3] —

Durch klug bemessene Zurückhaltung brachte Leopold auch die gefährliche Bewegung in Ungarn zum Stillstand. Nachdem einmal durch die germanisatorische Politik Josephs II. das Nationalgefühl der adelichen wie der bürgerlichen Kreise wachgerufen war, hatte das Edikt vom 28. Januar 1790, das die Verordnungen Josephs für Ungarn zurücknahm, die Aufregung nicht mehr zu beschwichtigen vermocht. Die gerade in Ungarn übermächtigen Privilegierten hatten von den Ideen der französischen Revolution so viel aufgenommen, als mit dem Fortbestand ihrer alten Vorrechte und Ansprüche vereinbar war; unter Freiheit verstanden sie die Unantastbarkeit ihrer sozialen Stellung, unter Nation den Ring von einigen hunderttausend Edelleuten und dem damit eng verbündeten Klerus. Nur diesen Bevorzugten war Möglichkeit gegeben, öffentlich die Stimmen zu erheben, und die Sprache, die sie sich im März 1790 in den Versammlungen der Gespannschaften gegen den Nachfolger des „deutschen Königs mit dem Hut" erlaubten, war verwegen genug.[4] Von der Preßburger Gespannschaft wurde eine Erklärung abgegeben, die ungarische Nation habe die Erbfolge des weiblichen Zweiges der Habsburger nur unter der Bedingung zugelassen, daß der jeweilige Landesherr aufs getreueste allen verfassungsmäßigen

[1] Wolf, II, 204.

[2] Juste, Le comte de Mercy-Argenteau, 82.

[3] Weckherlin, Paragraphen, I, 241.

[4] Horvath, Geschichte der Ungarn, II, 616. — Feßler, Geschichte von Ungarn (2. Auflage), V, 589.

Pflichten nachkomme; der Vertrag zwischen Dynastie und Volk verliere also seine Rechtskraft, sobald jene Zusage nicht erfüllt werde; einer selbstherrlich sich gebarenden Regierung sei die Nation keinen Gehorsam schuldig. Daran knüpften sich die übertriebensten Forderungen; vor allem wurde stürmisch die Aufhebung des von Maria Theresia eingeführten Urbarialsystems verlangt.

Die Antwort Leopolds im Manifest vom 14. März war mild und versöhnlich, doch befriedigte sie die Ungarn nicht, weil sie nicht so weitreichende konstitutionelle Zusicherungen enthielt, wie der Aufruf an die Niederländer. Man habe seinen Augen nicht getraut, erwiderte der Pester Komitat, als man aus dem Manifest die traurige Gewißheit ersah, daß die Regierung für ihre Verfassungstreue keine genügende Bürgschaft leisten wolle.

Gewiß würden sich die Herren solche Sprache nicht erlaubt haben, wenn ihnen nicht Aussicht auf preußische Hülfe eröffnet gewesen wäre. Auch von Rom wurde gegen den antikurialistischen Schüler Scipione Riccis Propaganda gemacht. In einem merkwürdigen Briefe an seine Schwester gibt Leopold selbst dieser Auffassung Ausdruck; die Worte geben auch dafür Zeugnis, daß von einer „Bekehrung" Leopolds nicht zu sprechen ist, daß er nur, weil es ihm als Gebot der Staatsklugheit erschien, öffentlich von den Josephinischen Grundsätzen sich lossagte. „Was Rom betrifft," schrieb er am 17. Juni an Marie Christine, „so wüßte ich nicht, weshalb ich es schonen sollte, nachdem dieser Hof gegen mich und meine Familie ganz offen und schamlos den Aufruhr gepredigt hat; er leugnet dies nicht einmal, er thut noch alles, um die Ungarn aufzuwiegeln, so daß sogar auf dem Reichstag in Buda angeregt worden ist, dem Papst eine Ergebenheitsadresse zu senden; er treibt es ebenso in Galizien, in der Lombardei, in Toskana; obgleich ich in allen kirchlichen Fragen nachgegeben habe, wird von Rom das Volk gegen die Regierung aufgehetzt. Ich spreche gar nicht von den Niederlanden und von Deutschland, besonders von München, dies ist ja ohnehin bekannt. Ebenso hetzt er Polen gegen uns, hetzt durch Lucchesini und den Grafen Guiccioli, der von Rom eigens nach Berlin gesandt worden ist, um an diesem Hof gegen uns Stimmung zu machen, den Frieden zu erschweren und den Wahltag in Frankfurt zu stören. Ich schone die Mönche, so viel ich vermag, aber ich kann weder offen zeigen, daß ich sie achte, noch ihnen die ganze Autorität, die sie besaßen, zurückerstatten; ohnedies achten sie weder Zaum noch Grenzen. Glauben Sie mir, ich thue alles, was ich kann, doch bei der gegenwärtigen äußeren und inneren Lage, mit meinen Leuten und bei der jetzigen Stimmung läßt sich Gutes weder vollbringen, noch für die Zukunft voraussehen, und Sie werden sich in kurzem überzeugen, was für schöne Dinge der ungarische Reichstag bringen wird!" [1])

Am 6. Juni wurde der Reichstag eröffnet, zum erstenmal seit 230 Jahren wieder in der Landeshauptstadt Ofen. Die Aufregung in ständischen Kreisen war noch immer im Wachsen begriffen; die Mehrheit war entschlossen, sich ein für allemal gegen Angriffe auf ihre feudale Verfassung zu sichern. Durch ein Inauguraldiplom, gewissermaßen ein Gegenstück zur Wahlkapitulation der

[1]) Wolf, II, 161.

römischen Könige, sollte der Wiederkehr eines Regierungssystems, wie es Kaiser Joseph zur Geltung zu bringen versucht hatte, für alle Zeit ein Riegel vorgeschoben werden. Leopold ließ sich aber auch durch beleidigende Angriffe nicht aus seiner abwartenden Haltung aufstören. Erst nachdem der Vertrag von Reichenbach die Gefahr einer preußischen Offensive beseitigt und ein Sieg Clerfaits bei Kalafat (26. Juni 1790) die Kriegslust des Diwan gedämpft hatte, wurde die Sprache der Regierung gegenüber den Ständen entschlossener und deutlicher. Am 20. Juli erging an den Oberstlandesrichter ein Erlaß, der den allzu üppigen Hoffnungen der Stände ein Ziel setzte. Die Geduld des Königs, war darin erklärt, sei endlich erschöpft, denn es sei nur allzu klar geworden, daß viele Ungarn, ja sogar ungarische Behörden nicht in gleichem Maße, wie der König selbst, von Ehrfurcht vor dem Gesetz erfüllt seien. Ein neues Inauguraldiplom werde sich der König niemals aufdrängen lassen; wie es unter Maria Theresia gehalten worden sei, so soll es auch ferner jenseits der Leitha verbleiben. Wenn nochmals Aeußerungen fielen, wie z. B., die legitime Thronfolge in Ungarn sei durch die Regierung des nichtgekrönten Joseph als unterbrochen anzusehen, soll gegen solchen Hochverrat streng eingeschritten werden.

Inzwischen war auch im Bürgerstand teils durch den Einfluß der französischen Revolution, teils infolge der selbstsüchtigen Politik der Privilegierten eine lebhafte Bewegung in Fluß gekommen. Sogar aus reaktionären Wiener Kreisen erging die Mahnung, der dritte Stand in Ungarn möge sich doch endlich der groben Willkür des Adels, der in Bürgern und Bauern nur geborene Knechte erblicke, kräftiger erwehren. Die schon erwähnte Flugschrift „Babel",[1]) als deren Verfasser sich der Herausgeber der „Wiener Zeitschrift", Alois Hoffmann, bekannt hat,[2]) zog zwischen dem Ofener Reichstag und der Pariser Nationalversammlung eine Parallele, die freilich bald dem Fluch der Lächerlichkeit anheimfallen sollte. Im Pariser Parlament herrsche ohne Störung und Trübung holde Eintracht, während in Ofen, wo nur Mißgunst, Neid und Eifersucht zu Worte kämen, eine Verwirrung eingerissen sei, wie bei dem Turmbau zu Babel. Dort streite der Bürgerstand mannhaft gegen tyrannischen Aristokratismus; hier lasse sich ein Volk von sieben Millionen durch 70000 Edelleute am Gängelbande führen. Dort habe der Drang nach Freiheit zur Zerstörung der Bastille geführt; hier werde von den Aristokraten durch das geplante Inauguraldiplom eine neue Zwingburg zur Knechtung des Landes aufgerichtet. Dort ziele alles Thun und Trachten auf Gleichheit aller Bürger; hier sollen durch das neue, „mehr als hunnische" Grundgesetz die letzten Ehrenrechte der Bürgerlichen vernichtet werden. In Frankreich werde, abgesehen von einigen zügellosen Streichen des Gassenpöbels, die Ehrfurcht vor dem König nie und von niemand verletzt, in Ungarn gelte es als patriotische Pflicht, gegen den rechtmäßigen Landesherrn den dreisten Ton rebellischer Bauern anzuschlagen. Möchten doch endlich der Landmann und der Bürger in Ungarn in den Spiegel der französischen Zu-

[1]) Babel. Fragmente über die jetzigen politischen Angelegenheiten in Ungarn. Gedruckt im römischen Reiche, 1790.

[2]) Wiener Zeitschrift, I, 304.

stände blicken und aus diesem Bild den Mut zu männlichen Thaten schöpfen. „Wendet eure Ohren weg von den verderblichen Eingebungen eurer treulosen Aufwiegler, . . . entfernt die giftigen Ohrenbläser von euch, die aus einem fremden Lande zu euch kommen und euch Haß und Uebermut lehren gegen euren guten und rechtmäßigen Erbkönig, . . . hütet euch, durch entehrende Beleidigungen die Gewalt eures Königs einzuschränken, zu einer Zeit, wo er um eures Vaterlandes willen alle Macht bedarf, um euren und seinen Feinden zu widerstehen!"

Gegen so „maßlose Verhetzung des gemeinen Mannes" legte ein „freier Ungar" Verwahrung ein, jedoch nicht ohne sich ebenfalls gegen das Uebermaß der nationalen Reaktion auszusprechen, ja, es wird sogar anerkannt, daß Joseph II. bei seiner Zurückweisung der Anmaßung des ungarischen Adels Recht und Staatsklugheit auf seiner Seite gehabt habe. „In Wahrheit werden die kommenden Generationen sich wundern, daß wir nach dem Tode Josephs auch das Gute von der Erde vertilgten, bloß darum, weil es aus Oesterreich kam."[1])

Gleichzeitig regte sich der Tiers-Etat auch in Galizien. Auch hier wurden Klagen laut, daß ein paar hundert Edelleute es wagen könnten, als die einzigen Vertreter der Nation sich aufzuspielen; der Regierung wurde zugerufen, sie möge zum Schutze des Bürgertums nicht länger zulassen, daß eine Handvoll Leute im achtzehnten Jahrhundert Ansprüche erhöbe, die höchstens im vierzehnten am Platze gewesen wären.[2])

Eine neue Zeit war ja angebrochen, eine Zeit, die nicht einmal die Erhaltung, geschweige eine Ausdehnung der Privilegien der bevorzugten Stände dulden wollte! Sogar gegen den staatsrechtlichen Kanon des Werboecz, aus welchem alle Vorrechte des ungarischen Adels abgeleitet wurden, erhoben sich skeptische Stimmen, und alle, welche über Druck und Unterdrückung klagen zu müssen glaubten, sahen im König ihren natürlichen Anwalt.[3])

Dazu kam, daß auch die in Ungarn eingesprengten nicht magyarischen Stämme, insbesondere die Serben eine mächtige nationale Strömung ergriffen hatte. Eine Adresse des Landtags der „illyrischen Nation" zu Temesvar erflehte den Schutz des „angebeteten Monarchen" gegen die „Barbaren, die sich erst vor kurzem aus den Höhlen Asiens ergossen hätten", d. i. gegen die Magyaren.[4])

Unter solchen Umständen mußten auch die unzufriedensten Ultras des Ofener Reichstages Bedenken tragen, am Widerstand gegen die Krone festzuhalten, und Leopold, der am 10. November in Preßburg eintraf, entwaffnete durch kluges Auftreten die letzten Widersacher. Dem Fürsten mit Dolman und Kalpak wurde manches gern bewilligt, was dem „König mit dem Hut" verweigert

---

[1]) Auszug aus „Eleutherii Pannonii mirabilia fata, dum in metropoli Austriae famosi duo libelli, Babel et Ninive, in lucem venissent", in der Wiener Zeitschrift, I, 312.

[2]) Magna charta von Galizien oder Untersuchung der Beschwerden des galizischen Adels über die österreichische Regierung (1790).

[3]) Gustermann, Die Ausbildung der Verfassung des Königreichs Ungarn, II, 273. — Großing, Ungarisches allgemeines Staats- und Regimentsrecht, 135.

[4]) Feßler, V, 612.

worden wäre. Auf Antrag Zichys wurde der vierte Sohn Leopolds, Erzherzog Alexander, zum Palatin gewählt, und Leopold wußte hinwieder seinen Dank in verbindlichste Form zu kleiden, indem er erklärte, er werde die Kindesliebe seines Alexander fortan nur danach bemessen, wie der Palatin seinen Pflichten gegen Ungarn nachkomme.

In den königlichen Landtagspropositionen vom 10. November wurde das zur Regelung des Verhältnisses zwischen Bauern und Grundherrschaft unter Maria Theresia provisorisch eingeführte Urbarium zum öffentlichen Gesetz erhoben, ferner die Zahl der freien königlichen Städte erhöht, der Zutritt zu öffentlichen Aemtern auch für Bürgerliche erleichtert, eine zweckmäßigere und gerechtere Verteilung der Beiträge zu den Militärausgaben angeordnet.[1]) Wenn diese Neuerungen als Zugeständnisse an den Zeitgeist anzusehen und der adelichen Mehrheit des Reichstages nicht willkommen waren, so entsprach doch das Krönungsdiplom vom 14. November den Wünschen der Ofener Versammlung. Darin war nicht bloß das Versprechen gegeben, daß die Krone des h. Stephan auf immerdar im Lande bleiben sollte, sondern auch allen noch zu Rechte bestehenden Freiheiten des Grund- und Waffenadels beständige Geltung zugesichert.

Am 15. November ging die Krönung mit herkömmlichem Prunk vor sich. Auch ein Vertreter des Königs von Preußen, Kammerherr v. Reck, der den Glückwunsch seines Herrn zu überbringen hatte, wohnte der Feier bei. Das lebendige, farbige Treiben von Magyaren und Raczen, Zigeunern und Sachsen, von Magnaten und Bischöfen, Honveds und Czikos, die Pracht der Uniformen und Ornate, der Ueberfluß an reichgeschmückten Kutschen und Pferden, das eigenartige Zeremoniell bei Kirchen- und Hoffesten machten auf den norddeutschen Gast, wie er an seinen Hof (24. November) berichtete, überwältigenden Eindruck.[2]) Es gehe zwar die Sage, daß ein großer Teil der ungarischen Nation sich noch vor kurzem mit dem Gedanken getragen habe, den rechtmäßigen Souverän zu verlassen, doch nunmehr sei alle Widerspenstigkeit entwichen und brausender Jubel fülle die Krönungsstadt. Nicht bloß sei dem ob seiner Leutseligkeit allbeliebten Könige ein besonders stattliches Krönungsgeschenk gewidmet worden, sondern der Reichstag habe auch einmütig erklärt: ganz Ungarn werde seinem König Gut und Blut zur Verfügung stellen, damit der Vertrag von Reichenbach, falls sich der König dadurch beengt fühlen sollte, wieder umgestoßen werden könne und mit der Pforte nur ein der Würde der Dynastie und der Wohlfahrt des Vaterlandes angemessener Friede geschlossen zu werden brauche. —

Auch in den deutschen und slavischen Erblanden gelang es, die gefährdete Ruhe wiederherzustellen, in den deutschen Provinzen hauptsächlich durch Nachgiebigkeit in kirchlichen Dingen, in den slavischen durch Zugeständnisse an das nationale Programm. Die Errichtung eines Lehrstuhles für die czechische Sprache an der Prager Hochschule wurde von wichtiger Bedeutung für die

---

[1]) Einige der wichtigsten Hungarischen Landtagsakten (1790), 7.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Acta, betreffend die Schickung des Kammerherrn von Reck nach Wien, 1790.

nationale Entwickelung Böhmens; czechisches Sprachtum kam wieder in Aufnahme, Dichter und Gelehrte bedienten sich des früher verachteten Idioms, die vaterländische Geschichte genoß eifrigere Pflege, auf allen Gebieten des Volkslebens nahm das slavische Element frischeren Aufschwung.[1]) Für das Deutschtum in Oesterreich wurde diese Toleranz Leopolds II. und seines Nachfolgers Franz' II. verhängnisvoll: der deutsche Kulturstaat Oesterreich, den Kaiser Joseph hatte aufrichten wollen, verlor sich aus dem Bereich der Möglichkeit! Für den Augenblick aber trug die Nachgiebigkeit der Regierung nicht wenig dazu bei, das Ansehen der Dynastie zu befestigen. —

Es wurde oben dargelegt, daß der Versuch Josephs II., noch zu seinen Lebzeiten dem Bruder Leopold die Nachfolge im Reich zu sichern, am Widerstand Preußens scheiterte, daß aber durch die Umtriebe des Wiener Hofes immerhin eine Lockerung des Fürstenbundes erreicht wurde. Dem Mainzischen Hofe hatte aufgedeckt werden müssen, daß die drei protestantischen Mitglieder in Bezug auf die künftige Königswahl ein geheimes Abkommen getroffen hatten, und infolge des Mainzischen Protestes gegen solche Sonderbündelei hatten sich zwar Brandenburg und Hannover, nicht aber Sachsen zu gemeinsamem Vorgehen in der Wahlfrage mit Kurmainz vereinigt. Als Kandidat des Fürstenbundes war wenigstens von preußischer Seite Herzog Karl August von Zweibrücken, eventuell sein Bruder Max Joseph in Aussicht genommen, doch war über die Personalfrage zwischen den protestantischen Mächten eine Einigung noch nicht erzielt.[2])

Es wurde auch schon berichtet, daß nach dem Ableben Josephs II. vom Wiener Hofe der Versuch erneut wurde, den Kurfürsten von Mainz von seinen Verbündeten zu trennen, ohne jedoch den gewünschten Erfolg zu erzielen. Andrerseits war zwischen Kurmainz und Preußen infolge des Lütticher Streites ernste Mißstimmung aufgewachsen, Mainz und Sachsen standen sich um alter Vikariats-

---

[1]) D'Elvert, Zur Geschichte des Deutschtums in Oesterreich-Ungarn mit besonderer Rücksicht auf die slavisch-ungarischen Länder; Schriften der hist.-statist. Sektion der mährisch-schlesischen Gesellschaft, 26. Bd., 580. — Palacky, Die Grafen Kaspar und Franz Sternberg und ihr Wirken für Kunst und Wissenschaft in Böhmen, 6.

[2]) Die im bair. Staatsarchiv (Kasten blau, 423/6) verwahrte Korrespondenz zwischen Friedrich Wilhelm und Karl August im Jahre 1790 bezieht sich nur auf die zweibrückenschen Irrungen mit der Reichsritterschaft, die Aufnahme der Wittelsbachischen Hausverträge in die Wahlkapitulation, die Verletzung der zweibrückenschen Rechte im Elsaß u. a., die Königswahl wird darin nicht berührt. Auch die Korrespondenz zwischen dem zweibrückenschen Legationsrat Freiherrn von Montgelas (dem nachmaligen bairischen Minister), der sich seit Mitte August in Frankfurt befand, und dem Konferenzminister von Esebeck enthält keine auf die Kandidatur Karl Augusts bezügliche Nachricht. Der Bruder Karl Augusts, Max Joseph, Oberst des französischen Regiments d'Alsace in Straßburg, begab sich im Juli zu einem Besuch der preußischen Wahlbotschafter nach Frankfurt. Hier teilte er mit, er habe infolge der revolutionären Bewegung in Straßburg den französischen Militärdienst aufgeben und deshalb die Großmut seines Oheims, des Kurfürsten von Baiern, anrufen müssen; es habe sich auch ein besseres Einvernehmen mit Karl Theodor herstellen lassen, aber niemals werde sich das Haus Zweibrücken in seiner dankbaren Gesinnung gegen Preußen, dem es seine Rettung verdanke, beirren lassen (Preuß. St.-Archiv. Bericht der preuß. Wahlbotschafter vom 13. Juli 1790).

streitigkeiten willen fast als Feinde gegenüber, so daß der habsburgische Bewerber auch jetzt ein entschiedenes und geschlossenes Auftreten des Fürstenbundes nicht zu befürchten hatte.

Da der Erzkanzler die Eröffnung des Wahltags auf den 1. Juli angesetzt hatte, fanden sich schon im Juni einige Vertreter der Kurfürsten und anderer Reichsstände in Frankfurt ein.[1]) Ein lebhafter Streit um die Quartiere war vorausgegangen. Die brandenburgischen Wahlbotschafter hatten von jeher das schlechteste Quartier, ein Haus in der Saalgasse, innegehabt; erst bei der Wahl Franz' I. war ihnen das Cronstättische Haus am Roßmarkt eingeräumt worden. Jetzt wurde von der Frankfurter Quartierkommission erklärt, das Cronstättische Haus müsse als das einzige dazu geeignete für den zu erwählenden Kaiser vorbehalten werden; Kurbrandenburg möge sich um das freigewordene pfälzische Quartier bewerben. Friedrich Wilhelm ordnete also, damit eine der königlichen Würde entsprechende Lösung der Quartierfrage gefunden werde, den Geheimrat v. Hochstetter nach Frankfurt ab. Dieser riet aber selbst zum Verzicht auf das pfälzische Quartier, weil damit „zu unabsehlichen, zeitsplitterigen Weitläuftigkeiten Anlaß gegeben würde." Auch die mit Kurbaiern wegen Ueberlassung des Bellischen Hauses eingeleiteten Unterhandlungen führten, da die Mitbewerbung Hannovers hinderlich war, zu keinem Ergebnis. Endlich wurde vom Reichsquartiermeister Grafen v. Pappenheim das fürstlich Dessauische Quartier vorgeschlagen und vom Berliner Hofe angenommen, jedoch nicht ohne daß von letzterem „Empfindlichkeit und Befremden" ob des wenig schicklichen Angebots zu erkennen gegeben wurden. „Der schlechteste Bezirk aller Churhöfe ist der, der Churbrandenburg angewiesen."

Am 1. Juli wurde unter Trompetenschall die Eröffnung des Wahltags verkündigt, doch der ganze Monat verstrich, ohne daß sämtliche zur Wahl erforderlichen Botschafter eingetroffen waren. Die bereits Anwesenden benützten die Muße zu feierlichen Auffahrten und Komplimentsbesuchen, für welche seit Jahrhunderten ein strenges Zeremoniell vorgeschrieben war. Der Chronist des Wahltags von 1790, Johann Christian Jäger, rühmt zwar als bedeutungsvollen Sieg der fortschreitenden Entwickelung des gesunden Menschenverstandes, daß die alten hochgespannten Zeremonien verschwunden und „Leutseligkeit und Popularität an Stelle des steifen Prunks" getreten seien,[2]) allein weder die Erzählung des Chronisten selbst, noch die Berichte der Gesandten bestätigen jenes Lob; die Zeremoniellfragen boten auch diesmal den ergiebigsten Stoff zu ebenso lebhafter wie harmloser Thätigkeit der Herren Gesandten. Großes Aufsehen rief es hervor, daß der kurkölnische Botschafter, Freiherr v. Waldenfels, Besuche von Magistratspersonen erhielt, ohne vorher die Notifikation gemacht zu haben; die Sache wurde endlich dahin aufgeklärt, daß der Botschafter beim Privatbesuch eines Schöffen eine Visitenkarte abgegeben hatte, auf welcher schon der Ambassadeurcharakter angegeben war.[3])

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Kaiser Leopolds II. Wahlakten, R. 10, 87 f., 121.
[2]) Jäger, Wahl- und Krönungsdiarium Kaiser Leopolds II., 111.
[3]) Preuß. St.-Archiv. Kaiser Leopolds Wahlakten.

Auch der „ungewöhnlich geschwinde Gang der Verhandlungen", den Waldenfels unmittelbar nach seiner Ankunft in Frankfurt anregen wollte, erschien den Vertretern der Fürstenbundsmächte anstößig; offenbar sei es, so meinten die preußischen Diplomaten, vom Kurfürsten von Köln darauf abgesehen, zu verhindern, daß die Beratung der Wahl und der Wahlkapitulation nach den „Regeln der Besonnenheit" vor sich gehe. Insbesondere am Mainzer Hofe war man verstimmt über das Drängen des kölnischen Ministers, und hellen Unmut erregte es vollends in Berlin, daß Kurköln den Königstitel Preußens beanstandete. So unerhörte Petulance verdiene ernsteste Zurückweisung, schrieb Hertzberg an die preußischen Botschafter, und ebenso müsse gegen leichtfertige Ueberhastung der Wahl ein Riegel vorgeschoben werden; das Interesse Preußens und des Fürstenbundes erheische, daß vor endgültiger Beilegung der Irrungen zwischen Preußen und Oesterreich auch in Frankfurt kein entscheidendes Wort falle.

Immerhin galt es für die öffentliche Meinung kaum noch als zweifelhaft, daß sich die Wahl auf den König von Ungarn und Böhmen lenken werde. Freilich wurden auch andere Bewerber öffentlich genannt und angepriesen, doch handelte es sich in vielen Fällen wohl nur um ein Trinkgeld für den Verfasser. In einer Flugschrift: „Ueber die Lage und Bedürfnisse des Deutschen Reiches oder braucht Deutschland einen mächtigen Kaiser?" wird die Frage entschieden verneint. Was habe denn das Reich dem Regiment der „mächtigen" Herren, Karls V., Ferdinands II. 2c., zu verdanken gehabt? Nichts anderes, als daß es in alle möglichen nutzlosen Kriege verwickelt, die Freiheit der Fürsten bedroht, die Wohlfahrt der Völker geschädigt wurde! „Die ganze Verfassung des deutschen Staatskörpers scheint mit einem mächtigen Oberhaupt nicht zu harmonieren, nicht für ein solches gemacht zu sein." Unter Joseph II. sei besonders deutlich zu Tage getreten, daß der Herr der weitgespannten österreichischen Erblande nicht im stande sei, zugleich den Pflichten eines Oberhauptes des deutschen Reiches zu genügen. Zu dieser Stellung befähige weit besser der Besitz eines Landes von mittlerer Größe und rein deutschem Charakter, und solches Land besitze ein Fürst, der auch sonst aller erforderlichen Vorzüge sich rühmen könne: „der treudeutschen Bojaren erhabenster Regent, Karl Theodor".[1]) Dagegen bringt die Schrift: „Wer kann Kaiser werden?" den Kurfürsten von Sachsen in Vorschlag; von Leopold müsse schon deshalb abgesehen werden, weil er mit dem allgewaltigen Rußland allzu eng verbunden sei, mithin nicht wahrhaft deutsche Politik treiben könne. Ein dritter „Publizist" empfiehlt die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an einen geistlichen Fürsten und zwar an Maximilian Franz von Köln.[2]) Es sei ja weder nötig noch nützlich, immer gerade den Herrn der habsburgischen Erblande zum römischen König zu wählen. Auch Preußens Monarch sei nicht dazu geeignet: „Der preußische Adler schwingt sich ohne die drückende Last der Reichsinsignien höher empor, schwebt freier über Germanien, schützt sicherer Deutschlands Konstitution." Alle anderen angesehenen

[1]) Vgl. die Besprechung in Schubarts Vaterl. Chronik, Jhgg. 1790, 466.

[2]) Die Verbindung des Reichsszepters mit dem Krummstabe. Eine politische Phantasie.

weltlichen Stände seien in widrige, mit den Reichsinteressen nicht vereinbare Verhältnisse und Rücksichten verstrickt. Warum aber sollte sich die deutsche Krone nicht mit der Insel vertragen? Wenn vollends ein so würdiger Vertreter der Insel sich darbiete, wie Maximilian Franz von Köln, der Liebling seiner großen Mutter Maria Theresia, ein wohlwollender, welterfahrener Fürst im Besitz von mächtigen Pfründen und reichen Einkünften, — was hindere, diesen würdigsten Kandidaten auf den Königsthron zu erheben? „Wie das anzugreifen sey, überlassen wir dem Nachdenken unsrer Leser!" Pessimistisch betrachtet die deutschen Zustände der Verfasser einer Schrift: „Warum soll Deutschland einen Kaiser haben?" Er faßt das Ergebnis seiner Betrachtung in den Ruf zusammen: Fort mit der gegenwärtigen Reichsverfassung, und zwar je eher, je lieber! Welchen Nutzen habe denn Deutschland von dem Schattenbild eines Kaisers? Löse man doch endlich auf, was schon längst nicht mehr zusammengehöre! Dagegen nimmt eine Erwiderung: „Deutschland muß einen Kaiser haben!" die bestehende Verfassung in Schutz. Die natürliche Lage des Reiches, die wesentliche Verschiedenheit der Stämme, der ungeheure Umfang, die Mannigfaltigkeit von Klima, Sitten, Staats- und Handelsinteressen, alle diese Faktoren lassen weder ein rein monarchisches, noch ein republikanisches System zulässig erscheinen; es ist nur eine aristokratische Regierungsform möglich. Ebensowenig läßt sich aber das Bedürfnis nach einem Oberhaupt bestreiten. Nur durch das Fortbestehen des Kaisertums kann das Auseinanderfallen der nur locker verbundenen Reichsstandschaften verhütet, kann den schwächeren Gliedern der nötige Schutz gegen die Vergrößerungssucht der Stärkeren gewährt werden. Die Nörgler und Tadler sollen nur einmal die Kultur Deutschlands mit der Entwickelung anderer, weit günstiger gelegener Reiche, wie Italien, Spanien, Portugal 2c., vergleichen! In welchem Lande sind Ackerbau, Landwirtschaft und Viehzucht so glücklich entwickelt? welches Reich mit Ausnahme von England ist so stark bevölkert? wo erfreuen sich die Bürger eines verhältnismäßig so befriedigenden Wohlstands? Wenn andere Völker berühmtere Dichter aufzuweisen haben, so kann Deutschland mit Stolz der größten Philosophen, Mechaniker, Rechtslehrer und Staatsmänner sich rühmen, und vielleicht wird es auch bald in der schönen Litteratur die Palme erringen. Wo solche Entwickelung möglich ist, da kann das Verfassungswesen nicht so morsch und vernichtungswert sein, wie es von vereinzelten Mißvergnügten geschildert wird. „Die Konstitution Deutschlands aber, so kompliziert sie ist, kann nur so bestehen, wie sie ist." Nicht aus Rücksicht auf Fürsten und Höflinge, sondern im Interesse der nationalen Wohlfahrt ist die Aufrechthaltung des Kaisertums, ist baldige Aufstellung eines würdigen Oberhauptes zu wünschen! — Von patriotischem Stolz ist auch die Flugschrift des bekannten Gießener Juristen Renatus v. Senckenberg getragen: „Gedanken über verschiedene Paragraphen der kaiserlichen Wahlkapitulation, durch Germanus Biedermann herausgegeben." Wohl sei es zu beklagen, daß religiöse und politische Gegensätze noch immer so mächtig seien, daß sogar ein Krieg zwischen Nord und Süd in drohender Aussicht stehe, doch die Wahl eines staatsklugen, besonnenen Kaisers werde diese Gefahr verscheuchen. „Teutsche, haltet zusammen, lasset euch nicht durch besonderes Interesse trennen! Stehet

ohne Rücksicht auf die verschiedenen Religionsmeinungen wenigstens in allem, was mit Fremden zu verhandeln, für einen Mann! und dann schauet kalt und kühn umher, wie euer Dichter sagt:

‚Und siehet kalt und kühn umher,
Ob jemand ist,
Der nach seinem Mädchen blicken will!‘ [1])

ob jemand ist, der auch nur nach einem Dörfchen, das euerm Reich zustehet, blicken will?“ —

Erst seit die Nachricht vom glücklichen Abschluß der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich nach Frankfurt gelangt war, kam etwas mehr Ernst in das Wahlgeschäft. Am 11. August wurde mit der Beratung der Wahlkapitulation auf dem Römer begonnen. Wie vielen Beschwerden sollte dabei abgeholfen, wie vielen Wünschen Rechnung getragen werden! Der Fürstenstand mit dem Fürstbischof von Speier an der Spitze erneute die alte Klage über ungebührliche Zurücksetzung hinter dem Kurfürstenkollegium; die Reichsritterschaft wollte für ihre Reichsunmittelbarkeit kräftigere Bürgschaft erlangen; der schwäbische Kreis verwahrte sich gegen Landvogtei und Landgericht in Schwaben; die Reichsstädte verlangten völkerrechtliche Festsetzung freien Handels zu Wasser und zu Lande in Kriegszeiten; der eidgenössische Kanton Bern forderte, daß in der Wahlkapitulation nicht mehr der Verpflichtung des Kaisers, die Zurückerwerbung der ehedem deutschen Gebiete in Italien und der Schweiz sich angelegen sein zu lassen, gedacht werde; der König von Sardinien wollte die ihm als Herzog von Savoyen und Montferrat und als Reichsvikar in Italien zustehenden Rechte bestimmt und deutlich zum Ausdruck gebracht sehen; Kurbraunschweig führte Klage über willkürliche Ansprüche des rheinischen Vikariats; Fürst Taxis wünschte, daß das Reichspostwesen förmlich als Taxissches Erblehen anerkannt und gegen die Angriffe der Presse auf das Monopol der Familie vom Wahltag Stellung genommen werde.

Wichtiger war, daß Mainz und Köln den Nuntiaturstreit hereinziehen und ihre Beschwerden über Verletzung der Konkordate durch den römischen Stuhl in die Kapitulation aufgenommen wissen wollten. Der gegen Rom geplante Angriff hatte jedoch geringe Aussicht auf Erfolg. Der nach Frankfurt entsandte außerordentliche Nuntius, Monsignore Caprara, ein rühriger, geschmeidiger Diplomat, hatte an den brandenburgischen Wahlbotschaftern, mit denen er eifrigen Verkehr unterhielt, einen starken Rückhalt;[2]) mit dieser jedermann bekannten Thatsache stand in wunderlichem Gegensatz, daß die nämlichen Gesandten sich weigerten, die Legitimation Capraras anzuerkennen, weil das Bestallungsschreiben in herkömmlicher Weise nur an die katholischen Kurfürsten gerichtet war. Da Brandenburg, Sachsen, Trier und Pfalz-Baiern der Wiederaufnahme des Nuntiaturstreits entschieden widerstrebten und auch der König von Böhmen unter den gegebenen Verhältnissen nicht gegen die Kurie auftreten konnte, war es den beiden Erz-

[1]) Klopstock, Der teutsche Jüngling.
[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Osten-Sackens vom 7. August 1790.

bischöfen unmöglich gemacht, ihre antirömische Politik wieder aufzunehmen. Auch erklärte Pius VI. in einem versöhnlichen Schreiben an Maximilian Franz, es liege dem römischen Stuhl nichts ferner, als eine Verletzung der Rechte der deutschen Metropolitane; um der ernst gefährdeten Einheit und Wohlfahrt der Kirche willen möge in Deutschland nicht länger Zwietracht gesäet werden.[1]) Schließlich wurde denn auch der Kölnische Antrag nur in erheblich abgeschwächter Gestalt in die Kapitulation aufgenommen, und außerdem ein Zusatz, der künftige Kaiser wolle „die Erz- und Bischöfe bei dem bisher ruhig besessenen Umfang ihrer Erz- und Bistümer, sowie ihrer Metropolitan- und Diözesangerechtsamen dort, wo ihr jus dioecesanum und ihre geistliche Gerichtsbarkeit durch den Westfälischen Frieden suspendiert ist, erhalten."[2]) Dieses Gelöbnis richtete sich aber nicht gegen den römischen Stuhl, sondern gegen die Gelüste weltlicher Fürsten; es beweist, daß der Säkularisationsgedanke schon sozusagen in der Luft lag. Hertzberg nahm es in einem Briefe an den Kölner Nuntius Pacca geradezu als Verdienst der preußischen Vermittelung in Anspruch, daß die Auflehnung der deutschen Kirchenfürsten so glimpfliches Ende genommen habe.[3])

Auch die ersten Rückwirkungen der französischen Revolution auf das deutsche Reich kamen auf dem Wahltag zur Sprache.

In der berühmten Nachtsitzung der französischen Nationalversammlung vom 4. August 1789 war der geistliche Zehent abgeschafft worden; spätere Verfügungen sprachen die Aufhebung aller fremden geistlichen Gerichtsbarkeit aus und schufen aus eigener Machtvollkommenheit für das ganze Königreich eine neue Kirchenverfassung, welche das gesamte Kirchenwesen dem souveränen Staat unterordnete. Ebenso wurden die gutsherrliche Gerichtsbarkeit, alle Grundzinsen, Gülten und sonstigen Feudallasten abgeschafft. Nun war aber die Ausdehnung dieser Maßnahmen auf das Elsaß natürlich ebensowenig vereinbar mit den Diözesanrechten, welche mehreren rheinischen Erzstiftern und Stiftern im Elsaß zustanden, noch mit den landesherrlichen Gerechtsamen auf elsässischem Boden, welche einzelnen deutschen Lehensherren durch die Friedensschlüsse von Münster, Nymwegen und Ryswick, sowie durch Sonderverträge mit der französischen Krone belassen worden waren. Zwar begab sich Chevalier Ternan im Auftrag des Ministeriums Montmorin im Mai 1790 nach Speier, um mit dem dortigen Fürstbischof und seinen Amtsgenossen einen Ausgleich anzubahnen; auch den weltlichen „Besitzern gewisser Lehen im Elsaß" sollte gemäß Beschluß der Nationalversammlung vom 15. Mai eine Entschädigung zuerkannt werden. Allein der Speirer Bischof lehnte jede Unterhandlung ab mit der Erklärung, daß fragliche Besitzungen und Rechte den deutschen Bischöfen und Fürsten nicht bloß nach Lehenrecht zuständen, sondern durch ebendieselben Verträge, welche die Abtretung des Elsaß an Frankreich verfügten, garantiert seien, mithin auch nicht ohne Zu-

---

[1]) Bair. St.-Archiv. Pfalz-Zweibrückische Komitialakta. Sanctissimi Pii papae VI. literae ad archiepiscopum Coloniensem 1790 (gedruckt).

[2]) Artikel I, § 2. Crome, Die Wahlkapitulation des römischen Kaisers Leopold II., 12.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Acta, betreffend die Wahl eines röm. Königs 2c. Brief Hertzbergs an Pacca v. 19. Okt. 1790.

stimmung der mitvertragenden und garantierenden Mächte und ohne Genehmigung des Kaisers und des Reiches abgeschafft oder verkürzt werden könnten.[1]) Auch von den übrigen Fürsten, die sich durch jene Eingriffe der französischen Nationalversammlung beeinträchtigt sahen, wurden ähnliche Erklärungen abgegeben. Unzweifelhaft hatten sie das Recht auf ihrer Seite, doch das allmächtige Parlament, in dem schon die Revolutionsparteien die Oberhand gewonnen hatten, dachte nicht daran, nur um papierener Verträge willen von der Aufrichtung des neuen Gesellschaftsvertrages, der mit dem gesamten Feudalregiment aufräumen sollte, abzustehen. Daran vermochten weder die Vorstellungen des eigenen Ministeriums, noch die an den deutschen Reichstag gerichteten Beschwerden etwas zu ändern. Da eine friedliche Lösung nicht mehr möglich schien, wollten die Betroffenen wenigstens die Gelegenheit benützen, die Aufmerksamkeit des künftigen Reichsoberhauptes auf die brennende Frage zu lenken. Der Bischof von Speier, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Fürst von Leiningen und andere Reichsstände brachten also ihre Beschwerden vor das Forum des Wahltages.[2]) Das Kollegium war auch nicht abgeneigt, gegen die „Zudringlichkeiten" der Verfassungsschmiede in Versailles, die nach den Theorien des eigentlichen Revolutionsherdes, des Palais Royal, die Gleichstellung aller und die Souveränität der Massen, also die permanente Anarchie predigten, etwas zu thun. Obwohl der Vertreter Böhmens darauf hinwies, daß die Franzosen eine solche Verwahrung als Kriegserklärung auffassen könnten und die schwäbischen und vorderösterreichischen Lande von Truppen und Festungen entblößt seien, wurde beschlossen, den künftigen Kaiser um Schutz und Beistand gegen die Beraubung deutscher Reichsstände durch das französische Parlament anzugehen.[3])

Noch ein anderer Beschluß des Kollegiums stand mit der revolutionären Bewegung im Nachbarreich in Zusammenhang. Um zu verhüten, daß die in Frankreich zur Herrschaft gelangten chimärischen Grundsätze nach Deutschland verpflanzt würden, stellte Kurmainz den Antrag, es sollte fortan auf deutschem Boden keine Schrift geduldet werden, die mit den symbolischen Büchern beider Bekenntnisse oder mit den guten Sitten nicht vereinbar sei oder zum Umsturz der gegenwärtigen Verfassung und zur Störung der öffentlichen Ruhe beitragen könnte. Von Braunschweig und Brandenburg wurde eingewendet, es sei Sache der Landesherren, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, und ein Antrag, der gewissermaßen die Aufsicht über das gesamte Bücherwesen im Reich zum kaiserlichen Reservatrecht erhebe, stehe mit den souveränen Rechten der Reichsstände in Widerspruch. Trotzdem wurde von der Mehrheit dem Vorschlage zugestimmt, die Aufnahme des Verbots in die Wahlkapitulation beschlossen[4]) und zugleich an den Kaiser die Aufforderung gerichtet, es möge den bedenklichen Folgen,

[1]) Bair. St.-Archiv. Zweibrückische Komitialakta. Erklärung des Fürstbischofs von Speier v. 25. Juni 1790.

[2]) Jäger, Wahldiarium, 195.

[3]) Bair. St.-Archiv. Akta, römische Königswahl 1790 betr.

[4]) Art. 1, § 8; Jäger, Anhang, 5.

welche aus schrankenloser Preß- und Druckfreiheit für die Allgemeinheit erwachsen könnten, durch ein Reichsgesetz vorgebeugt werden.[1])

Dem Wunsche einiger Buchhandlungen entsprechend, wurde dem Reichsoberhaupt auch die Abstellung des Büchernachdrucks empfohlen.[2]) Schon seit längerer Zeit hatte diese Frage die Geister beschäftigt. Die meisten Stimmen erhoben sich gegen den Büchernachdruck als strafbaren Raub am geistigen Eigentum der Autoren,[3]) doch fehlte es ihm auch nicht an Verteidigern. Nur durch diese mit Unrecht verlästerte Hantierung, heißt es in der Streitschrift: „Für und wider den Büchernachdruck aus den Papieren des blauen Mannes", werde verhindert, daß sich die Verleger in Deutschland zu fürstlicher Macht aufschwindelten; nur der Büchernachdruck habe große geistige Bewegungen ermöglicht, mit ihm steige und sinke die allgemeine Aufklärung. Als das Verbot im Wahlkollegium beantragt wurde, wies Braunschweig darauf hin, daß einer weiteren Ausdehnung von kaiserlichen Verfügungen über das Bücherwesen die landeshoheitlichen Gerechtsame im Wege ständen, allein die Furcht vor dem Anwachsen der revolutionären Bewegung bestimmte die Mehrheit des Kollegiums ausnahmsweise zum Verzicht auf die Tradition, nur Beschränkungen der kaiserlichen Autorität in die Kapitulationen zuzulassen. Es wurden sogar vom kurfürstlichen Wahlkonvent selbst Verbote aufrührerischer Schriften erlassen. „Da der Geist der Unruhe und des Widerstandes wider die Obrigkeiten in den jetzigen Zeiten und hiesigen Gegenden schon stark und allgemein zu werden" beginne, sollten das jüngst angekündigte „Journal für Menschenrechte" und das „Journal general de l'Europe" nicht verkauft und verbreitet werden dürfen. Auch Kurbrandenburg erklärte sich einverstanden, ja, Hertzberg wies sogar die Botschafter an, darauf hinzuarbeiten, daß auf dem Wahltag alles zur Ruhe Deutschlands Erforderliche angenommen würde; insbesondere sollten sie auch von den bairischen Kollegen zu erfahren suchen, wie es mit den Illuminaten stehe, die sich die Ausbreitung des Demokratismus in Deutschland zum Ziele gesetzt hätten. „Es finden sich in dieser Gesellschaft gar viele Jesuiten." Friedrich Wilhelm selbst hatte den Schritt angeregt, „um sich vorzusehen gegen diese Race".[4]) Vom

---

[1]) Crome (die Wahlkapitulation des röm. Kaisers Leopold II. mit histor. und publizist. Erklärungen, 33) gibt dem Bedauern Ausdruck, daß der Preßparagraph in die neue Kapitulation, diese „magna charta Germaniae", aufgenommen wurde. Habe doch Leopold selbst einmal geäußert, er bedaure jeden, der das Wesen der Religion bloß im Glauben suche oder auf die Spitzfindigkeit der Dogmatik übergroßen Wert lege. Freilich könne die öffentliche Ruhe durch eine zügellose Presse in bedauerlicher Weise gestört werden, jedoch eine Revolution sei in Deutschland nicht zu befürchten, „da unsere Reichsverfassung eine vermischte, auf gültige Verträge und Grundgesetze fundierte Regierungsform ist, jene in Frankreich aber ganz despotisch war," und weil in Deutschland niemals die Unterthanen so unmenschlich gedrückt wurden, wie in Frankreich, wo „Ludwig XIV. und Ludwig XV. ganz vergaßen, daß sie des Volkes wegen da wären, nicht umgekehrt".

[2]) Art. VII, § 1; Jäger, Anhang, 14.

[3]) Aufgezählt in Kayßers Abstellung des Büchernachdruckes als ein in der neuesten kaiserlichen Wahlkapitulation zu übertragender Gegenstand betrachtet (1790), 8.

[4]) Preuß. St.-Archiv. - Akta, betreffend die Wahl eines römischen Kaisers. Schreiben Hertzbergs vom 17. Oktober 1790.

bairischen Wahlbotschafter Grafen Oberndorff wurde darauf eine Erklärung abgegeben, die Illuminaten seien zwar dem Anschein nach in Baiern ausgerottet, in anderen Ländern daure aber ihre schädliche Wirksamkeit fort. „Die allgemeine Meinung", versichert Graf Goertz, „gehe dahin, daß die ganze Bewegung von den Erzjesuiten geleitet werde".

Der ständischen Gepflogenheit, die Wahlkapitulationen zur Befestigung der Landeshoheit auszunützen, entsprach die neue Verfügung, daß der Kaiser für sich allein an das Reichskammergericht weder Instruktionen noch Inhibitionen erlassen dürfe,[1]) sowie die den Kurfürsten eingeräumte Vergünstigung, bei Friedensverhandlungen ihrer besonderen Angelegenheiten wegen sich durch eigene Gesandte vertreten zu lassen.[2])

Da der Lütticher Streit noch immer nicht ausgeglichen war, lag der Gedanke nahe, auf dem Wahltage auch diese Frage in die Debatte zu ziehen und durch einen darauf bezüglichen Beschluß dem künftigen Reichsoberhaupt die Hände zu binden. Sowohl der Bischof als die Aufständischen hatten, worauf noch zurückzukommen ist, zur Wahrung ihrer Interessen Agenten nach Frankfurt abgeordnet. Der Fall kam denn auch in den kurfürstlichen Quartieren häufig zur Sprache, allein die Versuche, auch im Plenum Verhandlungen anzuknüpfen, scheiterten am entschlossenen Widerstand Preußens. Die preußischen Vertreter waren angewiesen, die Lütticher Exekutionssache ein für allemal nicht zu offizieller Beratung zuzulassen;[3]) im vertraulichen Verkehr sollten sie die Anhänger der Exekution zu einer milderen Auffassung des Aufstandes zu bewegen suchen. Doch auch diese Bemühungen waren erfolglos, denn insbesondere der Kurfürst von Mainz, dessen selbstbewußtes, gebieterisches Auftreten nicht selten den Unmut der preußischen Gesandten wachrief, ja, sogar die eigenen Minister zur Bemerkung reizte, ihr Herr wolle offenbar das ganze Reich regieren, wie sein Domkapitel, wollte von Schonung der rebellischen Unterthanen des Bischofs von Lüttich nichts hören. Bei ihm, so spottete Osten-Sacken, sei solche Strenge auch wohl begreiflich, denn er müsse ja selbst befürchten, daß seine hartbedrückten Unterthanen über kurz oder lang der Versuchung unterlägen, ihr Sklavenjoch abzuschütteln.[4])

In der Lütticher Frage und in verschiedenen mit dem Vikariat zusammenhängenden Streitigkeiten trennten sich der mainzische Domdechant Freiherr v. Fechenbach und der hannöversche Minister v. Ompteda von den übrigen Vertretern der Fürstenbundsmächte. Osten-Sacken und Goertz hatten vollauf zu thun, um zu verhüten, daß der Streit in offenen Skandal ausarte und der zur Eindämmung der habsburgischen Macht gestiftete Bund nicht gänzlich zersplittere.[5]) Nur die Thatsache, daß die vier katholischen Kurhöfe fast in allen Fragen ein-

---

[1]) Art. XVI, § 8; Jäger, Anhang, 31.

[2]) Art. IV, § 11; Jäger, Anhang, 11.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Kaiser Leopolds II. Wahlakten. Instruktion für Osten-Sacken und Goertz vom 30. Mai 1790.

[4]) Ebenda. Bericht Osten-Sackens vom 24. August 1790.

[5]) Ebenda. Finalrapport vom 30. Oktober 1790.

trächtig zusammenhielten, nötigte auch die Unierten, untereinander einige Nachgiebigkeit walten zu lassen und zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzustehen. „Durch den engen Anschluß von Trier, Köln, Böhmen und Pfalz," berichtete Osten-Sacken am 29. August, „hat sich die Lage so gestaltet, daß fast immer vier gegen vier Stimmen einander gegenüberstehen; durch diese Stimmengleichheit wird einfach verhindert, daß überhaupt etwas Neues in die Kapitulation aufgenommen werde." Kurtrier — so charakterisieren die preußischen Botschafter ihre Widersacher im Wahlkonvent — sei durchaus abhängig vom Wiener Hofe. Der Kurfürst von Köln, der es gar nicht erwarten könne, seinen Bruder als gekröntes Oberhaupt des Reiches zu sehen, bringe die ärgerlichste Unruhe in alle Geschäfte. Dagegen sei das Auftreten der kurböhmischen Minister allzeit besonnen und gemäßigt; offenbar scheine ihr Gebieter unter diesem Zeichen seine Regierung antreten zu wollen. Völlig unbedeutend und belanglos sei die Rolle der Vertreter Pfalz-Baierns in Frankfurt; nur durch eine selbständigere Haltung der Baiern könnte die drückende Uebermacht des österreichischen Einflusses gebrochen werden, allein die Hoffnung, diese Leute zur natürlichen Auffassung der politischen Lage zu bekehren, sei ein- für allemal ausgeschlossen. Ehe nicht einer von den Zweibrückener Herzögen zur Regierung gelangen werde, sei auf einen Beitritt Pfalz-Baierns zum Fürstenbund und damit auf eine Mehrheit im Kurfürstenkollegium nicht zu rechnen. Vielleicht könnte aber durch Hessens Beitritt ein Ersatz geschaffen werden; Preußen müsse also eifrig dafür eintreten, daß der heiße Wunsch des wohlgesinnten Landgrafen Friedrich erfüllt und Hessen-Kassel zum Kurfürstentum erhoben werde.

Die Errichtung einer neunten Kurwürde kam denn auch in Frankfurt zur Sprache. Von hessischer Seite wurde eine Schrift verbreitet, die den Beweis liefern sollte, daß sich die Belehnung Hessen-Kassels mit der Kurwürde ebenso aus Gründen des Rechts und der Billigkeit, wie aus Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage empfehle.[1]) „Ohne die Grenzen der Bescheidenheit zu überschreiten," dürfe Landgraf Friedrich behaupten, daß der älteren hessischen Linie durch hohes Alter, durch Verdienste vieler Familienmitglieder um die deutschen Herrscher, durch Umfang, Lage und Verhältnisse des Landes, durch regelmäßige Uebertragung des Schutzes der kaiserlichen Wahlstadt, endlich durch die dem hessischen Hause innewohnende Neigung, für Aufrechthaltung von Frieden und Ordnung im Reiche einzutreten, der erste Anspruch auf die Kurwürde zustehe. Und im gegenwärtigen Augenblick empfehle es sich ganz besonders, den Fluten des Bürgerkrieges und der Gesetzlosigkeit, die über die Westmark hereinzubrechen drohten, einen festen Damm entgegenzustellen.

Während in der genannten offiziösen Schrift aus Rücksicht auf die katholischen Kurfürsten die Frage des Bekenntnisses keine Rolle spielt, legt ein anderes Memorandum „Privatgedanken über die neunte Kur" das Hauptgewicht auf die Thatsache, daß durch die Uebermacht der katholischen Stimmen im Kurkollegium die Gleichberechtigung des evangelischen Bekenntnisses verletzt, mithin die Er-

[1]) Bair. St.-Archiv. Zweibrückische Komitialakta 1790. Hessen-Kasselsches Promemoria, Kassel, 15. Sept. 1790.

richtung einer vierten evangelischen Kur notwendig sei. Freilich könnte dieser Rücksicht auch durch Erhöhung Württembergs Rechnung getragen werden, allein um seiner stattlichen Heeresmacht und seiner gefüllten Kassen willen verdiene Hessen den Vorzug.

Der Nebenbuhler Hessens blieb die Antwort nicht schuldig. Eine geharnischte Erklärung zur Verteidigung der württembergischen Ansprüche räumt ein, daß Hessen-Kassel über eine ansehnlichere Heeresmacht verfüge, allein das kleine Land könne die dadurch geforderten, unerschwinglichen Ausgaben offenbar nur mit englischem Gelde bestreiten.[1]) Da müsse also doch die Frage erlaubt sein: Ja, werden denn die englischen Subsidiengelder immer fließen? Und eine noch wichtigere: Was für Trost und Hülfe gewährt dem römischen Reiche eine Heeresmacht, worüber der eigene Herr nicht nach eigenem Willen verfügen kann? Sei es doch keineswegs sicher, daß deutsche und englische Interessen immer Hand in Hand gehen und die Reichspflichten des Kurfürsten von Hannover den Vorteil Englands zurückdrängen werden. Dagegen sei Württemberg aus eigenen Mitteln im stande, den mit der Kurwürde verbundenen Aufwand zu bestreiten, und stehe an der Spitze des schwäbischen Kreises, der bei einem Zusammenstoß mit Frankreich als Vormauer des ganzen Reiches vielleicht bald eine wichtige Rolle spielen werde.

Als Anwalt Hessen-Kassels beantragte Brandenburg, gelegentlich der Kapitulationsverhandlungen auch über Errichtung einer neunten Kur zu beraten, doch nur Sachsen stimmte bei, sämtliche katholische Kurfürsten und Hannover lehnten es ab, auf die Frage einzugehen.[2]) —

„Je näher der Wahltermin heranrückt," klagten die preußischen Gesandten, „desto weniger gibt sich der Kurfürst von Mainz Mühe, noch länger zu verbergen, daß er sich von uns abgewendet hat und mit dem König von Ungarn handelseins geworden ist." Daß die Gesandten richtig beobachtet hatten, erhellt aus einer vertraulichen Mitteilung des kurböhmischen Botschafters an den Vertreter Baierns, „daß Churmainz dermal umgestimmet seye, von seinem bisherigen engen Anschluß an den Churbrandenburgischen Hof nachlaßen und sich bey Vorkommnissen des Königs in Böhmen Majestaet für die Zukunft günstiger erzeigen würde".[3]) Um dem Wiener Hofe seine Bekehrung zu beweisen, bemühte sich jetzt der Kurfürst von Mainz selbst, jenen Plan, den Kaiser Joseph angeregt, aber infolge der ablehnenden Haltung des Erzkanzlers wieder fallen gelassen hatte, ins Werk zu setzen: neben dem Kaiser zugleich einen römischen König aus dem habsburgisch-lothringischen Hause aufzustellen. Da ohne Zustimmung Brandenburgs und Braunschweigs auf günstigen Erfolg nicht zu rechnen war, teilte Friedrich Karl dem preußischen Gesandten an seinem Hofe, Obristen Stein, seinen Gedanken

---

[1]) Bair. St.-Archiv. Zweibrückische Komitialakta 1790. Berichte des Grafen v. Seinsheim an Baron Esebeck über die Wahlkapitulationsverhandlungen 1790. Ueber Hessen-Kassels oder Württembergs Vorzug zur Kurwürde als eine Beleuchtung der Privatgedanken über die neunte Kur.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht des Grafen Goertz vom 30. Okt. 1790.

[3]) Bair. St.-Archiv. Bericht der Wahlbotschafter an Graf Vieregg vom 28. Aug. 1790.

in vertraulicher Weise mit.[1]) Endlich gehe das Zwischenreich zu Ende, sagte er, und mit ihm der schnöde Mißbrauch, den Pfalz und Sachsen mit dem Vikariat getrieben hätten. Um aber zu verhindern, daß solcher Unfug schon in nächster Zeit wieder das Reich behellige, gebe es nur ein Mittel: gleichzeitig mit Leopolds Kaiserwahl dessen ältesten Sohn Franz zum römischen König zu erheben. Wie im gegenwärtigen Augenblick von keinem anderen Bewerber ernstlich die Rede sein könne, als von Leopold, so werde die Lage des Reiches auch nach Leopolds Ableben keinen anderen Kandidaten zulassen, als den Erzherzog Franz. Leopold sei ein gebrechlicher Herr, dem kein hohes Alter beschieden sein werde. „Sollte er wirklich frühzeitig von der Welt weggeschafft werden, so wären Millionen Kosten verloren, und wir hätten wieder ein leidiges Interregnum mit allen seinen Unannehmlichkeiten und Nachteilen." Freilich biete die deutsche Geschichte kein Beispiel, daß ein Kaiser und ein König zugleich gewählt worden wären, doch seien gar nicht selten zu Lebzeiten römischer Kaiser deren Söhne zu Königen erhoben worden. Möge man also lieber sogleich thun, was man später nicht unterlassen könne!

Friedrich Wilhelm war anfänglich nicht abgeneigt, dem Vorschlage des Kurfürsten von Mainz seine Zustimmung zu gewähren, allein Hertzberg hielt den Monarchen zurück. Unzweifelhaft verstoße es gegen das Interesse Preußens, sich jetzt schon mit einem römischen König zu belasten; der Vorschlag dazu könne nur von einem heißblütigen Parteigänger Oesterreichs ausgehen. Weshalb jetzt schon an einen Nachfolger denken, da doch Leopold erst 43 Jahre zähle? Der Revolutionsgeist, der angeblich die sofortige Doppelwahl besonders rätlich erscheinen lasse, könne wohl Oesterreich, nicht aber die trefflich regierten preußischen Lande gefährden. Aus Ersparungsrücksichten einen solchen Schritt zu thun, möge sich für einen Kurfürsten von Mainz ziemen, doch nicht für einen Kurfürsten von Brandenburg! Vor allem aber müsse in Betracht kommen, daß der Vorschlag die Wahlfreiheit der Kurfürsten bedrohe. Seit den Tagen der Ottone und Heinriche sei es auch nicht mehr vorgekommen, daß Söhne von Kaisern noch zu Lebzeiten der Väter zu Königen gewählt worden seien. Jetzt den Erzherzog Franz als König aufstellen, heiße das Reichsregiment sogleich auf zwei Menschenalter an das ohnehin schon übermächtige Oesterreich ausliefern! Um dieses Uebergewicht unschädlich zu machen, sei der Fürstenbund gestiftet worden; jetzt gehe ein Vorschlag, der dem Bunde jede Bedeutung rauben würde, von demjenigen Fürsten aus, der sich sonst als treueste Stütze der Union gebare! Offenbar sei es ihm darum zu thun, sich dem künftigen Reichsoberhaupt gefällig zu erweisen und für sich und seine Familie stattlichen Lohn einzuheimsen, aber keinesfalls dürfe der verhängnisvolle Antrag von Preußen und den übrigen Unionsmächten angenommen werden.

Friedrich Wilhelm ließ sich durch diese Gründe umstimmen; auch das feste Zusammenhalten der Anhänger Oesterreichs, die möglichst wenig neue Bestimmungen

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Akta, betreffend den von dem Kurfürsten von Mainz Sr. Kgl. Majestät gethanen Antrag, mit dem römischen Kaiser Leopold zugleich seinen Sohn Erzherzog Franz zum römischen König zu wählen, 1790. Bericht Steins vom 30. Aug. 1790.

in die Kapitulation aufnehmen lassen wollten, hatte den König erschreckt, so daß er seinen Minister ermächtigte, die Ablehnung des Mainzischen Planes zu betreiben.

Inzwischen hatte Kurfürst Friedrich Karl durch seinen Staatsrat Müller auch den Wahlbotschaftern Brandenburgs und Braunschweigs in Frankfurt seinen Vorschlag eröffnen lassen. Wenn die Zustimmung der unierten Höfe zu erlangen wäre, könnte die Sache in wenigen Tagen entschieden sein, könnte in Frankfurt das glänzende Schauspiel der Doppelwahl eines Kaisers und eines Königs vor sich gehen!

Doch auch Osten-Sacken und Görtz waren von dem jüngsten Schachzug der Mainzischen Politik wenig erbaut und richteten an ihren König die Mahnung, sich nicht für die nächste Kaiserwahl, bei welcher vielleicht das Zweibrückensche Haus im Besitz der pfälzischen Kur wäre, schon jetzt die Hände zu binden. Darauf schrieb denn auch Friedrich Wilhelm an den Kurfürsten von Mainz, daß er sich zu dem angesonnenen Schritte nicht verstehen könne (9. September). Solange es ein deutsches Reich gebe, habe sich die Sorge der Fürsten immer darauf gerichtet, die Erblichkeit des Kaisertums abzuwehren; unmöglich könne also ein König von Preußen jetzt selbst diese Umwandlung begünstigen. Bei einer neuen Wahl werde sich vielleicht günstigere Gelegenheit bieten, zu einer angemessenen Kapitulation zu gelangen. „Dieser Wunsch wurzelt in der Erfahrung, die das Reich unter der Regierung des vorigen Kaisers gemacht hat; nur mit Mühe wurden ja die Wirkungen dieses Regiments, das die Neigung zum Despotismus deutlich hervortreten ließ, durch die patriotische Verbindung, deren Hauptstütze Eure Durchlaucht bilden, unschädlich gemacht."

Als Osten-Sacken das königliche Schreiben im Mainzischen Quartier abgab, machte der Domdechant und Kabinettsminister Freiherr von Fechenbach allerlei freimütige Geständnisse. Friedrich Karl habe dem Könige von Ungarn selbst seinen Plan bezüglich der Erhebung des Erzherzogs Franz unterbreitet, allein Leopold habe abgelehnt, das Projekt zu unterstützen, da er nicht etwas anstreben wolle, was niemals durchdringen werde. Abgesehen vom Wunsche, sich dem künftigen Kaiser gefällig zu zeigen, habe den ehrgeizigen und eifersüchtigen Kurfürsten die Abneigung gegen seinen Koadjutor Dalberg zu seinem Vorschlag bewogen: der ihm aufgedrungene Nachfolger sollte wenigstens der Auszeichnung, einen Kaiser zu wählen und zu krönen, verlustig werden. Auch der Widerwille gegen Sachsen und Pfalz-Baiern, denen er das Vikariat mißgönne, habe mitgewirkt. Unrichtig sei die Behauptung des Kurfürsten, daß Pfalz-Baiern den nämlichen Plan ins Auge gefaßt und befürwortet habe; wisse doch alle Welt, daß Karl Theodor nichts glühender wünsche, als selbst die Kaiserkrone zu erlangen. [1])

Auch Braunschweig verhielt sich gegen das „große Dessin" Friedrich Karls ablehnend; es könne, so wurde von Ompteda erklärt, im Mainzischen Antrag nur eine Verletzung der Reichsverfassung und eine Gefahr für die deutsche Freiheit erblickt werden. Dagegen wollte sich Sachsen, obwohl es ebenfalls den Mainzischen Anschlag mißbilligte, nicht zu einer bestimmten Erklärung verstehen, daß es mit Brandenburg und Braunschweig Hand in Hand gehen werde; es wolle zwar den durch die Union auferlegten Verpflichtungen getreulich nachkommen, doch da nun einmal

[1]) Ebenda. Bericht Osten-Sackens v. 21. Sept. 1790.

Brandenburg mit Kurmainz in besondere Verbindung sich eingelassen habe, so möge es jetzt auch selbst dafür Sorge tragen, daß „diesen in Ansehung des Churfürstlichen und Fürstlichen Collegii zu besorgenden Unannehmlichkeiten auf gute Art ausgewichen werden möge."

Ohne Zustimmung Preußens und Hannovers, dies konnte sich Friedrich Karl unmöglich verhehlen, war die geplante Doppelwahl nicht durchzusetzen; der Gedanke wurde also fallen gelassen. Dagegen wurde mit Leopolds Erhebung endlich Ernst gemacht, der feierliche Wahlakt auf den 30. September anberaumt. Die drei geistlichen Kurfürsten wollten sich, wie es herkömmlich war, in eigener Person dazu einfinden; die weltlichen ließen sich bei Wahl und Krönung durch ihre Wahlbotschafter oder außerordentliche Gesandte vertreten. Wie tief das Ansehen der ehedem so leidenschaftlich umworbenen Erzämter gesunken war, zeigt eine Stelle in der Instruktion für die brandenburgischen Botschafter: „Da Wir es unter Unserer Würde finden, die in der Goldenen Bulle vorgeschriebenen und herkömmlichen Erzkämmerer-Verrichtungen durch unsern ersten Wahlbotschafter vollbringen zu lassen, so wollen Wir, ohne auf das zu sehen, was einbevor geschehen, solche so und in der Maße Unserem Erbkämmerer (Fürsten von Hohenzollern-Hechingen) gänzlich überlassen, sowol bey der Prozession, als bey der Krönung und auf dem Römerplatze; nur den Scepter soll, wenn es bezüglich der andren Insignien von den Wahlbotschaftern geschieht, der brandenburgische Gesandte vortragen, die An- und Entkleidung ist dem Erbkämmerer zu überlassen."

Am 22. September nachmittags „gefiel es," wie das Diarium ehrerbietig berichtet, „Seiner Churfürstlichen Gnaden von Mainz in Ihrer erhabensten Qualität zwar öffentlich, jedoch mit gemäßigter Pracht, als welche Höchstdieselbe vermutlich auf die Wahl- und Krönungstäge versparten, Dero Einzug zu halten." Die Kirchenfürsten von Trier und Köln kamen in den nächsten Tagen, auch die Statthalterin der österreichischen Niederlande, Marie Christine, und ihr Gemahl, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, Reichsvizekanzler Fürst Colloredo, Vizestaatskanzler Graf Cobenzl, viele Mitglieder des deutschen und ungarischen Fürstenstandes und Edelleute in großer Zahl fanden sich in der Wahlstadt ein. „Die Menge der Fürsten und Großen in und außer Deutschlands," rühmt ein Berichterstatter in Schubarts vaterländischer Chronik, „ist so zahlreich und der Pomp, der sie umstrahlt, so gewählt, geschmackvoll und reich, daß die Neugierde, in und außen beaugt, wie die vier Lebende in der Apokalypse, sich kaum satt sehen kann." Da Frankfurt in die Lande des sächsischen Rechtens gehörte, erließ der Kurfürst von Sachsen als Reichsvikar die herkömmliche „Polizey- und Taxordnung", wonach männiglich sich friedlich und bescheidentlich zu gebaren, des Rumor, Schlägerei und Auflauf zu enthalten, an gefährlichen Orten nicht Toback zu rauchen, die Domestiquen nicht Degen und Stöcke tragen zu lassen ꝛc. Um die Sicherheit des „Frankfurter Wonnegetümmels" nach außen zu schützen, wurden auf des Erzkanzlers Ansuchen die Hessen-Kasselschen Truppen bei Hanau zusammengezogen. Auch lud der Stadtrat den Direktor der gastierenden Pariser Schauspielertruppe, d'Emery, vor sich, ließ den politischen Leumund aller Mitglieder feststellen und gab strengen Befehl, keine Stücke zu geben, die „auf den Freiheitsgeist, in specie auf die französische Revolution irgend einen Bezug hätten."

Am 30. September wurde Leopold einstimmig gewählt.

Soweit sich aus den Stimmen der Presse und anderen Kundgebungen auf die öffentliche Meinung schließen läßt, wurden dem neuen Reichsoberhaupt im Süden wie im Norden warme Sympathien entgegengebracht. „Kein Deutscher," ruft Schubart aus, „wünscht einen anderen Kaiser, als Ihn! Wenn die dreißig Millionen Deutsche Alle in Einen Haufen zusammengedrängt ständen und ein Starker des Himmels träte auf eine Wolke und fragte: Deutsche, wer soll euer Oberhaupt seyn? so würd' es aufdonnern, wie Wogengebrüll: Leopold!" [1]) Klopstock feiert den Gewählten als Friedensfürsten:

„Dank dir, unser Vater,
Daß wir dein Fest und unser Fest
Unter des segentriefenden Friedens
Beschattenden Fittichen feiern!
Mit tief anbetendem Preise des Weltbeherrschers,
Der uns dich und deine Väter gab,
Mit stiller Ruh feiern wir,
Mit Freude im Herzen
Und ihrer entzückenden Thräne." [2])

Das gediegenste norddeutsche Organ, das Hamburgische Politische Journal, erinnert daran, daß Leopold viele Jahre das Glück Italiens war, [3]) und die Berliner Monatsschrift betont zwar, daß die Bedeutung der Frankfurter Wahl- und Krönungstage unwiederbringlich dahin, räumt aber willig ein, daß der neue Kaiser nicht minder durch Vorzüge des Geistes und des Herzens, als durch Geburt und Ansehen berufen sei, die deutsche Krone zu tragen. Habe er doch erkannt, daß das Glück des Reiches bedingt sei vom Frieden zwischen Donauvölkern und Brennen:

„ . . . vor allem jauchze mein Lied,
Höher als über gewonnene Schlachten
Zu Land und Meer,
Daß Austrias und Borussias Herrscher,
Friedrich Wilhelm und Leopold,
Sie, Freunde sind!" [4])

Am 4. Oktober zog Leopold in Frankfurt ein. Bei dem Riedhof, eine halbe Stunde vor der Stadt, wurde er von den drei geistlichen Kurfürsten, dem Stadtrat und einer jubelnden Menge empfangen. Dann wandte sich der feierliche Zug, der aus nicht weniger als 1336 Personen zu Fuß, 1493 Reitern, 82 sechsspännigen und 22 vierspännigen Wagen bestand, nach der Stadt. „Man sagte, nur die Triumphe der römischen Imperatoren können damit verglichen

[1]) Schubart, Vaterl. Chronik, Jahrg. 1790, 664.
[2]) Ebenda, 665.
[3]) Politisches Journal, Jahrg. 1790, 1132.
[4]) Deutsche Monatsschrift, Jahrg. 1790, III, 185.

werden." [1]) Nun folgte Fest auf Fest. Die französische Truppe feierte mit Voltaires „Merope" Triumphe; Iffland, „die Zierde der deutschen Bühne als Schriftsteller und Schauspieler", (Schubart) gab ein patriotisches, der Gegenwart angepaßtes Schauspiel: „Friedrich von Oesterreich" [2]); die Freunde der Tonkunst wurden durch Abbé Voglers Orgelspiel im Münster und des Wunderknaben Dülons Flötenkonzerte entzückt; der Italiener Girandolini veranstaltete Feuerwerke von nie gesehener Pracht; der Franzose Velong erregte durch seine Fechterkünste das Staunen der Kenner; kurz, „alle Herrlichkeiten der Welt sind in Frankfurt so aufgehäuft, daß man vor ihrem Strahlenerguße die Augen zudrücken möchte." Es wurde aber auch mit Lob und Anerkennung erzählt, daß der Gefeierte selbst an dieser Pracht um der großen Kosten willen kein Gefallen fand und sich alle Empfangsfeste in Wien verbat, da es ihm „mehr Freude machen würde, wenn er die Viktualienpreise heruntersetzen könnte." Aus anderen Gründen entsprang die Mißachtung der kostspieligen, altmodischen Feste in der deutschen Kaiserstadt bei den, wie Schubart spottet, „seit neuester Zeit nach arkadischer Natureinfalt strebenden Franzosen." So warf z. B. die Straßburger Zeitung die Frage auf, was denn „bei solchen geldfressenden Zeremonien" die Menschheit gewinne, und verhöhnte den bei solchen Gelegenheiten besonders auffällig zu Tage tretenden Kastengeist. [3])

Der Tadel ist nicht unberechtigt. Der von den in Frankfurt anwesenden Fürsten beliebte Aufwand stand weder zu ihren eigenen Einnahmen, noch zur Leistungsfähigkeit ihrer Unterthanen im richtigen Verhältnis. [4]) Auch paßten manche mittelalterliche Zeremonien und Gebräuche nicht mehr ins achtzehnte Jahrhundert. Trotzdem werden wir uns lieber an Goethe halten, der in seiner ebenso schlichten, wie großartigen Schilderung der Krönung Josephs II. den „unendlichen Reiz einer politisch-religiösen Feierlichkeit" zur Anschauung zu bringen weiß, als an Karl Heinrich von Lang, dessen satirische Darstellung der Frankfurter Feste von 1790 kaum weniger bekannt ist, als jene klassische Geschichte eines Krönungstages. [5]) Auch in Schubarts Chronik wird nachdrücklich hervorgehoben, daß zwar die Scenen im Römer und in der Bartholomäuskirche „eine etwas

---

[1]) Politisches Journal, Jahrg. 1790, 1134.

[2]) Ifflands Dramat. Werke, 6. Bd., Einl., 4. Es handelt sich um Kaiser Friedrich III., den „Friedfertigen", wie er im Drama von Aeneas Sylvius genannt wird. Iffland wählte diesen Stoff, weil in der Geschichte Friedrichs III. „das Bild einer sehr schweren Regententugend, des Gleichmuts", und zugleich Gelegenheit, einen glorreichen Friedensschluß zwischen Ungarn, Böhmen und Oesterreich zu feiern, geboten sei.

[3]) Vaterländische Chronik, 682.

[4]) In Girtanners Politischen Annalen (I, 400) findet sich ein Verzeichnis der „Ausgaben Sr. Churf. Gnaden zu Mainz bei der Wahl und Krönung Kaiser Leopolds II." Obwohl in dem Begleitschreiben d. d. Mainz 20. Dez. 1792 erklärt ist, daß das Schriftstück aus dem Mainzer Jakobinerklub stamme und der Einsender nicht für die Echtheit gut stehen wolle, scheinen die Angaben, die mit ähnlichen Berechnungen übereinstimmen, richtig zu sein. Danach hätten sich u. a. die Ausgaben für Kleider und Livreen des kurfürstlichen Hofstaates auf 80 970 Gulden, für neue Kutschen und Pferde auf 45 055 Gulden, für Fourage auf 13 897 Gulden, die Gesamtausgaben auf 426 274 Gulden 30 Kreuzer 1 Pfennig belaufen.

[5]) Memoiren des K. H. Ritter von Lang, I, 209.

gotische Gestalt haben", daß aber der sie beseelende majestätische Zug immer die Herzen deutscher Männer rühren werde.

Am 9. Oktober morgens ertönte wieder, wie am Wahltage, die Sturmglocke, das Signal zum Beginn der Krönungsfeier. Lang, der als Kurier des Erbtruchsessen Fürsten von Oettingen Gelegenheit hatte, den Festen beizuwohnen, schildert sie als eine „abgeschmackte Puppenkomödie" von „alttestamentarischer Judenpracht". „Der Kaiserornat sah aus, als wär' er auf dem Trödelmarkte zusammengekauft, die kaiserliche Krone aber, als hätte sie der allerungeschickteste Kupferschmied zusammengeschmiedet und mit Kieselsteinen und Glasscherben besetzt, auf dem angeblichen Schwert Karls des Großen war ein Löwe mit dem böhmischen Wappen. Die herabwürdigenden Zeremonien, nach welchen der Kaiser alle Augenblicke vom Stuhle herab und hinauf, hinauf und herab, sich ankleiden und auskleiden, anschmieren und wieder abwischen lassen, sich vor den Bischofsmützen mit Händen und Füßen ausgestreckt auf die Erde werfen und liegen bleiben mußte, waren in der Hauptsache ganz dieselben, womit der gemeinste Mönch in jedem Bettelkloster eingekleidet wird. Am possierlichsten war es, als eine Bischofsmütze im lieblichsten Nasenton und lateinisch zur Orgel hinauf intonierte, ob sie nun wirklich den Serenissimum Dominum, Dominum Leopoldum wollten in regem suum habere, worauf der bejahende Chorregent gewaltig mit dem Kopfe schüttelte, seinen Fiedelbogen greulich auf und nieder schwenkte, die Chorjungfrauen und Singknaben aber im höchsten Diskant herunterriefen: fiat! fiat! fiat! Sowie also von Seite dieser kleinen Herrschaften nichts mehr entgegen zu stehen schien, ging's nun mit der Krone eilends auf das kaiserliche Haupt, vom Empor aber mit Heerpauken und Trompeten donnernd herab: Haderipump! Haderipump! Pump! Pump!"

Nicht respektierlicher spricht Weckherlin von der nationalen Feier. Er bedauert den armen österreichischen Prinzen, der in der alten, durchräucherten Stadt, vermummt in den gotischen Mantel eines verjährten Kaisers, die blonden Locken unter eine schwere Krone gepreßt, mit Rolandssporen an den Schuhen, zur Schau gestellt werden soll! Wenn ihm der Schweiß in dicken Tropfen auf die Stirne tritt, dann werden die Höcker und Faßbinder von Frankfurt in Entzücken geraten; wenn er sie lang genug als Schauspieler belustigt hat, werden sie ihm ein Vivat ins Ohr brüllen, dessen Ekel ihm die schmachtenden Sinne vollends betäuben wird. „Man läßt dich fühlen, daß du so gut wie wir, unter dem Fluche Adams stehst: Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen!" [1]) —

---

[1]) Weckherlin, Graues Ungeheuer, I, 292. Auch die von Professor Meusel in Erlangen herausgegebene Zeitschrift „Museum für Künstler und Kunstliebhaber" enthält eine überaus abfällige Kritik der Krönungsfeste. „Das einzige öffentliche Denkmahl; welches von der Krönung in Frankfurt zurückbleibt, ist das Portrait des Kaisers auf dem Römer nebst dem Schädel von dem gebratenen Ochsen, welcher dem Volke preißgegeben und jedesmal bey der Zunft, die ihn erobert hat, aufgestellt wird." Mit Recht nennt dies Jäger, der Herausgeber des Diariums (Jäger, Wahl- und Krönungsdiarium Kaiser Leopolds II., 332) eine „kindisch-freche Tirade" und erwidert auf die höhnischen Bemerkungen über den auf dem Wahltag üblichen Ausdruck „vortrefflicher Herr Wahlbotschafter" mit der Frage, warum denn der Herr Professor Meusel nicht gegen das undeutsche Ehrenwort Magnificenz und andere akademische Titulaturen seine Stimme erhebe?

Mögen der blasierte Allerweltstadler Lang, der professionelle Spötter Weckherlin mit ihrem Witz niedrigster Gattung Lacher finden, die Gebildeten stellen sich auf Goethes Seite! „Der Totaleindruck bei mir," so beschließt der Berichterstatter der Vaterländischen Chronik seine Schilderung, „war folgender: Freude und Wohlbehagen über deutschen Reichtum, deutsche Pracht und Fülle, über so manches groteske, dem Fremdling oft lächerliche, dem Sohne des Landes desto ehrwürdigere Schauspiel, weil er den Geist seiner Nation in den auffallendsten Kontrasten darin fand; Entzücken über den körperlichen und geistigen Wohlstand, über so manchen Herzenszug unseres neuen Kaisers, — stillgethan, aber feurig erwidert von den Glücklichen, die er traf, und laut begrüßt von der wißbegierigen Liebe. Nicht im Gange der ganzen Begebenheit überhaupt, die für das Herz zu viel Steifes und Zurückstoßendes hatte, sondern in einzelnen Scenen und einzelnen Vorfällen lag dies Interesse."

Einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Frankfurter Tage von 1790 bieten die „Nachrichten über einige der wichtigsten Persönlichkeiten des Reichs", welche vom zweiten brandenburgischen Wahlbotschafter Grafen Goertz zur Information des Berliner Hofes abgefaßt wurden. [1])

Der neue Kaiser scheint dem Gesandten ein aufgeklärter, unterrichteter, fähiger Mann zu sein; er spricht gut und in einem herzlichen Ton, der für den Hörer etwas Gewinnendes hat; er spricht aber viel, vielleicht ein wenig zu viel! Nicht selten überrascht der Freimut, womit er verfängliche Dinge offen herausssagt. Seine Regierung wird friedlich und ruhig verlaufen und für seine Monarchie eine Periode des Glücks bedeuten. Ausgeschlossen ist freilich nicht, daß er so edle Gesinnungen nur heuchle; dies wird sich am raschesten zeigen, wenn man ihm in der nämlichen freimütigen Weise gegenübertritt. Die höchsten Beamten des Kaisers, der Staatskanzler Fürst Kaunitz, der Vizekanzler Graf Cobenzl und der Reichshofratspräsident Fürst Colloredo, überbieten sich in Haß gegen Preußen; so lange diese Männer am Ruder stehen, wird gutes Einvernehmen zwischen den Höfen von Wien und Berlin niemals von Dauer sein. Glücklicherweise scheint keiner von den Herren erheblichen Einfluß auf den Kaiser zu besitzen; eher gilt dies von Geheimrat von Spielmann, der es mit Preußen wenigstens nicht verderben will; auch General Manfredini, der die Erziehung der jungen Erzherzöge geleitet hat, gilt viel bei dem Kaiser. Graf Metternich kann sich, obwohl er hervorragende Fähigkeiten gewiß nicht besitzt, immerhin noch zu einem gewandten Diplomaten ausbilden. Die meisten Geschäfte besorgt der Kaiser ohne Beiziehung der Minister, ja sogar ohne Hülfe eines Sekretärs; höchstens diktiert er einem seiner Söhne. Sein Lieblingsplan scheint auf Ausbreitung des österreichischen Einflusses in Italien gerichtet zu sein; deshalb hat er die zwei Prinzessinnen von Neapel, denen über kurz oder lang die Nachfolge zufallen wird, für sich gewonnen.

Die feindselige Haltung, welche der Kurfürst von Mainz während des

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Akta, betreffend die Wahl eines römischen Kaisers 1790. Notions sur quelque personnes les plus importantes dans l'empire, d. d. Wasserloch près de Francfort, 30. sept. 1790.

Wahltags einnahm, macht erklärlich, daß Goertz von ihm ein gar ungünstiges Bild entwirft. Der eitle, hochmütige, ehrsüchtige Kirchenfürst wolle das ganze Reich regieren und vergesse gänzlich, daß er zwar an Rang, aber nicht an Macht der Erste im Reich sei. In die Union sei er offenbar nur aus Verdruß, weil ihn Joseph II. keine Rolle spielen ließ, eingetreten. Dabei habe er bloß Sinn für Luxus und Vergnügen; die Arbeit überlasse er seinen Günstlingen. Anfangs sei Graf Sickingen, der ergebene Diener des Wiener Hofes, in höchster Gunst gestanden; dann habe ihn Graf Metternich abgelöst; jetzt überwiege der Einfluß der Frauen, insbesondere der Frau von Coudenhoven; sehr bald aber werde Herr von Albini alle anderen ausstechen, und wenn erst dieser hoffärtige Mann als Kanzler an der Spitze stehe, dann werde die Mainzische Wirtschaft noch unerträglicher werden.

Den Koadjutor Baron Dalberg nennt Goertz einen „alten, intimen Freund", der sich trotz seiner Beförderung gar nicht verändert habe und zweifellos einmal ein tadelloser Fürst der Kirche und ein pflichttreuer, unparteiischer Kanzler des Reichs sein werde. Der Kurfürst von Trier sei ein herzensguter, aber schwacher Mann, der schon aus Rücksicht auf seinen Bruder, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen, zum Wiener Hofe halte. Ueber des Kurfürsten von Köln unruhiges, turbulentes Wesen brauche kein Wort mehr gesagt zu werden; es sei ebenso bekannt, wie das ränkevolle Treiben des Günstlings Waldenfels. Ueber den bairischen Wahlbotschafter Grafen von Oberndorff wird nur gesagt, daß er bei Kurfürst Karl Theodor alles gelte. Hohes Lob wird dem sächsischen Minister Grafen von Loeben gezollt, weil er immer die Bundestreue gegen Preußen als erste Pflicht betrachtet habe. Von den fürstlichen Ministern wird der badische Gesandte Baron Edelsheim als bedeutendste Persönlichkeit geschildert; doch sei er ein Mann ohne feste politische Grundsätze, der sich bald an Oesterreich, bald an Preußen anlehnen wolle.

Mit starkem Nachdruck heben Goertz und sein Kollege Osten-Sacken in einem „Finalrapport" (30. Oktober) hervor, daß die Union den auf sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen habe; trotzdem dürfe Preußen nicht aufhören, als Schirmherr der Freiheit die deutschen Fürsten um sich zu scharen. Nicht selten höre man die Behauptung, Preußen brauche Deutschland nicht und werde durch die Rücksichten auf das Reich nur in seiner natürlichen Entwickelung gehindert; diese Ansicht sei aber grundfalsch! Wachsam und fest die Reichsverfassung zu schützen, dies sei die wichtigste Aufgabe des preußischen Staates. Den deutschen Fürsten müsse zum Bewußtsein gebracht werden, daß Preußen allein im stande sei, die Uebermacht Oesterreichs unschädlich zu machen, und daß es bereit sei, Kurfürsten und Fürsten im Besitz ihrer Länder und Würden zu erhalten, ohne von ihnen eine andere Unterordnung zu verlangen als diejenige, die nach dem auch in der Politik geltenden Gesetz der Schwere ohnehin dem mächtigeren Staate zukomme. —

Aeußerlich betrachtet schien sich das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen seit Abschluß des Reichenbacher Vertrages überraschend freundschaftlich zu gestalten. Leopold zeichnete die Vertreter Preußens in Frankfurt bei jedem Anlaß aus und wurde nicht müde, sie seiner Ergebenheit und Friedensliebe zu

versichern.[1]) Am Tage nach der Krönung richtete der Kaiser an Friedrich Wilhelm ein eigenhändiges Schreiben, worin er für das Entgegenkommen bei der Kaiserwahl seinen Dank aussprach. Er habe keinen heißeren Wunsch, versicherte er, als sich den Freund des Königs nennen zu dürfen; deshalb habe er ohne Kummer große Opfer gebracht, denn keines sei zu groß, wenn es gelte, ein System des Friedens und der Freundschaft zwischen Oesterreich und Preußen zu begründen.

Wir haben keinen Anlaß, in die Aufrichtigkeit der Aeußerungen Leopolds Zweifel zu setzen. Osten-Sacken und Goertz schrieben die freundliche Wandlung dem Einflusse Spielmanns zu. Allein davon abgesehen, daß Kaunitz und Cobenzl, der eben erst in Reichenbach erlittenen Demütigung eingedenk, in ihrer Abneigung gegen Preußen beharrten: der Gegensatz der Interessen der beiden Staaten war nicht zu überbrücken, und die natürliche Folge war, daß hüben und drüben das Mißtrauen niemals erlosch. Dem weisen Ermessen des Königs, schrieben die preußischen Gesandten, müsse überlassen werden, welcher Wert den freundschaftlichen Worten des Kaisers beizumessen sei. Friedrich Wilhelm ließ es zwar in seiner Antwort an den wärmsten Beteuerungen des Dankes und der Freude nicht fehlen, machte aber gegenüber seinen Ministern die kühle Bemerkung: „Ich wünschte, daß dieser Fürst auch so handeln möchte, wie er schreibt."

Insbesondere die Haltung Oesterreichs in der Lütticher Frage rief in Berlin neuerdings Unzufriedenheit wach. Das preußische Kabinett hatte, wie oben dargelegt wurde, den aufständischen Bürgern von Lüttich das Versprechen gegeben, es wolle nicht zulassen, daß Bischof Hoensbroech wieder eingesetzt werde, ohne auch seinerseits den Bürgern ihre 1684 durch nackte Willkür abgeschafften, verfassungsmäßigen Rechte zurückzugeben. Auf solche Beschränkung wollten aber weder der Bischof, noch das Richterkollegium in Wetzlar, noch die übrigen mit der Exekution betrauten Stände eingehen. Hoensbroech lehnte jeden Eingriff in seine souveränen Rechte ab und forderte bedingungslose Vollstreckung des reichsgerichtlichen Urteils. Unter diesen Umständen hielt es der preußische Monarch für geraten, seine Truppen gänzlich zurückzuziehen und die Exekution den rheinischen Fürsten zu überlassen. Welche Absichten ihn dabei leiteten, lehrt ein Brief an den Kurfürsten von Mainz (22. April).[2]) „Wie Ew. Kurfürstliche Durchlaucht schon wissen werden, ist mein General Schlieffen mit allen Truppen aus dem Hochstift Lüttich abgezogen und hat dasselbe seinem Schicksal überlassen, da der Bischof in stolzer und sogar ungebührlicher Weise alle meine Vorschläge zu einem gemäßigten Vergleich verworfen hat. Ew. Kurfürstliche Durchlaucht werden hoffentlich den patriotischen Absichten Preußens Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die preußische Vermittelung allein hat die Ruhe in diesem Lande, das sonst den unberechenbaren Folgen eines blutigen Bürgerkrieges ausgesetzt geblieben wäre, wiederhergestellt; die Truppen der drei Kurfürsten hätten nicht ausgereicht, um die Lütticher zur Vernunft zu bringen. Ich habe das Land besetzt mit freier Zustimmung der Bevölkerung und bin eine Kapitulation eingegangen, die mir

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht vom 17. Okt. 1790.

[2]) Ebenda. Akta, betreffend die Wahl Leopolds II., 1790.

jetzt nicht erlaubt, einfach den Spruch des Reichskammergerichts zur Richtschnur zu nehmen. Der Bischof wird leichter durch Annahme der preußischen Vorschläge seinen Besitz zurückerlangen, als durch Richtersprüche, die vielleicht verfassungsmäßig sein mögen, die aber einfach nicht zu vollziehen sind. Es handelt sich ja um ein in Waffen stehendes Volk, um Nachbarn eines anderen Volkes, das darauf brennt, sich der Unterordnung unter seinen Landesherrn und das Reich zu entziehen . . ."

Am 16. April zogen die Preußen aus Lüttich ab. Auch die Pfälzer mußten die Stadt verlassen; ihre Bitte, es möge ihnen die Zitadelle überlassen werden, war von Schlieffen abschlägig beschieden worden.[1]) Unmittelbar darauf wurde die Absetzung des Fürstbischofs proklamiert. Georg Forster, der ein paar Wochen vorher die betriebsame Landschaft an der Maas besucht hatte, empfing im allgemeinen von Land und Leuten günstigeren Eindruck, als von den Brabantern; er glaubte bei der vorwiegend aus Bergknappen und Eisenarbeitern bestehenden Lütticher Miliz mehr Disziplin, Subordination und Beherztheit zu finden, als bei den brabantischen Bauern und den limburgischen Hirten.[2]) „Die Leute waren durchgehends von ihren politischen Verhältnissen bis zum Ueberströmen voll, hingen daran mit unglaublichem Eifer und schienen sich im gegenwärtigen Zeitpunkte, wie alle freien Völker, mit den öffentlichen Angelegenheiten beinahe mehr als mit ihren Privatbedürfnissen zu beschäftigen." Unangenehm berührt fühlte sich Forster durch das übertriebene Selbstvertrauen der Lütticher und die beleidigenden Ausdrücke, die sie sich gegen das Reichskammergericht und die deutschen Fürsten erlaubten. Die stolze Zuversicht auf die eigenen Kräfte, die ihnen eine Wiederkehr des alten Regiments als unmöglich erscheinen ließ, drängte zu weiteren revolutionären Maßnahmen: Auflösung des geheimen Rats, Konfiskation der bischöflichen Güter und Tafelgelder, Aufhebung der Zünfte, Vorbereitung einer neuen Regierungsform. Mittelpunkt des neuen Staatskörpers war vorerst der Gemeinderat; alle Reformen waren mehr oder weniger der neuen französischen Gesetzgebung nachgebildet und sollten den Uebergang zum rein demokratischen Staat anbahnen. Von den beiden Bürgermeistern, die bisher die Führer der Bewegung gewesen waren, wurde nur Fabry wiedergewählt; Chestret, der seinen aufgeregten Landsleuten zu wenig Entschlossenheit zu haben schien — „er schwatzt zu viel mit Peter und mit Paul," spottete der einflußreiche Publizist Bassenge —, mußte einem obskuren Advokaten Donceel Platz machen; man bediente sich des Vorwandes, Chestret sei als militärischer Befehlshaber unentbehrlich, und die Vereinigung beider Stellen sei nicht thunlich. Inzwischen hatte das Reichskammergericht die westlichen Kreise nochmals zur Vollstreckung des Urteils an den Rebellen aufgefordert, und obwohl sich das Berliner Kabinett alle Mühe gab, die „bizarre" Exekution, die nur ungeheure und unnötige Kosten verursachen und vielleicht noch ähnliche Aufstände in Nachbarländern nach sich ziehen werde, zu verhindern, rückten pfälzische und kölnische Truppen gegen Lüttich vor. Als es zum Schlagen kommen sollte, wurde der Oberbefehl über die in

[1]) Borgnet, Histoire de la revolution Liègeoise, I, 261.

[2]) Gg. Forster, Ansichten vom Niederrhein ꝛc., I, 105.

Tongres stehenden lüttichischen Truppen nicht dem Kommandanten der Nationalgarde, Chestret, dem Liebling der Soldaten, den der Bischof Hoensbroech deshalb den „König von Tongres" nannte, übertragen, sondern einem Verwandten des Bürgermeisters Donceel gleichen Namens.[1]) Nicht dem Geschick dieses allzu bedächtigen Führers oder hervorragenden Heldenthaten der lüttichischen Miliz, sondern nur der beispiellosen Kopflosigkeit im feindlichen Heere war es zuzuschreiben, daß die Aufständischen sich gegen die an Zahl und Ausrüstung überlegenen Reichstruppen siegreich behaupteten.

Wir besitzen drastische „Erinnerungen" an den Lütticher Feldzug der kurrheinischen Exekutionstruppen aus der Feder eines Teilnehmers, des kurmainzischen Ingenieuroffiziers Eickemeyer.[2]) Da derselbe zwei Jahre später mit der Erklärung, der Kurstaat Mainz habe für ihn aufgehört zu existieren, in die Dienste der französischen Republik übertrat, ist der Bericht über die Kriegsthaten der kurmainzischen Truppen vielleicht gar zu grau in grau gemalt; im allgemeinen aber bieten die überraschenden Mißerfolge des Kontingents unerfreuliche Bestätigung. Am 23. Mai wurde die mainzische Brigade in der Nähe des Frauenstifts Bilsen von einer kleinen Abteilung Lütticher Schützen verscheucht. Am 26. Mai wurde die Stadt Hasselt von den Mainzern angegriffen; die Aufständischen flohen durch das entgegengesetzte Thor, aber ein paar wohlgezielte Kanonenschüsse genügten, um die Stürmenden zu zersprengen, und noch am nämlichen Tage zog die mainzische Brigade in die alten Quartiere zurück. Auch nachdem trierische und pfälzische Truppen dazu gestoßen waren und der pfälzische General Fürst Ysenburg den Oberbefehl übernommen hatte, wurde nicht glücklicher gestritten. Am 29. Juni ging das ganze Heer bei Maaseyk über die Maas, doch nach unbedeutenden Händeln mit den Aufständischen wurde wieder der Rückzug angetreten, nach Eickemeyers Ansicht, weil „die Offiziere meinten, es sei doch eigentlich unerlaubt, ihre Leute um ‚Patrioten' aufzuopfern, ein Name, der damals mit Lumpengesindel gleichbedeutend war."

Nun wurde die Stimmung in Lüttich noch zuversichtlicher, alle Hüte schmückten sich mit Freiheitskokarden, im Lager wie in Werkstätten und Fabriksälen erscholl das nationale Kampflied: „Valeureux Liégois etc." Trotzdem konnte der greise Fabry, in dessen Händen die Fäden der Regierungsgewalt zusammenliefen, sich nicht verhehlen, daß die Lage äußerst kritisch sei und die Lütticher aus eigenen Kräften sich nicht auf die Dauer behaupten könnten. Er trat deshalb mit van Eupen und anderen Führern der bisher noch siegreichen Belgier in Verbindung.[3]) Allein zwischen den Rebellen mit dem Rosenkranz und den Anhängern der allgemeinen Menschenrechte, die ihren Bischof ohne Skrupel seines Eigentums beraubt hatten und sich in auffälliger Geringschätzung des Priesterstandes gefielen, war ein Bündnis nicht möglich. Mehr Geneigtheit zur Hülfeleistung zeigte das preußische Kabinett. Dohm, der sich in Lüttich großer Beliebtheit erfreut hatte — mit Mühe nur konnte er sich, wie Forster versichert,

[1]) Borgnet, I, 255.
[2]) Denkwürdigkeiten des Generals Eickemeyer, her. v. König, 87.
[3]) Borgnet, I, 284.

den Umarmungen der tonangebenden Köhlerweiber entziehen —, fuhr auch nach seiner Abreise von Lüttich fort, mit den vom Reichskammergericht geächteten Behörden zu unterhandeln. Dabei war insbesondere der Wunsch maßgebend, den Anschluß der Lütticher an Frankreich fernzuhalten. „Ich glaube die beste Probe meines Patriotismus dadurch gegeben zu haben," schrieb Friedrich Wilhelm (21. Juni) an den Kurfürsten von Mainz, „daß ich allein bisher einen Appell der Stände von Belgien und Lüttich an die französische Nationalversammlung verhindert und ihnen die Verpflichtung auferlegt habe, sich nicht vom Reiche zu trennen." Als aber nach Bekanntwerden des Reichenbacher Vertrags die Aussicht auf preußische Hülfe schwand, wandten sich die Lütticher an ihre westlichen Nachbarn, mit denen sie ja durch Bande des Blutes, wie durch Gemeinschaft der Interessen weit inniger verbunden waren, als mit dem deutschen Reich. Henkart und Reynier, die Redakteure des „Journal patriotique", verhandelten in Paris mit Montmorin und Necker, Mirabeau und Lafayette; sie erfreuten sich überall ehrenvoller Aufnahme, die Adresse der Lütticher an das französische Volk wurde in der Nationalversammlung mit Beifall überschüttet, aber außer schmeichelhaften Worten und freundlichen Wünschen war nichts zu erlangen.[1])

Um gegen die Rückkehr des Bischofs einen Riegel vorzuschieben, wurde in der Person eines lüttichschen Domherrn und Großgrundbesitzers, des Prinzen Ferdinand von Rohan-Guemené, nach alter Tradition ein „mambour" als Regent aufgestellt. Am 13. September leistete Rohan in der Ständeversammlung den Eid auf die Gesetze und Freiheiten des 18. August 1789 und hielt eine Art Thronrede voll Selbstbewunderung und stolzer Hoffnung.[2])

Inzwischen dauerte die ärgerliche Kriegsposse fort, die zwar nur geringe Blutopfer kostete, aber die Verwüstung weiter Landstriche und die Aussaugung des ganzen Landes zur Folge hatte. Im August schien sich die Reichsarmee zu ernsterer Anstrengung aufzuraffen, doch auch diesmal folgte auf voreiligen Angriff ein schleuniger Rückzug. Die pfälzischen und trierischen Truppen marschierten darauf heim, die mainzischen und münsterischen verharrten in herkömmlicher Unthätigkeit.

Wie schon erwähnt, wurde auch in Frankfurt der Versuch gemacht, die deutschen Stände mit der Lütticher Erhebung zu befreunden, doch pochten die Abgeordneten an allen Thüren vergeblich an. Auch die preußischen Botschafter verhehlten ihnen nicht, daß an Unterhandlungen überhaupt nicht gedacht werden könne, ehe nicht der rechtmäßige Landesherr zurückberufen sei. Die Wiedereinsetzung Hoensbroechs stand denn auch an der Spitze der von preußischer Seite ausgearbeiteten und zur Annahme empfohlenen „articles de pénitence", welche die Abgeordneten von Frankfurt heimbrachten. Am 4. Oktober kamen die Vorschläge in Lüttich zur Verlesung, wurden aber mit Entschiedenheit abgelehnt.[3])

Die Exekutionstruppen waren ja nicht zu fürchten, allein von anderer Seite tauchte ernstere Gefahr auf. Wenige Tage vor der Krönung sandte Obrist

[1]) Histoire parlamentaire de la révolution Française, VII, 215.

[2]) Henaux, Histoire de Liège, II, 299.

[3]) Juste, 29. Hier wird auch ein wohl kaum begründetes Gerücht mitgeteilt, die Abfassung der articles de pénitence habe dem nach Aachen ausgewanderten Lütticher Domkapitel 50 000 Francs gekostet.

Stein vom mainzischen Hoflager in Aschaffenburg eine aufregende Nachricht nach Berlin. Leopold war gelegentlich einer Unterredung mit dem Kurfürsten über den Lütticher Streit mit einem neuen Vorschlag hervorgetreten. Wenn die Aufständischen sich noch länger dem Urteil des Reichskammergerichts widersetzen würden, sollte der kurrheinische Kreis den Kaiser um Hülfe angehen, und diese werde nicht versagt werden. Da nach glücklicher Unterwerfung Belgiens gewissermaßen die Vorwerke Lüttichs schon von österreichischen Truppen besetzt seien, werde die Unterwerfung keine Schwierigkeit bieten. [1])

Ein solcher Vorschlag war gegen die in Reichenbach getroffene Abrede. Hertzberg ließ sofort die österreichischen Minister daran erinnern, daß sie damals versprochen hätten, sich nicht in den Lütticher Handel einzumischen. Das beste werde sein, die Entscheidung über den schwierigen Fall einem aus Vertretern der Direktoren der beteiligten Kreise gebildeten Kongreß zu überlassen. Daß die Lütticher den Bischof wieder aufnehmen müßten, sei selbstverständlich; andrerseits möge auch dieser, den Forderungen der Billigkeit Rechnung tragend, volle Amnestie gewähren, das Edikt von 1684 aufheben, freie Wahl der städtischen Behörden und der Vertreter des dritten Standes in der Ständekammer zusichern.

In diesem Sinne sprach sich Dohm auch in Lüttich aus [2]). Die Stände wären gern bereit gewesen, darauf einzugehen, allein der Stadtrat und die Sektionen widersetzten sich entschlossen der Zurückberufung des „Despoten". Vom Rufe: „Plus de Hoensbroech! Plus de Hoensbroech!" dröhnte der weite Platz. [3]) Das hieß: den Bogen überspannen; es war eine Herausforderung der Reichsfürsten, die unmöglich zugeben durften, daß die souveränen Rechte eines Standesgenossen von den eigenen Unterthanen einfach umgestoßen würden. Zwar endete auch der „dritte Kreuzzug", wie Eickemeyer den im Dezember unternommenen dritten Angriff der mainzischen Brigade verspottet, [4]) mit kläglichem Mißerfolg; als aber nach der Niederlage der Mainzer bei Visé (9. Dezember) der Kaiser selbst zur Vollstreckung der Wetzlarer Urteile die Hand bot, war der Freiheitstraum der Lütticher Patrioten rasch zu Ende. Umsonst legte Dohm gegen den Einmarsch der Kaiserlichen unter Feldmarschall Bender Verwahrung ein, indem er behauptete, die Unterwerfung der Lütticher dürfe nur von den Direktorialfürsten nach den in Frankfurt festgesetzten Gesichtspunkten durchgeführt werden; [5]) der Protest blieb unbeachtet.

Trotzdem war Friedrich Wilhelm nicht mehr zu bewegen, den Widerstand gegen die Durchführung der reichsgerichtlichen Beschlüsse fortzusetzen. Dieses ängstliche Zurückweichen gerade im entscheidenden Augenblick, klagte Dohm, lasse die Unterwerfung Lüttichs zugleich als Niederlage Preußens erscheinen. „Der Triumph unserer Feinde vor unseren Augen, der gänzliche Verfall des preußischen Ansehens

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Akta, betreffend die Wahl eines römischen Königs 1790. Bericht Steins vom 6. Okt. 1790.

[2]) Gronau, C. W. v. Dohm, 199.

[3]) Henaux, II, 303.

[4]) Eickemeyer, Denkwürdigkeiten, 99.

[5]) Danz, Zweite Fortsetzung der Staatsrechtlichen Betrachtungen über die Lüttichischen Unruhen (1791), 45.

und Namens in diesen Gegenden schlägt mich so nieder, daß ich es nicht ausdrücken kann!" Hertzberg teilte diese Auffassung; ihm selbst, schrieb er an Dohm, sei es in Reichenbach nicht besser gegangen, in solchen Fällen heische die Rücksicht auf Staat und Monarchen Gehorsam und Schweigen.[1])

In Lüttich selbst erfolgte unter dem Druck der widrigen Verhältnisse ein Umschwung. Die Anhänger Hoensbroechs traten aus ihren Verstecken hervor; in der Mehrheit der Bevölkerung regten sich wieder zwei mächtige seelische Faktoren, die nur vorübergehend durch das terroristische Treiben der patriotischen Klubs zum Schweigen gebracht waren: Gewissen und Gewohnheit; jetzt nannte man wieder öffentlich die Freunde der Unabhängigkeit Utopisten und die Gegner des Bischofs Feinde des Vaterlands. Auch der würdige Fabry mußte die Wandelbarkeit der Volksgunst erfahren; von den eigenen Anhängern wurde ihm vorgeworfen, daß er sich von den Preußen habe hinters Licht führen lassen; der französische Emigrant Sabatier de Castres schilderte ihn als Ausbund von Ungerechtigkeit, Wahnwitz und verräterischer Tücke, so daß sogar Bischof Hoensbroech sein Bedauern über solche Uebertreibungen aussprach. Die Stände kamen überein, dem Kaiser ihre Unterwerfung anzubieten, unter der Bedingung, daß keine Reichstruppen an der Besetzung teilnehmen sollten. Doch die nach Wien geschickten Abgeordneten konnten nicht einmal eine Audienz erlangen. Unbedingte Unterwerfung unter die reichsgerichtlichen Beschlüsse und den rechtmäßigen Landesherrn, so lautete das kaiserliche Ultimatum.[2]) Zwar ging im Stadtrat nochmals ein Beschluß durch, gegen die Vergewaltigung durch den Kaiser Verwahrung einzulegen, doch war die Panik schon so allgemein, daß kein Drucker mehr den Mut hatte, die Veröffentlichung des Schriftstücks zu übernehmen.

Vergeblich wurde von preußischer Seite wenigstens auf diplomatischem Wege ein letzter Versuch gemacht, die Katastrophe abzuwehren. Baron Jacobi-Klöst erklärte, Preußen werde nicht dulden, daß das Mitglied eines fremden Kreises — der Kaiser war als Vertreter des burgundischen Kreises angerufen worden — mit der Exekution betraut werde; der Wiener Hof möge doch so willkürliches und verfassungswidriges Verfahren meiden, zumal nach den in Reichenbach und Frankfurt gegebenen Zusicherungen; in Berlin sei wohl bekannt, daß die Entscheidung im Lütticher Streit nur durch eine Intrigue des Kurfürsten von Köln und des Grafen Metternich eingefädelt sei: da möge sich denn doch der Kaiser vor Augen halten, ob für ihn die Zufriedenheit und die Freundschaft des preußischen Staates nicht wichtiger seien, als die Rücksicht auf Glück und Gunst bei einem Kurfürsten von Köln.[3])

Diesen Vorwürfen gegenüber betonte Spielmann, daß sich der Kaiser in dem leidigen Lütticher Handel nur von seiner verfassungsmäßigen Pflicht leiten

---

[1]) Gronau, 205.

[2]) Juste, 36.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Correspondance du Roi avec le baron de Jacobi-Kloest, son ministre plénipotentiaire à la cour de Vienne, sur les affaires générales et en particulier sur celles des Provinces Belgiques et sur la négociation de paix à Sistowe et à Petersbourg, 1791. Berichte Jacobis vom 3., 5., 8. Januar 1791. Erlasse an Jacobi vom 10., 15., 17. Januar 1791.

lasse. Es dürfe nicht zugegeben werden, daß sich ein Ländchen wie Lüttich über Beschlüsse des Reichsgerichts lustig mache; gerade in einer Zeit, da die Volksstimmung in weiten Kreisen unruhiger und ungebärdiger werde, dürfe solche Mißachtung des Rechts nicht ungeahndet bleiben; unausbleiblich würde es sonst in allen deutschen Staaten zu Auflehnung und Aufstand kommen. Möchte doch der König von Preußen seine unselige Politik in der Lütticher Frage, die ihn wahrlich keine Rosen pflücken ließ, endlich aufgeben; sogar die mit Preußen verbündeten Fürsten hätten jede Verantwortung für das unbegreifliche Vorgehen ihres Bundesgenossen abgelehnt; wenn der König trotzdem dabei verharre, werde er im Reiche ganz verlassen stehen.

Darauf wurde Jacobi von seinem Hofe angewiesen, nochmals in nachdrücklichster Form (d'une manière nerveuse) gegen das willkürliche Verfahren, wie es jetzt von Reichs wegen gegen Lüttich beliebt werde, Verwahrung einzulegen. Wenn der Kaiser seine Mäßigung beweisen wolle, möge er im Verein mit Preußen einen Ausgleich betreiben, aber nicht auf Grundlage des ohne Sachkenntnis gefällten und durch Ränke veranlaßten Wetzlarer Spruches, sondern der in Frankfurt bewilligten Artikel. An dem guten Willen des Kaisers zweifle niemand, doch könne man in Berlin nicht ohne beklemmenden Eindruck verfolgen, daß gerade die nächsten Verwandten des Kaisers, Erzherzog Maximilian, der Kurfürst von Köln, und Erzherzogin Marie Christine, die Statthalterin der Niederlande, unablässig gegen Preußen hetzten, jener in Mainz, diese durch ihren Gatten Herzog Albrecht in Sachsen. Auf solchem Wege werde ein harmonisches Einvernehmen zwischen den zwei mächtigsten deutschen Staaten nicht erreicht werden, und doch hänge davon der Friede im Reiche, ja vielleicht in ganz Europa ab!

Inzwischen war in Lüttich die Katastrophe eingetreten. Am 10. Januar 1791 flüchtete der „Mambour" Prinz Rohan aus der Stadt; auch ein paar hundert Patrioten, welche die Rache des Bischofs zu fürchten hatten, zogen unter Trommelschlag und mit fliegendem Banner auf französisches Gebiet. Tags darauf rückten kaiserliche Truppen in Lüttich ein; ihnen folgten die mainzischen und münsterschen Regimenter.

Eickemeyer macht sich weidlich darüber lustig, daß die Mainzer von den Bürgern der Stadt Verviers mit Lorbeer bekränzt und als Retter des Vaterlands und Helden von antiker Größe gefeiert wurden.[1])

Nun wurde das alte Regiment mit aller Strenge wiederhergestellt. Die von der Revolution vertriebenen Bürgermeister und Räte hielten im Stadthaus feierlichen Einzug; der Geheimrat, der Stadtrat, die Zünfte, kurz, alle Behörden und Genossenschaften wurden so, wie sie vor dem 18. August 1791 bestanden hatten, wieder eingeführt; das Edikt von 1684 trat wieder in Kraft.

Der Berliner Hof protestierte neuerdings gegen solche „Ausbeutung des Sieges einer zweifelhaften Sache". Wenn der Herr Vizekanzler, so erklärte Jacobi, fort und fort versichere, es liege dem Kaiser nichts ferner, als ein gewaltthätiges Auftreten im Lütticher Handel, so sei ihm wohl unbekannt ge-

[1]) Eickemeyer, 100.

blieben, wie es in der unglücklichen Stadt zur Zeit aussehe. Der Delegierte des Bischofs, Domherr von Waseye, verfahre gegen Schuldige und Unschuldige mit despotischer Härte, und der österreichische Kommandant, General von Kheul, leihe zu jeder Gewaltthat seinen bewaffneten Arm. Ein preußisch-clevischer Vertreter könne sich, ohne das Schlimmste zu riskieren, gar nicht nach Lüttich begeben, und doch habe bei der endgültigen Entscheidung Cleve mit ebenso viel Recht mitzusprechen, wie Münster und Jülich. Preußen habe dem Kaiser bei Unterwerfung der Niederlande, bei der Kaiserwahl, bei den Kapitulationsverhandlungen und manchen anderen Gelegenheiten gute Dienste geleistet; um des schuldigen Dankes willen möge jetzt wenigstens nicht zugelassen werden, daß kleine Reichsfürsten den König von Preußen öffentlich beleidigen. Lüttich sei unterworfen, es könne also nichts nützen, sondern nur schaden, wenn der Rachedurst eines Unversöhnlichen jede Befriedigung suchen dürfe. Kaiser Leopold ließ aber diese Vorstellungen und Vorwürfe nicht gelten. Er kenne Herrn von Waseye von Florenz her, erklärte er dem preußischen Gesandten, und habe selbst den würdigen Mann zum Kanonikat empfohlen; etwas hitzig möge der Wallone sein, doch gegen Recht und Billigkeit werde er sich nie verfehlen. Bald werde ja auch der Bischof selbst wieder eintreffen, dann werde alles ins richtige und konstitutionelle Geleise kommen. „Wenn dies zutrifft," wurde von Berlin erwidert, „wenn der Bischof eine unbeschränkte Amnestie bewilligt und sich mit den Ständen auseinandersetzt, werden wir uns damit begnügen."[1])

Am 12. Februar kehrte Fürstbischof Hoensbroech in seine Residenz zurück. Vom Wiener Hofe war ihm in der That nahe gelegt worden, daß er durch eine allgemeine Amnestie zur Beruhigung der Gemüter beitragen möchte, doch ließ sich Hoensbroech nicht darauf ein; nur diejenigen, die sich Beleidigung des Landesherrn hatten zu Schulden kommen lassen, wurden begnadigt; die übrigen Patrioten, so weit sie sich nicht nach Frankreich oder Holland geflüchtet hatten, traf schwere Strafe; in langer Reihe erfolgten Verbannungsurteile, Gütereinziehungen, Hinrichtungen.

Eine offiziöse Flugschrift suchte nachzuweisen, daß in Lüttich „keineswegs allzu streng", sondern „äußerst gelinde" verfahren werde. Noch immer seien Hochrufe auf die Patrioten in Lüttich zu vernehmen; noch immer werde in den fürstlichen Waldungen wie auf herrenlosem Boden geplündert; unablässig werde von den Flüchtlingen in Paris und Berlin, im Haag und in Brüssel gegen den Landesherrn von Lüttich gehetzt und gewühlt; da sei es doch wohl Pflicht der Regierung, durch Bestrafung der Schuldigen die Aufregung zu dämpfen und weitere Ausbreitung der revolutionären Ideen zu verhindern.[2]) Anders urteilte freilich Georg Forster, obwohl er damals noch in Diensten des Kurfürsten von Mainz stand. „Das arme Lüttich büßt nun für seinen Freiheitssinn!" klagte er in einem Briefe an Heyne (22. Januar 1791).[3]) Die von den rheinischen Kurfürsten ge-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlasse an Jacobi vom 31. Januar, 4., 7., 18. Februar. Berichte Jacobis v. 5. u. 18. Februar 1791.

[2]) Die neueste Lage der Lütticher Angelegenheiten (Wetzlar, 1791), 57.

[3]) G. Forsters sämtliche Schriften, VIII, 141.

forderte, dem erschöpften Hochstifte auferlegte Entschädigung für die Kosten der Exekution fand Forster unbillig hoch, das Vorgehen des Kaisers eigenmächtig, die Beschlüsse des Reichskammergerichts zopfig. „Diese elenden Wetzlarer Rabulisten möchten sich gern für die höchste gesetzgebende Gewalt in Deutschland angesehen wissen. Das ist dann die Verfassung, worauf man in Deutschland so stolz ist! Die Korruption ist wirklich schon so weit gekommen, daß man sich wundern muß, wie alles noch zusammenhält, — desto eher stürzt alles mit einemmal über den Haufen!" „Preußen ist die dupe in dieser Sache, wie überhaupt in der ganzen Negociation mit Oesterreich, ... es muß eine traurige Zerrüttung im preußischen Kabinett stattfinden, daß alle Maßregeln Hertzbergs zu Wasser werden. Hätte Preußen im Frühling losgeschlagen!" [1]) Auch ruhigere Politiker mißbilligten die reaktionären Ausschreitungen in Lüttich; es wurde ja dadurch nur erreicht, daß die zahlreichen Flüchtlinge auf französischem Boden sich eng an die Jakobiner anschlossen und auch die Landsleute in der Heimat in diese Verbindung verstrickten. „Leopold selbst," sagt der belgische Geschichtschreiber Juste, „und seine vornehmsten Minister waren nichts weniger als für Hoensbroech eingenommen, der Berliner Hof nannte ihn den ‚bluttriefenden Priester', und doch verdankte der ‚Tyrann von Seraing', wie ihn die Patrioten schalten, seine Wiedereinsetzung nur dem Abfall Preußens und der Willfährigkeit Oesterreichs. Dieser politische Fehler ließ die in Lüttich ohnehin schon verbreiteten Sympathien für Frankreich noch mächtiger aufwachsen, so daß es später ein leichtes war, die von der französischen Nationalversammlung dekretierte Einverleibung durchzuführen." [2])

Zwar schob Hertzberg öffentlich alle Schuld an der schlimmen Wendung des Lütticher Streites auf die Halsstarrigkeit der Patrioten; die Sprache Jacobis in Wien gibt jedoch Zeugnis von der Verstimmung des Berliner Hofes. Was sei von den gnädigsten Komplimenten des Kaisers zu halten, schrieb Hertzberg an Osten-Sacken, wenn gleichzeitig in Lüttich der Beweis geliefert werde, daß Oesterreich gar nicht daran denke, auf die preußischen Wünsche irgend welche Rücksicht zu nehmen! Wie wenig stimme der Ton, den jetzt sogar Herr von Spielmann sich erlaube, mit der in Reichenbach, in Frankfurt geführten Sprache überein!

Auch über die Auslegung des wichtigsten Punktes des Reichenbacher Vertrags kam es zu Irrungen zwischen den Höfen von Wien und Berlin. Um die wechselseitig erhobenen Beschwerden richtig zu würdigen, muß der Umschwung der europäischen Lage seit Abschluß jenes Vertrags ins Auge gefaßt werden.

Der König von Ungarn und Böhmen hatte sich darin verpflichtet, mit der Pforte einen Waffenstillstand zu schließen, dem so bald wie möglich der Friede auf Grund des Standes vor dem letzten Kriege folgen sollte; bis dahin sollte er sich jeder Beteiligung am Kriege Rußlands gegen die Türkei enthalten, und der Friede zwischen den beiden letztgenannten Mächten sollte als eine vom Reichenbacher Vertrag völlig unabhängige Angelegenheit betrachtet werden. Der

[1]) H. König, G. Forsters Leben, II, 92.
[2]) Juste, 37.

ersten Verpflichtung kam Oesterreich pünktlich nach. Obwohl General Clerfait unmittelbar vor der Einigung in Schlesien einen namhaften Erfolg auf dem Kriegsschauplatz an der Donau erstritten hatte und durch die Vereinigung der Armeen Suwarows und des Prinzen von Koburg Aussicht auf einen glücklichen Hauptschlag eröffnet war, wurden auf die erste Nachricht von der Reichenbacher Konvention die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie eingestellt. Am 19. September wurde zu Giurgewo ein Waffenstillstand auf neun Monate abgeschlossen; bis zum Ablauf dieser Frist sollte auf einem demnächst zu berufenden Kongreß der Friede geschlossen werden.[1])

Es wurde schon geschildert, welch schlimmen Eindruck die Aussöhnung Preußens mit Oesterreich in denjenigen Erblanden, die zum Widerstand gegen die Dynastie von Berlin aus ermutigt worden waren, hervorrief. Nicht weniger peinlich wirkte die Nachricht im Divan. Zwar wäre das türkische Hauptheer wahrscheinlich verloren gewesen, wenn nicht jenem Vertrag gemäß die Trennung der Oesterreicher von den Russen erfolgt wäre; trotzdem wurde der Vorwurf laut, daß sich das Berliner Kabinett seinen bundesmäßigen Verpflichtungen in der Hauptsache entzogen habe; Trost gewähre nur die Hoffnung, daß Preußen nunmehr mit ungeteilten Kräften gegen Rußland sich wenden werde.

Auch in Deutschland wurde der Ausbruch des Krieges mit Rußland als nahe bevorstehend betrachtet. „Den Preußen ist es ernst, einen Blutgang mit den Russen zu wagen," schrieb Schubart in den Tagen der Frankfurter Feste, „50 000 ihrer Krieger zucken schon an der Russischen Grenze das Schwerdt, 20 000 mannfeste Pommern falten die Stirne und harren auf das Befehlswort: Feuer! . . . Wenn es zwischen den Preußen und Russen zum Raufen kommt, so wird der Kampf erschrecklich seyn, denn beede Nazionen sind die streitgeübtesten in der Welt, und erstere brennen vor Begierde, ihren erworbenen Kriegsruhm vor aller Welt zu behaupten. Ihr Oberfeldherr (Karl Wilhelm Ferdinand Herzog von Braunschweig) ist der Erste der Welt, und wenn er seinen Huth quer sezt, so gilt es Sieg oder Tod!"[2])

Doch die maßgebenden Kreise in Berlin waren, insbesondere seit Schweden zu Werelä Frieden mit Rußland geschlossen hatte, auf einen Krieg an der Ostgrenze nicht erpicht. Auf die dringenden Vorstellungen des Großwesirs wurde erwidert, ein Winterfeldzug im Norden sei mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden; auch möge erst die Pforte selbst den Krieg ernster und eifriger betreiben; seit die preußische Vermittelung den Abzug der Oesterreicher erwirkt habe, sei gegen die schwachen Russen auf dem Kriegsschauplatz nichts Ernstes mehr unternommen worden. Vor allem mußte die Besorgnis, trotz des Reichenbacher Vertrags auch die Oesterreicher im Felde gegen sich zu haben, von entschiedenem Auftreten gegen Rußland abhalten. Unmittelbar vor der Kaiserkrönung kam es zwischen Kaunitz und Jacobi zu heftigen Auseinandersetzungen.[3])

---

[1]) Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches, VI, 796.

[2]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1790, 677.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Korrespondenz mit Hertzberg, 1790. Bericht Jacobis vom 29. September 1790.

Kaunitz stellte die Behauptung auf, im Reichenbacher Vertrag habe der König von Ungarn zwar die Zusage gewährt, Rußland im Kampfe mit der Pforte nicht mehr zu unterstützen, allein diese Verpflichtung wäre als erloschen zu betrachten, sobald Preußen an Rußland den Krieg erklären würde. Oesterreich will eben, bemerkte dazu Jacobi in seinem Berichte, von seinen intimen Beziehungen zum Zarenreiche nicht ein Tüpfelchen aufgeben und dem guten Freunde wenigstens noch zur Erwerbung von Ozakow behülflich sein. Darauf erging Weisung an den Gesandten, gegen die „ebenso falsche, wie hinterlistige Auslegung des Vertrags" Verwahrung einzulegen; ebenso wurden die Wahlbotschafter in Frankfurt beauftragt, von Leopold selbst Aufklärung zu verlangen. Friedrich Wilhelm war entrüstet über das Verhalten Kaunitzens. „Das ist eine offene Verletzung des Reichenbacher Vertrags," schrieb er an seine Minister, „ich will sie ihnen vergelten, wie sie es verdienen!" Hertzberg suchte den Monarchen zu beruhigen. Entweder gebe der Kaiser eine Erklärung, wie Preußen sie fordere; dann werde auch Rußland, der Aussicht auf österreichische Hülfe beraubt, mit sich handeln lassen! Oder der Kaiser erkläre sich mit der Auslegung seines Ministers einverstanden; dann habe der König wieder freie Hand, um die Vorteile anzustreben, die er um der Erhaltung des Friedens willen aufgegeben habe; dann könne man wieder mit Polen und Ungarn in Verbindung treten und den Aufstand in Belgien neu beleben; von inneren und äußeren Feinden bedroht, werde der Kaiser bald bereuen, daß er in Reichenbach nur eine Falle gestellt habe. Auch die Vertreter von England und Holland teilten die preußische Auffassung, daß Oesterreich sich weder direkt noch indirekt am Krieg mit der Pforte beteiligen dürfe.

Dagegen blieb Kaunitz dabei, daß seine Auslegung allein dem Sinn der Worte entspreche. So viel Französisch, bemerkte er spitz gegen Jacobi, verstehe er doch auch, um einen Satz richtig übersetzen zu können; es sei doch nicht im Ernst zu verlangen, daß Oesterreich Gewehr bei Fuß zusehen müsse, wenn das befreundete Rußland angegriffen würde.

Allein Leopold war auch diesmal nicht geneigt, es auf offenen Bruch mit Preußen ankommen zu lassen. Die Auffassung Kaunitzens, erklärte er dem Grafen Goertz in Frankfurt, sei nicht die seine, doch wolle er den alten, verdienten Mann nicht öffentlich bloßstellen; das preußische Kabinett möge sich also damit begnügen, durch Jacobi dem Fürsten eröffnen zu lassen, daß der Streitfall durch befriedigende Aufklärung des Kaisers erledigt sei.

Damit war die Kriegsgefahr für den Augenblick beseitigt, doch der Groll nicht erloschen. Zwar spreche der Kaiser, berichtete Jacobi, nur in den wärmsten Ausdrücken von Preußen und dem preußischen Monarchen, allein die Handlungsweise des Wiener Kabinetts stehe nicht im Einklang mit so schönen Worten. Oesterreich habe ja nur notgedrungen, nicht aus aufrichtiger Friedensliebe in Reichenbach nachgegeben; naturgemäß werde es sich der aufgezwungenen Verpflichtungen so rasch wie möglich zu entledigen suchen. Deshalb habe es mit den Seemächten geheime Verhandlungen angezettelt, um sowohl die Absichten Preußens in Bezug auf die Garantie der belgischen Verfassung zu vereiteln, als auch in der orientalischen Frage vorteilhaftere Zugeständnisse zu erlangen.

Auch die Freundschaft mit Rußland bestehe ungeschwächt fort; Leopold widme, genau wie sein Vorgänger, der Zarin jede mögliche Aufmerksamkeit. Solange Kaunitz, Cobenzl und Lacy am Ruder seien, werde auch keine Aenderung eintreten; diese Todfeinde Preußens seien unablässig bemüht, auch im Reiche Mißtrauen und Mißgunst gegen Preußen rege zu machen, insbesondere den Kurfürsten von Sachsen ins österreichische Lager zu ziehen. „Ich befürchte, daß jetzt schon freundschaftliche Briefe zwischen Friedrich August und Leopold gewechselt werden; der König von Ungarn hat ihm seine Dienste angeboten, um ihm zur Krone Polens zu verhelfen." Leopold, das trete immer deutlicher zu Tage, sei wankelmütig und unzuverlässig. Während er in Toskana gegen die Priesterschaft feindselig aufgetreten sei, übe er jetzt gegen Klerus und Adel weitreichende Nachgiebigkeit. „Solange mir also nicht das Gegenteil bewiesen wird, werde ich immer befürchten, daß er seine Grundsätze in der Schule der Mazarin und Aldobrandini gebildet hat." In Ungarn habe er den störrischen Geist bezwungen, indem er vorsichtig und verschlagen die alte Lehre befolgte: Trenne die Unzufriedenen, und du wirst sie beherrschen! Trotzdem würde es, sobald es not thäte, nicht allzu schwer fallen, in Ungarn den Widerstand gegen die Dynastie wieder zu beleben.

Auch der preußische Kammerherr v. Reck machte in Wien ähnliche Beobachtungen. Hier sei alle Welt unzufrieden mit Preußen, schrieb er am 15. Dezember an Hertzberg, und von seiten der befreundeten Britten geschehe alles, um diese Entfremdung nicht schwinden zu lassen; wenn Preußen sich nicht in der Lütticher Frage und bei den Haager Verhandlungen zur Nachgiebigkeit entschließe, werde es trotz der aufrichtigen Friedensliebe des Kaisers zum Kriege kommen, und Oesterreich werde zu einem Waffengang mit Preußen nur allzu viele Bundesgenossen finden.

Man sieht, ein halbes Jahr nach der „Aussöhnung" in Reichenbach war die Lage so ziemlich wieder die nämliche, wie damals, als Goethe im preußischen Hauptquartier in Schönwalde mit Spannung erwartet hatte, ob „das hochgetürmte Gewölk den Krieg oder den Frieden bringen" werde.

Dritter Abschnitt.

Preußen und Polen. Der Kongreß in Sistowa. Der Staatsstreich in Polen. Der Streit mit Frankreich über die Rechte der Reichsfürsten im Elsaß. Leopold II. und die französische Revolution. Die Emigranten in Deutschland. Bischoffswerder und Herzberg. Die Zusammenkunft Leopolds und Friedrich Wilhelms in Pillnitz. Die Pillnitzer Deklaration.

Zu aufrichtiger Aussöhnung zwischen Oesterreich und Preußen, äußerte einmal Prinz Heinrich, werde es wohl nicht eher kommen, als bis sich Kaiser Joseph und König Friedrich nach dem Vorbild von Oktavian und Lepidus zu einer Teilung des deutschen Reiches verständigten. Etwas später — im Jahre 1769 — schrieb der Prinz, er müsse zugeben, daß jener an und für sich gesunde Plan aus mancherlei Gründen nicht ausführbar sei: vielleicht wäre zur Sättigung der geborenen Nebenbuhler besser eine Teilung Polens vorzunehmen.

Was Prinz Heinrich nur scherzweise als möglich und erwünscht angedeutet hatte, ging bald darauf in Erfüllung. 1772 vereinigten sich Preußen und Oesterreich mit Rußland zur Abreißung beträchtlicher Gebiete von der altersschwachen sarmatischen Republik; freilich ging die von Prinz Heinrich gehegte Hoffnung, daß die Bereicherung der Rivalen durch fremde Beute den alten Hader schwinden machen werde, nicht in Erfüllung.

Man hat lange Zeit in Deutschland eine „moralische Pflicht" darin erblickt, von der „Beraubung des ritterlichen Polens" nicht ohne Krokodilsthränen zu sprechen. Heute wird wohl kaum noch behauptet werden, daß nur sträfliche Raubgier des Königs von Preußen die Katastrophe verschuldet habe. Wenn nicht Friedrich die Teilung angeregt und durchgesetzt hätte, so wäre die ganze Republik unrettbar dem Zarenreiche verfallen. Noch andere gute Gründe fielen in die Wagschale. Preußen war auch nach dem Gewinn Schlesiens — nach

Friedrichs eigenem Ausdruck — ein Zwitter, der nicht mehr unter die Kleinstaaten einzuordnen war, doch ebensowenig sich den Großmächten an die Seite stellen konnte. Wenn sich daraus ein den historischen Mächten ebenbürtiger Staat entwickeln sollte, so mußte ihm das Verbindungsglied zwischen Ostpreußen und den alten Provinzen eingefügt werden. Und dieses Weichselland war schon in der Stauferzeit mit Deutschland vereinigt gewesen; deutsche Ritter hatten es für das Reich, deutsche Priester, Kaufleute und Bauern für die Kultur erobert. Es war also nur eine Wiederaneignung verlorenen Eigentums, wenn derjenige Staat, der das Erbe des deutschen Ordens angetreten hatte, das von den Polen erbeutete Kernland des Ordens wieder an sich riß.

Wie immer man übrigens über die Berechtigung zur Teilung Polens urteilen mag, jedenfalls war die Wirkung für das Land nur von Vorteil. Während es unter polnischem Regiment eine von Bettlern bewohnte Wüstenei geworden war, gedieh es nach der Vereinigung mit Preußen in kürzester Zeit zu erfreulicher Blüte; nirgend trat glänzender zu Tage, was der „Despotismus" eines aufgeklärten, pflichttreuen Monarchen für Landeskultur und Volkswohlfahrt zu leisten vermag.

Allein je kräftiger sich die neue Provinz entwickelte, desto störender wurde empfunden, daß gerade die zwei wichtigsten Städte des Weichsellandes, Thorn und Danzig, in polnischem Besitz geblieben waren. Durch die Eifersucht Oesterreichs und Rußlands war dem preußischen Anteil an der Beute das wichtigste Stück entzogen worden: deshalb lag in der ersten Teilung Polens schon der Keim zur zweiten. Denn die preußische Politik mußte fortan den Gewinn der beiden Weichselstädte als bedeutsamstes Ziel im Auge behalten. Nach dem Ausbruch des Türkenkriegs hatte Hertzberg den Plan gefaßt, Polen zu freiwilligem Verzicht auf die Städte gegen Zurückerlangung Galiziens zu bewegen; allein in Polen selbst war wenig Geneigtheit zu Tage getreten, und gerade mit Rücksicht darauf hatte Friedrich Wilhelm während der Reichenbacher Konferenzen den Plan fallen gelassen. Aufgegeben war jedoch der Gedanke nicht; immer wieder tauchten die Namen Danzig und Thorn in den Schriften der Minister und Diplomaten auf.

Seit April 1789 war Girolamo Lucchesini, der Tafelgenosse des alten Fritz, als Vertreter Preußens in Warschau beglaubigt; seine Aufgabe war „überaus schwierig und nicht ohne Zweideutigkeit, wie das der infolge der widerspruchsvollen Pläne Hertzbergs eigentümlich unsichere und schwankende Charakter der preußischen Politik mit sich brachte." [1]) Der verschlagene Italiener war jedoch seiner Aufgabe gewachsen; obwohl der Reichenbacher Vertrag in Polen als Abfall Preußens vom Bündnis mit Erbitterung aufgenommen wurde, wußte Lucchesini eine für das preußische Interesse gewonnene Partei zusammenzuhalten. Da die Polen die Entkräftung ihres Staates mit Recht der Schwäche der Zentralgewalt und insbesondere dem Mangel an einer geordneten Thronfolge zuschrieben, suchte jede Fraktion diesem Bedürfnisse nach ihrem Sinne abzuhelfen. Die Anhänger Preußens wollten die polnische Krone dem Prinzen Louis Ferdinand angeboten wissen; auch unter den zahlreicheren Freunden der

[1]) Bailleu in der Allg. deutschen Biographie, 19. Bd., 346.

sächsischen Kandidatur dachten viele an Vermählung der Erbtochter Friedrich Augusts mit einem preußischen Prinzen, auf welchen später der polnische Thron übergehen könnte. Hertzberg aber, dem es offenbar gelegen kam, den Absichten des Marchese entgegenzutreten, wie dieser in Reichenbach den kunstvollen Plan des Ministers zerstört hatte, widerriet jede engere Verbindung der Kronen Preußen mit Polen. Eine Vereinigung beider Reiche, führte er in einer Denkschrift an den König (6. September)[1]) aus, werde ja doch von den beiden Kaiserhöfen niemals zugelassen werden; auch die Erhebung eines preußischen Prinzen auf den polnischen Thron werde in Wien und Petersburg immer bekämpft werden; gesetzt den Fall aber, daß sie durchzusetzen wäre, könnte sie sogar Preußen zum Nachteil gereichen, wenn der neue König dem Interesse seines Reiches vor demjenigen seines Vaterlandes den Vorzug gäbe. „Preußen hat keinen gefährlicheren Feind, als ein geordnetes polnisches Reich unter einem Könige, der seine Kräfte gebrauchen will und kann!" Aus diesem Grunde sei auch die Erhebung eines Piasten nicht zu wünschen; ist er ein Schwächling, so wird er entweder russischem oder österreichischem Einfluß unterliegen; ist er kräftig und unternehmend, so kann Preußen, das gegen Polen völlig offene Grenzen hat, in bedrängte Lage geraten; eine starke polnische Regierung würde sofort mit den alten Ansprüchen auf Ost- und Westpreußen hervortreten oder doch dem Nachbarn die Hoheitsrechte über die Weichsel und den Danziger Hafen streitig machen. Aus allen diesen Gründen werde Preußen am besten fahren, wenn wieder ein Kurfürst von Sachsen die polnische Krone trage; derselbe wäre, um zum Ziele zu gelangen, auf freundschaftliche Dienste Preußens angewiesen, und würde sich auch als König schon in Anbetracht der geographischen Lage Sachsens der Rücksicht auf Preußen niemals entschlagen können.

Auch Finkenstein teilte die Auffassung seines Kollegen; nicht die Erhebung Friedrich Augusts auf den polnischen Thron, erklärte er, sondern nur eine endgültige Regelung der polnischen Thronfolge, die Aufrichtung eines erblichen Königsthrones in Warschau widerstrebe dem preußischen Interesse. Die beiden Minister drangen auch bei Friedrich Wilhelm mit ihren Vorstellungen durch; obwohl der König, von Lucchesini beeinflußt, dem politischen System Hertzbergs bereits mißtrauisch gegenüberstand, entschied er sich doch für Verzicht auf eine Kandidatur seines Neffen. Lucchesini machte nun den Vorschlag, die polnische Thronfrage vor den zu berufenden Friedenskongreß zu bringen. Auch hiermit war Finkenstein nicht einverstanden, da es nur dem Wiener Hofe eine Handhabe biete, sich auch in die polnischen Angelegenheiten einzumischen. „Was die Polen betrifft," fügte der Minister in einem vertraulichen Schreiben an seinen Amtsgenossen Hertzberg hinzu, „so habe ich ihnen niemals das geringste Vertrauen geschenkt und habe unser Liebesverhältnis mit der Republik immer nur als eine für den Augenblick berechnete Sache angesehen; es ist mit recht ernsten Bedenken verknüpft und wird uns früher oder später nicht bloß keinen Nutzen bringen, sondern uns sogar in unangenehme Händel mit den Nachbarn ver-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Kabinettsakten Friedrich Wilhelms II. Denkschrift Hertzbergs vom 6. September 1790.

wickeln." [1]) Auch Hertzberg machte seinem Groll über Leute, die sich unbefugter Weise in alle politischen Geschäfte drängten, in kräftigen Ausdrücken Luft, konnte aber nicht verhindern, daß die neuen Vorschläge Luccheſinis für die preußische Politik in den osteuropäischen Fragen den Beifall des Königs fanden und Luccheſini selbst mit Vertretung der preußischen Interessen auf dem Friedenskongreß in Sistowa betraut wurde.

Im Dezember 1790 fanden sich die Bevollmächtigten Oesterreichs, der Pforte und der Dreibundsmächte in dem unwirtlichen Städtchen an der Donau ein; die Russen hatten sich geweigert, den Kongreß zu beschicken, weil sie die Einmischung fremder Mächte nicht dulden wollten. In den Briefen des britischen Gesandten, Sir Murray Keith, an seine Schwestern wird uns das Leben in dem schmutzigen Bulgarenstädtchen in einer Reihe von artigen Genrebildern vor Augen gebracht. [2]) Die Gesandten mußten, zum Entsetzen mancher würdiger, alter Herren, in dürftigen Häuschen untergebracht werden; die Zimmer waren nicht viel größer als Taubenschläge; Sofas und Polster bildeten das ganze Hausgerät. Der eine und andere türkische Einwohner von Sistowa murmelte wohl, wenn der Vertreter einer abendländischen Macht des Weges kam, ein zorniges „Giaur" in den Bart; die Griechen grüßten respektvoll, doch nur mit den Augen, weil sie fürchteten, von ihren Tyrannen, den Türken, beobachtet zu werden. Die Diplomaten der Pforte benahmen sich im allgemeinen recht gesittet und höflich, insbesondere der hochbetagte Reis Effendi verlor niemals seine würdevolle Haltung und sein verbindliches Lächeln, aber die Schwerfälligkeit der Turbanträger wurde nur von ihrem Eigensinn übertroffen. „Die türkischen Bevollmächtigten sind wie Austern; daß sie sich fortbewegen, steht fest, aber es ist sehr schwer zu erkennen." „Wenn Mahomed seinen Beamten befohlen hat, eigensinniger zu sein als die Maulesel, dann ist sein Befehl wörtlich befolgt worden." [3]) Es dauerte lange, bis sich ein geeigneter Raum für die Sitzungen fand und die Reihe der Plätze festzusetzen war, denn die Türken hatten gegen alle Vorschläge religiöse Bedenken einzuwenden. „Die Religion ist für diese Herren immer der Mantel, mit dem sie ihre Unwissenheit oder ihren Eigensinn verbergen." Waren aber endlich die Türken befriedigt, so hatte gewiß einer der abendländischen Diplomaten eine Beschwerde vorzubringen. Welch herrliche Aussicht! ruft der Engländer aus, wir werden den ganzen Winter in bulgarischen Hütten zubringen müssen! „Freilich, wenn der Reis Effendi Recht behielte mit seiner Beteuerung, daß die vor der Festung Ismail stehenden Russen bald mit Schimpf und Schande abziehen müßten, würde auch der Kongreß rasch zu Ende sein; dann würde wohl auch die stolze Dame im Norden zum Frieden zu haben sein, doch es fragt sich, ob so stolze Zuversicht des türkischen Kollegen am Platze ist!"

Die Besorgnis des Briten war begründet. Am 22. Dezember wurde

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Korrespondenz zwischen Finkenstein und Hertzberg 16. Juni bis 19. September 1790. Schreiben Finkensteins vom 17. September 1790.

[2]) Sir Robert Murray Keith, Memoirs and correspondence, II, 324.

[3]) Ibid., 354.

Ismail, die stärkste aller Festungen an der Donau, von Suwarow mit stürmender Hand genommen; damit war dem ganzen Feldzug eine entscheidende Wendung zu Gunsten der russischen Waffen gegeben. „Moskovias Krieger," deklamierte Schubart in seiner „Vaterländischen Chronik", „jeder ein eherner, vorwärts rollender Turm, zerbrachen Festen, gingen über die Donau und fegen nun die Straße bis nach Stambul. ‚Ich bedarf keiner Vermittelung! Ich will allein Kriege zürnen, Frieden schließen!' Dies ist die Sprache der nordischen Riesin, und sie wird ihren furchtbaren Plan hinausführen, da das übrige Europa mit unbegreiflich politischem Phlegma dem herrischen Spiele zusieht!" [1]) „Seit der Würgeschlacht von Pultawa," schrieb Posselt, „stieg Rußland mit der Schnelle eines Wetterstrahls über die Völker empor, steigt täglich auf und wird, wenn sein grenzenloses Glück ihm noch einen Peter I. oder eine Katharina II. gibt, dastehn,

an den Sternen das Haupt,
mit der Rechten Kamschatschkas starrende Erdzunge fassend,
Herkules' Säulen mit der Linken!" [2])

Eine vielbeachtete Flugschrift „Ueber die Gefahr des europäischen Gleichgewichts" (London, 1790) beklagte in leidenschaftlicher Sprache, daß die Uebermacht des Moskowitertums das europäische Gleichgewicht aus den Fugen gerissen habe; nur durch geschlossenen Widerstand aller Nachbarn werde das abendländische Kulturleben zu retten sein.

Die Wirkung des russischen Sieges trat auch in Sistowa alsbald zu Tage. Der Gesandte Oesterreichs, Baron Herbert, nahm gegenüber den Osmanen und den Vertretern des Dreibundes einen fast drohenden Ton an, der mit der bisherigen Nachgiebigkeit des Kaisers in auffälligem Widerspruch stand. [3]) Oesterreich hatte sich in Reichenbach zum Frieden mit der Pforte auf Grundlage des Besitzstandes vor dem Kriege verpflichtet; jetzt wurde die Zusage von Herbert dahin gedeutet, daß nicht der Besitzstand, wie er vor dem Kriege war, sondern wie er vor dem Kriege hätte sein sollen, zu verstehen sei. Mit dieser Wendung war beabsichtigt, die durch frühere Verträge mit der Pforte in Aussicht gestellte Abtretung von Alt-Orsowa und den Distrikt der Unna zu erreichen und zugleich dem russischen Kabinett, das den Abschluß des Friedens möglichst hinausschieben wollte, Gefallen zu erweisen. [4]) Andrerseits traten Preußen und England mit der einen Forderung auf, daß Oesterreich sich förmlich verpflichten sollte, Rußland nicht weiter zu unterstützen. In Wien suchten Baron Jacobi und Lord Elgin den österreichischen Staatsmännern begreiflich zu machen, daß die ungeheuren Erfolge der russischen Waffen für die österreichische Monarchie nicht weniger bedrohlich seien, als für andere Staaten; die Erwerbung von Ozakow sei für Rußland nicht notwendig, der Besitz der Krim müsse ihm genügen. [5]) Endlich

[1]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1790, 890.
[2]) Ebenda, 800.
[3]) Zinkeisen, VI, 808.
[4]) Beer, Die orientalische Politik Oesterreichs seit 1774, 142.
[5]) Preuß. St.-Archiv. Correspondance du Roi avec le baron de Jacobi-Kloest 1791. Erlasse an Jacobi vom 24. Januar, 2. u. 4. Februar 1791.

machten auch die Osmanen in Sistowa insofern Schwierigkeiten, als sie nicht die Konvention von Reichenbach, an welcher sie keinen Anteil gehabt hätten, sondern nur den zwischen dem Prinzen von Koburg und dem Großwesir vereinbarten Waffenstillstand als Grundlage des Friedens gelten lassen wollten.[1] Die Türken, schrieb Keith (17. Januar), wüßten recht gut, daß sie nur einen Weg zu gehen hätten; trotzdem seien sie so halsstarrig, daß ihnen selbst das kleinste Zugeständnis abgerungen werden müsse. Auch die freilich in manchen Fällen nur erheuchelte Unwissenheit der Moslemin war ein lästiger Hemmschuh. „Nicht wahr, Spanien liegt doch in Afrika?" fragte einer von den Mollah in voller Seelenruhe vor allen Kollegen.[2] Unter solchen Umständen war natürlich ein gedeihlicher Fortgang der Verhandlungen nicht möglich; fast ein ganzer Monat verstrich, bis endlich einmal der Reichenbacher Vertrag und der unbeschränkte status quo von allen Teilnehmern endgültig als Ausgangspunkt der Verhandlungen anerkannt wurden. Daß es überhaupt so weit kam, war das Verdienst Luccheſinis, dessen Diplomatenkünste sogar am österreichischen Gesandten einen aufrichtigen Bewunderer hatten. „Luccheſini hat die Türken und die Vermittler alle unterjocht," schrieb Herbert nach Wien, „er ist die bewegende Kraft von allem, was hier geschieht." Um so mehr sei zu beklagen, daß Oesterreich unter den preußischen Staatsmännern keinen leidenschaftlicheren Gegner habe, als den listigen Welschen. In Wien sah man auch mit Mißtrauen auf die Entsendung eines außerordentlichen türkischen Gesandten an den Berliner Hof; nicht minder beunruhigte ein Gerücht, Friedrich Wilhelm beabsichtige, noch bei Lebzeiten des Markgrafen Karl Alexander die fränkischen Markgrafschaften Ansbach und Baireuth an sich zu reißen. Darauf wurde Jacobi beauftragt, dem „Klatsch" entgegenzutreten; der Markgraf werde regieren bis ans Ende seiner Tage, der König denke gar nicht an Entfernung eines so sparsamen Regenten, der jährlich einige hunderttausend Thaler Staatsschulden abtrage. Trotzdem erhielt sich die Spannung der beiden Höfe. Aufrichtige Freundschaft mit Oesterreich wäre ja freilich eine schöne Sache, schrieb Hertzberg (11. Februar 1791) an Jacobi, aber das Wiener Ministerium werde niemals ehrlichen Handschlag bieten, sondern immer lieber unter dem Schein von Offenheit und Legalität seine gefährlichen Ränke weiterspinnen. Um nichts freundlicher beurteilte Jacobi die Aufrichtigkeit der Wiener Staatsmänner. „Was mir die friedlichen Absichten des Wiener Hofes besser als solche Beteuerungen zu verbürgen scheint, ist die kritische Lage, in welche er geraten ist, weil es an gutem Einvernehmen zwischen Souverän und Unterthanen fehlt. Man kann in Wahrheit sagen, daß noch mindestens die Hälfte der Oesterreicher mit dem gegenwärtigen Regiment unzufrieden ist. Der Kaiser hat so viel Leuten das Versprechen gegeben, allen Beschwerden abzuhelfen, daß es ihm jetzt nicht möglich ist, allen sein Wort zu halten." In Ungarn dauere der Zwist zwischen Katholiken und Protestanten fort, und von beiden Parteien werde über Nichterfüllung kaiserlicher Versprechungen Klage geführt. In Belgien sei der Geist der Empörung keineswegs

[1] Zinkeisen, 809.
[2] Keith, 343.

bezwungen; Graf Mercy habe über die Aussöhnung der Wallonen wenig Tröstliches zu berichten. Doch auch durch diese Schwierigkeiten werde nicht verhindert, daß sich der Kaiser mit ehrgeizigen Plänen trage; die Abrundung der Erblande durch venetianische und mailändische Gebietsteile sei offenbar ein Lieblingswunsch des Kaisers, auch das Veltlin werde als notwendiges Verbindungsglied zwischen den italienischen und den deutschen Kronlanden angestrebt.

Die Schuld an der Verschleppung der Friedensverhandlungen schoben sich die österreichischen und die preußischen Diplomaten wechselseitig zu. Wenn Spielmann in Wien gegen „das, was er Metaphysik nannte", und „die scholastischen Verwickelungen der diplomatischen Erklärungen in Sistowa" loszog, erwiderte Jacobi: Diese Verwickelungen hat einzig und allein Baron Herbert ins Leben gerufen, „von ihm ist mit der spitzfindigen Unterscheidung von ‚vorläufiger' und ‚vorbereitender' Grundlage der Anfang gemacht worden." Dazu hat unseren Gesandten nur die Haltung der vermittelnden Mächte gezwungen, schloß Spielmann die erregte Debatte (20. Februar), man weiß ja, daß der kaiserliche Hof in Sistowa noch empfindlicher gedemütigt werden soll, als in Schlesien! —

Der Streit in Sistowa drehte sich insbesondere um die Doppelforderung, daß die Bürgschaft des Königs von Preußen in den Friedensvertrag aufgenommen und auch des Reichenbacher Vertrags ausdrücklich Erwähnung geschehen sollte. Der erste Punkt, so war der Vertreter Preußens angewiesen, könne nötigenfalls aufgegeben werden, der zweite unter keinen Umständen; die Würde der Krone verbiete solche Nachgiebigkeit.

Doch ebenso bestimmt weigerte sich das Wiener Kabinett, auf die preußische Forderung, die eine unerträgliche Demütigung des Kaisers bedeute, sich einzulassen. „Alles, was der Wiener Hof in Reichenbach versprach," schrieb Kaunitz (8. April 1791) an den preußischen Gesandten, Fürsten von Reuß, „hat derselbe wirklich erfüllt oder zu erfüllen sich bereit erklärt! . . . Enthalten die Reichenbacher Deklarationen das Versprechen oder das Verlangen, daß sie im Friedensinstrument angeführt, bestätigt oder in wesentlichen Punkten wiederholt werden sollen? Nein! Also kann es auch nicht gefordert werden!" Nur für den Fall könne das Wiener Kabinett von seiner Weigerung abgehen, wenn auch ein feierlicher Verzicht Preußens auf alle Erwerbungen in Polen in die Friedensurkunde Aufnahme fände.

Auf diese Wendung wollte man sich aber in Berlin nicht einlassen. Hertzberg und Finkenstein rieten dringend ab, sich zu der angesonnenen Verzichtleistung zu verstehen (19. April). Wenn auch die in Wien beliebte Auslegung nichts anderes als eine neue Chicane bedeute, so empfehle sich doch, unter den gegebenen Verhältnissen lieber auf der Erwähnung des Reichenbacher Vertrags nicht weiter zu bestehen. „Wenn wir auf diesen Vorschlag des Wiener Kabinetts eingehen, kann dasselbe nicht mehr beanspruchen, daß Ew. Majestät auf jede Erwerbung verzichten, und wir behalten freie Hand in Bezug auf Danzig." Da der König die Auffassung seiner Minister teilte, wurde Jacobi angewiesen, den Verzicht auf die Einfügung des Reichenbacher Vertrags anzuzeigen, zugleich aber gegen die von Wien aus systematisch betriebene Verhetzung der Polen Verwahrung einzulegen; Preußen wünsche die Erwerbung von Danzig, doch werde

an gewaltsame Aneignung nicht gedacht; man könne ruhig abwarten, bis sich die Polen selbst zur Abtretung bereit erklären würden.

Die Spannung zwischen den preußischen und österreichischen Diplomaten dauerte fort, und der Gegensatz wurde noch verschärft durch ein Ereignis, das für Polen und die Nachbarmächte der Ausgangspunkt einer neuen Zeit zu werden schien. Eines Tages rief Fürst Kaunitz an offener Tafel dem gegenüber sitzenden preußischen Gesandten zu: „Haben Sie schon die große Neuigkeit aus Warschau vernommen?" Als Jacobi verneinte, sagte der Fürst in ernstem Tone: „In Polen ist die Revolution ausgebrochen." [1])

Der starke Ausdruck wurde von Kaunitz, der aus seiner Abneigung gegen die Polen nie ein Hehl machte, gewiß mit Absicht gewählt; berechtigt war derselbe nicht, da nicht mit Mißachtung der bestehenden Gesetze zu Werke gegangen wurde. Denn schon seit September 1789 war ein vom Reichstag gewählter Ausschuß damit betraut, eine Reform der Verfassung durchzuführen, mit dem ausgesprochenen Zwecke, dem unwürdigen Einfluß der Fremden Schranken zu setzen. Da die Russen, die in Polen den stärksten Anhang hatten, insbesondere seit den glänzenden Erfolgen an der Donau ihr Ziel, die polnische Republik vom Zarenthrone abhängig zu machen, dreister und offener verfolgten, glaubten König Stanislaus und die „Patrioten" nicht mehr länger säumen zu dürfen; die Warnungen des preußischen Gesandten, der in zwölfter Stunde Wind bekommen hatte, beschleunigten die Ausführung. Am 3. Mai gab der König im Reichstag, während von ihm Mitteilungen über eine Finanzfrage erwartet wurden, plötzlich eine Erklärung ab, der gesetzlich berufene Reformausschuß habe seine Arbeit beendigt, und um eine von übermächtigen Nachbarn geplante, neue Zerreißung Polens zu verhüten, müsse unverzüglich über Annahme der neuen Verfassung Entscheidung getroffen werden. Trotz entrüsteten Widerspruches der russischen Partei wurde der Entwurf verlesen. Der polnische Thron soll fortan im Hause Kursachsen erblich sein; demnach soll nach Ableben des jetzigen Königs der Kurfürst von Sachsen ohne weiteres die Regierung übernehmen; da auch dieser ohne männliche Nachkommen, soll seine einzige Tochter Marie Auguste zur Infantin von Polen, ihr künftiger Gemahl zum König erhoben werden, und mit ihm soll eine neue Erblinie beginnen. Auch sollen dem Träger der Krone freiere Bewegung und stärkerer Einfluß eingeräumt, vor allem das liberum veto, das Einspruchsrecht, das jedem einzelnen Landboten die Möglichkeit gewährte, den ganzen Reichstag lahm zu legen, abgeschafft werden. Außerdem soll die Scheidewand zwischen Adel und Bürgerstand fallen, die Leibeigenschaft aufgelöst werden, alle Polen sollen gleiche Rechte genießen und gleiche Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen haben. [2])

Schon das Verlesen des Verfassungsentwurfes im Reichstag wurde wiederholt durch Ausbrüche des Unwillens unterbrochen; nach Beendigung des Vortrags beklagten zahlreiche Redner ebenso die geplanten Neuerungen, wie die Ueberhastung des wichtigen Unternehmens, insbesondere die Landboten aus den an

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 9. Mai 1791.

[2]) Polit. Journ., Jahrg. 1791, I, 475.

Rußland grenzenden Provinzen erhoben den Weheruf, die Abschaffung des Wahlrechts sei das Grab der polnischen Freiheit. Doch die Abstimmung ergab einen glänzenden Sieg der Patrioten; der König und die Mitglieder des Reichstags beschworen die neue Verfassung; ein Tedeum im Dom beschloß die Feier.

Rasch verbreitete sich die Kunde von diesen Vorgängen in den europäischen Hauptstädten; im allgemeinen wurde sie wohlwollend aufgenommen. Das Hamburger politische Journal spendete „dem Genie und der Entschlossenheit" des bisher verkannten Poniatowsky begeistertes Lob; während das Königtum in Frankreich zu ärmlicher Bedeutungslosigkeit herabgesunken sei, habe sich Polen wieder mit einem kühnen Ruck in den Sattel geschwungen; nun werde es wieder beachtet werden müssen im europäischen Rate, denn „solange Polen monarchisch beherrscht wurde, war es blühend und der Gesetzgeber des Nordens".[1])

Auch Schubart verglich den politischen Staatsstreich mit der Umwälzung in Frankreich.[2]) „Es ist ein großes Gedankenfest für den Philosophen, daß sich zu gleicher Zeit zwei der mächtigsten Reiche in Europa aus einer verdorbenen Verfassung in eine bessere hinauszudringen streben. Wiederherstellung der Menschenwürde, Philosophie und Freiheit — Begriffe, die man in despotischen Staaten kaum atmen darf — sind jetzt zu Warschau, wie in Paris im Schwunge. Der Pole arbeitet sich aus der Halbbarbarei heraus; er ist gleichsam noch halb Mensch und halb Erdkloß (!). Der Franke aber übernahm die weit schwerere Arbeit: die durch Gewaltthat und Sittenlosigkeit verlorene Schnell- und Thatkraft wieder herzustellen. Beide Reiche brauchen einerlei Mittel, nämlich Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit und Auswurzelung des Despotismus und Adelsstolzes." In den nächsten Monaten kam Schubarts Organ immer wieder mit schwärmerischen Lobsprüchen auf die Schöpfung des 3. Mai zurück, jenes Tages, „der in der polnischen Geschichte seines gleichen nicht hat, auf den die Völker der Erde mit Staunen hinblicken und der in den Kabinetten der benachbarten Mächte wirken mußte, wie der Posaunen Getön aus Horebs Wetternacht". Skeptischer betrachtete Schlözer den Umschwung in Polen; schon die erste Mitteilung der neuen Konstitution wurde von ihm mit kritischen Glossen versehen, und ein halbes Jahr später führte er bittere Klage über die „fortdauernde, durch die neue Konstitution sanktionierte, innere Sklaverei der polnischen Nation".[3]) Von heilsamem Erfolg der vielversprechenden Zusicherungen der Verfassung wollte auch der den Polen wohlgesinnte Reisende, der über einen Besuch Polens im Sommer 1791 in der Berlinischen Monatsschrift berichtete, nicht viel beobachtet haben.[4]) „Bei allen Staatsänderungen ist die Ausführung das Schwierigste, wie wir itzt an Frankreich sehen; zumal in Polen, wo jeder herrschen wollte und geordnete Einrichtungen als das Grab der Freiheit ansah, ließ sich wohl manches Gute beschließen, aber bis itzt fast nichts durchsetzen."

Welchen Anteil hatten Preußen und Oesterreich am polnischen Staatsstreich? Die Frage ist, obwohl diplomatische Aktenstücke in Menge bekannt

[1]) Polit. Journ., Jahrg. 1791, I, 479.
[2]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 307, 331 ff.
[3]) Staatsanzeiger, 16. Bd., 328; 17. Bd., 130.
[4]) Berlinische Monatsschrift, 18. Bd., 162.

geworden sind, schwer zu beantworten, weil sich nicht mit unbedingter Sicherheit entscheiden läßt, welche Aeußerungen aufrichtig gemeint, welche auf Täuschung des Gegners berechnet waren. Während Sybel für die Ansicht eintrat, daß Kaiser Leopold, ein warmer Freund der Wiedergeburt Polens, den Plan der polnischen Patrioten gekannt und gefördert habe,[1] folgerte Ernst Herrmann, getreu der alten polnisch-französischen Auffassung, aus den nämlichen Schriftstücken, daß Leopold aus absolutistischer Neigung die russischen Interessen begünstigt, die Verfassung vom 3. Mai als ein Werk preußischen Einflusses gehaßt und verfolgt habe.[2] Sybel wies darauf hin, daß einige der eifrigsten Reformfreunde zur alten österreichischen Partei gehörten, daß sich polnische Edelleute am Hofe Leopolds immer besonders ehrenvoller Aufnahme zu erfreuen hatten, daß insbesondere die Fürstin Czartoriska voll Rührung die warmherzige Freundschaft Leopolds für ein freies Polen rühmte. Leopold habe sich mit dem Plane getragen, an der Weichsel ein starkes Königreich aufzurichten, dessen künftiger Herr, der Kurfürst von Sachsen, der historische und natürliche Bundesgenosse Oesterreichs, dem kaiserlichen Einfluß von Wittenberg bis Danzig und Riga zur Herrschaft verhelfen werde.[3] Allein

---

[1] Bernhardi, Gesch. Rußlands II, 2, 307 stimmt dieser Auffassung bei.

[2] Sybel, Gesch. der Revolutionszeit, I, 292. — E. Herrmann, Gesch. des russischen Staates, VI, 361. — E. Herrmann, Die österreichisch-preußische Allianz vom 7. Febr. 1792 und die zweite Teilung Polens. Eine Streitschrift gegen Prof. H. v. Sybel. — Sybel, Kaiser Leopold II.; Histor. Zeitschr. 10. Bd., 387. — E. Herrmann, Die polnische Politik Kaiser Leopolds II.; Forschungen zur deutschen Gesch., IV, 385; V, 237. — Sybel, Noch einmal über Leopold II. gegen E. Herrmann; Histor. Zeitschrift, 12. Bd., 260. — Sybel, Polens Untergang und der Revolutionskrieg; Histor. Zeitschr. 23. Bd., 66 (wiederholt gedruckt in Vorträge und Aufsätze, 175).

[3] Sybel hat die Behauptung, daß Kaiser Leopold als der eigentliche Urheber des polnischen Staatsstreiches anzusehen sei und auch den Gedanken der sächsisch-polnischen Personalunion zuerst aufgefaßt habe, später nach Einsichtnahme der Korrespondenz des kaiserlichen Gesandten in Warschau, du Cache, fallen gelassen, doch daran festgehalten, daß Leopold für einen entschiedenen Freund der polnischen Bestrebungen zu gelten und sich des neuen polnischen Zustandes mit Wärme und Thatkraft angenommen habe (Vorträge und Aufsätze, 183). Er weist darauf hin, daß schon am 9. Mai 1791 von Leopold dem Lord Elgin proponiert worden sei, nach Abschluß der beabsichtigten Allianz Oesterreichs, Englands und Preußens die Garantie der Besitzungen und der Verfassungen auch auf Polen auszudehnen. Allein schon Herrmann hat Bedenken geäußert, ob Leopold dabei wirklich an die Verfassung vom 3. Mai gedacht habe, ob er überhaupt schon am 9. Mai in Florenz, wo er die erwähnte Unterredung mit Lord Elgin hatte, von Vorgängen in Warschau vom 3. Mai Kenntnis gehabt haben könne. Sybel will den Einwand nicht gelten lassen; wenn die Nachricht über die Proklamation der Maiverfassung, sagt er, schon am 6. Mai in Berlin bekannt war, so konnte sie auch ohne besonderen Kraftaufwand bis zum 9. Mai nach Florenz gelangen und niemand wird es Herrmann glauben, daß eine so welterregende Kunde nicht bis dahin schon zu Leopold gedrungen wäre. Das Bedenken Herrmanns scheint mir aber nicht so unbegründet zu sein. In deutschen Zeitungen taucht, so weit ich es auf Grund des mir erreichbaren Materials übersehen kann, vor dem 10. Mai keinerlei Nachricht über den Vorgang in Warschau auf; die Mitteilungen an genanntem Tage beschränken sich auf allgemeine Andeutungen; erst mehrere Tage später werden eingehendere Schilderungen gebracht. Ob wirklich in dem immerhin noch ein paar Tagreisen entfernten Florenz am 9. Mai so genaue Kunde eingetroffen sein konnte, daß der Kaiser schon über Garantie der neuen Verfassung verhandeln mochte, ist mindestens zweifelhaft.

Sybel beruft sich ferner auf eine Depesche vom 24. Mai, wodurch Kaunitz den Grafen Cobenzl anwies, bei Rußland die unbedingte Anerkennung der neuen Verfassung Polens zu

auch Sybel mußte zugeben, daß manche Aeußerungen und Vorfälle gegen eine selbstthätige Teilnahme Oesterreichs am Staatsstreich sprechen, und was noch wichtiger, er mußte einräumen, daß noch im Juni 1791 das ganze diplomatische Corps in Wien der Ansicht war, das kaiserliche Kabinett wolle auch in dieser Frage zu Rußland halten und deshalb die gegen Rußland gerichtete, durch preußische Umtriebe angestiftete Warschauer „Revolution" erdrücken. Jedenfalls ging Sybel zu weit, wenn er, nur auf hypothetische Beweise gestützt, behauptete, die Regeneration Polens sei als der eigentliche Brennpunkt der Politik Leopolds II. anzusehen, wie auch die Behauptung, daß die von Leopold begünstigte Verschmelzung Polens und Sachsens die politische Vernichtung Preußens bedeutet hätte, eine Uebertreibung ist. Freilich ist der Auffassung Herrmanns, daß preußischer Einfluß die Patrioten zum Staatsstreich ermutigt habe, ebensowenig beizupflichten. Es ist schon deshalb nicht glaublich, weil die wichtigste Bestimmung der Maiverfassung, die Aufrichtung einer erblichen Thronfolge in Polen, dem preußischen Interesse zuwiderlief. Hertzberg war denn auch über den hinter dem Rücken des „Bundesgenossen" ausgeheckten „Theatercoup" höchst aufgebracht, und im gutachtlichen Bericht des Ministeriums an den König (6. Mai) wurde

---

beantragen. Allein wenn man den von Sybel selbst mitgeteilten Inhalt dieser Depesche näher ins Auge faßt, so läßt sich wahrnehmen, daß die Forderung des Fürsten Kaunitz nicht aus Sympathie mit den polnischen Patrioten, sondern nur aus Abneigung gegen Preußen hervorgegangen ist. Kaunitz preist den Vorteil, den ein festes Zusammengehen der beiden Kaiserhöfe gegenüber der verwerflichen, immer treulosen Politik Englands und Preußens biete, und spricht die Hoffnung aus, Rußland werde sich niemals hinter dem Rücken seines treuen Bundesgenossen mit Preußen oder Türken einlassen. Die Herrschsucht Englands, das alle Staaten des Kontinents meistern wolle, sei unerträglich; Preußens Absicht gehe offenbar dahin, seine Herrschaft auf polnischem Boden möglichst auszudehnen. Dies mache zur Pflicht, auch den polnischen Staat möglichst stark und kräftig zu machen, damit er sich der preußischen Anfechtungen erwehren könne. Rußland habe allerdings früher ein Interesse daran gehabt, daß Polen geschwächt werde; heute verhalte sich dies anders; um die neue Verfassung umzustoßen, würde Katharina die preußische Mitwirkung nicht umgehen können; jeder neue Fortschritt Preußens aber sei ebenso eine Gefahr für Rußland, wie für Polen; man müsse also die neue Verfassung anerkennen, um Polen gegen Preußen in der Hand zu haben.

Die Depesche vom 24. Mai beweist also nichts anderes, als daß Kaunitz den Umschwung in Polen, den man nicht ungeschehen machen konnte, gegen Preußen auszunutzen suchte; an „warme" und „thatkräftige" Teilnahme an der Wiedergeburt Polens braucht um solcher Worte willen nicht gedacht zu werden.

Auch haben wir ein unverfängliches Zeugnis dafür, daß Leopold den Argwohn seines Kanzlers geteilt und in Preußen den Anstifter des polnischen Staatsstreiches erblickt habe. Von Mantua aus schrieb Leopold am 20. Mai 1791 an Kaunitz — der Brief ist erst nach dem letzten Sybelschen Aufsatze von Beer (Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, ihr Briefwechsel, 404) veröffentlicht worden —: „Die in Polen ausgebrochene Revolution ist ein außerordentlich wichtiges Ereignis; es ist wahrscheinlich, daß die ganze Nation dabei nicht stehen bleiben wird; man muß vor allem abwarten, was Rußland dazu sagen wird, denn offenbar unterhält der Berliner Hof heimliches Einverständnis mit dem König von Polen und schmiedet Pläne, die sächsische Prinzessin mit dem zweiten Sohne des Königs von Preußen zu vermählen." Mit dieser Auffassung des Staatsstreiches stimmt überein, daß Leopold am 25. Mai zu Lord Elgin sagte, angesichts der bedenklichen, alle Nachbarn bedrohenden Verfassungsänderung in Polen müsse er vorsichtig zu Werke gehen, könne also seine guten Beziehungen zu Rußland nicht auf einmal opfern und nach Englands und Preußens Wünschen mit der Pforte Frieden machen.

die Behauptung wiederholt, Preußen sei nur dann gegen große Gefahren gesichert, wenn in Polen die Wahlfreiheit, d. h. die Anarchie erhalten bleibe. Da aber noch immer ein Krieg mit Rußland zu befürchten und von England nach den letzten Kundgebungen des Volkswillens keine Hilfe zu erwarten war, durfte man sich nicht auch noch Polen zum Feinde machen. Deshalb wurde dem polnischen Botschafter in Berlin die vollste Zufriedenheit mit den Vorgängen in Warschau ausgesprochen, und Jacobi in Wien mußte erklären, Preußen werde, obwohl in keiner Weise am Ausbruch der polnischen Revolution beteiligt, die Beschlüsse einer freien Nation achten und anerkennen und auch die Wahl des trefflichen Kurfürsten von Sachsen freundlich unterstützen. Hinwieder bestärkte die Wärme dieser preußischen Versprechungen den Fürsten Kaunitz im Argwohn, daß hinter den Beschlüssen des polnischen Reichstages eine preußische Intrigue stecke und die Abtretung Danzigs den Preis für die überraschende Willfährigkeit des Berliner Kabinetts bilden werde. Kaunitz empfahl deshalb entschiedenes Zusammengehen mit Rußland, allein Leopold, immer der behutsame Politiker, fuhr fort zu versichern, daß er einer „Wiedergeburt" Polens aufrichtiges Wohlwollen entgegenbringe.[1]) Er forderte nicht bloß England und Preußen zur Gewährleistung der Maiverfassung auf, sondern stellte auch in Petersburg den Antrag, Rußland möge den Kurfürsten von Sachsen als Erbkönig Polens anerkennen; in Dresden suchte er dahin zu wirken, daß der Kurfürst aus Rücksicht auf die Zarin von der Forderung einer noch stärkeren Krongewalt in Polen abstehe. Man braucht die Gönnermiene Leopolds durchaus nicht, wie Herrmann verlangt, nur als eine Maske des „Virtuosen der Verstellung" zu betrachten. Es war gewiß nicht ernst gemeint, wenn Leopold seine Haltung damit begründete, daß die monarchische Kräftigung Polens als europäisches Bedürfnis gefordert werde, aber andere Interessen kamen ins Spiel. Vom Wiener Hofe ging die Anregung aus, daß die Erbfolge auch auf die Brüder des Kurfürsten ausgedehnt werde; der älteste dieser Brüder war der Eidam Leopolds. Schon im Juni 1791 sprachen kaiserliche Diplomaten von einer permanenten Union Polens und Sachsens, wenn auch nur als von „sächsischen Velleitäten"; ein bestimmter Antrag wurde freilich erst nach Leopolds Ableben im März 1792 in Petersburg gestellt. „Dieser Plan war es," sagt Sybel, und für die Regierung Franz II. ist der Vorwurf nicht unbegründet, „der Preußen auf der Stelle hinüber in Rußlands Arme trieb und so das deutsche Bündnis gegen Frankreich von Anfang an durch den Keim des polnischen Haders vergiftete." —

Im Frühjahr 1791 hatte sich die europäische Lage so drohend wie möglich gestaltet. Je nachdrücklicher die Diplomaten die Friedlichkeit ihrer Regierungen beteuerten, desto eifriger wurden die Kriegsrüstungen fortgesetzt.

Aus Berlin brachten die Zeitungen nur kriegerische Stimmungsbilder. „Der militärische Geist," versicherte Schubarts Chronik, „ist wieder in den Preußen erwacht, sie wollen nicht mehr mit der Feder, sie wollen mit dem Degen in der Faust verhandeln. ‚Krieg ist mein Lied, weil alle Welt Krieg will, so sei es

[1]) Ueber den Zwiespalt der Meinungen in Wien, s. Sybel, Historische Zeitschrift, 12. Bd., 275.

Krieg.' So singt man jetzt in Potsdam, unter dem Schalle der wirbelnden Trommel, nahe am Totengewölbe Friedrichs des Einzigen, daß sich die heiligen Gebeine bewegen!" [1]) Der Krieg wäre vielleicht auch ausgebrochen, wenn nicht in Großbritannien, dessen Regierung die Rolle eines bewaffneten Friedensstifters zwischen Rußland und der Pforte übernommen hatte, die Kriegspartei eine jähe Niederlage erlitten hätte. In einer stürmischen Sitzung des Unterhauses am 12. April wurde zum Beschluß erhoben: da England sich ein für allemal nur zur Selbstverteidigung in Krieg einlassen dürfe, sei weder gegen Rußland, weil es die englische Vermittelung abgelehnt habe, noch gegen Frankreich, dessen Bevölkerung endlich im Staate Ordnung schaffen wolle, eine drohende Haltung zulässig. Umsonst wies Edmund Burke, der unversöhnliche Gegner des revolutionären Frankreichs, darauf hin, daß in Paris nicht zu Gunsten gesetzlicher Ordnung, sondern der wildesten Gesetzlosigkeit gestritten werde, daß also ganz Europa ein dringliches Interesse daran habe, die Allen gefährliche Brunst in Frankreich zu löschen; umsonst hob Pitt hervor, daß man sich nicht bloß um Oczakow zanken oder gar für die Abtretung Danzigs an Preußen erhitzen wolle, sondern daß es für Großbritannien die wichtigste Lebensfrage sei, eine weitere Ausdehnung der russischen Herrschaft im Mittelmeergebiete zu verhüten. Das Ministerium errang zwar schließlich ein Vertrauensvotum, aber es mußte unter dem Drucke der vom russischen Gesandten Rostopschin geschickt bearbeiteten öffentlichen Meinung den Kurier, der in Petersburg das Ultimatum übergeben sollte, zurückrufen. [2])

Die Friedenskundgebung im englischen Parlament war insofern auch eine Niederlage der preußischen Politik, als Pitt besonders durch das Berliner Kabinett zum Vorgehen gegen Rußland gedrängt worden war. Nicht Hertzberg hatte diese Forderung erhoben; von ihm war (6. März) in London angeregt worden, man möge die von Dänemark angebotene Vermittelung annehmen, um einen billigen Vergleich mit Rußland zu erlangen. „Gewisse Leute aber," so klagte Hertzberg, „wußten den Kriegseifer des Kabinetts von St. James zu entflammen, ohne über die maßgebende Stimmung des englischen Volkes unterrichtet zu sein. Hätte man meinen Vorschlag, wie ich ihn den 6. März gethan, nicht umgestoßen, sondern befolgt, so wäre die ganze Scene des Widerspruchs der englischen Nation unterblieben, die russische Kaiserin hätte nie etwas davon erfahren und die Alliierten hätten ihr das Gesetz gegeben, und nicht von ihr genommen." [3]) Pitt selbst brach nun völlig mit dem bisher festgehaltenen System. Er ließ in Sistowa erklären, daß England gegen die Abtretung von Oczakow an Rußland nichts einzuwenden habe; in Berlin wurde angezeigt, es sei auf das Eintreffen einer englischen Flotte in der Ostsee nicht zu rechnen; Lord Elgin wurde beauftragt, im Gefolge Leopolds nach Florenz zu gehen, um eine freundschaftliche Annäherung Englands zum Kaiser anzubahnen.

Kaum war aber von London aus die Parole gegeben: die Umwälzung in

---

[1]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 265.
[2]) A. Sorel, L'Europe et la Révolution Française II, 204.
[3]) Posselt, E. F. Gr. v. Hertzberg, 26.

Frankreich geht das übrige Europa nichts an! kam es in Paris zu unerhörten Gewaltakten gegen das Königtum. „Verewigt in der Geschichte Frankreichs," so beginnt der Bericht im Politischen Journal, „ohne seines gleichen, merkwürdiger als die Tage der Schlachten bei Poitiers und Pavia, in denen auch französische Könige gefangen wurden, ist der 18. April 1791!" [1]) An diesem Tage, an dem auch die Ueberlassung des Jakobinerklosters an die Gesellschaft der Verfassungsfreunde erfolgte, wollte Ludwig XVI. einen längst gefaßten Beschluß ausführen; um nicht länger von den störrischen, aufgeregten Massen der Hauptstadt abhängig zu sein, wollte er sich nach St. Cloud begeben. Allein eine den Tuilerienhof füllende Menge ließ den Wagen nicht abfahren. Umsonst befahl Lafayette der Wache, der bedrängten königlichen Familie Luft zu machen, die Soldaten verhöhnten den Kommandanten, die „Vertreter des souveränen Volkes" beschimpften den Fürsten so lange, bis dieser nach stundenlangem Tumult endlich den Wagen wieder verließ und ins Schloß zurückkehrte. Seit diesem Tage war Ludwig der Gefangene seines eigenen Volkes; auch Lafayette, der bisher noch das gute Einvernehmen mit der Nationalgarde vermittelt hatte, verlor die Zügel aus den Händen; der Pöbel von Paris war König von Frankreich. Immer deutlicher trat zu Tage, daß in Frankreich nicht die Einführung einer verfassungsmäßigen Staatsform, die auch im übrigen Europa so viele warme Freunde hatte, sondern die Abschaffung des Königtums von den mächtigsten Parteien angestrebt werde; es war also vorauszusehen, daß sich die monarchischen Staaten Europas auf die Dauer nicht jeder Einmischung würden enthalten können. Auch diese Ueberzeugung trug dazu bei, daß trotz aller feindseligen Stimmung und Spannung aus Anlaß der orientalischen Frage die Armeen Gewehr bei Fuß stehen blieben.

Seit Preußen mit dem Verzicht auf die Erwähnung der preußischen Bürgschaft im Friedensvertrag nachgegeben hatte, drang der Vertreter des Kaisers in Sistowa, Baron Herbert, nur noch beharrlicher auf weitere Zugeständnisse. Mylord Keith war diese „Halsstarrigkeit" ein Dorn im Auge. [2]) Längst wäre man zum Frieden gelangt, klagte er, wenn nicht dieser „Mann der kleinlichen Mittel" immer wieder den Abschluß verzögert hätte, indem er bei jeder Kleinigkeit vorgab, erst die unmittelbare Zustimmung des Kaisers einholen zu müssen.

„Gräberstille, furchtbar stumm,
Herrscht um Sistows Heiligtum,
Mit gestrecktem Halse stehen an der Gränze
Horcher, der Erwartung voll,
Ob der Ungarn Säbel oder — Kiel der Gänse
Uns den Frieden bringen soll?" [3])

Die Diplomaten der Mächte des Dreibundes waren über die Verschleppung um so ungehaltener, da Sistowa für müßige Tage ein ungastlicher Aufenthalt war. Ein pedestrian congress, wie der gegenwärtige, spottet Keith, sei in der Welt-

[1]) Polit. Journal, Jahrg. 1791, I, 466.
[2]) Sir Robert Murray Keith, Memoirs, II, 362.
[3]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 290.

geschichte noch nicht dagewesen; keiner von den acht in Sistowa anwesenden Ministern sei während des Winters in einem Wagen gefahren, denn auf einem Düngerwagen habe doch keiner sitzen wollen. Ebenso auffällig zeichne sich der Kongreß durch seine Wohlanständigkeit aus, denn keiner von den Botschaftern habe bisher von den Sistower Frauen mehr als die Nasenspitzen gesehen. Die in Sistowa wohnenden Türken blieben gegenüber den Ungläubigen stumm, wie die Fische; es gab keine Bühne, keine Bälle, kein Abenteuer; nur mit Angelsport konnten sich die Herren unterhalten; hie und da gab es einen großen Schmaus, wozu jedoch die Eßwaren aus Wien, Bukarest und Konstantinopel zusammengeholt werden mußten. Keith behauptet, daß die Diplomaten in Sistowa samt und sonders — natürlich mit Ausnahme seiner Lordschaft — eine ausgesprochene Vorliebe für türkische Piaster gehabt hätten; inwieweit der Vorwurf berechtigt war, entzieht sich der Beurteilung. Es gab auch wohl einmal eine Ueberraschung in türkischem Geschmack. Eines Tages kam die Nachricht, dem Großwesier sei nach seiner Ankunft das Amtssiegel abverlangt und in der folgenden Nacht — der Kopf abgeschnitten worden, weil er durch seine Lässigkeit den Verlust Ismails verschuldet hätte.[1]) Der neue Großwesier Jussuf Pascha, so hieß es weiter, mache Miene, den letzten Mann des Türkenreiches ins Feld zu stellen; der Sultan habe nicht bloß die Wiedereinnahme der Donauplätze, sondern auch die Zurückeroberung der Krim befohlen. Die Folge war, daß in den nächsten Tagen in Sistowa der Vertreter Oesterreichs finster blickte, die Gesandten der Dreibundsmächte vergnügte Mienen zeigten. An und für sich, schreibt einmal Keith, wäre es um die Türkei gewiß nicht Schade, aber jedes davon abgerissene Stück würde in die Klauen einer gewissen nordischen Heroine fallen, die das grauenhafte Bedürfnis habe, zwanzigtausend und noch mehr Menschen aufzuzehren. „Ergo muß Selim III. auf seinem erhabenen Diwan erhalten bleiben, und es ist von größter Wichtigkeit, daß die männermordende Dame genötigt werde, einige Schritte zurück zu ihren ehemaligen Grenzen zu machen.“[2]) Es blieb den Gesandten der Dreibundsmächte nicht verborgen, daß Baron Herbert mit einem russischen Offizier in einem benachbarten moldauischen Städtchen zusammentraf, und noch unliebsamer wurde beobachtet, daß der Zurückgekehrte in den Sitzungen den schroffsten Ton anschlug. Baron Jacobi wurde angewiesen, über die unerträgliche Sprache Herberts in Wien Klage zu erheben. „Die von Herbert vertretenen Grundsätze, die zu nichts anderem führen können, als zum Zusammenbruch alles Vertrauens auf die Verträge, mußten Seine Majestät ebenso überraschen, wie kränken.“[3]) Plötzlich kam sogar die befremdende Kunde: der Friedenskongreß ist gesprengt, Baron Herbert hat nach stürmischem Streit mit den Türken Sistowa verlassen. „Das Ereignis,“ schrieb Hertzberg

[1]) Schon im Februar 1791 schrieb ein Berichterstatter aus Berlin in Schubarts Chronik: „Des Großwesiers Kopf steht sehr locker auf dem Rumpfe, denn er ist ein Verräter, der es heimlich mit Potemkin hält, woraus sich allein seine ganz unbegreifliche Erstarrung erklären läßt. Unser Oberster Lusi (Luccheſini), eine welsche Flamme, mit dem Oele unserer Politik getränkt, rüttelte an ihm vergeblich.“ (Chronik, Jahrg. 1791, 82.)

[2]) Keith, Memoirs, 408.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 17. Juni 1791.

an Jacobi, „kann füglich nicht mehr besonders überraschen, nachdem der Wiener Hof seine Forderungen schon so übermäßig hinaufgeschraubt hatte. Man muß jetzt abwarten, ob der Kaiser das Verhalten seiner Minister billigt oder nicht." Dem Briefe des Ministers ist ein Apostill von der eigenen Hand des Königs beigefügt, das am deutlichsten zeigt, wohin die Dinge bereits gekommen waren: „Sie werden sich bemühen, mir so rasch wie möglich sichere Auskunft zu verschaffen, wie stark die österreichischen Truppen sind, die im gegenwärtigen Augenblick in Böhmen und Mähren stehen."

Da — gerade in dem Augenblick, da die Oesterreicher, wie Keith argwöhnte, nur auf einen Schuß in der Walachei lauerten, um den Russen wieder offen die Hände zu reichen, trat in Frankreich ein Ereignis ein, das nicht nur den Sturz des Königtums beschleunigte, sondern auf die ganze europäische Politik gewaltige Rückwirkung übte.

In der Nacht vom 20. Juni 1791 entfloh Ludwig XVI. mit seiner Familie aus Paris; er wollte von einem sicheren Platze im nördlichen Frankreich oder nötigenfalles von fremdem Boden aus mit Hülfe der befreundeten Monarchen den Kampf gegen die Revolution eröffnen. Es war, wie wir heute wissen, nicht bloß auf Rettung der königlichen Familie, sondern auf Wiederaufrichtung des absoluten Königtums abgesehen; die Denkschrift, in welcher die Gründe der Flucht dargelegt sind, läßt über die Absicht des Königs, die seit 1789 dem Königtum aufgenötigten Beschränkungen wieder aufzuheben, keinen Zweifel bestehen.

Die Flucht aus der Hauptstadt ging glücklich von statten, allein in Varennes wurde der Wagen angehalten, die Flüchtlinge mußten umkehren, tausend johlende Blusenmänner und Weiber gaben unerwünschtes Geleite. Durch Pethions und Davy Dumas Memoiren, sowie die von Pimpenet mitgeteilten offiziellen Aktenstücke sind wir über alle Einzelheiten der Leidensgeschichte der königlichen Familie vom 21. bis zum 25. Juni genau unterrichtet. Da war keine Schmähung so roh, daß sie nicht der verhaßten Oesterreicherin ins Antlitz geschleudert, keine Drohung so rasend, daß sie dem in stumpfer Ergebenheit vor sich hinbrütenden König erspart geblieben wäre! In Paris, wo der traurige Zug am Abend des 25. Juni anlangte, war an den Straßenecken zu lesen: „Wer dem Könige zuklatscht, wird geprügelt, wer ihn beleidigt, wird gehängt!" Demgemäß wurden die Gefangenen mit eisigem Stillschweigen empfangen.[1]) Um so lauter und wilder ging es in den nächsten Tagen in der Nationalversammlung her. Noch war in der Mehrheit der Abgeordneten monarchisches Gefühl lebendig, ja, es schlossen sich in diesen Tagen sogar die aus dem Jakobinerklub ausgeschiedenen gemäßigten Feuillants, die Genossen Barnaves, enger an die älteren königstreuen Elemente der Nationalversammlung an, und diese konstitutionelle Fraktion suchte aufrichtig die Monarchie und die Freiheit zu versöhnen und dadurch beide zu retten. Doch was vermochten die Wenigen, was vermochte überhaupt noch die konstituierende Versammlung gegen den sich immer furchtbarer aufrichtenden Despotismus der Menge! Jeden Tag konnte es zum entscheidenden Sturm auf die Tuilerien

[1]) Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege, I, 381.

kommen, jeden Tag konnte ein grauenvolles Geschick die königliche Familie ereilen![1])

Dieser peinlichen Gewißheit konnte sich auch Kaiser Leopold nicht verschließen, und daraus erwuchs für ihn die Notwendigkeit, alle anderen Absichten und Pläne zu vertagen, bis das Leben der Schwester gesichert und der Zertrümmerung des französischen Thrones Einhalt geboten wäre. In Berlin wurde die Tragweite der Pariser Ereignisse sogleich richtig beurteilt. „Der Kaiser kann jetzt unmöglich seinen Schwager ohne Hülfe lassen," schrieb Hertzberg (29. Juni) an Jacobi, „er wird im Verein mit Spanien und Sardinien trachten, ihn wieder auf den Thron zu heben; das wird ihn zwingen, sich in Sistowa gefälliger und nachgiebiger und zuvorkommender zu zeigen." Jacobi, der kurz zuvor, d. h. vor dem Fluchtversuch Ludwigs nur von Rüstungen und Märschen in den österreichisch-ungarischen Provinzen und von stolzen, schroffen Aeußerungen der österreichischen Minister zu berichten hatte, konnte plötzlich einen erfreulichen Umschwung der Stimmung in Wien feststellen. Der Kaiser überhäufe ihn, schrieb Jacobi, mit Versicherungen aufrichtiger Freundschaft, und die Mienen der Minister seien zwar nicht heiterer, aber artiger geworden; trotzdem dürfe man entscheidende, das kaiserliche Kabinett bindende Beschlüsse nicht erwarten. „Dieser Kaiser verfolgt in erster Reihe immer das Prinzip, alles und jedes hinauszuschieben, solange es irgend angeht; an diesem Prinzip hat er seit seinem Regierungsantritt ebenso in Bezug auf die Verwaltung seiner Staaten, als in der auswärtigen Politik mit gutem Erfolg festgehalten. Diese Methode hat er sich in der Schule des Bischofs von Pistoja angeeignet; sie entspricht ebenso der ihm angeborenen Aengstlichkeit, wie dem Wunsche, die Ereignisse an sich herankommen zu lassen und für seinen Vorteil auszubeuten. Fürst Kaunitz bekämpft umsonst diese Politik, die er als ‚florentinische' verhöhnt und für unwürdig des vornehmsten europäischen Hofes ansieht."

Erst von Sybel ist die Stellung Leopolds II. zur französischen Revolution richtig beurteilt worden. Früher hatten deutsche wie französische Historiker im Kaiser einen überzeugungstreuen, eifrigen Vorkämpfer der Legimität erblickt. Auch noch Ernst Herrmann hatte die Auffassung vertreten, Leopold habe keinen glühenderen Wunsch gekannt, als die legitime Sache an den Jakobinern zu rächen und das alte Königtum in Frankreich wieder aufzurichten; so bald wie möglich habe er Frieden und Freundschaft mit Preußen geschlossen, um sich dann auf Frankreich zu stürzen und den Drachen der Revolution zu bekämpfen.

Dagegen hat Sybel, insbesondere aus den zwischen den Geschwistern und ihren Vertrauensmännern gewechselten Briefen nachgewiesen, daß Leopold den französischen Dingen überraschend kühl gegenüberstand, so lange wie möglich jede Einmischung ablehnte und nur aus Rücksicht auf seine Schwester zeitweise diese Richtung aufgab.[2]) Ob er wirklich aus Ueberzeugung dem Volke ein „Recht auf Mitarbeit am Staate" zuerkannte,[3]) ist mindestens zweifelhaft. Allerdings

[1]) Glagau, Die französische Legislative und der Ursprung der Revolutionskriege, 3.
[2]) Histor. Zeitschrift, 10. Bd., 387.
[3]) Oncken, I, 396.

bekannte er sich in den Briefen an Schwester Christine zu Grundsätzen, die den Kundgebungen der französischen Konstituante sehr nahe kamen, aber es scheint sich dabei nur um augenblickliche Zugeständnisse an unzufriedene Unterthanen gehandelt zu haben; sein Verhalten gegenüber den Ständen der Erbstaaten läßt nicht darauf schließen, daß er den Anspruch des Volkes auf ein Grundgesetz oder einen Grundvertrag zwischen Volk und Fürsten zu heilsamer Beschränkung des Fürstenrechts willig anerkannt hätte. Schwerer fiel in die Wagschale der Wunsch, nicht in gefährliche Händel im Westen verwickelt zu werden, solange die orientalische Frage rätlich erscheinen ließ, das Pulver auf der Pfanne trocken zu halten. Weshalb die Volksfreunde in Frankreich reizen, solange Gefahr drohte, daß der mit größter Anstrengung kaum bewältigte Aufstand in den Niederlanden wieder auflebe? Zu gewagten Unternehmungen, wie sie Gustav III. von Schweden zum Schutze der Legitimität für unbedingt geboten erachtete,[1]) war Leopold nicht zu haben. Sympathie mit den Volksfreunden in Paris war ihm ebenso fremd, wie Mitgefühl mit den Emigranten; gerade gegenüber den in Frankreich sich regenden neuen, unberechenbaren Kräften erschien ihm sein „System des Zuwartens" besonders zweckmäßig und zeitgemäß. Deshalb erwiderte er auf die Bitten seiner Schwester, die in thatkräftigem Beistand zur Erhaltung des gefährdeten Lilienthrones eine Ehrenpflicht aller Monarchen Europas erblickte, nur mit freundlichen Ratschlägen und Warnungen. Noch entschiedener ablehnend verhielt er sich gegen die Forderungen der Emigranten. Ihn verdroß nicht weniger, als seinen Bruder Joseph das Gebaren dieser Flüchtlinge, die kein Hehl daraus machten, daß ihnen die Rettung Ludwigs XVI. minder wichtig erscheine, als die Wiederherstellung des alten Feudalismus, die auch kein Bedenken trugen, durch herausforderndes Benehmen gegen die Nationalversammlung die deutschen Fürsten, deren Gastfreundschaft sie genossen, in Streit und Krieg zu verwickeln. In einem Briefe an Schwester Christine vom 31. Januar 1791 spricht sich Leopold über sein Verhältnis zu Frankreich und den Franzosen freimütig aus: „Der König und die Königin sind von einer schlimmen Umgebung so übel beraten, daß man nicht weiß, wie ihnen zu helfen wäre. Zwietracht und Unzufriedenheit sind in Frankreich so sehr in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen, daß der Staatsbankerott mit allen lästigen Folgen unvermeidlich ist. Am schwersten wäre es, die Prinzen und die übrigen Emigranten zu befriedigen und zu beruhigen; diese Leute denken immer nur an sich, begehren nur Geld und Auszeichnungen, wollen alles selbst machen und kümmern sich blutwenig um den König. Sie thun nichts, als sich beklagen und über Sie, über mich und über alle, die nicht blindlings ihre Wünsche und Pläne unterstützen wollen, die niederträchtigsten Dinge in Briefen und Schriften schreiben und drucken lassen. Mein Verhalten gegen sie entspricht, glaube ich, den Geboten der Gerechtigkeit und der Mäßigung; ich habe darauf bestanden, daß sie die Waffen niederlegen, um den Kurfürsten (von Trier) nicht länger in Verlegenheit zu bringen und Deutschland vor einem Angriff zu bewahren, ehe wir gerüstet, die Jahreszeit günstig und das Bündnis fertig sein werden. Ich habe ihnen in Oberösterreich eine

[1]) Klinkowström, Le comte de Fersen et la cour de France, I, 116.

Zufluchtsstätte angeboten, auch der König von Preußen und der Landgraf von Hessen werden ihnen auf meine Bitte eine ähnliche Einladung zugehen lassen, aber alle ihre Wünsche kann ich nicht befriedigen, und mit ihren Leuten, die bloß lügen und verleumden können, will ich schlechterdings nichts zu thun haben. Auch denke ich nicht daran, ohne Mitwirkung der übrigen Höfe Verpflichtungen einzugehen, die mich in einen unheilvollen Krieg mit Frankreich verwickeln könnten; ich werde mich auf nichts einlassen, ohne zu wissen, wie sich die anderen Mächte verhalten werden und welche Absichten Rußland gegen Polen im Schilde führt!" [1]) Immer bestand er auf der Bedingung, daß dem europäischen Bunde zum Schutze des konservativen Prinzips auch wirklich alle europäischen Mächte beitreten müßten, auch dann noch, als es schon so gut wie sicher war, daß England zu einem Angriffskrieg gegen Frankreich nicht die Hand bieten werde. „Ich will mit den Höfen verhandeln," schrieb er an Christine, „ich bin für meinen Teil zur Aufstellung von 40000 Mann bereit, die Truppen können unter Führung des Fürsten Hohenlohe jederzeit an den Rhein marschieren; doch sie werden sich nicht eher in Bewegung setzen, als bis der große Bund zu stande gekommen sein wird; nur wenn die Franzosen selbst das Reich angreifen sollten, würde ich meine Leute sofort marschieren lassen."

Als Marie Antoinette ihrem Bruder enthüllte, daß sie und ihr Gatte sich aus ihrer unwürdigen und gefährlichen Lage durch Flucht befreien wollten, riet Leopold anfangs von dem gefährlichen Versuche ab; [2]) später gab er seine Zustimmung und erklärte sich bereit, im Falle des Gelingens der Flucht dem Könige Hülfstruppen zur Verfügung zu stellen. Von Luxemburg aus sollten, sobald der Fluchtversuch gelungen wäre, 8—10000 Mann Kaiserliche in Frankreich einmarschieren, um, wie Marie Antoinette wünschte, „einerseits den königlichen Truppen als Vorbild zu dienen, andererseits dieselben im Zaume zu halten". [3]) Natürlich mußte Leopold auch darauf gefaßt sein, daß diese Hülfe ihn selbst in Krieg mit Frankreich verwickeln werde. Als er sich nun für diesen möglichen

---

[1]) Wolf, Leopold II. und Marie Christine, ihr Briefwechsel, 207.

[2]) Namentlich Fürst Kaunitz war ein grundsätzlicher Gegner des Fluchtversuchs. Er schreibt am 23. Juni 1791 an Mercy: „Vor Entwicklung aller dieser unumgänglich notwendigen Prorequisiten (Verhandlungen wegen gemeinsamen Vorgehens aller europäischen Staaten) kann ich einesteils die Flucht des Königs, andernteils aber was immer für eine einseitige Unternehmung des comte d'Artois nicht anders als für ganz unzeitig, äußerst bedenklich, höchst gefährlich und überhaupt für so beschaffen ansehen, daß ich hieraus das unvermeidliche größte Unglück für ernannten König und seine Familie, die nachteiligsten Folgen für den ohnehin noch sehr schwankenden Ruhestand unserer Niederlande und unübersehliche, allgemeine Weiterungen besorgen muß." (Vivenot, Quellen zur Gesch. der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs I, 540.) Auch Mercy konnte sich banger Besorgnis, ob das gewagte Unternehmen glücklich verlaufen werde, nicht erwehren. „Die Einzelheiten," schrieb er am 11. Mai an Marie Antoinette, „welche ich bezüglich der Flucht von Herrn von der Marck erfahren habe, lassen mich zittern wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten und Gefahren; sie verlangt ein Zusammenwirken zahlreicher Getreuer, und diese alle sind zerstreut. Der Schritt bedeutet das Aeußerste, Erfolg oder Niederlage. Sind die Dinge wirklich so gelagert, daß dieses gefährliche Wagnis unabwendbar scheint?" (Arneth, Marie Antoinette, 163.)

[3]) Arneth, Marie Antoinette, 165.

Fall nach Bundesgenossen umsah, wurde ihm die Genugthuung zu teil, daß ihm gerade derjenige Fürst, der bisher gegen den Wiener Hof eine so ablehnende, ja feindliche Haltung beobachtet hatte, als erster die Hand zum Bunde bot, der König von Preußen.

Auf das Hosianna, womit in Preußen fast alle Stände den Nachfolger des großen Friedrichs begrüßt hatten, war gar bald der Ruf: Steiniget ihn! gefolgt. Mancher Vorwurf ist unbegründet, insbesondere der am häufigsten erhobene, daß Friedrich Wilhelm II. nur ein träges Lotterleben geführt und um die Regierung sich nicht gekümmert hätte. Inwieweit andere Klagen und Anklagen berechtigt sind, ist schwer zu beurteilen; der komplizierte Charakter Friedrich Wilhelms II. ist nicht mit ein paar Schlagworten zu erklären. Zweifellos war das sinnliche Temperament des Fürsten von unheilvollem Einfluß; noch gefährlicher aber war, daß er, ungleich den meisten anderen Fürsten des achtzehnten Jahrhunderts, sinnliche Freuden als schwere Sünde auffaßte und ihretwegen Scham und Reue empfand; diese Gewissensangst brachte ihn in Abhängigkeit von den geheimen Orden. Insbesondere die Rosenkreuzer umspannten ihn mit mystischem Gewebe. Wie schädlich Bruder Chrysophiron, Minister Wöllner, auf die innere Verwaltung einwirkte, wurde schon dargelegt. Nicht weniger bedeutsam war der Einfluß des Bruders Farferus, des 1789 zum Generaladjutanten ernannten Obersten Bischoffswerder, insbesondere in Bezug auf die auswärtige Politik. Er war in die intimsten Fragen eingeweiht, in den Kabinettsakten stößt man immer wieder auf seinen Namen. Ueber seinen Charakter läßt sich, da wir Schriftstücke vertraulicher Natur von ihm nicht besitzen, kein festes Urteil bilden. Jedenfalls war er nicht bloß ein gewissen- und rücksichtsloser Streber, sondern ein Mann von Geist und seinem Könige treu ergeben.[1]) Es kann auch nicht behauptet werden, daß seine Ratschläge an sich schlecht und schädlich gewesen wären. Von seinen Gegnern freilich wurde ihm viel Schlimmes nachgesagt; gerade im März 1791 brachten die Zeitungen ein — natürlich falsches — Gerücht, es seien geheime Korrespondenzen des Obersten mit den Feinden des Königs aufgefunden worden, der neue Haman werde demnächst am höchsten Galgen in Berlin baumeln.[2]) Bischoffswerder begünstigte im Gegensatz zu Hertzberg ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich, doch dürfte schwer nachzuweisen sein, daß er damit nur „in religiöser und politischer Hinsicht retrograde Grundsätze verfechtende Rosenkreuzerpolitik“[3]) getrieben habe. Der Vorwurf läßt sich kaum aufrecht erhalten, seit von Sybel überzeugend dargethan ist, daß Kaiser Leopold auch noch im Frühjahr 1791 gar nicht daran dachte, sich zum Vorkämpfer der Gegenrevolution aufzuwerfen.

Preußen hatte bisher den Aufständischen in Belgien, in Ungarn, in Lüttich hülfreiche Hand geboten. Auch der Umsturz in Frankreich war von Hertzberg nicht ungern gesehen worden, weil ein in seinen Grundfesten erschütterter Staat bis auf weiteres ebensowenig als Bundesgenosse Oesterreichs, wie als Gegner Preußens in Betracht kommen konnte. Von diesen Gesichtspunkten aus war ja

---

[1]) Bailleu in der Allg. d. Biographie, 2. Bd., 675.

[2]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 138.

[3]) Philippson, I, 294.

die französische Revolution von manchen deutschen Politikern freundlicher Teilnahme gewürdigt worden. „Ein König ohne Autorität," hatte der sächsische Gesandte in Berlin am 2. Oktober 1789 an seinen Hof geschrieben, „ein Ministerium ohne Macht, ein Staat ohne Geld und ohne militärische Kraft, mit einem Wort, ein Schiff auf stürmischer See, dessen einziger Führer ein Mirabeau ist: welche Bedeutung kann ein solches Frankreich in Europa noch haben?" [1]) Auch Friedrich Wilhelm hatte sich der Wendung gefreut, welche die mit Oesterreich, wie mit den holländischen Patrioten verbündete französische Regierung lahm legte; war doch dadurch das Lebenswerk des Fürsten Kaunitz, der Bund zwischen den Häusern Bourbon und Lothringen-Habsburg, so gut wie zertrümmert! In Paris ging sogar einmal das Gerücht, der König von Preußen habe Pethion, den Wortführer der radikalen Opposition, zu einer Brandrede in der Konstituante beglückwünscht. Das Gerücht war jedenfalls falsch. Thatsächlich aber kam im September 1790 ein „Kommissionsrat" Ephraim nach Paris, um im geheimen Auftrag der preußischen Regierung einerseits vom Ministerium Montmorin für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Rußland eine wohlwollende Haltung zu erwirken, andererseits der gemäßigten Oppositionspartei Lameth-Barnave die Unterstützung Preußens anzubieten. [2])

Doch diese Stimmung des Berliner Hofes konnte nicht mehr andauern, seit immer offener zu Tage trat, daß gerade die einflußreichsten Volksmänner in Paris nicht bloß Beschränkung der Königsgewalt, sondern Abschaffung des Königtums, ja die Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung begehrten. Auch die Leiden der königlichen Familie mußten auf den bei aller Schwäche ritterlichen Friedrich Wilhelm Eindruck machen. Es entsprach also unzweifelhaft den persönlichen Wünschen des Monarchen, daß Oberst Bischoffswerder im September 1790, also in den nämlichen Tagen, da jener wunderliche Vertreter der preußischen Regierung den Abgeordneten der Konstituante seine Aufwartung machte, dem österreichischen Gesandten in Berlin, Fürsten Reuß, die erste Andeutung machte, es werde wohl notwendig werden, sich über gemeinsame Schritte zur Rettung des Königtums in Frankreich zu einigen. Einige Monate später, während sich die Diplomaten Oesterreichs und Preußens in Sistowa und Wien gerade aufs heftigste bekämpften, am 7. Januar 1791 eröffnete Bischoffswerder — freilich nur im tiefsten Geheimnis — dem kaiserlichen Gesandten, es sei der lebhafteste Wunsch seines Herrn, zur Abwehr der Revolution mit Oesterreich in Verbindung zu treten, ja, der König stelle das konservative Interesse so hoch, daß er dem Kaiser zulieb sogar die Abtretung von Oczakow an die Russen zulassen wolle; demnächst werde zu weiterer Verhandlung ein Vertrauensmann des Königs nach Wien kommen. Am kaiserlichen Hofe wurde die Nachricht mit Mißtrauen aufgenommen; der Vertrauensmann, meinte Kaunitz, werde wohl nur ein Spion sein, der in Wien alles Erreichbare ausschnüffeln wolle. Am 19. Februar traf Bischoffswerder selbst in Wien ein. Schon bei der ersten Zusammenkunft wurde es dem Grafen Cobenzl klar, daß es sich nicht um Spiegelfechterei handle. Freilich

[1]) Wolf, Oesterreich und Preußen 1780—1790, 189.
[2]) Sybel, Gesch. der Revolutionszeit, I, 274.

verblüffte den geschulten Diplomaten die unerhörte Offenherzigkeit des Unterhändlers. Bischoffswerder stellte sich dem kaiserlichen Minister vor als „einen Mann, der wenig Erfahrung in politischen Dingen hat, aber das Herz seines Königs besser kennt, als alle seine Minister, der sich für den glücklichsten Sterblichen halten würde, wenn es ihm gelänge, das Wohl zweier Nationen durch einen innigen Freundschaftsbund der beiden Höfe zu begründen". [1]) Wenn nur der Kaiser die aufrichtige Ueberzeugung hege, daß er im König von Preußen einen ehrlichen, friedliebenden Mann vor sich habe, werde das Bündnis zu stande kommen, denn über die strittigen Punkte werde sich leicht eine Einigung erzielen lassen. Preußen könnte ja ohne viel Mühe den alten Bund mit Rußland erneuern und daraus namhaften Vorteil ziehen, allein der eigene Nutzen müßte durch Vergrößerung Rußlands erkauft werden, und dazu wolle der König nicht die Hand bieten. „Seine Majestät," warf Cobenzl ein, „wäre also wirklich im stande, rückhaltlos auf jede neue Erwerbung zu verzichten?" — „Ganz gewiß," beteuerte der Oberst. „Sie wissen natürlich, daß man von Danzig gesprochen hat und noch spricht; in der That würde der Gewinn dieser Stadt dem König große Freude machen, wenn die polnische Nation gegen anderweitige Entschädigung dafür zu haben wäre. Daß Rußland, wenn wir seinen Absichten nicht entgegentreten, gern dazu die Hand bieten wird, wissen wir, und der König hofft, daß auch der Kaiser sich nicht mehr widersetzen wird, wenn erst einmal der Freundschaftsbund der beiden Fürsten geschlossen ist." Von preußischer Seite werde nicht gefordert, daß Oesterreich der Verbindung mit Rußland gänzlich entsage; Defensivbündnisse könne man ja mit jedermann schließen; es handle sich nur darum, zu verhüten, daß Rußland sich übermäßig vergrößere und, wie es den Anschein habe, auch in deutschen Fragen den Diktator spielen wolle; darin liege ja ebenso für Oesterreich, wie für Preußen eine ernste Gefahr. Als Cobenzl den „diplomatischen Dilettanten" durch die Frage aus dem Sattel werfen wollte, wie denn so freundschaftliche Versicherungen mit der feindseligen Haltung des preußischen Bevollmächtigten in Sistowa in Einklang zu bringen wären, erwiderte Bischoffswerder unerschrocken, in Sistowa werde eben Hertzbergische Politik getrieben, diese sei aber nicht mehr die Politik des Königs von Preußen. Leider sei man heute noch auf des Ministers Dienste angewiesen, denn der altersschwache Finkenstein zähle nicht mehr mit, und von den übrigen Ministern könne keiner einen ordentlichen Vertrag redigieren. Höchstens Alvensleben könnte einmal mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut werden; vorläufig sei aber Hertzberg noch unentbehrlich. Dies sei bedauerlich, erwiderte Cobenzl, unter solchen Umständen werde die gewünschte Verständigung schwerlich zu erzielen sein, denn Hertzberg werde seinen Widerspruch nicht aufgeben. Das wolle er auf sich nehmen, erklärte darauf Bischoffswerder; wenn nur die beiden Monarchen selbst überzeugt wären, daß das Wohl ihrer Staaten innigen Anschluß erheische, werde sich alles übrige ohne Mühe ordnen lassen. Alle diese Wünsche und Klagen, Enthüllungen und Verheißungen ließ Bischoffswerder durcheinander wirbeln, — noch niemals, versicherte Cobenzl, habe er jemand über die wichtigsten politischen Fragen so

[1]) Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina, ihre Korrespondenz, Analekten, 234.

leichthin sprechen gehört. Auf den Kaiser, dem Bischoffswerder einen eigenhändigen Brief Friedrich Wilhelms überreichte, machte die „drollige Ehrlichkeit" Bischoffswerders günstigen Eindruck. In einer zweiten Unterredung mit Cobenzl führte Bischoffswerder womöglich noch offenherzigere Sprache. Falls von Oesterreich gegen friedliche Erwerbung von Thorn und Danzig, gegen den Anfall der fränkischen Markgrafschaften durch Verständigung mit dem regierenden Markgrafen, endlich gegen Eintausch der beiden Lausitzen nach dem Aussterben der männlichen Linie des kursächsischen Hauses kein Widerspruch erhoben würde, wäre Preußen bereit, die Ansprüche Oesterreichs auf Teile von Baiern anzuerkennen oder andere Erwerbungen seines Freundes zu begünstigen.[1])

Trotz alledem sprachen sich Kaunitz und Spielmann, vom Kaiser zu gutachtlicher Aeußerung aufgefordert, gegen ein Bündnis mit Preußen aus. Es sei ja möglich, daß der König wirklich den Frieden wünsche, um desto ungestörter seinen Liebhabereien und Leidenschaften frönen zu können, aber weil die Freundeshand gar so aufdringlich geboten werde, sei wahrscheinlich nichts anderes beabsichtigt, als Oesterreich vor Rußland zu kompromittieren, um desto leichter Thorn und Danzig zu ergattern. Namentlich für Kaunitz stand es fest, daß man sich um des Lockrufes aus Berlin willen in nichts einlassen dürfe, was in Petersburg einen zweideutigen Eindruck hervorrufen könnte. Als Bischoffswerder in einer dritten Unterredung mit Cobenzl auf die Erwerbung Danzigs zurückkam, erklärte der kaiserliche Minister, von Zustimmung Oesterreichs zu solchem Handel könne keine Rede sein, solange von Preußen dem Reichenbacher Vertrage gemäß am Status quo festgehalten werde; nur wenn jede Leistung mit einer Gegenleistung vergolten werde, könnte ein Vergleich von dauernder Geltung geschlossen werden. Da Bischoffswerder keine Vollmacht hatte, auf solche Bedingungen einzugehen, mußte er unverrichteter Dinge von Wien abreisen, doch die Fäden zwischen beiden Höfen wurden nicht entzwei geschnitten. Gerade weil in der Sendung des Rosenkreuzers nur eine Finte zu erblicken sei, schrieb Kaunitz an den inzwischen nach Florenz abgereisten Kaiser, müsse man dem Berliner Hofe mit gleicher Münze bezahlen. Demgemäß wurde Fürst Reuß angewiesen, den König der Geneigtheit des Kaisers zu Freundschaft und Bündnis zu versichern. „Bei der vorausgesetzten Uebereinstimmung der Gemüter beider Souveräne hinsichtlich der Quaestio an sei wohl kein gegründeter Zweifel über die vergnügliche Berichtigung des Quo modo zu hegen, wenn sich anders beide Höfe die gerechte und billige Beobachtung einer wahrhaften, in jeder Rücksicht genauen Reziprozität gefallen lassen, die allein ein solides, allen Zeiten und Umständen angemessenes Allianzsystem gründen, alles gegenseitige Mißtrauen aus der Wurzel heben und gegen alle besorglichen Rückfälle sichern könne."

Leopold selbst kargte nicht mit herzlichen Worten. „Der Bericht," schrieb er am 4. März 1791 an Friedrich Wilhelm, „den Oberst von Bischoffswerder Eurer Majestät über eine Sendung, die mir sowohl um des Gegenstands der Unterhandlung, als um der Persönlichkeit des Unterhändlers willen höchst willkommen war, wird, wie ich hoffe, durchaus Ihrem liebenswürdigen Vertrauen

[1]) Beer, 51.

entsprechen und Ihnen die Ueberzeugung einflößen, daß es nicht von meiner Entscheidung abhing, wenn das Ziel nicht vollkommen erreicht worden ist, da die unschätzbaren Vorteile einer dauerhaften Verbindung unserer Interessen niemand höher anschlagen kann, als ich, und da ich keinen aufrichtigeren und heißeren Wunsch hege, als mich ohne jeden Rückhalt meiner Herzensneigung hingeben zu dürfen." [1])

Wie man sieht, war bei diesen Verhandlungen von einer feindlichen Spitze des geplanten Bündnisses gegen Frankreich mit keinem Worte die Rede, ja, der Name Frankreich wurde — abgesehen von einer ganz nebensächlichen Bemerkung — gar nicht erwähnt.

In Berlin fand die Meldung des Günstlings nicht gerade freundliche Aufnahme. Bischoffswerder hatte sich in Wien zur Aeußerung hinreißen lassen, man könnte ja, um vom Diwan die Abtretung eines Grenzstriches an Oesterreich durchzusetzen, die Verhandlungen in Sistowa noch etwas hinausziehen. Besonders diesem Ratschlag wurde von Oberst Manstein, dem Adjutanten des Königs, und Minister Finkenstein — Hertzberg war gar nicht ins Geheimnis gezogen — lebhafter Widerspruch entgegengesetzt, und auch der König wollte weder von Verschleppung des Friedens, noch von Heranziehung Rußlands zum Bündnisse hören. Hertzberg war gerade in diesen Tagen voll Zorn über den „Macchiavellismus" des Kaisers und seines Ministeriums. [2]) „Nach den Nachrichten," schrieb er an Lucchesini, „welche wir von Jacobi erhalten, hat das Wiener Ministerium die Geschäfte des Friedenskongresses in eine Lage gebracht, daß ich keinen Ausweg mehr sehe und nichts anderes übrig bleibt, als entweder den Kongreß zu sprengen, oder überall hinzugehen, wohin uns die Wiener haben wollen." Die Sendung Bischoffswerders war dem Minister amtlich nicht bekannt gegeben worden, aber nicht geheim geblieben. „Herr v. B. ist hierher zurückgekehrt," schrieb er an Lucchesini, „und in seine alte Gunst und in seine Geschäfte wieder eingetreten. Er ist dem König nach Potsdam gefolgt, seit zwei Tagen aber nach Halle gegangen, wo er mit dem Herzog von Braunschweig, ich weiß nicht worüber, eine Besprechung haben wird. Man glaubt hier allgemein, daß er eine Reise durch die Lausitz und Böhmen bis an die Thore von Wien gemacht hat und von dort über Breslau zurückgekehrt ist und daß es sich um ein Bündnis mit dem Wiener Hofe handelte, ich weiß aber nicht wie und weshalb. Ich wüßte dies nicht in Einklang zu bringen weder mit unseren Interessen, noch mit der hochmütigen Haltung, welche das Wiener Ministerium unserem Hofe gegenüber beobachtet. Es gehen hier Dinge vor, die ich weder erklären, noch einem Briefe anvertrauen kann ... Meine Lage ist höchst eigenartig, und nur mein Patriotismus läßt mich sie ertragen."

Es vergingen mehrere Wochen, ohne daß mit Wien wieder angeknüpft wurde, und vielleicht wäre Bischoffswerders Plan nicht wieder aufgegriffen worden, wenn nicht der schon erwähnte Systemwechsel in England für Preußen die Gefahr der Absperrung von allen übrigen Mächten heraufbeschworen hätte. Damit gewann die Politik Bischoffswerders wieder Oberwasser. Am 1. Mai

[1]) Preuß. St.-Archiv. Négociations de Bischofswerder près de l'empereur.

[2]) Ebenda. Schreiben Hertzbergs an Lucchesini vom 8. März 1791.

wurden neben Hertzberg und Finkenstein zwei neue Minister, die Grafen Schulenburg und Alvensleben, ins Kabinett berufen, angeblich wegen des hohen Alters Finkensteins und der Kränklichkeit Hertzbergs. „Letzteres ist gar nicht wahr," schrieb Hertzberg an Posselt, „da ich mich so gut als ein Mann von dreißig Jahren befinde." [1]) Schulenburg und Finkenstein überreichten am 3. Mai eine Denkschrift, worin sie Angesichts der noch immer drohenden Haltung Rußlands und der offenkundigen Bewerbung Englands um die Gunst Leopolds unter günstigen Bedingungen den Abschluß eines Bündnisses mit Oesterreich empfahlen. Bischoffswerder wurde vom Könige angewiesen, auch den Minister Alvensleben in die Wiener Verhandlungen einzuweihen, dagegen sollte Hertzberg keine Kenntnis davon erhalten. Trotzdem blieben auch diesem die Abmachungen des Günstlings nicht verborgen. Er richtete ein „letztes Wort" an den König. „Die Wahrheit ist, man will Eurer Majestät meine Dienste verleiden und einen nur allzu eifrigen und freimütigen Minister wegjagen zu einer Zeit, da er alles thut, was ein tüchtiger, anständiger Staatsmann thun kann, um den Staat aus einer höchst beunruhigenden, bedenklichen Lage herauszuziehen. Meine Krankheit, die jetzt als Vorwand gebraucht wird, hat mich noch nie abgehalten, meinen Verpflichtungen nachzukommen. Bei meinem jüngsten Aufenthalt in Potsdam war ich nachts unpäßlich, stand aber um sechs Uhr auf, schrieb bis Mittag zehn Depeschen und hatte Unterredungen mit Finkenstein, Schulenburg und Jackson. Ich schulde diese kurze Verteidigung meinem Gewissen und meiner Ehre, die Entscheidung verbleibt Eurer Majestät. Ich hege keinen anderen Wunsch, als daß Ew. Majestät in Zukunft auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten besser bedient sein mögen, als bisher." Friedrich Wilhelm suchte den Gekränkten zu beruhigen; er sei mit dessen Diensten durchaus nicht unzufrieden, und zur Verstärkung des Ministeriums habe ihn nur der Wunsch bewogen, dem mit Arbeit Ueberladenen einen Teil der Last abzunehmen, damit die politischen Arbeiten künftig rascher und gründlicher erledigt werden könnten. „Ich werde niemals Einflüsterungen Gehör schenken, die darauf berechnet wären, Männer zu verdächtigen, deren Charakter und Vaterlandsliebe mir so gut bekannt sind, wie es bei Ihnen der Fall ist."

Von der Zeitschrift Schubarts wurde mit Befriedigung gemeldet, daß die Umtriebe gegen „einen der größten deutschen Staatsmänner" erfolglos geblieben seien. Das nämliche Organ brachte auch Mitteilung von einem offenen Briefe Hertzbergs an den Grafen von Echernay, worin der Vorwurf, als ginge die feindliche Schwenkung gegen Frankreich von Hertzberg aus, zurückgewiesen war; dieser Staatsmann habe immer „eine gerade, rechtliche und gerechtliche Politik" verfolgt, wie sie auch von einem Minister des Auswärtigen unbedingt verlangt werden müsse; Hertzberg sei also nicht für alles verantwortlich zu machen, was von „Aventuriers, die sich für preußische Emissärs ausgeben", gesagt und gethan werde; es könnte ja freilich befremdlich erscheinen, daß er selbst seine Apologie schreibe, allein „um gewisser Kleinschädel willen" sei es auch wohl einmal am Platze, daß ein großer und guter Mann sein eigenes Lob verkünde. [2])

---

[1]) Posselt, E. F. Graf v. Hertzberg, 26.

[2]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 341, 411.

Hertzberg blieb also vorerst noch im Kabinett, doch die nächsten Ereignisse ließen den Gegner der Einigung mit Oesterreich nicht wieder zu Einfluß gelangen. Einerseits rief der polnische Staatsstreich in Berlin die Besorgnis wach, daß auch auf Polen im Falle eines Krieges mit Rußland und Oesterreich nicht mehr mit Sicherheit zu rechnen sei, andererseits legten, wie oben dargestellt wurde, die aus Frankreich herübertönenden Hülferufe der Schwester dem Kaiser die Pflicht auf, wenigstens die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich ins Auge zu fassen und sich deshalb nach anderen Seiten die Arme frei zu machen. Am 21. Mai schrieb Friedrich Wilhelm an Leopold, er hoffe um so sicherer auf das Zustandekommen des Friedens, als er selbst jeden Gedanken auf Danzig aufgegeben habe, also wohl auf gleiche Uneigennützigkeit des Kaisers zählen dürfe. Am 25. wurden Schulenburg und Alvensleben nach Charlottenburg beschieden; hier gab Friedrich Wilhelm den nichts weniger als freudig Ueberraschten seinen bestimmten Willen kund: Bischoffswerder soll abermals den Kaiser aufsuchen, um nunmehr endgültig den Bundesvertrag abzuschließen. Auf Anregung Finkensteins wurde in die Instruktion für den Oberst der Vorbehalt aufgenommen, Preußen werde nur dann rückhaltlos die Hand bieten, wenn Kaunitz endlich darauf verzichte, die Verhandlungen in Sistowa noch weiter zu verwirren und zu verschleppen. Preußen wolle einem freien, unabhängigen Polen mit seinen gegenwärtigen Grenzen seine Anerkennung nicht versagen und die Wahl des vortrefflichen Kurfürsten von Sachsen mit Freuden gutheißen; nur müsse darauf bestanden werden, daß die Erbtochter Friedrich Augusts nicht mit einem Prinzen des russischen, preußischen oder österreichischen Hauses vermählt werde. Auch könne Rußland nicht im Bunde der beiden deutschen Mächte der Dritte sein, und Oesterreich müsse sich ausdrücklich verpflichten, in einem preußisch-russischen Kriege neutral zu bleiben. Zur Verständigung über die Einzelheiten des abzuschließenden Vertrages sollten die beiden Monarchen im sächsischen Lustschlosse Pillnitz zusammentreffen. Von Frankreich war auch in dieser Instruktion gar nicht die Rede.

Kaum war jedoch Bischoffswerder nach Italien abgereist, so gelangten nach Berlin Nachrichten, daß die Politik des Kaisers oder wenigstens des Fürsten Kaunitz stärker denn je zu Rußland hinneige. Ohne Abtretung von Orsowa und dem Unnabezirk, erklärte Herbert in Sistowa, sei an Frieden nicht zu denken; ohne Beiziehung Rußlands, sagte Spielmann in Wien zu Jacobi, werde sich ein Bund mit Preußen nicht schließen lassen. Vergebens erinnerte Lucchesini an den Reichenbacher Vertrag; vergebens wies Jacobi darauf hin, wie widersinnig es sei, Rußland zum Beitritt zu einem Bunde einzuladen, der gerade die Einschränkung der russischen Macht bezwecke. Spielmann erwiderte, das alles sei schön und gut, aber man wolle nicht um der Taube auf dem Dache willen den Sperling aus der Hand lassen; wenn die Türken nicht zur Nachgiebigkeit angehalten würden, müßten die Kanonen wieder zum Wort kommen, und die beiden Kaiserhöfe würden sich schon in Respekt zu setzen wissen.

Wirklich verließen der österreichische Geschäftsträger, Baron Herbert, und der Vertreter Ungarns, Graf Esterhazy, am 18. Juni die Kongreßstadt Sistowa: das war die Sprengung des Kongresses. Gern oder ungern mußten auch in

Berlin Vorkehrungen getroffen werden, um der neuen Kriegsgefahr zu begegnen; im Laufe des Juli sollten sich 80 000 Mann unter dem Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig sammeln, um in drei Kolonnen in Mähren einzufallen.[1])

In diesem Augenblick — am 24. Juni — kam kurze Botschaft von Bischoffswerder, der Zweck seiner Sendung sei erreicht, der Kaiser habe schleunigen Friedensschluß in Sistowa befohlen, die Pillnitzer Zusammenkunft angenommen.

Schon am 14. Juni, also vor dem Fluchtversuch Ludwigs XVI., war die Nachricht in Mailand aufgegeben worden. Der Kaiser hatte den Vertrauensmann Friedrich Wilhelms aufs freundlichste aufgenommen. Die europäische Lage hatte sich ja insofern zu Ungunsten Oesterreichs verändert, als das russische Kabinett aus den englischen Parlamentsverhandlungen die Gewißheit gezogen hatte, daß es keinen Krieg mit dem Dreibund zu befürchten habe; dadurch war der Wert der Freundschaft Oesterreichs erheblich herabgemindert worden, ja, Leopold hegte sogar Argwohn, daß sich die bundesfreundliche Gesinnung in Petersburg in feindliche Tücke verwandelt habe. Mit Freuden wolle er mit Preußen Hand in Hand gehen, sagte er zu Bischoffswerder, nur müsse vorher in Sistowa alles glatt gemacht werden.

In Mailand kamen nun auch zum erstenmal die französischen Angelegenheiten zur Sprache. Friedrich Wilhelm hatte kurz zuvor durch Baron Roll im Auftrag des Grafen von Artois die — irrtümliche — Meldung erhalten, König Ludwig wolle für sich preußische Waffenhülfe erbitten; er hatte darauf ausweichend geantwortet, vor Abschluß des Friedens zwischen Oesterreich und der Türkei könne sich Preußen auf derartige Verpflichtungen nicht einlassen. Indem Bischoffswerder diese Episode erzählte, stellte er, wozu er wenigstens durch seine schriftliche Instruktion nicht ermächtigt war, in sichere Aussicht, daß Preußen seine Beziehungen zu Frankreich ganz nach Ermessen und Wunsch des Kaisers regeln werde. Ueber diese Zusage hoch erfreut, legte Leopold dem Obersten dar, welche Haltung er gegen Frankreich und die Revolution einzunehmen gedenke. Das thörichte Kriegsgeschrei der Emigranten berühre ihn nicht, aber es dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, welche Gefahr aus der in Frankreich eingerissenen Zügellosigkeit für alle Monarchien erwachse. Das Uebel müsse in den Anfängen erstickt werden, sonst könnte das schlimme Beispiel leicht Nachahmung finden, wie es denn auch schon da und dort in der Nachbarschaft zu Unruhen gekommen sei. Ueberdies, wer vermöchte kalten Blutes zuzusehen, wie Ehre und Leben der königlichen Familie in Paris einem wütenden Pöbel preisgegeben seien! Das einzige Mittel zur Rettung des Thrones und zur Abwehr der revolutionären Propaganda biete die Vereinigung aller europäischen Mächte; schon die drohende Aufrichtung eines solchen Bundes werde die Franzosen zur Vernunft bringen.

Bischoffswerder war mit diesen Ansichten und Wünschen einverstanden; voll Freude schrieb er nach Berlin, Friede und Freundschaftsbund seien als geschlossen anzusehen, die Zusammenkunft der Souveräne in Pillnitz brauche nur noch das Siegel aufzuprägen.

Friedrich Wilhelm war jedoch durch die Beschwerden Lucchesinis und Jacobis

[1]) Sybel I, 296.

so mißtrauisch geworden, daß er den Ministern durch seinen Adjutanten sagen ließ, die schönen Worte des Kaisers könnten ihm nichts helfen, er wolle endlich einmal Thaten sehen. In diesem Sinne erging auch Weisung an Jacobi. Zwar habe Kaunitz in seinem jüngsten Erlaß an Reuß überraschend sanft klingende Saiten aufgezogen, auch aus Mailand sei Nachricht eingetroffen, der Kaiser habe schleunigen Abschluß des Friedens anbefohlen, aber man müsse erst Thatsachen abwarten zum Beweise, daß es dem Wiener Hofe Ernst sei mit seiner Freundschaft, daß er die Vermittlung des Dreibundes wirklich annehmen wolle. Glücklicherweise werde die soeben eingetroffene Nachricht von der Gefangennehmung König Ludwigs dem Willen des Kaisers gegen den Widerstand des Kanzlers zu Hülfe kommen.[1])

Die Depesche Jacobis vom 2. Juli schildert die jähe Wirkung dieser Nachricht in Wien. Der preußische Gesandte saß gerade wieder im Hause des Kanzlers bei Tische, als die Ankunft eines Eilboten den Wirt nötigte, die Tafel zu verlassen. Als er nach einer Weile zurückkehrte, war zwar seine Miene gelassen, ein harmloses Gespräch kam in Gang, aber bald war der Kanzler nicht mehr im stande, seine Aufregung zu unterdrücken, er teilte seinen Gästen die peinliche Nachricht mit. „Wie ein Blitz fuhr dieselbe in die Versammlung!"

Von diesem Augenblick an war das Hauptinteresse der österreichischen Politik nicht mehr auf den Kongreß von Sistowa, sondern auf die Vorgänge in Paris vereinigt. Die Aufklärung über den Mißerfolg des Fluchtversuchs wirkte in Wien um so peinlicher, da dem Kaiser kurz vorher Nachricht zugegangen war, daß alles aufs glücklichste verlaufen, der König in Metz, die Königin in Luxemburg eingetroffen sei. Unverzüglich hatte er der Schwester wärmsten Glückswunsch gesendet (2. Juli). „Ich segne den Himmel für Ihre Befreiung! Der König, der Staat, Frankreich, alle anderen Monarchien werden Ihrem Mut, Ihrer Festigkeit und Klugheit Befreiung und Rettung verdanken. Warum kann ich in diesem Augenblick nicht bei Ihnen und dem Könige sein, um Sie zu umarmen und die Genugthuung des Bruders, sowie des Freundes und Bundesgenossen kundzugeben, daß Sie endlich von den Sie bedrohenden Gefahren sich losgerungen haben! Alles, was ich habe, gehört Ihnen: Geld, Truppen, alles! Verfügen Sie frei darüber, ich wünsche nur Ihnen zu dienen und Ihnen meine Freundschaft allezeit, besonders aber bei dieser Gelegenheit zu beweisen!" Auch dem König hatte Leopold in überschwänglicher Weise seine Freude über den Sieg der guten Sache bezeugt.[2])

Der Jubel wurde jäh zum Schweigen gebracht. Von König Ludwig selbst kam traurige Kunde: Der letzte Versuch, sich aus der Umklammerung feindlicher Gewalten zu befreien, war gescheitert! „Der König ist wieder festgenommen, ist ein Gefangener in Paris. Er hat beschlossen, Europa von seiner traurigen Lage zu unterrichten, und indem er dem Kaiser, seinem Schwager, sein Leid enthüllt, zweifelt er nicht, daß dieser alles thun wird, was ihm sein großmütiges Herz eingibt, um Frankreichs König und Königtum zu retten!"[3])

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 3. Juli 1791.

[2]) Arneth, Marie Antoinette, 181, 182.

[3]) Ebenda, 185. Eigenhändiges, undatiertes Schreiben Ludwigs XVI.

Kaunitz war wie umgewandelt und wurde nicht müde, den fremden Diplomaten vorzustellen, daß alle Monarchen Europas die Ehrenpflicht hätten, den unglücklichen König von Frankreich zu schützen, daß alle anderen Sorgen hinter dieser heiligen Sache zurücktreten müßten. In der Wiener Zeitung erschien ein von Kaunitz beeinflußter Artikel, der die Revolution in Frankreich als unverantwortliche Rebellion bezeichnete und den Ausdruck „sogenannte Nationalversammlung" gebrauchte. Dabei blieb jedoch Kaunitz, was Jacobi nicht entging, vorsichtig genug, niemals von einem Einmarsch österreichischer Truppen in Frankreich zu sprechen; immer schob er „das europäische Konzert zur Wahrung der monarchischen Rechte" in den Vordergrund.

Unter dem Eindruck der Nachrichten aus Mailand und Wien erfolgte am 5. Juli die endgültige Entlassung Hertzbergs. Da der Minister seit längerer Zeit nicht mehr in unmittelbarer Fühlung mit dem Könige stand, hatten sich die Beiden in manchen Fragen einander förmlich entgegengearbeitet. Während der König durch Bischoffswerder die Annäherung an Oesterreich betrieb, hoffte Hertzberg durch einen Ausgleich mit Rußland wenigstens einen Teil seines „großen Dessin" zu retten und ein Stück polnischen Landes zu gewinnen. Als er aber nicht mehr daran zweifeln konnte, daß ihm von seinen Kollegen wichtige Depeschen unterschlagen würden, forderte er Aufklärung; er erhielt zur Antwort, es sei der Wille des Königs, daß ihm gewisse Schriftstücke verheimlicht würden.[1]) Darauf erbat Hertzberg seinen Abschied, und diesmal ohne den erhofften Mißerfolg. „Aus gewissen Rücksichten," erklärte der König, und um dem mit allzu vielen Geschäften Ueberhäuften einen Teil der Arbeit abzunehmen, wolle er einwilligen, daß sich die Dienste seines Getreuen fortan auf das Kuratorium der Akademie und die Aufsicht über den Seidenbau beschränken sollten.

Der Sturz des Ministers wurde in Berlin als das längst vorbereitete Werk Kaiser Leopolds angesehen.[2]) Auch Hertzberg teilte diese Auffassung. „Sie werden, wie ich wohl annehmen darf," schrieb er nach seiner Entlassung an Lucchesini, „durch diese Wendung ein wenig überrascht sein; sie brach über mich lediglich infolge einer Abmachung Bischoffswerders in Mailand herein, weil man in mir einen zu hitzigen Preußen erblickte." In einem Briefe an Posselt behauptete Hertzberg, der Kaiser habe geradezu die Forderung gestellt, daß der bislang tonangebende preußische Minister „als erklärter Feind des österreichischen Hauses" beseitigt werde.[3]) Als Lucchesini, der auch mit dem Gestürzten in höflicher Verbindung blieb, im September 1791 mitteilte, Kaiser Leopold habe den Erzherzog Franz angewiesen, die historischen Vorträge Hertzbergs als die gediegensten Lehrbücher für einen künftigen Regenten zu studieren, erwiderte Hertzberg, auch von Reuß und Spielmann sei ihm seinerzeit in Reichenbach hohes Lob gespendet worden; dann freilich sei die günstige Stimmung in

[1]) Précis de la carrière diplomatique du comte de Hertzberg (Ueberarbeitung der an Friedrich Wilhelm II. gerichteten Denkschriften); W. A. Schmidt, Zeitschr. für Geschichtswissenschaft I, 31.

[2]) (Friedr. v. Cölln) Vertraute Briefe über die inneren Verhältnisse am preußischen Hofe seit dem Tode Friedrichs II., 66.

[3]) Posselt, 26.

Wien ins Gegenteil umgeschlagen; ja, man habe sich ein Vergnügen daraus gemacht, ihn von seinem Platze zu verdrängen, wofür er die Beweise in Händen habe.[1])

Es war nicht der Sturz eines Gewaltigen; immerhin erregte die Entfernung des „letzten Trägers der Fridericianischen Politik" großes Aufsehen. In Preußen wurde sie von Vielen als Sieg der Reaktion über die Aufklärung aufgefaßt; nun werde Preußen, so befürchteten sie, Arm in Arm mit Oesterreich nicht bloß den Jakobinern in Frankreich, sondern auch den Freunden der Freiheit und des Fortschritts im eigenen Lande den Krieg erklären. Das Hamburger politische Journal feierte den von Undankbaren verdrängten Staatsmann, „der mit so vielem Glanze die Bahn der Unsterblichkeit wandelte und beinahe durch ein halbes Jahrhundert an den mehrsten Unterhandlungen und Begebenheiten von Europa thätigen Anteil hatte".[2]) Noch stürmischer beklagte Schubarts Vaterländische Chronik den „Niedergang des hochaufstrahlenden Geistes im Berliner Ministerium", den Sturz des großen Mannes, der „in seiner dreißigjährigen Thätigkeit oft einer belebenden Sonne glich, welche ihre beseelenden Einflüsse in alle Adern und Nieren des Staates ausgoß".[3])

Hertzberg zog sich nach seiner Entlassung auf sein Landgut nahe bei Berlin zurück. „Dort lagert er nun, ein zweiter Cincinnatus, unter dem Schatten der Bäume, die er selber gepflanzt hat."[4]) „Ich bin zur Zeit," schrieb Hertzberg im September 1791 an Luccheſini, „der zufriedenste Mensch von der Welt und bin glücklich, daß ich keinen Anteil mehr habe an dem Wechsel der Systeme." In Wahrheit konnte er sich zu solcher Entsagungsfreudigkeit durchaus nicht aufschwingen. Er gab die Hoffnung nicht auf, die Gnade des Königs wieder zu erlangen und damit die Leitung der auswärtigen Politik, auf welche er, durch so lange Thätigkeit und das Lob seiner Anhänger verwöhnt, eine Art Monopol zu besitzen wähnte. Er bestürmte den König mit Denkschriften, um ihm vor Augen zu rücken, daß der neue Weg nur in die Irre führe. Allgemeines Aufsehen erregte ein akademischer Vortrag Hertzbergs über „äußere, innere und religiöse Staatsrevolution" (gehalten in der Sitzung vom 6. Oktober 1791).[5]) Den Zwecken und Zielen der französischen Revolution wird hier unverblümt Anerkennung, ja Bewunderung gezollt; die französische Nation trachte, sich die bestmögliche Verfassung, eine bessere sogar, als die englische, zu verschaffen, indem sie die gesetzgebende Gewalt ausschließlich dem Volke, die ausübende dem unter Aufsicht der Volksvertretung stehenden Könige übertrage und auf solche Weise monarchisches und republikanisches System zu vereinigen suche. Welches Schicksal der noch im Fluß befindlichen Revolution beschieden sein werde, lasse sich nicht voraussehen; jedenfalls aber werde ihr das Verdienst bleiben, die Mißbräuche der vorigen, mehr aristokratischen, als absolutistischen Staatsform vermindert, eine

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Briefwechsel des Grafen Hertzberg mit dem Marquis Luccheſini. Schreiben Hertzbergs vom 10. Sept. 1791.

[2]) Polit. Journal, Jahrg. 1791, I, 784.

[3]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 326, 341, 481.

[4]) Ebenda 497.

[5]) Staatsanzeiger, 17. Bd., 46.

tüchtigere Staatswirtschaft ermöglicht, eine weniger eroberungssüchtige äußere Politik zum Gesetz erhoben und dadurch ein besseres Einvernehmen mit Preußen und England angebahnt zu haben. Freilich wäre wünschenswert, daß sich die Revolution mit weniger Heftigkeit und Ausgelassenheit vollzöge, die Würde des Monarchen weniger erniedrigt, die Unterschiede der Geburt und der Stände nicht gänzlich aufgehoben werden möchten, doch wer möchte um solcher Gebrechen willen die Verjüngung des Staates schelten!

Solche Worte, in den Räumen des ersten preußischen Staatsinstituts gesprochen, mußten den König, der sich soeben zur Bekämpfung der Revolution mit Oesterreich geeinigt hatte, peinlich berühren. Da überdies nicht verborgen blieb, daß der gekränkte Minister vor dem und jenem auch seiner Mißbilligung der neuesten preußischen Politik Ausdruck gegeben habe, wandte sich der König noch entschiedener von dem „Frondeur" ab. Hertzberg hatte, um einen Ueberblick über die Früchte seiner staatsmännischen Thätigkeit zu gewähren, alle von ihm ausgearbeiteten Staatsverträge, politischen Gutachten 2c., in einem großen Sammelwerk vereinigt; als er 1792 den dritten Band veröffentlichen wollte, wurde die Herausgabe nicht gestattet; erst 1795, als die preußische Politik nach mancher Richtung wieder in Hertzbergische Pfade einlenkte, wurde, kurz vor dem Tode des Ministers (27. Mai 1795), das Verbot zurückgenommen. —

„Sprechen Sie mit meinen Verwandten über die Schritte, die von außen unternommen werden müssen! Sollten sie Furcht haben, muß man sich mit ihnen auseinandersetzen!" So schrieb Marie Antoinette im ersten unbewachten Augenblick nach der erzwungenen Rückkehr in die Tuilerien an Graf Fersen.[1]) Nur noch vom Ausland erhoffte die hohe Frau Befreiung, doch nicht in Waffen sollten die Retter erscheinen.[2]) „Der König glaubt," schrieb sie (8. Juli) an Fersen, „daß offene Gewalt, selbst wenn ein Ultimatum vorausgeschickt wird, unberechenbare Gefahr nach sich ziehen könnte, nicht bloß für ihn und seine Familie, sondern für alle jene im Königreich gebliebenen Franzosen, die sich der Revolution nicht angeschlossen haben; unzweifelhaft wird es einer fremden Armee gelingen, in Frankreich einzudringen; aber das Volk wird, bewaffnet, wie es ist, von den Grenzen und den fremden Truppen hinwegfliehen und sich dann der Waffen gegen diejenigen Mitbürger bedienen, welche man ihm seit zwei Jahren aus Anlaß unserer Reise und bei jeder anderen Gelegenheit als seine Feinde bezeichnet hat." Ein Kongreß der Mächte sollte — dahin ging der Wunsch des königlichen Paares — energische Vorstellungen an die Nationalversammlung richten; die Waffen sollten lediglich im Hintergrunde gezeigt und nur im äußersten Notfall gebraucht werden.

In diesem Sinne richtete denn auch Leopold von Padua aus am 6. Juli an den Kurfürsten von Mainz als Oberhaupt des Kurfürstenkollegiums und an die Könige von England, Preußen, Spanien, Sicilien und Sardinien einen Aufruf zu gemeinsamem Vorgehen zum Schutze des französischen Thrones. In strengem Ton soll Freilassung der königlichen Familie gefordert werden, dagegen

---

[1]) Lettres de Marie Antoinette, publ. par de la Rocheterie et de Beaucourt II, 253.
[2]) Lenz, Marie Antoinette im Kampf mit der Revolution; Preuß. Jahrbuch, 78. Bd., 258.

sollen die Mächte Anerkennung der französischen Verfassung zusichern, jedoch nur in dem Umfange, den der von jedem Zwang befreite König selbst zugestehen wolle.[1]) „Ich rechne darauf," schrieb Leopold am 8. Juli an Christine, „das Reich zu kräftigem Handeln zu bewegen, und habe deshalb an die Kurfürsten geschrieben. Allein für ebenso notwendig halte ich es, die Franzosen und den Grafen von Artois von unbesonnenen Streichen zurückzuhalten. Ich habe ihn davor gewarnt, aber ich weiß nicht, ob es etwas fruchten wird. Man sieht, dem Könige wurden schlechte Ratschläge gegeben, und dann wurde er verraten. Weiß Gott, zu welchen Ausschreitungen sie sich fortreißen lassen werden! Ich hoffe, ihnen zuvorzukommen, doch wenn es mir nicht gelingen sollte, werde ich sie exemplarisch züchtigen!" [2])

Von ernsten Rüstungen in den österreichischen Erbstaaten war auch nach dem Aufrufe vom 6. Juli nicht die Rede, nur ein paar Bataillons wurden auf den Kriegsfuß gesetzt. Diese Lauheit machte sogar die preußischen Minister neuerdings mißtrauisch; sie mahnten den König zur Vorsicht, denn fast habe es den Anschein, als wolle der Kaiser nur durch andere die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. „Des Kaisers Absicht," so wurde im Namen des Königs an Jacobi geschrieben, „wird von uns durchschaut, so viel Sorgfalt er auch darauf verwendet, sie zu verbergen; sie geht dahin: ich soll in der französischen Sache vorgeschoben und dann soll aus meiner Einmischung für ihn selbst der größtmögliche Gewinn gezogen werden. Allein ich bin fest entschlossen, ihn ruhig an mich herankommen zu lassen und in dieser schwierigen und wichtigen Angelegenheit ebenfalls mit all der Vorsicht zu handeln, welche ihre Natur und ihre Folgen, sowie meine Erfahrungen über das gewöhnliche Verhalten des Wiener Hofes notwendig machen." Der nächste Erlaß schärfte dem Gesandten nochmals ein, er möge sich in der französischen Frage immer vor Augen halten, daß der König nicht selbst vorangehen, sondern auf alle Fälle den weit stärker beteiligten Kaiser zuerst handeln lassen wolle. Auch Bischoffswerder, der von Italien aus zur Weiterführung der Verhandlungen nach Wien gegangen war, hielt, obwohl oder vielmehr gerade weil Fürst Kaunitz ihn diesmal mit ausgesuchter Zuvorkommenheit aufnahm, eine beobachtende Stellung für angemessen. Der leitende Minister, schrieb Jacobi (16. Juli), habe sich arg verrechnet, wenn er sich der Hoffnung hingebe, durch solche Ränke die Vertreter der preußischen Interessen einzuschläfern. Hinwider stand Kaunitz mit nicht geringerem Mißtrauen den preußischen Versicherungen und Forderungen gegenüber. Noch am 23. Juli betonte er in einem Schreiben an Cobenzl „die Unsicherheit, inwiefern die Berliner und Londoner Höfe, gesetzt auch, daß sie in die Unternehmung einzugehen scheinen, es aufrichtig damit meinten und nicht etwa gefährliche Nebenabsichten, es sei zu ihrer eigenen Vergrößerung oder zum Nachteil unseres Hofes mit ausführen wollten".[3]) Allein auch Kaunitz mußte einräumen, daß die Nachteile, welche die Einigung mit Preußen etwa bringen könnte, gegen den sicher zu erhoffenden Nutzen nicht

[1]) Vivenot, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege I, 185.

[2]) Wolf, Leopold II. und Marie Christine, 246.

[3]) Vivenot I, 203.

in Betracht kämen. In einem Memorandum über das „neue politische System", das der Freundschaftsvertrag des Kaisers mit Preußen inauguriere, nannte der Kanzler die bevorstehende Abmachung „gewissermaßen den zweiten Band des Vertrags von Versailles, der seiner Zeit ganz Europa in Staunen versetzt und die österreichische Monarchie gerettet hat". Dieses Wort aus dem Munde des Kanzlers, der im Vertrag von Versailles sein glorreiches Lebenswerk erblickte, bedeutete einen gründlichen Umschwung in seiner Auffassung der deutschen und der europäischen Lage. Dem Obersten Bischoffswerder zollte er hohes Lob; freilich sei derselbe, versichert Kaunitz dem Kaiser, ersichtlich überrascht gewesen ob der Ehrlichkeit, Offenheit und Vernünftigkeit der österreichischen Vorschläge.[1])

So wurde denn am 25. Juli in Wien von Kaunitz und Bischoffswerder ein vorläufiger Vertrag abgeschlossen, für welchen eben jener Vertrag von Versailles von 1756 als Vorbild diente,[2]) der also nur defensiven Charakter haben sollte.[3]) Auch sind darin die konservativen Interessen keineswegs stark betont; in Bezug auf Frankreich wird nur von beiden Staaten das Versprechen gegeben, nach Kräften für das Zustandekommen des Bundes aller europäischen Mächte zu wirken. Außerdem sicherten sich beide Staaten für den Fall einer Ruhestörung im Innern gegenseitige Hülfe zu; das war für Preußen ohne Belang, da sich alle Provinzen gleichmäßig der tiefsten Ruhe erfreuten, während das Versprechen für Oesterreich von Wichtigkeit werden konnte, da in Ungarn noch zahlreiche Mißvergnügte grollend beiseite standen und in den Niederlanden gelegentlich der Rundreise des zurückgekehrten Statthalterpaares neue Unruhen ausgebrochen waren.[4]) Die früher von Bischoffswerder geforderte Garantie des Besitzstandes der Türkei war fallen gelassen worden. In Bezug auf Polen war die Abrede getroffen, daß keine von beiden Mächten den Besitzstand oder die Verfassung Polens antasten und die zur Thronfolge berufene sächsische Prinzessin mit keinem Prinzen der beiden Höfe sich vermählen sollte. Endlich sollte keine der beiden Mächte mit einer dritten ein Sonderbündnis eingehen; dagegen sollten Rußland, England und Holland zum Beitritt eingeladen werden. Damit war einer Annäherung Preußens an Rußland ein Riegel vorgeschoben, während Oesterreich den alten Bund mit Rußland nicht aufzugeben brauchte.

Es begreift sich leicht, daß in Wien der Abschluß dieses Vertrags mit aufrichtigem Vergnügen begrüßt wurde. Nun sei ihm ein Unternehmen gelungen, triumphierte Kaunitz, wie Spielmann dem Obersten Bischoffswerder anvertraute, ein Werk, um dessentwillen ihn zwei große Völker in allen Zeiten segnen würden. Zu Bischoffswerder selbst äußerte der Kanzler, die neue Allianz ersetze nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern eröffne noch weit größere Aussichten,

---

[1]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, 419.

[2]) Vivenot I, 217.

[3]) Der „Acte préliminaire signé le 25 juillet 1791" ist u. a. gedruckt bei Martens, Recueil des traités V, 5; der in der Collection of State Papers p. 1 mitgeteilte Traité de partage entre les cours d'Autriche, de Russie, de l'Espagne et de Prusse à Pavie au mois de Juillet 1791 ist selbstverständlich eine plumpe Fälschung.

[4]) Zeißberg, Zwei Jahre belgischer Geschichte (1791, 1792); Sitzungsberichte der Wiener Akademie, Jahrg. 1890, VII, 112.

als dieser, und biete das beste Gegenmittel gegen alles Unheil, das von wütenden Narren angestiftet worden sei und noch fortwährend angestiftet werde.[1]) Auch der Kaiser war hoch erfreut. „Ich sehe dieses Geschäft als abgeschlossen an," schrieb er am 26. Juli an Kaunitz, „und ich erwarte davon hohen Nutzen und beruhigende Wirkung für die Monarchie; ohne Zweifel hat das Vertrauen, das Sie mit Recht dem Herrn von Bischoffswerder bei Ihren Unterredungen eingeflößt haben, viel zum Gelingen beigetragen und wird diesen Herrn überzeugt haben, daß es, wenn man mit uns ehrlich verhandelt, nur leidlich geringe Schwierigkeiten gibt, daß man aber zu nichts kommen wird, wenn die Lucchesini oder Jacobi die Vermittelung in Händen haben." [2]) Was dem Kaiser den Vertrag noch ganz besonders empfahl, enthüllt ein Wort in einem Briefe an Schwester Christine: „Ich schließe einen Vertrag mit Preußen, Rußland und England, der auf lange Zeit den Ausbruch eines Krieges verhindern und den Fürstenbund vernichten wird." [3])

Der Vertrag vom 25. Juli wurde denn auch in Preußen mit weit geringerer Befriedigung aufgenommen. Viele sahen in einem Zusammengehen Preußens mit Oesterreich unter allen Umständen ein Verhängnis; der Staat Friedrichs des Großen, so befürchteten sie, der natürliche Vertreter des Fortschritts und der Aufklärung in Deutschland, werde dadurch zu Schaden kommen. Andere hegten Sorge, daß nun schon ein kleiner Funke genügen werde, um den Krieg mit Frankreich zu entzünden. Auch der freiwillige Verzicht auf die Errungenschaften des Fürstenbundes wurde beklagt. Bezeichnend sind dafür die Auslassungen der Vaterländischen Chronik Schubarts.[4]) Bisher sei es System der preußischen Politik gewesen, in allen Fragen als vollwichtiger Gegenpart Oesterreichs aufzutreten und den Imperialismus der Habsburger abzuwehren. Jetzt komme plötzlich überraschende Märe: Aller Zwist der Nebenbuhler soll auf ewige Zeiten begraben sein, ihre Eifersucht soll sich in unverbrüchliche Treue wandeln! Die magische Gewalt des Obersten Bischoffswerder habe Wunder vollbracht! „Was seit mehr als fünfzig Jahren in keines Menschen Herz kam, was Friedrich der Große, der scharfe Seher in die Zukunft, nie ahndete, ist nun seiner Zeitigung ganz nahe, der Bund Preußens mit Oesterreich, also — ewiger Friede in Deutschland!" Freilich sei zweifelhaft, wie lange dieses „ewig" Geltung haben werde, „diese politische Ewigkeit ist oft von so kurzer Dauer, wie die am Altar geschworene Liebe und Treue der neumodischen Ehen!" Ja, von einigen zu grübelndem Tiefsinn geneigten werde sogar die Frage aufgeworfen: Ist solch ein Bündnis auch dem wahren Heile Deutschlands, der bürgerlichen und Religionsfreiheit zuträglich?

Der Gedanke, daß von der Schlichtung des Hadders der zwei mächtigsten Staaten des Reichs die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu erwarten sei, daß nun der deutsche Name wieder zu Ehren kommen könne, gelangt nirgends zum Ausdruck. In den niederen Bevölkerungsschichten schweiften die Blicke über-

[1]) Herrmann, Geschichte des russischen Staates; Ergänzungsband: diplomatische Korrespondenzen aus der Revolutionszeit, 38.

[2]) Beer, 421.

[3]) Wolf, Leopold und Marie Christine, 256.

[4]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 506, 529, 535.

haupt nicht über die Grenzen des engeren Vaterlandes, die Angehörigen der höheren Stände gefielen sich, wie schon dargelegt wurde, in weltbürgerlichem Stolze. „Wenn man überhaupt von dem Deutschen sagen kann, daß er ein Vaterland hat und weiß, was Patriotismus ist," so beginnt im Braunschweigischen Journal eine Abhandlung über die deutschen Verhältnisse der Gegenwart.[1] Aller Nutzen des wunderlichen Bündnisses werde Oesterreich zufallen, erörterte Schubart in einem weiteren Leitartikel am 16. August 1791: „Oesterreich über alles!" Der unscheinbare, aber kluge und ehrgeizige Leopold hat die habsburgisch-lothringischen Erbstaaten auf eine Machtstufe erhoben, die sie bislang nur einmal eingenommen hatten. Die nordische Riesin steht ihm getreu zur Seite, Polen ist ihm zugethan, Baiern ist ebenso eng mit ihm verbunden, wie Sachsen, der Britte gibt sich zufrieden, wenn ihm Leopold nicht den Ehrensitz an Poseidons Seite streitig machen will, — nun entsagt auch Preußen der alten Feindschaft, — alles deutet darauf hin, daß Oesterreich wieder zu jener furchtbaren Höhe aufsteigen wird, die unter Karl V. auf ganz Europa ihre Schatten warf!

Auch im preußischen Kabinett war von Befriedigung oder Freude über die jüngste Wendung nicht die Rede. Besonders Schulenburg war ein Gegner der Verbindung mit Oesterreich. Noch am 16. Juli hatte er Bischoffswerder vor den Listen und Kniffen des Kaisers gewarnt. „Seien Sie gegen diesen Fürsten auf der Hut. Unter den gewinnendsten Formen verbirgt er den verschlagensten Charakter von der Welt; er weiß seinen Macchiavell auswendig. Fürchten Sie den Fürsten Kaunitz weniger, als den Kaiser und die Italiener, deren er sich bedient." Nach Abschluß der Konvention gab der preußische Minister offen dem Bedauern Ausdruck, daß sich der Vertreter Preußens durch Gewährleistung des österreichischen Besitzstandes eine schwere Verantwortung aufbürden und mit einem Linsengericht dafür abfinden ließ. Dem Fürsten Kaunitz war nicht unbekannt, daß Schulenburg „nach dem Beispiel des Hertzberg" mit Vergnügen den Bund verhindert oder doch wieder zerschnitten hätte, „weil nach der Berliner eingewurzelten Denkungsart man sich allda zu glauben nicht gewöhnen kann, daß es in der Welt doch irgendwo ehrliche Leute geben könnte".[2]

Das neue Bündnis erschien vielen so unnatürlich, daß sie zur Erklärung auf den Gedanken verfielen, der eigentliche Zweck sei eine neue Teilung Polens. „Ich höre ein Geflüster um mich her," schrieb ein Berliner Berichterstatter schon im Juli 1791 an die Vaterländische Chronik, „als wären Geisterstimmen; ein Geist tritt aus der Wolke, deutet auf Pohlen und spricht: die Könige haben das Messer in der Hand, um dich aufs Neue zu schälen!" Dazu fügte Schubart die Bemerkung: „Ich kann die neue Theilung Pohlens nicht glauben, ob sie gleich durch laute und geheime Berichte bestätigt wird; höchstens könnte es dahin kommen, daß der König von Preußen ohne Schwerdtschlag Danzig und Thorn bekäme, zu einiger Entschädigung der ungeheuren Kosten, die er durch seine drohende Stellung aufgewandt hat."[3] Zur Entschädigung, so glaubte man,

---

[1] Wenck II, 220.

[2] Kaunitz an Spielmann, 26. Juli 1791; Vivenot I, 216.

[3] Vaterl. Chronik, 516.

werde Preußen geschehen lassen, daß Baiern gegen die Niederlande eingetauscht werde; aus München selbst wollte Schubart sichere Kunde haben, daß an „dieser für Oesterreich so außerordentlich vortheilhaften und für Deutschland so höchst kritischen Sache" unabläßig gearbeitet werde.[1]) Auch in Reichstagskreisen regten sich solche Gerüchte; Graf Görtz, der preußische Gesandte zu Regensburg, sowie ein Agent Schultz richteten an das Berliner Kabinett dringliche Mahnung, bei Ratifizierung des Wiener Vertrags nachträglich eine Bestimmung über Gewährleistung der deutschen Reichsverfassung einzufügen, denn von Vielen werde befürchtet, daß es bei der Einigung der zwei deutschen Hauptmächte auf Vergewaltigung schwächerer Reichsstände abgesehen sei. Es erging deshalb aus Berlin Weisung in diesem Sinne an Bischoffswerder.[2])

Auch die in aller Stille vollzogene Vereinigung der fränkischen Markgrafschaften Ansbach und Baireuth mit Preußen wurde anfänglich von Manchen als Gewaltakt aufgefaßt. Was Jacobi, wie oben erwähnt, als unbegründeten Klatsch bezeichnet hatte, war bereits vollendete Thatsache. Am 16. Januar 1791 hatten Friedrich Wilhelm II. und Markgraf Karl Alexander einen Vertrag unterzeichnet, wonach die beiden Fürstentümer, die nach Ableben des kinderlosen Markgrafen ohnehin an die königliche Linie der Hohenzollern hätten übergehen müssen, vom Markgrafen schon jetzt gegen Zusicherung einer Jahresrente von 300 000 Gulden abgetreten werden sollten.

Karl Alexander, der letzte Markgraf von Ansbach-Baireuth, der Sohn der Lieblingsschwester Friedrichs des Großen, war nichts weniger als ein eifriger Vertreter hohenzollernscher Hauspolitik; er benützte jeden Anlaß, um seine Selbständigkeit zur Schau zu tragen, und neigte deshalb auch mehr zu Oesterreich, als zu Preußen. Das Verhältnis zum Berliner Hofe besserte sich erst, seit 1787 Demoiselle Clairon, die ehedem gefeierte Phädra der Comédie française, die 1770 den Markgrafen nach Ansbach begleitet und dann siebzehn Jahre lang den Platz einer ersten Gunstdame behauptet hatte, durch eine Engländerin Lady Craven, die Dichterin des Schauspiels Nurjad, verdrängt worden war. Der geistvollen, Glanz und Abwechslung liebenden Dame behagte es in dem abgelegenen fränkischen Städtchen nicht lange; sie wollte lieber an der Seite ihres Freundes die europäischen Hauptstädte besuchen oder am brittischen Hofe eine Rolle spielen. Deshalb begünstigte sie die Pläne des Berliner Hofes, der, um künftigen Schwierigkeiten vorzubeugen, die Einverleibung der Fürstentümer schon zu Lebzeiten des Markgrafen zu erreichen wünschte. Durch den Einfluß der Lady wurde 1790 Karl August Freiherr von Hardenberg, der bisher in braunschweigischen, dann in hannöverschen Diensten gestanden hatte, als wirklicher Geheimrat nach Ansbach berufen; die Anregung war von Friedrich Wilhelm ausgegangen, der einen ihm ergebenen, verläßigen Mann in der Umgebung seines Vetters haben wollte. Während der neue Minister die Wünsche des Berliner Hofes zu fördern trachtete, arbeiteten seine Kollegen, insbesondere Seckendorff,

---

[1]) Vaterl. Chronik, 568.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Vorstellung des Kabinettsministeriums an den König vom 10. September 1791.

rührig gegen die Abtretung, wie sie auch ihren Herrn bestürmten, der geplanten Ehe mit der Fremden zu entsagen und eine standesmäßige Verbindung einzugehen. Auch Demoiselle Clairon, die „mit gebrochenem Herzen" nach Paris zurückgekehrt war, beschwor ihren „héros", er möge nicht den unauslöschlichen Schimpf einer Flucht vom Throne auf sich laden. „Einen Thron verlassen, heißt den Beweis liefern, daß man unwürdig war, denselben einzunehmen."[1] Um den Markgrafen solchen Einflüssen zu entziehen, lud ihn Friedrich Wilhelm nach Neujahr 1791 zu den Faschingsfesten am Berliner Hofe ein. Hier gelang es unschwer, durch Aussicht auf Versorgung ihrer Kinder die Craven und durch sie den Markgrafen zu gewinnen:[2] am 16. Januar wurde der erwähnte Vertrag unterzeichnet. Auch die Furcht, daß die Revolution über kurz oder lang wenigstens die kleinen Throne wegfegen werde, soll dazu beigetragen haben, den Markgrafen für den ihm angesonnenen Verzicht gefügig zu stimmen. Der Abschied von den Unterthanen fiel ihm nicht schwer. „Mit seinem brittischen Herzen," versichert Lady Craven, — und das Wort ist leider auf viele deutsche Fürsten thatsächlich anzuwenden, — „seiner französischen Kultur und seiner italienischen Liebe für die schönen Künste fühlte er sich in Deutschland wie außer seiner Heimat."[3] Im Sommer 1791 war es, obwohl keine amtliche Bekanntmachung erfolgt war,[4] nur noch ein öffentliches Geheimnis, daß der Markgraf, der sich mit Lady Craven nach Ostende begeben hatte,[5] nicht mehr nach Ansbach zurückkehren werde. Bald werde sich der Vorhang aufrollen, heißt es in der Vaterländischen Chronik vom 8. Juli, und ein Prolog werde mit den Worten beginnen:

„Ihr Herren in Logen und auf dem Parterre,
Ihr Frauen, vernehmet die neue Märe:
Der Preußenkrone Herrlichkeit
Erhöht der Glanz von Anspach und Bayreuth!"

Die Ansbacher, Baireuther und Vogtländer, in einer Zahl von 200 000 Köpfen,[6] „ein herrlicher, deutscher Menschenschlag", seien zwar durch den jähen Wechsel etwas überrascht, aber dadurch getröstet, daß Friedrich Wilhelm allgemein für einen wohlwollenden Monarchen und Hardenberg für einen guten Minister gelte. „Die Preußen haben damit einen kräftigen Fuß im Reiche." Amtlich machte Markgraf Alexander erst am 2. Dezember 1791 von Bordeaux

[1] Julius Meyer, Karl Alexander, der letzte Markgraf von Ansbach-Baireuth, Demoiselle Hypolite Clairon und Lady Elisa Craven, in Beiträge zur Geschichte der Ansbachischen und Baireuthischen Lande, 200.

[2] Damit steht die Erklärung der Lady Craven, sie habe jede Entschädigung ihrer Dienste abgelehnt, nicht geradezu im Widerspruch (Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Anspach, a. d. Engl., I, 272).

[3] Denkwürdigkeiten, II, 355.

[4] Der Markgraf hatte durch Dekret d. d. Ostende, 9. Juni 1791 nur kund gemacht, daß er „bis zu seiner Rückkehr" den Freiherrn von Hardenberg mit der landesherrlichen Gewalt betraut habe (Hardenbergs Leben und Wirken, von F. Arndt, 25).

[5] Noch im Oktober des nämlichen Jahres fand in Lissabon die Vermählung statt.

[6] Die Zahl ist zu niedrig gegriffen; die beiden Fürstentümer hatten auf 160 Quadratmeilen 385 000 Einwohner.

aus bekannt, daß er „seine, wie er sich schmeicheln könne, nicht ohne Ruhm und Segen geführte Regierung" zu Gunsten des nächsten Agnaten niedergelegt habe; und am 5. Januar 1792 wurde der Thronwechsel durch einen Erlaß Friedrich Wilhelms II. feierlich verkündet.[1]) Der Herzog von Württemberg legte Verwahrung ein, daß auch von der Herrschaft Weiltingen, in welcher ihm selbst auf Huldigung, Gesetzgebung und Besteuerung Anspruch zustehe, für Preußen Besitz ergriffen worden sei; es brachen auch Unruhen in der Herrschaft aus, aber Württemberg mußte sich schließlich damit zufrieden geben, daß die preußische Regierung die eingezogenen Protestler freigab und, wie der amtliche Erlaß vom 21. März 1792 erklärte, „über die ganze unangenehme Begebenheit einen Vorhang zog."[2]) Preußen hatte nicht bloß zwei schöne, im Herzen Deutschlands gelegene Provinzen erworben, sondern auch die Thatsache, daß Hardenberg Gelegenheit fand, in seiner neuen, fast selbständigen Stellung sein ungewöhnliches Verwaltungstalent zu zeigen, kam dem preußischen Staate zu gute.

Der Vorstoß preußischer Herrschaft nach dem deutschen Süden erregte großes Aufsehen. Der ob seiner Handelschaft vielgetadelte Markgraf wurde von Weckhrlin in einem beachtenswerten Aufsatz „Aussichten ins Anspachische" in Schutz genommen.[3]) Die Einverleibung der Fürstentümer, wird darin ausgeführt, biete dreifachen Vorteil für das Reich, das Haus Brandenburg und die Fürstentümer selbst. Dem Reiche könne es nur förderlich sein, daß durch die Lage der Fürstentümer der neue Besitzer gleichsam zum natürlichen Schiedsrichter zwischen Baiern, Böhmen, Sachsen ꝛc. gemacht, mithin das Friedenssystem in Deutschland befördert sei. Der Vorteil des brandenburgischen Hauses, das seinen Staat erweitert, seinen Einfluß gesteigert, seine Einkünfte vermehrt habe, brauche nicht erst erörtert zu werden; gewinne es doch zwei blühende, produktenreiche und der Verbesserung ungemein fähige Provinzen, und damit nicht nur drei neue Stimmen auf dem Reichstag, sondern auch maßgebenden Einfluß in einem zweiten Reichskreise; der preußische Adler dehne nunmehr seine Fittiche vom karpathischen Gebirge bis an den Fichtelberg aus. Die Bewohner von Ansbach-Baireuth endlich könnten sich zu dem Tausch nur Glück wünschen. Es sei Thatsache, daß die brandenburgischen Unterthanen sich der günstigsten Lage erfreuen. In einem größeren Staatskörper gebe es nicht die in Kleinstaaten mit Justiz, Finanzen und Verwaltung verbundenen Plackereien und Neckereien; außerdem werde das kleine Gebiet bei der Vereinigung mit einem größeren durch Ausdehnung seines Marktes, Eröffnung neuer Handelswege und Erleichterung des Absatzes seiner Produkte Gewinn erzielen. Vor allem werde der Weltbürger und Menschenfreund frohlockend begrüßen, daß der infame Menschenhandel ein Ende habe. „Von nun an, meine werthen Nachbarn, habt ihr nimmer zu fürchten, daß man euch nach Amerika oder Sibirien verkauft, um euch für Händel zu verbluten, die euch so wenig angehen, als den Mann im Monde." Da also alles zum Vorteil ausgeschlagen habe, verdiene Karl Alexander keinen

[1]) Brunn, Magazin zur näheren Kenntnis des physischen und politischen Zustandes von Europa, Jahrg. 1792, 189.

[2]) Schlözers Staatsanzeigen, 17. Bd., 279.

[3]) Weckhrlin, Paragraphe, (1791) II, 153.

Tadel. „Was könnte ein Regent in unseren Tagen, da das Handwerk so sauer und so undankbar geworden ist, da wir es den Kronträgern so schwer machen, ruhig zu schlafen, was könnte ein wohlberathener Regent Besseres thun? Oder wäre er nicht ebenso gut berechtigt, nach Ruhe und Glück zu schmachten, wie jeder Privatmann? Er hat seine Pflicht erfüllt, wenn er ein durch seine Regierung gesegnetes Land in kluge und wohlthätige Hände übergibt." —

Die erste Frucht der Aussöhnung zwischen Oesterreich und Preußen war der Abschluß der Friedensverhandlungen zu Sistowa. Am 4. August 1791 wurde der Vertrag von den Vertretern Oesterreichs, der Pforte und der vermittelnden Mächte des Dreibundes unterzeichnet. Da mehr denn einmal die Besorgnis aufgetaucht war, daß das Werk überhaupt nicht zu stande kommen werde, herrschte über das Gelingen aufrichtige Freude. Sogar die Türken wurden dadurch aus der gewohnten Teilnahmlosigkeit aufgerüttelt. Als Kanonenschüsse den Abschluß des Friedens verkündeten, umarmten sich die Turbanträger, wie Lord Keith erzählt, voll feierlicher Rührung und würden auch die abendländischen Diplomaten in die Arme geschlossen haben, wenn sich diese nicht aus Rücksicht auf die von Salben triefenden Bärte der Kollegen in respektvoller Entfernung gehalten hätten.

Natürlich bedeutet der Friedensschluß für den Botschafter nur einen Triumph der Ehrlichkeit und der Entschlossenheit Alt-Englands; nur durch diese brittischen Tugenden sei erreicht worden, daß das europäische Gleichgewicht neugestärkt aus den Verhandlungen in Sistowa hervorgehe.[1]) Das nämliche Verdienst nahmen aber auch die preußischen Diplomatenkreise für sich in Anspruch. „Dieser Friede," schrieben Alvensleben und Schulenburg am 17. August an den König, „ist ebenso ruhmvoll für Ew. Majestät, als vorteilhaft für die Pforte und wohlthätig für die Ruhe Europas und das Glück der Menschheit; diese That genügt, um das Andenken an Ihre Regierung für alle Ewigkeit zu erhalten!"

In der That konnte der Friede von Sistowa nur als Sieg der Mächte des Dreibunds aufgefaßt werden. Die verbündeten Kaiserhöfe hatten ihr Ziel, die Verdrängung der Türken aus Europa, nicht erreicht; von dem, was seinerzeit Katharina und Joseph in Cherson geplant hatten, war nur weniges zur Ausführung gelangt. Der Kaiser mußte — nach einem Verlust von 150 000 Mann und einem Aufwand von 200 Millionen Gulden — zulassen, daß alles wieder in den Stand gesetzt werde, wie es vor der Kriegserklärung vom 9. Februar 1788 gewesen war; er mußte die fruchtbare Walachei, ja auch Belgrad, dessen Behauptung schon das Andenken an Laudon gefordert hätte, wieder aufgeben. Nur Alt-Orsowa und einige kleine kroatische Grenzorte fielen an Oesterreich; das Flüßchen Czerna sollte künftig die Grenzscheide der beiden Reiche bilden.[2]) Die hohe Pforte machte kein Hehl daraus, daß sie mit den in Sistowa erlangten Bedingungen zufrieden sei; jeder von den Vertretern der vermittelnden Mächte

---

[1]) Keith, Memoirs, 471, 472.

[2]) Martens, Recueil des principaux traités, V, 18. — Geschichte des österr.-russ.-türk. Krieges in den Jahren 1787—1792 (1792), 234.

erhielt als Geschenk des Diwans 30 000 Piaster, ein arabisches Pferd und kostbares Pelzwerk.

Günstiger als für Oesterreich lagen die Verhältnisse für Rußland. Die jüngsten Siege der Russen an der Donau und die Erstürmung von Anapa hatten die Türken so entmutigt, daß Potemkin sogar mit harten Friedensbedingungen nur auf schwachen Widerstand stieß. Am 11. August wurden die Präliminarien zu Galacz unterzeichnet; Rußland „begnügte sich" mit Oczakow und der Dnjestrgrenze, die übrigen Eroberungen sollten der Pforte zurückgegeben werden. Damit nicht zufrieden, bot Potemkin alles auf, um den Frieden zu verhindern, allein er starb plötzlich am Sumpffieber (15. Oktober 1791). Der Tod des gefürchteten Hetman weckte bei den Türken Hoffnung, durch eine Fortsetzung des Krieges günstigere Bedingungen zu erlangen, doch General Besborodko betrieb die Verhandlungen so energisch, daß am 9. Januar 1792 der förmliche Abschluß der Friedens erfolgte. —

Inzwischen hatten die Beschwerden der im Elsaß begüterten deutschen Fürsten über die Verletzung ihrer Rechte sowohl die französische Nationalversammlung, als den deutschen Reichstag beschäftigt. In Paris wurde von Peyssonnel — Schlözer spottet, der Herr Konsul von Smyrna habe sich wohl durch seine schlechten historischen Schriften einen Sitz im Parlament verdient! — über die elsässische Frage Bericht erstattet.[1]) Natürlich war es für ihn eine feststehende Thatsache, daß Frankreich teils durch Eroberungsrecht, teils durch feierliche Verzichte des Kaisers und der Reichsstände die volle Souveränität über das ganze Elsaß besitze; demgemäß konnte er in den Beschwerden der deutschen Fürsten nichts anderes als unberechtigte Uebergriffe erblicken. Solche Anmaßung dürfe aber den Herzogen von Zweibrücken und den anderen Zwingherren im Elsaß um so weniger nachgesehen werden, da sie ihre Unterthanen bisher auf unverantwortliche Weise ausgesaugt und mißhandelt hätten. Diesen Behauptungen trat der Abgeordnete für Hagenau und Weißenburg, Baron von Ratsamhausen, entgegen; Peyssonnel habe von den staatsrechtlichen Verhältnissen im Elsaß ein ganz falsches Bild entworfen, denn nicht „souveraineté", sondern nur „suprematie" sei dem König von Frankreich durch die westfälische Friedensakte und andere Verträge überlassen; was auf solche Weise vom Oberhaupt des Staates feierlich beschworen worden sei, dürfe die Nation nicht einfach beiseite schieben, ohne sich an der fides publica zu versündigen. Die Bedrückung der elsässischen Unterthanen sei freilich eine Thatsache, aber die Schuld treffe nicht die kleinen Landesherren, die aus ihrem Besitz noch dieselben Einkünfte, wie vor Jahrhunderten bezögen, sondern die französische Regierung, welche die Abgaben im Elsaß seit hundert Jahren von 300 000 auf 6 bis 7 000 000 Livres hinaufgetrieben habe. Wenn Frankreich nun zu solchem Druck auch noch offene Rechtsverletzung füge, so zwinge es damit den Kaiser, auf Vergeltung zu sinnen. Die Worte des elsässischen Edelmannes erregten natürlich nur den Unmut der Versammlung; von Elsässern und Franzosen wurde die Be-

[1]) Aktenstücke zur elsässischen Frage in Schlözers Staatsanzeigen, 16. Bd., 199.

hauptung verfochten, daß dem französischen Volk das gute Recht zustehe, den unerträglichen Zuständen im Elsaß ein Ziel zu setzen.

Dagegen kam der Regensburger Reichstag „nach genauer Prüfung der vorgelegenen Akten und reifer Erwägung aller Umstände" zum Schluß, daß das Vorgehen der Franzosen gegen die in Elsaß-Lothringen begüterten Reichsstände nur als Rechtsverletzung und Friedensbruch aufzufassen sei.[1]) Zwar sei die Hoffnung auf Widerruf der kränkenden Verfügungen oder angemessene Entschädigung noch nicht aufzugeben, aber freilich müsse „bei der dermaligen unsteten Lage der Umstände" dem weisen Ermessen des Königs von Frankreich anheimgegeben werden, ob eine nochmalige Verwendung zu Gunsten der deutschen Fürsten vorteilhaft erscheine; im übrigen müsse dem Kaiser überlassen werden, zur Verteidigung der Reichsverfassung und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. „Dem Ausgang der großen Sache", bemerkte dazu Schlözer, „sieht jeder, der Gefühl von deutscher Ehre hat und sich gern im Glauben stärken möchte, daß es ein deutsches Kaiserreich gebe, mit Affekt entgegen." Eine in die Instruktionen mehrerer Reichstagsgesandten aufgenommene Bestimmung, es sollte angesichts der Thatsache, daß im öffentlichen Handel und Wandel zwischen den Nachbarstaaten bisher aller Nachteil auf deutscher Seite gewesen sei, durch Reichsbeschluß die Einfuhr französischer Waren in Deutschland verboten werden, gelangte nicht zur Annahme. Die Gallomanie der Deutschen, klagte Schubart, lasse so nützliche Handelspolitik nicht aufkommen. „Deutschland ist reich genug in sich, hat Landesprodukte aller Art genug, hat Meister in allen Künsten, Fabriken und Manufakturen, — dennoch greift es lieber nach fremdem Dunst, opfert Millionen für Fratzen der Mode und der Eitelkeit!"[2])

Es fehlte aber auch in Deutschland nicht an Stimmen, welche den Franzosen Recht gaben oder doch vor unbilliger Aufbauschung der elsässischen Frage warnten. Ein Leitartikel in der Gothaischen Zeitung vom 1. Juli 1791 wandte sich mit Schärfe gegen die „landläufige" Auffassung des Haders mit den westlichen Nachbarn. In verschiedenen deutschen Staaten habe man unbedenklich allerlei Aenderungen am alten Lehenssystem vorgenommen, man habe Stifte, Klöster, Kirchen, Majorate, Fideikommisse, Leibeigenschaft, Fronen und Abgaben und dergleichen aufgehoben; weshalb sollten nun gerade der französischen Regierung solche Reformen nicht gestattet sein? Und was im eigenen Hause erlaubt sei, das könne auch in dem mit allen Souveränitätsrechten an Frankreich abgetretenen Elsaß nicht verwehrt werden. Wenn Joseph II. die Rechte und

---

[1]) Reichsgutachten an Ihro Röm. Kayserl. Majestät d. d. Regensburg 6. Aug. 1791, die Beschwerden der durch die seit dem Monat August 1789 ergangenen französischen Schlüsse in Elsaß-Lothringen und sonsten reichsfriedensschlußwidrig beeinträchtigten Reichsstände betreffend (Gedr.) — Rechtliche Prüfung der unterm 8. und 11. August und 2. November vorigen Jahres von der französischen Nationalversammlung erlassenen Verfügungen in Bezug auf das Elsaß (1790). — Die Besitzungen, Einkünfte, Freiheiten, Rechte und Prärogative der deutschen Reichsfürsten, Kirchen und Körper im Elsaß, vertheidiget gegen die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung (1790).

[2]) Vaterl. Chronik, 511.

Einkünfte der Bischöfe von Regensburg und Passau eigenmächtig beschneiden durfte, ohne daß der Reichstag Einspruch erhob, warum sollte jetzt das Reich, warum sollten insbesondere die protestantischen Reichsstände um der Rechte der geistlichen Fürsten im Elsaß willen sich gefährlichen Verwicklungen aussetzen? Denn schwere Gefahr sei mit einem Krieg gegen Frankreich verbunden, diese Gewißheit dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Erst unlängst bei dem Einschreiten deutscher Reichs- und Kriegsvölker gegen die aufständischen Lütticher sei die Untauglichkeit der deutschen Wehrverfassung auf beschämende Weise zu Tage getreten. Allein auch zugegeben, das Reich wäre im stande, sich mit Frankreich zu messen: weshalb sollte man Elsaß und Lothringen zurückerobern? etwa um die ohnehin schon furchtbare Uebermacht des habsburgisch-lothringischen Hauses durch neuen Zuwachs zu steigern? Uebrigens werde es sich auch der Kaiser zweimal überlegen, mit Frankreich anzubinden, denn ein neuer Aufstand in den Niederlanden würde nicht ausbleiben. Dann würden wohl auch deutsche Lande in die Empörung hineingerissen werden, wie seinerzeit die Franzosen durch die amerikanischen und holländischen Händel angesteckt worden seien. Hoffentlich werde es also zwischen Frankreich und Deutschland nur zu harmlosem Schriften-, nicht zum Kugelwechsel kommen; deshalb müsse der gefährlichste Brandstoff entfernt, müsse endlich dem friedbrüchigen Treiben der französischen Emigranten auf deutschem Boden ein Ziel gesetzt werden. [1])

Man braucht nicht alle von dem Abenteurer Lauckhardt über das Treiben der Emigranten am Rhein zum besten gegebenen Anekdoten [2]) für bare Münze zu nehmen, allein thatsächlich hatte sich die Ueberfüllung der Rheinlande, insbesondere der erzstiftischen Gebiete mit französischen Flüchtlingen zur ärgerlichen Landplage ausgewachsen. [3]) Die deutschen Fürsten hatten, als nach dem Bastillesturm die Auswanderung der Prinzen und Edelleute begann, eine Ehrenpflicht darin erblickt, ihre Standesgenossen gastlich aufzunehmen. Manche gingen aber in der Rücksichtnahme gegen die selbstsüchtigen Grandseigneurs, die in der Gefahr ihren König verlassen hatten und die Wiederherstellung ihrer Standesvorrechte immer höher stellten, als die Rettung des Monarchen, viel zu weit. Namentlich der Kurfürst von Mainz, von seinem Kanzler Baron Albini bestärkt, gefiel sich in der Rolle eines Schutzherrn der Emigranten; dem Prinzen von Condé wurde das Schloß in Worms eingeräumt; die täglich wachsende Schar von Edelleuten wurde in den erzstiftischen Schlössern und Städten mit ebenso viel Ehrerbietigkeit wie Freigebigkeit behandelt. Ein namhafter Teil der Schützlinge erwies sich wenig dankbar; sie benahmen sich nicht wie Gäste, sondern wie die Herren des Landes; rasch war das Menetekel der Revolution vergessen, und am Hofe eines deutschen, eines geistlichen Fürsten lebte die Sittenlosigkeit von Versailles wieder auf. „Am Hofe Erthals ging es hoch her," erzählt der Emi-

[1]) Staatsanzeigen, 236.

[2]) Lauckhardt, Leben und Schicksale, III, 29. — Nach einer Angabe aus Koblenz hätte sich die Zahl der ausgewanderten Edelleute am 4. Oktober 1791 auf 42687 belaufen (Polit. Journal, Jahrg. 1791, II, 1091).

[3]) A. Sorel, L'Europe et la révolution Française, II, 165.

grant Baron d'Escars, „ich war täglich mittags und abends zu Tisch geladen, nicht bloß zu den großen Festschmäusen, sondern auch in den vertrautesten Kreis des Kurfürsten zu Frau v. F. und Frau v. C., die man in Mainz im Flüsterton die zwei Minister des Fürsten nannte." Nicht weniger eifrig nahm sich Kurfürst Clemens Wenzeslaus von Trier der überrheinischen Gäste an. Koblenz wurde förmlich der Mittelpunkt der französischen Royalisten, die von hier aus die Gegenrevolution aufrollen und das alte Regiment wieder aufrichten wollten. [1]) „Dieser bischöfliche Hof," schreibt Frau von Raigecourt im Januar 1791, „ist jetzt stark in der Mode, er vereinigt die beste Gesellschaft Frankreichs." Hier gab es nicht bloß täglich Galatafel und Konzert, hier wurden von den Führern der legitimistischen Bewegung mit und ohne Beiziehung des Kurfürsten und seiner Minister Beratungen gepflogen, von hier aus gingen Vertrauensmänner an die europäischen Höfe, von hier aus erließen die Prinzen in jenen Tagen, da das Leben des unglücklichen Königs aufs äußerste gefährdet war, geharnischte Proteste gegen jede Nachgiebigkeit des Königs mit der hochmütigen Begründung: Höher als die Person Ludwigs steht der Thron der Bourbons, *ihn* rein zu halten von verbrecherischen Zugeständnissen an die Revolution ist die erste Pflicht eines königstreuen Franzosen!

Nach mehr als *einer* Richtung verdient ein Brief eines „durch Stand und Geschäfte respektablen" Franzosen aus Koblenz an das Hamburger politische Journal [2]) Beachtung. Der Herausgeber der Zeitung wird beglückwünscht, daß er eine ständige Aufschrift „Auswärtiges Frankreich" eingeführt habe. „Der Ausdruck hat hier viel Vergnügen gemacht, er ist so wahr als glücklich gewählt. Wer noch an einem auswärtigen Frankreich zweifeln will, der komme hierher: er wird hier eine Cour de France finden, wie sie sonst in Versailles war und jetzt hier ist." „Die Liebe und Ergebenheit gegen *die Prinzen* ist ein gemeinschaftlicher Enthusiasmus aller Franzosen, die den Wert dieses Namens fühlen, ihr Vaterland lieben und ihre echte, wahre Konstitution ehren." Wenn der König zu Zugeständnissen an die herrschende, grausame und ungerechte Faktion gezwungen werde, so könnten dieselben für das auswärtige Frankreich nicht Geltung haben. „Kann der französische Monarch, selbst wenn er es wollte, solche Dekrete sanktionieren, die seine ersten und heiligsten Eide verletzen, die geheiligtesten Verpflichtungen, welche er so vielen Provinzen, Ständen und seinem Throne schuldig ist, vernichten?" — —

Die deutschen Bürger hatten anfänglich ihr Wohlgefallen an der Masseneinwanderung in ihre Städte. Man hatte Mitleid mit dem Schicksal der vornehmen Familien, die in der Fremde eine Zuflucht suchen mußten; dazu kam die den Deutschen angeborene Ehrerbietung vor allem Ausländischen; nicht wenig trugen auch Geschäftsrücksichten zur freundlichen Stimmung gegen die Fremden bei, d. h. solange diese über volle Kassen zu verfügen hatten; freilich wurde wieder von anderen die durch die Ueberfüllung der Städte verschuldete Erhöhung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise beklagt. „Man sah das bunte Getümmel

[1]) E. Daudet, Histoire de l'émigration 1789—1793, III, Coblentz.
[2]) Polit. Journal, Jahrg. 1791, II, 1021.

der Ausgewanderten," erzählt Iffland, der Leiter der Mannheimer Hofbühne, „ihre charakteristischen Eigenheiten, ihre Thorheiten, freute sich des interessanten Umganges mit einigen gebildeten Männern, man lebte ganz angenehm in dem Quodlibet, das jeden Tag eine andere Gestalt annahm; die Verwicklungen, der Blutkampf, der daraus entstehen, unseren und jeden Frieden so grausam zerreißen sollte, ahndeten wir nicht." [1]) „Alles wimmelt hier von Franzosen zwischen Mainz und Koblenz," klagte Forster, „der ganze Rheingau ist davon gepfropft voll; alle Wirtshäuser sind angefüllt und folglich den Mainzern jede Lustbarkeit dahin unmöglich gemacht. Das wäre noch zu ertragen, allein sie vertheuern uns alles; alles kostet doppelt so viel als sonst, und das junge Gemüse, worauf man sich den ganzen Winter vertröstete, ist gar nicht zu haben, weil die reichen Familien es à tout prix wegkaufen." [2]) Allein die Scene wechselte; bald waren die meisten Emigranten aller Mittel entblößt, und der Kredit verringerte sich im gleichen Maße, als die Aussicht auf die Zurückerlangung der Familiengüter dahinschwand. Nichtsdestoweniger gefielen sich manche Windbeutel, die ihren Unterhalt nur durch die Großmut deutscher Fürsten bestritten, in dünkelhafter Geringschätzung der Deutschen. Sie geruhten, bei diesen Philistern zu wohnen, auch wohl ihre Börsen anzunehmen, aber im übrigen suchten sie die „plumpen Gesellen" nach Kräften sich vom Leibe zu halten, und es erregte nur ihre Spottlust, wenn die Barbaren sich mit ihnen auf gleiche Stufe stellen wollten. „Das war in Frankreich," sagt Albert Sorel, „das klassische System, mit den guten Deutschen umzugehen, und es war in gleicher Weise klassischer Brauch bei den ‚guten Deutschen', daß durch den Stachel solche Spöttereien der ererbte Haß gegen die Franzosen wieder aufgeweckt wurde." Bald erlosch auch das letzte Mitleid mit Leuten, die ihr Mißgeschick mit so wenig Würde trugen, nur durch Hoffart ihre Armut wett zu machen suchten und keine Rücksicht auf ihre Wirte kannten. Der ruhige Bürger aus der Pfaffengasse des Reiches fing an, zu begreifen, daß die furchtbare Umwälzung im Nachbarlande doch nicht so ganz unbegründet und unberechtigt gewesen war; das unwürdige Schauspiel, das die Emigranten boten, erklärte den Deutschen die Revolution besser, als es alle Schriften und Agenten der Propaganda erklären konnten.

Ein Bericht aus Karlsruhe in der Berlinischen Monatsschrift (15. April 1791) schildert drastisch das Schmarotzerunwesen am markgräflichen Hofe. [3]) Niemand werde den deutschen Fürsten verübeln, wenn sie als gastfreie Wirte sich zeigen wollten, aber der Ueberschwang verdiene ernste Rüge. Der deutsche Mann werde mißachtet, wenn er nicht Stammbaum und Ahnen aufzuweisen habe; dagegen genüge die Thatsache, daß jemand außerhalb der Reichsgrenzen geboren sei, um ihm an deutschen Höfen eine ehrenvolle Aufnahme zu sichern. Um den Schwarm dieser feinen Herren und Damen standesgemäß zu unterhalten, werde ein Aufwand gemacht, der den Unmut der hartbedrängten Steuerzahler nur allzu berechtigt erscheinen lasse. Und zu allem übrigen Schaden werde

---

[1]) Iffland, Meine theatralische Laufbahn; Dramat. Werke, I, 197.
[2]) Klein, G. Forster in Mainz 1788—1793, 192.
[3]) Berlinische Monatsschrift, 17. Bd., 562.

zuletzt noch der Krieg kommen, denn wer könnte es den gegenwärtigen Gewalthabern in Frankreich verdenken, wenn sie endlich einmal daran gingen, die Nester ihrer gefährlichsten Feinde unmittelbar an den Grenzen auszunehmen?

Ebenso bittere Klagen kamen aus Koblenz. Ein unparteiischer Beobachter, der bairische Kriegsrat Lipowsky, glaubte sich, als er in die erzbischöfliche Residenz kam, in eine französische Stadt versetzt, denn jeder, der das zügellose Treiben der Emigranten sehe, müsse in diesen Uebermütigen die Herren und Eigentümer erblicken, die den guten Erzbischof als Gast in ihrer Mitte duldeten.[1]) Während seines Aufenthalts wurde zu Ehren der Ueberführung des heiligen Banners, der Oriflamme, ins prinzliche Lager die Oper „Richard Löwenherz" zur Aufführung gebracht. Die Arie des Blondel: „O Richard, o mon roi!" erregte bei den französischen Kavalieren so stürmische Begeisterung, daß sie auf die Bühne kletterten, das Bretterschloß, in dem König Richard gefangen saß, zertrümmerten und den Befreiten samt seinem getreuen Diener im Triumph durch das Haus trugen, womit die Aufführung ihr Ende fand.[2])

Doch die loyalen Schwärmer übten gar wenig Rücksicht auf ihren eigenen König. „Diese Partei," meinte schon Mirabeau, „zählt eine Menge Leute, welche die Rückkehr zum alten System gern um den Preis des Lebens des Königs erkauft hätten."[3]) Sie verspotteten die Schwäche Ludwigs, sie nannten die Zugeständnisse, die er wohl oder übel den Volksvertretern einräumen mußte, einen Verrat an den Königspflichten, sie hegten vor dem Oberhaupte ihres Vaterlandes im Grunde nicht mehr Achtung, als die Volksverführer in Paris. Noch schlimmer wurde der Königin mitgespielt. Den vornehmsten Teil der Emigranten bildeten ja die nämlichen Leute, die schon in den Tagen des Glücks förmlich ein Gewerbe daraus gemacht hatten, die verhaßte „Oesterreicherin" zu verleumden und mittelst zotiger Anekdoten und Stachelverse in den Schmutz zu ziehen. Jetzt beschuldigten sie die hohe Frau, daß sie durch Verhandlungen mit Mirabeau und Barnave und anderen Revolutionsmännern die Würde des Lilienthrones verletze. „Was hat nur euch Franzosen meine arme Schwester gethan," fragte Erzherzogin Christine einen Emigranten in Brüssel, „daß auf sie sogar in meinem Park und an allen öffentlichen Gebäuden beschimpfende Inschriften angebracht werden?" Wie auch im übrigen die Anschauungen in den Kreisen des hohen Adels auseinander gehen mochten, in einem Punkte waren sie einig; es galt ihnen als selbstverständlich, daß die Fürsten und Völker Europas keine wichtigere Pflicht hätten, als ihnen die Verbannung so erträglich wie möglich zu machen und so rasch wie möglich zur Rückkehr zu verhelfen. Persönlicher Vorteil dürfe nicht in Betracht kommen gegen das gemeinsame Interesse aller Staaten, und nur niedrig Gesinnte könnten

[1]) Züge aus dem Leben ꝛc. Lipowskys; Oberbair. Archiv, 12. Bd., 93.

[2]) Zu ähnlichen Scenen kam es bei einer Aufführung des Richard Löwenherz in Mannheim bald nach dem mißglückten Fluchtversuch des König Ludwigs XVI. Die Vorgänge auf der Bühne, so erzählt Iffland, riefen im Zuschauerraum bald wildes Geschrei, bald lautes Schluchzen wach; bei der Befreiung Richards stieg alles auf Stühle und Bänke, die Offiziere zogen ihre Degen, der Ruf „Aux armes!" im Parkett übertönte den Lärm auf der Bühne. Iffland I, 201.

[3]) Correspondance entre le comte de Mirabeau et le comte de la Marck, III, 155.

auf den Gedanken kommen, im gegenwärtigen Augenblick an Frankreich, weil es die Schwäche des deutschen Reiches so oft und so grausam ausgenützt habe, Vergeltung zu üben! Europa dürfe — diese Forderung kehrte in allen Tonarten wieder — nicht eher ruhen, als bis die Revolution niedergeschlagen, bis die alte Verfassung des vornehmsten Reiches der Christenheit wieder hergestellt wäre! Den Kern, die Ehrengarde der internationalen Hülfstruppen sollte eine Armee bilden, welche der Prinz von Condé teils durch freiwillige Teilnahme der ausgewanderten Franzosen, teils durch Werbung auf deutschem Boden zu sammeln trachtete. Freilich war zu erwarten, daß die französische Regierung die ständige Bedrohung der Grenzen auf die Dauer nicht dulden und auf solche Weise das Reich in Krieg verwickelt werde, aber das wollten gerade die Führer der Emigranten. Die Kurfürsten von Mainz und Trier selbst und einige weltliche Reichsstände leisteten dem Unternehmen Vorschub, während andere die damit verbundene Gefahr erkannten. Maximilian Franz von Köln erteilte den Magistraten von Andernach und Ahrweiler strenge Rüge, weil dieselben, „ohne die widrigen Folgen dieser Vermischung französischen Leichtsinns mit unserer biederen deutschen Charakterfestigkeit sowohl im Physischen als im Moralischen einzusehen, von den mißlichen politischen Folgen gar nicht zu sprechen," Werbungen und Waffenübungen geduldet hatten; in keiner Gemeinde des Erzstiftes sollten mehr als 20—30 Emigranten geduldet werden. [1])

Niemand urteilte über das Treiben der Emigranten nüchterner und strenger, als Kaiser Leopold. „Das schwerste ist," schrieb er am 31. Januar 1791 an Christine, „die Prinzen und die Emigranten im Zaum zu halten und zu befriedigen. Sie denken immer nur an ihre eigene Sache, sie wollen nur für sich Geld und Autorität haben, um den König bekümmern sie sich wenig. Sie thun nichts, als sich beklagen und über mich, über Sie, über alle, die nicht blindlings ihre Pläne unterstützen wollen, die niederträchtigsten Dinge schreiben und drucken. Ich glaube, daß mein Betragen gegen sie vollkommen den Grundsätzen der Mäßigung und Gerechtigkeit entspricht. Ich habe darauf bestanden, daß sie die Waffen niederlegen, um den Kurfürsten von Trier aus der schwierigen Lage, in die sie ihn verstrickten, wieder zu befreien und Deutschland vor einem französischen Angriff zu bewahren, ehe es gerüstet und das europäische Konzert zusammengetreten wäre. Ich habe ihnen in Oberösterreich ein Asyl angeboten und habe den König von Preußen bewogen, ihnen ein ähnliches Anerbieten zu machen, ebenso auch den Landgrafen von Hessen, aber ihre sonstigen Wünsche vermag ich nicht zu befriedigen, und ich gestehe, daß ich mit ihrer verlogenen und verleumderischen Umgebung nichts zu thun haben will, daß ich auch ohne den Beitritt der anderen Höfe durchaus nicht vorgehen will, daß ich allein mich nicht in einen gefährlichen Krieg mit Frankreich einlassen werde, ohne zu wissen, was die anderen thun und welche Absichten Rußland gegen Polen im Schilde führt."

Im Dezember 1790 sandte der Graf von Artois, der sich als Herren über „Frankreich im Ausland" fühlte, einen Vertrauensmann, Baron d'Escars, nach Wien, um den Kaiser für die Gegenrevolution zu interessieren, allein Leopold

[1]) Schlözers Staatsanzeigen, 17. Bd., 289.

lehnte jede Unterhandlung ab. Nichtsdestoweniger fuhr Artois fort, sich an den Kaiser heranzudrängen. Herr von Calonne, der „große Calonne", ging nach Wien, um den Kaiser für eine Unterredung mit dem Prinzen günstig zu stimmen. Da jedoch der Brief Calonnes, wodurch er seinem Gönner anzeigte, daß er die Reise angetreten habe, in das „schwarze Kabinett" in Wien gelangte, erfuhr Leopold vorzeitig, welch unwillkommenen Gast er zu erwarten habe. Nun sollte ihm Kaunitz den Lästigen vom Halse schaffen. „Unter allen Umständen muß der Graf von Artois verhindert werden, hierher zu kommen, — Sie kennen besser, als ich, die Gründe! Raten Sie mir, ich flehe Sie an, wie es sich am leichtesten und gründlichsten machen läßt, ein für allemal sich loszukuppeln von diesen französischen Flunkereien, die nur schlimme Folgen haben können, zumal sie für die Königin zu nichts Gutem führen und nach den letzten Erklärungen des Königs und der Königin durchaus nicht geduldet werden dürfen." [1]) Es ließ sich aber nicht verhindern, daß Calonne nach Wien kam und dem Kaiser einen Brief des Prinzen mit der Bitte um Gewährung einer Unterredung übermittelte. Die Antwort Leopolds war eine schroffe Ablehnung „aus politischen Gründen von der größten Wichtigkeit sowohl für den Kaiser, als für den König und die Königin von Frankreich". Umsonst verwahrte sich Artois „in schmerzlicher Bewegung" gegen das beleidigende Mißtrauen, das ihm die Zurückhaltung des Kaisers enthülle; [2]) auch dieser Angriff wurde abgeschlagen. „Ich habe ja doch," sagte Leopold zu Kaunitz, „schon den Grafen d'Escars aufs bündigste über den Sinn meines Briefes aufgeklärt, daß ich mich nämlich ein für allemal nicht in seine Pläne und Anschläge hineinziehen lassen will!" Da in diesen Tagen die Flucht der königlichen Familie aus Paris beschlossen wurde, schien es noch dringlicher geboten, vor den unvorsichtigen Streichen der Emigranten auf der Hut zu sein. [3])

Als aber trotz alles Abwinkens der Graf von Artois am 18. Mai in Mantua bei dem Kaiser sich einfand, konnte sich dieser einer mündlichen Erörterung der brennenden Frage nicht entziehen. Er benützte aber auch, wie er an Marie Antoinette schrieb, die günstige Gelegenheit, dem Prinzen seine romanhaften Pläne nach Kräften auszureden. [4]) Als Artois auseinandersetzte, es sei keine Zeit mehr zu verlieren, er wolle unverzüglich alle Franzosen in Italien um sich scharen und den Kampf für die königliche Sache eröffnen, dämpfte Leopold die Glut mit kaltem Wasserstrahl. Er werde keinen Finger rühren, erklärte er, solange nicht der König und die Königin außerhalb Paris in Sicherheit wären und sich selbst an die befreundeten Fürsten um Hülfe wenden würden; dann erst, und wenn ihm von England und Preußen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, wolle er mit Spanien und Sardinien und anderen Regierungen ins Benehmen treten, um die Wiederaufrichtung des französischen Thrones zu betreiben. [5]) Bis dahin möchten die Emigranten und vor allen

[1]) Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, 384.
[2]) Feuillet de Conches, Louis XVI., Marie Antoinette et Madame Elisabeth, I, 441.
[3]) Lenz, 26.
[4]) Arneth, Marie Antoinette, 177.
[5]) Leopold an Kaunitz, Mantua, 20. Mai 1791; Beer, 404.

der Graf von Artois sich hüten, durch unvorsichtige Streiche die königliche und ihre eigene Sache zu gefährden. „Der Prinz schien mir dazu auch den besten Willen zu haben und durch meine Gründe überzeugt zu sein, aber die Leute in seiner Umgebung stacheln ihn immer auf." Das Mißlingen des Fluchtversuchs der königlichen Familie legte dem Kaiser die Verpflichtung auf, ernstere Maßnahmen ins Auge zu fassen, um seine Schwester aus unwürdiger Lage zu befreien; mit den Emigranten wollte er aber trotzdem nicht gemeinsame Sache machen. Am nämlichen Tage, da er die Einladung zu gemeinsamen Schritten gegen die Nationalversammlung an die europäischen Mächte ergehen ließ, schrieb er an die Statthalterin von Belgien und an den Kurfürsten von Trier, sie möchten um jeden Preis den Prinzen von Condé und seine Leute von thörichtem Losschlagen zurückhalten. „Sie könnten, ohne daß irgend ein Vorteil davon zu erwarten wäre, nur recht großes Unheil anrichten, wenn sie nicht abwarten, bis die mächtigeren Fürsten zu Hülfe kommen." [1]) Noch deutlicher sprach sich Leopold gegenüber dem Kurfürsten von Köln über seine Auffassung der Lage aus (29. Juli): „Ich beklage die französischen Prinzen und Flüchtlinge von ganzem Herzen, aber ich beklage noch mehr den König und die Königin; sie müssen geschützt und zugleich muß verhindert werden, daß sich das französische System befestige und ausbreite und auch in anderen Staaten Wurzel fasse. Von dieser Notwendigkeit bin ich überzeugt, allein um etwas Ersprießliches auszurichten, darf man nicht bloß den von Zorn und Haß eingegebenen Anschlägen der Prinzen und, wenn ich so sagen darf, der unbesonnenen, von Geldmangel bedrängten Thoren in ihrer Umgebung Folge leisten, sondern man muß nach einem von den mächtigsten Höfen gebilligten Plane vorgehen; unseren Vorstellungen und Forderungen soll die Aussicht auf thatkräftiges Auftreten mit den Waffen Nachdruck geben, aber es muß dafür gesorgt sein, daß man für den Fall, daß die Drohungen wirkungslos bleiben, auch sofort in Aktion treten kann."

Man sieht, Leopold wollte etwas thun zum Schutze seiner Schwester und zur Abwehr der revolutionären Propaganda, aber seine vorsichtige Zurückhaltung wollte er deshalb nicht aufgeben. [2]) Ein „Konzert" der europäischen Mächte zu stande zu bringen, war ja nichts weniger als eine leichte Sache.

Mit Preußen waren durch die von Bischoffswerder und Kaunitz unterzeichneten Präliminarien Frieden und Freundschaft angebahnt, aber schon im nächsten Augenblick war das Versöhnungswerk wieder ernstlich bedroht. Als Friedrich Wilhelm Befehl erteilte, ihm die Reinschrift des Bundesvertrags zur Unterzeichnung vorzulegen, gaben die Minister zugleich eine Beschwerde über die

---

[1]) Vivenot, I, 545.

[2]) Vermutlich aus Emigrantenkreisen stammt das im Sommer 1791 aufgetauchte Gerücht, Kaiser Leopold habe während seines Aufenthalts in Venedig zur Herzogin von Polignac geäußert, er werde, wenn sich die Nationalversammlung irgend eine neue Gewaltthat gegen seine Schwester erlauben sollte, die Stadt Paris in einen Aschenhaufen verwandeln. Weckherlin wies die Fabel als unverschämte Beleidigung des Kaisers zurück, denn Leopold sei weder ein so lächerlicher Bramarbas, daß er die Leute hängen wolle, ehe er sie habe, noch ein so ungerechter Richter, daß er für die Schuld der Nationalversammlung das schuldlose Volk büßen ließe (Paragraphe II, 253).

jüngsten Wiener Abmachungen zu den Akten. Bischoffswerder habe in mehreren Punkten seine Instruktion überschritten und insbesondere durch „den die gegenseitige Hülfe gegen die inneren Revolutionen betreffenden Artikel, wozu er nicht ermächtigt gewesen sei", Preußen eine schwere Verantwortung auferlegt.[1]) Auch der Vorschlag des kaiserlichen Kabinetts, an die französische Nationalversammlung eine Mahnung zu richten, fand in Berlin kühle Aufnahme. Das Ministerium sprach sich in zwei an den König gerichteten Gutachten mit aller Entschiedenheit dahin aus, daß eine Ausdehnung der Revolution auf preußisches Staatsgebiet als völlig ausgeschlossen gelten könne. Diese Ansicht teilte auch der französische Gesandte in Berlin. „Wie es scheint," berichtete er am 2. August, „ist bei der preußischen Regierung bisher noch keine Furcht aufgetaucht, daß die französische Revolution auch die preußischen Staaten anstecken könnte. In der That, wenn man auf alle Neuerungen verzichtet, wenn die Grundsteuern seit Aufstellung der ältesten Kataster unverändert geblieben sind, wenn die Rechtspflege vortrefflich geordnet ist, wenn die Einnahmen des Staates die Ausgaben derart übersteigen, daß sie die Unterhaltung einer Hülfsreserve ermöglichen, endlich, wenn man über eine in jeder Weise zuchtgewohnte Armee verfügt, braucht man eine Revolution nicht zu fürchten, zumal wenn es sich um ein Volk handelt, dessen Charakter eher alles andere ist, als wankelmütig und unbeständig."[2]) Demgemäß wurde Jacobi angewiesen, keiner Maßregel, die als Herausforderung der französischen Regierung ausgelegt werden könnte, zuzustimmen. Mit Vorstellungen sei nichts gedient, wenn nicht erforderlichen Falles sofort mit bewaffneter Hand der gehörige Nachdruck geübt werde; von diesem wichtigsten Punkte aber sei bisher noch gar nicht die Rede gewesen; der Abbruch aller Verbindung mit Frankreich werde sich schwer durchführen lassen und von den Unterthanen der verbündeten Mächte peinlich empfunden werden; vor allem komme es auch darauf an, welche Stellung Großbritannien in dieser Frage einnehmen werde.[3]) In einer geheim zu haltenden Beilage der Depesche war noch ein anderes Hindernis hervorgehoben: Was soll, wenn den Waffen der Verbündeten der Sieg zu teil wird, mit Elsaß und Lothringen geschehen? Soll Preußen so beträchtliche Gebiete wieder unter Oesterreichs Scepter kommen lassen? Auf keinen Fall ohne genügende Ersatzentschädigung! Jedenfalls muß also der Wiener Hof, ehe die preußische Regierung sich auf weiteres Entgegenkommen einlassen kann, über diesen Punkt eine beruhigende Erklärung abgeben.

Kaunitz war über das „so unhöfliche, wie unfreundliche" Zurückweichen des preußischen Kabinetts sehr aufgebracht. Es sei eine Kränkung für Kaiserliche Majorität, schrieb er am 14. August an Spielmann, daß die von Bischoffswerder unterzeichneten Artikel noch immer nicht ratifiziert seien; er könne sich keine andere Ursache ausdenken, als daß in Berlin neue Bedenken aufgetaucht seien, ob man der Feindschaft gegen Oesterreich sich aufrichtig entschlagen soll. Unter diesen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als ebenfalls die Rati-

[1]) Herrmann, Geschichte des russischen Staates, Ergänzungsband, 42.
[2]) A. Sorel, II, 240.
[3]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 28. Juli 1791.

fikation aufzuschieben und dazu eine Erklärung abzugeben, daß Oesterreich dem Bündnis nicht eher beitreten werde, bis Preußen dem ärgerlichen Trutzbündnisse mit der Pforte förmlich und feierlich entsagt haben werde.[1]) Zugleich richtete Kaunitz an Bischoffswerder dringliche Mahnung, er möge doch sein segensreiches Werk nicht, kaum daß es ins Leben getreten sei, zu Grunde gehen lassen. „Ihr König hat nach meiner Ansicht durch den Abschluß des Bündnisses eine große politische That vollbracht, aber, mein werter Freund, es bleibt ihm noch etwas sehr Wichtiges zu thun; er muß seinen Ministern und allen seinen Dienern innerhalb und außerhalb Preußens offen sagen: Der Kaiser ist jetzt wirklich mein Bundesgenosse und mein persönlicher Freund; folgerichtig habe ich in ein politisches System eingelenkt, das zu dem bisher verfolgten in allem den Gegensatz bildet! Vergessen Sie das nicht und beachten Sie es, wenn Sie mein Wohlgefallen erringen wollen, bei jedem Wort und bei jeder Handlung, denn diese Gesinnung ist heute die meine und muß demgemäß von allen meinen Dienern geteilt werden."[2])

Wenn schon die preußische Antwort in Bezug auf den europäischen Verein trotz der freundlichen Worte im Grunde als Ablehnung aufgefaßt werden mußte,[3]) so wurde der Vorschlag des Kaisers in London noch bündiger zurückgewiesen. „Ohne Einwilligung Englands," schrieb Mercy (28. Juli) an Marie Antoinette, „läßt sich nichts Wirksames erreichen!"[4]) Um die wahren Absichten des Kabinetts von St. James zu erforschen, ging der getreue Mentor der Tochter Maria Theresias selbst nach London. Bald konnte er nicht mehr daran zweifeln, daß in England kein Mensch daran denke, zur Wiederaufrichtung des französischen Thrones den Degen zu ziehen. Weshalb gegen das englische Interesse handeln, das doch nichts anderes als die Schwächung Frankreichs erheische? Wenn dieser Staat der Anarchie anheimfällt, wird er seine Kolonien nicht mehr behaupten können, und San Domingo und andere Besitzungen werden wie überreife Früchte den Engländern in den Schoß fallen. Weshalb also die Neutralität aufgeben, wenn man daraus den nämlichen Vorteil ziehen kann, wie aus einem glücklichen Kriege? „Sie kennen die englische Geschichte," sagte ein Mitglied des Herrenhauses zu einem fremden Diplomaten, „ich frage Sie, ob Frankreich in der Zeit unserer Bürgerkriege jemals die Sache des Königtums bei uns unterstützt hat?" Mercy verließ London nach kurzem Aufenthalt gänzlich entmutigt. Am Vorabend seiner Abreise sagte er zum französischen Gesandten Barthelemy: „Ich war immer der Meinung, daß England bei allen unglücklichen Händeln Ihres Vaterlandes die Hand im Spiel hatte; heute bin ich mehr denn je von dieser traurigen Wahrheit über-

---

[1]) Vivenot, I, 223.

[2]) Ebenda, I, 229.

[3]) „Jene (Aeußerung) Sr. königl. preuß. Majestät sehe ich im Grunde als beifällig an, jedoch zeiget sich aus letzteren und dürfte der erlauchten Beurteilung Euer Gnaden nicht entgehen, daß diese zwar sehr günstigen Rückäußerungen dasjenige noch nicht bestätigen, was einige Minister dieses Hofes im Reiche behaupten, daß nämlich alles nur auf den k. k. Hof ankommt und man königl. preußischerseits dem diesseitigen Beispiel ganz unbedingt zu folgen bereit sei." Kaunitz an den Kurfürsten von Mainz, 18. August 1791. (Vivenot, I, 225.)

[4]) Arneth, Marie Antoinette, 186.

zeugt; es ist mir zur Gewißheit geworden, daß England, wenn auch alle anderen Mächte zur Wiederaufrichtung Frankreichs sich die Hände reichen wollten, fortfahren wird, die Stützen des französischen Thrones zu unterwühlen, um durch dessen Zusammenbruch für sich selbst freie Bahn zur Weltherrschaft zu öffnen." [1]) Wirklich gab König Georg dem Kaiser eine ausweichende Antwort, [2]) und seine Minister lehnten aufs bestimmteste jede Teilnahme am europäischen Konzert ab. Durch englischen Einfluß wurde auch Spanien, dessen Monarch schon seine Zustimmung erklärt hatte, wieder abspenstig gemacht. Wie hätte Spanien mit seinen elenden Finanzen, seinem zerrütteten Heerwesen zu entschlossener Verteidigung der bourbonischen Hausinteressen den Mut finden sollen! Leopold selbst urteilte darüber: „Spanien ist durchaus nicht übel gesinnt, aber es kann bei seinen traurigen Verhältnissen ein für allemal nichts machen!" [3]) Gegen den Willen oder doch ohne wohlwollende Unterstützung Englands konnte Spanien schon gar nicht an Krieg denken, denn es hätte sich damit der Gefahr ausgesetzt, seine Kolonien und damit seine ergiebigsten Einnahmen zu verlieren. Zwar wurde dem Grafen von Artois auf sein stürmisches Andringen ein „Vorschuß" bewilligt, aber die an den Pyrenäen zusammengezogenen Truppen lösten sich bald wieder auf. „Dem König von Frankreich wird es nicht schwer fallen," schrieb Karl IV. an Gustav von Schweden (3. August), „sich durch Verleihung einer Konstitution mit seinem Volke wieder auszusöhnen!" [4])

Auch auf dem Throne von Neapel saß ein Bourbon, Ferdinand IV., der Gemahl einer Schwester Marie Antoinettens, Karoline. Es hatte eine Zeitlang den Anschein, als sei wenigstens von dieser Seite eifrige Mitwirkung an allen Maßnahmen gegen das revolutionäre Frankreich zu erwarten. Um so mehr überraschten in Wien die wenig tröstlichen mündlichen Erläuterungen des neapolitanischen Gesandten zu der Zusage seines königlichen Herrn. Nicht besser sah es mit der Mitwirkung Sardiniens aus: in Bezug auf Beschickung eines Kongresses ein laues Ja, in Bezug auf Bereitstellung von Truppen ein dürftig verhülltes Nein. [5])

Spielmann mußte endlich dem preußischen Gesandten das Geständnis machen, daß an thatkräftige Mitwirkung der vom Kaiser aufgeforderten Mächte nicht zu denken sei. Dann dürfe man aber auch, erklärte Jacobi, nicht leichtfertig in Paris Lärm schlagen, denn möglicherweise könnte die Nationalversammlung, durch das Fiasko der Pläne zu Gunsten des Königs ermutigt, eine gegen die Würde der Mächte verstoßende Antwort geben. Der kaiserliche Diplomat mußte dies zugeben, aber, fuhr er fort, wozu brauchen wir die fremden Mächte? Schon die Aussöhnung zwischen Preußen und Oesterreich hat in Paris starken Eindruck gemacht; wenn unsere beiden Höfe eine gemeinsame Erklärung abgeben, so kann mit Sicherheit auf günstige Wirkung gerechnet werden!

Eine friedliche Verständigung schien um so leichter möglich, da in Frank-

[1]) Sorel, II, 237.
[2]) Vivenot, I, 227.
[3]) Feuillet, IV, 131.
[4]) Fersen, I, 153.
[5]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 10. August 1791.

reich selbst seit dem mißlungenen Fluchtversuch eine neue Wendung eingetreten war. Nicht bloß das grimmige Geschrei der Gassenhelden unter den Fenstern der Tuilerien, sondern mehr noch die Erwägung, daß aus längerem Widerstand nur der verachtete Artois Nutzen ziehen werde, hatte in der Königin den Entschluß gereift, ihrem Gatten die Annahme der Verfassung zu empfehlen. Freilich war sie von aufrichtigem Anschluß an das Werk der Revolution weit entfernt; sie machte einen Versuch, die revolutionäre Gewalt, die sie zu brechen nicht vermocht hatte und die ihr jetzt in einem begabten, ehrerbietigen jungen Manne, wie Antoine Barnave, in minder abschreckender Form entgegentrat, sich dienstbar zu machen; deshalb gab sie sich den Anschein, als sei sie zur konstitutionellen Idee bekehrt worden. „Wenigstens eine Zeitlang," schrieb sie an Mercy-Argenteau (31. Juli), „müssen die Leute im Glauben gelassen werden, daß ich ihren Ratschlägen folgen will." Eine Zeitlang! Es war ihr also nur darum zu thun, Aufschub zu gewinnen, bis von den befreundeten Höfen ausreichende Hülfe zu erlangen wäre; wirkliches Vertrauen zu den bekehrten Jakobinern, den Feuillans, hatte sie nicht, im Grunde des Herzens galten auch sie ihr als eine vilaine race d'hommes.[1]) Daraus erklärt sich das Janusantlitz in ihren Briefen. In einem Briefe an ihren Bruder Leopold vom 30. Juli gab sie der Genugthuung über den ersehnten „Abschluß der Revolution" Ausdruck. „Heute sind die Umstände weit hoffnungsvoller. Gerade die Männer von größtem politischen Einfluß sind zusammengetreten und haben sich offen für Erhaltung der Monarchie und des Königs und für Wiederherstellung der Ordnung ausgesprochen. Seit ihrer Annäherung sind die Bemühungen der Aufwiegler mit großer Kraftüberlegenheit niedergehalten worden, die Nationalversammlung hat im ganzen Lande ein Ansehen und eine Festigkeit gewonnen, die sie allem Anschein nach dazu benützen will, den Gesetzen wieder Achtung zu schaffen und der Revolution ein Ende zu setzen!" Doch diese Freude war diktiert;[2]) wie die Königin wirklich dachte, enthüllt ein Brief an Mercy vom nächsten Tage. „Ich würde mich erniedrigt fühlen," schrieb sie an Mercy, „wenn ich nicht hoffen könnte, daß mein Bruder begreifen wird, daß ich in meiner Lage gezwungen bin, alles zu thun und zu schreiben, was man von mir fordert."[3])

Doch Leopold erfaßte gern die Gelegenheit, sich glimpflich aus dem Handel zu ziehen. In seiner Antwort äußerte er zwar Bedenken, ob von den Männern, die sich zur Wiederaufrichtung des Thrones und zur Wiederherstellung der Ordnung erbötig zeigten, loyale Erfüllung der Zusage zu erwarten sei, und stellte für den Fall, daß auch diesmal nur listige Täuschung beabsichtigt wäre, das Einschreiten der Fürsten Europas in Aussicht, aber sein Mahnwort an die Schwester lief im Grunde doch nur auf eine Wiederholung der Forderungen der Feuillans hinaus. „Will man in Frankreich dem Königtum wieder zu festem Bestand verhelfen, so muß der allerchristlichste König freiwillig die Konstitution

[1]) Lenz, 260.

[2]) Glagau, Die französische Legislation und der Ursprung der Revolutionskriege, 23, hat überzeugend nachgewiesen, daß der Brief vom 30. Juli 1791 von dem Triumvirat Barnave, Duport, Alexander Lameth ohne die Mitwirkung der Fraktion Lafayette abgefaßt wurde.

[3]) Arneth, Marie Antoinette, 188, 193, 198.

annehmen; es darf kein Zweifel bestehen über seine vollkommene Willensfreiheit, und da man daran so lange zweifeln kann, als seine Entscheidung widrigen Zwischenfällen und Folgen ausgesetzt ist, so wird nur die Ausstattung der Verfassung mit den Hauptmerkmalen einer monarchischen Regierung genügend beruhigen." Wie stolz diese Worte auch klingen mochten, so enthielten sie doch im Kern den Ratschlag, der König möge, um sich mit seinen Unterthanen auszusöhnen, die Verfassung annehmen. Am 7. August sagte der Kaiser zum preußischen Gesandten: „Nun, die Herren von der Nationalversammlung sind ja, wie es scheint, von ihrer ersten Hitze zurückgekommen und wollen der Vernunft wieder Gehör geben; wenn sie in solcher Weise fortfahren, wird alles gesagt sein (tout sera dit), und unsere Maßnahmen werden zu spät kommen." [1]) Von dieser Auffassung ließ sich der Kaiser weder durch das Drängen der Zarin zu offenem Bruche mit den gefährlichen Feinden des monarchischen Prinzips, noch durch die Kriegslust König Gustavs abspenstig machen, denn es war nicht schwer zu durchschauen, daß es der Zarin nur darum zu thun war, die deutschen Mächte im Westen zu beschäftigen, um in Polen freie Hand zu behalten, und der ungestüme, lärmende Gustav, der immer Gustav Adolf spielen wollte, ohne Staat und Heer auf außergewöhnliche Anstrengungen vorbereitet zu haben, war für den bedächtigen Leopold kein wünschenswerter Bundesgenosse.

Es war also für den Kaiser eine peinliche Ueberraschung, als gerade in dem Augenblick, da er zur verabredeten Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen nach Pillnitz abreisen wollte, der Graf von Artois ohne Anfrage und Anmeldung in Wien eintraf. Weil angeblich in den Gasthäusern kein passendes Quartier zu finden war, stieg der Prinz bei dem spanischen Gesandten ab; er führte sich mit den Worten ein: „Ich muß zu Ihnen kommen, da Sie heute der einzige Gesandte des Bourbonischen Hofes sind!" Der französische Gesandte, Marquis von Noailles, wollte dem Prinzen seine Aufwartung machen, wurde aber nicht angenommen. [2]) Artois hoffte zuversichtlich, mit seinen Vorstellungen und Wünschen geneigtes Gehör zu finden, da Oesterreich durch den Frieden von Sistowa den lästigen Feind im Osten abgeschüttelt hatte und auch auf Preußen nicht mehr ängstlich zu blicken brauchte. „Jetzt ist nicht mehr zu bezweifeln," schrieb Polignac nach dem Friedensschluß an Fersen, „daß wir mit unseren auf Wiederherstellung der Ordnung gerichteten Wünschen durchdringen werden."

Was Artois und die Seinen unter „Wiederherstellung der Ordnung in Frankreich" verstanden, wird in einem Emigrantenbriefe aus Koblenz in folgende Punkte zusammengefaßt: Garantie der französischen Staatsschulden und der Assignate, Neuberufung der Stände in alter Weise und Ordnung nach Amtmannschaften, Wiedereinsetzung des Klerus in seine Güter mit Uebernahme der darauf verschriebenen Assignate, aber unbeschränkter Freiheit, die vollzogenen Verkäufe zu bestätigen oder für nichtig zu erklären, Reduktion der allzu großen Pfründen, Reform des Klosterwesens, gleiches Recht für alle zur Erlangung öffentlicher Aemter, Entwaffnung der Dorfschaften, Wiederherstellung des Adels,

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 10. August 1791.
[2]) Polit. Journal, Jahrg. 1791, II, 1009, 1011.

jedoch ohne Wiedereinführung der Steuerfreiheit, Zusammenbleiben der Ständeversammlung bis zu vollkommener Kräftigung des Staatswesens, Anwendung strenger Gewalt gegen alle Widerspenstigen. [1])

Die Ankunft des Grafen von Artois in Wien erregte allgemeines Aufsehen, weil alle Welt glaubte, es handle sich um eine Berufung des Prinzen zu gemeinsamer Besprechung eines Einfalls in Frankreich. Auch der preußische Gesandte war dieser Ansicht. In Wien herrsche, berichtete er am 20. August, eine merkwürdig gehobene, kriegerische Stimmung. Man könne von kaiserlichen Generälen hören, mit 40 oder 50 000 Mann werde ein leichter Sieg über die disziplinlosen Armeen Frankreichs davonzutragen sein. Da Feldmarschall Lacy den Kaiser nach Pillnitz begleiten werde, sei am Ernst der Lage nicht mehr zu zweifeln. Freilich, wie sei mit diesem kriegerischen Lärm die Thatsache zu vereinen, daß der Kaiser eine Minderung der Armee um 25 000 Mann beschlossen habe?

Auch im Berliner Kabinett wußte man nicht, was eigentlich von der Haltung des Kaisers zu denken sei. Einerseits habe er erklärt, die ganze Sache sei abgethan, wenn der König von Frankreich die Verfassung annähme, und an dieser Wendung sei wohl nicht mehr zu zweifeln, — andererseits habe man sichere Kunde, daß der Kaiser mit Kurfürst Karl Theodor wegen des Durchmarsches von 40 000 Mann durch pfalzbairisches Gebiet in Unterhandlung stehe. [2])

Jacobi wurde demgemäß angewiesen, von Cobenzl ein Wort der Aufklärung zu erbitten, das er „angesichts der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe wohl beanspruchen könne"; vor allem möge eröffnet werden, was das Erscheinen des Grafen von Artois in Wien zu bedeuten habe? Cobenzl erwiderte, zu seinem Bedauern sei er nicht im stande, diese Frage zu beantworten; er könne nur versichern, daß man von kaiserlicher Seite dem preußischen Hofe gewiß nichts vorenthalten werde, was für ihn von Interesse sein könnte. Auch die Mißstimmung, welche Fürst Kaunitz seit der Ankunft des Prinzen in Wien an den Tag legte, wußte Jacobi nicht zu deuten, bis er erfuhr, der Kanzler sei eifersüchtig auf Herrn von Spielmann, der allein zur Unterredung des Kaisers mit dem Prinzen beigezogen worden sei und deshalb als der „kommende Mann" angesehen werde. Aeußerlich verkehre Kaunitz mit den Emigranten in verbindlichster Weise, aber in vertrautem Kreise gebe er dem Unmut über die Leichtfertigkeit und Unzuverlässigkeit der Franzosen häufig drastischen Ausdruck. Dagegen werde erzählt, daß der Kaiser vor Artois beteuert habe, wenn es von ihm abhinge, würde er die Missethäter in Paris für ihr Verhalten gegen den allerchristlichsten König aufs strengste züchtigen. [3]) Von den Franzosen werde denn auch eine triumphierende Miene zur Schau getragen; alles deute darauf hin, daß der französische Handel in den Vordergrund der kaiserlichen Politik gerückt sei, daß der Entschluß heranreife, zu Thaten überzugehen. Freilich dränge sich immer wieder die Frage auf: Wie verträgt sich mit diesem Säbelklirren die Verminderung der kaiserlichen Streitkräfte? —

[1]) Polit. Journal, 932.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 25. August 1791.

[3]) Ebenda. Berichte Jacobis vom 23., 24., 27., 29. August 1791.

In Wahrheit hatte aber Artois keine Veranlassung zu siegesfrohem Auftreten; er fand am kaiserlichen Hofe, wo er durch den spanischen Botschafter eingeführt worden war,[1]) nicht die günstige Aufnahme, wie er sie erhofft hatte. Leopold war ungehalten über das aufdringliche Gebaren des ungeladenen Gastes. „Ich mußte meine Abreise nach Böhmen um zwei Tage verschieben," schrieb er an Marie Christine, „da plötzlich und unversehens der Graf von Artois hier erschien. Er verlangt Truppen, um in Frankreich einzurücken, und will als Regent, als Monsieur anerkannt werden. Er kommt auch nach Dresden und Pillnitz, aber ich weiß nicht, was er dort will, denn so schnell, wie er meint, werden die Sachen nicht gehen."[2]) Auch Kaunitz und Cobenzl vertraten die Ansicht, man dürfe nicht den Glauben aufkommen lassen, als ob sich das kaiserliche Kabinett ins Schlepptau der Emigrantenpolitik habe nehmen lassen. Einmal kam es in der Hofburg zu einer peinlichen Auseinandersetzung. Als Artois daran erinnerte, der Kaiser habe doch seinerzeit in Italien bewaffnetes Einschreiten der Mächte in Aussicht gestellt, erwiderte Leopold kühl, die Lage habe sich eben seither von Grund aus verändert. Es habe sich gezeigt, daß auf die Mitwirkung der Mächte nicht zu zählen sei, und wenn er damals Waffenhülfe in Aussicht gestellt habe, so müsse er heute das Versprechen zurücknehmen. Nun spielte Artois eine Karte aus, deren Einlösung gar nicht in seiner Macht stand; er bot als Lohn für die Mitwirkung an der Gegenrevolution die Abtretung Lothringens an.[3]) Doch auch diese Versuchung ließ den Kaiser kühl; er ging auf die heikle Sache gar nicht ein. Artois mußte sich endlich auf die Bitte beschränken, der Zusammenkunft in Pillnitz beiwohnen zu dürfen. Das wolle er nicht hindern, antwortete Leopold, doch der Prinz möge sich nur ja nicht der Hoffnung hingeben, eine Aenderung des Systems zu erzielen.

Während die beiden Monarchen sich schon zur Reise nach Sachsen anschickten, dauerten die Reibungen zwischen den österreichischen und den preußischen Diplomaten fort. In Berlin sah man mißtrauisch auf die Anstrengungen des Fürsten Kaunitz, in das neue Bündnis auch Rußland hereinzuziehen.[4]) Am 24. August, also am Vorabend der Pillnitzer Zusammenkunft, erging eine für den Argwohn und die Eifersucht des Berliner Kabinetts bezeichnende Note an Jacobi: „Die Erklärung des Grafen Cobenzl, daß sich Seine Kaiserliche Majestät über die französische Angelegenheit nicht aussprechen könne, ehe nicht die erwarteten Antworten der übrigen Höfe einliefen, ist schwer zu vereinen mit dem Wunsche dieses Monarchen, es möchte derjenige preußische General, der im Falle

---

[1]) Polit. Journal I, 1009.

[2]) Wolf, Leopold II. und Marie Christine, 252.

[3]) Das Anerbieten kam auch zur Kenntnis des preußischen Gesandten. „In den Unterredungen der emigrierten Franzosen mit den Ministern," berichtete Jacobi am 24. August, „ist auch von Lothringen die Rede gewesen, aber nur in unbestimmten Ausdrücken." Das preußische Ministerium wies ihn darauf an: „Die Nachricht von der Abtretung Lothringens zum Ersatz für die Kriegskosten, wovon schon in der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Grafen von Artois die Sprache gewesen sein soll, ist von der höchsten Wichtigkeit und verdient mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt zu werden."

[4]) Preuß. St.-Archiv: Bericht Jacobis vom 17. August 1791.

des Bruches die gegen Frankreich bestimmten Truppen befehligen würde, zur Zusammenkunft in Pillnitz mitgenommen werden, damit er sich mit Marschall Lacy, den der Kaiser zu diesem Behuf mitbringen werde, ins Benehmen setzen könne ... Sie werden also zwar den freundschaftlichen Weg, den wir gegenüber dem kaiserlichen Kabinett eingeschlagen haben, nicht verlassen, doch die Augen offen halten, damit Ihnen nichts entgehe, was sich dort abspielt." [1])

Am 25. August — es war gewiß kein Zufall, daß der Tag des heiligen Ludwig gewählt wurde, — trafen Leopold, von Erzherzog Franz, Marschall Lacy und Herrn von Spielmann begleitet, und bald nach ihm Friedrich Wilhelm, in dessen Gefolge sich Prinz Hohenlohe, Bischoffswerder und Manstein befanden, auf Schloß Pillnitz ein. Am nächsten Tage kam der Graf von Artois mit den hervorragendsten Vertretern des französischen Hochadels und Herrn Nassau-Siegen, einem Agenten der Zarin; Artois hatte sich in Dresden einquartiert, blieb jedoch, der Einladung des Kurfürsten Folge leistend, die nächste Nacht in Pillnitz. Mit dem Empfange konnte der Franzose zufrieden sein, denn die Monarchen zeichneten ihn auf ehrenvolle Weise aus; an der Tafel, im Theater, bei Feuerwerk und Nachtmahl war er an ihrer Seite, während Calonne von Spielmann und Bischoffswerder in die Mitte genommen wurde. Es hatte den Anschein, als gehe die Aufmerksamkeit, welche sich die hohen Gäste des Kurfürsten von Sachsen gegenseitig widmeten, über das Maß der Hofsitte hinaus, als werde ein Freundschaftsbund der Fürsten das Versöhnungswerk der Diplomaten krönen.

Wie wenig ernst aber die in Pillnitz ausgetauschten, schmeichelhaften Versicherungen gemeint waren, beweist der gehässige Bericht, den Staatsreferendär Spielmann über die dortigen Vorgänge dem Fürsten Kaunitz erstattete. [2]) Von Friedrich Wilhelm II. und seinem Sohne werden sehr ungünstige Portraits entworfen. „Der König ist eine ungeheure Fleischmaschine. Er spricht sehr schlecht, nie in einem Zusammenhang, immer in halb abgebrochenen, kurzen Sätzen. Er zeigt handgreiflich einen großen Mangel an Kenntnis der Geschäfte. Ich glaube gewiß nicht im geringsten zu irren, wenn ich positive versichere, daß er der Mann ganz und gar nicht ist, der je aus eigener Determination gehandelt hat und künftighin handeln wird. Sichtbar hänget alles bei ihm von der Impulsion ab, die er von diesem oder jenem Ratgeber erhält, und die gute oder üble Eigenschaft des Ratgebers fließt auf ihn entscheidend ein." „Des Kronprinzen Aeußerliches ist nichts weniger als günstig für ihn. Er sieht so ziemlich einem Feldweibel gleich. Graf Hartig behauptet, eine vertrauliche Aeußerung des Grafen Brühl, Gouverneurs des Kronprinzen, in sichere Erfahrung gebracht zu haben, nach welcher Aeußerung dieser Prinz alle üblen Eigenschaften des verstorbenen Königs in vollem Maße haben soll, ohne eine einzige der guten nur im geringsten zu besitzen." [3])

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 24. August 1791.

[2]) Vivenot, I, 236.

[3]) Kaunitz sprach in seiner Antwort Dank dafür aus, daß ihn Spielmann mit den „Akteurs der Pillnitzer Schaubühne" bekannt gemacht habe, und knüpft daran die Bemerkung: „Es ist zu bedauern, daß die Berliner Aspekte auch schon für dermal und noch viel mehr für die Zukunft nicht viel Gutes versprechen." (Vivenot I, 241.)

Spielmann spricht die Vermutung aus, daß ohne die Ankunft des Grafen von Artois allem Anschein nach überhaupt gar kein „spezifiques Geschäft" auf das Tapet gekommen wäre, „welches meines Erachtens nur desto besser gewesen wäre". „Allein sobald Artois in Pillnitz angekommen war, brachte sowohl er, als Mr. Calonne mit einer Dreistigkeit und Zudringlichkeit ohne Beispiel alles dergestalt in Bewegung, daß sich endlich Seine Majestät der Kaiser und der König bewegen ließen, jene Deklaration, die in dem Schreiben Seiner Majestät enthalten ist, zu unterzeichnen." „Mit entsetzlicher Hartnäckigkeit," wie auch Leopold seinem Kanzler klagte,[1]) entwickelte Artois in zehn Artikeln eine Art System, auf welche Weise das Revolutionswerk umgestoßen und dem legitimen Recht zum Sieg verholfen werden könnte.[2]) Die Brüder des gefangenen Königs und die übrigen Mitglieder des Königshauses sollten an die französische Nation ein Manifest richten, worin gegen die rechtswidrigen Uebergriffe der Nationalversammlung, wie gegen die erzwungene Zustimmung des Königs Verwahrung eingelegt wäre; der ältere Bruder, Monsieur, sollte an Stelle des in seiner freien Bestimmung gehinderten Königs als Regent auftreten und der französischen Nation das bewaffnete Einschreiten Europas ankündigen; der Kaiser sollte ihn als Vertreter des Königs dadurch anerkennen, daß er die Klagen der um ihren elsässischen Besitz beraubten deutschen Fürsten vor den Richterstuhl des Prinzen brächte; Preußen und Sardinien sollten Truppen an die französische Grenze vorschieben, die Einwohner von Paris, insbesondere die Umstürzler in der Nationalversammlung und ihre Helfershelfer sollten mit ihren Köpfen für die Sicherheit der königlichen Familie verantwortlich gemacht werden; den französischen Offizieren und Soldaten sollte unverwehrt bleiben, sich in den deutschen Staaten an der Grenze zu sammeln und zu formieren; zur Bestreitung der mit diesen Vorbereitungen zum Kriege verbundenen Ausgaben sollte der Regent eine Anleihe von 10—12 Millionen eröffnen, wofür auch in Deutschland Zeichnungen gestattet wären.

Diese weitreichenden Forderungen, deren Annahme mit einer Kriegserklärung an Frankreich gleichbedeutend gewesen wäre und zugleich eine Art Absetzung des Königs durch Europa bedeutet hätte, wurden von Leopold mit unverhohlener Entrüstung aufgenommen. Herr von Spielmann, der eben noch so freundschaftliche Miene gezeigt hatte, erklärte Herrn von Calonne, er sei zu dienstlichem Verkehr mit ihm überhaupt nicht ermächtigt. Zuvorkommender waren die preußischen Offiziere und Diplomaten; auf Friedrich Wilhelm hatten die stürmischen Bitten des Prinzen starken Eindruck gemacht, doch wußte Leopold ihn wieder umzustimmen, so daß die beiden Souveräne sich zu einer gemeinsamen Antwort einigten, die nur als Ablehnung der Emigrantenwünsche aufgefaßt werden konnte.[3]) Die Aufstellung eines Regenten, war darin erklärt, würde ebenso gegen Recht und Billigkeit, wie gegen die einfachsten Gebote der Staatsklugheit verstoßen. König Ludwig sei über den Plan einer Intervention Europas unter-

[1]) Beer, Kaunitz, 424.

[2]) Points à fixer préalablement aux grandes opérations, 20 août 1791; Vivenot, I, 231.

[3]) Communication verbale des Kaisers als Antwort auf die vom Grafen v. Artois übersandten Points à fixer; Vivenot, I, 233.

richtet und werde im Vertrauen auf diese Hülfe die Kraft finden, auch unter schwierigen Verhältnissen die Würde seines Thrones zu wahren. Die Rechte der im Elsaß begüterten Fürsten werde der Kaiser zu schützen wissen, ohne daß die Anerkennung oder der Beistand eines Regenten vonnöten wäre. Ein voreilig von den Emigranten erlassenes Manifest würde ebenso schädlich wirken, wie ein Vorstoß einer vereinzelten Truppenabteilung. Die französischen Flüchtlinge sollten in den deutschen Staaten, wo sie ein Asyl gefunden hätten, ruhig und friedfertig wohnen; zu Rüstungen und kriegerischen Maßnahmen könne ihnen vor Abschluß des europäischen Konzerts keine Erlaubnis gewährt werden.

Mit dieser wenig zuvorkommenden Antwort wollten sich jedoch die französischen Gäste nicht abfertigen lassen; sie fuhren fort, die Minister mit Vorstellungen und Forderungen zu bestürmen. Spielmann klagt, er habe sich der beispiellosen Unverschämtheit und Zudringlichkeit (une effronterie et une importunité sans exemple) des Grafen von Artois und des Herrn von Calonne gar nicht erwehren können. Auch auf den König von Preußen und auf Bischoffswerder machten die Selbstüberhebung des Prinzen und die Leichtfertigkeit Calonnes erkältenden Eindruck. Insbesondere am Manifest wollten Artois und seine Leute unter allen Umständen festgehalten wissen; sie bedrängten Leopold so lange, bis er endlich Herrn von Spielmann beauftragte, eine Erklärung auszuarbeiten, welche in allgemeinen Ausdrücken die Drohung einer europäischen Intervention enthielte, also wenigstens *einem* Wunsche der Prinzen entspräche, ohne den weiter reichenden Forderungen Rechnung zu tragen; die unwillkommenen Gäste sollten gewissermaßen mit einem Kompliment und einer kleinen Gabe abgespeist werden. Leopold erklärte sich auch mit dem Entwurfe Spielmanns einverstanden, weil darin, wie er an Kaunitz schrieb, „alles vorgesehen sei, um einen Mißbrauch, wie ihn der Graf von Artois beabsichtigen könnte, unmöglich zu machen". [1]) Die Befreiung des Königs von Frankreich und die Wiederherstellung einer monarchischen Regierung auf eine den Rechten des Fürsten, wie der Wohlfahrt der Nation entsprechende Weise werden als eine für alle europäischen Souveräne wichtige Angelegenheit bezeichnet, und die beiden Souveräne sprechen die Hoffnung aus, daß das gemeinsame Interesse von allen Mächten werde anerkannt werden. „Alsdann und in diesem Fall (alors et dans ce cas) sind die beiden Majestäten bereit, in wechselseitigem Einvernehmen die erforderlichen Streitkräfte aufzubieten, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Bis dahin (en attendant) werden sie ihren Truppen Befehl geben, sich bereit zu halten." [2]) Indem also

---

[1]) Beer, 425.

[2]) Die „Déclaration signée en commun par S. M. l'Empereur et S. M. le Roi de Prusse à Pillnitz le 27 août 1791" ist nach dem Abdruck in den Nouvelles extraordinaires, 1791, 77 und im Hamburger Korrespondenten, Jahrg. 1791, 153, aufgenommen in Martens, Recueil des traités (II. édit., Gottingue 1826) V, 260, und in Naumann, Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche (Lips. 1855), I, 468. Ein Originaldokument befindet sich weder im k. geh. Staatsarchiv zu Berlin, noch im k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien. Jenes besitzt nur einige gleichzeitige Abschriften, darunter eine von der Hand des Freiherrn von Jacobi-Klöst, und eine andere, vom Kabinettsarchivar Klaproth der Gazette de Leide entnommen; in Wien sind verwahrt ein Entwurf der Deklaration mit Einschaltungen

das Einschreiten gegen die revolutionären Mächte von der Zustimmung aller europäischen Mächte abhängig gemacht wurde, war der ganzen Erklärung die Spitze abgebrochen; dem kaiserlichen Kabinett war ja bekannt, daß England sich auf keinen Fall zur Mitwirkung verpflichten werde. Die Erklärung sollte nur ein Schreckschuß sein, um die Anhänger der Volksherrschaft in Frankreich zu glimpflicherem Auftreten gegen die königliche Familie zu bewegen.

Am 27. August traten Calonne, Spielmann und Bischoffswerder zur entscheidenden Sitzung zusammen. Calonne erklärte, daß seinen Gebietern mit der von Spielmann beantragten, verschwommenen Erklärung nicht geholfen sei, und suchte nochmals durch eifrige Vorstellungen eine günstigere Fassung zu erreichen. Als er immer auf neue Einwände stieß, verlor er, wie Leopold seinem Kanzler erzählte, alle Besinnung. „Wenn man ihm widersprach, sagte er: ‚Ah, es kommt mir eine neue Idee!' doch es war eine neue Thorheit!" Besonders die Rüstungsfrage gab Anlaß zu erregten Reden. Calonne wollte um jeden Preis den Monarchen die Verpflichtung aufbürden, ihre Truppen mobil zu machen und einen Winterfeldzug zu unternehmen, allein er vermochte den Widerstand der deutschen Kollegen nicht zu brechen: der Entwurf Spielmanns mit allen seinen Vorbehalten und Einschränkungen wurde angenommen und unterzeichnet.

Ohne Zweifel kam auch die polnische Frage in Pillnitz zur Sprache, ohne daß jedoch eine Entscheidung herbeigeführt wurde. Kurfürst Friedrich August,

---

und Verbesserungen und eine vermutlich gleichzeitige Abschrift, und eine dem Schreiben des Kaisers an Kaunitz d. d. Prague 29(!!) août 1791 (veröffentlicht von A. Beer in Sybels Histor. Zeitschr., 27. Bd., 25) beiliegende Abschrift. Alle diese handschriftlichen Exemplare stimmen sowohl untereinander, als mit dem Abdruck bei Martens bis auf wenige, unerhebliche Abweichungen überein. Martens (V, 261) reiht der Deklaration 6 den Nouvelles extraordinaires, 1791, 80 und der Collection of state papers, 43 entnommene „Articles secrets ajoutés à la précédente déclaration" an. (Die verbündeten Mächte werden Maßregeln treffen, um die mit Frankreich bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten; die beiden Mächte werden den Petersburger Hof für die polnische Thronfolge des Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen suchen; die beiden Mächte behalten sich das Recht vor, einige von ihren gegenwärtigen oder künftigen Besitzungen nach gegenseitigem Einvernehmen zu vertauschen; die beiden Mächte werden, sobald es das Verhältnis zu anderen fremden Staaten zuläßt, sich über eine Verminderung ihrer Armeen zu einigen suchen; der König von Preußen verspricht dem Erzherzog Franz seine Kurstimme und wird sich der Aufstellung eines Nachfolgers in der Person des einen oder anderen Erzherzogs nicht widersetzen; zum Entgelt dafür wird sich der Kaiser bei der Republik Polen für Abtretung von Thorn und Danzig verwenden, während der Kaiser erwartet, daß Preußen bei England und den Generalstaaten eine Abänderung der Haager Konvention in Bezug auf Belgien erwirken wird.) Der Herausgeber bemerkt dazu: „Diese Artikel sind von den vertragschließenden Mächten weder jemals anerkannt, noch veröffentlicht worden; man kann also dieselben keineswegs für authentisch ausgeben," und verweist auf die im Rundschreiben des Königs von Preußen vom 6. Dezember 1791 und im Rundschreiben des Kaisers vom 2. Dezember 1791 enthaltenen Widersprüche mit dem Inhalt der geheimen Artikel. Die Thatsache, daß diese Artikel in sämtlichen oben genannten Handschriften fehlen, benimmt wohl auch den letzten Zweifel, daß man es nur mit einer Fälschung zu thun habe. Zwar sind in zwei handschriftlichen Exemplaren, welche aus dem gräflich Dietrichsteinschen Archive an das Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv gelangten, auch die Articles secrets angefügt, aber schon aus dem Umstande, daß darin verschiedene Abweichungen und Verbesserungen des Textes sich finden, ist zu folgern, daß es jüngere Abschriften sind, die neben jenen gleichzeitigen mit offiziellem Charakter nicht in Betracht kommen können.

der immer nur „in sehr bestimmten und zugleich mit der größten Behutsamkeit abgemessenen Ausdrückungen" sprach und auf Spielmann den Eindruck eines „sehr wohl instruierten, edel und rechtschaffen denkenden Herrn" machte, zeigte sich sehr dankbar für die Bereitwilligkeit der beiden Nachbarmächte, ihm zur Erlangung der polnischen Krone behülflich zu sein, machte aber seine Einwilligung von unbedingter Zustimmung Rußlands und von Aenderungen der polnischen Verfassung in monarchischem Sinne abhängig; auch wollte er die Thronfolge nicht bloß auf den künftigen Gemahl seiner Tochter, sondern auch auf seine Brüder und alle künftigen Kurfürsten von Sachsen ausgedehnt wissen. Nebenher wurden zwischen Spielmann und dem „sehr gelehrten und vorzüglich geschickten" sächsischen Kabinettsminister von Gutschmid freundliche „propos" in Bezug auf eine Vermählung der kurfürstlichen Erbtochter mit Erzherzog Karl ausgetauscht.[1]) Daß die beiden Monarchen in einem geheimen Nachtragsartikel zur Verwendung bei dem Hofe von St. Petersburg sich verpflichtet hätten, ist nicht richtig[2]). Auch am 10. September gab Friedrich August, von den polnischen Ständen zur Entscheidung gedrängt, nur eine ausweichende Antwort; die Sache sei zu wichtig, als daß sie sich übers Knie abbrechen lasse, der Kurfürst müsse erst genauer die Bestimmungen der neuen Verfassung studieren. Auf erneutes Andringen des Warschauer Reichstages genehmigte der Kurfürst nur den Zusammentritt polnischer und sächsischer Vertrauensmänner in Dresden zu Beratung verschiedener staatsrechtlicher Bestimmungen.[3])

Die Pillnitzer Erklärung vom 27. August 1791 hatte eine weder vom Verfasser noch von den Souveränen beabsichtigte Wirkung. Wie Kaiser Leopold über das Schriftstück dachte, erhellt aus den Worten, die er noch am Abend nach der letzten Sitzung an Kaunitz richtete. Der Kanzler möge keine Angst haben, sein Herr habe sich auf nichts eingelassen, was ihm die Hände binden könnte. Der hypothetische Charakter der verabredeten Erklärung lasse nichts übrig als den Schein einer Verpflichtung. „Die Worte: ‚alsdann und in diesem Fall' (d. h. wenn alle zur Mitwirkung eingeladenen Mächte sich bereitwillig zeigen würden) sind für mich das Gesetz und die Propheten; wenn England uns im Stiche läßt, hat ‚dieser Fall' für mich zu existieren aufgehört."[4])

Als Leopold von Pillnitz nach Prag reiste, begleiteten ihn der Kronprinz von Preußen, der Prinz von Hohenlohe und Graf Fersen; auch der Marquis von Bouillé und der Herzog von Polignac gingen mit, um immer bei der Hand zu sein, wenn sich Gelegenheit böte, für das Programm der Prinzen Stimmung zu machen. Als aber Bouillé bei Marschall Lacy nur leise anpochte, wurde er schroff zurückgewiesen. Zu solchen Besprechungen habe er gar keine Vollmacht, erwiderte Lacy, aber so viel könne er versichern, daß sich der Kaiser niemals in leichtfertiger Weise auf einen Krieg einlassen werde, dessen Ausgang angesichts der reichen Hülfsquellen Frankreichs und der Unangreifbarkeit der fran-

[1]) Vivenot, I, 240.
[2]) Vgl. S. 436, Anmerkung.
[3]) Polit. Journ., II, 1165.
[4]) Beer, 425.

zösischen Grenzen sich nicht voraussehen lasse.[1]) Nicht minder deutlich gab Leopold selbst zu erkennen, daß er nicht daran denke, einen Krieg vom Zaune zu brechen. Prinz Hohenlohe fand sogleich bei der ersten Audienz, „daß der Kaiser zu einer thätigen Hülfsleistung für den König von Frankreich wenig geneigt sei, doch aber das Gegenteil gern glauben machen möchte, sein Zaudern ganz geschickt zu entschuldigen wisse und die Schuld auf die Emigranten werfe, die er durch eine Menge Anekdoten lächerlich zu machen und gegen die er auch seine, des Erbprinzen Abneigung zu wecken suche.“[2]) Hohenlohe erklärte, sein königlicher Herr hege die Absicht, etwas zu thun, um der immer weitere Kreise ergreifenden demokratischen Gesinnung entgegenzuwirken, und gab den Wunsch zu erkennen, mit Bouillé und einem kaiserlichen General für den Krieg das Nötige zu verabreden, allein „dies wurde eludiert“. Da Hohenlohe sich nicht verhehlen konnte, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen sei, vermied er fortan „mit Affektation“, vom Kriege zu sprechen. Nur bei Erzherzog Franz und einigen wenigen kaiserlichen Räten, welche sowohl mit der preußischen Allianz, als mit dem Kriegsplane einverstanden waren, fand er freundliche Aufnahme, obwohl auch diese ihm das Geständnis machten, „daß man in Wien an den blauen Rock noch nicht gewöhnt sei“. Dem Grafen Fersen, der wegen der Landung schwedischer Truppen einen Vertrag schließen sollte, war eine ähnliche Erfahrung beschieden. Es wurde ihm eröffnet, der Kaiser werde seine Zustimmung geben, wolle aber vorher die Ankunft eines Kuriers aus Petersburg abwarten. Fersen blieb also in Prag, allein es kam kein Kurier, und somit wurde auch kein Vertrag mit Schweden abgeschlossen. Auch die militärischen Vorbereitungen waren nur auf den Schein berechnet; es hieß zwar, daß einige Regimenter Befehl erhalten hätten, nach Vorderösterreich aufzubrechen, doch hörte man nichts von Verträgen wegen des Durchmarsches durch den bairischen Kreis.

Die kaiserlichen und die preußischen Diplomaten hatten im Verlauf von wenigen Wochen ihre Rollen völlig vertauscht. Während auf preußischer Seite die Lust zu bewaffnetem Einschreiten gewachsen war, zeigte man sich am kaiserlichen Hofe weniger geneigt, denn je. Am 29. August erklärte Kaunitz dem preußischen Gesandten, der Gedanke, ein europäisches Konzert zu stande zu bringen, müsse endgültig aufgegeben werden. Nicht einmal auf Spaniens Beitritt sei mehr zu hoffen; zwar sei der König oder, was dasselbe bedeute, Graf Florida Blanco gar zornig über die Frechheiten der Pariser Nationalversammlung, allein: „dal detto al fatto é un gran tratto!“ „Wenn König Ludwig, woran kaum noch zu zweifeln ist, sich zur förmlichen Annahme der Verfassung entschließt, ist alles zu Ende!“ Die nämlichen Worte vernahm Jacobi einige Tage später aus dem eigenen Munde des Kaisers. Als der Gesandte in Prag den Glückwunsch seines Herrn zur Krönung überbrachte, ließ sich Leopold mit ihm in ein längeres Gespräch über die europäische Lage ein, das mit den Worten schloß: „Wenn

[1]) Bouillé, Mémoires (1801), 296.

[2]) Häusser, I, 301, nach einem handschriftlichen Schreiben des Erbprinzen von Hohenlohe an Friedrich Wilhelm II., d. d. Prag 17. Sept. 1791.

der König von Frankreich die Konstitution annimmt, ist alles zu Ende! Die Sache ist dann abgemacht!“ [1])

So verhielt es sich mit Wert und Bedeutung der vielgenannten Pillnitzer Erklärung. Als eine „erhabene Komödie“ wollte sie Mallet du Pan angesehen wissen. [2]) Ernsthafte Politiker konnten darüber nicht im unklaren sein, daß der Kaiser durchaus nicht heißes Verlangen trage, den eben erst teuer erkauften Frieden wieder zu opfern. Allein es gab zwei Klassen Personen, die ein Interesse daran hatten, den Sinn der Akte vom 27. August zu entstellen: die Führer der Revolution, um daraus nachzuweisen, daß der König verräterische Verbindung mit dem Ausland unterhalte, und die Emigranten, um Freund und Feind an ein Bündnis Europas zu Gunsten der legitimen Sache glauben zu machen. Auch damit wirkten die Emigranten nur zum Sturze des Königtums; sie waren nur Werkzeuge der Umsturzpartei. „Die Emigranten,“ schreibt der königstreue Herausgeber des Journal politique, Antoine Rivarol, „haben bis jetzt, ohne es zu wissen, der Nationalversammlung zu Entschlossenheit und Thatkraft verholfen; durch die von ihnen erregte Furcht verknüpfen sie alle französischen Herzen und Geister mit der gesetzgebenden Versammlung.“ [3]) Nichts hätte den Hof schlimmer bloßstellen können, als der Brief, wodurch Monsieur und der Graf von Artois dem Publikum die Erklärung vom 27. August mitteilten. Zu den Schrecken, welche dem Bürgerstande schon der Gedanke an eine Wiederherstellung des alten Regiments einflößte, kam nun noch die Furcht vor einem feindlichen Einfall, und die Abneigung dieser Kreise gegen die Emigranten wurde noch verschärft durch die Sorge um das Vaterland. Der von Koblenz datierte Brief stellt ein förmliches Manifest dar, ebenso beleidigend für die mit feindlichem Einfall und Niederlage bedrohte Nation, wie demütigend für den König, der vor ganz Europa der Feigheit geziehen und der allgemeinen Verachtung preisgegeben wird. [4]) Es wird angekündigt, daß „die Mächte, deren Hülfe sie erbeten hätten, in der That entschlossen seien, ihre Kräfte dem Rettungswerke zu widmen, und daß der Kaiser und der König von Preußen sich zu diesem Zwecke wechselseitig verbunden hätten“. Bei allen anderen Höfen bestehe „die nämliche Absicht“. Die englische Nation, „zu großmütig, um zu durchkreuzen, was sie als gerecht ansieht, wird sicher dem edlen und unwiderstehlichen Bunde nicht widerstreben“. Die nach jeder Art von Ruhm geizende Katharina wird gewiß nicht darauf verzichten, „die Sache aller Souveräne zu verteidigen“. Wenn der König gewaltsam gezwungen würde, eine Verfassung gutzuheißen, „welche er im Herzen verwirft und seine Königspflicht für ihn unannehmbar macht“, so wollten sie, die freien und unabhängigen Mitglieder des Königshauses, angesichts der ganzen Welt und in feierlichster Form gegen diesen nichtigen Akt und alle seine Folgen Verwahrung einlegen. Um jeden Zweifel über die dabei maßgebenden Absichten auszuschließen, wird hinzugefügt: „Falls Ew. Majestät gezwungen würden,

---

[1]) Preuß. Staatsarchiv. Bericht Jakobis vom 2. September 1791.

[2]) Mallet du Pan, Mémoires et correspondance I, 254.

[3]) Rivarol, Oeuvres choisies, publ. par Lescure (1862), 264.

[4]) Sorel, II, 262.

uns solches Auftreten zu verbieten, und zu erklären, daß Sie dieses Verbot in voller Freiheit ergehen lassen, so würde auch dieser Befehl, der offenbar Ihren Gefühlen ebenso widerspricht, wie Ihren wichtigsten Pflichten, uns nicht bewegen können, unsere eigene Pflicht zu verletzen, Ihre wahren Interessen zu opfern und die Haltung aufzugeben, welche Frankreich in solcher Lage von uns fordern kann." Am Tage des heiligen Ludwig, so spottet der Herausgeber der Vaterländischen Chronik, rauchten in Koblenz, Trier, Worms, Mainz die köstlichsten Gastmähler, perlten französische und deutsche Weine, trug Kanonendonner Segenswünsche für Frankreichs König zu den Wolken, — zu gleicher Zeit aber wurde der französische Thron für erledigt erklärt, Monsieur als der gesetzliche Lenker der Geschicke Frankreichs anerkannt und gefeiert! —

Als die Verfassung von Ludwig XVI. thatsächlich anerkannt worden war, wiederholten die Prinzen ihren Protest. „Die Sanktion, welche der König de facto einem monströsen Gesetz erteilt hat, ist de jure null und nichtig." „Der König war nicht frei, seine Sanktion ist somit ungültig, und wir geben den stärksten, entschiedensten Beweis von Gehorsam und Treue, wir erfüllen nur unsere Pflicht gegen Gott und Vaterland, wenn wir in diesem Falle trügerischen Befehlen nicht gehorchen." „Wir protestieren für den König und in seinem Namen gegen Alles, was nur ein falsches königliches Gepräge trägt. Da des Königs wirkliche Stimme durch seine Unterdrückung zum Schweigen gebracht wird, so wollen wir seine Organe sein und seine wahren Gesinnungen auf solche Weise zum Ausdruck bringen, wie er sie im Eid bei seiner Thronbesteigung ausgesprochen, wie er sie durch die Handlungen seines ganzen Lebens zum Ausdruck gebracht hat, wie sie in der Erklärung zu Tage getreten sind, die er im ersten Augenblick, da er sich für frei hielt, für die Oeffentlichkeit bestimmte. Er kann, er darf keine andere Gesinnung hegen; den königlichen Willen enthalten nur die Akten aus jener Zeit, da er noch frei atmete." Im Namen des Königs selbst, im Namen des nur auf einen Augenblick getäuschten und verblendeten Volkes, im Namen der Religion, des höchsten Wesens und der ewigen Gerechtigkeit wird Verwahrung eingelegt gegen die Konstitution, die nichts anderes ist, als ein Ungeheuer, das sich anschickt, die göttlichen und menschlichen Gesetze zu vertilgen!

Das Manifest, das dem Könige im Auftrage der Prinzen durch den Herzog de la Force überbracht wurde, rief in den Tuilerien große Bestürzung hervor, die Königin soll unter Thränen ausgerufen haben: „Kain! Kain!" [1])

Das auch in deutschen Zeitungen verbreitete, großsprecherische Schriftstück erhob gegen die königliche Familie eine furchtbarere Anklage, als sie in den Vorwürfen der wütendsten Revolutionäre enthalten war. In einem Augenblick, da Ludwig XVI. keinen anderen Schutz mehr finden konnte, als den Anschluß an die Verfassung, schalten seine nächsten Angehörigen diesen Schwur im voraus einen Meineid und raubten dem Handeln des Bruders den letzten Schein von Aufrichtigkeit. —

Nach der Eidesleistung des Königs gewann es den Anschein, als sei die Stimmung in Paris und im ganzen Lande zu Gunsten des volksfreundlichen

[1]) Daudet, III, 123.

Oberhauptes umgeschlagen, als habe Frankreich erst jetzt die aristokratische Staatsform gänzlich abgestreift, um sich in eine wirkliche Monarchie zu verwandeln. Nicht bloß dem Könige wurden auffällige Huldigungen dargebracht, auch die Königin wurde, wenn sie eine Oper ihres Lieblings Gluck besuchte oder zu Pferde im Bois de Boulogne erschien, mit dankbarem Zuruf begrüßt. Diese erfreuliche Stimmung wurde durch den Lärm der Emigranten zwar nicht jählings umgewandelt, aber die Wirkung von Mißtrauen und Furcht blieb nicht aus. Mit den schlauen Bedingungen und Abschwächungen, womit Spielmann sein Schriftstück ausgestattet hatte, war gar nichts gedient. Das wunderbare „Dann und in diesem Falle", das den Kaiser und den Kanzler in Entzücken versetzt hatte, ging an den Franzosen spurlos vorüber. Sie legten das Schriftstück, das von seinem Verfasser für zünftige Diplomaten, also für Leute bestimmt war, die zwischen den Zeilen zu lesen und in verhüllten Anspielungen zu sprechen pflegen, mit dem Spürsinn der Leidenschaft nach eigenem Ermessen aus. Das Volk will einfache Gedanken und vereinfacht alles Gewundene und Gekünstelte, ohne sich zu kümmern, ob der Sinn unverändert bleibt. So nahm das französische Volk die Pillnitzer Erklärung nicht als dasjenige auf, was sie war, als ein diplomatisches Mittel, eine lästige Verpflichtung von sich abzuschieben, sondern als dasjenige, was die Prinzen aus ihr machten, als eine gegen Frankreich gerichtete Drohung. Auf solche Weise ausgelegt, hat sie die traurigen Ereignisse, die sie hintanhalten sollte, nur beschleunigt und hat dem Könige nicht bloß keine Hülfe gebracht, sondern die letzte Stütze entzogen.

Der Kaiser war über die geflissentliche Entstellung der Pillnitzer Abmachungen höchst ungehalten. „Ich kann Ihnen nicht verhehlen," schrieb er (5. September) an Artois, „daß mich der Inhalt des Briefes Eurer Königlichen Hoheit und die zwei Memoires, die mir der Herzog von Polignac zugestellt hat, peinlich berührten, da ja die darin enthaltenen Vorschläge gerade den Gegensatz zum Inhalt der Deklaration bilden, die wir Ihnen soeben in Pillnitz eingehändigt haben, die alles ausspricht, was wir für Sie thun können und wollen."[1] Es war, schrieb Cobenzl an Kaunitz, angesichts der sich häufenden Beweise des zudringlichen Leichtsinns des Prinzen einmal notwendig, ihm ohne Schonung die Meinung zu sagen; „es ist aber immer noch mehr zu wünschen, als zu hoffen, daß der Erfolg der Absicht entsprechen wird". Auch in einem Briefe Leopolds an seine Schwester Christine vom 5. September wurden die alten Klagen über die Emigranten in verschärftem Tone wiederholt. „Bei meiner Rückkehr von Pillnitz sandte mir der Graf von Artois zwei Schriftstücke, die ein Manifest enthalten, in welches die Einsetzung Monsieurs zum Regenten und tausend andere Dinge im vollen Widerspruch mit den Pillnitzer Beschlüssen aufgenommen sind. Ich habe ihm also eine kräftige Antwort geben und gegen solche Verdrehung Verwahrung einlegen müssen. Diese Prinzen mit ihrer Projektenmacherei, und besonders Calonne, der sie am Gängelbande führt, sich in alles einmischt und ein falscher, schlechter Wicht ist, denken nur an sich und nicht an den König, nicht an die Sache; sie wollen nur Ränke spinnen, Verwirrung anstiften und

[1]) Vivenot, I, 243.

mich und den König von Preußen verleiten, einen Schritt zu thun, der uns die Nötigung auferlegen würde, alle Kräfte anzustrengen und unsere Truppen aus den Niederlanden zu ziehen, was dort leicht zu Ungelegenheiten und Aufruhr führen könnte; den Beweis liefert das Billet, das Sie mir geschickt haben und das den Grundsätzen dieser Leute auf ein Haar entspricht. Es ist nichts mit ihnen anzufangen; dem Könige und der Königin kann nur durch ein Zusammenwirken aller Höfe geholfen werden; freilich wird das seine Schwierigkeiten haben, da Spanien nicht handeln will und von England daran behindert wird; oder aber, man wartet, bis der Bankerott in Frankreich ausbricht, die neue Gesetzgebung heranreift, die Satzungen sich einbürgern und die Verwirrung sich noch weiter ausbreitet, um daraus Nutzen zu ziehen. Der Prinzen und ihrer Leute aber kann man sich nicht bedienen, man kann ihnen weder trauen noch helfen; sie trachten nur danach, uns in Verlegenheit zu bringen und bloßzustellen; nur die Königin, Herr Fersen und Bouillé empfinden und sprechen nach meiner Ansicht in diesen Dingen vernünftig, besonders Fersen, mit dem ich außerordentlich zufrieden bin." „Ich kann nicht begreifen," schrieb Leopold (9. Oktober) an Christine, „wie die Prinzen sich immer noch schmeicheln, auch nach der Erklärung des Königs eine Gegenrevolution ins Werk zu setzen, und wie sie glauben können, daß irgend ein Hof sich für sie interessiere." [1])

Gewiß nicht gegen den Willen Leopolds war in einem Artikel der amtlichen Brüsseler Zeitung vom 1. Oktober ausgeführt, der Pillnitzer Erklärung sei, nachdem der König von Frankreich die Verfassung angenommen habe, keinerlei Geltung mehr beizumessen. Freilich konnten hinwieder die deutschen Freunde der Emigranten darauf hinweisen, daß die Wiener Zeitschrift vom 1. Oktober, also drei Tage nach dem Eintreffen der Nachricht von der Beeidigung des Königs auf die Verfassung, zum erstenmal die Pillnitzer Erklärung und zugleich den Protest der Bourbonischen Prinzen abgedruckt habe. [2]) Der Kaiser, so faßte die Vaterländische Chronik schon damals richtig die Lage auf, ist gewiß nichts weniger als kriegslustig, aber er hat das ungewisse Schicksal des Königspaares in Paris vor Augen und kann deshalb nicht, wie er wohl möchte, einfach sagen: „Die Dinge in Frankreich gehen uns nichts an!" Jedenfalls wird es aber noch ganz anderer Erschütterungen bedürfen, bis das Oberhaupt der Erbstaaten und des deutschen Reiches kaiserliche Truppen in die vorderen Reichslande entsendet.

Das preußisch-österreichische Bündnis wurde auch in Pillnitz nicht zum Abschluß gebracht; es hatte bei „generalen Freundschaftsversicherungen" der Monarchen sein Bewenden, doch ließ Friedrich Wilhelm einmal die Aeußerung fallen, daß er den Gedanken eines Austausches der Lausitz aufgegeben habe, weil der Kurfürst von Sachsen nicht darauf eingehen wolle. Bischoffswerder beschränkte sich darauf, zu baldiger Fertigstellung der Allianz zu mahnen; Spielmann, dem es „nicht rätlich schien, hiermit zu eilen", vertröstete auf die ruhigere Zeit nach der Rückkehr des Kaisers in seine Hauptstadt.

Die öffentliche Meinung freilich erblickte, da, um Kaunitzens Wort zu ge-

[1]) Wolf, 264, 268.

[2]) Wiener Zeitschrift, I, 105.

brauchen, die Vorgänge hinter den Kulissen nur für die Acteurs auf der Schaubühne sichtbar waren, im Bündnis der deutschen Großmächte mit feindlicher Spitze gegen das neue Frankreich schon eine vollendete Thatsache. Deshalb legte die Presse der Pillnitzer Zusammenkunft eine übertriebene Bedeutung bei; der unmittelbar bevorstehende Ausbruch des Krieges mit Frankreich wurde je nach dem Standpunkte des einzelnen Organs erhofft oder befürchtet. Vom Bunde der drei mächtigsten deutschen Fürsten, sagt das Hamburger Politische Journal, wird in den Annalen des Reichs eine neue Epoche datieren; es sei auch Zeit, daß die Monarchen sich einmal aufrafften, die Schmach des französischen Thrones zu rächen, sonst werde das System der Zersetzung der Gesellschaft ganz Europa anstecken und alle Länder so unglücklich machen wie Frankreich.[1]) Die Wiener Zeitschrift gab der Hoffnung Ausdruck, nun werde doch einmal der ruchlose, revolutionäre Ton in den deutschen Zeitungen ein Ende haben, nun werde man doch endlich die Scheu vor dem unvermeidlichen Waffengang ablegen, da ja auch das revolutionäre Frankreich keine Schonung des Menschenblutes an den Tag lege.[2]) In einer im August 1791 erschienenen Flugschrift: „Sind die europäischen Mächte nach dem allgemeinen Völkerrecht befugt, die neue französische Regierungsverfassung, so wie sie gegenwärtig eingerichtet ist, nach fruchtlos versuchten Vorstellungen mit gewaffneter Hand zu bekämpfen?" wird die Frage bejaht, da die Fürsten, insbesondere die deutschen Reichsstände an die eigene Erhaltung denken müßten, also im Stande der Notwehr handeln würden. In der „Kurfürstlich gnädigst privilegierten" Münchener Zeitung darf man Erörterungen politischer und staatsrechtlicher Natur nicht suchen; sie pflegte nur Nachrichten über Hoffeste und Unglücksfälle, Fremdenverkehr und Ernteaussichten zu bringen; Pariser Neuigkeiten wurden nur spärlich und behutsam mitgeteilt. Während von der Prager Krönungsfeier die ausführlichste Schilderung geboten wird, sind der Pillnitzer Zusammenkunft nur ein paar Sätze gewidmet. Es werde berichtet, daß „beede Monarchen sich die lebhaftesten Freundschaftsbezeugungen erwiesen". „Augenzeugen versichern, daß nichts der Rührung gleicht, wovon alle Anwesenden durchdrungen waren, die das Glück hatten, die größten Monarchen von Europa so eng vereinigt zu sehen, daß sie nur eine einzige Familie auszumachen schienen, und man hat alle Ursache, sich von dieser glücklichen Stimmung eine dauerhafte Ruhe und das Glück von Deutschland zu versprechen."[3])

Unverdrossen bekämpfte der „Wandsbecker Bote", Matthias Claudius, wenn auch nur mit den Waffen des Schalks, den Bund des deutschen Geistes mit dem französischen Schwindelgeist:

... „Doch nun ist frei, wo jedermann
Rad schlagen und rumoren kann!"

Da sei doch natürlicher und gesünder enger Anschluß der Deutschen zur Aufrechthaltung des Glaubens, der Moral und der bürgerlichen Ordnung.[4])

[1]) Polit. Journal II, 849, 985.

[2]) Wiener Zeitschrift II, 80, IV, 84.

[3]) Münchener Zeitung, Jahrg. 1791, 773.

[4]) (Claudius) Asmus omnia sua secum portans, VI.; Urians Nachricht von der neuen Aufklärung, 115.

Von weit zahlreicheren Stimmen aber wurde die Ersprießlichkeit des Bundes der deutschen Großmächte, insbesondere die Notwendigkeit eines Angriffskrieges gegen Frankreich angezweifelt. Die „Vaterländische Chronik", von vornherein mißtrauisch gegen das „Anti-Hertzbergische System", glaubte aus der in Pillnitz „möglich gemachten, unmöglichen Thatsache", dem Freundschaftsbunde zwischen Österreich und Preußen, nur schlimme Folgen für das Reich voraussagen zu dürfen. „Was ist die Macht des ganzen übrigen Deutschlands gegen Oesterreichs und Preußens verbundene Macht? Unsere Unterwerfung hänget also nur davon ab, ob die beiden wollen oder nicht." ...

„Wenn Löw' und Adler Freunde sind,
So darf der Wald, so darf die Luft erbeben." ...

„Damit ist der Fürstenbund, Friedrichs letzte große Geistesthat, von der so viel Sagens und Redens war, die Dohm und Müller so deutsch und herzlich kommentierten, die unsere Barden besangen, von der unsere Patrioten so große Erwartungen hatten, in ein Nichts zerronnen!" [1])

Schlözer wies darauf hin, daß der kühle Wortlaut der Pillnitzer Deklaration die Emigranten durchaus nicht zu dem in ihrem Manifeste angeschlagenen großsprecherischen Tone berechtige. Ein „Aristokrat" hatte dem gefürchteten, freimütigen Publizisten die beiden Schriftstücke der Prinzen zugesendet, damit ihm klar werde, daß Soldaten und Kanonen nun bald den Kontinent vom Schwindel eingebildeter Freiheit und Gleichheit kurieren würden; es sei ja die höchste Zeit, dem Treiben der „schriftstellerischen Buben" in Deutschland zu steuern und den in ihren Journalen und auf ihren Kathedern verwegenen Aufruhr predigenden Gelehrten die Peitsche zu geben. Um diese Anklagen des „deutschen Schwarzen am Rhein" zu entkräften, stellte Schlözer fest, welchen Nutzen die in Frankreich zum Siege gelangte Revolution jetzt schon gebracht habe. Sie habe aufgedeckt, welcher Unsinn darin liege, daß hochwohlgeborene Schwachköpfe und privilegierte Faulenzer nur von der Arbeit der gescheiten und fleißigen Leute leben; sie habe gelehrt, daß ein Monarch, wie schon Friedrich der Einzige erklärt habe, nur der erste Beamte des Staates, mithin trotz seiner Unverletzlichkeit dem Volke zu Red' und Antwort über seine Handlungen verpflichtet sei. Demnach sei in Frankreich, wo die Regierung bis in die allerneueste Zeit für die allgemeinen Menschenrechte weder Augen noch Ohren gehabt habe, eine Revolution notwendig gewesen, in Deutschland nicht; freilich fehle es auch hier nicht an Mängeln und Mißbräuchen, und auf diese aufmerksam zu machen, sei Aufgabe und Pflicht der Schriftsteller; man möge also aufhören, jeden Freiheitsprediger einen Aufrührer und jede Rüge Zügellosigkeit zu schelten.[2]) Immer wieder gab Schlözer der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine Ansteckung Deutschlands durch die revolutionären Ideen nicht zu fürchten, mithin eine Abwehr mit Säbel und Flinte nicht notwendig sei. Der Vergleich mit dem brennenden Haus sei nicht passend, denn wenn das Haus des Nachbarn brenne, laufe das eigene ohne weiteres Gefahr, vom Feuer ergriffen zu werden; dagegen könnten sich

[1]) Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 567, 601, 610.
[2]) Schlözer, Staatsanzeigen, 16. Bd., 456.

Grundsätze des Umsturzes in einen Nachbarstaat nur dann fortpflanzen, wenn darin durch ähnliche Gebrechen und Mißstände eine gewisse Empfänglichkeit erzeugt wäre. Dies sei aber in Deutschland nicht der Fall. „Mir kömmt kein Volk in der Welt reifer zur ruhigen Wiedererwerbung verlorener Menschenrechte vor, als das deutsche Volk, und zwar gerade wegen seiner von Unwissenden oft verlästerten Staatsverfassung. Langsam wird diese Revolution freilich geschehen, aber sie geschieht! Die Aufklärung steigt, wie in Frankreich, von unten herauf, aber stößt auch oben an Aufklärung; wo gibt es mehr kultivierte Souveräne, als in Deutschland? Dieses Aufsteigen läßt sich nicht durch Fünfkreuzermänner und Zwölfpfünder in die Länge hindern. Und daß es allmählich ohne Unfug, ohne Anarchie geschehe, wird allem Anschein nach mehr das Werk der Schriftsteller als der Kabinette sein. Fürsten werden Fürsten bleiben, und alle deutschen Menschen freie Menschen werden!“ [1]) Als die Angriffe gegen die Verteidiger der französischen Neuerungen fortdauerten, wandte sich Schlözer nochmals gegen den Irrtum, daß Revolution und Freiheitsdrang ein und dasselbe seien. „Ein Demokrat, der behauptete, daß nicht ein Mensch, auch nicht bloß ein paar hundert Menschen, Nobili, Magistrate, Beamte genannt, das Schicksal von Millionen Menschen ohne weitere Rücksprache entscheiden müssen, ist ein Philosoph, ein Menschenfreund, eine Schutzwehr, gleich stark gegen Tyrannei und Anarchie.“ [2])

Am leidenschaftlichsten wurde die Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten der Franzosen von einer „in Germanien 1791, im zweiten Jahre der Freiheit“ erschienenen Flugschrift „Der Kreuzzug gegen die Franken“ bekämpft. [3]) Heute höre man allerorten von Verträgen und Rüstungen, und alle diese Bajonette sollen gegen die Franken gerichtet werden, die doch Deutschland in keiner Weise gereizt oder beleidigt hätten. Wozu der Lärm? Weil der Franke aus einem gefesselten Tier endlich ein freier Mensch geworden ist, weil man an der Seine nicht mehr glaubt, daß Tugenden, Talente und Wissenschaft sich erben lassen, wie man den Rock des Vaters erbt, daß man kriegerische Kenntnisse und Tapferkeit nicht kaufen kann, wie man den Weck vom Bäcker kauft, weil man sich dort vor Augen hält, daß der Stifter der christlichen Religion auch nicht Herr von Christus geheißen hat u. s. w. Welch eine Thorheit, an der Seine wieder das alte Raubschloß mit seinen Fallbrücken, Mauern und Bärengruben aufrichten zu wollen! „Ist die neue Konstitution ihr Glück, warum sollten wir sie ihnen nicht gönnen? Ist aber ihr Glück nur ein Traum, wo ist der Traktat, der euch das Recht gibt, sie darin zu stören?“ Freilich die Aristokraten

---

[1]) Staatsanzeigen, 17. Bd., 225.

[2]) Ebenda, 96.

[3]) G. Forster hielt den kurz zuvor zum Amtmann in Gernsbach bei Baden-Baden ernannten Ernst Posselt für den Verfasser. „Der Kreuzzug gegen die Franken,“ schrieb er am 9. August 1791 an Heyne, „soll von Posselt sein. Er zeigt hauptsächlich die Ungereimtheit der Bemühungen kleiner deutscher Fürsten gegen Frankreich und macht bemerklich, daß das Aufhetzen gegen die neue Verfassung hauptsächlich der nicht beeideten Geistlichkeit zuzuschreiben sei.“ (G. Forsters sämtliche Schriften, VIII, 155.) Die bedeutsame Flugschrift ist jedoch nicht von Posselt, sondern von Clauer abgefaßt.

schreien: „Unsere Sache ist die gemeinschaftliche Sache der Könige! Die politische Ketzerei der Franzosen muß vertilgt werden, sonst wirkt sie ansteckend!“ Als ob in Frankreich etwas anderes gestürzt worden wäre, als die Tyrannei der Kuppler und Maitressen, denen der gute König ohne sein Wissen seinen Namen und seine Gewalt geliehen hat! Damit hat doch die Entwickelung in Deutschland nichts gemein, wo man mit Friedrich dem Einzigen des Glaubens ist, daß das Volk nicht um des Regenten, sondern der Regent um des Volkes willen existiert.

Aber, so sagen die deutschen Fürsten, wie können wir an die Gerechtigkeit und Friedensliebe der Franken glauben, wenn sie uns mitten im Frieden als Feinde behandeln? Sind nicht die in Elsaß und Lothringen begüterten Souveräne ihrer Rechte und ihres Eigentums, die deutschen Bischöfe ihrer Diöcesanrechte beraubt worden?

Auch diesen Einwand läßt die Flugschrift nicht gelten. Was von den Rechten Frankreichs und der deutschen Fürsten im Elsaß zu halten sei, könne nicht als ausgemacht gelten. Schon Ludwig XIV. habe unter Berufung auf den westfälischen Frieden die elsässischen Fürsten als wirkliche Unterthanen betrachtet; jedenfalls sei diese Auffassung von den Fürsten selbst dadurch gefördert worden, daß sie durch Annahme von lettres patentes ihre Reichsunmittelbarkeit aufgaben und der französischen Hoheit huldigten. Und ob ein deutscher oder ein französischer Bischof die Leute in Elsaß und Lothringen zum Himmel führe, das könne doch den Deutschen gleichgültig sein! „Hätten wir nur jene Hirten, die ihre Schafe nicht bloß weideten, sondern auch scheren und schlachten ließen, hätten wir sie nur ganz los! Die Herrschaft des Priesterreiches, wovon Rom die Hauptstadt und der Mittelpunkt ist, das ist es doch eigentlich, wofür gegenwärtig mit so vieler Hitze gestritten wird.“ Noch sei der größte Teil der deutschen Bürger und Bauern zu weit zurückgeblieben, als daß sie das in Frankreich Erreichte anzustreben gedächten; ihre Thätigkeit gehe darin auf, für die eigenen und die Staatsbedürfnisse zu sorgen und zu arbeiten. „Baut indessen nicht zu stark auf seinen hungrigen Magen und seine Unwissenheit!“ Ein unglücklicher Krieg gegen Frankreich würde unfehlbar für Deutschland die Revolution im Gefolge haben. „Dann wehe den Fürsten! Dann werden die Häuser der Fürsten, des Adels und ihrer Diener in Flammen stehen, und die rauchenden Provinzen am Rhein werden gar bald dem übrigen Deutschland eine Verheerung ankündigen, die weit schrecklicher sein wird, als es die Scenen des Dreißigjährigen Krieges gewesen sind!“ Den Anhang des Pamphlets bildet ein Gebet mit der Bitte um Bewahrung vor Pfaffenlist und Pfaffentrug, Epaulettenstolz und Bürgerkrieg, wilden Tieren und Intendanten, Blutschändern und frommen Eminenzen u. s. w.

Das radikale Braunschweigische Journal verspottete im voraus das buntscheckige Heer, das der Kaiser gegen das revolutionäre Frankreich ins Feld rufen wolle:

„Hier sechsunddreißigtausend Mann
Läßt Oestreich stracklich rücken an,
Und, die noch besser sollen beißen,
Seht, vierundzwanzigtausend Preußen!
Mit zwanzigtausend läßt sich schön
Der Vetter Bourbon aus Spanien sehn;

Dort dreißigtausend Savoyarden
Mit Murmeltier und Hellebarden,
Und dort Herr Condé lobesan
Bei Worms mit noch zehntausend Mann."

Schmach über das Ziel der Rüstungen des monarchischen Europas: die Freiheit niederzuschlagen, die Herrlichkeiten des alten Regiments wiederherzustellen, den Bauern wieder zum Vieh herabzuwürdigen! [1])

Wieland war längst nicht mehr der Lobredner der Revolution, deren Anfänge er mit schwärmerischem Enthusiasmus begrüßt hatte; seit Mirabeaus Tod und den an Ludwig XVI. verübten Gewaltakten beurteilte er nüchtern und mißtrauisch die Entwickelung im Nachbarreiche. „Ein Volk," schrieb er im Herbst 1791 im Teutschen Merkur, „das frey seyn will und in zwey vollen Jahren noch nicht gelernt hat, daß Freyheit ohne unbedingten und unbegränzten Gehorsam gegen die Gesetze in der Theorie ein Unding und in der Praxis ein unendlichmahl schändlicherer und verderblicherer Zustand ist, als asiatische Sklaverey, — ein Volk, das auf Freyheit pocht und sich alle Augenblicke von einer Faction von Menschen, qui salva republica salvi esse non possunt, zu den wildesten Ausschweifungen, zu Handlungen, deren Cannibalen sich schämen würden, aufhetzen und hinreissen läßt, — ein solches Volk ist, aufs Gelindeste zu reden, zur Freyheit noch nicht reif und wird allem Ansehen nach noch manche fürchterliche Convulsionen zu überstehen haben, bis sein Schicksal auf die eine oder andere Art entschieden ist." Trotzdem brachte der Teutsche Merkur einen geharnischten Artikel gegen jenen im Journal von und für Franken erteilten Rat, das gesittete Europa durch einen bewaffneten Kordon gegen die in Frankreich ausgebrochene moralische Pest abzuschließen. „Ach! mit den Kordons ist es eine eigene Sache! Die vielen Kordons, welche man Unwürdigen austeilte, ihre Brust zu zieren, und Unschuldigen, um ihnen den Hals zuzuziehen, waren ja eine von den Ursachen der Revolution!" Wieland selbst sprach in einem Nachwort seine volle Zustimmung aus. Man möge sich durch die teils wahren, teils übertriebenen, teils ganz falschen Schilderungen des Elends der Anarchie infolge des Einreißens der alten Verfassung in Frankreich nicht verleiten lassen, dort alles und jedes von der grausenhaften Seite anzusehen und bei dem Worte Freiheit nur an Laternenpfähle, rasende Fischweiber und die kannibalischen Oktoberscenen zu denken. Das deutsche Volk, das schon fast alles besitzt, was das französische durch die Revolution erst zu gewinnen hofft, soll so großmütig sein, den Befreiungsprozeß des Nachbarn nicht durch rechtswidrige und unnötige Einmischung zu stören. Ein „europäisches Konzert" könnte dem Könige, der nicht ohne eigene Schuld die Liebe seines Volkes verloren habe, im günstigsten Falle nur dazu behülflich sein, „auf den Trümmern seines eigenen Reiches wieder einen despotischen Thron auf dem Nacken etlicher Millionen Sklaven zu erbauen, welche wahrscheinlich, nach Ausführung einer so edlen Ritterthat, von den Einwohnern Frankreichs noch übrig". [2])

[1]) Braunschweiger Journal, Jahrg. 1791, III, 230.

[2]) Der Neue teutsche Merkur vom Jahre 1791, II, 224, 418, 427.

Auch der preußische Hauptmann Archenholz, der seit September 1791 selbst in Paris lebte, die Zustände also aus eigener Erfahrung beurteilen konnte, gab den Monarchen zu bedenken, daß weder ihre Verbrüderung, noch die glücklichsten Erfolge ihrer Heere im stande sein würden, das alte Königtum in Frankreich wieder aufzurichten; dies sei nur durch Ausrottung des größeren Teiles der Nation zu erreichen. „Es ist hier nicht, wie bey sonstigen Revolutionen, die Frage, ob dieser oder jener Mensch König seyn, sondern ob eins der zahlreichsten, cultivirtesten und mächtigsten Völker der Erde, das seit einigen Jahren aus dem tiefsten Schlamm der Sklaverey emporgestiegen war und die süßen Früchte der Freyheit nicht sowohl gekostet, als sich daran bis zur Ueberladung genährt hatte, ob ein solches Volk sogleich wieder ruhig den Nacken unter das Joch beugen und die zerbrochenen Ketten wie Spielsachen betrachten würde?" Haben doch Schweden und Polen ihre Verfassung geändert, ohne daß die Nachbarn das Bedürfnis empfanden, dagegen einzuschreiten; weshalb sich jetzt um einer Gegenrevolution willen mit dem mächtigen Frankreich in einen Krieg einlassen, von dem „ein Mann, der unter Friedrichs Fahnen gedient hat und das Lokale kennt," sagen muß, daß er den Angreifern fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen wird.[1])

Es würde nicht schwer fallen, ähnliche Auslassungen in Presse und Litteratur jener Tage in großer Zahl ausfindig zu machen. In weiten Kreisen der Gesellschaft war man sich zwar nicht darüber klar, daß kein Staat das Recht habe, einem anderen zu verbieten, seine Regierungsform zu gestalten, wie er selbst es für rechtmäßig und ersprießlich halte, daß also die Pillnitzer Deklaration trotz ihrer Wenn und Aber eine Verkennung der wichtigsten Grundzüge internationalen Lebens bedeute, allein man konnte sich der Furcht nicht erwehren, daß der Bund zwischen Oesterreich und Preußen einen Rückstoß gegen die bisher vorwärtsstrebende Richtung auf politischem und religiösem Gebiete herbeiführen werde.

[1]) J. W. v. Archenholz, Minerva, I, 18.

Vierter Abschnitt.

Oesterreich und Preußen vor den Revolutionskriegen. Katharina II. und die deutschen Mächte. Marie Antoinette und die Parteien in Frankreich. Leopold II. und die französische Revolution. Wachsende Kriegsgefahr. Das auswärtige Frankreich. Bundesvertrag zwischen Oesterreich und Preußen. Tod Leopolds II. Die französische Kriegserklärung. Der Wahltag in Frankfurt. Der Fürstenkongreß zu Mainz. Der Krieg und das deutsche Reich. Preußen und Polen.

Wir sind in die Betrachtung einer Periode eingetreten, deren Beurteilung vor wenigen Jahrzehnten die heftigsten litterarischen Kämpfe hervorgerufen hat. Vom Gegensatze zwischen Sybel und Herrmann war schon oben die Rede. Während die beiden Historiker in der Frage, welche Stellung gegenüber dem polnischen Staatsstreiche einerseits Kaiser Leopold, andererseits die preußische Regierung eingenommen habe, abweichende Meinungen verfochten, begegneten sie sich in der Auffassung, daß der Anstoß zur zweiten Teilung Polens nicht von den deutschen Mächten, sondern von Rußland ausgegangen sei. Weit heftiger aber entbrannte der Streit über das Verhältnis Oesterreichs und Preußens zum revolutionären Frankreich; mit dem Ursprung der Revolutionskriege steht ja die Frage in Zusammenhang, welcher Staat am Mißerfolge dieses Waffenganges und damit an der Auflösung des alten Reiches die Schuld trage.

Bis in die fünfziger Jahre war die Ansicht vorherrschend, daß die schwerste Verantwortung auf Preußen falle, dessen Regierung aus selbstsüchtigen Beweggründen plötzlich auf seiten des verachteten Feindes trat und dadurch das verbündete Oesterreich nötigte, nur mit eigenen Kräften den ungleichen Kampf fortzusetzen, bis es, am eigenen Körper aus schweren Wunden blutend, die Beraubung und endlich den schmählichen Zusammenbruch des Deutschen Reiches geschehen lassen mußte. Diese Ansicht wurde nun ziemlich gleichzeitig von Häusser und Sybel in umfassenden, auf neuen Quellen beruhenden Darstellungen

der Revolutionsperiode bekämpft.[1]) Keiner von beiden Forschern fühlte sich berufen, den Baseler Separatfrieden zu billigen, aber sie suchten zum erstenmal die Entstehung und die Beweggründe des unerfreulichen Ereignisses zu erklären; indem das feindselige Verhalten des kaiserlichen Ministeriums Thugut klargelegt wurde, war in der That, da von keinem Staate selbstmörderische Handlungsweise zu verlangen ist, in gewissem Sinne eine Rechtfertigung der preußischen Politik erreicht. Sybel und Häusser benützten hauptsächlich die preußischen Archive; auch durch Veröffentlichungen aus französischen, russischen und englischen Archiven wurde die Politik jener Mächte wenigstens so weit aufgehellt, daß wenigstens der allgemeine Charakter mit Sicherheit erkennbar war. Da aber noch immer die Aufklärung über die individuellen Motive der kaiserlichen Politik mangelte, wurde die Nachricht freudig begrüßt, daß man auch in Wien aufgehört habe, die Heimlichkeit als erstes Gesetz und Lebensbedingung der Archive anzusehen. Zum erstenmal konnte Vivenot für seine Biographie des Befehlshabers der Reichsarmee, Herzog Albrechts von Sachsen-Teschen, die jedoch über den Rahmen der ursprünglich gewählten Aufgabe hinauswuchs und sich auf dem Titel des zweiten Bandes selbst als Beitrag „zur Geschichte des Baseler Friedens" charakterisierte,[2]) die Wiener Archive benützen. Doch nicht auf Grund neuer Enthüllungen, sondern nur weil er das mittelalterliche Verhältnis der Reichsstände zum Kaiser ohne Einschränkung als Maßstab für die Beurteilung ihrer Politik an der Wende des achtzehnten Jahrhunderts anwendete, erhob er aufs neue die schwersten Anklagen gegen die Politik Friedrich Wilhelms II. und die „kleindeutschen Geschichtsbaumeister", welche die Geschichte des Baseler Separatfriedens, des „eigentlichen Wendepunktes der neuesten deutschen Geschichte", zu Gunsten einer idealen preußischen Spitze verfälscht hätten. Die Arbeit Vivenots ist aber so unkritisch und formlos, daß sie kaum als etwas anderes denn als Pamphlet angesehen werden kann. Mit ungleich schärferen Waffen suchte ein paar Jahre später Hermann Hüffer, der seine Forschung auch auf die Pariser Archive ausgedehnt hatte, den Beweis zu führen, daß Sybels Darstellung durch die Tendenz, das Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Staatsverbande als rätlich und geboten erscheinen zu lassen, allzusehr beeinflußt worden sei und dadurch an Zuverlässigkeit verloren habe.[3]) Dagegen führte auch Sybel immer neue Beweise ins Feld, um seine Stellung zu verteidigen. Angriff und Abwehr verrieten leidenschaftliche Erregtheit der Streiter, der Zweikampf wandelte sich in stürmischen Buhurt, und hüben wie drüben wurde die Grenzlinie zwischen wissenschaftlicher Erörterung und feindseliger Polemik nicht immer beachtet. Die Heftigkeit des Federkriegs

---

[1]) H. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800, Bd. 1—5, 1853—1870. (4. Aufl. 1882.) — L. Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes, Bd. 1—4, 1854—1857. (4. Aufl. 1869.)

[2]) Alfr. Edler v. Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall I, 1864, II, 1. u. 2. Abth., Zur Geschichte des Baseler Friedens, 1866.

[3]) H. Hüffer, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution, Bd. 1: Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum Abschluß des Friedens von Campo Formio (1868); Bd. 2: Der Rastatter Kongreß und die zweite Koalition (1878—1879).

erklärt sich aus dem Charakter der Zeit, in welcher diese Schriften entstanden. Der Gegensatz zwischen den zwei größten deutschen Staaten, deren jeder die Führung Deutschlands beanspruchte, war zur Zeit der Veröffentlichung der erstgenannten Werke schon zu unerträglicher Spannung gediehen, der entscheidende Waffengang — daran war nicht mehr zu zweifeln — stand bevor, und die Parteien scharten sich enger um ihre Banner; die Fehde zwischen Sybel und Hüffer aber erhob sich, kaum daß der Bruderkrieg von 1866 zu Ende war, da Friede zwar urkundlich festgesetzt, doch in die Gemüter der Deutschen noch nicht zurückgekehrt war. Auch der redlichste Historiker vermag sich dem Einflusse mächtiger Zeitströmungen nicht zu verschließen; eine unbefangene Darstellung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen war unmittelbar vor und nach 1866 ebenso unmöglich, wie eine völlig unparteiische Würdigung des Verhältnisses zwischen Heinrich IV. und Gregor VII. in der Zeit erbitterten Kulturkampfes. Erst in ruhigerer Stimmung kann man die Ueberzeugung gewinnen, daß es in den meisten Fällen gar nicht zulässig ist, die Schuld an verhängnisvollen politischen Katastrophen einer einzelnen Persönlichkeit oder einem einzelnen Staate aufzubürden.

Heute fällt es nicht mehr so schwer, die Vorgänge und Entwickelungen vor hundert Jahren sachlich zu beurteilen. Oesterreich ist aus dem deutschen Staatsleben ausgeschieden, der Kampf um die Führerschaft ist entschieden, es besteht kein Grund mehr, die Rechtfertigung des einen in Vorwürfen gegen den anderen zu suchen und damit die öffentliche Meinung zu Gunsten des einen gegen den anderen zu beeinflussen. Freilich, Vorsicht und Zurückhaltung sind auch heute noch geboten. Es ist viel leichter, eine Politik schlechtweg zu verdammen, als zu sagen, ob es denn wohl nach dem natürlichen Lauf menschlicher Dinge, nach dem für die einzelnen Staaten so gut wie für den einzelnen Menschen geltenden Lebensgesetz und nach der besonderen Beschaffenheit der Verhältnisse anders hätte kommen können.

„Die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen," erklärt der russische Historiker Bilbasoff in Uebereinstimmung mit Sybel, „können nur dann richtig beurteilt werden, wenn das Verhältnis Katharinas II. zu Frankreich und den deutschen Mächten gebührend gewürdigt wird."[1]) Für die Lebens- und Regierungsgeschichte dieser so verschiedenartig beurteilten Fürstin sind in jüngster Zeit neue Quellen erschlossen worden; erst seit uns ihre Memoiren und Briefe bekannt geworden sind, läßt sich der Charakter der „Minerva des Nordens", in dem niedrige Eigenschaften des Weibes mit hohen Vorzügen des Mannes, Launenhaftigkeit und Hochherzigkeit, Sinnlichkeit und Thatendrang, Eitelkeit und Pflichtgefühl wunderlich vereinigt waren, besser verstehen. Namentlich im Briefwechsel mit ihrem litterarischen Vertrauensmann Baron Grimm, dem „französischesten Deutschen" — das Wort stammt von St. Beuve — tritt ihre Persönlichkeit ohne Maske und Schleier entgegen. Wenn sich einerseits schwer begreifen läßt, wie Katharina die öde Speichelleckerei ihres Faktotums — er bittet sie einmal, ihn „unter ihren Hunden zu behalten"! — viele Jahre

[1]) Bilbasoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur II, 470.

lang ertragen konnte,[1]) so leuchten uns andererseits Proben der Schärfe, Vielseitigkeit und Unabhängigkeit ihres Geistes entgegen. Sie war ein geborener Staatsmann, Politik beherrschte ihr Leben, und sie errang auf diesem Gebiete glänzende Erfolge, wenn auch zu bezweifeln ist, ob ihre Thaten der Wohlfahrt Rußlands förderlich waren. Ruhmsucht war denn doch Katharinas stärkste Leidenschaft, und dieser Trieb ließ auch sie nur tatarische Eroberungspolitik treiben. Sie wollte Polen haben, um Europa näher zu kommen, doch nicht um sich an europäische Kultur anzulehnen, sondern nur um leichter in alle Händel der Nachbarn sich mischen zu können. Auch Katharina ließ sich den Fehler zu schulden kommen, den Schlözer an Peter I. rügte, daß aller Fleiß auf die obere Etage des Hauses verwendet, die untere aber vernachlässigt wurde, oder — ohne Allegorie gesprochen, — daß eine Akademie der Wissenschaften, aber keine halbwegs tüchtige Volksschule vorhanden war. Für Katharinas Stellung zur französischen Revolution war ausschließlich das politische Interesse Rußlands maßgebend; deshalb trat sie gleichzeitig gegen die Franzosen, welche das Königtum vernichten wollten, und gegen die Polen, welche die Königsgewalt wieder aufzurichten trachteten, als Feindin auf. Während sie für den nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf geschwärmt hatte, ließ sie sich von der europäischen Begeisterung für den Bastillesturm nicht einen Augenblick fortreißen; sie fühlte sich ganz als Vertreterin des aufgeklärten Despotismus; sie hatte nur Hohn und Spott für die Anmaßung der „Schuhflicker", die plötzlich ein Talent für Regierung und Gesetzgebung an sich entdeckt hätten; sie schalt die Pariser Volksmänner Tollhäusler, die in Zwangsjacken gesteckt werden müßten, gegen die unverzüglich der heilige Krieg zu eröffnen wäre, aber — von Schweden, Spaniern und Deutschen, nicht von den Russen. Wenn auch ihr das Treiben der Emigranten in manchen Stücken mißfiel, — sie würden, meinte sie, unfehlbar ihr Ziel erreichen, „wenn sie nur die vier oder fünf kleinen Ingredienzien hätten, die ja so leicht aufzutreiben sind: Mut, Festigkeit, Großherzigkeit, Klugheit und das nötige Urteil, um alles richtig zu gebrauchen," — so wurde sie doch nicht müde, die Notwendigkeit einer Restauration in Frankreich hervorzuheben. Wenn sich nicht Frankreich selbst dazu aufraffen könne, die schuldigsten Häupter der zwölfhundertköpfigen Hydra zu zertreten und dadurch Staat und Gesellschaft zu retten, so müsse sich das Ausland dieser Pflicht unterziehen. Ein Dschingischan müsse kommen, um Frankreich zur Vernunft zu bringen; 20000 Kosaken würden genügen, um den Weg von Straßburg nach Paris zu säubern.[2])

Doch der Grimm der „royaliste par métier et par devoir" beschränkte sich auf Schmähreden und Drohworte; sie operierte noch allenfalls mit Noten, niemals aber mit Soldaten. In Wahrheit hat niemand der revolutionären Propaganda so hervorragende Dienste geleistet, als — Karl Hillebrand mag selbst das ungalante Wort verantworten — die „obligate Heulerin über die Revolution". Durch

[1]) K. Hillebrand, Katharina II. und Grimm; Deutsche Rundschau, 25. Bd., 377. — Einmal spricht Katharina mit Wohlgefallen von einem unglaublich geschmacklosen Gedicht von Senac de Meilhan, das sie mit der Kathedrale St. Peter in Rom vergleicht (Bilbasoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur I, 572).

[2]) Brückner, Katharina II. und die französische Revolution; Russ. Revue, III, 490.

ihre polnische Politik hat sie fort und fort das Mißtrauen der deutschen Großmächte genährt, und als es endlich zur Waffenentscheidung kam, vereitelte sie selbst das Gelingen des von ihr gepredigten „Kreuzzuges gegen die Franken", indem durch ihre Umtriebe die preußischen und österreichischen Heere vom Rheine abgezogen wurden. Es war ihr ausschließlich darum zu thun, die lästigen Nachbarn zu beschäftigen. „Je me casse la tête," sagte sie im Sommer 1791 zu ihrem Geheimschreiber, „um den Berliner und Wiener Hof in die französischen Angelegenheiten hineinzubringen. Der preußische würde schon gehen, aber der Wiener bleibt sitzen." An den Vizekanzler Ostermann schrieb Katharina: „Die Höfe verstehen mich nicht. Ai-je tort? Il y a des raisons qu'on ne peut pas dire; je veux les engager dans les affaires, pour avoir les coudées franches; ich habe viele unfertige Unternehmungen, und es ist nötig, daß sie beschäftigt seien, um mich nicht zu stören."[1]) Der Verfasser der gediegensten Biographie Katharinas, Bilbasoff, macht sich lustig über den Wetteifer der Vertreter preußischer und österreichischer Interessen, die Zarin als den eigentlichen Störenfried zu denunzieren; er sagt aber nichts von jenen zwei von Kalinka ans Tageslicht gebrachten Schriftstücken, welche den unwiderleglichen Beweis liefern, daß die Anregung zur zweiten Teilung Polens in der That von Katharina ausging.[2])

Am 27. Mai 1791 schrieb Katharina an Potemkin: „Wir beabsichtigen nicht zu früh mit den Polen zu brechen, obwohl wir dazu Recht und Grund haben nach einer so niederträchtigen, von ihrer Seite ausgehenden Verletzung unserer Freundschaft und nach dem Umsturz verschiedener, durch unsere Garantie befestigter Beschlüsse, wie auch infolge vieler Beleidigungen, die wir von ihnen erduldet." Ein „unzeitiges" Einrücken russischer Truppen würde die Preußen nach Polen ziehen; man müsse also vorerst lieber trachten, jede Verbindung zwischen Polen und Preußen aufzulösen und unmöglich zu machen. Nach einer Aufzählung der Mittel, welche hierzu angewendet werden sollten, fährt die Kaiserin fort: „Die Zeit wird zeigen, ob wir Polen auf die eben beschriebene Weise an uns ziehen können; sollten alle unsere Bemühungen sich fruchtlos erweisen und Unterhandlungen nicht zum Ziele führen, so wird man nicht zögern dürfen, mit Anwendung der äußersten Mittel, und zwar mit Hülfe einer Rekonföderation die Pläne der uns Mißgünstigen zu verwirren; vielleicht wird die jetzige Umwandlung der polnischen Konstitution schon allein uns eine Handhabe dazu bieten." Noch zuversichtlicher und deutlicher schrieb Katharina am 29. Juli an ihren Feldmarschall, die Mißachtung, welche der König von Polen mit seinem Anhang andauernd an den Tag lege, werde sie dazu nötigen, die Feinde der Konstitution um das russische Banner zu scharen und zu ihrer Unterstützung das auf der Balkanhalbinsel frei gewordene Heer in Polen einmarschieren zu lassen; zugleich soll der römische Kaiser von der Notwendigkeit so strengen Vorgehens überzeugt und der König von Preußen wenigstens von Widersetzlichkeit zurück-

[1]) Brückner, Katharina II., 413.

[2]) Liske, Zur polnischen Politik Katharinas II. 1791; Histor. Zeitschrift, 30. Bd., 281. — Kalinka, Der vierjährige polnische Reichstag von 1788—1791, aus dem Polnischen von M. Dohrn, I, Einl. XXVI.

gehalten werden. „Entweder wird es uns gelingen, die jetzige Verfassungsform aufzuheben und die frühere polnische Freiheit (!) wiederherzustellen; dann werden wir dadurch für unseren Staat auf ewige Zeiten eine vollständige Sicherheit einernten. Oder aber, wenn in dem Könige von Preußen eine unüberwindliche Habgier zu Tage treten sollte, so werden wir uns gezwungen sehen, um für die Zukunft den Sorgen und Unruhen ein Ende zu machen, in eine neue Teilung der polnischen Lande zu Gunsten der drei verbündeten Mächte zu willigen." Die arme Zarin! Was bleibt ihr anderes übrig, als sich dem „habgierigen" Preußen anzuschließen, um das „undankbare" Polen zu strafen oder vielmehr zu beglücken, da ja der „besonnene" Teil der Bevölkerung „schon längst seine Hoffnungen auf Rußlands Kräfte und Hülfe gebaut hat". Kalinka nennt dieses Schreiben das Todesurteil Polens, das kein Pole ohne Grauen lesen werde. „Einen solchen Reichtum von Kombinationen neben einer völligen Gleichgültigkeit dafür, ob sie erlaubt oder im höchsten Grade verbrecherisch sind, eine solche Weite und Vielseitigkeit des Blickes neben solcher Nüchternheit und Scharfsicht, einen solchen unbiegsamen, alles zertrümmernden Willen, eine solche genaue Angabe der Zeit, der Mittel, der Personen und ihrer Rollen, und alles dies auf ein Jahr vorher, unter Tausenden von Interessen und Einflüssen, die sich untereinander kreuzen, findet man nicht leicht sonst in der Geschichte der menschlichen Thätigkeit!" Katharina gab auch ihren Bundesgenossen schon im Herbst 1791 zu erkennen, daß sie entschlossen sei, den mißliebigen Zuständen in Polen ein Ende zu machen. „Jeder von den beiden Kaiserhöfen," sagte Fürst Gallizyn in Wien zu Kaunitz, „hat eine ernste Mission zu erfüllen und eine Gegenrevolution durchzuführen, der österreichische in Paris, der russische in Warschau." Kaunitz hatte gegen diese Anschauung nichts einzuwenden; ihm war vor allem daran gelegen, den Bund der Kaiserhöfe so lange wie möglich am Leben zu erhalten. Deshalb versicherte er mit Wärme, Oesterreich erblicke in der Unterstützung Ludwigs XVI. seine erste Ehrenpflicht; die Annäherung an Preußen sei nur zur Förderung dieses Zweckes erfolgt, sei aber nur ein „zeitliches, den bisherigen Systemzwecken der Allianz Oesterreichs mit Rußland untergeordnetes Mittel".[1]) Auch Leopold erklärte der Zarin, nur die Lauheit der europäischen Mächte hindere ihn, mit der nämlichen Entschiedenheit gegen die Revolutionäre aufzutreten, wie sie die große Kaiserin, auch hierin Muster und Vorbild für alle Souveräne, an den Tag lege. „Die Unsicherheit und die Langsamkeit, die den Bemühungen, ein europäisches Konzert zu stande zu bringen, entgegenwirken, und die Pläne und Bitten des allerchristlichsten Königs und der Königin, meiner Schwester, haben mich bewogen, unterdessen den Weg direkter Verhandlungen einzuschlagen, sowohl um jeden Zweifel an meiner Gesinnung auszuschließen, als um die Wirkung der späteren gemeinsamen Schritte und Maßnahmen möglichst wirksam vorzubereiten und die Lage in Frankreich einstweilen etwas erträglicher und für die Zukunft hoffnungsvoller zu gestalten" (9. September 1791). Einige Tage später wiederholte der Kaiser die Beteuerung, er werde für König Ludwig alles thun, was „die Umstände und die Ereignisse erlauben werden". „In jedem Falle werden wir, Ew.

[1]) Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina, 85, 105.

Kaiserliche Majestät und ich, alles gethan haben, was wir in dieser großen Angelegenheit thun müssen und thun können; ich sehe meinen Ruhm nur in inniger Uebereinstimmung unserer Grundsätze und der Maßnahmen vor den Augen Europas und der Nachwelt."[1])

Diese Uebereinstimmung bestand aber in Wirklichkeit gar nicht. Während Katharina dem Programm der Emigranten geneigt war, wollte Leopold davon nichts wissen. Es wurde schon erwähnt, daß Leopold während des Aufenthalts in Prag von Anhängern der Emigrantenpolitik bestürmt wurde, die Annahme der Verfassung durch König Ludwig und damit den Sieg der konstitutionellen Idee zu verhindern. „Ich werde mich aber durch niemand von meinem Wege ablenken lassen," sagte Leopold zum preußischen Gesandten, „ich werde dem Egoismus der Emigranten und der Leidenschaft des Königs von Schweden keine Zugeständnisse machen. Das Projekt einer Regentschaft halte ich für lächerlich, die Aufstellung eines preußisch-österreichischen Heeres für verfrüht und gefährlich, und auf den Landgrafen von Hessen-Kassel einzuwirken, damit er seine Truppen den Emigranten zur Verfügung stelle, fällt mir gar nicht ein." In ähnlichem Sinne ließ sich Kaunitz gegen Marquis Luccheſini, der ihn auf der Heimreise von Sistowa aufgesucht hatte, über die Lage aus. Vorerst sei gegen Frankreich nichts zu machen; wenn nicht ein Bürgerkrieg dort ausbreche, fehle es an jeglicher Handhabe, um für den König einzutreten. Auch die Haltung der deutschen Reichsfürsten ermutige nicht dazu, einen Krieg vom Zaune zu brechen; der Kurfürst von Pfalz-Baiern habe die Bitte des Königs von Schweden, eine Anzahl Pfälzer in schwedische Dienste treten zu lassen, abschlägig beschieden; der Herzog von Württemberg habe den Kaiser wissen lassen, er werde, auch wenn der Reichskrieg gegen Frankreich erklärt werden sollte, nicht in der Lage sein, Truppen ins Feld zu stellen; von anderen Reichsständen sei die Bitte eingelaufen, es möge vom Durchzug kaiserlicher Truppen durch ihre Gebiete Umgang genommen werden; insbesondere der hannöversche Hof suche die befreundeten Regierungen auf jede Weise von kriegerischem Vorgehen gegen das in gesunder Neubildung begriffene Frankreich abzuhalten. Jacobi wußte zur Erklärung der Friedensstimmung des kaiserlichen Kabinetts noch einen triftigeren Grund: den kläglichen Stand der österreichischen Finanzen. Die drei Türkenkriege, so wird in Jacobis Memorandum dargelegt, und die gegen Preußen gerichteteten Rüstungen haben Oesterreich 210 Millionen Gulden gekostet; dagegen trug die allgemeine Kriegssteuer 35 Millionen ein, aus dem Josephinischen Schatz wurden 30 Millionen, aus dem von Florenz mitgebrachten Schatz 18 Millionen entnommen, aus dem Verkauf von Domänen und Kirchengütern 25—30 Millionen gelöst, von Belgien noch im Jahre 1788 2 Millionen Subsidien bezahlt; es blieb also immer noch eine Schuld von 100 Millionen, deren Verzinsung 3—4 Millionen erfordert. Und während die Schulden stiegen, sanken die Einnahmen; die belgischen Unruhen, die Verwüstung des Banats, die Entkräftung ausgedehnter Gebiete der Monarchie haben in Verbindung mit den häufigen Veränderungen in der inneren Verwaltung ein Sinken der Jahreseinnahmen um 5—6 Mil-

[1]) Beer, 153, 155.

lionen zur Folge gehabt. An Steuererhöhung kann nicht gedacht werden, denn die Mißstimmung der Bevölkerung darf nicht mehr gesteigert werden. Die Kaufleute klagen über die Abschaffung des Stempels, die Landleute über die unbeschränkte Zulassung auswärtiger Weine und die Einfuhr raffinierten Zuckers, auch andere Stände haben durch die Aufgebung der Schutzzollpolitik Josephs II. ihr Vermögen eingebüßt; die Rücksicht auf diese der gegenwärtigen Regierung grollenden Leute macht Vorsicht und Bedächtigkeit zur Pflicht; deshalb wird Oesterreich, solange es irgend angeht, kriegerische Abenteuer meiden.

Noch schwärzer schilderte der Sekretär der preußischen Gesandtschaft in Wien, Herr v. Cesar, der in Abwesenheit des nach Prag gereisten Jacobi eine Zeit lang die Geschäfte führte, die politischen und wirtschaftlichen Zustände der Erblande. Eine Hebung der Finanzen sei durch die teils noch nicht gehobene, teils neuerdings eingetretene Unordnung unmöglich gemacht. In den Niederlanden gährt es; Erzherzogin Christine sieht sich genötigt, die äußerste Strenge zu entfalten; in allen Städten müssen starke Besatzungen unterhalten werden, so daß die belgischen Provinzen nicht bloß keine Einkünfte abwerfen, sondern noch beträchtliche Zuschüsse für Militärausgaben beanspruchen. Ungarn und Siebenbürgen, „aufgeregt durch die Ueberschwänglichkeiten einer konstitutionellen Verwaltung", blicken noch immer mißtrauisch auf einen Souverän, den man noch vor kurzem einen Meineidigen zu nennen wagte; das Sinnen und Trachten der Nation zielt nur auf Schwächung des Ansehens und der Einkünfte der Dynastie, die als ein Eindringling angesehen wird. Nirgends findet das französische Beispiel so empfindliche Gemüter, als bei den leicht erregbaren Magyaren. Es fehlt nicht an Verbindung mit den Führern der Pariser Nationalversammlung; Unterhändler war der bekannte Baron Trenck, der deshalb auf Befehl des Prinzen von Koburg in Buda verhaftet und in Ketten nach Wien gebracht wurde, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Auch Böhmen, Mähren, Galizien, gereizt durch den ewigen Wechsel in der inneren Verwaltung und ausgesaugt durch außerordentliche Steuern und Lieferungen während des letzten Krieges, sind nicht mehr im stande, neue Lasten zu übernehmen; die Einnahmen aus den italienischen Provinzen sind unter dem regierenden Monarchen auf die Hälfte herabgesunken.

Unter solchen Umständen, so folgert auch Herr v. Cesar, verbietet sich kriegerische Politik von selbst; an Erhöhung der Militärausgaben ist nicht zu denken, nur erhebliche Verminderung des stehenden Heeres kann der Monarchie Rettung bringen.

Die Schilderungen der preußischen Diplomaten waren im Wesentlichen nicht übertrieben. Wie wenig ernst die Huldigungen gemeint waren, welche das belgische Statthalterpaar gelegentlich der Inauguration in den einzelnen Provinzen von den Vertretern aller drei Stände entgegennahm,[1]) bewiesen die Aufstände im nächsten Jahre. Nicht besser sah es in Ungarn aus, und in den deutschen Kronländern wurde zwar die Aufhebung der kirchlichen Neuerungen Josephs II. dankbar auf-

[1]) v. Zeißberg, Zwei Jahre belgischer Geschichte (1791, 1792); Sitzg.-Ber. d. philos.-hist. Cl. der Wiener Akademie, 123. Bd., 165.

genommen, aber die Hinneigung der neuen Regierung zu freihändlerischen Grundsätzen wenigstens vom Landmann als unheilvolle Wendung empfunden.

In erster Reihe hat also wohl die Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedrängnis der eigenen Staaten dem Kaiser die Einmischung in die französischen Angelegenheiten verleidet. Dazu kam die im Charakter Leopolds wurzelnde Abneigung gegen jede — wie er zu sagen pflegte — „gewaltsame Ueberstürzung". „Es ist erstaunlich," versicherte Jacobi in dem eben angezogenen Bericht, „daß dieser Monarch sich niemals zu kräftigem Vorgehen entschließen kann." Gerade diese unzeitige Nachgiebigkeit in allen Dingen habe verschuldet, daß es im Innern nirgends an Aufwieglern und im Ausland an der gebührenden Achtung der kaiserlichen Macht fehle. Auch die Rücksicht auf die Schwester und den französischen Königsthron ließ auffällige Feindseligkeit gegen die Träger der Gewalt in Paris nicht angemessen erscheinen. Marie Antoinette selbst bat ja inständigst, ihr Bruder möge nichts zulassen, was die gesunde Wendung zum Besseren, die Heranbildung einer königstreuen Partei stören könnte.

Freilich war es in den diplomatischen Kreisen kein Geheimnis, daß die offenen Kundgebungen der Zufriedenheit der Königin unter äußerem Zwang erfolgten und nur den Zweck hatten, sie vor dem Zorne des Volkes sicher zu stellen.[1]) Aus den vertraulichen Briefen des königlichen Paares erhellt denn auch, daß diese Ansicht den Thatsachen entsprach. Im Grunde des Herzens wünschte König Ludwig nichts anderes, als wieder freie Hände zu bekommen, um dann von der neuen Verfassung so viel oder so wenig übrig zu lassen, als er für gut hielt. Marie Antoinette beklagte bitter ihre unwürdige Lage und die Charakterschwäche ihres Gatten, der nicht nach Gebühr empfinde, wie schmählich er behandelt werde. Die Freundschaft mit den Barnave und Duport war mit Aufgebung der wichtigsten Dogmen der Legitimität zu teuer erkauft, als daß die königlichen Gatten den neuen Stützen des Thrones volles Vertrauen zugewendet hätten. Sie befanden sich in ähnlicher Lage, wie Spaziergänger, die im Walde von fahrendem Volk angefallen werden. Einige von den Angreifern schämen sich, daß ihre Genossen sich sogar rohe Gewaltthat erlauben wollen, und beteuern den Ueberfallenen, sie würden nicht zulassen, daß ihnen etwas zu leide geschehe. Die Erschrockenen nehmen zwar die angebotene Hülfe an, schütteln aber nur zaghaft die Hände ihrer Retter und spähen umher, ob nicht ein Hüter des Gesetzes ihnen gegen Widersacher und — Freunde zu Hülfe komme. „Machen Sie meinem Bruder klar," schrieb die Königin an Mercy, „daß ich nur von ihm Rettung erhoffe; unser Glück, unser Leben, die Existenz meines Sohnes hängen von ihm allein ab!"[2]) Freilich den Krieg scheuten König und Königin, doch nur weil sie Furcht hegten, daß die Hitze und die Maßlosigkeit der Emigranten greuelvollen Bürgerkrieg entzünden würden. Deshalb wurde in der Denkschrift, welche die leitenden Grundsätze des Königs bei Annahme der Verfassung entwickelte, ein Einfall der befreundeten Fürsten in Frankreich abgelehnt und nur ein „Kongreß unter Waffen" als sicheres Mittel zur Wieder-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Cesars vom 17. Sept. 1791.

[2]) Feuillet de Conches, II, 225.

herstellung der Ordnung in Frankreich erbeten.[1]) „Die verbündeten Mächte müssen Forderungen aufstellen, welche die nützlichen Aenderungen herbeiführen, und zugleich Streitkräfte aufbieten, welche ihren Forderungen den nötigen Nachdruck geben. Die Erklärung der verbündeten Mächte kann dem Könige seinen Rang und seine Macht zurückgeben, und der König wird mit Hülfe der Verbündeten seinem Staate Ordnung und Frieden zurückgeben." Doch die „nützlichen Aenderungen", die von Europa gefordert werden sollten, um dem Könige die Freiheit und der Krone die alte Würde zurückzuerstatten, waren so weitreichend, daß auf gutwillige Zustimmung der Nationalversammlung nicht zu rechnen war. Die Denkschrift selbst gibt diesem Zweifel Raum; das Wort: „man darf, wenn es möglich ist, keinen fremden Krieg haben", ist bezeichnend für die Hoffnung, daß Europa, falls der moralische Druck sich nicht kräftig genug erweisen sollte, auch seine Waffen zur Rettung des Königtums nicht versagen würde.[2])

Solche Wünsche fanden aber, wie schon dargelegt wurde, am kaiserlichen Hofe nur noch kühle Aufnahme.

Von Pillnitz begab sich Leopold nach Prag, um sich zum König von Böhmen krönen zu lassen. Die böhmischen Stände hatten auf dem am 22. März 1790 eröffneten Landtag die Forderung gestellt, alle Neuerungen Josephs II., samt und sonders Uebergriffe des übelberatenen Monarchen, sollten wieder aufgehoben werden. Leopold verhielt sich dazu nicht ablehnend; er machte die neue Steuerverteilung rückgängig, das Generalseminar in Prag wurde geschlossen, die bischöflichen Seminarien wurden wieder eröffnet, die Gemeinden erhielten Einfluß auf die Besetzung der städtischen Aemter, die Autonomie der Prager Hochschule wurde wiederhergestellt, jedoch erklärte Leopold durch Patent vom 28. Juni 1791, er werde auf Abänderungen der ständischen Rechte über das Jahr 1764 nicht hinausgehen.[3]) Er soll sich auch bereit erklärt haben, dem Königreich Böhmen eine Verfassung zu geben, doch mit diesem Anerbieten, da ja die Wohlthat in erster Reihe dem Bauernstand zu gute gekommen wäre, beim Adel auf heftigen Widerstand gestoßen sein.[4]) Dagegen wurde vom ganzen Kronlande dankbar begrüßt, daß Leopold die Wenzelkrone von Wien nach Prag zurückbringen und den Ständen zu fernerer Aufbewahrung übergeben ließ, und es konnte als feierliche Anerkennung der Selbständigkeit des Königreichs gelten, daß er sich bereit finden ließ, sich in der Landeshauptstadt krönen zu lassen. Am 6. September ging die Krönung vor sich; es war ein nationaler Festtag, wie ihn die Moldaustadt so prunk- und freudenvoll noch kaum gefeiert hatte.[5]) Die Sprachenfrage spielte schon eine bedeutsame Rolle. Es wurde von deutschen Zeitungen mit

---

[1]) M. de la Rocheterie et M. de Beaucourt, Lettres de Marie Antoinette II, 284. Beigelegt einem Briefe Marie Antoinettens an Leopold vom 8. Sept. 1791.

[2]) Lenz, Marie Antoinette im Kampf mit der Revolution, 271.

[3]) Tomeck, Geschichte Böhmens, 455. — Schlesinger, Geschichte Böhmens, 564.

[4]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 24. Sept. 1791.

[5]) Ein Berichterstatter in der Vaterländischen Chronik hebt besonders hervor, die Sicherheit in Prag sei während der Festtage so ungefährdet, „daß man in jeder Nachtstunde in den Gassen der Stadt mit einem Hut voll Dukaten frei herumgehen könnte" (S. 601).

Befriedigung mitgeteilt, daß Leopold im Verkehr mit den böhmischen Ständen sich nur der deutschen Sprache bediente, während die Stände ihre Huldigung zuerst in böhmischer, dann erst in deutscher Sprache ablasen.[1])

Noch waren diese Festlichkeiten nicht beendigt, als die Kunde einlief, der König von Frankreich habe die Verfassung angenommen. Dem preußischen Gesandten wurde die Nachricht mit überschwänglichem Aufputz übermittelt: Herrlich klingt es über den Rhein herüber! Im nämlichen Augenblick, da der König die Verfassung genehmigt, erhält er volle Freiheit der Person und des Handelns zurück, alle Thore der Tuilerien werden geöffnet, damit alles Volk seinen guten König sehen kann, die höchsten Hofbeamten eilen wieder zum Dienste des Monarchen herbei, die fremden Minister werden eingeladen, sich zum seltenen Feste einzufinden, Barnave und Lameth und alle Gutgesinnten und Bekehrten stehen huldigend zu Füßen des Thrones! . . .

„Damit ist für mich die französische Angelegenheit erledigt!" wiederholte Leopold. Es werde ja vielleicht, sagte er zu Jacobi, in Frankreich noch zu mancherlei Wechselfällen kommen, namentlich wenn einmal der unvermeidliche Bankerott offen erklärt werden müsse, doch diesen Uebeln könne auch durch fremde Einmischung nicht abgeholfen werden. Die französischen Prinzen, warf Jacobi ein, sind jedenfalls nicht der Ansicht, daß alles zu Ende ist; sie behaupten, der König habe nicht freiwillig gehandelt, sondern sich nur der Gewalt gefügt. „Die französischen Prinzen," erwiderte Leopold, „haben sehr unklug daran gethan, in ihrem Manifest solche Behauptungen aufzustellen; ihre Pläne sind ein schlechtes Machwerk, zumal der Gedanke der Erhebung eines Regenten, den Fürst Kaunitz in Gegenwart des Grafen von Artois vortrefflich als ‚Regenten in partibus infidelium' gekennzeichnet hat! Wenn der König von Frankreich die Verfassung annimmt, ist für mich alles zu Ende: das habe ich schon in Pillnitz dem Grafen von Artois erklärt, und der König von Preußen hat mir zugestimmt!"

Die „Vaterländische Chronik" zollte dem Kaiser, weil er in dieser Frage dem Zeitgeist so viel Verständnis entgegenbringe, hohes Lob. „Er selbst ist zu sehr Vater seines Volkes, um einen versöhnten Vater mit seinen guten Kindern in neuen Zwist setzen zu helfen."[2]) Auch Kaunitz gab seine Befriedigung über diesen Ausgang offen zu erkennen. „Nach meinem Sinne sollten wir und Genossen," schrieb er an Spielmann, „Gott danken, daß dieser gute Kerl von König durch seinen Entschluß uns aus der Verlegenheit, die wir uns selbst an den Hals gezogen hatten, glücklich befreit hat!"[3]) Zum Erstaunen der fremden Diplomaten konnte man an offener Tafel aus Kaunitzens Munde hören, es sei durchaus nicht alles schlecht, was die Revolution gebracht habe. Er hatte zur Abfassung eines Gutachtens über die Lage Frankreichs die Revolutionslitteratur studiert und war, indem er manches, was den anderen und ihm selbst als Unrecht und Gewaltthat erschienen war, verstehen gelernt hatte, ein nachsichtigerer Richter geworden. Trug er sich doch selbst mit dem Gedanken, ein

[1]) Münchner Zeitung, Jahrg. 1791, 769, 774. — Vaterl. Chronik, Jahrg. 1791, 601.
[2]) Vaterl. Chronik, 651.
[3]) Vivenot, I, 259.

Parlament aus Vertretern aller habsburgischen Erblande zu berufen und mit einer allgemeinen Staatsreform zu betrauen! Damit wollte er auf friedlichem Wege erreichen, was Kaiser Joseph durch gewaltsame Aufhebung aller Privilegien der einzelnen Staaten bezweckt hatte: die Schöpfung eines österreichischen Einheitsstaates.[1]) Auch Staatsreferendär Baron Sperges pries wie ein Genosse des Berliner Aufklärungskreises den staatsrechtlichen Umschwung im Frankenreiche. „Welches Glück," sagte er zu Herrn v. Cesar, „daß eine so wichtige Revolution wie die französische, nur so wenig Blut gekostet hat; es gibt kaum ein zweites Beispiel in der Weltgeschichte; wie viele Kriege hat die englische Revolution im Gefolge gehabt!"

Den wahren Grund der Freude über das Verschwinden der Kriegsgefahr erblickten Jacobi und Cesar übereinstimmend wieder in der Furcht vor Ansteckung Belgiens, wo es schon da und dort zu Unruhen gekommen war, und in der finanziellen Bedrängnis Oesterreichs. Zu den alten Schulden seien noch beträchtliche neue hinzugekommen. „Die Krönung in Prag kostete etwa 800 000 Gulden, die Festlichkeiten in Frankfurt und Pest 3 Millionen, die Hochzeiten von zwei Erzherzogen 2 Millionen; dem Grafen von Artois wurden 2—3 Millionen vorgestreckt; 5 Millionen mußten für den Unterhalt der Truppen nach Brüssel geschickt werden, das macht 14 Millionen außerordentlicher Ausgaben; in einer Zeit, da aus Belgien und dem Banat so gut wie gar keine Einkünfte gezogen werden! Der Geldmangel macht sich bereits in peinlichster Weise fühlbar! Da begreift es sich leicht, daß man sich nicht dazu verstehen will, die Kriegsfahne aufzurollen!"[2]) Der eifrigste Anwalt der Interventionspolitik, der Schwede Fersen, war entrüstet über die Fahnenflucht des geborenen Vertreters der Legitimität. „Ich habe mich in Bezug auf die Absichten des kaiserlichen Kabinetts nicht getäuscht," schrieb er vor seiner Abreise von Prag an König Gustav, „hier will man nur alles hinausschieben bis zum nächsten Frühjahr, um sich nur ja nicht zu wirklichem Handeln aufraffen zu müssen."[3]) Kaunitz wußte die Zurückhaltung des kaiserlichen Kabinetts durch mannigfache Gründe zu rechtfertigen. „Eine Einmischung," schrieb er in seiner für den Kaiser bestimmten Denkschrift, „wäre nur dann am Platze gewesen, wenn sie entweder der König von Frankreich gefordert oder unser Interesse notwendig gemacht hätte; es hat sie aber weder der König gefordert, noch ist sie unserem Interesse angemessen." Die Annahme, daß der König nicht freiwillig gehandelt habe, als er die Verfassung annahm, sei nicht zulässig, da der König selbst feierlich das Gegenteil beteuere. Eine Gefahr, daß das republikanische Gelüste auch andere Völker anwandle, liege nicht vor; was in einem Staat von alters

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 10. Okt. 1791.

[2]) Die Finanznot war so hoch gestiegen, daß das kaiserliche Kabinett im Januar 1792, als am Ausbruch des Krieges nicht mehr zu zweifeln war, Bedenken trug, 6000 Mann, welche Vorderösterreich decken sollten, sofort auf den Kriegsfuß zu setzen. Der sächsische Gesandte Graf Schönfeld berichtete, ein kaiserlicher General, der das Vertrauen des Kaisers genieße, habe ihm versichert, daß nur der Mangel an Geld dieses Zaudern verschulde (Herrmann, Die österreichisch-preußische Allianz, 106).

[3]) Feuillet de Conches, IV, 106.

herkömmlich oder als neue Errungenschaft eingeführt sei, berühre schon den Nachbarstaat wenig oder gar nicht. Die Türkei z. B. habe von jeher despotisches Regiment gehabt, ohne daß diese Thatsache jemals die Regierungsformen anderer Reiche beeinflußt hätte; ebensowenig sei von den republikanischen Regierungen versucht worden, ihr System anderen Völkern aufzudrängen. Vollends die Regierungsänderung in Frankreich sei mit Genugthuung zu begrüßen. „Die neue Verfassung macht Frankreich für alle europäischen Staaten weniger gefährlich, als unter dem alten Regiment. Wenn sie schlecht ist, so berührt dies nur Frankreich, ist aber für alle anderen Nationen eine gleichgültige Sache. Die angebliche Gefahr einer Ansteckung anderer Völker durch das schlechte Beispiel des französischen Volkes ist nichts als ein blinder Lärm und ein durch die Thatsachen längst berichtigtes Wahngebilde."[1]) Man sieht, die politischen Grundsätze des kaiserlichen Kanzlers stimmten fast Punkt für Punkt mit der Auffassung der englischen Staatsmänner überein: Frankreich hat durch die Revolution an Ansehen und Kraft verloren, — warum sollten wir Gefahren und Anstrengungen auf uns laden, um die ehedem übermächtige und übermütige Nation wieder in den Sattel zu heben! „Mögen die Minister," schrieb Jacobi am 24. September, „sagen, was sie wollen, so viel steht fest, daß der Kaiser gegen Frankreich nichts unternehmen will und kann."

Zwar wußten die Emigranten, insbesondere der Herzog von Polignac, nach der Rückkehr Leopolds nach Wien eine Zeit lang zu hintertreiben, daß der Marquis von Noailles empfangen werde, doch auf Andrängen des Kanzlers wurde dem Gesandten des konstitutionellen Frankreichs schließlich doch gestattet, in öffentlicher Audienz das Schreiben, worin König Ludwig die Annahme der Verfassung anzeigte, dem Kaiser zu überreichen. Leopold zögerte auch nicht, dem Schwager seine Befriedigung über den volksfreundlichen Entschluß auszusprechen (23. Oktober); zugleich wurde aber der Erwartung Ausdruck verliehen, daß in der Folge „jene für alle Könige und Fürsten gemeinsamen Ursachen, aus den jüngsten Ereignissen für die Zukunft schlimme Schlüsse zu ziehen, wegfallen möchten, so daß es nicht nötig würde, ernstlich einzuschreiten".[2]) Diese Betonung des Fortbestehens des Konzerts der europäischen Mächte stand nicht ganz im Einklang mit der Erklärung, daß die Sache ein für allemal als abgethan angesehen werde. „Es herrschen eben in Wien wechselnde Strömungen," so erklärt der preußische Gesandte den Widerspruch, „es gibt hier auch wieder Augenblicke, wo das Fortbestehen des Konzerts den Plänen des Wiener Hofes angemessen befunden wird." Im Frühjahr während des Aufenthalts in Italien habe der Kaiser ohne Zweifel den Vorsatz gehabt, gegen Frankreich etwas zu unternehmen und in diesem Sinne den französischen Prinzen Versprechungen gegeben; ernstlich habe er freilich auch schon damals nur beabsichtigt, der

[1]) Réflexions du Prince Kaunitz sur la nouvelle constitution de la France, son acceptation et ses suites possibles, tant au dehors qu'au dedans de ce royaume; Vivenot, I, 284. — Réflexions du prince Kaunitz sur les prétendus dangers de la contagion, dont la nouvelle constitution française menace tous les autres états souverains de l'Europe; Vivenot, I, 285.

[2]) Vivenot, I, 269.

Nationalversammlung Furcht einzuflößen. Nach der Rückkehr in seine Hauptstadt sei der Kaiser von Kaunitz in friedlichem Sinne beeinflußt worden. „Ich wage zu behaupten, daß der leitende Minister es für das größte Unglück ansehen würde, wenn der Kaiser sich auf feindselige Maßnahmen gegen Frankreich einließe, und ich habe Grund anzunehmen, daß Seine Majestät der Kaiser zur Zeit noch der nämlichen Anschauung huldigt." Auch Spielmann denke darüber nicht anders, nur Cobenzl sei der entgegengesetzten Ansicht, habe aber zu wenig Einfluß, um seine Meinung zur Geltung zu bringen. „Auch bei gespanntester Aufmerksamkeit vermochte ich keine Aenderung in diesen Stimmungen zu erkennen: man will sich angesichts der kritischen Lage der Monarchie nicht einer unvermeidlichen Gefahr aussetzen, wenn man auch den Schein vermeiden möchte, als wollte man den König von Frankreich im Stiche lassen."[1]) Das Berliner Kabinett stimmte dieser Auffassung bei. Der Wiener Hof — so kennzeichnet ein Erlaß an Jacobi die Lage — möchte gern die demokratische Partei einschüchtern und von neuen Gewaltthaten gegen das königliche Paar zurückscheuchen; er will auch die eigenen Unterthanen im Zaum halten, teils durch die Vorstellung, daß das europäische Konzert noch fortbestehe, teils durch allmähliche Heranziehung von Truppen gegen Belgien; andererseits will er keinen Lärm aufschlagen, um nicht in den eigenen Landen einen Ausbruch revolutionärer Leidenschaft wachzurufen.[2])

Leopold ging aber noch einen Schritt weiter. Am 12. November erließ er an diejenigen Mächte, die er im Juli zum Einschreiten gegen die Revolution aufgefordert hatte, ein neues Rundschreiben, das nur als unbedingte Abwiegelung aufzufassen war; die Gefahr für Leben und Ehre des Königs von Frankreich sei beseitigt und damit auch der Grund zu gemeinsamem Auftreten der Mächte weggefallen.[3])

Die Gewißheit, daß der Kaiser nicht daran denke, seine Truppen an den Rhein zu schicken, hatte auch den Kriegseifer des Berliner Hofes gedämpft. Als Herr von Moustier, der nach Frankreich zurückberufen worden war, am 1. Oktober sich von König Friedrich Wilhelm verabschiedete, beteuerte dieser, die Hand am Degen, er würde mit Freuden dem König von Frankreich mit 50 000 Mann zu Hülfe eilen, wenn der Kaiser sich entschließen könnte, eine Armee von gleicher Stärke ins Feld zu stellen, aber von dieser Seite sei schlechterdings nichts zu hoffen![4]) Die Scheu, daß man nur dazu ausersehen sein könnte, für den Nebenbuhler die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ließ alle anderen Rücksichten zurücktreten. „Die Königin von Frankreich," sagte ein preußischer Diplomat zu König Gustav, „ist die Schwester des Kaisers; mein Herr muß also befürchten, daß sie, wenn erst der Krone die alte Macht zurückgegeben wäre, nur ihren Bruder begünstigen würde!" Auch der glückliche Erfolg eines Krieges mit

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 19. Okt. 1791.
[2]) Ebenda. Erlaß an Jacobi vom 27. Okt. 1791.
[3]) Vivenot, I, 270.
[4]) Sorel, I, 280.

Frankreich würde nur Oesterreich zu gute kommen. Jacobi wurde noch im September angewiesen, dem Kanzler zu erklären, daß unter allen Umständen, falls Elsaß und Lothringen an die österreichische Monarchie zurückfallen würden, ausreichender Ersatz für Preußen beschafft werden müßte.[1]) Weshalb sollte man überhaupt mit der gegenwärtigen Lage unzufrieden sein? Der preußische Gesandte in London, Herr v. Redern, machte kein Hehl daraus, daß auch der Berliner Hof in der Ohnmacht Frankreichs Vorteil und Gewinn erblicke; vor dem nächsten Frühjahr werde also auf keinen Fall etwas Ernstes unternommen werden; freilich, wenn in Frankreich der Bürgerkrieg ausbrechen würde, müßten die Nachbarmächte einschreiten, doch würden wohl die Pariser selbst inzwischen zur Vernunft kommen. Abwarten und zusehen, wie sich die Dinge entwickeln! Wenn der Kaiser, so schrieb das Berliner Ministerium am 30. September an Jacobi, für die Abmachungen des verflossenen Sommers kein Interesse mehr an den Tag legt, so ist es nicht unsere Sache, darauf zurückzukommen; insbesondere mit Rücksicht auf den gebieterischen Ton, in welchen das Wiener Kabinett zurückzufallen scheint, muß von unserer Seite alles vermieden werden, was als Aufdringlichkeit ausgelegt werden könnte!

Auch die Fortdauer der vertraulichen Beziehungen zwischen den beiden Kaiserhöfen wurde in Berlin mit Mißtrauen betrachtet; andererseits erregte in Wien Anstoß, daß Preußen sein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Türken nicht aufgeben wollte. Im Reiche aber fühlte man sich durch den Bund der beiden Großmächte, dessen Schwäche man nicht kannte, beunruhigt, ja, der preußischen Regierung wurde ein Gerücht zugetragen, der württembergische Minister v. Seckendorff betreibe ein Bündnis aller nicht zur Union gehörigen Staaten mit dem hannöverischen Hofe, so daß das Reich in drei Gruppen unter kaiserlicher, preußischer und hannöverischer Führung zerfiele.[2])

Von deutscher Seite war also Frankreich im Herbst 1791 gewiß nicht ernstlich bedroht. Wenn trotzdem die Kriegsgefahr sich steigerte, so war dies nur durch das herausfordernde Gebaren der Emigranten, wie durch die Händelsucht der Pariser Umstürzler verschuldet.

Die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung in Paris brachten einen entschiedenen Sieg der Ordnungsparteien. Die große Mehrheit der Franzosen fühlte sich dem Monarchen für die Annahme der Verfassung zu Dank verpflichtet und wollte von neuer Minderung und Herabwürdigung der königlichen Gewalt nichts wissen; diese Thatsache wird dadurch bezeugt, daß in der neuen Nationalversammlung die königstreuen Elemente überwogen. Trotzdem wußten sich die Gegner des monarchischen Prinzips durch geschickt berechnete Hetze bald wieder zu Herren der Lage aufzuschwingen, indem sie in der Presse, wie in der Kammer rührig und rastlos darauf hinwiesen, die königliche Familie unterhalte geheime Verbindung mit den europäischen Mächten, die Pillnitzer Deklaration sei eine Beleidigung der französischen Nation, die Ansammlung der Emigranten an den Grenzen dürfe nicht länger mehr geduldet werden. Insbesondere

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 25. Sept. 1791.
[2]) Ebenda. Erlaß an Jacobi vom 30. Sept. 1791.

die Genossen der Gironde schürten diese Lohe, vor allem ihr Führer, der Journalist Brissot, eine Art überspannter Figaro, mehr nach Beschäftigung strebend als nach Macht, leichtsinnig genug, um alles zu sagen, offenherzig genug, um alles zu glauben, schwärmerisch genug, um alles zu wagen (Sorel). Wenn es gelang, dem Volke einzureden, daß König Ludwig und die „Oesterreicherin" im Grunde als Hochverräter an der Unabhängigkeit und Größe Frankreichs anzusehen seien, kostete es nur noch wenig Mühe, die bestehende Verfassung zu stürzen; wenn es gelang, Frankreich in Krieg mit dem Auslande zu verwickeln, war es ein Leichtes, die Freunde des Fortschritts und der Aufklärung ans Ruder zu bringen. Am 20. Oktober 1791 hielt Brissot in der Nationalversammlung eine donnernde Philippika gegen die Emigranten und ihre Gönner in Deutschland, mittelbar aber auch gegen die Regierung, die dem Unfug der Artois und Condé bisher feig und müßig zugesehen habe. Frankreich nehme, so behauptete der Redner, in Europa schon längst nicht mehr den Platz ein, der ihm durch seine Geschichte und seine Bedeutung angewiesen werde; jedes deutsche Fürstlein (principicule d'Allemagne), das vor Frankreichs Zorn zittern sollte, das für solche Unverschämtheit im vorigen Jahrhundert sofort die Blitze Ludwigs XIV. auf sich gezogen hätte, erlaube sich heutzutage ungestraft, erklärte Feinde Frankreichs zu beherbergen und ihren feindseligen Umtrieben Vorschub zu leisten. Nicht minder verletzend sei die Drohung der größeren Mächte, die Waffen zu erheben, weil das französische Volk sich selbst seine Gesetze geben wolle. Dieser unwürdige Zustand sei nicht mehr zu ertragen; man müsse die Mächte zwingen, Farbe zu bekennen, entweder den Schutz der französischen Rebellen aufzugeben oder offen als Feinde Frankreichs aufzutreten. Wenn die Antworten der Höfe nicht vollkommen befriedigend ausfallen würden, gebe es keine Wahl: „Wir müssen gegen alle Mächte, die uns zu bedrohen wagen, selbst zum Angriff schreiten!" Allerdings fehlte es nicht an Widerspruch gegen Brissots Uebertreibungen; es wurde darauf hingewiesen, daß die von König und Volk beschworene Verfassung jedem das Recht zur Auswanderung gewährleiste, daß die konstituierende Versammlung vor ihrem Auseinandergehen eine allgemeine Amnestie beschlossen habe, daß es lächerlich sei, vor der Handvoll Leuten, die sich in den rheinischen Kurfürstentümern um die weiße Fahne scharten, Angst zu zeigen, — umsonst! Es trat zu Tage, daß Brissot und die Seinen richtig gerechnet hatten, als sie zugleich an die Furcht und an den Stolz ihrer Mitbürger appellierten. Ein Beschluß vom 8. November setzte für die Ausgewanderten den 1. Januar 1792 als letzten Termin zur Rückkehr fest; die Prinzen und die königlichen Beamten sollten im Falle des Ungehorsams zum Tode verurteilt werden, und die nämliche Strafe sollte alle diejenigen treffen, die an feindlicher Zusammenrottung teilnehmen würden.

Mochte Ludwig XVI. auch allen Grund haben, über das treulose, übermütige Gebaren seiner Brüder erzürnt zu sein, so konnte er doch unmöglich einer so drakonischen Bedrohung zustimmen; er legte gegen den Beschluß der Nationalversammlung sein Veto ein, richtete aber gleichzeitig an die Ausgewanderten eine letzte Mahnung, ins Vaterland und zur Pflicht zurückzukehren.

Auch an den Bericht des Ministers Montmorin über die Beziehungen Frankreichs zum Ausland (31. Oktober) knüpfte sich eine hochpolitische Debatte;

die Nationalversammlung fand Geschmack daran, nicht bloß im eigenen Land über Sonnenschein und Regen zu gebieten, sondern auch den Mächtigen der Erde unverblümte Wahrheiten vorzuhalten. Der Abgeordnete Ruhl kam abermals auf die deutschen Patrone der widerspenstigen Emigranten zu sprechen und riet, mit ihnen kurzen Prozeß zu machen. „Wenn Friedrich der Große mit Leuten von diesem Schlage zu thun hatte, schickte er ihnen einen Werbeoffizier mit einem Briefe, der klipp und klar seine Forderung aussprach und kein weiteres Federlesen gestattete; diese Art von Unterhandlung erzielte immer glücklichen Erfolg und kostete den König nicht mehr als hundert Louisdor!" Dem Drängen der Nationalversammlung nachgebend, sandte Minister Vergennes am 18. November nach Trier, das ja als Mittelpunkt des „auswärtigen Frankreichs" gelten konnte, eine kategorische Note, die den Kurfürsten für die militärischen Vorbereitungen der Emigranten verantwortlich machte und für den Fall der Nichtbeachtung der letzten Warnung das Einschreiten des Königs in Aussicht stellte.

Die Antwort des deutschen Kirchenfürsten lautete spitz genug; König Ludwig selbst bezeichnete sie in einem vertraulichen Briefe an Breteuil als „Persiflage". Der Kurfürst leugnete die Rüstungen einfach ab und erwiderte die „durch nichts begründeten" Beschwerden mit Klagen über Verletzung seiner eigenen Rechte; im Namen des Königs könne wohl nicht gesprochen werden, da dieser Monarch überhaupt nicht mehr die Freiheit zu eigener Entschließung genieße. Es begreift sich, daß so herausfordernde Worte im Munde eines deutschen „Fürstlein" auch den Gemäßigten in der Nationalversammlung unerträglich dünkten. Die Mißstimmung gegen die Emigranten und ihre Schirmherren führte sogar zu vorübergehender Einigung der Anhänger Lafayettes mit dem Triumvirat der Feuillants. Als der an Stelle Montmorins zum Minister des Auswärtigen ernannte de Lessart bei der Beratung des Emigrantengesetzes am 29. November der Kammer begreiflich machen wollte, die Regierung habe schon alles gethan, um die Würde der Nation gegen unbefugte Einmischung des Auslands zu wahren, wurde diese Auffassung von allen Seiten bekämpft, dem Ministerium Mangel an nationalem Ehrgefühl, an Entschiedenheit und Entschlossenheit vorgeworfen. Die Gesandten Frankreichs, rief der Abgeordnete Ruhl, z. B. Herr von Montesson in München, sind noch bis zum heutigen Tag von einem Troß von Livreedienern umgeben und mit dem ganzen Brimborium der absolutistischen Aera ausgestattet; sie sind selbst nur gehorsame Diener der hochmütigen deutschen Fürsten, denen doch nur französisches Geld zu ihrer Stellung verholfen hat.[1]) Eine im Namen des Departements Paris dem Monarchen überreichte Adresse war von Barnave und Duport verfaßt; die Anhänger der verfassungsmäßigen Staatsform hofften durch solches Zugeständnis an die Volksstimmung ihren gesunkenen Einfluß wieder zu kräftigen, um dem Ansturm der republikanischen Linken besser gewachsen zu sein.[2]) Dem König war in der Adresse der Rat gegeben, er möge der beschworenen Verfassung unverbrüchliche Treue halten, denn beim ersten Anzeichen einer Gefahr für dieses Palladium würde sich das ganze

[1]) Moniteur, 1791, 1336.

[2]) Glagau, Die französische Legislative und der Ursprung der Revolutionskriege, 62.

Volk wie ein Mann zu seinem Schutze erheben. Dem unduldsamen Vorgehen der Nationalversammlung gegen die Priester könne die Bestätigung versagt, aber der Beschluß gegen die Hochverräter im Auslande müsse aufs kräftigste durchgeführt werden.

„Die Adresse," schrieb Marie Antoinette an Fersen, „verdient alle Anerkennung in Bezug auf die Ausführungen über das Dekret gegen die Priester, aber die Schurken haben Furcht gehabt und im übrigen ein Schock unverschämter Redensarten hineingebracht." Im Grunde des Herzens hegte sie ja, wenn sie auch an die Führer der gemäßigten Partei Annäherung gesucht und gefunden hatte, nur Verachtung gegen alles, was sich „Volksvertretung" nannte. „Man kann," schrieb sie ein andermal an Fersen, „von dieser Versammlung keinen Vorteil erwarten; es ist eine Rotte Bösewichte, Narren und Dummköpfe; die wenigen unter ihnen, welche die Ordnung aufrecht erhalten wollen und etwas besser gesinnt sind, werden nicht angehört oder wagen nicht zu sprechen." Sie baute noch immer auf einen bewaffneten Kongreß; nur die Hülfe des Auslands, glaubte sie, könne den wankenden Thron gegen den Ansturm der Feinde im eigenen Lande stützen. „Unsere Lage wird mit jedem Tage peinlicher," schrieb sie (25. November) an Mercy, „allein die Nationalversammlung gewährt ein so erschreckendes Bild der Verworfenheit, alle anständigen Leute sind der ewigen Unruhe so müde, daß ich glaube: man kann sich mit einiger Klugheit noch herausziehen, aber dazu muß ich fort und fort auf dem bewaffneten Kongreß bestehen, wie ich es schon gesagt habe. Nur ein Kongreß wird es möglich machen, den Thorheiten der Prinzen und Emigranten eine Schranke zu ziehen, und in Paris wird die allgemeine Verwirrung voraussichtlich binnen kurzem einen solchen Höhegrad erreichen, daß mit Ausnahme der Republikaner alle Welt froh sein wird, wenn eine stärkere Macht sich anschickt, alles wieder ins Geleise zu bringen. Doch mein Bruder möge glauben, daß die Schritte, die wir vor der Welt offen zu thun gezwungen sind, für unsere Lage unerläßlich sind; wir müssen um jeden Preis das Vertrauen der Mehrheit gewinnen, aber wir wollen und können eine Verfassung nicht dauernd anerkennen, die für Frankreich nur Unglück und Verderben bringt; wir wünschen einen erträglichen Stand der Dinge, doch dieser kann nicht durch Franzosen geschaffen werden; es ist unumgänglich notwendig, daß uns die Mächte zu Hülfe kommen, freilich auf zweckentsprechende und achtunggebietende Weise." Sie hegte die feste Ueberzeugung, daß sich längst die Wolken gelichtet hätten, wenn nicht durch ihren Bruder die europäischen Mächte verhindert worden wären, schleunigere Hülfe zu bringen; nur dieser „Verrat" habe sie gezwungen, mit so demütigender Verstellung sich abzuquälen, die schmutzigen Hände der Aufwiegler zu drücken und da zu lächeln, wo sie lieber zerschmettert hätte. „Begreift Ihr," schrieb sie (7. Dezember) an Fersen, „in welcher Lage ich mich befinde, welche Rolle ich den ganzen Tag spielen muß? Zuweilen höre ich mich selbst nicht mehr, und ich muß nachdenken, um mich zu überzeugen, daß wirklich ich es bin, die so spricht, aber was wollt Ihr? Es ist nun einmal notwendig; wir würden noch tiefer sinken, als wir schon gesunken sind, wenn ich nicht schleunigst diese Rolle ergriffen hätte; wenigstens werden wir dadurch Zeit gewinnen, und das ist alles, was wir brauchen. Welches

Glück, wenn ich eines Tages wieder so in die Höhe käme, daß es mir möglich wäre, diesen Schurken zu beweisen, daß ich mich keineswegs von ihnen narren ließ! . . . Welches Unglück, daß der Kaiser uns verraten hat! Wenn er uns Hülfe geboten hätte, wenigstens nachdem ich im September ihm alles ausführlich auseinandersetzte, hätte der Kongreß schon einen Monat darauf stattfinden können; das wäre unser Glück gewesen, denn jetzt schreitet hier die Krisis mit großen Schritten vorwärts und wird vielleicht den Kongreß überholen. Woher wird uns dann Hülfe zu teil werden?" Sie blickte mit Genugthuung auf die Stürme, welche die Erbitterung über die Emigranten in der Kammer entfesselte, denn dieser Lärm, hoffte sie, werde endlich doch noch die Einmischung der Mächte herbeiführen. „Ich glaube, wir werden demnächst den Krieg erklären, nicht an eine Macht, die uns gewachsen wäre — denn dazu fehlt uns der Mut —, aber einigen deutschen Kurfürsten und Fürsten, von denen wir hoffen, daß sie nicht im stande sein werden, sich gegen uns zu verteidigen. Die Thoren! Die Schreier werden nicht gewahr, daß sie mit solchem Beginnen nur uns einen Dienst erweisen, denn wenn wir Krieg anfangen, werden sich unfehlbar alle Mächte zur Verteidigung der angegriffenen Rechte die Hand reichen. Doch es muß den Mächten klar sein, daß wir hier nur den Willen anderer zur Ausführung bringen, daß wir zu allen Schritten durch Gewalt genötigt sind und daß uns im gegebenen Falle nichts besser dienen kann, als uns tüchtig auf den Leib zu gehen." [1])

Nicht anders dachte König Ludwig selbst. Auch er nahm insgeheim die Hülfe des Auslands in Anspruch. Erst vor einigen Jahren stieß Jules Flammermont im Berliner Archiv auf unumstößliche Beweise, daß der Argwohn der Kriegspartei, der König stehe in geheimer Verbindung mit dem Ausland, nicht unbegründet war. Am 3. Dezember richtete Ludwig an den König von Preußen ein eigenhändiges Schreiben, das in beweglichen Ausdrücken die Bitte um schleunige Hülfe enthielt; nur ein bewaffneter Kongreß der Mächte werde verhindern, daß die Flamme des Aufruhrs den französischen Thron verzehre. Im Januar 1792 wurde dieser Brief dem Grafen Schulenburg eingehändigt und durch den Ueberbringer, Dragonerkapitän Belzunes, die Verhandlung über die Entschädigung für die Kosten der preußischen Rüstungen weitergeführt.[2]) Wir werden darauf zurückkommen. Der geheime Verkehr mit dem Ausland ist nachgewiesen, doch die von Flammermont gezogene Folgerung nichtsdestoweniger ungerecht und unrichtig. Die Verbindung mit den befreundeten und verwandten Höfen kann nicht schlechtweg als „Verrat an Frankreich" gebrandmarkt werden. Hatten denn die Gegner der Krone ein besseres Recht, sich als Vertreter Frankreichs anzusehen? Ist zur Verteidigung des Eigentums, der Freiheit, des Lebens nicht auch ein gewagter Schritt erlaubt? Es ist wahr, durch den Krieg mußte auch der unschuldige Teil der Bevölkerung Frankreichs in Mitleidenschaft gezogen werden, aber vielleicht war noch um diesen Preis das Land vor wilder Anarchie zu bewahren, das Leben der königlichen Familie

[1]) M. de la Rocheterie et M. de Beaucourt, Lettres de Marie Antoinette, II, 326, 335, 343, 347.

[2]) Flammermont, Négociations secrètes de Louis XVI et le baron de Breteuil avec la cour de Berlin (Décembre 1791—Juillet 1792), 9.

zu retten! Sollte die Regierung davon absehen, die Nachbarn zum Löschen aufzufordern, weil vorauszusehen war, daß auch dadurch die Räume des Hauses Schaden leiden mußten?

Doch die Nachbarn beeilten sich nicht, dem Hülferuf Folge zu leisten. Am Wiener Hofe, der doch zuerst den Gedanken eines bewaffneten Kongresses angeregt hatte, bestand, wie schon dargelegt wurde, wenig Geneigtheit, sich den Gefahren und Kosten eines Feldzuges auszusetzen. Die europäischen Mächte, so versicherte Kaunitz noch in den letzten Tagen des November dem preußischen Gesandten, haben weder die Pflicht, noch das Recht, in innere Angelegenheiten Frankreichs sich einzumischen, solange der Umsturz der alten staatsrechtlichen Formen innerhalb der Grenzen jenes Staates sich vollzieht. Um die Herrschaft in Frankreich streiten jetzt drei Parteien, zwischen denen es keine aufrichtige Gemeinschaft gibt: König, Nationalversammlung und Emigranten. Die Prinzen verfolgen nur selbstsüchtige Politik; sie wollen den Krieg, aber nicht um dem König zu helfen, sondern um aus dem allgemeinen Chaos für sich selbst, für die Wiederaufrichtung der alten Privilegien Vorteil zu ergattern. Wenn die Zarin und die bourbonischen Höfe immer behaupten, der König sei ein Gefangener und deshalb habe sein Schwur auf die Verfassung keine Bedeutung, so ist doch wohl die Frage aufzuwerfen: weshalb hat er dann Aenderungen der Verfassung nicht wenigstens in Vorschlag gebracht? Daß er dies nicht gethan hat, ist ein unverwerfliches Zeugnis für die Freiheit seiner Entscheidung. In der Nationalversammlung hat eben jetzt eine gemäßigte Richtung die Oberhand gewonnen; auf diese besonnene Mittelpartei will der König sich stützen; soll man nun die ruhige Entwickelung der Verhältnisse stören und neue Erschütterungen hervorrufen? soll man nicht lieber ruhig zuwarten und sich darauf beschränken, den Wohlgesinnten zur Wiederaufrichtung einer genügend starken Krongewalt unter der Hand Unterstützung zu gewähren?[1])

Mit diesen friedlichen Worten des Kanzlers scheint in Widerspruch zu stehen, daß eine Anfrage des Kurfürsten von Trier, ob er im Notfalle auf die Hülfe des Kaisers rechnen dürfe, in bejahendem Sinne beantwortet wurde und Marschall Bender, der Befehlshaber der kaiserlichen Truppen in Belgien, Befehl erhielt, sich bereit zu halten.[2]) Allein die Verfügungen sind an so viele Vorbehalte geknüpft, daß auch daraus nicht auf eine kriegslustige Stimmung des Wiener Hofes zu schließen ist; es sollte nur der Schein vermieden werden, als ob das Reichsoberhaupt seine Verpflichtung zum Schutze der Reichsfürsten nicht ernst nähme.

Die Abneigung vor „gewaltthätiger" Einmischung war auch durch erneute Vorstellungen aus Emigrantenkreisen nicht zu überwinden. Das dreiste Drängen der französischen Prinzen, erklärte Kaunitz, ist durch die neuesten Vorgänge in Paris nicht begründet; der König ist mit seiner Lage zufrieden; das Gerücht, die königliche Familie habe sich zu Condé geflüchtet, ist nichts als eine Erfindung

---

[1]) Schlitter, Zur Geschichte der französischen Politik Leopolds II.; Einleitung zu den Briefen der Erzherzogin Marie Christine an Leopold II., LXXXIX.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 23. Nov. 1791.

der Emigranten, die durch dieses Märchen den Eindruck der königlichen Aufforderung zur Heimkehr verwischen wollten. Das kaiserliche Kabinett wird sich also weder durch solche Ausstreuungen noch durch den Papageienlärm in der Nationalversammlung vom Standpunkt eines ruhigen, leidenschaftslosen Beobachters verdrängen lassen.[1])

Die neutrale Haltung des Wiener Hofes wurde auch in Berlin gebilligt. Jacobi versicherte dem Fürsten Kaunitz, das preußische Kabinett zolle der erleuchteten Auffassung des Kanzlers ungeteilten Beifall. „Solange sich die Bewegung innerhalb der französischen Grenzpfähle vollzieht, besteht für uns kein Grund, sich einzumischen." Gewiß sei zu beklagen, daß in Frankreich ein Geist brutaler Willkür zur Herrschaft gekommen sei, aber auch diese traurige Lage verdiene immer noch den Vorzug vor dem Bürgerkrieg, den eine Einmischung des Auslandes heraufbeschwören könnte. „Jedenfalls wird sich Preußen in keiner Weise von der Bahn trennen, welche Ihre Kaiserliche Majestät eingeschlagen haben, und von dem Uebereinkommen, das zur Grundlage unserer Beziehungen dient." [2])

Wie Fürst Kaunitz, der bedeutendste Staatsmann der alten Schule, die Lage Frankreichs nach der Annahme der Verfassung durch den König und die Rückwirkung dieser Thatsache auf die Politik der großen Mächte beurteilte, erfahren wir aus den Aphorismen, die er, wie sich aus dem Inhalt ergibt, — die Schriftstücke selbst tragen kein Datum — in den letzten Monaten des Jahres 1791 seinen Geheimschreibern diktiert hat.[3]) Er zeigt sich dabei von einer neuen Seite. Nicht bloß verraten seine Betrachtungen über die allgemeinen Menschenrechte starke Beeinflussung durch die französische Aufklärungsphilosophie: vor allem ist das Zugeständnis, daß England seinen Ruhm und seine Größe nur der Verfassung zu danken habe, kennzeichnend für den Anbruch einer neuen Zeit. Es ist nicht daran zu denken, erklärt er, daß ein so großer Staat wie Frankreich auf die Dauer mit einer Verfassung, wie sie zur Zeit besteht, regiert werden kann, allein ebenso wenig ist die Rückkehr zum alten Regiment möglich. Man muß also nach einem Ausgleich suchen. Mit Gewalt ist nichts zu machen, wenigstens nichts Dauerhaftes, denn das Mittel könnte verderblicher wirken, als das Uebel selbst, wenn über kurz oder lang ein Rückfall erfolgen würde. Es muß also ein konstitutionelles System gefunden werden, das für den König annehmbar ist und zugleich die Nation befriedigt; ein solches soll der König selbst anbieten, um seinen guten Willen zu beweisen und auch für die Zukunft die Ruhe des Landes zu befestigen. Doch es wäre allzu schwierig und zeitraubend, ein neues, nicht zu viel und nicht zu wenig bietendes System erst ausfindig zu machen, und es wäre überflüssig, da es ja schon eine allen Ansprüchen genügende Verfassung gibt. „Der König soll also vor seinem Volke und seiner Nationalversammlung sich dazu erbieten, ohne weiteres die englische Verfassung anzuerkennen, die ja, was für ganz Europa eine bekannte Sache ist, den Ruhm

[1]) Preuß. St.-Archiv. Berichte Jacobis vom 30. Nov. und 3. Dez. 1791.
[2]) Ebenda. Erlasse an Jacobi vom 1. und 11. Dez. 1791.
[3]) Vivenot, I, 290.

und die Wohlfahrt der Nation begründet hat. Dadurch ist nicht ausgeschlossen, daß im Einvernehmen mit der Volksvertretung einzelne Aenderungen getroffen werden, wie sie das eigentümliche Bedürfnis der französischen Nation erfordert."

Am Bunde mit Rußland will Kaunitz auch unter den veränderten Verhältnissen festgehalten wissen, doch soll auch mit Preußen Friede und Freundschaft geschlossen werden, zumal an der Aufrichtigkeit der Zuneigung Friedrich Wilhelms nicht zu zweifeln sei. „Sein Vorgänger, sonst ein großer Mann, hat ein politisches System befolgt, das in allem und jedem den Ansichten und Interessen des Wiener Hofes zuwiderlief und ihn mit diesem so gründlich verfeindete, daß dadurch alle Ereignisse seiner Regierungszeit beeinflußt waren; er konnte niemals auch nur auf einen Augenblick jene Ruhe des Geistes und der Seele genießen, die schließlich doch allein im stande ist, das Glück der Fürsten, wie der anderen Menschen zu begründen. Unbestreitbar war der König von einem beklagenswerten Irrtum befangen, wie es die traurigen Folgen seit nahezu fünfzig Jahren sattsam bewiesen haben." Der Nachfolger, Friedrich Wilhelm, habe diesen Irrtum erkannt und strebe, sich davon frei zu machen, aber es genüge nicht, das falsche System aufzugeben; der König müsse sich auch von allen Anhängern dieser falschen Richtung abwenden, sonst werde ein aufrichtiges Einverständnis zwischen den ausgesöhnten Feinden nicht möglich sein. „Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und vollkommen durchgeführte Gegenseitigkeit müssen die Grundlagen des neuen Bundes sein, und pünktlich muß an dem Grundsatz festgehalten werden: Was du nicht willst, daß man dir thu', das füg' auch keinem andern zu!" Die rechte Form für den Freundschaftsvertrag zu finden, wird keine Schwierigkeit bieten; die Hauptsache ist, daß man aufrichtig gesonnen ist, mit der alten, falschen Tradition ein für allemal zu brechen und die Forderungen der neuen Zeit ohne Rückhalt anzuerkennen. —

Das vorübergehende Bündnis der Feuillants mit der Partei Lafayettes hatte zur Folge, daß in das sonst nur aus gemäßigten Elementen zusammengesetzte Ministerium de Lessart ein Vertreter der schneidigeren Richtung, Graf Narbonne, als Kriegsminister aufgenommen wurde. Narbonne war ein gern gesehener Gast in den Salons der Frau von Staël und Frau Condorcet, in denen für die Republik platonisch geschwärmt wurde; er zählte auch zu den vertrauten Freunden Lafayettes.[1]) Seit in Frankreich das ça ira immer lauter erscholl, seit sich immer klarer herausstellte, daß auch die Verfassung da, wo es sich um Schutz mißliebiger Personen und Einrichtungen handelte, nur ein toter Buchstabe sei, erblickte die kleine Schar Edelleute, die in Lafayette ihren Führer verehrte und teilweise, wie dieser, die Schule des amerikanischen Feldzugs durchgemacht hatte, im Kriege das beste Mittel, die Leidenschaften des Volkes auf ein würdigeres Ziel hinzulenken. Wie wenig Blut habe die glorreiche Revolution in Amerika gekostet! Wohl nur, weil man gezwungen war, sich unaufhörlich mit äußeren Feinden herumzuschlagen. Ebenso bedeute der Krieg auch für Frankreich nicht eine Gefahr, sondern die Rettung aus heilloser Verwirrung und die Abwendung

[1]) Lacretelle, Histoire de la France pendant le 18e siècle, IX, 32. — Villemain, Souvenirs contemporains d'histoire et de littérature, 28.

einer häßlichen Pöbelherrschaft. Selbst wenn der Waffengang mit ganz Europa zu wagen wäre! Wenn schon Ludwig XIV. einer europäischen Liga erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt habe: um wie viel leichter werde ein freies Volk der Söldnerscharen der Nachbarn sich erwehren!

Dieser Auffassung huldigte auch Narbonne, obschon er sich nicht so offen und öffentlich dazu bekannte, wie Biron, Rochambeau und andere Fayettisten. Der Einfluß des neuen Kronrates trat sogleich in der königlichen Sitzung am 14. Dezember zu Tage. Der König selbst — zur Linken des Präsidenten der Nationalversammlung stehend — verlas als Antwort auf die jüngsten Beschlüsse der Volksvertretung eine Erklärung, deren energischer Ton alle Welt überraschte. Nach dem Willen des Volkes habe die Regierung sowohl die Emigranten zu schleuniger Rückkehr ins Vaterland, als auch den Kaiser und die deutschen Fürsten zu strenger Beachtung der schuldigen Rücksichten gegen Frankreich aufgefordert. Daraufhin habe zwar der Kaiser, wie es von einem treuen Bundesgenossen Frankreichs nicht anders zu erwarten, jede Zusammenrottung von Kriegsvolk in deutschen Staaten verboten, dagegen werde von einigen deutschen Fürsten eine Haltung beobachtet, die nur als Beleidigung Frankreichs aufgefaßt werden könne. Der Vertreter der französischen Nation kenne aber seine Pflicht; zunächst sei dem Kurfürsten von Trier eröffnet worden: falls nicht bis zum 15. Januar die Ansammlungen der Emigranten in Kurtrier aufhörten, werde gegen den anmaßenden Feind Frankreichs nach Gebühr vorgegangen werden.[1])

Nach diesen Worten erscholl jubelnder Zuruf von allen Seiten des Hauses; sogar der selten gewordene Ruf: Es lebe der König! war zu hören.

Die nämliche Aufforderung, fuhr der König fort, werde ich an alle richten, die sich erfrechen, Frankreichs Sicherheit zu bedrohen; ich werde niemals dulden, daß unsere Nation ungerächt beleidigt wird. Auch an den Kaiser habe ich nochmals geschrieben, er möge seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die Widerspenstigkeit jener Fürsten zu brechen und dadurch das Unheil des Krieges vom Deutschen Reiche fernzuhalten. Man darf wohl hoffen, daß die Mahnung aus solchem Munde Gehör finden wird, allein für alle Fälle habe ich gleichzeitig die nötigen militärischen Maßregeln angeordnet, um meinen Erklärungen den nötigen Nachdruck zu geben. Denn falls mein Wort nicht beachtet wird, bleibt nichts übrig, als der Krieg, und kein Mann von Ehre wird sich der Ueberzeugung verschließen, daß eine Nation, die feierlich auf alle Eroberungen verzichtet hat, (un peuple, qui a solennellement renoncé aux conquêtes!) zwar nur notgedrungen sich auf Krieg einläßt, aber auch nicht davor zurückscheut, wenn die eigene Sicherheit und die Ehre es gebieten! Es ist hohe Zeit, den fremden Nationen zu zeigen, daß in Frankreich Volk, Parlament und König einig und eins sind! — Mit erneuter Versicherung unverbrüchlicher Verfassungstreue schloß die Rede des Königs. „Ich fühle aufs tiefste, wie herrlich es ist, der König eines freien Volkes zu sein!"

Auch der neue Kriegsminister, der die Freiheit der Gegenwart als Bürgschaft des Sieges feierte, wurde mit Beifall überschüttet.[2]) „Bannen müssen wir

[1]) Moniteur, 1462.

[2]) Minerva, Jhrgg. 1791, I, 213.

jenen Geist der Entmutigung, der Frankreich schon als geschlagen ansehen möchte, wenn es seine Freiheit gegen den Bund von ein paar Despoten zu verteidigen hat; ist es doch siegreich geblieben, als es sich nur um eines Mannes willen mit einer weit furchtbareren Koalition zu schlagen hatte!" Sobald es sich um Schutz des Vaterlandes handle, gebe es in Frankreich nur noch eine Partei; begeistert werde sich die Armee um ihre Führer, das Volk um seinen König scharen. „König und Vaterland sind eins!" Frankreich habe über drei wohlgerüstete Armeen zu verfügen und dürfe dem Aufbruch an die Grenze nicht bloß mit Vertrauen, sondern mit Befriedigung entgegen sehen. „Eine Verlängerung des gegenwärtigen Zustands der Unruhe und Aufregung würde zur Anarchie führen. Dagegen steht fest: der erste Aufruf zum Kampfe ist das Signal zur Wiederkehr der Ordnung!"

Dem Minister mochte es mit seiner Begeisterung ernst sein, dagegen entsprach die in der Nationalversammlung abgelesene Erklärung durchaus nicht der Anschauung und den Wünschen des Königs. Wie von ihm die Lage aufgefaßt wurde, erhellt aus den vertraulichen Aufschlüssen, womit er vor Baron Breteuil sein Verhalten rechtfertigte (14. Dezember).[1]) Den Krieg wolle auch er, aber nicht aus den von Narbonne dargelegten Gründen. Wenn die Reden, die er im Auftrag der eigentlichen Machthaber halten müsse, den Krieg herbeiführen würden, so wäre dies nur ein „politischer", nicht ein Bürgerkrieg, und es könnten davon auf alle Fälle günstige Folgen erhofft werden. An einen Sieg der Franzosen sei wohl mit Rücksicht auf die physische und moralische Zerrüttung des Staates nicht zu denken; die Niederlage würde eine rasche Wandlung herbeiführen; die Franzosen würden dann von den Errungenschaften der Revolution nichts mehr wissen wollen und reuig selbst den zertrümmerten Thron wieder aufrichten. Falls aber wider Erwarten den Franzosen Sieg beschieden sein sollte, so würde auch daraus die Krone Nutzen ziehen, denn jeder glückliche Krieg steigere die Beliebtheit und das Ansehen des Regenten. Für ihn könne es also keine schlimmere Wendung geben, als daß die deutschen Fürsten, durch Frankreichs Drohungen eingeschüchtert, der französischen Regierung volle Genugthuung leisten würden. Dies würden die prahlerischen Faktionen als großen Sieg ausposaunen und zur Steigerung ihres Kredits ausbeuten, und die verderbliche Maschine würde dann wohl noch eine Zeit lang fortarbeiten. Daß es nicht dahin komme, daß der Kaiser endlich seine Zauberpolitik aufgebe und sich zum Schutz der bedrohten Kurfürsten bereit erkläre, dafür sollten seine Getreuen wirken; er selbst müsse dabei unbeteiligt erscheinen, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß er Frankreichs Niederlage herbeiwünsche. „Mein Benehmen muß so eingerichtet sein, daß die Nation in ihrem Unglück keine andere Rettung sieht, als sich in meine Arme zu werfen."

Fata trahunt. Ueber ihm war das Verhängnis. Er hatte versäumt, rechtzeitig den gefährlichsten „Volksbeglückern" die Köpfe vor die Füße zu legen. Jetzt war es zu entschlossenem Handeln zu spät; er mußte zu Winkelzügen seine Zuflucht nehmen, die ihn nur in neue Gefahren verstrickten. Der Kaiser, der

[1]) Feuillet de Conches, IV, 296.

durchaus nicht darauf erpicht war, den letzten Groschen zur Rettung des Hauses Bourbon aufs Spiel zu setzen, konnte darauf hinweisen, daß ein König, der die Interessen- und Ideengemeinschaft der Krone mit der Volksvertretung so stark betone, des fremden Schutzes nicht bedürfe. Dagegen wußten die Volksvertreter recht gut, daß die patriotische Begeisterung des Monarchen diktiert und die Verbindung des Hofes mit den europäischen Kabinetten wenigstens nicht gänzlich abgeschnitten war; den kriegerischen Fanfaren wurde also Beifall gespendet, doch der Argwohn gegen den Gemahl der „Oesterreicherin" nicht aufgegeben.

In Paris — und Paris war ja ausschlaggebend für Frankreich — war man im allgemeinen nicht gerade kriegslustig, aber nur noch die Angehörigen der äußersten Rechten und der äußersten Linken waren überzeugte Gegner des Kriegs. Barnave und seine Freunde, die ein halbes Jahr später als Mitglieder des „österreichischen Ausschusses" vor Gericht gezogen wurden, hatten zwar auch dazu beigetragen, daß ein Minister berufen werde, der entschlossener als seine Vorgänger für die Ehre der Nation eintrete, allein durch dieses Zugeständnis an die öffentliche Meinung wollten sie nur den Brissotins den Boden abgraben; sie hofften, ein solches Warnungszeichen werde die allzu anmaßenden deutschen Nachbarn zur Vernunft bringen, und da vom Kaiser selbst ein gewaltthätiges Eingreifen nicht zu besorgen, werde die Ruhe erhalten bleiben und die Emigrantenfrage zu friedlicher Lösung gelangen. Aus anderen Gründen wollten die Robespierre und Desmoulins und Marat, die offen und unverblümt auf die Republik lossteuerten, von Rüstungen und Krieg nichts wissen. Ein siegreicher Feind, so setzten sie im Jakobinerklub auseinander, werde das gestürzte Götzenbild des Absolutismus wieder aufrichten, doch auch ein Sieg der französischen Waffen berge nur Gefahren für die Freunde der Freiheit. Die wohlgedrillten Soldaten könnten allenfalls auch zu anderen Zwecken verwendet werden, als zum Kampfe mit Oesterreichern und Russen. —

Dagegen war in immer weiteren Kreisen die Ueberzeugung aufgewachsen, daß es früher oder später zu feindlichem Zusammenstoß zwischen „dem göttlichen Recht der Könige und der Souveränität des Volkes" kommen müsse.[1]) Es lag im Wesen der Revolution, daß ihre Anhänger danach trachteten, das neue Evangelium weiter auszubreiten; das „Land der Freiheit" und das feudale Europa konnten nicht auf die Dauer in Frieden leben. Dieser Ansicht huldigte auch der neue Kriegsminister, dem sich rasch die Gunst des Volkes zugewendet hatte. Zwar waren die Vorrechte des Adels in Frankreich abgeschafft, aber damit war die im Bürger- und Bauernstand festgewurzelte Bewunderung des grand seigneur nicht ausgerottet; nur mußte dieser mit modernen Schlagworten sich vertraut gemacht haben. Darauf verstand sich aber niemand besser als der im Bureau d'esprit der Frau von Staël zu den modernen Ideen bekehrte Aristokrat, der galante, witzige Lebemann Narbonne.[2]) Als Pièce de résistance seines politischen

[1]) Mémoires, correspondance et manuscrits du général Lafayette; Des armées françaises 1789—1792, III, 300.

[2]) Glagau, 76.

Programms bezeichnete er in einem Schreiben an den Mentor der Königin, Grafen Mercy-Argenteau (21. Dezember), die „gleichmäßige Abwehr der Emigranten und der Republikaner". In so aufgeregten Tagen sei es nicht am Platze, den Ruf nach Reform der staatlichen Einrichtungen zu erheben; sondern jeder, der es mit König und Vaterland gut meine, müsse an der bestehenden Verfassung festhalten und vor allem jede fremde Einmischung zurückweisen. Graf Mercy möge wieder nach Paris zurückkehren, da seine Gegenwart sicherste Gewähr „für die Aufrichtigkeit der Königin gegen die Nation" bieten werde.

Auch der für den Kriegsfall zum Führer der französischen Heere ausersehene Lafayette verkündigte als Losung: Für König und Staat gibt es kein Heil außer im engsten, aufrichtigsten Anschluß an die Verfassung, mögen ihr auch noch so viele Mängel anhaften. Wenn der König wohlgerüstete Heere zur Verteidigung der Verfassung bereit stellt, wird die Krone das alte Ansehen und die alte Beliebtheit zurückerlangen.

Auch später noch, als die französische Republik schon in den letzten Zügen lag und „die Ersten der Nation (vor Bonaparte) auf den Knieen zu rutschen begannen" (1799), urteilte Lafayette: „Es war ein schwerer Fehler der Fürsten Europas, daß sie die ruhige Entwickelung Frankreichs störten! Hätten sich bei der Unschlüssigkeit der Freiheitsfreunde, wie die schwierige Frage der vollziehenden Gewalt zu lösen sei, die Monarchen rasch dazu verstanden, die Menschenrechte mit den Rechten eines gesetzmäßigen Königtums in Einklang zu bringen, sie wären besser damit gefahren, als mit dem Vertrag von Pillnitz, den ich damals den ‚großen Freibrief der Jakobiner' genannt habe. Diese Verbindung der Mächte, die wichtigste von allen, wurde nicht geschlossen gegen die Verbrechen des August und des Septembers, nicht gegen die Schafotte und die Schreckensherrschaft, die vorauszusehenden oder doch notwendigen Folgen jener Greueltage, nein, sie wurde geschlossen gegen die von einer Nationalversammlung in zwanzig Monaten zwanglos ausgearbeitete Verfassung, die, vom Volk mit Jubel begrüßt, vom König angenommen, durch den König allen Höfen bekannt gegeben und von diesen selbst mit heuchlerischen Verwahrungen wieder vorgelegt worden war." [1])

Am offensten und lautesten vertraten die Männer der Gironde den Gedanken: Nur der Krieg mit den Schutzherren der verjagten Aristokraten kann Frankreich vor der Wiederkehr der Absolutisten bewahren, nur der Krieg kann uns die Errungenschaften der Revolution retten! Isnard bezeichnete dies geradezu als wichtigste Aufgabe der Volksvertretung. „Unsere Vorgänger, die Mitglieder der Konstituante, schufen die Freiheit durch philosophische Lehren und Volkserhebungen; wir haben sie durch die Diplomatie und das Schwert zum Triumph zu führen; dies ist die Aufgabe, die für unsere Legislatur aufgespart blieb." Isnard, Brissot, Vergniaud und andere Gesinnungsgenossen verlangten von vornherein offenen Bruch mit Oesterreich und Annäherung an Preußen und England. Viele Franzosen sahen ohnehin in Oesterreich den natürlichen Gegner, den Erbfeind, der von jeher, wie Abbé Bernis einmal gesagt hatte, wie ein

[1]) Mémoires etc. de Lafayette; Lettre du général Lafayette à M. d'Hennings III, 265.

Blutegel an Frankreichs Größe und Wohlstand gesogen habe.[1]) Das Versailler Bündnis mit Oesterreich von 1756, das „grand œuvre“ des Fürsten Kaunitz, war in Frankreich eigentlich immer unpopulär gewesen; nicht mit Unrecht war die Ansicht verbreitet, daß es nicht zum Aufschwung, sondern zum Niedergang der Machtstellung Frankreichs in Europa beigetragen habe. Die Schande des siebenjährigen Kriegs, die Niederlagen der französischen Diplomatie, die Teilung Polens, die Niederwerfung der Türkei, die Vernichtung der republikanischen Partei in Holland wurden auf den widernatürlichen Bund der natürlichen Feinde zurückgeführt. Marie Antoinette war als „Oesterreicherin“, als Tochter Maria Theresias und Schwester Leopolds II. immer mit scheelen Augen angesehen worden. Graf Segur, der als ein zu den Grundsätzen der Revolution bekehrter Diplomat der alten Schule diese Verhältnisse am besten zu beurteilen wußte, sagt geradezu: „Der Haß gegen Oesterreich war die herrschende Leidenschaft in Frankreich.“[2])

Am mächtigsten aber trieb zum Kriege die finanzielle Notlage des Landes. Auf allen Gebieten der Verwaltung war klägliche Unordnung eingerissen; nicht bloß war das Triebwerk des staatlichen Organismus ins Stocken geraten, sondern viele Räder versagten gänzlich den Dienst. Die Assignatenwirtschaft stand in vollster Blüte; im Dezember 1791 wurden 1800 Millionen Assignaten emittiert, die Ausgabe von weiteren 300 Millionen stand bevor. Da jedoch nicht einmal der Schein einer Deckung geboten war, sank der Kurs tiefer und tiefer; im Dezember 1791 stand er auf 68 %, im Januar 1792 auf 66, im Februar auf 60, im März auf 53; erst nach dem glücklichen Verlauf des Feldzugs stieg er wieder auf 69.[3]) Im Zusammenhang mit der Entwertung der Staatspapiere stieg der Notstand im Lande, vor allem in der Hauptstadt. Es rächte sich, daß auf dem Lande, seit man auch den Bauernstand in die Politik hereingezogen hatte, Ackerbau und Viehzucht unverantwortlich vernachlässigt worden waren; infolge davon machte sich Mangel an Lebensmitteln insbesondere in der Hauptstadt immer empfindlicher fühlbar, die Brotpreise stiegen ungeheuerlich in die Höhe. Im Oktober 1791 mußte die Municipalität von Paris zu Getreideankäufen im Ausland ihre Zuflucht nehmen, obwohl sie sich für solche Handelsgeschäfte weder für befugt, noch für berufen ansah; es mußte geschehen, um den durch das Elend der Massen hervorgerufenen, fast täglich wiederkehrenden Straßenaufläufen ein Ziel zu setzen. Unter solchen Verhältnissen wuchs der dumpfe Haß der Besitzlosen gegen die Besitzenden immer mächtiger empor. Seit die Stimme Mirabeaus, der unabläßig die „Armen und Elenden“ vor Verhetzung durch gewissenlose Aufwiegler gewarnt hatte, verhallt war, gelangte die sozialistische Forderung gleichheitlicher Verteilung des Eigentums immer dringlicher und stürmischer zum Ausdruck. Marat lehrte täglich im Ami du peuple, daß die bestehende Verfassung ein wertloses Papier sei, so lange nicht wirklich für Reich und Arm gleiche Rechte gesichert wären. „Was nützt es dem eigentlichen Volke, daß jetzt

---

[1]) Chuquet, Les guerres de la révolution, I, 8.
[2]) Ségur, Mémoires ou souvenirs et anecdotes, II, 84.
[3]) Ad. Schmidt, Pariser Zustände, II, 96, 104, 108.

statt der Edelleute und Pfaffen siebengescheidte Advokaten und wucherische Makler das Heft in Händen haben?"

Nicht bloß der Staatsbankerott schien unvermeidlich bevorzustehen, die Unzufriedenheit der Massen drohte über Stadt und Land noch schlimmeres Unheil zu verhängen. Diese Gefahr ließ der zur Zeit herrschenden Bourgeoisie selbst den Krieg als kleineres Uebel erscheinen. In diesem Sinne erklärte Brissot in der Kammer: „Der Krieg ist im gegenwärtigen Augenblick eine Wohlthat für unser Vaterland!"

Wie man sieht, war der Boden zur Aufnahme des Kriegsgedankens überaus empfänglich, als die Antwort des Wiener Hofes auf die im Auftrag der Nationalversammlung gestellten Forderungen in Paris eintraf.

Weder Kaiser Leopold, der Agamemnon cunctator, wie ihn schon die Zeitgenossen nannten, noch sein zur Zeit so verfassungsfreundlicher Kanzler waren, wie zur Gewißheit festgestellt werden konnte, Freunde einer kriegerischen Politik. Doch auch ihre Zurückhaltung hatte eine Grenze. Sie hatten keinen Grund, sich darüber zu härmen, daß Frankreich durch die inneren Wirren seinen Einfluß in Europa verloren hatte, aber eine noch tiefere Herabdrückung der Regierungsgewalt in Frankreich war weder mit den Interessen, noch mit der Ehre des Wiener Hofes vereinbar.[1]) Auch die Volksverführung durfte keine weiteren Fortschritte machen, sonst war die Ansteckung Belgiens zu befürchten. Die Reichsfürsten, die durch den Sieg der Revolution ihre lehensherrlichen Rechte im Elsaß verloren hatten, waren noch ohne Genugthuung. Zweibrücken und einige andere weltliche Stände wären nicht abgeneigt gewesen, die von der französischen Regierung angebotene Abfindung mit Geld anzunehmen, allein die geistlichen Fürsten wollten davon nichts wissen; einen Artikel des westfälischen Friedensvertrags mißachten, erklärten sie, heiße den ganzen in Frage stellen. Die Verweltlichung des Kirchenguts in Frankreich hatte alle geistlichen Fürsten mit Argwohn und Besorgnis erfüllt; seit während des ersten schlesischen Krieges zum erstenmal der Vorschlag gemacht worden war, Kaiser Karl VII. für den Verzicht auf das habsburgische Erbe durch eingezogene Hochstiftsgebiete zu entschädigen, lag der Gedanke der Säkularisation der geistlichen Fürstentümer gewissermaßen in der Luft. Im kaiserlichen Interesse durfte aber nicht zugelassen werden, daß solche Ideen festere Gestalt annähmen, denn an den Kirchenfürsten hatte die kaiserliche Politik im allgemeinen immer die willfährigsten Bundesgenossen gehabt. Es war in Wien als schwerer Schlag empfunden worden, daß Kurmainz, auf kaiserlichen Schutz verzichtend, dem Fürstenbunde beigetreten war; ein solcher Fall durfte sich nicht wiederholen; es mußte um jeden Preis verhütet werden, daß etwa auch der Kurfürst von Trier oder der Bischof von Speier engere Fühlung mit Preußen suchten oder sich dem Schutze der vielgepriesenen Hüterin des „historischen Rechts", der Zarin Katharina, empfahlen. Es durfte nicht dahin kommen, daß der römisch-deutsche Kaiser nicht mehr als natürlicher Anwalt der Legitimität und Fürstenehre angesehen, daß Oesterreich schließlich außer Verbindung mit dem übrigen monarchischen Europa gesetzt wäre! Ebensowenig konnte

[1]) Lenz, 295.

es dem Kaiser gleichgültig sein, daß seine Schwester in Briefen an den und jenen die Gleichgültigkeit ihres Bruders beklagte und ihn für das Unglück seiner nächsten Blutsverwandten und den Verfall des Königtums in Frankreich verantwortlich machte.[1]) Am 16. Dezember richtete sie wieder einen Hülferuf an Graf Mercy: „Möchte sich doch mein Bruder vor Augen halten: früher oder später wird er doch, ob er will oder nicht, in unsere Sache verwickelt werden! Wenn wir so thöricht sind, anzugreifen, wird er als Oberhaupt des Reiches für die Sicherheit des deutschen Reichskörpers einstehen müssen, und da er es mit so zuchtlosen Soldaten, wie es die unseren sind, zu thun hat, wird seinem Gebiet bald von allen Seiten zugesetzt werden. Um unsere persönliche Sicherheit braucht man nicht mehr besorgt zu sein; das Verhalten, das wir uns selbst zum Gesetz gemacht haben, indem wir die Miene annehmen, als gingen wir freiwillig den Weg, den wir gehen müssen, gewährt uns Sicherheit; aber das Schrecklichste für uns wäre, wenn wir in diesem Zustande beharren müßten. . . . Eurem Eifer, Eurer bewährten Anhänglichkeit vertraue ich mich an, damit Ihr eine so wichtige, Eure ganze Einsicht, Klugheit und Besonnenheit fordernde Angelegenheit zu gutem Ende hinausführt. Doch es ist keine Zeit zu verlieren! Der Augenblick ist da, uns zu helfen; wenn man ihn verstreichen läßt, ist alles zu Ende, und auf dem Kaiser wird vor den Augen der ganzen Welt der schmachvolle Vorwurf haften bleiben, daß er seine Schwester und seinen Neffen und Bundesgenossen in tiefster Erniedrigung verkommen ließ, obwohl er sie hätte befreien können."[2]) Mercy unterließ auch nicht, den Klagen der Königin durch eigene Vorstellungen Nachdruck zu geben. Das Schreiben Mercys an den Kaiser (Brüssel, 24. Dezember 1791) liest sich wie eine Erwiderung auf die oben erwähnte Denkschrift des Fürsten Kaunitz, worin die Gefahr einer Ansteckung der kaiserlichen Staaten durch die Revolution in Frankreich mit sorglosem Lächeln in Abrede gestellt war.[3]) Diese Gefahr besteht, betenert Mercy, und nicht bloß für Belgien, sondern für alle Erblande. „Nicht bloß werden die Reden in der Nationalversammlung immer wilder und herausfordernder, auch sonst häufen sich die Anzeichen, daß die Tollheit der Nation im Zunehmen begriffen ist und sehr bald an die Nachbarn die Frage herantreten wird, ob nicht um der eigenen Sicherheit willen gewisse Vorkehrungen geboten seien. Hat doch unlängst der verworfenste der Pariser Federhelden eine Ankündigung erlassen, worin er allen Fürsten und Monarchen auf eigene Faust den Krieg erklärt." Der Ruf: Freiheit und Gleichheit! wird, mag er immerhin nur ein Hirngespinst sein, auch anderswo als Evangelium begrüßt werden, da er den Armen ein Glück auf Erden verheißt, das ihnen das Christentum erst im Himmel geben will! Unvermeidlich werden die Lehren von den allgemeinen Menschenrechten, von der Souveränität des Volkes ansteckend wirken. „Wenn ich mir erlaube, solche Betrachtungen anzustellen, so geschieht es, weil sie mir

[1]) Schlitter, Einleitung, XCII.

[2]) Arneth, Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II., 234.

[3]) Auszüge aus dem Berichte Mercys vom 24. Dez. 1791 sind eingeflochten in die Vorlage der Staatskanzlei an die Konferenzmitglieder vom 17. Jänner 1792; Vivenot, I, 330.

an meinem gegenwärtigen Aufenthaltsort förmlich aufgedrängt werden; weil ich hier in den Niederlanden in klarster Deutlichkeit erkenne: es ist nur dem Einfluß der verpesteten Nachbarschaft zuzuschreiben, daß das durchlauchtigste Statthalterpaar nicht vermag, die Ruhe wieder herzustellen."

Insbesondere der warnende Hinweis auf die Niederlande, wo in der That die Anhänger van der Noots bald da, bald dort Unruhen anzettelten, mußte in der Wiener Hofburg Eindruck machen. Aus einzelnen Anzeichen hatte sich auch schon früher erkennen lassen, daß die friedlichen und freundlichen Worte des Kaisers über den Umschwung in Frankreich nicht aus dem Herzen kamen. Zwar wurde der Vertreter des neuen konstitutionellen Staates, was die Agenten des „auswärtigen Frankreichs" nicht wenig mißtrauisch und mißmutig machte, bei Hofe sogar mit besonderer Auszeichnung empfangen, allein in sonderbarem Gegensatz stand die Zuwendung von zwei Millionen an die widerspenstigen Brüder des Königs, wodurch sogar der Argwohn des Berliner Kabinetts wachgerufen wurde. „Das ist eine merkwürdige Kehrseite der Wiener Karte," schrieb das Ministerium am 18. Dezember an Jacobi, „Sie werden trachten, der Sache auf den Grund zu schauen, ich zähle auf Ihre Wachsamkeit." [1])

Fürst Kaunitz selbst erklärte dem preußischen Gesandten ohne Umschweife, daß die immer trüberen und unheimlicheren Nachrichten aus Paris ihm den Entschluß, am Frieden festzuhalten, schwer machten. „Wenn der König auch zur Zeit der Zustimmung zur Konstitution noch frei und sein eigener Herr war, so scheint er es heute nicht mehr zu sein." Die Lage wird offenbar ernster, berichtete Jacobi nach Berlin. „Wenn erst die Niederlande völlig beruhigt sind, wird wohl von Wien gegen die Franzosen ein höherer Ton angeschlagen werden!" Dann werde sich das kaiserliche Kabinett noch lange mäßigen müssen, wurde von Berlin erwidert, denn die jüngsten Nachrichten aus den Niederlanden seien schlimm genug; die neuen Subsidienforderungen seien von den Ständen von Brabant einfach abgelehnt worden; der Haß gegen die am Ruder stehenden Beamten falle fast noch schwerer ins Gewicht, als die Abneigung gegen die österreichische Herrschaft; allenthalben rühre sich der dritte Stand, um neue Rechte zu erringen.

Unter dem Druck solcher Nachrichten fühlte Kaunitz selbst das Bedürfnis, den Plan des österreichisch-preußischen Bündnisses wieder auf die Bahn zu bringen. Er sehe es als seine Pflicht an, erklärte er dem preußischen Gesandten am 20. Dezember, ohne Rückhalt darzulegen, wie er die gegenwärtige Lage beurteile. Wie thöricht das Emigrantenvölkchen in den Tag hineinlebe, immer mit großen Worten um sich werfe und doch nur blauen Dunst aushecke, zeige so recht deutlich eine soeben veröffentlichte Flugschrift: „Ein Blick auf die politischen Interessen der verschiedenen europäischen Fürsten hinsichtlich der französischen Republik". Wie falsch werde darin die Politik des Kaisers beurteilt! Wie undankbar werde auch hier — nicht viel anders als in der Nationalversammlung — das Bündnis von 1756 als Wurzel des Unheils für Frankreich verlästert! Und doch stamme das Machwerk wahrscheinlich aus der Feder des

[1] Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 18. Dez. 1791.

Herrn von Calonne selbst! Mit solchen Leuten könne man nicht zusammengehen! — Doch auch die Schreier in der Nationalversammlung dürfe man nicht länger ihren Unfug treiben lassen; es sei an der Zeit, ihnen endlich ein: Bis hierher und nicht weiter! zuzurufen. Der Kaiser wolle denn auch einen kalten Wasserstrahl nach Paris hinübersenden: eine ungefährliche Sache, denn vor solchen thörichten Brauseköpfen (insensés et téméraires) brauche man sich nicht zu fürchten. „Es liegt klar zu Tage, daß ein fester Bund zwischen Oesterreich und Preußen jede Störung durch fremde Mächte vollkommen ausschließt." [1])

Von Cobenzl war ohnehin zu erwarten, daß er jedem Schritte gegen das revolutionäre Frankreich willig zustimmen werde, doch auch dem friedliebenden Spielmann schien es an der Zeit zu sein, der bedrängten Königsfamilie hülfreiche Hand zu bieten und den Gutgesinnten in Frankreich tröstliche Aussicht auf Unterstützung zu gewähren; Spielmann ist der Verfasser der an die französische Regierung gerichteten Note vom 21. Dezember 1791, deren „feste" Sprache nur darauf berechnet war, „die anmaßende Nationalversammlung zur Vernunft zu bringen", die aber nicht wenig dazu beitrug, den Krieg unvermeidlich zu machen. Der Kaiser nimmt darin offen Partei für den Kurfürsten von Trier; die zur Zeit in Frankreich herrschende, übermütige Partei habe nicht bloß die unabänderlichen Rechte deutscher Fürsten verletzt, sondern bedrohe jetzt sogar deutsches Land mit feindlichem Einfall; der Kaiser habe deshalb den Marschall Bender angewiesen, für den Fall ernstlicher Bedrohung deutschen Gebiets dem Kurfürsten unverzüglich Hülfe zu bringen. An den guten Absichten des Königs zweifle niemand, aber für gemäßigte Grundsätze sei heute in Frankreich kein Raum; diese traurige Erfahrung habe die Nachbarn genötigt, auf Abwehr zu sinnen und sich zu einem Verein zusammenzuschließen „zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und zur Wahrung der Sicherheit und Ehre der Krone".

Noch ehe diese Note in Paris eintraf, hatte hier ein Gerücht, daß demnächst in Aachen ein europäischer Kongreß tagen werde, um gewisse Aenderungen der französischen Konstitution mit Waffengewalt zu erzwingen, die Gemüter erregt. Um nicht Entmutigung einreißen zu lassen, suchte Brissot in der Kammer (29. Dezember) überzeugend darzulegen, daß ein Zusammengehen aller oder auch nur mehrerer Mächte gar nicht im Bereich des Möglichen liege. [2]) Der Kaiser wird sich hüten, anzugreifen, rief Brissot, denn es ist ihm wohl bekannt, daß die Söhne Frankreichs Vaterland und Freiheit bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würden. Dagegen kann er selbst auf seine Unterthanen sich nicht verlassen; überall ist der Aufstand vor der Thüre, überall weiß heutzutage auch der Soldat, daß er nicht, was die Fürsten aus ihm machen wollen, ein Feind, sondern ein Sohn des Volkes ist. Der Kaiser hat, wenn er uns angreift, nichts zu gewinnen, alles zu verlieren; das weiß er selbst, und überdies ist er von Natur gerecht und friedliebend, er ist nur zu schwach, um den schlimmen Ratgebern, die ihn zu verkehrten Maßnahmen drängen, entschlossenen Wider-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 21. Dez. 1791.
[2]) Moniteur, 1523.

stand entgegenzusetzen. „Doch genug vom Wiener Kabinett! Was liegt uns an der Politik der Höfe, uns, die wir frei sein und ihre Freiheit verteidigen wollen und können! Frankreich will den Frieden, aber es fürchtet nicht den Krieg; es sucht keine Bundesgenossen, es hat selbst 25 Millionen Verteidiger, es hat anderen Schutz nicht nötig!" Auch der preußisch-österreichische Bund ist nicht dazu angethan, Furcht einzuflößen. Wird der Pillnitzer Vertrag stärker sein, als die natürliche Feindschaft zwischen den beiden Mächten? Wird der auf sparsamste Verwendung seiner Mittel angewiesene König von Preußen seine Armee und seinen Schatz aufs Spiel setzen, um einem Nebenbuhler zu helfen, mit dem es keine Interessengemeinschaft, keine Freundschaft geben kann? Die beiden Staaten mögen sich vorübergehend aneinander schließen, doch aus diesem Bündnis wird kein Krieg entspringen, oder wenn es doch dazu kommen sollte, wird er uns nicht gefährlich werden. Ebensowenig haben wir von den übrigen Mächten Europas zu fürchten; sie alle brauchen den Frieden und scheuen den Krieg; sie können sich zwar nicht verhehlen, daß der Friede die Ausbreitung der Revolution begünstigt, aber sie wissen auch, daß der Krieg den Samen der Freiheit noch rascher nach allen Himmelsrichtungen ausstreuen wird. Auch wir wollen nicht den Krieg, aber wir dürfen den Frieden nicht um den Preis der Schande kaufen. Wir müssen eine so entschlossene Haltung einnehmen, daß die Feinde unserer Freiheit sich nicht bloß scheuen werden, mit uns anzubinden, sondern daß es ihnen auch deutlich wird: Frankreich will die angesehene Stellung, die es früher unter den Mächten eingenommen hat, um jeden Preis zurückgewinnen!

Demgemäß stellte Brissot eine Reihe von Anträgen, wie der diplomatische Verkehr mit den fremden Höfen zu regeln sei, um alle unberechtigten Zumutungen abzuwehren und alle berechtigten Ansprüche Frankreichs zu behaupten. Brissots Rede fand lauten Beifall, allein die Anträge wurden vertagt, da die Mehrheit der Kammer teils mit ihrem Inhalt, teils mit dem schroffen Tone nicht einverstanden war.

Diese gemäßigte Stimmung schlug aber um, als die kaiserliche Note vom 21. Dezember in Paris bekannt wurde. Nie war es bisher in der Nationalversammlung so stürmisch zugegangen, als am Neujahrstag 1792. Alle Parteien waren einig in der Entrüstung über die anmaßende Strafpredigt des Kaisers. Jetzt gebe es nichts anderes mehr, als den Krieg, rief der Feuillant Vaublanc; am besten werde noch im Laufe des Januar, ehe sich der Bund der despotischen Mächte fest geschlossen habe, der Feldzug eröffnet und Europa das große Beispiel der Rache einer beleidigten Nation gegeben werden. Sogar Alexander Lameth erging sich in zornigen Worten über das hoffärtige Verhalten des Kaisers und der rheinischen Fürsten. Die leidenschaftlichste Rede hielt Jean Debry, dem später bei dem Rastatter Gesandtenmord eine so klägliche Rolle beschieden sein sollte; der deutsche Kaiser, rief er, beabsichtige offenbar nichts geringeres, als den Emigranten und Priestern aufs neue die Herrschaft über Frankreich in die Hände zu spielen. Auch der Kriegsminister stimmte ein in den Ruf nach entschlossenem Auftreten gegen die beleidigende Einmischung der Fremden; Frankreich dürfe getrost zum Schwerte greifen; bei seiner letzten Beobachtungsreise habe er sich überzeugt, daß die Armee vollkommen kriegstüchtig

sei; die Disziplin lasse nichts zu wünschen übrig; die Offiziere der Linientruppen seien fast durchwegs aufrichtige Freunde der Verfassung, Festungen und Geschützwesen im besten Stande. „Ich zweifle nicht einen Augenblick an unserem Triumph!" Schließlich wurde ein diplomatischer Ausschuß ernannt, der die Frage: ob Krieg, ob Frieden? beraten und über das Ergebnis der Nationalversammlung berichten sollte.

Die Aufregung der Volksvertretung teilte sich dem ganzen Lande mit. Obwohl die an der deutschen Grenze liegenden Truppen streng ermahnt worden waren, gegen Nachbarn, die erst nach vorausgegangener Kriegserklärung als Feinde anzusehen wären, sich jeder Gewaltthat zu enthalten, kam es nicht selten zu Feindseligkeiten. Deutsche Grenzorte wurden von bewaffneten Scharen durchzogen; welche Absichten sie dabei verfolgten, enthüllten die Worte auf ihren Fahnen: Paix aux cabanes, guerre aux châteaux! Durch die lärmenden Kundgebungen erschreckt, ließ sich Kurfürst Klemens gegenüber dem französischen Gesandten Sainte-Croix zu einer förmlichen Abbitte herbei; da er keinen innigeren Wunsch hege, als die Harmonie zwischen den bisher so befreundeten Nachbarstaaten ungestört zu sehen, habe er Befehl gegeben, daß die militärischen Abteilungen der Emigranten binnen acht Tagen aufgelöst und weitere Zusammenrottungen von Bewaffneten in Kurtrier nicht mehr geduldet werden sollten.[1])

In Wien und Berlin wurde dem plötzlich erregten Kriegslärm im allgemeinen geringe Bedeutung beigemessen. Frankreich sei, so glaubte man hier auch in maßgebenden Kreisen, durch die Revolution in seinen Grundvesten so erschüttert, daß es weder die Kraft noch den Mut besitze, mit starken Gegnern anzubinden. Mit Entrüstung hörte man in Wien, daß in Paris an allen Straßenecken ein Aufruf von Prudhomme „an alle Völker Europas" zu lesen sei, die Ankündigung eines Werkes, das die Verbrechen aller lebenden Monarchen aufzählen wolle. „Dieser Prudhomme," las Spielmann dem preußischen Gesandten aus einem Briefe des Grafen Mercy vor, „war noch vor kurzem ein armseliger Lederarbeiter; heute besoldet er einige zwanzig Mitarbeiter, die keine andere Aufgabe haben, als republikanische Brandschriften auszuhecken und überallhin zu verbreiten!" Die revolutionäre Leidenschaft sei in Paris so hoch gestiegen, daß jeder Tag den Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes bringen könne; nur mit Waffengewalt werde man die Rasenden bändigen, doch müsse man sich auch die Gefahren einer Schilderhebung der republikanischen Partei vor Augen halten.[2]) Kaunitz teilte die Entrüstung über die „Auswüchse der großen Bewegung", gab sich aber keine Mühe, seine Geringschätzung der Pariser Maulhelden zu verbergen; von Einmischung in ihre Händel wollte er nichts hören. „Es sind," berichtete Jacobi, „des Fürsten eigene Worte: ‚Nach meiner Meinung wäre es der Gipfel der Thorheit, eine Gegenrevolution in Frankreich mit Gewalt durchführen zu wollen; man muß durch Vernunftgründe auf diejenigen

[1]) Minerva, I, 327, 328, 331.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Ministerialkorrespondenzen mit Jacobi in Wien 1792. Bericht Jacobis vom 4. Januar 1792.

Leute, die überhaupt noch der Ueberlegung fähig sind, einzuwirken suchen!'" In gleichem Sinne sprach sich der Kanzler auch gegen den Fürsten von Nassau aus, der nach Wien gekommen war, um auf den Kaiser zu Gunsten der ausgewanderten Prinzen einzuwirken. Die französische Regierung selbst würde gegen den Aufenthalt der Prinzen in Trier nichts einzuwenden haben, wenn sie sich dort ruhig verhielten; dies möchten sich die hohen Herren aber einmal zu Herzen nehmen, denn bisher habe ihr lärmendes Benehmen die königliche Sache nur geschädigt. „Sie sollen ein für allemal das Trugbild aufgeben, das alte System in Frankreich wieder auf den Thron setzen zu wollen!"[1] Auch der Kaiser äußerte sich mißmutig über das Treiben der Emigranten, die offenbar die deutschen Höfe zu auffälligen Schritten zwingen wollten; ebensowenig wie eine Verletzung der Würde des Reichs zulässig sei, dürfe man sich eine Sprache erlauben, die den Vorwand zu einem Einfall in deutsches Gebiet geben und damit zum Krieg führen würde. Unter der Hand gaben jedoch Spielmann und Cobenzl dem preußischen Gesandten zu verstehen, es wäre wohl am Platze, wenn die preußische Regierung etwas weniger Vorsicht entwickeln und mit der Mobilmachung den Anfang machen möchte.

Darauf wollte sich aber die preußische Regierung nicht einlassen. Wenn der Kaiser — so erklärte das Berliner Kabinett dem Wiener Gesandten — seine Truppen im Breisgau verstärke, so habe eine solche Anordnung nichts Auffälliges, und niemand könne deshalb Verdacht schöpfen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs beabsichtigt werde. Dagegen könnte ein ähnlicher Schritt der preußischen Regierung nur als eine kriegerische Kundgebung aufgefaßt werden, da ja Preußen keine Grenzen gegen Frankreich zu schützen habe. Ein voreiliges Farbebekennen würde nur die Pläne der Pariser Hetzapostel fördern und den Ausbruch des Krieges, den der weise Sinn des Kaisers verhüten wolle, zur notwendigen Folge haben. Ja, der gemäßigte, versöhnliche Ton, den der Wiener Hof mit einemmal gegen die französische Regierung anschlage, nötige zu besonderer Vorsicht. Freilich dränge die Königin von Frankreich auf entschlosseneres Vorgehen, allein die Rücksicht auf Finanznot und militärische Mißstände nötige die kaiserliche Regierung zu Zurückhaltung, und daraus erkläre sich die zweideutige und schwankende Politik, die man sich sonst schwer zurechtlegen könnte. Noch weniger Kriegslust sei in Hannover, Hessen, Pfalz-Baiern und Württemberg zu entdecken. „Meine Politik geht ihren gewiesenen Weg. Ich habe beschlossen, nicht einen Schritt vorwärts zu machen ohne Uebereinstimmung mit dem kaiserlichen Hofe, der ja an dieser Sache unendlich mehr interessiert ist, als ich."[2]

In der deutschen Presse wurden die kriegerischen Kundgebungen der französischen Kammer mit Ruhe, ja mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Ohne Zweifel wäre das südwestliche Deutschland gegen raschen Einfall einer französischen Armee so gut wie gar nicht gedeckt gewesen. Die Handvoll pfälzischer und württembergischer Truppen konnten nicht an Widerstand denken, und bis eine

[1] Preuß. St.-Archiv. Berichte Jacobis vom 7. und 14. Jan. 1792.
[2] Ebenda. Erlasse an Jacobi vom 29. Jan. und 9. Febr. 1792.

kaiserliche Armee vorgeschoben wurde, konnten alle süddeutschen Residenzen von Franzosen besetzt sein. Trotzdem glaubte fast niemand ernstlich an Krieg, und noch weniger fürchtete jemand den Krieg. Wenn eine Warnung, das Reich möge sich nicht in Händel mit Frankreich einlassen, kundgegeben wurde, so bewog dazu nur Mitgefühl mit den Vorkämpfern der Freiheit, nicht ein Zweifel an der Ueberlegenheit der Armeen Oesterreichs und Preußens. Nur ein aus dem preußischen Offiziersstand hervorgegangener Journalist, Johann Wilhelm von Archenholz, beurteilte schärfer die Gefahren des Zusammenstoßes mit einem für seine Unabhängigkeit kämpfenden Volke. Er beklagte die Verblendung, die dem französischen Volke keine Entschlossenheit, dem französischen Heere keine Kraft zutraue, und verwies warnend auf die wichtigen Vorteile der Gegner. „Sie kämpfen gleichsam vor ihren Thoren, wo die zahlreichen Festungen sie nach allen Unfällen und Niederlagen decken; eine Barriere, die alle Siege Eugens und Marlboroughs aufhielt! Jede Quadratmeile mußte hier mit Blut erkauft werden, und immer setzten befestigte Mauern den Fortschritten dieser großen Feldherren ihre abgemessenen Schranken. Ein solcher Krieg wäre also für Deutschland ein Unglück!" Obwohl ein alter preußischer Soldat und ein guter deutscher Patriot, müsse er doch aus aufrichtiger Ueberzeugung voraussagen: die Liebe zur Freiheit wird die französischen Waffen unwiderstehlich machen![1])

Am 14. Januar 1792 wurde aufs neue in der Pariser Nationalversammlung in die Kriegstrompete gestoßen. Indem der Girondist Gensonné die Beschlüsse des diplomatischen Ausschusses verkündete,[2]) machte er für alles Unheil, das seit einem halben Jahrhundert Frankreich heimsuchte, das Bündnis mit Oesterreich verantwortlich. „Frankreichs Schwäche, Oesterreichs Uebermacht sind auf den unseligen Traktat von 1756 zurückzuführen." Den Dank ernten wir jetzt dadurch, daß der Kaiser uns offen beleidigt! Mag er auch die militärischen Zusammenrottungen an unserer Grenze verboten haben, so wird doch dieses Verbot keineswegs beachtet, die Ansammlungen dauern fort, die Emigranten legen die weiße Kokarde nicht ab, und die deutschen Behörden dulden dieses Zeichen des Aufruhrs, während friedliche, mit den Farben der französischen Nation geschmückte Bürger auf kaiserlichem Grund und Boden verhöhnt und mißhandelt werden. Die im Finstern schleichende Politik des kaiserlichen Kabinetts hat auch Preußen umgarnt; ohne Zweifel ist das Bündnis schon fertig, ohne daß der Kaiser den älteren Bundesgenossen auch nur einer Mitteilung gewürdigt hat! Schon deshalb ist der Vertrag von 1756 als zerrissen zu betrachten! Frankreichs König darf sich so schmachvolle Behandlung nicht gefallen lassen! Wie einst in ähnlicher Lage Friedrich der Große, „ein König, dessen Genius allein seinen Despotismus entschuldigen kann", durch rasche That das Netz seiner Feinde zerriß, indem er durch jähen Angriff den Anschlägen der übermächtigen Feinde zuvorkam, so muß auch unser König unverzüglich eine unumwundene Erklärung fordern, daß nichts Feindseliges gegen Frankreich geplant und die Unabhängigkeit der französischen Nation in allem und jedem respektiert werde; wenn eine solche Erklärung ab-

[1]) Minerva, I, 369.

[2]) Buchez et Roux, Histoire parlamentaire de la révol. franç., 13. tom., 46.

gelehnt wird oder nicht vollkommen befriedigend ausfällt, soll den Vertragsbrüchigen die Rache einer beleidigten Nation ereilen!

Auch andere Redner forderten strenge Abrechnung mit Oesterreich: eine ungünstige oder auch nur undeutliche Antwort soll sofort mit Kriegserklärung beantwortet werden! Vergniaud verwies nochmals auf Friedrich den Großen: wenn dieser König, dessen Vernichtung im Rate der Mächte beschlossen war, nicht selbst den Angriff gewagt hätte, würde sein Nachfolger heute nur Markgraf von Brandenburg heißen! Noch leidenschaftlicher forderte Brissot den Krieg. Den Kaiser und alle Absolutisten mache die Furcht vor der siegreichen Macht der Freiheitsgedankens zu unversöhnlichen Widersachern Frankreichs. „Eure Feinde sind Könige, und ihr seid ein Volk; sie sind Despoten, und ihr seid frei; eine aufrichtige Vermittlung zwischen Tyrannei und Freiheit gibt es nicht!" Endlich stellte der Präsident der Nationalversammlung, Guadet, den Antrag: Da schon das Wort Kongreß für Frankreich eine Beleidigung ist, soll jeder Franzose, der sich an einem Kongreß beteiligt, als Hochverräter anzusehen sein. Der Antrag wurde angenommen und vom König genehmigt, die Abstimmung über den Antrag Gensonnés dagegen vorerst vertagt.

Das Ministerium suchte abzuwiegeln; es gab mit bescheidenen Worten der Nationalversammlung zu bedenken, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden dem König zustehe; der Monarch werde seine Anhänglichkeit an die Verfassung am besten beweisen, wenn er ebensoviel Mäßigung bei den Unterhandlungen mit den fremden Mächten, wie Entschlossenheit bei den Rüstungen an den Tag lege; einer schwächlichen Nachgiebigkeit werde er sich gewiß nicht schuldig machen; der Kurfürst von Trier habe bereits den Rückzug angetreten, der Ehre Frankreichs sei Genugthuung zu teil geworden.

Doch diese auf Abschwächung der Wirkung der kaiserlichen Dezembernote berechnete Erklärung wurde von der Nationalversammlung mit Mißvergnügen aufgenommen. Nicht auf den kleinen Fürsten von Trier komme es an, wurde erwidert, sondern auf den Kaiser und den von ihm angedrohten Kongreß; entweder soll Leopold klipp und klar auf jede Einmischung verzichten, oder es soll der Degen gezogen werden. Es muß ja doch einmal, rief der Abgeordnete Daverhoult, der entscheidende Kampf zwischen Licht und Finsternis, zwischen Aufklärung und Lügengeist ausgefochten werden! „Seien wir offen! Die Freunde der Freiheit wollten der Philosophie zu Hülfe kommen; sie wollten einen großen Bund stiften, um in ganz Europa eine gesunde Volkserhebung hervorzurufen; beklagenswert freilich ist das Los der Menschheit, daß Licht und Leben nur aus Leiden und Unglück der Völker hervorgehen können!"[1]) Schließlich nahm denn auch die Nationalversammlung am 25. Januar einen Antrag Brissots an: es soll noch bis zum 1. März gewartet werden, ob der Kaiser die geforderte Erklärung geben will, dann soll der beleidigten Ehre Frankreichs mit den Waffen Genugthuung verschafft werden. Mit dem Rufe: Die Konstitution oder den Tod! ging die Versammlung auseinander. Welches Ziel Brissot eigentlich im Auge hatte,

[1]) Buchez et Roux, XIII, 59.

gestand er selbst in einer späteren Rechtfertigungsschrift:[1] „Als ich auf die Kriegserklärung drang, war es meine Absicht, die Abschaffung des Königtums einzuleiten. . . . Jeder Aufgeklärte verstand mich, als ich Robespierre, der immer von drohendem Verrat sprach, antwortete: Ich habe nur eine Furcht, nämlich die, daß wir nicht verraten werden; wir brauchen Verrat, unser Heil beruht darin, denn es steckt noch viel Gift in unserem Staatskörper, und wir brauchen noch starke Entladungen, um es auszustoßen! Der große Verrat wird nur den Verrätern verhängnisvoll, für die Völker aber von Nutzen sein; er wird zertrümmern, was der Größe der französischen Nation im Wege steht!"

Die Gegner der kriegslustigen Gironde wagten nicht mehr, sich offen auszusprechen. Zwar hielten die Männer vom Berg an der Ansicht fest, daß es sich nicht verlohne, für die bestehende Verfassung, den „Zwitter zwischen Freiheit und Sklaverei", Opfer zu bringen. Robespierre nannte den Kriegslärm eine unheilvolle Komödie, denn Gefahr drohe den Freunden der Freiheit nicht von Koblenz, sondern von Paris; Lafayette brenne vor Begierde, den General Monk zu spielen; zuerst müsse der innere Feind unschädlich gemacht, dann erst gegen die übrigen Tyrannen des Erdballs das Schwert gezogen werden. Auch Danton erblickte im Krieg, wenn er ihn auch für unvermeidlich hielt, eine zur äußersten Vorsicht mahnende Gefahr für die Freiheit.[2] Doch nur im Klub wurden solche Reden laut; in der Nationalversammlung wagten auch die Jakobiner nicht, sich gegen die herrschende Stimmung auszusprechen.

Ebenso scheute die Partei Lameth vor offenem Kampfe mit den Girondisten zurück. Ueber die Wünsche und Befürchtungen der Mittelpartei unterrichtet eine aus ihrem Kreise hervorgegangene Denkschrift, welche die Königin im Jänner 1792 ihrem Bruder übermitteln ließ.[3] Ein für allemal soll als unumstößlicher Grundsatz anerkannt werden: Die Rückkehr zum alten System ist unmöglich, die vom König angenommene Verfassung muß in ihren Grundzügen bestehen bleiben. Freilich ist manches daran einer Verbesserung bedürftig. Im Drang nach Reform im Sinne des Zeitgeistes ist man über das eigentliche Ziel hinausgestürmt, für die Exekutivgewalt der Krone sind allzu enge Schranken gezogen worden; der König muß also so viel Gewalt zurückerlangen, daß er sich gegen seine zwei Feinde, die reaktionslüsternen Emigranten und die zügellosen Republikaner, wirksam verteidigen kann. In diesem Kampfe kann und soll der König auch von seinem Bundesgenossen, dem Kaiser, unterstützt werden. Vor allem muß jedoch der Kaiser der Anmaßung der rheinischen Kurfürsten und der Händelsucht der Emigranten steuern; dann erst darf er andere Ziele ins Auge fassen. Der Kaiser ist der natürliche Bundesgenosse Frankreichs, zumal jetzt, da nach dem europäischen System die großen Mächte sich gegenseitig stützen müssen; er selbst muß trachten, den Frieden in Frankreich aufrecht zu erhalten, um seinen und unseren Feinden, die seit langem Verwirrung und Unordnung säen, das Spiel zu verderben. Sein eigenes Interesse gebietet, daß er dem König kräftige

[1] J. P. Brissot, A tous les républicains de France, sur la société des jacobins (29. octobre 1792), 8.

[2] Buchez et Roux, XII, 412.

[3] Arneth, 240, 269.

Unterstützung gewährt, aber zugleich alles vermeidet, was seinen Bundesgenossen bloßstellen oder hemmen könnte. Diese Revolution ist die Sache der Könige, wie der Völker. Noch einen Augenblick, und es wird die Ansicht siegen, daß in großen, bevölkerten Ländern Monarchen notwendig sind zur Erhaltung der Freiheit und des Friedens; dieser Grundsatz muß über die Revolution die Oberhand gewinnen, doch es gibt dazu kein anderes Mittel, als den Völkern zu zeigen, daß die Monarchen weder ihre Feinde, noch die Helfershelfer ihrer Feinde sind. Der Kaiser will sich ja in seinem eigenen Lande nicht auf die Seite einer bestimmten Klasse stellen; wie sollte er sich beigehen lassen, in Frankreich einem winzigen Bestandteile des Volkes gegen alle übrigen seinen Arm zu leihen? Ein solcher Versuch, dem eigenen Vorteil gewiß nicht förderlich, würde vollends für Frankreich ein finsteres Verhängnis heraufbeschwören.

Der Beschluß vom 25. Januar, der in seiner schroffen Fassung einer Kriegserklärung an den Kaiser sehr ähnlich sah, wurde vom König abgelehnt; gleichzeitig wurde aber der Kammer mitgeteilt, die Regierung selbst habe vom Kaiser billige Aufklärung verlangt und werde sich nur mit vollkommen befriedigender Antwort begnügen. Darauf wurde zwar von den radikalen Blättern fortgefahren, über Mangel an Mut und Energie in den leitenden Kreisen zu klagen, allein in der Kammer wurde, was nach dem Lärm der letzten Tage überraschen mußte, kein direkter Angriff auf die Regierung unternommen, die Bewegung staute zurück, der Kriegseifer war erlahmt.[1])

Auch die Note, welche de Lessart an den Wiener Hof richtete (21. Januar), war nichts weniger als herzhaft oder herausfordernd.[2]) Zwar wird gegen das Verhalten des Kurfürsten von Trier und insbesondere gegen die verletzende Aeußerung, der König von Frankreich sei nicht mehr als freier Herr seiner Entschließungen zu betrachten, Verwahrung eingelegt, aber zugleich der Erwartung Ausdruck gegeben, der Kaiser selbst werde gegen solche Ungebühr einzuschreiten wissen. Auch die Drohung mit dem Bunde der Fürsten Europas habe in Frankreich Argwohn und Unmut wachgerufen, allein es sei ja gar nicht zu glauben, daß der Kaiser, der nächste Verwandte und treue Bundesgenosse des Königs, einem Plane zugestimmt habe, der nur auf die ebenso feindseligen, wie leichtfertigen Anzettelungen der Emigranten zurückzuführen sei. Ein bewaffneter Kongreß bedeute nichts anderes, als gewaltsamen Umsturz der französischen Verfassung; dazu werde der gerechte, friedliebende Kaiser gewiß nicht die Hand bieten wollen. Die französische Verfassung verdiene nicht die vom Ausland erhobenen Vorwürfe. Wenn es da und dort zu Ausschreitungen des Pöbels gekommen und sogar die schuldige Achtung vor dem Monarchen verletzt worden sei, so könne dies nicht wundernehmen, da Frankreich soeben erst die gewaltigste Revolution der Weltgeschichte durchgemacht habe. „So viele Gegensätze, so mächtige Anstrengungen, so tiefgreifende Neuerungen, so furchtbare Erschütterungen mußten eine allseitige Erregung zurücklassen, und es wird noch längere Zeit brauchen, bis vollkommene Ruhe eintreten wird." Früher habe es wohl eine Gemeinschaft der Interessen

[1]) Glagau, 141.
[2]) Vivenot, I, 380.

des Königs und der Emigranten gegeben, doch mit der Anerkennung der Verfassung habe der König selbst jede Verbindung mit ihnen gelöst; was könnte ihn noch an „titel- und besitzlose" Leute knüpfen, die „alle Höfe in Unruhe versetzen, sich selbst als eine Macht zur Geltung bringen wollen und an nichts anderes denken, als an Rache für die ihnen zugefügte Unbill und an Sieg ihrer eigenen Ansprüche?" Die kaiserliche Regierung möge sich nicht beirren lassen durch den in Frankreich herrschenden freieren Ton; infolge der durch die Revolution erzeugten Aufregung sei es nicht möglich, jede Ausschreitung und Taktlosigkeit sofort nach Gebühr zu ahnden. „Man höre aber einmal auf, uns zu bedrohen und damit den Freunden des Umsturzes immer neuen Vorwand zu Aufwiegelung an die Hand zu geben, dann wird die Ordnung bald zurückkehren!" Augenblicklich beschäftige ein Wort alle Geister, den einen Furcht und Abscheu, den anderen heißes Verlangen einflößend, das Wort: Krieg. An der Spitze der Kulturfreunde, denen der Krieg nur Abscheu einzuflößen vermöge, stehe der König. „Sein Geist, wie sein Herz suchen jeden Gedanken daran niederzuhalten; er sieht auch in einem glücklichen Kriege nur ein Unglück für den Staat und eine Geißel für die Menschheit." Möge sich auch die kaiserliche Regierung nicht zu Schritten hinreißen lassen, die zum Krieg führen müßten. Auch dem Kaiser könne sogar ein glücklicher Krieg nicht erwünscht sein, da er keine andere Frucht brächte, als das Verderben seines treuesten Bundesgenossen. In Frankreich aber seien nicht etwa bloß der König und sein Kronrat von friedlichen und freundschaftlichen Gefühlen beseelt, sondern der ganze gesund denkende Teil der Nation. „Wir wollen nichts als den Frieden; wir wollen nichts als das Ende jenes beunruhigenden Zustandes, der noch kostspieliger ist, als der Krieg; wir wollen nichts als die Wiederkehr geordneter Verhältnisse, allein man hat uns allzu gerechten Grund zu Besorgnissen gegeben, als daß es nicht geboten wäre, uns ausdrücklich zu beruhigen."

Das französische Kabinett hätte nicht friedfertiger sprechen können. Brissot und seine Leute hatten in der Kammer den Ruf erhoben: Wir müssen uns schlagen oder unsere Ehre ist verloren! Dies hatte auch den König genötigt, an den Degen zu greifen, doch die neue Erklärung bewies, daß man in den Tuilerien zwar auch vom Krieg Rettung erhoffte, aber an nichts weniger dachte, als selbst den Krieg mit Oesterreich zu eröffnen, daß man im Kaiser vielmehr den natürlichen Bundesgenossen und künftigen Retter erblickte.

Die Frage war nun: Wird der Kaiser auf die herausfordernden Drohungen der französischen Nationalversammlung oder auf die beschwichtigenden Worte der französischen Regierung das Hauptgewicht legen?

Am 4. Januar 1792 schrieb Leopold an seinen Gesandten in Berlin, Fürsten Reuß, nach den letzten Nachrichten über die Pariser Vorgänge werde nichts anderes übrig bleiben, als „eine ernsthafte Partei gegen Frankreich zu ergreifen." Er wolle aber nur nach reifster Ueberlegung und in aufrichtigem Einverständnis mit dem König von Preußen vorgehen, und da besonders General Bischoffswerder „zur Gründung und Beförderung des Allianzsystems zwischen beiden Höfen mit so vielem Eifer sich ausgezeichnet" habe, wäre es ihm sehr erwünscht, wenn der König seinen Vertrauten mit den nötigen Verhaltungs-

befehlen und Vollmachten nach Wien senden möchte, damit endlich einmal über die französischen Angelegenheiten ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werde. „Sie können dem König als einem Biedermann versichern, daß mein Vorsatz heilig und unabänderlich ist, mit ihm die kordialste Freundschaft zu pflegen."[1]) Als Leopold die Staatskanzlei aufforderte, sich über die Aufgaben und Pflichten des Tages zu äußern, fiel das Gutachten (12. Januar) schärfer aus, als nach der bisherigen Haltung der tonangebenden Staatsmänner zu erwarten war.

„Wenn noch irgend ein gesunder Menschenverstand in Paris übrig ist, so sollte man mit allem Grunde hoffen können, daß es dem König gelingen dürfte, die Nation das Uebermaß von Gefahren einsehen zu machen, denen sie sich aussetzen würde, wenn sie es zum wirklichen Bruche gegen sie von seiten so vieler Mächte kommen ließe — Gefahren, die um so inkalkulabler sein müßten, da es Frankreich offenkundig an einer disziplinierten Armee, an aller Subordination, an Gelde mangelt ... Sollte aber gegen alle bessere Vermutung der König nicht im stande sein, unter seiner Mediation einen solchen Vergleichsweg zu eröffnen, und auch kein anderer zu gütlicher Beilegung der Sache gebahnt werden können, so wird zwar freilich zuletzt nichts anderes als die Gewalt der Waffen übrig bleiben!"[2]) Am 17. Januar wurde vom Ministerrat unter Vorsitz des Kaisers beschlossen, „von dem angenommenen passiven Operationsplan weiter vorzurücken." Es sollte an die Mächte Europas die erneute Aufforderung zu gemeinschaftlichem Vorgehen gegen die Feinde des französischen Thrones gerichtet werden, wobei jedoch „sorgfältig darauf zu achten, daß nicht etwa der kaiserliche Hof in einseitige, von der Beiwirkung anderer und insonderheit des preußischen Hofes isolierte, thätige Maßnahmen verwickelt werde". Solche Vorsicht schien um so mehr geboten, da man in Wien wußte, daß französische Agenten in Berlin, London und anderen Plätzen an der Arbeit waren, um das österreichisch-preußische Bündnis nicht zum Abschluß gelangen zu lassen.[3])

Das Bündnis war ja noch immer nicht über „generale" Freundschaftsversicherungen hinaus gekommen. Die Hauptverhandlungen wurden in Berlin zwischen Reuß einerseits und den Ministern Finckenstein, Schulenburg und Alvensleben andererseits geführt. Friedrich Wilhelm hatte dem Kaiser die Wahl überlassen, ob der Vertrag in Wien oder Berlin geschlossen werden sollte; Leopold hatte sich für Berlin entschieden, da er „jeden Anlaß benutzen wolle, dem König die aufmerksamste Rücksicht zu zollen".[4])

Die Diplomaten konnten sich aber über verschiedene Punkte nicht einigen. Kaunitz hielt eine Veröffentlichung des Bundesvertrages nicht für geboten oder zweckmäßig; in Berlin überwog die Ansicht, man dürfe die Reichsfürsten nicht im unklaren lassen, daß der Bund der zwei mächtigsten Staaten nicht eine Vergewaltigung der schwächeren bezwecke. Unsere Regierung muß, so heischten die Minister, vor dem Verdacht gesichert bleiben, daß sie Oesterreich zur Einver-

[1]) Vivenot, I, 304.
[2]) Ebenda, I, 337.
[3]) Ebenda, I, 327, 364.
[4]) Preuß. St.-Archiv. Négociations de Bischoffswerder 1791—1792. Kaunitz an Reuß, 4. Januar 1792.

leibung Baierns ermutige oder gar dazu seine Unterstützung leihen wolle[1]). Mit herzlichen Versicherungen wurde hüben und drüben nicht gekargt. „Wir sind fest entschlossen," versicherte Kaunitz dem Vertreter Preußens, „auch nicht den kleinsten Schritt ohne Wissen und gegen den Willen Ihres Königs zu unternehmen, denn es ist so klar wie der Tag: wenn wir beide eines Herzens und Sinnes sind, können wir uns ruhig schlafen legen, keine Macht der Welt wird unseren Schlummer zu stören wagen."[2])

Der gefährlichste Gegensatz zwischen beiden Höfen klaffte in der polnischen Frage.

Schon im Sommer 1791 war die Meinung, daß neue Gewaltschritte gegen Polen von den Nachbarmächten geplant wären, weit verbreitet. Eine neue Teilung Polens liegt in der Luft: dieser Gedanke wird in der Vaterländischen Chronik und in anderen Zeitschriften vielfach erörtert. „Ich höre ein Geflüster um mich her, als wären Geisterstimmen; ein Geist tritt aus den Wolken, deutet auf Polen und spricht: Die Könige haben schon das Messer in der Hand, um dich aufs neue zu schälen!"[3]) Was hatte es genutzt, daß das Reformwerk vom 3. Mai 1791 von den aufgeklärten Staatsmännern aller Nationen gefeiert worden war, — daß Fox „im Namen aller Freunde einer vernünftigen Freiheit" zur Rettung Polens Glück wünschte, — daß Payne im Warschauer Staatsstreich Muster und Vorbild erblickte, wie eine erschlaffte Regierung aus eigener Kraft wieder Achtung und Ansehen erlangen könne, — daß Hertzberg in einer akademischen Rede den Umschwung in Polen als die lauterste und gerechteste aller Revolutionen rühmte.[4]) Was hatte es genutzt, daß sowohl vom Kaiser als vom König von Preußen das Versprechen gegeben worden war, den Willen einer freien Nation zu achten, — Rußland war nicht gesonnen, im Bunde der dritte zu sein, damit war die ganze Lage sofort verändert. In der Weigerung Rußlands lag für die beiden Genossen der ersten Teilung Polens nicht bloß eine Verlockung, sondern eine Art Nötigung, nicht dem immer mächtiger aufstrebenden Zarenreiche allein die Beute zu überlassen. Dazu kam, daß der Staatsstreich keineswegs den erhofften Aufschwung der inneren Verhältnisse gebracht hatte; wüste Anarchie herrschte im Lande, eine Genesung des Staatswesens war als nahezu ausgeschlossen anzusehen. Ein warmherziger polnischer Patriot, dessen Denkwürdigkeiten eine zuverlässige Quelle für die Geschichte jener Tage bieten, der Magnat Michael Oginski, räumt selber ein, daß auch die Auswüchse der Revolution in Frankreich nachteiligen Einfluß auf das Schicksal Polens üben mußten; die monarchischen Regierungen der Nachbarstaaten mußten verhindern, daß sich in ihrer Mitte ein neuer Herd revolutionärer Leidenschaft aufthue, und konnten immer auf Zustimmung und Unterstützung eines namhaften Teiles des polnischen Volkes rechnen[5]).

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Memorandum des preuß. Ministeriums vom 8. Nov. 1791.

[2]) Ebenda, Bericht Jacobis vom 21. Dez. 1791.

[3]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1791, 515, 517.

[4]) Oginski, Denkwürdigkeiten über Polen; Popitz und Fink, Bibliothek ausgewählter Memoiren, III, 1. Abteilung, 117.

[5]) Ebenda, III, 1. Abteilung, 133, 135.

Im Herbst 1791 traten Katharinas Absichten deutlicher zu Tage. Als ein Vertrauensmann des Grafen von Artois, Graf Vaudreuil, in Wien ruhmredig versicherte, die Zarin werde demnächst zu Gunsten der legitimen Sache in Frankreich eingreifen, machte sich der preußische Gesandte über solchen „Aberglauben" weidlich lustig. „Der gute Graf! Seine erhitzte Einbildungskraft läßt ihn übertriebene Hoffnung hegen! Die Kaiserin von Rußland wird sich zu nichts anderem herbeilassen, als zu Redensarten, die man nach Belieben drehen und deuten kann. Dagegen steht soviel fest: diese Fürstin sähe nichts lieber, als daß die deutschen Großmächte in fernen Landen durch Kampf und Not festgehalten würden, damit sie selbst in Polen die Ellenbogen frei bekäme!" [1])

Im kaiserlichen Kabinett gingen die Ansichten in der polnischen Frage auseinander oder schienen wenigstens auseinander zu gehen. Kaunitz gab mit Vorliebe dem Mitgefühl für die polnische Nation Ausdruck; er könne, sagte er, nur eine schreiende Ungerechtigkeit darin erblicken, wenn man ein Volk hindern wolle, sich eine bessere Verfassung zu geben. Trotzdem widerriet auch er, „sich zur Erhaltung einer Verfassung zu verpflichten, die das wankelmütige polnische Volk sich gegeben habe, ohne jemand ein Wort zu sagen;" nun sollten die Leute nur zusehen, wie sie aus eigenem Vermögen ihre Verfassung behaupten und fortentwickeln könnten! [2]) Spielmann ging noch etwas weiter; die Höfe von Wien und Berlin, sagte er zum preußischen Gesandten, hätten das gleiche Interesse, mit der Zarin über das Schicksal Polens sich zu einigen; ohne Rußland sei nichts zu machen, da der russische Einfluß in Polen die stärkste Verbreitung habe. Wie Kaiser Leopold selbst über Polen dachte, war sogar den nächstbeteiligten Politikern zweifelhaft; während der kursächsische Gesandte des Glaubens war, der Kaiser werde die Bestrebungen der polnischen Verfassungspartei unterstützen, meinte der Vertreter der polnischen Regierung, Graf Woyna, am Wiener Hofe sei gar nichts gewiß, als die Ungewißheit, wie man sich gegen Polen verhalten werde.

In Berlin war man von vornherein einer Anerkennung des neuen Zu-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 29. Okt. 1791.

[2]) „Que ce seroit un grand fardeau de vouloir protéger cette nation toujours inconséquente dans le maintien d'une constitution, qu'elle s'était donnée sans dire gare à personne, que c'étoit ainsi à elle seule de tacher de la consolider; que la considération, que le repos de la Pologne étoit nécessaire pour celui des puissances voisines, ne lui sembloit pas d'un assez grands poids pour la balance politique; que pourvu qu'aucune puissance ne se mêlat des affaires internes de ce royaume, on pourroit être indifférent sur leur police interne." (Bericht Jacobis über seine Unterredung mit Kaunitz v. 2. Nov. 1791.) Der Ausspruch des kaiserlichen Kanzlers verrät gewiß alles eher als die warme Teilnahme für die polnische Verfassung, von welcher Kaunitz nach Sybels Auffassung (I, 453) erfüllt gewesen sein soll. Kaunitz wollte die Erblichkeit der polnischen Krone und die Uebertragung an das sächsische Haus, aber mit so einschnürenden Bestimmungen, daß der Gegensatz zwischen seiner Auffassung und der Berliner Politik bei weitem nicht als so schroff anzusehen ist, wie es Sybel für geboten hält. Schon im Dezember 1791 erklärte der russische Gesandte Bulgakow in Warschau, die Verbindung seines Hofes mit dem österreichischen sei eine so enge, daß letzterer Rußland in den polnischen Angelegenheiten gewiß keinen Zwang anthun oder dessen Plänen sich widersetzen würde (E. Herrmann, Die österreichisch-preußische Allianz und die zweite Teilung Polens, 45).

standes in Polen abgeneigt und deshalb über das einlenkende Zugeständnis des Wiener Kabinetts hoch erfreut. Die Auffassung des Fürsten Kaunitz, erwiderte das Ministerium im Namen des Königs, verdiene ungeteilten Beifall; es hieße sich eine lästige und gefährliche Verpflichtung aufladen, wenn man die Gewährleistung der polnischen Verfassung übernehmen wollte; Preußen habe zwar im Bundesvertrag den Besitzstand Polens verbürgt, aber nie und nirgends die Verfassung und das Regiment jenes Staates. „Wir sind entzückt, daß zwischen unserer Anschauung und derjenigen eines so erleuchteten und weisen Staatsmannes, wie Fürst Kaunitz es ist, so vollkommene Uebereinstimmung herrscht.“[1])

Fortan nahm die Erörterung der polnischen Frage im diplomatischen Verkehr der drei Ostmächte die wichtigste Stelle ein. Das Wiener Kabinett begünstigte die Uebertragung einer erblichen polnischen Krone an das sächsische Kurhaus, jedoch nur mit vorsichtiger Zurückhaltung. Chevalier Landriani wurde nach Dresden entsandt, um den Kurfürsten zur Annahme der Krone zu bewegen, aber zugleich vor Forderungen zu warnen, die den Petersburger Hof zu offenen Feindseligkeiten reizen könnten. Eine königliche Machtstellung, wie sie der Kurfürst begehre, — so war im Memorandum der Staatskanzlei dargelegt —, werde von Rußland niemals geduldet werden und laufe ebenso dem Interesse Oesterreichs zuwider. Auch bezüglich des anderen Streitpunktes, der Verbindung der polnischen Krone mit der kurfürstlichen Würde, hielt Kaunitz für unthunlich, „eine Vorliebe und einiges Empressement an den Tag zu legen, indem solches die Aufmerksamkeit Preußens und Rußlands in gleichem Maße erregen und von dem ersteren Hofe wahrscheinlich als eine Verletzung der Präliminarartikel der Allianz angesehen würde.“ Der Wiener Hof möge sich also in diesen Dingen „ganz gleichgültig und unteilnehmend“ bezeigen. Die Vorschläge fanden auch die Billigung des Kaisers. „Ich genehmige durchaus und in allen Punkten Ihren Vortrag.“[2])

Die Sendung Landrianis erzielte nicht den gewünschten Erfolg. Kurfürst Friedrich August blieb bei seiner Forderung: „Entweder geben die Mächte, insbesondere auch Rußland, die feste Zusicherung, daß sie die Uebertragung der Krone Polens an Sachsen anerkennen und gutheißen, oder ich lehne das Anerbieten der Polen von vornherein ab.“

Auch noch im Januar 1792 wurde in Wien an den Grundzügen dieser Politik in der polnischen Frage festgehalten. Darüber unterrichtet uns ein wichtiges Aktenstück, der Erlaß des Kanzlers an Reuß vom 4. Januar.[3]) Als „Hauptziel des politischen Regierungssystems des Kaisers“ bezeichnet Kaunitz die „dauerhafte Erhaltung der allgemeinen Ruhe, auf eine aufrichtige, unzerstörbare Eintracht zwischen dem Wiener und dem Berliner Hofe gegründet.“ Um dies aber zu erreichen, sei notwendig, daß endlich einmal bei den Nachbarn des polnischen Reiches jener Zunder von Eifersucht und Mißhelligkeiten entfernt werde, dem der verworrene Zustand Polens unter der alten Verfassung fortwährend Nahrung gebe, so daß die Verhetzung der Parteien niemals aufhörte und jede

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß vom 10. Nov. 1791.

[2]) A. Beer, Leopold II., Franz II. und Catharina, 116.

[3]) Vivenot, I, 107.

Königswahl, ja fast jeder Reichstag Unruhen brachte. Zu diesem Zwecke empfehle sich Anerkennung der Hauptgrundsätze der neuen Konstitution vom 3. Mai, insbesondere der Uebertragung der erblichen Krone an den Kurfürsten von Sachsen, doch genüge dazu nicht die Bereitwilligkeit der deutschen Mächte, sondern auch Rußland müsse dem Bündnis beitreten und insbesondere der polnischen Politik der Verbündeten aufrichtig zustimmen. Dann könnten die drei Höfe ohne jede Schwierigkeit „das Hauptinteresse, welches sie in Ansehung Polens gemein haben, und welches darin besteht, daß dieses Reich keinen Grad, der ihnen furchtbar wäre, jemals erreiche, durch gemeinsamen Einfluß und Maßregeln aufrecht erhalten und gegen innere und äußere Evenements sicher stellen." Ein Bedenken, das vielleicht am Berliner Hofe gegen die von Wien empfohlene Erbmonarchie bestehen möchte, könne leicht zerstreut werden: der Bruder des Kurfürsten von Sachsen, dem möglicherweise die Krone zufallen würde, sei zwar ein Tochtermann des Kaisers, werde aber wohl ohne Nachkommen bleiben, und es werde den Wiener Hof gleichgültig lassen, was die Republik mit ihrem künftigen Oberhaupt über die weitere Erbfolge vereinbaren wolle.

Zugleich soll Reuß in Berlin als leitende Punkte der Politik des kaiserlichen Kabinetts in der französischen Angelegenheit darlegen: Zu einer förmlichen Entscheidung ist noch nicht Anlaß geboten, so lange wie möglich ist jede Einmischung in die Händel des Nachbarstaates zu vermeiden, doch soll den Feinden der königlichen Familie und des Königtums die Existenz des europäischen Konzerts durch angemessene Beweise, etwa durch einen öffentlichen Vereinigungsakt vor Augen gebracht werden.

Damit war man in Berlin vollkommen einverstanden, dagegen wurde der Wiener Antrag bezüglich Polens abgelehnt. Diese Dinge seien gar kritischer, spinoser Natur, heißt es in einer von allen Ministern unterzeichneten Note vom 13. Januar; der preußischen Regierung liege die Absicht ferne, der Durchführung der polnischen Konstitution gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen oder die Erhebung des Kurfürsten von Sachsen auf den polnischen Thron zu beanstanden, allein es sei bedenklich, sich auf irgend etwas einzulassen, ohne über die Absichten Rußlands beruhigt zu sein; deshalb habe Preußen bisher alles ängstlich vermieden, was als Verpflichtung ausgelegt werden könnte, und halte volle Verständigung der drei Mächte für unbedingt geboten.[1])

In Wien war man zur Zeit über einen anmaßenden Schritt des Zarenhofes, der das Verhältnis deutscher Fürsten zu Kaiser und Reich in merkwürdiger Beleuchtung zeigte, verstimmt.[2]) Der Kurfürst von Trier hatte im Dezember 1791 dem Reichstage angezeigt, daß er, um endlich für die Verletzung seiner Rechte durch Frankreich Genugthuung zu erlangen, die Hilfe Rußlands als eines Garanten des westfälischen Friedens erbeten habe. Wirklich verlangte der Vertreter Rußlands in Regensburg, zur Beschlußfassung über die Klagen der rheinischen Fürsten zugelassen zu werden. Wie verkümmert auch der nationale Gedanke in deutschen Landen war, so rief doch eine so unwürdige Bettelei eines deutschen Fürsten

[1]) Beer, 119. Note des preuß. Ministeriums vom 13. Jan. 1792.
Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 24. Dez. 1791.

um die Gunst der Zarin peinliches Aufsehen hervor.[1]) Der Kurfürst hatte zwar für gut befunden, die Versicherung zu geben, er habe sich zu seinem Gesuch „ohne auswärtige Anregung" entschlossen, doch die öffentliche Meinung glaubte nicht daran; man wollte sogar wissen, daß von russischer Seite auch anderen rheinischen Fürsten unter der Hand freundschaftliche Aufmunterung zugegangen sei.[2]) Mehrere Reichsstände, die Bischöfe von Worms, Speier, Hildesheim, Paderborn, der Herzog von Zweibrücken u. a., sollen bereit gewesen sein, den Trierschen Fußstapfen zu folgen, doch die Mißbilligung der größeren Staaten hielt sie davon zurück.[3]) Kaiser Leopold gab durch seinen Gesandten in Mainz zu verstehen, daß er den unpatriotischen Handel mit Mißvergnügen ansehe, und auch das Berliner Kabinett wies seinen Reichstagsgesandten an, den unwürdigen Einflüsterungen mit Nachdruck zu begegnen.[4]) Eine von einem kurtrierischen „Bedienten" abgefaßte Rechtfertigungsschrift fand es freilich unbegreiflich, wie jemand tadeln wolle, daß der Kirchenfürst „den Stolz, die Zierde ihres Geschlechts und unseres Jahrhunderts, die große Kaiserin, deren ganze Regierung ein hellleuchtender Tag ohne Dämmerung sey," um Gunst und Gnade angerufen habe. Dagegen suchte ein anderer Publizist, ein hannöverscher Auditeur Wackerhagen, nachzuweisen, daß die Zarin gar nicht das Recht habe, sich als Garant des westfälischen Friedens aufzuspielen, und beklagte die Blindheit der Deutschen, die von der im Osten sich aufthürmenden ungeheuren Gefahr nichts sähen oder nichts sehen wollten. Noch vor 100 Jahren habe man in Deutschland kaum von der Existenz eines russischen Reiches etwas gewußt; seit 40 Jahren aber trachte der Moskowiter unentwegt und beharrlich, Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten zu gewinnen, und ohne Zweifel werde er sein Ziel, die deutschen Fürsten von sich abhängig zu machen, mit slavischer Zähigkeit und Hinterlist wirklich erreichen. Kein deutscher Mann, den nicht der lucri bonus odor beeinflusse, könne darüber anders denken; nur in Preußen schiele man immer nach Rußland.

Doch auch in Wien war schon zur nämlichen Zeit, da in Berlin und Petersburg noch um Anerkennung der polnischen Verfassung geworben wurde, keine Geneigtheit vorhanden, zu Gunsten des Königs Stanislaus oder des Kurfürsten von Sachsen thatkräftig einzugreifen. Kaunitz fühlte sich beängstigt durch das Schweigen Rußlands in Bezug auf seine Absichten gegen Polen; ohne Zweifel wolle man in Petersburg nur abwarten, bis der endgültige Friede mit der Pforte geschlossen und Oesterreich in die französischen Händel verwickelt wäre, um über Polen herzufallen und die neue Verfassung über den Haufen zu werfen. „Uns liegt nun daran, zu erproben, ob einer und welcher von den zwei Höfen, der Berliner oder Petersburger, aufrichtig mit dem hiesigen zu

[1]) Unparteiische Gedanken (s. Anm. 3), 29.

[2]) Versuch eines Beweises (s. Anm. 3), 80.

[3]) (Roth) Ist die Kaiserin von Rußland Garant des westfälischen Friedens? (Dezember 1791). — Unparteiische Gedanken über die vom Kurtrierischen Hofe geschehene Anrufung der Kaiserin von Rußland um Unterstützung gegen die Eingriffe Frankreichs (1792). — (Wackerhagen) Versuch eines Beweises, daß die Kaiserin von Rußland den westfälischen Frieden weder garantieren könne noch dürfe (Oktober 1793).

[4]) Versuch eines Beweises, 78.

Werke geht. Ist es dem preußischen Hofe ernst, mit Oesterreich eine wahre, dauerhafte Freundschaft einzugehen, so wird er unserer Absicht, den polnischen Angelegenheiten eine zwar unschädliche, aber ruhige Konsistenz zu verschaffen, die Hände bieten, da es ihm nur in einem Falle konvenieren kann, die Wiederherstellung der russischen Uebermacht in Polen zu begünstigen, — in dem Falle nämlich, daß derselbe selbst eine gewaltsame Vergrößerung auf Unkosten der Republik vorhabe oder vorbereiten wolle, — ein Fall, welcher mit den Grundsätzen, auf welchen seine Allianz mit uns gebaut ist, nicht bestehen könnte." Falls Preußen diesen Weg einschlagen wolle, gebe es für Oesterreich keinen anderen, als selbst nach Kräften den russischen Einfluß in Polen zu verstärken, in der Voraussicht, daß das russische Interesse in Polen zwar irgend eine augenblickliche, aber keine dauerhafte Koalition zulasse.[1])

Es war aber dem Kanzler, wie ein der Instruktion für Reuß vom 25. Januar beigelegtes Billet beweist, mit dieser Erörterung der polnischen Frage nicht vollkommen ernst. Er müsse der klugen Vorsicht des Botschafters überlassen, von dem an ihn gerichteten, „sehr heiklen" Schreiben den rechten Gebrauch zu machen; es sei damit nur beabsichtigt gewesen, ihm „irgend etwas Vorzeigliches, keineswegs aber aus der Hand zu Gebendes zu liefern," wodurch etwa der gute Wille des Herrn von Bischoffswerder für den Kurfürsten von Sachsen bestärkt und unterstützt werden könnte. Falls jedoch der Gesandte trotzdem nachgeben müßte, wäre wenigstens wünschenswert, daß Bischoffswerder zu offenherziger Aussprache über die preußischen Pläne gegen Polen ermächtigt werde.

In Berlin wurde nun zwar von Bischoffswerder erklärt, er nehme an der von Oesterreich geforderten Anerkennung der Unabhängigkeit und freien Verfassung Polens keinen Anstoß, allein die Minister waren nicht geneigt, auf diese Wünsche einzugehen. Fürst Reuß scheint des Glaubens gewesen zu sein, daß die Anregung zum Staatsstreich vom 3. Mai von Preußen ausgegangen sei. „Graf Schulenburg," schrieb er an Kaunitz,[2]) „mißbilligt in hohem Grade den Anlaß, den der hiesige Hof in den letzten Jahren zu den jetzigen Ereignissen in Polen gegeben hat, wünscht die Sache ungeschehen machen zu können und sucht also alle nähere Verpflichtung gegen diese unruhige Nation zu vermeiden." Der Ansicht, daß Polen als Pufferstaat nützlich und nötig sei, stimme auch der preußische Minister bei, doch befürchte er, daß durch offene Anerkennung dieser Thatsache und durch vertragsmäßige Unterstützung Polens die Zarin verletzt und vielleicht erst recht zu Gewaltthaten gegen Polen gedrängt werden könnte. Dies wolle das preußische Kabinett vermeiden, dagegen liege ihm der Gedanke, selbst Erwerbungen in Polen zu machen und sich zu diesem Zwecke mit Rußland zu verbünden, gänzlich fern; der Vorteil Preußens heische nur, daß Polen „nicht die Kraft zu gebrauchen lerne, die ihm bisher unbekannt war;" schon um des preußischen Weichselhandels willen müsse Polen ein schwacher Staat bleiben, ja, alle drei Nachbarstaaten hätten ein sorgfältiges Augenmerk darauf zu richten, „daß die polnische Nation nicht überfliegen möge."

---

[1]) Vivenot, I, 358.

[2]) Ranke, Analekten; Reuß an Kaunitz, Berlin, 6. Februar 1792.

Mochte es nun dem kaiserlichen Kabinett mit seinen polenfreundlichen Schritten ernst gewesen sein oder nicht: die Besorgnis, daß von Rußland und Preußen hinter dem Rücken und mit Ausschluß Oesterreichs eine Teilung der Beute geplant werden möchte, ließ den Widerstand in Berlin bald aufgeben. Konnten ja doch aus Frankreich jeden Tag so drohende Nachrichten eintreffen, daß der kaiserliche Hof seine zurückhaltende Politik aufgeben mußte! Auch aus den Niederlanden kam eine Aufforderung Mercys, der Kaiser möge endlich gegen Frankreich einschreiten, denn schon trete der Rückschlag der dortigen Bewegung in Belgien hervor; die Unterstützung der Monarchie in Frankreich sei das einzige Mittel, die Ruhe in den Niederlanden zu erhalten.[1]) Es vereinigte sich also das besondere österreichische Interesse mit dem allgemeinen, um den Widerstand gegen die gefährliche Entwickelung der Dinge in Frankreich notwendig erscheinen zu lassen. Dazu war aber die Hülfe Preußens von nöten. Um nun nicht das Bündnis in der zwölften Stunde zum Scheitern zu bringen, wurden die ohnehin nicht von allen Ministern geteilten Rücksichten auf Polen geopfert. Reuß nahm also den Antrag des preußischen Ministeriums an, daß in den Bundesvertrag statt der Worte: Gewährleistung der freien Verfassung Polens (d. h. der Verfassung vom 3. Mai) die Lesart: Gewährleistung einer freien Verfassung Polens eingesetzt werde, ein Ausdruck, der Preußen so gut wie keine Verpflichtung auferlegte, von Oesterreich aber den Verzicht auf den großen polnisch-sächsischen Plan heischte. Der scheinbar so geringfügige Austausch der Geschlechtswörter bedeutete für das Reich Sobieskys den Untergang. „Es war die vernichtende Entscheidung über Polens Selbständigkeit.“[2]) —

Wir haben gesehen, daß das von Barnave und Lameth beeinflußte Ministerium de Lessart sich eifrig angelegen sein ließ, den Kaiser über die Haltung Frankreichs zu beruhigen und damit die Kriegsgefahr aus dem Wege zu räumen, daß dagegen Narbonne und seine Leute dem Kriege nicht grundsätzlich widerstrebten, sondern nur verhindern wollten, daß Frankreich gezwungen werde, allein mit halb Europa sich einzulassen. Von einem Zweikampfe zwischen Oesterreich, dem Hort der Legitimität, und dem konstitutionellen Frankreich wurde günstiger Erfolg erhofft, und dadurch sollten dem monarchischen Prinzip neue Freunde gewonnen werden. Deshalb wandte Narbonne nicht bloß den Rüstungen größte Sorgfalt zu, sondern versuchte auch jedes Mittel, um den Kaiser von Bundesgenossen zu entblößen. Ein wunderlicher Gedanke war es, den Herzog von Braunschweig, den Genossen der Fridericianischen Siege, den Bezwinger der holländischen Revolution, an die Spitze der französischen Armee zu rufen. Nicht

---

[1]) Feuillet de Conches, IV, 338; Rapport du comte de Mercy au prince de Kaunitz, 24. dec. 1791. — Leopold schrieb am 31. Dez. 1791 an Marie Christine: „Je suis convaincu, que sous main van der Noot, van Eupen, van der Mersch, Vonck, les Barnaves, et tout cela est d'accord ensemble et que les États, qui ont en Brabant l'intérêt, que les liquidations et les comptes de leur gestion ne se voient pas, cherchent à animer les autres, pour que les troubles se maintiennent et quelqu'explosion même brouille les cartes et empêche qu'on ne revoie leurs friponneries et qu'ils perdent leur crédit.“ (A. Wolf, Leopold II. und Marie Christine, ihr Briefwechsel, 283.)

[2]) Sybel, Hist. Zeitschr. X, 430.

bloß Narbonne, den dabei die Erinnerung an einen anderen Deutschen, der in trüber Zeit die französische Waffenehre gerettet hatte, an Marschall Moritz von Sachsen leiten mochte, wies auf den Herzog hin; auch der getreue Fersen gab der Königin den Rat, sie möge an dem berühmten deutschen Feldherrn eine Stütze des französischen Thrones zu gewinnen suchen. „Er ist ein Mann von Geist, Talent und Ehrgeiz, er hat Einfluß in Berlin; glauben Sie nicht, daß es dankenswert wäre, ihn zu gewinnen? Er war immer ein Freund Frankreichs!“ [1]) Herzog Karl Wilhelm stand bei dem König von Preußen in Gunst und Ansehen; man durfte hoffen, an ihm für gewisse Wünsche der französischen Regierung einen einflußreichen Vermittler zu erwerben. Narbonne schlug also dem Könige vor, einen Schützling der Frau von Staël, den Sohn des Generals Custine, nach Braunschweig zu senden, um dem Herzog den schmeichelhaften Vorschlag zu unterbreiten. Custine hatte in Berlin militärische Studien gemacht und die Gunst des Prinzen Heinrich, des Oberhauptes der „französischen Partei“ am preußischen Hofe und vertrauten Freundes des Herzogs von Braunschweig, erlangt; er konnte also trotz seiner Jugend — er zählte erst 23 Jahre — als geeigneter Zwischenträger gelten. König Ludwig schwankte, die Königin erblickte in dem Ansinnen eine „tolle Idee“; schließlich drang aber die Forderung Narbonnes durch, Custine wurde nach Braunschweig abgeordnet. Das königliche Schreiben, das er zu übergeben hatte, enthielt nur allgemeine freundschaftliche und friedliche Versicherungen; ein förmlicher Antrag sollte erst gestellt werden, wenn über die Gesinnung des Herzogs Klarheit geschaffen wäre.[2])

Custine fand in Braunschweig freundliche Aufnahme, doch der Herzog zeigte sich seinem Gaste in anderem Lichte, als dieser erwartet hatte. „Er ist — so berichtete Custine nach Paris — ein philosophischer Fürst, ein Freund der Geistesfreiheit, aber schließlich doch ein Fürst, der ebensowenig Geschmack an der Volksherrschaft, wie an der Kirche findet.“ Vorurteilslosigkeit, Reformeifer, Menschlichkeit seien in ihm, wie bei Voltaire und Friedrich, vereinigt mit Verachtung der unwissenden Menge und des gewöhnlichen Haufens; er bewundere die Grundsätze der Revolution, aber er beklage die Unordnung, welche sie im Gefolge habe. Obwohl nun Custine durch diese und andere „Widersprüche“ im Wesen und in den Ansichten des Herzogs fast entmutigt war, glaubte er doch im Vertrauen auf den Ehrgeiz des Fürsten den Zweck seiner Sendung enthüllen zu dürfen. Um Frankreich, so erklärte er dem Herzog, die alte Größe wieder zu verschaffen, fehle ihm nichts anderes, als ein Mann von festem Charakter, der Ordnung in die Armee bringe, die Leidenschaften des Volkes zügle und dem Staat die Achtung der Mächte erzwinge. „Und wenn nun die französische Nation durch das Organ ihrer Vertretung erklären würde: Es gibt in der schweren Krisis, die uns im Innern und von außen bedroht, nur *einen* Mann in Europa, der vermöge seines Ruhmes und seiner Talente jener hohen Bestimmung entspräche, und wenn nun die französische Nation diesen Einzigen, der sich selbst der Nachwelt schuldet, um seine Dienste angehen, wenn der König sich durch

[1]) Fersen, I, 317.

[2]) Sorel, La mission de Custine à Brunswick en 1792; Revue historique, I, 154.

eine öffentliche Kundgebung dieser Erklärung anschließen würde, und wenn dieser große Mann Sie selbst wären, Monseigneur, was würden Sie zur Antwort geben?" Im ersten Augenblick war der Herzog betroffen, dann erhob er allerlei Einwände und erbat Bedenkzeit. Anderen Tags lehnte er das Anerbieten entschieden ab. Er wisse den hohen Wert des in ihn gesetzten Vertrauens wohl zu würdigen, schrecke auch vor den damit verbundenen Schwierigkeiten nicht zurück, und ebensowenig vermöge der banale Vorwurf, daß er durch Annahme des Anerbietens in die Reihen der Gegner der legitimen Sache trete, ihn zurückzuschrecken, allein er besitze zu viel Eigenliebe, um seine Kräfte und seinen Eifer einer aussichtslosen Aufgabe zu widmen, und daran sei doch gar nicht zu zweifeln, daß er in Frankreich im tollen Wirbel der Parteien sich nimmermehr behaupten könnte. „Sie haben zu viel geistreiche Leute, allzu erleuchtete und strenge Richter, — und die öffentliche Meinung ist gar wandelbar" — — Trotzdem glaubte Custine nicht alle Hoffnung auf Bekehrung des Herzogs aufgeben zu müssen; wenn der König selbst, meinte er, eine offene, dringliche Bitte an seinen Standesgenossen richten möchte, sei von diesem noch nicht das letzte Wort gesprochen. —

In England sollte ein Mann, der sich später als Meister in allen diplomatischen Künsten und Schlichen bewährte, der ehemalige Bischof von Autun, Talleyrand, den Boden für ein Bündnis mit Frankreich ebnen; zu diesem Zweck sollten sogar bedeutende Abtretungen, — es war die Rede von den Inseln de France und Bourbon — in Aussicht gestellt werden. Doch auch Talleyrand sollte zunächst nur als Privatmann in London auftreten und nur unter der Hand für den natürlichen Bund der „Brüder in gesetzmäßiger Freiheit" wirken.

Ein Diplomat, der schon früher in Deutschland mehrfach thätig gewesen war, Barbé-Marbois, wurde damit betraut, in Regensburg die Vertreter der kleineren deutschen Höfe in französischem Sinne zu bearbeiten; er sollte ihnen vor Augen führen, welche Gefahr das preußisch-österreichische Bündnis für die Unabhängigkeit der übrigen Reichsstände bedeute, wie der Schwache von Frankreich allein uneigennützigen Schutz zu erwarten habe. Insbesondere sollte der Herr Botschafter — man sieht, wie die Staatskunst der Revolution wieder einlenkt in die Schleichwege der geheimen Diplomatie Ludwigs XV. — die unehelichen Söhne des Herzogs von Zweibrücken zu gewinnen suchen, um durch sie auf den zärtlichen Vater und durch diesen auf den Kurfürsten von Baiern einzuwirken und auf solche Weise Pfalzbaiern in die Arme des „historischen Bundesgenossen" Frankreich zurückzuführen.

Noch dunklere Pfade suchten die Vertreter der „gesetzmäßigen Freiheit" einzuschlagen, um ein Bündnis mit Preußen zu erreichen oder doch die Vereinigung der deutschen Großmächte zu stören. Es schien sich gerade eine bequeme Handhabe zu bieten. General Biron, der sich genauer Kenntnis der verschlungenen Berliner Verhältnisse rühmte, glaubte in dem preußischen General Heymann einen dienstwilligen Bundesgenossen gefunden zu haben; auch „die den Illuminatenkreisen angehörigen und bestechlichen Leute in der Umgebung des Königs", Bischoffswerder, Wöllner, Gräfin Dönhoff, ihr Oheim Lindorf, Madame Ritz und ihr Gatte sollten für das Interesse Frankreichs verpflichtet werden. Talleyrand, dem Biron zunächst seinen Plan enthüllt hatte, war davon entzückt.

„Ich werde für den Erfolg dieser großen Sache alles thun, was in meinen Kräften steht ... Hat sich erst einmal der König von Preußen für uns entschieden, dann sind wir die Herren der Lage, die Verfassung wird sich glücklicher Fortentwicklung erfreuen, und alles Mißtrauen wird schwinden; ich zweifle nicht mehr daran, daß die Beschlüsse des Königs von Preußen sich von denjenigen des Kaisers trennen werden ..." [1])

Talleyrand wäre am liebsten selbst nach Berlin gegangen, doch de Lessart glaubte dorthin eine angesehenere Persönlichkeit, einen Minister, senden zu müssen. Ein „erprobter" Diplomat, Graf Segur, erhielt (22. Dezember) den Auftrag, auf die preußische Regierung einzuwirken, daß sie von Einmischung in die Angelegenheiten Frankreichs und von Unterstützung des Kurfürsten von Trier absehe; ferner sollte er dahin wirken, daß die Zusammenrottungen der Emigranten aufhörten und die im Elsaß begüterten Fürsten eine Entschädigung annähmen. De Lessart und seine Kollegen hatten aber längst aufgehört, die einzigen Leiter der französischen Politik zu sein. Biron wollte keineswegs auf die Durchführung seiner eigenen Pläne in Berlin verzichten; im Einverständnis mit Talleyrand betraute er einen Allerweltskünstler, einen Herrn de Jarry, mit einer geheimen Mission nach Berlin, um die einflußreichen Rosenkreuzer für die konstitutionelle Sache anzuwerben. De Jarry stand aber schon im Sold des legitimistischen Grafen von der Mark; kaum hatte er von Biron die geheimen Aufträge erhalten, waren dieselben den Royalisten, sowie dem Grafen Mercy bekannt. Damit war der Plan Birons und seiner Freunde, in der preußischen Residenz Boden zu gewinnen, von vornherein vereitelt.

Doch auch dem Vertreter der französischen Regierung war kein besserer Erfolg beschieden. Schon die Wahl des Vermittlers war keine glückliche. Segur hatte zwar einen von Ludwig XVI. unterzeichneten Vollmachtsbrief aufzuweisen; gleichzeitig traf aber ein Schreiben Breteuils an Graf Schulenburg ein, das dem Gesandten die Berechtigung, als Vertreter der königlichen Wünsche zu gelten, rundweg absprach. Auch Roll, der Agent der französischen Prinzen, wußte zu berichten, daß sich Segur während seines Aufenthalts in Straßburg mit dem jakobinisch gesinnten Bürgermeister Dietrich zu gemeinsamer Förderung einer gleichzeitigen Erhebung aller freiheitsbedürftigen Völker verbunden habe.

Begreiflicherweise wurde also dem „Verräter an seinem königlichen Herrn" am Berliner Hofe ein wenig gnädiger Empfang zu teil. Der Franzose war höchlich erstaunt, überall auf verschlossene Thüren und verlegene Mienen zu stoßen. Von Schulenburg wurde er zwar empfangen, aber unfreundlich angelassen. „Es ist an Frankreich, den drohenden Krieg zu verhindern. Ich sehe nichts Beunruhigendes in dem Häuflein Emigranten, denen man nicht einmal gestattet, sich zu bewaffnen. Gebt endlich einmal den im Elsaß begüterten Reichsfürsten die schuldige Genugthuung! Zieht endlich einmal Schranken der Verwirrung, die alle Nationen beunruhigt, und hört auf, euch zu wundern, wenn die Könige, die Staatsmänner und die Edelleute aller Länder gegen die Ausbreitung eurer Grundsätze zu einem mächtigen Bunde sich zusammenschließen!"

[1]) Sorel, I, 339.

„Doch warum weigern sich die deutschen Fürsten, sich mit uns zu verständigen? Wollen sie verlangen, daß man die allgemeine Geltung der Gesetze aufheben, das Volk zu neuen Unruhen stacheln und den Bürgerkrieg entzünden soll, nur weil von den Reichsfürsten oder vielmehr vom Reich (denn einige Fürsten wären gern zur Verständigung bereit) eine billige Abfindung mit Geld zurückgewiesen wird?" „Eure Unruhen und eure Verfassung gehen das Ausland nichts an; das Reich hatte ebenso, wie ihr, eine Verfassung, die das bündige Verbot einer Abtretung von Reichsgebiet enthielt, und dennoch hat man euch das Elsaß übergeben. Das Reich kann sich nicht auf eine Geldentschädigung einlassen, denn das Geld wird aufgezehrt, und dann bleibt uns das Nachsehen, und davon abgesehen, gewisse Rechte sind mit Ehrenpflichten verbunden, von denen nichts zu entbinden vermag!" Friedrich Wilhelm wollte den Franzosen gar nicht empfangen; endlich verstand er sich dazu, sprach aber bei der Audienz nur von seiner warmen Teilnahme am Lose der königlichen Familie. Die gegenwärtigen Gewalthaber, äußerte er trocken, trügen die Schuld, daß Frankreich wohl auf lange Zeit jeglichen Einfluß in Europa verloren habe. „Frankreich trachtet auch gar nicht danach," erwiderte Segur, „es will sich gar nicht in die Angelegenheiten anderer einmischen, doch es ist viel zu umfangreich und bevölkert, als daß es sein Gewicht in Europa verlieren könnte. Ich hoffe, daß die Regierung Eurer Majestät immer eine glückliche sein wird; wenn aber einmal eine ungünstigere Wendung einträte, würde der Einfluß Frankreichs sehr zu statten kommen, und Eure Majestät würden die Schwächung dieses nützlichen Gegengewichts zu bedauern haben!" Die Warnung wurde vom König mit frostiger Gleichgültigkeit aufgenommen; dagegen beeilte er sich, dem Vertreter des Kaisers die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Anwesenheit des Franzosen keine Gefahr für das Bündnis der beiden Höfe bedeute. Im Theater flüsterte er dem Fürsten Reuß zu: „Haben Sie schon etwas von den Fremden gehört oder gesehen? Segur ist am Sonntag hier angekommen und seither schon bei mir gewesen!" „Auch bei mir hat er sich eingefunden," erwiderte Reuß, „er hat mir mit glatten Worten zugesetzt, so daß man fast hätte glauben können, daß er als treuer Diener des königlichen Hauses anzusehen wäre; da mir aber seine wahre Gesinnung bekannt ist, habe ich ihm als deutscher Mann geantwortet!" „So werde auch ich ihn abfertigen," erklärte der König, „er soll mir nichts weiß machen!" Darauf nahm Reuß die günstige Gelegenheit wahr, die kaiserlichen Vorschläge zu empfehlen. „Alles, was vom Kaiser kommt," erwiderte Friedrich Wilhelm, „ist für mich von unschätzbarem Wert, und ich brenne vor Ungeduld, die neuen Vorschläge kennen zu lernen!" [1]) Bischoffswerder, Heymann und die anderen von Biron als käufliche Kreaturen bezeichneten Leute in der Umgebung des Königs mußten nach den Enthüllungen de Jarrys alles aufbieten, um den Verdacht einer sträflichen Hinneigung zu Frankreich von sich abzuwälzen. Bischoffswerder versicherte dem Fürsten Reuß, er werde den Boden unter den Füßen des Franzosen so heiß machen, daß ihm die Lust an Umtrieben vergehen werde. So geschah es auch. Segur konnte sich die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen nicht

[1]) Vivenot, I, 321.

verhehlen und bat selbst um schleunige Abberufung. Er soll dem Verdruß über das klägliche Fiasko offen Ausdruck gegeben haben; es wird erzählt, er habe in Gegenwart der Minister zornig den Hut zu Boden geworfen und unter Verwünschungen den Saal verlassen.[1]) Der preußische Gesandte in Paris, Graf Goltz, hatte Mühe, die peinlichen Erlebnisse Segurs in Berlin zu entschuldigen, indem er sie aus jenen früheren Vorgängen in Petersburg zu erklären suchte. Es war aber nicht mehr zu bezweifeln: von Preußen hatte die gegenwärtige Regierung Frankreichs nichts zu hoffen. Als der junge Custine von Braunschweig nach Berlin ging, um den verunglückten Versuch Segurs nochmals aufzunehmen, fand auch er keine günstigere Aufnahme. Anspielend auf die Worte, womit in der Nationalversammlung das Andenken an Friedrich den Großen angerufen worden war, sagte Schulenburg zu Custine: „Wenn König Friedrich noch am Leben wäre, so würde die Aufforderung an Ihren König vom 25. Januar unfehlbar sofort zum Krieg geführt haben, denn die Würde der Souveräne muß geschützt und gewahrt bleiben!“ [2])

Endlich gingen die Verhandlungen wegen des preußisch-österreichischen Bündnisses in rascheres Tempo über. Der zu Grunde gelegte Entwurf stammt aus der Wiener Staatskanzlei. Schon Ranke hat auf die wunderliche Thatsache hingewiesen, daß dazu die Worte des Vertrags zwischen Oesterreich und Frankreich vom 1. Mai 1756 benützt und nur die für den gegenwärtigen Fall gebotenen, sachlichen Bestimmungen in die alte Form eingefügt sind. Es war nur eine sogenannte Defensivallianz, aber wie jener Vertrag von Versailles offenbar gegen Preußen, so war der neue Bund gegen Frankreich gerichtet. „Der Vertrag enthielt einen Umschlag der österreichischen Gesichtspunkte von Grund aus; wenn die frühere Politik dahin gegangen war, Schlesien mit Hülfe von Frankreich wieder zu erobern, so wurden jetzt alle die Verträge, durch welche Schlesien abgetreten worden, ausdrücklich garantiert, und wenn 1756 eine Abtretung der Niederlande an Frankreich möglich erschienen war, so wurde jetzt die Hülfe von Preußen zur Erhaltung derselben in Aussicht genommen.“ [3])

Gerade daran hatten die Leiter der preußischen Politik bisher Anstoß genommen. Auch jetzt erhoben sie Einspruch gegen die zu weit gehende Fassung des Wiener Entwurfes, wonach die beiden Staaten im allgemeinen zu wechselseitigem Schutz ihrer Gebiete verpflichtet sein sollten,[4]) und sie setzten auch durch, daß die Verpflichtung gegenseitiger Hülfeleistung bei Ausbruch innerer Unruhen „der großen Entfernung wegen“ weder auf die belgischen Provinzen, noch auf das preußische Westfalen und Ostfriesland sich erstrecken sollte.[5]) Die Aenderung

[1]) Ranke (Ursprung und Beginn der Revolutionskriege, 163) ist geneigt, den Berichten über das auffällige Benehmen Segurs — er soll in zorniger Aufwallung sogar einen Selbstmordversuch gemacht haben — Glauben zu schenken. Vermutlich ist manches auf übertreibende Erzählungen der Agenten der französischen Prinzen zurückzuführen.

[2]) A. Sorel, I, 371.

[3]) Ranke, 164.

[4]) Preuß. St.-Archiv. Négociations de Bischoffwerder. Memorandum des Ministeriums v. 19. Jänner 1792.

[5]) Vivenot, I, 370. Am 5. Febr. 1792 schreibt das preuß. Ministerium an Jacobi: „A l'égard de l'article concernant le secours mutuel en cas des troubles interieurs, on

hatte aber insofern keine praktische Bedeutung, als die Hauptbestimmung des Vertrags dahin lautete, daß jeder Angriff auf preußisches oder österreichisches Gebiet mit gemeinschaftlichen Kräften abgewehrt werden sollte; da nun vorauszusehen war, daß im Falle des Bruches der erste Angriff der Franzosen sich gegen Belgien wenden werde, so war, gleichviel ob der Einfall durch innere Unruhen unterstützt würde oder nicht, das bewaffnete Einschreiten Preußens unter allen Umständen geboten. Das war die Hauptsache, und wenn auch Frankreich im ganzen Vertrag mit keiner Silbe erwähnt wird, so war doch der Kernpunkt kein anderer als: Preußen verpflichtet sich, im Kriege mit Frankreich dem Kaiser zur Seite zu stehen.

In Bezug auf Polen war, den vorausgegangenen Abmachungen entsprechend, festgesetzt, daß die beiden Mächte gegen die Erhaltung einer freien Verfassung (d'une libre constitution) nichts unternehmen und auch Rußland zu gemeinschaftlichem Einvernehmen einladen sollten.

Am 7. Februar wurde der Vertrag in Berlin unterzeichnet. [1])

Gleichzeitig wurde in Berlin über ein an die französische Regierung zu richtendes Ultimatum Beratung gepflogen. Es soll — so schlug der Entwurf der Wiener Staatskanzlei vor — von Frankreich gefordert werden, daß es seine Rüstungen aufgebe, die im Elsaß begüterten Reichsfürsten in ihre Rechte wieder einsetze, Avignon dem Papste zurückstelle, für die persönliche Sicherheit der königlichen Familie Bürgschaft leiste, den Fortbestand der monarchischen Regierungsform zusichere und die fortdauernde Geltung der von Frankreich und anderen Staaten geschlossenen Verträge anerkenne. Das preußische Kabinett schlug vor, an Stelle des letzten Punktes zu fordern, daß die französische Regierung sich verpflichten möge, die Umtriebe der „Konstitutionsfreunde" und ähnlicher, zur Ausbreitung der revolutionären Idee gestifteter Gesellschaften zu unterdrücken [2]).

---

est convenu d'un expédient, qui concilie la prestation de l'assistence en question dans les cas nécessaires et le but d'en imposer par cette promesse reciproque à ceux, qui pourroient vouloir troubler la tranquillité dans les états respectifs avec le désir d'écarter les inconveniens et les difficultés d'un envoi de troupes dans des provinces trop éloignées du centre de la domination respective. On a laissé subsister pour cet effet l'article separé sur ce sujet, qui deviendra public avec le corps du traité tel que la cour Impériale l'a proposé, et dans un second article secret on a restreint cette assistance aux provinces respectives situées en Allemagne, y compris la Bohême, la Moravie et la Silésie, mais à l'exclusion des provinces belgiques de l'Empereur et de mes Provinces Westphaliennes." Kaunitz schrieb an Reuß (20. Febr. 1792), nur das Verlangen, den Abschluß der Allianz nicht aufzuhalten, habe den Kaiser bewogen, auf alle Wünsche Preußens einzugehen, sonst wäre die Bestimmung, daß sich die gegenseitige Unterstützung nicht auf die Niederlande erstrecken sollte, gewiß nicht angenommen worden, denn diese Beschränkung könne nur als Zugeständnis an die „wahrhaft gehässige" Politik des Großbritannischen Hofes ausgelegt werden.

[1]) Martens, Supplément au recueil des principaux traités, II, 172; Traité d'alliance entre S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et S. M. le Roi de Prusse, conclu à Berlin le 7. fevrier 1792. (Ratification par le Roi de Prusse le 19. fevrier 1792; Martens, II, 177.)

[2]) Preuß. St.-Archiv. Communikationen des Fürsten Reuß 1791—1792. Memorandum des preuß. Ministeriums für den König vom 3. Febr. 1792.

Den Emigranten sollte eine völlig passive Rolle aufgenötigt, aber auch von einem bewaffneten Kongreß, wie ihn Breteuil im Namen des Königs begehrt hatte, abgesehen werden.[1]) Um den Leuten, welche sich die souveräne Gewalt anmaßen, den nötigen Ernst zu zeigen, soll der Kaiser 6000 Mann in den Breisgau schicken, der König von Preußen ebensoviel Truppen nach Cleve.

Auch die Entschädigung für die aufzuwendenden Kriegskosten kam zur Sprache. Die erste Anregung scheint von Preußen ausgegangen zu sein. Schon im Oktober des vorigen Jahres hatte Jacobi in Wien auf den Busch geklopft, indem er an Spielmann die Frage richtete, ob nicht Oesterreich für den Fall glücklicher Abrechnung mit Frankreich an Erwerbung von Elsaß und Lothringen denke.[2]) Damals hatte Spielmann den „insipiden Gedanken" abgewiesen; an Erwerbungen sei schon deshalb nicht zu denken, da am Widerstand Englands alle derartigen Pläne scheitern würden. Auch in den Berliner Konferenzen warf Preußen zuerst die Entschädigungsfrage auf. Preußen trieb dabei, sagt Sybel, „eine durchaus realistische Politik"; es wäre wohl ein schärferes Wort am Platze für die ganz und gar nicht den realen Verhältnissen entsprechende Begehrlichkeit, die das Fell schon teilen wollte, ehe das Wild erlegt war. Falls der Kampf mit Frankreich glücklichen Ausgang nähme, sollte der Kaiser einen Teil von Elsaß und Lothringen sich aneignen, den Rest sollte der Kurfürst von der Pfalz erhalten und dafür die Herzogtümer Jülich und Berg an Preußen abtreten. Der auch von Friedrich Wilhelm genehmigte Vorschlag sollte jedoch nur mündlich aufs Tapet gebracht werden; in der Zuschrift an Reuß vom 4. Februar war nur gesagt, der König halte eine Entschädigung durch erobertes Gebiet für zulässig und geboten, das weitere möge späteren Abmachungen vorbehalten bleiben.

Wie es Kaiser Leopold gewünscht hatte, wurde General Bischoffswerder bald nach Unterzeichnung des Berliner Vertrags nach Wien abgeordnet, um mit Kaiser und Kanzler zu beraten, wie sich die nunmehr verbündeten Staaten den brennenden Fragen der europäischen Politik gegenüber verhalten sollten. In der Instruktion für Bischoffswerder vom 18. Februar dürfen wir den wirklichen Ausdruck der Ansichten und Absichten des Königs selbst erblicken.[3]) Der Gesandte soll vor allem den Kaiser zu überzeugen suchen, daß der König sein ganzes Verhalten gegen Frankreich nach dem Willen und Wunsche des Bundesgenossen einrichten werde; man wolle in Berlin weder zum Kriege reizen, noch davon zurückhalten, nur halte man für angemessen, darauf aufmerksam zu machen, daß eine schwächliche, schwankende Haltung der deutschen Höfe die Umstürzler erst recht übermütig machen und den Frieden untergraben würde. Falls

---

[1]) Der Einwand des Kaisers: Wer soll als Bevollmächtigter des Königs von Frankreich auf dem Kongreß auftreten? sei vollkommen begründet, „puisque le Roi ne peut se charger du mandat des usurpateurs de l'authorité souveraine, et que, s'il s'en chargeroit, on ne pourroit rien lui demander, qui ne fut au contraste avec les engagements qu'il a pris. De plus, tout ce qui seroit demandé ne pouvant l'être qu'en faveur du roi, ce Prince en se chargeant de traiter auroit le pour et le contre à soutenir."

[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 24. Okt. 1791.

[3]) Ebenda. Acta, betreffend die Instruktion für Bischoffwerder et ses depêches 1792.

zu den Waffen gegriffen werden müsse, werde Preußen genau die nämlichen Streitkräfte aufbieten, wie der Kaiser, keinen Mann mehr oder weniger. Dem König von Frankreich soll das bestimmte Versprechen abgenommen werden, daß er, wie es ja Marquis Breteuil schon in Aussicht gestellt habe, die zu seinem Schutze auftretenden Mächte entschädigen wolle. Wenn es bei militärischen Demonstrationen verbliebe, wäre nur Ersatz der Kriegskosten, eine Geldentschädigung zu fordern; wenn es aber zum Kriege käme und Eroberungen auf französischem Gebiete gemacht würden, müßten diese auf oben erwähnte Weise zur Entschädigung der Sieger verwendet werden.

Da ein einheitlicher Oberbefehl über die beiden Armeen den militärischen Unternehmungen wesentlich zu gute kommen würde, möge Bischoffswerder dem Kaiser nahelegen, ob nicht auch ihm angemessen erscheine, den Herzog von Braunschweig als Oberbefehlshaber aufzustellen; von diesem ebenso welt- wie kriegserfahrenen Manne sei nicht zu befürchten, daß er den nötigen Takt gegen den Prinzen Hohenlohe vermissen lassen oder gar dem Kaiser selbst Grund zu Mißtrauen geben werde.

Der König von Preußen denkt also an den Krieg und sorgt für den Krieg, aber er hält ihn nicht unter allen Umständen für geboten, und auch er will den Franzosen durchaus nicht eine Gegenrevolution im Sinne der Emigranten aufnötigen.

Von den französischen Prinzen wird in der Instruktion nur nebenbei gesagt, es erscheine dem König angezeigt, etwas für sie zu thun; dagegen soll für den Fall, daß Rußland oder Schweden Gesichtspunkte aufstellen oder Mittel vorschlagen würden, welche mit den Beschlüssen der deutschen Mächte in Widerspruch ständen, von vornherein auf gemeinsame Abwehr gesonnen werden.

Endlich sollte Bischoffswerder dem Kaiser nochmals beteuern, daß der König keineswegs eine neue Teilung Polens im Schilde führe, dagegen entschlossen sei, die neue Regierungsform Polens nicht anzuerkennen. Preußen habe nach dieser Richtung durchaus keine Verpflichtung eingegangen; nach dem Staatsstreich vom 3. Mai sei nur in allgemeinen Ausdrücken versichert worden, daß Preußen gegen die Erhebung des befreundeten Kurfürsten von Sachsen nichts einzuwenden habe; von einer Garantie der neuen Verfassung sei nicht die Rede gewesen. Diesen Standpunkt habe Preußen auch bei den Verhandlungen mit dem Kaiser immer festgehalten, denn die Festsetzung einer erblichen Regierung in Polen oder vielmehr die davon zu erwartende Kräftigung der polnischen Krone entspreche nicht dem Interesse Preußens und der übrigen Nachbarmächte. Seine Majestät sei weit entfernt, gegen die neue Verfassung Gewaltmaßregeln ergreifen zu wollen, wünsche vielmehr dem sächsischen Hause alles Gute, aber man müsse doch wissen, wie Rußland sich zu dieser Frage stellen werde. Es soll also vor allem darnach getrachtet werden, ein Einverständnis mit der Zarin zu erzielen; dagegen soll Bischoffswerder das feierliche Versprechen geben, daß Preußen sich niemals auf einseitige Abmachungen mit Rußland einlassen werde.

Mit solchen Weisungen langte General Bischoffswerder am 28. Februar in Wien an. Er konnte auf freundliches Entgegenkommen rechnen, denn gerade die leitenden Kreise in der Donaustadt erblickten zur Zeit im Bündnis mit Preußen

eine willkommene Errungenschaft. In anderen Fragen gingen die Ansichten freilich auseinander.

Kaunitz war zwar ärgerlich über den anmaßenden Ton, den die Pariser Advokaten und Zeitungsschreiber gegen den Kaiser anschlugen, äußerte auch wohl einmal, es sei geboten, jenen Schreiern einen Schlag auf die Hand zu geben oder doch einen Schreibebrief zu senden, den sie nicht ans Fenster stecken würden; er war aber nichts weniger als geneigt, den scharfen Worten eine ernste That folgen zu lassen. „Ich weiß ganz bestimmt," schrieb Jacobi gegen Ende Januar nach Berlin, „Fürst Kaunitz sieht einen Krieg mit Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine höchst gefährliche Sache an."[1]) Auch vier Wochen später nahm Kaunitz noch den nämlichen Standpunkt ein. Umsonst forderte der Reichsvizekanzler Fürst Colloredo, man müsse endlich einmal offen auf der Wiedereinsetzung der Reichsfürsten in ihre Rechte im Elsaß bestehen; Kaunitz erwiderte, eine solche Forderung bedeute für Frankreich die Gegenrevolution, für Oesterreich den Krieg, dürfe also keinesfalls gestellt werden. Wie Colloredo, so hielt auch Cobenzl den Augenblick für gekommen, mit Frankreich abzurechnen. Was er darüber zum preußischen Gesandten sagte, ist besonders merkwürdig als Ausdruck der Ansicht eines hervorragenden kaiserlichen Beamten über das Verhältnis Deutschlands zur Revolution. Die Brandreden der Brissot und Guadet, sagte Cobenzl, haben die revolutionären Leidenschaften so heftig erregt, daß die deutschen Nachbarn am Rhein schon heute nichts sehnlicher wünschen, als dem Beispiel der Franzosen je eher, je lieber zu folgen. „Die österreichischen und preußischen Truppen werden, sobald es zum Kriege kommt, zunächst nicht mit Franzosen, sondern mit deutschen Landsleuten sich zu schlagen haben." Je länger man aber diese Mißstände duldet, um so schwerer wird es fallen, sie auszurotten. Auch in Brabant steht alles auf dem Spiele. Erst in den letzten Tagen ist wieder eine Verschwörung aufgedeckt worden, in welche die angesehensten Familien des Landes verwickelt waren; am Zusammenhang mit den Umstürzlern in Paris ist gar nicht zu zweifeln; ganze Scharen Franzosen betreten niederländisches Gebiet, angeblich um Schutz zu suchen, in Wahrheit, um ihre hochverräterischen Ideen in Stadt und Land zu tragen. Soll man warten, bis der Brandstoff überall hingetragen ist, bis es den Brandstiftern belieben wird, den Zunder in Flammen zu setzen?

Doch Kaunitz verhielt sich auch gegen die Vorstellungen des Vizekanzlers ablehnend; gerade die Ansteckung der Niederlande könne nur durch äußerste Vorsicht und Mäßigung verhütet werden. Der Kaiser selbst teilte die Auffassung des Kanzlers. „Er weiß sehr gut," schrieb Jacobi, „warum er den Krieg nicht will; die innere Lage der Erbstaaten ist nicht von solcher Art, daß gewagte Experimente am Platze wären." Die böhmischen Bauern verlangen Wiederherstellung des Josephinischen Kontributionssystems; die steirischen Bauern begehren eine Vertretung in der Ständekammer; die Ungarn erlauben sich stolzere Sprache denn je; in den Niederlanden kann jeden Tag offene Empörung ausbrechen. Schon auf das Gerücht, daß ein kleines Armeecorps Marschbefehl nach dem

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 28. Jan. 1792.

Breisgau erhalten habe, eskomptieren die Wiener Bankhäuser die Wechsel nur mit 10 Prozent Verlust. „Da der französische Gesandte in Wien viele gute Freunde hat, kann ihm gar nicht unbekannt sein, daß der Kaiser von einem Kriege überhaupt nichts wissen will, und vollends einem Kriege mit Frankreich tausend Schwierigkeiten entgegenstehen!" Auch das preußische Kabinett fand in der Antwort der Wiener Staatskanzlei auf die Erklärungen de Lessarts mehr einen Rückzug, als einen Angriff. „Ich kann nicht verhehlen," schrieb der Minister am 23. Februar an Jacobi, „daß mir die Wendungen in der kaiserlichen Antwort auf die Eröffnungen des Herrn von Noailles ein wenig gar zu sanft erscheinen und eher an eine Rechtfertigungsschrift erinnern, als an eine Kundgebung, die mit Mäßigung, aber auch mit Festigkeit die wahre Gesinnung des Kaisers erkennen ließe. Es liegt jedoch wenig daran, denn auch eine so weit reichende Schonung wird ihren Zweck verfehlen, da die Köpfe der Demagogen sich immer stärker erhitzen. Nur der gegen die republikanische Partei erhobene Vorwurf, dessen Einflechtung in die Antwort man schon wieder zu bereuen scheint, lautet kräftiger und entschlossener. Von diesen meinen Betrachtungen soll jedoch kein Gebrauch gemacht werden." Man muß nun abwarten, sagte Kaunitz zu Jacobi, welche Wirkung die friedlichen Worte des Kaisers in Paris erzielen werden; sollte sie wider Erwarten ungünstig ausfallen, dann muß man in Gottes Namen ein Armeecorps marschieren lassen, um den Franzosen die verdiente Lektion zu geben! Gleichzeitig aber sprach sich der Kaiser vor dem neapolitanischen Gesandten höchst unzufrieden über die Zurückhaltung der europäischen Mächte aus: „Es fällt mir gar nicht ein, auf Oesterreich allein die Kosten und die Verantwortung eines Krieges mit Frankreich zu bürden; nicht einen Mann will ich marschieren lassen, ohne der Unterstützung der anderen Mächte sicher zu sein!"[1])

Bischoffswerder war höchlich erstaunt, in Wien nicht bloß auf Mangel an Kriegslust, sondern geradezu auf eine entmutigte Stimmung zu stoßen. Das österreichische Kabinett, berichtete er an den König, sieht recht gut ein, daß man handeln sollte, fühlt sich aber durch den traurigen Finanzstand so gedrückt, daß es begierig jeden Vorwand ergreift, um ein kräftiges Auftreten, wie ich es anraten soll, zu vermeiden oder wenigstens hinauszuschieben![2]) „Die jüngsten Erklärungen der Nationalversammlung werden noch dazu beitragen, das Wiener Kabinett in einer Mäßigung zu bestärken, die an Furcht vor einem Kriege nahe heranstreift. Ich begreife noch, daß man die Erklärung Rußlands abwarten will; als aber Cobenzl mir diesen Morgen sagte, man könne in Bezug auf die Mobilisierung keinen Beschluß fassen, ehe sich nicht auch Spanien endgültig erklärt haben werde, was vielleicht noch zwei Monate ausstehen wird, konnte ich mich nicht enthalten, ihm zu erwidern, man scheine die Sache wohl ganz und gar der göttlichen Vorsehung überlassen zu wollen, denn der günstige Augenblick zu

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 22. Febr. 1792.

[2]) Ebenda. Akten, betreffend die Instruktion für Bischoffswerder. Bericht Bischoffswerders vom 29. Febr. 1792. (...„pour ne saisir avec avidité tout prétexte à éluder ou à differer le parti vigoureux, que j'ai à proposer".)

militärischen Unternehmungen werde dann wohl verpaßt sein." In Bezug auf Polen fand Bischoffswerder bei den Wiener Staatsmännern erwünschtes Entgegenkommen: „Sie wollen nichts anderes, als was man in Berlin will!" Auch die Entschädigungsfrage schien keine Schwierigkeiten zu bieten, doch stieg in Bischoffswerder der Argwohn auf, daß Oesterreich seine Absichten auf Baiern keineswegs aufgegeben habe. Die erste Unterredung schloß mit einem Loblied des Kanzlers auf die neue Allianz und die Weisheit der gegenwärtigen preußischen Regierung. „Ich hoffe," schloß er seine Rede, „den Herren in Berlin wird es nicht völlig gleichgültig sein, wie ein politischer Patriarch sie beurteilt!"

Bischoffswerder war vom Kaiser noch nicht empfangen worden; Kaunitz hatte ihm erklärt, ein leichtes Unwohlsein verhindere den Monarchen, Audienz zu erteilen. Leopold litt seit der Rückkehr von Prag an Kolik, die eine auffällige Abmagerung, sowie eine Besorgnis erregende Schwächung des Körpers zur Folge hatte.[1]) Trotzdem hielt Leopold an seiner gewohnten Lebensweise fest und suchte dem Uebel durch drastische Mittel zu steuern. Am 28. Februar befiel ihn ein heftiges Fieber. Die Aerzte glaubten nicht an ernste Gefahr, doch am 1. März nachmittags 3 Uhr brachte ein Schlaganfall das jähe Ende.

Die Nachricht: Der Kaiser ist tot! rief in der Hofburg und der Kaiserstadt lebhafte Aufregung, im ganzen Reiche Aufsehen hervor. Der Todesfall kam so überraschend und die ersten Nachrichten über die Krankheit lauteten so geheimnisvoll, daß es nur wunder nehmen könnte, wenn die Meinung, der Kaiser sei nicht eines natürlichen Todes gestorben, nicht aufgetaucht wäre. In der Presse wurde alsbald von Vergiftung gesprochen. Von vielen wurde die That den Jakobinern zugeschoben, und dieser Argwohn schien dadurch Bestätigung zu finden, daß die Todesnachricht in radikalen Kreisen mit Genugthuung aufgenommen wurde. In einer zu Straßburg erschienenen „Geschichte der gegenwärtigen Zeit" von Simon und Meyer wurde aufmerksam gemacht, daß auch Zar Peter III. und Mirabeau unter ähnlichen Umständen von jähem Tod hinweggerafft worden seien und daß man schon vor einigen Wochen habe hören können: Der Bund der Tyrannenmörder ist kein leerer Traum, bald wird sein Dasein durch eine That bewiesen werden! Ein Fürst, der seine Söldner zur Unterdrückung der Freiheit gegen Frankreich marschieren lassen will, soll als der erste sterben, und jeden, der dem ruchlosen Beispiel folgen will, soll das gleiche Schicksal ereilen. Lange genug haben die Fürsten ihrer Ehrsucht und Laune Hunderttausende geopfert und dadurch Millionen unglücklich gemacht, — jetzt kommt die Reihe an sie! Es ist besser, daß einige Köpfe von den Rümpfen fliegen, als daß die Menschheit wieder an die Ketten der Sklaverei geschmiedet werde![2])

Auch Cottas Straßburgisches Journal knüpfte an die Nachricht von Leopolds Tod den frohlockenden Ausruf: „Der Führer des Bundes der Herrscher wider die Freien ist tot!"[3])

---

[1]) Sartori, Leopoldinische Annalen, II, 194.

[2]) Ein Auszug aus der erwähnten Geschichte der gegenwärtigen Zeit liegt bei den zwischen Kaunitz und Reuß gewechselten Briefen; das Buch selbst war mir nicht erreichbar.

[3]) Strasburgisches politisches Journal, her. von Friedrich Cotta, Bürger von Frankreich, Jhgg. 1792, I, 292, 374.

Auch Friedrich Wilhelm II. gab den Argwohn, daß der Kaiser das Opfer eines Giftmordes geworden sei, erst auf, als Bischoffswerder ihm versicherte, der Verlauf der Krankheit lasse nicht daran zweifeln, daß der Kaiser eines natürlichen Todes verblichen sei.[1]) Uebrigens wurde auch dem Verdacht, der allzu Friedfertige sei von den Emigranten aus dem Wege geräumt worden, Ausdruck gegeben, und als wenige Wochen später Gustav III. einer Verschwörung von Edelleuten zum Opfer fiel, schrieb ein Bewunderer der neufränkischen Freiheit, Georg Forster: „Bald das Gift, bald die Pistole! Wieder ein König mehr, den die höheren Stände mordeten! Seit Karl I. von England sind so viele Könige teils umgebracht, teils angefallen worden, und keiner vom Volk, sondern allemal entweder von ihresgleichen oder vom Adel oder von Pfaffen, und dennoch schreien die elenden Kriecher gegen das Volk!“ [2])

Ohne Zweifel sind die Gerüchte von Leopolds Vergiftung ebenso wie die Ueberlieferung, daß der Tod infolge übermäßigen Genusses sinnlicher Reizmittel (Diavolini) eingetreten sei, unbegründet; die Ergebnisse der Sektion zerstreuten in Wien selbst jeden Verdacht.[3])

Im allgemeinen wurde Leopolds Tod mit aufrichtigem Bedauern aufgenommen. Bei den Freunden des Umsturzes freilich erregte es, wie erwähnt, nur Schadenfreude, daß das legitimistische Europa sein Haupt verloren habe, und in Oesterreich wurde die Katastrophe nach Sartoris Zeugnis von vielen nicht bedauert, weil ihnen Leopold „von jeher zu phlegmatisch erschien, kein Soldatenfreund war und Josephs II. rasche Munterkeit nicht gehabt“.[4]) Von un-

---

[1]) Preuß. St.-Archiv. Signat Friedrich Wilhelms II. an das Kabinettsministerium vom 3. März 1792: „J'avoue, que cette nouvelle m'a fort frappé et qu'au premier moment j'ai même cru l'Empereur empoissonné, mais je vois par la lettre du général, que sa maladie était une fièvre inflamatoire.“

[2]) Forster an Heyne, 14. April 1792; Forsters Schriften, VIII, 186.

[3]) Sartori, II, 196. Am 21. März 1792 schreibt das preußische Ministerium an Jacobi, im Haag und auch in Dresden sei neuerdings das Gerücht aufgetaucht, man habe in den Eingeweiden des verstorbenen Kaisers Gift gefunden; vermutlich habe man es nur mit leerem Klatsch zu thun, allein es wäre von Interesse, zu erfahren, woher dieser Verdacht eigentlich stamme. Darauf antwortete Jacobi (31. März 1792), das empörende Gerücht sei in Wien schon unmittelbar nach dem Trauerfall verbreitet gewesen, und zwar habe man wissen wollen, daß dem Kaiser während seines Aufenthalts in Prag eine Dosis Aqua tophana beigebracht worden sei. Er (Jacobi) habe jedoch von einem an der Sektion beteiligten Arzte vernommen, es habe sich auch nicht das geringste Anzeichen einer Vergiftung entdecken lassen; der Kaiser habe die Gewohnheit gehabt, von Zeit zu Zeit sich selbst Arzneien zu bereiten, und es sei festgestellt, daß er am Sonntag vor seinem Tode eine Dosis Chinin zu sich genommen habe, um sich während der bevorstehenden Audienz des türkischen Gesandten gegen Durchfall zu schützen; höchstens könnte darin ein ziemlich seltenes Symptom gefunden werden, daß bei der Oeffnung des Körpers mehr Blut als gewöhnlich in der Herzkammer sich gefunden habe; der plötzliche Tod habe aber gar nichts Ueberraschendes, da der Kaiser beständig an Kolik gelitten und deshalb ungewöhnlich viel Chinin zu sich genommen habe.

[4]) Ebenda, II, 215. — Vermutlich aus Emigrantenkreisen stammt ein zuerst in der Neuwiedener Zeitung veröffentlichtes, witzelndes Epigramm:

„Leopoldus secundus restitutor!
Restituit Belgradum Turcis,
Pacem Europae,

befangenen Politikern wurde der Tod des friedliebenden Kaisers, dem es vielleicht doch noch gelungen wäre, die Kriegsfurien zu fesseln, als Unglück für die Erbstaaten, wie für das deutsche Reich beklagt. Natürlich fehlt es nicht an byzantinischem Ueberschwang. Als „Muster eines Regenten", dessen Ruhm schon allein das toskanische Gesetzbuch für alle Zeiten erhalten werde, feierte ihn eine „philosophische Rhapsodie" von Fischer.[1]) Die Vaterländische Chronik pries den Staatsmann von „deutscher Gründlichkeit und italienischer Feinheit", den Weisen und Gütigen, der ins zerrissene Reich den Geist der Eintracht und Verträglichkeit wieder eingeführt, den eifersüchtigen Brennus versöhnt, die Rechte der deutschen Fürsten, wie die Verfassungen der fremden Völker unangetastet gelassen habe ...

„Frühe, Cäsars und Friedrichs Umarmung entgegen
Ging Josephs kühner, ruheloser Geist,
Und früher noch scheidet sein sanfterer Folger,
Hier Titus seinem Volk, dort Marc Aurel genannt!"[2])

Aus dem „aufgeklärten" Lager stammt eine langatmige, langweilige Schrift von Wackerbarth, eine „Parallele zwischen Leopold II. und Albrecht II.", die im Leben dieser beiden Fürsten eine Menge ähnlicher Züge nachweist. Beide wurden 45 Jahre alt, beide regierten in ihren Staaten 25 Jahre, als Träger der deutschen Krone nur 18 Monate ꝛc. Andere Vergleiche sind gewaltsam herangezogen, z. B. zwischen der Pariser Nationalversammlung und dem Baseler Konzil, den tonangebenden Ministern Kaunitz und Schlick u. a. Als Hauptverdienst wird dem verstorbenen Kaiser nachgerühmt, daß er den Papst in die gebührende Stellung zurückgedrängt habe, so daß „der ehemals heilige Vater" heute „nicht mehr als zweiter Gott, nicht mehr als zweiter Christus, auch nicht einmal mehr als Nachfolger des Herumstreichers Petrus angesehen" werde.[3]) Die Gegenüberstellung von Titus und Leopold wird in einem Nachruf im Hamburger politischen Journal zu Tode gehetzt; auch hier wird dem deutschen Herrscher das höchste Lob deshalb gespendet, weil er an Billigkeit, Gerechtigkeit, Wohlthätigkeit dem „Liebling des Menschengeschlechts" nicht nachstand, an Vorurteilslosigkeit in Religionsfragen ihn überragte.[4]) Noch schwulstiger preist ein erbitterter Gegner der Aufklärung, Professor Hoffmann in Wien, den der Kaiser mehrfach ausgezeichnet hatte, den „Cäsar, den die Völker mit wonnetrunkener Lippe Vater nannten", dem umsonst der Kriegsdämon im Osten blutigen Lorbeer verheißen, umsonst die Aristokratie

---

Corpus Tumulo,
Animam Deo,
Sic reddendo — restituit rem,
Sed eheu!
Galliam non restituit!"

(Bilbasoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur, I, 588.)

[1]) (Fischer) Leopold der Zweyte (Germanien, 1792), 7.

[2]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1792, 160, 173.

[3]) Parallele zwischen Leopold II. und Albrecht II., von J. v. Wackerbarth, 63. — Die nämliche Parallele zieht auch Prof. Schmid im Journal v. u. f. Deutschland, Jhgg. 1792, 596.

[4]) Hamburger politisches Journal, Jhgg. 1792, 225.

Circens Becher geboten, den auch die jüngste der Eumeniden, die in des Pöbels Majestät das Glück des Volks erblicke, umsonst umschmeichelt habe, der immer zwischen Scylla und Charybdis den rechten Weg gefahren sei, gütiger als Titus, weiser als Numa.[1])

Wertvoller als diese Ergüsse eines bezahlten Patriotismus ist das Charakterbild, das der preußische Gesandte v. Jacobi kurz vor dem Ableben des Kaisers in seinen Berichten vom 11. und 14. Januar 1792 von der Regierungsthätigkeit Leopolds entwarf. Dem Regenten Toskanas zollt Jacobi fast uneingeschränktes Lob. „Bei allen Gelegenheiten zeigten Seine Majestät ebenso aufgeklärten, wie feurigen Eifer für Gerechtigkeit, Hang zu Sparsamkeit, regen Sinn für Ordnung im Haushalt des Staates, entschiedene Abneigung gegen das Militär, heimliche Neigung, die Macht und den Reichtum des Adels und Klerus herabzudrücken und die Wohlfahrt des dritten Standes zu heben, sowohl durch gerechtere Verteilung der Abgaben, als durch Ausbreitung und ausgedehntere Freiheit des Handels. Wenn man sich das bedachtsame Vorgehen des Monarchen als Großherzog von Toskana in allen diesen Verhältnissen ins Gedächtnis zurückruft, wird man überzeugt sein, daß die Langsamkeit und die scheinbare, wohlberechnete Veränderlichkeit, welche die ersten Anordnungen nach dem Regierungsantritt in Oesterreich charakterisierten, viel mehr auf tiefes Nachdenken, als auf leichtfertige, schwankende Grundsätze zurückzuführen sind."

Auch ein vom preußischen Gesandten seinem Hofe mitgeteilter, weit schärfer abgefaßter Bericht eines Ungenannten über Leopold II.[2]) kommt zum Ergebnis, daß der Kaiser in Wien kein anderer geworden sei, als der Großherzog in Florenz. „Er hat, seit er auf den Thron seiner Ahnen gelangt ist, sich immer in zu heikler Lage befunden, als daß er gewagt hätte, seine wahre Gesinnung kundzuthun. Seine Regierung in Toskana scheint indessen einen verlässigen Maßstab für seine wirkliche Denkweise zu bieten; es wäre doch schwer zu glauben, daß er Grundsätze, die ihm 30 Jahre lang mit glänzendem Erfolge zur Richtschnur gedient haben, auf größerem Schauplatz, wo sich zu ersprießlicher Verwertung günstigere Gelegenheit bietet, verleugnen sollte. Alle Personen, welche die Ehre haben, dem Kaiser näher zu stehen, bezeugen einmütig, daß die Grundzüge seines Charakters und seiner Grundsätze unverändert geblieben sind und bleiben werden. Verschlagen aus Gewohnheit und natürlicher Schwäche, in ungewöhnlichem Grade mißtrauisch, hie und da sogar unschlüssig, immer aber voll Angst, sich entscheiden zu müssen oder überrascht zu werden, sparsam und friedliebend aus Grundsatz und Neigung, von Natur volksfreundlich und leutselig, ohne es zeigen zu wollen, aus Furcht, dem Adel und der Geistlichkeit anstößig zu erscheinen, seinen Ruhm im Rufe eines Gesetzgebers erblickend, — dies sind und werden voraussichtlich immer sein die Grundzüge des Charakters des gegenwärtigen Oberhauptes des Hauses Oesterreich!"

Von seiner Verstellungskunst mache der Monarch insbesondere in der Politik ausgiebigen Gebrauch; nur dadurch sei es ihm möglich geworden, seine Lande

---

[1]) Wiener Zeitschrift, Jhgg. 1792, I, 277.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Ministerialkorrespondenzen mit Jacobi in Wien 1792.

der gefährlichen Lage zu entreißen, in welche sie durch die schwankende Politik Josephs II. geraten waren; es sei aber billig zu bezweifeln, ob er so bedenkliche Mittel auch anwenden werde, nur um sein Reich auf Kosten der Nachbarn zu vergrößern. „Er will offenbar keinen anderen Ruhm haben, als den eines geschickten Geschäftsmannes (habile négociateur); dies zeigt seine Annäherung an Preußen und seine Haltung in der polnischen Frage, die davon Zeugnis gibt, daß er nur ebensoviel Einfluß wie Preußen und Rußland haben will ... Bei diesen Gelegenheiten scheint er wenig Gewicht darauf zu legen, seine Würde bloßgestellt zu sehen, da er glaubt, die getroffenen Maßregeln, ohne seine Ehre zu gefährden, je nach den Umständen auch wieder ändern zu können ..." „Sein großes Prinzip scheint darin zu bestehen: nichts zu überstürzen, immer hinauszuschieben und langsam, aber sicher zu seinem Ziele zu gelangen."

Jacobi selbst glaubt erkannt zu haben, daß sich Leopold seit seiner Thronbesteigung ernstlich angelegen sein ließ, die inneren Verhältnisse seiner neuen Monarchie, die Geistesverfassung seiner Völker, die wesentlichsten Mängel in allen Verwaltungszweigen und endlich die Fähigkeiten und den guten Willen der zur Mitwirkung an seinen Plänen berufenen Minister kennen zu lernen. Aus mehreren Anordnungen sei zu ersehen, daß ihm eine rasche und gründliche Rechtsprechung als wichtiges Erfordernis gelte. „Man arbeitet auch an einem neuen Gesetzbuch nach dem Vorbild des berühmten Strafgesetzbuches für Toskana, über dessen Weisheit alle Stimmen einig sind." Was den Hang zur Sparsamkeit und den Sinn für Ordnung im Staatshaushalt anlange, so scheine das Wiener Publikum über Nebensächlichem die Hauptsache vergessen zu haben. Es erblicke mit Unrecht in der Erhöhung von Beamtengehältern, in der Aufstellung neuer Behörden 2c. ein Abweichen von den Grundsätzen einer weisen Sparsamkeit; der Kaiser wolle nur die Ungerechtigkeiten seines Vorgängers wieder gut machen und habe überdies erkannt, daß es gegen Ausbreitung der revolutionären Ideen kein wirksameres Mittel gebe, als mit vollen Händen Wohlthaten zu spenden. Für jedermann auffällig sei seine Abneigung gegen das Militär; sie erkläre sich teils aus seiner Friedensliebe, teils aus seiner Sparsamkeit. Die jüngst durchgeführte Reform des Militärwesens bezwecke im wesentlichen möglichst ausgiebige Ersparnisse im Militärwesen und stelle sich als Sieg der Grundsätze des verstorbenen Laudon über das kostspielige, verkünstelte System des Marschalls Lascy dar. Als Regent von Toskana habe Leopold wiederholt Anordnungen erlassen, welche darauf zielten, die Vorrechte des Adels und des Klerus einzuschränken und dem Bürgerstand Geltung zu verschaffen; in dieser Beziehung scheine sich in der Auffassung des Regenten der österreichischen Erblande ein Umschwung vollzogen zu haben. In adelichen und klerikalen Kreisen habe man sich deshalb dem Wahne hingegeben, daß die Zeit gekommen sei, alle alten Ansprüche wieder aufleben zu machen, allein es sei gewiß nur eine irrige Annahme, daß der Kaiser solche Sonderstellung begünstigen wolle; er erblicke seine Pflicht vielmehr darin, die Lasten der Unterthanen möglichst gleichmäßig zu verteilen und die Ansprüche aller Stände auf die ihnen zukommenden politischen Rechte zu befriedigen. Er kenne jedoch zu gut den Geist, der heute die Völker beseele, und die Ideen, welche sie beherrschen, als daß er nicht für geraten hielte,

die geplante Reform noch aufzuschieben. „Aus dem Munde einer trefflich eingeweihten Persönlichkeit habe ich vernommen, der Kaiser schwanke noch, welchen Zeitpunkt er wählen solle, um in dieser Richtung vorwärts zu gehen, ob es besser wäre, dem Ausbruch der Unzufriedenheit in den eigenen Staaten durch Abhülfe der Beschwerden des dritten Standes zuvorzukommen oder dafür ruhigere Zeiten abzuwarten." In seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen weiche der Kaiser unzweifelhaft in wesentlichen Punkten von den Ideen seines Vorgängers ab. Er setze nicht bloß die Prohibitivgesetze in Bezug auf viele ausländische Waren außer Geltung, einen noch auffälligeren Umschwung bedeute die Abschaffung des Stempels für alle nationalen Erzeugnisse, eine Maßregel, die in ihrer Wirkung fast der vollen Freiheit der Einfuhr fremder Waren gleichkomme. In der That werde seitdem das Publikum damit überschwemmt, doch trotz aller Klagen der schwer betroffenen Fabrikanten sei eine Zurücknahme der gefährlichen Maßregel nicht zu erreichen gewesen. Umsonst habe man dem Kaiser vorgestellt, welche Verluste aus dem freihändlerischen laisser aller für das Land erwachsen müßten, umsonst habe man ihn aufmerksam gemacht, daß die heimischen Fabriken keinen Absatz fänden, daß viele tausend Arbeiter brotlos würden, — der Kaiser bleibe unerschütterlich auf seinem Grundsatz bestehen, daß der Ruin einiger Individuen nicht in Betracht komme, wenn unter ungenügender heimischer Produktion die ganze Monarchie zu leiden habe. —

Ob die Schilderung des preußischen Gesandten in allen Punkten zutrifft, ob insbesondere die Zugeständnisse an den Zeitgeist aus aufrichtiger Neigung zur verfassungsmäßigen Staatsform entsprangen, mag billig bezweifelt werden. Die Verschärfung der Zensur und die Steigerung der diskretionären Gewalt der Polizei stehen damit nicht in Einklang.[1]) Auch die leitenden volkswirtschaftlichen Grundsätze des Kaisers sind nicht ganz richtig dargelegt. Zur Freihandelspolitik wollte Leopold nicht übergehen; im allgemeinen wurde Josephs Prohibitivsystem beibehalten; die Erlaubnis zur Einfuhr einiger, bisher verbotener Waren, ausländischer Weine, Seefische 2c. fiel nicht schwer ins Gewicht. Wichtiger war die Beschränkung der Ausfuhrzölle; insbesondere der wechselseitige Handelsverkehr zwischen den Provinzen wurde auf jede Weise begünstigt, der Getreidehandel zwischen Ungarn, Galizien und den deutschen Ländern gänzlich freigegeben.[2]) Für Verbesserung der schon bestehenden und Anlegung von neuen Manufakturen, für neue Industriezweige, für Hebung der Naturschätze des Bodens 2c. sollten die Landesbehörden nach Kräften Sorge tragen; durch Anlegung von Hafenplätzen, Schiffbarmachung der Flüsse, Verbesserung des Straßennetzes 2c. sollte dem Handel aufgeholfen werden. Wie dem preußischen Gesandten versichert wurde, trug sich Leopold gerade mit wichtigen handelspolitischen Entwürfen, die auf dem Wege völkerrechtlicher Abmachungen den Völkern Oesterreichs die Möglichkeit des Wettbewerbes mit den Nachbarstaaten erschließen sollten, als dem Leben des thätigen, besonnenen Fürsten ein jähes Ende gesetzt wurde.

Von den zehn Söhnen, welche Leopold überlebten, folgte ihm der Erst-

[1]) Beidtel, Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung von 1740 bis 1848, I, 444.
[2]) Schels, Neueste Geschichte der Länder des österreichischen Kaiserstaates, I, 24.

geborene, Franz, der soeben erst (12. Februar) das 24. Lebensjahr erreicht hatte, auf den Thron. In der Presse war gleichzeitig mit den Nachrichten von der Erkrankung des Vaters das Gerücht aufgetaucht, der Thronfolger sei mit so schwerem Lungenleiden behaftet, daß sein Leben als gefährdet angesehen werde.[1]) Die Besorgnis war unbegründet; Franz war von schwächlicher Leibesbeschaffenheit, doch seine Gesundheit kräftigte sich infolge streng geregelter Lebensweise so glücklich, daß er unter allen zeitgenössischen Souveränen das höchste Lebensalter erreichte.

Joseph II. hatte darauf bestanden, daß sein Neffe nicht in Florenz, wo „der Körper durch Klima und Sitten geschwächt werde und die Seele verschrumpfe", sondern am Wiener Hofe auferzogen werde. Mit 16 Jahren kam Franz nach Wien. Joseph entwirft vom Charakter des „verzogenen Mutterföhnchens" ein unfreundliches Bild. Der Oheim nahm Anstoß an dem nüchternen, schwunglosen, selbstsüchtigen Wesen des Jünglings, lernte aber allmählich auch dessen gute Eigenschaften schätzen; in einem Schreiben an Kaunitz rühmt er den Fleiß, die Ordnungsliebe, den unbestechlich festen Sinn des Neffen.[2]) Nie erlahmte sein Arbeitseifer, aber Eingeweihte wollten wissen, daß er sich allzusehr in Aeußerlichkeiten und Kleinigkeiten verliere.[3]) Von seiner Gutmütigkeit wurden freundliche Züge erzählt; insbesondere den Büßern in Gefängnissen widmete er lebhafte Teilnahme, die sich in häufigem Besuch der Anstalten kundgab. In der Restaurationszeit entwickelte sich Oesterreich besonders auffällig zu einem Polizeistaat; in früheren Jahren gab Franz sogar Abneigung gegen das allzustrenge Ueberwachungssystem seines Vaters zu erkennen; unmittelbar nach seinem Regierungsantritt (9. März) gab er Befehl, „daß künftig von einer bloß anonymischen Anzeige kein Gebrauch zu machen, sondern dieselbe nur als eine Skarteke zu betrachten sei."[4]) Er war nicht bigott, aber auch nicht den aufgeklärten Ideen seines Vaters zugethan. Auch sonst fehlte es nicht an Gegensätzen zwischen Vater und Sohn. Während Leopold aus Neigung oder Berechnung schon vor Ausbruch der Revolution den dritten Stand begünstigt hatte, suchte Franz die patriarchalische Fürstengewalt aufrecht zu halten und Adel und Klerus als die festesten Stützen des Thrones zu kräftigen. Während Leopold aus seiner Abneigung gegen das Militär kein Hehl machte, legte Franz dafür besondere Vorliebe an den Tag. In jungen Jahren war er dem Marschall Lascy sehr ergeben gewesen, doch während des Türkenkriegs schloß er sich innig an Laudon an; oft rühmte sich dieser der treuen Anhänglichkeit und warmen Freundschaft des Erzherzogs, rühmte auch dessen persönlichen Mut, während er von dessen militärischen Anlagen und Kenntnissen nur mit Zurückhaltung sprach. Auch Joseph erkannte rühmend an, daß sein Neffe die Kaltblütigkeit, die ihn sonst so oft zur Verzweiflung gebracht habe, auch auf der Walstatt nicht ablege. „Vor dem Feinde," schrieb Joseph nach dem Treffen bei Semlin an seinen Bruder

---

[1]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1792, 159.
[2]) Krones, Handbuch der Geschichte Oesterreichs, IV, 563.
[3]) ... „qu'il s'arrête à l'écorce et aux détails" (Jacobi).
[4]) Wiener Zeitschrift, III, 38.

Leopold, „war dein Sohn gerade, wie du ihn im Zimmer siehst, das Pfeifen der Kugeln ließ ihn auch keine Miene verändern.“ [1]) Den Sinn für Häuslichkeit und Einfachheit hatte Franz mit seinem Vater gemein, doch während dieser mehr von der Art eines Gelehrten hatte, gab sich der Sohn wie ein behäbiger Bürger, der seinen trockenen Humor am liebsten in die Sprache des Wieners kleidete; durch seine Gemütlichkeit und Leutseligkeit, sagt Meynert, eigne er sich so recht zum Regenten für das österreichische Volk, dessen Verstand einen Herrscher, dessen Herz einen Vater begehre. [2]) Das Schicksal selbst schien den Erben des Kaiserthrones durch rasch aufeinander folgende schwere Schläge stählen zu wollen. Binnen wenigen Jahren verlor er die liebenswürdige Gattin, Elisabeth von Württemberg (18. Februar 1790), den Oheim, ein zärtlich geliebtes Kind und den Vater; der Tod des letzteren berief ihn zur Regierung, deren Geschäften er sich anfänglich nur scheu und unselbständig, an fremden Rat sich klammernd, unterzog.

Nach Leopolds Ableben kreuzten sich einander widerstreitende Gerüchte. Bald hieß es, die mobilisierten Regimenter seien wieder aufgelöst worden, da Leopold nur als Kaiser gegen Frankreich aufgetreten sei und der neue Herr Oesterreichs diese Erbschaft nicht anzutreten brauche; [3]) bald wurde behauptet, die Rüstungen sollten noch lebhafter betrieben und neue Regimenter nach dem Westen geschickt werden. [4]) Wie gewöhnlich, war hier wie dort der Wunsch der Vater des Gerüchts. Bald darauf brachte das Straßburger Organ die Nachricht: „Hofrat Spielmann zu Wien, mit Bischoffswerder die Seele des preußisch-österreichischen Bundes, ist den Geschäften ferner gerückt, man bemerkt ein Erkalten zwischen den Höfen von Wien und Berlin.“ [5]) Auch in Preußen wurde von manchen ein Umschwung in der Politik des Wiener Hofes, eine Lockerung des kaum geschlossenen Freundschaftsbundes befürchtet. Insbesondere Marchese Luccheſini war voll Mißtrauens gegen den Nachfolger Leopolds. „Höchstens im Anfang,“ schrieb er an Jacobi, „wird der König von Ungarn herzliche Vorliebe für die neue Allianz heucheln, um sich des Schutzes unsrer Freundschaft so lange zu bedienen, bis er zur Kaiserkrone gelangt und die Armee wieder auf die Stärke unter Joseph II. gebracht haben wird, dann wird er einfach thun, was ihm für seinen Vorteil zuträglicher scheinen wird.“ [6]) Auch Friedrich Wilhelm war nicht völlig überzeugt, daß Franz dem väterlichen System treu bleiben werde. Nach den letzten Kundgebungen des Erzherzogs, schrieb der König an seine Minister, könnte man in ihm wohl einen Freund des Bündnisses der deutschen Großmächte erblicken; immerhin empfehle es sich, den Fürsten Reuß vertraulich auszuforschen, ob diesen Freundschaftsbezeugungen zu trauen wäre; der Gesandte werde sich darüber freimütig aussprechen, da ihm selbst viel daran liege, daß zwischen den beiden Höfen alles beim alten bleibe. „Der Erzherzog wird mehr für das

[1]) Reumont, Geschichte Toskanas, II, 212.

[2]) Meynert, Franz I., Kaiser von Oesterreich, und sein Zeitalter, 13.

[3]) Strasburger polit. Journ., Jhgg. 1792, I, 193.

[4]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1792, 190.

[5]) Strasburger polit. Journ., I, 390.

[6]) Preuß. St.-Archiv, Acta, betreffend den Briefwechsel des Marquis Luccheſini mit Freiherrn v. Jacobi-Klöst. vol. III. Lucch. an Jacobi, 7. März 1792.

Militär thun, als sein Vater, darauf kann man mit Sicherheit zählen, denn er weiß, wie notwendig es ist; was seine politischen Ansichten betrifft, so läßt sich darüber noch kein Urteil fällen; die nächsten Briefe des General Bischoffswerder werden wohl darüber Licht verbreiten." [1]) An Bischoffswerder schrieb der König, er möge unverzüglich in der Frage, ob Krieg, ob Frieden, auf eine klare, bestimmte Entscheidung dringen. Wenn der König von Ungarn Bedenken tragen sollte, sich in die Angelegenheiten Frankreichs einzumischen, möge Bischoffswerder sich zurückziehen, wie er selbst es thun werde. Wenn aber Franz gegen Frankreich einschreiten wolle, dann sei keine Zeit zu verlieren, endlich einmal Ernst zu zeigen. „Jedes Schwanken, jeder Aufschub scheint mir Gefahr zu bringen, Gefahr wenigstens für den König und die Königin von Frankreich." Natürlich könne der neue Regent nicht wie sein Vater als Oberhaupt des deutschen Reiches auftreten; da aber das Reich zur Zeit kein Haupt habe, stehe kein Hindernis im Wege, daß die zwei Hauptmächte die Sache der beeinträchtigten Reichsfürsten in ihre Hände nähmen und mit den ihnen zu Gebote stehenden Kräften verteidigten. [2])

Bald traf aus Wien beruhigende Nachricht ein. Sogleich der erste Schritt des neuen Königs, berichtete Jacobi, habe dargethan, daß der Tod Leopolds den Freundschaftsbund zwischen Preußen und Oesterreich nicht zerrissen oder gelockert; Spielmann, der vor allen anderen Ministern das Vertrauen des jungen Monarchen besitze, habe die bündige Versicherung erhalten: „Seine Majestät glauben, das Allerbeste, was Ihr Herr Vater gemachet hätten, wäre das Freundschaftsbündnis mit Eurer Königlichen Majestät, und wenn man finden sollte, daß es nötig wäre, vielleicht durch neue Verbindungen solches zu bekräftigen, so wären Sie ganz bereit dazu." [3]) Auch dem General Bischoffswerder beteuerte König Franz, er habe keinen sehnlicheren Wunsch, als Frieden und Freundschaft mit Preußen erhalten zu sehen, wenn er auch nicht verhehlen wolle, daß die jähe Besitzergreifung der fränkischen Fürstentümer ihn verletzt habe. „Er beklagte sich wie ein zarter Liebhaber gegenüber seiner Herzallerliebsten, daß man ihm nicht mehr Vertrauen geschenkt habe, sondern lieber in einer Weise vorgehe, daß fast von Ueberrumpelung zu sprechen wäre." Der gute Kaunitz, fährt Bischoffswerder fort, arbeite an einem neuen Memorandum über die französische Frage, doch er selbst werde sich lieber an die Erklärungen König Franz' halten und davon abweichende Ansichten des Kanzlers als „Träumereien eines respektablen alten Herrn" betrachten. Sogleich nach der Totenfeier werde er den jungen König zu bestimmen suchen, daß dem Fürsten von Hohenlohe Befehl zur Ausarbeitung eines Feldzugsplanes gegeben werde; auch der Vorschlag, dem Herzog von Braunschweig den Oberbefehl über beide Armeen zu übertragen, werde in Wien auf keine Schwierigkeiten stoßen. In Bezug auf Polen endlich sei jetzt sogar Kaunitz zur Ansicht bekehrt, daß etwas geschehen müsse; da sich

[1]) Preuß. St.-Archiv, Acta, betreffend Instruction pour Bischoffswerder et ses dépêches, 1792; Frédéric Guillaume à son ministère, 3 mars 1792.

[2]) Ebenda. Kabinettsschreiben an Bischoffswerder v. 6. März 1792.

[3]) Ebenda. Ministerialkorrespondenzen mit Jacobi. Bericht Jacobis v. 1. März 1792.

die Polen eigenmächtig eine Verfassung gegeben hätten, die sich nicht der Zustimmung der Nachbarn erfreue, so müsse man ihnen eine andere geben, wie sie den Wünschen und Interessen der nächstbeteiligten Staaten entspreche.[1])

Das Berliner Kabinett sprach über diese Nachrichten seine Befriedigung aus, wünschte aber schriftliche Erklärungen zu erlangen, da die mündlichen gar zu leicht zurückgenommen oder anders ausgelegt werden könnten. Entweder — oder! Man möge sich zum Handeln entschließen oder nicht länger mit dem Säbel rasseln; schon die vorgerückte Jahreszeit fordere auf zu rascher Entscheidung.

Diese Auffassung wurde aber von Kaunitz nicht geteilt. Es bleibt, berichtete Jacobi (10. März) an seinen Hof, der unabänderliche Grundsatz des Kanzlers, daß man gegen Frankreich nichts thun soll und nichts thun kann! Wer sollte, solange das deutsche Reich kein Oberhaupt besitzt, an Frankreich den Krieg erklären? und warum soll es geschehen, nachdem die französische Regierung sich bereit erklärt hat, die im Elsaß begüterten Fürsten zu entschädigen?

Im Einklang mit diesen Worten stand, daß Kaunitz den außerordentlichen französischen Gesandten, Herrn von Marbois, mit Auszeichnung empfing. Allein Bischoffswerder wußte seinen Landsmann Jacobi zu trösten: „Es ist heute nicht mehr Kaunitz, der für die Wiener Politik das Wetter macht!" Auch das preußische Kabinett nahm die Nachricht gelassen auf. „Die Stimmung des Fürsten Kaunitz," wurde dem Gesandten erwidert, „sowie die Haltung des Wiener Hofes werden sich bald ändern angesichts der neuesten Wendung in Frankreich! Die französische Antwort auf den Brief des Kaisers schlägt so drohenden Ton an, daß man sich in Wien nicht länger mehr der Notwendigkeit verschließen wird: man muß endlich Farbe bekennen, es muß zum Schutze der Souveräne endlich etwas geschehen!"[2])

Frankreich hatte eine Verfassung, aber es hatte keine Regierung mehr! Darüber konnte kein Zweifel mehr bestehen, als es im Februar 1792 aus Anlaß der Teuerung in ganz Frankreich zu blutigen Auftritten kam, die Verwirrung immer höher stieg, die Leidenschaft alle von Recht und Gesetz gezogenen Schranken durchbrach. Nicht bloß in Paris waren Beschimpfung von Beamten, Mißhandlung von Priestern, Raufereien aller Art an der Tagesordnung, — noch zügelloser ging es in den Provinzen zu. Der feindliche Gegensatz der politischen und religiösen Meinungen drängte überall zum Umsturz aller Dinge. Die Verfassung war nur ein toter Buchstabe, wenn es sich um den Schutz Mißliebiger und Verfolgter handelte. In der Nationalversammlung wurden die jammervollen Berichte über die Gewaltthaten in Stadt und Land verlesen, doch geschah nichts zur Abhilfe; die Stillung der Unruhen wurde den Organen der Regierung überlassen, doch diese waren außer stande, sich Gehorsam zu verschaffen. Die Assignatenpresse arbeitete mit fieberhafter Hast, doch je mehr Millionen sie in die Staatskassen lieferte, desto tiefer sank der Staatskredit, und da im Verhältnis zur Wertlosigkeit der Assignaten die Preise stiegen, griff die Not immer weiter um sich. Der Hunger und noch mehr die Furcht vor dem Hunger, un-

[1]) Preuß. St.-Archiv, Berichte Bischoffswerders vom 6. u. 7. März 1792.
[2]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 15. März 1792.

bändiger, gebieterischer, furchtbarer als alle Leidenschaften, erhitzten die Einbildungskraft der Massen, so daß sie nicht bloß den Bankerott des Staates, sondern den eigenen Untergang schaudernd vor sich sahen. „Frankreich bot ein lehrreiches Schauspiel, das den Kern des Menschen zeigte! Dieser ist, wie die nahrungslose Mannschaft eines schiffbrüchigen Flosses, in den Naturzustand zurückgefallen; die dünne Hülle von vernünftigen Gewohnheiten und Gedanken, die die Zivilisation über ihn geworfen, ist zerrissen und umflattert ihn in Fetzen; die nackten Arme des Wilden sind zum Vorschein gekommen; er streckt dieselben drohend aus und verwendet sie im Dienste seines hungrigen Magens (Taine)." Die Unthätigkeit der Regierung, der nur die Kraft zur Besserung der Lage mangelte, wurde als Verbrechen gebrandmarkt, und der ganze Zorn der Aufgeregten richtete sich gegen die Tuilerien, wo noch immer die Tyrannei das Zepter führe. Die Minister galten an und für sich für verdächtig; die Gemeinden erlaubten sich gegen die Zentrale die verächtlichste Willkür; es kam vor, daß Munizipalitäten Entschließungen der höchsten Behörden zurückschickten, ohne sie der Oeffnung gewürdigt zu haben.[1]) Dazu kam die Spaltung im Ministerium selbst. Der Kriegsminister wollte den Krieg, der Leiter der auswärtigen Politik strebte noch immer eine Versöhnung Frankreichs mit den Mächten an, um den Waffengang zu verhüten; der Bund der gemäßigten Parteien hatte sich wieder gelöst, die kriegslustigen Anhänger Lafayettes waren wieder erbitterte Gegner der Lameth und Barnave, die das einzige Mittel zur Rettung Frankreichs in einer Reform der Verfassung und zunächst in Auflösung der verwilderten Kammer erblickten. Wiederholt wurden Versuche gemacht, das Ansehen und die Macht des Königtums wieder zu heben. Auch die Fayettisten, die damit im wesentlichen auf die Pläne Mirabeaus zurückgriffen, wollten dazu die Hand bieten. Narbonne selbst unterbreitete darauf zielende Vorschläge der Königin, um mit ihrer Hülfe die Leitung des Ministeriums in seine Hände zu bekommen. Der Versuch schlug fehl; Marie Antoinette soll das Anerbieten des selbstgefälligen Mannes mit Lachen aufgenommen haben.[2]) Das Ministerium beharrte in der feuillantistischen Richtung, während diese im Volke schon allen Boden verloren hatte. Die Furcht vor „Verrat", vor Auslieferung Frankreichs an die fremden Mächte entzog der Regierung auch das Vertrauen der gemäßigteren Elemente. Um so üppiger blühte der Weizen der „Entschlossenen", der Männer der Gironde; den schneidigen Reden der Brissot und Isnard fehlte es niemals an stürmischem Beifall. Trotzdem konnten auch diese Männer, als die Unruhen täglich zunahmen, sich nicht verhehlen, daß schließlich doch dem Pöbel die Diktatur zufallen werde, allein gerade diese Besorgnis steigerte ihren Kriegseifer; vom Krieg erhofften sie ebenso die Wiederherstellung der Ordnung, wie die Befestigung ihrer Stellung gegenüber Jakobinern und Gemäßigten. Die Katastrophe wurde noch beschleunigt durch die Entwickelung der auswärtigen Angelegenheiten. Die Nachrichten aus London, insbesondere die Berichte Talleyrands stellten in Aussicht, daß die englische Regierung dem Bunde der europäischen Mächte keinesfalls beitreten werde,

[1]) Taine, Die Entstehung des modernen Frankreich, deutsch von Katscher, II, 1. Abt., 287.
[2]) Glogau, 153.

ja daß Pitt auch im Falle eines französischen Angriffs auf Belgien neutral bleiben wolle.[1])

Wenn diese Zusicherung den Mut der Kriegspartei belebte, so stachelte das Vorgehen des Wiener Hofes ihre Erbitterung. Es war schon die Rede von der Antwort auf die brutalen Forderungen der französischen Nationalversammlung vom 25. Januar. Die kaiserliche Note vom 17. Februar klang so wenig kriegslustig, daß in Berlin Verdacht geschöpft wurde, Kaunitz trage sich mit dem Gedanken einer Annäherung an das konstitutionelle Frankreich. Diese Annahme kam ja auch, wie wir sahen, der Wahrheit ziemlich nahe. Der Kanzler erblickte noch immer im Kriege ein „extremes Notmittel", zu dem man höchstens in dem Falle greifen dürfe, daß alle europäischen Staaten sich zum Beitritt verständen; er hoffte zuversichtlich, daß in Frankreich bald die „Wohlgesinnten" die Oberhand gewinnen würden; um den Feuillants, deren Einfluß und Kraft er überschätzte, zum Siege zu verhelfen, brauche man nur die Jakobiner durch ein kräftiges kaiserliches Wort einzuschüchtern. Deshalb las sich die Note vom 17. Februar, soweit sie an das Ministerium sich richtete, nur wie eine bescheidene Rechtfertigung der kaiserlichen Politik; gegen die republikanische Faktion aber waren schwere Vorwürfe erhoben. Sie gehe darauf aus, nicht bloß die monarchische Verfassung, sondern die gesellschaftliche Ordnung zu unterwühlen, und suche nur deshalb mit dem Ausland Krieg anzuzetteln, um im eigenen Lande die Gesetzlosigkeit auf den Thron zu erheben. Der Beschluß vom 25. Januar sei eine schwere Beleidigung für einen alten Bundesgenossen Frankreichs, dem eine förmliche Frist gesteckt werde, um für eine erdichtete Schuld Genugthuung zu leisten, als ob selbst die Bräuche des Völkerrechtes der willkürlichen Auslegung der sich zur Gesetzgeberin aufwerfenden französischen Volksvertretung unterlägen. Trotzdem wolle der Kaiser die bisher beobachtete Mäßigung nicht aufgeben, denn das Unglück Frankreichs flöße ihm Mitleid ein; er wolle sich auch jeder Drohung enthalten, sondern nur freundschaftlich erinnern an den Bund der Mächte, der den wohlgesinnten Teil der französischen Nation gegen Zwang und Verführung schützen werde.

Am 27. Februar übergab der österreichische Geschäftsträger Blumendorf in Paris die kaiserliche Note.[2]) Tags darauf brachte auch Graf Goltz ein Schreiben, das volle Uebereinstimmung der Grundsätze der Höfe von Wien und Berlin kundgab: ein Einbruch französischer Truppen in deutsches Gebiet wird als Kriegserklärung angesehen werden, und Preußen wird sich zur Abwehr mit Kaiserlicher Majestät verbinden.[3])

Zwischen de Lessart und seinem Amtsgenossen Narbonne war es kurz vorher zu ernsten Mißhelligkeiten gekommen. Der Kriegsminister hatte eine Denkschrift an den König gerichtet. Darin war ausgeführt, daß nur offener, rückhaltloser Anschluß des Königs an das monarchisch gesinnte Bürgertum Thron

[1]) Sybel, I, 365.

[2]) Explications survenues entre les cours de Vienne et de France au sujet des rassemblements armés des émigrés français dans l'électorat de Trèves (Vienne 1792), 21.

[3]) Ibid. 39. — Vivenot, I, 398; Erläuternder Zirkularerlaß des Fürsten Kaunitz vom 28. Februar 1792.

und Staat gegen die Anzettelungen der Emigranten und der Jakobiner retten könne. Frankreich wird nur noch wenige Monate Bestand haben, wenn nicht eine volkstümliche und zugleich thatkräftige, eine weise und zugleich starke, eine kluge und zugleich loyale und energische Regierung die schon geschlagenen Wunden heilt und neuem Unheil vorbeugt![1]) Da die Spitze dieser Warnung gegen das „schwammige" Ministerium de Lessart gerichtet war, hatte sich Narbonne heftiger Angriffe seiner Kollegen zu erwehren; er konnte nicht länger Minister bleiben, doch zugleich mit dem Mißliebigen sollte das ganze Feuillantministerium und damit auch das „System der Mäßigung" jähen Sturz erfahren.

Schon im Februar begann in der Nationalversammlung der Sturm gegen die „Landesverräter", die an allem Unheil Frankreichs, an der Teuerung und den dadurch hervorgerufenen Unruhen, an der Isolierung Frankreichs und der Kriegsgefahr Schuld trügen. Am 12. Februar hielt Manuel eine große Strafrede gegen die Minister; alle ohne Ausnahme hätten den Tod verdient, aber einer wenigstens müsse ihn erleiden, ein Exempel müsse statuiert werden![2]) Ein paar Tage später verlangte eine eingedrungene Rotte Pikenträger in der Nationalversammlung die Köpfe der verräterischen Tyrannen, und Fauchet beantragte, den ersten Minister de Lessart in Anklagestand zu setzen. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben, doch die Gironde nahm ihn aufs neue auf, um Narbonne zu retten oder zu rächen. Zur Handhabe mußten die kaiserlichen Mahnworte dienen.

De Lessart fand Kaiser Leopolds Erklärung „friedfertig und freundschaftlich", aber die Zumutung, daß der Nationalversammlung auch die Zuschrift des französischen Kabinetts an den Kaiser bekannt gegeben werde, berührte ihn unangenehm; er ließ auch beim Vortrag der Depesche eine belastende Stelle weg und beteuerte, er werde sich in seiner Antwort die an den inneren Zuständen Frankreichs geübte Kritik ernstlich verbitten und nachdrücklich auf der Auflösung des Vereins der europäischen Mächte bestehen. Das Haus nahm die Erklärung mit Beifall auf, doch es trat bald zu Tage, daß sich der Minister nunmehr sozusagen zwischen zwei Stühle gesetzt hatte, denn einerseits wollten die Lameths das gegen die Umstürzler aufgebotene Schreckmittel, den Bund der europäischen Mächte, nicht aufgeben, andrerseits vermochten die Zugeständnisse des Ministers den Groll der Kriegspartei nicht zu dämpfen. In den nächsten Tagen richteten Rouger und andere Girondisten neue Angriffe gegen die Amtsführung de Lessarts. Guadet rief aus: „Wir müssen endlich wissen, ob die Minister aus Ludwig XVI. einen König der Franzosen oder einen König von Koblenz machen wollen, ob Ludwig ein König der Mehrheit des Volks, die unsere Verfassung geschaffen hat, sein will, oder ein König der Minderheit, die gegen die Verfassung feindliche Pläne schmiedet!"

Nun traten auch Narbonne und die obersten Generäle, Lafayette, Luckner und Rochambeau, offen auf die Seite der Brissotins gegen die gemäßigte Partei

---

[1]) P. L. Roederer, Oeuvres, III, 252; Rapport de M. de Narbonne au roi, le 24 févr. 1792.

[2]) Buchez et Roux, 13. tom., 267.

und gegen den Hof. In einer Zuschrift der Generäle war die Bitte ausgesprochen, der bei Heer und Volk beliebte Narbonne möge auf seinem Posten ausharren, sonst werde es auch ihnen nicht mehr möglich sein, ihr Kommando zu behalten; durch nichts werde die Wiederherstellung der Ordnung so erschwert, als durch das Mißtrauen des Volkes gegen die leitenden Organe. Der König möge einmal offen aussprechen, daß er in jener Partei des Despotismus, die sich zur Unterdrückung der Patrioten verschworen habe, nicht seine Freunde, sondern Feinde des Staates erblicke, dann werde das Vaterland sich bald wieder ungestörter Ruhe und Ordnung erfreuen. Gewiß nicht ohne Wissen Narbonnes veröffentlichte Frau von Staël den für den König selbst, wie für die Minister beleidigenden Brief der Marschälle.[1]) Narbonne sprach sich in der Nationalversammlung offen für den Krieg aus. Es wäre ruchlos, erklärte er, ein Land mutwillig in Krieg zu verwickeln, aber es sei verächtlich, einem Kriege auszuweichen, nur um eine Schmälerung der Freiheit zu erreichen. Er müsse zwar zugeben, daß im Heerwesen mancherlei Mängel eingerissen seien und die Armeen nicht vollzählig ins Feld rücken könnten, doch derlei dürfe nicht in Betracht kommen, wenn die Ehre des Staats den Krieg heische.

Nun war die Geduld des Königs erschöpft. Narbonne wurde entlassen, und um ihn die Ungnade des Monarchen noch bitterer empfinden zu lassen, wurde ihm die Absetzung nur durch einen Bedienten bekannt gegeben. Der Vorfall erregte peinliches Aufsehen. Als der soeben von London heimgekehrte Talleyrand an den Mautschranken von Paris davon hörte, äußerte er seine Verwunderung, doch nur darüber, „daß der König noch in der Lage sei, jemand in Ungnade fallen zu lassen". Die nächste Folge war, daß Fayettisten und Brissotins zur Verteidigung und zum Ausbau des Revolutionswerkes sich noch enger verbündeten. Im Hause der Frau von Staël wurde der Sturm gegen das Ministerium de Lessart beschlossen. Da traf (9. März) in Paris die Nachricht ein, Kaiser Leopold sei nach kurzer Krankheit gestorben. Dieser Todesfall schien die Sprengung des verhaßten europäischen Bundes zu bedeuten; damit wäre der Kriegspartei aller Boden entzogen gewesen. Doch in Paris war für besonnene Erwägung kein Raum mehr geboten. Als abends im Schauspielhause der Tod Cäsars von Voltaire aufgeführt wurde, kam es zu wilden Kundgebungen des Freiheitstaumels der aufgeregten Menge. Jede Anspielung auf die erlösende Freiheit und den Tod des Tyrannen wurde beklatscht, während des Zwischenaktes vom ganzen Publikum das Lied vom Tode Marlboroughs angestimmt, endlich unter Absingung der Marseillaise die aus dem Foyer geholte und mit einer roten Mütze geschmückte Statue Voltaires mit stürmischem Jubel begrüßt.[2]) In anderem Sinne wurde die Nachricht von der Börse aufgenommen; da die Kriegsgefahr beseitigt oder doch in die Ferne gerückt zu sein schien, stiegen die Staatspapiere um fünfzehn Prozent.

Trotzdem beschlossen Brissot und Genossen, den Sturm gegen das „ver-

[1]) Blenner-Hassett, Lady, Frau v. Staël, ihre Freunde und ihre Bedeutung in Politik und Litteratur, II, 100.

[2]) Minerva, Jhgg. 1792, II, 184.

räterische" Ministerium zu eröffnen, auch auf die Gefahr hin, daß die Anklage den Krieg mit Oesterreich nach sich ziehen könnte. Am 10. März brachte Brissot den Antrag ein, gegen de Lessart, der den Vorteil und die Ehre des Vaterlandes geopfert habe, unverzüglich den Prozeß einzuleiten. Der Bettelbrief an den Kaiser bezeuge die tiefste Erniedrigung Frankreichs. „Der Verräter hat Frankreich vor die Füße des Kaisers gezerrt! Ich bin versucht, auszurufen: Nein, das hat nicht ein französischer Minister geschrieben, der Brief stammt aus der Feder des österreichischen Gesandten! während man versucht ist, dem Vertreter Frankreichs die Antwort des Kaisers zuzuschreiben!"[1]) Als einige Redner die Begründung des Antrags nicht für ausreichend erachteten, erhob sich der glänzendste Redner der Gironde, Vergniaud, um mit glühenden Farben die Gefahren zu schildern, welche eine übel angebrachte Milde heraufbeschwören könne.[2]) Unablässig werden tückische Ränke geschmiedet, die uns dem Hause Habsburg auf Gnade und Ungnade überliefern sollen! In den Tuilerien wird eine Gegenrevolution angezettelt, der König ist ein Spielball der Aristokraten und der damit verbündeten Deutschen! Der Schrecken ist ehedem so oft im Namen des Despotismus aus dem Palast der Könige hervorgegangen, mag er nunmehr im Namen des Gesetzes in denselben zurückkehren!

Die Rede Vergniauds wurde mit Beifall überschüttet, der Antrag Brissots mit großer Mehrheit angenommen, der Angeklagte noch am nämlichen Tage verhaftet. Auch die übrigen Minister mußten ihre Entlassung nehmen; in den Tuilerien wurde man mit Schrecken gewahr, daß es den Lameths an Kraft gebrach, den Ansturm der entfesselten Leidenschaften des Volkes abzuwehren. Es sollte nicht den Anschein gewinnen, als ob der Thron schon seine letzte Stütze verloren hätte, als ob der König mit dem gestürzten Minister so innig verbunden gewesen wäre, wie einst Karl I. von England mit seinem unglücklichen Diener und Freunde Strafford. Es gab ja noch immer Leute, die sich zur Ehre drängten, den Lilienthron zu retten, freilich nur unter der Bedingung, daß der König sich mit dem Glanz des Zepters begnüge und die Herrschaft ihnen überlasse. Vermutlich unter dem Einfluß der Königin nahm Ludwig nicht zu Lafayette und Narbonne seine Zuflucht, sondern zu jenen Männern, die soeben die Parole ausgegeben hatten: Der Schrecken möge, nachdem er bisher im Namen des Despotismus so oft aus dem Königspalast hervorgegangen, im Namen des Gesetzes dorthin zurückkehren! Durch Vermittlung des Exministers Cahier wurde mit der Gironde verhandelt, und das Ergebnis war, daß Dumouriez zum Minister des Auswärtigen ernannt und alle übrigen Mitglieder des Kabinetts aus den Reihen der Brissotisten genommen wurden. So glitt die Krone sachte auf der schiefen Ebene weiter herab zur Kante, wo sie von den angeblich hilfreichen Händen vollends in den Abgrund gezerrt werden konnte. „Stück für Stück," sagt die selbst erst durch das Schreckensregiment zum Royalismus bekehrte Frau von Staël, „wurde der Thron zertrümmert; heute wurde ein Ministerium gestürzt, morgen die königliche Garde abgedankt, ein andermal Soldaten, die sich

[1]) Buchez et Roux, 13. tom., 389.

[2]) Aulard, L'éloquence parlementaire pendant la rév. franç, I, 282.

gegen ihren Obersten empört hatten, eine Belohnung zugestanden, sogar das Blutbad von Avignon fand im Schoße der Nationalversammlung Verteidiger. Immer aber war der Nachkomme des heiligen Ludwig der an den Wipfel des Baumes gebundene Vogel, auf den jeder der Reihe nach seinen Schuß abgab." . . .[1])

Charles François Dumouriez, der Sohn eines Kriegskommissärs, hatte als junger Mann im Siebenjährigen Kriege gefochten, war dann vom Herzog von Choiseul als politischer Agent verwendet und zur Belohnung etwas zweideutiger Dienste zum Kommandanten von Cherbourg ernannt worden. Bei Ausbruch der Revolution hatte er sein volksfreundliches Herz entdeckt. „Geboren zwischen dem Volk und den Großen," sagt Roederer, „wurde Dumouriez auch durch seinen Ehrgeiz und durch die Umstände beständig zwischen dem einen und den anderen hin und hergezogen."[2]) In seinen Augen war die Revolution nicht die Wiedergeburt der Menschheit, aber eine Laufbahn, auf welcher man sein Glück machen konnte, ein Mittel zum Zweck, wie die Fronde für Kardinal Retz; er stand den Parteien wie ein Fremder gegenüber und war entschlossen, sich aller zu bedienen, ohne sich einer einzigen hinzugeben. Er war ein Sohn seiner Zeit; er hatte Jean Jacques und Diderot gelesen und besaß Feuer und Wärme, die für echte Begeisterung gehalten werden konnten; er machte zeitweise den Eindruck eines großen Mannes, aber, vom Erfolg verlassen, war er wieder nichts als ein Held der Gelegenheit, als ein Glücksritter, dem von der Natur die Gabe verliehen war, sich in alle Lagen zu schicken. Er hatte Freunde unter den am Ruder stehenden Männern; mit ihrer Hilfe erhielt er im Sommer 1790 eine Mission nach Belgien, wo er an Ort und Stelle sein künftiges Schlachtfeld studieren konnte.[3]) Nach der Rückkehr trat er den Girondisten näher und wurde Mitglied des Jakobinerklubs, ohne jedoch seine Verbindung mit dem Hofe aufzugeben. Nach seiner eigenen Angabe will er sich nur, um die Monarchie zu retten, der Revolution in die Arme geworfen haben; deshalb riet er dem Könige, sich zu den Jakobinern zu schlagen, um dadurch diese Partei aus den Fugen zu bringen[4]), und warnte seinen Gönner de Lessart, die beleidigenden Ausfälle des Wiener Hofes zu dulden. In den Tagen des Sturzes de Lessarts war er durch „heftigen Schnupfen" genötigt, das Zimmer zu hüten. Nach dem Siege der Kriegspartei mußte natürlich der Mann, der ebenso das Vertrauen der Gironde wie des Königs besaß, als der berufene Leiter der französischen Politik erscheinen. Auf die Nachricht, daß ihn der König zum Minister des Auswärtigen ernannt habe, weigerte er sich noch eine Zeit lang, indem er erklärte, er sei Soldat und wolle nur Soldat bleiben; am 15. März aber nahm er das Portefeuille an. Fortan sprach er als „Mann der Nation" in der Kammer, als „Diener des Thrones" mit dem König. Noch am Tage seiner Ernennung besuchte er, die als eine Art Livree des Volkes angesehene rote Mütze auf dem Haupte, den Jakobinerklub. Pathetisch versicherte

[1]) Frau v. Staël, Betrachtungen über die französische Revolution, III, 50.

[2]) Roederer, Oeuvres, III, 274.

[3]) A. Sorel, II, 406.

[4]) Mémoires du général Dumouriez, ed. p. Barrière, Biblioth. des mémoires, XI; Eclaircissements hist., 424.

er den „Brüdern und Freunden", daß er sich nach wie vor der Sache der Freiheit und des Volkes weihen wolle; er mußte aber schon hier die Erfahrung machen, daß sein Doppelspiel auf entschlossene Gegner stoßen werde; als der Präsident des Klubs den zum Minister erhobenen Genossen feierte, wurde sofort von Collot d'Herbois Verwahrung eingelegt, da der Grundsatz der Gleichheit solche Bücklinge verbiete.[1]) Die „Vertreter des souveränen Volkes" blickten von vornherein mit Mißtrauen auf das sorgfältig gekleidete und gepuderte, immer lächelnde, sanft blickende Herrchen, das durch nichts an Cromwell oder Washington erinnerte; bei Hofe hieß er „Minister Rotmütz" und sein Ministerium das „Ohnehosenkabinett".[2])

In Besitz der legitimen Gewalt gelangt, zeigten die Männer der Gironde die freundlichsten Mienen gegen den „guten" König. Gensonné gab in einer Denkschrift die Versicherung, daß das Haus Bourbon, wenn es treu zum Volke halte, keine ergebeneren Freunde habe, als die Verfassungspartei. Diese Denkschrift wurde sogar der Kammer vorgelegt, welche den darin entwickelten Grundsätzen feierlich zustimmen sollte. Doch nicht bloß die Männer vom Berg erhoben Widerstand, die große Mehrheit wollte sich nicht förmlich zum Sprachrohr der Girondisten hergeben; Gensonné mußte seine Adresse zurückziehen. Minister „von Brissots Gnaden" hatten jetzt die Zügel in Händen; allein nun zeigte sich erst, welche Schwierigkeiten noch zu besiegen waren. Mit der Regierung war ihnen auch die schwere Aufgabe zugefallen, zu verhüten, daß die Revolution noch weiter ausarte und der Pöbel die Diktatur an sich reiße; anderseits hatten sie die Umtriebe der Royalisten unschädlich zu machen und sollten, was das schwerste war, bei dieser Abwehr gegen rechts und links ihre Popularität wahren. Aus so verworrenen Zuständen schien es nur einen Ausweg zu geben: den Krieg, und Dumouriez war, wie er noch in den viel später geschriebenen Denkwürdigkeiten einräumt, von vornherein gesonnen, mit diesem Allheilmittel zu operieren.

Die Katastrophe wurde beschleunigt durch die geheimen Unterhandlungen des Hofes mit dem Ausland. Marie Antoinette erblickte in dem Zwang, daß der König seine Minister aus den Reihen seiner Feinde entnehmen mußte, eine unerträgliche Demütigung; die Persönlichkeiten waren ihr mehr oder minder gleichgültig. „Ob de Lessart oder Narbonne," schrieb sie (Februar) an Mercy, „der eine von beiden ist so wenig wert wie der andere."[3]) Nach dem Tode des Kaisers faßte sie Hoffnung, daß ihr Neffe Franz bereitwilliger auf ihre Wünsche eingehen und rühriger den bewaffneten Kongreß betreiben werde. Auch Graf Fersen erhoffte von dem Thronwechsel eine günstige Wendung. „Erzherzog Franz war immer wohlgesinnt; ich weiß, daß er oft über das weiche, langsame, unbeständige Wesen seines Vaters aufgebracht war; er ist mit ganzer Seele Soldat und hat

[1]) Aulard, La société des Jacobins, III, 438.

[2]) „On les appela les ministres sansculottes. Un courtisan vint un jour dire à Dumouriez que c'était le surnom qu'on leur avait donné dans l'intérieur. Si nous sommes sansculottes, répondit-il, on s'en apercevra d'autant mieux que nous sommes des hommes" (Mém. du gén. Dumouriez, éclaircissiments, 431).

[3]) Lettres de Marie Antoinette, II, 384.

mehr von der Art seines Oheims Joseph, als von der seines Vaters. Dies wird den Einfluß des Königs von Preußen noch steigern; da der Wiener Hof ihn gewinnen muß, um zur Kaiserwürde zu gelangen, und da dieser Monarch so gute Gesinnung für Ihre Sache an den Tag legt, kann die jüngste Wendung für Sie nur vorteilhaft sein."[1]) Marie Antoinette sandte nun heimlich nach Wien einen jungen Offizier, Baron Goguelat, der dafür wirken sollte, daß endlich einmal mit dem bewaffneten Kongreß Ernst gemacht werde. Die Vollmacht Goguelats bestand nur in einer Zeile von der Hand der Königin: „Schenken Sie, mein teurer Neffe, dem Manne, dem ich dieses Billet übergebe, vollen Glauben!" Der König fügte hinzu: „Ich denke genau wie Ihre Tante und setze auf den Ueberbringer das nämliche Vertrauen!" Dagegen übergab Graf Mercy in Brüssel dem geheimen Agenten ein ausführliches Empfehlungsschreiben, das den allzu sorglosen Wiener Hof auf die im Westen aufsteigende Wetterwolke aufmerksam machen sollte. „Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß die in Frankreich zur Herrschaft gelangte Partei die Dreistigkeit so weit treiben wird, selbst den Krieg zu erklären; sie will ohne Aufschub gleichzeitig an zwei Punkten, im Reich und auf sardinischem Gebiet, den Angriff eröffnen."[2])

Auch in Berlin waren die schon erwähnten geheimen Verhandlungen im Namen Ludwigs XVI. fortgesponnen worden; den Verkehr zwischen dem an Belzunes Stelle getretenen Vicomte Caraman und dem König vermittelte Bischoffswerder. Am 4. März schrieb der ins Geheimnis eingeweihte Fersen an den König von Schweden: „Die neuesten Nachrichten aus Berlin lauten andauernd günstig; Herr von Bischoffswerder hat dem Vicomte Caraman aufs bündigste versichert, sein Herr hege für den König von Frankreich die freundschaftlichsten Gefühle und er selbst teile diese Gesinnung."[3]) Als die Verhandlungen trotzdem zu keinem thatsächlichen Ergebnis führten, schrieb Breteuil am 23. März an Caraman, es möge dem König noch dringlicher vor Augen gebracht werden, daß von seinem Entschlusse die Rettung des französischen Thrones abhänge. In kürzester Zeit werde der herrschenden Partei der Krieg erklärt, das Reich an zwei Punkten zugleich angegriffen werden, „denn die Ruchlosen glauben durch solche Eile dem Bund der Mächte zuvorzukommen und hoffen überall im Vorteil zu sein, da die Unterthanen aller Reiche es mit ihnen halten und ihren Truppen jeglichen Vorschub leisten werden." Wenn nicht rasche Hilfe komme, erwarte die königliche Familie ein trauriges Los; der König werde suspendiert, die Königin eingekerkert werden, denn ihr werde zur Last gelegt, daß sie den Bund der Mächte gegen Frankreich angestiftet habe.[4]) Darauf ließ Friedrich Wilhelm durch Schulenburg dem Vicomte eröffnen, es werde alles geschehen, um die königliche Familie zu retten.

„Man sieht," sagt Flammermont, der zuerst den Verlauf dieser geheimen Verhandlungen aus den Akten des Berliner Archivs festgestellt hat, „man

[1]) Le comte de Fersen et la cour de France, publ. par Klinkowström, II, 202; Le comte de Fersen à la reine Marie Antoinette, 9 mars 1792.

[2]) Lettres de Marie Antoinette, II, 389.

[3]) Le comte de Fersen, II, 219.

[4]) Lettres de Marie Antoinette, II, 389.

sieht, daß die verbündeten deutschen Monarchen schon längst entschlossen waren, Frankreich mit Krieg zu überziehen, ehe in Paris der Krieg erklärt wurde. Demnach haben die Deutschen und nicht die bösen Jakobiner für das Unheil der Revolutionskriege die Verantwortung zu tragen."[1])

Flammermont geht aber in seinen Schlüssen zu weit. In Berlin wie in Wien war der gute Wille vorhanden, für die bedrängte königliche Familie etwas zu thun; man war wohl auch überzeugt, daß nur die Waffen ausreichende Hilfe schaffen könnten, allein von festen Entschlüssen war man noch weit entfernt.

Wenn später von der preußischen Diplomatie betont wurde, Preußen habe nur seinem Bundesgenossen zuliebe in den Krieg sich eingelassen, so entspricht diese Behauptung nicht den Thatsachen. In Berlin bestand in den Tagen der Krisis wenigstens in den leitenden Kreisen mehr Geneigtheit, den Degen zu ziehen, als am Wiener Hofe.

Wie Friedrich Wilhelm allmählich dazu gedrängt wurde, aus seiner gemessenen Haltung herauszutreten, schildert ein, wie es scheint, noch nicht bekanntes, interessantes Aktenstück späteren Datums, ein Memorandum des Ministers von Alvensleben vom 1. Oktober 1793.[2]) Der Verfasser will erhärten, daß er für die Politik, die bisher nur zu demütigenden Niederlagen führte, keine Verantwortung zu tragen habe. Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten, behauptet er, sei überhaupt über das Für und Wider einer Allianz mit Oesterreich niemals zu Rate gezogen, der ganze Handel sei ausschließlich in Potsdam durch souveräne Entschließung des Monarchen nach den Vorschlägen Bischoffswerders in Scene gesetzt worden; an die Minister sei höchstens einmal eine Anfrage in Bezug auf Art und Form der Verhandlungen gekommen. Er, Alvensleben, habe alles gethan, um schon die erste Reise Bischoffswerders zu Kaiser Leopold zu hintertreiben; es sei ihm nicht gelungen, und er genieße jetzt die traurige Genugthuung, daß alle von ihm vorausgesagten schlimmen Folgen eingetroffen seien. Zu allem Unglück habe sich Bischoffswerder nicht einmal an seine Instruktion gehalten; die Bestimmung, daß beide Mächte sich gegenseitig Schutz und Unterstützung gewähren sollten, sei von Bischoffswerder eigenmächtig in den Vertrag aufgenommen und damit Preußen in Not und Gefahren eines Krieges hineingezerrt worden. „Dann kamen diese Bouillé, Roll, Lambert, Heymann, Nassau, Caraman und so viele andere französische Sendlinge nacheinander nach Berlin und Potsdam, um den König durch falsche Vorspiegelungen zur Schilderhebung zu drängen. Sie wurden unterstützt durch die Unbesonnenheit eines Fürsten Hohenlohe, eines Baron Stein und anderer Fremdlinge, denen an der Wohlfahrt und dem wahren Interesse Preußens nichts gelegen war." Den französischen Prinzen seien ohne Wissen des Gesamtministeriums namhafte Summen zugesteckt worden; nur Schulenburg habe darum gewußt und auf geheimnisvollen Wegen das nötige Geld aufgebracht. Ohne jegliche Mitwirkung des Ministeriums sei die Konvention von Pillnitz zu stande ge-

[1]) Flammermont, 28.

[2]) Preuß. St.-Archiv, Acta, betreffend Négociations de Bischoffswerder, seconde et troisième mission près de l'empereur, 1791, 1792.

kommen, jener unselige Vertrag, der die Aufrührer in Frankreich zu den radikalsten Neuerungen gedrängt und zum Bruch mit Oesterreich den Vorwand geboten habe. Er, Alvensleben, sei in einem Bericht an den König vom 7. Juni 1791 offen als Gegner der Politik Bischoffswerders aufgetreten, doch Schulenburg habe die darin niedergelegten Warnungen so abgeschwächt, daß sie den beabsichtigten Eindruck nicht erzielen konnten.[1]) So sei der Weg in die Irre immer weiter verfolgt worden, bis eines Tages Schulenburg den verblüfften Kollegen eröffnete: Der König will den Krieg, will den Krieg um jeden Preis! Diese Erklärung habe trotz aller darauf vorbereitenden Anordnungen wie ein Blitzstrahl eingeschlagen! Vergebens habe er seine Kollegen ermahnt, es möge dem König nochmals vorgestellt werden, welches Unheil der Krieg für Preußen mit sich bringen werde, wie man damit nur der Kaiserin von Rußland diene, die ihre eigenen Truppen niemals zur Bekämpfung der Revolution, wohl aber zu Eroberungen in Polen verwenden werde. Leider habe er tauben Ohren gepredigt; Schulenburg allein habe das Vertrauen des Königs genossen, mithin sei nur nach Wunsch und Willen der schneidigen Kriegsfreunde verfahren worden, zum Unheil Preußens, wie man seither leider am eigenen Leibe erfahren mußte! —

Seit dem Ableben Leopolds hatten sich die Beziehungen zwischen Wien und Paris wesentlich verschlimmert. Fürst Kaunitz zwar war noch immer der bedächtige Freund des Friedens, doch er war, wie Bischoffswerder richtig beobachtet hatte, am Wiener Hofe nicht mehr der Wettermacher. „Was wollen Sie?" sagte Kaunitz zum preußischen Gesandten, der zu entschlossenerem Auftreten gegen Frankreich drängte, „mein Herr ist noch nicht Oberhaupt des Reichs, und sogar, wenn er es schon wäre, ließe sich, da die französische Regierung nun auch den im Elsaß begüterten Fürsten ausreichende Entschädigung bieten will, kein Grund ausfindig machen, sich in die Angelegenheiten Frankreichs zu mischen!"[2]) Dagegen erblickte das Berliner Kabinett — auch Herr v. Alvensleben verweigerte niemals seine Unterschrift zu diesen Weisungen! — in dem Kaunitzschen Grundsatz der Nichteinmischung einen politischen Fehler. Die angebotene Entschädigung könne als wirkliche Genugthuung keineswegs angesehen werden; auch die Gefahr der Weiterverbreitung der Revolution dürfe nicht unterschätzt werden; jedenfalls aber müsse einmal dem Schwanken und Zaudern ein Ende gesetzt werden. „Die Hauptsache ist: man muß einmal wissen, wie man daran ist, damit nicht länger Gefahr bestehe, durch unstete, zweideutige Schritte oder durch Erklärungen ohne festen Rückhalt sich bloßzustellen."[3]) Bischoffswerder konnte jedoch bald aus Wien die tröstliche Nachricht senden, daß sich, wenn auch nur langsam, ein Gegensatz zwischen dem jungen Monarchen und dem Kanzler als Vertreter der Leopoldinischen Politik herausbilde. Am 17. März wurde die Note der französischen Regierung, auf deren mannhaften Ton sich

[1]) Unter anderem sei der Satz, die neuerdings eingeschlagene Politik „épuiseroit ses trésors et détruiroit son armée," von Schulenburg abgeändert worden in: „ne feroit que diminuer nos trésors et fatiguer notre armée".

[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 10. März 1792.

[3]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums an Jacobi vom 17. März 1792.

de Lessart in der Nationalversammlung berufen hatte, in Wien bekannt.[1]) König Franz und Spielmann fanden das Schriftstück hochmütig und verletzend, auch dem Kanzler war insbesondere eine Stelle anstößig; de Lessart hatte es als Vertrauensbruch bezeichnet, daß in Wien ein eigenhändiges Schreiben König Ludwigs an den Kaiser dem französischen Gesandten gezeigt worden war; damit war also dem Kanzler, dem tonangebenden Nestor der europäischen Diplomatie, zum Vorwurf gemacht, daß er gegen den guten Ton der diplomatischen Welt einen Verstoß begangen habe! Die Antwort auf so ungeschliffene Redensarten werde an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, sagte Spielmann zu Jacobi, doch der Weg der goldenen Mitte dürfe trotzdem nicht verlassen werden, eine Herausforderung dürfe man sich nicht erlauben; sei ja doch dem Wiener Hofe durch die Uebermacht und den Uebermut Englands weit mehr Grund gegeben, sich beunruhigt und beleidigt zu fühlen! Ein Bündnis gegen diese Seemacht werde bald von nöten sein, — wozu also den Bruch mit Frankreich ohne Not beschleunigen?

Kaunitz war ganz betroffen, als ihn Bischoffswerder zur Entscheidung drängte, endlich einmal Ernst zu zeigen oder Frankreich völlig seinem Schicksal zu überlassen. „Einer so großen, vornehmen Politik, der einzigen, die sich für Höfe ersten Ranges ziemt, ist man hier bisher ängstlich aus dem Wege gegangen; immer hat man vorgezogen, zu temporisieren und zu vigilieren, ob sich nicht doch noch günstigere Umstände abwarten ließen. Erst jetzt dürfte vielleicht das Zusammentreffen mehrerer Vorkommnisse den hiesigen Hof bewegen, einer den festen Grundsätzen des Kabinetts Eurer Königlichen Majestät besser angepaßten Politik sich anzuschließen." Ermutigend wirke der Ministerwechsel in Spanien, der ein entschlossenes Auftreten gegen Frankreich in Aussicht stelle, doch noch kräftiger wirke die Furcht vor einer intimeren Verbindung Preußens mit Rußland zum Zweck einer Aufteilung Polens.[2])

Seit dem Eintreffen der letzten französischen Note, berichtete Bischoffswerder am 13. März nach Berlin, wird in Wien von der Freundschaft mit Preußen nur in gehobenem Tone gesprochen. Kaunitz äußerte, er müsse sich selbst beglückwünschen, daß er das Band geschlungen habe, das jetzt die beiden Monarchien glücklich mache. Spielmann nannte den Bund, der durch das schamlose Vorgehen der „Canaille" de Lessart an Festigkeit noch gewinnen werde, das Allheilmittel (la médecine universelle) für Europa. Kaunitz brachte auch wieder die Entschädigungsfrage aufs Tapet. „Es ist wahr, man soll die Haut eines Bären nicht teilen wollen, ehe man ihn erlegt hat, aber es kann nur vorteilhaft sein, sich wenigstens über die allgemeinen Grundsätze schon jetzt freundschaftlich zu einigen; was mich betrifft, so werde ich bei der Teilung immer unbedingte Gleichheit im Auge behalten und mich immer an Ihre Stelle denken, um unser Interesse zu beurteilen!"[3]) Bischoffswerder nahm jedoch die feurigen Versiche-

[1]) Explications etc., 40; Note de Mr. l'ambassadeur de France à Mr. le chancelier Kaunitz, 11 mars 1792.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Berichte Jacobis vom 21., 24., 31. März 1792.

[3]) Ebenda. Instruction pour Bischoffswerder et ses dépêches, 1792; Bericht vom 13. März 1792.

rungen nicht für vollen Ernst. „Ich bezweifle, ob nicht der Zorn des Fürsten Kaunitz über die Franzosen schon heute wieder verflogen ist, doch bin ich überzeugt, daß der junge Monarch einen festeren Charakter hat, als sein Vater." Bischoffswerder fand denn auch die Antwort auf die letzten Forderungen de Lessarts „offen und fest". Doch auch hier war alles ängstlich vermieden, was den Franzosen als Herausforderung hätte erscheinen können. An Kriegsrüstungen habe bisher niemand in Oesterreich gedacht, nur die allernötigsten Maßnahmen zur Abwehr eines Angriffes seien getroffen worden; ebensowenig könne sich Frankreich bedroht fühlen durch den europäischen Bund, der gewiß keine feindselige Bedeutung habe, der aber auch von Oesterreich ohne Zustimmung der übrigen Mächte nicht einfach aufgelöst werden könne.[1])

Die Besorgnis Bischoffswerders erwies sich als begründet. Hier ist alles, schreibt er am 1. April, in die alte Unentschlossenheit und Lauheit zurückgefallen; die Nachrichten aus Paris mögen noch so alarmierend lauten, — sie machen hier nur geringen Eindruck! Wenn nicht die Franzosen geradezu angreifen, rührt man hier keinen Finger!

Jacobi teilte diese Auffassung. Der Einfluß des Kanzlers sei in den letzten Tagen wieder gestiegen; Colloredo sei von vornherein und unter jeder Bedingung für den Frieden; Marschall Lascy, ein strammer Gegner des preußisch-österreichischen Bundes, komme im Ministerrat immer wieder auf geheime Pläne Preußens zu sprechen; unter diesen Umständen sei ein Ermannen des Wiener Hofes nicht zu erwarten, es sei denn, daß von französischer Seite angegriffen würde.

An solchem Angriff sei aber auch kaum noch zu zweifeln, erwiderte das preußische Ministerium; vor kurzem sei von den Pariser Demagogen der förmliche Beschluß gefaßt worden, an drei Punkten zugleich, in Savoyen, Trier und Lüttich den Krieg zu eröffnen; freilich falle es schwer, so rasende Verwegenheit der Umstürzler für möglich zu halten, aber nach den jüngsten geheimen Nachrichten sei daran nicht mehr zu zweifeln.[2])

Die Mitteilung bezog sich offenbar auf die Enthüllungen Caramans; damit stimmte überein, was Goguelat im Auftrag der Königin Marie Antoinette in Wien eröffnet hatte. Spielmann erzählte dem preußischen Gesandten im strengsten Vertrauen, was er von diesem Sendling erfahren hatte. Das königliche Paar denke gar nicht an die Möglichkeit, die Verfassung zu stürzen; nur gewisse Aenderungen seien geboten, und dafür werde sich auch die große Mehrheit des französischen Volkes gewinnen lassen. Deshalb empfehle es sich, die unentwegt am alten System festhaltenden Prinzen vorerst gänzlich aus dem Spiel zu lassen; jedenfalls sei es nicht rätlich, die Truppen der Emigranten zuerst in Frankreich einrücken zu lassen; höchstens dürfe man sie im Rücken der deutschen Heere zur Besetzung der eingenommenen Plätze verwenden. Ernster Widerstand sei nicht zu besorgen. Die Festungen würden den Rettern des beliebten Königs wohl schon auf die erste Aufforderung übergeben werden; die ganze Kavallerie sei

[1]) Explications etc., 42; Note de Kaunitz à l'ambassadeur de France, 18 mars 1792.
[2]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß des preuß. Ministeriums an Jacobi vom 12. April 1792.

königlich gesinnt, was allerdings von der Infanterie, sowohl von den Linientruppen als der Nationalgarde, nicht behauptet werden könne. Mit der Disziplin sei es ebenso schlecht bestellt, wie mit der Ausrüstung; insbesondere das Geschützwesen lasse alles zu wünschen übrig. Den Armeen der Verbündeten werde es also nicht schwer fallen, sich zu Herren des Landes zu machen, doch es sei auch die höchste Zeit, daß die Monarchen einmal Ernst zeigten, sonst werde ihnen das jakobinische Ministerium zuvorkommen; schon sei Befehl gegeben, daß mit drei Armeen in Sardinien, in Lüttich und am Rhein der Kampf eröffnet werden soll.[1])

Kaunitz warnte davor, die glänzenden Zusicherungen des Franzosen für bare Münze zu nehmen; es sei weit wahrscheinlicher, daß beim Einmarsch deutscher Truppen sofort alle Parteien in Frankreich zur Abwehr der Fremden sich vereinigen würden. Hauptsächlich aus diesem Grunde erblickte er im Krieg ein gefährliches Unternehmen, das so lange wie möglich hintangehalten werden müsse. Weniger ablehnend verhielt sich Spielmann, doch auch von ihm wurde betont, man müsse den Angriff der Franzosen abwarten und sie dadurch ins Unrecht setzen. Die große Mehrheit des Volkes endlich wollte vom Kriege erst recht nichts wissen, weil die Auferlegung neuer Steuern befürchtet wurde. „Die früheren Kriege Oesterreichs," bemerkt dazu Jacobi, „wurden eben immer mit dem Geld der Niederlande geführt; daran ist jetzt nicht zu denken."

Am Wiener Hofe bestand auch gar keine Neigung, mit den Emigranten gemeinsame Sache zu machen, während in Berlin auf die Teilnahme der Prinzen Gewicht gelegt wurde. „Sollten sich thatsächlich die feindseligen Pläne der Franzosen bestätigen," schrieb das preußische Ministerium am 12. April an Jacobi, „so wird sich im Lande selbst ein wichtiger Umschwung vollziehen, wobei die französischen Prinzen und ihre Anhänger uns nützliche Dienste leisten könnten. Es dürfte sich also in diesem Falle empfehlen, sie aktionsfähig zu machen und ihre Truppen vorwärts zu schieben, insbesondere die alte Legion Mirabeaus in das Kurfürstentum Trier, damit dort einem Angriffe der Feinde mit einigermaßen ebenbürtigen Streitkräften begegnet werden kann." Dagegen stimmte Spielmann unbedingt der Ansicht der Königin von Frankreich bei, es sei, wenn es wirklich zum Krieg käme, von Mitwirkung der Emigranten gänzlich Umgang zu nehmen, da diese Herren ein Ziel verfolgten, das mit der Politik der Verbündeten nichts gemein habe. Ganz recht, erwiderte Jacobi, aber wird es wohl möglich sein, zwanzigtausend französische Patrioten, die sich ihr Vaterland mit den Waffen zurückerobern wollen, an der Grenze zurückzuhalten?

Wie weit der Wiener Hof gehen wollte, welche Vorkehrungen er zur Bekämpfung des Jakobinertums für ausreichend ansah, erhellt aus dem Rundschreiben der Staatskanzlei an alle österreichischen Gesandten vom 6. April 1792.[2]) Das Ziel unserer Bemühungen, heißt es darin, ist und bleibt das europäische Konzert. Von allen europäischen Mächten sollen gemeinsam Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um 1. den verletzten Rechten der deutschen Reichs-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 10. April 1792.
[2]) Ebenda. Beilage des Berichts Bischoffswerders vom 6. April 1792.

stände und des päpstlichen Stuhles Genugthuung zu schaffen, 2. die Ausbreitung der revolutionären Seuche abzuwehren und 3. die monarchische Staatsform in Frankreich aufrecht zu halten. Von Wiederherstellung des alten Regiments darf nicht die Rede sein, da der völlig freie Monarch Frankreichs selbst die Einschränkung der monarchischen Gewalt anerkannt hat; auch wäre zu befürchten, daß eine Kundgebung zu Gunsten der absolutistischen Staatsform alle Parteien in Frankreich zu geschlossenem Widerstand reizen würde. Deshalb dürfen die Brüder des Königs mit ihrem Anhang nicht in den Vordergrund treten, geschweige denn die Hauptrolle übernehmen. Dagegen ist nicht bloß erwünscht, sondern notwendig, daß nicht bloß einzelne, sondern sämtliche Höfe die Bekämpfung der gemeinsamen Gefahr auf sich nehmen; das Quale und Quantum der zu leistenden Hülfe soll durch eigene Verhandlungen festgesetzt werden. Erst wenn die Streitkräfte aller teilnehmenden Nationen an Ort und Stelle versammelt sind, soll ein gemeinschaftlicher Aufruf an die französische Regierung gerichtet werden, um den oben erörterten Fragen zweckentsprechende Lösung zu sichern. Dazu wird sich die Berufung eines Kongresses empfehlen, wozu jedoch nicht Wien, sondern eine näher an Frankreich gelegene Stadt in Vorschlag gebracht werden soll.

Man sieht: auch dieses Schriftstück ist nicht von Zorneseifer und Kriegsluft eingegeben; es stellt sich so ziemlich auf den nämlichen Standpunkt, den der Wiener Hof schon ein Jahr vorher eingenommen hatte. Noch am 28. April beklagte das Berliner Kabinett die lässige Haltung des Wiener Hofes; nur dem festeren Auftreten des Bundesgenossen sei es zuzuschreiben, daß den Pariser Zungendreschern etwas kräftiger heimgegeben wurde; auch die Zustimmung zur Uebertragung des Oberbefehls der vereinigten Armeen an den Herzog von Braunschweig [1]) zeuge wenigstens von gutem Willen des Königs von Ungarn, wenn auch zur That noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Was in Berlin von Caraman, in Wien von Goguelat enthüllt worden war, entsprach den Thatsachen. Das nach dem Sturze de Lessarts berufene demokratische Ministerium plante trotz aller königstreuen Versicherungen Enthebung des Königs, Verhaftung der Königin und Angriff auf Oesterreich. Bei einem Abendessen im Hause Condorcets war von Anhängern Lafayettes und Brissots ein förmlicher Feldzugsplan gegen die Krone entworfen worden; der König erhielt davon Kunde durch den ehemaligen Abgeordneten Dupont de Nemours. [2]) Am rührigsten betrieb die Hetze der neue Minister des Auswärtigen, Dumouriez, unbestreitbar der bedeutendste Mann und der charakterloseste Mensch im Ministerium, — „welch glänzender Schuft ist dieser Dumouriez!“ ruft einmal Lord Auckland aus, nachdem die Minenarbeit der Franzosen in Brabant glücklichsten Erfolg erzielt hatte. [3]) Auch im radikalen Lager war der Krieg populärer geworden, seit jene Note Kaiser Leopolds alle Schuld an der unglück-

[1]) Vivenot, I, 434.

[2]) Sybel, I, 369.

[3]) Journal of W. Ld. Auckland, 505; Lord Auckland to lord Henry Spencer, 6. Apr. 1793.

lichen Lage Frankreichs auf die vaterlandslosen, kulturfeindlichen Jakobiner geschoben hatte. In der Nationalversammlung erklärte Dumouriez, die Bezeichnung „wohlgesinnte Franzosen" könne sich nur auf die ausgewanderten Aristokraten beziehen, denn wie wäre es denkbar, daß ein anderer Franzose bewußt auf die Seite der Feinde seines Vaterlandes sich stellte![1]) Unverzüglich wies Dumouriez den französischen Botschafter in Wien an, eine in knappem, militärischem Ton gehaltene Erklärung abzugeben: Wenn der König von Ungarn nicht bis zum 15. April auf Teilnahme am Verein der europäischen Mächte Verzicht leistet, sieht sich der König von Frankreich genötigt, den Krieg zu eröffnen! Obwohl aber immer nur vom König von Ungarn die Rede war, wurde auch der Angriff auf Lüttich, sowie auf die rheinischen Kurfürstentümer in Aussicht genommen. Schon am 25. März wurde der Beschluß gefaßt, von Namur und Straßburg aus vorzudringen und gleichzeitig gegen das mit der sardinischen Herrschaft unzufriedene Savoyen einen Vorstoß zu unternehmen. Schon daraus erhellt, daß es von vornherein auf Eroberung von Nachbargebiet abgesehen war, wie denn auch Dumouriez zuerst des verhängnisvollen Wortes „Natürliche Grenzen" sich bediente. Am glücklichen Erfolg der Schilderhebung sei nicht zu zweifeln, doch empfehle es sich, Oesterreich von Bundesgenossen zu entblößen und namentlich den König von Preußen zur Neutralität zu bewegen. Dies werde nicht schwer zu erreichen sein, da Friedrich Wilhelm nur aus persönlichem Groll über die beleidigende Sprache der Jakobiner das „unnatürliche" Bündnis eingegangen habe. Demgemäß wurden neuerdings geheime Unterhandlungen in Berlin angeknüpft, wobei sich Dumouriez zu Anerbietungen herbeiließ, die auf die Doppelzüngigkeit des „Jakobiners", der im Kreise der Genossen den schärfsten Angriffen auf das Königtum zustimmte und in der Kammer unablässig auf kriegerische Entscheidung drang, grelles Licht werfen.

Am 28. April wurde Jacobi von dem ganzen Hergang unterrichtet, damit er zum Beweise der Bundestreue Preußens dem Fürsten Kaunitz Mitteilung mache.[2]) Dumouriez schrieb an den in preußische Dienste getretenen General Heymann, einen Emigranten liberaler Richtung,[3]) er wolle demnächst einen Herrn Benoit nach Berlin senden, mit dem Heymann vertrauensvoll die gegenwärtige Lage besprechen könne. Als die Minister sich weigerten, den jakobinischen Sendling zu empfangen, teilte Benoit schriftlich seine Aufträge mit. Zwischen Preußen und Frankreich, hieß es in der Denkschrift, bestehe kein Gegensatz, denn hier wie dort wünsche man die Wiederherstellung der monarchischen Ordnung und den Frieden; um dazu zu gelangen, wolle die gegenwärtige Regierung Frankreichs mit Freuden jedes Opfer bringen. Im Streit mit den im Elsaß begüterten Fürsten sei der König von Preußen der natürliche Vermittler; er möge nur fordern, dann werde die Regierung jede billige Entschädigung bewilligen. Auch die „für Frankreich ebenso notwendige wie erwünschte" Zurückberufung der Emigranten werde der König von Preußen am leichtesten ins Werk setzen, und

[1]) Glagau, 262.
[2]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß des preuß. Ministeriums an Jacobi vom 28. April 1792.
[3]) Sybel, I, 375.

ebenso werde jeder Vorschlag des verehrten Monarchen in Bezug auf verfassungsmäßige Erweiterung der königlichen Befugnisse gebührende Beachtung finden.

Die weitreichenden Anerbietungen des Girondisten-Ministeriums, denen sogar Marie Antoinette ihre Billigung nicht hätte versagen können, mußten in Berlin Mißtrauen wachrufen. Es sei daraus zu ersehen, erklärte Schulenburg dem Könige, daß Dumouriez gern das gefürchtete Preußen von Oesterreich trennen möchte, aber Jakobinern könne man doch nimmermehr die Hand reichen; vielleicht sei es überhaupt nur darauf abgesehen, zum Abschluß der Rüstungen Zeit zu gewinnen. Immerhin sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, auf dem vorgeschlagenen Wege ins rechte Geleise zu kommen; Benoit möge also aufmerksam gemacht werden, daß Preußen erst dann in Unterhandlungen eintreten könne, wenn Frankreich sich wieder einer Regierung mit gesicherter Autorität erfreuen werde. Mit diesem Bescheid gab sich Benoit auch zufrieden; er sehe wohl ein, erwiderte er, daß sich zur Zeit nichts anderes erreiche lasse, aber das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, und er werde wiederkommen, wann und wohin ihn die preußische Regierung rufen werde.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Dumouriez' Anträge nicht aufrichtig gemeint waren. Immerhin hatte er, obwohl erst seit einigen Wochen im Amte, schon die Erfahrung machen müssen, daß er mit den aufgeregten Parteien und insbesondere mit den Leuten seiner Farbe schweren Stand haben werde; er spottete selbst darüber, daß an Stelle der Oesterreicherin wieder eine Frau, die geschäftige Gattin seines Kollegen Roland, den Staat dirigiere, und äußerte wohl einmal, von allen, mit denen er zu thun habe, sei noch immer der beste der König. Zur Befestigung seiner Stellung suchte er Lafayette für sich zu gewinnen, indem er dem Ehrgeizigen in Aussicht stellte, daß die von ihm befehligte Nordarmee den Hauptschlag gegen Belgien ausführen sollte, allein der General antwortete nur mit Klagen über das unbesonnene Drängen zum Kriege, auf den sich die Armee keineswegs genügend vorbereitet habe. Da es auch sonst trotz alles Hetzens in Klubs und Volksversammlungen an Gegnern des Krieges nicht fehlte, sahen die Minister nicht ohne Sorge der Entscheidung der Volksvertreter entgegen. Wenn sich die Kammer für den Frieden erklärt, schrieb Dumouriez noch am 18. April an General Biron, so bleibt uns allen nichts anderes übrig, als nach Amerika auszuwandern. Kurz vorher war Vicomte de Noailles, der Gesandte am kaiserlichen Hofe, der in Wien als heimlicher Jakobiner, in Paris als verdächtiger Aristokrat mit scheelen Augen betrachtet wurde, um seine Entlassung eingekommen. Auch diesen Schritt des bedauernswerten Diplomaten wußte Dumouriez in der Kammer als Verrat am Vaterlande darzustellen; Dumouriez riet, den feigen Gesandten durch de Maulde zu ersetzen und zugleich dem König von Ungarn folgende letzte Erklärung zugehen zu lassen: „Die Franzosen haben geschworen, als freie Männer zu leben oder zu sterben; ich, ihr König, habe den nämlichen Schwur geleistet; Herr von Maulde wird mitteilen, welche Mittel einzig und allein das Unheil eines allgemeinen Krieges noch abwenden können!" König Ludwig unterzeichnete dieses Schriftstück, doch es wurde durch die sich überstürzenden Ereignisse beiseite geschoben. In der Nacht vom 18. April machte Dumouriez in der Kammer die Mitteilung, soeben sei aus

Wien eine Antwort auf die letzten französischen Vorschläge eingetroffen, ein Schriftstück von sehr ernster Natur, worüber der Kronrat unverzüglich Beratung pflegen werde. Es handelte sich um eine Note Noailles' vom 7. April über den Inhalt einer kurzen Unterredung mit dem Vizekanzler Graf Cobenzl. Noailles hatte, seinem Auftrag entsprechend, bündige Aufklärung verlangt, ob die österreichische Regierung vom europäischen Konzert zurücktreten und die an der Grenze zusammengezogenen Truppen zurückziehen wolle oder nicht; darauf erwiderte Cobenzl, daß die Antwort auf diese Anfragen schon in der letzten Note gegeben sei und er „selbiger um so weniger etwas zuzusetzen oder abzunehmen habe, da solche zugleich als die Darstellung der völlig gleichförmigen Gesinnungen des königlich preußischen Hofes zu betrachten sei." [1])

Am 20. April erschien König Ludwig in der Nationalversammlung. Kein Laut des Beifalls begrüßte ihn, obwohl den Anwesenden klar sein mußte, welch schmerzliches Opfer dieser Besuch dem Monarchen auferlegte. Dumouriez gab eine Uebersicht über die auswärtige Politik Frankreichs, die mit einer leidenschaftlichen Anklage gegen Oesterreich schloß. Die beleidigenden Worte in der Note des österreichischen Kanzlers seien nicht, wie es den Anschein habe, nur gegen die Jakobiner, sondern gegen die ganze Nation gerichtet, denn nicht von einem einzelnen Klub, sondern von der gesamten Volksvertretung sei die Forderung ausgegangen, das Erzhaus möge endlich aufhören, den zürnenden Patron des Oberhauptes der französischen Nation zu spielen; offenbar habe der Nestor der legitimistischen Diplomatie nichts anderes bezweckt, als die Fackel des Bürgerkrieges in die Mitte eines nur Frieden und Freiheit heischenden Volkes zu schleudern; auf so schnöden Angriff gebe es also keine andere Antwort als: den Krieg!

Darauf ergriff der König das Wort. Mit müder Stimme gab er seine Zustimmung zum Antrag seines Ministeriums: es sei dem König von Ungarn und Böhmen wegen Beleidigung der französischen Nation der Krieg zu erklären. Frau von Staël, die selbst der Sitzung beiwohnte, erzählt, weder das Antlitz, noch die Sprache des Monarchen habe erkennen lassen, welche Empfindungen in ihm sich regten. „Nicht als ob er seine Gefühle hätte verbergen wollen! nein, eine Mischung von Ergebung und Würde ließ dieselben nicht zum Ausdruck kommen." [2]) Während der König darauf den Saal verließ, brachen die Abgeordneten in stürmischen Jubel aus, die Tribünen klatschten Beifall, — „nur in sehr wenigen erregte der Beginn eines blutigen Krieges, der ganz Europa zwanzig Jahre lang zerfleischen sollte, Unbehagen und Besorgnis." Auch in der am Abend folgenden Debatte sprachen sich fast alle Redner im Sinne Dumouriez' aus, der Friedensfreunde gab es nur ein schwaches Häuflein.

Als Bequey die Volksvertreter warnte: „Wenn Sie Oesterreich angreifen, so kann es kommen, daß Sie mit ganz Europa den Kampf aufnehmen müssen; welches Reich wäre aber im stande, so vieler Feinde sich siegreich zu erwehren?" rief eine Stimme: Frankreich! und die lakonische Antwort wurde mit hellem

[1]) Vivenot, I, 434.
[2]) Staël, Betrachtungen, II, 48.

Jubel aufgenommen. Bei der Abstimmung wagten nur sieben Abgeordnete gegen den Antrag des Kabinetts sich auszusprechen.

„Damit," so erklärt Talleyrand in seinen Memoiren, „war über das Königtum schon das Todesurteil gesprochen.[1]) Im Jahre 1790 hätte der Krieg es gerettet, im Jahre 1792 mußte der Krieg es stürzen, und deshalb gerade wollten die Revolutionäre den Krieg. Ihre Berechnung ging dahin: Wenn ein Krieg ausbricht, so verfügt der König nur über diejenigen Mittel, die wir ihm geben wollen, ist also völlig in unsere Gewalt geliefert; es wird uns immer ein Leichtes sein, die besitzlose Menge gegen ihn aufzuwiegeln, indem wir ihn für unvermeidliche Niederlagen verantwortlich machen! Es war eine entsetzliche, allein, wie die Ereignisse bewiesen, mit seltenem Weitblick aufgestellte Berechnung. . . ."

Gewiß, die Feinde des Königtums haben, von solcher Absicht geleitet, den Krieg geschürt, doch das Ergebnis der Abstimmung beweist, daß nicht die Gironde allein für den Krieg verantwortlich gemacht werden kann. Auch gemäßigtere Kreise waren von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt. Die Grundsätze von 1789 drängten unabwendbar zur Waffenentscheidung. Oesterreich mußte, wie ungern es sich auch dazu verstand, um der Tradition willen das legitime Europa um sich scharen; Frankreich mußte den aufs Banner geschriebenen Grundsatz der Selbstherrlichkeit des Volkes verteidigen! Zwischen den großen weltgeschichtlichen Gegensätzen mußten die Waffen entscheiden; vom Ausgang des Kampfes hing ab, welches Gepräge das kommende Jahrhundert tragen werde.

Die Kriegserklärung vom 20. April wirkte in Wien als diplomatische und militärische Ueberraschung ohnegleichen. Kaunitz hatte bis zum letzten Augenblick geglaubt, die Entscheidung: ob Krieg, ob Frieden, in den Falten seiner Toga zu tragen; nun sah er alle Fäden zerrissen, sah sich genötigt, an der Seite eines mit Mißtrauen betrachteten Bundesgenossen mit Frankreich, dem trotz alledem geliebten, verehrten Frankreich, den gefährlichen Kampf aufzunehmen.

Am 21. April, als die Entscheidung in Paris schon gefallen war, erließ Kaunitz ein Rundschreiben an die Gesandten, das noch ganz und gar der bisher festgehaltenen Aufschubspolitik Rechnung trug. Die Gesandten werden zwar angewiesen, angesichts der drohenden Offensive der Revolution den thatsächlichen Zusammenschluß der europäischen Mächte zu betreiben, doch soll „erst nach an Ort und Stelle versammelten allseitigen Armeen, nach der erst sodann an Frankreich erlassenen gemeinsamen Deklaration zur gütlichen Vermittelung" zu den Waffen gegriffen werden.[2])

Als die Vorgänge vom 20. April in Wien bekannt wurden und Vicomte de Noailles seine Pässe verlangte, konnte auch hier nicht länger bezweifelt werden, daß der Krieg bevorstehe, doch wurde der Ernst der Lage von den leitenden Kreisen noch immer unterschätzt. Man glaubte, es nur mit den Jakobinern zu thun zu haben; die Mehrheit der Generäle, so wähnte man, würde sofort zu den im Namen des Königs von Frankreich erscheinenden Deutschen übertreten,

---

[1]) Mémoires du Prince de Talleyrand, I, 219.

[2]) Vivenot, II, 5.

die festen Plätze würden unverzüglich übergeben werden, an erfolgreichen Widerstand der zuchtlosen, schlecht bewaffneten Armeen sei nicht zu denken. Daß wir siegen, liegt auf der Hand, sagte Kaunitz zu Jacobi, wir brauchen nur eine Zeit lang unsere Kräfte wirklich anzustrengen! Dies muß aber auch geschehen! Wir dürfen den Feind gar nicht mehr zur Besinnung gelangen lassen, — nicht zu mehreren Feldzügen soll es kommen, mit einemmal, mit wuchtigen, entscheidenden Schlägen muß der Krieg sogleich zu Ende geführt werden. Eifersucht und Mißtrauen seien aus unserem Kreise verbannt, jeder freue sich des glücklicheren Erfolges des anderen, dann wird der gemeinsame Sieg nicht ausbleiben! Daß wir dann darnach trachten werden, uns schadlos zu halten, ist eine selbstverständliche Sache, niemand wird daran Anstoß nehmen! Entweder können wir uns vom König von Frankreich volle Zurückerstattung der Kriegskosten zusichern lassen, oder wir können bis dahin eine Anzahl von französischen Plätzen besetzen, oder wir können gewisse Gebiete als erobertes Gut ansehen und die Verteilung uns vorbehalten. Welchen von diesen Wegen Preußen einschlagen will, wir werden ihm folgen; wenn aber Seine Majestät auf jede Entschädigung verzichten und das Opfer im Interesse Europas auf sich nehmen will, so wird auch dieses Beispiel heroischer Uneigennützigkeit uns zur Richtschnur dienen![1])

Vom preußischen Kabinett wurde der Umschwung der Kaunitzschen Politik mit Wärme begrüßt. Der König willigte unbedenklich ein, Hand in Hand mit dem Bundesgenossen den Kampf aufzunehmen, auch wenn die übrigen Mächte und insbesondere Rußland wider Erwarten ihre Hilfe versagen sollten. „Wahrlich, in dem Zustand, den die Dinge jetzt einmal angenommen haben, ist dieser Beschluß der einzige, der unserem wahren Vorteil entspricht." Es sei nicht mehr als billig, daß für das schwere Opfer im Interesse der Ruhe Europas eine Entschädigung geboten werde, ja, Preußen müsse aufs entschiedenste erklären, daß es ohne Aussicht auf Ersatz unmöglich die ungeheuren Kriegskosten sich aufbürden könne; das Nähere möge späterer Vereinbarung vorbehalten bleiben.[2])

Es fehlte bei den zwei verbündeten Mächten von vornherein nicht an Widersprüchen in der Auffassung der Lage, der dadurch auferlegten Pflichten und der erhofften Vorteile, aber im allgemeinen zeigten die beiden Kabinette guten Willen, die gemeinsame Sache nach Kräften zu fördern. Als an Stelle des zum außerordentlichen Botschafter am englischen Hofe ernannten Baron Jacobi-Klöst gegen Ende Mai Graf Haugwitz in Wien eintraf, wurde ihm ein ehrenvoller Empfang zu teil, und insbesondere Kaunitz wurde nicht müde, zu versichern, daß er im Bund der zwei mächtigsten Staaten im Herzen Europas eine Bürgschaft des Sieges im bevorstehenden Kriege und der allgemeinen Wohlfahrt für alle Zeiten erblicke. „Ihr König steigt von Tag zu Tag in meiner Wertschätzung; ich kann sagen: er ist ein Mann secundum cor meum, und" — fügte er lächelnd hinzu — „wenn ein Mann wie ich, ein Mann von meiner Erfahrung und meiner Weltkenntnis sich so ausspricht, darf jeder sich geschmeichelt fühlen!"[3])

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Jacobis vom 2. Mai 1792.

[2]) Ebenda. Erlaß des preuß. Ministeriums an Jacobi vom 9. Mai 1792.

[3]) Ebenda. Ministerialkorrespondenz mit Haugwitz in Wien 1792. Bericht vom 28. Mai 1792.

Die Stimmung in den leitenden Berliner Kreisen wurde schon geschildert. Friedrich Wilhelm brannte vor Ungeduld, den Kampf mit dem Jakobinertum aufzunehmen. Die Leiden der königlichen Familie hatten auf ihn tiefen Eindruck gemacht, so daß es ihm als Ehrensache erschien, sich an ihrer Rettung zu beteiligen; die Furcht vor Ansteckung der eigenen Staaten durch den Freiheitstaumel der Nachbarn wirkte mit, und wohl nicht in letzter Reihe der Wunsch, durch ein, wie es schien, nicht allzu gewagtes Unternehmen Kriegsruhm zu erwerben. In diesen Gedanken wurde er insbesondere durch General Bischoffswerder bestärkt; es läßt sich unschwer erkennen, daß die Propaganda zur Bekämpfung der Revolution von „Bruder Farferus" geleitet war. Begreiflicherweise war diese Auffassung auch in Armeekreisen vorherrschend. Oberst Massenbachs Memoiren zur Geschichte des preußischen Staats sind zwar im allgemeinen nicht als lautere Quelle anzusehen; sicher aber hat er recht, wenn er seine damaligen Kameraden einer allzu leichtfertigen Siegesgewißheit bezichtigt. Schon im Februar, erzählt er, aus Anlaß des ersten Besuches des Herzogs von Braunschweig in Potsdam war das „Am Rhein, am Rhein, da wachsen unsre Lorbeern! Auf nach Paris!" aus allen Gesprächen herauszuhören, und auf das selige Ende der Herren des Nationalkonvents wurde manches Glas geleert. Als mehrere Monate vergingen, ohne daß es zu einer Aktion kam, war man sehr mißvergnügt; mit um so lauterem Jubel wurde die Entscheidung begrüßt. „Der Herzog von Braunschweig an der Spitze der Armeen Preußens und Oesterreichs und die Advokaten in Paris: wie wollen die uns widerstehen?" Bischoffswerder selbst soll zu Massenbach gesagt haben: „Kaufen Sie nicht zu viel Pferde! Die Komödie dauert nicht lange, wir sind im Herbste wieder zu Hause!"[1])

In den diplomatischen Kreisen war man des günstigen Erfolges nicht so sicher. „Wenn die Franzosen," berichtete der bairische Geschäftsträger in Berlin, Herr v. Posch, am 7. April an seinen Hof, „ihren Gegnern zuvorkämen, wie sie es thun müßten und was für sie im gegenwärtigen Augenblick ein Leichtes wäre, so würde man es bald empfinden, wie verkehrt es war, Rasende, Leute, von denen alles zu befürchten ist, gereizt zu haben. Später könnte sich das Glück vielleicht wenden, aber dadurch wäre das angerichtete Unheil nicht mehr gut zu machen. Von diesem Gesichtspunkt beurteilen fast alle angeseheneren Persönlichkeiten des hiesigen Hofes die kommenden Ereignisse; zu spät hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, wie gedanken- und ziellos das bisher verfolgte System sei, ohne welches man nie auf so falsche Pfade geraten, Pfade, die man jetzt, auch wenn man wollte, gar nicht mehr verlassen kann."[2]) Auch in den späteren Berichten klagt Posch über die Sorglosigkeit, womit man dem Kriege zusteure, ohne sich dafür entsprechend vorzubereiten, und über die Lieblosigkeit, womit man die wehrlosen Reichsstände an der Westgrenze dem Angriff des furchtbaren Feindes preisgebe. Als endlich der Krieg erklärt und der erste Anschlag der Franzosen auf belgisches Gebiet abgeschlagen war, gaben sich die einen, wie Posch darlegt, der Hoffnung hin, den zuchtlosen Rotten des Feindes im Handum-

[1]) Massenbach, Memoiren zur Geschichte des preußischen Staates, I, 26.

[2]) Bair. St.-Archiv. Politische Korrespondenz zwischen Minister Graf Vieregg und v. Posch 1792. Bericht v. Poschs vom 7. April 1792.

drehen das Handwerk zu legen; von anderen aber wurde beklagt, daß der aufgeklärte Staat Friedrichs des Großen zu Schergendienst, zur Unterdrückung einer freien Nation sich herabwürdige. Sogar die Schwester des Königs, die Prinzessin von Oranien, soll das Auftreten ihres Bruders, der nur für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer holen werde, bedauert und ihm bei einer Zusammenkunft im Mai von persönlicher Teilnahme am Feldzuge abgeraten haben.[1]) An der Spitze der Bewegung, die darauf abzielte, das herrschende System zu stürzen und wo möglich die Teilnahme Preußens am Kriege zu hintertreiben, stand der ehemalige Erzieher des Kronprinzen, der Elsässer Franz Leuchsenring, ein rühriges Mitglied des Illuminatenordens, der schon früher gegen den Kryptokatholizismus der Rosenkreuzer eine heftige Fehde geführt hatte; jetzt war er als Verehrer der Isnard und Vergniaud eifrig bemüht, die Akolyten der Revolution in Berlin um sich zu sammeln, um den reaktionären Einfluß der Bischoffswerder und Buchholz zu schwächen. Kurz vor der Abreise des Königs zur Zusammenkunft mit dem Kaiser kam es zu einer Katastrophe; die Berichte des Herrn v. Posch bieten darüber zuverlässige Aufklärung. Am 25. Mai wurde Leuchsenring plötzlich verhaftet; bei der Hausdurchsuchung fand sich eine Korrespondenz mit Garran de Coulon und anderen Mitgliedern des Jakobinerklubs. Zugleich tauchte das Gerücht auf, daß eine größere Anzahl Herren und insbesondere Damen aus den höchsten Ständen in den bedenklichen Handel verflochten seien; anfänglich war die Meinung verbreitet, es sei beabsichtigt gewesen, in Berlin eine Revolution hervorzurufen; die Untersuchung ließ jedoch erkennen, daß die Verschwörung nicht gegen den Monarchen, sondern nur gegen dessen Günstlinge und Ratgeber gerichtet war. Gleichzeitig mit Leuchsenring war Fräulein v. Bielefeld, Gouvernante der Prinzessin Auguste, verhaftet worden; beide wurden über die Grenze gebracht und reichten sich bald darauf in Paris „vor dem Altar der Freiheit" die Hände. Noch größeres Aufsehen erregte es, daß eine von den Gunstdamen des Königs, die junge Gräfin Dönhoff, der sogar von ihrer Rivalin, Madame Rietz, „der Geist einer Britin oder Römerin" nachgerühmt wird,[2]) nach einem leidenschaftlichen Auftritt in Potsdam plötzlich nach der Schweiz abreiste, wie es bei Hofe hieß, „für immer".[3]) Sie hatte vom König die Begnadigung Leuchsenrings erbeten, da derselbe nichts anderes geplant habe, als den Monarchen „mit gesünderen Grundsätzen sowohl in der Politik, als in der Moral zu befreunden"; der König erblickte aber in dieser Bevormundung eine Anmaßung und in der geheimen Verbindung mit Paris eine Gefahr und blieb unter dem Einfluß der Freundin Bischoffswerders, Madame Rietz, unerbittlich.[4]) Im Streit der beiden Gunstdamen trat der ganz Europa in zwei feindliche Lager trennende Gegensatz zu Tage. Immerhin ließ sich, wie Posch an seinen Hof berichtete, erkennen, daß die Vorstellungen der Dönhoff auf den König nicht ohne Einfluß

[1]) Bair. St.-Archiv. Berichte v. Poschs vom 8. und 26. Mai 1792.

[2]) Apologie der Gräfin Lichtenau, I, 29.

[3]) „Die Dönhoff ist plötzlich abgereist und man sagt, für immer." (Neunundsechzig Jahre am preußischen Hofe. Aus den Erinnerungen der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin v. Voß, 138.)

[4]) Ebenda, 139.

geblieben waren. „Da man sich jedoch in den französischen Handel schon zu tief eingelassen hat und alle Personen in der nächsten Umgebung des Königs ein Interesse daran haben, keine anderen Gedanken bei ihm aufkommen zu lassen, so wird es weder im politischen System, noch im Privatleben, noch in der Umgebung des Königs eine Aenderung geben."[1] „Obwohl gerade der König von Preußen von allen Fürsten die triftigsten Gründe hätte, die Einmischung in die französischen Angelegenheiten als eine ihm fremde Angelegenheit zu betrachten, als Regent eines wohlgeordneten Staates, in dem ganz gewiß keine Revolution ausbrechen wird, obwohl gerade er aus der Revolution in Frankreich den größten Vorteil ziehen könnte, stellt er sich sogar gewissermaßen an die Spitze eines Unternehmens, zu dem ihm seine augenblickliche Verbindung mit dem Hause Oesterreich eine Art Verpflichtung auferlegen mag, von dem ihn aber die heiligsten Interessen des eigenen Staates zurückhalten sollten."[2] Sicherlich hoffe er, einer fetten Beute teilhaftig zu werden; der Kaiser werde wohl das Elsaß oder die französischen Niederlande zum Ersatz der Kriegskosten für sich behalten und dafür einige Palatinate von Galizien an Polen abgeben, damit dieses Reich die Städte Thorn und Danzig an Preußen überlasse. Es komme also auf eine Wiederaufwärmung des Hertzbergschen Planes heraus, wobei es sehr zweifelhaft sei, ob der Gewinn dem hohen Einsatz entspreche, und ob nicht aus dem überflüssigen Waffengang der deutschen Mächte den einzigen wirklichen Vorteil die Kaiserin an der Newa ziehen werde.

Schon diese Beurteilung der Lage durch den bairischen Diplomaten läßt ungefähr darauf schließen, wie darüber am Münchener Hofe gedacht wurde. Von den ehemaligen Genossen des aufgehobenen Illuminatenbundes waren viele, wie später zu Tage trat, Freunde der Revolution und der Franzosen, aber sie durften nicht wagen, ihr Wohlwollen öffentlich zu bekunden; die kurfürstliche Regierung war sogar besonders ängstlich bemüht, die Unterthanen vor Ansteckung durch jakobinische Ideen zu bewahren; nirgends wurde die Zensur so unerbittlich gehandhabt, die Abschließung gegen Frankreich so streng durchzuführen gesucht, als in Pfalz-Baiern. In Münchener Regierungskreisen wurde die Entwickelung der Dinge in Paris weit entschiedener verurteilt, als in Wien. Am 26. Februar 1792 schrieb der kurfürstliche Minister Graf Vieregg an den bairischen Gesandten in London, Grafen v. Haslang, es sei ganz unglaublich, daß Frankreich selbst den Krieg erklären werde, denn es habe genug damit zu thun, seine Verfassung auch nur einigermaßen zu befestigen und seine Finanzen zu ordnen. „Dieses Chaos wird die Nationalversammlung freilich noch lange nicht entwirren können, wenn sie fortfährt, sich mit Dingen zu beschäftigen, die nur als Albernheiten oder Schweinereien zu bezeichnen sind und die Herren Abgeordneten nur lächerlich machen."[3] Als jedoch ernstere Kriegsgefahr auftauchte, regte sich die Furcht vor einem jähen Ueberfall der rheinischen Pfalz durch plünderungslustige Sansculotten; nach dem

[1] Bair. St.-Archiv. Bericht v. Poschs vom 23. Juni 1792.

[2] Ebenda. Bericht v. Poschs vom 10. Juli 1792.

[3] Bair. St.-Archiv. Politische Korrespondenz des kurbair. Gesandten Sigmund Grafen v. Haslang mit dem Konferenzminister Grafen v. Vieregg 1790—1795. Erlaß Viereggs vom 26. Febr. 1792.

Sprichwort: „Mit den Wölfen muß man heulen!" suchte die kurfürstliche Regierung freundschaftliche Annäherung an den furchtbaren Nachbarn. Aus den handschriftlichen Denkwürdigkeiten des Hofkriegsrats Felix Lipowsky wissen wir, auf welch merkwürdige Weise Kurfürst Karl Theodor das nach dem Ableben Leopolds II. übernommene Reichsvikariat inaugurierte. Am 14. März 1792 wurde Lipowsky in aller Stille nach Landau abgeordnet, um dem französischen Kommandanten Kellermann die Versicherung zu überbringen, daß der Stellvertreter des Kaisers sich ein Vergnügen daraus machen werde, mit Frankreich „freundnachbarliches" Einverständnis zu beobachten, dafür aber auch des Wohlwollens der französischen Regierung sich versehe.[1]) Die mißliche Lage zwischen den kriegführenden großen Mächten ließ der pfalzbairischen Regierung geraten erscheinen, neutral zu bleiben, allein weder die Nachbarn zur Linken noch zur Rechten wollten solche Unthätigkeit dulden. Während Oesterreich und Preußen auf schleunige Assoziation aller vorderen Reichskreise drangen, verlangte Dumouriez in drohendem Tone eine bestimmte Erklärung, ob der Kurfürst dem Bunde der Feinde Frankreichs beizutreten gedenke oder nicht. Karl Theodor suchte nach beiden Seiten die ungestümen Bewerber zu beschwichtigen. Er wisse sich gegenüber Frankreich frei von feindseligen Gedanken, ließ er Dumouriez erwidern, nur ein Angriff auf Reichsgebiet würde ihn zwingen, seinen reichsständischen Verpflichtungen nachzukommen.[2]) In Regensburg aber legte er (6. Mai) in einer von patriotischen Versicherungen überfließenden Erklärung gegen die Rüstungen der westlichen Reichskreise Verwahrung ein; da sie ihrer Lage wegen in jedem Augenblicke der Verheerung durch zügellose Feinde preisgegeben wären, könne ihnen thätige Teilnahme am Krieg nicht zugemutet werden. Welchen Unmut diese schwächliche Politik Pfalzbaierns in Wien und Berlin wachrief, beweist der schroffe Ton der am 12. Mai abgegebenen Erklärung. Die beiden Mächte seien zum Schutz der Reichsstände aller Kreise gern bereit, dagegen werde auch auf Bereitwilligkeit der Stände zur Unterstützung der kriegerischen Maßnahmen gerechnet: auf welche Weise, das könne den einzelnen nach ihren Kräften und besserer Konvenienz überlassen bleiben; falls jedoch die feindselige Meinung sich festsetzen sollte, daß der bevorstehende Krieg nicht das Reich, sondern lediglich das Haus Oesterreich angehe, würden es die Reichsstände sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die zwei Mächte nur auf Verteidigung der eigenen Provinzen sich beschränkten.[3])

Der Werberuf fand in Regensburg nur laue Aufnahme. Manche Reichsstände blickten ohnehin mit Mißtrauen auf das „herzliche Einvernehmen" der beiden Großmächte. Die kurfürstlichen Gesandten waren verstimmt über eine

---

[1]) Handschriftliche Autobiographie Felix Lipowskys im Besitz des historischen Vereins von Oberbaiern. (Ein Auszug, der die Episode von 1792 enthält, im oberbair. Archiv, XII, 84.)

[2]) Häusser, I, 316.

[3]) Sind die Stände des Deutschen Reichs verbunden, an dem gegenwärtigen Kriege Frankreichs gegen den König von Ungarn und Böhmen teilzunehmen? Erörtert aus Gelegenheit der mündlichen Erklärung der königl. preuß. und königl. ungar. und böhm. Herrn Minister am Reichstag vom 12. Mai 1792, von F. J. v. Linden, kurfürstl. mainz. wirkl. Hof- und Regierungsrat, 7, 9.

Aeußerung des kaiserlichen Gesandten, sein Gebieter werde sich eine drückende Wahlkapitulation nicht aufdrängen lassen, sondern lieber von jeder Bewerbung absehen. „Heißt das nicht, uns die Pistole auf die Brust setzen? Ist das mit der gesetzlichen Wahlfreiheit vereinbar?" Von mehreren im Elsaß begüterten Fürsten wurde beklagt, daß das Reich gerade in dem Augenblick in Krieg verwickelt werde, da Frankreich zur Entschädigung ihrer Rechte sich verstehen wolle. Als Jacobi von diesen und ähnlichen Aeußerungen aus Reichstagskreisen Mitteilung machte, erwiderte Spielmann: „Was liegt daran? Wenn Preußen auf unserer Seite steht, brauchen wir uns um die anderen nicht zu kümmern!" Allein auch der kaiserliche Minister geriet in hellen Zorn, als die pfalzbairische Regierung Miene machte, die Erlaubnis zum Durchmarsch österreichischer Truppen zu versagen. „So unpatriotisches Gebaren," rief Spielmann, „darf nicht geduldet werden! Mit den versteckten Bundesgenossen Frankreichs werden wir wenig Federlesens machen!" In Berlin wurde diese Auffassung geteilt. „Mit Recht ist der Wiener Hof über das Verhalten Baierns entrüstet," schrieb das preußische Ministerium am 14. Mai an Jacobi, „man braucht zwar nicht sogleich an schlechten Willen des Kurfürsten zu glauben, aber jedenfalls liegt der Verdacht nahe, daß der Kurfürst von der Pfalz die nämliche Politik einschlagen will, wie der Herzog von Württemberg. Wenn also diese Fürsten nicht durch Mäßigung und Ueberredung zu patriotischer Haltung zu bewegen sind, so kann ich nichts Befremdendes darin erblicken, daß der von Baron Spielmann gezeigte Weg eingeschlagen werde, natürlich nicht ohne Beachtung der Rücksichten, welche die Natur der Umstände gebieten wird."

Jedoch in Oesterreich selbst war der Krieg nichts weniger als populär. Das Wiener Publikum war, wie Jakobi am 2. Mai berichtete, höchst unzufrieden mit der kriegerischen Wendung; man konnte die merkwürdigsten Aeußerungen hören; insbesondere wurde eine hohe Kriegssteuer befürchtet. Zwar ließ König Franz eine Erklärung veröffentlichen, durch die Rüstungen werde keine neue Auflage notwendig werden, da die Kosten ausschließlich auf Rechnung der kaiserlichen Domänen und des Familienschatzes übernommen werden sollten; doch es gelang nicht, alle Besorgnisse zu zerstreuen. „Der Schatz wird höchstens acht Millionen Gulden enthalten; wenn diese Summe ausgegeben ist, muß doch das Volk zu neuen Lasten herangezogen werden." Es mußte einen entmutigenden Eindruck machen, daß die höchsten militärischen Würdenträger, Feldmarschall Lascy und Hofkriegsratspräsident Wallis, noch immer für Vermeidung oder doch Aufschub des Krieges sich aussprachen, daß in den Niederlanden die Desertionen sich häuften, daß insbesondere die ungarischen Truppen sich als unzuverlässig erwiesen.

Ueberaus bezeichnend für die Stimmung in den Hauptstädten der verbündeten Reiche sind eine von Jacobi berichtete Aeußerung Cobenzls und die Erwiderung des preußischen Ministeriums. Die Wiener, sagte der Vizekanzler, können sich mit dem Krieg nicht befreunden, weil sie glauben, daß unsere Regierung bei alledem nur von euch Preußen genarrt und geprellt wird! „Darauf gibt es eine recht einfache Antwort," entgegnete das preußische Ministerium, „Sie brauchen nur zu sagen: nicht anders denkt und spricht das Berliner Publikum!

Ueberall kann man hören: ‚Oesterreich will uns Preußen nur für seine Hausinteressen ausnutzen!‘ Sicherlich legt aber Seine Apostolische Majestät auf solche politische Kannegießerei ebensowenig Gewicht, wie ich, und läßt meiner aufrichtigen Gesinnung ebenso Gerechtigkeit widerfahren, wie ich an Seiner Loyalität nicht einen Augenblick gezweifelt habe!“ [1])

Nicht lebhafter war die Kriegslust in den übrigen deutschen Staaten. Jedenfalls die große Mehrheit des deutschen Volkes verhielt sich gegenüber dem Kampfe zwischen Legitimität und Revolution völlig teilnahmslos. „Es ist ein Ereignis,“ schrieb der Herausgeber der Wiener Zeitschrift, Professor Hoffmann, im Frühjahr 1792, „das unseren Nachkommen noch sehr reichen Stoff zu den bedenklichsten Urteilen und Bemerkungen geben wird, daß bei der dermaligen politischen Krisis, da die zwei mächtigsten Reichsfürsten zunächst zur Beschützung des deutschen Vaterlands gegen eine mächtige Räuberrotte zu Felde ziehen und also das Interesse nicht nur des Deutschen Reichs, sondern aller Monarchen und aller dermalen bestehenden Staatsverfassungen in Europa zu verteidigen bemüht sind, — daß, sag’ ich, bei dieser vor jedermanns Augen daliegenden, offenbaren und schrecklichen Lage der Dinge überall und ganz vorzüglich in einem großen Teile Deutschlands eine solche politische Kälte herrscht, als wenn nur eben davon die Rede wäre, einige französische Städte zu erobern und einige Millionen Pfund unnützes Pulver zu verschießen!“ [2])

Das preußische Kabinett war geneigt, die laue und lahme Stimmung im Reiche auf Rechnung der revolutionären Propaganda zu setzen. „Teils sind es Spießgesellen und Freunde der französischen Demokraten, die durch ihre Aufhetzung dies erreicht haben, teils sind es Leute, die nach den Wünschen des britischen Hofes und der polnischen Verfassungspartei den Ausbruch eines Krieges im südlichen Europa um jeden Preis verhindern wollen.“ [3])

Im allgemeinen waren ja die Sympathien für die Revolution in den deutschen Volkskreisen gesunken. Die Assignatenfabrikation Claviers, die Possen Anacharsis Cloots’, die Straßenräuberei Henriots, die systematische Hetze gegen Thron und Altar hatten manchem Bewunderer der Grundsätze von 1789 Bedenken eingeflößt. „Wo der Silberton: Freiheit! erklang,“ sagt Gentz, „horchte jedes menschliche Ohr auf, und jedes Herz ward rege.“ „Das einzige Wort: Freiheit,“ sagt Wieland, „verrichtete gleich dem Kraute Moly, womit Minerva bei Homer den Ulysses gegen die Zaubereien der Circe bewaffnet, die einst allmächtige Wirkung aller Zauberwörter, die ihre Kraft bloß vom Glauben an sie erhalten hatten!“ Auch jetzt noch hatte die Losung: Freiheit! diese magische Gewalt nicht verloren, freilich nur deshalb, weil ihre Unbestimmtheit der Vorstellungskraft den weitesten Spielraum ließ. Wie anders äußerte sich die Freude an der Revolution bei der deutschen „Lichtpartei“, wie Forster sie nannte, als im Klub in der Straße Sainte-Honoré! Johannes Müller kann als Urbild jener in Deutschland zahlreichen Theoretiker gelten, die eine Umgestaltung von

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß des preuß. Ministeriums an Jacobi vom 18. Juni 1792.
[2]) Wiener Zeitschrift, IV, 146.
[3]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß an Jacobi vom 7. Mai 1792.

Staat und Kirche für notwendig ansahen, aber keineswegs selbstthätig dafür eintreten wollten. Während Müller den Anfängen der Revolution begeisterten Beifall gezollt hatte, schrieb er in den Tagen der Kriegserklärung an seinen Bruder, es sei ihm in der letzten Zeit klar geworden, daß die Demokratie die unvollkommenste aller Staatsformen sei, wie die Despotie die gefährlichste. „Mutatis mutandis halte ich die britische Verfassung für die beste, werde aber gewiß nie einen Finger rühren zur Umkehrung irgend einer." (2. April 1792)[1] So dachte auch Schlözer; die Auswüchse der Revolution widerten ihn an, und die zu Grunde liegenden edlen Gedanken hoffte er in Deutschland ohne Gewaltthaten zum Siege gelangen zu sehen. „Mir kömmt kein Volk in der Welt reifer zur ruhigen Wiedereroberung verlorener Menschenrechte vor, als das deutsche, und zwar gerade wegen seiner von Unwissenden oft verlästerten Staatsverfassung. Langsam wird die Revolution hier freilich geschehen, aber sie geschieht! Die Aufklärung steigt, wie in Frankreich, von unten herauf, aber stößt auch oben wieder an Aufklärung: wo gibt es mehr kultivierte Souveräne, als in Deutschland? Dieses Aufsteigen läßt sich nicht durch Fünfkreuzermänner und Zwölfpfünder in die Länge hindern!"[2] Man sieht, Schlözer wünschte nicht die Ausbreitung der französischen Revolution auf deutsche Staaten, hielt aber die Bekämpfung mit den Waffen für unnötig und aussichtslos. Natürlich wurde diese Lehre vom geistigen Nährvater des Illuminatenordens, Freiherrn v. Knigge, noch eindringlicher gepredigt. Unter dem Pseudonym Joseph v. Wurmbrand veröffentlichte er bei Ausbruch des Kriegs ein „Politisches Glaubensbekenntnis" zur Rechtfertigung der Gegner der preußisch-österreichischen Regierungspolitik und zur Warnung vor einem leichtfertigen Waffengang. Warum sollte denn Deutschland mit Frankreich Krieg anfangen? „Um einer Nation die Befugnis streitig zu machen, ihre Regierungsform mit unbezweifelter Einstimmung des Königs zu verändern? um eine Konstitution über den Haufen zu werfen, die Vernunft, Recht, Treue und Glauben und Frieden mit den Nachbarn zu Grundpfeilern hat?" Von den Auswüchsen der freiheitlichen Bewegung in Frankreich werde zu viel Aufhebens gemacht. Es sei ohne Zweifel eine völlig gleichgültige Sache, ob Gibraltar den Spaniern oder den Engländern gehöre, und doch habe der Kampf um diesen Felsen im Ocean mehr Menschen das Leben gekostet, als der ganze Streit um Freiheit und Gesetz in Frankreich. Wenn ein braver Landesvater Tausende seiner Kinder, d. h. seiner Unterthanen, stückweise verhandle, um sie irgendwo fern vom Vaterland totschießen zu lassen, da erhebe sich kein Laut der Entrüstung, da fordere keine Stimme zur Abwehr auf, — aber wenn einmal bei politischen Unruhen der Pöbel unter zehn Schelmen ausnahmsweise ein paar ehrliche Leute hänge, da werde ein Lärm gemacht, als ob niemand mehr seines Lebens sicher wäre. Auch sei der Krieg mit dem Nachbarstaat nicht bloß ungerecht, sondern auch gefährlich. Frankreich sei weit besser gerüstet, als von den Aristokraten vorgespiegelt werde, und wenn zur Zeit noch innerer Zwist die Franzosen spalte, — ein Angriff von außen werde sie alle einig und unüberwindlich

[1] Joh. Müller, Ges. Werke, 31. Bd., 36.
[2] Schlözer, Staatsanzeigen, 16. Bd., 96.

machen![1]) Auch der kurmainzische Bibliothekar Georg Forster brandmarkte den Krieg als absurd, da er weder für Frankreich noch für Deutschland Heil schaffen werde, und als gefährlich, da sich die großen Mächte nunmehr gewöhnen würden, gegen die schwächeren Fürsten die allmächtigen Gebieter zu spielen, und Wind und Wetter nach ihrem Belieben zu machen. Die Wirkung auf Frankreich wird auch von Forster richtig vorausgesehen. „In Frankreich," schreibt er am 26. Mai 1792 an Heyne, „wird jetzt erst die Revolution, aber freilich eine blutige, angehen. Für das Leben der königlichen Familie gebe ich keinen Groschen. Die Wut der Jakobiner ist zu allem fähig, und sie trotzen auf ihre Macht; wenn die Krisis aufs höchste gekommen ist, werden sie gewiß hervortreten; Konstitution und konstituierte Mächte sind ihnen dann nichts mehr!" „Der Krieg kann viele Jahre dauern — und sich zuletzt in einen Krieg zwischen Preußen und Oesterreich auflösen!"[2]) Mit solchen Ansichten stand Forster in den Rheinlanden nicht allein. Graf Klemens Metternich, der 1792 an der kurfürstlichen Hochschule zu Mainz studierte, erzählt in seiner Autobiographie, Forster habe schon damals eine zahlreiche revolutionäre Gemeinde um sich gesammelt; ebenso sei von Hofmann und anderen Mainzer Professoren sogar in den Hörsälen die frohe Lehre der Emanzipation der Menschheit verkündigt worden.[3]) Das Straßburger politische Journal war ein Hauptorgan der Anhänger des „neuen fränkischen Rechts" in Deutschland. In dieser Zeitschrift, die sich selbst als Antipoden des byzantinischen Hamburger Journals bezeichnete, wurde heftige Klage geführt über die Rückwärtsbewegung der deutschen Höfe, über den Afterhof in Koblenz, der neben des Kaisers Majestät als zweiter Gebieter in Deutschland sich aufspielen wollte, über den Bruch der Verträge mit dem schuldlosen Frankreich und die Verletzung des Völkerrechts, das jede Einmischung eines Staates in die inneren Angelegenheiten eines anderen verwerfe.[4]) Zahlreiche aufrührerische Flugschriften wurden in Deutschland — gewiß nicht ohne Mitwirkung der französischen Machthaber — verbreitet. Dahin gehört z. B. die von Publicola Chaussard verfaßte Schmähschrift „De l'Allemagne et de la maison d'Autriche", ein Mahnruf an die Deutschen, sich endlich der habsburgischen Tyrannei zu entziehen. „Sollten nicht die Interessen von zwanzig Millionen Menschen teurer sein, als die von acht Individuen?"[5]) Nur um die eigene Macht zu stützen, werde von den Habsburgern der „gotische Blödsinn der goldenen Bulle" als unantastbares Heiligtum aufrecht erhalten, nur deshalb der Despotismus von so und so viel hundert Fürsten und Fürstlein geduldet und gefördert. Pflicht aller Tugendhaften sei es, mit diesem Bann endlich einmal zu brechen. „Jene Fürsten und Fürstenknechte haben für sich die Grundsätze der Nero, Caligula, Heliogabal und aller Vertreter und Anwälte der Tyrannei, wir haben für uns die Grundsätze der Marc Aurel, Sokrates, Cicero, Mably,

---

[1]) Joseph v. Wurmbrand, Politisches Glaubensbekenntnis, 70, 81, 85.

[2]) G. Forsters Schriften, 8. Bd., 190, 192.

[3]) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, herausg. v. Rich. Fürsten Metternich, I, 14.

[4]) Straßb. polit. Journ., Jhgg. 1792, I, 407.

[5]) De l'Allemagne et de la maison d'Autriche par Publicola-Chaussard, citoyen Français, 140.

Rousseau, St. Pierre und aller derjenigen, deren Namen die Menschheit mit Entzücken ausspricht!" Eine in Berlin gedruckte Schrift „Vertraute Briefe über Frankreich" sucht den bisherigen Verlauf der französischen Revolution zu erklären und zu rechtfertigen. Nur von „kalten, flach räsonnierenden Köpfen in ihren engen Studierzimmern" könne die Forderung aufgestellt werden, daß Revolutionen sich in Ruhe und Ordnung vollziehen sollten. Immerhin sei erstaunlich, wie wenig Blut die Umwälzung in Frankreich bisher gekostet habe, wenn man in Anschlag bringe, wie von den Königen das gute Volk an Blutvergießen gewöhnt worden sei.[1]) Ein anderer Libellist verspottet angeblich vom patriotischen Standpunkte das Reichsheer, das sich im kommenden Kriege nur Schläge holen werde; mit Fug und Recht habe ja schon Moser gefordert, man möge Reichskriege auf ewige Zeiten verbieten, „da noch alle mit Verlust von Reichslanden, niemals aber mit einigem Vorteil des Reichs geendigt haben."[2]) Ein Aufruf „an das teutsche Militär" warnt die Soldaten, auf ihre freien Mitbürger und deren Freunde, die Söhne Frankreichs, zu schießen. Weshalb soll den Fürsten blindlings gehorcht werden, die wie die schwarzen Könige in Afrika ihre Unterthanen als Sklaven verkaufen, ihre Länder abschließen, damit nicht auch andere Deutsche dort Handel treiben können, oder die Ausfuhr des Ueberflusses ihrer Länder verbieten, damit die Nachbarn verhungern oder doch unter Teuerung schwer zu leiden haben, die sich nicht schämen, Kaffeeschnüffler aufzustellen, Pfaffen zu Ministern machen und ganze Schwärme von Müßiggängern an ihren Höfen in Futter nehmen?[3]) Verschämter wendet sich Gotthold Stäudlin, seit Schubarts Tod Herausgeber der „Vaterländischen Chronik", gegen die „Unterdrücker des neuen Heils." Noch in letzter Stunde will er vor dem Krieg mit Frankreich warnen. „Die Deutschen hätten gegen eine Nation zu kämpfen, welche die Fesseln des Despotismus mit zürnendem Ungestüm gebrochen hat, welche nichts mehr zu verlieren hat, und deren Losung ist: Laßt uns die Freiheit unserer Enkel mit unserem Leben erkaufen!"[4]) Ein vermutlich von Stäudlin verfaßtes Gedicht „Fragment an Gallien" ermahnt Gallia, die Mutter der Freiheit, mutig auszuharren im Kampfe mit Austraciens kriegbewährten Söhnen und den von Friedrichs Geist beseelten, blauen Scharen Borussiens:

„. . . Der Mut mit der Kriegskunst im Bunde,
Er beginnt mit den kunstlosen Söhnen der heiligen Freiheit
Den herkulischen Streit vorm Auge der staunenden Völker!
Zag', o Gallia, nicht und gürte die Lenden! Es wachse
Mit den Gefahren den Mut und hebe dich über dich selber!
Zeige die Wunder der Welt, die im Schlachtgefilde des Himmels
Sohn, der Enthusiasmus, gebiert! Mit ehrender Kühnheit
Kämpf' auch da, wo für dich des Sieges Lorbeern nicht blühen!"[5])

[1]) Vertraute Briefe über Frankreich, I, 434.

[2]) Ueber Reichskriegsheer und Reichskriege, Seufzer und Wünsche, der hohen Reichsgeneralität gewidmet, 7.

[3]) Referat im Straßb. polit. Journal, Jhgg. 1792, I, 339.

[4]) Vaterl. Chronik, Jhgg. 1792, 267.

[5]) Ebenda, 405.

Zornig wandte sich auch Klopstock gegen die „Wilden", die

„. . . das gepeinigte Volk, das, Selbsterretter, der Freiheit
Gipfel erstieg, von der furchtbaren Höh',
Feuer und Schwert in der Hand, herunter stürzen, es zwingen,
Wilden von neuem dienstbar zu seyn" . . .[1])

Ja, der Barde sandte diese Ode sogar an den Herzog von Braunschweig mit dringlicher Warnung, der edle Fürst möge sich doch nicht verleiten lassen, in einem „ungerechten und zu kühnen Kriege" den Oberbefehl zu übernehmen. Als bald darauf die Nationalversammlung dem deutschen Dichter, der das Vernunftrecht über das Schwertrecht hebe, das französische Bürgerrecht verlieh, dankte er dem Minister Roland mit schwungvollen Worten für eine Auszeichnung, die er nicht hoch genug anschlagen könne.

Solche Kundgebungen des „Weltbürgertums" und „Freiheitssinnes" riefen aber auch andere Stimmen wach, welche den revolutionslüsternen Landsleuten das Wort „Vaterland" entgegenhielten. „Die Anhänger der Revolution" — so kennzeichnet Wieland diesen Gegensatz — „führen die Menschheit, die Gegner das Vaterland im Munde."[2]) Wenn auch vor Ueberschätzung der Thatsache gewarnt werden muß, bleibt immerhin beachtenswert, daß ein deutscher Patriotismus angerufen wurde. Die Entrüstung über die „undeutschen" Marktschreier der französischen Propaganda bewog den Gothaischen Schriftsteller Heinrich Reichard zur Abfassung des „Aufrufs eines Deutschen an seine Landsleute am Rhein." „Warum sollten wir nicht deutschvaterländisch und deutschpatriotisch handeln? Warum sollten wir uns nicht dem wilden Strome entgegenstemmen, der die Verfassung unseres Vaterlands und mit ihr unser häusliches und öffentliches Wohl zu unterwühlen droht?"[3]) Mit deutscher Gründlichkeit untersucht ein Jurist die Behauptung der Girondisten, den fremden Staaten stehe kein Recht zur Bekämpfung der Revolution zu; er kommt zum Schlusse, den Deutschen stehe ein Recht der Notwehr zur Seite, denn die revolutionäre Propaganda beabsichtige zweifellos rechtswidrigen Angriff auf die Verfassungen des Reichs, wie der einzelnen Staaten; deshalb sei dankbar zu preisen die denkwürdige Erscheinung, daß die gemeinsame Gefahr die feindlichen deutschen Brüder geeinigt habe.[4]) Auch in der Wiener Zeitschrift wird Verwahrung eingelegt gegen den in manchen kleinlauten Betrachtungen der gegenwärtigen Lage zu Tage tretenden Mangel an vaterländischem Gemeinsinn; der deutsche Mut sei noch nicht ausgestorben, der Deutsche werde auch heute noch leisten, was er unter den Fahnen des Prinzen Eugen bei Höchstädt, Turin, Malplaquet geleistet habe.[5]) Ja, der Wiener Schriftsteller geht noch weiter. In einem Wort der „Beherzigung, sonderlich an die Fürsten" schmält er auf die „sogenannten Schöngeister und Flugblätterschreiber", die

---

[1]) Klopstocks Werke (1854), IV, 323.

[2]) Der neue teutsche Merkur, Jhgg. 1793, I, 7.

[3]) H. A. O. Reichard, Aufruf eines Deutschen an seine Landsleute am Rhein, sonderlich an den Nähr- und Wehrstand (1792).

[4]) Die Rechte fremder Nazionen bey der neuen französischen Staatsveränderung (1792).

[5]) Wiener Zeitschr., Jhgg. 1792, I, 79.

einen künstlichen Unterschied zwischen Franken und Franzosen konstruieren wollen, und fährt fort: „Wollen sie durch die neumodische Benennung Franken und Frankreicher abgewöhnen, an Roßbach und Nationalverachtung zu denken?“[1]) Der einseitigste Vertreter eines spezifischen Oesterreichertums erinnert an den Tag von Roßbach, an eine Ruhmesthat preußischer Waffen, an die schimpflichste Niederlage der mit Oesterreich verbündeten Franzosen! —

Ein eigentümliches, auf den ersten Blick erfreuliches Gepräge trägt auch die Kaiserwahl im Sommer 1792, die letzte vor dem Zusammensturz der alten Reichsverfassung. Auch hier treten Züge einer Eintracht und Einmütigkeit zu Tage, deren die deutsche Verfassungsgeschichte seit Erlaß der goldenen Bulle nur wenige aufzuweisen hat. Die Seltenheit der Erscheinung wurde schon von Zeitgenossen hervorgehoben. „Das Merkwürdigste bey diesem ganzen Wahlkonvente,“ heißt es in einer staatsrechtlichen Erörterung der Wahl von 1792, „ist die Harmonie sämtlicher Kurhöfe, die Wiederbesetzung des kaiserlichen Thrones auf alle mögliche Weise zu beschleunigen.“[2])

Durch das Ableben Leopolds II. am 1. März 1792 hatte das Reich sein Oberhaupt verloren. Nach dem Eintreffen der Todesnachricht in Regensburg traten die Kurfürsten von Pfalz-Baiern und Sachsen das Vikariat an; von Kurmainz wurden die herkömmlichen Anordnungen für die neue Wahl erlassen.

Da jedoch die politische Lage schon so getrübt war, daß jeder Tag eine Kriegserklärung von französischer oder österreichischer Seite bringen konnte, tauchte in Reichstagskreisen der Gedanke auf, ob sich nicht im Interesse möglichster Beschleunigung der Wiederbesetzung des Thrones empfehlen möchte, ausnahmsweise Wahl und Krönung in Regensburg, wo ohnehin schon jeder Kurfürst einen Gesandten habe, vorzunehmen.

Der Kurfürst von Mainz teilte den Vorschlag dem König von Preußen mit (15. März), erklärte jedoch, er könne mit Rücksicht auf die Bestimmungen der goldenen Bulle nicht seine Zustimmung geben; dagegen sei auch seine Meinung, daß Wahl und Krönung, wenn auch an vorgeschriebener Stätte, möglichst rasch und einfach in Scene gesetzt werden sollten; die Wahlkapitulation Leopolds II. brauche nicht schon wieder abgeändert und die Krönung könne vielleicht auf eine ruhigere Zeit verschoben werden.[3]) In Berlin wurde der Plan, die Wahl in Regensburg vorzunehmen, anfänglich mit Beifall aufgenommen, bald aber wieder aufgegeben, da befürchtet wurde, daß die Erörterung über die Zulässigkeit einer Abweichung von den Bestimmungen der goldenen Bulle mehr Zeit kosten könnte, als die Beobachtung aller herkömmlichen Förmlichkeiten.[4]) Es wurde also dem Erzkanzler erwidert, der König sei mit allen Vorschlägen einverstanden, außer mit dem Aufschub der Krönung, da eine zeitliche Trennung von Wahl und Krönung die Verdoppelung der Kosten bedingen würde. Auch

[1]) Wiener Zeitschr., I, 311.

[2]) Protokoll des kurfürstlichen Wahlkonvents zu Frankfurt 1792, Einleitung, S. VII.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Acta de 1792, betreffend die Wahl Franz II. Schreiben des Kurfürsten von Mainz an den König von Preußen vom 15. März 1792.

[4]) Bair. St.-Archiv. Politische Korrespondenz zwischen Minister Graf Vieregg und dem Gesandten in Berlin, v. Posch. Berichte v. Poschs vom 10. und 24. März 1792.

den Höfen von Dresden und Hannover wurde hiervon Kenntnis gegeben; das war aber auch die einzige Erinnerung an den Fürstenbund, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten war gar nicht die Rede.

Auch König Franz hielt möglichste Abkürzung des Zwischenreiches für geboten, weil die vielfach bestrittene Autorität der Reichsvikare „bei den jetzigen kritischen Umständen", der einreißenden Unordnung nicht kräftig genug zu steuern vermöge. Wenn ihn die Kurfürsten ihres Vertrauens würdigen wollten, stelle er gerührten Herzens seine schwache Kraft zur Verfügung. Freilich wäre es wünschenswert, daß dem Kaiser mehr Freiheit eingeräumt werden möchte, Gutes zu wirken, allein da er einsehe, daß Abänderungen der Kapitulation nur mit erheblichem Zeitverlust durchzuführen seien, ja sogar die „so höchst nötige enge Vereinigung der Gemüter" dadurch gestört werden könnte, wolle er ohne weiteres die Kapitulation seines Vaters anerkennen. Auch andere, für die Beschleunigung und Vereinfachung der Wahl dienſame Modalitäten wolle er sich gern gefallen lassen, bloß das Wesentliche möge beibehalten, alles überflüssige Gepränge vermieden werden. Was den Wahlort betreffe, so habe man sich am Reichstage ohne Anregung von seiten des Wiener Hofes mit dem Plane beschäftigt, den Wahlkonvent nach Regensburg zu berufen; eine solche Neuerung habe aber viele Bedenken gegen sich; eher könnte, um dem hochbetagten Kurfürsten von Mainz eine Erleichterung zu schaffen, die Residenz dieses Fürsten zum Wahlort ausersehen werden; in einer von einem Landesherrn abhängigen Stadt lasse sich leichter für gute Polizei sorgen, die Lebensmittel seien wohlfeiler, als in Frankfurt, auch mangle es nicht an ansehnlichen Gebäuden. Jedenfalls empfehle sich möglichste Vereinfachung des Wahlapparats, schon aus Gründen der Sparsamkeit, denn der Wiener Hof, durch die letzten schweren Kriege, die Unruhen im Innern des Landes und mancherlei Unglücksfälle in seinem Haushalt schwer geschädigt, sei nicht im stande, die für die geistlichen Herren Kurfürsten aus den Frankfurter Festen erwachsenden Kosten, wie es früher wohl hie und da geschehen sei, auf sich zu nehmen. „Die Lasten der Wahl und Krönung sind ohnehin, wie niemand mißkennet, für den Neuerwählten über alles Verhältnis . . . Die Vorteile der Kayserkrone nehmen ab und die Lasten zu Unterstützung und bei Empfang dieser Würde sind immer die nemlichen." Trotzdem werde den Kurfürsten von Mainz und Trier wenigstens ein namhafter Beitrag nicht versagt werden; der Kurfürst von Köln als Oheim Seiner Apostolischen Majestät habe darauf verzichtet.

Auch dieses Memorandum des Wiener Hofes wurde von Friedrich Wilhelm in zustimmender Weise beantwortet; nur die Verlegung des Wahlkonvents nach Mainz, der Residenz eines Kurfürsten, wurde von ihm, sowie auch von den Höfen von Dresden und Hannover beanstandet. Die Aufstellung des Königs von Ungarn als „vorzüglichsten, würdigsten und einzigen Kandidaten" war allen Höfen genehm; Friedrich Wilhelm hatte seinem Bundesgenossen schon längst seine Stimme zugesichert, da es ihm „hohe Genugthuung gewähre, auf dem Kaiserthrone den würdigen Erben der Denkart und der Tugenden seines Vaters zu sehen".[1]) Auch mit Abkürzung des Zwischenreichs waren die Wähler einver-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Acta, betreffend das Schreiben des Königs von Ungarn, Franz, worin er um die Stimme zur Kaiserwahl ersucht, 1792. Brief Friedrich Wilhelms an Franz

ſtanden, doch wurde von Dresden betont, daß die durch außergewöhnliche Umſtände veranlaßte Beſchleunigung keinen Rechtsnachteil für die Reichsvikare nach ſich ziehen dürfe. Für den Fall, daß Kurbaiern die Abkürzung der Wahlzeit ablehnen ſollte, wurde in Ausſicht genommen, einen Appell an den Patriotismus Karl Theodors zu richten, er möge nur für diesmal die Beſchränkung des ohnehin mit ſoviel Unannehmlichkeiten und Koſten verbundenen Vikariats zulaſſen. Doch nicht von Baiern, ſondern von Hannover wurden nachträglich Bedenken erhoben, ob es „dienſam" wäre, die von der goldenen Bulle vorgeſchriebene Dauer des Wahltags einzuſchränken; darauf wurde von brandenburgiſcher Seite erwidert, die goldene Bulle beſtimme nur die Friſt, binnen welcher die Wahl unter allen Umſtänden vorgenommen werden müſſe, verwehre aber nicht, ſie früher vorzunehmen.[1]) Nach einigem Hin und Wider gab Hannover ſeine Bedenken auf. Dagegen wollte ſich Brandenburg nicht verpflichten, ein für allemal von jeder Abänderung der letzten Wahlkapitulation abzuſehen. Seine Apoſtoliſche Majeſtät, ſagte Spielmann zu Jacobi, ſei zwar tief gerührt durch das einmütige Vertrauen der Herren Kurfürſten, hoffe aber, daß in die Wahlkapitulation nicht noch mehr gehäſſige Einſchränkungen aufgenommen würden, „indem Seine Majeſtät ſich in ſolchem Fall lieber entſchließen würden, dieſe Ehre zu verbitten".[2]) Das Berliner Kabinett fand dieſe Zumutung anmaßend; ge-

vom 7. April 1792. Die preußiſche Regierung benützte auch die günſtige Gelegenheit, um einige alte Forderungen zu betreiben. Schon am 8. März erbat Jacobi als Beweis der Dankbarkeit des neuen Reichsoberhaupts: 1. die Erteilung des privilegii de non appellando illimitati für das Burggraftum Nürnberg und die Fürſtentümer Ansbach und Baireuth, 2. die Beſtätigung des ſchon im Dresdener Traktat von 1745 zugeſtandenen, von Karl VII. durch Konvention vom 4. Nov. 1741 eingeräumten Rechts, daß alle vom preußiſchen Hofe vorgenommenen Standeserhöhungen von den kaiſerlichen und Reichsbehörden als gültig anerkannt werden ſollten, 3. die gänzliche Aufhebung des Lehensverbandes des Marktfleckens Eſchenau mit der Krone Böhmen. Spielmann erklärte darauf, König Franz werde gewiß alles thun, um ſeine dankbare Geſinnung an den Tag zu legen, nur förmliche Verpflichtungen als Entgelt für die brandenburgiſche Stimme dürfe er ſich nicht auferlegen laſſen. Mit dieſer Erklärung beruhigten ſich zwar Biſchoffswerder und Jacobi, aber nicht die preußiſchen Miniſter. „Wir können in dem Zartgefühl des Herrn von Spielmann nur eine übel angebrachte Affektiertheit erblicken. Die Fürſten des Hauſes Habsburg haben niemals Bedenken getragen, um die Stimmen der Kurhöfe zu feilſchen und dafür förmliche Verbindlichkeiten einzugehen." Auf erneute Vorſtellungen ließ König Franz erwidern, er wolle ſich den Wünſchen des Berliner Hofes fügen, könne aber als ehrlicher Mann nicht eine förmliche Zuſicherung geben, da er ja noch nicht wiſſe, ob und inwieweit dadurch den Rechten eines Dritten zu nahe getreten würde. Am 6. Juli wurden die brandenburgiſchen Wahlbotſchafter angewieſen, nach der Ankunft Sr. Apoſtol. Majeſtät in Frankfurt die Sache neuerdings zur Sprache zu bringen. Nun wurde von Spielmann die Erklärung abgegeben, das privilegium de non appellando für die hohenzollernſchen Lande in Franken werde gern bewilligt; auch bezüglich der Standeserhöhungen in Preußen werde der kaiſerliche Hof keine Schwierigkeiten machen, nur werde ſich Preußen zur Bezahlung der Taxen an Churmainz verſtehen müſſen; der dritte Punkt werde gelegentlich der Krönungsfeier in Prag geregelt werden. (Preuß. St.-Archiv. Acta, betreffend die vom König von Ungarn und Böhmen zu bewilligenden drei Punkte zur Erprobung ſeiner Erkenntlichkeit, 1792.)

[1]) Bair. St.-Archiv. Tagebuch der vollzogenen Wahl und Krönung Kaiſer Franz II. Braunſchweigiſches Rundſchreiben vom 13. April 1792. Brandenburgiſches Rundſchreiben vom 20. April 1792.

[2]) Ebenda, Bericht Jacobis vom 21. März 1792.

hässige Einschränkungen habe man auch auf dem letzten Wahltag nicht auferlegt, sondern ausschließlich Bedürfnissen des Reichs oder früheren Erfahrungen Rechnung getragen.

Auch der Vorschlag Kurböhmens, es möge von jedem Kurhof nur ein Botschafter mit kleinem Gefolge entsendet und von allen kostspieligen Feierlichkeiten Umgang genommen werden, stieß in Berlin auf Widerstand; man wollte hier an der von der goldenen Bulle ausdrücklich geforderten Aufstellung von mindestens zwei Wahlgesandten festgehalten wissen. Dagegen wurde den übrigen Anträgen zugestimmt, und dieser Auffassung schlossen sich sämtliche Kurhöfe an. Kursachsen forderte, es sollten auch keine Damen zum Wahltage mitgebracht werden, dadurch würde die Rückkehr zur erwünschten Einfachheit wesentlich erleichtert werden. Brandenburg fand aber den sächsischen Antrag schon mit Rücksicht auf die Königin von Ungarn unannehmbar, und auch die übrigen Höfe schlossen sich der Ansicht an, es müsse den Botschaftern überlassen bleiben, ob sie ihre Gemahlinnen und weibliches Gefolge mitnehmen wollten oder nicht.

Ernstere Mißhelligkeiten erhoben sich in Mainz zwischen dem kurfürstlichen Ministerium und den Vertretern der verbündeten Höfe. Der preußische Gesandte Harnier beklagte sich bei seinem Hofe, daß seit der Ernennung des Freiherrn von Albini zum Hofkanzler „und besonders seit dessen enger Verbindung mit dem geheimen Staatsrat (Johannes) v. Müller das vorhin bestehende, wirklich vertrauensvolle Benehmen der Missionen der hohen Unirten Churhöfe mit den Mainzischen Ministerial- und Cabinettspersonen allmälig gänzlich aufgehoben" sei. Der hannöversche Gesandte in Mainz, v. Steinberg, habe sich dieser unbehaglichen Verhältnisse halber sogar abberufen lassen. Darauf erwiderte das preußische Kabinett, das Zerwürfnis mit Albini sei zwar in hohem Maße zu bedauern, allein Harnier und seine Kollegen möchten wenigstens sorgfältig vermeiden, dem einflußreichen Ratgeber des Kurfürsten „einige ihre Unzufriedenheit merken zu lassen, sondern ihm alle Aufmerksamkeit, Vertrauen und Achtung bezeigen."

Man sieht, völlig glatt und ungestört verliefen die Vorbereitungen zur Kaiserwahl auch diesmal nicht; auch über das Verhältnis der Reichsverweser zum Reichstage erhob sich Streit; immerhin waren die Beteiligten im allgemeinen ersichtlich bestrebt, die Titel- und Formfragen und andere Nichtigkeiten, die ähnlich dem Span zwischen Homousianern und Homoiousianern in den Konzilstagen jeden ersprießlichen Fortschritt von Verhandlungen deutscher Reichsstände allzeit gehemmt hatten, nach Möglichkeit einzuschränken. Schließlich wurde von den Kurhöfen beschlossen, daß ihre Bevollmächtigten schon in den ersten Tagen des Juni zusammentreten sollten, um in vier bis sechs Wochen das ganze Wahlgeschäft zu erledigen.

Nur über die Frage, ob die Wahlkapitulation Leopolds II. unverändert übernommen oder mit Abänderungen und Zusätzen versehen werden sollte, wurde noch gestritten. Böhmen, Baiern und die geistlichen Kurhöfe wünschten auch in diesem Punkte möglichste Vereinfachung des Wahlgeschäfts; Hannover und weniger entschieden Sachsen und Brandenburg wollten sich ihr Jus capitulandi nicht verkümmern lassen, das Berliner Kabinett nur auf dringenden Wunsch

Hannovers, damit „das ungetrennte vertrauliche Konzert bethätigt werde, in welchem bei der Wahlangelegenheit durchaus zu Werk zu gehen, beide Höfe sich einander in dem ersten geheimen Separatartikel des Assoziationstraktats zugesagt haben."

Zuerst erschienen am 5. Juni die kurbrandenburgischen Wahlbotschafter, Fürst Osten-Sacken und Graf Goertz, die schon dem vorigen Wahltag beigewohnt hatten, in Frankfurt;[1] in den nächsten Tagen folgten die übrigen Botschafter, so daß zu allgemeinem Erstaunen die erste Präliminarkonferenz schon auf den 15. Juni anberaumt werden konnte.[2] Der bevorstehende Krieg warf schon seinen Schatten auf den Wahltag. Die Zusammenziehung von 10000 Hessen in einem Lager bei Bergen zum Schutze der Wahlversammlung machte diesmal nicht wie sonst den Eindruck einer leeren Schaustellung. Auch preußische und österreichische Heeresabteilungen durchzogen häufig die Stadt. Infolge der ernsten Lage fanden sich nur wenige Gäste von Rang ein; es hatte Mühe gekostet, die zur Begleitung der Botschafter erforderlichen Edelleute aufzubringen, in Preußen z. B. hatten sich auf den ersten Aufruf nur zwei schlesische Edelleute angemeldet. Die Frankfurter Bürgerschaft war, wie ein ungenannter Frankfurter in einer selbstverfaßten Lebensbeschreibung „Vierzig Jahre aus dem Leben eines Toten" erzählt, in zwei feindliche Lager gespalten.[3] Viele nahmen offen für Frankreich und die Revolution Partei, da ihnen die Zeit gekommen schien, „endlich einmal den Plunder veralteter Schnurpfeifereien und Vorurteile auf die Seite zu schaffen"; die Mehrheit aber fürchtete, daß die Anerkennung der Menschenrechte Unordnung und Gewaltthat nach sich ziehen werde; zwischen beiden Parteien kam es häufig zu Streitigkeiten, die sogar zu Thätlichkeiten führten und sich auf die Straße fortpflanzten — ein trüber Hintergrund des festlichen Treibens! Der junge Klemens Metternich, der als Zeremonienmeister der katholisch-westfälischen Reichsgrafenbank 1790 und 1792 in Frankfurt weilte, versichert in seinen Denkwürdigkeiten, die beiden Wahltage seien so grundverschieden gewesen, wie Scherz und Ernst.[4] Auch der preußische Botschafter Osten-Sacken hebt diesen Gegensatz hervor. „Die eigentümliche Stimmung der Gemüter im Reiche," schrieb er an seinen Hof, „die Gesinnungen der deutschen Fürsten, die da und dort im Volk herrschende Gährung, die zwischen dem Reichsadel und dem gelehrten Stande glimmende Eifersucht, der allgemein eingeschlichene Partheygeist, dieß Alles sind Gegenstände, welche Eurer Königlichen Majestät im Einzelnen mögen vorgelegt werden."[5] Graf Goertz, der zweite brandenburgische

[1] Der erste Wahlbotschafter erhielt als Abfindungssumme für Reisekosten, Equipagengeld 2c. 6000 Thaler in Gold, der zweite 4000 Thaler, die Legationssekretäre durften nur ihre Kosten liquidieren. Außerdem bezog der erste Botschafter ein Monatsgehalt von 2200 Thalern, der zweite 1500 Thaler, die Sekretäre erhielten ein für allemal 600 Thaler. Für Miete und Einrichtung der Gesandtenquartiere, Illumination 2c waren 35000 Thaler ausgesetzt (Preuß. St.-Archiv. Frankfurter Wahlakten von 1792).

[2] Preuß. St.-Archiv. Frankfurter Wahlakten 1792. Bericht des Grafen Goertz vom 12. Juni 1792.

[3] Vierzig Jahre aus dem Leben eines Todten, 1790—1830, I, 20.

[4] Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, I, 15.

[5] Preuß. St.-Archiv. Frankfurter Wahlakten 1792. Bericht Osten-Sackens vom 31. Juli 1792.

Wahlbotschafter, beurteilte die Lage insbesondere in den Rhein- und Mainlanden noch ungünstiger. Von den Ministern der drei geistlichen Kurfürsten wurde kein Hehl gemacht aus der Besorgnis, daß jeder Tag den Zusammenbruch des fürstlichen Regiments bringen könne; gerade in den geistlichen Gebieten sei, wenigstens in den niederen Volkskreisen, weder katholische noch loyale Gesinnung mehr anzutreffen, und in der Pfalz sehe es nicht besser aus. „Es scheint festzustehen, daß die mangelhafte Verwaltung in allen Zweigen des Staatslebens in diesem Lande die wahre und wichtigste Ursache der Unzufriedenheit ist, die überallhin dringt und in allem und durch alles sich kundgibt!" [1])

Inzwischen waren die „fürtrefflichen Herren Wahlbotschafter" zu den vorbereitenden Sitzungen im kurmainzischen Quartier zusammengetreten. Rascher als sonst wurde über Zeremoniell, Herbeischaffung der Reichsinsignien und ähnliche Fragen Beschluß gefaßt. Die ausgegebene Losung, sich mit Förmlichkeiten und untergeordneten Streitfragen nicht aufzuhalten, wurde wirklich beachtet. Nach einer Mitteilung Osten-Sackens hätte auch die Besorgnis, der Bund der deutschen Großmächte möchte zu gewaltsamen Aenderungen der Reichsverfassung ausgenützt werden, zur Beschleunigung der Wahl bewogen. Hinwieder erregten „die allzu frühe Bestimmung des Wahltermins vor Berichtigung der Wahlkapitulation, die Versuche, die Verlesung der Leopoldinischen Kapitulation zu umgehen, die Zumutung, daß alle Monita zur Kapitulation auf einmal sollten übergeben werden, die Niederschlagung der Einholungszeremonien u. a." am hannöverschen Hofe die Furcht, es sei „die jetzige, von dem gewöhnlichen Gang abweichende Wahl auf einer der Erblichkeit des Throns ähnlichen Seite zu betrachten." Aus diesem Grunde beharrte auch Hannover auf seinem Widerstand gegen unveränderte Uebernahme der Wahlkapitulation Leopolds II. Baron Beulwitz erklärte, sein Gebieter werde sich das Recht, Wünsche und Beschwerden vorzubringen, niemals verkümmern lassen und nur einem ausdrücklichen Beschluß der Mehrheit sich fügen. Auch der Vertreter Sachsens führte in diesem Sinne eine „patriotisch behutsame" Sprache. Es wurde endlich beschlossen, es sollten in den Konferenzen nur jene Stellen der Leopoldinischen Kapitulation verlesen werden, bei welchen eine kurfürstliche Botschaft etwas zu erinnern hätte. Etwas erregteren Meinungsaustausch veranlaßte der von Hannover gestellte und von Brandenburg unterstützte Antrag, es möchte im Vorwort der Wahlkapitulation den königlichen Mitgliedern des Wahlkollegiums der Titel Majestät beigelegt werden. Der kurmainzische Hofkanzler von Albini erhob allerlei — nach Osten-Sackens Ansicht — „sophistische" Einwände, die „man von einem befreundeten Hofe nicht hätte erwarten sollen." Bartenstein, der Vertreter Böhmens, wäre nicht abgeneigt gewesen, dem Wunsche der hannöverschen Regierung zu willfahren, mußte aber mit Rücksicht auf den Widerstand der vereinigten geistlichen Höfe und Pfalz-Baierns gegen den Antrag sich erklären. Schließlich waren alle Abstimmenden dankbar, als Kurmainz den glimpflichen Ausweg zeigte, es sollten in der Kapitulation alle Bezeichnungen „Ew. Liebden" weggelassen werden, dann könne auch der Titel „Majestät" wegfallen. In den übrigen Fragen unter-

[1]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Goertz's vom 18. Juni 1792.

stützten die preußischen Gesandten ihrer Instruktion gemäß den Vertreter Böhmens, suchten aber zugleich „den Anschein zu vermeiden, als sollten der engeren Verbindung Königlicher Majestät mit dem Wiener Hof der Ihrer höchsteigenen Denkungsart so angemessene und bei so vielen Vorfällen bethätigte reichsständische Patriotismus aufgeopfert werden."

Am 15. Juni wurden die eigentlichen Wahlkonferenzen eröffnet.[1] Nur von hannöverscher Seite wurden noch Einwendungen erhoben und Anträge gestellt; in einzelnen Fällen liehen die übrigen protestantischen Höfe ihre Unterstützung, allein schließlich wurden sämtliche Anträge abgelehnt. Noch niemals, seit über die Wahl eines deutschen Reichsoberhaupts ein Protokoll geführt wurde, waren die Geschäfte so wenig verschleppt, die Beschlüsse so einmütig gefaßt worden, als bei der letzten Zusammenkunft kurfürstlicher Vertreter im Römersaal zu Frankfurt. Am 16. Juni gingen die Sitzungen mit Erneuerung und Beschwörung der Kurvereine zu Ende; dann wurde unter Trompetenschall verkündigt, daß am 5. Juli die feierliche Wahl stattfinden sollte; zur Ueberbringung der Wahlbotschaft an den künftigen Kaiser wurde einstimmig der von Brandenburg begünstigte Prinz Friedrich Wilhelm von Württemberg erkoren; dem Mitbewerber Prinzen Friedrich von Hessen fiel keine einzige Stimme zu. In vertraulichen Briefen an die Kurhöfe war auch die Errichtung einer neunten Kur sowohl von Württemberg als von Hessen wieder angeregt worden; auf dem Wahltag selbst war davon nur „unter der Hand" die Rede. Dem Landgrafen von Hessen-Kassel war der Schutz Preußens zugesagt; da jedoch die geistlichen Kurfürsten widerstrebten und auch Hannover keine Geneigtheit zeigte, wurde auf offene Bewerbung verzichtet.[2]

Auch die zur Landesverteidigung notwendige engere Verbindung der Reichskreise wurde in Frankfurt besprochen, ohne jedoch in den Kreis öffentlicher Beratung gezogen zu werden. Doch schon im Verkehr der Diplomaten trat zu Tage, wie wenig Lust die kleineren deutschen Staaten hatten, am Streit der Großen teilzunehmen. „Die Reichsfürsten und ihre Minister, die wir hier zu sehen Gelegenheit haben," berichtet Graf Goertz, „scheinen sich samt und sonders auf die Seite Frankreichs zu neigen; die Siege österreichischer Armeen scheinen ihnen gar nicht am Herzen zu liegen. Sie geben sich zwar Mühe, ihre Gedanken und Wünsche zu verbergen, aber ihre üble Gesinnung dringt trotzdem aus allen Aeußerungen hervor. Sie fürchten die Vorherrschaft des österreichischen Hauses im Reiche und suchen sich auf indirektem Wege durch Bereitung von Schwierigkeiten im Reiche bei Frankreich in Gunst zu setzen und sich im voraus dieser mächtigen Stütze zu versichern, da ja Frankreich früher oder später doch wieder die gebührende Stellung unter den großen Nationen Europas einnehmen wird. Nur der Landgraf von Hessen-Kassel und der Herzog von Zweibrücken zeichnen sich rühmlich aus durch ihre loyale Gesinnung gegen

[1] Häberlin, Anhang zur pragmatischen Geschichte der Wahlcapitulation Kayser Leopolds II., welcher die Verhandlungen über die Capitulation Kayser Franz II. enthält, 373.

[2] Bair. St.-Archiv. Tagebuch der vollzogenen Wahl ꝛc. Schreiben des Landgrafen v. Hessen-Kassel an Kurfürst Karl Theodor vom 17. April 1792 ꝛc.

Preußen, wenn sie auch gegen Oesterreich nicht von den gleichen Gefühlen beseelt zu sein scheinen." Auf solche befremdende Eröffnungen hin wies das Berliner Kabinett die Gesandten an, vom Grundsatz aus: „Wer nicht für uns ist, ist wider uns!" gegen das unpatriotische Verhalten der Reichsstände entschieden Front zu machen. „Wenn nach Ihrer Schilderung die meisten Staaten und Fürsten des Reichs gegen den Krieg mit Frankreich gestimmt sind, so bewegen sie sich in einer eigentümlichen Verkennung ihrer Interessen. Wie können sie die Augen verschließen gegen den Vorteil, der gerade ihnen aus der Unterdrückung der unheilvollen Erregung des französischen Volkes erwächst? Das Anwachsen der revolutionären Leidenschaft sollte sie doch belehren, wie notwendig es ist, endlich einmal Halt zu gebieten! Am wenigsten sind so verkehrte Anschauungen bei den in Elsaß und Lothringen begüterten Fürsten zu entschuldigen, da ja hauptsächlich um ihrer Klagen willen der Bruch mit Frankreich herbeigeführt wurde und ihren Forderungen jetzt von den kriegführenden Mächten Erfüllung gesichert werden soll. Diese Fürsten mit ihrem zweideutigen Ränkespiel bedenken nicht, welchen Plackereien und Verfolgungen sie ausgesetzt sein würden, wenn Frankreich glückliche Erfolge davon trüge." [1])

Besonderer Aufmerksamkeit von Seiten der preußischen und österreichischen Diplomaten erfreute sich der kurbairische Wahlbotschafter Graf Oberndorff, wobei die Hoffnung maßgebend war, den einflußreichen Minister doch noch einer entschlosseneren Teilnahme am Kriege mit Frankreich geneigt zu machen. Der Erfolg der Bemühungen blieb jedoch zweifelhaft. „Ob Seiner Churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalzbayern Hang zur Ruhe", berichtete der preußische Gesandte nach einer Unterredung mit Oberndorff, „ob die diesem Fürsten eigene Begierde, Schätze zu sammeln, oder eine gewisse Verzagtheit die Abneigung, in das System der vorderen Reichskreise einzugehen (i. e. den Krieg mit Frankreich zu betreiben) veranlaßt oder ob die Lage der rheinischen Pfalz und die in dem Lande herrschenden Volksgährungen den dirigirenden Minister der Pfalz, Graf Oberndorff, veranlaßt haben, ein feiges Neutralitätssystem der Theilnahme an der Vertheidigung des deutschen Reichs vorzuziehen, ist schwer zu entscheiden."

Wenn Häusser und Sybel diese pfalzbairische Neutralitätspolitik streng verurteilen, so ist ihr Tadel nicht ungerecht; wie müßten sie aber erst das Verhalten der großen Mächte brandmarken, die öffentlich der pfalzbairischen Regierung Mangel an Patriotismus vorwarfen, insgeheim aber schon, wie zu zeigen sein wird, über das Land eines unabhängigen deutschen Reichsstandes die Würfel schüttelten!

Von den fremden Gästen erregte das lebhafteste Aufsehen der außerordentliche Gesandte des Papstes, Abbé Maury, der früher der französischen Nationalversammlung angehört und als der glänzendste Redner der Rechten die modernen Staatstheorien bekämpft hatte. Die Weigerung, den Eid auf die Verfassung zu leisten, hatte ihn zur Flucht nach Rom genötigt; jetzt war er im Auftrag des Papstes nach Frankfurt gekommen, um bei den kriegführenden

[1]) Preuß. St.-Archiv. Ambassade de Francfort 1792. Bericht der Wahlbotschafter vom 10. Juli 1792. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 19. Juli 1792.

Mächten die Zurückgabe der Grafschaft Avignon an den römischen Stuhl zu betreiben. [1]) Die Vertreter der protestantischen Höfe blickten auf ihn mit Mißtrauen; nach Osten-Sackens Auffassung hätte er sich „ebenso durch Dreistigkeit und Ueberspanntheit der Forderungen, wie durch Klugheit und auffallende Kenntnis der deutschen Staatsverfassung" ausgezeichnet. Maury war nämlich auch beauftragt, den auf die Emser Punktation zurückreichenden und seither nur durch eine Waffenruhe vertagten Streit zwischen der Kirche und den deutschen Erzbischöfen endgültig beizulegen, allein durch sein gebieterisches Auftreten goß er nur Oel ins Feuer, bis er endlich erkannte, daß er auf diesem Wege nicht zum Ziel gelangen werde. „Endlich scheint der Erzbischof von Nicäa", berichten die brandenburgischen Botschafter am 26. Juni, „der Abgott und das Orakel der Emigranten, die alle seine Kundgebungen wie geheiligte Aussprüche entgegennehmen, gelindere Saiten aufzuziehen. Er mußte doch einmal einsehen, daß er durch seinen herrischen, drohenden Ton die Gesandten der geistlichen Höfe nicht einschüchtern, sondern nur verbittern und gegen die Ansprüche des römischen Hofes verstockter machen werde; jetzt spricht er denn auch in versöhnlicherem Tone von den Mitteln, um den alten Streit zwischen dem heiligen Stuhl und den deutschen Erzbischöfen zu schlichten." Anknüpfend an die früheren freundschaftlichen Beziehungen erbat der Nuntius den Beistand des Königs von Preußen, doch wurde dem Wunsche nur eine bedingte Gewähr in Aussicht gestellt. „Ich erwarte, daß der Nuntius seine Sprache noch bedeutend mäßigen wird; er soll sich daran erinnern, daß die von ihm geltend gemachten Ansprüche der Kurie heute nicht mehr zeitgemäß sind und daß ein apostolischer Legat heute nicht mehr eine Sprache führen darf, wie ehedem." Graf Osten-Sacken hegte überdies Argwohn, der amtliche Auftrag sei nur der Deckmantel einer geheimen Mission: für die Wiedereinführung des Jesuitenordens in den katholischen Staaten Stimmung zu machen; der innige Verkehr des Vertrauensmannes des heiligen Vaters und der Emigranten mit Bartenstein, dem Vertreter Oesterreichs, führe eine beredte Sprache! [2]) Man sieht: durch die neue Freundschaft war der alte Gegensatz nicht beseitigt, und kaum war dem alten Hader feierlich abgeschworen, erwuchsen schon die Keime zu neuen Streitigkeiten.

Am 5. Juli verkündeten dreihundert Kanonenschüsse, daß Franz, König von Ungarn und Böhmen, zum Schirmer und Mehrer des römisch-deutschen Reiches gewählt worden war. Das Wahlergebnis wurde in Frankfurt günstig aufgenommen. „Wenn bey Wahlreichen", schrieb Osten-Sacken (6. Juli) nach Berlin, „die Stimme des Volks einigermaßen in Betrachtung kommt, so dürfen

[1]) Bair. St.-Archiv. Tagebuch der vollzogenen Wahl ꝛc. Schreiben Papst Pius VI. an Karl Theodor vom 17. Mai 1792.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Sackens vom 31. Juli 1792. — Abbé Maury galt allgemein als eifriger Anwalt des Planes, zur Bekämpfung der Revolution den Jesuitenorden wieder einzuführen. Hoffmann zollte ihm deshalb Lob und Anerkennung: „Vielleicht ist's im Rat der Vorsehung beschlossen, daß diese Partei (der geheimen Klubs) durch den wieder auflebenden Jesuitenorden vernichtet werden soll. ... Es gehört doch zu den ausgemachtesten Wahrheiten, daß nur erst seit Erlöschung des Jesuitenordens der Partei- und Sektengeist eine so außerordentliche Herrschaft in der Welt erlangt hat." (Wiener Zeitschrift, Jahrg. 1792, 361, 365.)

wir nicht unangezeigt lassen, daß der Beyfall über die gefallene Wahl allgemein und die Erwartung des Publikums groß ist."

Von feierlichem Einzug des Gewählten wurde Umgang genommen; in aller Stille traf Franz am 11. Juli in Frankfurt ein; [1]) tags darauf beschwor er die Kapitulation, am 14. — wohl nicht ohne Berechnung war der Jahrestag der Erstürmung der Bastille dazu ausersehen worden — fand unter den gewöhnlichen Feierlichkeiten die Krönung statt. Die Zuschauer wurden erfreulich überrascht durch die blühende Erscheinung des jungen Kaisers; auch durch die Lebhaftigkeit und das Feuer seines Geistes soll er, wie Osten-Sacken berichtete, in Staunen versetzt haben. „Ob übrigens die öffentliche Vermutung, als wenn Franz II. den Josephinischen emporstrebenden Geist sich eigen gemacht habe und in seine Plane Leopoldinische Kaltblütigkeit zu mischen wisse, gegründet seye?, muß erst die Zeit lehren." [2]) Das Krönungsfest war nicht vom Wetter begünstigt; während des Zuges zum Münster ging ein gewaltiger Platzregen nieder, — ein schlimmes Zeichen! murmelte das Volk. Da sich in den letzten Tagen viele französische Emigranten eingefunden hatten, fehlte es nicht mehr an Putz und Prunk. Die Krönung selbst machte auf empfängliche Geister, z. B. auf den jungen Metternich, überwältigenden Eindruck. [3]) Auch der Gothaer Schriftsteller Reichard erzählt, er habe nicht ohne Bewegung den blonden, jugendlichen Kaiser mit so viel Anstand und Würde über den Römerplatz reiten gesehen, über denselben Platz, auf welchem wenige Monate später für den Sanskulottengeneral Custine ein eigener Thron aufgeschlagen war und die Bürgerschaft mit ängstlichem Schweigen die Befehle des übermütigen Siegers entgegennehmen mußte. [4]) Sogar der Republikaner Forster schreibt: „Die Jugend des Kaisers hatte etwas Rührendes, das auf den ersten Blick bei jedermann für ihn sprach. Wir sahen ihn, wie er unter der drückenden Last des Hermelinmantels und der Krone seine großen, blauen Augen auf der Menge der Zuschauer umherirren ließ, und ich weiß nicht, welches menschliche Gefühl die Unserigen unwillkürlich fühlten." [5]) Während des Krönungsmahles entspann sich vor dem Römer das herkömmliche Geräufe, das „Kannibalenballett", wie es Weckherlin nannte, [6]) heftiger und widerwärtiger denn je. „Das Ganze", sagt Reichard, „war ein treues Abbild des alten Deutschen Reiches, das durch Hader, Zwietracht und Mißgunst seiner Glieder endlich in Trümmer sank: magni nominis umbra!"

Weit mehr als die verblaßte Pracht der Frankfurter Feste zog die unmittelbar auf die Krönung folgende Zusammenkunft des Kaisers mit Friedrich Wilhelm in Mainz die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich. [7]) Das

[1]) Preuß. St.-Archiv. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 2. Juli 1792.

[2]) Diarium, 163.

[3]) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, I, 15. — Metternich eröffnete damals den Ball bei Fürst Esterhazy mit der jungen Prinzessin Luise von Mecklenburg, später Königin von Preußen.

[4]) H. A. O. Reichard, Selbstbiographie, herausgegeben v. Uhde, 274.

[5]) G. Forster, S. Werke, VIII, 363.

[6]) Weckherlin, Paragraphe, I, 250.

[7]) Ursprünglich sollte die Begegnung in Koblenz stattfinden, doch da König Franz im Besuch der Residenz des „auswärtigen Frankreichs" ein zu auffälliges Zugeständnis an die französischen

wichtige Ereignis zog eine Menge Gäste in die Mainstadt; in den umliegenden Dörfern wimmelte es von preußischen Musketieren und französischen Gardisten; der Gasthof, in welchem Reichard einkehrte, war völlig in Beschlag genommen von den helmbuschumflatterten Gardes du Corps des Prinzen von Artois. Als die Ankunft des Königs von Preußen bevorstand, zogen alle Heeresabteilungen an den Ufern auf. Nach Mitternacht schwamm die von vielen Fahrzeugen umgebene Yacht des Königs heran; „der Feuerschein ihrer Erleuchtung verdunkelte den Sternenhimmel." Fanfaren schmetterten auf den Schiffen, wie auf beiden Ufern; dazwischen knatterten Musketensalven und donnerten die Kanonen von den Wällen und Türmen der Festung.[1]) Der König bezog das Lustschloß Favorite, der Kaiser wohnte in der kurfürstlichen Residenz.[2])

Mehr als fünfzig fürstliche Personen und hundert hohe Würdenträger versammelten sich um die beiden Monarchen, die als die Hauptvertreter der zentripetalen und zentrifugalen Kräfte des Reichs anzusehen waren; auch die französischen Prinzen fanden sich mit glänzendem Gefolge in Mainz ein. Klemens Metternich schildert artiger als sein Kollege Spielmann die Persönlichkeit des Königs von Preußen. „Friedrich Wilhelm bot das Bild eines Königs dar; an Wuchs näherte er sich der Größe eines Riesen und mit demselben stand seine Beleibtheit im Verhältnisse; in allen Versammlungen ragte er um Kopfeslänge über die ihn umgebende Menge hinaus. Die Emigrierten versicherten, es würde genügen, daß er allein an der Grenze erschiene, damit die Sanskulotten die Waffen streckten."[3]) Neben diesem Hünen verschwand fast die unansehnliche Gestalt des Kaisers, der aber durch seine südliche Lebhaftigkeit die Aufmerksamkeit auf sich zog und durch ungezwungenes, leutseliges Wesen die Gunst der Menge gewann. Kurfürst Karl Friedrich von Erthal, der nach Metternichs Versicherung von sämtlichen deutschen Fürsten die reichste Hofhaltung hatte, entfaltete zur Ehrung seiner Gäste den üppigsten Luxus. „Es schmeichelt uns," schrieb der kurfürstliche Bibliothekar Forster an Heyne, „ein ganzes Pantheon von kleinen Erdengöttern auf einem Haufen in unserem Mainz versammelt zu sehen."[4]) Eine Festlichkeit reihte sich an die andere, Bankette, Konzerte, Bälle, Feuerwerke, — alles verherrlicht durch den Zauber der Landschaft und die Majestät des Rheinstromes. „Die alte monarchische und feudale Welt Mitteleuropas, welcher die Demokraten in Paris den Tod geschworen, schien sich wie zum Trotze hier noch einmal in aller Pracht entfalten zu wollen, bevor sie ihren Schlag mit dem Schwerte gegen die Revolution führte und den legitimen Thron der Bourbons wieder aufrichtete."[5])

Nebenher beschäftigte sich die hohe Gesellschaft mit den Vorbereitungen zum Feldzug. Metternich versichert — und andere Aeußerungen stimmen damit

---

Prinzen erblickte, wurde der Einladung des Kurfürsten von Mainz Folge geleistet. (Bericht Haugwitz's vom 12. Juli 1792.)

[1]) H. A. O. Reichard, Selbstbiographie, 276.

[2]) Preuß. St.-Archiv. Frankfurter Wahlakten 1792. Bericht Hochstetters vom 20. Juli 1792.

[3]) G. Forster, VIII, 365.

[4]) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, I, 17.

[5]) Häusser, I, 320.

überein —, daß ein günstiger, ja glänzender Erfolg von niemand bezweifelt wurde. Namentlich die Emigranten betrachteten das Unternehmen als gesichert, und ihre einzige Klage bezog sich auf die mit dem Aufmarsch deutscher Armeen verbundene Verzögerung. „Nach ihrer Meinung genügte die Absendung einiger Bataillone, damit die weiße Fahne auf allen Türmen Frankreichs aufgezogen würde; ohne Zweifel trug diese hochgradige Täuschung zu der Niederlage bei, welche die preußische Armee bald darauf erlitt!" Wie naiv unverschämt von den Emigranten die deutsche Hülfe aufgefaßt wurde, erhellt aus einem Briefe des Prinzen von Ligne an die Zarin Katharina. Nachdem über den „geistesarmen" Friedrich II. und die „Potsdamites" gespottet und der Kaiserin überschwengliches Lob gespendet worden, wird fortgefahren: „Ich wünsche sehr, daß das deutsche Reich seine Pflicht thue, und bin sehr betrübt über die Zurückhaltung eines weit besser ausgestatteten Kaiserreiches. . . . Doch ich vergesse mich vor dem ersten der Könige, dem König der Könige, vor Ihnen, Madame, die allein im stande ist, zugleich Bewunderung und Zutrauen einzuflößen." [1])

Freilich hätte der trotz aller Feste und Fanfaren zu Tage tretende Mangel an Eintracht im Lager der Verbündeten einsichtige Politiker und Militärs in ihrer vertrauensseligen Stimmung stören müssen.

Ein europäisches Konzert, wovon noch immer in den Schriftstücken der kaiserlichen Kanzlei die Rede war, gab es ja in Wirklichkeit nicht. Das preußisch-österreichische Bündnis war dem englischen Kabinett ein Dorn im Auge; [2]) Talleyrand hatte aus London, obwohl mit seinen Anerbietungen abgewiesen, die Gewißheit zurückgebracht, daß England sich nicht einmal durch einen französischen Angriff auf Belgien zur Teilnahme am Kriege werde drängen lassen. Auch Kaiserin Katharina sah auf das Bündnis mit scheelen Augen; es konnte ihr nicht entgehen, daß damit die Abhängigkeit der Wiener Politik vom Zarenhofe ein Ende gefunden habe. „Davon rührt zweifelsohne," schreibt Kaunitz an Stadion, „der außerordentliche Eifer her, den die Kaiserin für eine Kontrerevolution in Frankreich, und zwar nicht für eine gemäßigte, wie wir sie wünschen, sondern für eine ganz vollständige bezeugt hat." Im Mai versprach Katharina, 18000 Mann gegen Frankreich zu schicken, aber schon damals glaubte die diplomatische Welt nicht an den Ernst der Zusage; das russische Corps, spottete man, werde wohl kaum über Polen hinauskommen. [3]) Von Spanien hatte Frankreich seit dem Eintritt Arandas in das Ministerium nichts mehr zu befürchten. In Sardinien war es zu so bedenklichen Unruhen gekommen, daß an Beitritt zur Beteiligung an einem auswärtigen Kriege nicht zu denken war. Das nämliche galt von Schweden, wo es der nach Gustavs III. Ermordung eingesetzten Regentschaft schwer genug fiel, den inneren Frieden zu behaupten. [4])

Doch auch zwischen den Höfen von Wien und Berlin gab es unerledigte Streitpunkte. Vor allem in der Frage der Entschädigung.

---

[1]) Mémoires et mélanges historiques par le prince de Ligne, I, 261.

[2]) Vivenot, I, 464; Kaunitz an Stadion, 18. April 1792.

[3]) Arenberg, Briefwechsel, III, 340.

[4]) Bair. St.-Archiv. Bericht v. Poschs an Vieregg vom 26. Mai 1792.

Da Kaunitz, wie wir sahen, Erörterungen über eine Entschädigung für die Opfer zu Gunsten der legitimen Sache zwar nicht völlig von der Hand wies, doch die mit Gebietsabtretungen verbundenen Schwierigkeiten sehr hoch anschlug und insbesondere von Erwerbungen in Polen nichts hören wollte,[1]) willigte Franz ein, daß über diese Dinge hinter dem Rücken des alten, „hinter den Anforderungen der Gegenwart zurückgebliebenen" Kanzlers verhandelt und gehandelt werde. Nachdem einmal von Berlin die Losung: Zugreifen! gegeben war, wollte man auch in Wien nicht blöde zurückbleiben.

Noch vor dem Zusammentritt des Wahltags in Frankfurt ließ Schulenburg durch den Fürsten Reuß unmittelbar an Spielmann einen Antrag übermitteln, es möge „das Dedommagement wegen der Unkosten des französischen Krieges" dahin getroffen werden, daß Preußen sich in Polen arrondiere, Oesterreich aber am Rhein eine Erwerbung suche; Polen werde ja doch nicht von jeglichem Verlust verschont bleiben können, da an den Absichten Rußlands auf die Ukraine nicht zu zweifeln sei.[2]) Die Antwort Spielmanns ließ erkennen, daß in der Wiener Hofburg grundsätzlicher Widerstand gegen die Hereinziehung Polens in die Entschädigungsfrage nicht mehr erhoben werde; nur die Frage: was soll Oesterreich erhalten? bot Schwierigkeiten. Schulenburg hatte auf Erwerbungen auf Kosten Frankreichs hingewiesen; in der That hätte, wie Spielmann anerkannte, die Vereinigung von Französisch-Flandern und Hennegau der österreichischen Monarchie „wohl angestanden". Allein die Eroberung stand doch noch in weitem Felde; auch hätte zur Erreichung dieses Zieles, was Spielmann als Grund der Ablehnung anführte, der Hauptstoß gegen die Niederlande gerichtet, mithin der ganze Feldzugsplan abgeändert werden müssen. Dagegen lag ein anderer Gedanke näher: vielleicht war jetzt die Möglichkeit geboten, den schon seit nahezu hundert Jahren verfolgten Plan eines Eintausches Baierns gegen die Niederlande erfolgreich durchzuführen. Spielmann säumte nicht, das Senkblei auszuwerfen. „Ich weiß gar wohl," schrieb er an Reuß am 29. Mai, „welches Anathema auf diese Idee unter dem Ministerium des Grafen von Herzberg in Berlin gelegt worden ist; ich bin überzeugt, daß diese Idee eine Chimäre bleiben wird und muß, wenn sie, wider alle bessere Vermutung, von dem gegenwärtigen königlichen Ministerio mit der Herzbergischen Brille gesehen und betrachtet werden sollte; ich bin aber auch fest überzeugt, daß die dermaligen Umstände gegen die vorigen und die dermaligen Verhältnisse gegen die ehemaligen sich so wesentlich abgeändert haben, daß nach meinem Vertrauen auf die Einsicht, Billigkeit und Rechtschaffenheit des Herrn Grafen von Schulenburg vielleicht nur ein halber Tag erforderlich sein dürfte, um in einer mündlichen Unterredung volle beiderseitige Ueberzeugung zu erwirken, daß dieser Austausch zum überwiegenden Vortheil des Hauses Pfalz-Baiern, zu keinem wesentlichen Nachtheil des königlich preußischen Hofes gereichet, daß wir bei selbem in aller Rücksicht verlieren und nur das einzige ‚bénéfice d'arrondissement' gewinnen."[3])

[1]) Vivenot, II, 23; Kaunitz an Reuß, 4. Mai 1792.

[2]) Vivenot, II, 55; Reuß an Spielmann, 22. Mai 1792.

[3]) Nach Sybel (I, 480) wäre die erste Anregung zur Rückkehr zum Tauschplan von russischer Seite gegeben worden; allein die kritische Unterredung zwischen Cobenzl und dem

Nur aus dem Kriegseifer des preußischen Kabinetts läßt sich erklären, daß der gegen eine der wichtigsten Ueberlieferungen Friedrichs des Großen verstoßende Antrag in Berlin nicht nur keine Ablehnung erfuhr, sondern das preußische Ministerium sogar seine guten Dienste zur Durchführung anbot; Schulenburg soll geäußert haben, er sei von allem Anfange selbst des Glaubens gewesen, daß jener Austausch die einzige angemessene und würdige Entschädigung für das Erzhaus bieten könne.[1]) Ein Hinterpförtchen wurde allerdings offen gelassen, indem als selbstverständlich bezeichnet war, daß gegen einen Widerspruch des nächsten Agnaten, des Herzogs von Zweibrücken, nicht mit Zwang eingeschritten werden dürfe.

Nun schien es an der Zeit, die Angelegenheit des vertraulichen Charakters zu entkleiden und auf amtlichem Wege zum Austrag zu bringen. König Franz gab also von Ofen aus Befehl, den Kanzler über den bisherigen Verlauf der Unterhandlungen zu unterrichten; zugleich erklärte er ihm selbst, daß er im Gelingen des schon vom Oheim glühend gewünschten Unternehmens das „größte Glück des Staates" erblicke, und daß es ihn freuen würde, wenn auch dieses große Werk noch von Oesterreichs berühmtestem Staatsmann durchgeführt werden könnte. Das war deutlich gesprochen; das hieß nichts anderes, als daß der junge Fürst auf die Dienste des alten Lotsen, der das Staatsschiff durch so viele Stürme und Gefahren gelenkt hatte, verzichten und sich selbst auf die Kommandobrücke begeben wolle. Die Enthüllung wirkte auf den Kanzler wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Fast fünfzig Jahre lang hatte er, das unbeschränkte Vertrauen der Beherrscher Oesterreichs genießend, über beispiellosen Einfluß verfügt, nie war für einen Nebenbuhler Raum gewesen, — daraus erklärt sich, daß er die Monarchie, so wie sie war, als seiner Hände Werk betrachtete und seine Person mit dem Staat unter einen Begriff brachte. Zum Schmerz über die erlittene Zurücksetzung kam die Ueberzeugung, daß der von dem jungen, unerfahrenen Herrscher eingeschlagene Weg nur ins Unheil führen werde.[2]) Selbstverständlich müsse alles, schrieb er am 25. Juni an König Franz, der eigenen Klugheit und Entscheidung des Monarchen überlassen bleiben, er für seine Person müsse aber bitten, der Teilnahme an dem ganzen Geschäft enthoben zu werden.[3]) Das Memorandum „Unvorgreifliche Betrachtungen über den Vorschlag des Grafen Schulenburg" verrät durch die Schärfe der Ausdrucksweise die Erregtheit und Entrüstung des Verfassers. Der Vorschlag des preußischen Ministers

---

russischen Gesandten fand nach Sybels eigener Angabe erst im September statt; das Schreiben Spielmanns an Reuß (Vivenot II, 63) stammt vom 29. Mai 1792.

[1]) Vivenot, II, 80, 110; Reuß an Spielmann, 4. Juni 1792; Spielmann an Reuß, 22. Juni 1792.

[2]) Die Worte, womit der Moniteur (1792, 221) die Nachricht vom Sturze des österreichischen Kanzlers begleitete, beweisen, welch falsche Vorstellung über die Politik dieses Staatsmannes in Frankreich sich eingebürgert hatte. Während des Kanzlers System immer darin bestand, den Bund zwischen den Häusern Bourbon und Habsburg aufrecht zu erhalten, während auch in den letzten Jahren sein ganzes Trachten dahin ging, den Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich zu verhindern, wird er vom Moniteur für die Verhetzung der Völker und alles daraus entspringende Unheil verantwortlich gemacht.

[3]) Vivenot, II, 114; Kaunitz an König Franz, 25. Juni 1792.

sei geradezu eine Beleidigung des Wiener Hofes, der „so viele Beweise seiner Einsicht und Rechtschaffenheit gegeben habe, daß man sich nicht hätte erlauben sollen, demselben einen solchen Vorschlag zu machen." Desgleichen sei eine offene Rechtsverletzung damit verbunden, denn wie könnte Polen, einem freien unabhängigen Staate, zugemutet werden, nicht nur seiner Konstitution zu entsagen, sondern sogar verschiedene Provinzen der puren Konvenienz fremder Staaten aufzuopfern? Endlich sei der Vorschlag überhaupt nichts als eine Chimäre, da zwar Preußen im Bunde mit Rußland jederzeit die gewünschten polnischen Erwerbungen sich aneignen könne, Oesterreich aber unüberwindliche Hindernisse zu bewältigen haben würde, um in den Besitz Baierns zu kommen. „Ich ersehe daher bei diesem ganzen Betragen nichts als Habsucht und politische Grundsätze, welche für zukünftige Zeiten sehr wenig Vertrauen einflößen können und damit wenig Gutes versprechen; eine dergleichen Moralität ist nicht nach meinen Grundsätzen und sollte daher von einer großen Macht, welche sich selbst zu schätzen weiß und den Wert ihres guten Namens anerkennet, nimmermehr angenommen werden." König Franz suchte den Kanzler zu beschwichtigen; er sei weit entfernt, erwiderte er, in so wichtiger Angelegenheit voreilig zu Werke zu gehen, denke auch nicht daran, sich in etwas einzulassen, was seiner Ehre nachteilig oder von üblen Folgen sein könnte. Da jedoch diese Beteuerungen den Monarchen nicht abhielten, auf Spielmanns Standpunkt zu beharren, nahm Kaunitz, da er „am Ende seiner Laufbahn Ansehen und Reputation wahren" wolle, seine Entlassung von allen Aemtern (19. August).[1]) Im Drang der Kriegsereignisse wirkte der Sturz des bisher allmächtigen Staatsmannes, der sich jetzt selbst an das Verhältnis zwischen Heinrich VIII. und Kardinal Wolsey erinnert fühlte, nicht als eine so überwältigende „Sensation", wie es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Es ehrt den jungen Kaiser, daß er die Entlassung in möglichst schonender Weise vollzog; Franz behielt sich ausdrücklich vor, auch ferner die Ratschläge des erfahrenen, treuen Dieners einzuholen, und Kaunitz war auch keineswegs gesonnen, sich schweigend ins Privatleben zurückzuziehen. Philipp Cobenzl, der jetzt selbständig die Führung der Geschäfte übernahm, glaubte häufig zu verspüren, daß der „alte Herr" ihm entgegenarbeite, und die kommenden Ereignisse waren ja ganz dazu angethan, die Einsicht des Gestürzten in hellstes Licht zu setzen. Mit vollem Recht hatte Kaunitz der prahlerischen Zuversicht der Verbündeten, binnen kurzem in Paris siegreichen Einzug zu halten, gespottet, und vom Eintausch Baierns gegen die Niederlande konnte sehr bald schon deshalb nicht mehr gesprochen werden, weil die Niederlande selbst verloren waren.

Vorerst aber war der neue Kanzler voll froher Hoffnungen. Aus den an Vetter Ludwig Cobenzl am 16. Juli gerichteten Worten ist zu entnehmen, welch stolzes Vertrauen auf Beherrschung der europäischen Lage ihm das Bündnis mit Preußen einflößte. Vorüber ist die Zeit, frohlockt er, da wir immer auf französische Uebermacht Rücksicht nehmen und vor jeder Annäherung Preußens an Rußland Angst haben mußten! Wir haben den Gedanken an Wiedererwerbung Schlesiens aufgegeben, dafür werden wir aber eine Menge anderer Vorteile

[1]) Krones, Geschichte Oesterreichs, IV, 567.

ernten, an welche bisher bei dem gespannten Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen nicht zu denken war![1]) Die selbstgefälligen Worte erinnern an eine aus diesen Tagen stammende Denkschrift (vom Fürsten von Ligne?), die neben „den drei geistreichen Diplomaten Oesterreichs", Mercy, Thugut und Ludwig Cobenzl, für den Nachfolger des Fürsten Kaunitz nur ein Lob hat, das die Schatten hell und die Lichter dunkel zeigt: „Er ist von einer so vollendeten Mittelmäßigkeit, von einem so glücklichen Selbstvertrauen, daß er stets über den Ereignissen steht, denn wie sie auch fallen mögen, er manipuliert unerschütterlich immer in derselben Weise, immer sich selbst gleich."[2]) Cobenzl und Spielmann hatten nur die eine Sorge, daß der Gewinn Baierns, wenn dafür die Niederlande abgetreten werden müßten, als Geschäft nicht einträglich genug sei, und glaubten deshalb noch weiteren Ersatz fordern zu dürfen. Die soeben erst mit Preußen vereinigten fränkischen Markgrafschaften, meinte Spielmann, könnten wohl noch hinzugelegt werden, um so mehr, da sie ohnehin in den Rahmen des nordischen Königreiches nicht paßten. Allein Haugwitz, der Nachfolger Jacobis, erklärte sofort, von Ansbach und Baireuth könne gar nicht die Rede sein.[3]) Das preußische Kabinett, dem Reuß den nämlichen Wunsch vorgetragen hatte, wies voll Entrüstung den Gesandten an, dem Wiener Hofe auch nicht die leiseste Hoffnung auf die fränkischen Provinzen zu lassen. Welches Ansinnen an den Bundesgenossen, der doch nur im Interesse Oesterreichs das Schwert gezogen habe! Das ganze Verhalten der Wiener Herren in der Entschädigungsfrage gebe gerechten Anlaß zu Argwohn und Klage; Preußen könne deshalb nichts Besseres thun, als sich aufs engste an Rußland anzuschließen. Damit waren die beiderseitigen Forderungen vorläufig zu den Akten gelegt, die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz ermutigten ja nicht mehr zu solchen Erörterungen.

Auch über die Mitwirkung der Emigranten am Feldzug bestand Meinungsverschiedenheit; in Berlin erblickte man darin einen hervorragenden Faktor bei der Abrechnung mit dem revolutionären Frankreich, in Wien trachtete man, die Prinzen nach Möglichkeit fernzuhalten. Die kurböhmischen Wahlbotschafter waren durch ihre Instruktion angewiesen worden, den Vorstellungen der Prinzen „so lange als möglich auszuweichen", wo es aber mit Anstand nicht geschehen könne, kurz zu äußern: „wenn die Prinzen auf Unterstützung der kriegführenden Mächte sich Rechnung machen sollten, so müßten sie sich auch ihren Bedingnissen und ihren Plänen zu folgen gefallen lassen."[4]) In Mainz beschlossen die Vertreter der kriegführenden Mächte — der Herzog von Braunschweig, Feldmarschall Lacy, Cobenzl, Schulenburg und Spielmann —, den Prinzen nur noch eine einmalige Unterstützung von 200000 Gulden zu gewähren, die von ihnen gesammelten Truppen unter die preußischen und österreichischen Armeen zu verteilen und die Ausgaben aus erbeuteten französischen Kassen zu decken oder auf gemeinsame Rechnung zu setzen. Für die besetzten französischen Provinzen sollte

[1]) Vivenot, II, 129; Ph. Cobenzl an L. Cobenzl, 16. Juli 1792.

[2]) Hüffer in der Allgem. d. Biographie über Ph. Cobenzl, 4. Bd., 365.

[3]) Preuß. St.-Archiv. Bericht Haugwitz' vom 16. Aug. 1792. Erlaß des preuß. Ministeriums vom 20. August 1792.

[4]) Vivenot, II, 68; Punktation für die kgl. böhm. Wahlbotschafter nach Frankfurt.

nicht einer der Prinzen, sondern bis zur endgültigen Regelung durch den König der Herzog von Braunschweig die Statthalter und Verwaltungsbeamten aufstellen. „Sollte sich der ganz unverhoffte Fall ereignen, daß sich die französischen Prinzen die festgesetzten Bedingungen nicht gefallen lassen und nach ihrem eigenen Dünkel separatim agieren wollten, so bliebe nichts weiter übrig, als daß des Herrn Herzogs Durchlaucht eine Proklamation ergehen ließe und darinnen die Prinzen ihrem eigenen Schicksal aufgebe." [1])

Die Vertreter Preußens hätten so schroffen Maßnahmen gegen die Prinzen gewiß nicht zugestimmt, wenn nicht König Ludwig selbst durch einen eigenen Gesandten um Schutz ebenso gegen seine nächsten Verwandten wie gegen die Uebergriffe der Nationalversammlung nachgesucht hätte.

Seit der Kriegserklärung schwankte Ludwig zwischen der Besorgnis, durch seine Einwilligung zu dieser Lösung des Knotens das Verhängnis auf sich geladen zu haben, und der Hoffnung, die Verbündeten, die er vor der Welt als seine Feinde bezeichnen mußte, in kurzem als Befreier in Paris zu begrüßen. Der Argwohn, daß der König in heimlicher Verbindung mit den Landesfeinden stehe, trieb alle, die Furcht vor dem Kriege hegten, in die Reihen der Gegner. Die Menge suchte sich in Begeisterung für den Krieg hineinzuschreien, doch jeder wußte, welch gefährliche Folgen der Zusammenstoß mit der feindlichen Uebermacht haben könne, und machte dafür den vermeintlichen Anstifter verantwortlich. Im girondistischen Kabinett selbst war zwischen den „Entschiedenen" und „Gemäßigten" Streit ausgebrochen; jetzt galt Dumouriez, weil er den gegenwärtigen Zustand, „die Republik mit einem König an der Spitze" erhalten wollte, als „Abtrünniger". Der Gatte der Madame Roland, der „Stoiker" Servan und andere Kollegen, die eine Republik ohne König wollten und zum Umsturz des Thrones entschlossen waren, bekamen die Oberhand. Roland wurde durch königliche Verfügung entlassen, doch auch Dumouriez konnte sich nicht mehr halten; er ging zur Armee, um, wie er in der Nationalversammlung beteuerte, als Soldat zu sterben, denn an Sieg sei bei den durch die früheren Kriegsminister verschuldeten Mißständen im Heerwesen nicht zu denken. Auch Lafayette schrieb an die Versammlung, er müsse an günstigem Erfolg der französischen Waffen verzweifeln, nicht bloß, weil es an Lebensmitteln, Kleidung und Geld fehle, sondern weil der Soldat bei dem nimmer endenden Streit der Parteien, bei dem Anwachsen des ruchlosen Jakobinertums, nicht mehr wisse, für wen er sein Leben zu opfern habe. [2]) Die „Entschiedenen", die bei solchen Anklagen den Boden unter ihren Füßen wanken fühlten, bezichtigten die „goldbetreßten Fürstenknechte" laut des Verrats. „Gibt es denn keine rechtschaffenen Bürger mehr?" rief Merlin im Jakobinerklub, „will keiner die Ehre beanspruchen, einem niedrigen Verräter den Dolch ins Herz zu stoßen?" In jenen Tagen gab sich „Antinous Barbaroux" mit Roland ein Stelldichein in des Exministers Haus in der Rue Saint Jacques, „dem stillen Asyl eines weltvergessenen Philosophen". [3]) Beide hegten die

[1]) Vivenot, II, 145. Mainzer Konferenzprotokoll vom 20. Juli 1792.

[2]) Bouchez et Roux, XV, 69.

[3]) Mémoires de Madame Roland, publ. par Berville et Barrière, II, 187.

Ueberzeugung, daß Frankreich verloren sei. Lafayettes Nordarmee werde mit fliegenden Fahnen zum Feinde übergehen, das mitten im Lande stehende, zuchtlose Heer werde den Durchbruch des Feindes nicht aufhalten, in drei Wochen sei der Einzug der Oesterreicher in Paris zu erwarten. „Haben wir darum", rief Roland, „drei Jahre an der allerschönsten Revolution gearbeitet, um sie an einem Tage zu Grunde gehen zu sehen? Verhindern wir dieses Unglück! Bewaffnen wir Paris!" [1]) Immer häufiger war das Wort zu hören: Aufstand ist die heiligste Pflicht des wahren Patrioten! Den Ausschlag gab die Weigerung des Königs, einem Dekret, wonach die eidweigernden Geistlichen verfolgt werden sollten, seine Zustimmung zu geben. Darauf muß das Volk eine deutliche Antwort geben, riefen Brissot und seine Leute, die gesinnungstüchtigen Minister müssen zurückgefordert, dem Hof muß heilsamer Schrecken eingeflößt werden. Am 20. Juni, dem Jahrestage des Schwures im Ballhause, sollte eine großartige Kundgebung den Verrätern in den Tuilerien die Macht des Volkes vor Augen bringen. Die Bewegung ging von den Girondisten aus, aber die Leitung ging ihnen bald verloren, der roheste Pöbel feierte Orgien in den Tuilerien, die Mitglieder der königlichen Familie wurden in ihren eigenen Gemächern schmählich beschimpft und mißhandelt. Daß der von rasenden Raufbolden bedrängte König, um sein Leben zu retten, die rote Mütze aufsetzen und auf Freiheit und Gleichheit trinken mußte, wurde nicht bloß an den legitimistischen Höfen, sondern auch von vielen Franzosen als Herabwürdigung der Krone und der Nation empfunden. Deshalb staute auch nach den schamlosen Auftritten des 20. Juni die Bewegung zurück. Die Girondisten hatten durch die Entfesselung der Volksleidenschaft nicht einmal erreicht, was sie angestrebt hatten; der König hatte sich trotz dem Gebrüll des Fleischers Legendre und der gegen ihn erhobenen Spieße und Stangen standhaft geweigert, Roland zurückzurufen und die Aechtung der Priester zu genehmigen. „Am 20. Juni", sagt die Staël, „zeigte König Ludwig alle Eigenschaften eines Heiligen, da es zu spät war, sich als Held zu retten!" [2]) Nachdem sich die erste Aufregung und Angst gelegt hatte, empfand der ehrenhafte Teil der Bürgerschaft die Mißhandlung eines Monarchen, einer fremden Frau, eines wehrlosen Mädchens, als eine Schmach für ihre Stadt. Auch an vielen anderen Orten waren ähnliche Greuel verübt worden, die Entrüstung über diese Erniedrigung von Staat und Gesellschaft öffnete vielen die Augen. Fast sämtliche Departementsräte, sowie zahlreiche Städte sprachen der königlichen Familie ihre Teilnahme aus; Lafayette ging selbst nach Paris, um dem König gegen die Pickenträger und ihre Aushälter und, falls sich die Nationalversammlung nicht zur nachdrücklichen Bestrafung der Rädelsführer entschließen sollte, auch gegen die „Faktiösen" seine Dienste zur Verfügung zu stellen. [3])

Doch diese Leute hatten das königliche Paar so oft gedemütigt und verraten, daß ihre Schwenkung nur mit Mißtrauen aufgenommen wurde. „Der Königin", so versichert ihr Milchbruder Weber, „dünkte es besser, zu Grunde zu

[1]) Charles Barbaroux, Mémoires, publ. par Berville et Barrière I, 37.

[2]) Staël, Betrachtungen, III, 55.

[3]) Glagau, General Lafayette und der Sturz der Monarchie; Hist. Zeitschr., Bd. 82, 279.

gehen, als sich Verbindlichkeiten aufzulegen gegen Schurken, welche die Maske treuer Anhänglichkeit nur annahmen, um ihre Angst zu verbergen." [1]) Als die Prinzessin Elisabeth ihre Schwägerin mahnte, das Vergangene zu vergessen und sich an den Mann anzuschließen, der allein Rettung bringen könne, rief die Königin: „Lieber sterben, als sich von Lafayette und den Konstitutionellen retten lassen!" [2]) Lafayette schlug dem König vor, nach Compiégne zu fliehen und sich dem Schutze der königstreuen Truppen anzuvertrauen; Ludwig weigerte sich aber, Paris zu verlassen, da er im Süden in eine Sackgasse zu geraten fürchtete und durch Flucht nach dem Norden nicht den Anschein wecken wollte, als trachte er den Oesterreichern entgegenzugehen. Lafayette möge seine Stellung als Heerführer gut ausfüllen, erwiderte Ludwig auf alle Vorstellungen, dadurch werde der General das Vertrauen der Armee gewinnen und sich in stand setzen, dieselbe im rechten Augenblicke für die gute Sache aufzurufen. [3]) Offenbar setzte Ludwig seine einzige Hoffnung auf die Ankunft der deutschen Heere. Um für die Anschauungen und Wünsche des Monarchen Stimmung zu machen, wurde der Genfer Mallet du Pan mit einer Empfehlung des Königs nach Deutschland gesandt. Er fand überall ehrenvolle Aufnahme, nur nicht in Koblenz am Hofe des Grafen von Provence, der sich seit der Gefangennehmung des Königs schon als Ludwig XVIII. fühlte. Der Schweizer wurde nicht einmal vorgelassen und mußte sich begnügen, einen Brief an die Prinzen zu übergeben. Das Leben der königlichen Familie sei ernstlich bedroht, war darin dargelegt, wenn sich bourbonische Prinzen an die Spitze deutscher Truppen stellen wollten; ganz Frankreich würde dann der jakobinischen Behauptung, daß das Land auf Anstiften der Emigranten den Schrecken des Krieges preisgegeben werde, Glauben schenken, und vielleicht um einer einzigen unbedachten Handlung willen würde die Rache der Nation das ganze Königshaus treffen. [4])

Wie der Vertrauensmann Ludwig XVI. die Lage auffaßte, schilderte er freimütig in seinen später niedergeschriebenen Betrachtungen über die französische Revolution. So lange es in Frankreich einen König und eine monarchische Konstitution gegeben habe, sei unter „Gegenrevolution" nichts anderes zu verstehen gewesen, als Wiederherstellung der alten Verfassung mit ihren traurigen Mängeln und Fehlern; um die Mitte des Jahres 1792 habe also noch kein rechtschaffener und aufgeklärter Mann nach einer Gegenrevolution Verlangen tragen können. „Auf Verbesserung, Umarbeitung, ja gänzliche Umgestaltung der von der Nationalversammlung aufgebauten, abenteuerlichen Konstitution mußte gesonnen werden, aber nach so vielen unruhigen, angstvollen Tagen einfach den Zustand, der die Revolution gezeugt hatte, wieder aufleben machen, das konnte unmöglich in den Wünschen eines wahren Patrioten und Menschenfreundes gelegen sein!" [5])

---

[1]) Jos. Weber, Mémoires concernant Marie Antoinette, reine de France, II, 198.

[2]) Sybel, I, 409.

[3]) Buchez et Roux, 15. tom., 249.

[4]) Mallet du Pan, Mémoires et Correspondance pour servir à l'histoire de la révolution française, recueillis et mis en ordre par Sayous, I, 296.

[5]) Mallet du Pan, Ueber die französ. Revolution und die Ursachen ihrer Dauer, übersetzt von Friedr. Gentz, 175.

In diesem Sinne sprach Mallet du Pan auch vor den Vertretern der deutschen Mächte in Mainz, wo er vom 15. bis 18. Juli verweilte.[1]) Namentlich auf Betreiben dieses ebenso aufgeklärten, wie königstreuen Politikers wurden für die Beteiligung der Emigranten am Feldzug so enge Schranken gezogen. Mit diesen Grundsätzen stimmt auch das preußische Manifest vom 23. Juni überein, das in ruhigem, würdigem Tone die Gründe der Teilnahme Preußens am Kriege Oesterreichs darlegt.[2]) Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß nichts anderes beabsichtigt werde, als der Anarchie in Frankreich zu steuern, den im Elsaß begüterten deutschen Fürsten zu ihrem Rechte zu verhelfen und den eigenen Staat gegen die Aufwiegelung der Jakobiner sicher zu stellen.

Leider erhielt eine andere Kundgebung der verbündeten Mächte, das vielgenannte Manifest des Herzogs von Braunschweig, durch Einwirkuug des „auswärtigen Frankreichs" leidenschaftlichere Züge.

Am 25. Juli erließ Karl Wilhelm von Braunschweig als Führer der vereinigten preußischen und österreichischen Truppen einen Aufruf an die Franzosen, der einerseits die Versicherung enthielt, daß von den deutschen Mächten nichts anderes als die Wiederaufrichtung des legitimen Thrones und der gesetzlichen Macht beabsichtigt werde, andererseits die Aufforderung, daß alle Besonnenen und Gutgesinnten an die Befreier sich anschließen sollten.[3]) Wer sich aber weigert, zur Wiederherstellung der Ordnung die Hand zu bieten, soll als Rebell zur Strafe gezogen werden. Die Mitglieder der Nationalversammlung, der Munizipalitäten, der Nationalgarde sind mit Leib und Leben für jedes unziemliche Vorgehen gegen die königliche Familie verantwortlich. „Die Stadt Paris mit allen Einwohnern ohne Unterschied soll sich sogleich und ohne Zögern dem Könige unterwerfen und ihn in volle Freiheit setzen; für jede neue Beleidigung der königlichen Familie sollen alle Mitglieder der Nationalversammlung, sowie der Staats- und Gemeindebehörden mit ihrem Leben verantwortlich gemacht, die Stadt Paris soll einem militärischen Strafgericht und gänzlicher Zerstörung, die widerspenstige Einwohnerschaft der furchtbarsten Rache ausgeliefert werden."

Magister Laukhard, der bei Beginn des Feldzuges als preußischer Soldat im Luxemburgischen stand, versichert, alle Welt habe von diesem Manifest erwartet, daß es die deutschen Armeen der Mühe überheben werde, in Frankreich einzudringen; er selbst habe freilich der Nürnberger gedenken müssen, die keinen hängen, sie hätten ihn denn.[4])

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: Wie konnte Karl Wilhelm von

---

[1]) Mallet du Pan, Mémoires, I, 306.

[2]) Kurze Darstellung der Gründe, welche Se. Majestät den König von Preußen bewogen haben, gegen Frankreich die Waffen zu ergreifen; Polit. Journal, Jhgg. 1792, 802.

[3]) Déclaration de Son Altesse le duc régnant de Brunswick-Lunebourg, commandant les armées combinées de SS. M. M. l'empereur et le roi de Prusse, adressée aux habitans de la France; Buchez et Roux, 16. tom., 276. — Heigel, Das Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli 1792; Sitzungsberichte der histor. Klasse der Münchner Akademie, Jhgg. 1896, 633.

[4]) F. C. Laukhards Leben und Schicksale, III, 99.

Braunschweig, der aufrichtige Freund der Aufklärung und der französischen Litteratur, ein Fürst, dessen „Finesse" von Mirabeau gerühmt wird, dem noch kurz vorher von der französischen Nationalversammlung ehrenvolle Anerbietungen zugegangen waren, für ein Schriftstück von so gewaltthätigem, prahlerischem Charakter seinen Namen hergeben? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Zur Lösung des Rätsels ist behauptet worden, dem Herzog habe ein Konzept ohne die berüchtigte Stelle von der Bedrohung der Stadt Paris zur Unterzeichnung vorgelegen; als ihm später das gefälschte Dokument in die Hand gekommen, habe er es zornig zerrissen, ohne jedoch den Mut zu finden, es öffentlich zurückzuweisen.[1]) Auch der freilich als Gewährsmann nicht unverdächtige preußische Oberst Massenbach erwähnt eine Aeußerung des Herzogs: „Ich würde gern mein Leben hingeben, wenn ich die Unterzeichnung des Manifests ungeschehen machen könnte!"[2]) Vielleicht hat der Herzog wirklich die Veröffentlichung des widerwärtigen Schriftstücks in vertrautem Kreise beklagt; ganz gewiß ist aber die Fälschungsgeschichte erfunden; der Herzog hat, daran ist nicht zu zweifeln, das Manifest, so wie es gedruckt vorliegt, unterzeichnet. Abgesehen von der schuldigen Rücksicht auf Kaiser und König, Karl Wilhelm war zu sehr Soldat, als daß er sich im Augenblick des Einmarsches in Frankreich von philanthropischen Erwägungen oder persönlichen Neigungen hätte leiten lassen.

Der Erlaß einer auf Einschüchterung der Oppositionsparteien berechneten Erklärung der kriegführenden Mächte ist auf unmittelbaren Wunsch des königlichen Paares zurückzuführen. Marie Antoinette schickte schon bald nach der Kriegserklärung dem Grafen Mercy „Ideen, welche die Grundlage des Wiener Manifests bilden sollen", in welchen aber keine Drohung enthalten ist.[3]) Dagegen wurde, als der König den Schweizer Mallet du Pan mit dem Entwurf zu einem Manifest der Mächte beauftragte, in der Instruktion ausdrücklich gefordert, es sollten die Mitglieder der Nationalversammlung und der Behörden persönlich mit Gut und Blut für alle gegen den König und die königliche Familie, sowie gegen Leben und Eigentum der Bürger gerichteten Angriffe verantwortlich gemacht werden.[4]) Einen nach diesen Richtpunkten bearbeiteten Entwurf legte denn auch Mallet du Pan den deutschen Staatsmännern in Mainz vor. Sybel vermißt in diesem Schriftstück eine entschiedene Gewährleistung, daß die verbündeten Mächte nicht bloß keine Eroberung, sondern auch nicht die Wiederaufrichtung des Feudalstaates in Frankreich beabsichtigten.[5]) Eine Andeutung war

[1]) So die Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état sur les causes secrètes, qui ont determiné la politique des cabinets dans la guerre de révolution depuis 1792 jusqu'en 1815 (Paris 1828—1838), I, 404, ein Werk, das früher in hohem Ansehen stand und sogar dem preuß. Staatskanzler Fürsten Hardenberg zugeschrieben wurde, von Ranke und Sorel aber als eine von den Publizisten Schubart und Beauchamp zurecht gemachte Kompilation nachgewiesen worden ist. Der unkritische Michiels (L'invasion Prussienne en 1792 et ses conséquences, 1880, 235) läßt trotzdem die Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état als Werk Hardenbergs figurieren.

[2]) Massenbach, Memoiren zur Geschichte des preußischen Staates, I, 236.

[3]) Feuillet de Conches, VI, 4.

[4]) Mallet du Pan, Mémoires, I, 284.

[5]) Sybel, I, 491.

aber wenigstens gegeben in der Versicherung, daß zwischen der gesetzlosen Partei und den Freunden einer gemäßigten Freiheit unter einem Monarchen mit gesetzlich beschränkter Machtvollkommenheit unterschieden werden sollte. Allerdings hätte noch klarer und bestimmter ausgesprochen werden können, daß die Bundesgenossen des Königs ebensowenig, wie dieser selbst daran dächten, die wichtigsten Errungenschaften des Jahres 1789: die Zugänglichkeit aller Aemter und Ehren für alle Stände, die Aufhebung der gutsherrlichen Rechte und die Abschaffung der Kirchenzehnten, rückgängig zu machen. Doch nicht einmal die abgeschwächte Betonung des Konstitutionalismus, wie sie Mallet du Pan sich erlaubt hatte, fand den Beifall der deutschen Staatsmänner; aus Mallets Entwurf wurde wohl der eine und andere Gedanke bei Abfassung des Manifests berücksichtigt, aber in so vergröberter Form, wie sie der kluge Schweizer nie gebilligt hätte.

Dagegen wurde ein anderer, mehr der Auffassung und den Wünschen der Emigranten entsprechender und auch aus ihrem Lager gekommener Entwurf zur Grundlage der „Deklaration" bestimmt. Im Auftrag des Grafen Fersen hatte denselben Herr von Limon, früher Finanzdirektor des Herzogs von Orleans, seit kurzem aber ein feuriger Anhänger der legitimen Grundsätze, ausgearbeitet und in Frankfurt den kaiserlichen Ministern übergeben.[1]) In Mainz wurde das Schriftstück auch dem Grafen Schulenburg mitgeteilt, und nach Vornahme einiger Aenderungen kam dasselbe in den Druck. Die wichtigste Aenderung war der Abstrich der ganzen Einleitung des Entwurfes. Später stellte Limon die Behauptung auf, nur dieser Abstrich habe den üblen Eindruck des Manifests in Frankreich verschuldet, denn ohne die vorbereitenden, erklärenden Worte habe die Drohung mit der Einäscherung von Paris nur als brutale Prahlerei wirken können[2]). Zugleich beklagte Limon die verfrühte Veröffentlichung des Manifests; man habe ihm in Mainz versprochen, dasselbe erst, wenn die Armeen der Verbündeten vor den Thoren von Paris ständen, bekannt zu machen; statt dessen sei die Kundgebung schon bei dem ersten Einmarsch der Preußen auf französisches Gebiet erfolgt, also zu einer Zeit, da die Pariser noch gar keinen Anlaß hatten, sich beunruhigt zu fühlen.

Die eine Beschwerde ist jedoch so wenig begründet wie die andere. Der gestrichene Teil des Entwurfes — Limon hat denselben gesondert als Manifeste de tous les peuples[3]) erscheinen lassen — ist im Tone nicht minder herausfordernd und beleidigend, als der beibehaltene, und in Bezug auf die Veröffentlichung ergibt sich aus den Briefen Limons an Schulenburg gerade das Gegenteil des später Behaupteten. Der Verfasser verlangte Verteilung von großen

---

[1]) Näheres bei Heigel a. a. O., 648, mit Zugrundelegung der im Berliner Staatsarchiv verwahrten Korrespondenz in Betreff der Entschädigung Limons für die Auslagen bei Ausarbeitung des Manifests. Limon erhielt 1793 vom Wiener Hofe 200 Friedrichsdor, während er in Berlin mit seiner Forderung abgewiesen wurde. „Hoffen wir nunmehr," schrieben die Minister Haugwitz und Alvensleben am 13. Februar 1798 an den ehemaligen Kollegen Schulenburg, „diesen lästigen Querulanten auf immer abgestreift zu haben".

[2]) Schreiben Limons an den König von Preußen vom 16. Oktober 1796.

[3]) Auch eine Uebersetzung erschien: Manifest aller Völker gegen die französische Revolution, von einem ausgewanderten Franzosen (Wien 1792).

Massen von Exemplaren an die Mitglieder der Generalversammlung, die Befehlshaber der französischen Festungen und die Bürgermeister der französischen Städte; Schulenburg beschränkte sich auf Versendung an Zeitungen und die fremden Höfe.

Die Wirkung war jedoch eine ganz andere, als die deutschen Monarchen und ihre Ratgeber erwartet hatten.

Den ins Pulverfaß fallenden Funken nennt Michelet das Manifest. Der Verfasser der Geschichte der Schreckensherrschaft, Mortimer-Ternaux, beklagt, daß mit diesem Schriftstück den Gegnern des Thrones ein furchtbares Beweisstück in die Hände gespielt wurde. Sorel nennt das Manifest „berühmt in der Geschichte der diplomatischen Unverschämtheiten". Sogar der in seinem Urteil immer gemäßigte Chuquet versichert, daß an unermeßlich verderblicher Wirkung der unbesonnenen Herausforderung des französischen Volkes nicht zu zweifeln sei.

Es braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, daß die Meuterei vom 10. August 1792, die den Sturz des Königtums nach sich zog, von langer Hand vorbereitet war. Die Klubs und die Kommune konnten nicht bei dem halben Erfolg des 20. Juni stehen bleiben; der 10. August war die logische Folge des vorausgegangenen Angriffes auf den Königsthron. Man darf also wohl sagen: Das Manifest des Braunschweigers hat die Schrecken des 10. August ebenso wenig heraufbeschworen, wie ein freundlicheres sie verhindert hätte.

Doch beschleunigt hat es vielleicht die Absetzung des Königs, und vor allem gab es den Vorwand zur Beschönigung der rohen Gewaltthat, denn nun konnte den Drohungen des angeblich mit den Tuilerien verbündeten Auslands patriotischer Stolz der beleidigten Nation entgegengesetzt werden.

„Welche Unwissenheit oder welche Keckheit spricht sich in diesem Schriftstück aus!" ruft der ‚Moniteur' gelegentlich der ersten Bekanntmachung am 3. August aus,[1]) „wenn ein Franzose so etwas mit ruhigem Blute lesen kann, dann möge er sich zu der Hand voll Leute schlagen, denen unsre alten Minister und nach ihrem Beispiel der Fremdling den sauberen Namen „gesunder Teil der Nation" gegeben haben; er ist unwürdig, seine Eide zu halten und für des Volkes Freiheit zu fechten! . . . Das französische Volk muß sich nun jener Wüteriche erwehren, jener Elenden, die schon seit drei Jahren darnach lechzen, die Brust des eigenen Vaterlandes zu zerfleischen, muß sich zugleich erwehren der Tyrannen, die es im eigenen Interesse auf den Untergang einer freien Monarchie abgesehen haben!"

König Ludwig suchte den üblen Eindruck des Manifests dadurch abzuschwächen und von sich abzulenken, daß er der königlichen Botschaft, die der Nationalversammlung das Manifest zur Kenntnis brachte, die Versicherung hinzufügte, er werde an Ernst und Eifer in Verteidigung des Vaterlandes von niemand sich übertreffen lassen. „Man wird niemals erleben, daß ich mich über Ruhm oder Vorteil der Nation hinwegsetze, daß ich mir von den Fremden oder von einer Partei Gesetze vorschreiben lasse; bis zum letzten Atemzuge will ich die nationale Unabhängigkeit verteidigen!"[2]) Allein die Verlesung der königs-

[1]) Moniteur, 1792, Nr. 298.

[2]) Buchez et Roux, 16. tom., 311.

lichen Worte wurde öfter durch Murren unterbrochen und auch der volltönende Schluß nur mit finsterem Schweigen aufgenommen. An schönen Worten, rief Ducos, habe es dem Könige nie gefehlt, doch die Thaten seien nur ein fortgesetzter Verrat am Vaterlande. Isnard behauptete, das Manifest entspreche durchaus den Ansichten und Wünschen der Tuilerien, ja, Maire Pethion begehrte im Namen der Pariser Sektionen sofortige Absetzung des Königs und Berufung eines Nationalkonvents. „Feindliche Armeen bedrohen unser Gebiet, zwei Despoten veröffentlichen gegen die französische Nation ein ebenso unverschämtes wie albernes Manifest. Schon stellt der Feind an den Grenzen unseren Soldaten seine Henker entgegen. Um den König zu rächen, haben Tyrannen den Wunsch Caligulas erneuert, daß sie mit einem Schlag allen Bürgern Frankreichs den Untergang bereiten wollen."

Zwar zeigte sich, daß die Nationalversammlung für die Pläne der radikalen Gruppe des Stadthauses noch nicht reif war; die Mehrheit verwies den Antrag an einen Ausschuß, was von den Jakobinern als Niederlage empfunden wurde. Um so leidenschaftlicher wurden die Schmähungen Isnards und die Forderungen Pethions in den nächsten Tagen in Klubs und Volksversammlungen wiederholt, bis der entscheidende Angriff auf den Thron gewagt werden konnte. Der 10. August, im wesentlichen das Werk Dantons, brachte Aufstand der Vorstädte, Sturm auf die Tuilerien, Flucht des Königs in die Nationalversammlung, Absetzung des Oberhaupts der vollziehenden Gewalt „zur Sicherstellung der Oberhoheit des Volks und der Herrschaft unbeschränkter Freiheit und Gleichheit".[1]) Die abgesetzten Girondisten Roland, Servan und Clavière gelangten wieder auf ihre Ministerstühle, doch zu ihrem Kollegen wurde von einer starken Mehrheit der Nationalversammlung Danton ernannt, — ein schlagender Beweis, daß eine neue Wandlung der Revolution sich vollzogen, das Regiment der „rücksichtslosen" Umstürzler begonnen hat.

Diese Entwickelung der Dinge in Frankreich wäre zweifellos dazu angethan gewesen, den Kriegseifer der Verbündeten zu beleben; die Monarchie konnte ja nur gerettet werden, wenn ihren Verteidigern rascher Sieg zufiel, ehe Frankreich zur Aufbietung seiner unermeßlichen Hülfsmittel Zeit gewann. Trotzdem bildete für die maßgebenden politischen Kreise nicht der Krieg mit Frankreich den Mittelpunkt der Interessen; während die Heere langsam gegen Frankreichs Grenze rückten, war die hohe Diplomatie vorwiegend mit der Frage beschäftigt: wird es zu einer neuen Teilung Polens kommen, und welche Ausdehnung wird sie annehmen?

Gegen Ende des Jahres 1793 erschien eine vom polnischen Unterkanzler Kallontaj verfaßte Schrift „Vom Entstehen und Untergang der polnischen Konstitution vom 3. Mai 1791"; sie sollte den Beweis liefern, daß Polen nur der Vergewaltigung durch die Nachbarmächte erlegen sei; unzweifelhaft wäre es dem tugendhaften Reichstag gelungen, den Staat aus den seit Jahrhunderten festgewurzelten anarchischen Zuständen emporzuheben, wenn nicht die Raubluft des Zarenreiches, die Tücke Preußens und der Verrat des Königs Stanislaus den

[1]) Buchez et Roux, 17. tom., 18.

hoffnungsvollen Anfängen ein jähes Ende gesetzt hätten. Diese dem stark entwickelten nationalen Stolz Rechnung tragende Darstellung wurde für die Nation zum geschichtlichen Dogma; erst in neuerer Zeit hat Kalinka den Nachweis geliefert, daß Kallontajs Schrift ein einseitiges Parteiinteresse vertritt, daß die Schuldigen im eigenen Hause, die Ursachen des schmerzlichen Ereignisses von 1793 in den inneren Verhältnissen des Reiches zu suchen sind.[1])

Damit sind auch zum Teil die Vorwürfe entkräftet, die von den berühmten, in ihrer Wirkung an die Juniusbriefe erinnernden „14 Briefen über das Fürstenbündnis und die Teilung Polens und Frankreichs" insbesondere gegen Preußen gerichtet wurden.[2]) Eine Teilung Frankreichs, so ist hier ausgeführt, würde die siegreichen Mächte noch weit gefährlicher machen, als es Frankreich unter Ludwig XIV. war; um diese Gefahr abzuwenden, müssen alle anderen Nationen sich die Hände reichen. Doch nur Oesterreich würde dauernden Vorteil haben. Wenn Preußen sich mit Oesterreich verbündet, so gleicht es jenem schwachen Tiere in der Fabel, das sich eine Ehre daraus macht, mit dem Beherrscher des Waldes jagen zu dürfen, das aber bei der Teilung des Wildbrets mit Schrecken gewahr wird, was der Löwe als seinen Anteil beansprucht. Auch eine Teilung Polens kann für Preußen nur schädlich werden. „Der Verlust der Barriere, welche Polen bisher für Preußen gegen diese furchtbaren Mächte (Rußland und Oesterreich) gebildet hat, kann durch keinen vergänglichen Gewinn ersetzt werden, denn ein Drittel der Spolien von Polen in den Händen Preußens kann unmöglich zwei Dritteilen in den Händen dieser Nebenbuhler, wenn sie gemeinschaftlich zu Werke gehen, die Wage halten." Oesterreich wird immer danach trachten, Schlesien wieder zu gewinnen, will auch Lothringen und Elsaß wieder haben und die Rechte, auf welche ihm der Kaisertitel Anspruch gibt, in vollem Umfange sich aneignen; es ist der natürliche Bundesgenosse Rußlands, das sich, um das griechische Kaisertum zu gewinnen, am liebsten mit dem stärksten und nächsten Nachbar verbinden wird. Es läßt sich schlechterdings nicht begreifen, wie Preußen um zeitlichen, kleinen Vorteils willen den freiheitsfeindlichen Plänen der großen Mächte Vorschub leistet. Und die preußische Politik ist nicht bloß unzweckmäßig, sie ist auch ungerecht! Denn wie läßt sich damit die im Bundesvertrag vom 29. März 1790 gegebene Zusage des Schutzes der polnischen Republik vereinigen? Wenn in Polen inzwischen infolge einer Revolution gesetzlose Zustände eingerissen wären, so könnte einem Anschlag gegen die Unabhängigkeit dieses Reichs wenigstens ein bißchen Farbe verliehen werden; wenn sich aber ein Reich, dessen Zerrüttung sprichwörtlich geworden war, eine neue, von ganz Europa mit Beifall begrüßte Verfassung gibt, und wenn sich ein König, dessen

[1]) Kalinka, Der vierjährige polnische Reichstag, übers. von Marie Dohrn, II, 469.

[2]) Die „Letters on the subject of the concert of princes and the dismemberment of Poland and France", nur mit der Unterschrift „A calm observer" versehen, erschienen zuerst vom 20. Juli 1792 bis zum 25. Juni 1793 in dem englischen Oppositionsblatt The Morning Chronicle; auch in Buchform wurden sie herausgegeben, 1794 erschien eine deutsche Uebersetzung. Der Verfasser ist nicht bekannt; in England dachte man an den Earl of Chelburne (Bilbasoff, I, 654).

Tugenden vom Vertreter Preußens hohes Lob gezollt wird, einen Thronfolger wählt, den Preußens Monarch ebenfalls laut und öffentlich als tugendhaften Fürsten preist, der „dazu bestimmt sei, Polen glücklich zu machen", und wenn dann Preußen trotzdem einem Bündnis gegen Polen beitritt, so handelt es gegen Vernunft und Vorteil, Recht und Gerechtigkeit![1])

Auch in des polnischen Schatzmeisters Oginski Denkwürdigkeiten wird auf den Widerspruch hingewiesen, daß der preußische Gesandte Graf Goltz am 16. Mai 1791 im Namen seines Königs der Befriedigung über die Umwandlung Polens in eine Erbmonarchie Ausdruck gab, während nach zwei Jahren um dieser Verfassungsänderung willen gegen Polen eingeschritten wurde.[2])

Der Vorwurf Oginskis ist auch nicht gänzlich unberechtigt. Obwohl das preußische Kabinett durch die Warschauer Vorgänge am 3. Mai 1791 überrascht und peinlich berührt war, trug es damals Scheu, den Staatsstreich öffentlich zu verwerfen, konnte doch jeder Tag den Krieg mit Rußland bringen, die Hülfe Polens also von großem Nutzen werden! Als aber die Kriegsgefahr geschwunden war, gab das preußische Kabinett freilich sein Mißvergnügen über die Umgestaltung Polens verständlich genug zu erkennen. Auch der Pole Kalinka weist deshalb den von polnischer Seite erhobenen Vorwurf, das Auftreten des Berliner Hofes im Jahre 1792 sei für die Polen eine jähe Ueberraschung gewesen und deshalb als Hinterlist empfunden worden, als unbegründet zurück; Graf Goltz habe ja dem Könige und den Konstitutionsfreunden durchaus nicht verhehlt, daß Preußen seit der Auflösung der alten Verfassung auch seine Verpflichtungen gegen Polen als aufgehoben erachte.[3]) „Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß der Bund mit Preußen einen Riß bekommen habe." Auch die Thatsache, daß der Kurfürst von Sachsen selbst nicht gesonnen war, um den polnischen Thron sich zu bewerben,[4]) konnte vom preußischen Kabinett zur Entschuldigung angeführt werden, wenn es der früheren Zustimmung zum Programm vom 3. Mai 1791 keine Bedeutung mehr beimaß. Von entscheidendem Einfluß aber war das Vorgehen Rußlands, das die Anerkennung der neuen Verfassung Polens grundsätzlich verweigerte und den Schutz des durch die „Revolution von oben" beeinträchtigten Teiles der polnischen Bevölkerung für sich in Anspruch nahm. Die Zarin konnte ja, wenn sie mit den Waffen gegen die polnische Regierung auftrat, in der Republik selbst auf gefügige Diener und Gehülfen zählen.

Die Räder der Maschine griffen trefflich ineinander. Felix Potocki, der für sich selbst die Krone zu erlangen hoffte, Severin Rzewuski, der nach fünfjähriger Haft in Sibirien demütig ins Lager seiner Verfolger überging, und Xaver Branicki, der infolge seiner Verwandtschaft mit Potemkin ein Parteigänger Rußlands geworden war, riefen die Hülfe der Zarin an. Ein namhafter Teil des polnischen Adels hielt sich für berechtigt und verpflichtet,

[1]) Briefe über das Fürstenbündnis, 116, 121, 123 ꝛc.

[2]) Oginski, Denkwürdigkeiten über Polen; Pipitz und Fink, Bibliothek ausgewählter Memoiren, III, 1, 118.

[3]) Kalinka, II, 571.

[4]) Oginski, III, 1, 123.

sein liberum veto und sein Wahlrecht zu verteidigen, da nur durch Schwäche des Königtums und Unterdrückung der Städte und des Bauernstandes die Aufrechthaltung eines freien Gemeinwesens verbürgt werde.[1]) Katharina ließ sich gern erbitten und schritt unmittelbar nach Beendigung des Krieges mit den Türken durch den Frieden von Jassy (9. Januar 1792) zur „Ordnung" Polens. Am 17. Februar 1792 eröffnete der Vizekanzler Graf Ostermann dem Grafen Goltz, Rußland wolle die Bildung einer Macht ersten Ranges an seiner Westgrenze unter keinen Umständen dulden und erbiete sich deshalb zu freundschaftlichem Zusammengehen mit den deutschen Großmächten, die das nämliche Interesse hätten, unangemessenes Wachstum und innere Festigung Polens zu verhindern. Noch hielt sich Friedrich Wilhelm an den Vertrag von 1790 gebunden, doch war ihm auch klar: die Umwandlung von ganz Polen in eine russische Provinz darf nicht zugelassen werden. „Rußland ist nicht weit vom Gedanken einer neuen Teilung Polens entfernt," erklärte er am 12. März seinen Ministern, „das wäre freilich das wirksamste Mittel, die Macht eines polnischen Königs zu beschränken, sei er nun erblich oder wählbar. Indes zweifle ich, ob sich dabei eine angemessene Entschädigung für Oesterreich finden ließe und ob nach einer solchen Beschneidung der polnischen Macht der Kurfürst von Sachsen noch die Krone annehmen würde. Immer aber wäre, wenn es gelänge, Oesterreich zu entschädigen, der russische Plan der günstigste für Preußen, — wohl bemerkt, daß Preußen dabei das ganze linke Weichselufer empfinge und diese weite, jetzt schwer zu deckende Grenze sich dann wohl abgerundet fände. Das ist mein Urteil über die polnische Sache."[2]) Dieser Auffassung gemäß wurde dem russischen Gesandten in Berlin, Alopäus, volles Einverständnis mit dem Plane der Zarin ausgesprochen und in Wien zu gemeinsamem Vorgehen der drei Mächte gegen Polen eingeladen. Insbesondere das Ableben Leopolds war verhängnisvoll für Polen, wenigstens war die Annahme weit verbreitet, daß der friedliebende Kaiser ebensowenig die Katastrophe in Polen, wie den Zusammenstoß mit Frankreich zugelassen hätte. Erst nach Leopolds Tod gelang es der Zarin, den Einfluß der Gegner ihrer Politik an den Höfen von Wien und Berlin völlig zu brechen.[3])

Obwohl die Lage täglich düsterer wurde, glaubte man in Polen noch nicht an ernste Gefahr. Die erste Wiederkehr des 3. Mai wurde in Warschau mit brausender Begeisterung gefeiert. Ueberall ertönte Gesang mit dem Kehrreim: Der König mit der Nation! Die Nation mit dem König! Bei dem festlichen Zuge nach der heiligen Kreuzkirche jubelten jung und alt, reich und arm dem Könige zu. Es war der letzte, glänzende Freudentag des freien Polen!

Am 14. Mai 1792 erließen die in Targowitsch versammelten Russenfreunde im Namen des gesamten polnischen Adels einen Protest gegen die neue Ver-

---

[1]) F. v. Raumer, Polens Untergang, 93. — N. Bain, The second partition of Poland; The English Historical Rewiew, 1891, VI, 33 (mit Zugrundelegung der Berichte des schwedischen Gesandten Engeström in Warschau).

[2]) Sybel, I, 465.

[3]) Oginski, III, 1, 142.

fassung. Vier Tage später ließ Zarin Katharina in Warschau eine an die Targowitscher Akte sich anschließende Erklärung überreichen; sie könne den Staatsstreich nur als Beleidigung auffassen, da sie die alte Verfassung gewährleistet habe; auch Bedrückung von Russen und Russenfreunden habe sich der sogenannte Konstitutions-Reichstag zu Schulden kommen lassen, so daß die Kaiserin zu ihrem Bedauern sich gezwungen sehe, Truppen in Polen einrücken zu lassen.[1]) Da die Rüstungen noch in den Anfängen steckten, beschloß der Reichstag, die im Vertrag von 1790 verbürgte Hülfe Preußens anzurufen. Allein Lucchesini erklärte, der König von Preußen habe keinen Anteil an den Neuerungen des verflossenen Jahres, halte sich also auch nicht für verpflichtet, zum Schutze der neuen Verfassung die Waffen zu ergreifen. Als Graf Ignaz Potocki nach Berlin eilte, um im Namen der Republik den König selbst um Beistand anzugehen, waren ihm nur üble Erfahrungen beschieden. Wo immer er anpochte, fand er nur frostige Aufnahme; der König Stanislaus und der Reichstag, so wurde ihm erwidert, haben durch ihr voreiliges, gewaltthätiges Vorgehen die Zarin gereizt und beleidigt, müssen also auch die Folgen sich selbst zuschreiben; die erbetene Bundeshülfe wurde klipp und klar verweigert.[2]) Am Einverständnis zwischen Preußen und Rußland ist nicht mehr zu zweifeln, schreibt der bairische Gesandte am 16. Juni an seinen Hof, und was dies für Polen zu bedeuten hat, wird schon die nächste Zukunft enthüllen!

Nach einigen Scharmützeln zwischen russischen und polnischen Truppen kam es am 17. Juli bei Dubienka zur Schlacht. Die Polen durften sich des Sieges rühmen, mußten sich aber, da ihnen eine russische Abteilung aus Galizien in den Rücken fiel, eilig zurückziehen. König Stanislaus, der noch am 3. Mai feierlich versichert hatte, an die Aufrechthaltung der Verfassung sein Leben zu setzen, bot zuerst der Zarin seinen Verzicht auf die Krone an; als ihm aber bedeutet wurde, er habe nichts anderes zu thun, als sich an die Konföderierten anzuschließen, erklärte er sich auch dazu bereit. Die Unterzeichnung der Targowitscher Akte durch den König (22. Juli 1792) bedeutete den Sieg der russischen Partei. Poniatowsky und sein Unterfeldherr Kosziusko, der Sieger von Dubienka, und die meisten Offiziere legten ihre Stellen nieder, Ignaz Potocki, Malachowski und andere Patrioten flohen ins Ausland, die neue Verfassung von 1791 wurde aufgehoben und es war nicht mehr zweifelhaft, daß die drei Ostmächte oder doch Rußland und Preußen zur Forderung einer Abtretung beträchtlicher Gebiete sich vereinigen würden.

Nicht die Beuteluft der Nachbarn allein war, wie schon dargelegt wurde, am Falle Polens schuld; die Ursache lag tiefer, lag sozusagen im polnischen Blute. Ritterliche Eigenschaften und romantischer Schwung genügen nicht, um einen Staat lebensfähig zu erhalten. Volk und Regierung müssen ebenso stark im Entsagen wie im Wollen sein und feste Grundsätze haben. Der allzu bewegliche, neuerungssüchtige, bei allem Stolze doch des starken Gemeinsinnes entbehrende Volkscharakter war das staatsfeindliche Element; das haben unbefangene

[1]) Vom Entstehen und Untergang ꝛc. II, 73.

[2]) Bair. St.-Archiv. Bericht v. Poschs vom 16. Juni 1792.

Polen auch eingesehen. „Die Unredlichkeit," sagt Kalinka, „das war das zum Sturze führende alte Erbübel der Polen!" [1])

Daß sich Preußen einen Anteil an der polnischen Beute sicherte, kann ihm vom politischen Standpunkt nicht zum Vorwurf gereichen. Es war eine Machtfrage. Das Ganze durfte nicht dem Zarenreich zum Opfer fallen.

Auch für die Zivilisation war die Teilung Polens kein Unglück. Dumouriez ist sicherlich ein unbefangener Zeuge. Er hatte die Verlotterung des polnischen Heeres und Volkes so gründlich kennen gelernt, daß er offen bekundete, „die Asiaten von Europa" würden nur gewinnen, wenn sie unter fremde Herren kämen. [2])

Doch wenn auch nicht in diesem besonderen Fall, im allgemeinen war die preußische Staatsführung tadelnswert. Eine veraltete, selbstsüchtige, ränkevolle Kabinettspolitik entschied sowohl in Berlin wie in Wien das Ja und Nein. Kalinka hat nicht unrecht, wenn er sagt: „Es hat so manche Intriganten in der Weltgeschichte gegeben, aber eine so häßlich betrügerische Politik, wie diejenige, welche um diese Zeit auf dem europäischen Kontinent herrschte, findet man nicht leicht wieder." [3]) Auch Schlözer schrieb damals an Hertzberg, wer die Vorgänge in Polen billige, könne den Franzosen nicht verdenken, wenn sie nach den Rheinufern die Hände ausstrecken. „Führen die Kabinette selbst das droit de convenance ein, so ist alles recht, was die convention nationale thut!" [4])

Krieg, der furchtbarste Gewaltakt, wurde ohne Rücksicht auf den Willen und die Opfer der Unterthanen nur um Landerwerb und zur Bereicherung der Dynastie beschlossen. Das rächte sich, als den Söldnertruppen ein bewaffnetes Volk gegenübertrat. Siegesgewiß sandten die Fürsten ihre Soldaten in das aufständische Frankreich, doch mit jugendlichem Ungestüm wehrte sich die willenseinige Nation gegen fremde Gewalt, schritt von der Verteidigung zum Sturm und bereitete in zwanzigjährigen Kämpfen den legitimistischen Waffen schmähliche Niederlagen. Nicht Paris, sondern Berlin und Wien, Rom und Moskau mußten sich unterwerfen. Anstatt der Wiedererwerbung von Elsaß und Lothringen für das Deutsche Reich folgte die Besetzung der blühenden Rheinufer, der Verlust ganzer Provinzen, die Verstümmelung und endlich der völlige Zusammenbruch des Reiches.

„Ein Erdbeben," sagt Görres, „läßt sich nicht stillen, und wenn man Ströme Wassers in einen Krater leitet, er wird nur um so wütender kreißen und stärkere Lavabäche aus der Tiefe würgen."

Der elementaren Gewalt der Sanskulottenheere waren bei allem Drill die Linientruppen der Höfe nicht gewachsen. Jene wähnten wenigstens für ideale Güter zu kämpfen, diese schlugen sich für wenig dankbare Herren und um kargen Sold. Erst als im deutschen Volk die altgermanische Königstreue wieder lebendig wurde und in den Fürsten das Fridericianische Gewissen erwachte, schlug man die Brücke über den Rhein!

---

[1]) Kalinka, II, 322.

[2]) La vie du général Dumouriez, I, 273, 276.

[3]) Kalinka, II, 462.

[4]) Schlözer, Biographie, II, 22.

Gewiß, Taine und Tocqueville haben aufgeräumt mit der Legende der „großen", der „glorreichen" Revolution. Marat und sein blutgieriger Pöbel waren immer der Abscheu aller menschlich Fühlenden, aber auch die donnernden Desmoulins und Danton, die pathetischen Girondisten und der überlegen lächelnde Robespierre, sogar die „ewigen Menschenrechte" sind im Wert gesunken. Dennoch bleibt die weltgeschichtliche Bedeutung der französischen Volkserhebung ungeschmälert. Ihre Frucht war köstlich: eine neue Staatsordnung mit gerechterer Verteilung der Rechte und Lasten. Das Gespenst des Mittelalters, die Ueberlieferung vom Fluch und Segen der Geburt, spukte noch immer. Von diesem Alp wurde Europa in der Nacht vom 4. August 1789 befreit! Auf den Beschlüssen, die damals in der französischen Nationalversammlung gefaßt wurden, beruht unsere heutige Gesellschaftsordnung. Ja, jene heißblütigen Parlamentarier haben das historische Recht mit Füßen getreten, sich am [illegible]tum vergriffen und Heiligtümer des Gemütes entweiht. Nichtsdestoweniger waren sie es, die dem Menschen und der Arbeit für alle Zeiten eine höhere Bedeutung gaben.

Die kritische Forschung hat in den Romanen der Mignet und Thiers die Uebertreibung und Verlogenheit gezeigt, doch ebensowenig ist das Gezeter berechtigt, als ob alle That der französischen Revolution nur Vergeudung unschuldigen Blutes gewesen wäre. Die Deklamationen jener Kammer- und Klubtyrannen mögen uns heute ebenso anwidern wie das Geheul des Pöbels, wir mögen uns über die Blutopfer der Guillotine und der Schlachtfelder entsetzen, doch welcher Fortschritt im Schicksal der Völker ist ohne Irrtümer und schwere Opfer errungen worden? Jene Bewegung, die Gans mit Recht eine Bewegung des germanischen Geistes in Frankreich genannt hat, war doch Frühlingsflut. Sie riß eine Welt in Trümmer, doch aus den Ruinen blühte neues Leben.

BINDING SECT. NOV 26 1965

91125 HG.
H4658d

Author Heigel, Karl Theodor

Title Deutsche Geschichte von Tode Friedrichs d.
Gr. bis zur Auflösung des alten Reiches.

DATE. NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED